Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 10. Freitag, den 1. Februar 1895. Jahrgang IV.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzungen des Gemeinderathes.

Dienstag, den 5. Februar 1895, 5 Uhr nachmittags.
Freitag, den 8. Februar 1895, 5 Uhr nachmittags.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **29. Jänner 1895** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Raimund Grübl und des Vice-Bürgermeisters Josef Matzenauer.

Bürgermeister Dr. Grübl: Die Versammlung ist beschlussfähig; ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

1. Herr Gem.-Rath Schmidt entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung wegen Unwohlseins, ebenso die Herren Gem.-Räthe Dr. Lerch und Seidler.

2. In der Gemeinderaths-Sitzung vom 25. Jänner 1895 sind folgende Wahlen vorgenommen worden:

Die Wahl eines Mitgliedes in das Curatorium des k. k. österr. Museums für Kunst und Industrie. Abgegeben wurden 51 Stimmzettel, gewählt wurde Vice-Bürgermeister Matzenauer mit 50 Stimmen.

Die Wahl von sechs Mitgliedern in das Schiedsgericht für Lagerhausstreitigkeiten. Gewählt wurden:

Wilhelm Dienstl mit 51 Stimmen,
Wilhelm Neuber „ 51 „
Gottfried Schenker „ 50 „
Julius Schneider „ 51 „
Johann Müller „ 50 „
Jonas Weil „ 51 „

Die Wahl von zwei Mitgliedern in die Baudeputation. Gewählt wurden:

Eduard Kaiser mit 51 Stimmen,
Franz Roth „ 50 „

3. Das österr.-ungar. Consulat theilt mit, dass wie im Vorjahre auch heuer ein in London ansässiger österr. Staatsangehöriger den Betrag von 2 £ mit der Bitte erlegt hat, dass diese Summe an acht unterstützungswürdige Arme Wiens in gleichen Theilen vertheilt werden möge.

4. Der Bezirksvorsteher des IV. Bezirkes theilt mit, dass die Leitung des Eßterházy-Bades 100 Stück Freikarten für Arme des IV. Bezirkes übersendet hat.

Den Spendern wird der Dank ausgesprochen.

5. Der Vorstand der Wiener Bezirks-Krankencassa hat in seiner Sitzung vom 25. Jänner den Beschluss gefasst, dem löbl. Gemeinderathe Wien für die mit Beschluss vom 4. Jänner 1895 gegen die mit Entschließung der Statthalterei vom 29. December 1894 verfügte 20percentige Erhöhung der täglichen Verpflegstaxe der dritten Classe in den Wiener öffentlichen Krankenanstalten an den Tag gelegte Stellungnahme seinen Dank auszusprechen.

6. Herr Gem.-Rath Jedlička hat in der letzten Sitzung interpelliert wegen der Erkenntnisse des Magistrates in Betreff des Ersatzes von Kosten für die Verpflegung von Lehrlingen. Ich habe die Ehre, diesfalls folgendes mitzutheilen:

Vor allem muss ich hervorheben, dass die Angelegenheit, welche den Anlass zu dieser Interpellation gegeben hat, vollständig in den Wirkungskreis des magistratischen Bezirksamtes als politische Behörde I. Instanz fällt und demnach die hierämtliche Entscheidung nur im Recurswege von der k. k. n.-ö. Statthalterei aufgehoben werden kann.

Zu den einzelnen in der Interpellation gestellten Anfragen wird folgendes bemerkt, und zwar ad Punkt 1:

Der Verein „Lehrlingsheim" ist keine durch ein Gesetz anerkannte Genossenschaft, welche Eigenschaft dem genannten Vereine

seitens des Bezirksamtes weder beigelegt, noch bei der in Rede stehenden Verhandlung vorausgesetzt wurde.

Ad 2. Das magistratische Bezirksamt hat es auch niemals als eine in seine Competenz fallende Verpflichtung angesehen, für den genannten oder einen anderen privaten Verein geschäftliche Außenstände executiv einzutreiben, aber nichtsdestoweniger muss es demselben vorbehalten bleiben, mit den Entscheidungen in Fragen des Lehrlingswesens auch über die hieraus entspringenden Ersatzansprüche Erkenntnisse zu fällen und dieselben beim Vorhandensein der gesetzlichen Voraussetzungen, wie dies in der besprochenen Angelegenheit der Fall ist, nöthigenfalls in Vollzug zu setzen.

Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen.

7. Herr Gem.-Rath Röhrl hat in der letzten Sitzung wegen der Mängel in den postalischen Einrichtungen der neu angegliederten Bezirke, insbesondere des XIV. Bezirkes, interpelliert. Ich habe mich wegen Behebung der in der Interpellation erwähnten Übelstände und wegen Durchführung der angeregten Verbesserungen an die k. k. Postdirection gewendet.

Ich bitte um Mittheilung des Einlaufes.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

8. Interpellation des **Gem.-Rathes Eigner:**

Die öffentliche Brückenwage am Rudolfsheimer Heu- und Strohmarkte ist derart räumlich beschränkt, dass es den Parteien nicht möglich ist, die Function der Wage während des Abwägens zu controlieren oder einen etwaigen Irrthum in der Gewichtszählung richtigzustellen, weil einfach der dortige Wagmeister durch die ungeschickte Stellung der Wage diese mit seinem breiten Rücken deckt — derselbe aber undurchsichtig ist — und nun der Käufer das glauben und zahlen muss, was ihm angesagt wird.

Ist dem Herrn Bürgermeister dieser Übelstand bekannt, und gedenkt er sofortige Abhilfe zu schaffen, und dieses Waghaus so einrichten zu lassen wie am Central-Heu- und Strohmarkte?

Bürgermeister: Ich werde diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

9. Anfrage des **Gem.-Rathes Schuh** vom 25. d. M.:

Da der heute von mir und den mitunterzeichneten Herren Collegen dem löblichen Gemeinderathe unterbreitete Antrag, wie ich glaube, von wichtiger und höchst dringender Bedeutung ist, so erlaube ich mir an den geehrten Herrn Bürgermeister die ergebene Anfrage:

Ist derselbe geneigt, dahin zu wirken, dass über den genannten Antrag seitens des Stadtrathes binnen vier Wochen referiert werde?

Bürgermeister: Ich muss bemerken, dass der Antrag erst in der vorigen Sitzung eingebracht worden ist. (Gem.-Rath Hawranek: Aber sehr wichtig!) Der Antrag wurde dem Magistrate zur Berichterstattung zugewiesen. Ich werde sehen, wie die Angelegenheit sich erledigen lässt, und das erforderliche veranlassen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

10. Anfrage des **Gem.-Rathes Sebastian Grünbeck:**

In der „Arbeiter-Zeitung" vom 24. Jänner, Nr. 24, auf Seite 5 unter dem Schlagworte „Humane Ärzte" wird geschildert, unter welchen schwierigen Verhältnissen des nachts im XVII. Bezirke ein Arzt zur Behandlung von Schwerkranken zu finden ist, wo unter Begleitung eines Wachmannes von 11 Uhr nachts bis 4 Uhr früh vergebens gesucht und gebeten wurde, für eine in Kinderbetten liegende Frau Hilfe zu bekommen.

Nach langem Suchen kam man auf den Polizei-Bezirksarzt, welcher leider zu spät erschien und das Kind schon todt zur Welt gebracht wurde.

Derlei Fälle ereignen sich auch oft in anderen Bezirken, besonders in jenen Bezirken, wo ärmere Bevölkerung wohnt, und ich glaube wohl, dass dies einer Großstadt unwürdig ist, dass Hilfesuchende so lange planlos umherirren müssen.

Aus obigem erlaube ich mir an den geehrten Herrn Bürgermeister die Anfrage zu stellen,

ob er nicht geneigt wäre, bei der Ärztekammer die Anregung zu machen, dass ein abwechselnder Permanenzdienst bei Nacht von den Ärzten in Hernals eingeführt werde, was ja auch für die anderen Bezirke von Bedeutung wäre?

Bürgermeister: Ich werde über diesen Gegenstand Erhebungen pflegen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

11. Interpellation des **Gem.-Rathes Schlögl:**

In der Nummer vom 26. Jänner des „Illustrierten Weltblatt" ist ein Artikel mit der Überschrift „Von Spital zu Spital" enthalten, welcher Zustände schildert, wie sie crasser nirgends mehr vorkommen können. Wie beiliegender Artikel schildert, wurde ein Kind durch die Männer der freiwilligen Rettungsanstalt des XIV. und XV. Bezirkes nach zehnstündiger Fahrt von Spital zu Spital wieder zum Commissariate „Schmelz" zurückgebracht, da es in keine Heilanstalt der Stadt Wien aufgenommen worden war. Mit Recht hat der dort amtierende Commissär die Worte ausgesprochen: „Das ist ein Scandal, da muss etwas geschehen."

Mag die Affaire in was immer für Zufälligkeiten ihren Grund haben, das eine steht fest und kann nicht geleugnet werden, dass solche Zustände der Reichshaupt- und Residenzstadt unwürdig sind.

Was gedenkt deshalb der hochgeehrte Herr Bürgermeister bei den betreffenden Behörden zu veranlassen, dass solche Vorkommnisse sich nicht mehr wiederholen?

Bürgermeister: Ich werde über diesen Gegenstand Erhebungen pflegen und eventuell das Erforderliche veranlassen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

12. Interpellation des **Gem.-Rathes Röhrl:**

Die Kunstbutterfabrication wird in großartigem Umfange betrieben und noch immer ist dem Schwindel Thür und Thor geöffnet.

Es wurde wohl von dem löblichen Magistrate eine Verordnung erlassen, welche bedingt, dass die Butter mit der Bezeichnung Kunst- oder Naturbutter versehen werde, leider wird diese Bezeichnung umgangen. Einige Fabrikanten verkaufen ihre Erzeugnisse unter dem Titel Mischbutter, um damit das Wort Kunst- oder Naturbutter nicht ausdrücken zu müssen, es werden somit die Marktcommissäre sowie das Publicum getäuscht.

Um diesem Übelstande abzuhelfen, ist eine Verordnung von dem löblichen Magistrate als Gewerbebehörde zu erlassen, welche bedingt, dass die Naturbutter als „echte Butter" bezeichnet werde, und jede andere Butter, welche nicht echt ist, als „Kunstbutter" in den Verkauf gebracht werde, ferner sei die Kunstbutter in viereckten Stücken von $^1/_4$ kg aufwärts zu verpacken und mit der eingedrückten Bemerkung „Kunstbutter" und dem Namen des Fabrikanten zu versehen. Für Kunstbutter, welche fassweise in die Provinz hinausgeliefert wird und dann wieder als echte Butter nach Wien kommt, gibt es leider keinen Schutz, außer es werden Marktcommissäre bei den Linienämtern und auf den Bahnhöfen angestellt, damit dieselben diese Butter untersuchen, oder dass eine solche Butter einer Verzehrungssteuer unterzogen werde, um Übervortheilungen vorzubeugen.

Aus obenerwähnten Gründen ist es auch nothwendig, dass auf jedem Marktamte sich ein Butter-Refractometer befindet, nicht, wie es jetzt eingeführt ist, dass, wenn man in einem Bezirke Wiens die Butter untersuchen will, die Herren Marktcommissäre gezwungen sind, in einen anderen Bezirk zu laufen, um sich daselbst den Butter-Refractometer auszuleihen.

Ich stelle daher folgende Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister bereit, dahin zu wirken, dass eine Verordnung in obigem Sinne ehestens erlassen werde, und dass auf jedem Marktamte ein Butter-Refractometer angeschafft werde?

Bürgermeister: Ich werde diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

13. Interpellation des **Gem.-Rathes Rißaweg:**

Zufolge Erlasses der hohen k. k. niederösterreichischen Statthalterei vom 22. Jänner 1895, Z. 7671, findet am 31. Jänner 1895 die politische Begehung hinsichtlich des Projectes der k. k. Generaldirection der österreichischen Staatsbahnen für ein Hilfsgeleise zum Zwecke des Baues der Gürtellinie der Wiener Stadtbahn im Bereiche des ersten Bauloses, das ist zwischen dem Westbahnhofe und der Hasnerstraße in Ottakring, statt.

Nachdem nun dieses Hilfsgeleise offenbar nur zu dem Zwecke hergestellt werden soll, um die zur Erbauung dieser Strecke erforderlichen Materialien zuzuführen, mithin jede andere Fuhrwerksleistung ganz außer Betracht kommen würde und die Genossenschaft der Wiener Fuhrwerker schon im abgelaufenen Jahre mit einer Eingabe an den Gemeinderath herangetreten ist, in welcher dieselbe mit Rücksicht auf die triste Lage dieses Erwerbszweiges ansuchte, es möge von Seite der Gemeindevertretung Protest eingelegt werden gegen dieses Straßenbenützungsrecht für eine eingangs erwähnte Geleiseherstellung, indem die Gewährung dieses Rechtes gleichbedeutend wäre mit einer vollständigen Ausschließung für alle Fuhrwerksbesitzer.

Wird nun schon seit Jahren in überschwänglicher Weise auf die großen, zur Ausführung kommenden Arbeiten hingewiesen und sollen die Hoffnungen,

welche die Geschäftswelt daran gesetzt hat, nicht zu Wasser werden, indem es heute ja schon offen zutage tritt, dass nur Actiengesellschaften, Bankinstitute ꝛc. den Löwenantheil aus dem Erlöse dieser Arbeiten davontragen werden, so ist es nothwendig, dass die Gemeinde für ihre Mitbürger energisch eintritt und denselben durch Zuweisung von Arbeit und Verdienst ihre Verpflichtungen, welche dieselben gegenüber dem Staate und der Gemeinde zu erfüllen haben, erleichtert.

Der Gefertigte erlaubt sich daher die Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt zu veranlassen, dass der Vertreter der Gemeinde Wien bei der am 31. Jänner d. J. stattfindenden Commission behufs Anlage eines Hilfsgeleises zum Zwecke des Baues der Gürtellinie der Wiener Stadtbahn jenen Standpunkt einnimmt, welcher geeignet erscheint, den berechtigten Wünschen der Wiener Fuhrwerker zu entsprechen?

Bürgermeister: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

14. Anfrage des **Gem.-Rathes Stehlik:**

In jüngster Zeit ist es wiederholt vorgekommen, dass Unfälle beim Übergange über die Tramwaygeleise der Neuen Wiener Tramway, insbesondere bei der Thaliastraße (beim Durchbruche in die Lerchenfelderstraße im VII. Bezirke) dadurch sich ereigneten, dass die Pferde mit den Hufen in den Schienen hängen blieben und dadurch zum Sturze kamen, wobei die Pferde und in mehreren Fällen auch die Kutscher zuschaden kamen. Auch befindet sich das Pflaster in einem geradezu elenden Zustande.

Der Gefertigte erlaubt sich daher die Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, dahin zu wirken, dass dieser Übelstand ehebaldigst behoben wird?

Bürgermeister: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

15. Interpellation des **Gem.-Rathes Maresch:**

Auf der 250° langen Strecke von dem Liniendurchbruch bei der Thaliastraße bis zur Burggassenlinie ist der Bezirkstheil Neulerchenfeld des XVI. Bezirkes von dem VII. Bezirke und der Inneren Stadt abgesperrt. Auf den dazwischen liegenden Theil des Gürtels münden vier sehr frequente, fast ganz ausgebaute und in der Richtung nach Ottakring entwicklungsfähige Längenstraßen (Koppstraße, Herbststraße, Hasnerstraße und Menzelgasse). Auf dem von denselben durchzogenen Gebiet bestehen an 400 neugebaute, große Häuser mit 30.000 Einwohnern, darunter zahlreiche Fabriken, und aus diesen Kreisen kommen mir zahlreiche Anfragen und Beschwerden zu, warum die vor allem nothwendige Verbindung der Koppstraße mit der Neustiftgasse bis jetzt, das ist vier Jahre nach Aufhebung der Linien, noch nicht durchgeführt wurde?

Nachdem es bekannt ist, dass die Expropriation der die Herstellung dieses Liniendurchbruches hindernden Realität längst bewilligt wurde und der Gemeinderath den Ankauf einer in dem Straßenspiegel gelegenen Grundparcelle behufs Eröffnung der Neustiftgasse bis zum Gürtel genehmigt hat, so erlaube ich mir an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu stellen:

Welche Hindernisse stehen der Herstellung des Liniendurchbruches zwischen der Neustiftgasse im VII. Bezirke und der Koppstraße im XVI. Bezirke noch im Wege?

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, ohne Verzug alles vorzukehren, damit diese etwa noch bestehenden Hindernisse rasch beseitigt und noch im heurigen Frühjahre die Straßenverbindung bewirkt werden kann?

Kann der Herr Bürgermeister den äußersten Termin bestimmen, bis zu welchem diese Straßenverbindung hergestellt sein wird?

Bürgermeister: Ich werde diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

16. Antrag des **Gem.-Rathes Eigner:**

Die Schlachtgebür beträgt derzeit in sämmtlichen Schlachthäusern der Stadt Wien für alle Rinder ohne Unterschied einen Gulden. Diese Gebür ist für das sogenannte Beinlvieh, welches oft kaum 200 kg Lebendgewicht aufweist, entschieden zu hoch, umsomehr, als solche Thiere zur Erzeugung von Würsten, einem Nahrungsmittel der ärmsten Classe der Bevölkerung, geschlachtet werden. Wenn selbst das hohe k. k. Finanzärar so viel Einsicht in den bestehenden Verhältnissen bekundet, dass es die Verzehrungssteuer für Rinder unter 400 kg Lebendgewicht auf die Hälfte herabgesetzt hat, so beantrage ich,

für solche Thiere auch die Schlachtgebür auf die Hälfte, das ist auf 50 kr. herabzusetzen.

Bürgermeister: Dieser Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung zugeführt.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

17. Antrag des **Gem.-Rathes Schneiderhan** und Genossen:

Nachdem im Jahre 1894 die Einleitung von Hochquellenwasser in die Häuser der Vorortebezirke theilweise ermöglicht wurde, haben die Hausbesitzer dementsprechend auch die an die Gemeinde zu zahlende Gebür den Parteien aufgerechnet und in der Zinsfassion zum Ausdrucke gebracht.

Die Finanzbehörde behandelte nun diese Beträge als Zinssteigerung und schrieb auch die Besteuerung hiefür ab.

Wenn nun der Hausbesitzer diese Beträge von der Besteuerung ausgeschlossen haben will, so wird verlangt, dass er einen Recurs gegen die Vorschreibung einbringen soll. Abgesehen davon, dass durch dieses Verlangen dem Steuerträger Kosten erwachsen, so ist damit auch für denselben ein großer Zeitverlust verbunden. Ebenso wird die Zeit der Steuerbeamten, da diese Recurse sich auf tausende belaufen würden, unnöthig und unnütz in Anspruch genommen.

Die Gefertigten ersuchen daher:

Der Herr Bürgermeister möge dahin wirken, dass den Hausbesitzern diese ungerechtfertigte Last erspart werde, und dass von amtswegen in kurzem Wege ihren Reclamationen Rechnung getragen werde.

Bürgermeister: Ich werde mich diesfalls mit der Finanz-Landes-Direction ins Einvernehmen setzen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

18. Antrag des **Gem.-Rathes Tomola** und Genossen:

Die gestern stattgefundene Gerichtsverhandlung gegen das Brüderpaar David und Lazar Münzer aus Drohobycz in Galizien liefert einen Beleg dafür, wie sehr die solide heimische Industrie des staatlichen Schutzes vor unlauterem Wettbewerbe bedarf. Jeder Geschäftsmann weiß, dass er von den Auswüchsen der sogenannten „freien Concurrenz" unendlich schwer getroffen wird. Ohne mich darum in eine weitere Begründung dieses Antrages einzulassen, will ich nur bemerken, dass im Augenblicke im deutschen Reichstage eine Gesetzesvorlage über die staatliche Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes in Berathung steht.

Mein Antrag geht dahin:

Es möge vom Gemeinderathe eine Petition an das hohe Abgeordnetenhaus vorgelegt werden, worin um Einbringung eines Gesetzentwurfes über die staatliche Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes im Interesse der soliden heimischen Industrie gebeten wird.

Bürgermeister: Dieser Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Zur Geschäftsordnung hat der Herr Gem.-Rath Billicus das Wort.

Gem.-Rath Billicus: Im Amtsblatte der Stadt Wien ist folgendes zu lesen:

„Am 22. October 1891 haben die Herren Gem.-Räthe Billicus, Janotta und Genossen nach einer allgemeinen Schilderung verschiedener Übelstände in der Schule im I. Bezirke, Habsburgergasse Nr. 14, und „bei den Schotten" folgenden Antrag gestellt ꝛc."

Zur Richtigstellung dieser Anzeige muss ich bemerken, dass der gewesene Gem.-Rath Janotta zur Begründung meines Antrages gar nichts beigetragen hat, weshalb er eigentlich als Mitantragsteller nicht angesehen werden kann. Wenn er aber dennoch im Amtsblatte als Mitantragsteller genannt wird, so beruht das offenbar auf einem Irrthume, dessen Wiederholung gewiss für kein Mitglied des Gemeinderathes erwünscht sein wird.

Ich bitte deshalb den Herrn Bürgermeister, dies zur gefälligen Kenntnis nehmen zu wollen. (Gem.-Rath Gregorig: Warum?) Der Herr Collega fragt warum, das „warum" kann er sich leicht selbst beantworten. (Gem.-Rath Gregorig: Gewiss!) Von mir

braucht er keine Antwort. Es beruht ja vieles auf gewissen Meinungen, die sehr verschieden sind.

Bürgermeister: Ich werde über den Gegenstand Erhebungen pflegen und eventuell die Richtigstellung vornehmen.

Wir kommen zur Tagesordnung.

Gem.-Rath Steiner (zur Geschäftsordnung): Vor ungefähr 14 Tagen erlaubte ich mir im Plenum des Gemeinderathes eine Interpellation an den Herrn Bürgermeister zu stellen, dahin gehend, wann endlich einmal das Referat über die Errichtung eigener Gaswerke erstattet werde.

Der Herr Bürgermeister hat die Güte gehabt, die Interpellation dahin zu beantworten, dass in der nächsten Sitzung darüber werde referiert werden. Ich bin schon sehr neugierig — damit die Frage nicht verschleppt werde — wie die Angelegenheit erledigt werden wird.

Ich erlaube mir daher im Interesse der Gemeinde den Herrn Bürgermeister zu bitten, endlich einmal das Referat über die städtischen Gaswerke zu erstatten und sein dem Gemeinderathe gegebenes Wort einzulösen.

Bürgermeister: Ich kann nur bemerken, dass ich meines Erinnerns nicht sagte: in der nächsten Sitzung . . . (Rufe links: „Ja, in der nächsten!") . . . es kann sein, so genau weiß ich es nicht; es kann aber auch sein, dass ich gesagt habe, in einer der nächsten Sitzungen. Übrigens steht der Bericht über die gegenwärtige Situation der Gasfrage auf der Tagesordnung, und wenn es möglich ist, werde ich dieses Referat noch heute erstatten. Die Herren können also ganz beruhigt sein. (Gem.-Rath Gregorig: Großartig!) Wenn auch nicht großartig, so doch ganz in der Ordnung.

Wir schreiten zur Tagesordnung. Zum Referate ersuche ich Herrn Gem.-Rath Wurm.

19. (719.) **Referent Gem.-Rath Wurm**: Beilage Nr. 11. Es handelt sich hier um den Statthalterei-Erlass, betreffend die politische Begehung bezüglich des Projectes eines Hilfsgeleises für den Bau der Gürtellinie der Wiener Stadtbahn zwischen dem Westbahnhofe und der Hasnerstraße in Ottakring, XVI. Bezirk.

Es ist die Herstellung dieses Geleises höchst dringend und wünschenswert, weil hiedurch der Bau der Gürtellinie wesentlich gefördert und beschleunigt und auch das Fuhrwerk, welches sonst die Straße in Anspruch nehmen würde, eliminiert wird. Die Bahn wird selbstverständlich nur in den Nachtstunden in Betrieb sein, und zwar in den Stunden von 12 bis 3 Uhr. Der Stadtrath hat alle jene Bedingungen gestellt, welche bei der politischen Begehung seitens der Gemeinde gefordert werden können und welche im Interesse der Aufrechthaltung des sonstigen Verkehres gelegen sind.

Hauptsächlich sollen die Schienen an allen jenen Stellen, wo die Straße in Anspruch genommen wird, derart in das Pflaster versenkt werden, dass der Verkehr darüber nicht gestört wird; selbstverständlich muss auch der Markt vor dem Hotel Wimberger ungestört betrieben werden können.

Die Anträge, welche demzufolge der Stadtrath stellt, sind folgende (liest):

„Die Vertreter der Gemeinde Wien seien zu ermächtigen, bei der in Rede stehenden politischen Begehung folgende Erklärung abzugeben:

Die Gemeinde Wien erhebt vom Standpunkte der Straßenbenützung gegen das vorliegende Project unter den nachstehenden Bedingungen keine Einwendung:

1. Die Straßenbenützung ist auf die Dauer des Baues der Gürtellinie der Wiener Stadtbahn längstens auf die Dauer von zwei Jahren einzuschränken und ist hiefür ein Anerkennungszins von 5 fl. jährlich zu entrichten.

2. An den Kreuzungsstellen mit den öffentlichen Communicationen ist eine Geleiseconstruction anzubringen, welche die volle Gewähr für die Aufrechthaltung des ungehinderten allgemeinen Verkehres bietet und sind die bereits bestehenden und weiters noch auszuführenden nothwendigen Pflasterungen im Anschlusse an das Geleise auf Kosten der Bahnunternehmung stets in einem guten Zustande zu erhalten.

3. Die am Marktplatze vor dem Hotel Wimberger aufgestellten Verschleißobjecte dürfen durch die Geleiseanlage weder beschädigt noch beeinträchtigt und darf auch der Marktverkehr dortselbst in keiner Weise behindert werden.

4. Das von den Materialwagen allfällig abfallende Material ist sofort zu entfernen.

5. Nach Außerbetriebsetzung des Hilfsgeleises, längstens aber nach Ablauf von zwei Jahren, ist das Geleise aus den städtischen Gründen wieder zu entfernen und sind die Grund- und Straßenflächen wieder in den früheren guten Zustand zu versetzen.

6. Die gesammten Arbeiten der Anlage des Hilfsgeleises sind im Einvernehmen mit dem Stadtbauamte vorzunehmen und ist darauf zu achten, dass hiebei die bestehenden städtischen Objecte keine Schädigung erfahren.

7. Allfällige öffentliche Herstellungen im Bereiche der Geleiseanlage sind zu gestatten und sind hiebei alle jene Anforderungen auf Kosten der Bahnunternehmung zu erfüllen, welche für die Durchführung von öffentlichen Arbeiten erforderlich sein werden.

8. Im Interesse der Sicherheit der Personen hat jedem Zuge ein Mann mit einer Laterne voranzugehen."

Ich bitte, diese Anträge anzunehmen.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — Angenommen.

Beschluss: Die vorstehenden vollständig zur Verlesung gebrachten Referenten-Anträge.

20. (401.) **Referent Gem.-Rath Wurm**: Beilage 9, betreffend die Baulinienbestimmung für die Häuser Nr. 2, 4 und 6 Rauhensteingasse. Eingeschritten ist der Eigenthümer des Hauses Nr. 6. Das Bauamt hat den Antrag gestellt, für die Rauhensteingasse beiderseits die Baulinie zu bestimmen. Bei der Localaugenscheins-Commission wurde jedoch gegen die Baulinienbestimmung auf Seite der ungeraden Nummern Einspruch erhoben, weil die Ausmündung der Ballgasse noch nicht festgesetzt und jedenfalls für das Haus Nr. 3 die Bestimmung der Baulinie für die Ballgasse von hoher Wichtigkeit ist. Die Baulinien für die Ballgasse können heute noch nicht bestimmt werden, weil dieselben in innigem Zusammenhange stehen mit einem Straßenzuge, der im General-Regulierungsplane jedenfalls wird Aufnahme finden. Es ist dies der Straßenzug von der verlängerten Akademiestraße gegen den Stephansplatz und im weiteren Verlaufe zu der Ferdinandsbrücke. Von diesem Straßenzuge wird die Ballgasse geschnitten und jedenfalls wird die Verbindung der Ballgasse erst dann festgesetzt werden können, wenn dieser Straßenzug auch in Rede kommt. Dann ist noch zu berücksichtigen, dass bei der geraden Durchführung der Rauhensteingasse, wie sie hier bezeichnet ist, Schwierigkeiten entstehen würden, wenn vorerst die Häuser auf Seite der geraden Nummern, die Häuser Nr. 10, 12 umgebaut würden. Es

würde nämlich dadurch eine Verengung der Rauhensteingasse stattfinden, welche absolut nicht zulässig ist. Wenn seinerzeit die Baulinie der Ballgasse bestimmt werden wird, so kann ein Bruch in der Rauhensteingasse eingelegt werden; bis dorthin wäre es jedenfalls zweckmäßig, jede weitere Bestimmung von Baulinien in der Rauhensteingasse zu vermeiden und sich auf die Baulinien von 4, 6 und 2 zu beschränken. Dieser Theil ist ohnedies von selbst gegeben. Nr. 2 ist ein vollkommen neues Haus in bestem Bauzustande; es ist darin der Residenzclub. Haus Nr. 8 ist der Mozarthof, auch ein neues Haus; es ist nicht anders möglich, als die Baulinien in diesem Theile so zu bestimmen, dass die Baulinien der Häuser 2 und 8 verbunden werden. Dadurch ergibt sich die Baulinie für die Häuser 2, 4 und 6.

Der Antrag des Stadtrathes geht dahin:

„Es werde die Baulinie für Or.-Nr. 2, 4 und 6 Rauhensteingasse im I. Bezirke nach der Linie a b bestimmt."

Selbstverständlich bleibt alles übrige in suspenso.

Gem.-Rath Rosenstingl: Ich habe mich zum Worte gemeldet, um die Anfrage an den Herrn Referenten zu richten, warum die Baulinienbestimmung nur auf zwei bis drei Häuser beschränkt wird. Der Herr Referent hat nun zum Theile die Aufklärung gegeben und ich sehe recht gut ein, dass es unter solchen Umständen nicht gut anders möglich ist; aber ich möchte principiell aussprechen, dass man dieses System so selten als möglich zur Anwendung bringen möge; dass man nicht nur einzelne kurze Gassen ohne Berücksichtigung der Fortsetzung der Baulinie bestimmt, sondern sogar soweit geht, dass man die Baulinie für einzelne Häuser in einer Gasse bestimmt, bezüglich der anderen offen lässt. Das ist schon einigemale vorgekommen und es muthet eigenthümlich an, wenn man weiß, es ist ein großer General-Regulierungsplan im Werden begriffen, und wenn man sieht, dass man hier zaghaft vorgehen will. Ich bin übrigens überzeugt, dass es bezüglich der Häuser 10 und 12 gar nicht geschadet hätte, wenn man wenigstens auf der linken Seite die Baulinie gleich bestimmt hätte; denn — ich glaube, der Herr Referent wird mir rechtgeben — wenn es heute doch den Eigenthümern von Nr. 10 oder 12 einfallen würde, um die Baulinie einzukommen, würde der Gemeinderath nicht umhin können, ihnen diese Baulinie hinauszugeben, ich glaube nicht, dass die Gemeinde in der Lage wäre, ein Bauverbot deshalb zu erlassen, weil die Rauhensteingasse dann an der vorderen Stelle so schmal würde, wie gegenüber Nr. 8. Denn dieselbe Breite, wie sie für eine gewisse Zeit entstehen würde, haben Sie ja schon beim Hause Nr. 8, und wenn die Gemeinde es mit einem Bauverbote versuchen würde, so würde sie, wie ich glaube, unrecht bekommen. Aus diesem Grunde wäre es, wie ich meine, besser gewesen, wenn wenigstens die eine ganze Seite bestimmt würde; denn die Sache hat auch eine andere rechte Seite. Man schafft auf diese Art, wenn man so „zizerlweise" vorgeht — um mich eines vulgären Ausdruckes zu bedienen — schwebende Werte, ganz unbestimmte Werte von Häusern, weil die Leute nun absolut nicht wissen, wie sich die Dinge später gestalten werden, und je nachdem sie Optimisten oder Pessimisten sind, bewerten sie ihren eigenen Besitz verschieden. Das ist unbedingt nicht gut. So etwas soll nicht gefördert werden. Solchen Zuständen soll von der Gemeinde auf jede Art und Weise entgegengetreten werden. Ebenso wie ich weiß, was ich Geld in meinem Kasten habe, und annähernd weiß, wieviel, wenn ich Papiere habe — allerdings nicht ganz bestimmt — soll ich bei immobilem Besitze annähernd wissen, was dieser wert ist. Es gibt aber heute in Wien schon eine Menge Häuser, deren Besitzer auf eine große Summe, auf hohe Percente hinauf keine Ahnung haben, wie sie ihr Haus eigentlich bewerten sollen, weil sie nicht wissen, ob die Sache so oder so bestimmt wird. Dasselbe ist hier der Fall. Ich will nicht opponieren und gebe dem Herrn Referenten recht, wenn er sagt, dass bezüglich der Ball- und Blumenstockgasse — ich glaube auch, dass diese in Betracht gezogen werden muss — außerordentliche Schwierigkeiten bestehen. Ich möchte aber doch wünschen, dass der Stadtrath dort, wo es einigermaßen möglich ist, derartige Sachen gruppenweise erledigen möge, dass der Stadtrath, soweit es möglich ist, nicht nur immer die Gassen für sich, sondern auch das, was damit in unbedingtem Zusammenhange steht, in den Kreis seiner Berathungen ziehen möge, und dass diese Ungewissheit, die bei einer großen Anzahl von Hauseigenthümern entsteht, nicht so ins allgemeine getragen wird. Diesen Wunsch möchte ich mir auszusprechen erlauben.

Gem.-Rath Eigner: Ich kann nur dem Herrn Vorsprecher rechtgeben; wie man dazukommt, dass man für drei Häuser Baulinien bestimmen will, nachdem doch in der Rauhensteingasse keine andere Baulinie möglich ist als die gerade, welche zwischen den Häusern Nr. 2 und 12 gezogen werden kann, weiß ich nicht. Die Gassenbreite bei Nr. 4 und 6 vis-à-vis dem Hause Nr. 3 und bei Nr. 12 gegenüber dem Hause Nr. 7 ist noch immer größer als die alte, mithin kann man vollständig die Baulinie für diese Gasse bestimmen, und zwar von der Weihburggasse bis zur Himmelpfortgasse. Das scheint mir ganz unglaublich.

Nehmen Sie nur an, was diese kleine Drucksorte kostet — der Plan muss copiert, beschrieben und in so vielen hundert Blättern abgezogen werden — was das für Auslagen sind. Heute kommt man mit drei Häusern, Nr. 2, 4 und 6, und bestimmt die Baulinie, das kostet wiederum Geld; in drei Wochen oder drei Monaten kommt man wieder, um die Baulinie für das Haus Nr. 10 oder Nr. 12 zu bestimmen, und doch kann es eine andere Baulinie, wie die heute bestimmte, in dieser Durchführung nicht geben. Ich verstehe nicht, wie das Bauamt oder sonst wer veranlassen kann, diese Sache dem Gemeinderathe so vorzulegen. Diese Auslage muss doch dem Steuerträger nicht immer wieder hinaufgelastet werden, man muss den Steuerträger entlasten. Wenn jemand sagt, das sind nicht viel Kosten, so soll man das nur zusammenrechnen; da hat ein Ingenieur zu thun; ein anderer Beamter muss schreiben, ein anderer copieren, ein anderer zieht ab, und so geht die Sache fort. Das gehört sich nicht, dass der Gemeinderath wegen dreier Häuser in Anspruch genommen wird, und dass die andere Baulinie später darankommt.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet, der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent (zum Schlusswortе): Was Herr Gem.-Rath Rosenstingl angeregt hat, habe ich seinerzeit in einem Antrage formuliert. Ich selbst habe den Antrag gestellt, es möge in Zukunft bei Baulinienbestimmungen auf die ganze Umgebung Rücksicht genommen werden. Hier ist aber ein ganz specieller Fall, und es ist auch diese Bestimmung in genauer Erwägung des in Ausarbeitung befindlichen General-Regulierungsplanes erfolgt, und es ist nicht richtig, dass die Linie auf der Seite der geraden Nummern nicht doch etwas abgeschwenkt werden könnte. Wenn nämlich die Ballgasse bestimmt ist, wird es vielleicht möglich sein, in der Rauhensteingasse einen Bruch zu empfehlen, um die Er-

weiterung gegen die Himmelpfortgasse fortbestehen zu lassen. Es ist dort ein Fiakerstandplatz, die Straße ist heute breit, und es macht immer einen höchst unangenehmen Eindruck, wenn eine bereits bestehende Straße irgendwie verengert wird. Das war die Veranlassung, dass man ausnahmsweise die Baulinien nur für die Häuser Nr. 2, 4 und 6 beantragt hat.

Ich empfehle Ihnen nochmals den Antrag des Stadtrathes.

Bürgermeister: Gegen das Meritorische des Antrages ist eine Einwendung nicht erhoben worden.

Gem.-Rath Eigner (zu einer Berichtigung): Der Herr Referent sagt, er wird diese Front etwas ablenken . . .

Bürgermeister (unterbrechend): Ich bitte, Herr Gemeinderath, das ist keine Berichtigung; sehen Sie, wir haben so viel zu thun —

Gem.-Rath Eigner: Wegen des Standplatzes der Fiaker müsste man sämmtliche Häuser zurücksetzen, aber wenn man die Front ablenkt, so entsteht ein Zwickel, und das geht nicht.

Bürgermeister: Eine Einwendung ist nicht erhoben worden; ich erkläre die Anträge für angenommen.

Beschluss: Für die Or.-Nr. 2, 4 und 6 Rauhensteingasse im I. Bezirke wird die Baulinie nach der im Plane mit a b bezeichneten Linie bestimmt.

21. (362.) **Referent Gem.-Rath Wurm:** Beilage 8. Hier handelt es sich nur um eine ganz unwesentliche Abänderung der Niveaucote vor der Realität Küniglberg 1 im XIII. Bezirke. Es ist hier eine Abänderung beantragt, wodurch der Übergang von der Gloriettegasse gegen den Promenadeweg in zweckmäßigerer Weise durchgeführt wird, und es wird von Seite des Stadtrathes folgendes beantragt (liest):

„Es werde die Abänderung der Niveaucote dieser Realität von 43·64 m auf 44·14 m respective 43·84 m zur Erzielung einer besseren Einfahrt in diese Realität an der abgekappten Ecke beim Zusammenstoße der Gloriettegasse und des Promenadeweges genehmigt."

Ich bitte, diesen Antrag anzunehmen.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — Der Antrag ist angenommen.

Beschluss: Die Abänderung der Niveaucote der Realität XIII. Bezirk, Hietzing, Küniglberg 1, Consc.-Nr. 159, E.-Z. 143, von 43·64 m auf 44·14 m respective 43·84 m zur Erzielung einer besseren Einfahrt in diese Realität an der abgekappten Ecke beim Zusammenstoße der Gloriettegasse und des Promenadeweges wird genehmigt.

22. Bürgermeister: Wir kommen zur Fortsetzung der Debatte über die Vergütung der Überstunden des Straßensäuberungspersonales. Bitte Herrn Gem.-Rath Schneiderhan zum Referate. (Gem.-Rath Schneiderhan tritt an den Referententisch.) Das Wort hat Herr Gem.-Rath Gfrorner.

Gem.-Rath Gfrorner: Ich habe mich das letztemal zum Worte gemeldet, weil gegen die Säuberung der Inneren Stadt, die heute in eigener Regie durchgeführt wird, ungeheure Angriffe erhoben wurden. Ich möchte Sie erinnern, dass ich im vorigen Jahre eigentlich derjenige war, der für die Transport-Gesellschaft gesprochen hat, weil sie 20 Jahre hindurch ihrer Verpflichtung in anständiger Weise nachgekommen ist, und weil ich wusste, dass die Sache wahrscheinlich nicht vortheilhafter für uns werden wird. Alle haben aber damals gegen die Transport-Gesellschaft geschimpft und gesagt: sie muss weg, die eigene Regie muss herkommen. Jetzt haben wir nun die eigene Regie und jetzt schimpft man wieder von neuem. Das kommt mir so vor wie seinerzeit im deutsch-französischen Kriege; wenn damals jemand zu den Deutschen, den Preußen, gehalten hat, so haben ihn die Franzosen aufgehenkt, und wenn jemand zu den Franzosen gehalten hat, so haben ihn die Deutschen aufgehenkt — also aufgehenkt ist immer worden — geschimpft wird hier immer. Sie können sich wohl denken, dass ich, der seinerzeit für die Gesellschaft gesprochen hat, mich lebhaft dafür interessiert habe, wie die Straßensäuberung nunmehr in eigener Regie durchgeführt wird, und ich kann Sie versichern, dass das, was der Herr Gem.-Rath Eigner vorgebracht hat, dass z. B. jeder aufladen und abladen kann, wo er will u. s. w., dass das vollständig unrichtig ist (Widerspruch seitens des Gem.-Rathes Eigner); es ist auch unrichtig, dass jeder Schneeschaufler schaufeln kann, wo und wann er will.

Bei dem Schneefalle, der sich heuer ereignet hat und der eine Calamität, ja eine Katastrophe für Wien war, bin ich um $^1/_2$2 Uhr nachts durch die Straßen über den Graben und Mehlmarkt gegangen und habe mich überzeugt, ob und wie die Maschinen arbeiten; sie waren in voller Thätigkeit, trotzdem die Pferde bis über dem Bauche im Schnee gestanden sind.

Was die Aufsicht über die Arbeiter anbelangt, so kann ich Ihnen das eine sagen, dass 172 Partieführer bestellt waren. Jeder derselben hat 14 Mann; mit diesen rückt er aus. Dann hat er einen Zettel, auf dem die Namen aller dieser Arbeiter stehen. Abends bei der Auszahlung kommt der Partieführer zur Auszahlungsstelle und es bekommen alle ihr Geld, der Partieführer als letzter, so dass Gruppe für Gruppe vor dem Partieführer ausgezahlt wird und nicht so geschwindelt werden kann, dass jemand sich nur eine Schaufel nimmt und sich dann auszahlen lässt. Dann wurde gesagt, jeder ladet auf und ab, wo er will. Das ist unrichtig. Sehen Sie, ich habe hier einen Robisch mitgebracht. (Redner zeigt denselben der Versammlung.) Die Controle auf dem Robisch werden Sie sowieso kennen.

Der Robisch hat zwei Theile, einen rechten und einen linken. Ein Robisch wird alle Tage dem Kutscher eingehändigt, aber nur der eine Theil, der andere Theil mit der Nummer der Section und dem Datum bekommt der Aufseher auf dem Abladeplatze. Das sogenannte „Mandel" bekommt also der Kutscher, und es ist am besten, ihm einen solchen Robisch zu geben, denn ein Papier kann er in den Stiefel stecken, es kann hinausfallen oder nass werden. Den zweiten Theil, das sogenannte „Weibel", bekommt der Aufseher am Abladeplatze, und der Kutscher kann also nur auf dem Platze abladen, wo der Aufseher steht, der das zum Robisch passende Weibel besitzt. Es ist also ganz unmöglich, wo anders aufzuladen. Wenn der Kutscher aufgeladen hat, passt er dem Robisch sein Weibel an und macht einen Schnitt hinein auf beide Theile. Dann fährt er fort und muss hinfahren, wo der Abladeplatz ist; dort wir der betreffende zweite Theil in den Robisch hineingeschnitten, und wenn der Kutscher zurückkommt, werden alle gleich numerierten Theile zusammengesteckt, und wenn ein correspondierender Theil fehlt, wird die Fuhr nicht bezahlt. Ein Schwindel von Seite des Kutschers ist also dabei vollkommen ausgeschlossen.

Vice-Bürgermeister Matzenauer (welcher mittlerweile den Vorsitz übernommen hat): Ich bitte, Herr Gemeinderath, ich erlaube mir zu bemerken, dass dies alles sehr interessant ist, aber es gehört nicht unmittelbar zur Berathung über die Entlohnung von Überstunden.

Gem.-Rath Gfrorner (fortfahrend): Ich bitte, das letztemal hat der Herr Gem.-Rath Eigner und andere stundenlang gesprochen und wir haben es anhören müssen. Ich verwahre mich dagegen, dass ich jetzt unterbrochen werde.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Ich bitte, meine Aufgabe ist, dafür zu sorgen, dass zum Gegenstande der Verhandlungen gesprochen wird, und jetzt handelt es sich um die Entlohnung von Überstunden.

Gem.-Rath Gfrorner: Ich habe mich lediglich zum Worte gemeldet, um die Angriffe, welche gegen die Säuberung der Stadt in eigener Regie erhoben wurden, zurückzuweisen, und das gehört zur Sache. (Sehr richtig! links.) Ich habe das vorgebracht, um den Nachweis zu liefern, dass die Gemeinde in keiner Weise übervortheilt werden kann. Das ist ganz und gar ausgeschlossen.

Nur eines habe ich noch zu bemerken. Es wäre vielleicht ein Schwindel möglich, aber nur so, dass einer in ein Haus hineinfährt, dort den Wagen halbvoll ladet, hinausfährt und erst am Abladeplatz den Wagen vollladet. So wäre es möglich, anders aber nicht.

Ich komme nun zum zweiten Redner, Herrn Gem.-Rath Steiner. Es ist von ihm erwähnt worden, dass der Stadtrath für das Mistabtragen dem Contrahenten 9000 fl. bezahlt, und dass unsere angestellten Leute den Mist hinaustragen müssen. Es ist ganz richtig und auch vernünftig, und ich werde gleich sagen, warum.

In der Stadt sind viele große Häuser mit noblen Parteien, welche natürlich auch noble Dienstboten haben, die nicht mit dem Trüherl beim Hausthore warten wollen, bis der Mistbauer kommt. Hier wird der Mist also in eine große Kiste gesammelt, welche über Tag im Hofe steht, und wenn dann der Mistbauer kommt, wird die Kiste hinausgetragen und mit ein paar Griffen ausgeleert. Dadurch brauchen die Leute nicht lange zu warten, bis jede Kiste separat ausgeladen wird. Für dieses Hinaustragen vom Hausthore beziehungsweise Hof hat die Transport-Gesellschaft von den Häusern ein gewisses Pauschale eingehoben. Dieser Betrag ist klein, macht aber merkwürdigerweise im Jahre 11- bis 12.000 fl. aus! (Hört! links.) Davon hat die Gemeinde nichts gewusst und es ist lediglich das Verdienst des Herrn Ziegelmaier, welcher als Inspector schon 20 Jahre gedient hat, dass das dem Stadtrathe zur Anzeige gebracht wurde. Es hat sich nur darum gehandelt, was soll man thun? Soll man wiederum wie bisher den Contrahenten das Geld eincassieren lassen oder es selbst eincassieren? In diesem Falle müssten wir aber eigene Cassiere anstellen und das kostet wieder Geld. Was wird aber dann geschehen? Die Hausbesorger und die Hausherren werden nicht mehr zahlen, denn sie werden sagen, wenn die Gemeinde den Mist wegführt, hat sie auch die Verpflichtung, ihn heraustragen zu lassen und daher werden wir nichts dafür zahlen. Der Stadtrath hat also ganz vernünftig gehandelt, indem er sagte, der Contrahent soll das eincassieren und der Gemeinde dafür ein Pauschale bezahlen, und so zahlt derselbe nun 9000 fl., und das sind für die Gemeinde gefundene 9000 fl., von denen wir sonst nichts gewusst hätten.

Der Herr Gem.-Rath Steiner hat noch gesagt, dass der Contrahent unseren Leuten, die den Mist hinaustragen, wenn sie krank werden, nichts zahlt.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Ich ersuche Sie nochmals, zum Gegenstande der Verhandlung zu sprechen, ich kann keine allgemeine Straßensäuberungs-Debatte zulassen.

Gem.-Rath Gfrorner: Ich bin beim Gegenstande. Letztesmal wurde hier auch gar nicht zum Gegenstande gesprochen und alle haben zugehört, ich sehe also nicht ein, warum man mir nicht zuhören soll, wenn ich etwas widerlege. (Rufe links: Sehr richtig!) Es wurde auch weiter angeführt, und zwar vom dritten Herrn Redner, Gem.-Rathe Frauenberger, dem communalen Sparmeister, welcher immer da sparen will, wo es nicht am Platze ist — er hat gesagt, der Herr Ziegelmaier habe ein Elaborat ausgearbeitet über die Straßensäuberung in der Inneren Stadt und verlangt schon wiederum acht Paar Rosse mehr. Es sei die Tendenz vorherrschend, das Unternehmen schlecht zu machen, so lange es sich in eigener Regie befindet, damit es wieder an die Transport-Gesellschaft kommt. Das kommt einer Verdächtigung gleich! (Widerspruch.) Wenn Sie sich aufhalten, sobald von der anderen Seite etwas vorgebracht wird, was Ihnen als Verdächtigung erscheint, so dürfen auch wir uns drüber aufhalten. Dem Herrn Ziegelmaier fällt es gar nicht ein, Manöver zu machen und das Unternehmen der Transport-Gesellschaft auszuliefern, weil er ja ein Interesse daran hat, lieber bei der Gemeinde zu bleiben, als wieder zur Gesellschaft überzutreten. Er bekommt vierjährige junge Pferde, die gewohnt sind, die Nacht im Stalle zuzubringen. Wenn die nun in der Nacht herausgerissen werden und Dienst machen müssen, so werden sie sich wohl auch daran gewöhnen, aber nicht von allem Anfange an, und infolgedessen sind permanent sechs bis zehn Paar Pferde im Stalle krank, einmal sogar elf Paar, gerade dann, als sie am nothwendigsten gebraucht werden. Man kriegt auch nicht gleich Pferde. Die Fuhrleute brauchen die Pferde selbst und man leiht auch ein Pferd nicht gern her, gerade so wie eine Frau. Die behält man lieber selbst. Der Herr Ziegelmaier verlangt zur Hauskehrichtabfuhr 30 Wagen mit 4 m³ Inhalt, man hat ihm aber bis heute nicht einen einzigen solchen Wagen gegeben. Die Gemeinde hat überhaupt noch keine Wagen, sondern die Transport-Gesellschaft hat ausgemusterte Wagen, und diese hat ein gewisser Keßler zum Tageslohn von 50 kr. gemietet und vermietet sie wieder an die Gemeinde um 1 fl.! Diese Wagen haben einen Fassungsraum zwischen 2 und 3 m³ und damit muss der Herr Ziegelmaier den Mist hinausbefördern, wo er 30 Wagen mit 4 m³ Inhalt brauchen würde. Deshalb braucht er mehr Pferde, da er öfter fahren muss.

Es ist dies übrigens, wie schon mehrmals erwähnt wurde, gar nicht Gegenstand der heutigen Berathung. Ich habe das nur vorgebracht, um zu widerlegen, was man gegen die eigene Regie angeführt hat.

Wir haben hier die Entlohnung der armen Arbeiter, die mehr leisten, als sie zu leisten verpflichtet sind; wenn sie ein bis zwei Stunden länger arbeiten, soll das auch bezahlt werden. Wer kann sich darüber aufhalten? Es ist das unglaublich. Ich bin überzeugt, wenn der Herr Gem.-Rath Frauenberger Nachtarbeit zu machen hat, wird er das doppelte bezahlen müssen. So sollen auch diese Leute, wenn sie länger arbeiten, besser bezahlt werden. Alle diese Arbeiter sind in keiner Krankencassa, und wenn erwähnt worden ist, dass die Arbeiter von den Contrahenten im Falle einer Erkrankung keine Entschädigung bekommen, so ist das ganz richtig. Auch die Gemeinde hat Arbeiter in die Krankencassen nicht eingetragen, keinen einzigen. Wenn er krank ist, ist er krank und muss das selbst bezahlen. Wenn er gesund und seiner Familie etwas mehr nach Hause bringen will und ein paar Stunden länger

arbeitet, so muss man ihm die Überstunden auch bezahlen. Niemand von uns wird sich darüber aufhalten. Ich möchte daher bitten, im Interesse der Sache, welche der Humanität entspricht, sich einer weiteren Debatte vollständig zu enthalten und für den Referenten zu stimmen.

Es handelt sich hier um eine Unterstützung von ganz armen Teufeln, ich bin bereit, dem zuzustimmen und zweifle nicht, dass Sie es auch thun werden. (Beifall.)

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Herr Gem.-Rath Dr. Geßmann hat das Wort. (Nach einer Pause:) Derselbe ist nicht hier. Herr Gem.-Rath Steiner hat das Wort.

Gem.-Rath Steiner: Nach den letzten interessanten sachlichen und gediegenen Ausführungen des Herrn Gem.-Rathes Lang, die ich, da lebhaft gesprochen worden ist, leider nicht verstanden habe, so dass ich mich auf den Bericht, der in den nächsten Tagen in den Blättern erschien, verlassen musste, war ich sehr gespannt, was Herr Gem.-Rath Lang eigentlich gesagt hat. Ich habe die Blätter ziemlich alle gelesen und gefunden, dass der größte Theil derselben wahrheitsgetreue Berichte der Correspondenz „Gall" entnommen haben, mit Ausnahme meines Leibblattes, des Szeps'schen „Tagblatt", ich bitte daher den Herrn Gem.-Rath Lang im vorhinein um Entschuldigung, wenn ich vielleicht manches nicht richtig wiedergebe. Im Falle die Mittheilungen, die er dem Herrn Klebinder gemacht hat, richtig sind, wie sie hier stehen, werde ich mich an die Richtigkeit derselben halten.

Ich war der Meinung, Herr Gem.-Rath Lang wird als Vertreter des I. Bezirkes diejenigen Anwürfe und Besprechungen von Unzukömmlichkeiten, die angeblich bei der Reinigung des I. Bezirkes vorkommen, in sachlicher Weise widerlegen. Ich war beispielsweise der Meinung, er wird sagen, ja, es ist zu viel, wenn nahezu in jeder Stadtraths-Sitzung, wie aus dem Amtsblatte hervorgeht, immer Lohnerhöhungen, Anstellungen, Vermehrungen des Personales beschlossen werden. Nämlich, nachdem der Stadtrath keinen Curschmied als Schaffer angestellt hat, habe ich in Erfahrung gebracht, dass man sich jetzt schon wieder mit der Idee trägt, einen Unterschaffer zu bestellen, welcher Curschmied sein soll, um das wettzumachen. Dabei wird der Titel „Straßensäuberung" selbstverständlich belastet. Hingegen hat nach dem Berichte des „Wiener Tagblatt" Herr Gem.-Rath Lang gesagt: „Der Herr Bezirksvorsteher der Inneren Stadt waltet in ausgezeichneter Weise seines Amtes." Ich dachte, er wird das, was gesagt wurde, widerlegen. Der Herr Bürgermeister hat gesagt, er ist erstaunt über die Rührigkeit dieses Herrn, der schon in vorgerückten Jahren sei. Herr Bürgermeister, gestatten Sie eines. In der Commission, welche über das Referat eingesetzt ist, und auch im Plenum des Gemeinderathes wurde dem Herrn Bezirksvorsteher die Oberaufsicht über das alles übertragen. Ich bin in der Regel gewohnt, mich an den Schmied zu halten und nicht an den Schmiedel. Es ist durchaus kein persönlicher Angriff auf den Herrn Bezirksvorsteher, sondern mein gutes Recht — welches ich mir auch nicht vom Herrn Bürgermeister nehmen lassen werde — Unzukömmlichkeiten und das Geld-zum-Fenster-hinauswerfen hier offen und rücksichtslos zu besprechen.

Wenn Sie das letzte Amtsblatt hernehmen, so finden Sie schon wieder, dass der Stadtrath Wagen und Pferd für den Schaffer bestellt hat. Zu welchem Zwecke denn jetzt, nachdem es außer Zweifel ist, dass die Kehrichtverführung auf den Bruckhaufen in sehr kurzer Zeit, wenn die Kehrichtverwertung mit der Ortsgruppe Orth durchgeführt sein wird, von der Brigittenau aus stattfindet. Dann entfällt der weite Weg und es kann der Schaffer auch ohne eigene Equipage die Controle leicht üben, vorausgesetzt, dass er die Wiener Verhältnisse kennt und ein Kutscherpersonale angestellt wird, das man als Kutscher bezeichnen kann. Die Bezeichnung seitens des Herrn Gem.-Rathes Eigner ist richtig, wodurch er dieselben als „Gigerln" bezeichnet hat. Ich selbst habe mich in der Brigittenau und am Bruckhaufen davon überzeugt, welches Materiale uns zur Verfügung steht. Ich war der Meinung, Herr Gem.-Rath Lang werde das alles beleuchten; er hat sich aber damit begnügt, zu sagen: „Sie vergessen, dass Sie im Gemeinderathe sind." — Ja, Herr Gem.-Rath Lang, Sie scheinen Ihre Pflicht als Gemeinderath und Vertreter des I. Bezirkes zu vergessen. Es ist unangenehm genug, wenn ein Gemeinderath aus der Peripherie der Stadt sich um derartige Verhältnisse im Centrum der Stadt kümmern muss, um derartige Unzukömmlichkeiten hier zur Sprache zu bringen.

Der Herr College Gfrorner hat uns hier eine Abhandlung gehalten über die Robisch-Manipulation. Herr College Gfrorner, das kennen wir schon sehr genau; es wäre besser gewesen, Herr College Gfrorner wäre einmal um 6 Uhr in ein Haus gegangen, wo diese Robisch vertheilt werden. Das ist eben die Beschwerde der Fuhrleute. Die Fuhrleute, welche um 5 oder ½6 Uhr zu den Häusern fahren, kommen um 6 oder ½7 Uhr dorthin und bekommen dann gegen ½8 Uhr den Robisch, und es dauert dann sehr lange, bis sie an Ort und Stelle kommen. Es ist sehr schwer, dass sie dabei etwas verdienen, wenn per Meter 25 kr. gezahlt werden. Das ist ein Übelstand, und nachdem Herr Gem.-Rath Gfrorner Gemeinderath des I. Bezirkes ist, so sollte man meinen, dass ihm so etwas bekannt ist. Die Fuhrleute können nichts verdienen. Um 4 Uhr nachmittags macht der betreffende Aufschneider Feierabend; die Fuhrleute können keine Fuhr mehr machen, weil niemand mehr aufschneidet und der betreffende Fuhrmann daher nichts mehr gezahlt bekommt.

Wenn da die Gemeinde nicht übervortheilt werden soll, nützt die ganze Robisch-Wirtschaft nichts. An der Peripherie der Stadt lässt sich das mit Rücksicht auf das ausgedehnte Territorium schwer schätzen, aber in den inneren Straßen ist es von besonderem Vortheile, wenn der Schnee nach der Schätzung verführt wird.

Ich habe auch gedacht, Herr College Lang wird sich an diesen Gegenstand halten. Was hat er nun weiter gesagt? Er hat gesagt: „Ein solches unwürdiges Benehmen ist nur auf Ihrer Seite zu finden." Ich möchte wissen, was unwürdig ist. Es ist doch meine Pflicht, es zu sagen, wenn ich etwas weiß, was nicht am Platze ist.

Ich habe mir bei diesem Referate, weil da auch die Überstunden in Behandlung stehen, erlaubt, darauf aufmerksam zu machen, dass die Vorarbeiter bei der Straßensäuberung im I. Bezirke mit Recht als Sclaven der Gemeinde bezeichnet werden können. Ich habe seinerzeit eine diesbezügliche Bitte und einen Wunsch ausgesprochen und ich war der Meinung, dass der Magistrat darauf eingehen soll, die Leute wenigstens einmal im Jahre als Menschen zu betrachten. Diese Leute kennen weder Sonn- noch Feiertage, weder einen Weihnachts- noch einen Osterfeiertag. An der Sache ist nichts geändert worden, dass die Vorarbeiter, welche für die Straßenreinigung des I. Bezirkes im Gemeindedienste stehen, auch nicht einen freien Tag haben. Man behandelt die Leute in rücksichtsloser Weise. Die Aufseher sind alle Sonntage

bis 2 Uhr im Dienste, die Vorarbeiter müssen immer im Dienste sein. Wenn die Aufseher Nachtdienst haben — zwei haben täglich Nachtdienst — so muss der Vorarbeiter den ganzen nächsten Tag die ganze Arbeit des Aufsehers versehen, weil der betreffende, wenn er den Nachtdienst hat, am nächsten Tage frei ist. Ich war der Meinung, dass auch von Seite des Gemeinderaths-Präsidiums dem Magistrate der Auftrag ertheilt werden wird, dass derartige Übelstände und rücksichtslose Behandlungen der Vorarbeiter abgestellt werden, und bedauere es aussprechen zu müssen, dass dies bis heute noch nicht geschehen ist.

Aber nun erlaube ich mir, an eine Äußerung des geehrten Herrn Bürgermeisters aus der letzten Sitzung einiges anzuknüpfen. Der Herr Bürgermeister hat der Meinung Ausdruck gegeben, dass die Opposition durch derartige Debatten die Eigenregie ad absurdum führen würde oder führen will. Das ist nicht unsere Absicht. Aber, nachdem ich sehe, dass mehrere der Herren Gemeinderäthe des I. Bezirkes selbst nicht genau informiert zu sein scheinen, und die Mitglieder der Majorität — Sie verzeihen mir — zum größten Theile nicht informiert sind, mit Ausnahme des Herrn Gem.-Rathes Frauenberger, welcher sehr genau informiert ist, so ist es die Pflicht der Opposition, die Unzukömmlichkeiten rücksichtslos zur Sprache zu bringen; aber von einer Discreditierung unsererseits kann nicht die Rede sein. Aber ich wundere mich über den Herrn Bürgermeister nicht. Ich erlaube mir, auf etwas aufmerksam zu machen. Ich habe Freitag vor acht Tagen eine Interpellation eingebracht in Bezug auf einen Artikel in der „Arbeiter-Zeitung" Nr. 17, worin ich im Punkte 2 der Interpellation den Herrn Bürgermeister gefragt habe, ob er der Meinung sei, dass zehn Kreuzer die richtige Entlohnung bei den gegenwärtigen Verhältnissen in Wien für Arbeiter sind, selbst wenn dieselben nur Schneeschaufler seien.

Der Bürgermeister hat bei Beantwortung meiner Interpellation ungefähr folgendes erklärt, um was ich ihn eigentlich gar nicht gefragt habe. Er hat erklärt, dass ein Gemeinderaths-Beschluss vom Jahre 1872 vorliegt, wo der Gemeinderath beschlossen hat, pro Überstunde 10 kr. zu bewilligen.

Auf diesen Gemeinderaths-Beschluss war ich nicht neugierig, aber die „Arbeiter-Zeitung" hat am nächsten Tage unter der Rubrik: „Gemeinde-Angelegenheiten" erklärt, sie sei bereit, elf Arbeiter zu nennen, welche die von mir in der Interpellation von der „Arbeiter-Zeitung" angeführten Thatsachen zu beweisen in der Lage seien. Es wäre interessant, wenn der Herr Bürgermeister sich mit der Redaction der „Arbeiter-Zeitung" ins Einvernehmen setzen würde, damit sie beweise, was von ihr angeführt wurde.

Gleichzeitig hat der Herr Bürgermeister gesagt, als er auf dieses Referat zu sprechen kam: „Wie sollten sich diese Leute ernähren, wie sollen sie sich während der schlechten Jahreszeit Kleider anschaffen?" Diese Leute haben aber 1 fl. 60 kr. und die von mir hier bezogenen nur 10 kr. pro Stunde und sind also noch schlechter daran. Es wäre gut, wenn der Herr Bürgermeister hier seine Energie beweisen und diese leidigen Zustände ändern würde.

Der Herr College Gfrorner scheint nicht recht verstanden zu haben, was ich über die 9000 fl. gesprochen habe. Das weiß ich ganz gut, dass diese nicht für das Kehrichteinsammeln gezahlt werden, sondern ich habe gesagt, dass sie von den Hausbesitzern gezahlt werden, welche nicht wollen, dass in den Morgenstunden vor ihren Häusern geläutet wird. Herr College Gfrorner geht über 12.000 fl. hinaus. Wenn Herr Gem.-Rath Gfrorner sagt, er habe darauf aufmerksam gemacht, so ist das eine kleine Unrichtigkeit, denn ich habe schon im Sommer dieses Häuserverzeichnis vorgelegt, wonach ich genau informiert war, wie viel von jedem einzelnen Hause pro Monat gezahlt wird. Es hätte mithin der Magistrat in der Vergebung vorsichtiger sein und sich mit Herrn Ziegelmaier oder den ehemaligen Contrahenten der Commune ins Einvernehmen setzen sollen, welche genau informiert sind.

Was die Anstellung eines eigenen Beamten zur Einsammlung dieser Beträge anbelangt, so wäre es nicht nothwendig, einen eigenen Beamten hiezu anzustellen, weil diese Einsammlung nur zu Beginn eines jeden Monates stattfindet und nur sechs bis acht Tage in Anspruch nimmt. Sie hätte ganz gut von einem Beamten, der heute bereits verwendet wird, besorgt werden können. Was das Pferdeankaufen, sowie den Umstand, dass die Pferde krank sein sollen, betrifft, so wird jeder Herr, der mit Pferden umzugehen weiß, bestätigen, dass Pferde, wenn sie vom harten Futter zum weichen übergehen, das sogenannte Göhlen bekommen, und dass ein Pferdehändler, wenn er ein Pferd zum Verkaufe anbietet, dasselbe so füttert, dass es gut aussieht, denn das Füttern geschieht eben dann mit weichem Futter. Das wird sich alles geben. Sie sehen aber auch, dass die Pferdevermehrung ein kolossaler Überfluss ist, weil wir mit der Kehrichtverführung nur bis in die Brigittenau kommen werden, und dann kommt der weite Weg zum Bruckhaufen. Es ist also nicht nothwendig, dass weitere Pferde angeschafft werden. Die anderen Pferde werden sich an das harte Futter gewöhnen und in Dienst gestellt werden können. Ich kenne die Sache ganz genau.

Es hat leider in dieser Angelegenheit der Herr Baurath Schicbek wieder die Führung bekommen. Ich höre schon, dass man in der Brigittenau einen Bahnhof mit einer Rampe bauen will, man hört im Magistrate und im Bauamte von 100.000 fl. Herr Bürgermeister, nicht von uns wird die eigene Regie ad absurdum geführt, sondern von den maßgebenden Factoren, auf die ich mir hinzuweisen wiederholt erlaubt habe, wenn so fortgewirtschaftet wird. Es ist ein Auftrag ertheilt worden bezüglich der neuen Typen der neuen Kehrichtwagen — man hört nichts; es ist ein Beschluss gefasst worden bezüglich der Concurrenz von Aufspritzwagen — man hört nichts, was damit geschehen soll; man hört nur immer von Vermehrung des Personales; der Mehrbezahlung für Überstunden stimme ich ja bei. Sonst aber wird nur unnöthig Geld ausgegeben. Es wäre besser, wenn die Commission bestünde. Ich appelliere an die Herren von der Majorität, die so gut wie ich die Ehre gehabt haben, der Commission anzugehören. In dieser Commission ist viel genauer gearbeitet worden, als vom Stadtrathe. Da wird eben alles bewilligt, was der Magistrat wünscht und man scheint sich auch nur daran zu halten. Nun erkläre ich noch einmal, dass ich die Person des Herrn Bezirksvorstehers gar nicht angreifen will, sondern nur, weil er der eigentliche Chef über die ganze Angelegenheit ist, wollte ich über die Thätigkeit des Herrn Bezirksvorstehers sprechen.

Wenn ich gesehen habe, wie vor dem Rathhausplatze der Schnee gelegen ist, wo man ihn ganz gut hätte liegen lassen können, so hat das den Eindruck gemacht, dass man im I. Bezirke froh gewesen wäre, wenn man recht viel Schnee hätte wegführen können, damit man im nächsten Jahre beim nächsten Jahresabschlusse hätte sagen können: „Die eigene Regie ist nichts wert; wir haben das Geld verloren, und wer ist schuld daran? Die Opposition." (Beifall links.)

Gem.-Rath Herrdegen: Es ist gewiss eine seltsame Erscheinung, dass, was immer für ein Antrag gestellt wird, selbst wenn er ganz kurz und präcise erscheint, sich eine lange Debatte daran knüpft. An und für sich kann man diesen Vorgang gewiss nicht gutheißen, andererseits aber muss ich zugeben, dass es kein Wunder ist, wenn die Gemeinderäthe nicht mit besonders großem Vertrauen Angelegenheiten gegenübertreten, welche die Straßensäuberung im I. Bezirke betreffen. Denn eines kann, ohne dass man voreilig ist, gesagt werden: es herrscht eine unglaubliche Schwerfälligkeit in der Sache; die ganze Art und Weise, in der dieselbe eingeleitet wurde, die ganze Art und Weise, in der man die Verwertung des Kehrichts verzögerte — es gibt keinen anderen Ausdruck dafür, sie wird verzögert (Gem.-Rath Frauenberger: Leider!) — muss entschieden Misstrauen erregen.

Nun glaube ich aber, dass wir doch zu weit gehen; namentlich scheint in der letzten Zeit eine Praxis einzureißen, mit der ich mich keineswegs einverstanden erklären kann. Es werden nämlich im Gemeinderathe, und zwar auf beiden Seiten, einzelne Organe der Gemeinde herausgegriffen und in jeder Weise beschuldigt. Das geht nicht an. Das ist eine Entartung unseres Vorgehens. (Beifall rechts.) Wir können die Gemeindeverwaltung verantwortlich machen, das ist unser Recht. Wir können den Bürgermeister verantwortlich machen; er wird uns Rede stehen und er wird wissen die Organe heranzuziehen; aber städtische Bedienstete anzugreifen, sie mit Namen zu nennen, ohne dass sie hier sind und sich vertheidigen können, das ist nicht correct, das ist nicht in der Ordnung. Das muss entschieden getadelt werden. (Lebhafter Beifall rechts.)

Ebenso ist es unrichtig, wenn man dies gegen Functionäre thut, wie gegen den Bezirksvorsteher des I. Bezirkes. (Widerspruch links.) Ich weiß nicht, ob er seine Schuldigkeit gethan hat oder nicht, aber es ist leicht, Behauptungen auszusprechen, die niemand erweisen kann und wo Behauptung gegen Behauptung steht. Dagegen schließe ich mich darin vollkommen an, dass wir es nicht gutheißen können, dass eine so wichtige Frage, die ja nicht so schwierig ist, als man sie darstellt, derart verzögert wird. Da ist gewiss ein Misstrauen gerechtfertigt. Es scheint eine Abneigung dagegen vorhanden zu sein, die Sache so zu lösen, wie es der Gemeinderath will. Dieser Eindruck drängt sich jedem auf; also dabei bleiben wir nicht weiter, sonst schaden wir der Sache, statt ihr zu nützen.

Ich komme nun zum eigentlichen Gegenstande des Referates. Es ist ja niemand — das wurde schon erklärt — dagegen und es kann auch niemand dagegen sein, dass eine Mehrleistung der städtischen Arbeiter entsprechend honoriert werde. Eine andere Frage ist es, ob die Form der Honorierung, die vorgeschlagen wird, richtig ist. Ich glaube, dass die Bezahlung von Überstunden nicht zweckmäßig ist; das ist ein alter Erfahrungssatz und wenn die Herren, welche im Baugewerbe thätig sind oder vielleicht Bauunternehmer waren, sich mit dieser Sache befassen werden, so werden Sie das bestätigen müssen, dass Überstunden zu bezahlen unpraktisch ist. Wenn man die Überstunden an die Aufsichtsorgane bezahlt, so sind diese naturgemäß daran interessiert, denn jeder will verdienen und so viel als möglich nach Hause bringen. Es ist also jeder daran interessiert, recht viele Überstunden zu machen, und wenn die Aufsichtsorgane es thun, so thut es auch das ganze Arbeitercorps, auch wenn es nicht gerade nothwendig wäre.

Es ist also entschieden unzweckmäßig, wenn es nicht möglich ist, in gewissen Fällen wie jetzt bei der Schneesäuberung, welche eigentlich den Gegenstand der Verhandlung bildet, das Accordsystem einzuführen, Überstunden zu honorieren. Es bleibt also nichts übrig, als Nachtzulagen zu gewähren. Diese werden den Vortheil haben, dass jeder Arbeiter bemüht sein wird, so rasch als möglich die Sache zu erledigen und seine Arbeit zu bewältigen. Alle werden froh sein, wenn sie nach Hause kommen können. Die Sache lässt sich gewiss in ersprießlicherer Weise abwickeln als im Wege von Überstunden. Gegen die Überstundenzahlungen macht sich noch ein anderes Bedenken geltend: nämlich die complicierte Verrechnung. Müssen wir denn bei allem und jedem, wo der Privatunternehmer sich leichter und einfacher hilft, den schwerfälligen, bureaukratischen Schimmel reiten? Das wird nicht nothwendig sein. Ich bin nicht in der Lage, hier einen Antrag zu stellen, ich spreche aber das Ersuchen aus, man möge in Erwägung ziehen, ob nicht eine andere Entlohnung, als wie sie hier vorgeschlagen wird, nämlich die stundenweise, zulässig erscheint. Gewiss wird man irgendeinen Ausweg finden. Ich möchte zum Schlusse noch den Herrn Bürgermeister bitten — er hat doch bei so vielen Angelegenheiten uns den Beweis geliefert, dass er den Dingen in objectiver Weise gerecht werden will — die Sache zu beschleunigen, um endlich einmal das immer wieder wachgerufene Misstrauen zu beseitigen. Sollte die Frage nicht in den richtigen Händen sein, möge sie der Herr Bürgermeister in andere Hände geben. Das Kunststück wird nicht schwer sein, die Frage der Verführung des Kehrichts und die Straßensäuberung im ersten Bezirke in zufriedenstellender Weise zu lösen.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Zum Worte gelangt Herr Gem.-Rath Hawranek. (Derselbe verzichtet.) Herr Gem.-Rath Weitmann. (Derselbe verzichtet.) Herr Gem.-Rath Gregorig. (Derselbe verzichtet.)

Gem.-Rath Frauenberger: Ich bin leider nicht in der Lage, dem Anwalt der Straßensäuberungs-Commission im I. Bezirke und dem Anwalt der Transport-Gesellschaft, welche gesprochen haben, in gebürender Weise zu antworten, weil ich wirklich auf dem Standpunkte des Präsidiums stehe, dass diese Angelegenheit nicht zu diesem Referate gehört. Ich lasse mich auch nicht ein, die Frage der Verwertung und Verführung des Kehrichts heute hier zu besprechen, weil die Zeit hiezu mangelt.

Aber ich werde diesem Gegenstande bei der Budgetdebatte an den Hals rücken, und ich werde sehen, ob es nicht möglich ist, dass diese Frage zu Ende geführt werde. Wir werden schon dafür sorgen, dass dieses zwecklose Hinausschieben endlich aufhöre. Meine Herren! Es muss einem wahrhaft anwidern, und es ist nicht aufmunternd für einen Gemeinderath, hier etwas zu leisten, wenn man Fragen von so großer Bedeutung hier versumpfen lässt. Mehr will ich nicht sagen. (Gem.-Rath Dr. Rechansky: Sie ist nicht von so großer Bedeutung!) Diese Frage ist von großer Bedeutung, Herr Dr. Rechansky! Der finanzielle Effect ist ein großartiger, doch wie die Sache jetzt betrieben wird, wie man sie in die Hand genommen hat, wie man von Anfang bis zu Ende alles falsch macht, so wird es dann heißen: Sie haben so gehandelt. Wir sprechen darüber ein andermal. Es handelt sich hier lediglich um Bezahlung der Überstunden, und ich muss meinem Erstaunen darüber Ausdruck geben, dass man diese Angelegenheit neuerdings vor den Gemeinderath bringt. Diese Frage gehört gar nicht vor das Plenum des Gemeinderathes. Wir haben schon darüber gesprochen. Ich verstehe nicht, warum man diese Frage neuerdings hieher brachte, das muss in die Competenz des Bezirksvorstehers

fallen, der die Überstunden bezahlt. Er wird es auch thun. Glauben Sie, der Bezirksvorsteher der Inneren Stadt wird den Taglöhnern die Überstunden indessen schuldig bleiben? Mit solchen kleinen Fragen soll man den Gemeinderath nicht nochmals behelligen, wenn er einmal gesprochen hat.

Was den Preis bei der Bezahlung der Überstunden betrifft, so ist darüber nichts mehr zu reden, und die Herren scheinen mich missverstanden zu haben, wenn sie glauben, ich habe mich über die Bezahlung der Überstunden aufgehalten. Ein anderes ist, ob diese Überstunden überhaupt in jenem Maße nothwendig sind, wie man sie hier in's Auge gefasst hat, und da gebe ich dem Herrn Gem.-Rathe Herrdegen recht, wenn er sagt: man muss das vielleicht anders einführen. Ich werde für den Antrag des Referenten stimmen, damit wir uns bei dieser Frage nicht länger aufhalten.

Gem.-Rath Rauscher (verzichtet auf das Wort).

Gem.-Rath Eigner (Rufe: Verzichten!): Ich bin gleich fertig. Der Vorredner, Herr Gem.-Rath Herrdegen, sagte, dass die Überstunden überhaupt vollständig überflüssig sind. Er apostrophierte sämmtliche Baugewerbe, Baumeister, Ingenieure, Architekten oder Bauunternehmer und sagte: Überstunden dürfen oder brauchen nicht zu sein. Nach meinen Erfahrungen ist ohne Überstunden überhaupt nicht zu arbeiten. Das geht nicht, und wenn jemand hier in diesem Hause meiner Anschauung nicht beipflichtet, dann verstehe ich es nicht, oder die anderen verstehen es nicht (Heiterkeit), einer muss es nicht verstehen. Ich will nur eines sagen: Nehmen wir z. B. den jetzigen Schneefall an. Die Leute rücken ein und es wird ihnen ausgezahlt. Es muss doch jemand da sein, der ihre Handwerkzeuge, Schaufeln, Stößel, Krikeln oder was sie überhaupt brauchen, übernimmt. Die paar Mann, die das übernehmen, müssen doch auch bezahlt werden. Da haben Sie also gleich Überstunden, und so gibt es auch anderswo Überstunden. Nehmen wir an, jetzt ist es 4 Uhr. Die Arbeiter hören auf, es ist aber noch ein Übergang zu machen. Man wird da ganz einfach sagen zu zwei oder drei Arbeitern: „Machen Sie das, Sie kriegen jeder eine Stunde gezahlt." Das können Sie eben nicht anders machen, und wenn Sie beschließen werden, dass es keine Überstunden gibt, so wäre das ein Unglück und sehr schädlich. Heute gibt es schon Geschäftsleute, die eine Tagarbeit nicht mehr kennen, ebenso gibt es Tischler-, Schlosser- und Baumeister, welche ihre Gesellen auch schon theilweise nach Stunden bezahlen. Zahlt man 2 bis 3 fl. pro Tag, so kostet eine Stunde so viel. Kommt er um $^1/_2$10 Uhr zu mir, so hat er bis 12 Uhr $2^1/_2$ Stunden gearbeitet, und das kostet dann so viel. Das geht schon nicht anders.

Wenn der Gem.-Rath Gfrorner gesagt hat, ich hätte über die Straßenreinigung geschimpft, so muss ich ihm entgegentreten, da ich nur über die Eintheilung, Aufsicht und die Organisation geschimpft habe.

Er hat gesagt, es wäre besser, wenn wir die Transport-Gesellschaft hätten. Dieser Anschauung muss ich entgegentreten. Jede Vergebung ist schlecht. Sie können sich davon an einem Beispiele in Wirklichkeit überzeugen. Schauen Sie beim heutigen Schneefalle die Tramway an. Auf der ganzen Strecke werden Sie Partien von 8 bis 12 Leute finden. Wer hat da die Aufsicht? Hat die ein Schneeschaufler? Nein. Einer, der mit Wochen- oder Monatslohn bei der Tramway angestellt ist, der dort jahraus jahrein beschäftigt ist. Der Mann hat auch eine Schaufel in der Hand und arbeitet. Sehen Sie, wie die Leute dort eingetheilt sind. Da ist eine Ordnung, sie stehen nicht in Haufen beisammen, sondern sie sind in Gruppen zu vier, fünf, höchstens sechs Mann vertheilt. Der eine Mann arbeitet zwischen beiden Geleisen, innerhalb der beiden Geleise wieder je einer, rechts und links von den Geleisen wieder andere. Da muss man nur dem Manne, welcher zu beaufsichtigen hat, sagen, was er zu machen hat. Gehen wir nun zur Commune Wien und schauen wir uns da die Leute an, wie die arbeiten. Da werden Sie sehen, wo der Fehler ist und wo man Ordnung schaffen soll.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Ich möchte doch bitten, sich etwas kürzer zu fassen. Das gehört doch nicht zur Sache.

Gem.-Rath Eigner: Ich bitte, Herr Vice-Bürgermeister, Sie müssen mir das gestatten. Der Herr Gem.-Rath Gfrorner hat mir hier im Gemeinderathe, in öffentlicher Sitzung und vor der Gallerie ins Gesicht gesagt: ich hätte gelogen, Unwahrheiten gesagt und sogar jemanden beleidigt. Das kann ich mir nicht gefallen lassen. Da muss ich mir gestatten, dass ich auf diese Ausführungen erwidere. Und diese Ausführungen müssen sich auf Wahrheit, auf Praxis und Theorie aufbauen, aber nicht nur so, wie wenn ich heute von der Zuckerbäckerei sprechen würde. Da weiß ich nichts davon und verstehe nichts.

Der Herr Gem.-Rath Gfrorner hat auch erwähnt, dass soundsoviel Aufseher bei den Schneeschauflern waren. Ja, wer waren denn diese Aufseher? Waren die bei der Commune angestellt? Nein, es waren wieder Leute aus den Schneeschauflern.

Ich sage nicht, wie viele man anstellen soll; aber über diesen Leuten sollen wieder Straßenaufseher sein. Wo waren denn die? Die waren in der Kanzlei, haben die Listen der Schneeschaufler und auch Bettellisten geschrieben, Geld gewechselt und gefrühstückt, wie Herr Hawranek sagte — so ist es!

Ich habe auf die Controle über die Tramwaybediensteten hingewiesen; über der eigentlichen Controle ist noch eine Controle, und so sollte es auch bei der Commune Wien sein . . . . .

Vice-Bürgermeister Matzenauer (unterbrechend): Ich bitte, Herr College, das haben Sie ja schon in der vergangenen Sitzung gesagt; es ist nicht nothwendig, das noch einmal zu sagen.

Gem.-Rath Eigner (fortfahrend): Ich bitte, Herr Bürgermeister, wenn Sie jemand angreift, müssen Sie diesem Gemeinderathe, der Ihnen hier öffentlich sagt, Sie hätten Unwahres gesagt, doch auch erwidern. Der Herr Gemeinderath behauptet auch, dass mit dem dreitheiligen Robisch keine Betrügereien vorkommen können. Das kann Herr Gem.-Rath Gfrorner glauben, aber ich nicht. Und wenn Sie einen viertheiligen Robisch haben, werde ich Sie auch noch betrügen können. (Lebhafte Heiterkeit.) Ja, Herr Bürgermeister, Sie müssen nicht glauben, dass ich das erfunden habe. (Heiterkeit und Unruhe.)

Vice-Bürgermeister Matzenauer (unterbrechend): Ich bitte, tragen Sie doch der allgemeinen Stimmung Rechnung.

Gem.-Rath Eigner (fortfahrend): Ich bitte, ich bin gleich fertig. Nur von denen, die Sie übervortheilen, werden Sie lernen. Wenn Sie jemandem Geld leihen und dieser Sie darum betrügt, werden Sie ihm das nächstemal keines mehr leihen, und Sie werden um eine Erfahrung reicher sein. Ich habe mit meinen eigenen Augen gesehen — und das kann mir niemand ableugnen — dass Schneewägen hinkommen und bereits im Robisch ein bis zwei Fuhren aufgeschnitten haben. Der Betreffende sagt aber, er habe in der Frühe um 6 Uhr schon in der x-Straße aufgeladen, der Aufschneider war aber noch nicht da und da habe er selbst aufge-

schnitten und der andere am Platze, wo er abladet, war auch noch nicht da, und somit kam er das zweitemal und sagte: „Ich bitte mir auch die frühere Fuhr aufzuschneiden, die ich gemacht habe." So geht es zu! Sie müssen nicht glauben, dass man bei diesem Gegenstande nicht betrogen werden kann. Man kann nicht genug vorsichtig sein. Ich will aber mit dieser Angelegenheit schließen. Wir werden von dieser Schnee- und Straßenreinigung und der Kehrichtgeschichte schon noch in diesem Hause beim Budget sprechen. Da werde ich genauere Ausführungen machen. (Referent lächelt.) Der Herr Referent lacht, aber es wird nichts zu lachen geben. Schauen Sie nur, dass Sie alles gut wissen werden.

Vice-Bürgermeister Matzenauer (unterbrechend): Ich bitte, persönliche Bemerkungen zu unterlassen! (Unruhe.) Ich bitte sich auf die Plätze zu begeben, sonst ist keine Ruhe zu erzielen. Das Wort hat der Herr Bürgermeister.

Bürgermeister: Ich möchte mir nur am Schlusse dieser Debatte einige Bemerkungen erlauben. Meine Herren! Wenn das Präsidium im allgemeinen nicht sehr entzückt ist, sobald von der Einführung einer eigenen Regie die Rede ist, so werden Sie dies wohl nach Durchführung dieser Debatte begreiflich finden. (Rufe: Sehr richtig!) Wofür soll die Verwaltung, wofür soll der Bürgermeister verantwortlich sein? Für alles, was sich wirklich zuträgt, und auch für all dasjenige, was in der Phantasie der Herren Gemeinderäthe sich spiegelt. (Gem.-Rath Jedlička: Wir haben ja keine orientalische Phantasie!) Ich bitte. Es gibt auch eine germanische und eine arische Phantasie. Was jetzt zuletzt der Herr Gem.-Rath Eigner gesagt hat, beweist, dass er den Robisch nicht versteht (Gem.-Rath Eigner: O ja, o ja, Herr Bürgermeister!), dass er geradezu keine Ahnung davon hat. Ich weiß, es sind schon mit dem Robisch Incorrectheiten vorgekommen (Rufe links: Aber wie!), und zwar durch sträfliches Einverständnis der Organe, welche damit zu thun hatten (Rechts: So ist es!) und welche, trotzdem sie sich an verschiedenen Orten befanden, doch im Einverständnisse gehandelt haben. Aber dasjenige, was der Herr Gem.-Rath Eigner für möglich hält, nämlich dass die Kutscher willkürlich einschneiden, ist ganz ausgeschlossen, weil der Kutscher nur den einen Theil hat und den anderen niemals in seinen Besitz bekommt. (Unruhe links.)

Bei solchen Erörterungen im Plenum wird man nicht fertig. Es wird hier immer wieder und zwar in einer Weise bemängelt, die ins bodenlose geht. Eine solche Controle, sowie derlei Erörterungen haben keinen Wert, weil sie sich von jeder realen Grundlage entfernen und Fassbares nicht zutage fördern. Ich hätte nicht das Wort ergriffen, wenn nicht auch das Meritorische der Anträge von einer Seite angegriffen worden wäre. Es wurde heute gesagt, die Zulagen für Überstunden sind unzweckmäßig. Man will Nachtzulagen. Das ist aber im Grunde ganz dasselbe, denn ob Überstunden bei Tag oder bei Nacht gemacht werden, muss man Zulagen für dieselben leisten, weil die Überstunden eine Mehrleistung seitens des betreffenden Organes sind. Ein principieller Unterschied ist da nicht. Das Princip muss anerkannt werden: wenn ich, gedrängt durch die Verhältnisse, Arbeitskräfte über das normale Maß in Anspruch nehme, muss ich auch einen Zuschuss an Lohn geben, weil die Leute sonst nicht bestehen können.

Ich glaube, es ist eigentlich gegen die Anträge des Stadtrathes gar nichts eingewendet worden, und ich hoffe, dieselben werden auch genehmigt werden.

Ich muss nur auf eine Bemerkung, welche von zwei Seiten gegen meine Person gerichtet worden ist, erwidern. Es ist gesagt worden: „es drängt sich jederman ein Misstrauen auf, weil die Verwertung des Kehrichts aus der Inneren Stadt verzögert wird". Ich muss diesen Vorwurf mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Ich kann nur darauf verweisen, dass an der Sache gearbeitet wird, dass sie aber aus einer größeren Anzahl von Details besteht, und dass es bisher nicht möglich war, alle diese einzelnen Details in einer solchen Weise zu regeln, dass es möglich gewesen wäre, den Gegenstand zum Referate und zur Annahme zu bringen, dass ferner, wenn die Herren sich dafür sachlich interessieren, es ihnen sehr leicht wäre, die Schwierigkeit dieser Angelegenheit zu erkennen, und dass nur derjenige keine Schwierigkeit in der Sache finden kann, der sich mit der Sache, um einen gelinden Ausdruck zu gebrauchen, nicht gründlich beschäftigt.

Rücksichtlich dessen, was von einer Seite über den Baurath Schiebek gesagt wurde, kann ich nur sagen, dass er der einzige ist (Rufe links: Der nichts versteht!), dessen Ziffern wirklich richtig waren, alle anderen Ziffern haben sich als unverlässlich erwiesen. (Gem.-Rath Steiner: Der Kehricht ist nicht verwertet worden!) Ich bitte die Anträge des Referenten anzunehmen.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet, die Debatte ist geschlossen, der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent: Nachdem von keiner Seite eine Einwendung gegen die Anträge des Stadtrathes erhoben wurde, habe ich eigentlich nichts zu erwidern und bitte, den Stadtraths-Antrag anzunehmen.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Zu einer persönlichen Bemerkung hat der Herr Gem. Rath Steiner das Wort.

Gem.-Rath Steiner: Zuerst zu einer Berichtigung in Bezug auf die letzte Äußerung des Herrn Bürgermeisters, welcher soeben erklärt hat, dass die Ziffern des Baurathes Schiebek die einzig richtigen sind. Dem gegenüber berichtige ich thatsächlich, dass Baurath Schiebek im Sommer vorigen Jahres hier im Gemeinderathe erklärt hat, dass der Kehricht gar keinen Wert hat (So ist es! links), während heute per Waggon 7 fl. 9 kr. von der Gruppe Orth geboten werden.

Weiters zu einer persönlichen Bemerkung. Herr Gem.-Rath Herrdegen hat gesagt, es ist eine bedauerliche Erscheinung, wenn hier überhaupt gegen Beamte und Personen gesprochen wird. Dem gegenüber erlaube ich mir zu bemerken, dass ich nicht zu denjenigen gehöre, welche, wenn ihnen ein Bericht des Magistrates in einer Commission vorgelegt wird, immer fragen: Was sagt der betreffende Act — und dann demselben zustimmen. Ich bin gewohnt, selbst darüber nach eigenem Gutdünken zu entscheiden; ich füge mich gar nicht den Anschauungen der Beamten.

Gem.-Rath Eigner (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich berichtige den Herrn Bürgermeister, der gesagt hat, ich verstünde nicht, wie man mit Robischen umzugehen hat. Sollte ich einmal mit Robischen zu thun haben, werde ich den Herrn Bürgermeister einladen und ihm zeigen, dass ich es verstehe.

Ich berichtige weiter seine Äußerung, dass das Aufschneiden vom Kutscher nicht selber geschehen kann. Ich berichtige, dass dies dennoch geschehen kann. Der Kutscher sagt einfach, ich habe in der Frühe in der Straße aufgeladen, da war der Aufschneider noch nicht dort, auch nicht beim Ablagerungsplatz, die Fuhre habe ich besorgt. (Rufe rechts. Das gibt's nicht!) Das gibt es, meine Herren!

Vice-Bürgermeister Matzenauer (unterbrechend): Ich bitte, nicht in eine Debatte überzugehen. Sie haben nur das Wort zur Berichtigung.

Gem.-Rath Eigner (fortfahrend): Ich werde Ihnen Zeugen dafür stellen, dass das vorgefallen ist, den Kutscher, einen Aufschneider und noch einen Kutscher; und, wenn Sie es mir nicht glauben, so werden diese das bestätigen. Da muss man nicht einmal noch mit dem Aufschneider einverstanden sein.

Vice-Bürgermeister Matzenauer (unterbrechend): Ich bitte, nicht in eine Debatte einzugehen und meiner Erinnerung Folge zu geben.

Gem.-Rath Eigner: Ich berichtige ferner, dass, wenn diese Ordnung, diese Organisation im nächsten Jahre noch fortdauert, es noch ärger werden wird.

Gem.-Rath Frauenberger (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich bedauere unendlich, den Herrn Bürgermeister dahin berichtigen zu müssen, dass es in der Frage der Verführung des Kehrichts keine neuen Schwierigkeiten mehr gibt. Es sind keine neuen hinzugekommen.

Bezüglich Stammersdorf war der Referent schon am Referententische, da war die Sache erledigt.

Bezüglich Enzersdorf hat sich auch nichts geändert, und es kann daher die Sache referiert werden, wann der Bürgermeister will. Aber man macht jetzt andere Schwierigkeiten bezüglich der Aufladestellen in der Brigittenau, und das hätte man schon bei dem anderen Referate hervorheben sollen.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Das ist keine Berichtigung. (Rufe links: Ausreden lassen! Ausreden lassen!)

Gem.-Rath Frauenberger (fortfahrend): Ist der Herr Vice-Bürgermeister zu Ende? (Heiterkeit.) Ich berichtige, dass der Herr Bürgermeister sich unrichtig ausgedrückt hat, wenn er hier sagt, es sind neue Schwierigkeiten hinzugekommen. Neue Schwierigkeiten gibt es nicht.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Das Wort hat der Herr Bürgermeister zur thatsächlichen Berichtigung. (Rufe links: Haben Sie auch etwas zu berichtigen?)

Bürgermeister (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich muss auch von dem Rechte der Berichtigung Gebrauch machen. Ich berichtige eine Bemerkung, welche Herr Gem.-Rath Steiner gemacht hat, die dahin geht, der Herr Baurath Schiebek habe gesagt, dass der Kehricht keinen Wert hat. Das hat er meines Wissens nie gesagt. (Lärmender Widerspruch links.)

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Aber ich bitte, meine Herren, nicht so zu lärmen.

Bürgermeister (fortfahrend): Herr Baurath Schiebek hat meines Wissens gesagt (Unruhe links), der Kehricht habe nicht jenen Wert, der ihm von gewisser Seite beigelegt wird, und hat gewarnt, sich übermäßigen Erwartungen hinzugeben, und damit hat er auch recht gehabt.

Wenn Herr Gem.-Rath Eigner Zeugen kennt, die von einer Unredlichkeit wissen, dann ist es seine Pflicht, diese Zeugen dem Bürgermeister bekanntzugeben, nicht aber hier sich in vagen Äußerungen zu ergehen, sondern dafür zu sorgen, dass Unredlichkeit zum Nachtheile der Gemeinde bestraft wird. Endlich letzte Berichtigung: ich habe nicht gesagt (Unterbrechung seitens des Herrn Gem.-Rathes Gregorig), es gibt in der Verwertung des Kehrichts neue Schwierigkeiten, sondern ich habe gesagt: es gibt Schwierigkeiten, die noch nicht beseitigt sind, und die Herren, die sich gründlich mit der Sache beschäftigen, werden diese Schwierigkeiten nicht übersehen können.

Gem.-Rath Eigner (zu einer thatsächlichen Berichtigung): Ich erkläre öffentlich, dass ich der Aufforderung des Herrn Bürgermeisters, die er an mich gestellt hat, in kürzester Zeit, wenn möglich morgen oder wenigstens im Laufe dieser Woche noch genügen werde, und dass ich bereit bin, diese Person dem Herrn Bürgermeister direct in seinem Bureau vorzuführen, und der Betreffende wird dann vor seinen Augen und Ohren bestätigen, was ich hier gesagt habe. Ich glaube, was immer ich dem Herrn Bürgermeister gesagt habe, muss auf Wahrheit beruhen.

Gem.-Rath Frauenberger (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich berichtige, dass der Herr Baurath Schiebek ausdrücklich hier erklärt hat, der Kehricht habe keinen Wert. (Lebhafte Rufe links.) Der Herr Baurath Schiebek hat noch hinzugefügt, der Straßenkehricht habe schon gar keinen Wert. Das ist hier gesagt worden.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Wir schreiten zur Abstimmung. Ein Gegen-Antrag wurde nicht gestellt. Ich bringe die Anträge des Stadtrathes insgesammt zur Abstimmung. Ich bitte jene Herren, welche mit den Anträgen des Stadtrathes einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Folgende bei der Stadtsäuberung im I. Bezirke beschäftigte Individuen, nämlich:

1. der Kanzleidiener (mit dem Taglohne von 1 fl. 60 kr.),
2. die Zeugwartgehilfen (mit dem Taglohne von 1 fl. 60 kr.),
3. die Platzwächter (mit dem Taglohne von 1 fl. 40 kr.),
4. die Stallburschen (mit dem Taglohne von 1 fl. 10 kr.),
5. die Vorarbeiter (mit dem Taglohne von 1 fl. 40 kr.),
6. die Partieführer (mit dem Taglohne von 1 fl. 60 kr.),
7. die Planierer (mit dem Taglohne von 1 fl. 20 kr.) haben für jede bei Tage geleistete Überstunde eine Vergütung von 10 Percent des Taglohnes und für jede bei Nacht geleistete Überstunde eine Vergütung von 15 Percent des Taglohnes zu erhalten, endlich haben
8. die bei der Hauskehricht-Einsammlung verwendeten beiden Arbeiter in dem Falle, als außer den normierten Sammelwagen noch ein Aushilfswagen zur Verwendung kommt, eine Vergütung für je zwei Überstunden im Betrage von je 10 kr. pro Überstunde zu erhalten.

23. Vice-Bürgermeister Matzenauer: Wir haben auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung die Vornahme von Wahlen und zwar:

von elf Mitgliedern in die Commission zur Berathung des Diäten- und Gebüren-Normales für die städtischen Beamten und Diener;

von fünf Mitgliedern in die Controls-Commission für Markt- und Approvisionierungs-Angelegenheiten;

eines Mitgliedes in das Curatorium der Kaiser Franz Josef-Stiftung zur Unterstützung des Kleingewerbes in Wien;

von zwei Mitgliedern in die Commission zur Prüfung des Zustandes der städtischen Armenhäuser;

von zwei Mitgliedern in die Commission zur Prüfung des Zustandes der städtischen Waisenhäuser;

eines Mitgliedes in die Commission zur Prüfung der Geschäftsführung in Gartenangelegenheiten;

von sieben Mitgliedern in die Commission zur Prüfung des Hauptvoranschlages pro 1895 und

von sieben Mitgliedern in die Commission zur Prüfung des Rechnungs-Abschlusses pro 1893.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Dehm geben die Gemeinderäthe ihre Stimmzettel ab.)

Die öffentliche Sitzung ist geschlossen, es folgt nunmehr eine vertrauliche Sitzung.

(Schluss der Sitzung um 7 Uhr abends.)

* * *

(Richtigstellung.) Im Amtsblatte Nr. 6 ex 1895, pag. 177, 1. Spalte, Zeile 21 von oben hat es statt: „und drei unter Stipulierung" zu heißen: „und zwei unter Stipulierung".

Beschluss-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

vom **29. Jänner 1895.**

Vorsitz: **2. Vice-Bürgermeister Matzenauer.**

1. (7348, 9113, 329.) **Bürgermeister Dr. Grübl** referiert über den Stand der Arbeiten für die Errichtung städtischer Gaswerke. (Zur Kenntnis genommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Dienstag, den 5. Februar 1895.
Mittwoch, den 6. Februar 1895.
Donnerstag, den 7. Februar 1895.
Freitag, den 8. Februar 1895.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **22. Jänner 1895.**

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing. Mayer, Boschan, Müller, v. Götz, Dr. Nechansky, Dr. Huber, v. Neumann, Dr. Klotzberg, Schlechter, Kreindl, Schneiderhan, Dr. Lederer, Stiaßny, Dr. Lueger, Witzelsberger, Matthies, Wurm. Bürgermeister Dr. Grübl.

Entschuldigt: St.-R. Dr. Hackenberg,
Beurlaubt: St.-R. Baugoin,
Krank: St.-R. Rückauf.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung.

(292.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über die Liquidierung von Rechnungen für anlässlich des Hagelschlages am 7. Juni 1894 geleistete Glaser- und Tischlerarbeiten in den Gebäuden des k. k. Staatsgymnasiums in der Amerlingstraße, VI. Bezirk, und der Mädchen-Bürgerschule II., Holzhausergasse 5 und 7, und beantragt, es sei dem Glasermeister Ignaz Blau für die von ihm im Schulgebäude II., Holzhausergasse 5 und 7, geleistete Glaserarbeit der angesprochene Verdienstbetrag von 108 fl.; der Firma Karl Waniczeks Witwe für die aus dem gleichen Anlasse im Gebäude des k. k. Staatsgymnasiums in der Amerlingstraße geleistete Glaserarbeit die angesprochene Verdienstsumme von 140 fl. 25 kr. abzüglich der für das Ausschlagen des Kittes an den Tischler M. E. Kosakiewicz zu bezahlende Summe von 10 fl. 20 kr., also im Betrage von 130 fl. 5 kr. gegen dem, dass die Firma ausdrücklich erklärt, mit diesem Betrage vollkommen zufriedengestellt zu sein; endlich sohin dem Tischler M. E. Kosakiewicz der für die bezeichnete Arbeit angesprochene Verdienstbetrag von 10 fl. 20 kr. flüssig zu machen.

Die Direction des k. k. Staatsgymnasiums in der Amerlingstraße wäre zu ersuchen, sich in Hinkunft auch in solchen außergewöhnlichen Fällen hinsichtlich der nöthigen Bestellungen immer an das Stadtbauamt zu wenden. (Angenommen.)

(302.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Firma Norbert Langer & Söhne um eine Aufzahlung für den Mehrbedarf an Gradl für städtische Monturen und beantragt, für den das vereinbarte Quantum von 23.571 m übersteigenden Mehrbedarfe von rund 5000 m (mehr oder weniger) an ungebleichtem Gradl wird der Firma Norbert Langer & Söhne der Preis von 44 kr. per Meter gleich einer Aufzahlung von 3 kr. gegenüber dem früheren Preise bewilligt. Der Magistrat wolle erwägen, ob nicht bei der nächsten Offertausschreibung die Maximalleistung entsprechend zu erhöhen sein wird. (Angenommen.)

(352.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Gustav Fleischmann, Conscriptionsamts-Accessisten, um Urlaub bis Ende September 1895 zur Ableistung des zweiten Präsenzdienstjahres in der Landwehr und beantragt, das Ansuchen bezüglich des Urlaubes zur Kenntnis zu nehmen und dem Gesuchsteller für die Dauer der Präsenzdienstzeit vom 1. Jänner 1895 bis Ende 1895 den Sustentationsbeitrag in der bisherigen Höhe von 25 fl. monatlich fernerhin zu belassen. Der für die Dauer der Militärdienstleistung des Genannten aufgenommene Ersatzdiurnist ist bis Ende September 1895 zu verwenden. (Angenommen.)

(277.) **Derselbe** referiert über die Veräußerung von Effecten des verstorbenen Karl Surböck und beantragt, die Bewilligung zu ertheilen, die vorhandenen Effecten mit Rücksicht auf ihren geringen Wert unter der Hand ohne öffentliche Feilbietung zu veräußern. (Angenommen.)

(406.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef Heldenberger um Altersnachsicht zur Erlangung einer Schuldienerstelle und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(470.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Conscriptionsamts-Officials Karl Hermann Bauer um Urlaubsverlängerung und

beantragt, den mit 22. Jänner ablaufenden Urlaub auf weitere sechs Monate zu verlängern. (Angenommen.)

(448.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit von Beerdigungsgebüren nach 144 Parteien aus dem III. Bezirke per 547 fl. 45 kr. und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(349.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Mietparteien im städtischen Hause Nr. 6 Rüdengasse im III. Bezirke um Aufschub der Demolierung des Hauses bis zum Maitermine 1895 und beantragt die Verschiebung der Demolierung, respective Kündigung bis 1. Mai 1895. (Angenommen.)

(499.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über Anträge in Betreff der Vergütung von Überstunden an das Straßensäuberungs-Personale im I. Bezirke und bentragt:

I. Folgende bei der Straßensäuberung im I. Bezirke beschäftigte Individuen, nämlich:

1. der Kanzleidiener (mit dem Taglohne von 1 fl. 60 kr.),
2. die Zeugwartgehilfen (mit dem Taglohne von 1 fl. 60 kr.),
3. die Platzwächter (mit dem Taglohne von 1 fl. 40 kr.),
4. die Stallburschen (mit dem Taglohne von 1 fl. 10 kr.),
5. die Vorarbeiter (mit dem Taglohne von 1 fl. 40 kr.),
6. die Partieführer (mit dem Taglohne von 1 fl. 60 kr.),
7. die Planierer (mit dem Taglohne von 1 fl. 20 kr.)

haben für jede bei Tage geleistete Überstunde eine Vergütung von 10 Percent des Taglohnes und für jede bei Nacht geleistete Überstunde eine Vergütung von 15 Percent des Taglohnes zu erhalten;

8. die bei der Hauskehricht-Einsammlung verwendeten beiden Arbeiter haben in dem Falle, als außer den normierten Sammelwagen noch ein Aushilfswagen zur Verwendung kommt, eine Vergütung für je zwei Überstunden im Betroge von je 10 kr. pro Überstunde zu erhalten.

II. der Schaffer der Stadtsäuberung wird beauftragt, Vorschläge hinsichtlich der Abstellung der gegenwärtig permanent zu lang andauernden täglichen Arbeitszeit der Platzwächter und Stallburschen zu erstatten. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(331.) **Derselbe** referiert über die Offertbedingnisse für die Lieferung von Hauskehrichtwagen für den I. Bezirk und beantragt:

1. die vorliegenden Offertbedingnisse für die Lieferung von Hauskehrichtwagen zu genehmigen;

2. die unentgeltliche Erprobung eines Hauskehricht-Sammelwagens nach dem Offerte der Franz X. Walleg & A. Hartwich sammt unentgeltlicher Beistellung der dazu gehörigen Objecte den dazu gehörigen drei Kehrichtbehältern und den erforderlichen Hauskehricht-Sammelgefäßen während eines Jahres unter der Voraussetzung zu bewilligen, dass die Offerenten an den Objecten auch jene Abänderungen anbringen, welche vom Stadtbauamte etwa gefordert werden sollten, und daher die Offerenten auch die Reparaturskosten für die Objecte tragen, ausgenommen die Kosten jener Reparaturen, welche infolge unrichtiger Hantierung seitens der Organe der Gemeinde Wien oder durch Anfahren von Wägen entstehen;

3. die Erprobung der von Karl Heller offerierten Straßenkehr- und Kehrichtsammelmaschine und des Straßenkehricht-Abfuhrwagens im I. Bezirke sei durch ein halbes Jahr unter der Bedingung zu bewilligen, dass der Offerent diese Objecte der Gemeinde Wien zu dem gedachten Zwecke unentgeltlich zur Verfügung stellt und sich verpflichtet, die Kosten für die während der Probe an der Maschine nothwendigen Reparaturen, sowie jene für die Beistellung eines Arbeiters zur Begleitung der Maschine zu tragen.

Die Häuser des I. Bezirkes, in welchen die Hauskehricht-Einsammlung mit dem neuen Wagen vorzunehmen ist, sind vom Stadtbauamte zu bezeichnen.

St.-R. Matthies beantragt, auch einen Bürger'schen Wagen zu erproben.

St.-R. Müller beantragt, dass der von Heller beigestellte Mann zur Bedienung des Wagens von der Gemeinde nach den diesbezüglichen Normen entschädigt werde.

Der Referent accommodiert sich dem Antrage des St.-R. Müller.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt, dem Offerenten Bürger bekanntzugeben, dass auf sein Project nicht eingegangen werden kann, weil ein Probewagen nicht vorliegt.

Der Antrag des St.-R. Dr. v. Billing, beziehungsweise des St.-R. Matthies wird in folgender Fassung angenommen: Dem Offerenten Bürger ist zu bedeuten, dass ihm, falls er einen Probewagen beistellt, auch eine einjährige Probe mit demselben gestattet werden wird.

Weiters wird der Antrag des St.-R. Müller angenommen sowie im übrigen der Referenten-Antrag.

(290.) **Derselbe** referiert über die weitere Durchführung der Straßensäuberung im I. Bezirke in eigener Regie.

Es wird beschlossen, die Referenten-Anträge in Druck zu legen und zur Vorberathung ein dreigliedriges Comité einzusetzen, welches ermächtigt wird, bei der Berathung Experten zuzuziehen.

(525.) **St.-R. Boschan** referiert über die Zusammenlegung einer Anzahl kleiner Appoints des 35-Millionen-Kronen-Anlehens in größere Abschnitte und beantragt, es seien:

1. 40.000 Stück Schuldverschreibungen à 100 Kronen, 15.000 Stück à 200 Kronen und 5000 Stück à 500 Kronen in 1000 Stück à 5000 Kronen und 4500 Stück à 1000 Kronen zusammenzulegen, wobei der Vorrath an Obligationsblanketten zu verwenden und der erforderliche Mehrbedarf bei der Neusiedler Papierfabrik nachzubestellen sein wird;

2. es sei an den n.-ö. Landtag eine Eingabe zu richten, in welcher um Abänderung des Landesgesetzes vom 9. September 1893, L.-G.-Bl. Nr. 49, in dem Sinne gebeten wird, dass folgende Appoints genehmigt werden:

10.000	Stück	à 100	Kronen	= 1,000.000	Kronen,
10.000	„	à 200	„	= 2,000.000	„
5.000	„	à 500	„	= 2,500.000	„
14.500	„	à 1.000	„	= 14,500.000	„
3.000	„	à 5.000	„	= 15,000.000	„
			Summe	35,000.000	Kronen.

3. Nach erfolgter Änderung des genannten Landesgesetzes hat der Stadtrath die Drucklegung der neuen zusammengelegten Titres zu veranlassen.

4. Die zur Einziehung bestimmten Titres sind nach Fertigstellung der neuen Obligationen durchzuschlagen und zu vernichten.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(533.) **Bürgermeister Dr. Grübl** referiert über das Erkenntnis der k. k. Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen vom 8. Jänner 1895, Z. 448, betreffend die provisorische Wasserentnahme bis zu 358.840 hl täglich und beantragt, gegen dieses Erkenntnis einen Recurs nicht einzubringen und dasselbe zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(171.) **Derselbe** referiert über die Änderung der Pensionsvorschrift für die Gemeindebeamten und Diener der Stadt Wien und beantragt,

den § 13, Absatz 1, der Pensionsvorschrift in folgender Weise zu ändern:

Die Pension der Witwen der in das Rangclassenschema eingereihten Beamten wird nach den Rangclassen derart abgestuft, dass die Pension der Witwe eines Beamten der V. und VI. Rangclasse mit dem Betrage von 1000 fl., der eines Beamten der VII. Rangclasse mit dem Betrage von 900 fl., der eines Beamten der VIII. Rangclasse mit dem Betrage von 800 fl., der eines Beamten der IX. Rangclasse mit dem Betrage von 700 fl., der eines Beamten der X. Rangclasse 1. Kategorie mit dem Betrage von 600 fl., der eines Beamten der X. Rangclasse 2. Kategorie mit dem Betrage von 500 fl. und endlich der eines Beamten der XI. Rangclasse mit dem Betrage von 400 fl. jährlich bestimmt wird.

Witwen der in das Rangclassenschema nicht eingereihten Beamten werden bei Bemessung der Pension den Witwen der in die Rangclassen eingereihten gleichgestellt und erhalten die für jene Rangclasse bestimmte Pension, welcher Rangclasse der von ihrem Gatten zuletzt bezogene Activitätsgehalt entspricht.

Für die Witwen der Diener wird die Pension mit 50 Percent des von ihrem Gatten zuletzt bezogenen Activitätsgehaltes bestimmt.

Der Absatz 2 hätte wie bisher zu lauten:

Das Ausmaß der Pension für die Witwe darf aber in keinem Falle den Betrag übersteigen, welcher dem Gatten zur Zeit seines Todes als Pension gebürte. (Angenommen.)

Der § 17, Absatz 1, der Pensionsvorschrift hätte zu lauten, wie folgt:

Der Erziehungsbeitrag eines Kindes wird, solange die Mutter noch am Leben ist, bei einem Gehalte des Vaters des Kindes bis einschließlich 1000 fl. mit 50 fl. und bei einem Gehalte über 1000 fl. mit 5 Percent des Gehaltes, nach dem Tode der Mutter oder in den im § 11 in den Absätzen 3 und 5 bezeichneten Fällen aber bei einem Gehalte des Vaters des Kindes bis einschließlich 1000 fl. mit 100 fl. und bei einem Gehalte über 1000 fl. mit 10 Percent des Gehaltes bemessen.

Der zweite Absatz des § 17 der Pensionsvorschrift wäre daher in folgender Weise abzufassen:

In keinem Falle darf der Gesammtbezug aller Hinterbliebenen mit Einschluss der Pension der Witwe mehr als 75 Percent des der Bemessung zugrunde liegenden Gehaltes des Vaters ausmachen Wenn und insolange die normalmäßigen Gebüren der Witwe und der Kinder den erwähnten Höchstbetrag übersteigen, ist der Überschuss von den Erziehungsbeiträgen der Kinder in gleichen Theilen in Abzug zu bringen.

St.-R. Boschan beantragt, die Ziffer, bis zu welcher die Bezüge aller Hinterbliebenen anwachsen können, mit 60 Percent wie bisher zu bestimmen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, den Schlusssatz des Alinea 2 in folgender Weise zu formulieren: „ist der Überschuss von der Pension der Witwe, sowie von den Erziehungsbeiträgen der Kinder verhältnismäßig in Abzug zu bringen".

Der Referent accommodiert sich diesem Antrage.

Der Antrag des St.-R. Boschan wird abgelehnt, der modificierte Referenten-Antrag angenommen.

Der § 18 habe zu lauten:

Der Erziehungsbeitrag gebürt einem Sohne bis zum vollendeten einundzwanzigsten und einer Tochter bis zum vollendeten zwanzigsten Lebensjahre, hört jedoch auch früher auf

a) bei Erlangung einer Versorgung auf die Dauer derselben;

b) bei Töchtern insbesondere durch deren Verehelichung, und

c) bei strafgerichtlicher Verurtheilung wegen eines Verbrechens oder wegen der Übertretung des Diebstahles, der Veruntreuung, der Theilnehmung an denselben oder des Betruges (§§ 460, 461, 463 und 464 des Strafgesetzes). Erfolgte jedoch die Verurtheilung wegen eines der im § 6, Absatz 1 bis 10, des Gesetzes vom 15. November 1867, Nr. 131 R.-G.-Bl., aufgeführten Verbrechen, so lebt der Anspruch auf den Erziehungsbeitrag mit dem Ende der Strafe für die noch übrige Zeit des Normalalters wieder auf.

Im Falle eine im Genusse eines Erziehungsbeitrages stehende Tochter vor vollendetem 20. Jahre sich verehelicht, hat sie eine Abfertigung mit dem Zweifachen ihres jährlichen Erziehungsbeitrages zu erhalten.

St.-R. Boschan beantragt, die Abfertigung (letztes Alinea) abzulehnen.

Der Antrag des St.-R. Boschan wird angenommen, desgleichen im übrigen der Referenten-Antrag.

§ 19.

Wenn nach einem verstorbenen Gemeindebeamten oder Diener, welcher das zehnte Dienstjahr noch nicht vollstreckt oder die Ehe nicht vor oder während seiner Dienstleistung geschlossen hat, keine Witwe vorhanden ist, so gebürt allen unversorgten Kindern des Verstorbenen, welche das 20. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, zusammen eine Abfertigung in dem im § 15 der Pensionsvorschrift bezeichneten Ausmaße. (Angenommen.)

§ 22.

Wenn ein Gemeindebeamter oder Diener während der Dienstleistung stirbt, so gebürt seiner Witwe, wenn sie zur Zeit des Todes ihres Mannes mit demselben in ehelicher Gemeinschaft gelebt hat, oder in Ermanglung einer solchen dessen ehelichen Kindern ein Beitrag zur Bestreitung der Krankheits- und Leichenkosten bisher (Sterbequartal) mit 25 Percent des von dem Verstorbenen zuletzt genossenen Activitätsgehaltes bis zum Maximalbetrage von 1000 fl.

In allen sonstigen Fällen des Ablebens eines in activer Dienstleistung stehenden Gemeindebeamten oder Dieners gebürt demjenigen, welcher den Nachweis liefert, die Krankheits- oder Leichenkosten oder beide berichtigt zu haben, der Ersatz derselben bis zur Höhe des Sterbequartals, insoweit er selbst kein hiezu ausreichendes Vermögen hinterlassen hat.

St.-R. Dr. Lederer beantragt, den zweiten Absatz zu streichen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, das Sterbequartal bis zum Maximalbetrage von 500 fl. festzusetzen.

Der Maximalbetrag des Sterbequartals von 1000 fl. sowie 800 fl. wird abgelehnt und derselbe mit 600 fl. festgesetzt.

Im übrigen wird Absatz 1 nach dem Referenten-Antrage angenommen.

Absatz 2 wird abgelehnt.

Der § 2 der Pensionsvorschrift hätte folgenderweise zu lauten:

Jedem im Gemeindedienste bleibend angestellten Beamten oder Diener, auf welchen die Bestimmungen der Dienstpragmatik Anwendung finden (Artikel IV der Einleitung zur Dienstpragmatik), kommt im Falle seiner Versetzung in den Ruhestand ein Ruhegehalt dann zu, wenn er eine wenigstens zehnjährige anrechnungsfähige ununterbrochene Dienstzeit für sich hat.

Die im Gemeindedienste zugebrachte Zeit wird von jenem Tage angefangen in Anrechnung gebracht, an welchem der Beamte die Angelobung geleistet hat.

Eine in provisorischer Eigenschaft bei der Gemeinde zurückgelegte Dienstzeit wird nur dann, und zwar vom Tage des Eintrittes in

diesen Dienst eingerechnet, wenn zwischen der provisorischen und definitiven Dienstzeit keine Unterbrechung stattgefunden hat. In einem solchen Falle wird die bei der Gemeinde zugebrachte Dienstzeit vom Tage des Eintrittes in diesen Dienst berechnet.

St.-R. Dr. Lederer beantragt, den Schlusssatz zu streichen.

Der Referent accommodiert sich dem Antrage.

Modificierter Referenten-Antrag angenommen.

(Schluss der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

Commission für Verkehrsanlagen.

(Sitzung vom 26. Jänner 1895.)

In der unter dem Vorsitze Sr. Excellenz des Herrn Handelsministers Grafen Wurmbrand am 26. d. M. abgehaltenen Vollversammlung wurde zunächst die von dem Herrn Vorsitzenden gemachte eingehende Mittheilung über den Stand der Verhandlung hinsichtlich der im Juni 1894 angeregten Programm-Änderung, wonach der Ausbau der Strecke Hernals—Penzing der Vorortelinie an Stelle der Donaustadtlinie der Stadtbahn aus der II. in die I. Bauperiode vorgerückt werden sollte, falls dies durch Ersparnisse infolge der Verschiebung der letztgenannten Linie in die II. Bauperiode innerhalb der gesetzlich festgestellten Gesammtkostenziffer ermöglicht würde, zur Kenntnis genommen und der Herr Vorsitzende ersucht, die Verhandlungen wegen Führung der statt der Donaustadtlinie herzustellenden Verbindung des Praterstern mit der Nordwestbahn durch den Nordbahnhof fortzusetzen und binnen zwei Monaten über den Gegenstand neuerlich Bericht erstatten zu lassen, um in dieser Angelegenheit Beschluss fassen zu können.

Die Anträge der k. k. Generaldirection der österreichischen Staatsbahnen wegen Einlösung von acht in die Trace des regulierten Wienflusses fallenden Häusern der Magdalenenstraße um den Betrag von zusammen 486.500 fl., von Grundflächen der Gemeinde Wien in Heiligenstadt und Nussdorf um 124.080 fl., dann von Grundstücken der Wiener Baugesellschaft in Hacking um 40.602 fl. wurden genehmigt; desgleichen der Antrag der Generaldirection hinsichtlich des Belastungs-Coefficienten, welcher der Berechnung der Tragconstruction der aus Martinflusseisen herzustellenden Eindeckungen der Wienthallinie im Hinblicke auf die Entscheidung des Handelsministeriums zugrunde zu legen ist, wonach die zulässige Maximalbelastung übereinstimmend mit jener der Wienfluss-Einwölbung mit 39 Tonnen schweren Wagen festgesetzt wurde.

Einem weiteren Antrage der Generaldirection entsprechend, wurde derselben auch bei der Wienthal- und Donaucanallinie das Virement zwischen den einzelnen Rechnungs-Subrubriken des Kostenvoranschlages eingeräumt. Ferner wurde Beschluss gefasst über die Offertausschreibung behufs Vergebung der Lieferung von Verblend- und Formziegeln im Werte von 68.000 fl. für die Viaducte in vier Baulosen, dann von Unterbauarbeiten in der zwischen der Stephanie- und der Leibenfrostgasse gelegenen Theilstrecke der Gürtellinie, und wurde der Generaldirection für das Baulos V der Gürtellinie ein Credit von 1,308.413 fl. gewährt.

Die Mittheilung über die Vergebung der Arbeiten in den vier Baulosen der Strecke Hütteldorf—Hietzing der Wienthallinie an die Union-Baugesellschaft, welche für diese Lose im ganzen das billigste Offert mit 7·2 Percent Nachlass eingebracht hat, dann von den Eisenbrücken um den Betrag von 70.338 fl., 77.784 fl. und 14.280 fl. an die Österreichische alpine Montangesellschaft und die Eisenwerke Witkowitz und Teschen wurde zur Kenntnis genommen.

Endlich beschloss die Commission auf Grund der durch das Stadtbauamt gepflogenen Erhebungen in Betreff der Industrialwerke, welche ihre Abwässer dem Donaucanale zuführen, von Maßnahmen behufs Erwirkung eines Landesgesetzes, wodurch diese Werke zur Entrichtung besonderer Gebüren für die Benützung der Sammelcanäle längs dem Donaucanale herangezogen würden, angesichts des zweifelhaften finanziellen Erfolges dermal Umgang zu nehmen.

* * *

Donauregulierungs-Commission.

(Sitzung vom 23. Jänner 1895.)

Die Donauregulierungs-Commission hielt am 23. Jänner 1895 unter dem Vorsitze des Herrn Statthalters Ecich Grafen Kielmansegg ihre 197. Plenarversammlung ab. In derselben wurde nach Vorstellung und Begrüßung des vom k. k. Finanzministerium entsandten beschließenden Mitgliedes, k. k. Sectionsrathes Dr. Friedrich Freiherrn v. Raymond, ein Ansuchen der Gemeinde Wien um Überlassung eines etwa 7700 m² messenden Theiles der Baugruppe VI B zum Zwecke der Anlage einer Kehricht-Verladestation als den Interessen des Fondes nicht entsprechend abgewiesen.

Dagegen beschloss die Commission, sich gelegentlich der wasserrechtlichen Verhandlung über die Canalisierung der Kaisermühlen eines weiteren Protestes gegen die von der Gemeinde Wien projectierte Errichtung eines Nothauslasses in das alte Bett zu enthalten, so dass das Zustandekommen dieses Auslasses lediglich von dem Ausspruche der k. k. n.-ö. Statthalterei als Wasserrechtsbehörde, beziehungsweise von dem über die sanitäre Seite der Frage einzuholenden Fachgutachten des niederösterreichischen Landes-Sanitätsrathes abhängen wird.

Nachdem ein Offert der Stadtgemeinde Stein a. d. Donau um käufliche Überlassung eines durch Regulierungsarbeiten geschaffenen Vorlandes bei Stein einiger unannehmbarer Bedingungen halber abgelehnt worden war, wurden einige Personalangelegenheiten erledigt und mehrere Mittheilungen, hierunter ein Dankschreiben für in Weißenkirchen a. d. Donau ausgeführte Uferversicherungen zur Kenntnis genommen.

* * *

Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Hernals.

Jänner 1895.

Stand der Einlagen am 31. December 1894 5,422.082 fl. 12 kr.

Einlagen	568.044 fl. 27 kr.	von 3284	Parteien
Rückgezahlt	306.183 „ 99 „	an 1505	„
Zunahme	261.860 fl. 28 kr.		
Stand der Einlagen am 31. Jänner 1895 . .	5,683.942 fl. 40 kr.		
Stand der Hypothekar-Darlehen	3,730.670 „ 04 „		

Approvisionierung.

Pferdemarkt vom 29. Jänner 1895.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 319 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 60—360 fl. per Stück.
„ Schlachtpferde . . . . . 20— 80 „ „ „

Der Markt war flau.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 28. Jänner bis 31. Jänner 1895:

Für Neubauten:

I. Bezirk: Haus, Kärnthnerstaße 19, von Otto Wagner, k. k. Ober-Baurath, noe. Heinrich Freih. v. Gudenus, Bauführer Karl Langer (488).
„ „ Haus, Schulerstraße 20, von Jos. Heller & Comp., Adlergasse 14, Bauführer Anton Schwarz (508).
IV. Bezirk: Haus, Schleifmühlgasse 17, Mühlgasse 3, von Heinrich Fischer, II., Gr. Mohrengasse 14, Bauführer Vincenz Gettwert (470).
„ „ Haus, Mühlgasse 5, von Heinrich Fischer, II., Gr. Mohrengasse 14, Bauführer Vincenz Gettwert (471).
„ „ Haus, Schleifmühlgasse 15, von Heinrich Fischer, Große Mohrengasse 14, Bauführer Vincenz Gettwert (472).
VII. Bezirk: Haus, Burggasse 10, von Chr. M. Cabos & Al. Schweinburg, VI., Gumpendorferstraße 40, Bauführer Hermann F. Lederer (441).
IX. Bezirk: Haus, Porzellangasse 45, von Emil Schnizer v. Lindenstamm, Berggasse 10, Bauführer Ad. Tichy (501).
XVIII. Bezirk: Bierdepot, Währing, Leitermayergasse 32, Conscr.-Nr 668, von der Neudorfer Bierbrauerei Herzfeld & Co., Bauführer ? (2825).
„ „ Währing, Gentzgasse 38 bis 42, Einl.-Z. 50, von Anton Hofmann, Bauführer Josef Wurts, Baumeister (2850).

Für Umbauten:

XVIII. Bezirk: Währing, Gentzgasse 31, Ecke der Kutschkergasse 44, von S. Stern, Realitätenbesitzer, Cottagegasse 18, Bauführer? (2593).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Johannesg. 20, von Jos. Helmreich, Maurermeister (446).
„ „ Börsegasse 14, von Leopold Köck, Maurermeister (512).
„ „ Kärnthnerstraße 32 a, von Adolf Springer, Bauführer Em. Kamenicki (517).
II. Bezirk: Praterstr. 59, von Anna Lowy, Bauführer J. Matschinger (491).
„ „ Donaustraße 69, von Franz Ungar, Bauführer Franz Schramm, Tischlermeister (497).
IV. Bezirk: Theresianumgasse 14, von Jul. Schuster für Baron Nath. Rothschild, Bauführer H. Glaser (527).
V. Bezirk: Diehlgasse 35, von Victor Gasch, Bauführer Joh. Binder (444).
„ „ Kompertgasse 1, von Lazar Stier, Bauführer Th. Kazda (518).
VII. Bezirk: Halbgasse 24, von Josef Zanza, Bauführer F. Prokesch (480).
XVII. Bezirk: Hernals, Beheimgasse 58, von Josef Schmied, ebenda, Bauführer Josef Schimek (3952).

Für diverse (geringere) Bauten:

II. Bezirk: Schupfe, Praterhütte 142, von Gustav Münstedt, Bauführer Josef Kapetter (504).
III. Bezirk: Schupfe, Hohlweggasse 21, von Dr. Moriz Beck, Mariahilferstraße 5, Bauführer Edm. Melcher (505).
IV. Bezirk: Verbindungsgang, Hauptstraße 76, von Josef Ziegler, Bauführer Josef Spilka (510).
VII. Bezirk: Abort und Canal, Mechitaristengasse 5, von Anton Böhm, Bauführer Franz Prokesch (481).
VIII. Bezirk: Geschäftsportal, Josefstädterstraße 9, von Peregrin Zimmermann, Maurermeister (451).
IX. Bezirk: Werkstätte, Badgasse 12, von Joh. K. Lehr & Sohn, d'Orsaygasse 6, Bauführer L. Schoderböck (487).
„ „ Kohlenschacht, Hohenstaufengasse 3, von der k. k. priv. österr. Länderbank, Bauführer F. Dehm & F. Olbricht (496).
XVII. Bezirk: Schupfe, Dornbach, Promenadegasse 77, von Joh. Schmied, ebenda, Bauführer Franz Baumann (3809).
XVIII. Bezirk: Scheidemauer und Fensterausbruch, Gersthof, Schöffelgasse 36, Bauführer ? (2592).

Stockwerks-Aufsetzungen:

VII. Bezirk: Kandlgasse 22, von Mich. Adler, Jägerstraße 58, Bauführer Cyrill Beranek (483).

Gesuche um Parcellierung wurden überreicht:

V. Bezirk: Matzleinsdorferstraße, Grundb.-Einl. 2023, von Jul. Frankl & Alfred Sachs, I., Opernring 5 (454).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

I. Bezirk: Mariengasse 13, Kramergasse 6, von Dr. Max Neuda, Dr. Wilh. Brüll und Dr. Julius Richter noe. Regine Friedländer'sche Erben (455).
„ „ Rothenthurmstraße 11 bis 13, von Ludwig Richter, IX., Clusiushof (492).
III. Bezirk: Marokkanergasse 11, von Ludwig Schöne, IV., Wienstr. 37, für Ernst v. Szilany (448).
„ „ Löwengasse 35, von Josef Kalas, Salmgasse 13 (519).
XVII. Bezirk: Bauparc. 1138/1, 2, 3 Dornbach, Kainzgasse 618, von Johann Schuster, IX., Währingerstraße 46 (3728).
XVIII. Bezirk: Währing, Theresiengasse 9, Consc.-Nr. 199, von Heinrich Kohner (2467).
„ „ Parc. 9/26, E.-Z. 1402 Währing, Säulengasse 2, von Karl Edinger, Semperstraße 22 (2607).

Gewerbeanmeldungen vom 25. Jänner 1895.

(Fortsetzung.)

Koch Josef — Verschleiß von Decken — I., Adlergasse 7.
Kamenicky Emanuel — Verschleiß von Schul- und Gebetbüchern, Kalendern und Heiligenbildern — III., Kölblgasse 24.
Lieber Deborah — Verschleiß von Selchwaren- und Zuckerbäckerwaren — — XV., Fünfhaus, Burggasse 1.
Sonnenschein Rosa — Victualien-Verschleiß — XV., Fünfhaus, Felberstraße 26.
Bayer Josefa — Wäscheputzerin — XIV., Rudolfsheim, Märzstraße 60.
Lichtenstern Ludwig, Leibkind Julius — Wechsel-Escomptegeschäft — VII., Stiftgasse 3.
Chrt Josef — Gastwirt — IX., Lustkandlgasse 4.
Fritz Amalia — Wirtsgewerbe — IX., Salzergasse 2.
Schneider Martin — Wirtsgewerbe — X., Simmeringerstraße 138.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 26. Jänner 1895.

Händelmayer Anna — Agentie für Kranken- und Leichenvereine — XVII., Hernals, Thelemangasse 7.
Rammel Anna — Blumenmachergewerbe — XVIII., Währing, Staudgasse 61.
Wieninger Josef — Commissionswaren-Verschleiß — I., Sonnenfelsg. 9.
Lex Florian — Dachdecker — XVII., Hernals, Parhamerplatz 10.
Grünwald Jakob — Drechsler — XVIII., Währing, Gentzgasse 6.
Horovitz Samuel — Erzeugung von Cravatten, Frauenunterröcken — I., Annagasse 3 a.
Dwelly Marie — Fiakerlicenz 371 — II., Praterstraße 47.
Dückelmann Heinrich — Gastwirt — XVIII., Gersthof, Ladenburgg. 16.
Haberler Karl — Gastwirt — XVI., Neulerchenfeld, Hauptstraße 2.
Herzer Marie — Gastwirtin — I., Zedlitzgasse 7.
Kopp Wolfgang — Gast- und Schankgewerbe — XIX., Kaasgrabeng. 39.
Wildhack Barbara — Gast- und Schankgewerbe — XVIII., Währing, Antonigasse 94.
Löwy Tini — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Schmelzgasse 7.
Mehler Salomon — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Klosterneuburgerstraße 1.
Novak Georg — Gemischtwarenhandel — XIX., Döbling, Hauptstr. 30.
Nowak Moriz — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfelderstraße 84.
Prochazka Anton — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Unter-Meidling, Bonygasse 9.
Rosenfeld Julius — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Graben 29.
Zistler Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Ober-Meidling, Matzleinsdorferstraße 24.

Schwarzböck Michael — Glaser — XVIII., Währing, Anastasius Grüngasse 9.

Czeczowitzka Simon — Handelsagent — II., Pazmanitengasse 28.

Maier Fritz F. — Handelsagentie mit technischen Bedarfsartikeln — I., Wipplingerstraße 21.

Bellak Moriz — Handel mit gebrannten geistigen Getränken in verschlossenen Gefäßen — II., Tandelmarktgasse 17.

Langer August — Kaffeesieder — XIX., Döbling, Hauptstraße 50.

Cermak Vincenz — Kleidermacher — XVI., Neulerchenfeld, Koppstr. 2.

Soppe Karl — Kleidermacher — I., Postgasse 2.

Kobscha Johann — Kleinfuhrwerks-Licenz 259 — XIX., Ober-Döbling, Vormosergasse 9.

Messinger Johann — Kleinfuhrwerk — XVIII., Währing, Abt Karlpl. 16.

Schulz Florian — Kleinfuhrwerk — XIII., Linzerstraße 10.

Konkl Josef — Kürschner — VIII., Lerchenfelderstraße 114.

Kautzinger Amalie — Marktfahrergewerbe — XIII., Auhofstraße 205.

Beischlager Johann — Milchmeier — XIV., Rudolfsheim, Karolineng. 6.

Gottlieb Karoline — Milch-Verschleiß — II., Wallensteinstraße 3.

Kinzl Leopold — Musiker — XIII., Linzerstraße 275.

Chotebor sky Karl — Naturblumenhandel — I., Wollzeile 17.

Szolovicz Eva — Obst- und Grünwarenhandel im Umherziehen — XVIII., Währing, Schumanngasse 46.

Krüpl Marie — Pferdefleisch-Verschleiß — XIII., Penzing, Siebeneichengasse 15.

Strommer Josef — Schilder- und Schriftenmaler — II., Rueppgasse 10.

Rindskopf Auguste — Selchwaren-Verschleiß — I., Sterngasse 2.

Großmann Barbara — Spenglergewerbe — XVI., Ottakring, Wilhelminenstraße 29.

Augenthaller Anton — Stellvertreter im Grinzinger Brauhausschank — XIX., Grinzing, Kobenzlgasse 8.

Karmarsin Wenzel — Tischler — XII., Unter-Meidling, Breitenfurterstraße 79.

Altmann Hermann — Trödler — XVIII., Währing, Martinsstraße 15.

Müller Moriz — Trödler — XI., Simmering, Hauptstraße 141.

Neuberg Cylka — Übernahme von Kleidern und Wäsche zum Putzen — II., Kaiser Josefstraße 27.

Kavenda Franz — Uhrmacher — VIII., Tigergasse 26.

Müller Moriz — Verschleiß von neuen Kleidern, Schuhen, Wäsche, Currentwaren und Möbeln — XI., Simmering, Hauptstraße 141.

Swoboda Josef — Verschleiß von Damen- und Kinderkleidern, sowie Kleiderstoffen — II., Taborstraße 50.

Grünbaum Philipp — Verschleiß von koscheren Selchwaren und Gänsen — XVII., Hernals, Sterngasse 48.

Schramek Katharina — Victualien-Verschleiß — VIII., Langegasse 25.

Snoviczky Caspar — Victualienhandel — XVII., Hernals, Wichtelg. 80.

Buchhart Thekla — Wäscheputzerei — XVIII., Währing, Anastasius Grüngasse 2.

Reidinger Franz — Wirtsgewerbe — I., Kärnthnerstraße, Ecke der Kupferschmiedgasse (Cantine in einem Umbaue).

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 28. Jänner 1895.

Codhrabsky Karl — Verschleiß von neuen Uhren, Gold- und Silberwaren, sowie Pretiosen — VIII., Alserstraße 43.

Dattinger Elisabeth — Victualienhandel — XIX., Himmelstraße 7.

Matoska Anna — Weißnäherin — III., Boerhavegasse 57.

Pollinger Hermine — Zeitungs-Verschleiß — VII., Schottenfeldgasse 93.

Wicker Karl — Zimmermann — IX., Seegasse 12.

Hock Victor, Dr. — Advocatie — I., Strauchgasse 1.

Lederer Maximilian, Dr. — Advocatie — I., Graben 27—28.

Pollak Rudolf, Dr. — Advocatie — I., Schottenring 14.

Rosenberg Gustav, Dr. — Advocatie — I., Zelinkagasse 12.

Spitzer Alfred, Dr. — Advocatie — I., Wollzeile 22.

Rezek Franz — Bäckergewerbe — XVI., Seitenbergasse 38.

Feitzinger Eduard — Colportage — XVIII., Schützengasse 3.

Hornung Theodor — Colportage — I., Maximilianstraße 9.

Riedl Anton — Colportage — I., Opernring 15.

Petter Franz — Federnschmückergewerbe — VI., Kaunitzgasse 1.

Steinbach Rudolf — Flaschenbierhandel — X., Uhlandgasse 8.

Kriegsmann Josef, Emma und Franz — Fleckputzerei — II., Floßg. 16.

Heinzl Johann — Fleischhauergewerbe — XIII., Linzerstraße 398.

Richter Bertha — Fleischselchergewerbe — XIV., Fischergasse 41.

Rubner Walpurga — Selchwaren-Verschleiß — II., Untere Augartenstraße 25.

Triebenbacher Heinrich — Fleischselchergewerbe — XVI., Reinhartsg. 20.

Bermann Franz Julius — Fabriksmäßige Erzeugung von Spazier- und Schirmstöcken — VII., Schottenfeldgasse 20.

Schneider Anton — Gast- und Schankgewerbe — XVII., Sterng. 19.

Weckel Josef — Gastwirt — XVII., Weinhauserstraße 50.

Wyhart Johann — Gastwirt — III., Ungargasse 67.

Bangert Georg — Bäckergewerbe — VII., Schottenfeldgasse 58.

Galoti Bule — Commissionswaren-Verschleiß — VII., Kirchengasse 13.

Pantlitschko Georg — Einspänner 382 — I., Wollzeile.

Weiß Josef — Commissionsweiser Verschleiß von maschinentechnischen Bedarfsartikeln — III., Hauptstraße 122.

Suppančič Valentin, Völk Josef — Fabriksmäßige Erzeugung von Cravatten — VII., Schottenfeldgasse 39.

Naimer Franz — Gastwirt — III., Erdbergstraße 81.

Janku Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Neustiftgasse 24.

Berger Julie — Handel mit Fischen — I., Schanzl.

Mick Rosalia — Kaffeesiedergewerbe — VII., Seidengasse 41.

Gebert Georg — Clavierschildermacher — VII., Kandlgasse 27.

Zunz Rosina — Privatlehranstalt für Maßnehmen, Schnittzeichnen und Damenkleidermachen — VII., Neustiftgasse 16.

Cabálek Johann — Schuhmacher — II., Castellezgasse 15.

Herbek Alois — Schuhmachergewerbe — VII., Kaiserstraße 40.

Leheyczek Anna — Sesselflechterei — III., Seidlgasse 12.

Pitschan Ludwig — Speditionsgeschäft — VII., Stiftgasse 9.

Korinek Friedrich — Taschner — VII., Stiftgasse 31.

Riener Anton — Tischler — VII., Kaiserstraße 61.

Koubik Johann — Uhrmacher — VII., Siebensterngasse 39.

Brahn Ismar, Selbe Gotthold Ewald Moriz, Kary Max — Verschleiß von Lederconservierungsmitteln — VI., Stumpergasse 30.

Bečička Anna — Verschleiß von Milch, Semmeln und Eiern — II., Tempelgasse 8.

Blaha Josefa — Verschleiß von Obst und Grünwaren — II., Nordwestbahnhofstraße 15.

Euler Rudolf Otto — Ausübung eines ausschließenden Privilegiums auf eine Vorrichtung zur selbständigen Regulierung der Brennstärke von Gasflammen — VI., Windmühlgasse 16.

Glorin Alfred — Fabriksmäßige Kattundruckerei — XII., Schönbrunnerstraße 128.

Glogowatz Michael — Wirt — IX., Wiesengasse 3.

Fuchs Jakob — Pränumerantensammler — XIV., Huglgasse 23.

Tomiček Anna — Schuhmachergewerbe — III., Pragerstraße 14.

Höller Karoline — Seidenfärbergewerbe — VI., Wallgasse 4.

Edinger Johann — Stadtträger 144 — VII., Mariahilferstraße, Ecke der Stiftgasse.

Finaly Leo — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Fleischmarkt 1.

Fritz Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Bennogasse 5.

Herzfeld David — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Scholzgasse 6.

Leodotter Leopold — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Thurmburgg. 6.

Michalek Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Dammstraße 14 a.

Nickerl Rudolf — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Stolzenthalergasse 19.

Riedl Therese — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Kriechbaumgasse 13.

Sulzbeck Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Eugengasse 47.

Weisz Moses Aaron — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Rembrandtstraße 34.

Fischl Mathilde — Handel mit Teppichen und Vorhängen — I., Neuer Markt 19.

Petrasch Marie — Handel mit Brennholz im Umherziehen — II., Klosterneuburgerstraße 23.

Szuchowsky Anna — Handel mit Obst und Grünwaren im Umherziehen — II., Hannovergasse 8.

Schröpfer Franz — Häuseradministration — VII., Zieglergasse 45.

Kirsch August — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Der Thierzüchter" — VII., Kaiserstraße 10.

Grünwald Rosalia — Kaffeesiedergewerbe — I., Kohlmessergasse 112.

Wunderer Anton — Kaffeesieder — XVI., Strohmeiergasse 13.

Cala Franz — Herrenschneider — XVII., Kloppstockgasse 9.

Hwazda Josef — Herrenkleidermacher — II., Kluckygasse 6.

Novara Johann — Herrenkleidermacher — XIV., Walthergasse 8.

Votruba Franz — Damenkleidermacher — II., Taborstraße 61.

Stadler Georg — Kleinfuhrwerkslicenz 1048 — XIX., Weinbergg. 4.

Geiringer Hermann — Lederausschnitt und Verschleiß von Schuhobertheilen und Schuhmacherzugehör — XVI., Lerchenfeldergürtel 1.

Krätschmayer Karl — Lederausschnitt — XVII., Mariengasse 21.

Remeš Josef — Lederzurichter — X., Angeligasse 6.

Kusik Michael — Marktfierant — XII., Breitenfurterstraße 81.

Laufer Sarah — Marktvictualien-Verschleiß — II., Volkertplatz.

Vogt Adolf — Mechaniker — I., Lothringerstraße 5.

Nemeč Auguste — Milch-Verschleiß — XIII., Hollergasse 27.

Sztacho Martin — Obst- und Grünwarenhandel im Umherziehen — XVI., Gaullachergasse 30.

Weiser Emilie — Obsthandel im Umherziehen — X., Erlachgasse 1.

Stark Rosa — Pferdefleisch- und -Selchwaren-Verschleiß — XIX., Heiligenstädterstraße 81.

Strouhal Josef — Stadtträger 333 — VI., Gumpendorferstraße, bei der Kirche.

Duchek Josef — Tischler — XVII., Blumengasse 49.

Mitrowsky Josef — Tischler — XIII., Glasauergasse 12—14.

Sattler Katharina — Verschleiß von Bier, Wein und Branntwein in handelsüblich verschlossenen Gefäßen — VI., Esterházygasse 32.

Loebel Wilhelm — Verschleiß von Handschuhen und Wirkwaren — I., Am Bergl 2.

Mosca Quienio — Verschleiß von Messerschmiedwaren — XIII., Maxingpark 11.

Löwenstein Marcus Siegmund — Verschleiß von ungefassten Perlen und Edelsteinen — I., Kärnthnerring 7.

Senfert Magdalena — Verschleiß von Schul-, Gebetbüchern, Kalendern und Heiligenbildern — VII., Zollergasse 3.

Wex Eugen — Verschleiß von Seifen, Kerzen und Parfumeriewaren — II., Praterstraße 11.

Cunat Matthias — Verschleiß von Spirituosen in verschlossenen Gefäßen — XIX., Heiligenstädterstraße 89.

Schuhmann Heinrich Georg, Schuschitz Wendelin — Verschleiß von Tapeten-Rouleaux — I., Getreidemarkt 2.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 29. Jänner 1895.

Wyzibla Wendelin — Bildhauer — XVII., Rötzergasse 37.

Wokrolli Anton — Baumeister — XI., Hauptstraße 33.

Simon Max, Bauer Julius — Commissionshandel mit Börseeffecten — I., Hohenstaufengasse 6.

Fiala Katharina — Deichgräbergewerbe — XI., Lorystraße 41.

Nagel Mathilde — Damenkleidermacherin — II., Circusgasse 27.

Klein Albine — Damenkleidermacherin — II., Czerningasse 7.

Beck Gustav — Drechslergewerbe — XVI., Seitenberggasse 38.

Matznetter Karl — Einspänner Nr. 1115 — VII., Kaiserstraße 1 bis 5.

Och Barbara — Einspänner Lic. 495 — I., Kärnthnerstraße.

Weiß Julius — Exportgeschäft — II., Antonsgasse 7.

Brunner Elise — Fassbindergewerbe — XVI., Arnethgasse 14.

Strobl Anna — Fleisch- und Selchwaren-Verschleiß — XVII., Dornbacherstraße 122.

Neufellner Rudolf — Fleischhauer — V., Wimmergasse 3.

Feiner Eisig Hersch recte Arnold — Friseur und Raseur — II., Große Pfarrgasse 25.

Bibersteiner Georg — Gast- und Schankgewerbe — XVI., Ottakringerstraße 107.

Berthold Wolfgang — Gastwirt (Pachtbetrieb) — IX., Liechtenthalerg. 7.

Reichner Julius — Verschleiß von Galanterie- und Kurzwaren — II., Pazmanitengasse 28.

Ecker Aloisia — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Postgasse 1.

Fuchs Therese — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Schulerstraße 1.

Medina Isaak Abraham — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Franzensbrückenstraße 11.

Kummermann Ludwig — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Othmarg. 13.

Richter Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Stoß im Himmel 1.

Rose Salomon — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Rudolfsplatz 2.

Bymlatel Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Leopoldsgasse 5.

Hirsch Jakob — Gewerbsmäßige Wohnungsvermietung — I., Gonzagag. 11.

Blau Ludwig, Blau Heinrich — Handel mit Metallen und technischen Bedarfsartikeln — II., Untere Donaustraße 45.

Moser Josefa — Handel mit Victualien und Blumen — XVIII., Martinsstraße 10.

Sobotka Franz — Herrenkleidermacher — XVII., Geblergasse 101.

Bledy Cäcilie — Verschleiß von Handschuhen, Bandagen und Verbandstoffen — II., Wallensteinstraße 34.

Rotheiser Friedrich — Kalk-Verschleiß — XVI., Grundsteingasse 12.

Helmreich Leopold — Kaffeeschank — XIV., Felberstraße 82.

Scheidl Matthias — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — I., Naglergasse 27.

Zeiner Adelheid — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen 2c. — XVI., Lienfeldergasse 35.

Kivanec Adalbert — Kleidermacher — II., Wallensteinstraße 46.

Werner Karl Ludwig — Metallgießer — V., Siebenbrunnengasse 24 a.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Seite

Gemeinderath:
Sitzungen des Gemeinderathes 251

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 29. Jänner 1895.

Inhalt:

Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Entschuldigung der Gem.-Räthe Schmidt, Dr. Lerch und Seidler wegen Fernbleibens 251
2. Siehe unter Wahlen.
3. Spende eines in London ansässigen österreichischen Staatsbürgers 251
4. Spende der Leitung des Eßterházy-Bades 251
5. Dank des Vorstandes der Wiener Bezirkskrankencassa für die Stellungnahme des Gemeinderathes in Angelegenheit der Verpflegstaxen-Erhöhung in den Wiener öffentlichen Krankenanstalten 251
6. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Jedlička, betreffend einen Fall der Einbringung von Verpflegskosten für den Verein „Lehrlingsheim" durch den Magistrat im administrativen Wege 251
7. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Röhrl, betreffend die Errichtung eines k. k. Postamtes im XIV. Bezirke und die Aufstellung einer genügenden Anzahl von Briefsammelkästen daselbst 252

Interpellationen:
8. Gem.-Rath Eigner, betreffend Übelstände bei der Brückenwage am Rudolfsheimer Heu- und Strohmarkte 252
9. Gem.-Rath Schuh, betreffend die dringliche Behandlung des von ihm am 25. d. M. eingebrachten Antrages auf Revision des Gemeindestatutes 252
10. Gem.-Rath Sebastian Grünbeck, betreffend die Einführung eines ärztlichen Permanenzdienstes zur Nachtzeit 252
11. Gem.-Rath Schlögl, betreffend die Schwierigkeiten bei der Unterbringung eines kranken Kindes in ein Spital 252
12. Gem.-Rath Röhrl, betreffend Verschärfungen der auf den Vertrieb von Kunstbutter bezughabenden Verordnungen 252
13. Gem.-Rath Rißawe g, betreffend die Verwendung des Wiener Fuhrwerkes beim Bau der Gürtellinie der Wiener Stadtbahn . 252
14. Gem.-Rath Stehlik, betreffend Mängel bei den Geleisen der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft 253
15. Gem.-Rath Maresch, betreffend die Herstellung des Liniendurchbruches Neustiftgasse—Koppstraße 253

Anträge:
16. Gem.-Rath Eigner, betreffend die Herabsetzung der Schlachtgebür für Beinlvieh auf 50 kr. 253
17. Gem.-Rath Schneiderhan, betreffend die Reclamationen der Hausbesitzer gegen die Einbeziehung der Wassergebüren bei Bemessung der Hauszinssteuer 253
18. Gem.-Rath Tomola, betreffend die Einbringung einer Petition an den Reichsrath um Einbringung eines Gesetzentwurfes über die staatliche Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes im Interesse der soliden heimischen Industrie 253

Referate:
19. Gem.-Rath Wurm, betreffend die politische Begehung bezüglich des Projectes eines Hilfsgeleises für den Bau der Gürtellinie der Wiener Stadtbahn zwischen dem Westbahnhofe und der Hasnerstraße in Ottakring 254
20. Derselbe, betreffend die Baulinienbestimmung für die Nr. 2, 4 und 6, Rauhensteingasse im I. Bezirke 254
21. Derselbe, betreffend die Abänderung der Niveaucote bei der Realität XIII. Bezirk, Küniglberg 1, Conscr.-Nr. 159, Einl.-Z. 143 256
22. Gem.-Rath Schneiderhan, betreffend die Überstundenvergütung für das Straßensäuberungspersonale im I. Bezirke 256

Wahlen:
2. Ergebnis der Wahlen in das Curatorium des k. k. österr. Museums für Kunst und Industrie in das Schiedsgericht für Lagerhausstreitigkeiten und in die Baudeputation 251
23. Vornahme von Wahlen in die Commission zur Berathung des Diäten- und Gebüren-Normales für die städtischen Beamten und Diener, in die Controls-Commission für Markt- und Approvisionierungs-Angelegenheiten, in das Curatorium der Kaiser Franz Josef-Stiftung zur Unterstützung des Kleingewerbes in Wien, in die Commission zur Prüfung des Zustandes der städtischen Armenhäuser, in die Commission zur Prüfung des Zustandes der städtischen Waisenhäuser, in die Commission zur Prüfung der Geschäftsführung in Gartenangelegenheiten, in die Commission zur Prüfung des Hauptvoranschlages pro 1895 und in die Commission zur Prüfung des Rechnungsabschlusses pro 1893 263

Beschluss-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes vom 29. Jänner 1895.

Inhalt:
1. Bürgermeister Dr. Grübl, betreffend Bericht über den Stand der Arbeiten für städtische Gaswerke 264

Stadtrath:
Sitzungen des Stadtrathes 264
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 22. Jänner 1895 264

Allgemeine Nachrichten:
Commission für Verkehrsanlagen 267
Donauregulierungs-Commission 267
Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Hernals 267
Approvisionierung:
Pferdemarkt vom 29. Jänner 1895 268

Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 28. bis 31. Jänner 1895 268
Gewerbeanmeldungen 268
Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.

Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik. — J. B. Wallishausser's** k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Maaß), Wien, I., Walfischgasse 10.

Ad Prot.-Nr. 126934
Ref.-Nr. 2638 ex 1894. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Lieferung von neun Faßwagen mit Schleuderbrause zur Straßenbespritzung** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 4. Februar d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die bezüglichen mit dem Stadtraths-Beschlusse vom 16. Jänner 1895, Z. 289, genehmigten städtischen Bedingnisse im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen und den Musterwagen, nach welchem die zu liefernden Wagen zu construieren sind, im Depot für die Stadtsäuberung, V. Bezirk, Siebenbrunnenfeldgasse, am Pferdemarkte besichtigen.

Exemplare der bezüglichen Bedingnisse können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar respective die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte **ist das vorgeschriebene Vadium in der Höhe von 5 Percent der Kostensumme anzuschließen** oder es ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 23. Jänner 1895. 3—3

Z. 6204
XI.

Kundmachung.

(Concursausschreibung.)

Wegen Sicherstellung der **Reinigung der Kotzen und Hallinadecken,** eventuell auch der **Schafwollstrümpfe** für die städtische Versorgungsanstalt in der Spitalgasse, für die städtischen Versorgungsanstalten in Liesing und Mauerbach, für die acht städtischen Waisenhäuser (inbegriffen des V. städtischen Waisenhauses in Klosterneuburg), dann für das städtische Asyl- und Werkhaus für das Jahr 1895, eventuell für die Jahre 1895 bis inclusive 1897, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **Montag am 11. Februar 1895, präcise 10 Uhr vormittags, im Rathhause,** in der Lichtenfelsgasse 2, **im Bureau des Herrn Magistratsrathes Trabauer,** im Parterre (Armen-Departement), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Ausweis über das Quantum der zu reinigenden Kotzen und Hallinadecken, dann die bezügliche Vorschrift bei der Verwaltung der städtischen Versorgungsanstalt in Wien oder auch im Armen-Departement während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Die Offerte müssen genau die Angabe enthalten, welcher Preis für die Reinigung von je 1 Stück Kotzen und Hallinadecken und je 1 Paar Strümpfe und Socken, mit Inbegriff der Ab- und Zufuhr sowie des Auf- und Abladens in der betreffenden Anstalt für das Jahr 1895 allein, und welcher Preis für den Fall verlangt wird, wenn der Offerent die Lieferung für drei Jahre, das ist für die Jahre 1895, 1896 und 1897, erhält.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte sind **5 Percent derjenigen Summe, um welche die offerierte Arbeit oder Lieferung erstanden werden will, als Vadium beizuschließen,** welches für den Ersteher als Caution zu dienen hat.

Auf verspätet einlangende oder mit dem vorgeschriebenen Vadium nicht versehene Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich jedoch die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 25. Jänner 1895. 1—3

Kundmachung.

(Licitation.)

Zufolge Bescheides des magistratischen Bezirksamtes für den XIV. Bezirk vom 18. d. M., Z. 1765, wird die öffentliche Versteigerung der in der **Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk, im Monate Mai 1894** verpfändeten und nicht ausgelösten **Pretiosen** von Pfand-Nr. 19968 bis inclusive Pfand-Nr. 25461 und **Effecten** von Pfand-Nr. 37536 bis inclusive Pfand-Nr. 47993 **am 7. Februar 1895, um 9 Uhr vormittags,** im **Pfandleihanstalts-Gebäude, XIV. Bezirk (Sechshaus), Gemeindegasse 5,** gegen gleich bare Bezahlung vorgenommen.

Im Falle die Licitation am oben angegebenen Tage nicht beendigt werden könnte, wird sie am nächstfolgenden Werktage fortgesetzt.

Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk,
am 22. Jänner 1895. 3—3

Kundmachung.

(Verordnung des k. k. Statthalters im Erzherzogthume Österreich unter der Enns vom 16. December 1894, Z. 99319, betreffend den zur Bedeckung der Kosten für die n.-ö. Handels- und Gewerbekammer im Jahre 1895 einzuhebenden Zuschlag zur Erwerb- und Einkommensteuer.)

Zur Bedeckung des Erfordernisses der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer für das Jahr 1895 wird auf Grund der Genehmigung des hohen k. k. Handelsministeriums vom 7. December 1894, Z. 65618, eine Umlage in gleicher Höhe wie pro 1894, das ist von durchwegs einem (1) Kreuzer auf jeden Gulden der von den wahlberechtigten Handels-, Gewerbe- und Bergbautreibenden für ihren Geschäftsbetrieb entrichteten landesfürstlichen Erwerb- und Einkommensteuer einschließlich des 70percentigen, beziehungsweise 100percentigen landesfürstlichen Zuschlages ausgeschrieben.

(F.-L.-D.-Z. 72984 ex 1894.)

Kielmansegg m. p. 1—3

Z. 7796 ex 1895.
XVI.

Kundmachung.

(Bernhardt'sche Stiftung.)

Aus der Franz und Marie Bernhardt'schen Stiftung werden im Jahre 1895 22 unbemittelte Militärabschieder mit einer Unterstützung von je 21 fl. ö. W. und nach geliefertem Nachweise eines entsprechenden Erwerbes mit einem auf deren Namen lautenden Sparcassabuche über eine Einlage von 31 fl. 50 kr. betheilt werden.

Bei der Verleihung dieser Stiftung können nur jene verabschiedeten unbemittelten Militärpersonen berücksichtigt werden, welche in den nachbenannten Vorstädten Wiens: Thury, Himmelpfortgrund, Lichtenthal, Althan und Michelbeuerngrund geboren und in der Lage sind, **durch ihren Abschied** eine **gute** Conduite und die getreue Erfüllung ihrer Militärpflicht nachzuweisen.

Sollten sich mehr geeignete Bewerber melden, als Stiftplätze vorhanden sind, so gelangen diese letzteren nach der obigen Reihenfolge der Vorstädte zur Vertheilung.

Bewerber um einen dieser Stiftplätze haben ihre mit dem Tauf-(Geburts-)scheine, dem Abschiede und dem Armutszeugnisse belegten Gesuche **bis 31. März d. J. im Einreichungsprotokolle des Magistrates zu überreichen.**

Auf später einlangende Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

Ebenso kann auch Gesuchen solcher Bewerber nicht willfahrt werden, welche mit der Stiftung bereits einmal betheilt wurden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 21. Jänner 1895. 3—3

Kundmachung.

(Schwestern Fröhlich-Stiftung.)

Aus der Schwestern Fröhlich-Stiftung zur Unterstützung bedürftiger hervorragender schaffender Talente auf dem Gebiete der Kunst, Literatur und Wissenschaft werden Stipendien und Pensionen verliehen.

Gesuche sind zu überreichen bis 31. März 1895 im Präsidialbureau des Wiener Gemeinderathes, I. Lichtenfelsgasse 2, wo auch die Stiftungsstatuten erhältlich sind.

Vom Curatorium der Schwestern Fröhlich-Stiftung.
Wien, am 2. Jänner 1895.

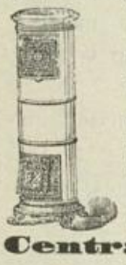
INSERATE.

PATENTE im In- und Auslande
H. Palm (Michalecki & Co.)
Muster- u. Markenschutz in allen Ländern
besorgt das
Erste beh. autorisierte Privilegien-Bureau
Wien, I., Stefansplatz 8, Brandstätte 1.

Durch dieses Bureau wird fast der vierte Theil aller in Österreich-Ungarn ertheilten Patente erwirkt und wurden durch dasselbe bis nun über **18.000 Patentbesorgungen** durchgeführt. — Herausgabe und Redaction des **„Illustrierten österreichisch-ungarischen Patentblattes"**. — Besorgung von Copien in- und ausländischer Patentschriften. — Telegramm-Adresse: **„Patent" Wien.** — Telephon **Nr. 387.** — Preis-Courante und Probe-Nummern gratis und franco. 117

Vom Erfinder Prof. Dr. Meidinger ausschl. autoris. Fabrik für
MEIDINGER-OEFEN
H. HEIM, Wien, I., Kohlmarkt 7
k. und k. Hoflieferant

Patente in allen Staaten. — Mit ersten Preisen prämiiert auf allen Ausstellungen.



Vorzüglichste Regulir-, Füll- u. Ventilations-Oefen.
Ueber 40.000 Oefen in Verwendung.
In Oesterreich-Ungarn werden von **449 Unterrichtsanstalten 3747 unserer Oefen** verwendet, darunter
in **121 Schulen der Commune Wien 988 Oefen, in 95 Schulen der Commune Budapest 599 Oefen.**

Wir warnen vor Nachahmung unter Hinweis auf nebenstehende, auf der Innenseite der Ofenthüren eingegossene Schutzmarke.

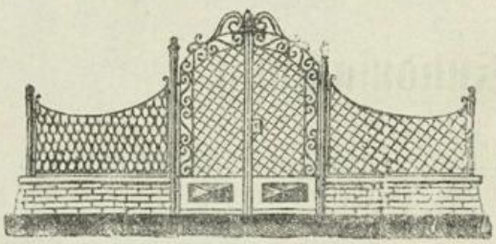
„Hestia"-Oefen.

MEIDINGER-OFEN
H. HEIM
Schutzmarke.

Centralheizungen aller Systeme
mit rauchfreier Feuerung, für jedes Brennmaterial.
Luftheizungen, Warmwasserheizungen, Heisswasserheizungen, Dampfheizungen, Dampfniederdruckheizungen mit selbstthätiger Regulierung **eigenen Systems.**

Telephon Nr. 7109.
Stadt-Steinmetzmeister
WULKAN & NEUBRUNN
Wien, III./1, ausser der St. Marxer Linie
empfehlen sich zur 127
Ausführung aller Steinmetz-Arbeiten für Bauten wie auch für Grab- und Gruft-Monumente.

Billige und praktische Einfriedungen.



Franz
Koczor
Wien,
XI., Simmering,
Leberstr. 24.

Fabrication von Drahtgeflechten, Drahtgittern, Drahtgeweben jeder Art, verzinkte Stahlstacheldrähte und Stahldrahtlitzen, Funkenfänger, Blumenrabatten, Einfassungen, Stahldrahtfußmatten und wie immer Namen habende Drahtwaren.
Specialität: Die anerkannt besten Drahtmatratzen und massiven Drahtnetzbettstellen, von welchen viele tausend Stück in Civil- und Militärkranken- und sonstigen Anstalten in Verwendung sind.



Illustrierte Preiscourante und Kostenberechnungen gratis und franco.

Zur coulanten Besorgung aller im **Coursblatte** notierten **Effecten und Valuten** bestens empfohlen:

Wechselstube des Bankhauses
Schelhammer & Schattera
Gegründet 1832.

WIEN
I. Bezirk,
Stephansplatz Nr. 11
Parterre.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 11. Dienstag, den 5. Februar 1895. Jahrgang IV.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **1. Februar 1895** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Raimund Grübl und des Vice-Bürgermeisters Josef Matzenauer.

Bürgermeister Dr. Grübl: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Herr Gem.-Rath Dr. Lerch entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung wegen Unwohlseins, ebenso hat seine Abwesenheit Herr Gem.-Rath Schmidt entschuldigt.

2. Herr Gem.-Rath Schenzel bittet um Urlaubsverlängerung bis 10. Februar. Dieselbe wird bewilligt.

3. Protokoll über die Vornahme mehrerer Wahlen in nachbenannte Commissionen:

Commission für das Diäten- und Gebürennormale: Gewählt wurden die Herren Gem.-Räthe Dr. v. Billing, Dehm, Geitler, Herold, Herrdegen, Lang, Dr. Daum, K. J. Müller, Frauenberger, Zweig und Rosenstingl.

Approvisionierungs-Commission: Bei der Nachwahl wurden gewählt die Herren Gem.-Räthe Beutnitz, Frauenberger, Gfrorner, Geitler und Waegner.

Curatorium der Kaiser Franz Josef-Stiftung: Gewählt wurde der Herr Gem.-Rath Schenzel.

Armenhäuser-Commission: Gewählt wurden die Herren Gem.-Räthe Taubler und Franz Ignaz Wessely.

Waisenhäuser-Commission: Gewählt wurden die Herren Gem.-Räthe Markl und Herold.

Gartenüberwachungs-Commission: Gewählt wurde Herr Gem.-Rath Dehm.

Budget-Commission: Nachgewählt wurden die Herren Gem.-Räthe Boschan, Glasauer, Herold, Kaiser, Kirchmayer, Dr. Mittler und Taubler.

Rechnungsabschluss-Commission: Nachgewählt wurden die Herren Gem.-Räthe Beutnitz, Boschan, Dolainski, Fuchs, Haßfurther, Markl und Tagleicht.

4. In der letzten Sitzung hat Herr Gem.-Rath Villicus die Anfrage gestellt, wieso es komme, dass im Amtsblatte der Stadt Wien bei seinem am 22. October 1891 wegen vorhandener Übelstände in der Schule I. Bezirk, Habsburgergasse 14, gestellten Antrage auch der ehemalige Gem.-Rath Janotta als Mitantragsteller genannt sei.

Nach genommener Einsicht in das Orginal-Manuscript dieses Antrages constatiere ich, dass die Aufschrift desselben lautet:

„Antrag des Gem.-Rathes Franz Villicus, betreffend die Übelstände in den Localitäten der städtischen Volksschule in der Habsburgergasse 14 und jener bei den Schotten (Freyung 6)."

Die irrthümliche Beisetzung des Namens Janotta neben dem des Antragstellers in dem die Interpellationsbeantwortung enthaltenen Magistratsreferate findet darin ihre Erklärung, dass bei den Unterschriften des Antrages unmittelbar unter dem Namen Villicus der des ehemaligen Gem.-Rathes Herrn Janotta gesetzt erscheint.

5. Herr Gem.-Rath Eigner hat in der letzten Sitzung über die städtische Brückenwage am Rudolfsheimer Heu- und Strohmarkte interpelliert.

Hierüber wird folgendes bemerkt:

Die Brückenwage am Rudolfsheimer Heu- und Strohmarkte ist im Jahre 1875 von der bestandenen Gemeinde Rudolfsheim aufgestellt worden.

Das Waghaus derselben ist allerdings räumlich sehr beschränkt und nicht entsprechend eingerichtet. Der Magistrat wird veranlassen,

dass das Waghaus in einer Weise umgestaltet wird, wodurch der in der Interpellation besprochene Mangel behoben wird.

Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

6. Herr Gem.-Rath Röhrl hat in der letzten Sitzung interpelliert wegen der verschiedenen Bezeichnungen von Naturbutter, Kunstbutter, Mischbutter ꝛc. und diesfällige Anregungen gegeben.

Hierüber wird folgendes bemerkt:

Nach der vom Magistrate am 8. November 1894 erlassenen Kundmachung, betreffend den Verkauf von Kunstbutter und Kunstfetten muss Naturbutter als „echte Butter", künstlich erzeugte Butter aber als „Kunstbutter" bezeichnet werden. Letztere darf nur in Ziegelform in Verkehr gebracht werden, wobei jedes Stück die eingedruckte Bezeichnung „Kunstbutter" tragen muss. Die Bezeichnung von Fettgemischen als Mischbutter, Speisefett, Bäckerfett ꝛc. widerspricht den Bestimmungen dieser Kundmachung, da solche Gemische als „Kunstfett" oder „Kunstschmalz" zu bezeichnen sind. Vom Marktamte sind auch in dieser Richtung bereits Anzeigen wegen Außerachtlassung der Anordnungen der Kundmachung an die Bezirksämter erstattet worden.

Auf den Großhandel ist die citierte Kundmachung ihrem ganzen Wortlaute nach nicht anwendbar, jedoch erweist sich im Localverkehre rücksichtlich jener Fettgemenge, welche an Wirte, Bäcker ꝛc. als Speisefett, Bäckerfett in Kübeln geliefert werden, eine Erläuterung der Kundmachung als nothwendig, die herausgegeben werden wird.

Was die Butter-Refractometer anbelangt, so sind für das Marktamt bisher sieben solche Instrumente angeschafft worden.

Nachdem sich dieselben zur Untersuchung der Butter sehr gut bewährt haben, wird vom Magistrate die Anschaffung von noch 15 solchen Apparaten veranlasst werden, damit alle Marktamtsabtheilungen damit versehen werden können.

Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

7. Herr Gem.-Rath Rißaweg hat in Angelegenheit der Anlage eines Hilfsgeleises zum Zwecke des Baues der Gürtellinie der Stadtbahn im Bereiche des Westbahnhofes interpelliert.

Ich habe die Ehre, hierüber folgendes zu bemerken:

Diese Interpellation erscheint gegenstandslos, weil der löbliche Gemeinderath in der Plenarsitzung vom 29. Jänner d. J., zur Zahl 719 beschlossen hat, vom Standpunkte der Straßenbenützung gegen das Project eines Hilfsgeleises für den Bau der Gürtellinie der Wiener Stadtbahn zwischen dem Westbahnhofe und der Hasnerstraße im XVI. Bezirke keine Einwendung zu erheben. Gegen den diesbezüglichen Antrag des Stadtrathes wurde in der vorbezeichneten Sitzung auch vom Herrn Interpellanten selbst keine Einwendung erhoben.

Die Vertreter der Gemeinde Wien waren daher bei der politischen Begehung am 31. Jänner d. J. nicht in der Lage, gegen die Anlage dieses Hilfsgeleises, beziehungsweise gegen die geplante Benützung desselben zum Materialtransporte eine Einwendung zu erheben.

Was die in der Interpellation erwähnte Petition der Genossenschaft der Großfuhrleute und der Kleinfuhrwerksbesitzer betrifft, so hat der Magistrat dieselbe bereits dem Stadtrathe vorgelegt.

8. Herr Gem.-Rath Sebastian Grünbeck hat in der letzten Sitzung wegen Einrichtung eines nächtlichen Ärztedienstes interpelliert.

Hierüber ist folgendes zu berichten:

Über die Einrichtung eines ärztlichen nächtlichen Permanenzdienstes hat der Magistrat unterm 1. Februar 1894 zur M.-Z. 83414 ex 1892 und 26667 ex 1894 Bericht erstattet und hinsichtlich der Ausführung eines solchen Dienstes Anträge gestellt.

In dem Entwurfe der Vorschrift für die Besorgung des Gemeinde-Sanitätsdienstes der Stadt Wien durch die hiezu bestellten Ärzte lautet der § 54:

„Die städtischen Bezirksärzte, sowie die städtischen Ärzte für Armenbehandlung und Todtenbeschau haben eine telephonische Verbindung ihrer Wohnung mit dem magistratischen Bezirksamte, eventuell mit dem k. k. Polizeibezirks-Commissariate zu gestatten und sind die vorbezeichneten städtischen Ärzte verpflichtet, im Falle der Gemeinderath es anzuordnen findet, die erste Hilfe zur Nachtzeit gegen separate Honorierung seitens der Gemeinde Wien zu leisten."

9. Herr Gem.-Rath Stehlik hat wegen mehrerer Unfälle eine Interpellation eingebracht, welche bei dem Übergange über das Geleise der Neuen Wiener Tramway, insbesondere bei der Thaliastraße beim Durchbruche der Lerchenfelderstraße im VII. Bezirke vorgekommen sind.

Hierüber berichtet das Stadtbauamt:

„Die verlängerte Lerchenfelderstraße übersetzt am Neulerchenfeldergürtel die Geleise der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft in senkrechter Richtung.

Aus diesem Grunde und weil die Schienenrinnen auch hier nur die allgemein übliche Weite haben, sind bezüglich des Hängenbleibens der Pferde in diesen Rinnen die Verhältnisse nicht ungünstiger als bei den Pferdebahngeleisen in den anderen Straßen.

Das Pflaster in den Geleisen ist aber schadhaft, stellenweise eingesunken und die Steine glatt und abgerundet.

Weiters bestehen neben den eigentlichen Durchfahrtsgeleisen stadtseits noch unbenützte Schienen, deren Rinnen nicht ausgeputzt werden, welche also zur Zeit starken Frostes breitere glatte Streifen im Pflaster bilden, welche zum Ausgleiten der Passanten und Fuhrwerkspferde Anlass geben können.

Es wäre deshalb die Neue Wiener Tramway-Gesellschaft anzuweisen, sofort bei Eintritt milderer Witterung das Geleispflaster daselbst unter Verwendung guter Steine umpflastern, die unbenützten Schienen herauszunehmen und sodann das Pflaster wieder in Stand setzen zu lassen."

In diesem Sinne wird auch der Auftrag an die Neue Wiener Tramway-Gesellschaft veranlasst werden.

10. Herr Gem.-Rath Maresch hat interpelliert wegen einer Verbindung der Koppstraße mit der Neustiftgasse.

Hierüber habe ich die Ehre, folgendes zu berichten:

Über Ansuchen der Gemeinde Wien wurde mit Erkenntnis der hohen k. k. Statthalterei vom 11. August 1893, Z. 52142, zum Zwecke der Herstellung einer Verbindung zwischen der Neustiftgasse im VII. und der Koppstraße im XVI. Bezirke die Enteignung des zur Straße entfallenden Theiles der Realität Or.-Nr. 97 Kaiserstraße, VII. Bezirk, bewilligt.

Der gegen dieses Erkenntnis seitens der Eigenthümer des fraglichen Hauses eingebrachte Recurs wurde zufolge Erlasses des hohen k. k. Ministeriums des Innern vom 25. November 1893, Z. 22712, abweislich beschieden.

Nachdem die von den Eigenthümern weiters ergriffene Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof keine aufschiebende Wirkung hat, wurde auf Grund des Stadtraths-Beschlusses vom 31. Jänner 1894, Z. 289, der Stadtanwalt ermächtigt, im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen um die Einleitung des gerichtlichen Verfahrens behufs Schätzung des in Rede stehenden Realitätentheiles anzusuchen; zugleich wurde auch die grundbücherliche Anmerkung der Expropriation veranlasst.

Es fanden nun im Jahre 1894 eine Anzahl von Tagsatzungen bei dem competenten Bezirksgerichte Neubau statt, bei welchen der gerichtliche Befund der Realität aufgenommen, den vom Gerichte bestellten Sachverständigen die nöthigen Informationen gegeben, und von beiden Parteien an dieselben Fragen über die für die Schätzung maßgebenden Momente gestellt wurden.

Wie verlautet, sollen die Sachverständigen vor kurzem dem Gerichte ihr Schätzungsoperat überreicht haben, so dass in Bälde der Ausspruch des Gerichtes über die Feststellung der Entschädigung zu erwarten ist.

Da beiden Parteien gegen diese gerichtliche Entscheidung der Instanzenzug offen steht, und nach den Erfahrungen, welche bisher im Verlaufe des administrativen und gerichtlichen Verfahrens gemacht wurden, anzunehmen ist, dass die Eigenthümer der obgenannten Realität von den ihnen zustehenden Rechtsmitteln Gebrauch machen werden, unter Umständen auch die Gemeinde hiezu genöthigt sein könnte, so dürfte die Demolierung des Hauses und Herstellung des Straßendurchbruches kaum vor Ende laufenden Jahres möglich werden.

Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

Ich ersuche um Mittheilung des Einlaufes.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

11. Gem.-Rath Mayer beehrt sich, dem löblichen Gemeinderathe der Haupt- und Residenzstadt Wien eine Resolution zur Kenntnis zu bringen, welche in der Monatsversammlung des Fortschritts-Club des II. Bezirkes am 25. Jänner 1895 einstimmig gefasst wurde:

Der Fortschritts-Club des II. Bezirkes begrüßt das Project des Herrn A. Riehl „Avenue Tegetthoff—St. Stephan" auf das wärmste und stellt an die löbliche Commune das Ersuchen, dasselbe im Interesse der Verschönerung der Stadt Wien, der Hebung ihres Handels und Verkehres entgegenkommend zu fördern und einen Beschluss über dessen Ausführung mit möglichster Beschleunigung zu fassen.

Bürgermeister: Zur Kenntnis.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

12. Interpellation des Gem.-Rathes Seidler:

Seit beinahe einem Jahre wird von vielen Hausbesitzern des XI. Bezirkes die Klage über Wassermangel immer lauter. Die meisten Hausbrunnen, besonders jene, welche in der Nähe von großen Fabriken sich befinden und deren ungeheurer Wasserverbrauch auch daran schuld zu sein scheint, fangen an zu versiegen, geben wenig oder gar kein Wasser, und selbst das geringe Quantum, welches dieselben noch liefern, ist zum Genusse nicht verwendbar.

Die Klagen der betreffenden Hausbesitzer hinsichtlich der unterbrochenen Ausführung der Hochquellenleitung sind daher vollkommen gerechtfertigt, und die Vertreter des genannten Bezirkes fühlen sich verpflichtet, die diesbezüglichen Wünsche derselben auf das nachdrücklichste zu unterstützen.

Ich stelle demnach an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister die höfliche Anfrage,

binnen welcher Zeit die Fortsetzung der Hochquellenleitung im genannten Bezirke platzgreifen dürfte?

Bürgermeister: Ich werde die Ehre haben, diese Interpellation in der nächsten Sitzung zu beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

13. Antrag des Gem.-Rathes Tomola und Genossen:

Seit Jahren bemüht sich die männliche Lehrerschaft Wiens, ihre Anstellungs- und Vorrückungsverhältnisse zu verbessern. Von den Hindernissen, welche sich dabei den Lehrern entgegenstellen, ist das am schwersten zu beseitigende die massenhafte Anstellung von Lehrerinnen an den Wiener Volks- und Bürgerschulen. Gab es doch vor einigen Jahren noch Knabenschulen in Wien, an denen mehr weibliche als männliche Lehrkräfte angestellt waren, zum Beispiel die Volksschule XVIII. Bezirk, Schopenhauerstraße 66. Eine Bevorzugung der weiblichen Lehrkräfte bei der Erziehung der Jugend muss nicht bloß als beginnende Zersetzung und als Niedergang der Volkskraft, sondern auch als bedeutende Schädigung der städtischen Finanzen bezeichnet werden.

In dieser letzteren Hinsicht sind insbesondere jene Urlaube schwer in die Wagschale fallend, welche mit der Verheiratung der Lehrerinnen zusammenhängen. Aus Gründen öffentlichen Anstandes sollte die Lehrerin eigentlich viel früher, als dies oft geschieht, dem Anblicke und der Beobachtung durch Schulkinder entzogen werden, und wenn die Lehrerin als Mutter ihren Pflichten ganz nachkommen wollte, so müsste sie während der ganzen Säugezeit des Kindes zu Hause bleiben. Gegenwärtig dauern die Urlaube im Durchschnitte vier bis fünf Monate und während dieser Zeit werden aus der Cassa des Bezirksschulfondes die Supplentinnen bezahlt. Das sind außerordentliche, die Gemeinde schwer schädigende Auslagen. Die Schädigung der Erziehungsthätigkeit seitens der weiblichen Lehrkräfte während ihrer Niederkunft hat auch einzelne Landesvertretungen, zum Beispiel die von Böhmen, bewogen, gesetzlich festzustellen, dass die Verehelichung einer Lehrerin als freiwilliger Dienstverzicht gilt.

In Erwägung dieser Thatsachen stellen die Gefertigten den Antrag:

Der Stadtrath wolle eine Petition an den hohen niederösterreichischen Landtag ausarbeiten und dem Gemeinderathe zur Beschlussfassung vorlegen des Inhaltes:

Das Landesgesetz vom 5. April 1870, betreffend die Regelung der Rechtsverhältnisse des Lehrstandes an den öffentlichen Volksschulen werde durch die Bestimmung ergänzt, dass die Verehelichung einer weiblichen Lehrkraft als freiwilliger Dienstverzicht anzusehen ist.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

14. Antrag des Gem.-Rathes Röhrl:

Aus Verkehrsrücksichten und im Interesse der Approvisionierung Wiens ergibt sich die dringende Nothwendigkeit, dass am Großmarkte in Rudolfsheim bei der Zollernsperggasse eine Haltestelle der k. k. Elisabeth-Westbahn (derzeit k. k. Staatsbahn) errichtet werde, und zwar ein kleiner Bahnhof für Personen- und Frachtenverkehr.

Erstens weil die Bevölkerung der großen Bezirke Rudolfsheim, Meidling und Neupenzing, circa 100.000 Einwohner, in Verkehrsbeziehungen berücksichtigt werden müssen; man kann von den Passagieren dieser Bezirke nicht verlangen, dass dieselben die so weit entlegenen Bahnhöfe in Fünfhaus oder Penzing zu ihrem Verkehre benützen müssen.

Zweitens wäre es sehr praktisch für die Approvisionierung Wiens und von großer Wichtigkeit, dass auf dem genannten Marktplatze in Rudolfsheim, wo der Bahnhof gedacht ist, Lebensmittel wie Futterartikel, als Gemüse, Obst, Fleisch, Stroh und Heu aus der Provinz bequem und schnell nach Wien gebracht werden kann, um so eine Verbilligung der Lebens- und Futtermittel herbeiführen zu können.

Drittens soll der Bahnhof von der Haltestecke so eingerichtet werden, dass derselbe zur linken wie zur rechten Seite des Bahnkörpers einen Ein- und Ausgang erhält, verbunden mit einer eisernen Überbrückung, welche zugleich als Übergang für die Bevölkerung der jetzt getrennten westlichen Bezirke benützt werden kann und dass derselbe dem unbeschränkten freien Verkehre übergeben werden soll.

Ich stelle sonach aus angeführten Gründen folgenden Antrag:

Der löbliche Gemeinderath beschließe:

Es sei der geehrte Herr Bürgermeister zu ersuchen, er möge mit der löblichen Verwaltung der k. k. Staatseisenbahnen in Verhandlung treten, dass auf dem Rudolfsheimer großen Marktplatze bei der Zollernsperggasse ein kleiner Bahnhof oder eine angemessene Haltestelle für Personen- und Frachtenverkehr errichtet werde, ebenso ein eisener Übergang zum freien Verkehre für Fußgänger.

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, zu bemerken, dass ich wegen Herstellung eines Gehsteges an jener Stelle bereits mit der k. k. General-Inspection in Verhandlung getreten bin und dass ich die Antwort dieser löblichen Behörde über diesen Gegenstand erwarte. Ich werde das weiter erforderliche in dieser Angelegenheit veranlassen.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

15. Antrag des **Gem.-Rathes Heiler** und Genossen:

In den Monaten Mai bis November d. J. findet in Amsterdam eine internationale Weltausstellung für Hotel- und Reisewesen statt — die erste dieser Art — auf welcher alle größeren Städte im Interesse der Hebung und Belebung des Fremdenverkehres repräsentiert sein werden. Die für ein derartiges Unternehmen besonders günstige Lage der Stadt Amsterdam wird dazu beitragen, dass sich hier in erster Linie Amerikaner, Engländer, Schweden und Norweger, Deutsche und Franzosen, sowie alle zusammenfinden werden, welche sich für den Fremdenverkehr interessieren und auf denselben einwirken können.

Das Gremium der Hoteliers, welchem von der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer die Einladung zur Betheilung an dieser Ausstellung zugekommen ist, hatte die Absicht, eine Ausstellung solcher Objecte zu veranlassen, welche geeignet erscheinen, die Schönheiten und Reize unserer Stadt besonders wirkungsvoll zu veranschaulichen. Nachdem jedoch einerseits die dem Gemium zugebote stehenden Mittel für ein solches Unternehmen unzureichend sind, andererseits aber — selbst wenn dies nicht der Fall wäre — die Stadt Wien durch eine Genossenschaft nicht entsprechend repräsentiert werden könnte, musste von dieser Absicht Abstand genommen werden.

Nach einem in der Ausschusssitzung vom 31. v. M. gefassten Beschlusse würde jedoch das Gremium der Wiener Hoteliers an einer von der Commune Wien veranstalteten Betheiligung an der Amsterdamer Weltausstellung bereitwilligst mitwirken.

In Anbetracht dessen, dass diese Ausstellung in hervorragender Weise geeignet erscheint, die Vorzüge und Reize unserer schönen Vaterstadt in vortheilhaftester Weise zur Veranschaulichung zu bringen, indem die Stadt Wien eine Concurrenz in dieser Beziehung nicht nur nicht zu scheuen hat, sondern in mancher Richtung andere Städte sogar weit übertrifft, in Erwägung ferner, dass die Commune Wien auch die Verpflichtung hat, die Hebung des Fremdenverkehres im Interesse des gesammten Gewerbestandes zu fördern, stellen die Unterzeichneten den Dringlichkeits-Antrag:

Die Commune Wien wolle sich mit den betheiligten Factoren ins Einvernehmen setzen, um durch Ausstellung geeigneter Objecte die Stadt Wien auf der diesjährigen Amsterdamer Weltausstellung für Hotel- und Reisewesen würdig zu repräsentieren.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm: Die Herren Gem.-Räthe Dr. Lerch, Dr. Friedjung und Genossen stellen Anträge, betreffend die Fürsorge für die verwahrloste Jugend.

Gem.-Rath Dr. Friedjung (zur Geschäftsordnung): Meine Herren! Wir haben einen Antrag, betreffend die Fürsorge für die sittlich verwahrloste Jugend, eingebracht und sind darin ein wenig von dem bisherigen Gebrauche abgewichen, indem wir statt der Motive eine kleine Denkschrift eingereicht haben, in welcher die Verhältnisse der sittlich verwahrlosten Jugend in Wien juristisch und statistisch genau dargelegt sind. Da die Herren diese Denkschrift ohnedies in Händen haben — wir haben sie vertheilen lassen — so ist es nicht nothwendig, dass sie ganz verlesen werde, aber jedenfalls glaube ich keine Fehlbitte zu thun, wenn ich ersuche, dass die Motive in das Amtsblatt aufgenommen werden.

Bürgermeister: Ist die Versammlung damit einverstanden? Keine Einwendung. — Angenommen.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest die Schlusspunkte des nachstehenden Antrages):

16. Antrag der **Gem.-Räthe Dr. Lerch, Dr. Friedjung** und Genossen, betreffend die Fürsorge für die verwahrloste Jugend:

Die Fürsorge für die sittlich verwahrloste Jugend ist eine ernste Pflicht der Gesellschaft; es gilt nicht bloß, diese Unglücklichen vor Verbrechen und Untergang zu bewahren, sondern sie auch von der übrigen schulbesuchenden Jugend fernzuhalten, da das Beispiel eines einzigen Kindes verhängnisvoll wirken kann auf alle seine Altersgenossen.

Die gesetzliche Pflicht, für die sittlich verwahrloste Jugend zu sorgen, obliegt den Kronländern und wurde durch das Reichsgesetz vom 24. Mai 1885 (R.-G.-Bl. Nr. 90) geregelt.

Gegenwärtiger Zustand.

Von den österreichischen Kronländern aber erfüllten nur die Länder Niederösterreich, Böhmen und Mähren die ihnen obliegende Aufgabe in vollem Maße, indem sie außer Correctionsanstalten für junge Leute von über vierzehn Jahren auch Besserungsanstalten für die schulpflichtige Jugend errichteten. Letzterem Zwecke entsprechen die niederösterreichische Anstalt zu Eggenburg, die böhmischen zu Kostenblatt und Opatowitz und die mährische zu Neutitschein. Sonach besitzen nur diese Anstalten das Recht und die Pflicht, solche Kinder aufzunehmen, welche infolge eines gerichtlichen Urtheiles (§ 7 des Gesetzes von 1885) zur Abgabe an eine Besserungsanstalt verurtheilt wurden.

Außerdem besteht in verschiedenen Kronländern eine Anzahl anderer derartiger, unter Obhut von Vereinen stehender Anstalten, welche lediglich solche Kinder beherbergen, deren Aufnahme infolge der Zustimmung der Eltern oder Vormünder erfolgt. Die öffentlichen Landesanstalten sind auch diesen Kindern geöffnet, doch ist für deren Aufnahme die Zustimmung der Pflegschaftsbehörde (Bezirksgericht u. s. w.) nothwendig (§ 13 des Reichsgesetzes von 1885).

Die niederösterreichische Landesanstalt zu Eggenburg, welche 450 Knaben und 100 Mädchen fasst, steht unter der obersten Leitung des Landesausschusses Schöffel und unter Verwaltung des Directors L. Brunner und entspricht ihrer Aufgabe in vollem Maße. Aufschluss über ihre Organisation und ihre Erfolge gibt der treffliche Bericht des niederösterreichischen Landesausschusses an den Landtag vom Jahre 1894. (Die Aufnahmsbedingungen im Erlasse des niederösterreichischen Landesausschusses vom 18. Jänner 1888.) Für Niederösterreich sind außerdem die Anstalten zu Unter-St. Veit für Knaben und die zu Ernstbrunn für Mädchen, welche von dem Wiener Schutzvereine erhalten werden, sowie das Franz Josef-Jugendasyl zu Weinzierl, welch letzteres gleichfalls von einem (unter dem Vorsitze des Wiener Bürgermeisters stehenden) Vereine verwaltet wird. Zu St. Veit und Ernstbrunn befanden sich im Schuljahre 1892/93 zusammen 102 Kinder und in Weinzierl wechselte die Zahl der Zöglinge in den letzten Jahren zwischen 70 und 120. Diese Anstalten sind Privatinstitute, in denen, wie oben erwähnt, Kinder, welche ein Gericht zur Abgabe in eine Besserungsanstalt überwies, nicht aufgenommen werden.

Der Wiener Bezirksschulrath erachtete es stets für eine seiner wichtigsten Aufgaben, die Wiener Schulen von den kleinen Schädlingen zu reinigen, welche durch die Mittel der gewöhnlichen Schulzucht nicht zu bessern sind. Zu wiederholtenmalen wurde von dieser Behörde eine Zählung der verwahrlosten Kinder angeordnet; sie wies im Jahre 1889 (in den alten zehn Bezirken) 58 Knaben und 14 Mädchen auf; die Zählung für Groß-Wien im Frühjahre 1893 zeigte 116 Knaben und 17 Mädchen. Sorgfältig ausgearbeitete Fragebogen ergiengen an sämmtliche Wiener Schulen, in denen über den Charakter, die geistigen Anlagen und die sittlichen Gebrechen jedes Kindes genaue Auskunft verlangt wurde, wobei eine strenge Scheidung gemacht wurde zwischen der jugendlichen, wenn auch unbändigsten Ungezogenheit und zwischen tiefer wurzelnden Eigenschaften, welche künftige Verworfenheit befürchten lassen. Nur die letzteren wurden in die Zählung einbezogen. Unter diesen 133 Kindern waren viele eines unfläthigen, selbst gewaltthätigen Vorgehens gegen ihre Lehrer schuldig, manche von ihnen besaßen einen unüberwindlichen Hang zum Vagabundieren, entliefen ihren Eltern, übernachteten im Freien, in Canälen und Kellern; einzelne betheiligten sich sogar an Diebstählen und an Gewaltthätigkeiten oder betrieben gewerbsmäßige Bettelei; den meisten schien das Gefühl für das Verwerfliche ihres Treibens vollständig zu fehlen. Diese Fragebogen sind ein interessanter Beitrag zur Pathologie der Kinderseele. Von diesen Kindern waren 44 nach Wien, 13 sonst nach Niederösterreich zuständig, während 76 in anderen Kronländern oder in Ungarn heimatsberechtigt waren. Der Bezirksschulrath setzte auf Grund eines Referates des Gem.-Rathes Dr. Friedjung ein Comité unter dem Vorsitze des Gem.-Rathes Dr. Lerch nieder, welches den Vater oder die Mutter jedes einzelnen Kindes vorlud und Verfügungen traf über die Abgabe der Kinder an die niederösterreichischen, böhmischen und mährischen Rettungsanstalten. In der größeren Anzahl der Fälle ließen sich die Eltern bewegen, ihre Zustimmung zu dieser Maßregel zu geben. Ausnahmslos, denn sie gehörten fast durchwegs den ärmsten Schichten der Gesellschaft an, stellten sie die Bedingung, dass sie nichts für die Erhaltung des Kindes beizutragen hätten. Diesem Verlangen konnte wohl in vielen Fällen stattgegeben werden, insoweit nämlich die Landesanstalten die in dem betreffenden Kronlande zuständigen Kinder unentgeltlich aufnehmen, und in dem Maße, als die Häuser zu Unter-St. Veit, Ernstbrunn und Weinzierl jährliche Zuschüsse seitens der Gemeinde Wien genießen. Der Bericht des niederösterreichischen Landesausschusses über die öffentlichen Sicherheits-Angelegenheiten für 1894 hebt auf Seite 79 anerkennend hervor, dass der Wiener Bezirksschulrath alle Anstrengungen macht, um die in den Wiener Schulen befindlichen moralisch verkommenen Kinder der Besserung zuzuführen.

Vorhandene Missstände.

Aber diese Bemühungen des Wiener Bezirksschulrathes waren nicht in allen Fällen von Erfolg begleitet. Vorerst dauerte es nicht selten viele Monate lang, bis die Zuständigkeit der Kinder ermittelt, bis die Zustimmung der Versorgung dieser Kinder durch die Landesausschüsse der verschiedenen Kronländer eingeholt war, oder bis sonstige Rechtsfragen gelöst werden konnten. Das unselige österreichische Heimatsgesetz stand auch hier hindernd im Wege, wiewohl der niederösterreichische Landesausschuss strenge Verfügungen an die Wiener Polizeidirection zu erwirken verstand, dass die Erhebungen aufs rascheste durchgeführt werden müssten. Besonders schwierig waren die Verhandlungen mit denjenigen Kronländern, welche keine Landesbesserungsanstalten besitzen. Man weiß aber, welche Bedeutung ein so langer Zeitraum im Leben und auf die Entwicklung eines auf dem Wege zum Verbrechen befindlichen Kindes bedeutet. Während dieser Zeit übt es den verderblichsten Einfluss auf seine ganze jugendliche Umgebung. Ein einziger Fall dieser Art mag hervorgehoben werden. Schon vor zwei Jahren wurde die Abgabe des Knaben Josef F. an eine Besserungsanstalt von dem betreffenden Lehrkörper beantragt. Thatsächlich beschloss der Stadtrath, an den sich der Bezirksschulrath wenden musste, am 13. Juli 1894, es solle die Aufnahme des Knaben in Weinzierl

erwirkt werden; aber Josef F. besucht noch jetzt zum Verderben der anderen Kinder und zum Schrecken seiner Lehrer eine Schule des XIX. Bezirkes — wofern er es nicht vorzieht, der Schule fern zu bleiben und sich auf der Straße herumzutreiben.

Diese Missstände sind der Stadt Wien unwürdig. Ihre Aufrechterhaltung ist um so beklagenswerter, als in den bestehenden Anstalten genügender Raum vorhanden wäre zur Aufnahme aller in den Schulen Wiens befindlicher jugendlicher Schädlinge. In Eggenburg allein, wo sich jetzt 248 Knaben und 59 Mädchen befinden, ist noch Platz für nahezu 250 Kinder, in Unter-St. Veit könnte das schöne, in einem großen Garten befindliche Haus noch 30 bis 40 Kinder beherbergen; das große, von dem Kaiser dem Jugendasyle gewidmete Schloss zu Weinzierl enthält ansehnliche Räumlichkeiten.

Während also insbesondere die niederösterreichische Landesanstalt trotz der kräftigen Mahnungen, welche Landesausschuss Schöffel zu wiederholtenmalen und erst jüngst wieder an die Gerichts- und Verwaltungsbehörden ergehen ließ, halbleer ist, ist es bisher nicht möglich gewesen, die Wiener Schulen von allen verwahrlosten Kindern zu reinigen und sie Anstalten zu übergeben, in welchen, wie die Erfahrung lehrt, die meisten von ihnen zu achtbaren Dienstboten, Handwerkern und ländlichen Arbeitern erzogen werden.

Der Vollständigkeit wegen sei erwähnt, dass sich gegenwärtig (Jänner 1895) in Eggenburg 62 nach Wien zuständige Kinder befinden (52 Knaben und 10 Mädchen); in Weinzierl genießen 29 Zöglinge Stiftungsplätze der Stadt Wien; in Unter-St. Veit werden 11 Knaben und in Ernstbrunn 1 Mädchen auf Kosten der Stadt verpflegt.

Erwägt man dagegen, dass bei der Zählung des Jahres 1893 im ganzen in Wien nur 57 in Wien heimatsberechtigte Kinder als verwahrlost bezeichnet wurden, so muss festgestellt werden, dass die Gemeinde Wien wohl ihre Pflicht gegen ihre Heimatsberechtigten erfüllt, dass aber das Übel wesentlich darin seinen Grund hat, dass die Kinder aus den anderen Kronländern der raschen Hilfe entbehren. Wohl wacht auch über ihnen das Gesetz, welches den Kronländern die Verpflichtung auferlegt, für sie Sorge zu tragen; der Absicht des Gesetzgebers wird aber nicht energisch, sondern sogar unwillig entsprochen.

Es fehlt demnach an einer strammen, rasch arbeitenden Verwaltung und vor allem an einer einfachen und klaren Organisation, welche die unheilvollen, durch das bestehende Heimatsgesetz offen gelassenen Lücken ergänzen sollte.

Reformvorschläge.

Sonach ergibt sich die Nothwendigkeit, jedes von der Schulbehörde als verwahrlost bezeichnete Kind allsogleich und ohne Zögern einer Besserungsanstalt zu übergeben; und erst dann, wenn auf diese Weise für eine Erziehung gesorgt ist, sollen jene langwierigen und in einzelnen Fällen fruchtlosen Nachforschungen und Verhandlungen beginnen, wohin das Kind zuständig ist und welches Kronland demnach verpflichtet sei, der Stadt Wien die Pflegekosten zu ersetzen. Das ist der Hebel, an dem die Reform ansetzen muss. Man bringt auch Kranke zuerst in das Spital und setzt dann erst fest, wer die Kosten seiner Pflege tragen soll. Ein verwahrlostes Kind ist aber einem an einem epidemischen Leiden Erkrankten gleichzustellen, welcher durch den Verkehr anderen Menschen Verderben bringt. Die Gemeinde Wien muss also schon im Interesse der unverdorbenen Schuljugend die Kosten dieser einstweiligen Unterbringung auf sich nehmen.

Dabei ist vor allem für die sittlich verwahrlosten Kinder zu sorgen; für die unbändigen und übermüthigen könnten Disciplinarclassen errichtet werden, eine Angelegenheit, über welche der Bericht der Wiener Bezirksschulinspectoren vom 22. Juni 1894 eingehend handelt.

Es ist nicht nothwendig, dass die Gemeinde Wien selbst eine Besserungsanstalt errichte, wiewohl nach der Berechnung des in dieser Frage hochverdienten Bezirksschulinspectors Hinterwaldner die Kosten einer selbständigen Anstalt für die in Wien zuständigen Kinder jährlich nur 10.400 fl. betragen würden. Es genügt, die vorhandenen Einrichtungen zweckentsprechend zu benützen.

Es müsste mit dem niederösterreichischen Landesausschusse und den Privatanstalten ein Abkommen getroffen werden zur provisorischen Unterbringung der Kinder. In Eggenburg werden, wie oben erwähnt, die in Niederösterreich zuständigen Kinder unentgeltlich aufgenommen; für verwahrloste Kinder aus anderen Kronländern wird daselbst von dem betreffenden Kronlande ein tägliches Kostgeld von 50 kr. eingefordert. Selbst Kinder aus Ungarn werden, wie der n.-ö. Landesausschuss in einer an die Statthalterei gerichteten Zuschrift vom 14. August 1894 erklärt, aufgenommen, wofern „zwingende Gründe" hiefür vorhanden sind.

Aber auch in Unter-St. Veit und Ernstbrunn, für welche Anstalten die Gemeinde Wien einen jährlichen Zuschuss von 500 fl. leistet, finden Kinder, in erster Linie in Wien zuständige, dann aber auch fremde gegen ein Kostgeld von 8 fl. monatlich Aufnahme. Die übrigen Kosten bringt der Verein selbst auf.

In Weinzierl endlich verfügt die Gemeinde Wien schon jetzt infolge ihres jährlichen Zuschusses von 7500 fl. über 25 ganze und 25 halbe Freiplätze (à 200 fl. beziehungsweise 100 fl.). Aber auch hier sind in diesem Augenblicke im ganzen nur 29 Pfleglinge auf Kosten der Gemeinde Wien untergebracht. Zu bemerken ist, dass in Weinzierl der Übelstand herrscht, dass sowohl schulpflichtige als auch erwachsene Pfleglinge bis zu zwanzig Jahren Aufnahme finden. Trotz der nach Möglichkeit durchgeführten Trennung der beiden Gruppen wirkt das schlechte Beispiel der älteren oft schädlich auf die jüngeren. Weinzierl weist auch verhältnismäßig hohe Kosten für die Verpflegung von Zöglingen auf (344 fl. für den Kopf). Die Anstalt ist dementsprechend auch um Erhöhung ihrer Subvention durch die Gemeinde Wien auf 11.250 fl. (25 ganze Freiplätze à 300 fl. und 25 à 150 fl.) eingeschritten. Das sind, gegenüber den anderen niederösterreichischen Asylen Ziffern, welche nicht für die Weinzierler Anstalt sprechen.

So könnte die Stadt Wien der verwahrlosten Jugend rasche und sichere Hilfe bringen. Es müsste ausgesprochen werden, dass jedes in Wien zuständige Kind sofort nach dem Beschlusse des Bezirksschulrathes in die Pflege der Gemeinde übernommen wird; Kinder, welche nicht in Wien zuständig sind, müssten zuvor eine Wiener Schule mindestens durch ein halbes Jahr besucht haben, damit der betreffende Lehrkörper aus eigener Erfahrung über das Kind urtheilen kann, und weil dadurch zugleich der Überführung verwahrloster Kinder aus anderen Kronländern nach Wien aus selbstischer Absicht vorgebeugt wird. Für Kinder aus Ungarn und dem sonstigen Auslande würde die freiwillige Verpflichtung der Gemeinde Wien nur soweit gelten, als dies der Stadtrath von Fall zu Fall als zweckmäßig erklärt.

Nur durch die Annahme dieser Vorschläge kann der Gefahr gesteuert werden, welche bisher durch die Langwierigkeit der vorgeschriebenen Vorerhebungen und Unterhandlungen erwachsen ist. Das Opfer, welches die Gemeinde Wien auf diese Weise freiwillig auf sich nimmt, wird für die sittliche Erziehung der gesammten Wiener Jugend die trefflichsten Früchte tragen.

Demnach stellen die Gefertigten nachfolgende Anträge:

1. Die Gemeinde Wien erklärt sich bereit, alle vom Wiener Bezirksschulrathe als sittlich verwahrlost bezeichneten Kinder vorläufig in Besserungsanstalten unterzubringen, und zwar die in Wien zuständigen Kinder sofort, die in Wien nicht heimatsberechtigten unter der einzigen Bedingung, dass sie eine Wiener Schule durch ein halbes Jahr besucht haben.

2. Diese rasche und freiwillig übernommene Fürsorge findet statt, damit die langwierigen Verhandlungen über die Zuständigkeit der Kinder, sowie über die zu ihrer Erhaltung verpflichteten Personen und Corporationen nicht störend dazwischentreten. Nach Übernahme der Pflege sollen dann die Erhebungen aufs rascheste und sorgfältigste durchgeführt werden, um die Gemeinde Wien von weiteren Ausgaben zu entlasten.

3. Da sich in der Landesanstalt zu Eggenburg, sowie in den Asylen zu Unter-St. Veit, Ernstbrunn und Weinzierl genügender Raum zur Aufnahme dieser Kinder findet, so ist von der Errichtung einer städtischen Besserungsanstalt für verwahrloste Kinder abzusehen und sind Verhandlungen mit dem niederösterreichischen Landesausschusse sowie mit den betreffenden Vereinsleitungen durchzuführen über die Bedingungen weiterer Aufnahme von Kindern der Wiener Schulen.

4. Da die Anstalt zu Weinzierl zumeist auf bestehenden Fonden und Stiftungen beruht, da die Gemeinde Wien bisher einen jährlichen Zuschuss von 7500 fl. leistete und die regelmäßigen Beiträge der Vereinsmitglieder lediglich den Betrag von 900 bis 1200 fl. ausmachen, da sich ferner die bisherige Organisation (Vereinigung von schulpflichtigen und erwachsenen Pfleglingen) nicht bewährte — so wird der Herr Bürgermeister als ständiger Präsident der Verwaltung des Jugendasyles zu Weinzierl ersucht, die Verhältnisse der Anstalt einer sorgfältigen Prüfung unterziehen zu lassen, insbesondere in der Richtung, ob sich nicht die Übergabe der Anstalt mit ihren Fonden in die Verwaltung der Stadt Wien empfehle.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

17. Antrag des **Gem.-Rathes Bärtl** und Genossen:

Seit Jahren ist es der Brauch, dass der Schnee und der Kehricht bei der Elisabethbrücke in das Bett des Wienflusses geschüttet wird; nachdem nun die Leute, welche mit der Abfuhr beschäftigt sind, bis zur Steineinfassung dieser monumentalen Brücke kommen und bei der Abschüttungsmanipulation die Steineinfassung der Brücke nicht nur beschmutzen, sondern auch deren Ecken und Vorsprünge intensiv beschädigen, so erscheint es dringend geboten, dass dieser Schädigung unverzüglich Einhalt geboten werde, und stellen die Unterzeichneten folgenden Dringlichkeits-Antrag:

Der Gemeinderath wolle beschließen:

Das Stadtbauamt und der Magistrat werden beauftragt, sofort die nöthigen Schritte zu veranlassen, dass die Schnee- und

Kehrichtabfuhr bei der Elisabethbrücke in der Weise vorgenommen wird, dass hiebei eine Verunreinigung und Schädigung der Brückeneinfassung gänzlich hintangehalten wird.

Bürgermeister: Wir kommen zur Tagesordnung. Ich bitte den Herrn Gem.-Rath Dr. Klotzberg zum Referate.

18. Referent Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Zur Zahl 320 der lithographierten Tagesordnung.

Die Gemeinde Wien entsendet alljährlich 40 scrophulöse Kinder in das Seehospiz nach Triest. Die Behandlung, welche den Kindern dort zutheil wird, ist eine ausgezeichnete. Auch hat das Stadtphysikat erklärt, dass die schwersten Fälle dort geheilt werden, selbst durch operative und chirurgische Eingriffe. Sie werden aber, meine Herren, doch zugeben müssen, dass im Verhältnisse zur Anzahl der existierenden scrophulösen Kinder die Zahl von 40 viel zu klein ist, weshalb der Antrag gestellt wird, statt 40 Kinder 50 dorthin zu schicken, wodurch das Budget allerdings um 1000 fl. erhöht würde. Ich bitte nun sowohl um Annahme dieses Antrages als um Genehmigung der Mehrauslagen von 1000 fl.

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Beschluss: Behufs Erhöhung der communalen Zahlplätze im Seehospize von Triest von 40 auf 50 wird zur Rubrik XXXVII 10 c ein Zuschusscredit von 1000 fl. bewilligt.

Vice-Bürgermeister Matzenauer (den Vorsitz übernehmend): Ich bitte den Herrn Bürgermeister zum Referate.

19. Referent Bürgermeister Dr. Grübl: Ich habe die Ehre, namens des Stadtrathes zu berichten über die Änderungen der Pensionsvorschriften für die Gemeindebeamten und -Diener der Stadt Wien.

Ich glaube, diesen Gegenstand am allerkürzesten zu behandeln, wenn ich der Versammlung die Motivierung des Magistrats-Referenten zur Kenntnis bringe und dann um die Annahme der Anträge bitte. Die Anträge liegen den verehrten Herren in der Druckforte Nr. 10 ex 1895 vor. Ich möchte bitten, sie zur Hand zu nehmen.

„Die Verleihung von Ruhegehalten an städtische Beamte und Diener und die Betheilung der Witwen und Waisen verstorbener städtischer Beamten und Diener mit Pensionen, respective Erziehungsbeiträgen ist ein Ausfluss der Bestimmung des § 81, lit. c der Dienstpragmatik für die Gemeindebeamten und -Diener der Stadt Wien, welcher gemäß der im städtischen Dienste Angestellte im allgemeinen ein Recht auf die eigene Versorgung und die Versorgung seiner Witwe und Waisen nach den vom löblichen Gemeinderathe anerkannten oder zu erlassenden Normen hat.

Da durch die mit den Plenarbeschlüssen des löblichen Gemeinderathes vom 15. Februar, 5. März, 12. März, 5. April, 12. April und 30. April 1872, Z. 2593, erlassene Pensionsvorschrift für die Gemeindebeamten und -Diener den Ansprüchen derselben auf die Versorgung ihrer eigenen Person für den Fall des Übertrittes oder der Versetzung in den Ruhestand in wohlerwogener Berücksichtigung der Verhältnisse Rechnung getragen worden ist und nach § 9 der mit den Beschlüssen des löblichen Gemeinderathes vom 31. Mai, 14. und 17. Juni 1892 erflossenen Bestimmungen über die Regulierung der Bezüge der städtischen Beamten bei der Pensionierung eines Beamten, ohne Unterschied, ob derselbe in das Rangclassenschema eingereiht ist oder nicht, demselben außer der normalmäßigen Pension auch der halbe Betrag desjenigen Jahresquartiergeldes, welches er in dem seiner Pensionierung vorausgehenden Quartale bezogen hat, anzuweisen ist, so können sich die Communal-Bediensteten in Ansehung der Versorgung ihrer Person nur zum Danke verpflichtet fühlen.

Ganz anders verhält es sich aber mit den Versorgungsansprüchen der Witwe und der Waisen des städtischen Beamten.

Hat der Gatte den Gehalt von 1000 fl. erreicht, so ist für die Bemessung der Witwenpension das spätere Vorrücken desselben in die Gehalte von 1100, 1200, 1300 und 1400 fl. von keinem Einflusse mehr, die Witwenpension bleibt 400 fl. Erst die Witwe eines Beamten im Bezuge eines Gehaltes von 1500 fl. erhält eine um 100 fl. höhere Pension, also 500 fl., während ein Vorrücken des Gatten in die Gehalte von 1600, 1700, 1800 und 1900 fl. für die Witwenpension abermals von keiner Bedeutung ist.

Die größte Zahl der Gehaltsstufen bilden aber jene, welche den Anspruch auf eine Witwenpension von 600 fl. begrenzen; denn dieser Anspruch erwächst bei einem Gehalte von 2000 fl. und bleibt unverändert bis zu einem Gehalte von 4000 fl., und da nur fünf Beamte, nämlich der Magistratsdirector, der Magistrats-Vicedirector, der Baudirector, der Oberbuchhalter und der Stadtphysicus derzeit einen Gehalt von über 4000 fl. beziehen, so bildet die Pension von 600 fl., wenn von diesen wenigen Ausnahmen abgesehen wird, das höchste Ausmaß für die Versorgung der Beamtenswitwen.

Standen schon bis zum Jahre 1876 die Pensionen der Witwen nicht im harmonischen Verhältnisse zu den Gehalten ihrer Gatten und zu deren Dienstzeit, so steigerte sich dieses Missverhältnis noch durch die im Jahre 1876 und in den Achtzigerjahren erfolgten Gehaltsregulierungen, beziehungsweise Erhöhungen und ganz besonders durch die im Jahre 1892 erflossenen Normen über die Regulierung der Bezüge der städtischen Beamten.

Die Gehalte der städtischen Beamten wurden seit dem Jahre 1876 nicht unerheblich erhöht, während die Witwenpensionen unverändert blieben.

Dermalen hat zum Beispiel die Witwe des Magistratsdirectors, welcher 5000 fl., respective 6000 fl. an Gehalt bezieht und bei einer 40jährigen Dienstzeit eine Pension von 5500 fl., respective 6500 fl. zu erhalten hat, dann die Witwe des Magistrats-Vicedirectors, Baudirectors, Oberbuchhalters und Stadtphysicus, welche einen Gehalt von 4000 fl., respective von 4500 fl. beziehen und deren Ruhegehalt bei einer 40jährigen Dienstzeit 4400 fl., respective 4900 fl. beträgt, nur Anspruch auf eine Pension von 700 fl. Die Pensionen der Witwen von Beamten der VII. und VIII. Rangclasse sind ganz gleich. Die Pension der Witwe eines Magistratsconcipisten beträgt bald 500 fl., bald 400 fl., je nachdem der verstorbene Gatte in der X. Rangclasse, 1. oder 2. Kategorie stand.

Aus dem Vorbemerkten geht hervor, dass die Pensionen der Witwen dermalen zu gering bemessen sind und nicht im richtigen Verhältnisse zu den Gehalten und Pensionen der Gatten derselben stehen.

Da der löbliche Gemeinderath, den Zeitverhältnissen Rechnung tragend, sich bestimmt gefunden hat, die Bezüge der activen Beamten und dadurch indirecte auch die Ruhegehalte derselben zu erhöhen, so ist wohl die Hoffnung begründet, der löbliche Gemeinderath werde auch geneigt sein, die durch die Gehaltsregulierungen motivierte Änderung der Bestimmungen über die Bemessung der Witwenpensionen gleichfalls wohlwollend in Erwägung zu ziehen,

und es werde hiebei auch die höhere und verantwortlichere Stellung des Gatten in der Art Berücksichtigung finden, dass für die Witwen jener Beamten, welche eine oft weit höhere Gehaltsstufe als jene von 2000 fl. sich errungen haben, auch ein höheres Pensionsausmaß als das gegenwärtige systemisiert werde.

Es wird daher eine Erhöhung der Witwenpensionen beantragt, und zwar in der Weise, dass an die Stelle des bisherigen Systems, nämlich die Witwenpensionen nach Gehaltsgruppen zu fixieren, ein solches System gesetzt wird, nach welchem jede Vorrückung des Gatten auch der Witwe zugute käme, was jetzt um so leichter geschehen kann, weil der löbliche Gemeinderath das vom Staate bei der Regulierung der Gehalte seiner Beamten im Jahre 1873 angewendete System, die Gehalte nach bestimmten Rangclassen zu ordnen, bei der Regulierung der Bezüge der städtischen Beamten im Jahre 1892 gleichfalls eingeführt hat.

Es wird daher beantragt, dem § 13, Absatz 1 der Pensionsvorschrift folgende Formulierung zu geben:

„§ 13.

Die Pension der Witwen der in das Rangclassenschema eingereihten Beamten wird nach den Rangclassen derart abgestuft, dass die Pension der Witwe eines Beamten der V. und VI. Rangclassen mit dem Betrage von 1000 fl. — das ist also der höchste Witwenbezug — der eines Beamten der VII. Rangclasse mit dem Betrage von 900 fl., der eines Beamten der VIII. Rangclasse mit dem Betrage von 800 fl., der eines Beamten der IX. Rangclasse mit dem Betrage von 700 fl., der eines Beamten der X. Rangclasse, 1. Kategorie mit dem Betrage von 600 fl., der eines Beamten der X. Rangclasse, 2. Kategorie mit dem Betrage von 500 fl. und endlich der eines Beamten der XI. Rangclasse mit dem Betrage von 400 fl. jährlich bestimmt wird.

Witwen der in das Rangclassenschema nicht eingereihten Beamten werden bei Bemessung der Pension den Witwen der in die Rangclassen eingereihten gleichgestellt und erhalten die für jene Rangclasse bestimmte Pension, welcher Rangclasse der von ihrem Gatten zuletzt bezogene Activitätsgehalt entspricht.

Für die Witwen der Diener wird die Pension mit 50 Percent des von ihrem Gatten zuletzt bezogenen Activitätsgehaltes bestimmt.

Das Ausmaß der Pension für die Witwe darf aber in keinem Falle den Betrag übersteigen, welcher dem Gatten zur Zeit seines Todes als Pension gebürte."

Nun ist weiter zu verhandeln über die Erziehungsbeiträge für Kinder. Dies involviert eine Abänderung des § 17 der Pensionsvorschrift. Die Gründe, die für die Erhöhung der Witwenpension sprechen, lassen sich auch auf die Erziehungsbeiträge geltend machen. Das Maximalausmaß der Erziehungsbeiträge besteht dermalen in 100 fl., wenn eine pensionsberechtige Mutter vorhanden ist, und 200 fl., wenn die Kinder ganz verwaist sind (§ 17).

Würde der im ersten Falle anzuwendende Percentsatz 5 und und der bei ganz verwaisten Kindern anzuwendende Percentsatz 10 auch auf die Gehaltsstufen von 2200 bis inclusive 6000 fl. ausgedehnt werden, so würden sich die Maximalausmaße auf 300 fl., respective 600 fl. erhöhen.

Wenn berücksichtigt wird, dass die Verpflegung eines Waisenknaben im städtischen Waisenhause, also bei einer Massenverpflegung, die immer billiger als die Einzelverpflegung zu stehen kommt, jährlich circa 300 fl. kostet, so kann ein gewiss nur sehr selten in Anwendung kommender Maximalsatz von 300 fl., respective 600 fl. nicht als zu hoch gegriffen erklärt werden.

Es wird demnach der Antrag gestellt, den § 17 in folgender Weise zu formulieren (liest):

„Der Erziehungsbeitrag eines Kindes wird, solange die Mutter noch am Leben ist, bei einem Gehalte des Vaters des Kindes bis einschließlich 1000 fl. mit 50 fl. und bei einem Gehalte über 1000 fl. mit 5 Percent des Gehaltes, nach dem Tode der Mutter oder in den im § 11 in den Absätzen 3 und 5 bezeichneten Fällen aber bei einem Gehalte des Vaters des Kindes bis einschließlich 1000 fl. mit 100 fl. und bei einem Gehalte über 1000 fl. mit 10 Percent des Gehaltes bemessen.

In keinem Falle darf der Gesammtbezug aller Hinterbliebenen mit Einschluss der Pension der Witwe mehr als 75 Percent des der Bemessung zugrunde liegenden Gehaltes des Vaters ausmachen. Wenn und insolange die normalmäßigen Gebüren der Witwe und der Kinder den erwähnten Höchstbetrag übersteigen, ist der Überschuss von der Pension der Witwe, sowie von den Erziehungsbeiträgen der Kinder verhältnismäßig in Abzug zu bringen."

Das repräsentiert eine Änderung der bisherigen Bestimmung, wonach die Überschüsse nur von den Erziehungsbeiträgen der Kinder verhältnismäßig in Abzug gebracht wurden, während hier gewissermaßen ein neues Princip zum Ausdrucke gebracht wird, indem der Abzug in gleicher Weise von dem Bezuge der Witwe wie der Kinder erfolgt.

Bezüglich der Dauer dieser Bezüge wird weiters beantragt (liest):

„Es wäre nach Analogie des Pensionsnormales für die Landesbeamten und Diener der Erziehungsbeitrag für Söhne bis zum vollendeten 21. und nach Analogie des Pensionsnormales für Lehrpersonen der Erziehungsbeitrag für Töchter bis zum vollendeten 20. Lebensjahre zu gewähren und in das Pensionsnormale für die städtischen Beamten und Diener auch die im Pensionsnormale für die Landesbeamten und Diener enthaltene Begünstigung aufzunehmen, dass, wenn eine im Genusse eines Erziehungsbeitrages stehende Tochter vor vollendetem 20. Lebensjahre sich verehelicht, dieselbe eine Abfertigung mit dem zweifachen ihres jährlichen Erziehungsbeitrages zu erhalten hat."

Die letztere Bestimmung wurde vom Stadtrathe abgelehnt, so dass der Stadtraths-Antrag lautet (liest):

„§ 18.

Der Erziehungsbeitrag gebürt einem Sohne bis zum vollendeten 21. und einer Tochter bis zum vollendeten 20. Lebensjahre, hört jedoch auch früher auf

a) bei Erlangung einer Versorgung auf die Dauer derselben;

b) bei Töchtern insbesondere durch deren Verehelichung, und

c) bei strafgerichtlicher Verurtheilung wegen eines Verbrechens oder wegen der Übertretung des Diebstahles, der Veruntreuung, der Theilnehmung an denselben oder des Betruges (§§ 460, 461, 463 und 464 des Strafgesetzes). Erfolgte jedoch die Verurtheilung wegen eines der im § 6, Absatz 1 bis 10 des Gesetzes vom 15. November 1867, Nr. 131 R.-G.-Bl., aufgeführten Verbrechens, so lebt der Anspruch auf den Erziehungsbeitrag mit dem Ende der Strafe für die noch übrige Zeit des Normalalters wieder auf."

Es ist noch auf den Fall Bedacht zu nehmen, dass ein Gemeindebeamter oder -Diener vor vollstreckter zehnjähriger Dienst-

zeit stirbt, oder dass von demselben eine Ehe nicht vor oder während der Dienstleistung geschlossen wird und die Mutter gleichfalls nicht mehr am Leben ist (liest):

„Da beim Eintritte eines solchen Falles den Kindern nach § 16 der Pensionsvorschrift ein Erziehungsbeitrag nicht gebürt, so wäre folgender Paragraph als § 19 in die Pensionsvorschrift aufzunehmen."

„§ 19.

Wenn nach einem verstorbenen Gemeindebeamten oder -Diener, welcher das zehnte Dienstjahr noch nicht vollstreckt oder die Ehe nicht vor oder während seiner Dienstleistung geschlossen hat, keine Witwe vorhanden ist, so gebürt allen unversorgten Kindern des Verstorbenen, welche das 20. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, zusammen eine Abfertigung in dem im § 15 der Pensionsvorschrift bezeichneten Ausmaße."

Sie bekommen so viel, als die Witwe eines verstorbenen Beamten oder Dieners bekommen hätte.

Das ist also eine analoge Anwendung.

Eine weitere Bestimmung der Pensionsvorschrift, für deren Änderung gewichtige Gründe geltend gemacht werden können, ist die Bestimmung des § 21 in Betreff des Sterbequartales.

Dieser Paragraph lautet:

Wenn ein Gemeindebeamter oder -Diener, dessen systemmäßiger Activitätsgehalt weniger als eintausend Gulden beträgt, während der Dienstleistung stirbt, so gebürt seiner Witwe oder in Ermanglung einer solchen seinen ehelichen Kindern ein viertel des erwähnten Activitätsgehaltes als Beitrag zur Bestreitung der Leichenkosten.

Es sind daher die Witwen und Waisen von Beamten, deren Activitätsgehalt 1000 fl. oder mehr als 1000 fl. beträgt, von dieser Begünstigung ausgeschlossen, obwohl auch diese in den meisten Fällen durch die Krankheits- und Leichenkosten in eine solche Nothlage gerathen, dass sie selten imstande sind, sich materiell wieder zu erholen.

Der hohe Landtag für das Erzherzogthum Österreich unter der Enns hat deshalb den Anspruch auf das Sterbequartal für die Hinterbliebenen der Landesbeamten und -Diener durch eine bestimmte Gehaltsgrenze nicht beschränkt, da der § 23 des bezüglichen Pensionsnormales für die Landesbeamten und -Diener lautet:

„Wenn ein Landesbeamter oder -Diener während der Dienstleistung stirbt, so wird der Witwe oder, in Ermanglung einer solchen, dessen ehelichen Kindern ein Beitrag zur Bestreitung der Krankheits- und Leichenkosten (Sterbequartal) mit 25 Percent des von dem Verstorbenen zuletzt genossenen Activitätsgehaltes aus dem Landesfonde bewilligt. Diese Bestimmung sichert sonach allen Witwen beziehungsweise Waisen der in Activität verstorbenen Landesbeamten und -Diener die Mittel zur Bestreitung eines anständigen Leichenbegängnisses des Gatten respective Vaters."

Es wird beantragt, dass der bezügliche Paragraph der Pensionsvorschrift dahin abgeändert werde.

„§ 22.

Wenn ein Gemeindebeamter oder -Diener während der Dienstleistung stirbt, so gebürt seiner Witwe, wenn sie zur Zeit des Todes ihres Mannes mit demselben in ehelicher Gemeinschaft gelebt hat, oder in Ermanglung einer solchen dessen ehelichen Kindern ein Beitrag zur Bestreitung der Krankheits- und Leichenkosten (früher Sterbequartal) mit 25 Percent des von dem Verstorbenen zuletzt genossenen Activitätsgehaltes bis zum Maximalbetrage von 600 fl."

Es wäre dann nur noch eine Bestimmung aufzunehmen welche sich auf die Anrechnung der provisorischen Dienstzeit bezieht. In dieser Richtung wird dasjenige beantragt, was der Gemeinderath bis jetzt ausnahmslos prakticiert hat, und es wird diesfalls der Antrag gestellt (liest):

„§ 2.

Jedem im Gemeindedienste bleibend angestellten Beamten oder Diener, auf welchen die Bestimmungen der Dienstpragmatik Anwendung finden (Artikel IV der Einleitung zur Dienstpragmatik), kommt im Falle seiner Versetzung in den Ruhestand ein Ruhegehalt dann zu, wenn er eine wenigstens zehnjährige anrechnungsfähige ununterbrochene Dienstzeit für sich hat.

Die im Gemeindedienste zugebrachte Zeit wird von jenem Tage angefangen in Anrechnung gebracht, an welchem der Beamte die Angelobung geleistet hat.

Eine in provisorischer Eigenschaft bei der Gemeinde zurückgelegte Dienstzeit wird nur dann und zwar vom Tage des Eintrittes in diesen Dienst eingerechnet, wenn zwischen der provisorischen und definitiven Dienstzeit keine Unterbrechung stattgefunden hat."

Das sind die Anträge, welche der Stadtrath in dieser Angelegenheit zu stellen für nothwendig erachtet; diese Anträge sind von allen Seiten, durch die Buchhaltung, den Magistrat und den Stadtrath in genaue Erwägung gezogen worden und sind so, ziemlich auf Grund von einmüthigen Beschlüssen gestellt. Ich bitte um Annahme der Anträge.

Gem.-Rath Purscht: Ich erkläre mich mit den Anträgen des Herrn Referenten vollständig einverstanden, aber das eine muss ich sagen: bevor man an die Regelung der Pensionsbezüge der Witwen geht, soll man doch an die Regelung der Pensionsbezüge der Beamten gehen. Es ist sehr eigenthümlich: es ist von unserer Partei in dieser Richtung schon so viel beantragt worden, und trotzdem ist ein diesbezügliches Referat nie hier vorgekommen. Ich betrachte das auch jetzt vor der Wahl des zweiten Wahlkörpers nur als ein Manöver der liberalen Partei. (Widerspruch rechts; Zustimmung links.) Aber ganz unverständlich ist es mir, warum da zwischen den Kindern ein Unterschied gemacht wird.

Bei Bezügen von 1000 fl. bekommen die Kinder 5 Percent des Gehaltes als Erziehungsbeitrag und bei über 1000 fl. 10 Percent. Warum werden überhaupt solche Unterschiede gemacht? Dann ist mir der § 19 vollständig unverständlich. Hier heißt es:

„Wenn nach einem verstorbenen Gemeindebeamten oder -Diener, welcher das zehnte Dienstjahr noch nicht vollstreckt oder die Ehe nicht vor oder während seiner Dienstleistung geschlossen hat, keine Witwe vorhanden ist, so gebürt allen unversorgten Kindern des Verstorbenen, welche das 20. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, zusammen eine Abfertigung in dem im § 15 der Pensionsvorschrift bezeichneten Ausmaße."

Dieser Paragraph ist mir vollständig unverständlich, und ich erlaube mir die Bitte an den Herrn Referenten, mir das zu erklären. Ich kann mir nicht erklären, wieso ein Unterschied gemacht wird zwischen den kleineren und größeren Beamten rücksichtlich des Erziehungsbeitrages. Im ganzen erkläre ich mich mit dem Antrage vollständig einverstanden, nur muss ich sagen: es hätte früher die Regulierung der Pensionsbezüge der Beamten und dann erst die Regulierung der Pensionsbezüge der Witwen vorgenommen werden sollen.

Bürgermeister: Ich kann sofort die Aufklärung geben. Mir liegt irgendein Antrag oder Wunsch der städtischen Beamten wegen Regulierung der Pensionsbezüge nicht vor. Es ist im Jahre 1892 beschlossen worden, dass zu den Pensionsbezügen auch das halbe Quartiergeld dazu kommt. Seit dieser Zeit ist meines Wissens ein Wunsch auf Abänderung nicht ausgesprochen worden.

Wenn der Herr Vorredner gemeint hat, dass ein Unterschied gemacht wird zwischen höheren und geringeren Bezügen, so scheint er sich zu irren. (Rufe: O nein!) Erlauben Sie, ich werde das gleich aufklären. Der Fall, den Sie im Auge haben und den Sie anführten, bezieht sich auf Beamte, die noch nicht zehn Jahre dienen, welche daher überhaupt einen Pensionsanspruch nicht haben.

In diesem Falle hat auch die Witwe keinen Pensionsanspruch und ebensowenig auch die Kinder. Es war aber bis jetzt angeordnet, dass in dem Falle, als ein Beamter oder Diener stirbt, der noch nicht zehn Jahre definitiv angestellt ist, die Witwe eine Abfertigung bekommt.

Die Neuerung geht nun dahin, dass in diesem Falle, wenn die Witwe nicht mehr lebt, die Kinder denselben Anspruch haben wie die Witwe, also die Kinder an Stelle der Witwe die Abfertigung bekommen.

Hinsichtlich der übrigen Beamten ist angeordnet, dass bis zu einem Gehalte von 1000 fl. ein Kind 50 fl. Erziehungsbeitrag bekommt, wenn aber auch die Mutter todt ist, 100 fl., d. i. 5 Percent. Im übrigen ist angeordnet, dass dann, wenn die Mutter lebt und der Gehalt größer ist, — 1000 fl. oder über 1000 fl., — das Kind einen Erziehungsbeitrag von 5 Percent erhält. (Unruhe rechts.)

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Ich bitte um Ruhe. Es ist nicht möglich, den Herrn Referenten zu verstehen, wenn die Herren so laut sprechen. (Rufe links: Ist das die Hochachtung vor Ihrem gewählten Bürgermeister?)

Referent (fortfahrend): Wenn aber auch die Mutter todt ist, 10 Percent. In dieser Richtung haben die Beamten unter 1000 fl. nur eine gewisse Bonification, weil der Betrag von 50 fl., beziehungsweise 100 fl. gewissermaßen als Minimum festgesetzt ist. Wenn man in diesem Falle 5, beziehungsweise 10 Percent bestimmen würde, so würden die Kinder weniger als 50 fl., beziehungsweise 100 fl. bekommen. (Gem.-Rath Purscht: Ich bitte um Aufklärung bezüglich des § 19, Herr Referent!)

Ich habe erklärt, wenn ein Beamter oder ein Diener nicht zehn Jahre definitiv dient, hat er überhaupt keinen Pensionsanspruch, auch die Witwen und die Kinder nicht. Die Witwe bekommt aber eine Abfertigung in diesem Falle; jetzt wird aber hier angeordnet, wenn eine Witwe nicht vorhanden ist, wenn die Frau schon vor ihrem Manne gestorben sein sollte, dass dann die Kinder an die Stelle der Witwe treten. Das ist also auch eine Begünstigung.

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Ich erkläre mich mit den vorliegenden Anträgen bis auf einen einzigen Punkt einverstanden. Es heißt da im § 18 (liest):

„Der Erziehungsbeitrag gebürt einem Sohne bis zum vollendeten einundzwanzigsten und einer Tochter bis zum vollendeten zwanzigsten Lebensjahre, hört jedoch auch früher auf

a) bei Erlangung einer Versorgung auf die Dauer derselben;

b) bei Töchtern insbesondere durch deren Verehelichung u. s. w."

Nun, meine Herren, es ist ja eine Erscheinung, die in Beamtenfamilien zumeist beobachtet wird, dass das Kind wieder dem Stande des Vaters folgt. Es kommt sehr häufig vor, dass die Söhne, die das Gymnasium absolviert haben und in den höheren Studien und mit dem vollendeten 21. Jahre in vielen Fällen nicht in der Lage sind, schon über einen Verdienst zu verfügen. Ich bitte nur zu bedenken, dass, wenn irgendjemand ein Facultäts- oder technisches Studium ergreift, er vor dem 23. oder 24. Jahre nicht leicht und in den allerwenigsten Fällen fertig wird. Ihn gerade zu dieser Zeit der Unterstützung zu berauben, das ist eine Sache, die bei einer Beamtenfamilie, deren Ernährer gestorben ist, wirklich einen schweren Ausfall bedeutet.

Ich möchte mir daher den Antrag zu stellen erlauben, dass es heißen möge: „Der Erziehungsbeitrag gebürt dem Sohne bis zum vollendeten 24. Jahre." Die Ausnahmen sind ja dann ohnehin fixiert. Bekommt er dann irgendein Adjutum oder wird er z. B. irgendwo angestellt, dann erlischt der Beitrag ohnehin. (Unruhe rechts.) Nun, so arg ist das nicht, dass sich Herr Gem.-Rath Frauenberger darüber entsetzt. (Gem.-Rath Frauenberger: Ich sage ja gar nichts!) Ich möchte ihn nur darauf aufmerksam machen, dass in der That, wenn die Frau 400, 500 fl. Pension hat und der Sohn mitten in den Studien ist, die mit den Taxen u. dgl. ein Heidengeld kosten, dies für den jungen Menschen gerade die kritischeste Zeit ist, und da ohnehin durch die Exemptionen in Alinea a ausdrücklich erklärt wird, dass, wenn er früher irgendeine Versorgung oder ein Adjutum erhält, der Beitrag eingestellt wird, so glaube ich, dass es gerecht und billig ist, diese Abänderung anzunehmen.

Ich erlaube mir also den diesbezüglichen Antrag zu stellen, dass es heißen möge: „Bis zum vollendeten 24. Jahre."

(Gem.-Rath Bärtl verzichtet auf das Wort.)

Referent (zum Schlusworte): Ich bin bei der Einbringung dieser Vorlage so weit gegangen, als mir dies mein Gewissen erlaubt hat, und ich werde mich gegen jeden Antrag aussprechen, der noch weiter geht. Es ist mir eine weitergehende Bitte nicht bekannt geworden, und ich glaube, dass die städtischen Beamten selbst mit diesen Anträgen, wie sie hier gestellt worden sind, zufrieden sind. Es ist mir nicht bekannt, dass bei irgendeiner öffentlichen Körperschaft günstigere Verhältnisse bestehen, als sie bei uns eingeführt werden.

Es ist beim Staate das 18. und 20., beim Lande das 20. und 18., bei uns das 20. und 21. Lebensjahr eingeführt. Meine Herren! Im allgemeinen muss man sagen, dass, wenn die Kinder ordentlich erzogen sind, sie mit dem 20. und 21. Lebensjahre in der Lage sind, etwas zu verdienen, allerdings nicht viel, aber man muss annehmen, dass diese Kinder auch keine großen Bedürfnisse haben. Bescheidene Bedürfnisse und bescheidener Verdienst werden in der Lage sein, sich zu decken. Sollten in einem exceptionellen Falle die Verhältnisse besonders traurig sein, sei es wegen Krankheit, körperlicher oder geistiger Schwäche, so ist es ja den verehrten Herren bekannt, dass der Stadtrath jedesmal mit Anträgen kommt, um dann mit einer Nachhilfe den üblen Verhältnissen, die da bestehen, abzuhelfen. Was aber die Norm betrifft, so glaube ich, ist das die äußerste Grenze, bis zu der wir gehen sollen, und ich bitte Sie daher, die Referenten-Anträge anzunehmen.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Wir schreiten zur Abstimmung. Gegen die §§ 2, 13 und 17 wurde keine Einwendung erhoben. Ich bringe daher alle drei Paragraphen gleichzeitig unter

einem zur Abstimmung und bitte die Herren, welche für diese drei Paragraphen stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen. (Rufe links: Einstimmig!)

Nun kommt § 18. Hier hat der Herr Gem.-Rath Dr. Geßmann beantragt: Der Erziehungsbeitrag gebürt einem Sohne bis zum vollendeten 24. Lebensjahre.

Ich bitte die Herren, die mit dieser Abänderung einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) ... (Gem.-Rath Witzelsberger: Wahlmanöver! — Gem.-Rath Dr. Geßmann schreit in den Saal.) Ich bitte, Herr Gem.-Rath Dr. Geßmann, es schickt sich nicht, mitten in einer Abstimmung zu schreien. (Lärm links. — Gem.-Rath Dr. Geßmann: Das ist eine Frechheit, zu sagen, dass das ein Wahlmanöver ist. Sie machen solche Manöver.) Ich bitte Sie um Ruhe, Herr Gemeinderath, stören Sie doch die Abstimmung nicht. (Gem.-Rath Dr. Geßmann: Ich bitte das dem Herrn zu sagen. — Gem.-Rath Strobach: Sie sind nicht einmal fähig, den Vorsitz zu führen, wenn Sie ihn nicht zur Ordnung rufen. — Andauernder Lärm.) Ich bitte noch einmal die Herren, die für den Antrag des Gem.-Rathes Dr. Geßmann stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Minorität. (Ruf links: Wer weiß? Es können sich viele der Abstimmung enthalten. — Rufe links: Zählen! Zählen!) Das ist entschieden die Minorität. Der Antrag ist abgelehnt.

Die Herren, die für § 18 stimmen, wie er von Seite des Stadtrathes beantragt wird, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Majorität. Angenommen.

Nun kommen die §§ 19 und 22. Gegen diese Paragraphe wurde keine Einwendung erhoben. Ich bringe sie daher gemeinsam zur Abstimmung und bitte die Herren, die für die beiden Paragraphe stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen. (Andauernder Lärm links.)

Beschluss: Die Pensionsvorschrift für die Gemeindebeamten und Diener der Stadt Wien wird abgeändert, wie folgt:

§ 2.

Jedem im Gemeindedienste bleibend angestellten Beamten oder Diener, auf welchen die Bestimmungen der Dienstpragmatik Anwendung finden (Artikel IV der Einleitung zur Dienstpragmatik), kommt im Falle seiner Versetzung in den Ruhestand ein Ruhegehalt dann zu, wenn er eine wenigstens zehnjährige anrechnungsfähige ununterbrochene Dienstzeit für sich hat.

Die im Gemeindedienste zugebrachte Zeit wird von jenem Tage angefangen in Anrechnung gebracht, an welchem der Beamte die Angelobung geleistet hat.

Eine in provisorischer Eigenschaft bei der Gemeinde zurückgelegte Dienstzeit wird nur dann und zwar vom Tage des Eintrittes in diesen Dienst eingerechnet, wenn zwischen der provisorischen und definitiven Dienstzeit keine Unterbrechung stattgefunden hat.

§ 13.

Die Pension der Witwen der in das Rangclassenschema eingereihten Beamten wird nach Rangclassen derart abgestuft, dass die Pension der Witwe eines Beamten der V. und VI. Rangclasse mit dem Betrage von 1000 fl., der eines Beamten der VII. Rangclasse mit dem Betrage von 900 fl., der eines Beamten der VIII. Rangclasse mit dem Betrage von 800 fl., der eines Beamten der IX. Rangclasse mit dem Betrage von 700 fl., der eines Beamten der X. Rangclasse 1. Kategorie mit dem Betrage von 600 fl., der eines Beamten der X. Rangclasse 2. Kategorie mit dem Betrage von 500 fl. und endlich der eines Beamten der XI. Rangclasse mit dem Betrage von 400 fl. jährlich bestimmt wird.

Witwen der in das Rangclassenschema nicht eingereihten Beamten werden bei Bemessung der Pension den Witwen der in die Rangclassen eingereihten gleichgestellt und erhalten die für jene Rangclasse bestimmte Pension, welcher Rangclasse der von ihrem Gatten zuletzt bezogene Activitätsgehalt entspricht.

Für die Witwen der Diener wird die Pension mit 50 Percent des von ihrem Gatten zuletzt bezogenen Activitätsgehaltes bestimmt.

Das Ausmaß der Pension für die Witwe darf aber in keinem Falle den Betrag übersteigen, welcher dem Gatten zur Zeit seines Todes als Pension gebürte.

§ 17.

Der Erziehungsbeitrag eines Kindes wird, solange die Mutter noch am Leben ist, bei einem Gehalte des Vaters des Kindes bis einschließlich 1000 fl. mit 50 fl. und bei einem Gehalte über 1000 fl. mit 5 Percent des Gehaltes, nach dem Tode der Mutter oder in den im § 11 in den Absätzen 3 und 5 bezeichneten Fällen aber bei einem Gehalte des Vaters des Kindes bis einschließlich 1000 fl. mit 100 fl. und bei einem Gehalte über 1000 fl. mit 10 Percent des Gehaltes bemessen.

In keinem Falle darf der Gesammtbezug aller Hinterbliebenen mit Einschluss der Pension der Witwe mehr als 75 Percent des der Bemessung zugrunde liegenden Gehaltes des Vaters ausmachen. Wenn und insolange die normalmäßigen Gebüren der Witwe und der Kinder den erwähnten Höchstbetrag übersteigen, ist der Überschuss von der Pension der Witwe, sowie von den Erziehungsbeiträgen der Kinder verhältnismäßig in Abzug zu bringen.

§ 18.

Der Erziehungsbeitrag gebürt einem Sohne bis zum vollendeten einundzwanzigsten und einer Tochter bis zum vollendeten zwanzigsten Lebensjahre, hört jedoch auch früher auf

a) bei Erlangung einer Versorgung auf die Dauer derselben;

b) bei Töchtern insbesondere durch deren Verehelichung, und

c) bei strafgerichtlicher Verurtheilung wegen eines Verbrechens oder wegen der Übertretung des Diebstahles, der Veruntreuung, der Theilnehmung an denselben oder des Betruges (§§ 460, 461, 463 und 464 des Strafgesetzes). Erfolgte jedoch die Verurtheilung wegen eines der im § 6, Absatz 1 bis 10 des Gesetzes vom 15. November 1867, Nr. 131 R.-G.-Bl., aufgeführten Verbrechen, so lebt der Anspruch auf den

Erziehungsbeitrag mit dem Ende der Strafe für die noch übrige Zeit des Normalalters wieder auf.

§ 19.

Wenn nach einem verstorbenen Gemeindebeamten oder -Diener, welcher das zehnte Dienstjahr noch nicht vollstreckt oder die Ehe nicht vor oder während seiner Dienstleistung geschlossen hat, keine Witwe vorhanden ist, so gebürt allen unversorgten Kindern des Verstorbenen, welche das 20. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, zusammen eine Abfertigung in dem im § 15 der Pensionsvorschrift bezeichneten Ausmaße.

§ 22.

Wenn ein Gemeindebeamter oder -Diener während der Dienstleistung stirbt, so gebürt seiner Witwe, wenn sie zur Zeit des Todes ihres Mannes mit demselben in ehelicher Gemeinschaft gelebt hat oder, in Ermanglung einer solchen, dessen ehelichen Kindern ein Beitrag zur Bestreitung der Krankheits- und Leichenkosten (früher Sterbequartal) mit 25 Percent des von dem Verstorbenen zuletzt genossenen Activitätsgehaltes bis zum Maximalbetrage von 600 fl.

Gem.-Rath Steiner (zur Geschäftsordnung): Meine sehr geehrten Herren! In den heutigen meistgelesenen Blättern, der „Neuen Freien Presse", dem „Deutschen Volksblatt" und Szeps'schen „Tagblatt", ist unter der Rubrik „Gemeinde-Angelegenheiten" eine Notiz „Straßensäuberung", worüber ich mich heute beim Herrn Bürgermeister erkundigt habe, und es hat weder das Präsidium noch das Präsidialbureau auf diese Notiz einen Einfluss genommen, ich erkläre aber, dass diese Notiz vom Anfang bis zum Ende unwahr ist . . .

Vice-Bürgermeister Matzenauer (unterbrechend): Aber, darf ich bitten, unter dem Titel „Geschäftsordnung" gibt's derartige Erklärungen nicht. (Rufe links: Die Judenblätter haben gelogen, die müssen geschützt werden. — Gem.-Rath Steiner spricht weiter, bleibt aber bei dem anhaltenden Lärm unverständlich.) Man kann nicht unter dem Titel Geschäftsordnung alles und jedes sprechen, was beliebt. (Gem.-Rath Steiner spricht unverständlich weiter.) Ich bitte, Herr Gem.-Rath Steiner, das geht nicht, dass Sie zu jedem Punkte sprechen.

Gem.-Rath Steiner: Aber dann soll jeder Mann genug sein und nicht alles glauben, was eine alte Tratschen von Berichterstatter sagt.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Das gehört nicht hieher — was die Zeitungen schreiben, haben wir nicht zu beurtheilen. (Rufe: Aber richtigzustellen! — Anhaltender Lärm und Unruhe.)

20. (186.) **Referent Gem.-Rath Dr. v. Billing:** Der Neubauer Kindergarten-Verein ist eingeschritten und bittet um die Fortsetzung und Wiederbewilligung der Subvention, welche die Gemeinde bereits seit langer Zeit gewährt.

Der Kindergarten-Verein, welcher seit 25 Jahren besteht und erst neulich sein Jubiläum gefeiert hat, bezieht für jeden Kindergarten eine Subvention von 500 fl. Derselbe hat drei Kindergärten, einen in der Burggasse, einen in der Westbahnstraße (Unruhe) und einen in der Neustiftgasse. Für die Neustiftgasse ist die Subvention mit dem Jahre 1893 ausgegangen, für die beiden anderen sind Ende December (Lebhafte Unruhe) . . . .

Vice-Bürgermeister Matzenauer (unterbrechend): Ich bitte, meine Herren, bei dieser Unruhe ist es nicht möglich, ein Referat zu erstatten. (Zwischenruf links.) Ich wende mich dorthin, wo ich die Unruhe höre. Früher habe ich Unruhe hier (rechts) gehört und habe ich mich hieher gewendet; jetzt ist die Unruhe auf dieser (linken) Seite.

Referent (fortfahrend): Also, ich erlaube mir noch einmal zu bemerken, dass der Verein für den Kindergarten in der Neustiftgasse die Subvention bis Ende December 1893 bewilligt erhielt und für die beiden Kindergärten in der Burggasse und in der Westbahnstraße bis Ende December 1894. Es wird nunmehr vom Stadtrathe mit Rücksicht auf die anerkannt ausgezeichnete Leistung dieses Vereines und auf die ausgezeichnete Einrichtung der Kindergärten beantragt, dem Vereine für den Kindergarten in der Neustiftgasse für das Jahr 1894 eine Subvention von 500 fl. zu bewilligen und sodann dem Vereine für alle drei Kindergärten für die Jahre 1895, 1896 und 1897 die Subvention von je 500 fl. unter den gewöhnlichen Bedingungen, nämlich dem Rechte des Widerrufes u. s. w. unter Vorlage des Berichtes zu bewilligen. Ich bemerke, dass die Beträge für die Jahre 1894 und 1895 gedeckt erscheinen. Für die Jahre 1896 und 1897 werden dieselben seinerzeit budgetmäßig bedeckt werden. Ich bitte Sie um Annahme dieses Antrages.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Ich erkläre den Antrag für angenommen.

Beschluss: Dem Kindergarten-Comité im VII. Bezirke wird pro 1894 für den Kindergarten in der Neustiftgasse eine Subvention von 500 fl. und für die Jahre 1895, 1896 und 1897 für dessen drei Kindergärten (Westbahn-, Burg- und Neustiftgasse) eine Subvention von je 500 fl. pro Kindergarten und Jahr) unter den üblichen Cautelen bewilligt.

21. Vice-Bürgermeister Matzenauer: Wir haben auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung die Abstimmung über die Zusammenlegung einer Anzahl kleiner Appoints des 35-Millionen-Kronen-Anlehens in größere Abschnitte. (Gem.-Rath Boschan tritt an den Referententisch.)

Ich muss die Herren bitten, sich auf die Plätze zu begeben, weil die Zählung vorgenommen werden wird. Ich bitte die Herren Schriftführer, zu zählen.

Gem.-Rath Hawranek: Ich beantrage namentliche Abstimmung.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Es ist namentliche Abstimmung beantragt. (Nach einer Pause:) Die Herren Schriftführer constatieren die Anwesenheit von 99 Herren Gemeinderäthen. Ich bitte die Herren, welche dafür sind, dass die Abstimmung namentlich vorgenommen werde, sich von den Sitzen erheben zu wollen. (Geschieht.) Es ist die Majorität, der Antrag angenommen. Ich bitte um Ruhe, ich ersuche, langsam die Namen zu verlesen und laut zu antworten. Die Herren, welche für den Antrag des Stadtrathes sind, wollen mit Ja, die dagegen sind, mit Nein stimmen. (Schriftführer Gem.-Rath Dehm verliest die Namen der Gemeinderäthe.)

Mit Ja stimmen die Herren Gem.-Räthe: Adam, Altenberg, Bärtl, Beutnitz, Dr. v. Billing, Boschan, Dr. Daum, Dehm, Dolainski, Edlhofer, Eigner, Erndt, Frauenberger, Dr. Friedjung, Frosch, Gaugusch, Geitler,

Gerhardus, Geyer, Gfrorner, Gierster, Glasauer, v. Götz, Ritt. v. Goldschmidt, Bürgermeister Dr. Grübl, Josef Grünbeck, Herold, Herrdegen, Dr. Huber, Kaiser, Kaspar, Kirchmayer, Dr. Klotzberg, Koch, Kreindl, Lang, Lechner, Dr. Lederer, Lukisch, Markl, Matthies, Vice-Bürgermeister Matzenauer, Mayer, Josef Müller, K. J. Müller, Dr. Nechansky, Ritt. v. Neumann, Pollak, Rißaweg, Röhrl, Rosenstingl, Sauerborn, Schieferl, Schlechter, Schlögl, Schneiderhan, Dr. Scholz, Schrenckh, Schuh, Seidler, Seiler, Siegert, Simon, Dr. Stern, Stiaßny, v. Stummer, Tagleicht, Taubler, Dr. Uhl, Villicus, Dr. Vogler, Waegner, Ignaz Wessely, Vincenz Wessely, Wimberger, Winker, Winter, Witzelsberger, Wünsch, Wurm, Dr. Zimmermann, Zweig.

Mit Nein stimmen die Herren Gem.-Räthe: Büsch, Gräf, Gregorig, Sebastian Grünbeck, Hawranek, Hörmann, Dr. Kupka, Maresch, Purscht, Dr. Rader, Rauscher, Stehlik, Steiner, Weitmann.

Der Antrag des Stadtrathes ist mit 82 gegen 14 Stimmen angenommen.

Beschluss: Es sind 1. 40.000 Stück Schuldverschreibungen à 100 Kronen, 15.000 Stück à 200 Kronen und 5000 Stück à 500 Kronen in 1000 Stück à 5000 Kronen und 4500 Stück à 1000 Kronen zusammenzulegen, wobei der Vorrath an Obligationsblanketten zu verwenden und der erforderliche Mehrbedarf bei der Neusiedler Papierfabrik nachzubestellen sein wird.

2. An den n.-ö. Landtag ist eine Eingabe zu richten, in welcher um Abänderung des Landesgesetzes vom 9. September 1883, L.-G.-Bl. Nr. 49, in dem Sinne gebeten wird, dass folgende Appoints genehmigt werden:

10.000	Stück	à 100	Kronen	= 1,000.000	Kronen
10.000	„	à 200	„	= 2,000.000	„
5.000	„	à 500	„	= 2,500.000	„
14.500	„	à 1000	„	= 14,500.000	„
3.000	„	à 5000	„	= 15,000.000	„
			Summa .	35,000.000	Kronen

3. Nach erfolgter Änderung des genannten Landesgesetzes hat der Stadtrath die Drucklegung der neuen zusammengelegten Titres zu veranlassen.

4. Die zur Einziehung bestimmten Titres sind nach Fertigstellung der neuen Obligationen durchzuschlagen und zu vernichten.

22. (134.) **Referent Gem.-Rath Ritt. v. Neumann:** Es handelt sich hier um Überlassung eines Straßengrundes zu einer Risalitanlage im VIII. Bezirke, Lerchenfelderstraße Nr. 34. Das angesprochene Grundausmaß beträgt 0·6 m² und wird hiefür ein Preis von 70 fl. per Quadratmeter beantragt. Ich bitte um die Genehmigung dieses Antrages.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Ich bitte die Herren Schriftführer, die Zahl der anwesenden Herren Gemeinderäthe zu constatieren. (Nach einer Pause:) Die Herren Schriftführer constatieren die Anwesenheit von 92 Herren Gemeinderäthen. Ich bitte die Herren, welche für den Antrag des Stadtrathes stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Der Antrag ist, nachdem kein einziger der Herren Gemeinderäthe dagegen ist, einstimmig angenommen.

Beschluss: Der zur Risalitanlage beim Hause VIII., Lerchenfelderstraße 34, erforderliche Grund per 0·60 m² wird um den Betrag von 70 fl. per Quadratmeter an Josefine Eisterer überlassen.

23. (6799.) **Referent Gem.-Rath Ritt. v. Neumann:** Hier handelt es sich um eine gleiche Angelegenheit, nämlich um Überlassung eines Straßengrundes im Ausmaße von 0·57 m² zur Anbringung eines Thorportales, und zwar gegen Compensation, da bei diesem Baue eine Grundabtretung stattfindet. Ich bitte um die Genehmigung des Antrages.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich ersuche jene Herren, welche für den Antrag sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Niemand meldet sich.) Niemand dagegen, einstimmig angenommen.

Beschluss: Die Überlassung des zu dem Thorportale beim Hause II., Glockengasse 11, erforderliche Grund per 0·57 m² gegen Abzug von dem zur Straßenverbreiterung entfallenden Grunde wird nachträglich genehmigt.

24. (29.) **Referent Gem.-Rath Wurm:** Hier handelt es sich ebenfalls um eine Risalitanlage, und zwar im VI. Bezirke, Wallgasse 29, Ecke der Mittelgasse. Hier wird eine Grundfläche von 0·84 m² in Anspruch genommen und wird beantragt, diese Fläche um 60 fl. zu überlassen.

Der Antrag des Stadtrathes lautet:

Überlassung des zur Anlage eines halbkreisförmigen Risalites an der Ecke der Wallgasse und der verlängerten Mittelgasse erforderlichen Grundes per 0·84 m² um den Pauschalbetrag von 60 fl.

Ich bitte, diesen Antrag anzunehmen.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall, und ich ersuche jene Herren, welche diesem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Es ist keine Stimme dagegen. Einstimmig angenommen.

Beschluss: Der zur Anlage eines halbkreisförmigen Risalites beim Hause VI., Wallgasse 29, erforderliche Grund per 0·84 m² wird um den Pauschalbetrag von 60 fl. an Karl Hörandner überlassen.

25. (274.) **Referent Gem.-Rath Stiaßny:** Der Baumeister Josef Tischler führte Ecke der Sechsschimmel- und Sobieskigasse im IX. Bezirke einen Neubau auf.

Der geehrte Gemeinderath hat ihm bereits vor einigen Wochen die Herstellung eines $7\frac{1}{2}$ cm Vorsprunges an der Ecke der genannten Straße bewilligt. Nunmehr ist es um die Herstellung eines Säulenportales mit einem Vorsprunge von gleichfalls $7\frac{1}{2}$ cm in der Sechsschimmelgasse eingeschritten. Die Fläche, welche er zu dieser Herstellung benöthigt, beträgt 0·409 m², also etwas weniger als $\frac{1}{2}$ m². Es soll ihm diese Fläche um den Pauschalbetrag von 25 fl., was ungefähr einem Einheitspreise von 61 fl. per Quadratmeter entspricht, überlassen werden.

Gestatten Sie mir namens des Stadtrathes den Antrag zu stellen, dass die zur Portalherstellung erforderliche Fläche um den Pauschalbetrag von 25 fl. an den Bauwerber Tischler überlassen werde.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Ich bitte die Herren, die für den Antrag des Stadtrathes stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Angenommen.

Beschluss: Der zur Anlage eines Säulenportales beim Hause IX., Sobieskygasse 1, erforderliche Grund per 0·409 m² wird um den Pauschalbetrag von 25 fl. an Josef Tischler überlassen.

26. (497.) **Referent Gem.-Rath Josef Müller:** Ich habe die Ehre, Bericht zu erstatten über einen Antrag Zahl 14, betreffend die Verlängerung der hinter dem Heiligenstädter Friedhofe endenden Straße längs des Schreiberbaches bis zur Wildgrube im XIX. Bezirke.

Es hat eine größere Anzahl dortiger Grundbesitzer am Schreiberbache eine Eingabe an den Herrn Bürgermeister gerichtet und gebeten, es zu ermöglichen, dass dort in der Gegend längs des Schreiberbaches ein Weg hergestellt werde. Infolgedessen hat der Herr Bürgermeister die nöthigen Schritte eingeleitet beim Bezirksamte für den XIX. Bezirk, und ist diesbezüglich eine Augenscheins-Commission an Ort und Stelle entsendet worden, welcher auch der Herr Gem.-Rath Steiner beigewohnt hat.

Es wurde damals dahin sich geäußert, dass ein Straßenzug in der Breite von 3·5 m genügen und den Bedürfnissen entsprechen würde. Es ist der Weg in natura abgesteckt worden und es haben sich die betreffenden Anrainer nahezu sämmtlich verpflichtet, die zu diesem Wege nothwendigen Grundstücke unentgeltlich herzugeben, mit Ausnahme von drei Grundbesitzern; deshalb kommt der Act an den Gemeinderath. Diese drei Grundbesitzer — es ist eine diesbezügliche Skizze auf der anderen Seite der Vorlage gezeichnet — haben das Ersuchen gestellt, man möge ihnen den Weg, Parcelle 1004, unentgeltlich überlassen, und zwar deshalb, weil sie sonst von einem Theile ihres Besitzes abgeschnitten wären und denselben nicht bewirtschaften können. Es würde nämlich der neue Weg führen und in kurzer Entfernung würde der alte Weg bestehen bleiben, der dazwischen liegende Theil ihres Grundes könnte nicht bewirtschaftet werden. Es ist dieses Ersuchen vollkommen gerechtfertigt. Es sollen nun diese Theile an die einzelnen Besitzer zugetheilt werden, und zwar an Anton Lier im Ausmaße von 42·3 m², an August Gutmann eine Fläche von 48·97 m², an Leopold Hengl eine Fläche von 13·64 m². Bezüglich des Weges möchte ich noch ergänzend bemerken, dass die Auslagen circa 2800 fl. betragen werden und wird dieser Weg durch das Bezirksamt für den XIX. Bezirk ausgeführt werden. Ich ersuche daher um die Annahme des im Stadtrathe gestellten Antrages.

Gem.-Rath Bärtl: Ich erlaube mir eine kleine Anfrage. Ist dieser Grund, der unentgeltlich diesen drei Anrainern übergeben wird, Eigenthum der Gemeinde? (Referent: Ja!)

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Ich bitte die Herren, die mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. Niemand dagegen. Einstimmig angenommen.

Beschluss: Die Grundeigenthümer Leopold Hengl, August Gutmann und Anton Lier überlassen den nach der Auspflockung zur Straße und Wegverlängerung entfallenden Grund der Gemeinde Wien lastenfrei gegen dem, dass selben die Wegparcellentheile, bezeichnet im Plane mit den Buchstaben l' q r x p l', l' l k e i n o p l' und a b c d e i h g f a unentgeltlich in das Eigenthum übergeben werden.

Die Kosten dieser Transaction hat die Gemeinde Wien zu bezahlen und selbe durchzuführen.

27. (96.) **Referent Gem.-Rath Dr. Klotzberg:** Zahl 96 von der gedruckten Tagesordnung. Ich habe vor einiger Zeit über das Offert eines Grundverkaufes referiert, und zwar XVIII. Bezirk, Säulengasse. Es handelte sich um ein ganz kleines Ausmaß von 37·85 m². Damals hat die Partei 300 fl. dafür geboten. Dieser Betrag ist dem Gemeinderathe zu niedrig erschienen und es wurde beschlossen, diesen Grund nur unter der Bedingung zu verkaufen, dass die Partei den Preis von 25 fl. per Quadratmeter zahlt. Die Partei hat sich nun damit einverstanden erklärt und es macht der Preis 946 fl. 25 kr. aus.

Ich bitte Sie deshalb um die Annahme des Antrages.

Gem.-Rath Maresch: Sehr geehrte Herren! Gegen diesen Preis von 25 fl. wird wohl heute niemand etwas einwenden, aber eines muss doch bei dieser Gelegenheit erwähnt werden. Erst vor sieben Wochen hat uns der geehrte Herr Referent, der heute am Referententische sitzt, dasselbe Linienwallstück mit 13 fl. 21 kr. per Quadratmeter wärmstens anempfohlen. Von Seite der der Opposition angehörigen Mitglieder wurde jedoch dieser viel zu niedrige Preis energisch bekämpft und über den Antrag des Gem.-Rathes Eigner wurde diese Angelegenheit an den Stadtrath zurückgewiesen. Sehen Sie, meine Herren, heute bekommen wir fast das doppelte: 25 fl. statt 13 fl. 21 kr. Meine Worte sind hauptsächlich dahin gerichtet, dass in Hinkunft bei communalen Grundverkäufen die Sache besser ins Auge gefasst werde, damit derartige Gründe nicht so billig an den Mann abgegeben werden.

Gem.-Rath Eigner: Sehr geehrte Herren! Der Herr Vorredner hat bereits alles gesagt, was ich sagen wollte. Sachverständige Collegen aus dem Gemeinderathe haben behauptet, dass dieses „Dreieckerl" gar keinen Wert hat; es sei eine hohe „Gstätten" von dem alten Linienwall, der Besitzer muss abgraben, er muss hinausführen, wegführen — kurzum, er muss sich ohnehin in große Unkosten stürzen. Man hält uns lauter solche Dinge vor, die den Verkauf erschweren — und sehen Sie, meine Herren, die Gründe werden doch verkauft. Heute bekommen wir schon einen Preis von 946 fl. 25 kr. — das ist ein Mehrbetrag von circa 446 fl. 25 kr., also fast das doppelte. So wird hier von den Stadträthen referiert und so sagt man, dieses Zwickerl, dieses Dreieck hat für den Besitzer, der es braucht, gar keinen Wert.

Wir haben ja auch ein zweites derartiges Referat bezüglich eines Grundes am Neubaugürtel gehabt, wo uns auch der Herr Referent gesagt hat, dass der Betreffende uns den Grund nicht abkaufen wird, dass er ihn nicht braucht. Sie werden auch hier in kürzester Zeit Gelegenheit haben, zu sehen, dass der Betreffende an uns herantritt und auch das doppelte gibt.

Derselbe Herr Referent, der heute dasitzt, hat damals die Anschauung gehabt, das Dreieck hat keinen Wert. Meine Herren! 13 fl. 25 kr. per Quadratmeter, das sind per Quadratklafter 47 fl. 56 kr.; heute bekommen Sie per Quadratmeter 25 fl., also per Quadratklafter 90 fl. Das ist ein Preis, um den man in den Verkauf einwilligen kann. Ich ersuche Sie also, meine Herren, die Sache in Zukunft nicht so darzustellen, als ob der Grund, um den es sich handelt, keinen Wert hätte, und uns nicht mit einem solchen nicht entsprechenden Preise zu kommen. Der Stadtrath soll solche

Preise gleich zurückweisen, nicht erst den Gemeinderath damit belästigen.

Gem.-Rath Maresch: Meine Herren! Ich habe zu bemerken, dass am 15. Jänner, als ein anderer Referent über ein Grundstück referiert hat und uns bei einem Ausmaße von circa 140 m² ein Preis von 14 fl. und einigen Kreuzern vorgeschlagen wurde, das betreffende Referat zurückgewiesen wurde. Ich bin neugierig, welcher Preis bei der Gelegenheit wird erzielt werden.

Referent: Ich erlaube mir nur, kurz die Bemerkung zu machen, dass nicht der Wert des Grundstückes die Partei veranlasst hat, diesen Preis zu bezahlen, sondern lediglich die Angst, dass dieses Dreieck einer der Nachbarn acquirieren könnte. (Lärm und Unterbrechung links. Rufe: Aha!) Ich bitte, die sogenannte Zwangslage treibt die Partei dazu. (Unterbrechung links.)

Es wird von allen Seiten dagegen gedonnert, dass der Preis für die Gründe ungebürlich in die Höhe getrieben wird, und nun macht sich die Commune dessen schuldig.

Gem.-Rath Eigner (zu einer Berichtigung): Ich verschone Sie, Dr. Seidler und Collegen, im Gemeinderathe und will Ihnen keine Antwort geben . . .

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Ich bitte, das ist keine Berichtigung.

Gem.-Rath Eigner (fortfahrend): Ich will keinen Namen nennen, aber Sachverständige aus dem Gemeinderathe, die gesuchte Leute sind, haben neulich in dieser Sitzung, wo das Referat über das Grundstück vertagt wurde und wo ebenfalls Preise . . .

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Ich bitte, Herr College, das ist keine Berichtigung.

Gem.-Rath Eigner (fortfahrend): Ich berichtige dahin, dass der Stadtraths-Referent gesagt hat, dass das Grundstück keinen Wert hat . . .

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Ich muss bitten, sich im Rahmen einer Berichtigung zu halten.

Gem.-Rath Eigner (fortfahrend): Wenn man hier die Wahrheit sagt, wird man unterbrochen. Solche Wahrheiten darf man eben im Gemeinderathe nicht vorbringen. Das ist sehr traurig. Kann man da ruhig sein, wenn immer solche niedrige Schätzungen vorkommen?

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Aber ich bitte, das ist eine Polemik und keine Berichtigung.

Gem.-Rath Strobach (zu einer Berichtigung): In der damaligen Sitzung hat es ausdrücklich geheißen, dass dieser Zwickel für den Betreffenden gar nicht verwendbar ist. Heute wurde vom Referenten das Gegentheil behauptet. Er sagte heute: „nur weil er sich in einer Zwangslage befindet". Wenn das thatsächlich der Fall ist, so ist wahrscheinlich auch dieser Preis noch zu niedrig. Ich möchte bitten, dass ein anderesmal nicht in der Weise vorgegangen wird.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bitte die Plätze einzunehmen und ersuche die Herren Schriftführer, nochmals zu zählen. (Geschieht. — Nach einer Pause:) Die Herr Schriftführer constatieren die Anwesenheit von 97 Gemeinderäthen. Ich bitte die Herren, welche dem Antrage des Stadtrathes zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Geschieht.) Niemand dagegen, somit einstimmig angenommen.

Beschluss: Die Gemeinde Wien überlässt der Aurelie Redlich einen Theil der Linienwallparcelle 547/1, Einl.-Z. 52, IX. Bezirk, Figur I c d I, im Ausmaße von 37·85 m² behufs Arrondierung ihrer Realität Or.-Nr. 4 Säulengasse, Währing, XVIII. Bezirk, gegen dem, dass die Genannte hiefür den Einheitspreis von 25 fl. per Quadratmeter bezahlt und die Vertragskosten und Übertragungsgebüren trägt.

Der Kaufschilling ist in zwei Raten zu bezahlen, und zwar dergestalt, dass die Hälfte des Kaufschillings innerhalb acht Tagen nach Verständigung von der Annahme des Offertes, der Rest am 15. Mai 1895 bezahlt und bis dahin mit 5 Percent im vorhinein fälligen Interessen verzinst werde.

28. (9817.) **Referent Gem.-Rath Dr. Lederer:** Die Herren wissen, dass an der Universität sowohl als auch an der technischen Hochschule sich Vereine gebildet haben, welche sich zur Aufgabe gemacht haben, ihre Collegen zu unterstützen. Ein solcher Verein hat sich nun auch an der Akademie der bildenden Künste gebildet und der Verein kommt nun auch ein, gleichwie die Universitätsvereine, der Gemeinderath möge ihm eine Unterstützung zutheil werden lassen. Der Stadtrath hat in Erwägung der wohlthätigen Wirkung dieses Vereines, der wirklich für die studierende Jugend sehr viel thut — er unterstützt sie mit Speisemarken, Lehrhilfsmitteln u. s. w. — beantragt, es möge auch diesem Vereine so wie den anderen akademischen Vereinen eine Unterstützung für das Jahr 1894 mit 100 fl. bewilligt werden. Ich bitte, dem Ihre Zustimmung zu geben.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Wünscht jemand das Wort? (Nach einer Pause:) Es ist dies nicht der Fall. Ich erkläre den Antrag für angenommen.

Beschluss: Dem Unterstützungsvereine der Akademie der bildenden Künste wird eine Subvention von 100 fl. pro 1894 bewilligt.

29. (9818.) **Referent Gem.-Rath Dr. Nechansky:** Ich habe die Ehre, zu referieren zur Zahl 9818 von der gedruckten Tagesordnung. Der Deutsche Schulverein ist eingeschritten um Ausfolgung der ihm mit Gemeinderaths-Beschluss vom 21. Februar 1893 auf 3000 fl. erhöhten Subvention. Allerdings ist damals nicht die Subvention mit diesem Beschlusse des Gemeinderathes auf 3000 fl. erhöht worden. Der Sachverhalt ist vielmehr folgender:

Dem Deutschen Schulvereine ist die Gemeinde Wien seinerzeit als Mitglied mit einem Mitgliedsbeitrage von 1000 fl. beigetreten, und am 21. Februar 1893 hat der Gemeinderath beschlossen, den Betrag für den Deutschen Schulverein auf 3000 fl. zu erhöhen. Von diesen 3000 fl. stellen sich also dar: 1000 fl. als Mitgliedsbeitrag und 2000 fl. als Subvention. Für das Jahr 1893 sind auch diese 3000 fl. dem Deutschen Schulvereine ausbezahlt worden. Es handelt sich nun um Ausbezahlung respective Bewilligung dieser 2000 fl. Subvention über die 1000 fl. Mitgliedsbeitrag für die Jahre 1894, 1895 und 1896. Die Thätigkeit des Deutschen Schulvereines ist wohl eine allbekannte. Aus dem letzten Jahresberichte geht hervor, dass der Deutsche Schulverein in den verschiedenen Provinzen Österreichs 29 Schulen mit 69 Classen in 71 Abtheilungen und 44 Kindergärten in 50 Abtheilungen erhält, dass er 47 Schulen subventioniert, ebenso 40 Kindergärten, dass er an 10 Schulen den Religionsunterricht, an 2 Schulen den deutschen Sprachunterricht subventioniert. Ferner unterstützt er den Industrialunterricht, den Fortbildungsunterricht

in der Musik an einzelnen Schulen. Ebenso sorgt er für Weihnachtsgeschenke, Mittagssuppe und andere Unterstützung der Kinder. Der Verbrauch des Deutschen Schulvereines im letzten Jahre, über welches der Bericht ausgegeben worden ist, war rund 250.000 fl. Die Beiträge haben für das Jahr 1893 86.547 fl. 41 kr. betragen, die Spenden 143.086 fl. 11 kr., Erbschaften und Legate 9376 fl. 92 kr., Zinsen von den Capitalien, welche der Deutsche Schulverein besitzt, 10.141 fl. 53 kr. Es ist daraus zu entnehmen, dass für den Zweck des Deutschen Schulvereines beiweitem der größte Theil durch die Mitgliedsbeiträge und durch die Spenden aufgebracht wird.

Ich bitte Sie, dem Antrage des Stadtrathes zuzustimmen.

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Meine Herren! Wir haben bereits bei anderen Gelegenheiten schon unsere Stellung gegenüber dem Deutschen Schulvereine gekennzeichnet; ich werde dies heute daher nur in aller Kürze thun.

Der Deutsche Schulverein — das ist eine notorische Thatsache, die von niemandem geleugnet werden kann — hat mit der deutschen Nationalität sehr wenig zu thun; dagegen ist er umsomehr ein politischer Verein einer bestimmten Partei, und zwar der judenliberalen Partei. (Widerspruch rechts.) Da gibt's kein Ah! Das ist eine alte Geschichte und geht am besten daraus hervor, dass an vielen Orten, wo durchaus kein Zweifel sein kann über die deutschnationale Gesinnung der betreffenden Mitglieder, jene, die nicht vor dem Judenthum „Buckerln" gemacht haben, aus dem Vereine hinausbugsiert wurden, obwohl diese viel mehr Anspruch darauf haben, Deutsche genannt zu werden, und obwohl sie mehr für die deutsche Nationalität thun als jene, die darin die Coterie machen und, wie gesagt, den Deutschen Schulverein als Verein für politische Agitationszwecke von jeher verwendet haben.

Ich erinnere Sie nur — das sind ja actenmäßig nachgewiesene Thatsachen — dass seinerzeit der Schwammerljude Oppenheim bei den Handelskammerwahlen hinausgeschrieben hat an die einzelnen Gruppenvorstände um Einsammlung der Legitimationen, Stimmzettel 2c., und zwar im größten Umfange, dass also dieser Schulverein sich so recht als politisches Agitationsmittel gezeigt hat, und zwar als ein Agitationsmittel zur Corruption der Wahlen, und deshalb werden wir entschieden gegen die Subvention stimmen. Die öffentlichen Gelder sind nicht dazu da, um die Agitationszwecke der Herren in den verschiedenen Ländern auf diese Weise zu poussieren.

Sie haben gegenüber ähnlichen Vereinen sich bei jeder Gelegenheit ablehnend verhalten, weil sie auf christlichem Standpunkte stehen, während der Schulverein ausschließlich die Interessen des Judenthums vertritt. Das ist der Kern der ganzen Sache; nicht um deutschen Unterricht handelt es sich, sondern einfach um die jüdischen Interessen und die Vorherrschaft des Judenthums, und deshalb werden wir mit aller Entschiedenheit gegen die Subvention stimmen.

Eine Frage möchte ich mir noch erlauben, ob nämlich der Religionsunterricht, der da ertheilt wird und unterstützt werden soll, ein israelitischer oder was sonst für ein anderer ist. Es ist dies eine Frage, die man sich angesichts des Geistes, der im Deutschen Schulvereine herrscht, schon erlauben könnte.

Wir werden daher mit aller Entschiedenheit dagegen Stellung nehmen, weil die Gelder der Gemeinde nicht da sind für politische Agitationszwecke einer Partei, die so volksfeindlich ist und die insbesondere dem deutschen Bürger- und Bauernstande — wie es sich ja hundertmal gezeigt hat — immer so feindlich gegenübersteht, und die den Deutschen Schulverein rein zum Werkzeuge für politische Zwecke missbraucht. (Beifall links.)

Gem.-Rath Tomola: Meine Herren! Auch ich muss mich gegen eine Subventionierung dieses Vereines aussprechen. Ich muss es thun, trotzdem oder vielmehr obwohl meine Gesinnung dahin bekannt ist, dass ich mich als National-Deutscher jederzeit fühle und gezeigt habe. Der Deutsche Schulverein hat, wie Herr Dr. Geßmann gesagt hat, mitunter mit der deutschen Nationalität nicht viel zu thun. Mitunter — ich gestehe es gerne zu, dass mir Fälle bekannt sind, wo der Deutsche Schulverein sehr segensreich wirkte, z. B. in der Umgebung von Olmütz, speciell in Paulowitz werden die Schulen fast ausschließlich von Christen besucht. (Rufe rechts: Nun also!) Auch bei mehreren Schulen in Böhmen, z. B. in Bösching, in Reidnitz gebe ich zu, dass seine Unterstützung löblich und angezeigt ist.

Aber ich kenne auch Schulen, welche ich nicht unterstützen möchte. Der Deutsche Schulverein erhält z. B. eine große Schule in Josefstadt in Böhmen — es ist dies ein öffentliches Geheimnis — nur für die dortige Garnison. Ja, wenn die Heeresverwaltung ein Interesse hat, den Officieren Gelegenheit zu bieten, ihre Kinder deutsch unterrichten zu lassen, dann ist es aber Sache der Heeresverwaltung, deutsche Schulen zu errichten, und sie ist sich dieser Pflicht auch bewusst, indem sie in Triest, Pola und in einer dalmatinischen Stadt kaiserliche deutsche Schulen auf ihre Kosten erhält.

Was aber besonders zu bemerken ist und warum ich mich dieser Subvention gegenüber ablehnend verhalte, ist folgendes: Es ist eine bekannte Thatsache, dass aus dem Deutschen Schulvereine eine große Anzahl deutsch gesinnter Männer ausgeschieden sind, deswegen, weil in dem Vereine eine Unduldsamkeit ohnegleichen eingerissen ist. Anfangs, als der Verein gegründet wurde, war er wohl gedacht als ein Verein, welcher alle Deutschen ohne Unterschied der Partei umfassen sollte. Von diesem hohen idealen Standpunkte ist der Schulverein aber sehr schnell und schon seit sehr langer Zeit herabgekommen. In meiner Heimat Schlesien ist der größte Theil der Bevölkerung national gesinnt. Es waren im ganzen 41 Ortsgruppen gegründet. Bei dem heurigen Ortsgruppenfeste zu Jägerndorf beklagte sich der Delegierte des Deutschen Schulvereines Dr. Brix, dass von den 41 in Schlesien bestehenden Ortsgruppen nur mehr 19 eine nennenswerte Thätigkeit entfalten.

Das ist sehr leicht erklärlich. Die Ortsgruppe Troppau hat mehr als dreiviertel ihrer Mitglieder verloren. Warum? Weil einem großen Theile der dortigen Schulvereinsmitglieder, so national gesinnte Männer, wie der Bürgermeister der Stadt ist, nicht genehm waren.

Der Bürgermeister, sein Stellvertreter, die angesehensten Personen der Stadt, wurden aus dem Schulvereine hinausgedrängt. Die Herren sind dann bei der Ortsgruppenleitung eingekommen, es möge ihnen gestattet werden, eine judenreine Ortsgruppe zu bilden. Diesem Begehren ist nicht stattgegeben, es ist abgelehnt worden. Man wollte also den Schulverein nicht schädigen, man wollte unter einer allgemeinen Ortsgruppe eine zweite, rein deutsche Gruppe bilden. Es ist nicht gestattet worden. Die Folge davon war, dass mehr als 500 Mitglieder aus dem Schulvereine ausgetreten sind. Wenn der Schulverein sich nicht auf einen extrem liberalen Standpunkt stellen würde, nicht grundsätzlich solche, welche

national sind und einmal über verschiedene Dinge anders denken als die liberale Anschauungsweise ist, von sich stoßen würden, so hätte er es nicht nothwendig, so sehr auf Subvention anzustehen. Die Klagen wären auch gar nicht berechtigt und würden auch gar nicht vorkommen, welche zur Schande der deutschen Nationalität vorgebracht werden, dass es mit dem Schulvereine immer mehr und mehr abwärts geht, während die slavischen Schutzvereine immer mehr aufblühen.

Solange man also im Schulvereine die national gesinnten Deutschen von sich stößt, solange national gesinnten Männern der Eintritt geradezu verwehrt wird, indem man die Bildung verschiedener Ortsgruppen untersagt, werde und muss ich als national gesinnter Deutscher gegen die Subvention stimmen.

Gem.-Rath Dr. Lederer: Die Opposition, welche der letzte Herr Redner gegen die Anträge des Stadtrathes erhoben hat, muss man anerkennen. Es ist das ein Standpunkt, den man theilen kann oder nicht theilen kann, es ist aber ein Standpunkt, den man jedenfalls respectieren muss. Ich kann mich mit jemandem, der eben anderer Meinung ist und seine andere Meinung in so maßvoller Weise vertritt wie der unmittelbare Herr Vorsprecher, verständigen. Aber die Art und Weise, wie der erste Herr Redner über die gestellten Anträge gesprochen hat (Rufe links: Die ist unangenehm!), nein, die ist nicht unangenehm, da ist ein anderes unparlamentarisches Wort am Platze, welches ich hier nicht aussprechen will, welches ich aber dem Herrn Redner, wenn er will, in einem Vorzimmer zu sagen bereit bin. Wenn man alte Märchen, die 10mal, 20mal vorgebracht, die 10mal, 20mal bis ins kleinste Detail mit allen statistischen Daten widerlegt worden sind, immer wieder vorbringt und immer wiederholt und auf die Unkenntnis und die Gedankenlosigkeit seiner Zuhörer speculiert (Widerspruch links), so ist das ein unwürdiges Vorgehen (Lebhafter Widerspruch links), so ist das eine Opposition, die allerdings .... (Erneuerter Widerspruch und Unruhe links; Rufe links: Wer ist damit gemeint? Sind das wir? Wieso können Sie das sagen? Drüben können Sie das sagen!)

Ich höre die Herren nicht, da müsste einer der Herren allein sprechen.

Also ich meine, wenn man so speculiert, so ist das eben eine unwürdige Opposition. Wenn jemand gegen etwas ankämpft, so soll er es wirklich begründen, aber nicht — ich wiederhole es — abgebrauchte Phrasen, die eingehend widerlegt worden sind, immer wieder vorbringen. Das ist nicht die richtige Methode. Was der Deutsche Schulverein gethan hat in der Zeit seines Bestehens — ich habe auch einige Jahre seiner Verwaltung angehört — braucht wirklich nicht auf die Anerkennung des Herrn Gem.-Rathes Dr. Geßmann zu warten. (Lebhafter Beifall rechts.) Das hat in der Geschichte der Deutschen in Österreich seine Stelle gefunden und wird diese Stelle behalten, ob der Herr Gem.-Rath Dr. Geßmann dagegen geifert oder nicht. (Heiterkeit und Beifall rechts.) Das sind Dinge, die man eben nicht mit solchen Reden beseitigt, und ich muss wirklich sagen, dass zu den wenigen erfreulichen Erscheinungen der letzten 30 Jahre unseres öffentlichen Lebens die Gründung und das Gedeihen des Schulvereines gehört (Beifall rechts), dass die Deutschen in Österreich es zustande gebracht haben, jährlich eine Viertelmillion aufzuwenden, um ihren bedrängten Brüdern an den Grenzen zu Hilfe zu kommen. Das ist wirklich eine patriotische That (Lebhafter Beifall rechts) und jeder Deutsche sollte sich wirklich schämen, in dieser gehässigen Weise gegen eine solche Institution aufzutreten. Ich möchte die Herren bitten, dem Antrage des Stadtrathes Ihre Zustimmung zu geben. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.)

Gem.-Rath Noske (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage Schluss der Debatte. (Gelächter links.)

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Es ist Schluss der Debatte beantragt. Jene Herren, welche mit Schluss der Debatte einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Das Wort haben noch die Herren Gem.-Räthe Herrdegen, Frauenberger, Steiner, Dr. Geßmann und der Herr Bürgermeister.

Gem.-Rath Herrdegen: Meine Herren! Ich habe über die beiden Herren Vorredner, die vor Herrn Dr. Lederer gesprochen haben, hinsichtlich ihrer Ausführungen eine andere Meinung. Ich begreife die Gegnerschaft des Herrn Dr. Geßmann vollständig, während ich die Gegnerschaft des Herrn Gem.-Rathes Tomola nicht begreife.

Herr Gem.-Rath Dr. Geßmann war niemals von deutschem Bewusstsein erfüllt, obwohl er selbst ein Deutscher ist. (Gem.-Rath Dr. Geßmann: Dagegen verwahre ich mich!) Herr Dr. Geßmann, wir kennen uns ja aus einer anderen Zeit und haben über das deutsche Bewusstsein viel gesprochen. Also ich erhebe keinen Vorwurf, ich sage lediglich: ich begreife den Herrn Dr. Geßmann, der als Politiker gesprochen hat, als Gegner einer — ich kann nicht sagen, einer Partei, weil ich nicht zugeben kann, dass der Deutsche Schulverein lediglich eine Sache der deutschliberalen Partei ist — aber er ist, naturgemäß gegen alles, wo sich Deutschliberale vorfinden, und die sind selbstverständlich im Deutschen Schulvereine in sehr großer Zahl vertreten.

Was aber den Herrn Collegen Tomola betrifft, so muss ich sagen: ich bin fest überzeugt, dass er ein stramm deutsch gesinnter Mann ist; wie man aber zu diesen Schlüssen kommen kann, ist mir unbegreiflich. Ich will hier gar nicht untersuchen, ob jene Spaltung, die seinerzeit eingetreten ist, von denen, die ausgeschieden sind, oder von anderen, die drinnen geblieben sind, herbeigeführt worden ist. Jedenfalls ist das eine traurige Erscheinung, jedenfalls ist es ein großer Fehler, dass man hinausgegangen ist. Wenn ich im Rechte bin, dann gehe ich nicht, dann bleibe ich und vertrete das Recht; das hätten auch die Herren thun sollen, wenn sie im Rechte waren.

Der Deutsche Schulverein ist die größte Schöpfung, welche die Deutschen Österreichs überhaupt zustande gebracht haben, die einzige vielleicht, und es ist bedauerlich, wenn die deutsch gesinnten, die deutsch fühlenden, nicht allein deutsch sprechenden Bürger Österreichs sich in einer so wichtigen Frage in zwei Lager trennen. Hier heißt es zusammenhalten.

Ich nehme an, dass vielleicht das, was Herr College Tomola gesagt hat, seine volle Begründung hat, ich zweifle nicht daran, er ist jedenfalls besser unterrichtet als ich es bin, aber er müsste zu dem Schlusse kommen, dass diese Bedenken unterdrückt werden müssen im Interesse des Ganzen. Er selbst hat wahrheitsliebend anerkannt, dass er eine Reihe von Schulen kennt, in denen Tüchtiges geleistet wird, indem diese deutschen Schulen thatsächlich auf einem umstrittenen Gebiete für das Deutschthum eintreten und wirken. Wie kann man da zu dem Schlusse kommen, aus dieser oder jener gewiss secundären Ursache solle die Reichshauptstadt, die deutsche Stadt Wien, diesem wohlthätigen und wirklich über-

aus nützlichen Vereine ihre Unterstützung entziehen? Diesen Schluss begreife ich nicht. Ich würde daher sehr bitten, dass alle diejenigen, welche die Überzeugung haben, dass der Deutsche Schulverein nützlich wirkt, sich dieser Bedenken entschlagen, um für die Anträge des Stadtrathes zu stimmen. (Beifall rechts.)

Gem.-Rath Frauenberger: Ich habe den ausgezeichneten Ausführungen meiner unmittelbaren Herren Vorredner nur wenig hinzuzufügen. Ich bin der Meinung, dass sich Herr Dr. Geßmann, als er über den Deutschen Schulverein gesprochen hat, in einem Irrthume befunden hat. Er hat die Behauptung aufgestellt, dass der Deutsche Schulverein ein politischer Verein sei (Rufe links: Das ist er auch, gewiss!), und da glaube ich, dass ihm in diesem Momente der Schulverein für Deutsche vorgeschwebt hat, der eben aus diesem Grunde aufgelöst worden ist. (Heiterkeit rechts.) Es scheint also, dass sich Herr Dr. Geßmann wirklich in einem Irrthume befunden hat.

Es ist wirklich betrübend, dass wir das, was wir hier so oft gehört und widerlegt haben, immer wieder zu hören bekommen, und ich muss sagen: wenn ich das alles wieder für den Deutschen Schulverein anführen wollte, was ich schon zu so oft wiederholtenmalen angeführt habe, so müsste ich fürchten, die Herren damit zu ermüden. Auf einen Umstand aber möchte ich Sie aufmerksam machen und das ist: auf das Entstehen des Deutschen Schulvereines.

Meine geehrten Herren! Es war ein für die Deutschen Österreichs sehr trauriger Anlass, dass man dazu schreiten musste, diesen Verein zu gründen; aber diese Idee ist so ausgezeichnet und wurde von allen Seiten so warm unterstützt, dass dieser Verein wirklich von sich sagen kann, dass er blüht und gedeiht. Und Sie selbst müssen das empfinden, dass dieser Verein großartig ist und auch Großartiges geleistet hat. Der Deutsche Schulverein wird allenthalben in der Bevölkerung sehr gerne unterstützt (Zwischenrufe links), auch von solchen, die gerade nicht von Deutschen abstammen. Ich habe eine sehr hübsche Äußerung vor einigen Jahren hier gehört, von einem Manne, der sonst immer mit Ihnen (links) geht, der nicht deutscher Abstammung ist und der doch gesagt hat, es sei wünschenswert und gut, wenn man die Gelegenheit hat, die deutsche Sprache zu lernen, besonders wenn man einmal in der Großstadt leben muss.

Den Herrn Lehrer Tomola verstehe ich einfach nicht. Er sagt, er ist ein nationaler Deutscher. Das ist ja sehr schön, das ist jedenfalls von ihm sehr wacker, dass er ein nationaler Deutscher ist, aber ich glaube, es wäre für ihn vielleicht besser, wenn er vor allem ein echter Wiener und deutscher Österreicher wäre, nachdem er schon in Wien lebt und sich hier unter uns befindet. Da wäre es doch besser, wenn er sagte: ich bin ein deutscher Österreicher.

Dann haben wir ja gehört, dass da Zwistigkeiten in den verschiedenen Vereinen entstanden sind, wie sie natürlich immer entstehen, wenn die Herren anfangen, irgendetwas „judenrein" zu machen. Natürlich, Sie haben den Verein judenrein machen wollen und da ist selbstverständlich ein Zwist entstanden — aber es scheint, dass die Herren nicht Sieger geblieben sind (Zwischenruf links), denn der Deutsche Schulverein besteht an diesen Orten noch, aber die Herren sind nicht mehr Mitglieder.

Meine Herren! Es ist tief bedauerlich, wenn im Wiener Gemeinderathe über diese große Schöpfung in solcher Weise gesprochen wird. Ich will auf die verschiedenen Anwürfe nicht weiter eingehen, aber ich glaube, der Herr Dr. Geßmann soll sich vorläufig ernstlich vornehmen, in der nächsten Zeit den Deutschen Schulverein doch in Ruhe zu lassen. Wir sprechen ja auch nicht über den anderen Verein, über den Schulverein für Deutsche. Damit schließe ich und bitte, die Anträge des Referenten anzunehmen. (Beifall rechts.)

Gem.-Rath Steiner: Meine Herren! Ich erlaube mir mit einigen Worten an die Ausführungen des unmittelbaren Herrn Vorredners anzuknüpfen. Sie sind einestheils offenbar nur für die morgige Berichterstattung der Blätter gehalten. Herr Gem.-Rath Frauenberger, auch ich gehöre der deutschnationalen Partei an, bezeichne es aber als eine Verdächtigung, wenn Sie sagen, dass wir keine deutschösterreichischen Patrioten sind. Ich war Soldat, Gott sei Dank, und weise das ganz entschieden zurück, zumal das nur für die morgigen Blätter gesagt worden ist. (Gem.-Rath Frauenberger: Ich weiß nicht!)

Aber auf eines, was schon so oft hier bemerkt worden ist, will ich zurückkommen, dass nämlich die Gewerbe- und auch die Landwirtschafttreibenden in den verschiedenen parlamentarischen Körperschaften von Seite einzelner Herren Advocaten immer als gedankenlos hingestellt werden. Das muss ich doch entschieden zurückweisen, und ich kann Sie, Herr Dr. Lederer, versichern, dass die Gewerbetreibenden und auch der Bauernstand diejenigen Phrasen, die seit dem Jahre 1848 in verschiedenen Körperschaften von Seite der Herren Doctoren, Professoren und Aristokraten vorgebracht worden sind, einfach heute nicht mehr glaubt und mündig genug ist, das selbst zu beurtheilen. (Beifall links.) Wenn der Herr College Dr. Lederer von Phrasen spricht, dann möge er gefälligst seine eigene Partei betrachten, welche vorgibt, deutsch zu sein. Sind das keine Phrasen, wenn man Jahrzehnte lang die clericale Partei bekämpft, sind das keine Phrasen, wenn man Jahrzehnte lang die Polen bekämpft und heute Arm in Arm spaziert, zum Staunen der Völker Österreichs, um auf einem Lumpenballe um das goldene Kalb herumzutanzen? (Lebhafter Beifall links.) Sind das keine Phrasen? Hat eine solche Partei das Recht, anderen Phrasendrescherei vorzuwerfen, eine Partei, welche jede Volksthümlichkeit und Reputation im Volke längst verloren hat, wo heute bei einer Candidatur, welche aufgestellt wird, der Grundsatz gilt: Ein ehrlicher Mensch lässt sich von dieser Partei überhaupt nicht wählen. (Lebhafte Oho-Rufe rechts. — Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.)

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Ich werde nur wenige Worte den Herren Vorrednern erwidern. Wenn Herr Dr. Lederer sich mir als Beispiel deutscher Gesinnung vorstellt, so kann ich über das ohneweiters hinweggehen. Ich glaube vielleicht ein bisschen deutscher zu sein, als der Dr. Lederer. Aber, meine verehrten Herren! Sie haben mit einer Emphase über das Deutschthum gesprochen und haben erklärt: es sei geradezu eine Schande, dem Deutschen Schulvereine nicht mit Freuden zu folgen. Der Grund, warum die Bevölkerung — und da widerspricht sich der verehrte Herr Collega Frauenberger am allermeisten, wenn er behauptet, dass Sympathien bestehen — der Grund, warum die Bevölkerung sich vom Deutschen Schulvereine abgewendet hat — und da zeigt sich ziffernmäßig ein Rückgang der Mitglieder, der Ortsgruppen u. s. w. — ist der, weil die Herren durchaus nicht deutsch gegenüber der Bevölkerung gehandelt und diesen Verein, der national hätte sein sollen, nur zur Förderung ihrer Clique-Interessen missbraucht haben. Meine Herren! ich stimme überein mit dem, was der Herr Vorredner gesagt hat, dass es traurig um das nationale

Bewusstsein der Deutschen Österreichs bestellt ist. Ja, es wäre viel wünschenswerter, wenn das deutsche Bewusstsein in Österreich viel expresser auftreten würde bei der großen Volksmasse, aber das ist unmöglich! Warum? Weil in der schändlichsten und unerhörtesten Weise von Ihrer Partei, die sich als die Vertreterin des Deutschthums in Österreich aufgespielt hat, die Interessen der breiten Volksschichten mit Füßen getreten werden (Lebhafter Beifall links — lebhafter Widerspruch rechts), weil man einfach das schändlichste Clique-Interesse immer mit dem Mantel des Deutschthums umhüllt und darum die großen Volksmassen von einer Partei solcher Deutscher geradezu abgestoßen hat. Das ist in der That an vielen Orten in für das Deutschthum sehr trauriger Weise bemerkbar. Gehen Sie nach Mähren! Naturgemäß finden Sie bei den kleinen Leuten wenig Nationalgefühl. Warum? Weil diejenigen, die als Vertreter des Deutschthums auftreten, einfach nichts sind als Judenknechte, die sich der Judenpartei anschließen und die breiten Volksschichten ausbeuten und unterdrücken. Auf diese Weise werden die Massen gewaltsam dem Nationalgedanken entfremdet.

Wenn aber die Herren hier Pose machen und sagen, was sie für gute Deutsche sind, so möchte ich Sie erinnern: Sie haben das Deutschthum in Ungarn — wo es sich um eine große Zahl Deutscher handelt — einfach verrathen und verkauft; Sie haben sich jeder Combination angeschlossen .... (Gelächter rechts.) Da gibt es kein Gelächter! Wenn es sich um die Deutschen in Ungarn handelt, dann wollen Sie nichts von den Deutschen wissen, weil Sie unten mit den Judas-Magyaren zusammenhandeln, weil das die Stütze für die hiesige Reichshälfte ist. Natürlich, da hört das Nationalgefühl auf, wenn der Sack oder das Cliquen-Interesse der Herren ins Spiel kommt.

Es hat der verehrte Herr College Frauenberger gesagt, dass der Deutsche Schulverein von anderen Leuten sehr gerne unterstützt wird. Das gebe ich vollständig zu. Aber, was sind denn das für Leute? Die wissen sehr wohl, wenn sie einen Kreuzer ausgeben, wozu sie ihn ausgeben. Und wenn gewisse Leute den Deutschen Schulverein unterstützen, so wissen sie sehr wohl, dass das eine Art Nationalverein ist. Es ist freilich die traurigste Form, indem sogenannte Deutsche und Christen sich dazu hergeben, die Interessen eines anderen Stammes auf diese Weise zu poussieren und dessen Vorherrschaft auf jede Weise zu fördern. Das ist die Wahrheit von den einigen, gewissen, bestimmten Leuten, die den Deutschen Schulverein unterstützen.

Wenn der geehrte Herr College aus dem VI. Bezirke sagt, es sei sehr traurig für das deutsche Volk, dass es nicht im großen den Deutschen Schulverein unterstützt — denn das sei das größte Werk, welches die Deutschen je hervorgebracht — so muss ich doch bitten, sich diese Phrasen ein wenig zu überlegen. Wenn das deutsche Volk nichts anderes hervorgebracht hätte, als diesen jüdisch-politischen Agitationsverein, dann wäre es um das deutsche Volk sehr traurig bestellt. Gerade derjenige, der deutsch fühlt, sollte mit seinen Äußerungen ein bisschen vorsichtiger sein; denn es wäre die größte Blamage, wenn das die größte That ist, die das deutsche Volk aufzuweisen hat.

Was die Bemerkung des ersten Herrn Gegenredners betrifft, welcher von der Gedankenlosigkeit u. dgl. gesprochen hat, so treffen diese Vorwürfe eigentlich ganz wen anderen, als diejenigen, auf welche sie gemünzt sind. Meine Herren! Gedankenlos ist derjenige, der sich wirklich weiß machen lässt, dass dieser Verein, wie er dermalen besteht, ein Volksverein ist, ein Verein, welcher für die nationalen und Volksinteressen etwas thut. Wenn der geehrte Herr Vorredner von abgebrauchten Phrasen spricht, so trifft das vollständig auf ihn zu. Es ist notorisch nachgewiesen, wie beispielsweise der von mir erwähnte Fall actenmäßig darthut, dass in der That die Ortsgruppen zu nichts anderem verwendet werden, als zu den ordinärsten Wahltreibereien und zu einer in jeder Hinsicht verwerflichen Wahlcorruption ... (Zwischenrufe links. — Widerspruch rechts.) Nun, er hat mindestens dasselbe Recht, seiner Meinung Ausdruck zu geben, als der betreffende Herr; gewiss er hat hier das Recht, vielleicht mehr, denn er kann sagen, er steht auf heimischem Boden. (Beifall links. — Heiterkeit rechts.)

Meine Herren! Die Bevölkerung werden Sie mit dergleichen nicht für den Deutschen Schulverein captivieren. Sie können noch ein paar Jahre diese Subvention herauspressen, lange wird es aber nicht dauern, denn da werden sich auch hier die Verhältnisse ändern. Aber das eine kann ich Ihnen sagen, dass Sie dem Deutschen Schulvereine keinen Nutzen bringen mit dieser Bettelei, beziehungsweise damit, dass Sie Gemeindegelder dazu verwenden. Davon können Sie überzeugt sein, dass eine solche Debatte schadet und schaden muss auf der anderen Seite, weil die ganze Welt darüber sich klar ist, was eigentlich hinter dem Deutschen Schulvereine steckt, und es wäre gerade im Interesse dieses sogenannten Deutschen Schulvereines, sich lieber in die Stille zu begeben und nicht weiter von sich reden zu machen. (Beifall links.)

Bürgermeister: Erlauben Sie mir auch einige Worte. Die Debatte, wie sie heute durchgeführt wurde, hat zum großen Theile einen gewiss betrübenden Eindruck gemacht. Wir haben ein genaues Bild gesehen von der Einigkeit der Deutschen. (Sehr gut! rechts.) Die Deutschen in Österreich haben ja wahrlich keine beneidenswerte Lage. Man sollte glauben, dass sie denn doch, so verschiedenes sie vielleicht am Herzen tragen, größere oder kleinere Vorwürfe gegen einander oder gegen einzelne Gruppen unterdrücken würden. Es bedarf aber nur eines verhältnismäßig geringen Anlasses, wie die Subvention für den Deutschen Schulverein, so treten alle diese Gegensätze hervor, und man muss wohl sagen, aus verhältnismäßig nichtigem Anlasse werden die schwersten Vorwürfe gegen diese Schöpfung erhoben. Der eine Vorredner, Dr. Geßmann — das Zeugnis muss man ihm ausstellen — wird täglich in seiner Ausdrucksweise graziöser und angenehmer. (Heiterkeit rechts.) Wenn er noch lange so formacht, bin ich auf das Maß seiner Entwicklung und Ausbildung im Gedankenausdrucke sehr neugierig. Man kann von ihm sagen, dass er an einem Giftblasenleiden laboriert, denn wenn er in irgendeiner Beziehung gereizt wird, so kommt er geradezu mit einer ganzen Douche von Vorwürfen und Tadel. (Rufe links: Ja, das ist unangenehm!) Unangenehm, das ist gar nicht der richtige Ausdruck dafür. Traurig ist es; einfach traurig. Es existiert kein anderer Ausdruck dafür, wenn jemand, der, wie es scheint, so hohen Wert darauf legt, Deutscher zu sein, und der als Deutscher anerkannt sein will, mit einer solchen Berserkerwuth über das Deutschthum herfällt. (Gem.-Rath Dr. Geßmann: Nicht über das Deutschthum!) Ja, Herr College, was Sie sich unter Deutschthum vorstellen, darüber ist die Mitwelt noch nicht einig. Dasjenige, was wir uns als Deutschthum vorstellen, wird von Ihnen mit aller Wuth bekämpft. (Rufe links: Judenrein muss es sein!)

Aber lassen Sie das, das ist so ein Schlagwort — das mit dem Judenthume ist ja schon so abgedroschen, langweilig, nichts sagend, es wird nur gewissermaßen präpariert zum Eingeben bei

verschiedenen Anlässen, wir lassen uns aber über den Wert desselben nicht mehr täuschen, darüber ist ja auch bei Ihnen (links) die richtige Einsicht eingekehrt und, wir wollen uns also darüber gegenseitig keiner Täuschung hingeben.

Sehen Sie, der eine Redner sagt, ja in diesem Deutschen Schulvereine wird jüdischliberale Politik getrieben, da kann ich nichts bewilligen. Nun ich war bei der mir bekannten Gesinnung des Herrn Dr. Geßmann nicht im Zweifel, wie er sich zu dieser Sache stellen wird. Es ist aber richtig, was der Herr College vom Neubau gesagt hat, es ist etwas Liberales dabei, folglich muss die Sache bis auf den Tod bekämpft werden. Damit ist die Sache erledigt. Andererseits muss ich sagen, ich wundere mich über die Stellungnahme des Herrn Gem.-Rathes Tomola. Es hat mich gefreut, dass er wenigstens so viel Objectivität zum Ausdrucke bringt, dass er nicht umhin konnte, öffentlich anzuerkennen und auszusprechen, dass der Deutsche Schulverein viel segensreiches und nützliches geschaffen hat, und das sollte sich Herr Dr. Geßmann auch gelegentlich in sein Notizbuch einschreiben. (Sehr gut! rechts.) Man sieht aber da, wie schwach es bei uns Deutschen mit der Einigkeit bestellt ist, wenn man trotz dieses Zeugnisses und bloß deswegen, weil gewisse Coterien und Gruppen sich nicht mit einander vertragen und um die Herrschaft im Vereine mit einander gestritten haben, und weil ferner die eine Coterie ausgetreten ist, man nicht umhin kann, dem Gemeinderathe zu empfehlen, er solle diesem Vereine, der, wie auch von dem Herrn Redner anerkannt wird, nützliches und segensreiches geschaffen hat, die weitere Unterstützung entziehen. Meine Herren, ich appelliere an den Herrn Gem.-Rath Tomola, ob er denn das bei ruhiger Überlegung wirklich wird verantworten können, ob er nicht dabei das Kind mit dem Bade ausschüttet und ob er dadurch nicht die nationale Sache, die er so hochhält, denn doch unendlich gefährdet: das sollte er sich wohl überlegen.

Mit dem Herrn Gem.-Rathe Dr. Geßmann ist in der Sache nicht zu rechten; ich glaube, wir werden uns alles das, was er und Herr Gem.-Rath Steiner über die Deutschen und die deutschliberale Partei gesagt haben, nicht so zu Herzen nehmen; wir haben das oft gehört, wir sind daran gewöhnt, wir werden den Wert dessen, was in dieser Beziehung angeführt wurde, gebürend würdigen, und ich glaube, einer Widerlegung im einzelnen bedarf das nicht. Dagegen muss ich entschieden zurückweisen, was vom Deutschen Schulvereine in der Richtung gesagt worden ist, dass er dem deutschen Bürger- und Bauernstande feindlich gegenübersteht. Ja, was soll denn das anderes sein, als, wie von dieser Seite mit Recht behauptet worden ist, eine Phrase?

Ein Verein, der in gefährdete Bezirke geht und dort eine deutsche Schule errichtet, den Kindern ohne Unterschied der Nationalität und des Glaubensbekenntnisses die Möglichkeit bietet, die deutsche Sprache zu erlernen und sich auf diese Weise besser fortzubringen, ein Verein, der das thut, und zwar mit einem solchen Aufwande von Mühe, wird hier so angegriffen. Man muss ja vor den Herren, welche den Deutschen Schulverein leiten, die größte Hochachtung haben (Beifall rechts), weil sie mit einem Übermaß von Selbstverleugnung und Hingebung das ganze Jahr sammeln, die Provinzen bereisen, die Bedürfnisse erforschen, geradezu auf jedes Maß von Erholung verzichten, um sich dieser schönen Sache zu widmen, und — diesen Herren wird dann ein solches Zeugnis ausgestellt! Das ist ja unerhört; das gewöhnliche Menschengefühl und das Billigkeitsgefühl sollten so etwas unmöglich machen. Von einem Vereine, der sich diese Aufgabe stellt, traut man sich zu behaupten, dass er dem deutschen Bürger- und Bauernstande feindlich gegenüberstehe. Wie soll man sich so etwas erklären?

Ich schließe mit einer Bemerkung. Was Sie über die Deutschen in Österreich und über die deutschliberale Partei gesagt haben, dass sie immer auf dem Standpunkte der Clique-Interessen gestanden sei — diese Bemerkung richtet sich von selbst. Sie haben der deutschliberalen Partei alle jene Rechte zu verdanken, von welchen Sie heute in solchem Übermaße Gebrauch machen. (Lebhafter Beifall rechts. — Widerspruch und Lärm links. Rufe links: Die frühere liberale Partei! Die gegenwärtige schneidet alles zu!) Unterbrechen Sie mich nicht, das sind alles Phrasen ad hoc. Wenn die Deutschen heute weniger actionsfähig sind, als sie es damals waren, so sind Sie schuld, meine Herren, und Sie verdienen Vorwürfe, nicht wir. (Zustimmung rechts.)

Ich bin überzeugt, dass diese Debatte, so wenig erfreulich sie in einem Theile war, dahin geführt hat, dass in dieser Versammlung heute ein echter, wahrer, frischer Ausdruck des deutschen Nationalbewusstseins hervorgekommen ist (Zustimmung rechts, Gelächter links), und dessen freue ich mich, und ich glaube, unter dem Eindrucke dieser Debatte werden wir auch in der richtigen Weise über die Referenten-Anträge abstimmen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.)

Referent (zum Schlusworte): Ich habe zunächst die Pflicht, den geehrten Herrn Gemeinderath aus dem XII. Bezirke über seine Bedenken bezüglich des ertheilten oder unterstützten Religionsunterrichtes aufzuklären.

Der Religionsunterricht wurde subventioniert in Böhmen in Josefstadt für Ertheilung des katholischen Religionsunterrichtes an der vom Schulvereine errichteten und mit 1. Jänner 1891 in die öffentliche Verwaltung übergebenen Schule in Rosenthal, Remuneration für den katholischen Religionsunterricht in Watzlaw desgleichen; in Mähren in Johannesthal Remuneration für den katholischen Religionsunterricht, in Königsfeld für die Ertheilung des katholischen Religionsunterrichtes an der vom Schulvereine errichteten und mit dem Schuljahre 1891/92 in die öffentliche Verwaltung übernommenen Schule; in Tirol durch Gewährung einer Remuneration für die Ertheilung des katholischen Religionsunterrichtes an drei Schulen. Neu bewilligt:

1. Bösching, Remuneration für den katholischen Religionsunterricht;

2. für die Ertheilung des katholischen Religionsunterrichtes und zur Abhaltung eines katholischen Gottesdienstes in einem Orte des nordwestlichen Böhmen.

Ich glaube also, dass durch die aus dem Jahresberichte gegebenen Aufklärungen der Herr Gemeinderath aus dem XII. Bezirke in dieser Beziehung beruhigt sein wird. Ich habe erwartet und es wäre zu erwarten gewesen, dass gegen den Deutschen Schulverein in seiner sachlichen Thätigkeit Angriffe gemacht werden, dass vielleicht die Behauptung aufgestellt und unter Beweis gestellt wird, dass der Deutsche Schulverein Schulen errichtet, an welchen böhmisch oder slovenisch gelehrt wird. Diese Behauptung ist aber nicht gemacht worden. Es scheint also der Deutsche Schulverein noch immer seinen sachlichen Zweck zu verfolgen, das heißt an Orten, wo das Deutschthum gefährdet ist, Schulen zu errichten und zu erhalten, an welchen deutscher Unterricht ertheilt wird. Damit wird der wahre und einzig richtige Zweck dieses Vereines erfüllt und meiner Überzeugung nach ist gegen diesen Verein in

keiner Richtung ein Vorwurf zu erheben. Denn, wenn einzelne seiner Mitglieder oder von denjenigen Personen, welche ihn unterstützen, vielleicht einer anderen politischen Meinung sind, als andere Mitglieder, so kann daraus gegen den Verein, der seine Vereinsthätigkeit in vollständiger und correcter Weise erfüllt, kein Vorwurf erhoben werden.

Ich glaube, dass wir hier in Wien die Verpflichtung haben, diese praktische Richtung des Deutschthums zu unterstützen. Es ist nicht genug damit gethan, dass man sich in der Welt hinstellt und sagt: Ich bin ein Deutscher, ein Deutschnationaler, sondern man muss in derjenigen Weise, welche die Sache wirklich fördert, zu wirken trachten und diejenigen Verhältnisse schaffen, aus welchen das Deutschthum in Österreich dort, wo es gefährdet ist, geschützt und erhalten werden kann. Das zu thun, haben wir Wiener die volle Berechtigung und die heilige Pflicht. Das ist die heilige Pflicht, die uns durch die historische Vergangenheit Wiens, das einstmals die Hauptstadt des Deutschen Reiches gewesen ist, auferlegt worden ist, und diese Verpflichtung wollen wir niemals vergessen. Im übrigen ist die Debatte in einer so ausgezeichneten Weise von den Mitgliedern dieser (rechten) Seite geführt worden, dass ich keinen Anlass habe, von einer weiteren Polemik selbst Abstand zu nehmen. Ich bin aber auch von dem ruhigen Gefühle beseelt, dass der Antrag des Stadtrathes in dieser Versammlung die Majorität erhalten wird.

Gem.-Rath Tomola (zu einer persönlichen Bemerkung): Es ist in der Debatte mein Name so oft genannt worden, dass es wohl selbstverständlich ist, dass ich mir zu einer persönlichen Bemerkung das Wort erbeten habe.

In der gehässigsten Weise wurde von dem Herrn Tapetenhändler Frauenberger in diesem Gemeinderathssaale (Rufe links: Sehr gut! — Gem.-Rath Frauenberger: Wozu soll das? — Gem.-Rath Strobach: Geben Sie ihm auch den Titel, der ihm gebürt, Herr Frauenberger! Heiterkeit.) mir zugerufen, ich möchte lieber ein deutscher Wiener und deutscher Österreicher sein. Entweder sollte das eine Denunciation oder sonst eine Verdächtigung sein, die ich nicht verstehe.

Ich bin in Österreich geboren, folglich bin ich ein Österreicher; dass ich aber mein Deutschthum so auffasse, dass ich jeden Deutschen, der in Australien und Amerika lebt, als meinen Bruder ansehe, dass ich das deutschnationale Bewusstsein als eine Kette ansehe, welche alle Deutschen, ob sie innerhalb dieser Grenzpfähle leben oder nicht, zusammenhält, dass ich mich eins fühle mit den Brüdern im Reiche, das ist das hohe nationale Bewusstsein, und dies ist mein Standpunkt. Herr Frauenberger mag ihn nicht verstehen, es ist nicht meine Aufgabe, ihn darüber zu belehren; ich will aber bemerken, dass eine solche Partei, welche eben im Begriffe ist, in Cilli ein slovenisches Gymnasium zu errichten ... (Bravo! links.)

Vice-Bürgermeister Matzenauer (unterbrechend): Ich bitte, das geht über den Rahmen einer persönlichen Bemerkung hinaus. (Oho-Rufe links.) Das ist nicht mit „Oho" zu beantworten. Das ist jetzt nicht Gegenstand der Verhandlung, das Gymnasium in Cilli geht uns hier nichts an. Ich bitte, sich auf eine persönliche Bemerkung zu beschränken. (Gem.-Rath Strobach: Das kann die große deutsche Partei nicht hören!)

Gem.-Rath Tomola (fortfahrend): Die Herren wissen ohnehin, worauf ich gezielt habe. Ich möchte auch gegenüber dem Herrn Bürgermeister und anderen Herren betonen, dass ich lange Zeit dem Deutschen Schulvereine selbst angehört habe. Sehen Sie, ich war so vorsichtig und habe hier meine letzte Mitgliedskarte aus den Jahren 1885 und 1886 mitgebracht. Wir sind aus dem Deutschen Schulvereine herausgedrängt worden. Den Pflichtgulden, den wir damals gezahlt haben, den zahlen wir heute mehr als doppelt. Wir haben nationale Vereinigungen ...

Vice-Bürgermeister Matzenauer (unterbrechend): Das geht über den Rahmen einer persönlichen Berichtigung. Ich bitte, sich auf mein Ersuchen auf die persönliche Berichtigung zu beschränken, sonst wäre ich genöthigt, Ihnen das Wort zu entziehen. (Ruf links: Das thun Sie nicht!) Das werde ich thun, wenn meinem Ersuchen nicht Folge gegeben wird.

Gem.-Rath Tomola (fortfahrend): Ich will nur noch zum Schlusse sagen, dass ich auf dem Standpunkte stehen bleiben muss, den unser unvergesslicher Jahn ausgesprochen hat, indem er sagte: „Dem Deutschen kann nur durch Deutsche geholfen werden", und zu den Deutschen rechnen wir eben gewisse Leute, die Sie dazu rechnen, nicht.

Gem.-Rath Steiner (zur thatsächlichen Berichtigung): Der Herr Bürgermeister hat sich wieder einmal vorsichtshalber als letzter zum Worte gemeldet, so dass man auf seine Ausführungen nicht reagieren kann. Ich erlaube mir aber seine Bemerkung zu berichtigen, welche dahin gieng, dass wir die Freiheiten, die wir genießen, von der liberalen Partei haben. (Ruf rechts: Gewiss!) Ja, meine Herren, aber diese liberale Partei war eine züchtige Jungfrau und die gegenwärtige liberale Partei ist eine prostituierte Megäre. (Lebhaftes Gelächter rechts, lebhafter Beifall und Händeklatschen links.)

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Ich rufe sie wegen dieser ungehörigen und ganz unparlamentarischen Äußerung zur Ordnung!

Gem.-Rath Frauenberger: Ich bitte, es ist nicht verstanden worden, auf wie lange Herr Gem.-Rath Steiner ausgeschlossen worden ist.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Ich habe den Herrn Gem.-Rath Steiner wegen dieser ungehörigen und unparlamentarischen Äußerung zur Ordnung gerufen. (Rufe rechts: Das ist zu wenig! — Widerspruch links. — Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Für eine solche Beschimpfung! — Gem.-Rath Rauscher: Ich bitte, Herr Vorsitzender, Ihre Autorität zu wahren gegenüber den Auslassungen des Herrn Gem.-Rathes Frauenberger!) Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche die Herren, welche für den Antrag des Stadtrathes stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Dem Deutschen Schulvereine wird eine Subvention von je 2000 fl. für die Jahre 1894, 1895 und 1896 bewilligt.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Die öffentliche Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der öffentlichen Sitzung 7 Uhr 45 Minuten abends.)

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **23. Jänner 1895.**

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Kreindl, Dr. Lederer, Dr. Lueger, Matthies, Mayer, Müller, Dr. Nechansky, v. Neumann, Schlechter, Schneiderhan, Stiaßny, Witzelsberger, Wurm.

Entschuldigt: St.-R. v. Götz, Dr. Klotzberg.
Krank: St.-R. Rückauf.
Beurlaubt: St.-R. Baugoin.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Bibl.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung.

Die St.-R. Dr. Lederer und v. Götz entschuldigen ihr Ausbleiben, St.-R. Dr. v. Klotzberg sein Späterkommen.

(Zur Kenntnis.)

(487.) **St.-R. Stiaßny** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 26. December 1894, Z. 97071 puncto Bewilligung eines Magazinseinbaues am Nordbahnhofe, II. Bezirk, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(492.) **Derselbe** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 3. Jänner 1895, Z. 100841, puncto Baubewilligung für eine neue Gewächshausanlage im k. k. allgemeinen Krankenhause und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(10228.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über die Uneinbringlichkeit von Lincenzgebüren per zusammen 319 fl. 20 kr. nach dem gewesenen Stadtlohnkutscher Johann Herber im XII. Bezirke und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(418.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Jakob Kolba, Maurerpoliers im X. Bezirke, um Verleihung der Zuständigkeit und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(403.) **St.-R. Schlechter** referiert über das Ansuchen der Firma Rumpel & Niklas in Linz um Erstreckung der für die Rohrlegungsarbeiten am Handelsquai genehmigten Frist von 90 Tagen um weitere 60 Tage und beantragt die Genehmigung.

(Angenommen.)

(350.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Heinrich Mayer, Hauseigenthümers, XV., Schönbrunnerstraße 12, um Übernahme seiner Privatwasserleitung zum Preise von 250 fl. und beantragt den Ankauf dieser Leitung um den angesprochenen Preis von 250 fl.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, die Leitung unentgeltlich zu übernehmen, eventuell eine neue Leitung herzustellen.

Antrag Dr. Lueger abgelehnt.

Referenten-Antrag angenommen.

(452.) **Derselbe** referiert über Gesuche um Bürgerrechtsverleihung aus dem I. und VIII. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung für:

Werner Karl, Schuhmacher;
Bulau Josef, Schneider;
Kreicha Johann, Schlosser, und
Pflaum Franz Josef, Cafetier. (Angenommen.)

(133.) **St.-R. Witzelsberger** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Schlögl wegen Verbreiterung der Ullmannstraße, XIV. Bezirk, bei Or.-Nr. 65, 67, 69, und beantragt, von der Anordnung der beantragten Verhandlungen Umgang zu nehmen, da dieselben nur zu einer Erhöhung der Schadloshaltungssumme für den beim Umbau der genannten Häuser abzutretenden Straßengrund führen könnten und die Verkehrsübelstände im gegenständlichen Straßentheile nicht so bedeutend sind, dass deren raschere Bestätigung noch größere finanzielle Opfer rechtfertigen würde, als die diesen Häusern durch das Gesetz vom 5. April 1893, R.-G.-Bl. Nr. 54, eingeräumte 18jährige Steuerfreiheit der Gemeinde auferlegt. (Angenommen.)

(8737.) **Derselbe** referiert über den Recurs der Firma Paul Oltosy gegen feuerpolizeiliche Verfügungen VII., Apollogasse 14, und beantragt, dem Recurrenten zu gestatten, so viel Holz am Dachboden aufzubewahren, als zur Ausübung seines Geschäftes unbedingt nothwendig ist.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, dem Recurse ohne Beschränkung stattzugeben.

Dieser Antrag angenommen.

(2966.) **Derselbe** referiert über den Recurs des Vergolders Josef Schwarz gegen feuerpolizeiliche Aufträge bezüglich des Hauses VII., Kaiserstraße 33, und beantragt, dem Recurse insoweit stattzugeben, dass dem Recurrenten gestattet werde, die beiden in der Werkstätte befindlichen eisernen Öfen statt mit feststehenden, mit transportablen Mänteln zu versehen. (Angenommen.)

(4201.) **Derselbe** referiert über den Recurs der Josefine Eggerth gegen feuerpolizeiliche Verfügungen bezüglich des Hauses Dürergasse 14 und beantragt, dem Recurse stattzugeben. (Angenommen.)

(412.) **Derselbe** referiert über den Recurs des Rudolf Frisch gegen einen feuerpolizeilichen Auftrag bezüglich des Hauses I., Neuthorgasse 17, und beantragt die Abweisung des Recurses.

(Angenommen.)

(505.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit der für die Sicherstellung der Effecten nach Ferdinand Laurenz erwachsenen Kosten per 2 fl. 10 kr. und beantragt die Abschreibung.

(Angenommen.)

(7573.) **Derselbe** referiert über den Recurs der Adolfine Benini, Hausbesitzerin, gegen den Auftrag zur Instandsetzung der Kellerfallthür im Hause Or.-Nr. 122 Dornbacher Hauptstraße und der Brücke über den Alsbach.

(Wird als gegenstandslos dem magistratischen Bezirksamte für den XVII. Bezirk zurückgestellt.)

(404.) **St.-R. Kreindl** referiert über das Project für die Neupflasterung der sogenannten Argauergasse zwischen der Hauptstraße und der Herrengasse im XVIII. Bezirke und beantragt die Genehmigung des vorgelegten Projectes mit dem adjustierten Kostenerfordernisse von 3641 fl. 67 kr. (Angenommen.)

(9506.) **Derselbe** referiert über die Gesuche von drei Parteien im XVIII. Bezirke um Bewilligung zur Aufstellung von Waren vor ihren Geschäftslocalen und beantragt in allen drei Fällen die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(501.) **Derselbe** referiert über Gesuche um Verleihung der Wiener Zuständigkeit aus dem XVI. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung für:

Nagy Karl Wilhelm, Geschirrhändler;
Borger Abraham Adolf, k. k. Briefträger;
Schintag auch Sintak Marie, Bedienerin;
Ambrož Wenzel, Büchsenmachergehilfe;
Hoidn Johann, Fleisch-Verschleißer;
Maresch Johann, Gemischtwarenhändler;
Pauer Wenzel, Buchdruckergehilfe;
Hofmann Ignaz, Drechslergehilfe;
Alferi Josef, Lackierermeister;
Kronawetter Wenzel, Tischlermeister;
Matsche Barbara, geb. Felsmann, Sesselfrau;
Fellmann Josef, Drechslergehilfe;
Heider Johann, Zahlkellner, und
Schalon August, Zuschneider. (Angenommen.)

(484.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit einer Vorspanngebür von 30 kr. nach August Ribak im X. Bezirke und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

Derselbe referiert über die Uneinbringlichkeit von Hundesteuern
(446.) nach 3 Parteien im VII. Bezirke,
(447.) nach 96 Parteien im X. Bezirke, und
(524.) nach 81 Parteien im XII. Bezirke
und beantragt in sämmtlichen Fällen die Abschreibung nach den Bezirksamts-Anträgen. (Angenommen.)

(358.) **St.-R. Wurm** referiert über das Ansuchen der Rosa Wirth und Louise Leyrl um Parcellierungsbewilligung bezüglich der Realitäten Einl.-Z. 526 in Penzing, Cat.-Parc. 591 und 596/62, XIII. Bezirk, und beantragt:

1. Die politische Bewilligung zu ertheilen, nach Maßgabe der vorliegenden Pläne die Realität Einl.-Z. 526 des XIII. Bezirkes in Wien, Penzing, Cat.-Parc. 591 Acker und 596/62 Acker, auf 13 Baustellen und 4 Baustellenfragmente zu parcellieren.

2. Hieran die Bedingungen zu knüpfen, dass

a) der zur Verbreiterung der Poststraße (neu Linzerstraße) und der zur Eröffnung der neu projectierten Gassen A, B, C und D entfallende Grund gemäß der §§ 10 und 13 der Bauordnung im festgesetzten Niveau an die Gemeinde Wien abgetreten und die gebüren- und lastenfreie Abschreibung dieses Grundes gleichzeitig mit der grundbücherlichen Durchführung dieser Parcellierung erwirkt werde;

b) dass gleichzeitig die sub a erwähnte Verpflichtung zur Übergabe des nach Punkt a grundbücherlich abzuschreibenden Straßengrundes in den physischen Besitz der Gemeinde Wien und zur Herstellung des richtigen Niveaus dieses Grundes auf allen neu entstehenden 13 Baustellen und 4 Baustellenfragmenten als Reallast zu Gunsten der Gemeinde Wien grundbücherlich einverleibt werde;

c) dass die Baustellen V und XIII und die Baustellenfragmente a, b, c und d insolange unverbaut bleiben, bis eine entsprechende Arrondierung derselben durch Nachbargründe stattgefunden hat und dieses Bauverbot auf diesen Parcellen grundbücherlich einverleibt werde, endlich

3. die Löschung der im Grunde des Reverses ddto. 10. November 1893 auf der von der Cat.-Parc. 596/3 Acker, Einl.-Z. 971 Penzing, abgetrennten und der Einl.-Z. 526 Penzing zugeschriebenen Cat.-Parz. 596/62 Acker, haftenden Reallast bezüglich der unentgeltlichen und lastenfreien Straßengrundabtretung und Niveauherstellung unter Aufrechthaltung dieser Verbindlichkeit auf der Einl.-Z. 971 Penzing zu bewilligen.

4. Seitens der Gemeinde Wien werde gleichzeitig erklärt, dass bei dem Umstande, als die hier bewilligte Abtheilung auf Baustellen nicht eine Unterabtheilung, sondern eine Parcellierung im Sinne der Bauordnung ist, nach § 10 dieses Gesetzes der zur Straßeneröffnung und Verbreiterung erforderliche Grund unentgeltlich abzutreten ist, wozu bereits im Parcellierungsgesuche die Bereitwilligkeit ausgesprochen ist.

St.-R. Dr. Lueger beantragt ad 2 c den Zusatz, dass das Bauverbot rücksichtlich der daselbst erwähnten Baustellen, beziehungsweise -Fragmente auch insolange zu bestehen hat, bis die Verpflichtung zur Abtretung der halben Straßenbreite vollständig erfüllt ist.

Referent nimmt diese Anregung auf und erklärt, über die Neuformulierung des Punktes 2 c in der nächsten Sitzung Bericht zu erstatten.

Im übrigen wird der Referenten-Antrag angenommen.

(Zu Beginn des vorstehenden Referates entfernte sich St.-R. Müller aus dem Sitzungssaale, wurde jedoch später behufs Auskunftsertheilung der Berathung beigezogen.)

(488.) **Derselbe** referiert über die Baulinienbestimmung für die Tuchlauben, Milch- und Kühfußgasse, I. Bezirk.

Über Antrag des St.-R. Dr. Lueger werden die Referenten-Anträge dem bauämtlichen Bureau zur Schaffung des General-Regulierungsplanes zur ehethunlichsten Äußerung zugewiesen.

(275.) **Derselbe** referiert über das Ersuchen der k. k. Generaldirection der österreichischen Staatsbahnen um unentgeltliche Überlassung der Parcellen 201, 202 und 203 des ehemaligen Ferdinands-Wasserleitungsreservoirs zu Manipulationszwecken für die Zeit des Baues der Strecke Westbahnhof—Michlbeuern der Stadtbahn und beantragt, die unentgeltliche Überlassung der im Situationsplane gelb lasierten Grundflächen an die k. k. Generaldirection der Staatsbahnen für die Bauzeit, d. i. 1895 und 1896 unter den im Commissionsprotokolle vom 9. Jänner 1895 aufgestellten Bedingungen zu bewilligen.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt den Zusatz, dass die Gemeinde eine rechtliche Verpflichtung zur unentgeltlichen Beistellung von Lagerplätzen nicht anerkennt.

Referenten-Antrag mit Zusatz Dr. v. Billing angenommen.

(395.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Heinz Gerl um Consens zu Reconstructionsarbeiten an dem Hause I., Fleischmarkt 6, und beantragt die Bestätigung des Bauconsenses. (Angenommen.)

(523.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Vereines für Stadtinteressen und Fremdenverkehr um Subvention und beantragt, dem genannten Vereine eine Subvention per 600 fl. pro 1895 zu bewilligen und diesen Betrag im Budgetentwurfe pro 1895 sicherzustellen. (Angenommen.)

(134.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Josefine Eisterer um Baubewilligung VIII., Lerchenfelderstraße 34, und beantragt:

1. die Schadloshaltung für den von der Realität Grundb.-Z. 515 des VIII. Bezirkes, Or.-Nr. 34 Lerchenfelderstraße, Or.-Nr. 9 Rothenhofgasse, zur Straßenverbreiterung entfallenden Grund im Ausmaße von 47·68 m² mit dem Betrage von 35 fl. per Quadratmeter zu bestimmen und diese Bestimmung für die Dauer von zwei Jahren vom Tage des Stadtraths-Beschlusses festzusetzen;

2. der Gesuchstellerin den nach der Baulinie in der Rothenhofgasse in die Verbauung einzubeziehenden Straßengrund per 2·18 m² um den Betrag von 135 fl. per Quadratmeter zu überlassen;

3. in der Voraussetzung, dass sich bei der commissionellen Verhandlung über das derzeit als Skizze vorliegende Bauproject kein

Anstand ergibt, im Hinblicke auf § 43 B.-O. bezüglich des Hofausmaßes die Baubewilligung zu ertheilen, und

4. die Ertheilung der Baubewilligung unter Genehmigung der Anlage eines 4 m langen und 0·15 m vorspringenden Risalites in der Rothenhofgasse unter der Bedingung zu bestätigen, dass der zur Risalitanlage erforderliche Grund von 0·60 m² um den Betrag von 70 fl. per Quadratmeter eingelöst werde.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(479.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Hugo Specht um Schadloshaltung für den von der Realität Grundb.-Einl.-Z. 287 des VII. Bezirkes, Nr. 125 Neustiftgasse, zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund im Gesammtausmaße von 27·67 m² und beantragt, die Schadloshaltung mit dem angesprochenen Betrage von 1000 fl. Pauschale zu bestimmen. (Abgelehnt.)

(91.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Johann Dunz um Schadloshaltung für den von der Realität Or.-Nr. 40 Lerchenfelderstraße, Or.-Nr. 2 Strozzigasse im VIII. Bezirke, Grundb.-Einl.-Z. 518, zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund im Gesammtausmaße von circa 158 m² und beantragt, die Schadloshaltung vorbehaltlich der Zustimmung der Partei mit dem Betrage von 40 fl. per Quadratmeter zu bestimmen. (Angenommen.)

(483.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Anna Stagl um Schadloshaltung für den beim Hause Or.-Nr. 9 Clementinengasse in Fünfhaus abzutretenden Straßengrund im Ausmaße von 114·79 m² und beantragt, die Schadloshaltung mit 12 fl. per Quadratmeter zu bestimmen. (Angenommen.)

(473.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des August Sasse um Consens zur Erweiterung seiner Maschinenfabrik XII., Altmannsdorf, Kirchfeldgasse 1, 3, und beantragt die Zustimmung zu der beabsichtigten, mit der bestimmten Verbauungsart nicht übereinstimmenden Verbauungsart. (Angenommen.)

(500.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert über den Erlass des Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 22. December 1894, Z. 25875, betreffend Überlassung von Localitäten im Hause VII., Westbahnstraße 25, behufs Ausgestaltung der k. k. Versuchsanstalt für Photographie und Reproductionsverfahren, und beantragt:

1. Der citierte Erlass wird zur Kenntnis genommen und ist die Gemeinde Wien bereit, unter der Bedingung, dass die vom Stadtrathe mit dem Beschlusse vom 31. August 1894, Z. 6481, gestellten Propositionen vollinhaltlich angenommen werden, die dermalen vom Privatrealschul-Inhaber Bernhard Spenedet in Bestand genommenen Localitäten, ferner die vom Neubauer Kindergarten-Vereine benützten Localitäten und das vom Personale des Cafetiers Batsch benützte Zimmer im Westtracte des städtischen Hauses VII., Westbahnstraße 25, der Staatsverwaltung im Augusttermine 1895 unentgeltlich zur Verfügung zu stellen gegen dem, dass die von dem Cafetier Batsch für die vorzeitige Überlassung des Zimmers verlangte Entschädigung von jährlich 120 fl. vom August 1895 bis zur Endigung des bezüglichen Bestandverhältnisses vom Ärar geleistet werde;

2. sollte das Übereinkommen mit der Staatsverwaltung bezüglich der Überlassung von Localitäten im Sinne des Stadtraths-Beschlusses vom 23. August 1894, Z. 6481, nicht zustande kommen, so behält sich die Gemeinde Wien vor, für den infolge Nichtverlängerung, beziehungsweise Kündigung der derzeit bestehenden Bestandverhältnisse entstandenen Mietzinsausfall vom k. k. Ärar Ersatz zu verlangen;

3. bezüglich der Localitäten des Spenedet ist im Sinne des § 11 der kaiserlichen Verordnung vom 16. November 1858, R.-G.-Bl. Nr. 213, um eine gerichtliche Verfügung anzusuchen, mittels welcher der genannte angewiesen wird, die gemieteten Localitäten im Augusttermine 1895 zu räumen;

4. die dem Neubauer Kingergarten-Vereine vermieteten Localitäten sind demselben im Mai 1895 pro August 1895 vierteljährig zu kündigen, weiters ist derselbe aufzufordern, die demselben unentgeltlich zur Benützung überlassenen Localitäten im Augusttermine 1895 der Gemeinde zur Verfügung zu stellen, jedoch ist der genannte Verein schon jetzt von der bevorstehenden Kündigung in Kenntnis zu setzen, damit ihm die Möglichkeit geboten ist, rechtzeitig sich um andere geeignete Localitäten umzusehen. (Angenommen.)

(427.) **Derselbe** referiert über das Offert des Victor Schwadron auf käufliche Überlassung der Baustelle II, Rathhausstraße, Einl.-Z. 902, I. Bezirk, im Ausmaße von 618·158 m² um den Einheitspreis von 120 fl. per Quadratmeter und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

(98.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Firma E. Bakalowitz Söhne, I., Hoher Markt 3, um die Bewilligung zur Belassung zweier bei ihrem Geschäftslocale bereits hergestellter, jedoch den Normalbestimmungen nicht entsprechender Steckschilder und beantragt die ausnahmsweise Gesuchsgewährung aus den vom Bezirksamte geltend gemachten Gründen. (Angenommen.)

(10149.) **Derselbe** referiert über die Vorstellung des Vorstehers des VIII. Bezirkes puncto Ablehnung der angeregten Miete eines Telephons für die Gemeindekanzlei und beantragt, der Vorstellung stattzugeben und sohin die Miete eines Telephons der Wiener Privat-Telegraphen-Gesellschaft ab 1895 mit dem Betrage von jährlich 100 fl. zu genehmigen. (Angenommen.)

(373.) **Derselbe** referiert über Gesuche um Zusicherung der Aufnahme in den Gemeindeverband aus dem VIII. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung für:

Nika Josef, Stadtträger;

Hill Wilhelm, Expeditor der Wiener Tramway-Gesellschaft, und

Gottbrecht Elisabeth, Köchin. (Angenommen.)

(8478.) **Derselbe** referiert über einen Gemeindeumlagenrückstand der priv. Creditanstalt für Handel und Gewerbe zur Einkommensteuer pro 1890 für die bestandenen Gemeinden Breitensee und Speising im Betrage von 5 fl. 70 kr. und beantragt die Abschreibung nach dem Bezirksamts-Antrage.

Über Antrag des St.-R. Dr. Lueger wird beschlossen, die Zahlung dieses Betrages als ausgewiesen anzusehen und auszutragen.

(9627.) **Derselbe** referiert über einen Zinskreuzerrückstand per 417 fl. 65 kr. nach Amadeus und Anna v. Makomasky für das Haus Conscr.-Nr. 85 Fünfhaus und beantragt die Abschreibung wegen Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(407.) **St.-R. Dr. Klotzberg** referiert über die Besetzung von Plätzen für scrophulöse Kinder im Seehospiz zu San Pelagio im Jahre 1895 und beantragt, es seien im Jahre 1895 in dem genannten Seehospize für Rechnung des Wiener allgemeinen Versorgungsfondes 20 Plätze für arme scrophulöse, nach Wien zuständige Kinder continuierlich besetzt zu halten. Dem Vereine zur Errichtung und Förderung von Seehospizen und Asylen sei für jeden besetzten Platz eine Verpflegsgebür von 80 kr. pro Tag zu leisten und demselben außerdem die separat aufzurechnenden, durch den Transport der Kinder nach San Pelagio und zurück nach Wien entstehenden Kosten zu vergüten und zwar unter der Bedingung, dass auch im Jahre 1895, wie bisher, vom Magistrate zugewiesene Kinder bis zur Zahl 10 ohne Rücksicht auf das Heimatsrecht unentgeltlich in das Seehospiz aufgenommen werden. (Angenommen.)

(6290.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Firma John B. Blythe um Nachsicht der Überschreitung der bedungenen sechstägigen Arbeitszeit für die der Firma mit Stadtraths-Beschluss vom 9. Mai 1894, Z. 3414, übertragene Holzstöckelpflasterung in der Alserbachstraße im IX. Bezirke um drei Tage und beantragt, von der Auferlegung des vertragsmäßigen Pönales für diese Terminsüberschreitung, an welcher die Firma keine Schuld trägt, Umgang zu nehmen. (Angenommen.)

(6295.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Jacques Seefried um Bewilligung zur Herstellung einer Steinzeugrohrleitung im Hause XIX., Nussdorf, Herrengasse 15, und beantragt die nachträgliche Bestätigung des Bauconsenses gegen dem, dass seitens des Gesuchstellers für die Benützung des städtischen Straßengrundes ein Anerkennungszins von 2 fl. pro Jahr vom Tage der Benützung an bezahlt und für allfällige Setzungen im aufgerissenen Trottoir, beziehungsweise Straßenkörper durch zwei Jahre gehaftet werde.

(6034.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit einer Augenscheinstaxe per 4 fl. 20 kr. nach Josef Mann im IX. Bezirke und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

Derselbe referiert über Zuständigkeitsgesuche und beantragt die Bewilligung für:

(9443.) XVI. Bezirk:

Postbüschel Josef, Erzeuger von Schuhmacherwerkzeugen;
Straschil Johann, Gerüstpolier und Hausbesorger;
Schwarz Josef, Maurerpolier;
Smetana Anton, Tischlergehilfe;

(502.) XVII. Bezirk:

Kornherr Leopold, Schneidermeister;
Horak Wenzel, Schuhmachermeister;
Waxmund Alexander, Anstreichermeister;
Reindl Juliana, Einspänner-Eigenthümerin;
Gregar Vincenz, Drechslermeister;
Brunner Sylvester, Schneidermeister;
Dawid Katharina, Gemischtwaarenhändlerin;
Frynta Johann, Handelsagent;
Safraunmüller Johann, k. k. Postamtsdiener;
Nasl Anton, Glasergehilfe;
Wächtl Johann, Hilfsarbeiter;
Pelzl Moriz, Holzdrechslergehilfe;
Dangl Sebastian, Maurergehilfe;
Haschke Theresia, Bedienerin;
Jelke Josef, Posamentierergehilfe;
Reichhart Josef, Geschäftsdiener;
Eisner Johann, Taglöhner;
Grünstädl Karl, Einspännerkutscher, und
Kriwanek Marie, Bedienerin;

dagegen die Gesuchsabweisung bezüglich des:

Bauer Johann, Brantweinschenker. (Angenommen.)

(594.) **St.-R. Dr. Lueger** referiert über die Hauszinssteuer-Zahlungsaufträge bezüglich der Realitäten Nr. 48 in Stuppach und Nr. 20 in Köttlach und beantragt, von der Einbringung eines Recurses Umgang zu nehmen und die Zahlung der vorgeschriebenen Steuer zu leisten. (Angenommen.)

(490.) **Derselbe** referiert über die Anbringung einer das Befahren der Linken Bahngasse, III. Bezirk, einschränkenden Aufschriftstafel durch Eduard und Emanuel Schweinburg und beantragt, gegen die Genannten die Besitzstörungsklage zu erheben und den Stadtanwalt mit der Einbringung dieser Klage zu betrauen.

St.-R. Wurm beantragt, der Magistrat werde aufgefordert, ehethunlichst Bericht zu erstatten, in welchem Stadium sich die Verhandlungen zwischen der Gemeinde Wien und der austro-belgischen Eisenbahn-Gesellschaft wegen Freigebung der Rechten und Linken Bahngasse befinden.

Referenten-Antrag und Antrag Wurm angenommen.

(Schluss der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **24. Jänner 1895.**

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, Müller,
v. Götz, Dr. Nechansky,
Dr. Hackenberg, v. Neumann,
Dr. Huber, Schlechter,
Dr. Klotzberg, Schneiderhan,
Kreindl, Stiaßny,
Dr. Lederer, Dr. Vogler,
Dr. Lueger, Witzelsberger,
Matthies, Wurm.
Mayer,
Bürgermeister Dr. Grübl.

Entschuldigt: St.-R. Boschan.
Beurlaubt: St.-R. Baugoin.
Krank: St.-R. Rückauf.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Weiser.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung.

(8226 ex 189 .) **St.-R. Matthies** referiert neuerlich über den Bericht, betreffend das Ansuchen des Jakob Egg um Bestimmung der Schadloshaltung für das Haus II., Komödiengasse 6, und beantragt, die Schadloshaltung im Sinne des Ansuchens mit dem Preise von 60 fl. per Quadratmeter zu bestimmen.

St.-R. Müller und Dr. v. Billing beantragen die Abweisung.

St.-R. Mayer beantragt die Vertagung.

Antrag Müller und Dr. v. Billing angenommen.

(361.) **St.-R. Stiaßny** referiert über das Ansuchen des Moses Löw einverständlich mit Samuel und Rosalia Schein um Grundab- und -Zuschreibung, betreffend Einl.-Z. 102, 104, I., Bauernmarkt Nr. 10 und 12, und Freilassungserklärung bezüglich eines Grundtheiles.

(Magistratsrath Dr. Sauer fungiert als Experte.)

Referent beantragt:

1. die baubehördliche Genehmigung zur beabsichtigten Änderung in der Configuration der beiden Baustellen Einl.-Z. 102 und 104, Parcelle 614 und 620, durch die in den Plänen dargestellte Grundab- und -Zuschreibung;

2. die Ertheilung der erbetenen Zustimmungsurkunde zur lastenfreien Abtrennung der bezeichneten Grundfläche per 33·02 m² mit Beziehung auf die am Hause Einl.-Z. 102, I. Bezirk, zu Gunsten der Gemeinde sub C Post 29, 30 haftenden Lasten.

St.-R. Matthies beantragt, die Beschlussfassung zu vertagen, bis der Act, betreffend das Ansuchen um Bestimmung der Schadloshaltung für die bei dem projectierten Neubau zu Straßenzwecken abzutretende Grundfläche vorgelegt wird.

Antrag Matthies angenommen.

(265.) **St.-R. Matthies** referiert über die Offerte der Elisabeth Nuß auf Ankauf ihrer Realität Or.-Nr. 77 Erdbergstraße, III. Bezirk, sowie des Josef und der Magdalena Walenta auf Ankauf eines Theiles der Grundb.-Einl. 422, III. Bezirk, seitens der Gemeinde und beantragt:

1. bezüglich des Ankaufes der Realitäten Einl.-Z. 387 und 2401, III. Bezirk (Or.-Nr. 77 Erdbergstraße, III. Bezirk), mit der Eigenthümerin durch ein Comité in Verhandlung zu treten;

2. die Cat.-Parc. 1755 Theil der Grundb.-Einl. 422, III. Bezirk, im Ausmaße von 45 m² von den Eheleuten Walenta um den Pauschalbetrag von 450 fl. zu erwerben, wobei die Gemeinde die Vertragskosten und Übertragungsgebüren trägt.

Die auf dem fraglichen Grunde stehenden Bäume, das Lusthäuschen und die Einfriedung bleiben Eigenthum der Verkäufer.

(Angenommen.)

(In das Comité werden gewählt die St.-R. Matthies, Dr. Huber, Stiaßny.)

(267.) **Derselbe** referiert über den Ankauf von Theilen der dem Bruno Everth gehörigen Realität Einl.-Z. 217 Inzersdorf, welche dermalen als Straßengrund benützt wird, und beantragt:

Der Stadtrath wolle den Ankauf des dermalen als Straßengrund der Sempergasse und Franz Josefsgasse im X. Bezirke benützten im beiliegenden Plane gelb lasierten und mit den Buchstaben a b c d' d e f m n o p q r s a umschriebenen Theiles der Realität Grundb.-Einl.-Z. 217, Catastral-Gemeinde Inzersdorf, Stadt, im X. Bezirke, im Ausmaße von 2100·19 m² um den Kaufpreis von 1 fl. per Quadratmeter unter der Bedingung genehmigen, dass der bezeichnete Grundtheil lastenfrei grundbücherlich abgeschrieben und in das Verzeichnis für das öffentliche Gut übertragen werde.

St.-R. Dr. Lederer und Dr. Lueger beantragen, den Magistrat zu beauftragen, sämmtliche Voracten über den gesammten Complex zu requirieren und neuerdings darüber zu berichten, wie diese Angelegenheit von Anfang an behandelt wurde.

Antrag Dr. Lederer und Dr. Lueger angenommen.

(323.) **Derselbe** referiert über den Ersatzbetrag per 4 fl. 20 kr. nach Erhard Heřminek und Johann Mirtl für entwendete Rasenziegel aus dem XI. Bezirke und beantragt die Abschreibung aus dem Titel der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(346.) **Derselbe** referiert über die Eingabe des August Reisenhofer in Angelegenheit des von der Gemeinde angekauften Hauses Or.-Nr. 13 Wällischgasse im III. Bezirke und beantragt, dieselbe mit dem Beifügen zur Kenntnis zu nehmen, dass über dieselbe nicht weiter zu verfügen ist. (Zur Kenntnis.)

(430.) **Derselbe** referiert über den Kostenanschlag für die Umpflasterung der Apostelgasse im III. Bezirke und beantragt die Genehmigung dieser Umpflasterung mit dem Betrage von 2302 fl. 27 kr.

(Angenommen.)

(446.) **Derselbe** referiert über die Offerte des Dr. Gustav Topscher noe. der Erben nach Josef Nirschy auf käufliche Überlassung der Parcelle 2177 und des Hauses Or.-Nr. 130 Erdbergstraße, III. Bezirk, an die Gemeinde und beantragt, durch ein Comité mit den Offerenten in Verhandlung zu treten. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Lueger beantragt, die Verhandlungen dem bezüglich des Anbotes der Elisabeth Nuß auf käufliche Überlassung des Hauses Or.-Nr. 77 Erdbergstraße, III. Bezirk, an die Gemeinde eingesetzten Comité (St.-R. Matthies, Dr. Huber, Stiaßny) zuzuweisen. (Angenommen.)

(443.) **Derselbe** referiert über die Verbesserung der Beleuchtung in Simmering, XI. Bezirk, und beantragt, das vorliegende Project des Stadtbauamtes (Aufstellung von Gasflammen in allen Punkten) mit dem jährlichen Mehrkostenbetrage von 1226 fl. 56 kr. zu genehmigen. (Angenommen.)

(485.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Peter Knapp um Ertheilung der Baubewilligung für Consc.-Nr. 164 in der VI. Landengasse in Simmering, XI. Bezirk, und beantragt die Zugestehung der nach § 90 Wr. B.-O. in Anspruch genommenen Bauerleichterung. (Angenommen.)

(486.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Johann Wimmer um Ertheilung der Baubewilligung für Or.-Nr. 11 Krausegasse, XI. Bezirk, und beantragt, die Canaleinmündungsgebür im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, L.-G.-Bl. Nr. 14, auf die Hälfte, d. i. auf 133 fl. 80 kr. zu ermäßigen.

(Angenommen.)

(536.) **Derselbe** referiert über eine nach Leopold Rübl (aus dem XI. Bezirke) rückständige Armenfondsgebür per 5 fl. und beantragt die Abschreibung derselben aus dem Titel der Uneinbringlichkeit.

(Angenommen.)

(527.) **Derselbe** referiert über Ansuchen um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem III. Bezirke und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Harzer Anton, Assecuranzbeamter;
Prinz Karl, Sattler- und Lackierergehilfe;
Matauschek Johanna, Hausbesorgerin;
Lachnit Adolf, Scontist;
Sandbäck Urban, Geschäftsdiener;
Scharf Johann, Maurergehilfe;
Saip Ferdinand, Magazineur;
Ott Josef, Hausbesorger;
Robitschek Emanuel, Gemischtwarenhändler;
Welner Georg, Fabriksarbeiter;
Tarman Josef, k. k. Verpflegsmeister;
Klose Leopold, Gemischtwaren-Verschleißer;
Prokopp Franz, Tischlermeister;
Jilg Friedrich, Deckenmachergehilfe;
Röber Josef, Gemischtwaren-Verschleißer;
Schneider Heinrich, Bäckermeister;
Kučera Marie, Hilfsarbeiterin;
Zach Johann, Holz- und Kohlenhändler;
Ohnes Susanna, Kaffeehausbesitzerin. (Angenommen.)

(438.) **St.-R. Dr. Klotzberg** referiert über die Bestellung des Hausarztes des IV. städtischen Waisenhauses im X. Bezirke, und beantragt, den provisorischen städtischen Armenarzt für den X. Bezirk, Dr. Hugo H. Theler, zum Hausarzte des IV. städtischen Waisenhauses im X. Bezirke zu ernennen und ihm die mit dieser Stelle verbundene systemisierte Remuneration von jährlich 200 fl. vom 1. December 1894 an anzuweisen. (Angenommen.)

(518.) **St.-R. Schlechter** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis puncto Lieferung der Wasserleitungsröhren, Absperrschieber und Hydranten anlässlich der Herstellung der Hochquellen-Wasserleitung auf dem Gebiete der IV. Erweiterung des Central-Friedhofes und beantragt:

1. Die Lieferung der Röhren der Firma R. Ph. Waagner zu den offerierten Preisen, und zwar 8 fl. 70 kr. für gerade A-Röhren, 13 fl. 10 kr. für Façonröhren mit Flanschen und 10 fl. 60 kr. für Façonröhren mit Muffen je per 100 kg;

2. die Lieferung der Schieber und Hydranten dem Maschinenfabrikanten S. Kelsen gegen den angebotenen 37·2percentigen Nachlass von den Kostenanschlagspreisen zu übertragen. (Angenommen.)

(510.) **Derselbe** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis puncto Vergebung der Anbohrungsarbeiten und der currenten Wasserleitungsarbeiten in den Bezirken I bis XI und XVI bis XIX pro 1895 und 1896 und beantragt, die Anbohrungsarbeiten im I. bis XI. Bezirke dem Offerenten P. F. Adamek, im XVI. bis XIX. Bezirke aber dem Offerenten Josef Hořicky zu übertragen. (Angenommen.)

(Ad 358.) **St.-R. Wurm** referiert neuerlich über das Ansuchen der Rosa Wirth und Louise Seyrl um Genehmigung der Parcellierung für Einl.-Z. 526 in Penzing, XIII. Bezirk, und beantragt im Nachhange zu dem in dieser Angelegenheit am 23. Jänner d. J. gefassten Beschlusse folgenden Beisatz in den Referenten-Antrag I, Absatz c, nach dem Worte „Nachbargründe" einzuschalten: „und bis längs der ergänzten Baustelle XIII und den ergänzten Baustellenfragmenten b und d die Abtretung der Straße bis zur halben Breite derselben".

Es wird sohin der in der Sitzung vom 23. Jänner gestellte Referenten-Antrag mit diesem Beisatze angenommen.

(10220 ex 1894.) **Derselbe** referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Abänderung der Baulinie für die Josefstädter Cavallerie-Kaserne und Auflassung eines Theiles der Florianigasse im VIII. Bezirke und beantragt:

Es werden als Baulinien bestimmt:

für die Florianigasse neuer Theil: l m I, R S, V W, X Z einerseits — n o E, a b c andererseits, 15·17 m Breite;

für die Florianigasse alter Theil: i K p einerseits — n K F andererseits, 15·17 m Breite;

für die Albertgasse: G l bei einer Breite von 22 m;

für die verlängerte Schottenfeldergasse: f v, t r einerseits — g w, u s andererseits, 16 m Breite;

für die Josefstädterstraße: G K, L M, T U einerseits — e f, g h, g, x h, g_2 y z andererseits, 17·07 m Breite bis Y, 17·07 bis 15·17 m Breite bis U;

für die verlängerte Feldgasse: K I, E F einerseits — L O, P R, a d andererseits, 15 m Breite;

für die neue Gasse: S Q, N M einerseits — V T andererseits, 15 m Breite;

für den Platz: P Q einerseits — O N andererseits, 70 m Breite, 123 m mittlere Länge.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(Schluss der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

Commission für Verkehrsanlagen.

2. Februar 1895.

In der abgelaufenen Woche waren bei der Ausführung der Wiener Verkehrsanlagen 1179 Arbeiter verwendet; hievon waren 776 beim Bau des Schleusencanales nächst Nussdorf, 3×1 an der Gürtel-, Wienthal- und Vorortelinie der Stadtbahn, 22 beim Bau des Sammelcanales am rechten Wienflussufer beschäftigt; außerdem standen in Verwendung beim Schleusencanalbau 7 Dampfmaschinen und 1 Fuhrwerk, beim Bahnbau 1 Dampfmaschine und 19 Fuhrwerke, beim Sammelcanalbau 3 Fuhrwerke.

Approvisionierung.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 27. Jänner bis 1. Februar 1895.

1. Fleischsendungen:

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch	. .	263.796	kg (Davon aus Niederösterreich — 156.965; aus Ober-Österreich — 1.219; aus Steiermark — —; aus Tirol — —; aus Mähren — 3.630; aus Galizien — 57.682; aus Ungarn — 13.598; aus der Bukowina — 277; aus Krain 130 —; aus Bosnien — —; aus Amerika 295 — kg)
Kalbfleisch	. . .	12.187	„ (Davon aus Nieder-Österreich — 88; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — 127; aus Galizien — 11.946; aus Ungarn — 26 aus der Bukowina — — kg)
Schaffleisch	. . .	656	„ (Davon aus Nieder-Österreich — 20; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — —; aus Galizien — 440; aus Ungarn — —; aus Croatien — —; aus der Bukowina — 196 kg)
Schweinfleisch	. .	67.570	„ (Davon aus Nieder-Österreich — 32.524; aus Ober-Österreich — —; aus Böhmen — 760; aus Steiermark — —; aus Mähren — 811; aus Galizien — 21.701; aus Ungarn — 11.774; aus Croatien — —; aus der Bukowina — — kg)
Kälber	. . . .	1.318	Stück (Davon aus Nieder-Österreich — 139; aus Ober-Österreich — 10; aus Salzburg — —; aus Mähren 36; aus Galizien — 1.100; aus Ungarn — 33; aus der Bukowina — — St.)
Schafe	. . . .	64	„ (Davon aus Nieder-Österreich — 64; aus Ober-Österreich — —; aus Kärnten — —; aus Mähren — —; aus Galizien — —; aus der Bukowina — ; aus Ungarn — —; aus Croatien — — St.)
Schweine	. . .	870	„ (Davon aus Nieder-Österreich — 72; aus Mähren — 11; aus Galizien — 769; aus Böhmen — —; aus Ungarn — 18 St.)
Lämmer	. . . .	114	„ (Davon aus Nieder-Österreich — 13; aus Mähren — —; aus Galizien — —; aus Ungarn — 101 St.)

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	Siedfleich	von	28	bis	72	kr.	per	Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„	48	„	90	„	„	„
„	Amerikanisches: vorderes				40	„	„	„
„	„ hinteres . . .		60	bis	70	„	„	„
Kalbfleisch		von	38	„	70	„	„	„
Schaffleisch		„	50	„	56	„	„	„
Schweinfleisch		„	44	„	70	„	„	„
Kälber		„	40	„	64	„	„	„
Schafe		„	40	„	54	„	„	„
Schweine		„	48	„	60	„	„	„
Lämmer		„	3½	„	6	fl.	per	Stück.

Die Zufuhr an Fleischwaren war infolge des durch den diesswöchentlichen Feiertag bedingten größeren Bedarfes relativ stärker, die Nachfrage und der Geschäftsverkehr besonders zu Ende der Woche lebhaft, so dass nur wenig Ware unverkauft blieb. — Kälber zogen im Preise um 6 kr., Kalbfleisch um 4 kr., Schaffleisch um 2 kr. an, während die übrigen Artikel fest blieben.

* * *

Borstenviehmarkt vom 29. und 31. Jänner 1895.

1. Auftrieb

auf dem freien Markte:

Jungschweine	3232	Stück
Fettschweine	6586	„
Summa .	9818	Stück

Angekauft wurden:

für Wien	7714	Stück
für das Land	1600	„
unverkauft blieben	504	„

2. Preisbewegung:

Jungschweine . von 33 bis 38 (—) kr.
Fettschweine . . „ 31 „ 36 (—) „ } per Kg. Lebendgewicht.

Der Geschäftsverkehr war an beiden Markttagen lebhaft und sind die Preise beider Gattungen um 1 kr. per Kilogramm gestiegen.

* * *

Stechviehmarkt vom 31. Jänner 1895.

1. Auftrieb:

Kälber Waidner 3041, Kälber lebend 26, Lämmer Waidner 1813, Lämmer lebend —, Schafe Waidner 147, Schafe lebend 4749, Schweine Waidner 1601.

2. Preisbewegung:

Kälber Waidner	per Kg.	von	40 (—)	bis	64 (—)	kr.
Kälber lebend	„ „	„	38 (—)	„	40 (—)	„
Schweine Waidner	„ „	„	40 (—)	„	54 (—)	„
Schweine lebend junge . .	„ „	„	—	„	—	„
Schweine lebend fette . .	„ „	„	—	„	—	„
Lämmer Waidner	„ Paar	von	5	bis	11	fl.
Lämmer lebend	„ „	„	—	„	—	„
Schafe Waidner	„ Kg.	von	36 (—)	bis	50 (—)	kr.
Schafe lebend	„ „	„	— (—)	„	— (—)	„
Schafe lebend	„ Paar	von	11	bis	27	fl.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 11 Stück Kälber mehr zugeführt. Infolge des erhöhten Bedarfes anläßlich des dieswöchentlichen Feiertages sind bei lebhaftem Verkehre die Preise um 4 bis 6 kr. per Kilogramm gestiegen.

Auf dem Schafmarkte wurden um 1354 Stück Schafe weniger aufgetrieben. Bei reger Tendenz verkehrte der Markt zu fest behaupteten vorwöchentlichen Preisen.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 31. Jänner 1895 320 Stück Mast- und 402 Stück Beinlvieh aufgetrieben und zu unveränderten Preisen des Hauptmarktes abgegeben.

* * *

Pferdemarkt vom 1. Februar 1895.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 377 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 70—340 fl. per Stück.
„ Schlachtpferde . . . . . 20— 73 „ „ „

Der Markt war lebhaft.

* * *

Schlachtviehmarkt vom 4. Februar 1895.

1. Auftrieb.

Mastvieh 3572, Weidevieh —, Beinlvieh 968.
Summa . 4540.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere . . .	1783
Galizische „ . . .	1154
Deutsche „ . . .	1410
Büffel „ . . .	193

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	3635
Stiere	322
Kühe	583

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht mit Percentabzug:

Ungar. Schlachtthiere	von	51	bis	64	fl.
(extrem .	„	—	„	65	„)
Galiz. Schlachtthiere	„	50	„	61½	„
(extrem .	„	62	„	63	„)
Deutsche Schlachtthiere	„	51	„	66½	„
(extrem .	„	—	„	67	„)
Weidevieh	„	—	„	—	„

Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Percentabzug (auf dem heutigen Markte 37 bis 45%), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung:
a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung;
b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt ꝛc.;
c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt ꝛc., zugesteht.

b) Preis per 100 kg Lebendgewicht ohne Percentabzug:

Ochsen	von	20	bis	34½	fl.
Stiere	„	—	„	—	„
Kühe	„	23	„	35	„
Büffel	„	22	„	32½	„
Beinlvieh	„	16	„	23	„
Weidevieh	„	—	„	—	„

c) Preis per Stück:

Beinlvieh . . . von 26 bis 64 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nichts gehandelt.

Unverkauft blieben:

Ochsen	106 Stück
Beinlvieh	92 „

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden um 111 Stück Schlachtthiere weniger aufgetrieben. Die Kauflust war infolge des starken Auftriebes von Mastware ziemlich flau, daher die Preise dieser Gattungen ½ bis 1 fl. per 100 kg eingebüßt haben, während mindere Sorten, in geringerer Menge zu Markte gestellt, ½ bis 1 fl. per 100 kg im Preise gewonnen haben.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 1. Februar 1895.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht per 1 hl 78—82 kg)	von	6	fl.	50	kr.	bis 7 fl. 30 kr.
Roggen („ „ „ „ 71—78 „)	„	5	„	50	„	„ 5 „ 90 „
Gerste	„	5	„	25	„	„ 8 „ 80 „
Mais	„	6	„	75	„	„ 7 „ 35 „
Hafer	„	6	„	10	„	„ 6 „ 95 „

b) Mahlproducte.

Grieß	von	11	fl.	—	kr.	bis 12 fl. 50 kr.
Weizenmehl	„	5	„	—	„	„ 12 „ 50 „
Roggenmehl	„	6	„	—	„	„ 11 „ — „
Weizenkleie	„	3	„	75	„	„ 4 „ — „
Roggenkleie	„	4	„	—	„	„ 4 „ 15 „

Städtisches Lagerhaus.

Vom 24. Jänner bis 31. Jänner 1895.

Waren eingelagert . . . . . 14.857 Meter-Centner
„ ausgelagert . . . . . 27.335 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 7030 Meter-Centner.

Lagerstand vom 31. Jänner 1895: 350.228 Meter-Centner, und zwar:

70 754	Meter-Centner	Weizen,	85.220	Meter-Centner	Roggen,
67.512	„	Gerste,	36.559	„	Hafer,
2.504	„	Mais,	32.666	„	Ölsaaten
18.091	„	Mehl u. Kleie,	1.779	„	Wein,
2.890	„	Zucker,	—	Hektoliter à 100%	Spiritus.

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 3,185.630 fl. öst. Währ

* * *

Vom 1. bis 31. Jänner 1895.

Waren eingelagert . . . . . 50.228 Meter-Centner
„ ausgelagert . . . . . 103.672 „

Der Lagerstand betrug am 31. Jänner 350.228 Meter-Centner im Assecuranzwerte von 3,185.630 fl. gegen 377.097 Meter-Centner im Werte von 3,688.950 fl. in der gleichen Zeit des Vorjahres; darunter waren:

70.754	Meter-Centner	Weizen	gegen	53.126
85.220	„	Roggen	„	72.959
67.512	„	Gerste	„	117.971
36.559	„	Hafer	„	52.905
2.504	„	Mais	„	4.219
32.666	„	Ölsaaten	„	10.454
18.091	„	Mehl und Kleie . .	„	22.673
1.779	„	Wein	„	3.895
2.890	„	Zucker	„	2.271 und
—	Hektoliter à 100%	Spiritus . . .	„	881 im Vorjahre.

Die durchschnittliche Tagesbewegung während des Monates Jänner bezifferte sich auf . . . . . 5.915 Meter-Centner; es wurden 12 Lagerscheine ausgegeben und bei — Lagerscheinen im Versicherungswerte von . . . . . — fl. — kr. eine Lombardierung von . . . . . — „ — „ in die Lagerbücher vorgemerkt.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 31. Jänner bis 4. Februar 1895:

Für Neubauten:

VI. Bezirk: Haus, Mariahilferstraße 112, von Fried. Chwalla, Apollogasse 4, Bauführer Moriz und Josef Sturany (533).
„ „ Haus, Laimgrubengasse 17, von Karl Stigler, Baumeister (534).
VIII. Bezirk: Haus, Josefstädterstraße 37, von Moriz Ram, ebenda, Bauführer Karl Mayer (554).
IX. Bezirk: Haus, Währingerstraße 33—35, von Marie Weber, Bauführer Josef Marek (538).
XVI. Bezirk: Dreistöckiges Haus, Ottakring, Hauslabgasse 27, von Fried. Grull, XVI., Kirchstetterngasse 6, Bauführer Theodor Weninger (5242).

Für Umbauten:

II. Bezirk: Scholzgasse 11, von Alois Sallatmeyer, Baumeister (553).
VI. Bezirk: Zubau zur Schule, Mittelgasse 24, von der Stadt Wien, Bauführer A. Langer (545).

Für Adaptierungen:

II. Bezirk: Rueppgasse 11, von A. Herm. Frankl & Söhne, Bauführer G. Löwitsch (585).
III. Bezirk: Paulusgasse 5, von Johann Stiaßny, Rossauerlände 4, Bauführer Matth. Trimmel (551).
„ „ Mohsgasse 16—18, von Kath. Wünsch, Bauführer Wenzel Schulz (565).
XIII. Bezirk: Hacking, Auhofstraße 234, von J. L. Altenburger, Bauführer J. Schaufler, Maurermeister (2902).
XVI. Bezirk: Ottakring, Friedrich Kaiserstraße 69, von Ferd. Kohotek ebenda, Bauführer Josef Orbal (5341).
„ „ Ottakring, Wichtlgasse 1, von Karl Niederleitner, ebenda, Bauführer Wilhelm Maißer und Franz Roth (5232).
XVII. Bezirk: Hernals, Hormayrgasse 37, von Franz und Antonie Swoboda, ebenda, Bauführer Karl Schäffer (4081).

Für diverse (geringere) Bauten:

II. Bezirk: Riegelwandbau, Treustraße 27—29, von Josef Straßer, Bauführer Matth. Trimmel (552).
„ „ Dampfkessel-Aufstellung, Raphaelgasse 25, von Adolf Rossmann durch Dr. Hermann Breitner, Bauführer Stagl & Brodhag (574).
V. Bezirk: Stallbau, Brandmayergasse 5, von Adolf und Friederike Blicher, Bauführer Leop. Köck (562).
X. Bezirk: Leebgasse 44, von Ludwig Kurmayer, Bauführer Friedrich, Notthaft (823).
XI. Bezirk: Vergrößerung einer Thüröffnung, Simmering, Simmeringer Hauptstraße 77, von Josef Täuschler, ebenda, Bauführer Ferd. Kaindl (1803).
„ „ Durchbruch eines Fensters, Kaiser-Ebersdorf, Schmiedgunstgasse 50, von Joh. Hoffmann, ebenda, Bauführer Amand Hoffmann (1915).
„ „ Vermauerung einer Thür und Durchbruch einer Scheidemauer, Simmering, Simmeringer Hauptstraße 20, von Joh. Schneider, XI., Rautenstrauchgasse 11, Bauführer derselbe (1919).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

III. Bezirk: Ungargasse 48, von Karoline Schalek, ebenda (564).
V. Bezirk: Wienstraße 18, von Johann Bachrach (539).
XVII. Bezirk: Dornbach, Hauptstraße 66, von Franz Zipperer (4030).
XIX. Bezirk: Einl.-Z. 846, 847, Ober-Döbling, von Bernard und Fanni Bouchal (2323).

Demolierungsanzeigen wurden überreicht:

I. Bezirk: Kärnthnerstraße 19, von Karl Langer, Baumeister (567).

Gewerbeanmeldungen vom 29. Jänner 1895.

(Fortsetzung.)

Wolf Marie — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVII., Beheimg. 61.
Anzenberger Franz — Musiker — XII., Singrienergasse 24.
Machajdik Johann — Obst- und Grünwarenhandel im Umherziehen — XVIII., Leopold Ernstgasse 4.
Koporetz Elisabeth — Obst- und Grünwaren-Verschleiß im Umherziehen — XVI., Grundsteingasse 54.
Weber Hermann — Photograph — IX., Berggasse 17.
Pupovac Alexander, Dr. — Privatschule für kaufmännische Lehrfächer — IX., Alserstraße 6.
Damm Franz — Pränumerantensammler — XVI., Wurlitzergasse 37.
Hirsch Johann — Schuhmacher — V., Wolfganggasse 32.
Wettendorfer Gottlieb Wolfgang — Spirituosen-Erzeugung — XVII., Veronikagasse 36.
Dobiasch Anna — Thierpräparation von Käfern und Schmetterlingen — II., Erzherzog Karlplatz 14.
Schmeckl Leopold — Verabreichung von Speisen, Ausschank geistiger Getränke mit Ausnahme des Brantweins, Haltung erlaubter Spiele mit Ausnahme des Billardspieles — IX., Pramergasse 21.
Schenk Franz — Verabreichung von kalten Speisen, Ausschank von Wein, erlaubte Spiele mit Ausnahme des Billards — XIV., Dreihausg. 19.
Hutegger Ferdinand — Victualien-Verschleiß im Umherziehen — V., Gießaufgasse 22.
Forst Theresia — Victualienhandel — V., Embelgasse 47.
Sperlich Josef — Wagner — V., Matzleinsdorferstraße 32.
Scharrach Leopoldine — Wäscheputzerei — XVI., Lerchenfeldergürtel 23.
Tissa Ludwig — Weinhandel — II., Nordwestbahnhof.
Hubinger Matthias — Wirtsgewerbe — IX., Sobieskigasse 1.
Groß Josef — Wirtsgewerbe — IX., Servitengasse 7.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 30. Jänner 1895.

Schönau Siegmund — Commissionshandel mit Gablonzer Erzeugnissen — I., Kohlmessergasse 7.

Kačena Franz — Drechsler — XIV., Goldschlagstraße 36.

Haumann Christian — Erzeugung von Mauerkitt, Dachpappe, Isolierplatten 2c. — XVII., Lascygasse 9.

Hala Marie — Feilbieten von Brennholz im Umherziehen — II., Klosterneuburgerstraße 30.

Einzinger Ignaz — Fleischhauergewerbe — XIX., Pantzergasse 13.

Gürtler Karoline — Gast- und Schankgewerbe (Pachtbetrieb) — XIX., Barawitzkagasse 6.

Fischer Theresia — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Leibnitzgasse 5.

Schmalz Alois — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Jörgerstraße 2.

Sykora Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XIX., Billrothstraße 23.

Waculik Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Klosterneuburgerstraße 51.

Breitenstein Hubert — Handel mit Kanarienvögel — IV., Hauptstraße, Hotel „Weintraube".

Jacoby Betti — Damenkleidermacherin — IV., Leibenfrostgasse 8.

Nittmann Johann — Kleidermacher — I., Franciscanerplatz 5.

Slepička Franz — Kleidermacher — XVII., Bergsteiggasse 32.

Stehr Leopold — Kleidermacher — II., Blumauergasse 3.

Eisen Leopold — Kleinfuhrwerk — IV., Favoritenstraße 58.

Sochor Karoline — Cravatten-Erzeugung — VIII., Lederergasse 35.

Ott Karl — Ledergalanterie- und Cartonagewaren-Erzeuger — XII., Wilhelmstraße 54.

Süßmann Julius — Marktvictualienhandel — II., Karmelitermarkt.

Kastner Josef — Maschinenschlosser — IV., Starhemberggasse 15.

Dobek Johann — Maurergewerbe — XVIII., Eduardgasse 5.

Frühbeck Anna — Milch-Verschleiß — XIX., Sieveringerstraße 129.

Pudler Julie — Milch-Verschleiß — IV., Alleegasse 26.

Ponocny Marie — Modistin — I., Augustinerstraße 7.

Horn Cilli — Pfaidlergewerbe — II., Glockengasse 5.

Meyerweck Ignaz, Goldstein Salomon — Pfaidler — I., Bauernmarkt 11.

Schmidberger Anna — Pfaidlerin — I., Hoher Markt 11.

Fischer Netti — Pferdehandel — II., Taborstraße, Baierischer Hof.

Schaßl Thomas — Pferdefleisch- und Pferdefelchwaren-Verschleiß — XIV., Goldschlagstraße 63.

Freund Adolf — Pränumerantensammler — XIV., Marktgasse 11.

Waloch Friedrich — Schuhmacher — IV., Alleegasse 4.

Graser Cäcilie — Senf-Erzeugung — XVII., Lacknergasse 12.

Ružička Anna — Spirituosen-Verschleiß — X., Leebgasse 53.

Spirk Josef — Tischler — XVII., Haslingergasse 56.

Wlasak Franz — Tischlergewerbe — XVII., Rötzergasse 30.

Süß Aloisia — Verschleiß von Pfaidler- und Wirkwaren — III., Münzgasse 3.

Makik Alois — Verschleiß von Schulheften, Preislisten, Papier- und Zeichenrequisiten — IV., Margarethenstraße 14.

Ardelt Alois — Verschleiß von Spirituosen in handelsüblich verschlossenen Gefäßen mit Ausnahme des Ausschankes — VIII., Laudongasse 16.

Hirsch Rosa — Verschleiß von Spirituosen und Wein in handelsüblich verschlossenen Gefäßen — VIII., Josefstädterstraße 67.

Hritza Theresia — Victualien- und Blumenhandel — XVIII., Schulgasse 69.

Tögel Matthias — Wirtsgewerbe — X., Waldgasse 18.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 31. Jänner 1895.

Salter Isaak — Agentur und Commissionsgeschäft — XV., Neubaug. 3.

Puchstein Albert Karl Franz — Allgemeine Handelsagentie — III., Geologengasse 3.

Spiller Leopold — Anstreicher — VIII., Blindengasse 18.

Stadler Eduard — Anschlagen von Stiften an Schuhriemen — XVI., Ottakringerstraße 53.

Fessel Josef — Ausübung eines Privilegiums vom 13. October 1894 auf ein neuartiges Putzmittel und auf das Verfahren zu dessen Herstellung — VII., Kirchengasse 11.

Fürnberg Maximilian — Brantweinschankpacht — I., Postgasse 16.

Kreidl Leopold — Commissionshandel mit Specereiwaren — I., Fichtegasse 8.

Fritsche Stephan — Einsammeln von Pränumeranten und Subscripten — XVI., Gablenzgasse 42.

Jaschka Julius — Erzeuger und Verschleiß von Liqueuren in handelsüblich verschlossenen Gefäßen — VI., Mariahilferstraße 105.

Bittner Gustav — Erzeugung von Nachtlichtern — VII., Mariahilferstraße 118.

Ambros Ignaz — Fleisch-Verschleiß — XIV., Felberstraße 84.

Altenbacher Josef — Fleischhauer — VII., Burggasse 76.

Brodschild Katharina — Fleischhauergewerbe — XVI., Markt in der Brunnengasse.

Untersmayer Josef — Fleischhauer — XVII., Rosensteingasse 21.

Keindl Alois — Friseur und Raseur — VI., Corneliusgasse 1.

Leigsnering Josef — Galanterietischler — XVI., Brunnengasse 72.

Schieder Sylvester — Gast- und Schankgewerbe — XVI., Wilhelminenstraße 51.

Bauer Heinrich — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Steinergasse 4.

Brath Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Gumpendorferstr. 133.

Deutsch Peppi — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Liechtensteinstraße 30.

Haller Magdalena — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Dörfelstraße 1.

Honus Philomena — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Liechtensteinstraße 38.

Leipold Ignaz — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Seegasse 12.

Schenk Thekla — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Sempergasse 3.

Schmutz Eduard — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Berggasse 31.

Wohlfarth Anton, v. — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Stiftg. 14.

Riedinger Josef — Glaser — VII., Myrthengasse 2.

Glotz Karl — Goldarbeitergewerbe — XVI., Neulerchenfelderstraße 91.

Urbanek Karl — Grünwarenhandel im Umherziehen — XII., Pfarrg. 9.

Kohl Georg — Handelsagentie — VII., Zieglergasse 48.

Jordan Ernst — Handel mit elektrischen Bedarfsartikeln — VI., Eßterházygasse 20/22.

Fränkel Emil — Handel mit Essig und Theermaterialien — XII., Lainzerstraße 14.

Ružička Johann — Handel mit lebenden Kaninchen und Tauben — XVI., Lienfeldergasse 36.

Mayer Franz — Harmonikamacher — VII., Bandgasse 20.

Birg Clementine — Holz- und Kohlen-Verschleiß — XVI., Thaliastraße 110.

Hohberger Anna — Damenkleidermacherin — IX., Gießergasse 4.

Labres Andreas — Herrenkleidermacher — VII., Kirchengasse 40.

Melichar Johann — Herrenkleidermacher — XIV., Arnsteingasse 19.

Paar Johann — Herrenkleidermacher für Civil und Militär — III., Rennweg 75.

Schillinger Johann — Herrenkleidermacher — XVI., Herbststraße 15.

Wiesinger Bernhard — Kostgeber — VII., Myrthengasse 6.

Utschitz Hermine — Lederhandel — I., Hoher Markt 10.

Weps Julia — Marktfierantie — X., Himbergerstraße 1.

Wallner Anna — Marktfierantie — XVII., Bergsteiggasse 41.

Lachner Therese — Milch- und Gebäck-Verschleiß — VIII., Buchfeldgasse 10.

Wagner Josef — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVII., Haslingerstraße 33.

Piowati Mathilde — Modistin — VII., Siebensterngasse 16 a.

Lembacher Josef — Musiker — X., Senefeldergasse 12.

Stefan Leopold — Musiker — XIII., Siebeneichengasse 15.

Hargas Martin — Obst- und Grünwaren-Verschleiß im Umherziehen — XVI., Friedrich Kaisergasse 41.

Hajos Franz — Pachtbetrieb des Hallentröblergewerbes — IX., Trödlerhalle, Zelle Nr. 180.

Hübner Anna — Pfaidlerin — X., Planetengasse 6.

Kremser Marie — Pfaidlerin — XVII., Urbangasse 11.

Rührneßl Anna Marie — Pfaidlerin — VI., Windmühlgasse 5 und 7.

Müller Johann Bapt. — Papier-, Schreib- und Zeichenrequisiten und Kurzwaren-Verschleiß — XVI., Lerchenfeldergürtel 26/28.

Schmitz Hans — Schilder- und Schriftenmalerei — XVI., Koppstraße 56.

Freistadtl Josef Bernhard — Schuhmacher — I., Sterngasse 1.

Grestenberger Josef — Schuhmacher — IX., Berggasse 18.

Hemmer Josef — Schuhmacher — XVI., Bacherplatz 7.

Teply Franz — Schuhmacher — VI., Strohmayergasse 15.

Tomasek Alois — Schuhmachergewerbe — VI., Strohmayergasse 4.

Wolf Karl — Schuhmacher — XIII., Lainzerstraße 125.

Biedermann Josef — Spediteurgeschäft — VII., Schottenfeldgasse 55.

Weber Franz — Spediteur — VII., Schottenfeldgasse 55.

Welzl Johann — Stadtträger 710 — XIV., Schönbrunnerstraße, Ecke der Schmelzgasse.

Rougon Alexander — Stroh- und Filzhutappretur — VII., Mariahilferstraße 76.

Langer Josef — Tischler — VIII., Auersperggasse 19

Kölbel Antonia — Übernahme von Kleidern und Wäsche zum chemischen Putzen und Färben durch befugte Putzer und Wäscher — VIII., Strozzig. 20.

Seidl Karl — Verabreichung von Speisen, Ausschank von Bier, Wein und Obstwein, Haltung erlaubter Spiele mit Ausnahme des Billardspieles — IX., Hörlgasse 4.

Tall Anton — Verabreichung von Kaffee, Thee, Chocolate, anderen warmen Getränken und Erfrischungen, endlich von Rum und Cognac als Zusatz zum Kaffee und Thee — IX., Nussdorferstraße 9.

Müller Johann Bapt. — Verschleiß von Schulheften — XVI., Lerchenfeldergürtel 26/28.

Pummer Heinrich — Verschleiß von Schul-, Gebetbüchern, Gebeten, Kalendern und Heiligenbildern — VII., Kaiserstraße 56.

Brust Moses Leib — Verschleiß neuer Uhren — XVI., Neulerchenfelderstraße 28.

Pabst Emanuela — Verschleiß von neuen Uhren — XVI., Ottakringerstraße 126.

Klomser Alois — Wagner — XVI., Fröbelgasse 48.

Bozzi Clementine — Weißnäherin — IX., Alserbachstraße 10.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 1. Februar 1895.

Münz Therese — Bier-, Brantwein-, Thee- und Punschschank und Verabreichung von Speisen — XVII., Kirchengasse 16.

Perina Marie — Drahtstiften- und Schrauben-Verschleiß — V., Siebenbrunnengasse 1.

Spörer Victoria — Einspänner-Licenz 415 — V., Magdalenenstr. 17/19.

Marcik Josef — Etuimacher — V., Untere Bräuhausgasse 18.

Szojak Marie — Feilbieten von Obst- und Grünwaren im Umherziehen — XVII., Bergsteiggasse 42.

Friesinger Elisabeth — Fiaker 358 — I., Lugeck.

Haas Marie — Fleisch-Verschleiß — V., Kompertgasse 8.

Hanschk Anna — Fleisch- und Selchwaren-Verschleiß — V., Siebenbrunnengasse 39.

Röhlich Francisca — Fleisch- und Selchwaren-Verschleiß — V., Johannagasse 22.

Tentschert Rudolf — Fleischhauer — XVII., Markt am Gürtel, Hütte Nr. 25.

Fink Konrad — Frachtentransport mit dem Kleinfuhrwerk Nr. 1031 — XII., Hetzendorf, Hauptstraße 46.

Dam Ferdinand — Gastwirt — XIV., Ullmannstraße 51.

Fischer August — Gastwirt — XIV., Märzstraße 35.

Lederer Vitus — Gastwirt — XIV., Floragasse 1.

Maier Josef — Gastwirt — XI., Hauptstraße 42.

Wicha Josef — Gast- und Schankgewerbe — XIV., Goldschlagstr. 76.

Frischauf Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hauptstraße 118.

Piegler Chaim Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Prinz Karlgasse 24.

Reinhart Josefine — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Baumgartenstraße 35.

Skremka Antonie — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Breitenfurterstraße 89.

Stagl Philomena — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Lessinggasse 1.

Weiß Karl Richard — Gemischtwarenhandel — V., Rampersdorfg. 60.

Zbichinec Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Glockengasse 9 a.

Zöllner Karl Hermann — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Veronikagasse 23.

Riedel Johann Gottlob — Hallentrödler — IX., Trödlerhalle, Zelle 85.

Riedel Johann Gottlob — Hallentrödler — IX., Trödlerhalle, Zelle 123.

Smetana August — Haltung eines Eislaufplatzes — II., Brigittenauerlände 184.

Frisch Isidor — Handelsagentie — II., Taborstraße 12.

Rosenthal Sigmund — Handel mit Häuten und Unschlitt — III., Schlachthaus St. Marx.

Herdliczka Auguste — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Zeitung für Landwirtschaft" — V., Hundsthurmerstraße 30/32.

Wichtl Leopold — Kaffeeschank (Verabreichung von Kaffee und anderen warmen Getränken und Erfrischungen) — IX., Währingerstraße 65.

Faltis Anna — Damenkleidermacherin — III., Hauptstraße 34.

Richtarik Marie — Damenkleidermacherin — V., Hundsthurmerplatz 7.

Solar Matthias — Kleidermacher — V., Ziegelofengasse 31.

Baumann Josef — Kleinfuhrwerk — V., Tichtelgasse 16.

Grull Josef — Kleinfuhrwerk — V., Kohlgasse 25.

Mostler Marie — Cravatten-Erzeugung — XVII., Geblergasse 93.

Nossal Moriz — Kürschner — IX., Dietrichsteingasse 9.

Heinisch Wilhelmine — Milch- und Gebäck-Verschleiß — V., Matzleinsdorferstraße 64.

Metzl Jakob — Mühlenbaugewerbe — II., Untere Donaustraße 9.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Seite

Gemeinderath:

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 1. Februar 1895.

Inhalt:

Mittheilungen des Vorsitzenden:

1. Entschuldigung der Gem.-Räthe Dr. Lerch und Schmidt wegen Fernbleibens . . . 271
2. Beurlaubung des Gem.-Rathes Schenzel . . . 271
3. Ergebnis der in der Sitzung vom 29. Jänner 1895 vorgenommenen Wahlen . . . 271
4. Richtigstellung, betreffend die Interpellation des Gem.-Rathes Billicus in Angelegenheit seines Antrages auf Abstellung von Übelständen an der Schule I., Habsburgergasse 14 . . . 271
5. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Eigner, betreffend Übelstände bei der Brückenwage am Rudolfsheimer Heu- und Strohmarkte . . . 271
6. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Röhrl, betreffend Verschärfungen der auf den Betrieb von Kunstbutter bezughabenden Verordnungen . . . 272
7. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Rißaweg, betreffend die Verwendung des Wiener Fuhrwerkes beim Bau der Gürtellinie der Wiener Stadtbahn . . . 272
8. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Seb. Grünbeck, betreffend Einführung eines ärztlichen Permanenzdienstes zur Nachtzeit . . 272
9. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Stehlik, betreffend Mängel bei den Geleisen der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft . . 272
10. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Marešch, betreffend die Herstellung des Liniendurchbruches Neustiftgasse—Koppstraße . 272

Einlauf:

11. Resolution des Fortschrittsclub im II. Bezirke, betreffend das Riehl'sche Project Avenue Tegetthoff—St. Stephan (überreicht durch Gem.-Rath Mayer) . . . 273

Interpellation:

12. Gem.-Rath Seidler, betreffend den Ausbau der Hochquellenleitung im XI. Bezirke . . . 273

Anträge:

13. Gem.-Rath Tomola, betreffend die Erwirkung einer gesetzlichen Bestimmung, dass die Verehelichung einer weiblichen Lehrkraft als freiwilliger Dienstverzicht anzusehen sei . . . 273
14. Gem.-Rath Röhrl, betreffend die Errichtung einer Haltestelle der Kaiserin Elisabeth-Westbahn zunächst des Großmarktes in Rudolfsheim, sowie einer Überbrückung des Bahnkörpers daselbst . . . 273
15. Gem.-Rath Seiler, betreffend Betheiligung der Stadt Wien an der internationalen Ausstellung für Hotel- und Reisewesen in Antwerpen . . . 274
16. Gem.-Räthe Dr. Lerch und Dr. Friedjung, betreffend die Fürsorge für die sittlich verwahrloste Jugend . . . 274
17. Gem.-Rath Bärtl, betreffend Erhaltung der Brückeneinfassung der Elisabethbrücke . . . 275

Referate:

18. Gem.-Rath Dr. Klotzberg, betreffend die Erhöhung der communalen Zahlplätze im Seehospize von Triest (Zuschussereditt) . 276
19. Bürgermeister Dr. Grübl, betreffend die Änderung der Pensionsvorschrift für die Gemeindebeamten und -Diener der Stadt Wien 276
20. Gem.-Rath Dr. v. Billing, betreffend die Subventionierung des Kindergarten-Comités im VII. Bezirke . . . 281
21. Abstimmung über das vom Gem.-Rathe Boschan in der Sitzung vom 25. Jänner d. J. erstattete Referat, betreffend die Zusammenlegung einer Anzahl kleiner Appoints des 35-Millionen-Kronen-Anlehens in größere Abschnitte . . . 281
22. Gem.-Rath Ritt. v. Neumann, betreffend die Risalitanlage beim Hause VIII., Lerchenfelderstraße 34, der Josefine Eisterer 282
23. Derselbe, betreffend die Anlage eines Thorportales beim Hause II., Glockengasse 11, des Ludwig Mannaberg . . . 282
24. Gem.-Rath Wurm, betreffend die Risalitanlage beim Hause VI., Wallgasse 29, des Karl Hörandner . . . 282
25. Gem.-Rath Stiaßny, betreffend die Säulenportalherstellung beim Hause IX., Sobieskigasse 1 . . . 282
26. Gem.-Rath Josef Müller, betreffend die Verlängerung der hinter dem Heiligenstädter Friedhofe endenden Straße längs des Schreiberbaches bis zur Wildgrube im XIX. Bezirke . . . 283
27. Gem.-Rath Dr. Klotzberg, betreffend den Verkauf eines Linienwallgrundes im IX. Bezirke an Aurelie Redlich . . . 283
28. Gem.-Rath Dr. Lederer, betreffend die Subventionierung des Unterstützungsvereines der Akademie der bildenden Künste . . . 284
29. Gem.-Rath Dr. Nechansky, betreffend die Subventionierung des Deutschen Schulvereines . . . 284

Stadtrath:

Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 23. Jänner 1895 . . . 291

Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 24. Jänner 1895 . . . 294

Allgemeine Nachrichten:

Commission für Verkehrsanlagen . . . 296

Approvisionierung:

Täglicher Fleischmarkt vom 27. Jänner bis 1. Februar 1895 . . . 296

Borstenviehmarkt vom 29. und 31. Jänner 1895 . . . 297

Stechviehmarkt vom 31. Jänner 1895 . . . 297

Pferdemarkt vom 1. Februar 1895 . . . 297

Schlachtviehmarkt vom 4. Februar 1895 . . . 297

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 1. Februar 1895 . . . 297

Städtisches Lagerhaus . . . 298

Baubewegung:

Gesuche um Baubewilligungen vom 31. Jänner bis 4. Februar 1895 298

Gewerbeanmeldungen . . . 298

Kundmachungen.

Beilage:

Mittheilungen des statistischen Departements des Wiener Magistrates pro December 1894.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.

Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Maaß), Wien, I., Walfischgasse 10.

Offert-Ausschreibungen *)

1895.

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	Gegenstand
15. Februar 10 Uhr	Departement V (Mag.-Rath Linsbauer)	Vergebung der Lieferung von 864 m³ Gebirgsschlägelschotter und 216 m³ Gebirgsrieselschotter für die Macadamisierung der Schöffelgasse von der Scheidlgasse bis zur Richthausenstraße im XVIII. Bezirke. Das Vadium beträgt 240 fl. 1—3

*) Pläne, Kostenanschläge ꝛc. können im Stadtbauamte während der Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse sind bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. erhältlich.

Offerenten haben ein Exemplar der bezüglichen Bedingnisse mit den dem Projecte beiliegenden Original-Bedingnissen genau in Übereinstimmung zu bringen, eventuell zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu übergeben.

Dem Offerte ist ein Vadium von 5 Percent der Kostenanschlagssumme anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf später einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestaltete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlungen, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich die Gemeinde vor.

Ad Prot.-Nr. 155227 ex 1894.
Ref.-Nr. 3382. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der Arbeiten und Lieferungen für den auf Rechnung der Commission für Verkehrsanlagen in Wien auszuführenden Bau des Haupt-Sammelcanales am rechten Ufer des Donaucanales in der Strecke vom Schreiberbache in Nussdorf bis zum Kaiserbade im I. Bezirke nach drei Baulosen, und zwar:

I. Erstes Baulos: Bau des Haupt-Sammelcanales vom Hauptplatze in Nussdorf bis zur Einmündung des Krottenbaches in der Nussdorferstraße, Herstellung des Nebensammlers in der Eisenbahnstraße und Gärtnergasse und der Einmündungen der Straßencanäle dortselbst im XIX. Bezirke:

1. der Erd- und Baumeisterarbeiten im Kostenbetrage von 116.208 fl. 91 kr.,
2. der Lieferung der hydraulischen Bindemittel im Kostenbetrage von 56.136 fl. 14 kr.,
3. der Thonwarenlieferung im Kostenbetrage von 40.461 fl. 32 kr.,
4. der Steinmetzarbeiten im Kostenbetrage von 5145 fl.

II. Zweites Baulos: Bau des Haupt-Sammelcanales von der Einmündung des Krottenbaches bis zur Einmündung des Alsbaches im IX. Bezirke und Herstellung des Nebensammlers in der Gärtnergasse vom Krottenbache bis zur Einmündung in den Sammelcanal:

1. der Erd- und Baumeisterarbeiten im Kostenbetrage von 99.603 fl. 55 kr.,
2. der Lieferung der hydraulischen Bindemittel im Kostenbetrage von 43.683 fl. 36 kr.,
3. der Thonwaarenlieferung im Kostenbetrage von 26.496 fl.,
4. der Steinmetzarbeiten im Kostenbetrage von 9668 fl. 19 kr.

III. Drittes Baulos: Bau des Sammelcanales vom Alsbach bis zum Nothauslasse VI beim Kaiserbade im I. Bezirke (Kilometer 3·980 bis Kilometer 5·316):

1. der Erd- und Baumeisterarbeiten im Kostenbetrage von 126.792 fl. 53 kr.,
2. der Lieferung der hydraulischen Bindemittel im Kostenbetrage von 53.241 fl. 71 kr.,
3. der Thonwarenlieferung im Kostenbetrage von 21.306 fl.,
4. der Steinmetzarbeiten im Kostenbetrage von 13.142 fl. 78 kr.

wird vorbehaltlich der wasserrechtlichen Genehmigung des bezüglichen Projectes vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 28. Februar d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, in der Volkshalle** im Rathhause eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Profile, die Ausmaße, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und besonderen Bedingnisse, sowie die Arbeitsordnung für die bei dem Baue beschäftigten Arbeiter im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Bedingnisse können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden. Daselbst sind auch die Kostenanschläge für die einzelnen Baulose zum Preise von 1 fl. per Baulos und die Arbeitsordnung zum Preise von 3 kr. per Exemplar zu erhalten.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar der Bedingnisse mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, als Offert versiegelt zu überreichen.

Das Vadium beträgt 5 Percent der Kostenanschlagssumme; die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag des vorgeschriebenen Vadiums ist der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben oder dem Offerte anzuschließen.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzsta

Wien, den 5. Februar 1895. 1—3

---

*

Z. 6204

XI.

Kundmachung.

(Concursausschreibung.)

Wegen Sicherstellung der **Reinigung der Kotzen und Hallinadecken,** eventuell auch der **Schafwollstrümpfe** für die städtische Versorgungsanstalt in der Spitalgasse, für die städtischen Versorgungsanstalten in Liesing und Mauerbach, für die acht städtischen Waisenhäuser (inbegriffen des V. städtischen Waisenhauses in Klosterneuburg), dann für das städtische Asyl- und Werkhaus für das Jahr 1895, eventuell für die Jahre 1895 bis inclusive 1897, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **Montag am 11. Februar 1895, präcise 10 Uhr vormittags, im Rathhause,** in der Lichtenfelsgasse 2, **im Bureau des Herrn Magistratsrathes Trabauer,** im Parterre (Armen-Departement), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Ausweis über das Quantum der zu reinigenden Kotzen und Hallinadecken, dann die bezügliche Vorschrift bei der Verwaltung der städtischen Versorgungsanstalt in Wien oder auch im Armen-Departement während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Die Offerte müssen genau die Angabe enthalten, welcher Preis für die Reinigung von je 1 Stück Kotzen und Hallinadecken und je 1 Paar Strümpfe und Socken, mit Inbegriff der Ab- und Zufuhr sowie des Auf- und Abladens in der betreffenden Anstalt für das Jahr 1895 allein, und welcher Preis für den Fall verlangt wird, wenn der Offerent die Lieferung für drei Jahre, das ist für die Jahre 1895, 1896 und 1897, erhält.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte sind **5 Percent derjenigen Summe, um welche die offerierte Arbeit oder Lieferung erstanden werden will, als Vadium beizuschließen,** welches für den Ersteher als Caution zu dienen hat.

Auf verspätet einlangende oder mit dem vorgeschriebenen Vadium nicht versehene Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich jedoch die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 25. Jänner 1895. 2—3

Z. 8 Präs.

Kundmachung.

Concursausschreibung. Bei der Stadtgemeinde Steyr — Stadt mit eigenem Statute — kommt sofort die Stelle eines Stadt-Secretärs zu besetzen.)

Mit dieser für die ersten drei Monate provisorisch und bei Entsprechung sodann definitiv geltenden Stelle sind die Bezüge nach der VIII. Rangclasse der Staatsbeamten, 1400 fl. Gehalt, 300 fl. Activitätszulage und die gleiche Pensionsberechtigung verbunden; ferner erhält der Stadtsecretär separat noch ein Quartiergeld im Ausmaße nach der jeweiligen für Stadt Steyr geltenden Zinstarifclasse des Militärzinstarifes, gegenwärtig nach der sechsten Zinsclasse des Militärzinstarifes vom 14. December 1890, R.-G.-Bl. Nr. 225, d. i. dermalen 436 fl., daher insgesammt 2136 fl., und erhalten die hierstädtischen Beamten die erste Quinquennalzulage schon nach Ablauf von drei Jahren statt nach fünf Jahren angewiesen.

Bewerber um diese Stelle haben nachzuweisen: Ein Alter unter 40 Jahren, die österreichische Staatsangehörigkeit, einen tadellosen Lebenswandel, die Absolvierung der rechts- und staatswissenschaftlichen Studien an einer k. k. Universität, die Ablegung der drei theoretischen Staatsprüfungen oder den erlangten juridischen Doctorgrad und die abgelegte praktisch politische Prüfung; Bewerber, welche bereits einen längeren communalen oder politischen Dienst nachzuweisen vermögen, werden bevorzugt.

Die in obigem Sinne gehörig instruierten Gesuche um diese Stelle sind im Wege der betreffenden Amtsvorstehung — **bis längstens 12. Februar d. J.** — hieramts einzubringen. Der Dienstesantritt soll möglichst am 1. März d. J. erfolgen.

Stadtgemeinde-Vorstehung Steyr,

am 24. Jänner 1895. 1—1

M.-D.-Z. 142.

Currende

für die Herren Magistrats-Concepts-Praktikanten.

Infolge des Ablebens des Magistrats-Concipisten II. Gehaltsstufe Dr. Richard Harfner gelangt im Status der Conceptsbeamten **eine Magistrats-Concipistenstelle in der X. Rangclasse 2 Kategorie** mit den systemisierten Bezügen zur Besetzung.

Diejenigen von den Herren Magistrats-Concepts-Praktikanten, welche sich um diese Stelle bewerben wollen, haben ihre diesbezüglichen Competenzgesuche **längstens bis inclusive 10. Februar 1895** im magistratischen Einreichungs-Protokolle zu überreichen.

Auf später einlangende Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Wien, am 3. Februar 1895.

Der Magistrats-Vice-Director:

Tachau. 1—1

Kundmachung.

(Verordnung des k. k. Statthalters im Erzherzogthume Österreich unter der Enns vom 16. December 1894, Z. 99319, betreffend den zur Bedeckung der Kosten für die n.-ö. Handels- und Gewerbekammer im Jahre 1895 einzuhebenden Zuschlag zur Erwerb- und Einkommensteuer.)

Zur Bedeckung des Erfordernisses der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer für das Jahr 1895 wird auf Grund der Genehmigung des hohen k. k. Handelsministeriums vom 7. December 1894, Z. 65618, eine Umlage in gleicher Höhe wie pro 1894, das ist von durchwegs einem (1) Kreuzer auf jeden Gulden der von den wahlberechtigten Handels-, Gewerbe- und Bergbautreibenden für ihren Geschäftsbetrieb entrichteten landesfürstlichen Erwerb- und Einkommensteuer einschließlich des 70percentigen, beziehungsweise 100percentigen landesfürstlichen Zuschlages ausgeschrieben.

(F.-L.-D.-Z. 72984 ex 1894.)

Kielmansegg m. p. 2—3

Kundmachung.

(Concurs zur Besetzung erledigter Lehrstellen im Wiener Schulbezirke.)

Im Wiener Schulbezirke kommen nachstehend angeführte 9 Bürgerschullehrer-, 4 Bürgerschullehrerinnen-, 10 Bürgerschullehrerinnen- oder Bürgerschullehrer-, 11 Volksschullehrer-, 29 Volksschullehrerinnen-, 17 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerinnen-, 9 Unterlehrer-, 47 Unterlehrerinnen, 27 Unterlehrer- oder Unterlehrerinnen-Stellen zur Besetzung, und zwar:

je 1 Bürgerschullehrer-Stelle für die Lehrgegenstände der I. Fachgruppe an nachbenannten Knaben-Bürgerschulen:

I. Bez., Renngasse 20,

II. Bez., Staudingergasse 6,

V. Bez., Bachergasse 14,

X. Bez., Eugengasse 30/32 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen),

XVI. Bez., Habsburgplatz;

1 Bürgerschullehrer-Stelle für die Lehrgegenstände der II. Fachgruppe an der Knaben-Bürgerschule III. Bez., Sechskrügelgasse 11;

je 1 Bürgerschullehrer-Stelle für die Lehrgegenstände der III. Fachgruppe an nachbenannten Knaben-Bürgerschulen:

VI. Bez., Stumpergasse 56 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen),

VII. Bez., Neubaugasse 42,

XIII. Bez., Diesterweggasse 10.

---

je 1 Bürgerschullehrerin-Stelle für die Lehrgegenstände der I. Fachgruppe an nachbenannten Mädchen-Bürgerschulen:

II. Bez., Darwingasse 14 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen),

II. Bez., Kleine Sperlgasse 2 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen),

VII. Bez., Zieglergasse 49,

X. Bez., Herzgasse 27 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

---

je 1 Bürgerschullehrerin- oder Bürgerschullehrer-Stelle für die Lehrgegenstände der II. Fachgruppe an nachbenannten Mädchen-Bürgerschulen:

II. Bez., Kleine Sperlgasse 2 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen),

X. Bez., Herzgasse 27 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen),

XIX. Bez., Kreindlgasse 24 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen),

und an der Bürgerschule für Knaben und Mädchen XII. Bez., Meidling, Schönbrunnerstraße 39/41.

je 1 Bürgerschullehrerin- oder Bürgerschullehrer-Stelle für die Lehrgegenstände der III. Fachgruppe an nachbenannten Mädchen-Bürgerschulen:

II. Bez., Leopoldsgasse 3 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen),

V. Bez., Embelgasse 48 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen),

VII. Bez, Zieglergasse 49 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen),

X. Bez., Herzgasse 27 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen),

XVI. Bez., Habsburgplatz,

und an der Bürgerschule für Knaben und Mädchen III. Bez., Hainburgerstraße 40.

---

1 Volksschullehrer-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen II. Bez., Wintergasse 14.

5 Volksschullehrer-Stellen an der allgem. Volksschule für Knaben X. Bez., Leibnitzgasse 33.

1 Volksschullehrer-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben XIV. Bez., Dadlergasse 9.

1 Volksschullehrer-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben XV. Bez., Hackengasse 11.

3 Volksschullehrer-Stellen an der allgem. Volksschule für Knaben XVI. Bez., Wichtelgasse 67.

---

1 Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben und Mädchen II. Bez., Salzachstraße 42.

2 Volksschullehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Knaben und Mädchen II. Bez., Vorgartenstraße.

5 Volksschullehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Mädchen II. Bez., Wintergasse 14.

2 Volksschullehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Mädchen V. Bez., Malfattigasse 1 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen X. Bez., Keplerplatz 7 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen X. Bez., Uhlandgasse 1 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen X. Bez., Laaerstraße 1 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

2 Volksschullehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Knaben und Mädchen X. Bez., Quellengasse 31 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben und Mädchen XI. Bez., Molitorgasse 11.

1 Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XII. Bez., Bendlgasse 8.

1 Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben und Mädchen XII. Bez., Hetzendorferstraße (früher XII. Bez., Altmannsdorf, Hauptstraße 46).

1 Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben und Mädchen XIV. Bez., Lehnergasse 4.

1 Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XIV. Bez., Stättermayergasse 27.

1 Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XVI. Bez., Neulerchenfelderstraße.

7 Volksschullehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Mädchen XVI. Bez., Kreitnergasse 19.

1 Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XVII. Bez., Rupertusplatz 1.

---

1 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben I. Bez., Werderthorgasse 6.

1 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben II. Bez., Obere Augartenstraße 68.

1 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben II. Bez., Holzhausergasse 5.

2 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Knaben II. Bez., Wasnergasse 33.

1 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben III. Bez., Strohgasse 5.

1 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben VI. Bez., Stumpergasse 10.

1 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben VI. Bez., Brückengasse 3.

1 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben VII. Bez., Burggasse 16.

1 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben VII. Bez., Neustiftgasse 100.

1 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben IX. Bez., Liechtensteinstraße 137.

1 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben X. Bez., Quellengasse 52.

1 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben X. Bez., Keplergasse 11.

1 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben X. Bez., Uhlandgasse 1.

2 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Knaben XVI. Bez., Liebhartsgasse 21.

1 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben XVIII. Bez., Schopenhauerstraße 66.

---

1 Unterlehrer-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben V. Bez., Grüngasse 14.

3 Unterlehrer-Stellen an der allgem. Volksschule für Knaben X. Bez., Leibnitzgasse 33.

1 Unterlehrer-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben XV. Bez., Hackengasse 11.

1 Unterlehrer-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben XVII. Bez., Hernalser Hauptstraße 100.

2 Unterlehrer-Stellen an der allgem. Volksschule für Knaben XVII. Bez., Wichtelgasse 67.

1 Unterlehrer-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben und Mädchen XVIII. Bez., Alseggerstraße 16.

---

2 Unterlehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Mädchen I. Bez., Werderthorgasse 6 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volks- und Bürgerschule für Mädchen II. Bez., Kleine Sperlgasse 2 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen II. Bez., Leopoldsgasse 3 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen II. Bez., Pazmanitengasse 26 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen II. Bez., Wintergasse 14 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen III. Bez., Eslarngasse 3 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen III. Bez., Löwengasse 12 b (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen III. Bez., Hainburgerstraße 40 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen IV. Bez., Phorusgasse 10 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen V. Bez., Nikolsdorfergasse 18 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen V. Bez., Grüngasse 14 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen VI. Bez., Sonnenuhrgasse 3 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

2 Unterlehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Mädchen VI. Bez., Grasgasse 5 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben und Mädchen VII. Bez., Zollergasse 41 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen VII. Bez., Burggasse 14 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen VII. Bez., Zieglergasse 21 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen VII. Bez., Kandlgasse 30 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen VII. Bez., Neustiftgasse 100 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen IX. Bez., Viriotgasse 8 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben und Mädchen IX. Bez., Währingerstraße 43 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XI. Bez., Braunhubergasse 3 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

2 Unterlehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Mädchen XII. Bez., Bendlgasse 8 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XII. Bez., Nymphengasse 7.

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XII. Bez., Meidling, Schönbrunnerstraße 41 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XII. Bez., Vierthalergasse 13.

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XIII. Bez., Trogergasse 3 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben und Mädchen XIII. Bez., Hietzinger Hauptstraße 166 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben und Mädchen XIII. Bez., Lainzerstraße 148 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

2 Unterlehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Knaben und Mädchen XIV. Bez., Lehnergasse 4.

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XIV. Bez., Kellinggasse 9 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

2 Unterlehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Mädchen XV. Bez., Herklotzgasse 21.

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XV. Bez., Victoriagasse 2.

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XVI. Bez., Neulerchenfelderstraße (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XVI. Bez., Neumayrgasse 33 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XVI. Bez., Schinaglgasse 3.

2 Unterlehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Mädchen XVI. Bez., Kreitnergasse 19.

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XVI. Bez., Kreitnergasse 19 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XVII. Bez., Leopold Ernstgasse (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

2 Unterlehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Mädchen XVIII. Bez., Schulgasse 19 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben und Mädchen XVIII. Bez., Alseggerstraße 16 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

---

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben II. Bez., Obere Augartenstraße 68.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben II. Bez., Czerninplatz 3.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben II. Bez., Pazmanitengasse 17.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben II. Bez., Pazmanitengasse 26.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben III. Bez., Pfarrhofgasse 1.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben III. Bez., Eslarngasse 3.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben III. Bez., Paulusgasse 9/11.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben IV. Bez., Alleegasse 44.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben V. Bez., Hundsthurmplatz 14.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben VI. Bez., Windmühlgasse 45.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben VI. Bez., Corneliusgasse 6.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben VI. Bez., Stumpergasse 10.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben VI. Bez., Sonnenuhrgasse 3.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben VII. Bez., Burggasse 16.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben VII. Bez., Lerchenfelderstraße 61.

2 Unterlehrer- oder Unterlehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Knaben VIII. Bez., Piaristengasse 43.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben IX. Bez., D'Orsaygasse 8.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben IX. Bez., Alserbachstraße 23.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben X. Bez., Quellengasse 52.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben X. Bez., Herzgasse 27.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben und Mädchen X. Bez., Quellengasse 31.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben XIII. Bez., Kuefsteingasse 38.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der I. allgemeinen Volksschule für Knaben XVI. Bezirk, Ottakringerstraße 150.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgemeinen Volksschule für Knaben XVI. Bezirk, Payergasse 18.

2 Unterlehrer- oder Unterlehrerinnen-Stellen an der allgemeinen Volksschule für Knaben XVIII. Bezirk, Schopenhauerstraße 66.

Mit jeder dieser Stellen ist der Jahresgehalt der II. Gehaltsclasse:

für Bürgerschullehrer und Bürgerschullehrerinnen von . 1000 fl.
„ Volksschullehrer und Volksschullehrerinnen von . . 800 „
„ Unterlehrer und Unterlehrerinnen von . . . . . 600 „

und das Quartiergeld:

für Bürgerschullehrer	von jährlich	300	fl.
„ Bürgerschullehrerinnen	„ „	200	„
„ Volksschullehrer	„ „	300	„
„ Volksschullehrerinnen	„ „	200	„
„ Unterlehrer	„ „	120	„
„ Unterlehrerinnen	„ „	90	„

beziehungsweise nach 15jähriger Dienstleistung in definitiver Anstellung an öffentlichen Volksschulen:

für Bürgerschullehrer	von jährlich	400	fl.
„ Bürgerschullehrerinnen	„ „	250	„
„ Volksschullehrer	„ „	400	„
„ Volksschullehrerinnen	„ „	250	„

ferner für Bürgerschullehrer und Bürgerschullehrerinnen sowie für Volksschullehrer und Volksschullehrerinnen der Anspruch auf Dienstalterszulagen von je 100 fl. nach einer Dienstzeit von je fünf Jahren im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen verbunden.

Die Bewerber haben ihre Gesuche an den Wiener Stadtrath zu richten.

Die Gesuche müssen längstens bis 9. März 1895 im vorgeschriebenen Dienstwege bei jenem Ortsschulrathe eingelangt sein, in dessen Sprengel die betreffende Lehrstelle zu besetzen ist, und zwar sind bei jedem Ortsschulrathe so viele Gesuche zu überreichen, als Kategorien von Lehrstellen in Betracht kommen. Die im Sprengel eines Ortsschulrathes angestrebten Lehrstellen derselben Kategorie sind im Gesuche einzeln anzuführen.

Die Gesuche sind zu belegen mit:

Dem Tauf- beziehungsweise Geburtsscheine bei solchen Bewerbern, welche im Wiener Schulbezirke noch nicht definitiv angestellt sind;

dem Heimatscheine bei männlichen Bewerbern unter derselben Voraussetzung, bei weiblichen in jedem Falle;

dem Trauungsscheine bei verheirateten oder verwitweten Bewerberinnen;

dem Nachweise über die Erfüllung der Stellungspflicht bei männlichen Bewerbern;

dem Reifezeugnisse (beziehungsweise Maturitätszeugnisse einer Mittelschule) oder der Dispens von der Ablegung der Reifeprüfung, dem Lehrbefähigungszeugnisse für Bürger-, beziehungsweise Volksschulen, ferner bei denjenigen Stellen, hinsichtlich welcher das besondere Erfordernis der Befähigung für Turnen aufgestellt ist, dem gesetzlichen Nachweise der Befähigung zur Ertheilung des Turnunterrichtes;

den Nachweisen der Dienstleistung (Anstellungs-, Enthebungs-Decreten u. dgl.) im Originale oder in gesetzlich beglaubigten Abschriften,

dann mit der in den Rubriken 1 bis 5 und 8 A auszufüllenden Dienstabelle, und zwar in so vielen gleichlautenden Exemplaren, als Lehrstellen mit den betreffenden Gesuchen angestrebt werden.

Die Dienstzeit ist bis zum Ablaufe des Concurstermines zu berechnen.

Verspätet einlangende oder innerhalb des Concurstermines nicht gehörig documentierte Gesuche werden nicht berücksichtigt.

Vom Bezirksschulrathe der Stadt Wien
am 4. Februar 1895.
Der Vorsitzende-Stellvertreter:
Dr. Theodor Reisch.

G.-Z. 16031.
X.

Kundmachung.

(Georg Schredt'sche Stiftung für Lehrer.)

Aus der Georg Schredt'schen Stiftung für arme Lehrer und Unterlehrer, welche an einer allgemeinen Volks- oder Bürgerschule in Wien in Verwendung stehen, ist im heurigen Jahre ein Betrag von (210 fl.) zweihundertundzehn Gulden ö. W. zur Vertheilung verfügbar.

Es ergeht daher an jene Herren Lehrer und Unterlehrer, welche auf eine Unterstützung aus dieser Stiftung Anspruch erheben wollen, die Aufforderung, ihre bezüglichen Gesuche unter Anschluss der Nachweise über ihre bisherige Verwendung und ihre Dürftigkeit **bis längstens 12. Februar d. J.** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates abzugeben.

Oberlehrer können von dieser Stiftung nicht betheilt werden.

Nur die mit einem Armutszeugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 29. Jänner 1895. 1—3

M.-Z. 5084 ex 1895.

Kundmachung.

(Heiratsausstattungs-Stiftung.)

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass aus der von Herrn Jonas Freiherrn v. Königswarter, um das Andenken seiner am 14. Mai 1861 verstorbenen Gattin für fortwährende Zeiten zu ehren, errichteten **Josefine von Königswarter'schen Heiratsausstattungs-Stiftung** die Zinsen zur Ausstattung eines unbescholtenen Mädchens, deren Eltern dem Gemeindeverbande der Stadt Wien angehören, wobei unter sonst gleichen Bedingungen eine Waise, namentlich eine mutterlose, den Vorzug hat, zur Verleihung kommen.

Die Ausstattung soll womöglich am 14. Mai ausbezahlt werden, wenn der urkundliche Beweis über die gesetzmäßig geschlossene Ehe geliefert wird.

Die in diesem Jahre zur Verleihung kommenden Interessen betragen 280 fl.

Diejenigen, welche auf diese Stiftung Anspruch erheben wollen, haben ihre mit den nöthigen Behelfen versehenen Gesuche **bis längstens 15. April 1895** im Einreichungsprotokolle des Magistrates zu überreichen, **da auf später einlangende Gesuche keine Rücksicht genommen werden könnte.**

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 17. Jänner 1895. 3—3

Kundmachung.

(Schwestern Fröhlich-Stiftung.)

Aus der Schwestern Fröhlich-Stiftung zur Unterstützung bedürftiger hervorragender schaffender Talente auf dem Gebiete der Kunst, Literatur und Wissenschaft werden Stipendien und Pensionen verliehen.

Gesuche sind zu überreichen bis 31. März 1895 im Präsidialbureau des Wiener Gemeinderathes, I. Lichtenfelsgasse 2, wo auch die Stiftungsstatuten erhältlich sind.

Vom Curatorium der Schwestern Fröhlich-Stiftung.
Wien, am 2. Jänner 1895.

Zur coulanten Besorgung aller im Coursblatte notierten Effecten und Valuten bestens empfohlen:
Wechselstube des Bankhauses
Schelhammer & Schattera
Gegründet 1832.
WIEN I. Bezirk, Stephansplatz Nr. 11 Parterre.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 12. Freitag, den 8. Februar 1895. Jahrgang IV.

Pränumerationspreise: Für Wien: **ohne** Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ **mit** Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzungen des Gemeinderathes.

Dienstag, den 12. Februar 1895, 5 Uhr nachmittags.
Freitag, den 15. Februar 1895, 5 Uhr nachmittags.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **5. Februar 1895** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Raimund Grübl und des Vice-Bürgermeisters Josef Matzenauer.

Bürgermeister Dr. Grübl: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Herr Gem.-Rath Dehm entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Gemeinderaths-Sitzung wegen Theilnahme an einer Sitzung des Bauausschusses im Landtage. Herr Gem.-Rath Dr. Lerch entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung wegen Unwohlseins.

2. Herr Gem.-Rath Weitmann hat um einen vierwöchentlichen Urlaub bis Ende Februar ersucht. Dieser Urlaub wurde ertheilt.

3. Eine Deputation der städtischen Beamten hat mich ersucht, dem löblichen Gemeinderathe den Dank der städt. Beamtenschaft für die vom Gemeinderathe genehmigte Änderung der Pensionsvorschrift für die Gemeindebeamten und -Diener, respective für deren Witwen und Waisen zu übermitteln.

4. Herr Gem.-Rath Seidler hat in der letzten Sitzung interpelliert, indem er auf das Versiegen mehrerer in Simmering sich befindlicher Brunnen und über den langsamen Gang der Vervollständigung der Hochquellen-Wasserleitung dortselbst verwies.

Ich habe die Ehre, diesfalls folgendes zu bemerken:

Im XI. Bezirke, und zwar in der ehemaligen Gemeinde Simmering befinden sich bereits in nachfolgenden Gassen Rohrstränge der Hochquellenleitung, und zwar:

Simmeringer Hauptstraße rechts von Nr. 2 bis 152, und von da an bis zum Ende auf der linken Seite,
Blumen- jetzt Molitorgasse,
Hirschen- jetzt Hauffgasse bis Nr. 19,
Pfeifergasse bis Marktplatz,
Marktplatz jetzt Enkplatz,
Geiselbergstraße bis zum Viaducte der Aspangbahn,
Felber- jetzt Krausegasse, von der Hauptstraße bis zur Dorfgasse,
Dorfgasse, von der Krausegasse bis zur Schule Meichelstraße,
Braunhubergasse, von der Hauptstraße bis zur Lorystraße.

Ungeachtet also der weitaus größere Theil der ehemaligen Vorortegemeinde Simmering mit dem Rohrstrange der Hochquellenleitung versehen und somit für eine verhältnismäßig große Anzahl von circa 160 Häusern die Möglichkeit, das Hochquellenwasser einzuleiten, geboten ist, haben doch nur 47 Wasserbezugs-Anmeldungen im Jahre 1894 stattgefunden, eine Anzahl, die mit Bezug auf das im Bezirke befindliche Rohrnetz als eine sehr geringe bezeichnet werden muss. Übrigens ist durch die in der Hauptstraße, Dorfgasse, Hauffgasse, Geiselberggasse und Braunhubergasse aufgestellten öffentlichen Auslaufbrunnen der Hochquellenleitung, zusammen 13 Stück, dem dringendsten Bedürfnisse entsprochen.

Das Project für den Ausbau des Rohrnetzes im ganzen XI. Bezirke wird noch im Laufe dieses Monates zur Genehmigung vorgelegt werden, und können die bezüglichen Arbeiten noch im laufenden Jahre vollendet sein.

Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Ich ersuche um Mittheilung des Einlaufes.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

5. Interpellation der **Gem.-Räthe Schlögl, Brauneiß und Röhrl:**

Die drei unterzeichneten Gemeinderäthe des XIV. Bezirkes Rudolfsheim erlauben sich an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister die Interpellation zu richten,

wie es kommt, dass einem Hausbesitzer des Hauses XIV. Bezirk, Meidlingergasse Or.-Nr. 7, auf seinem Zinssteuer-Anlagebogen Wassergebüren vorgeschrieben wurden, wo er selbst in sein Haus weder Wasser einleiten ließ, noch um selbe Einleitung ansuchte.

Über diesen Fall wurde am 4. Februar in der Generalversammlung des Hausherrenvereines vom XIV. Bezirke debattiert und die Gefertigten mit dieser Interpellation betraut.

Bürgermeister: Ich werde über diesen Gegenstand Erhebungen pflegen.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

6. Interpellation des **Gem.-Rathes Dr. Lueger** und Genossen:

Unter Bezugnahme auf den von dem Herrn Bürgermeister über den Stand der Gasfrage erstatteten Bericht stellen wir folgende Anfrage:

Ist das Gesuch um Ertheilung des Bau- und Betriebsconsenses für die eigenen städtischen Gaswerke bereits bei dem Wiener Magistrate überreicht worden?

Wenn ja, an welchem Tage?

Wenn nein, worin bestehen die Hindernisse, und wann wird es überreicht?

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, darauf folgendes zu erwidern: Die Vorlage des Projectes über die Erbauung der städtischen Gaswerke auf den städtischen und Bürgerspitalsgründen im XI. Bezirke nächst der Stadtbahntrace behufs Erwirkung des Bau- und Betriebsconsenses wurde zur Magistratszahl 17818 vom 29. Jänner 1895 beim Magistrats-Departement IX eingebracht und ist die commissionelle Verhandlung mit Edict vom 31. Jänner 1895 auf den 23. Februar 1895 anberaumt worden. (Bravo! links.)

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

7. Interpellation des **Gem.-Rathes Bärtl:**

Nachdem schon zu wiederholtenmalen seitens der Wiedener Bezirksvertretung die Anbringung einer transparenten Uhr an der Elisabethkirche am Karolinenplatze als ein dringendes Bedürfnis für den öffentlichen Verkehr beantragt und urgiert wurde, diesbezügliche Eingaben auch an den Stadtrath gemacht worden sind und die Anbringung einer transparenten Uhr an der obbezeichneten Kirche thatsächlich eine Nothwendigkeit ist, indem die Frequenz nach dem Südbahnhofe von der Alleegasse aus eine ziemlich bedeutende ist, so sehen sich die Unterzeichneten veranlasst, an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu richten:

1. Was ist der Grund, dass dem berechtigten Wunsche der Wiedener Bezirksvertretung behufs Anbringung einer transparenten Uhr an der Elisabethkirche bis heute nicht entsprochen wurde, und

2. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, dahin zu wirken, dass diese Uhr recht bald zur Anbringung gelange?

Bürgermeister: Ich werde über den Gegenstand Erhebungen pflegen und die Erledigung urgieren.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

8. Interpellation des **Gem.-Rathes Dürbeck:**

Am 4. d. M. fand im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer eine Offertverhandlung über neun Stück Aufspritzwägen statt.

Da zu dieser Offertverhandlung die Genossenschaft der Huf- und Wagenschmiede keine Verständigung erhielt, bei einer früheren Offertverhandlung die Genossenschaft zu spät verständigt wurde, so erlaubt sich der ergebenst Gefertigte über Ansuchen der Genossenschaft an den hochverehrten Herrn Bürgermeister die Anfrage zu stellen,

weshalb die Genossenschaft der Huf- und Wagenschmiede zur Offertverhandlung für den 4. d. M. keine Verständigung erhielt?

Zugleich erlaubt sich derselbe die Bitte zu stellen,

bei wieder stattfindender Offertverhandlung die erwähnte Genossenschaft, wenn es sich überhaupt um Gegenstände handelt, wozu in erster Linie die Huf- und Wagenschmiede befähigt sind, rechtzeitig zu verständigen.

Bürgermeister: Ich werde über diesen Gegenstand Erhebungen pflegen.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

9. Interpellation des **Gem.-Rathes Steiner:**

Das hohe k. k. Ministerium des Innern hat dem Recurse der Eheleute Anton und Anna Kirlinger in Nussdorf gegen die Verweigerung der Baubewilligung seitens der Commune, respective seitens der Baudeputation Folge gegeben und mit Decret vom 6. November 1894, Min.-Z. 27163, Baudeput.-Z. 172, das Ansuchen der Gemeinde um Sistierung des ministeriellen Erkenntnisses bis zur Entscheidung der von der Gemeinde eingebrachten Beschwerde an den hohen k. k. Verwaltungsgerichtshof mit dem Beisatze abgewiesen, dass den genannten Bauwerbern der Bauconsens unverzüglich zu ertheilen sei.

Der Magistrat hat entgegen dem Gesetze, nach welchem die rechtskräftige Entscheidung der Baubehörde dritter Instanz in Vollzug zu setzen ist, bisher die Baubewilligung nicht hinausgegeben und weigert sich sonach in ganz rechtswidriger Weise, den Auftrag des Ministeriums durchzuführen.

Ich stelle daher unter Hinweis auf den Umstand, dass den genannten Bauwerbern bisher schon viele Kosten erwachsen sind und dass denselben durch das Vorgehen des Magistrates als Baubehörde ein bedeutender Vermögensnachtheil zugefügt wurde, die Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt zu veranlassen, dass der Magistrat als Baubehörde erster Instanz den Auftrag des hohen k. k. Ministeriums des Innern nunmehr ungesäumt befolgt und den Eheleuten Kirlinger den Bauconsens hinausgibt?

Bürgermeister: Ich werde mir die Acten vorlegen lassen und eventuell das erforderliche veranlassen.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

10. Interpellation des **Gem.-Rathes Brauneiß:**

Ich habe vor langer Zeit einen Antrag wegen Aufhebung der Überbrückungsgebüren, welche laut eines Landesgesetzes von den Hausbesitzern jenseits der Westbahn (auf der Schmelz) zwischen der Pouthongasse und der Rudolfstraße im XIV. Bezirke eingehoben werden, eingebracht.

Es ist zwar seit dieser Zeit vom löblichen Gemeinderathe der Beschluss gefasst worden, dass die Gebür für jene Bauten, welche vom 1. Jänner 1894 an ausgeführt werden, nicht mehr vorgeschrieben wird, jedoch hat der Gemeinderath noch keinen Beschluss gefasst, dass das Landesgesetz aufgehoben wird.

In der letzten Sitzung des n.-ö. Landtages hat der Herr Abgeordnete Schneider den Antrag auf Aufhebung dieses Landesgesetzes gestellt, und derselbe theilte mir mit, das auch der Stadtrath und der Gemeinderath hierüber zu beschließen haben.

Ich stelle daher an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister die ergebene Anfrage:

Wäre der Herr Bürgermeister nicht geneigt, diesen meinen Antrag baldigst zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zu bringen?

Bürgermeister: Der löbliche Gemeinderath hat beschlossen, dass diese Überbrückungsgebür vom 1. Jänner 1894 an nicht mehr einzuheben ist und dieser Beschluss ist auch in Ausführung begriffen, beziehungsweise ist seit 1. Jänner 1894 eine derartige Gebür nicht mehr zur Vorschreibung gelangt.

Derzeit handelt es sich nur um mehr Rückstände bis zum 31. December 1893, welche, wenn ich mich recht erinnere, bis zu einem Betrage von circa 3000 fl. aushaften. Die Schuldner haben sich an mich gewendet wegen Stundung, beziehungsweise Ertheilung von Fristen; die diesfällige Verhandlung wegen Erledigung des Ansuchens ist im Zuge. Ich glaube nicht, dass es nothwendig ist, diesfalls ein Ansuchen an den Landtag zu richten, weil ja gegen die Ausführung des Gemeinderaths-Beschlusses ein Hindernis nicht obwaltet.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

11. Interpellation des **Gem.-Rathes Brauneiß:**

Ich habe im vorigen Jahre einen Antrag auf Vergrößerung, respective Arrondierung des Baumgartener Friedhofes eingebracht. Es wurden seit dieser Zeit mehrere Commissionen am obigen Friedhofe vorgenommen und haben sich alle behördlichen Organe für die Vergrößerung ausgesprochen.

Ein weiterer Umstand ist auch noch in Betracht zu ziehen, dass der Platz der vorjährigen Erweiterung kaum für das heurige Jahr ausreichen dürfte.

In Anbetracht dessen erlaube ich mir an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister die ergebene Anfrage:

Wann wird dieser mein Antrag zur Erledigung gelangen?

Bürgermeister: Der Gegenstand war bereits im Stadtrathe in Verhandlung. Die Verhandlung wurde vertagt wegen weiterer nothwendiger Erhebungen über den Gegenstand. Ich werde die Angelegenheit urgieren.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

12. Antrag des **Gem.-Rathes Dr. Lueger** und Genossen:

In Anbetracht der großen Dringlichkeit einer endgiltigen Lösung der Gasfrage, sowie in Erwägung, dass die Erbauung neuer städtischer Gaswerke und die Legung eines neuen Rohrnetzes im Interesse der Stadt und ihrer Bewohner gelegen sind, stellen wir folgenden Antrag:

Der Gemeinderath der Stadt Wien beschließe:

1. Es sind von Seite der Gemeinde Wien keinerlei Verhandlungen mit der englischen Gasgesellschaft wegen Ablösung ihrer Gaswerke und des Rohrnetzes zu pflegen;

2. mit dem Bau eigener städtischer Gaswerke und mit der Legung des Rohrnetzes ist ohne Aufschub zu beginnen.

Bürgermeister: Wird dem Stadtrathe zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

13. Antrag des **Gem.-Rathes Dr. Huber** und Genossen:

Der Gemeinderath beschließe, es sei eine Petition an den Landtag und Reichsrath dahingehend zu richten, dass bezüglich der Besetzung der Lehrer- und Schulleiterstellen der Volks- und Bürgerschulen das Präsentationsrecht derjenigen, welche diese Schulen erhalten — insbesondere das diesbezügliche Präsentationsrecht der Gemeinde Wien — durch Bestimmungen der Schulbehörden und des Ministeriums über das Geschlecht der Lehrpersonen in keiner Weise beschränkt werden dürfe.

Bürgermeister: Zur geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

14. Antrag des **Gem.-Rathes Büsch** und Genossen:

Das k. k. Handelsministerium hat laut Erlasses vom 3. November 1894, Z. 59026, auf Grund des Ergebnisses der am 16. October 1894 vorgenommenen politischen Begehung des Projectes der Wiener Tramway-Gesellschaft für die Herstellung eines zweiten Geleises in der Schönbrunner Hauptstraße im XII. Bezirke zwischen der Jakobstraße und Gärtnergasse die Belassung des seinerzeit als provisorische Anlage aus Anlass des Baues des Haupt-Sammelcanales am rechten Wienufer errichteten zweiten Geleises in der genannten Strecke als Definitivum unter nachfolgenden Bedingungen genehmigt:

„1. Sind die seitens des Magistrates der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien zufolge Stadtraths-Beschlusses vom 9. August 1894, Z. 56752/I, gestellten Bedingungen vollinhaltlich zu berücksichtigen;

2. ist die Tramway-Gesellschaft behufs Vermeidung der Gefährdung von Passanten gemäß dem im Protokolle vom 16. October 1894 gestellten Antrage des Vertreters der k. k. Polizei-Direction zu verhalten, dass längs der Häuser Nr. 1, 3 und 5 der Schönbrunner Hauptstraße nur im langsamen Tempo gefahren werde, wodurch auch die seitens der Interessenten befürchtete Bespritzung ihrer Häuser mit Straßenkoth durch die Tramway vermieden werden wird;

3. im Falle diese Geleiseanlage fernerhin zu begründeten Beschwerden Anlass geben sollte, bleibt eine nachträgliche Abänderung derselben der Entscheidung des Handelsministeriums vorbehalten.

Die von den Interessenten bei der politischen Begehung erhobenen Beschwerden, insoweit denselben durch die vorstehende Entscheidung nicht bereits Rechnung getragen wurde, werden abgewiesen.

Hierin wird die geehrte Direction mit Beziehung auf den h. o. Erlass vom 26. October 1894, Z. 82519, unter Anschluss eines signierten Planpaares mit dem Bemerken in die Kenntnis gesetzt, dass die Interessenten von dieser Entscheidung unter einem verständigt werden.

Die betreffenden Hausbesitzer wurden als Interessenten am 25. November 1894 von dieser Entscheidung auch verständigt."

Bisher ist nun weder der Punkt 1 obiger Entscheidung: Die Bedingung des Stadtrathes, dass im Bedarfsfalle, insbesondere bei Wagenaufstellungen das Geleise an Seite der ungerade numerierten Häuser nicht benützt werde, noch viel weniger der Punkt 2 obiger Entscheidung eingehalten worden. Denn den Geschäftsleuten ist das Auf- und Abladen der Waren meist nur dann möglich, wenn die Wagen auf der Jenseite Aufstellung nehmen.

Des Befahren als Definitivum des zweiten neuen Geleises ist für jeden Passanten auf der Linksseite fast eine Lebensgefährdung, wenn auch die Tramway langsam fahren würde, von welchem aber weder ein Kutscher noch ein Tramway-Conducteur unterrichtet ist. Wenn ein Passant ahnungslos auf den erhöhten Trottoir-Einfassungssteinen geht, was wegen des sehr schmalen und tief liegenden Trottoirs meist der Fall ist, so wird derselbe von der kaum 30 cm von der Trottoir-Einfassung daherrollenden Tramway beinahe seitwärts geschleudert und bis zur Unkenntlichkeit mit Straßenkoth bespritzt.

Nicht nur von der Tramway allein, sondern auch von den Fahrzeugen wird die durch Aufstreuen des Schienensalzes heute entstehende schädliche Jauche, sodann Straßenkoth an die Passanten, Häuser und Geschäftsauslagen gespritzt, so dass dieser Übelstand alle bezeichneten Interessenten fühlbar schädigt und begründete Beschwerde gibt, von dem Punkte 3 der Entscheidung Gebrauch zu machen.

Es ist völlig staunenerregend, dass dieses provisorische Geleise als Definitivum bewilligt wurde, nachdem nicht nur die alte Gemeinde Gaudenzdorf seinerzeit ein solches aus Gefahrsgründen aufzustellen verweigert hat, sondern auch der heutige XII. Bezirksausschuss einstimmig sich dagegen ausgesprochen hatte. Es ist daher eine Pflicht des Gemeinderathes, die mit gleichen Steuern und Pflichten belasteten Hausbesitzer und Geschäftsinhaber gegenüber der Tramway-Gesellschaft zu schützen, und in Anbetracht dessen erlaube ich mir den Dringlichkeits-Antrag zu stellen:

Der Gemeinderath beschließe:

Es sei ungesäumt eine Commission zur Inaugenscheinnahme bezeichneten Übelstandes anzuordnen, der auch die Gemeinderäthe des XII. Bezirkes und der Herr St.-R. Schneiderhan beigezogen werden sollen.

Es seien dann unter Anführung der bezeichneten und erhobenen Beschwerden das k. k. Handelsministerium zur Abänderung der erlassenen Entscheidungen zu ersuchen, die dahingehe, das zweite, neu errichtete Tramwaygeleise auf der Schönbrunner Hauptstraße, XII. Bezirk, zwischen der Jakobstraße und Gärtnergasse als Definitivum aufzulassen.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

15. Antrag des **Gem.-Rathes Steiner:**

Der Verein der Hausbesitzer im XIX. Bezirke hat den Beschluss gefasst, an die Gemeinde mit der Bitte heranzutreten, den Sonnbergplatz in Döbling in Stand zu setzen und zu diesem Behufe das Niveau auszugleichen und zu regulieren.

Nachdem dieses Ansuchen des gedachten Vereines bei dem Umstande, als der in Rede stehende Platz durch den Bau eines zweistöckigen Wohnhauses in seinem ganzen projectierten Umfange nunmehr abgegrenzt erscheint, vollständig begründet ist, stelle ich den Antrag:

Es sei das Stadtbauamt mit der Durchführung der Niveauregulierung und Instandsetzung des Sonnbergplatzes zu beauftragen.

Bürgermeister: Zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

16. Antrag des **Gem.-Rathes Steiner:**

Seit einer sehr langen Reihe von Jahren besteht in Döbling ein Feldweg, welcher von der Hartäckerstraße in die Krottenbachstraße, beziehungsweise Obkirchergasse im XIX. Bezirke führt und infolge des Umstandes, als derselbe die kürzeste Verbindung zwischen der Krim, beziehungsweise Sievering, Grinzing und Unter-Döbling mit der Friedhofstraße in Döbling, beziehungsweise mit Währing, Weinhaus, Gersthof und Hernals bildet, täglich von tausenden, an Sonn- und Feiertagen aber von einer ungemein großen Zahl von Fußgängern benützt wurde und für den nächstbetheiligten Bezirkstheil Krim in Döbling geradezu eine Existenzfrage war, weil derselbe in der erwähnten Richtung eine dringend nothwendige Verbindung herstellte.

Durch den Bau der Vorortelinie der Wiener Stadtbahn wurde dieser Weg durch einen Einschnitt der Bahn unterbrochen und somit für den Verkehr abgesperrt.

Die betroffenen Bewohner und Geschäftsleute haben nun mittels der beiliegenden Petition an den Gemeinderath die Bttte gerichtet, den gedachten

Weg wiederherzustellen, eventuell durch Überbrückung des Bahneinschnittes wieder passierbar zu machen.

Demzufolge erlaube ich mir den Antrag zu stellen:

Es sei der Magistrat zu beauftragen, unverzüglich mit der Bauleitung der Stadtbahn (Vorortelinie) in Verkehr zu treten, damit dieselbe den in Rede stehenden Weg zwischen Bahnkilometer 6·8, welcher auch im Grundbuche als öffentlicher Weg ausgezeichnet erscheint, noch vor Beginn des Sommers in passierbaren Stand setze.

Bürgermeister: Wird geschäftsordnungsmäßig behandelt.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

17. Antrag des **Gem.-Rathes Dr. Geßmann** und Genossen:

Im Stande der Beamten der städtischen Kanzlei und Registratur herrschen dermalen unter allen Zweigen des städtischen Dienstes die ungünstigsten Vorrückungs-Verhältnisse, da auf 240 Praktikanten und 100 Accessisten nur 50 Officiale der 2. Kategorie und 40 Officiale der 1. Kategorie in der X. Rangclasse, 10 Adjuncten in der IX Rangclasse und 2 Vorstände der VIII. Rangclasse entfallen, so dass in dieser Branche leider von einem Beamten-Proletariate in materieller Hinsicht mit Recht gesprochen werden kann.

Die Gefertigten beantragen daher,

es sei der löbliche Stadtrath aufzufordern, dem Gemeinderathe ehestens Anträge bezüglich einer solchen Status-Eintheilung vorzulegen, dass das sogenannte Drittel-Verhältnis der drei untersten Rangstufen inclusive der Praktikanten, d. i. eine gleiche Stellenanzahl in denselben, wie ein solches fast durchgehends bei den Manipulationsämtern des Staates und der Hauptsache nach auch bei den meisten städtischen Ämtern besteht, in der städtischen Kanzlei- und Registraturbranche gleichfalls platzgreife.

Bürgermeister: Wird geschäftsordnungsmäßig behandelt werden.

Wir kommen zur Tagesordnung. Zum Referate bitte ich Herrn Gem.-Rath Wurm.

18. (807.) **Referent Gem.-Rath Wurm:** Beilage 16. K. k. Generaldirection der österreichischen Staatsbahnen, betreffend den Abschluss eines Nachtragsübereinkommens bezüglich der Kostenauftheilung zwischen der Wienfluss-Regulierung und der Wienthallinie der Stadtbahn für die Strecke Stiegerbrücke—Viehtriebbrücke.

Die Herren wissen, dass ursprünglich in dem Programme für Verkehrsanlagen nur die Strecke vom Lainzerbache bis zur Stiegerbrücke und dann von der Viehtriebbrücke bis zum Schikanederstege gekuppelt mit der Wienregulierung gedacht war. Später ist nun die Verkehrsanlagen-Commission an die Gemeinde mit dem Gedanken herangetreten, die Bahn auch in der Strecke von der Stiegerbrücke bis zur Schlachthausbrücke gekuppelt mit der Wienregulierung durchzuführen.

Durch diese Kuppelung werden beide Anlagen wesentlich zweckmäßiger ausgeführt; sowohl für die Bahnunternehmung als auch für die Wienfluss-Regulierung ist die Kuppelung entschieden ein Vortheil. Darum hat der Gemeinderath in seiner Sitzung vom 17. Juli 1894 dieser Idee zugestimmt und gewisse Bedingungen angegeben, unter welchen er einverstanden wäre, diesen Bau in der von der Verkehrsanlagen-Commission vorgeschlagenen Weise durchzuführen.

Diese Bestimmungen haben die Grundlage gebildet für die weiteren Verhandlungen zwischen der Gemeinde Wien und der Generaldirection der österreichischen Staatsbahnen, welche im Namen der Verkehrsanlagen-Commission mit der Gemeinde verhandelt hat. In diesen Verhandlungen und auch in dem vorangegangenen Beschlusse des Gemeinderathes ist das Hauptgewicht darauf gelegt, dass in dieser Strecke von der Stiegerbrücke bis zur Schlachthausbrücke dieselben Bedingungen für den gemeinsamen Bau herrschen sollen, wie in den bereits genehmigten gekuppelten Strecken, nämlich dass alle jene Kosten, welche sowohl dem Bahnbau als auch der Flussregulierung dienen, gemeinsam getragen werden und dass für die Auftheilung dieser gemeinsamen Kosten dieselbe Vereinbarung gelten soll, welche seinerzeit zwischen der Gemeinde Wien und der Dampftramway-Gesellschaft vormals Krauß & Comp. vereinbart und festgestellt wurde. Nach dieser Vereinbarung sind alle Grundeinlösungen, auch die am linken Wienflussufer auf Kosten der Bahnunternehmung durchzuführen. Durch die Kuppelung von Bahn- und Flussregulierung ist nämlich eine größere Breite in Anspruch genommen worden und wird die ursprünglich ziemlich im Wienbette gedachte Regulierung verbreitert und infolge dessen auf das linke Ufer hinübergedrängt. Die Bahn ist zwar auf dem rechten Ufer, aber ein großer Theil des linken Ufers wird jetzt in Anspruch genommen, weil Bahn- und Wienregulierung zusammen eine größere Breite einnehmen; also: alle jene Flächen, welche auf dem linken Ufer infolge der Kuppelung in Anspruch genommen werden, sind selbstverständlich auf Kosten der Bahnunternehmung einzulösen und dann wieder der Wienfluss-Regulierung zuzutheilen. Bezüglich der Kosten der gemeinsamen, flussseitigen Bahnmauer ist bekanntlich eine Vereinbarung zwischen Krauß & Comp. und der Gemeinde Wien getroffen worden, welche Vereinbarung auch von der Generaldirection aufgenommen wurde, und welche nun auch für diese Strecke gelten soll. Nach dieser Vereinbarung ist bekanntlich per laufenden Meter ein Kostenpreis von 193 fl. 60 kr. der Gemeinde Wien für die Herstellung dieser Mauer zu ersetzen. Ferner wurde damals auch gefordert, dass alle jene Unterfahrungen und baulichen Herstellungen, welche durch das Hinüberschieben der Trace in den Fundamenten des Schlachthauses nothwendig sind, auf Kosten der Verkehrsanlagen-Commission hergestellt werden sollen.

Alle diese Forderungen sind bewilligt, nur zwei minder wesentliche Punkte sind nicht zugestanden worden. Es ist nämlich auch verlangt worden, dass nicht nur die Kosten für diese baulichen Herstellungen ersetzt werden, sondern auch jene Kosten, welche durch etwaige Betriebsstörungen im Schlachthause verursacht werden. Bei einer zweckmäßigen Arbeitseintheilung nun ist sowohl nach Ansicht des Bauamtes, als auch nach Ansicht des Magistrates gar keine Rede davon, dass überhaupt eine wesentliche Betriebsstörung vorkommen könnte. Ein zweiter Punkt war der, dass die Gemeinde auch gefordert hat, es sei jene Zinsenvergütung der Gemeinde zugute zu rechnen, welche dadurch begründet wird, dass ein Theil der Quaimauer dann früher hergestellt werden muss, wenn die Bahn auch in dieser Strecke gekuppelt wird, was sonst nicht der Fall wäre. Diese Forderungen sind, wie gesagt, fallen gelassen worden, im übrigen sind die Grundlagen, welche der Gemeinderath in seiner damaligen Sitzung aufgestellt hat, vollkommen angenommen worden. Das Übereinkommen lautet wörtlich wie folgt (liest):

„Übereinkommen.

1. Grundeinlösung.

Die gesammte Einlösung von Grundstücken und Objecten, welche innerhalb der Strecke von der Stiegerbrücke bis zur Schlachthausbrücke am linken Ufer für die Wienfluss-Regulierung erforderlich sein wird, ist von der Commission für Verkehrsanlagen auf ihre alleinigen Kosten, und zwar für Rechnung der Stadtbahn durchzuführen.

Diese Grundeinlösung ist bis an die äußere Baugrenze der linksseitigen Widerlagsmauer auszudehnen. Zum Zwecke dieser Einlösung hat die Gemeinde Wien um die Enteignung einzuschreiten und das Enteignungserkenntnis der k. k. Generaldirection der österreichischen Staatsbahnen zur Verfügung zu stellen.

Gelegentlich der Einlösungen in der obenbezeichneten Strecke wird die Commission für Verkehrsanlagen auch die gesammte Einlösung von Grundstücken und Objecten, welche für die Ausführung der Wienfluss-Regulierung am linken Ufer vom Sechshauser Hofe an bis zur Stiegerbrücke erforderlich sind, auf ihre Kosten für Rechnung der Stadtbahn durchführen.

Die Grundeinlösung ist derart rechtzeitig zu bewerkstelligen, dass die Einhaltung des Bauprogrammes der Wienfluss-Regulierung nicht gehindert wird.

Der Erwerb der zwischen der rückwärtigen Flucht der flussseitigen Mauer der Bahnanlage und der linksseitigen Bauwerksgrenze der Wienfluss-Regulierung gelegenen Theile der eingelösten Flächen erfolgt zu Gunsten der Wienfluss-Regulierung; die Commission für Verkehrsanlagen wird daher die Aufnahme dieser Liegenschaften in die betreffenden Grundbücher erwirken.

2. Bauliche Herstellungen.

Hinsichtlich der baulichen Herstellungen zwischen Stieger- und Schlachthausbrücke gelten folgende Bestimmungen:

Die Kosten jener Herstellungen, welche für die ausschließlichen Zwecke der Wienfluss-Regulierung oder der Stadtbahn zu dienen haben, sind von der betreffenden Unternehmung selbst zu tragen.

Die Kosten jenes von der Gemeinde Wien auszuführenden Mauerantheiles aber, welcher dem Übereinkommen vom 29. April 1893 zugrunde gelegt worden ist, wird die Commission für Verkehrsanlagen der Gemeinde Wien mit dem Betrage von 193 fl. 60 kr. (einhundertneunzigdrei Gulden 60 Kreuzer) für den Currentmeter des rechtsseitigen Widerlagers der Wieneinwölbung, und zwar auf Rechnung der Stadtbahn rückvergüten.

Außerdem wird die Commission für Verkehrsanlagen der Gemeinde Wien nicht nur die Kosten jenes Theiles des Fundamentaushubes sammt Verführung für Rechnung der Stadtbahn ersetzen, welcher in das Kunstprofil der Bahn fällt, und in dem schematischen Querprofile, welches dem Übereinkommen vom 29. April 1893 beigeschlossen ist, mit l n o p q l umschrieben ist, sondern auch die Auslagen für jenen Erdaushub sammt Verführung, welchen die Gemeinde über diese Grenzlinie hinaus aus technischen Gründen (lockeres Terrain, Erdabrutschungen) zu besorgen genöthigt ist. Die Rückvergütung dieser Kosten erfolgt nach Maßgabe jener Auslagen, welche der Gemeinde für die Arbeiten thatsächlich erwachsen sind.

Die Commission für Verkehrsanlagen trägt weiters für Rechnung der Stadtbahn die Kosten der Unterfangungsarbeiten und baulichen Adaptierungen am Gumpendorfer Schlachthause, sowie die Kosten der theilweisen Demolierung und Wiederherstellung von Brücken und Stegen, insoweit diese Arbeiten eine Folge der durch das Bahnproject bedingten Änderung des Regulierungsprojectes sind.

Hingegen verzichtet die Gemeinde Wien auf einen Ersatz für die finanziellen Nachtheile jener Störungen, welche durch die erwähnten Unterfangungsarbeiten und Adaptierungen im Betriebe des Schlachthauses etwa verursacht werden.

Die Commission für Verkehrsanlagen verpflichtet sich, weiters die in der Kreuzung der Gürtelstraße und Wienthalstraße liegenden Strecken der Wienthallinie sofort beim Bahnbau für Rechnung der Stadtbahn einzudecken.

Eine Vergütung für den Verlust an Zinsen, welcher der Gemeinde Wien durch die frühere Ausführung von Mauerwerksanlagen zwischen Stieger- und Schlachthausbrücke, sowie sonstiger zur Erhaltung des Hochwasserabflusses nothwendiger Herstellungen erwächst, sowie einen Ersatz jener Kostenerhöhung, welche sich hiedurch bei der Bauvergebung ergibt, nimmt die Gemeinde Wien nicht in Anspruch.

Ebenso verzichtet die Gemeinde auch auf den Ersatz jener Mehrkosten des Erdaushubes und der Verführung desselben, welche durch die Verschiebung des regulierten Gerinnes verursacht werden.

Hingegen verpflichtet sich die Commission für Verkehrsanlagen, für die Strecke vom Schikanederstege abwärts gegen die Karolinenbrücke zu die Kuppelung der Wienthallinie mit der Wienfluss-Regulierung durchzuführen und hinsichtlich dieser Strecke bis längstens 31. December 1896 mit der Gemeinde Wien ein Übereinkommen abzuschließen, welches auf denselben Grundsätzen wie das vorliegende Übereinkommen beruht, und nach welchem die Commission für Verkehrsanlagen der Gemeinde insbesondere auch die Kosten des obenbezeichneten Mauerantheiles in der Höhe von 193 fl. 60 kr., das ist einhundertneunzigdrei Gulden 60 Kreuzer per Currentmeter für Rechnung der Stadtbahn zu vergüten haben wird.

Gleichzeitig übernimmt die Commission für Verkehrsanlagen die Verpflichtung, die Bahn auch in der Strecke Schikanedersteg—Karolinenbrücke an den Durchkreuzungsstellen mit den bestehenden Straßenzügen sofort einzudecken."

Ich bitte, dieses Übereinkommen anzunehmen.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Gegen die Anträge wird eine Einwendung nicht erhoben; dieselben sind a n g e n o m m e n.

Beschluss: Der vorstehende vollständig zur Verlesung gebrachte Referenten-Antrag.

19. (727.) **Referent Gem.-Rath Wurm:** Beilage Nr. 15 betrifft die Stations-Commission, politische Begehung und Enteignungsverhandlung hinsichtlich der Theilstrecken: a) Hietzing—Gumpendorfer Schlachthaus der Wienthallinie; b) der Abzweigung der Gürtellinie von der Lobkowitzbrücke bis zur Wienthalübersetzung; c) der Fortsetzung letzterer Linie bis zum Westbahnhofe.

Die politische Begehung, die Stations-Commission und das Enteignungsverfahren hat bezüglich der Wienthallinie bereits in der Strecke Hütteldorf bis zum Hietzinger Bahnhofe der Dampf-Tramway-Gesellschaft und dann von der Schlachthausbrücke bis zur Schikanederbrücke stattgefunden; es erübrigt nur die heute in Rede kommende Strecke zwischen den bereits begangenen Theilen.

Da fällt vor allem bezüglich der Stations-Commission, welche in erster Linie in Betracht kommt, auf, dass gleich bei Beginn dieser Linie nicht auf die veränderte Situation der Haltestelle „Hietzing" an der Kaiser Franz Josefsbrücke Rücksicht genommen wurde. Es ist nämlich nach dem Gemeinderaths-Beschlusse verlangt worden, dass die Quaistraße Hietzing von der Kaiser Franz Josefsbrücke flussaufwärts bis in die Nähe des Hütteldorfer Bahnhofes in Hacking verlängert werde, und infolgedessen musste die Haltestelle an der Kaiser Franz Josefsbrücke, die früher flussaufwärts gelegen ist, flussabwärts verlegt werden. Diese Haltestelle ist nun noch nicht eingezeichnet, daher mussten wir bei der politischen

Begehung darauf hinweisen, dass auch diese Haltestelle in der Weise situiert werde, wie es den Forderungen der Gemeinde entspricht. Bezüglich der Haltestelle „Schönbrunn" an der Tegetthoffbrücke gelegen, ist zu erwähnen, dass diese Haltestelle unmittelbar an der Brücke situiert ist, wie es aus dem Plane hervorgeht. Das geht nun in einer Hauptverkehrsstraße nicht an. Es wird daher gefordert, dass diese Haltestelle-Anlage mehr flussaufwärts verschoben wird, und zwar mindestens 6 m, dass also zwischen der eigentlichen Straße, welche in der Fortsetzung der Brücke gelegen ist, und dem Stationsgebäude doch ein gewisser Manipulations- und Auffahrtsraum vorhanden ist.

Bezüglich der dritten Station „Margarethenergürtel" ist nun zu erwähnen, dass eine Ecke des Stationsgebäudes über die projectierte Gürtellinie hinausreicht. Das ist doch nicht zweckmäßig. Es wird demnach gefordert, dass diese Stationsanlage so weit verschoben wird, dass die bereits bestimmten Baulinien vollkommen aufrecht erhalten bleiben.

Bezüglich der Tracenbegehung wird vor allem verlangt, dass alle jene Bedingungen, welche seinerzeit gelegentlich der Begehung der oberen und unteren Strecke aufgestellt wurden, auch in diesem Theile aufrecht erhalten werden. Vor allem ist es nothwendig, dass die bauliche Anlage der längsseitigen Bahnmauer derart hergestellt wird, dass sie dem bereits bestimmten Niveau entspricht, d. h., dass diese Bahnmauer sofort in jener Stärke ausgeführt wird, dass sie seinerzeit auf das richtige Niveau erhöht werden kann und dass die seinerzeitige Erhöhung, sobald die Straßen hergestellt werden, auf das jeweilige Verlangen der Bahn auch auf Kosten der Bahnunternehmung hergestellt werde.

Das ist eine Forderung, die wir für die obere Strecke gestellt haben und auch für diese untere Strecke aufgestellt werden muss, denn die Kosten sind bei der Länge dieser längsseitigen Bahnmauer keine unbedeutenden und es ist daher nothwendig, dass sich die Gemeinde in dieser Beziehung vollkommen sichert, dass den Vorschriften der Bauordnung vollkommen entsprochen werde. Dann muss selbstverständlich darauf Rücksicht genommen werden, dass das ganze Wienfluss-Regulierungsproject ungehindert ausgeführt werden könne. Nun ist bei einem Theile unmittelbar vor der gegenüberliegenden Tramwayremise die Wienfluss-Regulierung nach diesem Projecte so nahe an die Remise angerückt, dass dadurch die hakenförmigen Widerlager des Wienflussgewölbes nicht mehr Platz haben; daher wird ersucht, dass in dieser Strecke die Anlage mehr gegen Schönbrunn verschoben werde, mit einem Worte, es wird verlangt, dass alle Rücksicht auf das Project der Wienfluss-Regulierung genommen werde. Selbstverständlich wird auch verlangt, dass alle Wasserleitungsrohre berücksichtigt und entsprechend versichert und überwölbt werden.

Was nun die Grundeinlösung betrifft, das Enteignungsverfahren, so ist in erster Linie darauf hinzuweisen, dass in der Umgebung der Haltestelle „Margarethenergürtel" ganz enorme Flächen einbezogen werden, angeblich für Bahnzwecke. Es ist gewiss nicht nothwendig, dass ein großer Theil des alten Wienflussbettes, der durch die Wienfluss-Regulierung gewonnener Grund ist und also von der Gemeinde erst durch die Wienfluss-Regulierung erworben wird, sofort wieder namens des Bauunternehmens mit Beschlag belegt werde. Nach dem Programme für die Herstellung der Verkehrsanlagen sind wir allerdings verpflichtet, alles, was nothwendig ist zur Herstellung der Bahn, zu übergeben, und zwar sofern es Straßengründe sind, unentgeltlich, und sofern es verbaubare Gründe sind, gegen Entgelt. Aber bloß, damit ein größerer Platz vor der Bahn geschaffen werde, diese Gründe abzutreten, ist gewiss nicht motiviert. Es wird die nothwendige Verkehrsfläche gewiss geschaffen werden; aber in dieser Ausdehnung die Flächen zu enteignen, ist auch in anderen Strecken nirgends beantragt worden und kann auch an dieser Stelle nicht zugestanden werden.

Dann kommt noch zu erwägen, dass in der Fabriksgasse im XII. Bezirke auch eine Straßenfläche in Anspruch genommen wird. Für diese in Anspruch genommene Straßenfläche muss auch nach dem Programme für Verkehrsanlagen entsprechend Ersatz geschaffen werden. Das sind die Punkte, welche sich auf die Wienthallinie beziehen.

Bezüglich der Gürtellinie ist in Bezug auf die Stations-Commission nur zu erwähnen, dass es nothwendig ist, die Station „Gumpendorferstraße" thunlichst nach rechts zu verschieben, damit eben die Brücke, welche in der Fortsetzung der Gumpendorferstraße gelegen ist . . . (Rufe links: Lauter reden!)

Bürgermeister: Wenn es ruhig ist, werden Sie den Herrn Referenten hören. Ich bitte, gefälligst die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen, die nothwendig dafür sind, dass man den Referenten hört. Er kann die Herren nicht überschreien.

Referent (fortfahrend): . . . Die Stationsanlage der Gumpendorferstraße soll etwas rechts verschoben werden, damit die Überbrückung, welche im Zuge der Gumpendorferstraße geplant ist, breiter angelegt werde, was einer bedeutenden Verkehrsstraße gewiss entspricht. Auch ist es wünschenswert, dass in der Richtung gegen die Clementinengasse ein Durchgang geschaffen werde.

Was die politische Begehung anbelangt, so ist in diesem Plane gewiss den Anforderungen, welche man an einen so bedeutenden Verkehrspunkt stellen kann, wie es die Kreuzung der Gürtelstraße mit der Wienthallinie ist, nicht Rechnung getragen. Es sind da Pfeiler eingezeichnet, welche mit der bestimmten Baulinie oder mit den bestehenden Straßenzügen nicht einmal irgendwelchen Bezug nehmen.

Es ist nothwendig, dass die bereits bestimmte Baulinie und die in Aussicht genommenen Straßenzüge besser berücksichtigt werden, mit einem Worte, an diesem verkehrsreichen Punkte wird es nothwendig sein, nur einzelne Pfeiler zu errichten und darüber fortlaufende eiserne Überbrückungen herzustellen, nicht aber, dass man ganze Baublocks hinstellt, dann wieder Viaducte macht und wieder eine kurze Brücke u. s. w.

Es ist also beantragt, dass in dieser ganzen Übergangslinie von der Wienthallinie angefangen bis zur Mollardgasse continuierliche Eisenconstructionen auf einzelnen Pfeilern hergestellt werden.

Die übrigen Punkte, welche bezüglich der sonstigen Linien aufgestellt wurden, müssen selbstverständlich auch hier Berücksichtigung finden. Es müssen neue Rohrstränge versichert werden, mit einem Worte, es muss alles aufrecht erhalten werden, was man bei der früheren Linie in den Punkten 1, 2, 4, 12, 13 und 14 aufgestellt hat.

Bezüglich des Enteignungsverfahrens ist bei dieser Linie keine Einwendung zu erheben, vorausgesetzt, dass sie programmäßig stattfindet. Die Bahnfläche, welche in Anspruch genommen wird und welche verbaubar ist, muss entsprechend den Bedingungen abgetreten werden.

Bürgermeister: Wünscht die Versammlung die Verlesung der Anträge? Nein! Wir werden also von der Verlesung derselben Umgang nehmen.

Gem.-Rath Schlechter: Im Stadtrathe hat sich eine lebhafte Debatte darüber entsponnen, ob es nicht zweckmäßig wäre, die Haltestelle „Gumpendorferstraße", welche gegenwärtig auf der rechten Seite anzubringen geplant ist, aufzulassen und dafür auf der linken Seite anzubringen und die Gründe, die dafür gesprochen haben, waren folgende: Die Gumpendorferstraße mündet zunächst in die Sechshauser Hauptstraße. Wird der Bahnhof an der Seite angebracht, wie es im Plane angezeichnet ist, so wird jede Verbindung zwischen der Gumpendorferstraße, Herklotz- und der Clementinengasse unterbunden, weil gerade der ganze Block des zukünftigen Bahnhofes dort angelegt werden soll. Dazu kommt der Umstand, dass von der Gumpendorferstraße angefangen bis hinauf zur Kirche die Bahn überhaupt nicht übersetzt werden kann, weil die Niveauverhältnisse derart sind, dass weder ein Übergang noch ein Untergang hergestellt werden kann. Allerdings ist auf der rechten Seite die Sache einfacher, weil sich dort keine Gebäulichkeiten befinden, sondern nur Holzlagerplätze und unbedeutende Objecte, die meist aus Riegelwänden hergestellt sind. Es ist daher sehr begreiflich, dass die Commission zur Vermeidung von größeren Kosten es versucht hat, diese Bahnhofanlage auf der rechten Seite anzulegen. Auf der linken Seite sind allerdings einige Häuser. Das drei Stock hohe Eckhaus der Gumpendorferstraße muss unter allen Umständen demoliert werden, weil ja die currente Trace darüber geführt wird.

Es wäre daher zweckmäßiger, nicht auf der rechten, sondern auf der linken Seite den Bahnhof anzulegen aus dem Grunde, weil von dem rückwärtigen Block zwischen der Gumpendorferstraße, der Mollardgasse und verlängerten Wallgasse bis zur Regie kein Durchbruch und keine Straße vorhanden ist und so niemand im Verkehre unterbunden wird.

Es ist nur bedauerlich, dass so wenig Zeit mehr vorhanden ist. Es haben mehrere Techniker im Stadtrathe erklärt, dass die Idee eine vorzügliche Idee ist, dass es aber nicht angeht zu behaupten, sie könne durchgeführt werden oder nicht durchgeführt werden. Es ist sehr bedauerlich, dass wir immer erst im letzten Augenblicke dazukommen, über derartige Dinge zu entscheiden. Heute haben wir den 5. Februar, am 7. soll bereits die Commission stattfinden und einen Tag vorher wird der Stadtrath die Sache behandeln, und auf diese Art können oft solche Ideen, welche im allgemeinen Interesse liegen, nicht zur Durchführung gelangen, weil wir nicht die Zeit haben. Es ist natürlich, dass ein bestimmter Antrag nicht mehr gestellt werden kann: „es muss der Bahnhof links angelegt werden". Aber es kann doch entweder der Wunsch ausgesprochen oder es der Verkehrs-Commission nahegelegt werden, das Problem zu studieren, ob nicht doch zweckmäßigerweise der Bahnhof auf der linken Seite angelegt werden könnte. Ich möchte daher bitten, dass es im Punkte II folgendermaßen heiße: Stations-Commission. Gegen die Bezeichnung der Haltestelle „Gumpendorferstraße" wird keine Einwendung erhoben; jedoch ist entweder die Anlage der Haltestelle „Gumpendorferstraße" thunlichst nach rechts zu verschieben und unterhalb der Haltestelle ein Durchgang in der Richtung der Clementinengasse herzustellen — nun kommt die Abänderung, die ich beantrage und die auch dem Antrage des Stadtrathes entgegenkommt — oder die Bahnhofanlage zwischen Gumpendorferstraße und Mollardgasse herzustellen. Ich glaube, in dieser Form könnte der Gemeinderath gewiss zustimmen, und da wird auch der Herr Referent nichts dagegen haben. Es ist dies das Aussprechen eines Wunsches nach zweierlei Richtungen, und wenn es der Verkehrs-Commission möglich sein wird, die zweite Alternative durchzuführen, glaube ich, wird sie dem geäußerten Wunsche gern entgegenkommen. Ich sage nicht, dass man den Antrag des Stadtrathes ganz eliminieren und ganz davon abgehen soll, dass man den Bahnhof weiter nach rechts verschiebt, um eine bessere Verbindung herzustellen, als es nach dem vorliegenden Plane gedacht ist. Aber wenn wir sagen, das solle versucht werden, es solle die Verschiebung auf die andere Seite studiert werden, so kann, glaube ich, der Gemeinderath dies anstandslos thun. Ich bin überzeugt, dass der Herr Referent dem Vorschlage in der Form, wie er jetzt von mir gemacht wird, sich nicht entgegensetzen wird, und ich bitte um Genehmigung des Antrages. Wir würden nicht einem einzelnen Bezirke damit einen Vortheil zuwenden, sondern es handelt sich um das Interesse dreier Bezirke, und zwar Sechshaus, beziehungsweise Rudolfsheim, dann Fünfhaus und Mariahilf. Es ist nicht vielleicht ein einseitiges Interesse, welches ich als Vertreter von Mariahilf vertrete, sondern das Interesse mehrerer Bezirke, nämlich aller drei Bezirke, welche an dieser Stelle geradezu zusammenstoßen. Ich stelle den Antrag und bitte, die Abstimmung in der Weise vornehmen zu wollen, dass der Antrag des Stadtrathes bleibt, aber dass auch noch die Alternative dazugenommen wird, dass für den Fall, als dies nicht in dieser Weise ausgeführt wird, auf eine Verschiebung des Bahnhofes nach der linken Seite Rücksicht genommen wird.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet, die Debatte ist geschlossen, der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent (Schlusswort): Die Intention des Herrn Vorsprechers ist gewiss sehr löblich. Es wäre sehr angenehm, wenn wir überhaupt alle Straßen durchführen könnten, wo ein bedeutender Verkehr ist. In diesem Projecte ist die Durchführung der Mollardgasse gegen die Ullmannstraße, und die Durchführung der Gumpendorferstraße gegen die Sechshauser Hauptstraße geplant. Weiter noch eine Straße durchzuführen, geht darum nicht, weil beiderseits die schiefen Ebenen beginnen. Der Bahnhof ist an der höchsten Stelle und fällt dann gegen die Westbahn zu wie auch gegen die Wienthallinie. Jede Verschiebung, welche vorgenommen würde, hätte sehr unangenehme Consequenzen in Bezug auf andere Straßen. Wenn wir beispielsweise den Bahnhof noch weiter nach rechts schieben, dass man direct von der Gumpendorferstraße gegen die Clementinengasse fahren kann, dann müssen wir darauf verzichten, dass der Platz vor der Kirche eingedeckt wird. Die Eindeckung des Platzes vor der Kirche Maria vom Siege ist gewiss sehr dringend und wünschenswert, nicht nur aus Verkehrsrücksichten, sondern auch aus ästhetischen Rücksichten. Rückt man wieder den Bahnhof ganz auf die andere Seite zwischen der Mollardgasse und Gumpendorferstraße, dann kommt man in ein Delta hinein. Es beginnen nämlich die beiden Curven, die eine, welche stadtseits, und die andere, welche nach außen führt, bei der Gumpendorferstraße. Eine Bahnhofanlage in einem Delta, wo sich Curven bilden, wo eine Menge Wechsel bestehen und andere Unbequemlichkeiten sind, das ist etwas, was für den Verkehr höchst umständlich und für die Anlage in ästhetischer Beziehung höchst unangenehm wäre, weil eine ganz überflüssige Verbreiterung der Bahnhofanlage geschaffen würde und auch in Bezug auf die Abfertigung der Personen jedenfalls Schwierigkeiten entstehen würden. Mir ist wenigstens nicht bekannt, dass irgendwo ein Bahnhof nicht in einer geraden Strecke angelegt ist. Überall legt man die Curven und Abzweigungen außerhalb des Bahnhofes hinaus und vermeidet, eine Bahnhof-

anlage dort anzulegen, wo Wechsel sind. Aus technischen Gründen ist es daher nach meiner Überzeugung nicht thunlich, dass man den Bahnhof verschiebt. Es ist Rücksicht genommen auf alle Straßen, welche durchzuführen sind. Aber noch eine fahrbare Verbindung zur Clementinengasse herzustellen, ist auch dann unmöglich, wenn diese ganze Anlage verschoben wird. Jetzt ist der Bahnhof möglichst weit nach rechts geschoben; es ist das Maximum der Steigung angenommen. Verschiebt man den Bahnhof weiter nach links, so wird man jedenfalls die Eindeckung vor der Kirche breiter machen und die Steigung erst später anfangen lassen müssen. Dann wird das Verhältnis noch ungünstiger. Bei dem gegenwärtigen Niveauverhältnisse kann man nur einen Durchgang in der Höhe von 2½ m machen. Würde man den Bahnhof noch weiter verschieben, so würde das lichte Niveau des Durchganges noch niedriger.

Also aus diesen Gründen geht es auch nicht. Wenn Sie auch den Bahnhof ganz eliminieren, wenn Sie wirklich darüber hinaus gehen würden, den Bahnhof in ein Delta, in eine Curve zu stellen, so würde jedenfalls diese Durchfahrt nie eine größere Höhe bekommen, wenn Sie die gegenwärtige Nivellette beibehalten, als $2^1/_2$ m; und eine Höhe von $2^1/_2$ m ist gewiss nicht geeignet für die Durchfahrt. Das bitte ich sich vor Augen zu halten. Für denjenigen aber, welcher berufen ist, die Anträge bei der Tracenbegehung zu vertreten, ist es gewiss höchst peinlich, wenn er in die Lage kommt, etwas, wenn es auch nur ein Wunsch ist, zu vertreten, wenn er die innere Überzeugung hat, dass es technisch nicht durchführbar ist, oder, wenn man es machen will, in anderer Beziehung mit Unzukömmlichkeiten verbunden ist, so dass es nicht gut thunlich ist.

Der Antragsteller hat allerdings seinen Antrag möglichst gemildert und eigentlich nur mehr einen Zusatz-Antrag gestellt. Er markiert in sehr löblicher Absicht seinen Wunsch dahin, dass wir alle Straßen benützen sollten. Das ist alles recht schön, aber derjenige, welcher das technische Project im ganzen zu vertreten, der im Namen einer Körperschaft zu sprechen hat, muss seine Autorität möglichst wahren, damit er nicht dazukomme, etwas vertreten zu müssen, wovon er selbst sagen muss, dass es nicht geht. Meine Herren, ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mich dieser Aufgabe gänzlich überheben würden, insofern ich überhaupt die Ehre haben werde, zur Commission berufen zu werden. Ich möchte Ihnen empfehlen, das anzunehmen, was Ihnen der Stadtrath vorschlägt, weil das in den Grenzen dessen gehalten ist, was man erreichen kann. Einen Durchgang können Sie erreichen, eine Durchfahrt niemals.

Ich bitte daher, die Anträge des Stadtrathes anzunehmen.

Bürgermeister: Wir schreiten nun zur Abstimmung. Es ist nur gegen den ersten Antrag (unter II) eine Einwendung erhoben worden. Herr Gem.-Rath Schlechter beantragt, anstatt dass es hier heißt (liest): „. . . . jedoch ist die Anlage der Haltestelle „Gumpendorferstraße" thunlichst nach rechts zu verschieben und unterhalb dieser Haltestelle ein Durchgang in der Richtung der Clementinengasse herzustellen", eine Alternative, indem er sagt: entweder ist die Anlage der Haltestelle so zu machen, wie es der Stadtrath beantragt, oder die Bahnhofanlage zwischen der Gumpendorferstraße und Mollardgasse herzustellen.

Diese Alternative ist ein Gegen-Antrag gegen den Antrag des Stadtrathes. Ich bringe den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Schlechter zuerst zur Abstimmung. Ich bitte jene Herren, welche mit demselben einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Majorität; derselbe ist angenommen.

Gegen die übrigen Anträge des Referenten ist eine Einwendung nicht erhoben worden. Ich erkläre dieselben für angenommen. Der Gegenstand ist damit erledigt.

Beschluss: Die Vertreter der Gemeinde Wien seien zu ermächtigen, bei der fraglichen Localverhandlung am 7. und 8. Februar d. J. nachstehende Erklärung abzugeben:

I.

Theilstrecke Hietzing—Gumpendorfer Schlachthaus der Wienthallinie und Abzweigung der Gürtellinie von der Lobkowitzbrücke bis zur Wienthalübersetzung.

A. Stations-Commission.

Im Hinblicke auf die geplante Anlage der Station „Hietzing" flussabwärts der Kaiser Franz Josefsbrücke behält sich die Gemeinde Wien auf Grund des Gemeinderaths-Beschlusses vom 23. November 1894, Z. 8848, vor, die diesfalls erforderlichen Bedingungen bei der bezüglich der neuen Stationsanlage einzuleitenden politischen Begehung zu stellen.

Die Haltestelle „Schönbrunn" ist etwas mehr flussaufwärts, 6 m von der Maria Theresienbrücke entfernt, zu situieren. Die Haltestelle nächst der Lobkowitzbrücke wäre „Meidlinger Hauptstraße" zu benennen.

Die Haltestelle „Margarethenergürtel" ist innerhalb des inneren Randes (Baulinie) der Gürtelstraße zu veranlagen.

B. Politische Begehung.

1. Bei der Ausführung des Bahnbaues ist auf das genehmigte Wienfluss-Regulierungsproject entsprechend Rücksicht zu nehmen, und sind in dieser Richtung auch jene Grundsätze einzuhalten, welche bei der politischen Begehung der Bahnstrecken Hütteldorf—Hietzing und Gumpendorfer Schlachthaus—Schikanedersteg aufgestellt wurden und in den bezüglichen Protokollen vom 12. und 22. September 1894 enthalten sind.

Es sind demnach die für die wechselnden Spannweiten der Wienfluss-Einwölbung vom Stadtbauamte aufgestellten Profilconstructionen, namentlich die festgestellte Ausdehnung der Fundamente und der Widerlagsmauern, sowie der projectierte Abschrägungswinkel der letzteren Mauer genau einzuhalten.

In der Strecke von Kilometer 4·2 bis 4·4 ist die Bahn um circa 1 m gegen Schönbrunn zu verlegen.

Die Fundierung der Pfeiler der Hochbahn (Gürtellinie) ist ohne Schädigung der von der Gemeinde Wien herzustellenden Fundamente der wasserseitigen Bahnmauer auszuführen.

2. Die Bahnnivellette ist in der Weise anzuordnen, dass die Gewässer aus den Sammelcanälen anstandslos in die im Wienflusse herzustellende Cunette abgeführt werden können. Hiebei ist auf die in Aussicht genommene Verlegung des in Kilometer 5·89 oberhalb der Lobkowitzbrücke unter der Stationsanlage situierten Nothauslasses flussabwärts der Lobkowitzbrücke und auf

die in Aussicht genommene Anlage eines im Projectsplane nicht vorgesehenen Nothauslasses in Kilometer 5·51 nächst der Einmündung der Fabriksgasse in die Schönbrunner Hauptstraße entsprechend Rücksicht zu nehmen.

Alle Nothausläße sind in der Ausdehnung des Bahnplanums auf Kosten der Commission für Verkehrsanlagen entsprechend zu versichern und sind diese Versicherungen gleichfalls auf Kosten der Commission für Verkehrsanlagen stets in gutem Zustande zu erhalten.

3. Im Falle die von der Gemeinde Wien auf Rechnung der Commission für Verkehrsanlagen innerhalb des Kunstprofiles der Bahn zu bewirkenden Erdaushebungen aus technischen Gründen (lockeres Terrain, Erdabrutschungen) auf die im Übereinkommen zwischen der Gemeinde Wien und der Dampftramway-Gesellschaft vorm. Krauß & Comp. vom 29. April 1893 vorgesehene Grenzlinie nicht beschränkt werden können, sind auch die über diese Grenzlinie hinausgehenden, von der Gemeinde zu besorgenden Erdarbeiten an die Gemeinde Wien zu vergüten.

4. Die der Commission für Verkehrsanlagen zustehenden Arbeiten längs des Wienflusses dürfen an allen Stellen erst dann begonnen werden, wenn seitens der Gemeinde Wien die ihr obliegende Herstellung der wasserseitigen Bahnmauer und des Bahnplanums bewerkstelligt sein wird. Hiezu wird bemerkt, dass diese letztbezeichneten Arbeiten erst dann in Angriff genommen werden können, wenn die hiefür erforderlichen Grundeinlösungen seitens der Commission für Verkehrsanlagen bewirkt sein werden.

5. Die landseitigen Stützmauern der Bahn sind in solcher Stärke anzulegen, dass dieselben seinerzeit bis zum definitiven Niveau der Quaistraße, beziehungsweise bis zu dem definitiven Niveau der neben der Bahn führenden Parallelstraße erhöht werden können.

Diese Erhöhung ist nach Maßgabe des Eintrittes der Regulierung der betreffenden Straßen auf jeweiliges Verlangen der Gemeinde auf Kosten der Commission für Verkehrsanlagen vorzunehmen.

6. Die Lichthöhe zwischen der Hochbahn und der Fahrbahn der Stiegerbrücke ist auf mindestens 5 m zu bringen.

7. Da an Stelle des Kobingersteges die Anlage einer mindestens 16 m breiten Fahrbrücke in der Achse der Pfeifergasse in Aussicht genommen ist, so ist hierauf entsprechend Rücksicht zu nehmen und demgemäß die Überfahrt über die Tiefbahn und die Unterfahrt der Hochbahn, sowie die Pfeilerstellung an dieser Stelle im Einvernehmen mit der Gemeinde einzurichten.

8. Als Ersatz für die bestehende Schlachthausbrücke und den Wachenrodersteg wird in der Achse der Morizgasse die Anlage einer mindestens 16 m breiten Brücke durch Einwölbung des Wienflusses zur Ausführung gelangen. Die Bahn ist daher dortselbst zu überdecken. Für die Überführung des derzeit im Wackenrodersteg eingelegten 525 mm weiten Rohrstranges der Hochquellenleitung über den Wienfluss wird die Gemeinde vorsorgen; gegen die diesbezüglich nothwendigen Herstellungen darf die Commission für Verkehrsanlagen keine Einwendung erheben.

9. Die bestehenden Communicationen zu den Brücken sind ohne Beeinträchtigung der Bequemlichkeit des gegenwärtigen Verkehres auf Kosten der Commission für Verkehrsanlagen aufrecht zu erhalten.

10. Die Eindeckung der Bahn ist vorläufig in der Ausdehnung der von der Gemeinde zu bewerkstelligenden Einwölbung an den Übersetzungen (Brücken) des Wienflusses, dann längs des Gumpendorfer Schlachthauses in der Ausdehnung von der Kaiser Josefsbrücke Kilometer 6·8 bis zur Haltestelle „Margarethenergürtel" Kilometer 7·05 auszuführen. Weitere Eindeckungen der Bahn sind nach Maßgabe eintretender Bedürfnisse über Verlangen der Gemeinde auf Kosten der Commission für Verkehrsanlagen zu bewerkstelligen. Die Bahneindeckungen müssen die Eignung für die Aufbringung eines Granitwürfelpflasters und die Einlegung eines Tramway-Oberbaues besitzen und muss die Construction dieser Eindeckungen rücksichtlich ihrer Tragfähigkeit nach denselben Grundsätzen behandelt werden, wie diese bei dem Projecte der Wienfluss-Einwölbung zur Anwendung gelangt sind. Die Eindeckungen der Bahn sind in der Fahrbahn sofort mit neuen Granitwürfeln und in den abgesonderten Fußwegen (Trottoirs) mindestens mit sogenannten Halbgutgranitsteinen auf Kosten der Commission für Verkehrsanlagen kunstgerecht abzupflastern. Um Störungen des öffentlichen Verkehres möglichst zu vermeiden, sind die Bahneindeckungen für die Communicationen über den Wienfluss gleichzeitig mit den betreffenden Einwölbungen des Wienflusses auszuführen.

11. Der 950 mm weite Rohrstrang der Hochquellenleitung wird in Kilometer 5·14 durch die Bahn gekreuzt. Die Entlastung dieses Rohrstranges ist durch einen nach Angabe des Stadtbauamtes auf Kosten der Commission für Verkehrsanlagen herzustellenden Canal, dessen Erhaltung gleichfalls der Commission für Verkehrsanlagen obliegt, zu bewirken.

12. Die mit Entscheidung der k. k. Bezirkshauptmannschaft Hietzing Umgebung vom 20. Mai 1894, Z. 10634, mehreren Privaten eingeräumten Rechte zum Bezuge von Wasser aus dem Wienflusse sind insofern zu beachten, als die Einlegung der hiefür erforderlichen Leitungsröhren in den Bahnkörper zu gestatten und der Bestand dieser Leitungen zu dulden ist.

13. Die Detailzeichnung über die herzustellenden Bahnobjecte sind der Gemeinde noch vor der Ausführung derselben vorzulegen.

14. Die Bestimmungen des zwischen der Gemeinde Wien und der Commission für Verkehrsanlagen in Wien abgeschlossenen Übereinkommens vom 29. April 1893, betreffend die Vertheilung der Kosten jener Anlagen, welche sowohl die Localbahnlinie der Wiener Stadtbahn als auch die Wienfluss-Regulierung und die Sammelcanäle treffen, sowie die Bestimmungen des Übereinkommens vom 4. Jänner 1895, betreffend die Führung der Bahn von der Stiegerbrücke bis zur

Schlachthausbrücke, werden durch die vorstehenden Erklärungen der Gemeinde Wien nicht geändert.

C. Enteignungsverhandlung.

Nach dem vorliegenden Enteignungsoperate sollen in der Umgebung der Haltestelle „Margarethenergürtel" städtische Gründe für die Schaffung von Zugängen zu der Haltestelle enteignet werden, welche theilweise innerhalb der dort festgestellten Baulinien und weiters theilweise in die Fortsetzung der Flussgasse und in die Gürtelstraße fallen. Nachdem nicht zugegeben werden kann, dass einerseits der Baulinienplan durch die Bahnanlage ungünstig beeinflusst und dass andererseits öffentliche Straßenzüge durch ein Eigenthumsrecht der Stadtbahn in irgendwelcher Weise dem Verfügungsrechte der Gemeinde entzogen werden, so wird hiemit gegen die erwähnte Grundenteignung Einsprache erhoben und diesbezüglich nur die Anspruchnahme jenes Grundausmaßes zugestanden, welches einzig und allein nur für die bauliche Anlage der Bahn und der Haltestelle zwischen Kilometer 6·932 und Kilometer 7·338 erforderlich ist.

Es werden daher die nachstehenden Grundflächen der Catastralgemeinde Margarethen, und zwar ein Theil der Cat.-Parc. Nr. 1740 im Enteignungsoperate mit dem Plane Nr. 1 bezeichnet per 2954·0 m², ein Theil der Cat.-Parc. Nr. 1619/1 im Enteignungsoperate mit dem Plane Nr. 2 bezeichnet per 2401·0 m², ein Theil der Cat.-Parc. Nr. 507 im Enteignungsoperate mit Plan Nr. 3 bezeichnet per 254·0 m² und ein Theil der Cat.-Parc. Nr. 506/2 im Enteignungsoperate mit dem Plane Nr. 4 bezeichnet per 153·0 m², sonach insgesammt die Fläche per 5762 m² aus dem Enteignungsoperate auszuscheiden und bezüglich der Eröffnung der Flussgasse und der Gürtelstraße behufs der Schaffung geeigneter Zugänge zur Haltestelle „Margarethenergürtel" das Einvernehmen mit der Gemeinde Wien zu pflegen sein, wodurch auch die Nothwendigkeit der Inanspruchnahme der Enteignung entfällt.

Der in der Fabriksgasse den Häusern Or.-Nr. 19 bis Or.-Nr. 41 gegenüberliegende, derzeit von der Dampftramway benützte Straßengrund, das ist ein Theil der Cat.-Parc. Nr. 90 Ober-Meidling, im Ausmaße von 1355 m², welcher im Enteignungsoperate mit dem Plane Nr. 7 bezeichnet ist, soll für Bahnzwecke in Anspruch genommen und hiefür enteignet werden.

Hiedurch wird die Möglichkeit benommen, die zwischen den bezeichneten Häusern und dem Wienflusse liegende Grundfläche, wie dies bisher in Aussicht genommen war, für Straßenzwecke zu adaptieren, und da die nunmehr zwischen der Bahnanlage und den Häusern liegende Straße in der ihr verbleibenden Breite von nur 7·5 bis 8·0 m für die Zukunft nicht ausreichend ist, so muss mit der derzeitigen Bauflucht der bezeichneten Häuser um circa 5 m in eine neu zu bestimmende Baulinie zurückgerückt und auf solche Weise eine Straßenbreite von 13 m geschaffen werden.

Die in solcher Weise bei einem Umbaue von den Häusern Or.-Nr. 19 bis Or.-Nr. 41 Fabriksgasse zu Straßenzwecken abzutretenden Grundflächen müssen seitens der Gemeinde an die betreffenden Hauseigenthümer entschädigt werden.

Nachdem die diesbezüglichen Auslagen der Gemeinde nur durch die Bahnanlage verursacht werden und die Commission für Verkehrsanlagen für die erwähnte Inanspruchnahme von Straßengrund ersatzpflichtig ist, so wird bedungen, dass diese Auslagen der Gemeinde vergütet und dass diesbezüglich zwischen der Gemeinde und der Commission für Verkehrsanlagen ein Übereinkommen getroffen werde.

Gegen die weiters in Anspruch genommene Enteignung von städtischen Gründen, insoweit diese Gründe zur Herstellung der Bahnanlage wirklich verwendet werden, wird unter der Voraussetzung keine Einwendung erhoben, dass diese Enteignung im Sinne des Programmes für die finanzielle Sicherstellung und Ausführung der öffentlichen Verkehrsanlagen in Wien erfolgt.

II.

Theilstrecke Wienthalübersetzung — Westbahnhof der Gürtellinie.

A. Stations-Commission.

Gegen die Bezeichnung der Haltestelle „Gumpendorferstraße" wird keine Einwendung erhoben, jedoch ist entweder die Anlage der Haltestelle „Gumpendorferstraße" thunlichst nach rechts zu verschieben und unterhalb dieser Haltestelle ein Durchgang in der Richtung der Clementinengasse herzustellen oder diese Bahnhofanlage zwischen der Gumpendorferstraße und der Mollardgasse herzustellen.

B. Politische Begehung.

1. Die Pfeiler der Hochbahn, welche in der Überführung der Bahn über den Wienfluss sowohl in der Trace der Bahncurve der Wienthallinie, als auch in der Trace der Curve gegen Matzleinsdorf auf die Seitenmauern der Wienfluss-Einwölbung aufgesetzt werden sollen, sind ohne Schädigung oder Beeinträchtigung des Wienfluss-Einwölbungs-Objectes im Einvernehmen mit dem Stadtbauamte durchzuführen. Hierüber sind noch vor Ausführung dieser Pfeiler genaue Detailpläne vorzulegen.

2. Vom Mollardgassen-Viaducte angefangen bis zum Wienflusse ist eine einheitliche Eisenconstruction auf Steinpfeilern herzustellen. Die Situierung derselben ist den dortselbst festgestellten Straßenzügen und Baulinien entsprechend im Einvernehmen mit der Gemeinde anzuordnen. Ferner ist die eiserne Überbrückung im Zuge der Gumpendorferstraße möglichst zu verlängern.

3. Die mit 16 m projectierte Breite der Bahnüberbrückung in Kilometer 2·243 vor der Kirche zur heiligen Maria vom Siege ist auf eine Breite von 36 m zu bringen.

4. Von der Palmgasse bis zu dem offenen Einschnitte am Parke nächst dem Westbahnhofe ist die

Eindeckung ununterbrochen herzustellen. Weiters wird der Wunsch ausgesprochen, dass der Theil von der Kirche bis zur Palmgasse eingedeckt werde.

5. Für den 475 mm weiten Rohrstrang der Hochquellenleitung ist an der Kreuzung derselben durch die Bahn in Kilometer 2·5 ein Rohrcanal projectiert.

Dieser Canal, welcher auf Kosten der Commission für Verkehrsanlagen herzustellen und zu erhalten ist, hat eine Breite von mindestens 2 m und an den beiden Enden schließbare, von der Straße aus zugängliche Einsteigschachte zu erhalten.

Der 190 mm weite Rohrstrang der Hochquellenleitung in Kilometer 2·35, welcher im Projectsplane nicht eingezeichnet erscheint, ist gleichfalls durch die Commission für Verkehrsanlagen auf deren Kosten entsprechend zu schützen. Wenn durch eintretende Gebrechen an der Hochquellenleitung die Anlagen der Stadtbahn in irgendeiner Weise beeinträchtigt werden sollten, leistet die Gemeinde Wien keinen Ersatz.

6. Die für die Anlage der Wienthallinie sub Punkte 1, 2, 4, 12, 13 und 14 aufgestellten Bedingungen haben auch für die Anlage der in Rede stehenden Theilstrecke der Gürtellinie volle Geltung.

C. Enteignungsverhandlung.

Gegen die in Anspruch genommene Enteignung von städtischen Gründen zur Herstellung der Bahnanlage wird unter der Voraussetzung keine Einwendung erhoben, dass die Enteignung nach Maßgabe des Programmes für die finanzielle Sicherstellung und Ausführung von öffentlichen Verkehrsanlagen in Wien erfolgt und dass diese Gründe thatsächlich für den Bahnbau verwendet werden.

Wegen Einlösung der zur Herstellung der inneren Gürtelstraße erforderlichen Gründe in der Strecke von der Mariahilferstraße bis zum Wienflusse ist mit der Commission für Verkehrsanlagen in Verhandlung zu treten.

Sollte wider Erwarten das mehrcitierte Übereinkommen vom 4. Jänner 1895 nicht noch vor der politischen Begehung der in Rede stehenden Bahnstrecken die allseitige definitive Genehmigung erhalten, so sind die in diesem Übereinkommen vorgesehenen Bestimmungen bei der Localverhandlung am 7. und 8. Februar vollinhaltlich zu Protokoll zu geben.

20. (181.) **Referent Gem.-Rath Josef Müller:** Ich habe Bericht zu erstatten über den Antrag zur Zahl 13. Es handelt sich um eine Baulinienbestimmung für die Nussberggasse (Weinberggasse) im XIX. Bezirke. Es ist eine ganz geringfügige Baulinienbestimmung, und zwar für die Gasse, welche unmittelbar hinter dem Brauhause in Nussdorf vorbeiführt. Für diese Straße ist bereits vom Ministerium ein Theil mit Baulinien versehen worden, und zwar in der Strecke zwischen C und D. Es ist daselbst die Straße unter Zugrundelegung einer Breite von 15·17 m = 8° festgesetzt worden und ist auch an der nördlichen Seite ein Vorgarten mit 5·70 m projectiert worden. Infolge des Einschreitens des Eigenthümers der Einl.-Z. 87, Parc. 79, bezüglich eines Baues muss nun die Fortsetzung dieser Straße bestimmt werden. Dieselbe ist unter denselben Bedingungen, d. h. unter einer Straßenbreite von 8° = 15·17 m unter Festhaltung eines Vorgartens mit 5·70 m festgestellt worden, und zwar nach den Linien C, B, A, wie sie im Plane mit gestrichelten Linien ersichtlich gemacht sind. Im Hinblicke auf den General-Regulierungsplan soll nur ein Theil dieser Baulinien bestimmt werden.

Bezüglich des Niveaus ist zu bemerken, dass dasselbe derzeit nicht zu bestimmen ist, und zwar aus dem Grunde, weil die Arbeiten bezüglich der Bestimmung des Niveaus eine größere Zeit in Anspruch nehmen müssten, und dieser Umstand den Erbauer an der Erbauung seines Hauses hindern würde. Es ist auch keine große Gefahr vorhanden, wenn man das Niveau jetzt nicht bestimmt, und zwar deshalb, weil gegen die Straße ein ziemlich breiter Vorgarten mit 5·7 m herzustellen ist und weil das Terrain von der Straße gegen Norden hin ziemlich ansteigend ist, so dass jedenfalls das Gebäude nicht im Niveau der jetzigen Straße, sondern so ziemlich im zukünftigen Niveau hergestellt wird. Ich ersuche daher um Annahme des Ihnen zur Zahl 13 vorliegenden Antrages.

Gem.-Rath Steiner: Ich habe gegen das Referat weiter gar nichts einzuwenden, als gegen den letzten Satz, welcher in der Motivierung dieses Antrages enthalten ist. Es soll nämlich die Baulinie bestimmt werden, die Bestimmung des Niveaus dagegen dem General-Regulierungsplane vorbehalten werden.

Meine Herren! Ein Haus steht schon, dasselbe steht zweifellos circa um 1 m zu hoch; wie ich gestern bei einem Baumeister in Erfahrung gebracht habe, muss dort, wenn ein richtiges Niveau hergestellt werden soll, zweifellos 1 m abgegraben werden. Nun will wieder jemand ein Wirtschaftsgebäude bauen, er wird eine Einfahrt brauchen; sobald das Niveau bestimmt wird, wird er nicht in sein Haus hineinfahren können und er ist dadurch geschädigt. Wer entschädigt ihn dann? Man wird sagen, wenn er nicht mit der Baulinienbestimmung zufrieden ist, so soll er, wie das oft geschieht, recurrieren. Ich erlaube mir aber da gleichzeitig zu bemerken, ob denn die niederösterreichische Baudeputation schläft?

Bürgermeister (unterbrechend): Ich bitte von einer Behörde nicht in einem solchen Tone zu sprechen und andere Ausdrücke zu wählen.

Gem.-Rath Steiner (fortfahrend): Ich bitte, Herr Bürgermeister, es dauert sechs bis sieben Monate, bis ein Baumeister eine Erledigung von der Baudeputation bekommt. Es wird der geehrte Herr Referent damit einverstanden sein, wenn ich diese Bemerkung mache. Es werden oft von den Anrainern Chicanen gegen den Baumeister geübt. Wird ein Recurs bei der Baudeputation zum Beispiel im Mai eingebracht, so vertagt sie sich im Laufe des Sommers geht einige Monate auf Urlaub und der betreffende Baumeister ist am Bau gehindert. Wenn die Baudeputation eine Behörde ist, welche Entscheidungen trifft, dann hat sie entweder zu verfügen oder ist aufzulösen. Das ist meine Ansicht. Denn es geht nicht an, wie es im XIX. Bezirke vorgekommen ist, wo ein Baumeister, der in der Barawitzkastraße ein zwei Stock hohes Haus aufgeführt hat, weil die Anrainer ihn chicaniert haben, die Feuermauer façadieren muss'e. Es ist ihm mitgetheilt worden, Sie gewinnen den Recurs, wenn Sie recurrieren; aber der Baumeister hat gesagt, ich kann nicht das Geschäft verlieren; so hat denn der Baumeister die Feuermauer façadiert und unnöthige Auslagen gehabt.

Wenn die Baulinie bestimmt wird, wie der Herr Referent vorschlägt, werden dieselben Fatalitäten herauskommen, es wird

der eine oder andere Grundbesitzer sich nicht einverstanden erklären; man wird von Seite des Magistrates mittheilen, recurrieren Sie an die Baudeputation und es wird ein Process herauskommen. Ich kann bedauerlicherweise mit Rücksicht auf diesen Passus diesem Referate nicht zustimmen, außer es wird das Bauamt beauftragt, für dieses Stück das Niveau festzusetzen. Gar so viel zu regulieren wird es dort nicht geben, weil hiebei der Nussberg ist, das ist schon ein Ausläufer von Wien. Es ist dort nicht vielmehr mit dem General-Regulierungsplane zu experimentieren. Ich erlaube mir daher den Antrag zu stellen, das Bauamt werde aufgefordert, das Niveau schon heute für diese Strecke festzusetzen, und ich bitte Sie, diesen Antrag anzunehmen. Es geht nicht an, die Baulinie zu bestimmen, ohne gleichzeitig dem Baumeister und Bauwerber das Niveau bekanntzugeben.

Bürgermeister: Das ist ein motivierter Vertagungs-Antrag. Wünscht noch jemand das Wort?

Gem.-Rath v. Bachofen: Ich bin der Meinung, dass hier bezüglich des Niveaus gar keine Gefahr besteht. An dieser Stelle stehen nämlich bereits sechs Häuser im natürlichen Niveau, und dieses Haus kommt zwischen zwei andere Häuser, die dort schon stehen. Ich glaube also, dass das Niveau, wie es augenblicklich ist, eingehalten werden muss, und wenn auch die Straße später das neue richtige Niveau bekommt, so glaube ich doch, dass es nicht derart tief sein wird, dass der betreffende Herr keine Einfahrt in sein Haus bekäme, weil ja eine breite Straße und breite Vorgärten vorgeschrieben sind. Die anderen Häuser sind ja in demselben natürlichen Niveau, und dieses Haus kommt zwischen zwei bereits bestehende Häuser zu stehen, so dass, wie ich glaube, keine Gefahr in dieser Beziehung vorhanden ist.

Referent: Ich will nur bemerken, dass, wenn Sie den letzten Antrag annehmen, der Bauwerber sehr lange warten müsste, bis er zum Bau kommen würde, weil dann zuerst die ganze Aufnahme des Terrains erfolgen und eine weite Strecke abnivelliert werden müsste, um zu sehen, wie sich die anderen Straßen mit dieser Straße in Verbindung setzen. Ich bemerke auch, dass ein großer Unterschied zwischen dem jetzigen und zukünftigen Niveau nicht eintreten wird. Wenn auch eine geringfügige Änderung in der Straße vorgenommen wird, so kann sie nur dahin gehen, dass dieselbe höher gelegt wird — tiefer kann sie nicht gelegt werden, weil die anrainenden Weingärten steil ansteigen. Nun bemerke ich auch, dass zwischen der Straße und der eigentlichen Baulinie ein Vorgarten von 5·7 m freisteht. Dieser Raum darf nicht verbaut werden, und es muss also das Haus nicht bloß hinter die Straßenlinie, sondern auch hinter die Vorgartenlinie zurückstehen, so dass sich der Eigenthümer noch immer einen Zugang machen kann. Dann wird das ja bei der Baucommission jedenfalls zur Erörterung kommen, und zwar muss sich der Bauwerber bei dieser verpflichten, dass er bei der Hebung des Niveaus wegen dieser geringfügigen Senkung keinen Anspruch erheben wird. Meiner Ansicht nach ist also gar keine Gefahr vorhanden, wenn man den Mann bauen lässt und ihn nicht erst warten lässt, bis die Regulierung des Niveaus fertig ist. Ich glaube daher, dass die Sache nicht zu vertagen ist, damit man den Mann nicht schädigt, weil ja das Niveau gewiss nicht bedeutend verändert wird.

Ich bitte Sie also, für die Anträge des Stadtrathes zu stimmen.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. Gegen den Stadtraths-Antrag an jener Stelle, wo es heißt, es sei das Niveau in suspenso zu belassen, bis der General-Regulierungsplan festgestellt sein werde, beantragt Herr Gem.-Rath Steiner, es sei unter einem mit der Baulinie auch das Niveau zu bestimmen, es sei also demgemäß der Act an das Bauamt zurückzuleiten.

Ich bitte diejenigen Herren, welche für den Antrag Steiner sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Nun bitte ich diejenigen Herren, welche mit den Referenten-Anträgen einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen. (Gem.-Rath Jedlička: Die Hausherren werden sich bei Euch bedanken!)

Beschluss: Die Baulinie für die Nussberggasse (Weinberggasse) im XIX. Bezirke wird in der Strecke von der Cat.-Parc. 821 bis inclusive 795 bei einer Straßenbreite von 15·17 m nach der im Plane gezogenen Linie A B C bestimmt, daselbst die Herstellung eines 5·7 m breiten Vorgartens angeordnet und die Verbauung nur mit einzelnstehenden oder zu zweien gekuppelten Wohnhäusern mit höchstens zwei Stockwerken und ein Parterregeschoss festgesetzt; die Bestimmung des Niveaus dagegen dem General-Regulierungsplane vorbehalten.

21. (347.) **Referent Gem.-Rath Mayer:** Ich habe die Ehre, zu referieren, und zwar um einen Zuschusscredit zur Ausgabs-Rubrik „Auslagen für die Friedhöfe in den neueinbezogenen Vororten" zu ersuchen.

Auf dieser Rubrik sind bisher aufgelaufen für Bezüge, Renten u. dgl. 3509 fl. 27½ kr., für den Beerdigungsdienst 18.881 fl. 83½ kr., für bauliche Herstellungen 12.053 fl. 51 kr., für die Herstellung von Grüften, Wasserzufuhr, Sitzbänke, Abortanlagen 11.479 fl. 9 kr. Ferner wird von der Buchhaltung bemerkt, dass im Jahre 1894 noch Zahlungen in der Höhe von 500 fl. beansprucht werden, daher in Summa 46.423 fl. 71 kr. Davon sind präliminiert 28.190 fl. Vom Gemeinderathe wurden seinerzeit für Anschaffung von Versenkungsapparaten 1237 fl. bewilligt und in der Competenz des Stadtrathes Ausgaben in der Höhe von 5000 fl., also im ganzen die Summe von 34.427 fl.; daher die Fehlsumme von 11.976 fl. 71 kr. und es wird ersucht, zu dieser Rubrik einen Zuschusscredit von 12.000 fl. zu gewähren.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vice-Bürgermeister Matzenauer (welcher inzwischen den Vorsitz übernommen hat): Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall, ich erkläre den Antrag für angenommen.

Beschluss: Zur Ausg.-Rubr. XXXIII 4 „Auslagen für die Friedhöfe in den einbezogenen Vorortegemeinden" wird für das Jahr 1894 ein Zuschusscredit von rund 12.000 fl. bewilligt.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Ich bitte den Herrn Bürgermeister, zu referieren.

22. (753.) **Referent Bürgermeister Dr. Grübl:** Im Laufe der letzten Jahre sind einige Angelegenheiten hervorgetreten, welche die Interessen der Gemeinde Wien berühren und von denen es zweifellos ist, dass sie mehr oder weniger in gleicher Weise auch die Interessen der übrigen Landeshauptstädte, ja vielleicht noch vieler anderer Städte berühren. Es ist das zunächst die Frage der Kosten des übertragenen Wirkungskreises, insbesondere der Agenden der

politischen Behörde I. Instanz, es ist weiter die Angelegenheit der Regelung des Heimatsrechtes, beziehungsweise der damit verbundenen Kosten, wenn die Regelung in einer solchen Weise erfolgen soll, wie sie von der Regierung geplant ist, und endlich ist es jetzt die Stellungnahme zur Steuerreform.

Ich war der Meinung, dass es nothwendig sei, zu diesen Fragen Stellung zu nehmen, und zwar gerade jetzt, weil die Steuerreform vor der Thür steht, indem sich demnächst der Reichsrath mit dieser Angelegenheit beschäftigen wird, und weil es nothwendig ist, bei dieser Berathung die Interessen der Gemeinde zu wahren und hinzuweisen auf die großen Auslagen, welche den Gemeinden erwachsen, auf die Vermehrung dieser Auslagen, die insbesondere dann eintreten würde, wenn das Heimatsrecht in derjenigen Weise reformiert wird, wie das in der Regierungsvorlage vorgesehen ist. Bei dieser Gelegenheit wäre auch hinzuweisen auf die Mittel, welche diesfalls ergriffen werden sollen und können. Im Sinne dieser Anschauung habe ich mich, die Zustimmung des löblichen Gemeinderathes voraussetzend, mit den Provinzial-Hauptstädten ins Einvernehmen gesetzt und an sie die Anfrage gerichtet, ob sie, wenn der löbliche Gemeinderath von Wien einen Städtetag zur Berathung dieser Angelegenheit einberufen würde, diesem Rufe folgen wollten.

Es ist nun nahezu von sämmtlichen Vertretungen der Landeshauptstädte der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder eine zustimmende Antwort eingelangt, ich glaube nur von zwei Gemeindevertretungen ist sie noch ausstehend.

Sämmtliche Gemeindevertretungen haben sich zustimmend geäußert, sie haben sich einverstanden erklärt mit den Bestimmungen dieser Tagesordnung und es ist nun Sache des löblichen Gemeinderathes, sich einverstanden zu erklären mit dem diesfälligen Antrage des Stadtrathes, den Städtetag einzuberufen mit der in den bisherigen Bemerkungen skizzierten Tagesordnung.

Mein erster Antrag geht also dahin: Der löbliche Gemeinderath möge sich mit der Einberufung des Städtetages einverstanden erklären. Auf diesem Städtetage sollen die drei Fragen zur Erörterung kommen, welche ich bereits angeführt habe. In welcher Weise die Delegierten der Stadt Wien zu diesen Fragen Stellung nehmen sollen, ist nun Gegenstand einer weiteren Beschlussfassung. Meine Aufgabe ist es nur, die Versammlung zu bitten, die Delegierten der Gemeinde Wien zu ermächtigen, sie mögen bei diesem Städtetage in Bezug auf die Regelung des Heimatsrechtes jenen Standpunkt einnehmen, welchen der löbliche Gemeinderath in der diesfälligen, an die hohe Regierung und Reichsvertretung gerichteten Petition eingenommen hat.

Hinsichtlich der Stellungnahme zu den beiden noch übrigen Fragen werden zwei andere Referenten des Stadtrathes die Ehre haben, Ihnen Vorschläge zu machen.

Ich bitte um Ihre Genehmigung. (Rufe: Einverstanden!)

Gem.-Rath Heiler: Ich habe seinerzeit als Mitglied der Approvisionierungs-Commission folgenden Antrag gestellt:

„Der Gemeinderath möge beschließen, es sei behufs Berathung über die gegen die Fleischtheuerung zu ergreifenden Maßnahmen, sowie über die Mittel und Wege zur Hebung der heimischen Viehzucht und der besseren Beschickung der Viehmärkte mit Schlachtthieren ein österreichischer Städtetag nach Wien einzuberufen und die nöthigen Vorarbeiten hiezu unverzüglich in Angriff zu nehmen."

Nachdem es doch nicht angeht, dass in kurzer Zeit wieder ein Städtetag einberufen wird, erlaube ich mir an den Herrn Bürgermeister die Anfrage, ob über diesen Gegenstand im Stadtrathe verhandelt wurde, und welche Ursachen sind, dass dieser Antrag nicht als Programmnummer des anzuberaumenden Städtetages aufgenommen wurde?

Referent: Hierauf kann ich dem geehrten Herrn Vorredner erwidern, dass dies bereits Gegenstand der Erörterung war, und zwar sowohl beim Magistrate als im Stadtrathe. Der Magistrat und der Stadtrath haben sich der Ansicht angeschlossen, dass diese Angelegenheit nicht auf die Tagesordnung des Städtetages gesetzt werden soll. Wir hätten ja noch eine Reihe von anderen Angelegenheiten, welche zweifellos die Interessen der Stadt Wien und vielleicht auch die von Provinzial-Hauptstädten berühren. Andererseits aber ist zu beachten, dass die Interessen anderer Städte in diametralem Gegensatze zu den Interessen der Gemeinde Wien stehen, und wir haben geglaubt, wir sollen solche Fragen, bei denen möglicherweise ein Zwiespalt entstehen könnte, nicht auf die Tagesordnung des Städtetages setzen, wir sollen von der Erörterung derselben Umgang nehmen, weil es dem Ansehen des Städtetages und der Wirkung seines Votums entschieden abträglich wäre, wenn Differenzen, Meinungsgegensätze und divergierende Ansichten dabei zum Ausdrucke kämen.

Derlei Differenzen soll man vermeiden und daher nur solche Gegenstände auf die Tagesordnung setzen, bei denen ein einmüthiges Votum zu gewärtigen ist. Ich bin auch der Ansicht, dass die Approvisionierung Wiens eine Angelegenheit für sich ist, dass Wien in dieser Frage ein ganz specifisches und exceptionelles Interesse hat und dass es diese seine Interessen für sich wahren muss und dabei auch schwerlich einen Bundesgenossen finden wird. Im Gegentheile! Je mehr wir uns umsehen, desto mehr Gegensätze finden wir zwischen unseren und den Interessen des Landes und anderer Städte.

Das waren die Gründe, aus welchen es uns unmöglich war, dem Wunsche des Herrn Vorredners zu entsprechen; ich kann ihn aber versichern, dass unsere Ämter der Sache ihre thunlichste Aufmerksamkeit zuwenden.

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Es ist selbstverständlich (Unruhe links), dass man dem Antrage des Herrn Bürgermeisters, einen Städtetag einzuberufen, zustimmen muss. Jedoch hat der Herr Bürgermeister eine Wendung gebraucht, welche ich in dem Antrage des Herrn St.-R. Dr. Vogler wiederfinde. Es scheint nämlich, dass die Delegierten der Gemeinde Wien mit gebundener Marschroute vor den Städtetag hintreten sollen. Es ist hier gesagt, dass die Delegierten der Gemeinde Wiens . . . (Lärm links.) Ja, meine Herren, es scheint, dass Sie hier eine Demonstration vorhaben. Ich werde mich aber in keiner Weise terrorisieren lassen, das kann ich Ihnen sagen.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Ich bitte doch dem Herrn Redner die Möglichkeit zu geben, sich verständlich zu machen.

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Es ist die Frage, ob unsere Delegierten mit gebundener Marschroute eintreten sollen oder nicht. (Erneuerter Lärm links.) Ja, ich werde solange nicht das Wort wieder ergreifen, bis wir nicht Ruhe haben. Ich lasse mir als gewählter Gemeinderath das Recht, meine Meinung zu sagen, in keiner Weise nehmen. Ich bin vollständig dafür, dass die Gemeinde Wien . . . . (Lebhafte Unruhe und Rufe links: Wir sind ja einverstanden!)

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Ich muss doch um Redefreiheit für jeden Redner bitten. (Zwischenrufe links.) Ich bitte den Herrn Redner, fortzufahren.

Gem.-Rath Dr. Friedjung (fortfahrend): Ich meine nicht (Erneuerte Unruhe links) . . . . . Ja, wenn wir Ihnen gegenüber eine derartige Taktik einschlagen würden, so würden Sie sagen, dass Sie in bübischer Weise behandelt werden, wenn man Sie nicht zu Worte kommen ließe. Es ist klar, dass Sie eine solche Taktik mir oder sonsteinem Mitgliede des Gemeinderathes gegenüber einschlagen wollen.

Ich werde mich nicht scheuen, ein solches Betragen so zu kennzeichnen und zu brandmarken, wie es nothwendig ist. (Stürmischer Widerspruch und Zwischenrufe links.)

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Sie machen ja jede Berathung unmöglich, ich bitte doch um Ruhe.

Gem.-Rath Dr. Friedjung (fortfahrend): Ich bin mir bewusst, im Interesse der Redefreiheit . . . . . (Erneuerte lebhafte Unruhe links.)

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Ich bitte, meine Herren, es geht nicht an, durch einen solchen Terrorismus den Herrn Redner am Sprechen zu verhindern. Ich muss um Ruhe bitten! (Lebhafter Widerspruch und Zwischenrufe links.)

Gem.-Rath Dr. Friedjung (fortfahrend): Es scheint mir nicht gerechtfertigt zu sein . . . . . (Erneuerte Unruhe links.) Ja, meine Herren, die Sitzung wird nicht fortgesetzt werden, und ich werde auf das Wort nicht verzichten. Ich werde mich in keiner Weise terrorisieren lassen; es geschieht im Interesse der Redefreiheit, dass ich darauf beharre, dass mir das Wort gegeben werde.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Ich bitte, in der Rede fortzufahren.

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Ich bitte, Herr Vice-Bürgermeister, ich habe ein Recht darauf, dass Sie mir das Wort verschaffen, und wenn Sie es mir auch durch die schärfsten Maßregeln erzwingen. (Unruhe und Widerspruch links. — Vice-Bürgermeister Matzenauer gibt wiederholt das Glockenzeichen. — Lebhafte Zwischenrufe. — Gem.-Rath Frauenberger: Vielleicht gehen die Herren ein bisschen hinaus!)

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Ich bitte, keine Provocationen! (Zwischenrufe.) Ich bitte, keine Dialoge! Ich bitte um Ruhe und ersuche den Herrn Redner, fortzufahren ohne Provocation. Es geht nicht an, es vom Belieben eines Theiles der Versammlung abhängig zu machen, ob ein Redner sprechen darf oder nicht. Jeder hat hier das Recht, zu sprechen, wenn er zur Sache spricht, und Sie müssen ihn daher ruhig anhören. Ich bitte also nochmals um Ruhe! (Lebhafte Unruhe links und Zwischenrufe.)

Ich bitte, keine Apostrophierungen. Ich bitte einfach um Ruhe. (Gem.-Rath Steiner: Herr Dr. Rechansky hat erklärt, er duldet das nicht!)

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Ich allein habe das Wort! (Lärm links.)

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Meine Herren, wenn nicht Ruhe eintritt, bin ich genöthigt, die Sitzung zu unterbrechen. Es muss dem Redner gestattet sein, zur Sache zu sprechen. (Gem.-Rath Gregorig: Er soll nicht schimpfen, er hat geschimpft! — Andauernde Unruhe links.) Vice-Bürgermeister Matzenauer (das Glockenzeichen gebend): Herr Dr. Friedjung, ich bitte fortzufahren.

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Ich bedauere sehr, ich kann mit meiner Stimme mich nicht so anstrengen, um mich selbst zu schädigen. Ich bestehe darauf, dass die Redefreiheit auch für mich gewahrt werde. (Neuerliche Unruhe links.)

Vice-Bürgermeister Matzenauer (das Glockenzeichen gebend): Wenn nicht Ruhe eintritt, bin ich genöthigt, die Sitzung zu unterbrechen. Ich wiederhole dies nochmals.

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Es ist ja klar, dass die Herren den Parlamentarismus unmöglich machen wollen, dass sie durch ihr Verhalten, welches jedem Anstande Hohn spricht, unsere parlamentarischen Vertretungen . . . (Lebhafter Widerspruch und Unruhe links.)

Vice-Bürgermeister Matzenauer (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte nochmals um Ruhe.

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Es scheint mir, meine Herren, nicht möglich zu sein, dass wir den Delegierten der Stadt Wien in dem Sinne gebundene Marschroute geben, dass sie unmöglich Vorschlägen, welche von anderer Seite erfolgen . . . (Neuerliche Unterbrechungen und Unruhe links.)

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Ich bitte, fortzufahren.

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Die Folge davon wäre, dass, wenn auf dem Städtetage von irgendeiner Seite ein anderer Antrag gestellt würde, welcher verständig ist, unsere Delegierten nicht in der Lage wären, diesem Antrage zuzustimmen. Wir müssen darauf gefasst sein und können erwarten, dass auch die Delegierten der Städte Graz oder Prag oder sonst einer anderen Stadt Vorschläge machen werden, welche von unseren Delegierten mit Freude begrüßt werden, weil sie vielleicht sachgemäß sind und das Interesse der Bevölkerung im Auge haben. Es ist demnach nicht möglich, dass wir unseren Delegierten den Auftrag geben, dass sie lediglich für diese Anträge stimmen und sonst für keinen anderen. Wenn aber der Antrag des Herrn Stadtrathes Dr. Vogler, den der Herr Bürgermeister in seiner Rede auch aufgenommen hat, acceptiert würde, wenn thatsächlich die Delegierten der Stadt Wien, wie der Antrag Vogler lautet, die in den Beilagen C und D vorliegenden Anträge zu vertreten hätten, so wäre es nicht möglich, dass unsere Delegierten auch andere Anträge acceptieren, welche von Delegierten von außerhalb Wiens vorgebracht werden. Da nun dies ein Übelstand ist, dem abgeholfen werden muss, so würde ich beantragen, dass es heiße, es werden die in den inliegenden Beilagen enthaltenen Anträge dem Städtetage vorgelegt.

Es ist ganz selbstverständlich, dass unsere Delegierten sich in erster Linie verpflichtet fühlen werden, die Anträge, welche die Gemeinde Wien vorgelegt hat, zu vertreten, aber sie müssen die Möglichkeit haben, auch andere Dinge zu acceptieren.

Dies ist der Inhalt des Antrages, welchen ich Ihnen zu unterbreiten habe.

Ich schließe, indem ich gegen das Vorgehen protestiere, welches einer durchaus unanständigen Gesinnung entspringt. (Rufe links: Frechheit! — Was ist das für eine Manier? — Den Juden ausschließen!) Ich fordere die Herren, welche beleidigende Zurufe machen, jeden der Herren . . . . (Stürmische Unterbrechung links), welche mich beleidigen wollen, auf, vorzutreten. Wer mich beleidigen will, den werde ich zur Rechenschaft ziehen. (Zu Herrn Gem.-Rath Josef Grünbeck, der dem Redner entgegentritt, gewendet:) Wollen Sie mich beleidigen, dann werde ich Sie zur Rechenschaft ziehen. (Widerspruch links. — Gem.-Rath Pursch: Der Jude dictiert dem Gemeinderathe!) Ich fordere jeden Herrn, der mich beleidigen will, auf, sich zu melden, ich werde den Herrn zur Rechenschaft ziehen und werde sehen, ob er die Courage hat, mir

entgegenzutreten. (Lärmender Widerspruch links.) Anonyme Beleidigungen und Beschimpfungen sind eine Feigheit, eine erbärmliche Feigheit! Dagegen wünsche ich, dass der Herr mir das sagt, dass ich es verstehe, damit ich einen derartigen unanständigen Buben zur Rechenschaft ziehen kann. Ich werde jedermann, der mich beleidigen will, Rede stehen und ihm auch mit Waffen Rede stehen; das aber ist eine Feigheit und Gemeinheit. (Lärm links. — Vice-Bürgermeister Matzenauer gibt wiederholt das Glockenzeichen.) Wer ist denn der Beleidiger, er möge nur vortreten! Heraus mit diesem Menschen! Wer hat den Muth? Heraus!

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Ich bitte um Ruhe. (Gegen Gem.-Rath Dr. Friedjung:) Ich bitte, nicht zu provocieren.

Gem.-Rath Dr. Friedjung (fortfahrend): Da muss ich protestieren. Ich werde sehen, wer es wagt, mich Auge im Auge zu beleidigen. Den werde ich zur Rechenschaft ziehen. (Lärm links.)

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Ich habe in diesem Lärme nicht hören können, was Herr Dr. Friedjung gesprochen hat. Ich werde mir aber das Stenogramm vorlegen lassen und nach Einsicht desselben entsprechend vorgehen. In diesem Momente habe ich darüber kein Urtheil, weil ich die Worte nicht gehört habe.

Gem.-Rath Gregorig (zur Geschäftsordnung): Als kürzlich von der Seite drüben (rechts) provociert wurde, hat Herr College Geßmann ein Wort gesprochen, das er gewiss bedauert hat, aber er ist ausgeschlossen worden. Jetzt hat drüben Herr Gem.-Rath Dr. Friedjung gesagt, es sei ein bübisches Benehmen! Dieser Mann wurde nicht getadelt; so behandelt man uns! Ich constatiere nur, wie die Geschäftsordnung nur zu dem Zwecke gemacht wurde, um die Minorität zu knebeln und damit Dinge, die in der Majorität vorkommen, nicht zur Sprache gebracht werden sollen. Wenn jemand auf unserer Seite spricht und sein Recht vertritt, so wird er ausgeschlossen, aber von der Majorität können die größten Beschimpfungen fallen, und das wird nicht gerügt. Ich gratuliere dem Präsidium und der Majorität, dieser liberalen, reactionären Majorität zu ihrem Auftreten.

Referent: Meine Herren! Derlei Vorfälle, wie die eben vorgekommenen, sind tief bedauerlich. (Zwischenruf links.) Herr Gemeinderath, so lässt sich nicht verhandeln. — Sie dürfen nicht nach jedem Worte, das von der anderen Seite gesprochen wird, unterbrechen. Das, was der Herr Gem.-Rath Gregorig gesprochen hat, trifft nicht zu. (Gem.-Rath Jedlička: Das ist Thatsache!) Aber hören Sie doch und schreien Sie nicht; das schickt sich nicht!

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Ich bitte, nicht fortwährend den Herrn Bürgermeister zu unterbrechen.

Referent: Herr Gem.-Rath Dr. Friedjung hat nicht gesagt, dass das bübisch sei, sondern, wenn Sie sich recht erinnern, hat er gesagt, Sie würden ein solches Benehmen bübisch nennen. Das hat er gesagt (Widerspruch links) und das habe ich gehört. Das Benehmen nämlich ... (Lebhafte Zwischenrufe links.) Hören Sie doch, meine Herren, und machen Sie keinen Spectakel. Das ist nicht würdig, dass man, wenn ein Redner sich erhebt und zu sprechen beginnt, Geräusch macht und ihm das Sprechen unmöglich macht. Das ist eine Verletzung der Rechte der hier erschienenen Gewählten und auch eine Beleidigung der Wähler. Die Wähler schicken die Gewählten herein, damit sie hier sprechen und ihre Ansicht vertreten, und wenn Sie die Gewählten an dieser Geltendmachung ihres wichtigsten Rechtes, das sich kein Mitglied der Versammlung verkürzen lassen darf, verhindern, so ist das eine schwere Verletzung der parlamentarischen Pflichten. (Lebhafter Beifall rechts — lebhafter Widerspruch links.) Das muss jeder einsehen.

Nun glaube ich aber, wäre es am besten, wenn wir der Scene ein Ende machen. (Ruf links: O nein!) Nicht? Nun, dann bitte ich, fahren Sie fort, wenn es Ihnen Vergnügen macht.

Gem.-Rath Dr. Geßmann (zur Geschäftsordnung): Meine Herren! Ich constatiere in aller Ruhe und mit allem Gleichmuthe nur folgendes:

Es hat der Herr Redner aus dem I. Bezirke ausdrücklich erklärt, er werde sich hier mit den Waffen in der Hand die Ruhe und Ordnung schaffen (Widerspruch rechts. Gem.-Rath Dr. Friedjung: Oho!) oder fordern. Nun, meine Herren, wenn die Herren mit dergleichen Dingen kommen, so werden Sie uns eventuell gewappnet finden, aber es muss gewiss einen sehr eigenthümlichen Eindruck machen, wenn dergleichen Äußerungen seitens des Präsidiums in keiner Weise gerügt werden.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Ich habe schon erklärt, dass ich in dem Tumult nicht in der Lage war, die Äußerung des Herrn Gem.-Rathes Dr. Friedjung vernehmen zu können, dass ich mir aber das Stenogramm werde vorlegen lassen und dementsprechend dann handeln werde.

Gem.-Rath Dr. Geßmann (fortfahrend): Ich erlaube mir dann nur eine Bemerkung anzufügen. Es wird gegen uns immer der Vorwurf erhoben, dass wir unterbrechen. Der sehr verehrte Herr Präsident möge verzeihen, aber gerade von seiner Seite wird diese Übung in ausgedehntestem Maße prakticiert. Er hat den Beweis gerade in diesem Augenblicke geliefert. Ich habe noch nicht ausgesprochen und der geehrte Herr Präsident ist mir sofort und zwar in sehr erregter Weise in das Wort gefallen. Aber die Thatsache steht auch fest, der letzte Redner aus der Inneren Stadt hat nicht bei der Gelegenheit, die der Herr Bürgermeister angeführt hat, sondern am Schlusse seiner Ausführungen viel schärfere Ausdrücke gebraucht und hat von unanständigen Buben gesprochen. Nun, hochverehrtes Präsidium, das passt nicht! Die Ursache, warum hier so häufig — ich gebe es ja zu — eine so erregte Stimmung herrscht, liegt einfach darin, dass die Handhabung der Geschäftsordnung durchaus keine unparteiische ist. (So ist es! links.) Meine Herren, gleiches Maß für alle! Der Präsident, der die Maßregeln, die Maßnahmen und Vorschriften der Geschäftsordnung nach allen Seiten hin in gleicher Weise handhabt, wird gewiss auch beim ganzen Hause gebürende Achtung finden. Das aber, meine Herren, geht nicht, dass dem einen ein unüberlegt herausgeworfenes Wort übelgenommen und mit dem schwersten Disciplinarmittel gegen ihn vorgangen wird, während in anderen Fällen über die Sache einfach geschwiegen und davon keine Kenntnis genommen wird. Wenn man das durch Jahre durchmacht, wie es hier der Fall ist, dann begreift es sich, wenn man erregt ist, weil man ja weiß, es existiert gar nichts anderes als gewissermaßen eine Selbsthilfe. Vom Präsidium hat die Minorität nicht die geringste Berücksichtigung, nicht die geringste Maßnahme, die in der Geschäftsordnung auch zu ihrem Schutze vorgeschrieben ist, zu erwarten.

Ich betone noch einmal, es ist diesem Herrn vorbehalten gewesen, zu sagen, dass er mit den Waffen in der Hand Rechenschaft fordern wird. (Widerspruch rechts.) Die Herren mögen es nur darauf ankommen lassen, eventuell wird sich auch darauf eine Antwort finden. Es muss das aber constatiert werden, damit nicht

draußen und in einer gewissen Presse die Sache so dargestellt wird, als ob wir Raufbolde wären. Mit solchen Raufbolden werden wir schon fertig werden, aber eine solche Verdrehung lassen wir uns nicht gefallen.

Referent (zur Geschäftsordnung): Meine Herren! Ich habe nicht gehört, ob Herr Dr. Friedjung diese Worte gebraucht hat oder nicht. Und wenn ich sage, ich habe sie nicht gehört, so können Sie mir glauben. Ich wäre nicht in der Lage gewesen, eine Verfügung zu treffen, weil ich nicht den Vorsitz gehabt habe und gleichfalls unter der Disciplin des Vorsitzenden stehe, wenn ich hier referiere; aber das eine muss ich sagen, den Vorwurf des Herrn Dr. Geßmann, dass das Präsidium irgendwie parteiisch vorgeht, weise ich mit aller Entschiedenheit zurück. Ich habe vom ersten Tage an, an welchem ich zum Bürgermeister gewählt worden bin, es mir zur Pflicht und Aufgabe gemacht, unparteiisch vorzugehen und — ich glaube — das Zeugnis kann ich für mich in Anspruch nehmen, dass ich mit der größten Geduld vorgegangen bin und dass ich lange zugesehen habe, vielleicht zu lange, bis ich mich zu einer schärferen Maßregel habe entschließen können, das alles deswegen, weil ich gehofft habe, es werde mir auf solche Weise eher gelingen, in dieser Versammlung einen ruhigen, einen der Versammlung würdigen Ton herbeizuführen.

Es war das auch manchmal möglich, zeitweise möglich. Leider kommen derartige Ereignisse und Excesse, wie wir heute einen erlebt haben, und die vom Standpunkte der Versammlung und deren Würde tief zu beklagen sind, öfters vor.

Ich glaube, wir sollten uns an einem solchen Abende vornehmen, uns so zu verhalten, dass derlei einfach unmöglich ist und sollten alles vermeiden, was geeignet ist, einen Mitbürger zu verletzen oder zu provocieren. Das ist meine Ansicht.

Gem.-Rath Gregorig (zur Geschäftsordnung): Der geehrte Herr Bürgermeister hat zuvor gesagt, dass die Gemeinderäthe von ihren Wählern hereingeschickt wurden, um zu arbeiten und an den Arbeiten der Commune theilzunehmen. Das sei unanständig, wenn man einen Redner stört. Ich acceptiere das.

Wir aber sind durch die Majorität verhindert, an irgendwelchen positiven Arbeiten der Commune theilzunehmen. Wir sind in keiner Section, wir sind nicht im Stadtrathe. Ich werde einfach die Kutsche retourgeben, die uns der Herr Bürgermeister gegeben hat.

Gem.-Rath Steiner (zur Geschäftsordnung): Meine Herren! Das ist aber doch unglaublich! Ich bin zum Beispiel ganz ruhig hier gesessen, ich habe mich gar nicht gerührt. Provociert hat Herr Gem.-Rath Dr. Friedjung, das ist zweifellos; und das Präsidium, sowie der geehrte Herr Bürgermeister als Referent belehren uns jetzt förmlich, als wenn wir die Schuldigen wären. (Rufe rechts: Gewiss!) Ich bin ganz ruhig hier gesessen, constatiere aber eines, dass mich ad personam Herr Gem.-Rath Dr. Friedjung nicht beleidigt. (Gem.-Rath Gregorig: Ein Jude kann nicht beleidigen!) Und wenn er von Waffen in der Hand spricht, so muss ich sagen, wenn er zu mir kommt, werde ich es so machen (macht eine Handbewegung, Heiterkeit links) — Luft!

Gem.-Rath Dr. Friedjung (zur Geschäftsordnung): Es ist vom Herrn Gem.-Rath Dr. Geßmann mir ein Ausspruch in den Mund gelegt worden, welcher, wenn ich ihn gethan hätte, ein Verbrechen enthalten hätte. Es ist vom Herrn Dr. Geßmann gesagt worden, ich hätte die Äußerung gemacht, ich werde hieher mit Waffen in der Hand kommen, um mir hier Rechenschaft zu verschaffen. Ich berufe mich auf alle, welche mich gehört haben, dass eine solche Äußerung von mir nicht gefallen ist. Ich werde dagegen die Äußerung wiederholen, welche gefallen ist, und dann, meine Herren, bitte ich, dementsprechend zu handeln. Ich habe von jener (linken) Seite die Worte „Frechheit" und „frecher Jude" gehört. Ich habe mich infolge dessen nicht bloß in meinen Empfindungen als Mensch beleidigt gefühlt, und ich glaube, ein Mann darf eine Beleidigung nicht ungesühnt auf sich sitzen lassen. Ich hoffe, meine Herren, dass das ein Gedanke ist, den Sie nicht für verwerflich erklären können. Ich bin auch im höchsten Grade beleidigt worden in meiner Eigenschaft als Angehöriger der jüdischen Confession. (Gem.-Rath Gregorig: Eine jüdische Confession gibt es nicht!)

Meine Herren! Sie würden es für eine Feigheit ansehen, wenn irgendjemand Ihnen in Ihrer Eigenschaft als Angehörige der christlichen Confession Beleidigungen zufügt. (Lärm links.) Sie würden sehr recht daran thun, Ihren Stolz sich aufbäumen zu lassen und Mann gegen Mann diese Beleidigung zurückzuweisen. Meine Herren! In meinen Adern fließt genau so Blut, wie in den ihrigen, und auch in meinen Adern bäumt sich nach dieser Beleidigung das Blut auf, und ich werde wem immer entgegentreten, wann immer dies geschehen mag.

Ich habe demnach, als ich die Worte „Frechheit", „frecher Jude" gehört habe (Ruf links: Das hat niemand gesagt!), ausdrücklich gesagt — nun hören Sie genau zu und merken Sie sich diese Worte genau — (Ruf links: Orientalische Phantasie!) „Ich bitte denjenigen Herrn, welcher diese Beleidigungen ausgestoßen hat, sie so zu sagen, dass ich ihn höre, damit ich mir Genugthuung holen kann für diese Beleidigungen, und zwar Genugthuung holen kann, auch mit den Waffen." (Lärm links.)

Diese Äußerung, meine Herren, hätte jeder Ehrenmann an meiner Stelle gethan, jeder Ehrenmann an meiner Stelle hätte so gesprochen, um sich nicht beschimpfen zu lassen, sich und alle jene, mit welchen er durch die Geburt verbunden ist. Das waren die Äußerungen, die ich gemacht habe, und damit schließe ich diese persönliche Bemerkung und diese thatsächliche Berichtigung. Ich, meine Herren, verlange von Ihnen nicht etwa Gerechtigkeit, denn die zu erwarten haben wir längst verlernt. Ich verlange und fordere aber von Ihnen, meine Herren, dass Sie dasjenige, was Sie sagen, auch als Männer mir gegenüber vertreten; sonst kann ich den nicht achten, der auf diese Weise Beleidigungen ausstößt und sich dann in einer Menge verbirgt, welche ihn schützt. Den kann ich nicht achten, das ist ein Feigling! (Lärm links. — Rufe links: Jetzt schimpft er schon wieder!)

Gem.-Rath Vincenz Wessely (zur Geschäftsordnung): Meine Herren, ich glaube, Sie werden mir nicht nachsagen können, dass ich irgendeinmal derart aufgetreten wäre, mich mit meinen Collegen in einen Topf zu werfen. Trotzdem bin ich jederzeit dieser Gefahr ausgesetzt, weil ich dieser Partei angehöre. Auch heute bin ich während des Tumultes nicht auf meinem Platze gewesen, sondern bin in unmittelbarer Nähe des Sprechers aus dem I. Bezirke gestanden und ich kann Ihnen die Aufklärung geben, dass der Herr Vorsprecher nicht in dem Sinne gesprochen hat, als er es jetzt gesagt hat. (Rufe links: Aha!) Er hat sich zu Äußerungen in seiner Aufregung hinreißen lassen, die viel schlechter waren, als sie hier erwähnt wurden. (Hört! links.)

Vice-Bürgermeister Matzenauer (unterbrechend): Ich bitte, Herr Gemeinderath (Stürmischer Lärm und Rufe links: Ausreden

lassen! — Unfähiger Vorsitzender. — Gem.-Rath Gregorig: Ganz unfähige Personen sind im Präsidium!) Herr Gem.-Rath Gregorig, ich bitte sich anständig zu benehmen, sonst muss ich Sie zur Ordnung rufen! (Gem.-Rath Gregorig: Thun Sie es!)

Gem.-Rath Vincenz Wessely (fortfahrend): Sogar Mitglieder der Majorität, die in der nächsten Nähe des Redners gestanden sind, haben gesagt: Gut, dass die da drüben nichts gehört haben! (Gem.-Rath Dr. Geßmann: Das ist dann der wahrhafte Mann! — Gem.-Rath Dr. Friedjung schlägt auf das Pult. — Lärm links und Rufe: Setz' Dich nieder!)

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Ich bitte, meine Herren. beendigen wir doch dieses Thema!

Gem.-Rath Vincenz Wessely (fortfahrend): Ich will hier nicht als Denunciant auftreten, aber die Wahrheit will ich sagen. (Gem.-Rath Dr. Friedjung: Dann sagen Sie, was ich gesagt habe!) Buben haben Sie die Mitglieder geheißen, gemeine Buben! Ich will hier nur constatiert wissen, dass solche Beleidigungen uns gegenüber geduldet werden und wir uns nicht rühren dürfen, sonst werden wir zur Ordnung gerufen oder gar ausgeschlossen. (Unruhe rechts. — Vice-Bürgermeister Matzenauer gibt das Glockenzeichen. — Heftiger Widerspruch links.)

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Aber ich bitte. (Erneuerter Lärm links.) So lassen Sie mich doch reden. Ich bitte, nicht immer dem Vorsitzenden den Vorwurf zu machen, dass er eine Äußerung geduldet hat, wenn er schon vorher erklärt hat, er habe bei dem Tumulte die Äußerungen nicht hören können, und er werde sich das Stenogramm vorlegen lassen. (Rufe links: Er soll das Stenogramm kommen lassen!)

Gem.-Rath Dr. Nechansky (zur Geschäftsordnung): Es ist wirklich eine Ironie; wir sind im Begriffe, als führende Hauptstadt des Reiches einen Städtetag einzuberufen, und es geschieht dies in einer solchen Form, die uns gewiss bei den übrigen Landesstädten keine Achtung verschaffen kann. Ich habe, meine Herren, längst aufgehört, mich über derlei Dinge zu ärgern. Wenn ich mir aber erlaubt habe, um das Wort zur Geschäftsordnung zu bitten, so geschieht es, um zu sagen, dass wir in diesem Punkte mit Herrn Collegen Dr. Friedjung solidarisch sind. (Widerspruch links.) Ich halte es für eine Pflicht der Partei, für einen Parteigenossen, der von der anderen Seite in der Redefreiheit in so muthwilliger Weise gehindert wird, hinter dem Parteimanne zu stehen, und das muss das erstemal, wo es geschieht, mit aller Macht und Kraft zurückgewiesen werden. Nie können wir dulden, dass in diesem Hause die Redefreiheit, ein Recht, das jeder hat, in solcher Weise verkürzt wird, und ich glaube, sagen zu können, dass die Herren in dieser Beziehung nie die geringste Beschwerde über uns (rechts) führen können. Wir hören mit der größten Aufmerksamkeit und mit einer Gutmüthigkeit, die ich manchmal selbst bewundere, Ihnen zu, mit einer Aufmerksamkeit und Stille, wie ich wünsche, dass sie die Herren in gleichem Maße uns widmen möchten. Es ist bedauerlich, dass sich Herr College Friedjung in seiner Leidenschaft zu Äußerungen hat hinreißen lassen, die er besser nicht gemacht hätte. Ich begreife aber, was er gesagt hat bei seiner leidenschaftlichen Erregung, und ich glaube, dass er selbst in einer kühleren Stimmung manches Wort bedauern wird. Der Herr Vorsitzende wird ja amtshandeln, wenn er aus dem Stenogramme entnommen haben wird, was Herr Dr. Friedjung gesagt hat.

Das eine möchte ich aber constatieren, dass unzweifelhaft und in auffälliger Weise Herr Gem.-Rath Dr. Friedjung, so oft er zu reden begonnen hat, von den Herren durch fröhliches Geplauder unterbrochen worden ist, trotzdem er rein sachlich gesprochen hat. Ich möchte constatieren, dass das, was man gewöhnlich Provocation nennt, im vorliegenden Falle in ganz absichtlicher und frivoler Weise von jener Partei (links) geübt worden ist. (Widerspruch und Lärm links.)

Gem.-Rath Gregorig (zur Geschäftsordnung): Trotzdem Herr Gem.-Rath Frauenberger meint, man soll mich ausschließen, werde ich doch das Wort ergreifen. (Gem.-Rath Frauenberger: Ich habe das nicht gesagt!) Ich bitte, Sie haben gesagt, man soll mich ausschließen. Es ist früher vom Gem.-Rathe Dr. Friedjung auf jener Seite (rechts) das Wort gesprochen worden, man habe ihn in seiner Confession beleidigt. Meine geehrten Herren, mit Religionssachen spielt man nicht. Ich habe Ihnen schon hundertmal erklärt: ich achte jede positive Religion, aber es gibt keine jüdische Confession, das ist nicht richtig, es gibt nur eine mosaische Confession, und deshalb sind die Worte des Gem.-Rathes Friedjung eine Entstellung der Thatsachen, um uns zu verdächtigen, dass wir Religionsstörung treiben, wogegen wir uns entschieden verwahren. Er soll mich einen Deutschen nennen, ich werde mich dadurch geehrt fühlen — wenn man ihn einen Juden nennt, und er fühlt sich nicht geehrt, so kann ich nichts dafür. (Unruhe rechts.)

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Lächerlich, mir solche Dinge zu imputieren. Ich werde mich dessen nicht schämen. (Lebhafte Unruhe links.)

Gem.-Rath Herrdegen: Ich bin grundsätzlich unter allen Umständen für eine gleiche Handhabung der Geschäftsordnung; gleich scharf, gleich rücksichtslos, wenn es sein muss, ohne Unterschied, ob die einen rechts oder links sitzen, der einen oder anderen Partei angehören. Ich habe daher auch gar nichts dagegen, wenn gegen Gem.-Rath Dr. Friedjung mit den schärfsten Mitteln vom Standpunkte der Geschäftsordnung eingeschritten wird. Ich frage Sie aber, meine Herren, und appelliere hier nicht an Sie als Mitglieder des Gemeinderathes, nicht als Mitglieder der Opposition, sondern appelliere an Sie als Menschen: wo bleibt Ihr Rechtsgefühl? Haben Sie nicht gröblich provociert, ist nicht der Gemeinderath im Rechte, ist es nicht seine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, hier zu sprechen? Und Sie haben ihm dies — so wie unlängst dem Gem.-Rathe Lang — absichtlich verwehrt! Ich weiß nicht, was Sie sich dabei denken, aber Sie werden zugeben, Sie werden, wenn Sie nach Hause gehen, sich dieser Handlungsweise schämen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts, Gelächter links.)

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Ich constatiere .. (Ruf: Er constatiert!) Na also, wenn Sie unterbrechen wollen .. (Lebhafter Widerspruch rechts, Unruhe links.)

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Herr Gem.-Rath Strobach, beruhigen Sie sich! Herr Dr. Geßmann, ich bitte zum Vorsitzenden und nicht zu einem Theile der Versammlung zu sprechen.

Gem.-Rath Dr. Geßmann (fortfahrend): Ich constatiere, dass Herr Dr. Friedjung, Gemeinderath der Inneren Stadt, derjenige war, der zuerst hier, und zwar gegenüber einem Mitgliede des Gemeinderathes, das gewiss allen Anspruch auf Achtung hat, sich zu dem Ausdrucke „mit der Hundspeitsche" hinreißen ließ;

darauf hätte eine ganz andere Antwort gehört; die Sache ist aber meines Wissens nicht gerügt worden. Heute, meine Herren, sind die gröbsten Beschimpfungen ausgestoßen worden; der Herr Redner hat sie ableugnen wollen, andere, die es gehört haben, haben sie ausdrücklich constatiert. Es ist auch ganz merkwürdig, dass, sowie von unserer Seite das kleinste Wort fällt, es auch oben am Präsidententische sofort vernommen wird, während da immer auf das stenographische Protokoll compromittiert wird.

Nun erklären wir eines gegenüber den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Herrdegen. Man hat uns und speciell mich gerade bei der Gelegenheit, wo ich ausgeschlossen worden bin, von jener Seite auch in der unanständigsten Weise ausgehöhnt, und ich erwidere dem Herrn Collegen Dr. Nechansky, dass es geradezu eine Verdrehung der Thatsachen ist, wenn er behauptet, wir seien nie provociert worden. In einer höchst unanständigen Weise hat man uns ins Gesicht gekläfft, bei jeder Gelegenheit, in einer Art und Weise, die in anständiger Gesellschaft einfach nicht geduldet würde. (Stürmische Unterbrechung rechts, Rufe: Unerhört!) Entschuldigen Sie, Herr Vorsitzender, wenn die Geschäftsordnung so gehandhabt wird, so müssen Sie selbst das Gefühl haben, dass das absolut unzulässig ist. Ich rede nichts weiter, jeder, der diese Scene jetzt angehört hat, bekommt eine richtige Würdigung der Objectivität, welche von Seite des Präsidiums geübt wird. Und darum, meine Herren, das geht nicht, das dulden wir nicht, wir lassen uns das nicht gefallen; wir wissen, dass wir mit demselben Rechte hier sitzen wie Sie, und dass wir weit mehr Leute vertreten als Sie, und darum lassen wir das nicht zu.

Unsere Ausführungen werden einfach in der gewissen Presse confisciert, die Ihrigen aber per longum et latum gebracht. Wir wissen ja, wo das hinaus soll und darum dulden wir es nicht und begehren vor allem, dass die Gemeindeverwaltung objectiv gehandhabt wird. Der Vorsitzende hätte jetzt längst Gelegenheit gehabt, aus dem stenographischen Protokolle von diesen Äußerungen Kenntnis zu nehmen. Es ist dies aber nicht geschehen und ich bin überzeugt, die Sitzung wird geschlossen werden, ohne dass es geschehen wird. (Rufe links: Ausschließen!)

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Wir fahren in der meritorischen Debatte fort. Das Wort hat Herr Gem.-Rath Herrdegen.

Gem.-Rath Herrdegen: Es wurde vom Herrn Gem.-Rathe Seiler hervorgehoben, dass es unbegreiflich sei, warum nicht auch als ein weiterer Punkt auf die Tagesordnung des einzuberufenden Städtetages die Approvisionierungs-Angelegenheit kommt. Nun, meine Herren, die Sache erscheint doch an und für sich sehr wichtig, und wenn behauptet wird, wie der Herr Bürgermeister es in seiner ersten Ausführung gethan hat, dass hier eine Verschiedenheit der Interessen zwischen Wien und den anderen Hauptstädten vorliegt, so möchte ich doch aufmerksam machen, dass gerade in jener Eingabe, welche vom Herrn Bürgermeister im Gemeinderathe referiert wurde, eine größere Anzahl von Punkten aufgeführt erscheint, welche die Gemeinde Wien und ebenso auch die anderen Hauptstädte betreffen. Es ist im allgemeinen ausgeführt worden, dass die Ursache der Fleischtheuerung in unserer zurückgehenden oder wenigstens stagnierenden Viehproduction liegt. Ist das richtig — und ich bin überzeugt, dass es wenigstens zum Theile richtig ist — dann unterliegt es keinem Zweifel, dass die Behebung dieses Mangels die anderen Städte verhältnismäßig ebenso interessiert, wie Wien. Es wurde hier auch die Verzehrungssteuer berührt und es wurden die verschiedenen Verhältnisse, welche so oft zur Sprache gekommen sind, hinsichtlich des Transportes des Viehes auf Eisenbahnen u. s. w. erörtert. Ich will die einzelnen Punkte nicht anführen, ich bin aber überzeugt, dass sich und zwar gerade auf Grund des Elaborates, welches der Herr Bürgermeister in der Sitzung vom 16. November referiert hat, eine große Anzahl von Punkten herausziehen lässt, welche ein gleichmäßiges Interesse Wiens und der anderen Hauptstädte betreffen.

Nun, meine Herren, angenommen, dass das richtig ist, angenommen, dass die Befürchtung, es würde diese Frage vielleicht zur Uneinigkeit führen, angenommen, es würde nicht möglich sein, dass sich hier die Vertreter der Hauptstädte auf einige bestimmte Punkte, auf bestimmte Angelegenheiten einigen, muss ich doch eines bemerken, und das ist eine Sache, die uns allen sehr nahe gehen sollte.

Es ist nämlich immerhin bedauerlich, dass dieser positive Antrag, nicht nur eingebracht von einer Anzahl von Gemeinderäthen, sondern auch von einer zur Überwachung eines bestimmten Zweiges der Gemeindeverwaltung eingesetzten Commission, ganz unberücksichtigt geblieben ist. Hat man sich im Magistrate oder im Stadtrathe dagegen ausgesprochen, so wäre es unbedingt erforderlich, dass man auch hier im Gemeinderathe in diesem Sinne referiert; man hätte also diesen Antrag der Approvisionierungs-Commission hier zum Referate bringen und begründen sollen, weshalb es nicht angeht, dass man den Antrag der Approvisionierungs-Commission auf die Tagesordnung des Städtetages setzt.

Meine Herren! Wir haben eine unglückselige Stimmung in unserem Gemeinderathe. Wenn wir die Sache weiter verfolgen, so muss zugegeben werden, dass die Gereiztheit von allen Seiten auf den einen Umstand zurückzuführen ist, dass wir eigentlich hilflos sind. Wir bringen Anträge ein — die Anträge kommen nie mehr auf die Tagesordnung; wir urgieren mittels Interpellationen — unsere Interpellationen werden unsachlich und unvollständig beantwortet. Es leiden die Commissionsarbeiten dadurch, dass ein Theil der Commissionsmitglieder ihre Mandate aus bestimmten Gründen — aus Parteirücksichten zurückgelegt hat. An und für sich ist es gewiss misslich, dass eine Commission, die zur Überwachung gewisser Gemeinde-Angelegenheiten eingesetzt ist, nur aus Mitgliedern der Majorität bestehen soll — das ist an und für sich ein Unding (Gem.-Rath Hawranek: Der Stadtrath auch!) — der Stadtrath auch! Es ist Ihnen wohl allen bekannt, dass eine Anzahl von Gemeinderäthen hier auf dieser (rechten) Seite seit jeher und immer in bestimmtester Weise dafür eingetreten ist, dass die Mitglieder der Opposition im Verhältnisse ihrer Stärke berücksichtigt werden.

Wir haben es jedoch nicht ändern können, und wissen Sie, meine Herren, warum wir es nicht ändern können? Weil Sie uns nicht geholfen haben, weil sich die Opposition zurückgezogen hat, weil die Opposition das Parteiinteresse über das Interesse der Gemeindeverwaltung gestellt hat. (Sehr richtig! rechts, Gelächter links.) Darunter haben wir gelitten und auf diesem Wege haben wir es dahin gebracht, dass jeder einzelne Gemeinderath ein mehr oder weniger hilfloses Ding in diesem Saale ist, dass er mit seinen besten Intentionen nichts erreichen kann, dass er seine Zeit in der leichtsinnigsten Weise verschwendet, dass der Gemeinderath ein trauriges, beschämendes Schauspiel für die Stadt Wien ist. (Beifall.) Das haben wir heute erfahren. Wir berufen einen Städtetag in unserer großen herrlichen Stadt

ein — und was bieten wir ihm für ein Schauspiel! Wir haben es heute gesehen.

Nun will ich auf die Sache zurückkommen. So weit, so herrlich weit haben wir es gebracht, dass, wenn Commissions-Anträge gestellt werden, diese vom Stadtrathe und Magistrate einfach negativ erledigt werden und man es gar nicht für der Mühe wert erachtet, uns hier zu erklären, der Antrag ist aus diesem oder jenem Grunde nicht brauchbar und kann daher nicht angenommen werden. Ich will nicht missverstanden werden. Ich habe wiederholt zu Zeiten des früheren Herrn Bürgermeisters in scharfer Weise meine Meinung auszusprechen nicht gescheut, und ich scheue mich nicht, es heute wieder zu thun. Ich glaube für meinen Theil, dass der Herr Bürgermeister nicht daran schuld ist; aber der Schatten eines Autokraten schleicht einfach noch durch diesen Saal und er ist in allen Ämtern zu Hause. Dieser Schatten muss hinausgedrängt werden und es muss endlich das Bewusstsein zur Geltung kommen, dass ein großes Gemeindewesen, welches auf den Willen der Wählerschaft beruht, nicht amtieren, verwalten und controlieren kann nach dem Willen eines Einzelnen und nach der Herrschaft einer Bureaukratie. Ich für meinen Theil bin geradezu entrüstet über diese Art und Weise des Vorganges, es müsste denn der Herr Bürgermeister sagen, dass dies ein Versehen ist, dann würde ich mein Wort zurücknehmen, denn ein Versehen kann überall eintreten. Wenn aber der Herr Bürgermeister der Ansicht ist, dass Anträge, die hier eingebracht wurden und im Magistrate und Stadtrathe negativ erledigt worden sind, hier im Gemeinderathe nicht einmal vorgelegt zu werden brauchen, dann würde ich es sehr bedauern und müsste dieser Anschauung immer scharf entgegentreten.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Ich habe mir das Stenogramm der Rede des Gem.-Rathes Dr. Friedjung vorlegen lassen und ersehe daraus, dass in demselben allerdings Ausdrücke und Redewendungen vorkommen, die ich als parlamentarisch unzulässig bezeichnen muss. Ich sehe mich daher genöthigt, Herrn Gem.-Rath Dr. Friedjung zur Ordnung zu rufen.

Gem.-Rath Rosenstingl: Ich werde Sie nicht lange belästigen. Ich sehe recht gut ein, dass bei einem solchen Tage nicht alle Wünsche der verschiedenen Städte besprochen werden können, sondern dass nur einzelne große, bedeutende Fragen und besonders solche, wo gemeinsame Interessen der verschiedenen Städte wahrgenommen werden können, zur Sprache gebracht werden. Ich möchte mir aber doch erlauben, an den Antrag zu erinnern, den ich seinerzeit einzubringen mir erlaubt habe und der damals die Zustimmung der ganzen Versammlung gefunden hat. Es ist jener Antrag — ich glaube, vom Juni des vorigen Jahres — dem Stadtrathe zugewiesen worden. Ich will den ganzen Antrag nicht wiederholen, ich will nur erinnern, dass er im stenographischen Protokolle steht, wenn er Sie interessiert. Wir hatten damals die Debatte über die Wasserversorgung und ich habe Sie damals gebeten, einem Umstande Aufmerksamkeit zu schenken, der für die Zukunft der Trinkwasserversorgung außerordentlich wichtig ist, nicht nur für Wien, sondern für jede größere oder kleinere Stadt, welche geneigt sein wird, sich mit Trinkwasser zu versehen. Ich habe damals darauf hingewiesen, dass das heute bestehende Wasserrechtsgesetz leider vielen Gemeinden es geradezu unmöglich macht, sich mit Trinkwasserleitungen zu versehen, weil die Kosten der Ablösung so kolossal horrende sind, dass sie die Gemeinden nicht erschwingen können. Ich erinnere Sie daran, wie viele Hunderttausende, ja Millionen, die Commune Wien hat zahlen müssen als „Entschädigung", wo ja eigentlich gar kein Schaden vorhanden war. Ich habe damals also gebeten, es möge der Herr Bürgermeister veranlassen, dass eine Zusammenkunft von Bürgermeistern stattfinde, in irgendeiner Form, und es möge eine gemeinsame Petition an den Reichsrath um Abänderung der diesbezüglichen Paragraphe des Wasserrechtsgesetzes gerichtet werden. Nun habe ich geglaubt, wenn die Commune einen solchen Tag einberuft, so dürfte das vielleicht ein Thema sein, welches nicht nur für die Gemeinde Wien von außerordentlichem Interesse ist, sondern welches auch für viele andere Städte ein großes Interesse hat und darum bei diesem Städtetage auch zur Besprechung gelangen könnte. Ich habe gesehen, dass dieses Thema im Stadtrathe nicht zur Sprache gebracht worden ist; ich glaube wenigstens nicht. Es würde mich interessieren — und ich glaube, dieses Recht hat doch jeder Gemeinderath, dass er sich dafür interessiert — was mit meinem Antrage geschehen ist, den ich im Gemeinderathe gestellt habe und den der ganze Gemeinderath zustimmend dem Stadtrathe zugewiesen hat. Ich werde mich nicht darüber aufhalten, wenn mir der Herr Bürgermeister sagt, dass da so viele Anträge zu besprechen wären, dass man dann vielleicht den Städtetag auf zwei Monate ausdehnen müsste. Ich begreife das recht gut, aber ich hätte doch geglaubt, dass in diesem Referate gesagt würde, warum jener Beschluss des Gemeinderathes hier nicht zur Sprache gekommen ist.

Ich werde keinen Antrag stellen. Den Antrag habe ich schon damals gestellt, der Antrag ist angenommen und dem Stadtrathe zugewiesen worden. Es wäre daher überflüssig, wenn ich heute neuerdings denselben Antrag stellen möchte.

Referent: Zur Aufklärung möchte ich mir ein paar Bemerkungen erlauben. Was die Bemerkung des Herrn Vorredners betrifft, so möchte ich darauf aufmerksam machen, dass er eine der schwierigsten Angelegenheiten berührt hat, das ist die Reform des Wasserrechtes. Diese Frage wird studiert, ist aber heute noch nicht spruchreif. Die Sache hat bei ihrer ersten Berathung die größten Schwierigkeiten hervorgerufen. Man hat sich lange mit der Sache beschäftigt und endlich ist jenes Wasserrechtsgesetz zustandegekommen, mit dem man jetzt nicht zufrieden ist, weil man finde, dass dabei die Wahrung der öffentlichen Interessen kaum denkbar ist. Nun können Sie sich denken, ein neues Wasserrechtsgesetz auszuarbeiten, ist nicht so einfach. Die Einberufung des Städtetages ist deswegen wieder dringend, weil am 18. Februar der Reichsrath zusammentritt und sofort in die Berathung der neuen Steuergesetzesvorlage eintritt. Infolgedessen haben wir auf die Berathung dieser Vorlage nicht warten können. Andererseits wird, wenn Sie heute zwei Juristen fragen, welche im Wasserrechte bewandert sind, jeder anderer Ansicht sein, und infolge dieser Umstände ist es nicht möglich, eine derartige codificatorische Arbeit anzuregen. Was die Bemerkungen des Herrn Gem.-Rathes Herrdegen betrifft, nehme ich an, dass er von unrichtigen Voraussetzungen ausgegangen ist. Ich kann versichern, er hat gar keinen Anlass zu einer Gereiztheit oder Aufregung. Ich habe seinerzeit erklärt, dass ich der Ansicht bin, dass auch über negative Erledigungen hier im Gemeinderathe zu referieren ist; und ich kann darauf hinweisen, dass über eine große Anzahl solcher Gegenstände hier bereits referiert worden ist, dass auch negative Anträge bei Beschwerden an den Verwaltungsgerichtshof hier vorgelegt worden sind, dass also das Statut in

einer Weise ausgelegt worden sei, welche die Competenz der Gemeinde erweitert.

Was den Antrag Seiler betrifft, kann ich sagen, im Magistrate ist das Referat vor einigen Tagen fertig geworden und es ist auf dem Wege an den Stadtrath. Nun habe ich in meinem Vortrage an den Stadtrath erklärt, dass ich der Meinung bin, es sei die Approvisionierungsfrage dem Städtetage nicht vorzulegen, aus dem einfachen Grunde, weil die Reichshauptstadt im großen und ganzen andere Interessen hat als die Landeshauptstädte, und wenn wir uns in dem einen Satze einigen: es sei die Viehzucht oder die Landwirtschaft zu heben — und darauf werden wir uns wahrscheinlich einigen — ist damit gar nichts gethan. Wenn Sie aber auf irgendeine andere Frage eingehen, auf das Eisenbahnwesen, auf das Transportwesen u. s. w., so werden Sie finden, dass bei jeder Stadt specielle Verhältnisse existieren, welche in einer bestimmten Art zu regeln sind und dass sich aus dieser einen Regelung ein Schluss auf die Verhältnisse der anderen Verhältnisse gar nicht ziehen lässt. Es wären also entweder ganz leere Grundsätze aufzustellen, die keinen positiven Inhalt haben, die zu keiner Regelung führen, oder man müsste sich in bestimmte Details einlassen, die jeder einzelnen Stadt besonders angepasst werden müssen.

Es wird also dieses Referat, von dem Herr Gem.-Rath Herrdegen spricht, erstattet. Es ist vom Magistrate vorgelegt worden, wird dem Stadtrathe unterbreitet und es wird womöglich noch erstattet werden, bevor der Städtetag abgehalten wird. Die Abhaltung des Städtetages lässt sich aber nicht mehr verschieben, weil, wie gesagt, am 18. oder 19. d. M. der Reichsrath zusammentritt, und wie ich aus meinen Informationen erfuhr, sofort in die Berathung der Steuervorlage eingeht.

Das ist offen gesagt der Sachverhalt, und es ist von der Absicht, dem Gemeinderathe etwas vorzuenthalten, absolut nicht die Rede.

Gem.-Rath Dr. Kupka: Ich hätte nicht gesprochen, denn ich habe mir vorgestellt, dass die klaren Auseinandersetzungen des Herrn Bürgermeisters in seinem Referate eigentlich gar keinen Anlass zu einer Debatte gegeben hätten.

Es war eine unglückselige Idee des ersten Herrn Redners, dass er überhaupt Dinge hereingezogen hat, die nicht hieher gehören. Was ist die größte Last der Gemeinde? Der übertragene Wirkungskreis. Das ist heute Zweck des Städtetages; alles andere kann in demselben nicht erledigt werden. Der Herr Bürgermeister hat vorhin die Gründe auseinandergesetzt; es können nicht alle Städte über einen Leisten gespannt werden, und es sind überall andere Verhältnisse; aber die größte Last der Commune ist der übertragene Wirkungskreis. Also die Punkte waren so klar, dass es wirklich traurig ist, dass sich ein Herr bewogen fühlte, hierüber eine Debatte herbeizuführen.

Gem.-Rath Dr. Stern: Ich möchte nur einige Worte sprechen. Es hat bereits der Herr Bürgermeister erwähnt, dass bei dem folgenden Referate Gelegenheit sein wird, über die besonderen Verhältnisse und Interessen Wiens zu sprechen, und ich werde in dieser Richtung zu den folgenden Referaten sprechen. Nur bezüglich eines einzigen Punktes möchte ich mir die Bitte um Aufklärung an den Herrn Bürgermeister erlauben. Er hat davon gesprochen — und es ergibt sich auch aus dem Referate Nr. 12 — dass beim Städtetag nur eine Einberufung der Kronlands-Hauptstädte beabsichtigt ist; hier dagegen, in dem Referate, in dem es sich um die Vergütung für den übertragenen Wirkungskreis handelt, wird von den Stadtgemeinden mit eigenem Statute gesprochen, und es wird gesagt, dass dieselben zu diesem Städtetage einberufen werden sollen.

Nun wissen wir ja recht gut, dass es eine ganze Reihe von Stadtgemeinden mit eigenem Statute gibt, welche nicht Kronlands-Hauptstädte sind. Ich würde bitten, dass von Seite des Herrn Bürgermeisters dieser — mir scheinende — Widerspruch in irgendeiner Weise aufgeklärt wird. Zu den übrigen Punkten werde ich später sprechen.

Referent: Das ist kein Widerspruch. Eingeladen sind die Landeshauptstädte, und eine Resolution soll gefasst werden oder ist in Aussicht genommen, welche sich auf alle Städte mit eigenem Statute bezieht. Wir haben aber davon Umgang genommen, alle Städte mit eigenem Statute einzuberufen, weil das eine zu große Anzahl wäre und weil das nicht nothwendig ist, da die Landeshauptstädte ganz unter denselben Verhältnissen leben und daher in der Lage sind, eine derartige Resolution zu fassen.

Gem.-Rath Schlechter (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage Schluss der Debatte.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Diejenigen Herren, welche mit dem Antrage auf Schluss der Debatte einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Das Wort haben noch die Herren Gem.-Räthe Frauenberger, Dr. Daum, Sebastian Grünbeck, Steiner, Seiler, Dr. Geßmann und Gregorig.

Gem.-Rath Schlechter (zur Geschäftsordnung): Mit Rücksicht darauf, dass ja über die Anträge, wie ich glaube, im Gemeinderathe kein Zwiespalt herrscht, beantrage ich die Wahl von Generalrednern.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Ich bitte die Herren, welche für die Wahl von Generalrednern sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

(Über Befragen seitens des Vorsitzenden erklären pro zu sprechen die Herren Gem.-Räthe Frauenberger, Dr. Daum, Sebastian Grünbeck, Seiler, und contra die Herren Gem.-Räthe Steiner, Dr. Geßmann und Gregorig). Also, ich bitte die Herren Gem.-Räthe Frauenberger, Dr. Daum, Sebastian Grünbeck und Seiler, sich über die Wahl eines Generalredners zu vereinigen, ebenso die Herren Contraredner Steiner, Dr. Geßmann und Gregorig. (Nach einer Pause:) Als Generalredner contra ist gewählt Herr Gem.-Rath Dr. Geßmann, als Generalredner pro Herr Gem.-Rath Frauenberger.

Ich ertheile dem Herrn Generalredner contra Gem.-Rath Dr. Geßmann das Wort.

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Ich hätte geglaubt, meine Herren, dass eine Angelegenheit, wie die des Städtetages, gewissermaßen als eine Demonstration des gesammten Gemeinderathes aufgefasst und dass, wie sich dies ja bei dergleichen Angelegenheiten eigentlich von selbst versteht, die Sache einstimmig und ohne Debatte angenommen werden würde. Nach den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters, die ja dasjenige anführen, was auf einem solchen Städtetage in der That vernünftigerweise behandelt werden könnte, bei den außerordentlich divergierenden Interessen, die zwischen den einzelnen Städten in mancher Hinsicht bestehen, hätte es sich von selbst ergeben, dass die Sache ohne Debatte angenommen werde.

Es wird uns von jener (rechten) Seite bei jeder Gelegenheit der Vorwurf gemacht, wir verzetteln die Zeit, wir ziehen die Verhandlungen hinaus u. s. w., u. s. w. Ich constatiere nur, dass in einer, meiner Überzeugung nach höchst überflüssigen Weise hier sich eine höchst breitspurige und ganz zwecklose Debatte gerade bei diesem Gegenstande entwickelt hat. Ich muss aber nur das eine noch gegenüber dem Herrn Collegen Herrdegen constatieren: ich bin mit dem Theile seiner Ausführungen, den er zu diesem Referate gesprochen hat, ja vollkommen einverstanden, und ich theile auch ganz seine Entrüstung über die Art und Weise, wie eigentlich die Rechte des Gemeinderathes hier confisciert worden sind; aber das eine muss ich dem verehrten Herrn Collegen wohl zu bedenken geben, dass er ja mitgewirkt hat, die ganzen Einrichtungen so zu schaffen — mindestens was die Geschäftsordnung anbelangt, hat er gewiss mitgethan — und dass nichts energisches von jener Seite geschehen ist, um diesem traurigen und für den Gemeinderath wahrhaft unwürdigen Zustande ein Ende zu machen. Das ist dasjenige, was ich in aller Kürze sagen wollte, indem ich mit der Erklärung schließe, dass wir für die Anträge des Herrn Referenten stimmen, aber durch die ganz unglaubliche Geschäftsordnung gezwungen sind, wenn wir nicht majorisiert werden wollen, zu einem solchen Auskunftsmittel zu greifen.

Gem.-Rath Frauenberger: Meine Herren! Ich kann nicht umhin, zunächst meinem unmittelbaren Herrn Vorredner doch einige Worte zu widmen. Er hat gesagt, er hätte erwartet, dass dieser Antrag, welcher heute dem Gemeinderathe gestellt worden ist, gleichsam als eine Demonstration betrachtet und von beiden Seiten einstimmig angenommen werden würde. Nun hat sich aber das merkwürdige Schauspiel ergeben, dass nach allem, was vorgekommen ist, der Herr Vorredner sich als Contraredner hat eintragen lassen. (Rufe links: Er versteht das nicht!) Das stimmt doch nicht mit seinem ersten Vorhaben. Ich will mich aber bei dieser Frage nicht aufhalten.

Es sind heute hier von beiden Seiten Reden gehalten worden, denen ich nicht zustimme, und ich muss es aufrichtig sagen, es herrscht hier eine solche übertriebene Gereiztheit, dass man sagen muss, so kann es nicht fortgehen (Rufe links: Jawohl!), und wenn Sie es so fortmachen, meine Herren, dann sage ich Ihnen bei dieser Gelegenheit, dass der Gem.-Rath Frauenberger noch als einer der allerruhigsten angesehen werden wird. (Gelächter links.) Meine Herren! Worüber wurde denn referiert? Kehren wir doch zur Sache zurück! Es soll ein Städtetag abgehalten werden, und da ist es ja begreiflich, dass auf einem solchen Städtetage nur ganz besonders hervorragende, allgemein wichtige Fragen besprochen werden sollen. Wir können auf einem Städtetage nicht alle unsere Leiden zur Anschauung bringen und nicht alles mögliche besprechen. Das geht nicht.

Es werden Ihnen daher von Seite des Herrn Bürgermeisters drei besonders wichtige und allgemein interessierende Fragen vorgeschlagen.

Die erste Frage ist die Frage der Kosten des übertragenen Wirkungskreises. Das ist eine Frage, welche alle Städte interessiert.

Die zweite Frage ist die Regelung des Heimatsrechtes, eine höchst wichtige Frage, welche alle Städte, namentlich die Reichshauptstadt interessiert. (Rufe links: Das wissen wir ja!) Wenn Sie es auch wissen, so hören Sie nur zu. Vielleicht können Sie noch etwas von mir lernen. (Widerspruch links.)

Die dritte Frage ist die Stellungnahme zur Steuerreform, ebenfalls eine Frage, welche alle Städte in gleichem Maße interessiert. Nur muss ich aufrichtig sagen, dass ich das Gefühl gehabt habe, nachdem der Herr Bürgermeister referiert hatte, dass wir seinem Antrage einstimmig zustimmen werden. (Rufe links: Das wird ohnedies geschehen!) Dieses Gefühl habe ich gehabt und Sie wissen, dass ich immer das ausspreche, was ich mir denke. Nun hat Herr Collega Dr. Friedjung das Wort ergriffen, (Gem.-Rath Dr. Friedjung: Ich war der zweite Redner!) also als zweiter Redner, und ich habe mir gedacht, warum sprechen denn die Herren? Nun hat aber gerade Herr Dr. Friedjung eine Seite berührt, die mir von Wichtigkeit erscheint, und ich habe sehr bedauert, dass die Herren nicht zugehört haben. Meine Herren! Ich muss Ihnen — Sie sehen, dass ich ganz ruhig spreche — bei dieser Gelegenheit folgendes sagen: Wenn Sie in Ihr Programm hineingenommen haben, dass Sie in einer beinahe unmerklichen Weise einen Lärm hier machen, wie in einem Bienenschwarm, auf eine solche Weise mit einander sprechen, als ob die Rollen von vornherein vertheilt worden wären; wenn Sie das wiederholt hier versuchen wollen — zweimal haben wir Ihnen das hingehen lassen — dann werden wir anders reden. Wir sind bis jetzt noch in der Majorität.

Vice-Bürgermeister Matzenauer (unterbrechend): Ich bitte, Herr Collega, bei der Sache zu bleiben und sich an den Gegenstand der Debatte zu halten. (Lärm links.)

Gem.-Rath Frauenberger: Ich bitte, Herr Vorsitzender, sind wir denn nicht mehr in der Majorität? Ist denn das ein Grund, mich zu unterbrechen? Der Herr Vorsitzende muss ja doch erst überlegen, ob das ein Grund zur Unterbrechung ist! (Heiterkeit, Beifall und Händeklatschen links.)

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Herr Gem.-Rath Frauenberger, wegen dieser Äußerung gegenüber dem Vorsitzenden muss ich Sie zur Ordnung rufen. (Ironischer Beifall und Händeklatschen links.)

Gem.-Rath Frauenberger (fortfahrend): Also, meine Herren, der Herr Dr. Friedjung hat daher geglaubt, wir müssen den gewählten Vertretern des Gemeinderathes auch eine Marschroute in der Richtung mitgeben (Gem.-Rath Gregorig: Nach Palästina!), dass sie sich auch mit Fragen, welche vielleicht von anderen Städtevertretern hier angeregt werden, beschäftigen, das scheint mir ein Gedanke, welcher der Mühe wert ist, ihn anzuhören. (Gem.-Rath Hawranek: Das ist ja selbstverständlich!) Gewiss! Sie werden ja nicht glauben, dass sich alle Städtevertreter, wenn sie hieher kommen, nur mit unseren drei Punkten beschäftigen. Es werden ja von den anderen Städtevertretern gewiss auch Fragen hier zur Erörterung gebracht werden. Selbstverständlich wird man ihnen dann auf diesem Städtetage sagen: Meine Herren, diese gewissen Schmerzen haben auch wir unterdrückt, wir wollen uns nur mit solchen Fragen auf dem Städtetage beschäftigen, welche für die Städte ein allgemeines Interesse haben. Darüber sind wir uns ja klar. Große Fragen sollen behandelt werden, und solche, welche auch die anderen Städte mitinteressieren. Wir wissen ja nicht, wird für diesen Städtetag gewählt oder ernannt, wir wissen ja nicht, wer die Vertreter sein werden.

Nun ist es ja nothwendig, das man solche Fragen allerdings bespricht und es wurde heute schon mit Recht darauf hingewiesen, dass man vielleicht einige größere Fragen, wie zum Beispiel den Antrag, den seinerzeit die Approvisionierungs-Section gestellt hat

und den ich nur auf Wunsch des Herrn Collegen Seiler erwähne, hätte besprechen können. Ich will aber hiebei bemerken, dass ich der Meinung bin, dass die Frage der Zinskreuzer vielleicht auch für diesen Städtetag ein besonderes Interesse hat, weil auch die anderen Städte in dieser Frage mitinteressiert sind. (Gem.-Rath Dr. Stern: Nein!) Herr Gem.-Rath Dr. Stern meint: Nein — also gut, ich verstehe das zu wenig, vielleicht ist es anders; aber solche Fragen — meine ich — die ein allgemeines Interesse haben, könnten besprochen werden. Ich glaube aber, dass über alle diese Fragen, die wir angezogen haben, im Stadtrathe verhandelt worden ist, und dass der Herr Bürgermeister über diese Fragen auch nachgedacht hat, und dass wir daher bei den drei vorgeschlagenen Punkten, die gewiss eine bedeutende Vorlage für den Städtetag bilden werden, verbleiben sollen.

Indem ich noch erkläre, dass ich für die Anträge des Referenten stimmen werde, schließe ich mich nur in einem Punkte den hier erhobenen Klagen an, nämlich, dass es mit der Ausarbeitung der hier im Gemeinderathe gestellten Anträge leider schlimm bestellt ist.

Wenn man einen Antrag stellt, so bekommt man plötzlich nach einiger Zeit eine Zuschrift:

„Es wird Ihnen mitgetheilt, dass Ihr Antrag in der Sitzung des Stadtrathes vom soundsovielten in Berathung gezogen worden ist."

Da dreht man unwillkürlich das Papier um und schaut, ob da nicht noch etwas daraufsteht; aber das ist alles!

Ja, meine Herren, da soll man doch daraufschreiben, Ihr Antrag wurde abgelehnt oder er ist im Stadtrathe angenommen worden.

Ich glaube, diese Formel könnte man doch noch hinzufügen. Es ist ja wirklich schmerzlich für einen Gemeinderath, dass er, wenn er einen Antrag gestellt hat, erst zu einem Stadtrathe laufen und ihn fragen muss: Hochverehrter Herr, was habt Ihr denn beschlossen?

In dieser Richtung möchte ich also den Herrn Bürgermeister bitten, eine Änderung zu veranlassen. Dann habe ich an den Herrn Bürgermeister noch eine dringende Bitte, nämlich er möge es nicht zugeben, dass man über gewisse Dinge, die sich doch erledigen lassen, so lange studiert, sondern veranlassen, dass das Studium dieser Fragen beschleunigt werde, und dass man einen Sachverständigen beizieht, wenn man sich in einer Sache nicht auskennt. Wien ist ja groß, und wir haben viele Sachverständige. Warum plagt man sich mit solchen Fragen ab, die man nicht versteht? Es kommt ja nichts ordentliches dabei heraus.

Ich möchte also bitten, dass man Sachverständige fragt und nicht so viel studiert, denn probieren ist besser als studieren. Mit dem Probieren kommt man schon ans Ziel, das ist eine alte Regel. Ich möchte also den Herrn Bürgermeister bitten — er möge es mir nicht übelnehmen — für einen Antrag in dieser Richtung zu sorgen.

Ich bin überzeugt, dass sein Einfluss von den wohlthätigsten Folgen begleitet sein wird, und damit schließe ich.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Ich habe den Herren mitzutheilen, dass mir vom Herrn Gem.-Rathe Dr. Daum ein Antrag übergeben worden ist, der dahingeht, dass auf dem Städtetage auch die Frage der Regelung der Zinskreuzer zu berathen sei. Der Antrag ist mir erst übergeben worden, während der Herr Generalredner contra beim Worte war, und ich konnte daher früher keine Mittheilung davon machen.

Gem.-Rath Seiler (zur Geschäftsordnung): Ich habe den Herrn Generalredner pro ersucht, er möchte einen Antrag von mir einbringen; er hat es mir zugesagt und hat es nicht gethan. Ich hätte den Antrag ja sonst schriftlich eingebracht.

Ich bedauere das, aber wenn es die Herren gestatten, werde ich den Antrag schriftlich einbringen. (Rufe: Das geht nicht mehr!)

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Der Antrag muss doch früher eingebracht sein, bevor der Berichterstatter zum Schlussworte spricht.

Gem.-Rath Silberer (zur Geschäftsordnung): Ja, meine Herren, es wird uns jetzt gesagt, dass noch ein Antrag eingebracht wurde. Es wird uns diese Mittheilung gemacht, und zwar von officieller Seite in so officieller Form, dass ich nur annehmen kann, es werde beabsichtigt, den Antrag bei der Abstimmung miteinzubeziehen. Ich mache nun darauf aufmerksam, dass das nicht geht; wenn der Antrag als solcher vom Präsidium angenommen wird, so gibt es nur eine correcte parlamentarische Form, nämlich die Wiederaufnahme der Debatte.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Ich bitte um Entschuldigung. Der Antrag des Dr. Daum ist mir übergeben worden, und ich habe denselben mitzutheilen auf Grund des § 35 der Geschäftsordnung, wo es heißt: „Wenn Generalredner gewählt werden, steht es jedem Redner, welcher nicht zum Worte gelangt ist, frei, Abänderungs- oder Zusatz-Anträge zu den in Verhandlung stehenden Gegenständen dem Vorsitzenden schriftlich zu überreichen. Dieselben sind zur Verlesung zu bringen, bevor die Generalredner das Wort ergreifen."

Ich bitte, ich habe ausdrücklich beigefügt, dass mir der Antrag übergeben wurde, nachdem der Herr Generalredner contra bereits zum Worte aufgerufen war und bereits gesprochen hatte. Ich konnte daher vorher den Antrag nicht zur Kenntnis der Versammlung bringen, wenn er mir erst übergeben wurde, während der Herr Generalredner schon sprach, und daher habe ich ihn der Versammlung jetzt mitgetheilt, so dass der Referent darauf Bedacht nehmen kann.

Gem.-Rath Frauenberger (zur Geschäftsordnung): Meine Herren! Es thut mir sehr leid, ich habe den Herrn Collegen Seiler offenbar missverstanden. Ich war der Meinung, dass er wünscht, ich solle seinen Antrag erwähnen, nicht aber, dass ich den Antrag selbst einbringe. Es thut mir sehr leid. College Seiler hat in der Richtung mit mir gesprochen, aber ich habe ihn missverstanden.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Gestatten die Herren, dass ich den Antrag Seiler verlese? (Zustimmung.) Derselbe lautet: Über die Einberufung eines Städtetages ist in einer der nächsten Sitzungen zu referieren.

Gem.-Rath Silberer (zur Geschäftsordnung): Ich bitte zu entschuldigen, aber ich muss darauf bestehen, dass dieser Antrag vom Referenten nicht weiter in die Debatte in Betracht gezogen werde. Wir dürfen keine Präcedenz schaffen, dass, nachdem die Generalredner, wo ohnedies schon ein abgekürztes Redeverfahren stattgefunden hat, ganz zu Ende gesprochen haben, plötzlich — ich gebe ja zu ohne Verschulden des Herrn Vorsitzenden — Anträge mit in die Berathung hineinkommen und der Herr Referent sich damit beschäftigt. Das ist ganz und gar nicht zulässig. Der Herr Vorsitzende hat den Paragraphen ganz correct citiert, er hat auch seinerseits correct gehandelt, er kann nichts machen; aber aus dem Paragraphen geht hervor, dass, wenn er den Antrag nicht

rechtzeitig bekommt, er denselben nicht zur Abstimmung bringen kann. Nach meiner Ansicht ist die Enunciation, die der Präsident in dem Falle zugegeben hat, die: Es ist mir noch ein Antrag übergeben worden, nachdem er aber zu spät eingebracht wurde, können wir uns damit nicht mehr befassen, mögen auch noch so sachliche Gründe für denselben vorliegen. Aus diesen parlamentarischen Gründen kann der Antrag Seiler nicht mehr in Betracht gezogen werden.

Referent (zum Schlusworte): Meine Herren! Manchmal lastet auf einer Versammlung ein Unstern. Das war heute der Fall. Die Versammlung hat sehr schön angefangen und auf einmal ist ein Gewitter heraufgezogen, das viel heftiger geworden ist, als man es ahnen konnte. Die Ansichten über diesen Gegenstand sind ziemlich rückhaltslos ausgesprochen worden. Die einzelnen Herren Gemeinderäthe haben die Vorgänge in der Versammlung — was mich freut — rückhaltslos kritisiert, und ich glaube, dass daraus doch vielleicht eine Wendung zum besseren sich ergeben wird, wenn man gegenseitig Rechte und Verbindlichkeiten respectieren wird. (Zustimmung.) Einen Vorwurf, der gewissermaßen gegen mich erhoben wurde, kann ich aber nicht auf mir sitzen lassen. Es wird immer geklagt, dass die hier eingebrachten Anträge gar nicht oder zu spät oder nicht in geeigneter Form gegenüber dem Gemeinderathe behandelt werden, wie es das Statut und die Geschäftsordnung vorschreibt. Meine Herren, das ist nicht richtig. Es ist eine Anzahl von Anträgen nicht erledigt, das gebe ich ja zu. (Ruf links: Warum?) Sie können sich das ja denken, aus dem einfachen Grunde, weil es nicht möglich war.

Meine Herren! Ich kann Ihnen eine große Anzahl von Anträgen vorlegen und Sie fragen: Was wünscht der Antragsteller? Was ist da zu machen? Sie werden um die Antwort verlegen sein. Es ist nämlich nichts zu machen. (Zwischenruf seitens des Gem.-Rathes Herrdegen.) Herr Gem.-Rath Herrdegen steht auf dem Standpunkte: fiat justitia et pereat mundus, das ist auch ein Standpunkt. Jetzt frage ich Sie aber — es ist ein Antrag da, mit dem absolut nichts anzufangen ist, man muss ihn ablehnen. Die negative Erledigung gehört in die Competenz des Gemeinderathes, und die Verhandlung würde hier eine ganze Sitzung ausfüllen, während Hunderte von dringenden Gegenständen unerledigt bleiben.

Derlei schwer lösbare Dinge werden immer geschoben und geschoben, weil sie eben nicht erledigt werden können. Es ist in vielen Fällen kein so großes Unglück, wenn diese Gegenstände noch nicht erledigt sind, sie werden und müssen aber erledigt werden. Eine Verständigung, wie vorhin angeführt, an einzelne Gemeinderäthe erfolgt nur bei solchen Anträgen, welche nicht in die Competenz des Gemeinderathes gehören, sondern für deren endgiltige Erledigung nach dem Statute der Stadtrath competent ist. Da wird der betreffende Antragsteller verständigt; eine Erledigung im Gemeinderathe erfolgt nicht; das ist vollkommen gesetzlich und in der Ordnung.

Was die neuerliche Aufforderung betrifft, das Kehrichtreferat zu erledigen, so kann ich nur wiederholen, dass dasselbe demnächst erledigt werden wird.

Der Antrag Daum ist nicht zur Verhandlung gelangt, weil er verspätet eingebracht worden ist, ebenso der Antrag Seiler. Ich habe mich übrigens über den Antrag Seiler früher ausführlich ausgesprochen. Ich habe ja gesagt, wie die Sache steht, und der Herr Antragsteller war damals mit meinen Ausführungen, wie mir schien, vollkommen zufrieden. Auf Details in der Sache einzugehen, ist ja nicht möglich. Das Referat wird übrigens hier im Gemeinderathe erstattet werden, wenn — ich habe diese Angelegenheit noch nicht geprüft — der Gemeinderath zu deren Erledigung competent ist. Ist er dazu nach dem Gesetze nicht competent, so werde ich den Gegenstand auch hier nicht zur Verhandlung bringen. Der Gemeinderath kann dem Stadtrathe einen Auftrag geben, wenn aber in diesem Gegenstande der Stadtrath zur endgiltigen Erledigung competent ist, kann ich den Gegenstand dem Gemeinderathe nicht vorlegen; das ist vollkommen gesetzlich, und ich kann davon auch nicht abgehen. Gegen die Sache selbst war von keiner Seite eine Einwendung, und wir haben also eine ganze Sitzung über eine Sache debattiert, gegen welche niemand etwas einwendet. (Zustimmung.)

Was das Formelle betrifft, so hat Herr Dr. Friedjung gesagt, er wünsche eine andere Formulierung, nämlich er wünscht nicht, dass den Delegierten eine Weisung gegeben werde, sondern es soll bloß erklärt werden, es werden die in den Vorlagen a b c u. s. w. enthaltenen Anträge dem Städtetage vorgelegt.

Meine Herren! Was heißt das? Entweder (Zwischenruf links), ich bitte, nicht immer dreinzureden, das ist wirklich sehr erschwerend — entweder der Gemeinderath erklärt sich einverstanden mit den Anträgen und legt die Anträge dem Städtetage vor, mit der Erklärung, dass diese Anträge seiner — des Gemeinderathes — Ansicht entsprechen, das ist ja selbstverständlich, dass eine Richtschnur für die Delegierten vorhanden ist, dass sie sich in diesem Sinne verhalten, nur in diesem Sinne stimmen, oder aber der Gemeinderath müsste sagen, diese Vorlagen, diese Anträge prüfe ich gar nicht, sondern ich bin damit einverstanden, dass über die Kosten des übertragenen Wirkungskreises eine Vorlage gemacht werde, ich bin einverstanden, dass die Delegierten sich mit der Steuerreform beschäftigen, der Gemeinderath dürfte sich aber mit dem Meritum gar nicht beschäftigen. Das dürfen wir nicht thun, weil der Nachdruck fehlen würde, und wir wollen ja gerade die Ansichten sämmtlicher Städte erfahren und bei dieser Gelegenheit zum Ausdrucke bringen.

Ich glaube daher, dass man auf die Anträge des Herrn Gem.-Rathes Dr. Friedjung nicht eingehen kann. Würden Anträge gestellt, die heute dem Gemeinderathe nicht vorliegen, dann ist es selbstverständlich dem Ermessen der Delegierten überlassen, dazu Stellung zu nehmen. Nehmen wir an, es bringt heute irgendeine Stadt neue Anträge, die heute hier nicht vorliegen, dann werden die Delegierten vom Standpunkte unserer Interessen diese Anträge prüfen und zu ihnen Stellung nehmen.

Ich glaube daher, dass die Versammlung geneigt sein wird, die Anträge, die ich namens des Stadtrathes zu stellen die Ehre hatte, zu genehmigen.

Gem.-Rath Dr. Friedjung (zu einer persönlichen Bemerkung): Wenn es hier heißt, dass die Delegierten die vorliegenden Anträge zu vertreten haben — und so steht es hier — so müssten sie jeden Zusatz-Antrag, der mit unseren Anträgen in Widerspruch steht, ablehnen. (Referent: Ja, wenn ein Widerspruch besteht!) Wenn aber der Herr Bürgermeister mir erklärt, dass diese klaren Worte: „sie haben zu vertreten" in einem anderen Sinne zu verstehen sind, dann bin ich einverstanden.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Wir schreiten zur Abstimmung. Nachdem die Anträge der Herren Gem.-Räthe Dr. Daum und Seiler verspätet eingebracht wurden, kann auf dieselben keine Rücksicht genommen werden. Es liegt sonach nur

der Antrag des Stadtrathes vor. Ich ersuche die Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen. (Rufe: Einstimmig!)

Beschluss: Der Gemeinderath erklärt sich mit der Einberufung des Städtetages einverstanden.

Auf diesem Städtetage sollen nachstehende Fragen zur Erörterung kommen:

1. Kostenvergütung für die Besorgung der Geschäfte des übertragenen Wirkungskreises speciell jener als politischer Behörde erster Instanz.
2. Reform des Heimatsrechtes.
3. Reform der directen Personalsteuern.

Die Delegierten der Gemeinde werden ermächtigt, bei diesem Städtetage in Bezug auf die Regelung des Heimatsgesetzes jenen Standpunkt einzunehmen, welchen der Gemeinderath in der diesfälligen, an die hohe Regierung und Reichsvertretung gerichteten Petition eingenommen hat.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung 8 Uhr 10 Minuten abends.)

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Dienstag, den 12. Februar 1895.
Mittwoch, den 13. Februar 1895.
Donnerstag, den 14. Februar 1895.
Freitag, den 15. Februar 1895.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **28. Jänner 1895.**

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Grübl.
Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende:

Dr. v. Billing,	Mayer,
Boschan,	Müller,
v. Götz,	Dr. Nechansky,
Dr. Hackenberg,	v. Neumann,
Dr. Huber,	Schlechter,
Dr. Klotzberg,	Schneiderhan,
Kreindl,	Stiaßny,
Dr. Lederer,	Dr. Vogler,
Dr. Lueger,	Witzelsberger,
Matthies,	Wurm.

Krank: St.-R. Rückauf.
Beurlaubt: St.-R. Baugoin.
Schriftführer: Magistrats-Concipist H. Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung.

(8577.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über den Recurs des Ferd. Schnürr gegen eine ihm auferlegte Conventionalstrafe anlässlich mangelhafter Canalreinigung im XII. Bezirke und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(10187.) **Derselbe** referiert über die Vorstellung des Josef Herzl gegen feuerpolizeiliche Verfügungen XII., Schönbrunner Hauptstraße 1, und beantragt, dem Recurse insofern Folge zu geben, dass die Bewilligung ertheilt wird, bei zeitweiser Überfüllung des Kistenmagazins höchstens acht bis zehn leere Eierkisten durch längstens zwei Tage im Hofe lagern zu dürfen. (Angenommen.)

(597.) **Derselbe** referiert über die Eingabe des Vorstehers des VI. Bezirkes um Verwendung von Doppelfuhren bei der Schneesäuberung auf der Mariahilferstraße und beantragt, zu gestatten, dass doppelt große Wagen verwendet werden dürfen. (Angenommen.)

(630.) **Derselbe** referiert über die Nachschaffung von Gummischläuchen für die Straßenbespritzung pro 1895 und beantragt, die Ersatzlieferung von Gummischläuchen zu obigem Zwecke mit dem bedeckten Kostenerfordernisse von 3066 fl. im Wege einer beschränkten Offertverhandlung zu genehmigen. Zu dieser Offertverhandlung, welcher der vorgelegte Kostenanschlag und die angeschlossenen Bedingnisse zugrunde zu legen sind, wären die vom Stadtbauamte namhaft gemachten Firmen einzuladen.

St.-R. Matthies beantragt die Ausschreibung einer beschränkten Offertverhandlung.

St.-R. Dr. Lederer beantragt die Ausschreibung einer allgemeinen Offertverhandlung mit besonderer Einladung an die vom Stadtbauamte namhaft gemachten Firmen.

Antrag des St.-R. Dr. Lederer angenommen.

(582.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Franz Gey, Straßenaufsehers im XI. Bezirke, um Fortbezug seines Taglohnes während seiner Erkrankung und beantragt, den Vorsteher des XI. Bezirkes zu ermächtigen, dem Straßenaufseher Franz Gey den Taglohn per 1 fl. 50 kr. für die Dauer seiner fünftägigen Krankheit, das ist 7 fl. 50 kr. auszubezahlen. (Angenommen.)

(585, 587, 586.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit einer Commissionsgebür nach Barbara Mayer per 4 fl. 20 kr., einer Licenzgebür nach Aloisia Minicher per 27 fl. 25 kr. und einer Kleinfuhrwerks-Licenzgebür nach Josef Schwarzenecker per 25 fl. 20 kr., und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(640.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über die Persolvierung der Mautner v. Markhof'schen Stiftung für Waisen und beantragt die Genehmigung des Magistratsanschlages bezüglich der Einbeziehung der im Magistratsreferate bezeichneten katholischen, evangelischen und israelitischen Waisen in die Verlosung.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, es sei für die Zukunft auszusprechen, dass das Anstreben der buchhalterischen Carrière bei Mädchen nicht als eine bessere Beschäftigung anzusehen sei.

Referenten-Antrag angenommen; Antrag des St.-R. Dr. Lueger abgelehnt.

(637.) **Derselbe** referiert über das Ergebnis der am 24. Jänner 1895 neuerlich vorgenommenen Wahl des Bezirksvorstehers für den X. Bezirk und beantragt, die Wahl des Johann Schindl, Lohnwagen- und Hausbesitzers, X. Bezirk, Davidgasse 4, zu bestätigen. (Angenommen.)

(570.) **Derselbe** referiert über die Adaptierung und Vermietung von Räumlichkeiten im alten Schulgebäude „Dirndlhof" in Kaiser-Ebersdorf und beantragt:

1. Es seien die im alten Schulgebäude „Dirndlhof" in Kaiser-Ebersdorf und in den beiden Gartenhäusern daselbst vorzunehmenden Adaptierungen mit dem Gesammtkostenbetrage von 2378 fl. 6 kr. nach den Plänen und Kostenanschlägen des Stadtbauamtes zu genehmigen;

2. dem Stadtbauamte ist die sofortige Inangriffnahme und Durchführung der genehmigten Adaptierung aufzutragen und dann der Act im Hinblicke auf § 15, Punkt 56, der genehmigten Geschäftsordnung für den Magistrat und die magistratischen Bezirksämter dem magistratischen Bezirksamte für den XI. Bezirk zur Festsetzung der Mietzinse und Vermietung der erwähnten Localitäten (mit Ausschluss der adaptierten Schulleiterwohnung im I. Stocke des alten Schulgebäudes) zu übermitteln. (Angenommen.)

(574.) **Derselbe** referiert über die Note des Bezirksgerichtes Mariahilf um Zustimmung zur Erfolglassung eines Betrages von 60 fl. aus dem Vermögen des magistratischen Kostkindes Laura Glosner und beantragt die ausnahmsweise Genehmigung der erbetenen Erfolglassung. (Angenommen.)

(342.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Alois Kreitler um Altersnachsicht behufs eventueller Erlangung einer provisorischen Schuldienerstelle und beantragt, demselben ausnahmsweise und gnadenweise die Altersnachsicht, jedoch nur behufs eventueller Erlangung einer provisorischen Schuldienerstelle, zu ertheilen. (Angenommen.)

(534.) **Derselbe** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis für die Demolierung des städtischen Hauses Nr. 6 in der Rüdengasse im III. Bezirke und beantragt, das Offert des Moriz Hirsch, mit welchem derselbe sich erbietet, die Demolierung obigen städtischen Hauses gegen Überlassung des Altmateriales und gegen eine von der Gemeinde zu leistende Aufzahlung von 150 fl. zu übernehmen, wird unter den Bedingungen des Protokolloffertes vom 12. Jänner 1895 pro Maitermin genehmigt. (Angenommen.)

(618.) **Derselbe** referiert über Gesuche um Zusicherung der Aufnahme in den Gemeindeverband aus dem IV. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung für:

Bullinger Georg Karl, Hotelbesitzer;

Lorenz Paul, Privatmusiklehrer;

Bernatzky Wilhelm, Hilfsbeamter. (Angenommen.)

(566.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit von Beerdigungskosten nach 160 Parteien aus dem II. Bezirke und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(609.) **Derselbe** referiert über die Eingabe des Vorstehers des VI. Bezirkes um Auflassung, resp. Verlegung des Polizeigefangenhauses und beantragt, dermalen in die Erledigung der Frage wegen Verlegung des Polizeigefangenhauses nicht einzugehen und hievon dem Vorsteher des VI. Bezirkes mit Bezug auf seine Zuschrift vom 14. September 1894, Z. 3513, mit dem Beifügen zu verständigen, dass wie bereits mit dem Stadtraths-Beschlusse vom 8. Februar 1893, Z. 532, ausgesprochen wurde, die Gemeinde die Frage der Verlegung des Polizeigefangenhauses unverrückt im Auge behalte.

Aus diesem Anlasse ist neuerlich ein dringendes Urgens wegen Erledigung der schwebenden Angelegenheit der Zahlung des Mietzinses an das hohe k. k. Ministerium des Innern zu überreichen.

St.-R. Ritt. v. Neumann beantragt, den Bürgermeister zu ersuchen, dahin zu wirken, dass das Polizeigefangenhaus beseitigt werde.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, dem Ministerium bekanntzugeben, dass, wenn bis Ende März 1895 eine Entscheidung nicht erfolgt, der gerichtliche Weg betreten werde.

Weiters sei zu beschließen, falls der Termin (31. Mai) nicht eingehalten werde, die gerichtlichen Schritte einzuleiten.

Der Referent accommodiert sich dem Antrage des St.-R. Dr. Lueger.

Modificierter Referenten-Antrag angenommen.

(589.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit von Beerdigungskosten nach 61 Parteien aus dem XVI. Bezirke per 99 fl. 30 kr. und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(719.) **St.-R. Wurm** referiert über den Statthalterei-Erlass, betreffend die politische Begehung bezüglich des Projectes eines Hilfsgeleises für den Bau der Gürtellinie der Wiener Stadtbahn zwischen dem Westbahnhofe und der Hasnerstraße in Ottakring, XVI. Bezirk, und beantragt:

Die Vertreter der Gemeinde Wien seien zu ermächtigen, bei der in Rede stehenden politischen Begehung folgende Erklärung abzugeben:

„Die Gemeinde Wien erhebt vom Standpunkte der Straßenbenützung gegen das vorliegende Project unter den nachstehenden Bedingungen keine Einwendung:

1. Die Straßenbenützung ist auf die Dauer des Baues der Gürtellinie der Wiener Stadtbahn längstens auf die Dauer von zwei Jahren einzuschränken.
2. An den Kreuzungsstellen mit den öffentlichen Communicationen ist eine Geleiseconstruction anzubringen, welche die volle Gewähr für die Aufrechthaltung des ungehinderten allgemeinen Verkehres bietet, und sind die bereits bestehenden und weiters noch auszuführenden nothwendigen Pflasterungen im Anschlusse an das Geleise auf Kosten der Bahnunternehmung stets in einem guten Zustande zu erhalten.
3. Die am Marktplatze vor dem Hotel Wimberger aufgestellten Verschleißobjecte dürfen durch die Geleiseanlage weder beschädigt, noch beeinträchtigt, und darf auch der Marktverkehr dortselbst in keiner Weise behindert werden.
4. Das von den Materialwägen allfällig abfallende Material ist sofort zu entfernen.
5. Nach Außerbetriebsetzung des Hilfsgeleises, längstens aber nach Ablauf von zwei Jahren, ist das Geleise aus den städtischen Gründen wieder zu entfernen und sind die Grund- und Straßenflächen wieder in den früheren guten Zustand zu versetzen.
6. Die gesammten Arbeiten der Anlage des Hilfsgeleises sind im Einvernehmen mit dem Stadtbauamte vorzunehmen und ist darauf zu achten, dass hiebei die bestehenden städtischen Objecte keine Schädigung erfahren.
7. Allfällige öffentliche Herstellungen im Bereiche der Geleiseanlage sind zu gestatten und sind hiebei alle jene Anforderungen auf Kosten der Bahnunternehmung zu erfüllen, welche für die Durchführung von öffentlichen Arbeiten erforderlich sein werden.

St.-R. Ritt. v. Neumann beantragt: Im Interesse der Sicherheit der Personen hat jedem Zuge ein Mann mit einer Laterne voranzugehen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, dass ein Anerkennungszins von 5 fl. jährlich entrichtet werde.

Der Antrag des St.-R. Ritt. v. Neumann wird zurückgezogen, jedoch vom St.-R. Dr. Lueger aufgenommen.

Sämmtliche Anträge angenommen.

(An den Gemeinderath.)

(511.) **St.-R. Müller** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis wegen Lieferung des für den Wasserreservoirbau am Schafberg in Dornbach, XVII. Bezirk, erforderlichen gusseisernen Façonröhren und beantragt, das Offert des K. Ph. Wagner zu dem Kostenanschlagspreise, d. i. 13 fl. 50 kr. per 100 kg und 100 fl. Modellkosten, zu genehmigen. (Angenommen.)

(612.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Union-Baugesellschaft um Verlängerung des Vollendungstermines für den Nothauslass aus dem rechten Haupt-Sammelcanale gegenüber dem Krottenbache, XIX. Bezirk, und beantragt, aus den vom Stadtbauamte namhaft gemachten Gründen den mit 45 Arbeitstagen bestimmt gewesenen Arbeitstermin für die Herstellung des Nothauslasses aus dem rechtsseitigen Haupt-Sammelcanale gegenüber der Einmündung des Krottenbaches im XIX. Bezirke um 22 Arbeitstage zu verlängern.

Vice-Bürgermeister Matzenauer regt an, dass auch die Kosten für die Mehrarbeiten gleichzeitig mit diesem Referate in Verhandlung genommen werden.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, dass berichtet werde, warum eine Projectsänderung nothwendig geworden ist.

Der Antrag des Vice-Bürgermeisters Matzenauer und des St.-R. Dr. Lueger, sowie der Referenten-Antrag finden nicht die Majorität der Versammlung.

Die Reassumierung der Abstimmung ergibt dasselbe Resultat.

(Bürgermeister Dr. Grübl übernimmt den Vorsitz.)

(189.) **Derselbe** referiert über die Baulinienbestimmung für die Nussberggasse (Weinberggasse) im XIX. Bezirke und beantragt, es werde die Baulinie für die Nussberggasse (Weinberggasse) im XIX. Bezirke in der Strecke von Cat.-Parc. 821 bis inclusive 795 bei einer Straßenbreite von 15·17 m nach der im vorgelegten Plane roth gezogenen Linie A B C bestimmt, daselbst die Herstellung eines 5·7 m breiten Vorgartens angeordnet und die Verbauung nur mit einzeln stehenden oder zu zwei gekuppelten Wohnhäusern festgesetzt, die Bestimmung des Niveaus dagegen dem General-Regulierungsplane vorbehalten.

St.-R. Dr. Lederer beantragt, Wohnhäuser mit höchstens zwei Stockwerken und einem Parterregeschoss.

Der Referent accommodiert sich dem Antrage.

Modificierter Referenten-Antrag angenommen.

(An den Gemeinderath.)

(276.) **Derselbe** referiert über das Offert des Theodor Engel Ritt. v. Mainfelden auf käufliche Überlassung der städtischen Parc. 462, 463 in Grinzing und um Auflassung der sogenannten Hohlweggasse und beantragt die Ablehnung aus den vom Magistrate angeführten Gründen. (Angenommen.)

(497.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen von Grundeigenthümern in Heiligenstadt um Herstellung einer Straße längs des Schreiberbaches in Heiligenstadt und beantragt:

1. Längs des Schreiberbaches ist in Verlängerung der hinter dem Heiligenstädter Friedhofe endenden Straße bis zur Wildgrube nach der vorgenommenen Auspflockung ein zum großen Theile 3·50 m breiter Fahrweg anzulegen, die Brücke von dem hinter der Station „Grinzing" führenden Fahrweg zu verbreitern und überhaupt die in der Erledigung des magistratischen Bezirksamtes für den XIX. Bezirk vom 29. October 1894, Z. 17691, und in dem Bauamtsberichte vom 22. December 1894, Z. 2573, angeführten Herstellungen durchzuführen;

2. für diese Herstellungen ist nach der Buchhaltungsäußerung vom 11. Jänner 1895, Z. 17, bei Gruppe VI, Rubrik XXIII 5, Deckung findende Betrag von 2800 fl. zu bewilligen und der Bezirksvorsteher zu ersuchen, die nach Maßgabe des Bezirksbedarfes zeitweise disponibel werdenden Taglöhner für die Erdarbeiten und Gewinnung des Steinmateriales dem Bezirksausschusse Ignaz Mandl zur Verfügung zu stellen, welcher mit der Überwachung und Durchführung der Arbeit betraut wird;

3. die Grundeigenthümer mit Ausnahme des Leopold Hengl, August Gutmann und Anton Lier haben den nach der Auspflockung zur Straße entfallenden Grund unentgeltlich und lastenfrei der Gemeinde zu übergeben, welch letztere die Grundtransaction auf ihre Kosten durchführen wird;

4. die Grundeigenthümer Leopold Hengl, August Gutmann und Anton Lier überlassen den nach der Auspflockung zur Straße und Wegverlängerung entfallenden Grund der Gemeinde Wien lastenfrei gegen dem, dass selben die Wegparcellentheile, bezeichnet im vorgelegten Plane B mit rother Schraffierung und mit den Buchstaben ^{1}l^{1} q r x p l^{1}, l e k e i n o p l^{1} und a b c d e i h g f a unentgeltlich in das Eigenthum übergeben werden. Die Kosten dieser Transaction hat die Gemeinde Wien zu bezahlen und selbe durchzuführen;

5. die Arbeiten bezüglich der Reconstruction der Brücke und der Straßenanlegung bachaufwärts vom Pflocke 42 ist sofort nach Genehmigung dieser Anträge durchzuführen und nachträglich die grundbücherlichen Transactionen zu bewerkstelligen;

6. der Bau der Straße zwischen Pflock 1 und 42 ist erst in Angriff zu nehmen, wenn Karl Haller die intabulationsfähige Abtretungs-Erklärung ausgestellt haben wird.

St.-R. Kreindl beantragt, dass die Arbeiten binnen 14 Tagen bis drei Wochen begonnen werden.

St.-R. Dr. Klotzberg beantragt, dass unter einem die Straße bis zum Heiligenstädter Friedhofe in Reparatur genommen werde.

Sämmtliche Anträge werden angenommen.

(Punkt 4 an den Gemeinderath.)

(517.) **Derselbe** referiert über die Zuschrift der k. k. General-Direction der österreichischen Staatsbahnen vom 6. Jänner 1895, Z. 204102, wegen Tragung der Mehrkosten für die Verstärkung der Arbesbach-Einwölbung im Bereiche der Vorortelinie der Stadtbahn seitens der Commission für Verkehrsanlagen und beantragt, diese Zuschrift zur Kenntnis zu nehmen und dieselbe im Sinne des Magistrats-Antrages zu beantworten. (Angenommen.)

(513, 8117.) **Derselbe** referiert über den Bescheid des Landesgerichtes vom 14. December 1894, Z. 103146/36, in Betreff des Ansuchens des Heinrich Eger um Grundabschreibung, Einl.-Z. 480, V. Bezirk, und beantragt, zur Kenntnis zu nehmen, dass dem Antrage wegen Grundabschreibung nunmehr entsprochen erscheint.

(Angenommen.)

(8091.) **Derselbe** referiert über den Gemeinderathsbescheid vom 18. Jänner 1895, betreffend die neuerliche Verhandlung mit Elise Schmutz auf käufliche Überlassung von Theilen der Linienwallparcelle 1696/4, Einl.-Z. 431, und beantragt die Einsetzung eines Verhandlungs-Comités. (Angenommen.)

(541.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Leopoldine Dautz um Consens zum Umbau des Hauses Nr. 29 Sieveringerstraße, XIX. Bezirk, und beantragt, der vom magistratischen Bezirksamte für den XIX. Bezirk beantragten geschlossenen Verbauungsart zuzustimmen. (Angenommen.)

(753.) **Bürgermeister Dr. Grübl** referiert über die Einberufung eines Städtetages und beantragt:

I. Es sei ein Städtetag einzuberufen mit folgendem Programm:

1. Kostenvergütung für die Besorgung der Geschäfte des übertragenen Wirkungskreises, speciell jener als politische Bezirksbehörde I. Instanz;
2. Reform des Heimatsgesetzes;
3. Reform der directen Personalsteuer.

II. Die Delegierten der Gemeinde haben nachstehende Anträge zu vertreten:

Ad 1. Die Gemeinde Wien ist der Anschauung, dass ihr eine Vergütung der Auslagen für die von ihr besorgten Geschäfte des übertragenen Wirkungskreises, soweit dieselben die Competenz einer politischen Behörde I. Instanz, sowie die Einhebung der directen Steuern betreffen, gebüre und spricht eine Vergütung dieser Auslagen an.

Ad 2. Die Theilnehmer des Städtetages werden ersucht, der von der Gemeinde an die hohe Regierung und die beiden Häuser des Reichsrathes überreichten Petition, betreffend die Reform des Heimatsgesetzes, beizutreten.

Ad 3. Der Städtetag empfiehlt den auf ihm repräsentierten Gemeindevertretungen, sich im Petitionswege an die beiden Häuser des hohen Reichsrathes und an die hohe Regierung mit der Bitte zu wenden, es möge mit thunlichster Beschleunigung, wennmöglich gleichzeitig mit dem Beginne der Wirksamkeit der neuen Steuergesetze, eine Reform des communalen Steuerwesens der Landeshauptstädte in der Richtung in das Leben gerufen werden, dass diesen Gemeinden zu ihren bisherigen Zuflüssen eigene und selbständige Einnahmsquellen eröffnet werden, wobei in erster Linie die wenigstens successive Überlassung des Ertrages der Verzehrungssteuer für geschlossene Orte in Aussicht zu nehmen wäre.

Der Städtetag empfiehlt den auf ihm repräsentierten Gemeindevertretungen, sich im Petitionswege an die beiden Häuser des hohen Reichsrathes und an die hohe Regierung mit der Bitte zu wenden, dass ein der Bevölkerungszahl und Steuerleistung der Landeshauptstädte entsprechender Theil der den Landesfonden aus dem Mehrerträgnisse der directen Steuern zugedachten Überweisungen, welche nach den Beschlüssen des verehrlichen Steuerausschusses des hohen Abgeordnetenhauses mit rund 3,000.000 fl. in Aussicht genommen sind, jedoch nach Ansicht des Städtetages als zu gering zu bezeichnen sind, im Wege der Reichsgesetzgebung unmittelbar den Gemeinden der Landeshauptstädte zugewendet werde. (Angenommen.)

(716, 717.) **Derselbe** referiert über die Zuschriften der Niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft und der Bodencredit-Anstalt vom 18. Jänner 1895, betreffend die Weiterverzinsung des Guthabens der Stadt Wien per 1,800.000 fl. Anlehensgelder vom 27. Jänner bis 27. April 1895, beziehungsweise per 922.228 fl. Anlehensgelder, respective Flüssigmachung von 500.000 fl. pro 30. Jänner 1895 mit 3 Percent und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Döbling.

Jänner 1895.

Eingelegt wurden von 930 Parteien .	98.420 fl.	65 kr.
Behoben wurden von 376 Parteien .	53.374 „	46 „
Es ergibt sich daher ein Plus von . .	45.046 fl.	19 kr.
Dieses zugerechnet zum Stande mit Ende December per	1,434.521 „	91 „
gibt mit Ende Jänner 1895 bei 3761 offenen Conti einen Einlagestand . . von	1,479.568 fl.	10 kr.
Stand der Hypothekar-Darlehen . . .	847.473 fl.	30 kr.

* * *

Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Rudolfsheim.

Jänner 1895.

Eingelegt 701.011 fl. 94 kr. von 4316 Parteien (auf Sparcassa-Bücheln).

Rückgezahlt 395.129 fl. 26 kr. an 2261 Parteien.

Stand vom 31. Jänner 1895:

Gesammteinlagen auf 21.448 Conti	11,887.924 fl. 17 kr.
Hypothekar-Darlehen	8,655.654 „ 13 „

* * *

(Erbschafts-Schwindel.) Über Anordnung der k. k. n.-ö. Statthalterei ddto. 6. Jänner 1895, Z. 91160 (M.-Z. 5962/III), wird nachstehendes bekanntgegeben:

Laut Erlasses des hohen k. k. Ministeriums des Innern vom 7. November 1894, Z. 27756, sind in jüngster Zeit Versuche unternommen worden, vertrauensseligen Personen unter der Vorspiegelung, ein in Amerika verstorbener Österreicher Namens Benjamin Wellner oder Weller sei in Cleveland verstorben und habe sein Vermögen den in Österreich lebenden Erben hinterlassen, große Geldsummen durch Abnahme von Kostenvorschüssen zu entlocken.

Thatsache ist es, dass anfangs August d. J. in einigen Wiener Blättern eine diesbezügliche Notiz enthalten war, und dass, der an die „österreichischen Verwandten" ergangenen Aufforderung Folge leistend, zwei Erbschaftswerber sich an das österr.-ungar. Consulat in Pittsburg mit der Bitte um Auskunft über eine solche Erbschaft gewendet haben.

Die vom obgedachten Consulate beim Gerichte in Cleveland gepflogenen Erhebungen ergaben, dass wohl ein alter Einwohner Clevelands Namens Benjamin S. Wheller, Engländer von Geburt, dort gestorben sei und dass dessen bedeutender, seinen Verwandten testamentarisch zugedachter Nachlass bei jenem Gerichte verwaltet werde, dass aber von diesen Verwandten keiner in Österreich leben dürfte und dass eine andere Verlassenschaft nach einem Benjamin Weller oder Wellner dort nicht bekannt sei.

Schul-Angelegenheiten.

Bezirksschulrath der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

(Sitzung vom 30. Jänner 1895.)

Der Redaction des „Neuen Wiener Journal" wurde für die Spende der 521 fl. zur Beistellung eines Frühstückes für arme Schulkinder während dreier Monate der Dank des Bezirksschulrathes ausgesprochen.

Ein Antrag auf Schaffung eigener, den eigenartigen Verhältnissen Wiens entsprechender Landesgesetze, betreffend die Regelung der Errichtung, Erhaltung und des Besuches der öffentlichen Schulen, die Regelung der Rechtsverhältnisse der Lehrpersonen und die Schulaufsicht, sowie auf Einsetzung einer fünfzehngliedrigen Commission zur Berathung dieser Frage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Neun Bürgerschullehrern wird über Ersuchen des k. k. n.-ö. Landesschulrathes behufs Theilnahme an dem fünfmonatlichen Fortbildungscurse für Zeichenlehrer an gewerblichen Fortbildungsschulen

in Niederösterreich für die Zeit vom 18. Februar bis 15. Juli 1895 ein Urlaub bewilligt und zugleich beschlossen, beim Wiener Stadtrathe zu beantragen, dass, wie in den früheren Jahren, die Substitutionskosten, welche durch die Beurlaubung der erwähnten Curstheilnehmer entstehen, vom Wiener Bezirksschulfonde getragen werden.

Bezüglich der Bestimmung derjenigen Religionslehrer, welche in die neu zu wählenden Ortsschulräthe einzutreten haben, wird beschlossen, es habe im Sinne des Gesetzes bei der bisherigen Gepflogenheit zu bleiben.

Über eine Eingabe des Ortsschulrathes für den XIII. Gemeindebezirk wird beschlossen, die Zahl der Mitglieder desselben von sieben auf neun zu erhöhen.

Das Ansuchen eines Bürgerschullehrers um Remunerierung der von ihm im Jänner 1892 ertheilten Turn-Unterrichtsstunden nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 27. December 1891 wird mit Rücksicht auf die seinerzeitige Verfügung des k. k. n.-ö. Landesschulrathes, wonach die Entlohnung für den im Monate Jänner 1892 ertheilten Turn-Unterricht in der früher üblichen Weise zu erfolgen hatte, abgelehnt.

Es wird ferner beschlossen, für die Bürgerschule für Knaben und Mädchen III., Hainburgerstraße 40, die Systemisierung der Stelle eines eigenen Religionslehrers zu beantragen.

Weiters wird eine Disciplinar-Angelegenheit erledigt und die Erwerbung der zu Schulbauzwecken offerierten Realität X., Quellengasse 52, unter gleichzeitiger Genehmigung der bauämtlichen Projectskizze empfohlen.

Approvisionierung.

Borstenviehmarkt vom 5. und 7. Februar 1895.

1. Auftrieb

auf dem freien Markte:

Jungschweine	2937 Stück
Fettschweine	5617 „
Summa .	8554 Stück

Angekauft wurden:

für Wien	7487 Stück
für das Land	1026 „
unverkauft blieben	41 „

2. Preisbewegung:

Jungschweine . von 36 bis 41 (—) kr.
Fettschweine . . „ 35 „ 40 (—) „
} per Kg. Lebendgewicht.

Der Geschäftsverkehr war an beiden Markttagen lebhaft und wurden Jung- und Fettschweine gegen die Vorwoche um 3 kr. per Kilogramm theuerer gehandelt.

* * *

Pferdemarkt vom 5. Februar 1895.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 358 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 40—270 fl. per Stück.
„ Schlachtpferde . . . . . 21— 50 „ „ „

Der Markt war flau.

* * *

Stechviehmarkt vom 7. Februar 1895.

1. Auftrieb:

Kälber Waidner 3001, Kälber lebend 26, Lämmer Waidner 2335, Lämmer lebend —, Schafe Waidner 209, Schafe lebend 6094, Schweine Waidner 1591.

2. Preisbewegung:

Kälber Waidner	per Kg.	von	44 (—)	bis	66 (—)	kr.
Kälber lebend	„ „	„	38 (—)	„	42 (—)	„
Schweine Waidner	„ „	„	40 (—)	„	56 (—)	„
Schweine lebend junge . .	„ „	„	—	„	—	„
Schweine lebend fette . .	„ „	„	—	„	—	„
Lämmer Waidner	„ Paar	von	5	bis	11	fl.
Lämmer lebend	„ „	„	—	„	—	„
Schafe Waidner	„ Kg.	von	34 (—)	bis	48 (—)	kr.
Schafe lebend	„ „	„	21 (—)	„	33 (—)	„
Schafe lebend	„ Paar	von	9	bis	26½	fl.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 40 Stück Kälber weniger zugeführt. Bei lebhafter Kauflust sind die Preise um 2 bis 4 kr. per Kilogramm gestiegen.

Auf dem Schafmarkte wurden um 1345 Stück Schafe weniger aufgetrieben. Die Kauflust war infolge des stärkeren Auftriebes und ungünstiger Pariser Berichte zurückhaltend und sind die Preise um 1 bis 1½ fl. per Paar gefallen.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 7. Februar 1895 194 Stück Mast- und 322 Stück Beinlvieh aufgetrieben und zu den Preisen des Hauptmarktes verkauft.

Approvisionierungs-Angelegenheiten.

Behebung der wegen Maul- und Klauenseuche angeordneten Beschränkungen der Einfuhr von Klauenthieren aus den Comitaten Gömör—Kis-Hont und Trentschin nach Niederösterreich.

Die k. k. n.-ö. Statthalterei hat unterm 6. Jänner 1895, Z. 1597, nachstehendes kundgemacht:

Ämtlichen Mittheilungen zufolge ist die Maul- und Klauenseuche im Comitate Gömör—Kis-Hont erloschen und besteht diese Seuche im Comitate Trentschin nur mehr in zwei Gemeinden.

Die k. k. Statthalterei findet daher die mit der Kundmachung vom 9. November 1894, Z. 86763, getroffene Anordnung, wonach bis auf weiteres die Zufuhr von Schafen, Ziegen und Schweinen aus den Comitaten Arva, Trentschin, Neutra, Gömör—Kis-Hont, Jasz-Nagy-Kun-Szolnok, Heves und Sohl nach Nieder-Österreich verboten, die Zufuhr von Rindern aus den erwähnten Comitaten aber auf die Einbringung solcher Thiere ausschließlich nur nach Wien auf den Contumazplatz des Central-Viehmarktes zu St. Marx behufs Verwertung und Schlachtung in den Schlachthäusern des Wiener Stadtgebietes beschränkt wurde, sowie die den Viehverkehr mit diesen Comitaten betreffenden h. o. Nachtrags-Verordnungen ihrem ganzen Inhalte nach zu beheben.

Es können demnach aus den Comitaten Gömör—Kis-Hont, Heves und Jasz-Nagy-Kun Szolnok Klauenthiere jeder Gattung, nämlich Rinder, Schafe, Ziegen und Schweine, aus den zum zusammenhängenden Lungenseuche-Sperrgebiete gehörigen Comitaten Arva, Trentschin, Neutra und Sohl aber nur Schafe, Ziegen und Schweine unter Beobachtung der vorgeschriebenen veterinärpolizei-

lichen Maßregeln und der Bestimmungen über den Viehverkehr wieder nach Niederösterreich eingeführt und hier frei verwertet werden, während hinsichtlich der Zufuhr von Rindern aus den letzterwähnten Comitaten, nämlich Arva, Trentschin, Neutra und Sohl ausschließlich nur nach Wien auf den Contumazplatz des Central-Viehmarktes zu St. Marx die mit der Kundmachung vom 1. Juli 1893, Z. 45081, angeordneten besonderen veterinärpolizeilichen Maßregeln nach wie vor in Wirksamkeit bleiben.

* * *

Verbot der Vieheinfuhr aus einigen verseuchten Gegenden Deutschlands.

Die k. k. n.-ö. Statthalterei hat unterm 14. Jänner 1895 nachstehende Kundmachung erlassen:

Auf Grund des Artikels 5 des Viehseuchen-Übereinkommens mit dem Deutschen Reiche vom 6. December 1891 und des Punktes 5 des zugehörigen Schlussprotokolles (R.-G.-Bl. Nr. 16 ex 1892) hat das h. k. k. Ministerium des Innern die Einfuhr von Rindvieh in die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder aus den von der Lungenseuche betroffenen nachstehenden Sperrgebieten des Deutschen Reiches bis auf weiteres unbedingt verboten, und zwar:

1. Aus den Regierungsbezirken Posen, Magdeburg, Hildesheim und Köln im Königreiche Preußen;

2. aus dem Regierungsbezirke Oberfranken im Königreiche Baiern;

3. aus den Kreishauptmannschaften Leipzig und Zwickau im Königreiche Sachsen;

4. aus dem Herzogthume Anhalt.

Dieses wird in Gemäßheit des Erlasses des h. k. k. Ministeriums des Innern vom 11. Jänner 1895, Z. 985, unter Behebung der gleichfalls die Einfuhr von Rindvieh aus den wegen Lungenseuche gesperrten Gebieten des Deutschen Reiches betreffenden h. ä. Kundmachung vom 22. December 1894, Z. 101932, mit dem Beifügen verlautbart, dass Übertretungen dieser auch für das h. o. Verwaltungsgebiet giltigen Anordnung, welche am Tage ihrer Verlautbarung in der „Wiener Zeitung" in Wirksamkeit tritt, nach dem Gesetze vom 24. Mai 1882, R.-G.-Bl. Nr. 51, wobei auch die Vorschriften des § 46 des allgemeinen Thierseuchengesetzes und der dazu erlassenen Durchführungsvorschriften (R.-G.-Bl. Nr. 35 und 36 ex 1880) in Anwendung kommen, bestraft werden.

* * *

Croatien-Slavonien — seuchenfrei.

Die k. k. n.-ö. Statthalterei hat unterm 21. Jänner 1895, Z. 573 (M.-Z. 15840/XV), dem Magistrate nachstehendes zur Kenntnis gebracht:

Die königl. croatisch-slavonische Landesregierung hat dem hohen k. k. Ministerium des Innern die Wahrnehmung mitgetheilt, dass Viehzüchter und Viehhändler der diesseitigen Reichshälfte sich scheuen, in Croatien-Slavonien Rinder zu kaufen, weil sie annehmen, dass in diesem Ländergebiete bezüglich der Lungenseuche dieselben bedenklichen Verhältnisse herrschen, wie in einem Theile des Königreiches Ungarn.

Einem Wunsche der gedachten königlichen Landesregierung entsprechend, hat das hohe k. k. Ministerium des Innern mit dem Erlasse vom 25. December 1894, Z. 32979, anher eröffnet, dass bisher thatsächlich kein Fall der Lungenseuche in den von dem ungarischen Lungenseuchengebiete weit entfernten Königreichen Croatien und Slavonien bekannt geworden sei, und dass das Ministerium des Innern allen Grund zu der Annahme hat, dass in diesen Gebieten überhaupt die Lungenseuche bisher nie vorgekommen sei.

Der Magistrat wird in Gemäßheit des bezogenen hohen Erlasses beauftragt, hievon den Viehpächtern und Viehhändlern in geeigneter Weise Kenntnis zu geben, wobei jedoch jedenfalls auf den Umstand ausdrücklich hinzuweisen ist, dass hiedurch selbstverständlich an den Bestimmungen des § 23 lit. e des Lungenseuchetilgungs-Gesetzes (R.-G.-Bl. Nr. 142 ex 1892) keine Änderung eintreten kann.

* * *

Aufrechthaltung der bestehenden Beschränkung der Zufuhr von Rindern aus Pressburg ausschließlich auf den Contumazplatz des Wiener Central-Viehmarktes.

Die k. k. n.-ö. Statthalterei hat unterm 26. Jänner 1895, Z. 10074, nachstehendes kundgemacht:

Ämtlichen Mittheilungen zufolge hat das kgl. ungar. Ackerbauministerium den Verkehr mit Rindvieh aus den Gebieten des Comitates Pozsony (Pressburg) und der kgl. Freistadt Pozsony freigegeben und hiedurch diese Jurisdictionen aus dem wegen des Bestandes der Lungenseuche seinerseits festgestellten Sperrgebiete vom 28. Jänner d. J. angefangen ausgeschieden.

Nachdem das Comitat Pressburg durch längere Zeit von Lungenseuche des Rindes heimgesucht gewesen ist und somit die neuerliche Verbreitung dieser Seuche daselbst nicht ausgeschlossen erscheint, sowie im Hinblicke darauf, dass das gedachte Comitat an seinen nördlichen und östlichen Grenzen von Comitaten umgeben ist, in welchen die Lungenseuche des Rindes noch besteht und sonach von dort Einschleppungen der fraglichen Seuche zu besorgen sind, findet die k. k. Statthalterei in Erinnerung zu bringen, dass die h. o. Kundmachung vom 14. Mai 1894, Z. 35927, wonach aus den Comitaten Pressburg, Neutra, Trentschin, Arva, Liptau, Turocz, Sohl, Bars, Hont, Nógrád, Zips und Saros, sowie aus den Gebieten der kgl. Freistädte Pressburg und Selmecz-Belabanya die Zufuhr von Rindern nur nach Wien, und zwar ausschließlich nur zum Zwecke der Aufstellung und Vermarktung auf dem Contumazplatze des Central-Viehmarktes zu St. Marx gestattet und die Schlachtung der Rinder aus den Gehöften der Diószegher Zuckerfabrik (Pressburger Comitat) auf das Schlachthaus zu St. Marx beschränkt ist, ihrem vollen Inhalte nach auch weiterhin in Wirksamkeit bleibt, und dass Übertretungen dieser Bestimmungen nach dem Gesetze vom 24. Mai 1882 (R.-G.-Bl. Nr. 51), wobei auch die Vorschriften des § 46 Th.-S.-G. und der dazu erlassenen Durchführungsvorschrift (R.-G.-Bl. Nr. 35 und 36 ex 1880) in Anwendung kommen, bestraft werden.

Sanitäts-Angelegenheiten.

Besuch der städt. Volksbäder im Jänner 1895.

			männliche Personen	weibliche Personen
II. Bez., Treustraße 60 (Eröffnet August 1892.)	—	1813,	davon 1603	210
III. Bez., Apostelgasse 18 (Eröffnet August 1891.)	—	3554,	„ 3189	365
IV. Bez., Klagbaumgasse 4 (Eröffnet Juni 1893.)	—	2034,	„ 1820	214
V. Bez., Einsiedlerplatz (Eröffnet August 1890.)	—	4024,	„ 3623	401
VI. Bez., Eßterházygasse 2 (Eröffnet August 1892.)	—	3176,	„ 2679	497
VII. Bez., Mondscheingasse 9 (Eröffnet December 1887.)	—	3173,	„ 2724	449
VIII. Bez., Florianigasse 30 (Eröffnet August 1892)	—	3748,	„ 3232	516
IX. Bez., Wiesengasse 17 (Eröffnet August 1892.)	—	2351,	„ 2051	300
X. Bez., Erlachplatz (Eröffnet August 1890.)	—	3615,	„ 3351	264
XIV. Bez., Heinickegasse 3 (Eröffnet 1. December 1894.)	—	1922	„ 1692	230

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht.

vom 4. Februar bis 7. Februar 1895:

Für Neubauten:

III. Bezirk: Haus, Landstraße 31, von Ferd. und Marie Pusch, Bauführer Lischka (668).

IV. Bezirk: Haus, Wiedner Hauptstraße 46, von Gebrüder Bergmann, Akademiestraße 3, Bauführer Al. Schumacher (667).

V. Bezirk: Haus, Kohlgasse, Grundb.-Einl. 2065, von S. Steiner, Kohlgasse 19, Bauführer C. Kirchem (615).

„ „ Haus, Kohlgasse und Siebenbrunnengasse, Grundb.-Einl. 2053, von S. Steiner, Kohlgasse 19, Bauführer C. Kirchem (616).

„ „ Haus, Fendigasse und Obere Amtshausgasse, von Josef Feichtinger, Maurermeister (661).

VII. Bezirk: Haus, Siebensterngasse 23, von Josef Nick, ebenda, Bauführer C. Stigler (642).

„ „ Haus, Kaiserstraße 47/49, von Ferd. und Leopoldine Kalb, ebenda, Bauführer G. Berger (653).

Für Zubauten.

XIX. Bezirk: Maleratelier, Döbling, Hardtgasse 9, von Josefine Sinek, Hardtgasse 11, Bauführer Adolf Micheroli (2757).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Franz Josefskai 29, von Rudolf Nirsch, Bauführer Joh. Schobesberger (657).

III. Bezirk: Paulusgasse 5, von Johanna Stiaßny, IX., Rossauerg. 4, Bauführer Matth. Trimmel (675).

XI. Bezirk: Währingerstraße 52, von Dr. Eduard Pokorny, Bauführer O. Laske (646).

„ „ Mosergasse 8, von Julius Halla, Baumeister (665).

XIII. Bezirk: Hacking, Auhofstraße 258, von Jakob Huber, Bauführer J. Schaufler, Maurermeister (3734).

XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Fröbelgasse, von Franz Mosser, ebenda, Bauführer Engelbert Schramml (6002).

XVII. Bezirk: Hernals, Hasslingergasse 66, von dem Niederösterreichischen Bauverein, Bauführer Ferenda (4511).

„ „ Hernals, Hauptstraße 73, von Franz Ungar, Rötzergasse 10, Bauführer Adolf Bruckner (4631).

Für diverse (geringere) Bauten:

I. Bezirk: Dampfkessel-Aufstellung, Wollzeile 17, vom „Fremden-Blatt", Bauführer ? (600).

II. Bezirk: Schupfe, Handelskai, Grundb.-Einl. 3849, von Josef Drexler, Obere Weißgärberstraße 11, für Therese und Agnes Gerbert v. Hornau, Bauführer Al. Schumacher (669).

III. Bezirk: Rohrcanal, Trubelgasse 11, von Josef Halla, Mariahilferstraße 107, Bauführer Adolf Langer (626).

„ „ Rohrcanal, Trubelgasse 9, von Josef Halla, Mariahilferstraße 107, Bauführer Adolf Langer (630).

IV. Bezirk: Rohrcanal, Starhemberggasse 31, von Gebrüder Andreae, Bauführer Frauenfeld & Berghof (609).

V. Bezirk: Gasmotor-Aufstellung, Lainzerstraße, von Ludwig Letz, Bauführer ? (630).

XIX. Bezirk: Steinzeugrohr-Canalisierung, Döbling, Hohe Warte 34, von Hugo Bayer, ebenda, Bauführer Franz Mayer (2700).

„ „ Einfriedungsgitter, Döbling, Armbrustergasse Or.-Nr. 33, von Emanuel Fürst Collalto et San Salvatore, Bauführer Friedr. Notthaft (2755).

Für Stockwerks-Aufsetzungen:

III. Bezirk: Beatrixgasse 25, von der Central-Güterdirection des Erzherzog Franz Ferdinand v. Österreich-Este, Bauführer Heinz Gerl (599).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

I. Bezirk: Seilergasse 7, von Karl Grienauer v. Auenegg, durch Moriz und Josef Sturany (588).

IV. Bezirk: Hofmühlgasse, Grundb.-Einl. 419, von Josef Obrist, XVIII., Schulgasse 36 (632).

„ „ Alleegasse 13, von Ferd. Seif, Baumeister, für Josef Hugo Ettmar (635).

XVII. Bezirk: Hernals, Jörgerstraße 54, von Lorenz Twaroch (4632).

XIX. Bezirk: Einl.-Z. 983, Parcelle 870/72, 870/75, Döbling, Dittesgasse, von Dr. Sigismund Wolf-Eppinger (2815).

Demolierungsanzeigen wurden überreicht:

II. Bezirk: Große Schiffgasse 16, von Josef Kalas, Salmgasse 13, Demolierender ? (602).

V. Bezirk: Schönbrunnerlinien-Objecte der Dampftramway, von Wenzel Voit, Demolierender derselbe (617).

VII. Bezirk: Kaiserstraße 81, von Elisabeth Schmutz, Demolierender ? (671).

IX. Bezirk: Pfluggasse, Grundb.-Einl. 688 und 690, von Johann Mayer, XVII., Pezzlgasse 49, Demolierender ? (593).

Gewerbeanmeldungen vom 1. Februar 1895.

(Fortsetzung.)

Ott Paul — Musiker — V., Pilgramgasse 5.
Trinz Hirsch — Provisionsagent — V., Arbeitergasse 14.
Mokry Johann — Schuhmacher — II., Blumauergasse 15.
Privoznik Johann — Schuhmacher — XV., Victoriagasse 14 a.
Wiesinger Karl — Schuhmacher — XVII., Mariengasse 35.
Zbonzik Gottfried — Schuhmacher — V., Siebenbrunnengasse 23.
Bochnig Heinrich — Tischler — XV., Friesgasse 9.
Riecher Christian — Tischler — XIV., Wehrgasse 9.
Forter Marie — Übernahme von Wäsche zum Putzen — II., Wallensteinstraße 11.
Färber Natalie — Verabreichung von Speisen — II., Glockengasse 18.
Kettmann Balthasar — Verschleiß von Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten und Kurzwaren — XVI., Lorenz Mandlgasse 45.
Beer Johanna — Verschleiß von rohem Thee und Gebäck — XV., Sechshauserstraße 34.
Löwy Josef — Verschleiß von rohem Thee und Gebäck — XV., Märzstraße 38.
Dietl Emma — Weißnäherin — III., Hetzgasse 8.
Elterlein Elisabeth — Wäscheputzergewerbe — XVII., Hauptstraße 86.
Titze Johann — Wäscher — III., Marxergasse 11.
Zuklin Theresia — Wäscheputzerei — V., Diehlgasse 9.
Mayer Josefine — Zeitungs-Verschleiß — V., Pilgramgasse 24.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 4. Februar 1895.

Kurka Josef — Anstreicher — X., Landgutgasse 23.
Tuschek Albert — Bräuhauscassier — V., Griesgasse 45.
Heinl Francisca — Brot- und Gebäck-Verschleiß — XVIII., Stand am Markt in der Kutschkergasse.
Demer Marie — Canditen-Verschleiß — IV., Pressgasse 22.
Jarabek Eva — Feilbieten von Obst und Grünwaren im Umherziehen — XVII., Weidmanngasse 29.
Frank Johann — Feinputzerei — IV., Wohllebengasse 18.
Schwarz Marie — Feinputzerei — IV., Leibenfrostgasse 5.
Hefermann Ludwig — Fleischhauer — XVIII., Kreutzgasse, Markt.
Junghans Franz Paul — Fleischhauer — XV., Neubaugürtel, Markt.
Seiter Leopoldine — Fleischhauergewerbe — IV., Schäffergasse 15.
Steindl Johann — Gastwirt — XVII., Hauptstraße 49.
Wolf Regine — Gast- und Schankgewerbe — XVIII., Weinhauserstr. 17.
Fantel Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Martinsstr. 37.
Höfinger Ignaz — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Hauptstraße 49.
Liemer Antonie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Weidmanng. 44.
Kunz Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Lustkandlgasse 45.
Prokop Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Landgutgasse 6.
Schmid Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Klimschgasse 2.
Schulmeister Christian — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Kuefsteingasse 46.
Schwaighofer Raimund — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Favoritenstraße 21.
Wendl Georg — Glaser — V., Schwarzhorngasse 13.
Fortin Franz — Kaffeesieder — XVII., Hauptstraße 30.
Mandl Leopoldine — Damenkleidermacherin — IV., Mayerhofgasse 7.
Jelinek Michael — Kleinfuhrgewerbe — I., Judengasse 12.
Kittler Rudolf — Kleinfuhrwerk — XIV., Reindorfgasse 40.
Spacek Johann — Kleinhandel mit Brennmaterialien — V., Reinprechtsdorferstraße 52.
Sekules Bela, Sekules Ludwig — Kunstblumen-Erzeuger — VI., Mariahilferstraße 61.
Biowsky Leopoldine — Milch- und Gebäck-Verschleiß — IV., Große Neugasse 19.
Knayer Aloisia — Milch-Verschleiß — XV., Dingelstedtgasse 81.
Schubreiter Anna — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XIV., Reindorfgasse 10.
Ružička Johann — Musikergewerbe — X., Quellengasse 81.
Dehler Marie — Nürnberger Spielwaren-Erzeugung — VI., Blaug. 1.
Milostny Alois — Schuhmacher — IV., Schaumburgergasse 3.
Wendi Karoline — Schuhmachergewerbe — III., Kegelgasse 6 a.
Schweiger Francisca — Spirituosenhandel — X., Van der Nüllgasse 38.
Schedifka Wilhelm, Schedifka Paul — Tischler — XII., Arndtstr. 39.
Adametz Peter — Uhrmacher — I., Herrengasse 12.
Scholz Amalia — Verschleiß von Fleischselchwaren — I., Graben 7.
Janse Marie — Verschleiß von Milch, Milchproducten und Gebäck — XIII., Siebeneichengasse 16.
Pavlik Marie — Verschleiß von Zuckerwaren und Canditen — III., Hauptstraße 114.
Ober Josef — Victualienhandel — XIV., Märzstraße 63.
Weber Marie — Victualienhandel — VI., Bürgerspitalgasse 12.
Wieser Therese — Victualienhandel — XIV., Am Markte.
Majer Paul — Viehhandel — III., Centralviehmarkt.
Morgenstern Anna — Wäscherin — XVIII., Gersthoferstraße 144.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 5. Februar 1895.

Bettelheim Hermann — Agentie in Weißwaren — I., Fleischmarkt 14.
Heidenreich Marie — Bäckerin — V., Reinprechtsdorferstraße 51.
Goldscheider Julius — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse.
Zeisel Helene — Brantweinschank — XII., Storchengasse 8.
Waschmann Oskar — Commissionshandel mit Börseeffecten — I., Wiener Effectenbörse.
Menkes Richard Bernhard — Commissionshandel mit Schuhwaren — III., Adamsgasse 15.
Werner Franz — Commissionswaren-Verschleiß — I., Schmerlingplatz 2.
Fischa Anton — Commissionsweiser Verschleiß von Gemischtwaren — VIII., Josefstädterstraße 4.
Grünwald Julie — Drechslergewerbe — XVI., Richard Wagnerplatz 13.
Hauser Rudolf — Fleisch-Verschleißer — I., Markt Freyung.
Hellis Karl Leopold — Fleisch- und Selcherwaren-Verschleiß — X., Dampfgasse 16.
Thunzhorny Franz — Fleischhauergewerbe — XVII., Klopstockgasse 28.
Boschniak Marie — Friseur- und Rasseurgewerbe — I., Giselastraße 1.
Gruber Martin — Futterhandel — XVII., Gschwandnergasse 3.
Baron Johanna — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Wipplingerstr. 27.
Bauer Pauline — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Radetzkyplatz 1.
Blažek Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfelderstr. 60.
Esterle Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Eichenstraße 40.
Frankl Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Hohenstaufengasse 14.
Gudera Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Fichtegasse 7.
Heichlinger Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Weitlofg. 38.
Hobst Matthias — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Margarethenstr. 8.
Kunz Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Schönbrunnerstr. 133.
Plaschka Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Schönbrunnerstraße 133.
Ružicka Georg — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Grundsteing. 46.
Semler Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Huglgasse 23.
Gasparik Marie — Grünwaren-Verschleiß — XVI., Markt in der Brunnengasse.
Nelik Anna — Grünwarenhandel — X., Puchsbaumgasse 40.
Graziani Dominico — Gipsfiguren-Erzeuger — V., Matzleinsdorferstr. 5.
Schwoizer Theresia — Hadernhandel — XVII., Dornbacher Hauptstr. 274.
Schäfer Karl — Handelsagentie — VIII., Lerchenfelderstraße 46.
Hauner Barbara — Handelsgärtnerei — XVII., Scheibenberggasse 60.
Pleban Franz — Handelsgärtnerei — XVIII., Salmannsdorf.
Krajcsovics Johann — Handel mit Obst und Grünwaren im Umherziehen — XVIII., Schumanngasse 33.
Zimmermann Barbara — Handel mit Obst, Blumen und Grünzeug — V., Siebertgasse 16.
Zsakovics Martin — Handel mit Obst und Grünwaren im Umherziehen — XVIII., Schumanngasse 33.
Volke Heinrich — Holzbildhauer — XVI., Wattgasse 43.
Tiefenbacher Rupert — Kaffee- und Feigenkaffee-Verschleiß — X., Wielandgasse 16.
Wojas Andreas — Kaffeeschank — III., Rochusgasse 15.
Bortoluzzi Josefine — Damenkleidermacherin — V., Kohlgasse 31.
Zadorska Theophile — Damenkleidermacherin — I., Ledererhof 2.
Bellak Ernestine — Cravatten-Erzeugung — VIII., Alserstraße 59.
Stein Adolf — Kurzwarenhandel — I., Renngasse 6.
Enzensömmer Marie — Marktvictualien-Verschleiß — XVI., Markt am Yppenplatze.
Till Marie — Miedermacherin — I., Tuchlauben 14 und 16.
Ebner Pauline — Milchmeiergewerbe — XVII., Vollbadgasse 5.
Frühbeck Franz — Milch-Verschleiß — XIX., Sikaringerstraße 83.
Krug Francisca — Milch, Gebäck, Kuchenbäckerei, Feigenkaffee, Canditen — XVI., Hasnerstraße 32.
Rath Johanna — Milch-Verschleiß — XVII., Leitermayergasse 24.
Schranz Leopoldine — Milch-Verschleiß — V., Einsiedlergasse 46.
Wanker Josef — Milchmeiergewerbe — XVII., Kastnergasse 3.
Hornik Andreas — Perlmutterknopfdrechsler — XII., Mandlgasse 4.
Fürst Leopold — Personentransport mit dem Stadtlohnwagen — X., Himbergerstraße 149.
Heinrici Marie Magdalena — Pfaidlerei — V., Steinbauergasse 23.
Volkmar August — Provisionsagent — I., Kohlmarkt 5.
Hammerl Ernst — Schankgewerbe — XVI., Neulerchenfelderstraße 43.
Bachner Karl — Tischler — XVI., Römergasse 11.
Mondschein Josef — Tischler — XVI., Ganglbauergasse 29.
Sewera Marie — Verschleiß von Obst, Zuckerbäckerwaren, Canditen und Verabreichung von Sodawasser — XVI., Friedrich Kaisergasse 42.
Sidler Antonia — Verschleiß von Pferdefleisch und Pferdefleisch-Selchwaren — XVII., Geblergasse 69.
Schritter Barbara — Victualien-Verschleiß — III., Adamsgasse 12.
Weiß Karl Walther — Verschleiß von kosmetischen Mitteln en gros aus der Fabrik chemischer, pharmaceutischer, kosmetischer Präparate Apotheker Weiß & Co. in Gießen — I., Kärnthnerring 6.
Grobauer Alois — Zimmermaler — XII., Schönbrunnerstraße 87.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 6. Februar 1895.

Solnitzky Josef — Agentie in Hülsenfrüchten — II., Große Mohreng. 3.
Singer Otto — Annoncenvermittlung mittels Eisenbahnkarten in Täschchenform — VII., Zollergasse 20.
Haar Therese — Auskocherei — XIV., Arnsteingasse 29.
Cabek Johann — Ausschank von warmem Thee — XI., Hirschengasse 9.
Roderer Josef — Berechtigung zum Ausladen von Flossbrettern, Pfosten ꝛc. aus Zillen am Wiener Donaucanal — IX., Alserbachstraße 22.
Sobek Siegmund — Betrieb einer Gewürzmühle — II., Glockengasse 4.
Honzik Marie — Canditen-Verschleiß — VII., Westbahnstraße 23.
Wojaček Bruno — Chocolatemacher — III., Dietrichgasse 3.
Rauchlatner Rudolf — Etuimacher — VII., Myrthengasse 18.
Frösch Josef — Fleischhauergewerbe — VII., Burggasse 30.
Straub Elisabeth — Fleisch-Verschleiß — XV., Markt am Neubaugürtel.
Nakladal Ignaz — Friseur- und Rasseurgewerbe — VII., Stiftgasse 11.
Appeltauer Juliana — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Engelgasse 2.
Karlik Josefa — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Esterházygasse 1.
Rabinowitz Helene — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Kandlgasse 14.
Schwabl Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Penzingerstraße 54.
Steininger Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Garbergasse 12.
Wastl Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Wällischgasse 50.
Dunkler Michael — Glaser — VII., Kaiserstraße 4.
Schwarz Karl — Gold- und Silberarbeiter — VII., Kaiserstraße 86.
Pehm Leopold — Hafner — IX., Berggasse 11.
Kliwar Adele — Hallentrödlergewerbe — IX., Wiener Trödlerhalle. Zelle 65.

Müller Albine — Hallentrödlergewerbe — IX., Wiener Trödlerhalle, Zelle 77.
Breuner Julius Georg — Handelsagentie in Kurzwaren — IX., Hörlgasse 10.
Singer Isidor, Dr., Kanner Heinrich, Dr., Bahr Hermann — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Die Zeit" — IX., Günthergasse 1.
Ballestrin Giovanni — Cantine — XI., Central-Friedhof.
Engländer Clara — Damenkleidermacherin — VI., Hofmühlgasse 7.
Gostl Bernhard — Herren- und Damenkleidermacher — XV., Schönbrunnerstraße 42.
Handrejch Josef — Herrenkleidermacher — II., Bäuerlegasse 14.
Nemelka Aloisia — Kleidermachergewerbe — VII., Neubaugasse 47.
Skoda Johann — Herrenkleidermacher — II., Nestroygasse 3.
Wagner Ignaz — Herrenkleidermacher — VIII., Stolzenthalergasse 24.
Walcher Hermine — Damenkleidermacherin — IX., Mariannengasse 25 a.
Frimmel Cyrill — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — II., Czerningasse 13.
Kann Emanuel — Kunsthandel mit auf mechanischem oder chemischem Wege vervielfältigten artistischen Erzeugnissen — VI., Canalgasse 6.
Spandl Anna — Marktvictualienhandel — XIV., Reichsapfelgasse 35.
Schumann Marie — Maskenleihgeschäft — VII., Mariahilferstraße 52.
Bacher Barbara — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVIII., Gertrudplatz 7.
Plasil Serafine — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVIII., Gürtelstr. 66.
Rauscher Andreas — Milchmeier — V., Untere Bräuhausgasse 65.
Ostrihansky Juliane — Modistin — VII., Burggasse 45.
Vetter Aloisia — Modistin — XV., Schönbrunnerstraße 23.
Eichler Rudolf — Musiker — XVIII., Kreutzgasse 36.
Stepanovics Johann — Obst- und Grünwarenhandel im Umherziehen — XVIII., Gürtel 7.
Friedmann Eva — Osterbrot-Erzeugung — II., Dammstraße 22.
Feuer Herz — Pachtweiser Betrieb des Trödlergewerbes — VII., Burggasse 32.
Lunzer Julie — Pacht der Brantweinschank der Wilhelmine Katona — XI., Hauptstraße 93.
Stohr Franz, Dr. — Personalapotheker — II., Raimundsgasse 6.
Wöß Gustav — Pferdehandel — XII., Breitenfurterstraße 1 b.
Wirtz Ludwig — Posamentierer — VII., Neubaugasse 41.
Krulik Franz — Schuhmacher — IX., Grünethorgasse 9.
Suchomel Karl — Schuhmacher — II., Schreigasse 12.
Formanek Alois — Schwertfeger — VII., Neustiftgasse 56.
Mikschitz Josefa — Selch- und Fleischwaren-Verschleiß — XVIII., Martinsstraße 97.
Speyer Oskar — Turfagentie — VI., Mariahilferstraße 61.
Pfeifer Magdalena — Verabreichung von Speisen, Ausschank von Bier, Wein und Obstwein, Haltung von erlaubten Spielen mit Ausnahme des Billardspieles und Beherbergung von Fremden — IX., d'Orsaygasse 12.
Steyrer Andreas — Verabreichung von Speisen und Ausschank von Wein und Obstwein — IX., Altmüttergasse 5.
Schmidl Anton — Verschleiß von chirurgischen Verbandstoffen — VII., Schottenfeldgasse 52.
Kettinger Theresia — Verschleiß von Kerzen, Seifen, Waschsoda, Petroleum und Tafelöl — III., Obere Viaductgasse, Verbindungsbahn-Viaduct 26.
Föhr O. — Verschleiß von neuen Einrichtungsgegenständen — IV., Hechtengasse 13.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Seite

Gemeinderath:
Sitzungen des Gemeinderathes . . . 301

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 5. Februar 1895.

Inhalt:

Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Entschuldigung der Gem.-Räthe Dehm und Dr. Lerch wegen Fernbleibens . . . 301
2. Beurlaubung des Gem.-Rathes Weitmann . . . 301
3. Dank der städtischen Beamtenschaft für die Änderung der Pensionsvorschrift . . . 301
4. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Seidler, betreffend den Ausbau der Hochquellenleitung im XI. Bezirke . 301

Interpellationen:
5. Gem.-Räthe Schlögl, Brauneiß und Röhrl, betreffend die Vorschreibung von Wassergebüren für das Haus XIV., Meidlingergasse 7 . . . 302
6. Gem.-Rath Dr. Lueger, betreffend die Einbringung des Gesuches um Ertheilung des Bau- und Betriebsconsenses für die städtischen Gaswerke . . . 302
7. Gem.-Rath Bärtl, betreffend die Anbringung einer transparenten Uhr an der Elisabethkirche am Karolinenplatze im IV. Bezirke . . . 302
8. Gem.-Rath Dürbek, betreffend die Nichteinladung der Genossenschaft der Huf- und Wagenschmiede zu der Offertverhandlung wegen Anschaffung von neun Aufspritzwägen . . . 302
9. Gem.-Rath Steiner, betreffend die Hinausgabe des Bauconsenses an die Eheleute Anton und Anna Kirlinger in Nussdorf . . . 302
10. Gem.-Rath Brauneiß, betreffend die Aufhebung des Landesgesetzes über die Überbrückungsgebür für die Schmelzbrücke im XIV. Bezirke . . . 302
11. Derselbe, betreffend seinen Antrag wegen Erweiterung des Baumgartener Friedhofes . . . 303

Anträge:
12. Gem.-Rath Dr. Lueger, betreffend die sofortige Inangriffnahme der Erbauung der städtischen Gaswerke und Legung eines neuen Rohrnetzes . . . 303
13. Gem.-Rath Dr. Huber, betreffend die Einbringung einer Petition an Land und Reich um Wahrung des vollen Umfanges des Präsentationsrechtes der die Schulen erhaltenden Körperschaften hinsichtlich der Besetzung von Lehrer- und Schulleiterstellen . . . 303
14. Gem.-Rath Büsch, betreffend den Tramwayverkehr in der Schönbrunner Hauptstraße im XII. Bezirke . . . 303
15. Gem.-Rath Steiner, betreffend die Regulierung des Sonnbergplatzes in Döbling . . . 303
16. Derselbe, betreffend die Instandsetzung eines Feldweges in Döbling durch die Verkehrs-Commission . . . 303
17. Gem.-Rath Dr. Geßmann, betreffend die Verbesserung der Avancements Verhältnisse der städtischen Kanzlei- und Registraturbeamten . . . 304

Referate:
18. Gem.-Rath Wurm, betreffend den Abschluss eines Nachtragsübereinkommens bezüglich der Kostenauftheilung zwischen der Wienfluss-Regulierung und der Wienthallinie der Stadtbahn für die Strecke Stiegerbrücke—Viehtriebbrücke . . . 304
19. Derselbe, betreffend die Stations-Commission, politische Begehung und Enteignungs-Verhandlung hinsichtlich der Theilstrecken a) Hietzing—Gumpendorfer Schlachthaus der Wienthallinie, b) der Abzweigung der Gürtellinie von der Lobkowitzbrücke bis zur Wienthalübersetzung und c) der Fortsetzung letzterer Linie bis zum Westbahnhofe . . . 305
20. Gem.-Rath Josef Müller, betreffend die Baulinienbestimmung für die Nussberggasse (ehem. Weinberggasse) im XIX. Bezirke . 311
21. Gem.-Rath Mayer, betreffend die Bewilligung eines Zuschusscredites zur Rubrik „Auslagen für die Friedhöfe in den einbezogenen Vorortegemeinden im Jahre 1894 . . . 312
22. Bürgermeister Dr. Grübl, betreffend die Einberufung eines österreichischen Städtetages . . . 312

Stadtrath:
Sitzungen des Stadtrathes . . . 324
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 28. Jänner 1895 . . . 324

Allgemeine Nachrichten:
Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Döbling . . . 327
Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Rudolfsheim . . . 327
Erbschafts-Schwindel . . . 327
Schul-Angelegenheiten:
Bezirksschulrath der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien . . 327
Approvisionierung:
Borstenviehmarkt vom 5. und 7. Februar 1895 . . . 328
Pferdemarkt vom 5. Februar 1895 . . . 328
Stechviehmarkt vom 7. Februar 1895 . . . 328
Approvisionierungs-Angelegenheiten:
Behebung der wegen Maul- und Klauenseuche angeordneten Beschränkungen der Einfuhr von Klauenthieren aus den Comitaten Gömör—Kis-Hont und Trentschin nach Niederösterreich . . . 328
Verbot der Vieheinfuhr aus einigen verseuchten Gegenden Deutschlands . . . 329
Croatien-Slavonien — seuchenfrei . . . 329
Aufrechthaltung der bestehenden Beschränkung der Zufuhr von Rindern aus Preßburg ausschließlich auf den Contumazplatz des Wiener Central-Viehmarktes . . . 329
Sanitäts-Angelegenheiten:
Besuch der städtischen Volksbäder im Monate Jänner 1895 . . . 330
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 4. Februar bis 7. Februar 1895 330
Gewerbeanmeldungen . . . 330
Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Maaß), Wien, I., Walfischgasse 10.

Offert-Ausschreibungen *)

1895.

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	Gegenstand
15. Februar 10 Uhr	Departement V (Mag.-Rath Linsbauer)	Vergebung der **Lieferung von 864 m³ Gebirgsschlägelschotter und 216 m³ Gebirgsrieselschotter** für die Macadamisierung der Schöffelgasse von der Scheidlgasse bis zur Richthausenstraße im XVIII. Bezirke. Das Vadium beträgt 240 fl. 2—3
21. Februar 10 Uhr	Departement VII (Mag.-Rath Jaitner)	M.-Z. 9984. Vergebung der **Lieferung der für die Ausrüstung der Trommelwägen** und für die **Straßenbespritzung pro 1895** im allgemeinen erforderlichen Gummischläuche von 38 mm und 50 mm lichter Weite, mit vierfacher Baumwollen-Einlage in der ganzen Länge im Kostenerfordernisse von 3066 fl. ö. W. 1—3

*) Pläne, Kostenanschläge &c. können im Stadtbauamte während der Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse sind bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. erhältlich.

Offerenten haben ein Exemplar der bezüglichen Bedingnisse mit den dem Projecte beiliegenden Original-Bedingnissen genau in Übereinstimmung zu bringen, eventuell zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu übergeben.

Dem Offerte ist ein Vadium von **5 Percent der Kostenanschlagssumme** anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf später einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlungen, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich die Gemeinde vor.

Ad Prot.-Nr. 155227 ex 1894.
Ref.-Nr. 3382. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der Arbeiten und Lieferungen für den auf Rechnung der Commission für Verkehrsanlagen in Wien auszuführenden Bau des Haupt-Sammelcanales am rechten Ufer des Donaucanales in der Strecke vom Schreiberbache in Nußdorf bis zum Kaiserbade im I. Bezirke nach drei Baulosen, und zwar:

I. Erstes Baulos: Bau des Haupt-Sammelcanales vom Hauptplatze in Nußdorf bis zur Einmündung des Krottenbaches in der Nußdorferstraße, Herstellung des Nebensammlers in der Eisenbahnstraße und Gärtnergasse und der Einmündungen der Straßencanäle dortselbst im XIX. Bezirke:

1. der Erd- und Baumeisterarbeiten im Kostenbetrage von 116.208 fl. 91 kr.,
2. der Lieferung der hydraulischen Bindemittel im Kostenbetrage von 56.136 fl. 14 kr.,
3. der Thonwarenlieferung im Kostenbetrage von 40.461 fl. 32 kr.,
4. der Steinmetzarbeiten im Kostenbetrage von 5145 fl.

II. Zweites Baulos: Bau des Haupt-Sammelcanales von der Einmündung des Krottenbaches bis zur Einmündung des Alsbaches im IX. Bezirke und Herstellung des Nebensammlers in der Gärtnergasse vom Krottenbache bis zur Einmündung in den Sammelcanal:

1. der Erd- und Baumeisterarbeiten im Kostenbetrage von 99.603 fl. 55 kr.,
2. der Lieferung der hydraulischen Bindemittel im Kostenbetrage von 43.683 fl. 36 kr.,
3. der Thonwarenlieferung im Kostenbetrage von 26.496 fl.,
4. der Steinmetzarbeiten im Kostenbetrage von 9668 fl. 19 kr.

III. Drittes Baulos: Bau des Sammelcanales vom Alsbach bis zum Nothauslasse VI beim Kaiserbade im I. Bezirke (Kilometer 3·980 bis Kilometer 5·316):

1. der Erd- und Baumeisterarbeiten im Kostenbetrage von 126.792 fl. 53 kr.,
2. der Lieferung der hydraulischen Bindemittel im Kostenbetrage von 53.241 fl. 71 kr.,
3. der Thonwarenlieferung im Kostenbetrage von 21.306 fl.,
4. der Steinmetzarbeiten im Kostenbetrage von 13.142 fl. 78 kr.

wird vorbehaltlich der wasserrechtlichen Genehmigung des bezüglichen Projectes vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 28. Februar d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, in der Volkshalle** im Rathhause eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Profile, die Ausmaße, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und besonderen Bedingnisse, sowie die Arbeitsordnung für die bei dem Baue beschäftigten Arbeiter im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Bedingnisse können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden. Daselbst sind auch die Kostenanschläge für die einzelnen Baulose zum Preise von 1 fl. per Baulos und die Arbeitsordnung zum Preise von 3 kr. per Exemplar zu erhalten.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar der Bedingnisse mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und als Offert versiegelt zu überreichen.

Das Vadium beträgt 5 Percent der Kostenanschlagssumme; die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten

Erlag des vorgeschriebenen Vadiums ist der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben oder dem Offerte anzuschließen.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, den 5. Februar 1895. 2–3

Ad Prot.-Nr. 16946 ex 1895.
Ref.-Nr. 271. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Bildhauerarbeiten** für den Schulhausbau im X. Wiener Gemeindebezirke, Knöllgasse, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Mittwoch den 20. Februar d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehenes Offert ist **das vorgeschriebene Vadium in der Höhe von 5 Percent der Kostenanschlagssumme, d. i. von vierzig Gulden ö. W.**, anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Gemeinde behält sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 5. Februar 1895. 1–3

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Die Gemeindeverwaltung der Stadt Odessa in Russland bringt den Betheiligten zur Kenntnis, dass sie die Sammlung und Verwertung der Thier-Cadaver, sowie die Vertilgung herrenloser Hunde in der Stadt Odessa für die Dauer von 15 Jahren unter den von der Gemeindeverwaltung hiefür festgesetzten Bestimmungen im Offertverhandlungswege sicherstellt.

Offerte sind vor dem 1./13. März 1895 bei der Gemeindeverwaltung Odessa zu überreichen.

Das Bedingnisheft wird über Ersuchen unentgeltlich per Post zugemittelt. 1–1

Z. 6204
XI.

Kundmachung.

(Concursausschreibung.)

Wegen Sicherstellung der **Reinigung der Kotzen und Hallinadecken,** eventuell auch der **Schafwollstrümpfe** für die städtische Versorgungsanstalt in der Spitalgasse, für die städtischen Versorgungsanstalten in Liesing und Mauerbach, für die acht städtischen Waisenhäuser (inbegriffen des V. städtischen Waisenhauses in Klosterneuburg), dann für das städtische Asyl- und Werkhaus für das Jahr 1895, eventuell für die Jahre 1895 bis inclusive 1897, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **Montag am 11. Februar 1895, präcise 10 Uhr vormittags, im Rathhause,** in der Lichtenfelsgasse 2, **im Bureau des Herrn Magistratsrathes Trabauer,** im Parterre (Armen-Departement), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Ausweis über das Quantum der zu reinigenden Kotzen und Hallinadecken, dann die bezügliche Vorschrift bei der Verwaltung der städtischen Versorgungsanstalt in Wien oder auch im Armen-Departement während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Die Offerte müssen genau die Angabe enthalten, welcher Preis für die Reinigung von je 1 Stück Kotzen und Hallinadecken und je 1 Paar Strümpfe und Socken, mit Inbegriff der Ab- und Zufuhr sowie des Auf- und Abladens in der betreffenden Anstalt für das Jahr 1895 allein, und welcher Preis für den Fall verlangt wird, wenn der Offerent die Lieferung für drei Jahre, das ist für die Jahre 1895, 1896 und 1897, erhält.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte sind **5 Percent derjenigen Summe, um welche die offerierte Arbeit oder Lieferung erstanden werden will, als Vadium beizuschließen,** welches für den Ersteher als Caution zu dienen hat.

Auf verspätet einlangende oder mit dem vorgeschriebenen Vadium nicht versehene Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich jedoch die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 25. Jänner 1895. 3–3

M.-D.-Z. 142.

Currende

für die Herren Magistrats-Concepts-Praktikanten.

Infolge des Ablebens des Magistrats-Concipisten II. Gehaltsstufe Dr. Richard Harfner gelangt im Status der Conceptsbeamten **eine Magistrats-Concipistenstelle in der X. Rangclasse 2 Kategorie** mit den systemisierten Bezügen zur Besetzung.

Diejenigen von den Herren Magistrats-Concepts-Praktikanten, welche sich um diese Stelle bewerben wollen, haben ihre diesbezüglichen Competenzgesuche **längstens bis inclusive 10. Februar 1895** im magistratischen Einreichungs-Protokolle zu überreichen.

Auf später einlangende Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Wien, am 3. Februar 1895.

Der Magistrats-Vice-Director:

Tachau.

Kundmachung.

(Verordnung des k. k. Statthalters im Erzherzogthume Österreich unter der Enns vom 16. December 1894, Z. 99319, betreffend den zur Bedeckung der Kosten für die n.-ö. Handels- und Gewerbekammer im Jahre 1895 einzuhebenden Zuschlag zur Erwerb- und Einkommensteuer.)

Zur Bedeckung des Erfordernisses der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer für das Jahr 1895 wird auf Grund der Genehmigung des hohen k. k. Handelsministeriums vom 7. December 1894, Z. 65618, eine Umlage in gleicher Höhe wie pro 1894, das ist von durchwegs einem (1) Kreuzer auf jeden Gulden der von den wahlberechtigten Handels-, Gewerbe- und Bergbautreibenden für ihren Geschäftsbetrieb entrichteten landesfürstlichen Erwerb- und Einkommensteuer einschließlich des 70percentigen, beziehungsweise 100percentigen landesfürstlichen Zuschlages ausgeschrieben.

(F.-L.-D.-Z. 72984 ex 1894.)

Kielmansegg m. p. 3—3

Ad M.-Z. 21186.

V.

Kundmachung.

(Politische Begehung.)

Zufolge Erlasses der hohen k. k. n.-ö. Statthalterei vom 31. Jänner 1895, Z. 10614, findet am **11. Februar 1895** die **politische Begehung** bezüglich des Projectes der k. k. Generaldirection der österreichischen Staatsbahnen **für die Verlängerung des am Westbahnhofe bestehenden Geleises Nr. XIV gegen den Neubaugürtel** zu zum Zwecke der Zufuhr von Baumaterialien zum Stadtbahnbaue unter der Leitung des k. k. Bezirks-Commissärs v. Luschin statt.

Die Commissionsmitglieder versammeln sich am bezeichneten Tage um 10½ Uhr vormittags am Westbahnhofe (Ankunftsseite).

Dies wird mit dem Beifügen zur allgemeinen Kenntnis gebracht, dass die Projectsbehelfe bis 10. Februar d. J. im Stadtbauamte (Rathhaus, Mezzanin, Bureau des Baurathes Thalhammer) während der gewöhnlichen Amtsstunden zur Einsichtnahme aufliegen.

Einwendungen gegen dieses Project oder allfällige Bemerkungen können bis zum **10. Februar d. J.** im Bureau des Herrn Magistratsrathes **Linsbauer** (Rathhaus, Mezzanin, Stiege IV) oder bei der Localverhandlung schriftlich oder mündlich eingebracht werden.

Vom Wiener Magistrate als politischer Behörde I. Instanz,

am 4. Februar 1895. 1—1

M.-Z. 17818.

Kundmachung.

(Localcommission, betreffend das Project zur Erbauung und zum Betriebe städtischer Gaswerke.)

Über das Project einer Baulinienänderung für die im III. und XI. Bezirke dermalen innerhalb der Gürtelstraße, des Donaucanales, der Schlachthaus- und Staatsbahntrace projectierten Straßenzüge sammt den erforderlichen Straßenanschlüssen außerhalb dieses Gebietes und der Niveaubestimmung daselbst, ferner über das Project zur Erbauung und zum Betriebe eines städtischen Gaswerkes auf den Realitäten Einl.-Z. 390, 985, 998, 999 und 1017 (Eigenthum des Bürgerspitalfondes) dann Einl.-Z. 220, 365, 450, 454, 460, 470, 471, 491, 875, 920, 983, 984, 1000, 1016, 1162, 1205, 1211 bis 1214, 1218, 1237 und 1246 (Eigenthum der Gemeinde Wien) sämmtlich im XI. Bezirke, Simmering, in Wien innerhalb des obenbezeichneten Gebietes, wird vom Magistrate im Einvernehmen mit dem magistratischen Bezirksamte für den XI. Gemeindebezirk Simmering zur Erhebung der Zulässigkeit dieser Baulinien- und Niveauänderung, der Bauführung, sowie der Betriebsanlage in Gemäßheit des § 2 beziehungsweise § 25 der Bauordnung und der §§ 37 und 29 der Gewerbe-Ordnung **Samstag am 23. Februar 1895, vormittags 10 Uhr, eine Localcommission** angeordnet.

Die Commissionsmitglieder versammeln sich **im Gemeindehause Simmering, XI. Bezirk, Simmeringer Hauptstraße.**

Dieses wird mit dem Beisatze zur allgemeinen Kenntnis gebracht, dass allfällige Einwendungen gegen die Bauführung und die Betriebsanlage entweder schriftlich bis zum obigen Tage beim Magistrate oder beim magistratischen Bezirksamte XI. Bezirk zu überreichen oder mündlich bei der Commission selbst anzubringen sind, widrigenfalls der Ausführung der Anlage stattgegeben werden wird, sofern sich nicht von amtswegen Bedenken dagegen ergeben und dass allfällige Bemerkungen bezüglich der projectierten Baulinien und Niveauänderungen, welche in Zusammenhang mit dem General-Regulierungsplane ausgearbeitet wurden, gleichfalls bis spätestens am Commissionstage vorgebracht werden können.

Die Pläne liegen bis zum Commissionstage im neuen Rathhause, I. Bezirk, Lichtenfelsgasse, Mezzanin, im Magistrats-Departement IX, sowie beim magistratischen Bezirksamte für den XI. Bezirk Simmering zur Einsicht auf.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 31. Jänner 1895. 1—3

G.-Z. 23482 ex 1894.

VIII.

Kundmachung.

(Wiederbelegung auf dem Hütteldorfer Friedhofe.)

In Gemäßheit des § 26 der Friedhofsordnung für den Hütteldorfer Friedhof gelangen die einfachen Gräber in den Parcellen I bis VIII, XI, XIII, XVIII bis XX auf dem neuen Theile des Hütteldorfer Friedhofes, XIII. Bezirk, vom 15. Februar 1895 an zur Wiederbelegung.

Jene Parteien, welche die Leichen ihrer in diesen einfachen Gräbern bestatteten Angehörigen in einem anderen Grabe beisetzen zu lassen beabsichtigen, haben rechtzeitig um die Bewilligung zur Exhumierung hieramts einzuschreiten.

Die auf diesen einfachen Gräbern befindlichen Grabkreuze werden vorläufig auf dem Friedhofe deponiert und jenen Parteien, welche ihr Eigenthumsrecht an denselben nachzuweisen vermögen, über hierämtliche Anweisung ausgefolgt.

Über jene Grabkreuze, hinsichtlich welcher binnen Jahresfrist nach Wiederbelegung des betreffenden Grabes niemand das Eigenthumsrecht geltend macht, wird von amtswegen verfügt werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 5. Februar 1895. 1—3

G.-Z. 16031.
X.

Kundmachung.

(Georg Schredt'sche Stiftung für Lehrer.)

Aus der Georg Schredt'schen Stiftung für arme Lehrer und Unterlehrer, welche an einer allgemeinen Volks- oder Bürgerschule in Wien in Verwendung stehen, ist im heurigen Jahre ein Betrag von (210 fl.) zweihundertundzehn Gulden ö. W. zur Vertheilung verfügbar.

Es ergeht daher an jene Herren Lehrer und Unterlehrer, welche auf eine Unterstützung aus dieser Stiftung Anspruch erheben wollen, die Aufforderung, ihre bezüglichen Gesuche unter Anschluss der Nachweise über ihre bisherige Verwendung und ihre Dürftigkeit **bis längstens 12. Februar d. J.** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates abzugeben.

Oberlehrer können von dieser Stiftung nicht betheilt werden.

Nur die mit einem Armutszeugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 29. Jänner 1895. 2—3

Kundmachung.

(Schwestern Fröhlich-Stiftung.)

Aus der Schwestern Fröhlich-Stiftung zur Unterstützung bedürftiger hervorragender schaffender Talente auf dem Gebiete der Kunst, Literatur und Wissenschaft werden Stipendien und Pensionen verliehen.

Gesuche sind zu überreichen bis 31. März 1895 im Präsidialbureau des Wiener Gemeinderathes, I. Lichtenfelsgasse 2, wo auch die Stiftungsstatuten erhältlich sind.

Vom Curatorium der Schwestern Fröhlich-Stiftung.
Wien, am 2. Jänner 1895.

INSERATE.

Die stimmfähigen Herren Actionäre der **Niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft** werden hiemit zu der

am 28. Februar d. J., um 6 Uhr abends

im Gebäude der Gesellschaft, I., Freyung 8

stattfindenden

zweiundvierzigsten ordentlichen

General-Versammlung

eingeladen, in welcher folgende Gegenstände zur Verhandlung gelangen werden:

1. Vortrag des Rechenschafts-Berichtes und Vorlage des Bilanz-Abschlusses pro 1894.
2. Berichterstattung des Revisions-Ausschusses.
3. Verwendung des Erträgnisses und Bestimmung der für das abgelaufene Geschäftsjahr zu zahlenden Dividende.
4. Antrag des Verwaltungsrathes auf Abänderung mehrerer Bestimmungen der Statuten, insbesondere des § 103 (Dauer der Gesellschaft).
5. Wahl von Mitgliedern des Verwaltungsrathes.
6. Wahl von vier Mitgliedern in den Revisions-Ausschuss zur Prüfung der Rechnungs-Abschlüsse des Jahres 1895 (§ 46 der Statuten).

Wien, 4. Februar 1895.

Die Herren Actionäre, welche an dieser General-Versammlung theilzunehmen beabsichtigen und welche als solche drei Monate vor dem Zusammentritte der Versammlung in den Actienbüchern der Gesellschaft eingetragen waren, werden demnach eingeladen, je fünf auf ihre Namen lautende Actien vom **6. Februar d. J.** angefangen bis längstens

13. Februar d. J.

bei der Liquidatur der Gesellschaft gegen Empfangnahme der Eintrittskarte zur General-Versammlung zu hinterlegen.

Der Rechnungs-Abschluss wird den Herren Actionären bei Deponirung der Actien überreicht werden.

Der Verwaltungsrath.

Zur coulanten Besorgung aller im **Coursblatte** notierten **Effecten und Valuten** bestens empfohlen:

Wechselstube des Bankhauses

Schelhammer & Schattera

Gegründet 1832.

WIEN
I. Bezirk,
Stephansplatz Nr. 11
Parterre.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 13. Dienstag, den 12. Februar 1895. Jahrgang IV.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **8. Februar 1895** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Raimund Grübl.

Bürgermeister Dr. Grübl: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Die Herren Gem.-Räthe Dolainski, Dr. Nechansky und Stiaßny entschuldigen ihr Ausbleiben von der heutigen Sitzung.

2. Unter der Chiffre „Apotheke A. N." sind 958 Stück Speisemarken zur Vertheilung an Arme des IV. Bezirkes eingelangt.

3. Ein Ungenanntseinwollender hat zur Vertheilung an Arme den Betrag von 100 fl. dem Armeninstitute des XIV. Bezirkes übergeben.

Den Spendern wird der Dank votiert.

4. Herr Gem.-Rath Robert Geitler theilt mit, dass er die auf ihn gefallene Wahl in die Approvisionierungs-Commission nicht annehme.

5. Herr Gem.-Rath Dürbek hat in der letzten Sitzung eine Anfrage gestellt dahin, warum bei der letzten Offertverhandlung, betreffend die Beschaffung von Aufspritzwagen, die Genossenschaft der Huf- und Wagenschmiede keine Verständigung erhalten hat.

Hierüber berichtet der Magistrat (liest):

„Nachdem die Kundmachung über die am 4. d. M. stattgefundene Offertverhandlung wegen Lieferung von Aufspritzwagen in der üblichen Weise im Amtsblatte und in sämmtlichen Bezirken verlautbart wurde, entfiel eine Verständigung der Genossenschaft der Huf- und Wagenschmiede. Es unterliegt jedoch keinem Anstande, dem Wunsche des Interpellanten entsprechend, die Genossenschaft in Hinkunft von solchen Offertausschreibungen besonders zu verständigen."

Ich werde unter einem den Auftrag geben, dass in Hinkunft unter allen Umständen die Verständigung der betreffenden Genossenschaft erfolgt, wie dies auch einem Beschlusse des Stadtrathes entspricht.

6. Die Herren Gem.-Räthe Röhrl, Schlögl und Brauneiß haben interpelliert betreffs der Vorschreibung von Wassergebüren für das Haus XIV. Bezirk, Meidlingergasse 7.

Hierüber habe ich die Ehre, folgendes zu berichten (liest):

Die Vorschreibung von Wassergebüren auf dem Anlageschein und Zahlungsbogen für das Haus XIV., Meidlingergasse Nr. 7, jetzt Kellinggasse 5, Conscr.-Nr. 45 a, Sechshaus, erfolgte durch die Steueramts-Abtheilung des XIV. Bezirkes auf Grund der von der städtischen Buchhaltung übermittelten Ausweise Nr. 41 bis 59, in welchen Ausweisen für dieses Haus eine Wassergebür von jährlich 50 fl. verzeichnet war.

Durch die gepflogenen Erhebungen wurde constatiert, dass diese Wassergebüren von der städtischen Buchhaltung irrthümlich für das Haus Nr. 7 Meidlingergasse eingetragen waren, während sie für das Haus Nr. 9 Meidlingergasse (städtische Schule) vorzuschreiben gewesen wären.

Bei diesem Sachverhalte wurde sofort die Löschung der Wassergebüren in dem Anlageschein und Zahlungsbogen für das Haus Nr. 7 Meidlingergasse und die Richtigstellung in den Steuerbüchern des XIV. Bezirkes ämtlich vorgenommen und hievon der Eigenthümer dieses Hauses und die städtische Buchhaltung in die Kenntnis gesetzt.

Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen. Ich ersuche um Mittheilung der Einläufe.

Schriftführer Gem.-Rath Kaiser verliest nachstehende Einläufe:

7. Interpellation des **Gem.-Rathes Tagleicht:**

Am 3. September 1891 habe ich den Antrag gestellt: „Der Gemeinderath beschließe, es seien geeignete Schritte einzuleiten, dass die Sicherheits-

wachmänner auf die Dauer ihrer Dienstzeit bei der Sicherheitswache von der allgemeinen militärischen Dienstleistung befreit werden." Ich erlaube mir an den Herrn Bürgermeister die Anfrage,

in welchem Stadium sich diese Angelegenheit befindet?

Bürgermeister: Ich werde über den Gegenstand Erhebungen pflegen und diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Kaiser (liest):

8. Interpellation des **Gem.-Rathes Eigner:**

Bei Ausführung von Wasserleitungs-Installationen wird seitens der überwachenden Bauamtsorgane eine Praxis geübt, welche nicht im Sinne des betreffenden „Regulatives" gelegen, aber geeignet ist, den Hausbesitzern mehr Kosten zu verursachen als nöthig sind, andererseits das Gewerbe der Gas- und Wassereinrichtungen zu schädigen.

Das wesentliche, um das es sich hier handelt, ist, dass man entgegen den Vorschreibungen des Wasserleitungs-Regulatives und ohne Zweck die Verwendung von 3/8"igen (= 10mm) geschwefelten, vorschriftsmäßig gebauten Bleiröhren angeblich grundsätzlich nicht zulässt.

Der nachstehende Fall erweist dies des näheren.

Das Wasserleitungsgeschäft F. S. Trasl installierte in dem Hause des H. Kattor, Ottakring, Langegasse 20, die Wasserleitung und meldete unter gleichzeitigem Erlag der Taxe am 15. December v. J. die Druckprobe an. Diese Probe sollte am 20. December vorgenommen werden, wurde aber an Ort und Stelle verweigert, weil an zwei Endstücken der Leitung je 3½ m lange Zuleitungen aus 3 8"igen statt 1/2"igen Bleiröhren (wie unberechtigt gefordert wurde) gemacht waren. Ein anderer Grund der Verweigerung wurde nicht angegeben.

Gegen diesen Grund, welcher nach dem „Regulativ" kein Grund sein kann, wurde seitens obgenannten Installateurs schriftliche Einsprache erhoben und gebeten — da der Winter bevorstand — dass wenigstens die Zuleitung des Wassers vom Straßenrohre aus gemacht werde, wie dies anderwärts geschehen ist, wo noch gar keine Hausinstallation besteht, umsomehr, als das Wasser dringend benöthigt wurde. Es erfolgte aber bis heute weder eine Zuleitung, noch eine Druckprobe, noch auch eine Erledigung des betreffenden Gesuches, welches am 23. December v. J. eingereicht wurde, trotzdem mit fünfzehnmaligem, persönlichem Umgange bei den verschiedenen Amtsabtheilungen diese Angelegenheit zu beschleunigen versucht wurde. Es erleiden durch diesen ganz unerklärlichen Vorgang die Interessenten schon eine empfindliche Schädigung, und dies der beschriebenen Geringfügigkeit wegen.

Die Verwendung von 3/8" Bleirohren für kurze Leitungen ist nach § 11 des Regulatives nicht untersagt, ebensowenig als 3/8" Auslaufhähne oder sonstige 3/8" Armaturen untersagt sind und auch allgemein angewendet werden. Es erscheint daher die Handhabung des technischen Regulatives in diesem Punkte eine nicht sinngemäße, sondern willkürliche zu sein, und dies ist gemeinschädlich.

Der Umstand, dass etwa mit dieser Installations-Angelegenheit in Verbindung gebracht werden könnte, dass zwei nebeneinanderstehende Häuser ein und desselben Besitzers eine gemeinsame Straßenzuleitung, wie in diesem Falle, erhalten sollten, ist kein Grund, um den beiden Häusern oder einem derselben die Zuleitung des Wassers zu verweigern, wie es geschehen ist. Mittels Reverses, der nicht verweigert würde, hätte die Angelegenheit ebenso erledigt werden können, wie dies schon bei den gleichen Fällen geschehen ist.

Da nun schon bald zwei Monate seit Einreichung des betreffenden Gesuches verflossen sind, die Austragung der Frage der Verwendung 3/8" Bleirohre auch die betreffenden Genossenschaften und Geschäftskreise interessiert und die Bausaison vor der Thüre steht, so stellt der Unterzeichnete an den Herrn Bürgermeister die Anfragen:

1. Bis wann wird das am 23. December 1894 eingereichte Gesuch des F. S. Trasl, welches die Einzelheiten der besagten Angelegenheiten betrifft, erledigt sein, und was war der Grund der langen Nichterledigung?

2. Ist die Verwendung von 3/8" Bleileitungen, welche vorschriftsmäßig gebaut sind (zu Hochquellenwasserleitungen), verboten, und wenn ja, warum wird das betreffende Regulativ nicht geändert?

3. Wenn die 3/8" Bleirohre für genannte Zwecke nicht verboten sind, in welchem Falle sind selbe bei kurzen Leitungen gestattet?

Bürgermeister: Ich werde über den Gegenstand Erhebungen pflegen.

Schriftführer Gem.-Rath Kaiser (liest):

9. Antrag der **Gem.-Räthe Dr. Geßmann, Stehlik** und Genossen:

Der Wahlcataster der Stadt Wien, dem die beständige Evidenzhaltung von mehr als 80.000 Wählern obliegt, ist dermalen eine Unterabtheilung des Steueramtes, in welcher neben nur zwei definitiven Beamten lauter Diurnisten beschäftigt sind. Bei der außerordentlichen Wichtigkeit und Verantwortlichkeit, mit welcher die genaue Führung der dem Wahlcataster zustehenden Functionen verbunden ist, erscheint die Abstellung der gegenwärtigen Personal- und Statusverhältnisse in diesem Dienstteszweige dringend geboten. Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Wahlcataster ist als eigenes Amt zu systemisieren und der Stand der definitiven Beamten in demselben entsprechend zu vermehren.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Schriftführer Gem.-Rath Kaiser (liest):

10. Antrag des **Gem.-Rathes v. Götz** und Genossen:

Die Straße vom Marktplatze in Rudolfsheim, XIV. Bezirk, vis-à-vis der Tramway-Remisen, gegen den Westbahn-Viaduct zur Verbindung mit der Linzerstraße im XIII. Bezirke erscheint so mangelhaft beleuchtet, dass hauptsächlich nachts bei regerem Verkehre der den Markt besuchenden Fuhrwerke nur zu häufig Collisionen herbeigeführt werden.

Aus sicherheitspolizeilichen Rücksichten ist daher Abhilfe dringend geboten und beantrage ich:

Der Magistrat werde beauftragt, mit thunlichster Beschleunigung wegen Verbesserung der Beleuchtung auf der Strecke vom Marktplatze in Rudolfsheim gegen den Westbahn-Viaduct im XIII. Bezirke eine Vorlage zu erstatten.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Wir schreiten zur Tagesordnung.

11. (925.) **Referent Gem.-Rath Schlechter:** Es handelt sich um das Präliminare der Wiener Gewerbeschulen für das Jahr 1895. Von Seite der Gewerbeschul-Commission ist dieser Voranschlag dem Stadtrathe, beziehungsweise dem Gemeinderathe vorgelegt worden und es ergibt sich aus den diesbezüglichen Daten, dass das Erfordernis sämmtlicher Wiener Gewerbeschulen 284.500 fl. beträgt. Die eigenen Einnahmen, welche der Commission zur Verfügung stehen, belaufen sich für das Jahr 1895 auf rund 39.700 fl. Es ergibt sich daher ein Betrag von 244.800 fl., welcher aus den Beiträgen der verschiedenen betheiligten Curien zu decken ist. Es entfallen hievon auf den Landesfond 25 Percent, d. i. 61.200 fl., auf die Commune Wien 20 Percent, d. i. 48.960 fl., auf die Handels- und Gewerbekammer 10 Percent, d. i. 24.480 fl. und auf die verschiedenen Gewerbetreibenden, welche je nach ihrer Kategorie zur Erhaltung der Gewerbeschulen beitragspflichtig sind, 45 Percent, d. i. 110.160 fl.

Bei der Prüfung des Voranschlages hat nun der Stadtrath gefunden, dass eine ganz neue Post darin enthalten ist, und zwar die Post „Pauschalien für die zehn Bezirksschul-Inspectoren".

Der Stadtrath war nun der Meinung, dass, ohne in die Frage einzugehen, ob diese Inspection durch die k. k. Bezirksschul-Inspectoren nothwendig ist oder nicht — gewiss ist die Nothwendigkeit vorhanden — es doch sicher ist, dass diese Pauschalbeträge, welche als Vergütung für ihre eventuellen Auslagen zu dienen haben, nach dem Landesgesetze durchaus nicht aus dem Conto der Gewerbeschul-Commission zu bestreiten wären. Nachdem gegen die übrigen Ziffern keine Einwendung zu erheben ist und bemerkt werden kann, dass ein wesentlicher Unterschied gegen das Vorjahr 1894 nicht besteht, so empfiehlt der Stadtrath, dem geehrten Gemeinderathe die Zustimmung zu diesem Präliminare für die Wiener Gewerbeschulen auszusprechen.

Es soll aber der Zusatz gemacht werden, dass der Gemeinderath nicht anerkennen kann, dass die unter der erwähnten Post eingestellten 500 fl. aus dem Gewerbeschulfonde zu bestreiten sind.

Der Antrag, welchen ich daher die Ehre habe, zur Vorlage zu bringen, lautet:

„Der Gemeinderath erklärt seine Zustimmung zu dem vorgelegten Präliminare, mit Ausnahme der Post I 5 „Pauschalien der zehn Bezirksschul-Inspectoren", welche als keine aus dem Gewerbeschulfonde zu bestreitende Auslage bezeichnet werden kann."

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Beschluss: Der vorstehende Antrag des Referenten.

12. (265.) **Referent Gem.-Rath Matthies:** Ich habe die Ehre, zu referieren über den Ankauf des Hauses Nr. 77, III., Erdbergstraße.

Es fällt, wie die Herren aus dem vorliegenden kleinen Plane ersehen, dieses Haus bereits über die Hälfte in die neue Baulinie. Die Straße ist dort gegenwärtig nur 5·70 m breit. Es wurde das Haus angeboten zum Preise von 25.000 fl. Der Magistrat hat diesen Preis als Grundlage für weitere Verhandlungen für entsprechend gefunden und es wurde ein Comité vom Stadtrathe eingesetzt, welches mit dem Besitzer verhandelte und den Preis auf 23.000 fl. ermäßigt hat.

Der Stadtrath schlägt Ihnen vor, dieses Haus zum Preise von 23.000 fl. anzukaufen. Ich bemerke noch, dass ungefähr 376 m² wieder zur Verbauung gelangen, wenn sie zu den rückwärts gelegenen Baustellen dazugeschlagen werden. Auf diesen drei rückwärts gelegenen Baustellen liegt, bis diese Arrondierung stattfinden kann, das Bauverbot.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — Angenommen.

Beschluss: Behufs Verbreiterung der Erdbergstraße ist das der Elisabeth Ruß gehörige Haus Nr. 77 Erdbergstraße, III. Bezirk, im Ausmaße von 724 m² um den Preis von 23.000 fl. anzukaufen. Die Vertragskosten und Übertragungsgebüren trägt die Gemeinde.

13. (479 ex 1891, 9320 ex 1893 und 753 ex 1895.) **Referent Gem.-Rath Dr. v. Billing:** Meine Herren! Der Herr Bürgermeister hat Ihnen in der letzten Sitzung einen Vortrag gehalten und Sie haben über denselben beschlossen, der Herr Bürgermeister werde ermächtigt, einen Städtetag einzuberufen, welcher den Zweck haben soll, einige Angelegenheiten von hochwichtiger Bedeutung, insbesondere in finanzieller Beziehung, in gemeinsame Berathung zu ziehen. Der Herr Bürgermeister hat Ihnen als die betreffenden Punkte der Tagesordnung die Erwägung der Frage bezüglich eines vom Staate anzusprechenden Ersatzes für die Kosten des übertragenen Wirkungskreises bezeichnet, insofern sich derselbe auf die Agenden einer politischen Behörde I. Instanz und auf die Einhebung der Steuern bezieht, ferner die Stellungnahme in der Frage des Heimatsrechtes, sowie auch in der Frage der Steuerreform.

Bezüglich des Heimatsrechtes habe ich seinerzeit die Ehre gehabt, Ihnen zu berichten, und Sie haben die diesbezüglichen Beschlüsse gefasst, welche nunmehr dem Städtetage werden vorgelegt werden. Über den finanziellen Theil der Steuerfrage wird ein anderer Referent die Ehre haben, Ihnen Vortrag zu erstatten. Mir obliegt es nun, über den ersten Punkt der Tagesordnung zu Ihnen zu sprechen, nämlich über die Stellung, welche die Gemeinde Wien, eventuell auch die anderen Landeshauptstädte bezüglich derjenigen Kosten einnehmen sollen, welche sich auf den übertragenen Wirkungskreis und insbesondere auf die Thätigkeit dieser Städte als politische Behörden I. Instanz beziehen.

Gestatten Sie mir, dass ich in kürzester Form Ihnen vorerst eine kleine Geschichte der Frage und des Referates selbst biete. So alt die Erscheinung, die historische Thatsache ist, dass die Regierungen bezüglich der Aufbringung der Mittel zur Deckung ihres Haushaltes sich stets mehr oder weniger in bedrängten Verhältnissen befunden haben, so alt ist auch das Streben derselben, einerseits neue Einnahmen zu erschließen, andererseits auch einen Theil der ihnen obliegenden Lasten auf die Organismen niederer Gattung, auf das Land und insbesondere auf die Städte zu überwälzen. Dieses Streben hat seine Formulierung und seine legislative Feststellung erst im Jahre 1837 in Frankreich gefunden, indem dort anlässlich der Regelung der Verhältnisse der Gemeinden zuerst der Wirkungskreis der Gemeinden formell in einen selbständigen und einen übertragenen Wirkungskreis geschieden wurde; in einen selbständigen, in welchen die Gemeinden unter ihrer eigenen Autorität handelten, während sie bei dem zweiten Staatsgeschäfte unter Überwachung des Staates zu behandeln und durchzuführen hatten. Dieses System erwies sich als ganz zweckdienlich, indem diesen Organismen dadurch die Kosten für die Besorgung einer ganzen Reihe von Staatsgeschäften überwiesen wurden und dieser übertragene Wirkungskreis gieng nun von Frankreich allmählich auf alle übrigen Staaten über, so auch auf Österreich, und speciell Wien wurde in dieser Richtung sehr stark betroffen. Dieser übertragene Wirkungskreis ist bei uns zuerst im Gemeindestatute von 1848 definiert und formell ins Gesetz aufgenommen worden, und zwar im § 5 desselben, er übergieng auch in die §§ 61 bis 78 des Statutes von 1850, und auch in das neue Gemeindestatut wurde derselbe aufgenommen.

Eine Eigenthümlichkeit dieser Einrichtung besteht darin, dass in keiner dieser gesetzlichen Bestimmungen der übertragene Wirkungskreis so präcise bezeichnet wurde, dass eine Extension, eine Ausdehnung desselben ausgeschlossen wäre. Überall war die Möglichkeit gesetzlich festgestellt, diesen Kreis der Auslagen, welcher auf die Gemeinden überwälzt ist, zu erweitern.

In dieser Beziehung ist es charakteristisch, z. B. den § 76 aus dem Gesetze vom Jahre 1850 zu lesen, in welchem es ausdrücklich heißt, dass die Gemeinde außer jenen Punkten, welche nominativ aufgeführt sind, auch noch alle jene Staatsagenden zu übernehmen habe, welche durch das Gesetz derselben zugewiesen sind. Und im Statute vom Jahre 1890 lautet der § 42 ebenfalls dahin, dass der übertragene Wirkungskreis der Gemeinde für die Zwecke der öffentlichen Verwaltung durch die Gesetze bestimmt wird.

Und von der Möglichkeit, den Kreis der der Gemeinde zu überwälzenden Angelegenheiten des Staates zu erweitern, wurde auch reichlich Gebrauch gemacht. Solange diese Lasten getragen werden konnten, ohne dass gewichtige Bedenken obwalteten, solange trugen die Gemeinden und speciell die Gemeinde Wien diese Lasten willig im Vollgefühle ihrer patriotischen Verpflichtung, den Staat in seinen Aufgaben zu unterstützen. Allein eben die Möglichkeit der Erweiterung brachte, wie gesagt, auch die Erweiterung und so stiegen die Kosten für diesen Wirkungskreis von Jahr zu Jahr und so kam es denn, dass schon im Jahre 1871 zum erstenmale

ein ernster Mahnruf erfolgte, und zwar von Seite eines Mannes, dem gewiss der vollste Patriotismus und die glühendste Vaterlandsliebe von niemandem abgesprochen werden kann. Es war dies der verstorbene Bürgermeister Dr. Cajetan Felder, ein Mann, der mit klarem und weitem Blicke sah, dass das einerseits immerwährende Steigen dieser Lasten, sowie andererseits das Bestreben des Staates, jene Institutionen der Gemeinde, welche öffentlichen Zwecken dienten, der Besteuerung zu unterziehen, unausbleiblich zu den verderblichsten Consequenzen führen mussten.

Bessere und eindringlichere Worte, als sie Dr. Felder in seinem Rechenschaftsberichte für das Jahr 1871 niederschrieb, könnte wohl kaum ein anderer Referent finden, und ich bitte Sie deshalb, mir zu gestatten, Ihnen diese Worte zu verlesen, welche, obwohl schon im Jahre 1871 geschrieben, auch für den heutigen Zeit- und Standpunkt noch vollständig passen und zeigen, wie sehr Dr. Cajetan Felder von seiner Aufgabe stramm erfüllt war.

Seine diesbezüglichen Worte lauteten, wie folgt: „Verschwiegen darf jedoch nicht werden, dass die Gemeinde durch die bisherige Anspannung ihrer Kräfte bis hart an die Grenze ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit gelangt ist, und dass, soll diese für das fernere Wirken und Streben nach den für die Zukunft der Reichshauptstadt weit gesteckten patriotischen Ziele erhalten bleiben, neue ausgiebige Einkommenquellen erschlossen, dass ihr aber durch die Staatsgewalten nachhaltige Unterstützungsmittel zugeführt werden müssen. In dieser Lage befindet sich jedoch keineswegs Wien allein; sie ist vielmehr gemeinsam mit einer großen Zahl von Communen des Reiches. Während der letzten Session wurde von den Regierungstischen der Landtage aus die Aufmerksamkeit der Landgesetzgebung auf die sich immer mehr steigernden Gemeindeumlagen gelenkt, die in nicht wenigen Gemeinden die Höhe von 50 bis 200 Percent der Staatssteuern und darüber erreichen — wohl ein sehr eindringlicher Mahnruf an das System, das stetig zur consequenten Durchführung gelangt ist, das System, öffentliche Lasten immer mehr und mehr vom Staate abzuwälzen und den Gemeinden zuzuwälzen."

Er schließt dann seine Ausführungen, die noch weiter gehen, mit dem bereits zum geflügelten Worte gewordenen Ausspruche — welchen ich bereits früher einmal hier erwähnt habe —: „denn an dem Grabe der hinfällig gewordenen Gemeinden ist sicherlich der Staat selbst der nächstbetheiligte Leidtragende".

Eine Reihe von weiteren Anregungen, die aber nicht zum Druchbruche kamen, wurden im Laufe der späteren Jahre sowohl von Seite des Gemeinderathes als des Magistrates vorgebracht, um Abhilfe zu schaffen. Erst im Jahre 1888 wurde nun vom Magistrate ein diesfälliges eingehendes Referat erstattet, welches an der Hand statistischer Daten in der That nachwies, wie hoch und drückend die Belastung der Gemeinde durch den übertragenen Wirkungskreis sei. Es muss nun erwähnt werden, dass der eigentliche übertragene Wirkungskreis eine alle Gemeinden treffender ist und dass es in dieser Beziehung wohl schwer sein wird, für alle Gemeinden irgend etwas zu erreichen.

Allein die Gemeinde Wien und 32 andere Städte, nämlich jene, welche ein eigenes Statut haben, sind insbesondere hart betroffen durch diejenigen Staatsagenden, welche ihnen von Seite des Staates übergeben worden sind, und welche den Kreis der Thätigkeit einer politischen Behörde I. Instanz in sich schließen. Ich werde die Ehre haben, an der Hand statistischer Daten zu beweisen, wie außerordentlich weittragend diese Belastung für Wien ist, und die Städte mit eigenem Statute, insbesondere die Landeshauptstädte, werden gewiss verhältnismäßig gleich empfindlich getroffen, und hier wird der Angriffspunkt sein müssen, um mit Rücksicht auf die finanzielle Lage der Gemeinden irgend eine Änderung, einen Ersatz oder eine Entschädigung zu erzielen.

Es hat das statistische Bureau der Gemeinde bezüglich dieser Kosten Tabellen vorgelegt, welche bis in das Jahr 1886 zurückreichen.

Ich will Sie, meine Herren, bei der Kürze der Zeit, welche mir zugebote steht, nicht mit dem reichen Ziffernmateriale bedienen, welches sich auf die früheren, manchmal idyllisch klingenden Ziffern und anmuthenden Zeiten bezieht. Ich habe Ihnen ja zu beweisen, dass der gegenwärtige Stand der Dinge ein solcher ist, welcher den Gemeinderath unabweislich dazu drängt, in dieser Richtung eine Action einzuleiten und an die Regierung heranzutreten. Ich bitte daher, mir zu gestatten, dass ich nur einige Ziffern aus den Jahren 1892 und 1893 biete, und ich ersuche, meinen Ausführungen gütigst Gehör zu leihen.

Im Jahre 1892 betrug die Anzahl aller Agenden, welche unser Magistrat zu bewältigen hatte, die Summe von 957.780 Stücken, im Jahre 1893 950.398. Hievon entfielen auf den selbständigen Wirkungskreis, also, wenn ich so sagen darf, auf die eigene städtische Ökonomie im Jahre 1892 nur 259.791, im Jahre 1893 292.156 Stücke, d. i. zwischen 27 und 28 Percent der gesammten Arbeitsthätigkeit in Acten ausgedrückt. Der übertragene Wirkungskreis nahm für sich in Anspruch im Jahre 1892 697.989, im Jahre 1893 658.242 Stücke, sage 72 bis 73 Percent des gesammten Actenmateriales. Hievon wieder entfiel auf den übertragenen Wirkungskreis als politische Behörde I. Instanz die erhebliche Summe von 573.366, beziehungsweise 539.083 Stücke. Also gegen 82 Percent des ganzen übertragenen Wirkungskreises betreffen die Action der Gemeinde als politische Behörde I. Instanz.

Was nun die Kosten betrifft, welche der Gemeinde dadurch erwachsen, so habe ich folgende Daten zu bieten: Der Gesammtaufwand für die Verwaltung im Jahre 1892 betrug 4,072.719 fl., im Jahre 1893 4,852.641 fl. Repartiert auf die Wirkungskreise ergaben sich für den selbständigen Wirkungskreis 1,433.597 fl., beziehungsweise 1,708.129 fl. Das gibt 35 Percent. Der übertragene Wirkungskreis kostete der Gemeinde im Jahre 1892 1,177.556 fl. und im Jahre 1,398.857 fl.

Diesen Leistungen der Gemeinde gegenüber fragt es sich, ob Gegenleistungen des Staates vorhanden sind, welche diese Last mildern, und da muss es wohl ausgesprochen werden, dass es eine einzige Post gibt, welche in dieser Hinsicht der Gemeinde zugute kommt, und diese Post ist eine sehr traurige, nämlich die Executionsgebüren, von welchen der Gemeinde Wien 68 Percent überlassen sind. Diese Executionsgebüren betrugen im Jahre 1892 87.794 fl. Davon betrugen 68 Percent 59.700 fl. oder rund 60.000 fl.

Im Jahre 1893 betrugen diese 68 Percent 64.620 fl., so dass sich also, wenn man diese Beträge abrechnet, für die Gemeinde noch immer ein Saldo an nicht vergüteten Auslagen per 1,117.856 fl. im Jahre 1892 und 1,334.337 fl. im Jahre 1893 ergibt. Aus diesen wenigen Ziffern wird wohl jeder von uns die Überzeugung gewinnen, dass in der That die Belastung so erheblich und so drückend ist, dass eine Action thatsächlich nothwendig erscheint.

Dieselben Verhältnisse werden sich im großen und ganzen wohl auch bei den anderen Städten mit eigenem Statute darbieten und daher ist wohl zu erwarten, dass in dieser Richtung eine übereinstimmende Action herbeizuführen sein wird.

Es handelt sich nun nur noch um die Frage, ob vom Standpunkte des Rechtes überhaupt Aussicht vorhanden ist, irgend einen Erfolg zu erzielen. Da muss allerdings constatiert werden, dass in den verschiedenen Statuten ein Vorbehalt, dass die Gemeinde diesen übertragenen Wirkungskreis nur gegen Ersatz der Kosten oder gegen eine Entschädigung zu leisten habe, nicht vorkommt, dagegen aber kommt auch in keinem der Gesetze, welche hier maßgebend sind, eine ausdrückliche Verpflichtung der Gemeinde oder ein Vorbehalt der Regierung vor, dass diese Action von der Gemeinde unentgeltlich durchzuführen sei.

Wo aber das Gesetz in dieser Richtung nicht ausdrücklich die Unentgeltlichkeit vorschreibt, ist man berechtigt, anzunehmen, dass die allgemeinen Rechtsgrundsätze zur Geltung kommen, und diese sprechen dagegen, dass irgend jemand die Arbeit eines anderen unentgeltlich zu verrichten habe, ein Grundsatz, der ebenso im privaten wie im öffentlichen Rechte gilt. Dieser Rechtsgrundsatz kann daher wohl auch hier in entsprechender Weise vertreten werden.

Abgesehen aber von diesem Rechtsstandpunkte ist dies doch mit Rücksicht auf die Vortheile, welche dem Staate durch diese Überwälzung zugehen, eine Forderung der Billigkeit und der Staatsklugheit, indem dem Staate doch selbst daran gelegen sein muss, die finanziell hart bedrängten Gemeinden als seine besten Steuerträger, wie schon Dr. Felder seinerzeit forderte, thatkräftigst in ihrer Fortentwicklung zu unterstützen; es ist endlich auch ein Gebot der Nothwendigkeit, denn die Herren kennen unsere finanziellen Verhältnisse und wissen, wie sehr dieselben dazu drängen, dass jede Schmälerung des Gemeindeeinkommens hintangehalten werde, und dass der Gemeinde von Seite der Regierung neue Zuflüsse zugewiesen werden.

Auf Grundlage aller dieser Auseinandersetzungen hat nun der Stadtrath beschlossen, jene Anträge zu stellen, welche Ihnen übergeben worden sind und welche die Drucksorten Nr. 38 aus dem Jahre 1894 führen. Sie beruhen auf dem Stadtraths-Beschlusse vom 13. Februar 1894 und lauten folgendermaßen (liest):

„1. Die Gemeinde Wien ist der Anschauung, dass ihr eine Vergütung der Auslagen für die von ihr besorgten Geschäfte des übertragenen Wirkungskreises, soweit dieselben die Competenz einer politischen Behörde erster Instanz, sowie die Einhebung der directen Steuern betreffen, gebüre;

2. die Gemeinde Wien spricht eine Vergütung dieser Auslagen an."

Die beiden weiteren Anträge, welche aussprechen, dass auch noch andere Städte in der gleichen Lage wie Wien sind, dass daher eine gemeinsame Berathung stattfinden solle, mit deren Durchführung der Herr Bürgermeister zu betrauen ist, sind durch die neulich von Ihnen gefassten Beschlüsse erledigt und ich bitte Sie daher, nur die beiden ersten Anträge, welche ich die Ehre gehabt habe, Ihnen vorzulesen, zum Beschlusse zu erheben.

Gem.-Rath Dr. Stern: Ich möchte mir zunächst an den Herrn Referenten die Anfrage erlauben, ob die von ihm angegebenen Ziffern rücksichtlich der Thätigkeit des Magistrates sich auch auf die Thätigkeit der Bezirksämter beziehen, oder ob hier bloß die Centralleitung des Magistrates in dieser Ziffer ausgedrückt ist.

Referent: Sie beziehen sich selbstverständlich auch auf die Thätigkeit der Bezirksämter.

Gem.-Rath Dr. Stern: Nun, meine hochverehrten Herren, es liegen uns hier drei Referate vor. Über das eine Referat wurde bereits in der letzten Sitzung Beschluss gefasst. Ein anderes, und zwar meines Erachtens das wichtigste Referat, wird uns von dem nachfolgenden Herrn Referenten erstattet werden. Ich werde mir auch für dieses letztere Referat vorbehalten, jene entscheidenden Momente Ihnen vorzuführen, welche für die besondere Stellung Wiens gerade rücksichtlich der Interessen, um deren Vertretung es sich hier handelt, sprechen und welche demnach auch die Delegierten, welche die Gemeinde Wien zu diesem Städtetage entsendet, sich vor Augen halten mögen. Zu dem hier vorliegenden Referate möchte ich mich auf dasjenige beschränken, was uns von Seite des Herrn Referenten hier vorgeschlagen worden ist, nämlich auf die Thätigkeit, welche die Gemeinde Wien in dem übertragenen Wirkungskreise entwickelt und insoweit die Organe der Gemeinde Wien auch als Bezirksbehörde I. Instanz fungieren.

Ich habe vor einigen Jahren einmal mir erlaubt, hier einen Antrag zu stellen, welcher leider nicht die Zustimmung des geehrten Gemeinderathes gefunden hat, welcher aber, wenn er angenommen worden wäre, wie ich glaube, nützliche Verwendung gefunden hätte. Ich bin nämlich von der Ansicht ausgegangen, dass es doch gut gewesen wäre, wenn die Beschäftigung der einzelnen Bezirksämter nach drei Kategorien statistisch nachgewiesen würde, wie sie uns der Herr Referent vorgeführt hat: Selbständiger Wirkungskreis, übertragener Wirkungskreis und politische Behörde erster Instanz.

Mir ist bekannt, dass im Jahre 1892 von einem dieser Bezirksämter derartige statistische Ausweise vorgelegt wurden, und es ist mir auch eine Abschrift dieser Ausweise, welche damals von einem am meisten beschäftigten Bezirksamte an den Magistrat geleitet wurde, mitgetheilt worden.

Aus diesem Ausweise nun hat sich ergeben, dass von den 71.832 Geschäftsstücken, welche im Jahre 1892 bei dem Bezirksamte des II. Bezirkes erledigt worden sind, nicht weniger als ungefähr 62.000 solche Geschäfte betroffen haben, welche das Bezirksamt nicht im selbständigen, sondern im übertragenen Wirkungskreise und als politische Behörde erster Instanz auszuüben hat. Unter diesen waren nicht weniger als 25.000 Geschäftsstücke, welche sich allein auf die Militär-Angelegenheiten bezogen haben, und Sie mögen schon daraus entnehmen, dass unsere Bezirksämter eigentlich die Aufschrift zu führen hätten: „k. k. Bezirksämter", „staatliche Bezirksämter", weil dasjenige, was sie im Interesse der Gemeinde thun, nur ein Siebentel ihrer Amtsthätigkeit betrifft, so dass diese 10.000 Geschäftsstücke unter 71.000 bis 72.000 nur nebenbei mitlaufen.

Das scheint mir, das wäre das wesentlichste Moment für die Berechnung desjenigen, was eigentlich die Gemeinde im staatlichen Interesse leistet.

Wir können sagen, dass nahezu die gesammten Kosten der Bezirksämter, abzüglich ein Siebentel, denn ich habe gar keinen Grund, anzunehmen, dass die Geschäftseintheilung der anderen Bezirksämter eine andere als diejenige in dem bereits von mir erwähnten Bezirke sei, dass also sechs Siebentel eigentlich staatliche Agenden betreffen.

Dies vorausgeschickt, möchte ich mich nun einer anderen Bemerkung, welche von Seite des Herrn Referenten gemacht wurde, zuwenden.

Der Herr Referent hat bemerkt — und das ist vollkommen richtig, was der Herr Referent ausführt — dass in keinem Gesetze

enthalten ist, dass die Gemeinde Wien für die Besorgung der staatlichen Geschäfte irgendeinen Ersatz anzusprechen hat; er sagt aber weiter, es ist auch in keinem Gesetze das Gegentheil enthalten, dass nämlich die Gemeinde Wien für die Besorgung staatlicher Geschäfte einen Ersatz nicht anzusprechen hat; das steht in keinem Gesetze.

Daraus ergäbe sich nach den natürlichen Rechtsgrundsätzen, dass die Gemeinde Wien, wie jedermann, der fremde Geschäfte besorgt, hiefür allerdings eine Entlohnung, einen Ersatz anzusprechen berechtigt sei. Ja, meine Herren, das was der Herr Referent hier ausgeführt hat, ist ganz richtig, aber die Sache ist noch drastischer, als sie uns hier dargestellt wird. Denn nicht allein, dass wir die Entlohnung für die Besorgung der staatlichen Geschäfte nicht beziehen, es wird sogar die Entlohnung für die von uns besorgten staatlichen Geschäfte von einem dritten, nämlich vom Staate bezogen. Die unmittelbare Entlohnung für die Dienstleistung ist der Stempel und sind die Gebüren. Wenn wir da zurückgehen auf den Grund oder das Wesen des Stempels und der Gebüren, so stellen sich diese eigentlich nur dar als eine unmittelbare Entlohnung für eine bestimmte Dienstleistung. Nun wird diese bestimmte Dienstleistung von der Gemeinde ausgeübt, und nichtsdestoweniger wird die Entlohnung für diese bestimmte Dienstleistung, welche die Gemeinde ausübt, vom Staate bezogen. Darin liegt das große Unrecht, und da möchte ich glauben, dass es vielleicht doch der Erwägung wert wäre, ob es nicht durchführbar wäre, oder ob wir nicht die Forderung geltend machen sollten, dass diese unmittelbare Entlohnung für jene Geschäfte, welche wir für den Staat durchführen, nämlich die Stempel und Gebüren, uns zuzufallen haben, mit anderen Worten, dass für jene Geschäfte, welche seitens der Organe der Gemeinde, welche von der Gemeinde angestellt und besoldet werden, durchgeführt werden, nicht ein staatlicher, sondern ein communaler Stempel, nicht eine staatliche, sondern eine communale Gebür einzutreten hat.

Wir haben etwas dem ähnliches ohnehin in unserem Budget, in unserem Rechnungsabschlusse. Ich kann darüber ungescheut sprechen, weil ja diese Post eine verhältnismäßig geringfügige ist, das ist die Kanzleitaxe. Diese stellt sich ja wenigstens zum Theile auch als nichts anderes dar, als eine unmittelbare Zahlung für eine im Interesse des betreffenden ausgeübte Dienstleistung.

Das, meine Herren, möchte ich nun demjenigen, was von Seite des Herrn Referenten hier bereits angeführt wurde, noch hinzufügen und ich behalte mir dann vor, beim nächsten Referate, welches uns erstattet werden wird, auf jene Momente hinzuweisen, auf welche sich eben jene besondere Stellung, welche die Stadt Wien bei diesem Städtetage einzunehmen oder wenigstens sich zu reservieren hat, bezieht.

Ich werde übrigens für die Anträge des Herrn Referenten stimmen.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Die Debatte über diesen Gegenstand ist geschlossen.

Ich ersuche den Herrn Referenten zum Schlusswortе.

Referent: Ich habe nichts zu erwidern.

Bürgermeister: Dann glaube ich anzunehmen, dass die Versammlung mit den Referenten-Anträgen einverstanden ist. Keine Einwendung. — Angenommen.

Beschluss: 1. Die Gemeinde Wien ist der Anschauung, dass ihr eine Vergütung der Auslagen für die von ihr besorgten Geschäfte des übertragenen Wirkungskreises, soweit dieselben die Competenz einer politischen Behörde erster Instanz, sowie die Einhebung der directen Steuern betreffen, gebüre.

2. Die Gemeinde Wien spricht eine Vergütung dieser Auslagen an.

14. (753.) **Referent Gem.-Rath Dr. Vogler:** Ich habe die Ehre, über zwei weitere Vorlagen für den Städtetag zu referieren, welche Ihnen bereits gedruckt vorliegen. Die eine derselben betrifft einen Antrag, welcher eine Reform des communalen Steuerwesens der Landeshauptstädte durch Zuwendung selbständiger Einnahmsquellen an dieselben anstrebt.

Es ist eine bekannte Thatsache und in der Begründung des Antrages, die ja auch im Drucke vorliegt, wird darauf des einzelnen hingewiesen, dass im Wesen unsere communalen Steuern heute auf das Zuschlagswesen angewiesen sind, insofern als die Gemeinde darauf beschränkt wird, zu den vom Staate bereits mit Steuern belegten Einnahmsquellen Steuerzuschläge zu legen. Das sehen wir insbesondere bei den Haupt-Einnahmsquellen der Gemeinde, d. i. beim Zuschlage zur Gebäudesteuer, bei den Mietzinskreuzern und den Schulkreuzern. Diese letzteren sind allerdings eigentlich selbständige communale Abgaben, aber nachdem sie dasselbe Object treffen, welches durch die vom Staate den Häusern auferlegte Gebäudesteuer bereits betroffen ist, so kommen sie in Wirkung eigentlich den Zuschlägen zur staatlichen Gebäudesteuer vollkommen gleich. Ebenso geht es mit der Verzehrungssteuer, welche ja nebstdem eine Haupt-Einnahmsquelle der Gemeinde bildet. Auch hier hat der Staat in erster Linie bereits die Hauptbesteuerung der betreffenden Objecte vollzogen und hat es der Gemeinde lediglich überlassen, einige Zuschläge zu den von ihm angesprochenen Steuern zu fixieren. Eigentliche selbständige communale Steuern und Steuerobjecte liegen eigentlich nicht vor und es sind auch solche schwer erfindlich. Man kann doch nicht vielleicht auf die so ein geringes Erträgnis liefernde Hundesteuer in dieser Richtung verweisen, oder vielleicht der Gemeinde sagen, sie könne eine Luxussteuer auferlegen. Eine solche Luxussteuer hat ja bekanntermaßen zweierlei verschiedene Seiten und insbesondere ist es in einer Großstadt gewiss nicht angemessen, den Luxus besonders hart zu besteuern. Und so sehen wir, dass eigentlich der Gemeinde selbständige Steuerobjecte nicht zugebote stehen.

Es soll nun dem Städtetage der Antrag unterbreitet werden, dass an den Staat herangetreten werde, in dieser Richtung Abhilfe zu schaffen. Es wird aber in dem Antrage weiter auch sofort ein Modus, ein Weg angegeben, auf welchem das Ziel, welches angestrebt wird, zu erreichen wäre, und das ist der Weg, dass der Staat der Gemeinde die sogenannte Thorsteuer, die Verzehrungssteuer, welche an den Linien eingehoben wird, überlasse.

In vielen großen Städten des Auslandes, insbesondere in Paris, ist die Thorsteuer, das Octroi ausschließlich der Gemeinde überlassen. In Paris bildet diese Steuer die Haupteinnahmsquelle der Gemeinde. Sie trägt, wenn ich nicht irre, dermalen bereits 60 Millionen Francs. Bei der Gemeinde Wien steht die Sache anders. Die Hauptbesteuerung vollzieht auch hier wieder der Staat, und die Gemeinde kann nur einzelne Zuschläge auferlegen.

In der ganz gleichen Lage befinden sich die Provinzial-Hauptstädte und alle jene Städte, welche durch die Verzehrungssteuergesetze als geschlossene Städte erklärt werden. Es kann aber doch gewiss nicht geleugnet werden, dass diese Thorsteuer gerade eine locale Abgabe ist, welche sich insbesondere dazu eignet, den

Gemeinden überlassen zu werden. Wenn jemand in der Gemeinde sich aufhält, sich in eine Stadt begibt, so ist es eigentlich nicht einleuchtend, warum der Staat von dem, was einer, weil er Einwohner dieser Stadt ist oder sich auch nur darin aufhält, verzehrt, eine besondere Abgabe für sich haben soll. Der Staat leistet ja in der betreffenden Stadt für den einzelnen Staatsbürger nichts anderes, als was er sonst im ganzen Reiche den Staatsbürgern leistet, abgesehen davon, dass er in den Städten einige größere Anstalten unterhält, deren Zutritt aber wieder allen Staatsbürgern des ganzen Reiches gleichmäßig freisteht.

Dem gegenüber ist aber zu bemerken, dass die Gemeinde einer solchen Stadt gewiss große Aufwendungen zu tragen hat, welche ihr eben dadurch, dass sie eine Stadt ist, auferlegt sind, und es ist daher nur billig, dass jeder Einwohner der Stadt und auch diejenigen, die nur provisorisch sich zu vorübergehendem Aufenthalte in der Stadt befinden, zu den der Gemeinde dadurch auferlegten Lasten irgendwie beitragen.

Ein solcher Beitrag kann nun durch das Octroi, durch die Thorsteuer, wenn sie wirklich für communale Zwecke eingehoben wird, effectiv geleistet werden.

Das ist gewiss ein gerechtfertigter und billiger Standpunkt, während es nicht gerechtfertigt und nicht billig ist, wenn der Staat, ohne dass er hiefür eine besondere Gegenleistung vollzieht, von dem einzelnen Staatsbürger, der sich in der Stadt aufhält, eine Mehreinnahme aus diesem Titel erhebt.

Es wird daher der Antrag, den der Stadtrath sich zu stellen erlaubt, die Genehmigung des Gemeinderathes und hoffentlich auch diejenige des Städtetages finden. Der Antrag lautet:

„Der Städtetag empfiehlt den auf ihm repräsentierten Gemeindevertretungen, sich im Petitionswege an die beiden Häuser des hohen Reichsrathes und an die hohe Regierung mit der Bitte zu wenden, es möge mit thunlichster Beschleunigung, wennmöglich gleichzeitig mit dem Beginne der Wirksamkeit der neuen Steuergesetze, eine Reform des communalen Steuerwesens der Landeshauptstädte in der Richtung in das Leben gerufen werden, dass diesen Gemeinden zu ihren bisherigen Zuflüssen eigene und selbständige Einnahmsquellen eröffnet werden, wobei in erster Linie die wenigstens successive Überlassung des Ertrages der Verzehrungssteuer für geschlossene Orte in Aussicht zu nehmen wäre."

Gem.-Rath Dr. Daum: Fürchten Sie nicht, dass ich Sie durch eine längere Abhandlung aufhalten werde.

Ich glaube aber, hier etwas vorbringen zu müssen, was mir von großer Wichtigkeit für die gemeinsame Berathung der österreichischen Städte erscheint, und die Wichtigkeit dieses Punktes ist vom Gemeinderathe schon bei früherer Gelegenheit anerkannt worden.

Der Referent hat uns gesagt, eigentlich sei eine selbständige communale Steuer als solche in unserem Systeme nicht gelegen. Praktisch genommen ist dies auch ganz richtig. Wir haben aber in unserem Budget eine Einnahme von beiläufig acht Millionen, welche aus der Umlage auf den Mietzins, wie sie in unserem Statute genannt wird, herrührt. Das ist eine der wichtigsten Umlagen für Wien und die meisten großen Städte. Diese Umlage auf den Mietzins, der sogenannte Zinskreuzer, entbehrt aber bisher jeder gesetzlichen Regelung, zum Nachtheile der Gemeinde einerseits und zum Nachtheile der Hausbesitzer andererseits. Diese Umlage ist ihrer Natur nach wirklich eine Besteuerung der Mieter, also eine ganz selbständige communale Steuer. Sie ist aber im Laufe der Zeiten und durch die Praxis der Steuergesetzgebung heute eigentlich zu einer Art Zuschlag geworden. Sie bietet aber der Gemeinde nicht den Vortheil, welchen ein Zuschlag hat, also die unmittelbare Deckung auf der Realität, sondern die Gemeinde steht eigentlich heute nach den Entscheidungen der letzten Jahre vollständig ohne Deckung da, wenn sie nicht die Zinskreuzer einhebt. Von noch größerer Bedeutung ist der Mangel einer Organisation für den Hausbesitz, weil der Hausbesitzer nicht ex lege, sondern infolge einer Praxis, die eingerissen ist, nicht in der Lage ist, sich an dem Mieter zu regressieren, welcher die Steuer nicht zahlt, und weil er an die Gemeinde die ganze Umlage abführen muss.

Dies ist eine große Incongruenz, und eine gesetzliche Regelung scheint auf diesem Gebiete von größter Bedeutung. Diese gesetzliche Regelung zu finden, wird der Städtetag am besten in der Lage sein, weil, soviel ich mit Bestimmtheit sagen kann, sämmtliche österreichischen Hauptstädte die Zinskreuzer als eine Haupteinnahme in ihrem Budget aufführen. Dass am Städtetage die Sache besprochen wird, kann, glaube ich, damit begründet werden, dass seinerzeit, vor vielen Jahren, noch bevor die Vereinigung der Vororte stattfand, der Gemeinderath eine Commission zur Berathung der früher vom Herrn Dr. v. Billing vorgetragenen Angelegenheit auf einem Städtetage eingesetzt hatte, und da wurde als Antrag der Commission angenommen, dem Städtetage auch die Angelegenheit der Regelung der Zinskreuzer zu übertragen. Bei der vorjährigen Budgetberathung wurde auch ein Antrag angenommen, der Magistrat habe über die Regelung der Zinskreuzer zu berichten und einen Vorschlag zu machen, und es wurde ein Antrag Strobach angefügt, der angenommen und, glaube ich, dem Stadtrathe abgetreten wurde, der sich mit der Frage befasst, welchen Rückschlag die mangelhafte Regelung der Zinskreuzer auf den Hausbesitz hat.

Ich schließe also mit dem Antrage: „Es sei auf dem Städtetage auch die Frage der Regelung der Zinskreuzer zu berathen." (Bravo! rechts.)

Bürgermeister: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Referent (zum Schlusswort): Zu diesem Antrage möchte ich folgendes bemerken: Zunächst mache ich darauf aufmerksam, dass heute die Zinskreuzer in den verschiedenen Landeshauptstädten auch sehr verschieden geregelt erscheinen, insbesondere kann ich mich erinnern, dass in Prag ganz divergierend von Wien die Zinskreuzerbemessung und -Einhebung stattfindet. Es ist infolge dessen zu erwägen, ob das überhaupt ein Gegenstand ist, welcher auf dem Städtetage, welcher doch zusammengerufen wird, um gemeinsame Interessen sämmtlicher Landeshauptstädte zu berathen, zur Berathung gelangen soll. Außerdem ist mir im Momente — offen gestanden — nicht recht klar, ob man zur Regelung dieser Frage die Inanspruchnahme der Reichsgesetzgebung nothwendig hat. Wenn aber dies nicht der Fall ist und wenn es genügt, in dieser Beziehung lediglich an die Landesgesetzgebung heranzutreten, so dünkt mich aber auch wiederum, dass dies ein Gegenstand ist, welcher wahrscheinlich einer Berathung auf dem Städtetage nicht zu unterziehen ist. Ich hätte nichts dagegen, wenn die Herren trotzdem den Antrag des Herrn Collegen Dr. Daum dem Stadtrathe zur weiteren, eventuell zur beschleunigten Berathung zuweisen, und wenn der Stadtrath in der Lage sein wird, sich in dieser Beziehung die erforderliche Klarheit zu verschaffen und zur Über-

zeugung gelangen wird, dass es ersprießlich wäre, dem Städtetage mit diesem Antrage zu kommen, so glaube ich, wird Gelegenheit sein, noch vor Zusammentritt des Städtetages dem Gemeinderathe diesen Antrag vorzulegen.

Gem.-Rath Dr. Daum (zu einer persönlichen Bemerkung): Ich habe nur thatsächlich zu bemerken, dass die Verschiedenheit, welche bezüglich der Einhebung der Zinskreuzer besteht, durchaus kein Grund ist, weshalb der Städtetag nicht auch darüber berathen soll. In Prag sind ebenso wie in Wien Zinskreuzer, nur dass dort die Gemeinde selbständig den Mietzins jeder einzelnen Wohnpartei erhebt und den Zinskreuzer darnach bemisst, so dass Prag uns vielleicht später als Vorbild dienen kann, nämlich in Bezug auf eine progressive Zinskreuzereinhebung, indem die kleineren Mietzinse ganz frei sind und die mittleren einen geringeren Satz zahlen. Ich glaube also nicht, dass es nothwendig ist, die Frage dem Stadtrathe zuzuweisen. Der Städtetag steht bevor, und es kann ja mittlerweile, bis er zustande kommt, eine Vorberathung platzgreifen.

Ich bitte also, diesen Antrag unmittelbar anzunehmen.

Bürgermeister: Dagegen muss ich bemerken, dass die Zuweisung an den Stadtrath unbedingt nothwendig ist. Herr Gem.-Rath Dr. Daum beantragt, auf dem Städtetage sei die Frage wegen gesetzlicher Regelung der Zinskreuzer zu berathen. Wenn man nun dem Städtetage diesen Gegenstand vorlegt, so werden die Delegierten fragen: In welcher Weise sollen wir Stellung nehmen — welche Wünsche und Bedürfnisse haben sich bisher in dieser Richtung geltend gemacht? In welcher Weise soll sich der Städtetag gegenüber dem Reiche und den Ländern aussprechen? Man sieht, dass zur Einleitung einer solchen Berathung ein Antrag vorgelegt werden muss, und hiezu ist eine Vorberathung im Stadtrathe nothwendig. Nun kann es sich nur um folgendes handeln: Entweder der Stadtrath legt sein Elaborat noch vor Zusammentritt des Städtetages dem Gemeinderathe vor und der Gemeinderath beschließt darüber, oder der Gemeinderath ermächtigt den Stadtrath, für den Fall, als er zu einem positiven Resultate kommt, dasselbe durch den Bürgermeister dem Städtetage vorzulegen.

Ich kann den Herren versichern, dass die Sache nicht ohne Bedenken ist. Es liegt bereits eine schriftliche Ausarbeitung vor, die aber auf Schwierigkeiten und Bedenken hinweist. Gelingt es, zu einem positiven Vorschlage zu kommen, so bin ich gewiss gerne bereit, auch diese Angelegenheit dem Städtetage vorzulegen. Ist also vielleicht die Versammlung mit dieser Erledigung einverstanden: Zuweisung an den Stadtrath mit der Ermächtigung, für den Fall eines positiven Resultates die Angelegenheit durch den Bürgermeister dem Städtetage vorzulegen? Ist der Herr Antragsteller damit einverstanden? (Gem.-Rath Dr. Daum: Ja!) Ist die Versammlung damit einverstanden? (Zustimmung.) Angenommen.

Referent: Ein weiterer Antrag betrifft die Stellungnahme der Landeshauptstädte zu dem Gesetzentwurfe, betreffend die directe Personal-Einkommensteuer hinsichtlich der Verwendung des Mehrerträgnisses der reformierten Steuern. Die Herren haben auch diesen Antrag sammt Begründung in der Vorlage E für den Städtetag. Zur Begründung dieses Antrages erlaube ich mir, kurz folgendes zu bemerken:

Der Staat will, wie Sie wissen, eine neue Steuer, die Personal-Einkommensteuer einführen. Das Mehrerträgnis dieser Steuer, welches einen bestimmten Betrag der Veranlagungskosten, die mit 1,200.000 fl. veranschlagt sind, überschreitet, soll jedoch verwendet werden zur Ermäßigung bestehender Steuern, und zwar soll im ersten Jahre bereits eine Ermäßigung der Grundsteuer um 10 Percent und der Gebäudesteuer ebenfalls um 10 Percent eintreten; ferner soll an der Erwerbsteuer eine Ermäßigung von 20 Percent eintreten. Die Erwerbsteuer zuzüglich der heute entrichteten Einkommensteuer I. Classe wird in Zukunft contingentiert werden und das Contingent ist in der Gesetzesvorlage so bemessen, dass bei der Ausmittlung desselben bereits auf einen solchen Nachlass von 20 Percent der heute wirklich gezahlten Steuer Rücksicht genommen ist.

Es ergibt sich hieraus die Thatsache, dass in Zukunft gewisse Steuergattungen ein Mindererträgnis liefern werden und dass infolgedessen auch die communalen Zuschläge zu diesen Steuern ein Mindererträgnis ergeben werden.

Diese Steuergattungen sind die Grundsteuer, die Gebäudesteuer und die Erwerbsteuer zuzüglich der heute entrichteten Einkommensteuer I. Classe.

Der Gesetzentwurf, wie er aus den Ausschussberathungen hervorgegangen ist, enthält aber noch andere Bestimmungen, und diese gehen dahin, dass von dem Mehrerträgnisse der Personal-Einkommensteuer, welches nach Abzug der von mir bereits genannten Steuernachlässe noch zu gewärtigen ist, ein bestimmter Betrag den Landesfonden zugewiesen werden soll, und dieser Betrag ist mit der Ziffer von 3 Millionen Gulden vorläufig fixiert, eine Ziffer, welche aber, wenn das Mehrerträgnis der Personal-Einkommensteuer sich steigert, eventuell noch erhöht werden kann. Die Zuweisung dieser 3 Millionen an die verschiedenen Landesfonde ist jedoch an eine Bedingung geknüpft und diese geht dahin, dass nur diejenigen Länder an dieser Zuweisung participieren sollen, welche in der nächsten Session des Landtages, nachdem die Gesetzesvorlagen über die Steuerreform Gesetzeskraft erlangt haben werden, die Landesgesetze in der Richtung reformieren, dass den Communen untersagt werde, Zuschläge zu der neu eingeführten Personal-Einkommensteuer aufzuerlegen. Nach den bestehenden Gemeindeordnungen und Gemeindestatuten sind nämlich die Gemeinden berechtigt, zu den sämmtlichen directen Staatssteuern gewisse Zuschläge einzuheben, und es sind Beschränkungen nur in dem Ausmaße dieser Zuschläge durch die betreffenden Gemeindeordnungen und Statute festgesetzt, so dass die Gemeinden bei einem gewissen Ausmaße, welches verschieden ist in den einzelnen Statuten, der Zustimmung des Landesausschusses, eventuell des Landtages bedürfen. Wenn nun das Land, was zweifellos ist, von der Berechtigung, die der Staat hier einräumt, Gebrauch macht, um Theile der ihm in Aussicht gestellten 3 Millionen zu bekommen, so ist es klar, dass die Gemeinden hier wieder ein Entgang erleiden. Die Gemeinden werden einerseits dadurch verkürzt, dass sie eine Mindereinnahme an den bestehenden Communalzuschlägen haben, weil ja die staatlichen Steuern, welche mit Zuschlägen belegbar sind, sich verringern, andererseits wird den Gemeinden die Möglichkeit benommen, die Personal-Einkommensteuer, welche ja dem Staate ein sehr erhebliches Erträgnis liefern wird, mit einem Communalzuschlage zu belegen. Die Gemeinde wird also hier außerordentlich bedrückt und wenn ihr nicht in der Richtung geholfen wird, dass sie irgendeinen Zuschuss erhält, ist es gar nicht abzusehen, wie in Zukunft eigentlich die communale Besteuerung geregelt werden soll.

Dies ist daher, glaube ich, der allerwichtigste Gegenstand — ich will damit meinem sehr geehrten Herrn Collegen, welcher früher

gesprochen, nicht nahetreten — mit welchem der Städtetag sich zu befassen haben wird, und es ist nothwendig, dass die Communen, welche auf dem Städtetage vertreten sein werden, in dieser Richtung eine gemeinsame Action unternehmen. Diese Action kann nun in verschiedenen Richtungen gedacht sein. Im allgemeinen kann man sagen, der Staat selbst soll auf die Hilfsmittel bedacht sein, er soll selbst angeben, in welcher Weise den Communen der Entgang an Steuern, den sie durch die neuen Steuervorlagen erleiden, ersetzt werden kann. Es wäre darauf zu bemerken, dass möglicherweise gesagt werden kann, die Gemeinde kann ja den Betrag, den sie heute einnimmt, auch in Zukunft einnehmen, sie braucht nur den Percentsatz ihrer Zuschläge zu erhöhen. Die Herren wissen, dass wir nach unserem heutigen Gemeindestatute zum Beispiel ein vollkommen gleiches Zuschlagspercent auf sämmtliche directen Steuern haben. Dasselbe beträgt seit dem Inslebentreten unserer neuen Verhältnisse, der Einbeziehung der Vororte, 21 Percent. Wenn wir nun denselben Betrag, den uns diese 21percentige Quote der Grundsteuer, Gebäudesteuer, Hausclassensteuer, Erwerbsteuer, Einkommensteuer liefert, durch ebensolche Zuschläge wieder hereinbringen wollen, müssten wir, nachdem ja die betreffenden Staatssteuern durch die Nachlässe ermäßigt werden, von denen ich früher gesprochen habe, dieses Zuschlagspercent erhöhen und es wird sich wahrscheinlich ergeben, dass wir statt 21 Percent dann 24 Percent solcher Zuschläge einheben müssen. Es ist das dann wieder eine sehr erhebliche Belastung und man wird sagen, ja was uns der Staat auf der einen Seite schenkt — er schenkt es effectiv nicht, weil er es in anderer Weise einnimmt — nimmt uns wieder die Gemeinde.

Andererseits ist zu bedenken, dass durch diese Umlage eventuell ja doch wieder dieselben Steuerträger betroffen würden, einerseits der Grundbesitz, der Hausbesitz, andererseits die Erwerbsteuerträger. Das wäre also ein sehr schlechtes Auskunftsmittel, und ich glaube daher, dass die Städte darauf bestehen müssen, dass der Staat in anderer Weise ihnen Hilfe bringt.

In der Richtung wird Ihnen nun in dem vorliegenden Antrage vorgeschlagen — ich werde gleich den Antrag vollkommen vorlesen (liest):

„Der Städtetag empfiehlt den auf ihm repräsentierten Gemeindevertretungen, sich im Petitionswege an die beiden Häuser des hohen Reichsrathes und an die hohe Regierung mit der Bitte zu wenden, dass ein der Bevölkerungszahl und Steuerleistung der Landeshauptstädte entsprechender Theil der den Landesfonden aus dem Mehrerträgnisse der directen Steuern zugedachten Überweisungen, welche nach den Beschlüssen des verehrlichen Steuerausschusses des hohen Abgeordnetenhauses mit rund 3,000.000 fl. in Aussicht genommen sind, jedoch nach Ansicht des Städtetages als zu gering zu bezeichnen sind, im Wege der Reichsgesetzgebung unmittelbar den Gemeinden der Landeshauptstädte zugewendet werde."

Der Gedanke hiebei ist folgender: Wenn man es den Gemeinden überlassen sollte, sich diesfalls mit den Landtagen auseinanderzusetzen, so ist es sehr schwer, dass hier eine Einigung zustande kommt; bei der Zusammensetzung der Landtage, in denen ja die Städtevertreter in der Minderheit sind und insbesondere die Vertreter der Landeshauptstädte gegenüber den anderen Abgeordneten gewiss in ihrer Zahl sehr gering sind, ist von den Landtagen kaum zu erwarten, dass sie von den den Landesfonds zugewiesenen Beträgen einen beträchtlichen Theil den Landeshauptstädten zuweisen.

Wenn aber der Gedanke richtig ist, dass ein Theil dieser Zuwendungen den Landeshauptstädten anheimfallen soll, so kann dies nur dadurch realisiert werden, dass direct die Reichsgesetzgebung den Landeshauptstädten einen Theil dieser Zuwendungen zuweist. Hiebei soll zugleich ausgesprochen werden, dass diese drei Millionen ein zu geringer Betrag sind. Wenn man die Bedürfnisse der Länder, sowie diejenigen der Landeshauptstädte und insbesondere der Reichshaupt- und Residenzstadt vor Augen hat, so muss man zugeben, dass ein viel größerer Betrag aus dem Erträgnisse der Personaleinkommensteuer zugewiesen werden muß. Wird aber ein solcher Betrag überhaupt ausgesprochen, so soll derselbe direct den einzelnen Landeshauptstädten je nach dem Verhältnisse ihrer Bevölkerungszahl und ihrer Steuerleistung zugewendet werden.

Aus diesen Gründen empfiehlt sich der Antrag, den der Stadtrath Ihnen stellt, zur Annahme.

Gem.-Rath Dr. Stern: Es hat bereits der Herr Referent betont, dass diese Angelegenheit eine der allerwichtigsten ist und unser Interesse am allernächsten berührt, und ich möchte Sie nur bitten, derselben Ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden, ebenso auch demjenigen, was ich bezüglich des vom Herrn Referenten bereits Gesagten hinzuzufügen finde.

Der Herr Referent hat sich auf die neue Steuervorlage bezogen, welche ja demnächst das Abgeordnetenhaus beschäftigen wird und da wird es gut sein, wenn die Aufmerksamkeit des Städtetages sich dahin erstreckt, ob und inwieweit gerade bei diesen neuen Steuervorlagen das Interesse der Städte, namentlich der Landeshauptstädte wirkliche, vollständige Berücksichtigung findet oder wenigstens nicht hintangesetzt worden ist. Und in der That, wenn Sie heute diese neue Steuervorlage, welche demnächst das Abgeordnetenhaus beschäftigen wird, durchgehen, so findet sich für den Städtetag Material genug, um die entsprechende Berücksichtigung des städtischen Interesses hier geltend zu machen.

Da finden wir vor allem, dass — wie ja bereits der Herr Referent erwähnt hat — durch den Eingang, welcher aus der Personaleinkommensteuer erzielt wird, einzelne bestimmte Nachlässe an einzelne Ertragsteuern gewährt werden, der Erwerbsteuer, der dermaligen Einkommensteuer, der Grundsteuer, der Haussteuer. Nun, meine Herren, sehen Sie, diese Haussteuer, welche wir mit $26^2/_3$ Percent haben, ist die höchste, sie überragt unendlich weit die Grundsteuer, welche nur mit $20^7/_{10}$ Percent von einem Catastralreinertrage, der häufig nur den vierten oder fünften Theil des wirklichen Ertrages beträgt, eingehoben wird. Nichtsdestoweniger wird — und das berührt allerdings das städtische Interesse und mag den Städtetag beschäftigen — bis zu einem bestimmten Ertrage der Personal-Einkommensteuer, falls nämlich dieselbe nur eine Summe von 16 Millionen abwirft, die Grundsteuer und Hauszinssteuer in dem Nachlasse vollkommen gleichgehalten; 10 Percent werden der Grundsteuer und auch nur 10 Percent der $26^2/_3$percentigen Hauszinssteuer nachgelassen. Ja, noch mehr, es geht noch weiter. Wenn die Personal-Einkommensteuer mehr als 16 Millionen abwirft, und zwar etwa bis zu 24 Millionen, dann wird der Grundsteuer doppelt soviel nachgelassen, als der $26^2/_3$percentigen Hauszinssteuer, der Nachlass für die Grundsteuer beträgt bis zu 15 Percent, der für die Hauszinssteuer im Maximum nur $12^1/_2$ Percent — und das ist eine entschiedene Benachtheiligung des städtischen Interesses, eine ungerechtfertigte Benachtheiligung des sehr hoch belasteten Hauszinses. Eine weitere Verschärfung ist folgende, und das betrifft gerade die Landeshauptstädte. Wie Sie wissen, meine

Herren, bestehen zweierlei, ja, eigentlich dreierlei Hauszinssteuern, eine $26^2/_3$percentige Hauszinssteuer, welche Wien und alle Landeshauptstädte, sowie noch einige Badeorte trifft; eine 20percentige, welche nach Abzug von 30 Percent Erhaltungskosten berechnet wird, und endlich noch eine 15percentige, diese besteht aber nur in Tirol, interessiert uns somit nicht weiter. In der ursprünglichen Regierungsvorlage war beabsichtigt, dass die $26^2/_3$percentige Hauszinssteuer, welche ja nach Abzug von nur 15 Percent Erhaltungskosten berechnet wird und am allerschwersten trifft, doppelt so hoch bedacht werde, als die 20percentige, welche erst nach einem 30percentigen Erhaltungsabzuge berechnet wird. Das ist nun in der Vorlage, welche der Steuerausschuss gemacht hat, eliminiert. Thatsächlich wird die $26^2/_3$percentige und die 20percentige Hauszinssteuer gleichgehalten und das ist wieder ein gemeinsames Interesse, welches alle Landeshauptstädte betrifft und auf welches ich die Aufmerksamkeit des Städtetages lenken möchte. Nun, meine Herren, damit sind wir aber noch nicht fertig.

Die geringste Haus- oder Gebäudesteuer, welche wir in Österreich haben, ist die Hausclassensteuer. Diese wird nicht nach einem bestimmten Erträgnisse, sondern nach Localitäten berechnet. Man bezahlt für einen bestimmten Wohnraum so und so viel.

Bei der Aufzählung und Berechnung dieser Steuer wird alles, was nicht Wohnraum ist, ausgeschieden, Ställe, Küchen, Vorrathskammern, Heuschober u. s. w., nur die wirklichen Wohnräume werden gerechnet, und die Steuer dafür beträgt zwischen 75 kr. und 5 fl. jährlich. 5 fl. jährlich ist schon beinahe der Maximalsatz mit ganz kleinen Differenzen, weil bei 40 Ubicationen 220 fl. gerechnet werden. Doch das ist ein nebensächlicher Punkt.

Nun, sehen Sie, meine Herren, diese Hausclassensteuer trifft das Land, und in welcher Weise wird sie berücksichtigt? In gleicher Weise, wie die $26^2/_3$percentige Hauszinssteuer.

Stellen Sie sich vor, meine Herren, ein Schloss, welches 40 Zimmer hat, zahlt 220 fl.! Rechnen Sie sich selbst die Jahressteuer aus von einem Gewölbezins, welchen irgendein Gewerbsmann in Wien bezahlt, und Sie können sehen, in welch unbilliger Weise hier die Nachlässe gewährt werden. Aber damit ist es noch nicht genug.

Es ist in einem bestimmten Paragraphe dieser neuen Steuervorlage, welche hier vom Steuerausschusse des Abgeordnetenhauses vorgelegt wird, in Aussicht genommen, dass bezüglich dieser Hausclassensteuer noch eine separate Vorlage gemacht, d. h. diese noch weiter ermäßigt werden soll.

Denken Sie also, die Hausclassensteuer wird so hoch gehalten in der Ermäßigung, wie die $26^2/_3$percentige Hauszinssteuer. Es wird noch eine weitere Ermäßigung der $26^2/_3$percentigen Hauszinssteuer nicht in Aussicht genommen, es wird ihr eine Ermäßigung über $12^1/_2$ Percent niemals zutheil, wieder ein gemeinsames Interesse, welches die Städte und besonders die Landes-Hauptstädte zu wahren haben.

Ja, meine Herren, jetzt komme ich aber noch weiter. In der Vorlage, welche zuerst dem Abgeordnetenhause gemacht wurde, wurde vom damaligen Finanzminister Dr. Steinbach darüber gesprochen. Hier ist die Rede des damaligen Finanzministers Dr. Steinbach und hier heißt es, dass für die Länder ein Betrag von drei bis vier Millionen ausgeschieden werden soll. Das mag den Antrag des Herrn Referenten unterstützen, der ohnehin auch findet, dass ein Betrag von drei Millionen als nicht ausreichend erachtet wird. Thatsächlich sind hier für die Länder drei bis vier Millionen in Aussicht genommen.

Nun, meine Herren, wie verhält es sich dann aber mit folgender Frage, und da kommt ein specielles Wiener Interesse in Betracht, auf welches ich die Delegierten, die beim Städtetage fungieren, aufmerksam machen möchte, damit demselben in keiner Weise präjudiciert werde.

Es wurde bereits gesagt, dass von demjenigen, was aus dieser Personal-Einkommensteuer erlöst wird, ein gewisser Betrag von drei Millionen oder drei bis vier Millionen, für die einzelnen Länder ausgeschieden wird. Nach welcher Methode erfolgt dann die Vertheilung dieser drei bis vier Millionen auf die einzelnen Länder? Da lassen sich verschiedene Methoden denken. (Unruhe links.)

Ich bitte Sie, meine Herren, doch der Sache einige Aufmerksamkeit zuzuwenden, sie ist wichtig für den Städtetag. Man kann sagen: Wir vertheilen das unter die einzelnen Länder nach dem Maßstabe, welches Erträgnis diese Personal-Einkommensteuer liefert, also zum Beispiel Niederösterreich liefert soviel — wir sind sehr stark daran mitinteressiert — Böhmen soviel u. s. w. Nach diesem Schlüssel werden die drei bis vier Millionen aufgetheilt. Man kann aber sagen, dass dies eigentlich nicht genau und richtig wäre, sondern dass man vielleicht die Personal-Einkommensteuer in irgendeiner Quote, die aus den einzelnen Ländern eingieng, mitberücksichtigt. Das geschieht aber nicht, sondern bei dieser Vertheilung der einzelnen Überschüsse dieser drei Millionen, welche auf die einzelnen Länder entfallen, wird der Ertrag an Personal-Einkommensteuer, welchen die einzelnen Länder liefern, wobei Niederösterreich und speciell Wien die größte Rolle spielt — denn aus Wien wird die größte Summe gezogen werden, darüber ist gar kein Zweifel — gar nicht berücksichtigt, sondern es soll nur der Ertrag der Realsteuern aus den einzelnen Ländern für die Auftheilung der drei bis vier Millionen als Basis genommen werden. Hier liegt ein specielles Interesse Wiens vor, und ich möchte die Herren Delegierten auf dem Städtetage aufmerksam machen, dass es hier nothwendig sein wird, dass wir zu den Beschlüssen des Städtetages vielleicht noch speciell solche Beschlüsse fassen, welche Wien besonders interessieren, und dass man sich an die Regierung, das Abgeordnetenhaus und sonstige gesetzgebende Factoren in dieser Beziehung wird wenden müssen.

Nun komme ich zu einem wichtigen Punkte, der allerdings wieder ein gemeinsames Interesse betrifft. In der ursprünglichen Regierungsvorlage stand nichts darüber, was denn eigentlich geschehen werde, wenn diese Personal-Einkommensteuer, bezüglich deren irgendwelche verlässliche Berechnungen ihres Erträgnisses eigentlich nicht vorliegen — denn alles, was darüber von der Regierung berechnet wird, beruht auf Wahrscheinlichkeit und Vergleichung, halbwegs sichere Ziffern liegen nicht vor — höher steigt, hier war in Aussicht genommen oder wenigstens nicht bestimmt negiert, dass, wenn die Personal-Einkommensteuer ein höheres Erträgnis liefert, noch vielleicht weitere Nachlässe an den Ertragsteuern gewährt werden. Wenigstens ist dies in der ursprünglichen Regierungsvorlage nicht negiert worden. In der neuen Vorlage, welche von Seite des Steuerausschusses ausgearbeitet wird, ist dies unbedingt verneint worden. Jede Summe, welche bei der Personal-Einkommensteuer über die — glaube ich — 24 Millionen resultiert, soll zu zwei Drittel dem Staate, zu einem Drittel den einzelnen Ländern zufallen.

Meine Herren! Das widerspricht eigentlich der Bestimmung, welche uns für diese Personal-Einkommensteuer hier gegeben worden ist. Nach den Bestimmungen, welche für diese Personal-Einkommensteuer ursprünglich gegeben wurden, soll der ganze Ertrag oder der größte Theil des Ertrages zu den Nachlässen an unseren hohen Ertragsteuern, an unseren hohen Hauszins- und Gewerbesteuern verwendet werden. In der neuen Gesetzvorlage wird nun bestimmt, dass, wenn die Steuer ein gewisses Erträgnis überragt, nämlich über 24 Millionen, weitere Nachlässe an diesen Ertragssteuern nicht mehr bewilligt werden, sondern dass dieser Mehrbetrag unbedingt dem Staate zu zwei Dritteln, den Ländern zu einem Drittel zufällt. Hier haben wir wieder ein gemeinsames Interesse, welches auf dem Städtetage zu vertreten, gewiss — glaube ich — nicht unberechtigt ist. Dazu kommt aber noch, dass, und in dieser Beziehung möchte ich bitten, dass von Seite der Herren Delegierten auf dem Städtetage darauf Rücksicht genommen werde, dass wir ein specielles Interesse haben, welches dadurch verletzt wird, dass unsere hohe Erwerbsteuer fixiert und der Contingentsumme zugrunde gelegt werde und andere derartige Interessen.

Überhaupt, wenn wir uns heute vergegenwärtigen, wohin eigentlich diese Personal-Einkommensteuer, welche wir ja in ihren Grundsätzen als progressive Personal-Einkommensteuer unbedingt billigen, eigentlich führt, ergibt sich folgendes: Es ist uns vor kurzem von Seiten einer Persönlichkeit, welche hierin gewiss versiert ist, eine Auseinandersetzung gegeben und erklärt worden, dass 99 Percent aller Grundbesitzer überhaupt von der Personal-Einkommensteuer gar nicht getroffen werden, dass ferner bis zu einem Catastral-Reinertrage von einer Million jährlich — d. h. also bis zu einem wirklichen Ertrage, der durchschnittlich 1,600.000 fl. ist — weil der wirkliche Ertrag circa 60 Percent über den Catastral-Reinertrag hinausreicht — ich sage, dass bei einem Catastral-Reinertrage von einer Million unter Voraussetzung von nur einem Drittel Belastung der Betreffende an Personal-Einkommensteuer eigentlich gar nichts zu zahlen haben wird, die Nachlässe, die er an Grundsteuern bekommt, soviel betragen werden, wie das, was er an Personal-Einkommensteuer zu zahlen haben wird. Sie sehen also, dass sich eigentlich diese Vorlage, wie sie aus der Commission des Abgeordnetenhauses hervorgegangen ist, gegen die städtischen Interessen, gegen die Interessen der Industrie, des Gewerbes und des Handels in einem gewissen Sinne richtet und dass es sonach ein gemeinsames Interesse ist, welches seitens des Städtetages vertreten werden soll.

Ich komme nun noch zu einer Bemerkung, die die besondere Stellung Wiens kennzeichnen soll.

Es ist bereits vom Herrn Vorredner in seinem früheren Referate erwähnt worden, in welcher Weise die Stadt Wien durch die Verzehrungssteuer in Mitleidenschaft gezogen wird. In Paris betrug die Einnahme der Stadt an Verzehrungssteuer im Jahre 1890 140 Millionen Francs, wovon nur 8 Millionen Perceptionskosten in Abzug zu bringen sind. Das war also ein Stadteinkommen von Paris im Jahre 1890. Heute ist es unbedingt noch größer. Wir haben aber gerade, was diesen Punkt betrifft, noch ein mehreres, nämlich die Versprechungen, welche uns seinerzeit gegeben wurden, dass mit dem höheren Ertrage der Verzehrungssteuer dieser Mehrertrag zu Ermäßigungen verwendet werden wird.

Das sind die wenigen Bemerkungen, welche ich mir zu machen erlaubt habe. Ich würde nun bitten, dass dieselben seitens der Delegierten der Stadt Wien am Städtetage gehörige Berücksichtigung finden. Ich stimme für den Antrag des Herrn Referenten. (Lebhafter Beifall rechts.)

Gem.-Rath Strobach: Meine Herren! Obwohl die Ausführungen des unmittelbaren Herrn Vorredners ziemlich richtig waren, muss ich doch bemerken, dass sie eigentlich ganz überflüssig waren, denn der Stadtrath muss ja das bereits studiert haben und braucht also die Belehrung wahrscheinlich nicht. Ich möchte eben in erster Linie nur darauf hinweisen, dass die Verschlechterung des Gesetzentwurfes erst unter dem neuen Finanzminister Plener erfolgte, und ich würde also die Herren bitten, hauptsächlich darauf hinzuweisen, dass Minister Steinbach eine ganz andere Intention hatte und gar nicht gesagt hat, ich stecke etwas ein von dem Gelde. Jetzt aber wird gesagt, zwei Drittel bekommt der Staat von dem Erträgnisse von eventuell über 24 Millionen, und es lässt sich gar nicht leugnen, dass damals Minister Steinbach die $26^2/_3$percentige Hauszinssteuer in erster Linie im Auge hatte. Die 20percentige Hausclassensteuer, welche 30 Percent Erhaltungspercente hat, zahlt im Verhältnisse zu unseren 22 fl. bloß 14 fl. Die Verschlechterung des ganzen Entwurfes ist also nur unter Plener geschehen, und ich bitte Sie, energisch dagegen Stellung zu nehmen. Wenn der Gesetzentwurf genau studiert wird, so ersieht man nur, dass wieder der Mittelstand die Kosten des ganzen bezahlen wird. (Richtig! links.) Einzelne werden wohl entlastet, aber nachdem Plener drei Contingente aufstellt und die Großindustrie wieder nicht weiter belastet wird als bisher, ist es keine Frage, dass der Mittelstand die Kosten bezahlen wird. (Richtig! links.)

Meine Herren, wir werden in ganz enormer Weise mitgenommen; das Land soll nichts bekommen, mit den 3 Millionen kommen wir auch nicht weit, das Land und die Gemeinde bekommen keine Zuschläge, die Regierung will alles einstecken. So ist es unter einem liberalen Ministerium gekommen, früher war es viel besser, der Steinbach'sche Entwurf hatte etwas gerechtes, was man leider von dem jetzigen Entwurfe Plener nicht behaupten kann.

Ich bitte also, auf dem Städtetage energisch gegen eine Überlastung des Mittelstandes und der Städte Stellung zu nehmen. (Lebhafter Beifall links.)

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich kann nur mein tiefes Bedauern darüber aussprechen, dass die geehrten Herren der Majorität nicht zu wissen scheinen, wie derlei Angelegenheiten eigentlich behandelt werden sollen. Derlei Referate müssen von dem Gemeinderathe unisono angenommen werden, damit der Beschluss nach außen den entsprechenden Druck hervorrufe. Bei solchen Gelegenheiten ist jede Debatte eigentlich verderblich. Es hat sich dies in der letzten Sitzung gezeigt, und heute ist wieder unnöthig gesprochen, unnöthigerweise Zeit versäumt worden. Auf diese Weise wird das Ansehen des Wiener Gemeinderathes nicht gehoben werden. Die Opposition hat sich in dieser Frage jeder Debatte, jeder Besprechung enthalten, mit Recht, weil sie der Meinung ist, dass in solchen Angelegenheiten der Stadtrath nach außen den Eindruck voller Einstimmigkeit hervorrufen muss. Ich kann es nur tief bedauern, dass in den Reihen der Majorität nicht einmal das Gefühl für die Nothwendigkeit eines solchen einmüthigen Zusammengehens vorhanden ist.

Bürgermeister: Dem gegenüber muss ich bemerken, dass die Vorlage zur Berathung in diesem Hause gemacht worden ist. Die Bemerkungen, die gemacht worden sind, waren unterstützender

Natur und nicht gegen die Vorlage gerichtet, sondern sollten nur zur Bereicherung derselben dienen. Und so war es auch.

Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent: Auf die Bemerkungen des Gem.-Rathes Dr. Stern habe ich nichts zu erwidern. Ein Antrag wurde nicht gestellt. Soweit seine Bemerkungen auf dem Städtetage berücksichtigt werden können, wird dies gewiss geschehen.

Was die Äußerungen des Herrn Gem.-Rathes Strobach betrifft, so erlaube ich mir zu bemerken, erstens, dass wir uns heute nicht zu befassen haben mit der gesammten Vorlage, betreffend die Reform der directen Steuern überhaupt, sondern nur mit dieser Vorlage insofern, als communale Interessen und speciell die gemeinsamen communalen Interessen der Reichshaupt- und der Provinzialhauptstädte durch dieselbe getroffen werden.

Infolgedessen habe ich eigentlich auf seine diesfälligen Ausführungen nichts zu erwidern. Ich möchte aber darauf aufmerksam machen, dass meines Erachtens von einer Verschlechterung der früheren Regierungsvorlage durch die jetzige Regierung absolut nicht die Rede sein kann, und zweitens, dass wir es überhaupt gegenwärtig hier mit einer Vorlage des Ausschusses des Abgeordnetenhauses zu thun haben und nicht mit einer Regierungsvorlage.

Im übrigen bemerke ich, dass ja von keiner Seite ein Einwand gegen den vorliegenden Antrag des Stadtrathes erhoben worden ist, und glaube die Ausführungen des letzten Herrn Sprechers unterstützen zu sollen, indem ich Sie bitte, dass Sie wirklich den Antrag, wie er gestellt worden ist, einstimmig annehmen.

Bürgermeister: Ich bitte diejenigen Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Der Antrag ist einstimmig angenommen; der Gegenstand ist somit erledigt.

Beschluss: Die Delegierten der Gemeinde Wien haben auf dem einzuberufenden Städtetage bezüglich der im Zuge befindlichen Reform der directen Personalsteuern nachstehende Anträge zu vertreten:

1. Der Städtetag empfiehlt den auf ihm repräsentierten Gemeindevertretungen, sich im Petitionswege an die beiden Häuser des hohen Reichsrathes und an die hohe Regierung mit der Bitte zu wenden, es möge mit thunlichster Beschleunigung, wenmöglich gleichzeitig mit dem Beginne der Wirksamkeit der neuen Steuergesetze, eine Reform des communalen Steuerwesens der Landeshauptstädte in der Richtung in das Leben gerufen werden, dass diesen Gemeinden zu ihren bisherigen Zuflüssen eigene und selbständige Einnahmsquellen eröffnet werden, wobei in erster Linie die wenigstens successive Überlassung des Ertrages der Verzehrungssteuer für geschlossene Orte in Aussicht zu nehmen wäre.

2. Der Städtetag empfiehlt den auf ihm repräsentierten Gemeindevertretungen, sich im Petitionswege an die beiden Häuser des hohen Reichsrathes und an die hohe Regierung mit der Bitte zu wenden, dass ein der Bevölkerungszahl und Steuerleistung der Landeshauptstädte entsprechender Theil der den Landesfonden aus dem Mehrerträgnisse der directen Steuern zugedachten Überweisungen, welche nach den Beschlüssen des verehrlichen Steuerausschusses des hohen Abgeordnetenhauses mit rund 3,000.000 fl. in Aussicht genommen sind, jedoch nach Ansicht des Städtetages als zu gering zu bezeichnen sind, im Wege der Reichsgesetzgebung unmittelbar den Gemeinden der Landeshauptstädte zugewendet werde.

*

Der Antrag: „Auf dem Städtetage sei die Frage wegen gesetzlicher Regelung der Zinskreuzer zu berathen", wird dem Stadtrathe zur Vorberathung und mit der Ermächtigung zugewiesen, für den Fall eines positiven Resultates diese Angelegenheit durch den Bürgermeister dem Städtetage vorzulegen.

15. Referent Gem.-Rath Dr. Vogler: Ich habe noch ein Referat zu erstatten, und zwar zur Beilage 20 vom Jahre 1895.

Die Gemeinde hat vor zwei Jahren ein Haus in der Kaiserstraße im VII. Bezirke Nr. 104 angekauft, und nachdem sich in diesem Hause ein größerer Garten befindet, wurde dieser Garten zu einem Kinderspielplatze hergerichtet. Nun wurde aber gleich bei Errichtung dieses Kinderspielplatzes der Übelstand bemerkt, dass der Eingang zu dem Kinderspielplatze durch das Haus selbst führt. Es sind zwei Tracte in dem Hause, ein Straßentract und ein Hoftract. Bei diesem Hoftracte ist noch zu bemerken, dass, nachdem das Niveau des Gartens niedriger liegt als das des Hofes, einige Stufen nach abwärts passiert werden müssen. Das ist nun für einen öffentlichen Kinderspielplatz kein angenehmer und kein angemessener Zustand. Infolgedessen wurde darauf Bedacht genommen, eine der Realitäten in der Lerchenfelderstraße anzukaufen und durch den Ankauf dieser Realität einen Zugang zu diesem Garten zu schaffen.

Mit Rücksicht auf die hohen Anforderungen, welche von Seite der betreffenden Hausbesitzer gestellt wurden, kam es jedoch zu einem solchen Ankaufe bisher nicht, sondern es wurde nur mit einem der Hauseigenthümer ein Übereinkommen getroffen, wonach er freiwillig und unentgeltlich den Zugang durch sein Haus in den Garten gestattete. Diese Gestattung soll aber mit dem heurigen Jahre aufhören.

Es ist nun der Fall eingetreten, dass eine der Hausbesitzerinnen, die Besitzerin des Hauses Nr. 119 in der Lerchenfelderstraße, mit Tod abgegangen ist, und die Erbin dieser Hausbesitzerin ist nunmehr geneigt, das Haus der Gemeinde käuflich zu überlassen.

Es haben Verhandlungen stattgefunden. Sie hat zunächst 20.000 fl. für dieses Haus verlangt. Im Wege der Verhandlungen wurde der Preis auf 18.500 fl. reduciert. Es ergäbe sich bei diesem Preise ein Einheitspreis von 78 fl. 72 kr. per Quadratmeter. Ich bemerke, dass diese Häuser die 18jährige Steuerfreiheit genießen, dass also auch dieses Haus in die 18jährige Steuerfreiheit fällt. Die Berechtigung der 18jährigen Steuerfreiheit kommt gewissermaßen auch hier noch in Anschlag.

Von Seite des Stadtbauamtes wird der nunmehr ermäßigte Betrag als angemessen bezeichnet, und es wird von Seite des Stadtrathes im Hinblicke auch die dringende Nothwendigkeit und auf die Nützlichkeit der Erwerbung eines dieser Häuser und mit

Rücksicht auf die Angemessenheit des Preises der Antrag gestellt, der Ihnen gedruckt vorliegt und lautet (liest):

„Der Ankauf des in die Verlassenschaft nach Johanna Probst gehörigen Hauses Nr. 119 Lerchenfelderstraße, Einl.-Z. 655, VII. Bezirk, um den Preis von 18.500 fl. zum Zwecke der Schaffung eines zweiten Zuganges zu dem auf der Realität Nr. 104 Kaiserstraße befindlichen Kinderspielplatze sei vorbehaltlich der Genehmigung der Abhandlungsbehörde zu genehmigen.

Die Vertragskosten und Übertragungsgebüren trägt die Gemeinde."

Ich bitte um die Annahme dieses Antrages.

Gem.-Rath Bärtl: Meine Herren! Ich hätte nur gewünscht, dass dieses Referat vor zwei oder drei Jahren schon hier im Plenum erstattet worden wäre; dann hätten wir gewissermaßen das Gefühl gehabt, was die Gründe dort wert sind. Der Herr Referent hat gesagt 78 fl. per Quadratmeter sei angemessen.

Wissen Sie, meine Herren, wie wir die Plätze verkauft haben? Wir haben sie zu 18, 28 und 34 fl. verkauft, und diese Seite hat immer dagegen gesprochen und gefunden, dass diese Preise zu niedrig waren. Weil sie aber der Gemeinde gehörten, hat der Stadtrath immer behauptet, höhere Preise seien nicht zu erlangen. Und heute müssen wir selbst 78 fl. zahlen. Wäre damals ein solches Referat erstattet worden, so hätte man einen Begriff gehabt und man hätte Zeit gehabt zu untersuchen, wie viel diese Gründe wert sind. Überdies weiß ich nicht, ob ein praktischer Kindergarten durch den Ankauf dieses Hauses geschaffen wird. Ich finde den Preis zu hoch und stimme nicht dafür.

Gem.-Rath Rosenstingl: Ich stimme mit den letzten Worten des Herrn Vorredners überein. Der Preis ist wirklich hoch, das gebe ich zu. Aber es ist auch eine Thatsache, dass bei allen diesen Häusern die Preise noch bedeutend höher sind. Im Verhältnis zu den anderen Preisen — ich bin zufällig unterrichtet — ist dieser Preis nicht zu hoch. Aber ich bitte doch diese Bedenken auf Sie nicht so Einfluss nehmen zu lassen, dass Sie den Antrag ablehnen, weil es wirklich für die Kinder, die diesen Garten besuchen, außerordentlich wichtig ist, einen Zugang zu haben, der nicht von der Güte eines Hauseigenthümers abhängig gemacht ist. Es war ein Hauseigenthümer, wie Ihnen der Herr Referent gesagt hat, so gut, und hat die Kinder ein Jahr lang durchgehen lassen. Aber dieses Verhältnis hat ihm nicht gepasst, es wurde ihm viel ruiniert, wie das immer geschieht, und er hat gesagt, er erlaubt das nicht weiter. Nun ist dieser Garten, wie Sie aus dem Plane ersehen, außerordentlich langgestreckt, und der jetzige Zugang ist, wie die Herren aus jenem Bezirke zugeben werden, absolut ungeeignet und lässt sich auch nicht ändern; da müsste man das Haus hinten niederreißen und verschiedene Adaptierungen vornehmen; das hätte aber keinen Zweck, da wir ja ganz gewiss mit dem vorderen Hause irgendeinmal etwas passendes anfangen werden. Es wird wahrscheinlich einmal parcelliert werden und die Sache wird sich ganz gut erledigen. Ein Eingang in diesen Garten von einer anderen Seite ist aber unbedingt nothwendig.

Ich weiß, dass der Herr Vorsteher des VII. Bezirkes sich außerordentlich viel Mühe gegeben hat, einen solchen Eingang zu schaffen, aber es war vergeblich. Wenn der Herr Vorredner sagt, dass wir vor vielen Jahren billiger dazu gekommen wären, so ist dies ganz richtig, aber ich möchte Sie doch darauf aufmerksam machen, dass damals vom Verkaufe des Hauses Nr. 104 Kaiserstraße keine Rede war, dass damals der Hausbesitzer durchaus nicht geneigt gewesen wäre, dieses Haus zu verkaufen, und dass dieser Ankauf nur eine Consequenz des Ankaufes vom Vorjahre ist, weil wir jetzt da den Kinderspielplatz haben. Ich glaube, dass wir mit diesem Ankaufe kein schlechtes Geschäft machen werden, geradeso, wie mit dem Ankaufe des Hauses Nr. 104. Denn ich kann Ihnen mittheilen, dass dieses Haus, obwohl es alt, aber insbesondere, weil es an der Kaiserstraße liegt, sich ganz gut schon in seinem jetzigen Zustande verzinst und dass die Commune gar nichts verliert, wenn sie nicht so bald an den Umbau schreitet.

Wenn wir aber parcellieren, so werden die Gründe gut verwertet werden können. Dieser Ankauf, der wirklich eine Wohlthat für den ganzen Bezirkstheil, insbesondere für die Kinder desselben ist und von der Bevölkerung lebhaft begrüßt worden ist, wird sich entschieden verlohnen. Der Ankauf ist erfolgt und nun wollen wir den Aufenthalt für die Kinder angenehmer machen und einen Eingang schaffen. Ich versichere Sie, dass wir, wenn es dazu kommt, dass umgebaut wird, auch mit diesem Grunde ein ganz gutes Geschäft machen.

Ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen, obwohl ich, ich wiederhole es, den Grund theuer finde. Ich weiß aber, dass um die Gründe ziemlich stark gehandelt wird, und dass, wenn wir lange herumziehen, vielleicht ein anderer ihn bekommen kann.

Gem.-Rath Steklik: Ich finde auch, dass die Geschichte mit dem Durchgange nothwendig ist. Überdies ist diese Realität ein Haus, kein leerer Grund, und als Haus gewiss nicht zu theuer. Im heutigen Zustande, wo wir bereits soviel ausgegeben haben, hat dieser Spielplatz gar keinen Zugang. Der eine Zugang ist provisorisch; er wird zu einer bestimmten Stunde gesperrt und hängt übrigens nur von der Gefälligkeit ab. Der zweite Zugang geht über Stiegen, und es war schon damals, als wir dieses so große Capital ausgegeben haben, ungeschickt, das Haus mit einem solchen Zugange anzukaufen. Man geht dort 15 Stufen hinab. Wenn man einen Spielplatz schon mit einem solchen Heidengeld errichtet, so sollte man doch daran denken, dass auch Kinderwägen hinkommen können; zum Spazierengehen allein den Platz anzukaufen, das hat keinen Zweck. Ich bin also dafür, dass der Ankauf sobald als möglich beschlossen werde, weil ich es für nothwendig finde. Aber nur eines will ich bemerken. Ich habe gedacht, dass dort auf alle Häuser ein Bauverbot gelegt wird. Es hat aber mein Erstaunen erregt, dass bewilligt wird, dass wieder ein Haus vorgebaut werden soll. Mir wäre es lieber, wenn das nicht geschehen möchte; da sollte man doch eher rückwärts bauen und den Park voran bauen. Nun kommen Sie aber mit einer Vorlage und geben darin die Baufreiheit für alle Häuser; das ist eine Absperrung der ganzen Geschichte. Ich möchte doch bitten, dass Sie sich die Sache überlegen, wir haben ja noch Zeit, den Grund anzukaufen.

Gem.-Rath Hawranek: Der Herr Vorredner muss freilich im Sinne des Herrn Referenten sprechen, aber wir haben erst vor ein paar Wochen ein Referat hier gehabt, wonach man den Quadratmeter mit 13 oder 14 fl. angeboten hat. (Rufe rechts: Das ist ja ganz etwas anderes!) Es ist ganz etwas anderes, sagt der Herr College aus dem VII. Bezirke. Das ist alles richtig. Hat der Stadtrath aber nicht gewusst, bevor er die 18jährige Steuerfreiheit diesem Hause bewilligt hatte, dass man das Haus zum Eingange für den Kinderspitalgarten braucht? Da sehen Sie, wie der Stadtrath arbeitet. Früher bewilligte er die 18jährige Steuerfreiheit, damit wir die Gründe noch theurer kaufen müssen. Da

sehen Sie, dass der Stadtrath eine ganz unnöthige Institution ist, dass er nicht imstande ist, die Verwaltung der Stadt Wien zu führen, das muss ich Ihnen sagen.

Gem.-Rath Bärtl: Das eine steht fest, dass dieser Grund absolut zu theuer ist, denn nach dem Plane glaube ich wird noch von diesem Grunde abgetreten werden müssen. Was bleibt dann übrig? Auch ist er unpraktisch, weil der Grund nicht in der Nähe, sondern weit entfernt ist. Ich begreife, der Stadtrath ist mit Arbeiten überbürdet, er kann nicht nachkommen, wie es sein sollte. Wenn man sich aber ein bisschen anstrengt, wird man gewiss dieses alte Haus billiger bekommen, wie es hier beantragt wird. Es ist ganz richtig, ich bin nicht gegen den Kindergarten, den wir schon haben, nur ein besserer Eingang soll geschaffen werden. Kaufen Sie den Grund, aber nicht so theuer! Früher verkaufte man die Gründe mit 18, 20, 34 fl. und jetzt sollen wir 78 fl. zahlen. Das ist zu theuer. Ich sehe ein, dass die Vertreter des VII. Bezirkes es befürworten, und ich glaube, dass sie dies auch dann thun würden, wenn der Quadratmeter 100 fl. kosten würde; aber nehmen Sie auf andere Rücksicht, lassen Sie sich Zeit, das Haus entgeht Ihnen nicht, und ich beantrage daher die Rückleitung dieses Referates zur neuerlichen Verhandlung, damit dem Gemeinderathe ein besseres Offert vorgelegt werde. (Widerspruch rechts.)

Gem.-Rath Silberer: Ich möchte doch die sofortige Annahme des Stadtraths-Antrages empfehlen. Die Herren aus dem VII. Bezirke, welche die Verhältnisse sehr genau kennen, haben uns erklärt, wie schlecht es mit dem Kinderspielplatze steht, und dass man gegenwärtig über Stiegen hinuntergehen muss. Das ist doch der Beweis einer evidenten Nothwendigkeit, dass eine Änderung geschaffen werden muss, und wenn das Haus noch so theuer gekauft werden müsste. Wollen Sie warten, bis einige Kinder sich die Füße gebrochen haben? Das geht doch nicht.

Abgesehen von allem anderen, muss ich doch recht sehr bitten, nicht immer auf den Preis der Linienwallgründe zwischen der Kaiserstraße und den Linienwallgründen hinzuweisen. Es geht nicht an — gestatten Sie mir, Ihnen das zu sagen — dass man sagt, vorige Woche hat man den Quadratmeter mit 14 fl. gekauft und jetzt sollen wir 79 fl. zahlen, das geht ja nicht, weil es nicht dasselbe Object ist. Das, worauf Bezug genommen wird, ist ein eingeschlossener Zwickel ohne einen Zoll Straßenfront, der nur für die drei Anrainer verwertbar ist, für uns aber nicht, weil wir nicht hinzu können. Das hier ist ein Haus mit Straßenfront, mit 18jähriger Steuerfreiheit — Sie wissen, um wieviel diese allein den Wert eines Hauses erhöht; ferner dürfen Sie nicht vergessen, dass in einer und derselben Gasse der Wert ein sehr verschiedener ist. Gestatten Sie mir, Ihnen zu sagen, dass beispielsweise am Stephansplatze heute die Quadratklafter 4000 fl. kostet (Rufe links: Na ja, der Rothberger!), und Sie bekommen gar keine um diesen Preis. (Widerspruch und Rufe links.) Ich rede mit Daten vom effectiven Realitätenmarkte. Für das Haus an der Ecke der Singer- und Kärnthnerstraße werden von einer Gesellschaft 4000 fl. für die Quadratklafter geboten, und zwei Häuser weiter hinein in der Singerstraße kostet die Quadratklafter 800 fl.! Das ist aber derselbe Bezirk, dieselbe Gasse, nur einige Häuser weiter hinein. Es ist gesagt worden, wir sollen zuwarten, wir werden das Haus schon billiger bekommen. Nun, wenn man nach der heutigen Debatte, wo man aller Welt erzählt hat, wir brauchen das Haus nothwendig, noch sagt, wir wollen warten, bis wir das Haus billiger bekommen, so können wir lange warten. Ich sage Ihnen, dass die Lage auf dem Realitätenmarkte so ist, dass wir durch Zuwarten nichts erreichen.

Die Verhältnisse sind heute anders als vor zwei Jahren. Es wird fortwährend gebaut, und wenn Sie sich heute überlegen, ein Haus um 18.000 fl. zu kaufen, und Sie gehen in sechs Wochen hin und sagen ihm, Sie wollen es kaufen, so lacht Ihnen der Betreffende ins Gesicht und sagt: Jetzt kostet es 26.000 fl. Das können Sie höchstens erreichen. Ich empfehle Ihnen die sofortige Annahme. (Beifall.)

Gem.-Rath Taubler: Es ist von einem Herrn Vorredner von Gründen gesprochen worden, welche mit 13 und 14 fl. zu verkaufen beantragt wurden. Nun, meine Herren, Sie wissen ja, dass wir es nicht angenommen haben (Widerspruch links und Rufe: Wir haben's abgelehnt!) und dass ein höherer Preis erzielt wurde. Es ist aber ein großer Unterschied, ob in einer Straße hinten im Garten ein Zwickel verkauft wird, oder ob in einer so gangbaren Straße, wie die Lerchenfelderstraße ist, ein Haus verkauft wird. Wir selbst haben in der Fortsetzung der Westbahnstraße um 75 fl. per Quadratmeter verkauft, also wir zahlen dort in der Lerchenfelderstraße nur etwa gleiches. Aber die beiden Herren werden die Situation nicht kennen; man geht durch eine schmale Stiege circa zehn Stufen ganz steil hinunter. An schönen Sommertagen sind so viele Leute in diesem Garten, dass sie sich am Wege drängen; dieser Zustand kann doch nicht fortbestehen, es muss ja nach einer Seite geöffnet werden, für den VIII. Bezirk beispielsweise, von welchem aus die Leute um den ganzen Garten herumzugehen haben.

Es ist gewiss wohlerwogen, wenn Ihnen vorgeschlagen wird, dieses Haus zu kaufen, und ich ersuche Sie, es zu thun.

Gem.-Rath Hawranek: Es ist immer die Rede von einem Zwickel; so hat der Grund ausgeschaut, aber jetzt hat die Frau diesen Zwickel dazubekommen und hat einen ganz schön arrondierten Grund, und das ist viel wert; sie hat auch Angst gehabt, dass ihr nicht jemand zuvorkommt. Auf Grund dessen ist sie mit dem Preise hinaufgegangen und hat mehr erzielt. Also der Herr College Silberer dürfte nicht so damit herumwerfen.

Ich wollte das nur beleuchten, dass der Stadtrath auch damals gewusst hat, dass ein Eingang zu dem Spielgarten nothwendig ist, und trotzdem haben Sie dieses Haus in die 18jährige Steuerfreiheit hineingenommen, nur, damit wir jetzt diesen Grund so theuer kaufen müssen.

Ich wollte nur beleuchten, wie nachlässig und wie leichtsinnig der Stadtrath Gründe kauft und verkauft.

Bürgermeister: Auf solche Vorwürfe kann ich wirklich nicht im einzelnen eingehen. Es ist leicht reden, aber besser machen, ist schwer.

Herr Gem.-Rath Eigner verzichtet?

Gem.-Rath Eigner: Nein! (Heiterkeit) Ich werde mich aber sehr kurz fassen. Ich werde ja nicht gegen den Antrag stimmen, sondern dafür. Aber ich glaube, man hätte doch bei dem Ankaufe ein bisschen vorsichtiger sein sollen, und meine ich, Sie werden meiner Anschauung vollständig beipflichten.

Gegenüber dem Hause Nr. 115 ist die Stolzenthalergasse. Ich weiß nicht, ob der Hausherr von Nr. 115 geneigt wäre oder geneigt gewesen ist, das Haus zu verkaufen. Aber wenn die Commune dasselbe angekauft hätte, so hätte sie sofort eine Gasse gemacht und die Häuser rechts und links wären Eckhäuser geworden. Aber nein! Die Commune kauft das Haus Nr. 119,

und ist dadurch eine geradlinige Fortsetzung der Stolzenthalergasse nicht möglich. Man hätte auch eine Anfrage an den Hausherrn von Nr. 115 stellen können.

Ich weiß auch nicht, ob der Eigenthümer von 119 das Haus der Commune angetragen oder ob die Commune das Haus gesucht hat. Vielleicht wird der Herr Referent so freundlich sein, uns — nicht nur mir, sondern allen anwesenden Gemeinderäthen — diesbezüglich Aufklärung zu geben.

Es wäre so immerhin besser gewesen, denn hätten wir das Haus Nr. 115 gekauft, dann hätten wir eine Verlängerung der Stolzenthalergasse. Es würde hübscher aussehen, Sie hätten eine Gasse. So haben Sie eine Lücke. Es wird dem ganzen nicht so abgeholfen sein, als wenn Sie das Haus Nr. 115 gekauft hätten. Nach dem Verbauungsplane, welchen ich hier vor mir sehe, würde Nr. 115 auch nicht mehr gekostet haben. Aber der Ankauf dieses Hauses hätte einem besseren Zwecke gedient.

Ich muss da wieder erwähnen: man hat hier ein großes Bauamt und alles wird so ausgeführt, dass es den wirklichen Zweck nicht erfüllt, den es erreichen sollte. Da braucht man kein Baumeister oder Ingenieur zu sein, sondern selbst ein Laie, ein gewöhnlicher Hausbesitzer oder Geschäftsmann muss, wenn er den Plan ansieht, sehen, was geeigneter zum Ankaufe wäre, um der Schönheit und Bequemlichkeit zu dienen.

Sie werden doch nicht heute eine solche Gasse durchführen. Dann hätten Sie oben einen Park und unten ein Stück Park. Wenn Sie das ansehen, so werden Sie mir vollständig rechtgeben, zu untersuchen, wer das projectiert hat, damit will ich mich nicht weiter abgeben, sondern nur darauf hinweisen, dass es viel besser wäre, das Haus Nr. 115 zu kaufen; dann hätte die Sache einen Zweck. So aber wird der Park getheilt, rechts ein Stück und links ein Stück. Ich stelle also den Antrag, dass, wenn das Haus Nr. 115 zu haben ist, das Referat vertagt werde und jemand mit dem Hausbesitzer von Nr. 115 Rücksprache nehme, ob er sein Haus an die Commune verkaufen will. Ob Sie heute das Haus Nr. 119 kaufen oder in 14 Tagen, das spielt keine Rolle. So nothwendig ist das nicht und bis zum Frühjahre kann alles durchgeführt, das Haus demoliert und die Straße eröffnet sein.

Gem.-Rath Rosenstingl: Der Herr Vorredner befindet sich in einem großen Irrthume. Er glaubt, dass hier eine Gasse durchgeführt werden soll. Das fällt keinem Menschen ein. Der Park bleibt wie er ist und wir werden uns mit Händen und Füßen dagegen wehren, dass die Commune diesen Platz auseinanderschneidet. Es hätte auch keinen Sinn, die Stolzenthalergasse da hineinzuführen, weil dann hier eine Sackgasse wäre. Von einer Gasse ist hier also keine Rede.

Ich möchte dem Herrn Vorredner noch eines sagen: Wir sind privatim die Häuser abgegangen, von einem Hause zum anderen, und haben lauter Preise gefunden, die um circa 30 Percent höher waren als bei diesem Hause. Auch dieses Haus war im Vorjahre beinahe nicht zu haben und nur durch den Zufall, dass die Hausfrau gestorben ist und die Erben das Haus jetzt verkaufen wollen, ist die Commune in der Lage, dasselbe zu erwerben.

Gem.-Rath Silberer: Ich möchte nur kurz auf etwas aufmerksam machen. Ich bin übrigens erstaunt, dass Herr College Eigner, nachdem er im Beginne seiner Ausführungen für den Antrag war, jetzt beantragt, denselben zurückzuweisen. Ich bin aber auch erstaunt, dass er, der so sehr darauf sieht, dass die Interessen der Gemeinde gewahrt werden, hier an die Verlängerung der Stolzenthalergasse denken kann. Ich glaube, wenn man das Haus Nr. 115 ankauft und die Gasse aufmacht, so bekommen nur die Häuser Nr. 117 und 113 prachtvolle Fronten.

Nach meiner Auffassung ist vom Stadtrathe das einzige Haus, das zu haben war, um einen halbwegs anständigen Preis zum Kaufe empfohlen worden, lediglich um einen Eingang zu schaffen. Ich bitte, machen Sie Schluss und bewilligen Sie den Antrag.

Referent (zum Schlusswortе): Meine Herren! Ein paar Worte müssen Sie mir gestatten. Herr College Hawranek hat dem Stadtrathe Nachlässigkeit, Leichtsinn und Unfähigkeit vorgeworfen, weil er angeblich die 18jährige Steuerfreiheit bewilligt hat, obwohl er wusste, dass dieses Haus der Gemeinde nothwendig sei. Darauf habe ich folgendes zu bemerken: Ich glaube mich zu erinnern, dass der Ankauf des Hauses Nr. 104 Kaiserstraße erst vom Gemeinderathe beschlossen wurde, nachdem der Gemeinderath bereits die Vorlage, betreffend die 18jährige Steuerfreiheit, berathen hatte. Wenn dies aber auch nicht so sein sollte, so erlaube ich mir zu bemerken, dass die Gemeinde, der Stadtrath und der Gemeinderath, glaube ich, bei derlei Angelegenheiten, wie es diejenige der 18jährigen Steuerfreiheit gewesen ist, doch nur das öffentliche Interesse im Auge zu behalten hatte und nicht vielleicht private, ökonomische Interessen.

Wenn die Staatsverwaltung, wenn der Reichsrath und wenn der Landtag ahnen sollten, dass die Gemeinde bei der Berathung und Behandlung derartiger Angelegenheiten die Sache von einem anderen Standpunkte, nämlich von demjenigen des Herrn Collegen Hawranek, auffassen könnte, so würde gewiss weder die Staatsverwaltung, noch der Reichsrath, noch der Landtag auf derartige Gesetzesvorlagen eingehen, und mit vollem Rechte.

Ich erlaube mir aber weiter zu bemerken, dass der Herr College Bärtl vollkommen im Unrechte ist, wenn er bemerkt, wir sollen nur warten, wir werden es schon billiger bekommen. Er hat gesagt, der Stadtrath hat zu viel zu thun, wenn er weniger zu thnn hätte, würde man das billiger bekommen. Diese Logik verstehe ich — offen gestanden — nicht. Ich erlaube mir zu bemerken, dass der Stadtrath durch ein Comité mit der Eigenthümerin und dem Notar, welcher die Verlassenschaft vertritt, verhandelt hat, dass bei dieser Verhandlung auch eine erhebliche Reduction des Preises .... (Gem.-Rath Hawranek: Nur nicht verdrehen!)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Hawranek, Sie haben zweimal gesprochen.

Referent: Ich muss darauf erwidern. (Unruhe links.)

Bürgermeister: Bitte um Ruhe. Es ist der Stadtrath angegriffen worden. Der Herr Referent will darauf antworten und das wird ihm schon verübelt. Hätten Sie die Angriffe unterlassen. (Unruhe links.)

Referent: Ich erlaube mir also noch einmal zu bemerken, dass der Stadtrath mit der Frau selbst durch ein Comité verhandelt hat, und dass das Resultat der Verhandlungen dieser Antrag ist, nach welchem der Kaufpreis gegen den früher geforderten erheblich reduciert erscheint. Der Stadtrath hat trotz seiner notorischen Überbürdung auch in diesem Falle wie in allen anderen seine Pflicht erfüllt.

Dem Herrn Collegen Eigner gegenüber erlaube ich mir zu bemerken, dass mit dem Eigenthümer des Hauses Nr. 115, sowie mit allen Eigenthümern der angrenzenden Häuser, was ich bereits eingangs meines Referates betonte, verhandelt worden ist. Aber

wissen Sie, was der Eigenthümer des Hauses Nr. 115 verlangt hat? Der Herr College Eigner hat selbst erklärt, dass das Ausmaß beiläufig dasselbe ist, das Haus ist ebenso groß wie dieses. Er hat 40.000 fl. verlangt (Hört! Hört!) und hier zahlen wir 18.500 fl. Sie sehen also, dass der Antrag des Stadtrathes auch in dieser Richtung vollkommen begründet ist, und ich beantrage daher die Annahme desselben.

Gem.-Rath Eigner (zur thatsächlichen Berichtigung): Sehr geehrte Herren! (Lebhafte Heiterkeit.) Ich berichtige den Herrn Referenten dahin: Wenn der Herr Referent am Referententische diese Angelegenheit gleich deutlicher ausgeführt hätte . . .

Bürgermeister: Ich bitte, das ist keine Berichtigung, Herr Gem.-Rath Eigner; wenn Sie sich nicht an die Berichtigung halten, entziehe ich Ihnen das Wort.

Gem.-Rath Eigner: Ich muss ihn berichtigen wegen des Hauses . . .

Bürgermeister: Sie müssen sich darauf beschränken, Thatsachen, welche angeführt worden sind, als unrichtig zu bezeichnen, aber mit dem Referenten zu polemisieren, ist jetzt nicht mehr möglich.

Gem.-Rath Eigner: Ich berichtige dahin: Wenn Sie glauben, dass an Stelle des Hauses Nr. 115 nicht vielleicht in der Zukunft einmal eine Gasse werden kann, so glaube ich weniger, dass man das sagen kann. (Heiterkeit.) Wenn ein Bauunternehmer das Haus kauft und die zwei anderen Realitäten daneben, wird er eine Gasse machen und Sie werden ihm das nicht verbieten können.

Bürgermeister: Das ist auch keine Berichtigung.

Gem.-Rath Eigner: Ich berichtige weiter . . . (Erneuerte Heiterkeit) . . . Wenn der Herr Referent gesagt hätte, das Haus wird nicht niedergerissen, eventuell: die Commune baut das Haus neu auf und es bleibt wieder ein Zugang zu dem Garten, dann hätten wir sämmtliche Zuhörer gewusst, was zu geschehen hat. Er hat uns aber das alles nicht gesagt; das zu sagen, ist Sache des Referenten. Es wäre dann ein anderer Zusammenhang zwischen dem Garten und dem Hause ersichtlich gewesen. Ich bitte, uns derlei stets genau zur Kenntnis zu bringen. Das ist eine Berichtigung. (Lebhafte Heiterkeit.)

Wenn der Herr Referent etwas sagt, so muss es stimmen. Man weiß nicht, wird das Haus niedergerissen, oder bleibt es stehen; der Herr Referent soll sich ein bisschen genauer informieren. (Heiterkeit.)

Gem.-Rath Bärtl (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich berichtige thatsächlich und ganz kurz: Ich habe nicht gesagt, man soll zuwarten, sondern ich habe gesagt, man soll eine neuerliche Verhandlung einleiten.

Bürgermeister: Wir kommen zur Abstimmung. Herr Gem.-Rath Eigner hat beantragt . . . (Gem.-Rath Eigner: Ich ziehe meinen Antrag zurück!)

Zuerst kommt zur Abstimmung der Gegen-Antrag des Herrn Gem.-Rathes Bärtl auf Zurückweisung des Gegenstandes an den Stadtrath zur neuerlichen Verhandlung. Die Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ist die Minorität.

Ich bitte nunmehr die Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ist die Majorität — angenommen.

Beschluss: Der Ankauf des in die Verlassenschaft nach Johanna Probst gehörigen Hauses Nr. 119 Lerchenfelderstraße, Einl.-Z. 655, VII. Bezirk, um den Preis von 18.500 fl. zum Zwecke der Schaffung eines zweiten Zuganges zu dem auf der Realität Nr. 104 Kaiserstraße befindlichen Kinderspielplatze sei vorbehaltlich der Genehmigung der Abhandlungsbehörde zu genehmigen.

Die Vertragskosten und Übertragungsgebüren trägt die Gemeinde.

Bürgermeister: Jetzt kommen wir zum Haupt-Rechnungsabschlusse. (Rufe links: Es ist schon zu spät! Jetzt um dreiviertel acht Uhr! — Unruhe.)

Ich bitte, wenn kein Vertagungs-Antrag gestellt wird, nehme ich den Gegenstand zur Verhandlung.

Gem.-Rath Kaspar: Ich erlaube mir, den Antrag zu stellen, diesen wichtigen Gegenstand auf die nächste Sitzung vertagen zu wollen. Es ist ja heute nicht möglich, diesen wichtigen Gegenstand zu erledigen.

Bürgermeister: Es ist der Antrag auf einfache Vertagung gestellt worden. Ich bitte diejenigen Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Minorität — abgelehnt.

Ich bitte den Herrn Gem.-Rath Boschan zum Referate. (Unruhe und Widerspruch.) Ich bitte, meine Herren, ich habe der Versammlung die Entscheidung überlassen. Die Versammlung hat entschieden. Wir gehen in die Berathung des Gegenstandes ein.

16. (286.) **Referent Gem.-Rath Boschan:** Ich habe die Ehre, zur Zahl 286 zu referieren über den Haupt-Rechnungsabschluss für das Jahr 1893. Die darauf bezüglichen Vorlagen bestehen in einem Hefte: „Rechnungsabschluss", in einem zweiten Hefte: „Erläuternde Bemerkungen und Specialausweise" und endlich in einem kleinen Berichte, welchen ich mir erlaubt habe, vorzulegen. Der Haupt-Rechnungsabschluss wurde von der Buchhaltung am 26. September v. J. fertiggestellt, gelangte am 6. October an den Stadtrath. Dieser hat das Elaborat erledigt und dem Gemeinderathe beantragt, eine Commission zur Prüfung desselben einzusetzen. Diese Commission wurde gewählt, und wie die Herren wissen, hat sich die Opposition ablehnend verhalten und die Commission nicht beschickt, was wir umsomehr bedauern müssen, als darin die beste Gelegenheit für die Herren gewesen wäre, sich von der Ordnung in den Geschäften zu überzeugen. Die Commission hat sich dem Antrage des Stadtrathes im Punkte 1 und 2 angeschlossen und im übrigen eine Anzahl von Anträgen gestellt. Die Commission hat einen eigenen Berichterstatter nicht aufgestellt, sondern mich mit der Berichterstattung im Plenum beauftragt.

Was die formale Seite des Rechnungsabschlusses betrifft, so sind in demselben enthalten: 1. Die Verrechnung über die eigenen Gelder und die in der Verwaltung der Gemeinde stehenden Fonds, Stiftungen, das sind der Bürgerspitalfond, Bürgerladfond und der allgemeine Versorgungsfond. Dieselben sind in den Rechnungsabschluss mit aufgenommen worden, und zwar in der Weise, dass der Aufwand, der für Gemeindezwecke im engeren Sinne gemacht wurde, in den eigentlichen Context aufgenommen ist, während die Ausgaben für die eigentliche Verwaltung dieser Fonds im Anhange enthalten sind.

Was die Ziffern dieses Abschlusses betrifft, so finden die Herren dieselben in den erläuternden Bemerkungen der Special-

ausweise, und zwar sind, wie den Herren bekannt ist, fünf Vergleichungen aufgestellt, einmal Einnahmen und Ausgaben nach den wirklichen Barbeständen, Vergleichung der ursprünglichen und schließlichen Activ- und Passivrückstände.

Die Vergleichung II, die für uns die wichtigste ist, ist die Vergleichung der Einnahmen und Ausgaben nach dem wirklichen Gebürenstande. Es ist nämlich die Abstattung von manchen Zufällen abhängig, während dasjenige, was zur Gebür vorgeschrieben ist, als das eigentlich richtige und für das betreffende Jahr ausschlaggebende bezeichnet werden kann. Nun finden die Herren, wenn Sie diese Vergleichung anstellen, dass nach dem Gebürenstande die Summe der gesammten Ausgaben, sowohl der ordentlichen als der außerordentlichen Ausgaben, zusammen um 1,130.651 fl. 78 kr. größer war, als die Summe aller Einnahmen. Nachdem nun im Voranschlage, welcher für das betreffende Jahr aufgestellt wurde, ein Abgang von 5,268.880 fl. mit Rücksicht auf die großen Bauten und auf die Wasserleitung vorgesehen war, so stellt sich der Erfolg des Jahres gegen den Voranschlag um den Betrag von 4,138.228 fl. günstiger.

Es wäre jedoch ein unrichtiger Schluss, wenn wir diesen günstigen Erfolg vielleicht in der besseren Gebarung sehen wollten. Die Herren finden in der kleinen Zusammenstellung, welche Ihnen von mir zur Verfügung steht, die betreffenden Zahlen aufgestellt. Ich unterlasse es, dieselben zu wiederholen. Im ganzen sind beiläufig um 2,300.000 fl. weniger für solche öffentliche Bauten ausgegeben worden, als präliminiert war.

Es ist der Rechnungsabschluss die Gelegenheit, sich über die finanzielle Lage im allgemeinen auszusprechen, und es ist das auch alle Jahre bei diesem Anlasse geschehen.

Die finanzielle Lage lässt sich nach zwei Seiten hin beurtheilen. Erstens in Bezug auf den ordentlichen Haushalt und zweitens in Bezug auf den Geldbedarf für die außerordentlichen Investitionen.

Was die ordentlichen Einnahmen betrifft, so habe ich in der Zusammenstellung, die die Herren zur Hand haben, diejenigen Einnahmen, die entweder von Steuern oder Zuschlägen oder solchen Einnahmen, welche ihrer Natur nach dieselbe Wirkung haben, wie die Steuern und Umlagen, wie zum Beispiel die Bezüge für die Wasserleitung, die Gebüren für die Canaleinleitung und -Räumung, die Gebür für den Markt und die Schlachthäuser — also alle diese Gebüren vom Jahre 1892 mit denen des Jahres 1893 verglichen und dabei hat es sich herausgestellt, dass für das Jahr 1893 ein Betrag von 1,103.948 fl. 45 kr. mehr vorgeschrieben wurde. Von dieser Steigerung, welche beiläufig $4\frac{1}{2}$ Percent der Summe beträgt und von der Fortsetzung dieser Steigerung in den nächsten Jahren wird es abhängen, ob die Gemeinde Wien die gleichfalls in stetiger Progression sich bewegenden regelmäßigen Ausgaben wird bestreiten können.

Was die Auslagen für außerordentliche Zwecke betrifft, so ist ja den Herren bekannt, dass wir im abgelaufenen Jahre dadurch, dass wir die Gelder, welche aus dem Anlehen den eigenen Geldern refundiert wurden, verwenden konnten, infolgedessen für das laufende und vielleicht auch für das nächste Jahr mit Cassa versehen sind, dass es aber vielleicht im Laufe der nächsten Jahre zu einem etwas knappen Cassastande kommen kann. In dieser Beziehung wird es nothwendig sein, dafür vorzusorgen — und das wird Gegenstand beim Voranschlage sein — eventuell im Wege einer vorzunehmenden Convertierung die Zahlungen hinauszuschieben. Alle diese Betrachtungen, meine Herren, gelten jedoch für den regelmäßigen Normalstand. Nun haben Sie heute zu Anfang der Sitzung über Referate beschlossen, welche eigentlich — ich möchte sagen — mit einen Gegenstand des Rechnungsabschlusses bilden sollen; ich meine nämlich allgemeine Betrachtungen, wie sich die Finanzen der Gemeinde Wien stellen werden, wenn die Reform der Steuern und des Heimatsrechtes eintritt. In dieser Beziehung sind alle Voraussichten und Berechnungen des Referenten, der ja nur mit den bestehenden Ziffern rechnen kann, vergeblich, und es bleibt nur übrig, zu warten und zu hoffen, dass die Verhandlungen, welche infolge des Zustandekommens des Städtetages mit der hohen Regierung stattfinden werden, das Resultat haben werden, die Gemeinden in die Lage zu versetzen, die großen Anforderungen, welche an sie gestellt werden, auch erfüllen zu können. Es scheint mir, dass in der gegenwärtigen Zeit sich ein Kampf um die Steuerobjecte entspinnt. Sowohl der Staat als die Länder und auch die Gemeinden kämpfen um die Steuerobjecte. Dem betreffenden Steuerzahler mag es vielleicht einerlei sein, ob er die Gebür für die Commune, das Land oder den Staat zahlt, für den Staat ist es aber wichtig, dass das Odium der höheren Belastung auf die anderen Corporationen abgewälzt wird.

Aus diesem Grunde wird den Gemeinden untersagt werden, zu gewissen neuen Steuern Zuschläge einzuführen. Ich verlasse dieses Thema, weil es in einem früheren Theile der Sitzung ausführlich besprochen worden ist. Die Anträge, welche von Seite des Stadtrathes und der Commission gestellt werden, sind sehr einfach (liest):

„1. Die für das Jahr 1893 noch erforderlichen Ergänzungscredite im Betrage von 1,130.355 fl. 3 kr. (laut Verzeichnis Seite 266 des Bandes „Erläuternde Bemerkungen") werden bewilligt.

2. Der Rechnungsabschluss pro 1893 wird genehmigt."

Ich unterlasse es einstweilen, die Ergänzungscredite zu besprechen, weil ich glaube, dass das Gegenstand der Specialdebatte sein wird. Ich bitte die Herren, das zur Kenntnis zu nehmen und in die Specialdebatte einzugehen.

Bürgermeister: Ich eröffne die Debatte im allgemeinen.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Wir sind, wenn's hoch geht, vielleicht 50 Mann. Es ist doch unwürdig, wenn eine solche Debatte um $\frac{3}{4}$8 Uhr bei Anwesenheit so weniger Mitglieder durchgeführt wird. Ich beantrage Schluss der Sitzung und Vertagung auf die nächste Sitzung.

Bürgermeister: Ich kann nicht coulanter sein, als ich war, indem ich die Entscheidung der Versammlung herbeiführte. Die Versammlung hat entschieden, es soll auf den Gegenstand eingegangen werden. Es ist sehr fatal, wenn sich wenige Minuten später der Saal leert; die Herren Gemeinderäthe sollten etwas geduldiger sein.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Sehen Sie doch die Herren dort bei der Thüre, die wollen alle nach Hause gehen.

Bürgermeister: Die Versammlung ist jedoch noch beschlussfähig.

(Die linke Seite des Hauses mit Ausnahme des Gem.-Rathes Steiner verlässt den Saal.)

Gem.-Rath Steiner: Ich bitte, die Beschlussfähigkeit auszuzählen, nachdem sich die Herren entfernt haben.

(Die Schriftführer nehmen die Auszählung vor.)

Bürgermeister: Die Versammlung ist nun nicht mehr beschlussfähig. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung um $^3/_4$8 Uhr abends.)

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **30. Jänner 1895.**

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Boschan, v. Götz, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Dr. Klotzberg, Kreindl, Dr. Lederer, Dr. Lueger, Matthies, Mayer, Müller, Dr. Nechansky, v. Neumann, Schlechter, Schneiderhan, Stiaßny, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Bürgermeister Dr. Grübl.

Entschuldigt: St.-R. Dr. v. Billing.
Krank: St.-R. Rückauf.
Beurlaubt: St.-R. Baugoin.
Experte: Magistratsrath Dr. Sauer.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Bibl.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung.

St.-R. Dr. v. Billing entschuldigt sein Ausbleiben für die heutige und morgige Nachmittagssitzung. (Zur Kenntnis.)

(740.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über das Ansuchen des Ludwig Letz, Pächters der städtischen Cat.-Parc. 1764/1 in der Fockygasse im V. Bezirke, um Bewilligung zur Untermauerung des auf dem Pachtgrunde errichteten hölzernen Schupfens und Aufstellung eines Gasmotors und beantragt die Bewilligung nach dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(297.) **St.-R. Mayer** referiert über das muthmaßliche Mehrerfordernis von 248 fl. für die Beleuchtung des Central-Viehmarktes und beantragt die Bewilligung eines Zuschusscredites zur Ausgabs-Rubrik XXVIII 2 d im abgerundeten Betrage von 250 fl. (Angenommen.)

(533.) **Derselbe** referiert über einen für die currente Erhaltung der Gartenanlagen und Alleen im XIX. Bezirke im Jahre 1894 verausgabten, im Ordinarium dieses Bezirkes nicht bedeckten Betrag von 268 fl. 97 kr. und beantragt, zur Deckung dieses Betrages zur Rubrik XXIV 2 a einen Zuschusscredit in der genannten Höhe zu bewilligen. (Angenommen.)

(347.) **Derselbe** referiert über die Bewilligung eines Zuschusscredites von rund 12.000 fl. zur Ausgabs-Rubrik XXXIII 4 „Auslagen für die Friedhöfe in den einbezogenen Vorortegemeinden" im Jahre 1894 und beantragt die Bewilligung. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(262.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Ludwig Ramharter um käufliche Überlassung der an ihn verpachteten Cat.-Parc. 546 des Stiftungsfondsgutes Ebersdorf per 800 □° um einen Kaufschilling von 800 fl. und beantragt die Ablehnung nach dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(370.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Genossenschaft der Huf- und Wagenschmiede um Abschreibung der für die Vornahme eines Augenscheines in dem Genossenschaftslocale II., Rembrandtstraße 7, vorgeschriebenen Gebür per 6 fl. 50 kr. und beantragt die Abweisung nach dem Bezirksamts-Antrage.

St.-R. Dr. Lueger beantragt die Gesuchsgewährung.

St.-R. Schlechter beantragt die Gesuchsgewährung mit dem Beisatze, dass dieselbe nicht aus Rechtsgründen, sondern aus Billigkeitsrücksichten erfolgt.

Antrag Dr. Lueger—Schlechter abgelehnt.

Referenten-Antrag angenommen.

(596.) **Derselbe** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Sicherstellung der currenten Professionisten-Arbeiten und Lieferungen pro 1895 bis incl. 1897 für die städtische Versorgungsanstalt in St. Andrä a. d. Tr. und beantragt:

1. die Baumeisterarbeiten dem Johann Stelzer in Herzogenburg (Tarifpreise);

2. die Zimmermannsarbeiten dem Matthäus Schania in Herzogenburg (Tarifpreise);

4. die Spenglerarbeiten dem Max Singer in Herzogenburg (5 Percent Nachlass);

5. die Ziegeldeckerarbeiten dem Valentin Nitsche in Herzogenburg (Tarifpreise);

6. die Kupferschmiedarbeiten dem Johann Schmidtbauer in Herzogenburg (11 Percent Zuschuss);

7. die Bautischlerarbeiten dem Johann Preisegger in St. Andrä (10 Percent Nachlass);

8. die Anstreicherarbeiten demselben (10 Percent Zuschuss);

9. die Glaserarbeiten dem Karl Rametzhofer in Herzogenburg (10 Percent Zuschuss);

10. die Hafnerarbeiten dem Franz Stumreich in Herzogenburg (10 Percent Zuschuss);

11. die Brunnenmeisterarbeiten dem Matthäus Schania in Herzogenburg (5 Percent Nachlass);

12. die Binderarbeiten dem Eduard Berger in Unterwinden (5 Percent Nachlass) — zu übertragen.

Bezüglich der Schlosserarbeiten wäre eine neue Offertverhandlung auszuschreiben.

Hinsichtlich der Bürstenbinder-, Buchbinder- und Schmiedearbeiten wäre die Versorgungshaus-Verwaltung der Geringfügigkeit dieser Arbeiten wegen zu ermächtigen, dieselben von Fall zu Fall durch verlässliche Geschäftsleute ausführen zu lassen. (Angenommen.)

(498.) **Derselbe** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergebung der currenten Professionisten-Arbeiten und Lieferungen pro 1895 bis inclusive 1897 für die städtische Versorgungsanstalt in Mauerbach, und beantragt:

1. die Baumeisterarbeiten inclusive der Stuccaturer- und Steinmetzarbeiten dem Johann Ginner in Purkersdorf (15 Percent Nachlass), und zwar die letztgedachten zwei Arbeiten in Genehmigung der mündlich abgegebenen Erklärung des Genannten, dass sich sein Offert auch auf diese Arbeiten erstrecke;

2. die Zimmermannsarbeiten dem Johann Kesseldorfer in Mauerbach (8 Percent Nachlass);

3. die Brunnenmeisterarbeiten demselben (5 Percent Nachlass);

4. die Ziegeldeckerarbeiten dem Anton Gotsch in Purkersdorf (Tarifpreise);

5. die Schlosserarbeiten dem Adolf Siegmund in Mauerbach (20 Percent Nachlass);

6. die Spenglerarbeiten dem Anton Prix in Purkersdorf (5 Percent Nachlass);

7. die Glaserarbeiten der Josefa Kappner in Königstetten (Tarifpreise);

8. die Binderarbeiten dem Georg Götz in Mauerbach (30 Percent Zuschuss);

9. die Hafnerarbeiten dem Matthias Wassiczek in Korneuburg (2 Percent Nachlass);

10. die Kupferschmiedarbeiten dem Josef Grundmann (8 Percent Nachlass) — zu übertragen.

Ad 1 beantragt St.-R. Dr. Lueger den Zusatz, dass Ginner seine oberwähnte Erklärung schriftlich abzugeben habe.

Referenten-Antrag mit Zusatz Dr. Lueger angenommen.

(514.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über das Ansuchen des Hugo Specht um grundbücherliche Löschung bezüglich der auf den Einl.-Z. 112, 113, 1841, 2048, 2051 und 2052, V. Bezirk, haftenden Reallasten und beantragt, die Ausfertigung der im Entwurfe vorgelegten Löschungserklärung auf Kosten des Gesuchstellers zu genehmigen. (Angenommen.)

(746.) **St.-R. Stiaßny** referiert über das Ansuchen des Gabor Steiner, Pächters des englischen Gartens im k. k. Prater, einverständlich mit den Eigenthümern um Genehmigung des Austausches der Pläne hinsichtlich des projectierten Etablissements „Venedig im englischen Garten" und beantragt:

Der Stadtrath stimmt der vom Magistrate beantragten principiellen Zulassung der geplanten Bauführungen unter den im Magistrats-Referate bekanntgegebenen Bedingungen gemäß § 97 der Bauordnung jedoch unter dem Vorbehalte zu, dass die definitive Zustimmung erst nach erfolgter Vorlage der definitiven Baupläne ertheilt werden kann, um der Baubehörde zu ermöglichen, im Sinne des § 22 das Project auch in ästhetischer Beziehung beurtheilen zu können.

Der Magistrat wird angewiesen, bei der Beurtheilung der definitiven Baupläne genau darüber zu wachen, dass die in dem Augenscheinsprotokolle vom 27. December 1894 auf Grund des Bauamtsberichtes angeführten Bedingungen, Punkte 1 bis 10, sowie die in der Note der k. k. Prater-Inspection vom 26. Februar 1894, Z. 1188, aufgestellten Bedingungen 1 bis 4 strenge eingehalten werden.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, das Gesuchsbegehren abzulehnen und die Unternehmer aufzufordern, nicht principielle, sondern definitive Pläne vorzulegen.

Nach längerer Debatte wird mit allen gegen eine Stimme folgender Beschluss gefasst:

Der Stadtrath erhebt gegen die provisorische Verbauung dieser Realität nach dem vorgelegten Situationsplane ohne vorhergegangene Parcellierung keine Einwendung.

(Während vorstehenden Referates hat Magistratsrath Dr. Sauer als Experte fungiert.)

(727.) **St.-R. Wurm** referiert über die Stations-Commission, politische Begehung und Enteignungsverhandlung hinsichtlich der Theilstrecken:

a) Hietzing—Gumpendorfer Schlachthaus der Wienthallinie;

b) der Abzweigung der Gürtellinie von der Lobkowitzbrücke bis zur Wienthalübersetzung;

c) der Fortsetzung letzterer Linie bis zum Westbahnhofe

und beantragt:

Die Vertreter der Gemeinde Wien seien zu ermächtigen, bei der fraglichen Localverhandlung am 7. und 8. Februar d. J. nachstehende Erklärung abzugeben:

I.

Theilstrecke Hietzing—Gumpendorfer Schlachthaus der Wienthallinie und Abzweigung der Gürtellinie von der Lobkowitzbrücke bis zur Wienthalübersetzung.

A. Stations-Commission.

Im Hinblicke auf die geplante Anlage der Station „Hietzing" flussabwärts der Kaiser Franz Josefsbrücke behält sich die Gemeinde Wien auf Grund des Gemeinderaths-Beschlusses vom 23. November 1894, Z. 8848, vor, die diesfalls erforderlichen Bedingungen bei der bezüglich der neuen Stationsanlage einzuleitenden politischen Begehung zu stellen.

Die Haltestelle „Schönbrunn" ist etwas mehr flussaufwärts, 6 m von der Maria Theresienbrücke entfernt, zu situieren. Die Haltestelle nächst der Lobkowitzbrücke wäre „Meidlinger Hauptstraße" zu benennen.

Die Haltestelle „Margarethenergürtel" ist innerhalb des inneren Randes (Baulinie) der Gürtelstraße zu veranlagen.

B. Politische Begehung.

1. Bei der Ausführung des Bahnbaues ist auf das genehmigte Wienfluss-Regulierungsproject entsprechend Rücksicht zu nehmen, und sind in dieser Richtung auch jene Grundsätze einzuhalten, welche bei der politischen Begehung der Bahnstrecken Hütteldorf—Hietzing und Gumpendorfer Schlachthaus—Schikanedersteg aufgestellt wurden und in den bezüglichen Protokollen vom 12. und 22. September 1894 enthalten sind.

Es sind demnach die für die wechselnden Spannweiten der Wienfluss-Einwölbung vom Stadtbauamte aufgestellten Profilconstructionen, namentlich die festgestellte Ausdehnung der Fundamente und der Widerlagsmauern, sowie der projectierte Abschrägungswinkel der letzteren Mauer genau einzuhalten.

In der Strecke von Kilometer 4·2 bis 4·4 ist die Bahn um circa 1 m gegen Schönbrunn zu verlegen.

Die Fundierung der Pfeiler der Hochbahn (Gürtellinie) ist ohne Schädigung der von der Gemeinde Wien herzustellenden Fundamente der wasserseitigen Bahnmauer auszuführen.

2. Die Bahnnivellette ist in der Weise anzuordnen, dass die Gewässer aus den Sammelcanälen anstandslos in die im Wienflusse herzustellende Cunette abgeführt werden können. Hiebei ist auf die in Aussicht genommene Verlegung des in Kilometer 5·89 oberhalb der Lobkowitzbrücke unter der Stationsanlage situierten Nothauslasses flussabwärts der Lobkowitzbrücke und auf die in Aussicht genommene Anlage eines im Projectsplane nicht vorgesehenen Nothauslasses in Kilometer 5·51 nächst der Einmündung der Fabriksgasse in die Schönbrunner Hauptstraße entsprechend Rücksicht zu nehmen.

Alle Nothauslässe sind in der Ausdehnung des Bahnplanums auf Kosten der Commission für Verkehrsanlagen entsprechend zu versichern und sind diese Versicherungen gleichfalls auf Kosten der Commission für Verkehrsanlagen stets in gutem Zustande zu erhalten.

3. Im Falle die von der Gemeinde Wien auf Rechnung der Commission für Verkehrsanlagen innerhalb des Kunstprofiles der Bahn

zu bewirkenden Erdaushebungen aus technischen Gründen (lockeres Terrain, Erdabrutschungen) auf die im Übereinkommen zwischen der Gemeinde Wien und der Dampftramway-Gesellschaft vormals Krauß & Comp. vom 29. April 1893 vorgesehene Grenzlinie nicht beschränkt werden können, sind auch die über diese Grenzlinie hinausgehenden, von der Gemeinde zu besorgenden Erdarbeiten an die Gemeinde Wien zu vergüten.

4. Die der Commission für Verkehrsanlagen zustehenden Arbeiten längs des Wienflusses dürfen an allen Stellen erst dann begonnen werden, wenn seitens der Gemeinde Wien die ihr obliegende Herstellung der wasserseitigen Bahnmauer und des Bahnplanums bewerkstelligt sein wird. Hiezu wird bemerkt, dass diese letztbezeichneten Arbeiten erst dann in Angriff genommen werden können, wenn die hiefür erforderlichen Grundeinlösungen seitens der Commission für Verkehrsanlagen bewirkt sein werden.

5. Die landseitigen Stützmauern der Bahn sind in solcher Stärke anzulegen, dass dieselben seinerzeit bis zum definitiven Niveau der Quaistraße, beziehungsweise bis zu dem definitiven Niveau der neben der Bahn führenden Parallelstraße erhöht werden können.

Diese Erhöhung ist nach Maßgabe des Eintrittes der Regulierung der betreffenden Straßen auf jeweiliges Verlangen der Gemeinde auf Kosten der Commission für Verkehrsanlagen vorzunehmen.

6. Die Lichthöhe zwischen der Hochbahn und der Fahrbahn der Stiegerbrücke ist auf mindestens 5 m zu bringen.

7. Da an Stelle des Kobingersteges die Anlage einer mindestens 16 m breiten Fahrbrücke in der Achse der Pfeiffergasse in Aussicht genommen ist, so ist hierauf entsprechend Rücksicht zu nehmen und demgemäß die Überfahrt über die Tiefbahn und die Unterfahrt der Hochbahn, sowie die Pfeilerstellung an dieser Stelle im Einvernehmen mit der Gemeinde einzurichten.

8. Als Ersatz für die bestehende Schlachthausbrücke und den Wackenrodersteg wird in der Achse der Morizgasse die Anlage einer mindestens 16 m breiten Brücke durch Einwölbung des Wienflusses zur Ausführung gelangen. Die Bahn ist daher dortselbst zu überdecken. Für die Überführung des derzeit im Wackenrodersteg eingelegten 525 mm weiten Rohrstranges der Hochquellenleitung über den Wienfluss wird die Gemeinde vorsorgen; gegen die diesbezüglich nothwendigen Herstellungen darf die Commission für Verkehrsanlagen keine Einwendung erheben.

9. Die bestehenden Communicationen zu den Brücken sind ohne Beeinträchtigung der Bequemlichkeit des gegenwärtigen Verkehres auf Kosten der Commission für Verkehrsanlagen aufrecht zu erhalten.

10. Die Eindeckung der Bahn ist vorläufig in der Ausdehnung der von der Gemeinde zu bewerkstelligenden Einwölbung an den Übersetzungen (Brücken) des Wienflusses, dann längs des Gumpendorfer Schlachthauses in der Ausdehnung von der Kaiser Josef-Brücke Kilometer 6·8 bis zur Haltestelle „Margarethengürtel" Kilometer 7·05 auszuführen. Weitere Eindeckungen der Bahn sind nach Maßgabe eintretender Bedürfnisse über Verlangen der Gemeinde auf Kosten der Commission für Verkehrsanlagen zu bewerkstelligen. Die Bahneindeckungen müssen die Eignung für die Aufbringung eines Granitwürfelpflasters und die Einlegung eines Tramway-Oberbaues besitzen, und muss die Construction dieser Eindeckungen rücksichtlich ihrer Tragfähigkeit nach denselben Grundsätzen behandelt werden, wie diese bei dem Projecte der Wienflusseinwölbung zur Anwendung gelangt sind. Die Eindeckungen der Bahn sind in der Fahrbahn sofort mit neuen Granitwürfeln und in den abgesonderten Fußwegen (Trottoirs) mindestens mit sogenannten Halbgutgranitsteinen auf Kosten der Commission für Verkehrsanlagen kunstgerecht abzupflastern. Um Störungen des öffentlichen Verkehres möglichst zu vermeiden, sind die Bahneindeckungen für die Communicationen über den Wienfluss gleichzeitig mit den betreffenden Einwölbungen des Wienflusses auszuführen.

11. Der 950 mm weite Rohrstrang der Hochquellenleitung wird in Kilometer 5·14 durch die Bahn gekreuzt. Die Entlastung dieses Rohrstranges ist durch einen nach Angabe des Stadtbauamtes auf Kosten der Commission für Verkehrsanlagen herzustellenden Canal, dessen Erhaltung gleichfalls der Commission für Verkehrsanlagen obliegt, zu bewirken.

12. Die mit Entscheidung der k. k. Bezirkshauptmannschaft Hietzing-Umgebung vom 20. Mai 1894, Z. 10634, mehreren Privaten eingeräumten Rechte zum Bezuge von Wasser aus dem Wienflusse sind insoferne zu beachten, als die Einlegung der hiefür erforderlichen Leitungsröhren in den Bahnkörper zu gestatten und der Bestand dieser Leitungen zu dulden ist.

13. Die Detailzeichnung über die herzustellenden Bahnobjecte sind der Gemeinde noch vor der Ausführung derselben vorzulegen.

14. Die Bestimmungen des zwischen der Gemeinde Wien und der Commission für Verkehrsanlagen in Wien abgeschlossenen Übereinkommens vom 29. April 1893, betreffend die Vertheilung der Kosten jener Anlagen, welche sowohl die Localbahnlinien der Wiener Stadtbahn als auch die Wienfluss-Regulierung und die Sammelcanäle treffen, sowie die Bestimmungen des Übereinkommens vom 4. Jänner 1895, betreffend die Führung der Bahn von der Stiegerbrücke bis zur Schlachthausbrücke, werden durch die vorstehenden Erklärungen der Gemeinde nicht geändert.

C. Enteignungsverhandlung.

Nach dem vorliegenden Enteignungsoperate sollen in der Umgebung der Haltestelle „Margarethengürtel" städtische Gründe für die Schaffung von Zugängen zu der Haltestelle enteignet werden, welche theilweise innerhalb der dort festgestellten Baulinien und weiters theilweise in die Fortsetzung der Flussgasse und in die Gürtelstraße fallen. Nachdem nicht zugegeben werden kann, dass einerseits der Baulinienplan durch die Bahnanlage ungünstig beeinflusst und dass andererseits öffentliche Straßenzüge durch ein Eigenthumsrecht der Stadtbahn in irgendwelcher Weise dem Verfügungsrechte der Gemeinde entzogen werden, so wird hiemit gegen die erwähnte Grundenteignung Einsprache erhoben und diesbezüglich nur die Anspruchnahme jenes Grundausmaßes zugestanden, welches einzig und allein nur für die bauliche Anlage der Bahn und der Haltestelle zwischen Kilometer 6·932 und Kilometer 7·338 erforderlich ist.

Es werden daher die nachstehenden Grundflächen der Catastralgemeinde Margarethen, und zwar ein Theil der Cat.-Parc. Nr. 1740 im Enteignungsoperate mit dem Plane Nr. 1 bezeichnet per 2954·0 m², ein Theil der Cat.-Parc. Nr. 1619/1 im Enteignungsoperate mit dem Plane Nr. 2 bezeichnet per 2401·0 m², ein Theil der Cat.-Parc. Nr. 507 im Enteignungsoperate mit Plan Nr. 3 bezeichnet per 254·0 m² und ein Theil der Cat.-Parc. Nr. 506/2 im Enteignungsoperate mit dem Plane Nr. 4 bezeichnet per 153·0 m², sonach insgesammt die Fläche per 5762 m² aus dem Enteignungsoperate auszuscheiden und bezüglich der Eröffnung der Flussgasse und der Gürtelstraße behufs der Schaffung geeigneter Zugänge zur Haltestelle „Margarethengürtel" das Einvernehmen mit der Gemeinde Wien zu pflegen sein, wodurch auch die Nothwendigkeit der Inanspruchnahme der Enteignung entfällt.

Der in der Fabriksgasse den Häusern Or.-Nr. 19 bis Or.-Nr. 41 gegenüberliegende, derzeit von der Dampftramway benützte Straßengrund, d. i. ein Theil der Cat.-Parc. Nr. 90 Ober-Meidling im Ausmaße von 1355 m², welcher im Enteignungsoperate mit dem Plane Nr. 7 bezeichnet ist, soll für Bahnzwecke in Anspruch genommen und hiefür enteignet werden.

Hiedurch wird die Möglichkeit benommen, die zwischen den bezeichneten Häusern und dem Wienflusse liegenden Grundfläche, wie dies bisher in Aussicht genommen war, für Straßenzwecke zu adaptieren, und da die nunmehr zwischen der Bahnanlage und den Häusern liegende Straße in der ihr verbleibenden Breite von nur 7·5 bis 8·0 m für die Zukunft nicht ausreichend ist, so muss mit der derzeitigen Baufluchte der bezeichneten Häuser um circa 5 m in eine neu zu bestimmende Baulinie zurückgerückt und auf solche Weise eine Straßenbreite von 13 m geschaffen werden.

Die in solcher Weise bei einem Umbau von den Häusern Or.-Nr. 19 bis Or.-Nr. 41 Fabriksgasse zu Straßenzwecken abzutretenden Grundflächen müssen seitens der Gemeinde an die betreffenden Houseigenthümer entschädigt werden.

Nachdem die diesbezüglichen Auslagen der Gemeinde nur durch die Bahnanlage verursacht werden, und die Commission für Verkehrsanlagen für die erwähnte Inanspruchnahme von Straßengrund ersatzpflichtig ist, so wird bedungen, dass diese Auslagen der Gemeinde vergütet, und dass diesbezüglich zwischen der Gemeinde und der Commission für Verkehrsanlagen ein Übereinkommen getroffen werde.

Gegen die weiters in Anspruch genommene Enteignung von städtischen Gründen, insoweit diese Gründe zur Herstellung der Bahnanlage wirklich verwendet werden, wird unter der Voraussetzung keine Einwendung erhoben, dass diese Enteignung im Sinne des Programmes für die finanzielle Sicherstellung und Ausführung von öffentlichen Verkehrsanlagen in Wien erfolgt. (Angenommen.)

Die Antragstellung und Beschlussfassung hinsichtlich der Theilstrecke Wienthal-Übersetzung—Westbahnhof der Gürtellinie (Punkt II) wird auf die nächste Sitzung verlegt.

(Schluss der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **31. Jänner 1895** (vormittags).

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, v. Götz, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Dr. Klotzberg, Kreindl, Dr. Lueger, Matthies, Mayer, Müller, Dr. Nechansky, v. Neumann, Schlechter, Schneiderhan, Stiaßny, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Bürgermeister Dr. Grübl.

Entschuldigt: St.-R. Dr. Lederer.

Beurlaubt: St.-R. Baugoin.

Krank: St.-R. Rückauf.

Experten: Baudirector Berger, Ober-Buchhalter Nelböck, Magistratsrath Philipp, Oberingenieur Redlko.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung

(193.) **St.-R. Stiaßny** referiert über das neuerliche Offertverhandlungs-Ergebnis für die Vergebung mehrerer currenter städt. Arbeiten und Lieferungen pro 1893 bis 1897 und beantragt, zu vergeben:

I. Baumeisterarbeiten.

XIII. Bezirk an Anton Haunzwickl mit einem Zuschusse von 10 Percent;

XVI. Bezirk an Josef Spilka mit einem Zuschusse von 10 Percent. (Angenommen.)

II. Deichgräberarbeiten.

I. Bezirk an Ludwig Böck mit einer Aufzahlung von 10 Percent.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt eine neuerliche Offertverhandlung für den I. Bezirk.

Antrag des St.-R. Dr. v. Billing abgelehnt.

Referenten-Antrag angenommen.

IV., V., VI. Bezirk an Ludwig Böck mit einem Nachlasse von 6 Percent;

XVI., XVII. Bezirk an Angelo Lovato mit einem Nachlasse von 6 Percent;

XVIII., XIX. Bezirk an Johann Frigo mit einem Nachlasse von 5·5 Percent. (Angenommen.)

III. Stuccaturerarbeiten.

I. bis XVI. Bezirk an Theresia Propst mit einem Zuschusse von 20 Percent. (Angenommen.)

IV. Steinmetzarbeiten.

XI., XIII. Bezirk an Wendelin Potz mit einem Zuschusse von 5 Percent, beziehungsweise 15 Percent;

XIV., XVI. Bezirk an Karl Stagl mit einem Zuschusse von 8 Percent. (Angenommen.)

VI. Spenglerarbeiten.

XVI. Bezirk an Karl Holtschek, mit einem Nachlasse von 20 Percent. (Angenommen.)

IX. Kupferschmiedarbeiten.

X. bis XIX. an Josef Retzer mit einem Nachlasse von 10 Percent.

St.-R. Dr. Lueger beantragt die Vergebung an Robert Meckl mit einem Nachlasse von 7·6 Percent.

Der Antrag des St.-R. Dr. Lueger angenommen.

X. Bautischlerarbeiten.

I. Bezirk an Johann Kölbl mit einem Nachlasse von 2 Percent.

Der Referent zieht diesen Antrag zurück und beantragt Anton Fritsch mit einem Zuschusse von 2 Percent;

VI. Bezirk an Josef Reimer mit einen Zuschusse von 5 Percent;

XII. Bezirk an Franz Wissing zu den Tarifpreisen.

XVI. Bezirk an Johann Kafka mit einem Zuschusse von 2 Percent;

XVII. Bezirk an Franz Laube mit einem Zuschusse von 7 Percent.

XVIII. Bezirk an Franz Riedl mit einem Zuschusse von 6 Percent. (Angenommen.)

XII. Anstreicherarbeiten.

XVII. Bezirk an Johann Storch mit einem Nachlasse von 18 Percent. (Angenommen.)

XIII. Glaserarbeiten.

V. Bezirk an Eduard Goldschmidt mit einem Nachlasse von 25 Percent;

XI. Bezirk an Bernhard Frank zu den Tarifpreisen.

XII. Bezirk an Eduard Logner mit einem Nachlasse von 10 Percent. (Angenommen.)

XIV. Hafnerarbeiten.

a) Ofenlieferung (Post 1 bis 98).

XII. bis XV. Bezirk an Johann Eckl mit einem Nachlasse von 20 Percent;

XI., XVI. bis XIX. Bezirk an Franz Robert mit einem Nachlasse von 15 Percent. (Angenommen.)

b) Geschirrlieferung (Post 99 bis 151).

I. bis XI. Bezirk an Ludwig Schoßberger zu den Tarifpreisen;

XII. bis XV. Bezirk an Johann Eckl mit einem Nachlasse von 20 Percent;

XVI. bis XIX. Bezirk an Ludwig Schoßberger zu den Tarifpreisen. (Angenommen.)

XVII. Tapeziererarbeiten.

I. bis XI. Bezirk an Julius Marian, Nachlass 16 Percent. (Angenommen.)

XXII. Brunnenmeisterarbeiten.

II. Bezirk an Johann Schürr zu den Tarifpreisen. (Angenommen.)

XXIV. Gasrohrleitung.

VIII. Bezirk an Johann Köhler mit einem Nachlasse von 20 Percent. (Angenommen.)

XXXIII. Wagnerarbeiten.

IV., V., XI. bis XIV. Bezirk an Wilhelm Gönthner mit einem Nachlasse von 5 Percent;

X. Bezirk an Ferdinand Gönthner mit einem Nachlasse von 4 Percent. (Angenommen.)

Es wird die Debatte wieder aufgenommen und beschlossen zu vergeben: XIV. Bezirk an Ludwig Postenrieder zu den Tarifpreisen.

XXXIV. Schmiedearbeiten.

XVI. und XVII. Bezirk an Matthias Blecha, Nachlass 5 Percent;

XIX. Bezirk an Franz Kohout, Nachlass 5 Percent. (Angenommen.)

XLI. Buchbinderarbeiten.

I., IV., V. Bezirk an C. Dirnhuber, Nachlass 30 Percent;

II. Bezirk an Ludwig Beer, Nachlass 6 Percent;

III., XI. Bezirk an Hermann Scheibe, Nachlass 5 Percent;

VI., VII. Bezirk an August Kurzmann, Nachlass 5 Percent;

VIII., IX., XIII. bis XVI. Bezirk an Anton Dorr, Nachlass 35 Percent;

X. Bezirk an Geza Szigethy, Nachlass 25 Percent;

XII. Bezirk an Paul Berger, Nachlass 5 Percent;

XVII. bis XIX. Bezirk an Karl Oez, Nachlass 7 Percent.

St.-R. Schlechter beantragt, den XIII. Bezirk an Adolf Mayer mit einer Aufzahlung von 15 Percent zu vergeben.

Dieser Antrag und im übrigen Referenten-Antrag angenommen.

St.-R. Dr. Lederer entschuldigt sein Ausbleiben wegen einer gleichzeitig stattfindenden Ausschusssitzung im niederösterreichischen Landtage. (Zur Kenntnis.)

(727.) **St.-R. Wurm** referiert über die Stations-Commission, politische Begehung und Enteignungs-Verhandlung hinsichtlich der Theilstrecken: a) Hietzing—Gumpendorfer Schlachthaus der Wienthallinie; b) der Abzweigung der Gürtellinie von der Lobkowitzbrücke bis zur Wienthalübersetzung; c) der Fortsetzung letzterer Linie bis zum Westbahnhofe. (Fortsetzung der Berathung.)

Referent beantragt:

II.

Theilstrecke Wienthalübersetzung—Westbahnhof der Gürtellinie.

A. Stations-Commission.

Gegen die projectierte Situierung und die Bezeichnung der Haltestelle „Gumpendorferstraße" wird keine Einwendung erhoben.

B. Politische Begehung.

1. Die Pfeiler der Hochbahn, welche in der Überführung der Bahn über den Wienfluss sowohl in der Trace der Bahncurve der Wienthallinie, als auch in der Trace der Curve gegen Matzleinsdorf auf die Seitenmauern der Wienfluss-Einwölbung aufgesetzt werden sollen, sind ohne Schädigung oder Beeinträchtigung des Wienfluss-Einwölbungsobjectes im Einvernehmen mit dem Stadtbauamte durchzuführen. Hierüber sind noch vor Ausführung dieser Pfeiler genaue Detailpläne vorzulegen;

2. die Pfeiler der Überbrückung der Gürtelstraße an der Ausmündung der Wienflussgasse in Kilometer 1·7666 sind den dortselbst festgestellten Straßenzügen und Baulinien entsprechend im Einvernehmen mit der Gemeinde anzuordnen. An Stelle des gemauerten Viaductes in Kilometer 1·8 ist ein Pfeiler anzuordnen und die eiserne Überbrückung zwischen Mollard- und Ullmanngasse entsprechend zu verlängern;

3. die mit 16 m projectierte Breite der Bahnüberbrückung in Kilometer 2·243 vor der Kirche zur heiligen Maria vom Siege ist auf eine Breite von 36 m zu bringen;

4. an der Ausmündung der Palmgasse in die Gürtelstraße bei Kilometer 2·358 ist die Bahn in einer Breite von mindestens 16 m zu überbrücken;

5. für den 475 mm weiten Rohrstrang der Hochquellenleitung ist an der Kreuzung derselben durch die Bahn in Kilometer 2·5 ein Rohrcanal projectiert.

Dieser Canal, welcher auf Kosten der Commission für Verkehrsanlagen herzustellen und zu erhalten ist, hat eine Breite von mindestens 2 m und an den beiden Enden schließbare, von der Straße aus zugängliche Einsteigschachte zu erhalten.

Der 190 mm weite Rohrstrang der Hochquellenleitung in Kilometer 2·35, welcher im Projectsplane nicht eingezeichnet erscheint, ist gleichfalls durch die Commission für Verkehrsanlagen auf deren Kosten entsprechend zu schützen. Wenn durch eintretende Gebrechen an der Hochquellenleitung die Anlagen der Stadtbahn in irgendeiner Weise beeinträchtigt werden sollten, leistet die Gemeinde Wien keinen Ersatz;

6. die für die Anlage der Wienthallinie sub Punkte 1, 2, 4, 12, 13 und 14 aufgestellten Bedingungen haben auch für die Anlage der in Rede stehenden Theilstrecke der Gürtellinie volle Geltung.

C. Enteignungs-Verhandlung.

Gegen die in Anspruch genommene Enteignung von städtischen Gründen zur Herstellung der Bahnanlage wird unter der Voraussetzung keine Einwendung erhoben, dass die Enteignung nach Maßgabe des Programmes für die finanzielle Sicherstellnng und Ausführung von öffentlichen Verkehrsanlagen in Wien erfolgt, und dass diese Gründe thatsächlich für den Bahnbau verwendet werden.

Sollte wider Erwarten das mehrcitierte Übereinkommen vom 4. Jänner 1895 nicht noch vor der politischen Begehung der in Rede

stehenden Bahnstrecken die allseitige definitive Genehmigung erhalten, so sind die in diesem Übereinkommen vorgesehenen Bestimmungen bei der Localverhandlung am 7. und 8. Februar vollinhaltlich zu Protokoll zu geben.

St.-R. Ritt. v. Neumann beantragt die Verschiebung des Bahnhofes bei der Gumpendorferstraße.

Der Referent modificiert seinen Antrag dahin, dass die Überbrückung zu verbreitern und der Bahnhof thunlichst nach rechts verschoben werde.

St.-R. Witzelsberger beantragt, die Bahn von der Kirche zur heiligen Maria vom Siege bis zum Parke beim Westbahnhof zu überbrücken.

St.-R. Schlechter beantragt die Verlegung der Bahnhofanlage auf die linke Seite der Gumpendorferstraße.

St.-R. Ritt. v. Neumann beantragt die Verschiebung des eigentlichen Hauptgebäudes in einer Weise, dass eine Durchfahrt ermöglicht wird.

St.-R. Müller beantragt, den Wunsch auszusprechen, dass die Bahnhofanlage möglichst zwischen die Gumpendorferstraße und Mollardgasse verlegt werde; ferner ist in der Mollardgasse eine eiserne Überbrückung mit einfachen Pfeilern herzustellen; weiters sei mit der Verkehrsanlagen-Commission in Verhandlung zu treten wegen Einlösung der zur Herstellung der inneren Gürtelstraße erforderlichen Gründe in der Strecke Mariahilferstraße—Wienfluss.

Die Verlegung des Bahnhofes zwischen der Gumpendorferstraße und Mollardgasse wird abgelehnt.

Der Referenten-Antrag wird mit folgender Modification angenommen:

Es ist zu verlangen, die eiserne Überbrückung im Zuge der Gumpendorferstraße möglichst zu verlängern; die Anlage der Haltestelle Gumpendorferstraße ist thunlichst nach rechts zu verschieben; unterhalb dieser Haltestelle ist ein Durchgang in der Richtung der Clementinengasse herzustellen.

Vom Mollardgasse-Viaducte angefangen bis zum Wienflusse ist eine einheitliche Eisenconstruction auf Steinpfeilern herzustellen im Einvernehmen mit der Gemeinde Wien; von der Palmgasse bis zum offenen Einschnitte am Parke nächst dem Westbahnhofe ist die Eindeckung ununterbrochen herzustellen; ferner wird der Wunsch ausgesprochen, dass der Theil von der Kirche bis zur Palmgasse ebenfalls eingedeckt werde.

Mit der Verkehrsanlagen-Commission ist in Verhandlung zu treten wegen Einlösung der erforderlichen Gründe in der Strecke Mariahilferstraße bis zum Wienflusse. (An den Gemeinderath.)

(718.) **Bürgermeister Dr. Grübl** referiert über die Besetzung der mit Gemeinderaths-Beschluss vom 8. Jänner 1895, Z. 9926 ex 1894, neu systemisierten Stellen, sowie mehrerer erledigter Stellen im Status der städtischen Buchhaltung.

Es werden ernannt:

Zu Stadtbuchhaltern VII. Rangclasse die Rechnungsräthe: Friedrich Hönig, Theodor Fechner;

zu Rechnungsräthen VIII. Rangclasse die Rechnungsrevidenten: Heinrich Pokorny, Franz Killmayer, Julius Hungerbyehler Edler v. Seestädten, Franz Weißer und Leopold Leeb;

eine Rechnungsrathsstelle VIII. Rangclasse extra statum unter gleichzeitiger Auflassung der bestehenden Rechnungsrevidentenstelle IX. Rangclasse extra statum wird creiert und der Rechnungsrevident Leopold Wilheim zum Rechnungsrathe extra statum ernannt;

der Rechnungsrevident extra statum Franz Wöhlert wird in die systemisierten Stellen eingereiht;

zu Rechnungsrevidenten IX. Rangclasse werden ernannt die Rechnungsofficiale 1. Kategorie: Ernst Nüchtern, Josef Lewitus, Josef Zinögger, Heinrich Gröblinger, Heinrich Spitzer;

zu Rechnungsofficialen X. Rangclasse 1. Kategorie werden ernannt die Rechnungsofficiale X. Rangclasse 2. Kategorie: Anton Schönfeld, Gustav Hillinger, Karl Reck, Josef Lintner, Anton Härtl;

zu Rechnungsofficialen X. Rangclasse 2. Kategorie werden ernannt die Rechnungsaccessisten Georg Jaschek, Hermann Löffler, Emerich Zegschek, Johann Berger, Theodor Jerzabek;

zu Rechnungsaccessisten XI. Rangclasse werden ernannt die Rechnungspraktikanten: Theodor Dauscher, Hans Groyer, Karl Clarici, Anselm Sturm, Paul Doralt, Franz Baumkirchner, Josef Petrak, Cyrill Kollroß, Adolf Männhalter, Franz Müller, Karl Ried, Hans Kern.

Creierung der Rechnungsrathsstelle extra statum an den Gemeinderath.

(752.) **Derselbe** referiert über die Aufnahme von drei Aushilfsdienern und beantragt, drei Aushilfsdiener mit dem üblichen Taglohne von 1 fl. 30 kr. aufzunehmen und zur Rubrik III 13 einen Zuschusscredit in der Höhe des Erfordernisses zu bewilligen.

(Angenommen.)

(622.) **St.-R. Müller** referiert über das Ansuchen der Südbahn-Gesellschaft puncto Concurs zum Bau einer Hütte und eines Schupfens für E. Kubesch auf dem Südbahngrunde X., Vordere Südbahnstraße 1, und beantragt, die vom magistratischen Bezirksamte für den X. Bezirk beantragte Ertheilung des Bauconsenses unter der Bedingung zu bestätigen, dass diese Objete auf Verlangen der Gemeinde Wien jederzeit sofort und ohne Anspruch auf Entschädigung beseitigt werden. (Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **31. Jänner 1895** (nachmittags).

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Grübl.
Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Dr. Klotzberg, Kreindl, Dr. Lederer, Dr. Lueger, Matthies, Mayer, Müller, Dr. Nechansky, v. Neumann, Schlechter, Schneiderhan, Stiaßny, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Entschuldigt: Dr. v. Billing, Boschan.
Krank: St.-R. Rückauf.
Beurlaubt: St.-R. Baugoin.
Experten: Magistratsräthe Philipp, Dr. Sauer, Baurath Winkler.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Weiser.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung.

(701.) **St.-R. Schlechter** referiert über die Preistarife I und II für die Einschaltung von 2600 Stück Wassermessern und beantragt, diese Tarife zur Vereinfachung der Verrechnung mit den Wassermesser-Lieferanten einerseits zu genehmigen und gleichzeitig auch die Einhebung eines 15percentigen Regiezuschlages, wie er bisher üblich war, zu bewilligen. (Angenommen.)

(913.) **Bürgermeister Dr. Grübl** referiert über den Bericht des Stadtanwaltes Dr. Schmitt, betreffend die seitens des k. k. Landesgerichtes Wien erfolgte Bestellung des Johann Schieder und Franz Olbricht zu Sachverständigen für die von Christian Mörzinger-Cabos und Alois Schweinburg angesuchte Beweisaufnahme zum ewigen Gedächtnisse puncto Grundabtretung bei der Realität Conscr.-Nr. und Einl.-Z. 347 Langegasse, VIII. Bezirk.

Referent beantragt, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

(Zur Kenntnis.)

(707.) **St.-R. Schlechter** referiert über das Ansuchen des Siegmund Basch um Erfolglassung der Caution des Wilhelm Germutz für die Wassermesserlieferung und beantragt, dass die seinerzeit für Wilhelm Germutz erlegte Caution, bestehend aus dem Einlagebuche der Neuen Wiener Sparcassa Nr. 61575 mit dem Saldo von 38 fl. 10 kr. und dem Barbetrage von 10 fl., dem abhandlungsbehördlich zur Empfangnahme legitimierten Siegmund Basch ohne Beibringung des Originalerlagscheines unter Umgangnahme von der Beibringung der Amortisationsnachweisung ausgefolgt werde. (Angenommen.)

(647.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Actien-Gesellschaft für Wasserleitungen, Beleuchtungs- und Heizungsanlagen als Ersteherin der Arbeiten für die Abzweigung der Hochquellenleitung um Gewährung wöchentlicher à conto-Zahlungen und beantragt, dem Ansuchen im Sinne des Magistratsberichtes gewährende Folge zu geben. (Angenommen.)

(654.) **Derselbe** referiert über die Schlussrechnung, betreffend die Aufstellung eines Auslaufbrunnens im XIII. Bezirke in der Poststraße, die Verlängerung des Rohrstranges der Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung in der Poststraße bis zur Breitenseerstraße und die Aufstellung eines Feuerhydranten bei der letzteren Straße, sowie die Einleitung des Hochquellenwassers in die städtische Schule im XIII. Bezirke, Preysinggasse 1, und beantragt, die Kostenüberschreitung im bedeckten Betrage von 10 fl. 95 kr. zu genehmigen. (Angenommen.)

(179.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Johann Bosch um Vergütung der vollen Kosten für Asphaltierungsarbeiten an dem Hochquellen-Aquäducte in Baden und beantragt, dem Gesuchsteller im Sinne des am 24. Jänner 1895 aufgenommenen Protokolles nunmehr einen Betrag von 500 fl. zu bewilligen. (Angenommen.)

(755.) **St.-R. Witzelsberger** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Steiner puncto Herstellung einer Brückenwage in Ober-Döbling, XIX. Bezirk, am Theresienplatze (jetzt Gatterburggasse) und beantragt:

1. die Herstellung einer Centesimal-Fuhrwerks-Brückenwage sammt Waghäuschen, und zwar erstere mit Laufgewicht und Registrier-Vorrichtung und einer Tragkraft von 10.000 kg auf der im Commissions-Protokolle vom 5. October 1894, ad M.-Z. 103797, bezeichneten Stelle des Theresienplatzes (jetzt Gatterburggasse) im XIX. Bezirke, Ober-Döbling, im veranschlagten Kostenbetrage von 2210 fl. wird genehmigt;

2. die Lieferung der Brückenwage ist auf Grund der vorliegenden allgemeinen und besonderen Bedingnisse im Wege der beschränkten Offertverhandlung, zu welcher die Firmen C. Schember & Söhne, J. Florenz und P. Hoffmann einzuladen sind, sicherzustellen, wogegen die übrigen Arbeiten im currenten Wege durch die städtischen Contrahenten auszuführen sind;

3. für die Bedienung dieser Wage wird die Bestellung eines geprüften Wagmeisters mit dem Taglohne von 1 fl. 50 kr. und einer Arbeitsdauer von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends an Wochentagen und einer solchen von 6 Uhr früh bis 12 Uhr mittags an Sonn- und Feiertagen, sowie gegen eine beiden Theilen jederzeit zustehende vierzehntägige Kündigung genehmigt;

4. nachdem im Budget-Entwurfe pro 1895 bei der hiezu berufenen Rubrik XXVIII 7 a der Gruppe VII „Effective Auslagen für städtische Brückenwagen" für diese Auslage nicht vorgesorgt erscheint, so ist die Position dieser Rubrik gelegentlich der Berathungen des Budgets im Gemeinderathe um das Erfordernis für die Errichtung der Wage per 2210 fl. und um die Auslagen für den Wagmeister (durch acht Monate täglich 1 fl. 50 kr.) per 360 fl., zusammen also um 2570 fl., zu erhöhen.

(Angenommen; Punkte 3 und 4 an den Gemeinderath.)

(807.) **St.-R. Wurm** referiert über die zwischen der Gemeinde Wien einerseits und der Commission für Verkehrsanlagen in Wien, vertreten durch die k. k. Generaldirection der österreichischen Staatsbahnen, andererseits als Nachtrag zum Übereinkommen vom 29. April 1893 abzuschließende Vereinbarung über die Vertheilung der Kosten solcher Anlagen, welche sowohl die Wienthallinie der Wiener Stadtbahn, als auch die Wienfluss-Regulierung treffen, und beantragt die Genehmigung des nachstehenden

Übereinkommens.

1. Grundeinlösung.

Die gesammte Einlösung von Grundstücken und Objecten, welche innerhalb der Strecke von der Stiegerbrücke bis zur Schlachthausbrücke am linken Ufer für die Wienfluss-Regulierung erforderlich sein wird, ist von der Commission für Verkehrsanlagen auf ihre alleinigen Kosten, und zwar für Rechnung der Stadtbahn, durchzuführen.

Diese Grundeinlösung ist bis an die äußere Baugrenze der linksseitigen Widerlagsmauer auszudehnen. Zum Zwecke dieser Einlösung hat die Gemeinde Wien um die Enteignung einzuschreiten und das Enteignungserkenntnis der k. k. Generaldirection der österreichischen Staatsbahnen zur Verfügung zu stellen.

Gelegentlich der Einlösungen in der obenbezeichneten Strecke wird die Commission für Verkehrsanlagen auch die gesammte Einlösung von Grundstücken und Objecten, welche für die Ausführung der Wienfluss-Regulierung am linken Ufer vom Sechshauser Hofe an bis zur Stiegerbrücke erforderlich sind, auf ihre Kosten für Rechnung der Stadtbahn durchzuführen.

Die Grundeinlösung ist derart rechtzeitig zu bewerkstelligen, dass die Einhaltung des Bauprogrammes der Wienfluss-Regulierung nicht gehindert wird.

Der Erwerb der zwischen der rückwärtigen Flucht der flussseitigen Mauer der Bahnanlage und der linksseitigen Bauwerksgrenze der Wienfluss-Regulierung gelegenen Theile der eingelösten Flächen erfolgt zu Gunsten der Wienfluss-Regulierung; die Commission für Verkehrsanlagen wird daher die Aufnahme dieser Liegenschaften in die betreffenden Grundbücher erwirken.

2. Bauliche Herstellungen.

Hinsichtlich der baulichen Herstellungen zwischen der Stieger- und Schlachthausbrücke gelten folgende Bestimmungen:

Die Kosten jener Herstellungen, welche für die ausschließlichen Zwecke der Wienfluss-Regulierung oder der Stadtbahn zu dienen haben, sind von der betreffenden Unternehmung selbst zu tragen.

Die Kosten jenes von der Gemeinde Wien auszuführenden Mauerantheiles aber, welcher dem Übereinkommen vom 29. April 1893 zugrunde gelegt worden ist, wird die Commission für Verkehrsanlagen der Gemeinde Wien mit dem Betrage von 193 fl. 60 kr. (einhundertneunzigdrei Gulden sechzig Kreuzer) für den Currentmeter des rechtsseitigen Widerlagers der Wieneinwölbung und zwar auf Rechnung der Stadtbahn rückvergüten.

Außerdem wird die Commission für Verkehrsanlagen der Gemeinde Wien nicht nur die Kosten jenes Theiles des Fundamentaushubes sammt Verführung für Rechnung der Stadtbahn ersetzen, welcher in das Kunstprofil der Bahn fällt, und in dem schematischen Querprofile, welches dem Übereinkommen vom 29. April 1893 beigeschlossen ist, mit l n o p q l umschrieben ist, sondern auch die Auslagen für jenen Erdaushub sammt Verführung, welchen die Gemeinde über diese Grenzlinie hinaus aus technischen Gründen (lockeres Terrain, Erdabrutschungen) zu besorgen genöthigt ist. Die Rückvergütung dieser Kosten erfolgt nach Maßgabe jener Auslagen, welche der Gemeinde für die Arbeiten thatsächlich erwachsen sind.

Die Commission für Verkehrsanlagen trägt weiters für Rechnung der Stadtbahn die Kosten der Unterfangungsarbeiten und baulichen Adaptierungen am Gumpendorfer Schlachthause, sowie die Kosten der theilweisen Demolierung und Wiederherstellung von Brücken und Stegen, insoweit diese Arbeiten eine Folge der durch das Bahnproject bedingten Änderung des Regulierungsprojectes sind.

Hingegen verzichtet die Gemeinde Wien auf einen Ersatz für die finanziellen Nachtheile jener Störungen, welche durch die erwähnten Unterfangungsarbeiten und Adaptierungen im Betriebe des Schlachthauses etwa verursacht werden.

Die Commission für Verkehrsanlagen verpflichtet sich, weiters die in der Kreuzung der Gürtelstraße und Wienthalstraße liegenden Strecken der Wienthallinie sofort beim Bahnbau für Rechnung der Stadtbahn einzudecken.

Eine Vergütung für den Verlust an Zinsen, welcher der Gemeinde Wien durch die frühere Ausführung von Mauerwerksanlagen zwischen Stieger- und Schlachthausbrücke, sowie sonstiger zur Erhaltung des Hochwasserabflusses nothwendiger Herstellungen erwächst, sowie einen Ersatz jener Kostenerhöhung, welche sich hiedurch bei der Bauvergebung ergibt, nimmt die Gemeinde Wien nicht in Anspruch.

Ebenso verzichtet die Gemeinde auch auf den Ersatz jener Mehrkosten des Erdaushubes und der Verführung desselben, welche durch die Verschiebung des regulierten Gerinnes verursacht werden.

Hingegen verpflichtet sich die Commission für Verkehrsanlagen, für die Strecke vom Schikanedersteg abwärts gegen die Karolinenbrücke zu die Kuppelung der Wienthallinie mit der Wienfluss-Regulierung durchzuführen und hinsichtlich dieser Strecke bis längstens 31. December 1896 mit der Gemeinde Wien ein Übereinkommen abzuschließen, welches auf denselben Grundsätzen, wie das vorliegende Übereinkommen, beruht, und nach welchem die Commission für Verkehrsanlagen der Gemeinde insbesondere auch die Kosten des obenbezeichneten Mauerantheiles in der Höhe von 193 fl. 60 kr., d. i. einhundertneunzigdrei Gulden sechzig Kreuzer, per Currentmeter für Rechnung der Stadtbahn zu vergüten haben wird.

Gleichzeitig übernimmt die Commission für Verkehrsanlagen die Verpflichtung, die Bahn auch in der Strecke Schikanedersteg—Karolinenbrücke an den Durchkreuzungsstellen mit den bestehenden Straßenzügen sofort einzudecken.

3. Ausführungsmodalitäten.

In Betreff der Ausführung der gemeinsamen Zwecken dienenden Herstellungen werden folgende Vereinbarungen getroffen:

Die rechtsseitige Ufermauer der Wienfluss-Regulierung wird von der Gemeinde Wien ausgeführt.

Das Gleiche gilt von den Unterfangungsarbeiten und baulichen Adaptierungen am Gumpendorfer Schlachthause, sowie von der theilweisen Demolierung und Wiederherstellung von Brücken und Stegen.

Alle übrigen für die Bahn erforderlichen Herstellungen werden von der Commission für Verkehrsanlagen selbst bewirkt.

Schließlich erklären beide Theile, bei der Ausführung der Bauarbeiten und insbesondere bei der Reconstruction der Wienbrücken, sowie der Aufrechthaltung der bestehenden Communication überhaupt, beiderseits das weitestgehende Entgegenkommen beobachten zu wollen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, folgende Weisung an den Magistrat ergehen zu lassen:

Der Stadtrath hält die Nichtausführung der Mauer am linksseitigen Wienflussufer für unzulässig und weist die im Bauamtsberichte enthaltene Begründung für den Verzicht auf die Vergütung der Intercalarzinsen zurück.

Referenten-Antrag mit Weisung Dr. Lueger angenommen. (An den Gemeinderath.)

(568.) **Derselbe** referiert über den Magistratsbericht in Betreff der projectierten Straße von der Akademiestraße gegen den Stephansplatz zur Ferdinandsbrücke und in Betreff des von dem akademischen Senate der Universität geplanten Umbaues der Goldenberg'schen Stiftungshäuser I., Johannesgasse 11 und 13, und beantragt, den Magistrat neuerlich zu beauftragen, das Project der verlängerten Akademiestraße baldigst zur Vorlage zu bringen. (Angenommen.)

(713.) **Derselbe** referiert über die Entsendung eines Bauamtsbeamten zur fünften Conferenz in Zürich zur Vereinbarung einheitlicher Prüfungsmethoden für Bau- und Constructionsmaterialien und beantragt die Bewilligung eines Reisepauschales von 200 fl. für den gedachten Zweck. (Angenommen.)

(256.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über den Ankauf des Hauses Nr. 119 Lerchenfelderstraße, VII. Bezirk, behufs Schaffung eines Zuganges zu dem auf der Realität Or.-Nr. 104 Kaiserstraße, VII. Bezirk, befindlichen Kindergarten und beantragt die Einsetzung eines Comités behufs Ankaufsverhandlung mit der Eigenthümerin der bezüglichen Realität. (Angenommen.)

In das Comité werden die St.-R. Dr. Vogler, Ritt. v. Neumann und Müller gewählt.

(317.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Kleidermacher-Genossenschaft um Überlassung von weiteren zwei Lehrzimmern und der Knaben-Bürgerschule VII., Zieglergasse 49, für ihre Fachschule und beantragt, diese Überlassung unter den im Magistrats-Antrage enthaltenen Modalitäten zu genehmigen. (Angenommen.)

(658.) **Derselbe** referiert über die Supplierung des erkrankten Hilfsturnlehrers Max Grießmayr an der Gumpendorfer Communal-Oberrealschule und beantragt, es werde der Magistrat vorerst beauftragt, zu berichten, ob nicht der gewesene Turnlehrer am Mariahilfer Gymnasium Albin Horn, derzeit in Verwendung am Pädagogium, zur Verfügung stände. (Angenommen.)

(738.) **Derselbe** referiert über die Dienstesenthebung des katholischen Religionslehrers an der Gumpendorfer Communal-Oberrealschule Wilhelm Kuttik und beantragt:

1. Es sei der zum katholischen Religionslehrer im k. und k. Officierstöchter-Erziehungs-Institute in Hernals ernannte P. Wilhelm Kuttig, bisher definitiver katholischer Religionslehrer an der Gumpendorfer Communal-Oberrealschule, vom 14. Jänner 1895 angefangen bis zum Schlusse des I. Semesters des Schuljahres 1894/95 in seiner letztgenannten Eigenschaft gegen Carenz seiner sämmtlichen communalen Bezüge zu beurlauben und vom 16. Februar 1895 an im Hinblicke auf den Stadtraths-Beschluss vom 18. December 1894, Z. 9978, seines Dienstes an der genannten communalen Mittelschule unter Einstellung seiner Bezüge endgiltig zu entheben;

2. es sei vom 14. Jänner 1895 angefangen auf die Dauer des Schuljahres 1894/95 der Cooperator der Pfarre St. Leopold im II. Bezirke P. Adolf Gersch als Supplent für den katholischen Religionsunterricht an der Gumpendorfer Communal-Oberrealschule mit einem Lehrpensum von 18 Wochenstunden (inclusive Messe und Exhorte) zu bestellen und demselben die Remuneration nach dem Maßstabe von 720 fl. pro Jahr (Bezug gleich dem an Staatsmittelschulen) anzuweisen. (Angenommen.)

(735.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Vereines für Knabenhandarbeit um Überlassung von Localitäten in den Schulen VII., Zollergasse 41 und Neubaugasse 42, während der Osterferien 1895 und beantragt, dieses Ansuchen unter den im Magistrats-Antrage enthaltenen Modalitäten zu genehmigen. (Angenommen.)

(437.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Karl Wurst, Waisenhausvaters, VII., Kaiserstraße 92, um Bestellung einer weiblichen Lehrkraft zur Ertheilung des Correpetitionsunterrichtes an die Zöglinge und beantragt:

1. für diesen Zweck eine Correpetitionslehrerin (Volks- oder Bürgerschullehrerin) gegen ein monatliches Honorar von 20 fl. jedoch ohne Bequartierung und ohne Verpflegung also extern bis auf weiteres zu bestellen;

2. die Aufnahme und Entlassung derselben werde dem Waisenhausvater überlassen.

St.-R. Dr. Lederer beantragt, es habe die Bestellung durch den Magistrat zu erfolgen.

Referenten-Antrag mit Modification Dr. Lederer angenommen.

(Schluss der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

Commission für Verkehrsanlagen.

9. Februar 1895.

Die Zahl der bei der Ausführung der Wiener Verkehrsanlagen verwendeten Arbeiter hat in der abgelaufenen Woche 1288 betragen; hievon waren 776 am Bau des Schleusencanales nächst Nussdorf, 423 an der Vororte-, Gürtel- und Wienthallinie der Stadtbahn, 89 beim Bau des Sammelcanales auf dem rechten Wienflussufer beschäftigt; außerdem standen in Verwendung beim Schleusenbau 4 Dampfmaschinen und 1 Fuhrwerk, bei den Bahnbauten 1 Dampfmaschine und 21 Fuhrwerke, beim Bau des Sammelcanales 5 Fuhrwerke.

Approvisionierung.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 2. bis 9. Februar 1895.

1. Fleischsendungen:

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . .	292.706 kg	(Davon aus Niederösterreich — 181.408; aus Ober-Österreich — 481; aus Steiermark — —; aus Tirol — —; aus Mähren — 6.588; aus Galizien — 88.371; aus Ungarn — 14.408; aus der Bukowina — 1450; aus Krain — —; aus Bosnien — —; aus Amerika — — kg)
Kalbfleisch . . .	22.099 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 716; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — 76; aus Galizien — 21.276; aus Ungarn — 31; aus der Bukowina — — kg)
Schaffleisch . . .	820 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 32; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — —; aus Galizien — 599; aus Ungarn — 157; aus Croatien — —; aus der Bukowina — 32 kg)
Schweinfleisch . .	77.045 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 42.068; aus Ober-Österreich — —; aus Böhmen — 104; aus Steiermark — —; aus Mähren — 1.622; aus Galizien — 24.899; aus Ungarn — 8.352; aus Croatien — —; aus der Bukowina — — kg)
Kälber	1.890 Stück	(Davon aus Nieder-Österreich — 128; aus Ober-Österreich — 10; aus Salzburg — —; aus Mähren 42; aus Galizien — 1.666; aus Ungarn — 42; aus der Bukowina — 2 St.)
Schafe	197 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 192; aus Ober-Österreich — —; aus Kärnten — —; aus Mähren — —; aus Galizien — 3; aus der Bukowina — ; aus Ungarn — 2; aus Croatien — — St.)
Schweine . . .	901 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 59; aus Mähren — 10; aus Galizien — 808; aus Böhmen — —; aus Ungarn — 24 St.)
Lämmer	74 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 62; aus Mähren — 3; aus Galizien — 3; aus Ungarn — 6 St.)

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	Siedfleich	von	28	bis	72	kr.	per Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„	50	„	90	„	„ „
„	Amerikanisches: vorderes		—		—	„	„ „
„	„ hinteres . . .		—	bis	—	„	„ „
Kalbfleisch		von	40	„	83	„	„ „
Schaffleisch		„	50	„	56	„	„ „
Schweinfleisch		„	46	„	75	„	„ „
Kälber		„	40	„	66	„	„ „
Schafe		„	40	„	50	„	„ „
Schweine		„	40	„	60	„	„ „
Lämmer		„	4	„	5½	fl.	per Stück.

Die Zufuhr an Fleischwaren war gegenüber der in der Vorwoche fast gleich, die Kauflust lebhaft.

Rindfleisch, Schweine und Schafe gewannen 2 bis 4 kr., das übrige blieb fest.

* * *

Pferdemarkt vom 8. Februar 1895.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 451 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 70—290 fl. per Stück.
„ „ Schlachtpferde . . . . . 18— 60 „ „

Der Markt war lebhaft.

* * *

Schlachtviehmarkt vom 11. Februar 1895.

1. Auftrieb.

Mastvieh 2761, Weidevieh —, Beinlvieh 875.
Summa . 3636.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere . .	1669
Galizische „ . . .	519
Deutsche „ . . .	1357
Büffel „ . . .	91

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	2845
Stiere	302
Kühe	489

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht mit Percentabzug.

Ungar. Schlachtthiere	von	52	bis	65	fl.
(extrem .	„	66	„	67	„)
Galiz. Schlachtthiere	„	53	„	62	„
(extrem .	„	63	„	64	„)
Deutsche Schlachtthiere	„	54	„	68	„
(extrem .	„	—	„	—	„)
Weidevieh	„	—	„	—	„

Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Percentabzug (auf dem heutigen Markte 36½ bis 45%), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung:
a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung;
b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt ꝛc.;
c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt ꝛc., zugesteht.

b) Preis per 100 kg Lebendgewicht ohne Percentabzug:

Ochsen	von	22	bis	36 fl.
Stiere	„	25	„	37 „
Kühe	„	23½	„	34 „
Büffel	„	20	„	29 „
Beinlvieh	„	20	„	23 „
Weidevieh	„	—	„	— „

c) Preis per Stück:

Beinlvieh . . . von 37 bis 78 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nichts gehandelt.

Unverkauft blieben:

Ochsen	47 Stück
Beinlvieh	12 „

Gegen den letzten Monatsmarkt wurden um 904 Stück Schlachtthiere weniger aufgetrieben. Die Kauflust war infolge des stark verminderten Auftriebes lebhaft, daher die Preise eine Steigerung von 1 bis 2 fl. per 100 kg erfahren haben.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 9. Februar 1895.

a) Getreide.

Weizen	(Qualitätsgewicht per 1 hl 78—82 kg)	von	6 fl.	55 kr.	bis	7 fl.	30 kr.
Roggen	(„ „ „ „ 72—78 „)	„	5 „	50 „	„	5 „	90 „
Gerste		„	5 „	— „	„	8 „	80 „
Mais		„	6 „	70 „	„	7 „	35 „
Hafer		„	6 „	10 „	„	6 „	95 „

b) Mahlproducte.

Grieß		von	11 fl.	— kr.	bis	12 fl.	50 kr.
Weizenmehl	alte Type	„	5 „	— „	„	12 „	50 „
	neue „	„	5 „	90 „	„	12 „	20 „
Roggenmehl		„	6 „	— „	„	11 „	— „
Weizenkleie		„	3 „	75 „	„	4 „	— „
Roggenkleie		„	4 „	— „	„	4 „	15 „

Städtisches Lagerhaus.

Vom 31. Jänner bis 7. Februar 1895.

Waren eingelagert	15.380 Meter-Centner
„ ausgelagert	22.189 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 7506 Meter-Centner.

Lagerstand vom 7. Februar 1895: 343.459 Meter-Centner, und zwar:

68.316	Meter-Centner	Weizen,	83.134	Meter-Centner Roggen,
65.522	„	Gerste,	36.877	„ Hafer,
2.401	„	Mais,	31.814	„ Ölsaaten,
17.279	„	Mehl u. Kleie,	1.836	„ Wein,
2.890	„	Zucker,	—	Hektoliter à 100% Spiritus.

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 3,124.980 fl. öst. Währ.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 7. Februar bis 11. Februar 1895:

Für Neubauten:

II. Bezirk: Haus, Engerthstraße, Baustelle 8, Gruppe XXIII B, von Rud Langer, Bauführer Karl Langer (728).
„ „ Haus, Bellegardegasse, Grundb.-Einl. 123, von Vincenz Zlabinger, Bauführer Matth. Tascher (700).
IV. Bezirk: Haus, Favoritenstraße 36, von Ferd. und Franz Katzer, Bauführer C. Holzmann (721).
V. Bezirk: Haus, Oppelgasse, Grundb.-Einl. 890, von Margaretha Glisch, Diehlgasse 37, Bauführer J. Witzmann (680).
VI. Bezirk: Haus, Gumpendorferstraße 33 (Eckbaustelle), von Katharina Kaftan, I., Engelgasse 1, Bauführer Franz Wagner (693).
„ „ Haus, Gumpendorferstraße 33 (Mittelbaustelle) von Katharina Kaftan, Engelgasse 1, Bauführer Franz Wagner (694).
„ „ Haus, Magdalenenstraße 59, von Michael Taubinger, Bauführer G. Löwitsch (703).
IX. Bezirk: Haus, Bindergasse 6, Pfluggasse 9 und 11, von Dr. Heinrich Klitsch, XIX., Hasenauergasse 37, Bauführer Joh. Ev. Hattey (723).
„ „ Haus, Ayrenhofgasse, Grundb.-Einl. 926, von Dr. Heinrich Klisch, XIX., Hasenauergasse 37, Bauführer Joh. Ev. Hattey (724).
XIII. Bezirk: Wohnhaus, Hietzing, Gallgasse, Einl.-Z. 232, Parc. 439/2, von Josef Drbal, Bauführer Karl Mühlhofen, Maurermeister (3850).
XVII. Bezirk: Drei Stock hohes Wohnhaus, Hernals, Wichtelgasse, Einl.-Z. 1201, von Ferdinand Meißner, Baumeister, XVI., Peyerlgasse 17 (5198).
XVIII. Bezirk: Haus, Währing, Säulengasse 5, Einl.-Z. 1402, von Karl und Julie Edinger, Sempergasse 22, Bauführer Franz Natzler, Maurermeister (4119).

Für Umbauten:

XIV. Bezirk: Drei Stock hohes Wohnhaus, Sechshaus, Hauptstraße 27, von Josef Duschek, ebenda, Bauführer Karl Brunner (4082)
„ „ Drei Stock hohes Wohnhaus, Sechshaus, Hauptstraße 9, von Heinrich Fischer, II., Große Mohrengasse, Bauführer Edmund Melcher (3722).

Für Zubauten:

II. Bezirk: Am Tabor 4, von Alex. Friedmann, durch Dr. Richard Lewy, Bauführer Al. Frömmel (658).
IV. Bezirk: Hofquertract, Frankenberggasse 7, von Heinrich Adam, Alleegasse 36, noe. P. und C. Habing, Bauführer Al. Schumacher (732).
XVI. Bezirk: Ebenerdiger rechter Seitentract, Neulerchenfeld, Thaliastr. 24, von Franz und Francisca Bock, ebenda, Bauführer Franz Bock (6148).
XVII. Bezirk: Haus, Dornbach, Heuberggasse 36, von F. G. Tallian, VII., Mariahilferstraße 44, Bauführer Joh. Steinmetz (5199).

Für Adaptierungen:

II. Bezirk: Wallensteinstraße 63, von Johann Schlesak, Bauführer ? (713).
IV. Bezirk: Frankenberggasse 7, von Heinrich Adam, Alleegasse 36, noe. P. C. Habig, Bauführer Al. Schumacher (731).
VI. Bezirk: Esterházygasse 15 — 15 a, von Karl Hulanicky, noe. Georg Koimzoglu, Bauführer K. Brunner (701).
„ „ Wallgasse 3, von Josef Mickel, XVI., Fröbelgasse 16, Bauführer Ed. Schätz (715).
XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Thaliastraße 34, von der Commandit-Gesellschaft Albin Rebenhei & Comp., ebenda, Bauführer Franz Bock (6147).
„ „ Neulerchenfeld, Thaliastraße 26, von Johann und Anna Bogatay, ebenda, Bauführer Edmund Czada (6484).
„ „ Neulerchenfeld, Burggasse 128, von Arnold Widda, ebenda, Bauführer Michael Göd (6720).
„ „ Ottakring, Wattgasse 49, von Georg Kowarik, XVIII., Weitlofgasse 9, Bauführer derselbe (6846).
XVII. Bezirk: Hernals, Sautergasse 6, von Andreas Kühlsamer, Bauführer ? (4926).

Für diverse (geringere) Bauten:

XIII. Bezirk: Schupfenbau, Hietzing, Glasauergasse 34, von Joh. Glasauer, Bauführer Anton Trillsam, Stadtbaumeister (3973).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

IV. Bezirk: Schleifmühlgasse, Grundb.-Einl. 975, von dem I. Wiener Turnverein (711).
XVI. Bezirk: Ottakring, Bachgasse 29, von Josef Schmalhofer, ebenda (6356).
XVII. Bezirk: Bauparcelle, Dornbach, Dornbacherstraße 70, von Franz Glaser (4893).
XVIII. Bezirk: Umbau eines Hauses, Währing, Gentzgasse, Ecke der Kutschkagasse 44, von Alois Sallatmeyer (4206).
XIX. Bezirk: Einl.-Z. 986, Parc. 870/75 Döbling, Dittesgasse, von Camillo Hans Bermüller (2926).

Demolierungsanzeigen wurden überreicht:

III. Bezirk: Fasangasse 18, von Karl Drechsler, VIII., Laudongasse 46 (702).
„ „ Gstettengasse 13, von Heinrich Winkler, Baumeister (730).
V. Bezirk: Matzleinsdorferstraße 11, von Georg Strohmayer, Maurermeister (697).
VI. Bezirk: Mariahilferstraße 112, von Moriz und Josef Stursny, Baumeister (734).
XVIII. Bezirk: Währing, Gentzgasse 31, Kutschkergasse 44, von S. J. Stern, Cottagegasse 16, Demolierender ? (4131).

Bauconsense wurden ertheilt:

vom 1. Jänner bis 31. Jänner 1895:

a) Für Neubauten:

IV. Bezirk: Haus, Schleifmühlgasse, Grundb.-Einl. 730, an Em. und Ed. Schweinburg, Baumeister.
V. Bezirk: Landwehrkaserne, Stolberggasse, Grundb.-Einl. 1691, an L. C. Zamarski, durch Dr. Rudolf Polak, Bauführer D. Zifferer.
IX. Bezirk: Haus, Sobieskigasse und Sechsschimmelgasse, Grundb.-Einl. 1515, an Auguste Tischler, Bauführer Josef Tischler.
XI. Bezirk: Schöpfwerk für Straßenbespritzung, Simmering, Simmeringerstraße, Parcelle, an die Gemeinde Wien, Bauführer ?
XVIII. Bezirk: Wohn- und Geschäftshaus, Währing, Lustkandlgasse, Ecke der Säulengasse, Einl.-Nr. 884, Grundparc. Nr. 8/16 und Grund im IX. Bezirke, Cat.-Parc. Z. 527/23, an Josef und Marie Weer-Thomayer, Döblingerstraße 49, Bauführer Johann Dolezal, Baumeister.

b) Für Umbauten:

III. Bezirk: Haus, Baumgasse 32, an Pabst'sche Erben, Bauführer C. Reichstätter.
VII. Bezirk: Haus, Lerchenfelderstraße 94, 96 und 98, an Ludw. Zatzka, Baumeister.
VIII. Bezirk: Haus, Lerchengasse 21, an Max Wertheimer, IX., Grüne Thorgasse 2, Bauführer J. Dolezal.

c) Für Zubauten:

II. Bezirk: Fabriks-Zubau, Dresdnerstraße 107, an Brüder Scherb, Bauführer Luckeneder & Miserofski.
„ „ Afrikanergasse 5, an C. Klinkosch, Bauführer Johann Nowak.
„ „ Schiffmühlenstraße, Grundb.-Einl. 4365 bis 4374, an Ferd. Edlinger, VI., Mollardgasse 12 a, Bauführer Ed. Schätz.
„ „ Engerthstraße 199, an die Int. Elektricitäts-Gesellschaft, Bauführer Al. Schumacher.
XI. Bezirk: Simmering, Hauptstraße 117, an Ferd. und Rosa Hametner, Meichelstraße 21, Bauführer Ant. Heindl.
XII. Bezirk: Veranda, Hetzendorf, Kiningergasse 6, an Susanna Kapeller, Bauführer Franz Prosser.
XIII. Bezirk: Hoftract, Penzing, Hauptstraße 35, an Otto Bondy, Bauführer Jul. Stättermayer.
XV. Bezirk: Ebenerdiger Zubau, Fünfhaus, Fünfhausgasse 1, an A. M. Schramm, Bauführer Ettmayer.
XVII. Bezirk: Hernals, Taubergasse 11, an Johann Kugler, Bauführer Vinc. Haschek.

d) Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Bräunerstraße 9, an Josef Mayer, Maurermeister.
„ „ Marc Aurelstraße 9, an Franz List, Baumeister.
„ „ Walfischgasse 15, an Anton Ypser, Maurermeister.
„ „ Neuer Markt 8, an Emanuel Kamenicky, Baumeister.
„ „ Kärnthnerstraße 10—12, an A. Gerstner & Joh. Menda, Bauführer M. & J. Stursny.
„ „ Kolowratring 9, an Dr. Rechen, Bauführer M. Göd.
„ „ Walfischgasse 1—3, an Dr. Wilh. Mauthner v. Mauthstein, Bauführer M. & J. Stursny.
„ „ Rothenthurmstraße 7, an die Allg. österr. Baugesellschaft.
„ „ Salzgries 5, an Franz Demal, Zimmermeister.
„ „ Latzenhof 2, an Friedrich Dirnberger, Maurermeister.
II. Bezirk: Dammstraße 22, an Adolf Hirsch, Bauführer J. Matschinger.
„ „ Obere Augartenstraße 22, an N. Kitschales, Bauführer C. Lang.
„ „ Lessinggasse 10, an Franz Natzler, Maurermeister.
„ „ Brigittagasse 4, an Pittel & Brausewetter, noe. Gottfried Hartung.
III. Bezirk: Untere Weißgärberstraße 26, an Max Zoffi, Bauführer ?
„ „ Apostelgasse 27, an Moses Ehrlich, Bauführer A. Prolesch.
„ „ Löwengasse 18, an J. Stubenvoll, Bauführer Johann Witzmann.
„ „ Hauptstraße 20, an Richard Schleucher, Bauführer ?
„ „ Kölbelgasse 9, an August Titz, Maurermeister.
„ „ Hetzgasse 3, an Karl Quidenus, Baumeister.
IV. Bezirk: Große Neugasse 8, an Ferd. Schindler, Baumeister.
„ „ Hechtengasse 13, an C. Föhr, Bauführer Frauenfeld & Berghof.
„ „ Schönburggasse 24, an Franz Fehlinger, Bauführer ?
V. Bezirk: Castelligasse 19, an Marie Ettenfellner, Bauführer Joh. Neuwirth.
„ „ Reinprechtsdorferstraße 49 a, an Heinrich Winkler, Baumeister.
„ „ Kompertgasse 1, an Lazar Stier, Bauführer A. Niederdorfer.
„ „ Wienstraße 89 b, an Karl Schönbichler, Bauführer Anton Sikora.
„ „ Siebenbrunnengasse 50, an Valentin Kusig, Bauführer F. Ebelshuber.
„ „ Steinbauergasse 23, an Roman Biber, Bauführer Ed. Schätz.
„ „ Kohlgasse 42, an Paul Dumont, Bauführer O. Laske.
VI. Bezirk: Stumpergasse 11, an Ferd. Schindler, Baumeister.
„ „ Gumpendorferstraße 95, an Karl Haas, Bauführer Anton Honus.
„ „ Stiegengasse 20, an Hermann Wilk, für Anton Slaby, Bauführer Joh. Fesemayer.
„ „ Millergasse 42, an Marcus Abeles, Bauführer Franz Weiß.
„ „ Windmühlgasse 1, an Ludwig Schoderböck, Baumeister.
VII. Bezirk: Westbahnstraße 32—34, an Marie Bader, Bauführer Joh. Chalusch.
„ „ Neubaugasse 12, an Friedrich Dirnberger, Maurermeister.
„ „ Burggasse 40, an Leop. Witzmann, Maurermeister.

VIII. Bezirk: Schmidgasse 18, an Josef Rain, Bauführer Mich. Göd.
" " Strozzigasse 8, an Norbert März, Bauführer Ferdinand Hofer.
IX. Bezirk: Sechsschimmelgasse, Grundb.-Einl. 1512, an Peregrin Zimmermann, Maurermeister.
" " Servitengasse 11, an Eduard Schweinburg, Baumeister.
" " Eisengasse 23, an Theodor Grohmann, Bauführer J. Fesemayer.
" " Alserbachstraße 13, an Josef Kugler, Bauführer Leopold Scherer.
XII. Bezirk: Hetzendorf, Kinningergasse 6, an Susanne Kapetter, Bauführer Johann Proßer.
" " Hetzendorf, Kinningergasse 21, an Friedrich Bohn, Bauführer Johann Proßer.
" " Unter-Meidling, Ignazgasse 21, an Anton Zdimal, Bauführer Josef Hartl.
XIII. Bezirk: Hietzing, Küniglberg 1, an Th. R. v. Taussig, Bauführer C. König.
" " Hietzing, Trauttmansdorffgasse 25, an Louis Frisch, Bauführer Josef Kopf.
" " Hietzing, Lainzerstraße (25) 33, an Esther Rottner, Bauführer Theodor Bauer.
" " Penzing, Hauptstraße 118 (116), an Brazdil Schmoll, Bauführer Karl Freitag.
" " Hietzing, Lainzerstraße 19, an Heinrich Janach, Bauführer Karl Mühlhofer.
XIV. Bezirk: Rudolfsheim, Gemeindegasse 4, an Anton Schneider, Bauführer Franz Zoder.
" " Rudolfsheim, Schönbrunnerstraße 50, an Johann Löschner, Bauführer ?
" " Rudolfsheim, Plankengasse 2, 4, 6, 8, an A. H. Sueß & Söhne, Bauführer ?
" " Rudolfsheim, Buchgasse 45, an Josef Büchl, Bauführer Rehazek.
" " Rudolfsheim, Märzstraße 96, an Rudolf Mayer, Bauführer Rehazek.
" " Rudolfsheim, Buchgasse 39, an Gottfried Alber, Bauführer derselbe.
" " Rudolfsheim, Cardinal Rauscherplatz 5, an J. Pattak, Bauführer Brantner.
" " Rudolfsheim, Buchgasse 37, an G. Alber, Bauführer derselbe.
XVI. Bezirk: Ottakring, Wilhelminenstraße 24, an Ignaz Hauswirth, ebenda, Bauführer Johann Binder.
" " Ottakring, Hauptstraße 143, an Adolf und Karoline Stefan, ebenda, Bauführer Wilhelm Maisser & Franz Roth.
" " Ottakring, Hauptstraße 165, an Wilhelm Dittrich, ebenda, Bauführer Laurenz Prigl.
" " Ottakring, Wilhelminenstraße 51, an Sylvester Schieder, ebenda, Bauführer Laurenz Prigl.
" " Ottakring, Lienfeldergasse 35, an Franz Zeiner, ebenda, Bauführer Franz Haslinger.
" " Ottakring, Wilhelminenstraße 24, an Sante Pini, XVI., Schulgasse 27, Bauführer ?
" " Neulerchenfeld, Neumayergasse 24, an Martin und Francisca Schobel, XVI., Brunnengasse 21, Bauführer Jos. Baldia.
" " Ottakring, Liebhartsgasse 9, Consc.-Nr. 657, an Karl und Barbara Antl.
" " Neulerchenfeld, Gaullachergasse 20, an Georg und Marie Heitl, Bauführer Josef Seichert.
" " Neulerchenfeld, Gaullachergasse 37, an R. v. Kuffner, Ottakring, Hauptstraße 73, Bauführer A. Zagorsky.
" " Neulerchenfeld, Peyerlgasse 2, an Franz Hergesell, ebenda, Bauführer W. Lischka.
" " Ottakring, Gablenzgasse 26, an E. A. Eiselt, ebenda, Bauführer Adalbert Bachner.
XVII. Bezirk: Hormayrgasse 1, an Franz Albertini, Bauführer Anton Honus.
XIX. Bezirk: Döbling, Hardtgasse 23, an Anna Heidl, Bauführer Fr. Feigl.

e) Für diverse (geringere) Bauten:

II. Bezirk: Lichthofeindeckung, Obere Augartenstraße 76, an Karoline Reinek, Bauführer R. Ph. Waagner.
" " Schupfe, Kronprinz Rudolfstraße 9, an M. Stecker, Thomas Fink, Zimmermeister.
" " Wächterhaus, Kronprinz Rudolfstraße, Parc. 1633 und 4026/2, an Rudolf Reichelt, Baumeister.
" " Wasserläufe, Reconstruction, Pazmanitengasse 5, an Ludwig Schoderböck, Baumeister.
" " Wagenremise, Kagraner Reichsstraße, Grundb.-Einl.-Z. 3799 an Moriz, Wilhelm und Karl v. Kuffner, R. Reinhart, Zimmermeister.
" " Schupfe, Dresdnerstraße 111, an Marie Kabath, Bauführer Martin Neubauer.
II. Bezirk: Schupfe, Dresdnerstraße 42 bis 46, an Josef Friedländer, Bauführer O. Pönisch.
III. Bezirk: Atelier, Rennweg 69, an Josef Meninger, Bauführer Ed. Grünauer.
" " Glühofen, Hauptstraße 109, an Karl Jahn, Schlossermeister.
" " Reisnerstraße 4, an Mademoiselle de Blairville für Honesuisse, Bauführer E. Konradi.
V. Bezirk: Schupfe, Mauthhausgasse 2, an Josef Kaiser, Bauführer G. Strohmayer.
VI. Bezirk: Stiege, Mariahilferstraße 31, an Ludwig Schoderböck, Baumeister.
" " Atelier, Stumpergasse 57, an Franz Bradna, Wienstraße 79, Bauführer F. Mörtinger.
VII. Bezirk: Rohrcanal, Apollogasse 8, an Marie Chwalla, Bauführer M. & J. Sturany.
IX. Bezirk: Hauscanal, Nussdorferstraße 33, an Ludwig Schoderböck, Baumeister.
XI. Bezirk: Abortvermehrung, Simmering, Hauptstraße 30, an Filipp & Marca, III., Ungargasse 9, Bauführer Karl Michna.
" " Jauchensammelgrube, Simmering, 6. Landengasse 80, an Josef Moulik, ebenda, Bauführer Ferdinand Kaindl.
XII. Bezirk: Dampfschornstein, Ober-Meidling, Schönbrunnerstraße 128, an die Firma Charles Gloxin, Bauführer Ludwig Gußenbauer.
XIII. Bezirk: Canal, Penzing, Ameisgasse 20, an Julie Kirsch, Bauführer J. Stättermayer.
" " Canal, Hietzinger Hauptstraße 9, an Wilhelmine Gräfin Becsey, Bauführer Josef Kopf.
" " Schupfen, Breitensee, Antonsgasse 13, an Anna Demel.
" " Schupfen, Baumgarten, Hütteldorferstraße 205, an Ferdinand Piatnik, Bauführer ?
XVII. Bezirk: Hauscanal und zwei Aborte, Dornbach, Hauptstraße 113, an Franz Baumgruber, Bauführer Johann Steinmetz.
" " Dampfmotor, Dornbach, Urbangasse 13, an A. und Franz Hübner, Bauführer?
" " Portal- und Sonnenschutzplache, Dornbach, Jörgerstraße 36, an Josef Schedlbauer, Bauführer L. Robicsek.
" " Hauscanal und zwei Aborte, Dornbach, Hauptstraße 108, an Susanna Wichart, Bauführer Franz Glaser.
" " Hauscanal und zwei Aborte, Dornbach, Hauptstraße 111, an Elisabeth Herberth, Bauführer Joh. Steinmetz.
" " Dornbach, Hauptstraße 94, an Antonie Benierschke, Bauführer Heinrich Glaser.
XIX. Bezirk: Magazin, Döbling, Nußwaldgasse 14, an J. Zacherl, Bauführer Zimmermeister Österreicher.
" " Steinzeugrohr-Canalisierung, Döbling, Sieveringerstraße 14, an Eduard Spieß, Bauführer Eduard Spieß.

f) Für Stockwerks-Aufsetzungen:

VI. Bezirk: Millergasse 42, an Marcus Abeles, Bauführer Franz Weiß.

g) Parcellierungen wurden bewilligt:

XIII. Bezirk: Penzing, Grundb.-Einl.-Z. 526, an Rosa Wirth und Louise Seyrl durch Dr. Ignaz Pollak.

h) Baulinien wurden bestimmt:

I. Bezirk: Für die Rauhensteingasse.
III. Bezirk: Für die Neulinggasse.

Gewerbeanmeldungen vom 6. Februar 1895.

(Fortsetzung.)

Seemann Emma — Verschleiß von Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten, Kurzwaren von an keine Concession gebundenen Drucksorten — VII., Lerchenfelderstraße 117.

Zweigelt Josef — Verschleiß von Salpeter, Schwefel- und Salzsäure, dann von krystallisiertem Kupfer- und Eisenvitriol, von Pech- und Schmelzziegeln aus Thon und Graphit — VII., Zieglergasse 67.

Löwy Eleonore — Verschleiß von rohem Thee und Gebäck — XV., Goldschlagstraße 27.

Poszpesny Paul — Verschleiß von rohem Thee und Gebäck — XV., Neubaugürtel 34.

Steiner Marie — Victualien-Verschleiß — VIII., Lenaugasse 17.

Grundler Georg — Waffenhandel — IX., Wiener Trödlerhalle, Zelle 55.

Fürst Ludwig — Webwaren-Erzeugung — VI., Liniengasse 33.

Geider Katharina — Weißnäherin — XIII., Bartholomäusgasse 6.

Baumann Alois — Zimmer- und Decorationsmaler — IX., Rögerg. 12.

Binder Anton — Zimmermaler — VII., Neustiftgasse 43.

Lang Katharina — Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — VIII., Feldgasse 3.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 7. Februar 1895.

Kanhäuser Georg — Bäcker — XVII., Mayssengasse 20.
Kreutzer Ludwig — Bildhauer — XIV., Rauchfangkehrergasse 23/25.
Spiegler Rosa — Brantweinschank — XVII., Palffygasse 21.
Steiner Laurenz — Buchbinder — XVI., Stillfriedplatz 1.
Fuchs David — Commissionshandel mit Manufacturwaren — I., Börsegasse 9.
Wolf Josefine — Commissionshandel mit Teppichen, Vorhängen und Ölgemälden — VI., Mariahilferstraße 35.
Hadrawa Johann — Drechsler — XVI., Ottakring, Hoferplatz 2.
Hirsch Barbara — Drechsler — XVI., Neulerchenfeld, Bertoligasse 3.
Gottlieb Moriz — Erzeuger von Essig und Spirituosen — III., Obere Weißgärberstraße 19.
Mayer Max — Erzeugung von Parfumeriewaren auf kaltem Wege — I., Kärnthnerstraße 32 a.
Rampf Karl — Fassbinder — XVI., Gaullachergasse 33.
Mück Josefine — Feinputzerei — XVI., Habichergasse 29.
Rückauf Franz jun. — Fiaker 415 — I., Hotel Imperial.
Wunderbaldinger Josef — Friseur — I., Stadiongasse 10.
Beyer Richard — Gastwirt — XVI., Wichtelgasse 12.
Fuchshofer Johann — Gastwirt — XVI., Odoakergasse 19.
Müller Johanna — Gastwirtsgewerbe — XIV., Felberstraße 108.
Weckel Johann — Gastwirt — XVI., Herbststraße 32.
Albrecht Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Dettergasse 3.
Babler Alois — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Pramergasse 12.
Binder Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Schönbrunnerstraße 131.
Burghart Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Josefsgasse 10.
Fischer Alexander — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Hofferplatz 9.
Mager Hermann — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Kärnthnerstraße 51.
Reinek Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Klimschgasse 22.
Cihlář Anna — Grünwaren-Verschleiß — X., Senefeldergasse 79.
Brazda Anton — Halten eines Eislaufplatzes — XVI., Neulerchenfeldergürtel 46.
Himmel Anton — Kaffeesieder — XVI., Neulerchenfelderstraße 84.
Kadletz Leopoldine — Kaffeeschank — XII., Eichenstraße 44.
Lackstätter Johanna — Kaffeeschank — XVI., Brunnengasse 46.
Müller Albert Ernst — Kaffeesieder — I., Salzgries 23.
Schober Josef — Kaffeesieder — XVIII., Kutschkergasse 1.
Beer Therese — Damenkleidermacherin — XVII., Bergsteiggasse 41.
Hanak Josef — Herrenkleidermacher — VIII., Strozzigasse 31.
Kovař Karl — Kleidermacher — XVI., Thaliastraße 16.
Steinschauer Michael — Herrenkleidermacher — XVII., Gschwandnergasse 22.
Frisch Josef — Kleinhandel mit Holz, Kohle und Coaks — X., Raaberbahngasse 9.
Richter Marie — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — I., Salzgries 11.
Tochtermann Fischl — Ledergalanteriewaren-Erzeuger — I., Tiefer Graben 29.
Koch Eduard — Marktvictualienhandel — XVI., Markt in der Brunnengasse.
Binder Johann — Mechaniker — IX., Clusiusgasse 23.
Kalab Anton — Miedermacher — VI., Gumpendorferstraße 114.
Hammer Katharina — Pfaidlerin — VI., Magdalenenstraße 4.
Frauenhofer Helene — Photographengewerbe — XVI., Hoferplatz 5.
Grünmann Ida — Privatlehranstalt für Maßnehmen, Schnittzeichnen und Kleidermachen — I., Rauhensteingasse 1.
Kochwasser Victoria — Privatlehranstalt für Maßnehmen, Schnittzeichnen und Kleidermachen — I., Fleischmarkt 12.
Poppović Nikolaus — Privilegiumsinhaber — V., Blechthurmgasse 1.
Pisk Salomon — Provisionsagent — X., Gellertgasse 3.
Kühn Edmund — Putzen von Spielkarten — XVII., Haslingergasse 58.
Adolf Franz — Schuhmacher — VI., Schmalzhofgasse 18.
Hank Matthias — Schuhmacher — V., Hundsthurmerplatz 2.
Giovanazzi Constante — Schleifer — III., Seidlgasse 17.
Denner Matthias — Spirituosenhandel — X., Quellengasse 7.
Maixer Katharina — Spirituosen-Verschleiß in handelsüblich verschlossenen Gebinden und Flaschen — IX., Rossauerlände 13.
Hermann Elise — Stadtlohnwagen — XII., Niederhofstraße 14/16.
Zeisel Ida — Thee- und Sodawasser-Verschleiß — XII., Hauptstr. 14.
Brabetz Josef — Tischler — XVII., Zeillergasse 90.
Elger Josef Anton — Tischler — XVI., Herbststraße 41.
Knöll Anton — Tischler — XVI., Abelegasse 18.
Kotzba Josef — Tischler — XII., Kriechbaumgasse 27.
Krtzca Nikolaus — Tischler — XVI., Grundsteingasse 8.
Turnitz Raimund Karl — Uhrmacher — VIII., Langegasse 11.
Martinovits Anna — Verschleiß von rohem russischen Thee — XIV., Storchengasse 19.
Gerlinger Johann — Victualien-Verschleiß — III., Posthorngasse 8.
Pareis Josef — Victualien-Verschleiß — VIII., Laudongasse 46.
Polušni Marie — Victualien-Verschleiß — I., Am Hof.
Steiner Agnes — Victualien-Verschleiß — XII., Wertheimsteingasse 22.
Wagner Katharina — Victualien-Verschleiß — III., Adamsgasse 27.
Sprenger Josef — Wirtsgewerbe — X., Buchengasse 64.

Inhalt:

Seite

Gemeinderath:

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 8. Februar 1895.

Inhalt:

Mittheilungen des Vorsitzenden:

1. Entschuldigung der Gem.-Räthe Dolainski, Dr. Nechansky und Stiaßny wegen Fernbleibens 333
2. Spende unter der Chiffre „Apotheke A. N.“ 333
3. Spende eines Ungenanntsein-Wollenden 333
4. Erklärung des Gem.-Rathes Geitler, die auf ihn gefallene Wahl in die Approvisionierungs-Commission nicht anzunehmen . 333
5. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Dürbek, betreffend die Nichteinladung der Genossenschaft der Huf- und Wagenschmiede zu der Offertverhandlung wegen Anschaffung von neuen Aufspritzwägen 333
6. Desgleichen jener der Gem.-Räthe Röhrl, Schlögl und Brauneiß, betreffend die Vorschreibung von Wassergebüren für das Haus XIV., Meidlingergasse 333

Interpellationen:

7. Gem.-Rath Tagleicht, betreffend seinen Antrag auf Befreiung der Sicherheitswachmänner von der allgemeinen militärischen Dienstleistung auf die Dauer ihrer Dienstzeit bei der Sicherheitswache 333
8. Gem.-Rath Eigner, betreffend Verwendung von 10 mm Bleiröhren bei Hauswasserleitungen 334

Anträge:

9. Gem.-Räthe Dr. Geßmann und Stehlik, betreffend die Systemisierung des Wahlcatasters als eigenes Amt 334
10. Gem.-Rath v. Götz, betreffend eine Verbesserung der Beleuchtung der Strecke vom Marktplatze in Rudolfsheim bis zum Westbahn-Viaduct in Penzing 334

Referate:

11. Gem.-Rath Schlechter, betreffend das Präliminare der Wiener Gewerbeschulen pro 1895 334
12. Gem.-Rath Matthies, betreffend den Ankauf des Hauses III. Bezirk, Erdbergstraße 77 335
13. Gem.-Rath Dr. v. Billing, betreffend die Stellungnahme der Delegierten der Stadt Wien auf dem einzuberufenden Städtetage hinsichtlich der Vergütung der Kosten des übertragenen Wirkungskreises, speciell der Geschäfte als politische Behörde I. Instanz 335
14. Gem.-Rath Dr. Vogler, betreffend die Stellungnahme der Delegierten der Stadt Wien auf dem einzuberufenden Städtetage bezüglich der im Zuge befindlichen Reform der directen Personalsteuern 338
15. Derselbe, betreffend den Ankauf des Hauses VII. Bezirk, Lerchenfelderstraße 119, behufs Schaffung eines Zuganges zu dem auf der Realität Nr. 104 Kaiserstraße befindlichen Kinderspielplatze 344
16. Gem.-Rath Boschan, betreffend den Hauptrechnungsabschluss der Stadt Wien pro 1893 348

Stadtrath:

Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 30. Jänner 1895 350
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 31. Jänner 1895 (vormittags) . 353
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 31. Jänner 1895 (nachmittags) . 355

Allgemeine Nachrichten:

Commission für Verkehrsanlagen 358

Approvisionierung:

Täglicher Fleischmarkt vom 2. bis 9. Februar 1895 358
Pferdemarkt vom 8. Februar 1895 359
Schlachtviehmarkt vom 11. Februar 1895 359
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 9. Februar 1895 359
Städtisches Lagerhaus 359

Baubewegung:

Gesuche um Baubewilligungen vom 7. bis 11. Februar 1895 359
Ertheilte Bauconsense vom 1. bis 31. Jänner 1895 360

Gewerbeanmeldungen 361
Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik. — J. B. Wallishausser's** k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Maaß), Wien, I., Walfischgasse 10.

Offert-Ausschreibungen.*)

1895.

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	Gegenstand
15. Februar 10 Uhr	Departement V (Mag.-Rath Linsbauer)	Vergebung der Lieferung von 864 m³ Gebirgsschlägelschotter und 216 m³ Gebirgsrieselschotter für die Macadamisierung der Schöffelgasse von der Scheidlgasse bis zur Richthausenstraße im XVIII. Bezirke. Das Vadium beträgt 240 fl. 3—3
21. Februar 10 Uhr	Departement VII (Mag.-Rath Dr. Jaitner)	M.-Z. 9984. Vergebung der Lieferung der für die Ausrüstung der Trommelwägen und für die Straßenbespritzung pro 1895 im allgemeinen erforderlichen Gummischläuche von 38 mm und 50 mm lichter Weite, mit vierfacher Baumwollen-Einlage in der ganzen Länge im Kostenerfordernisse von 3066 fl. ö. W. 2—3
28. Februar 10 Uhr	detto	M.-Z. 203926. Vergebung der Lieferung und Einschaltung von 3500 Stück Wassermessern sammt Versetzung der Wassermesserschutzkästen und Instandhaltung der Wassermesser im Kostenerfordernisse von 84.000 fl 1—3

*) Pläne, Kostenanschläge &c. können im Stadtbauamte während der Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse sind bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. erhältlich.

Offerenten haben ein Exemplar der bezüglichen Bedingnisse mit den dem Projecte beiliegenden Original-Bedingnissen genau in Übereinstimmung zu bringen, eventuell zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu übergeben.

Dem Offerte ist ein Vadium von **5 Percent der Kostenanschlagssumme** anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf später einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlungen, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich die Gemeinde vor.

Ad Prot.-Nr. 155227 ex 1894.
Ref.-Nr. 3382. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der Arbeiten und Lieferungen für den auf Rechnung der Commission für Verkehrsanlagen in Wien auszuführenden Bau des Haupt-Sammelcanales am rechten Ufer des Donaucanales in der Strecke vom Schreiberbache in Nussdorf bis zum Kaiserbade im I. Bezirke nach drei Baulosen, und zwar:

I. Erstes Baulos: Bau des Haupt-Sammelcanales vom Hauptplatze in Nussdorf bis zur Einmündung des Krottenbaches in der Nussdorferstraße, Herstellung des Nebensammlers in der Eisenbahnstraße und Gärtnergasse und der Einmündungen der Straßencanäle dortselbst im XIX. Bezirke:

1. der Erd- und Baumeisterarbeiten im Kostenbetrage von 116.208 fl. 91 kr.,
2. der Lieferung der hydraulischen Bindemittel im Kostenbetrage von 56.136 fl. 14 kr.,
3. der Thonwarenlieferung im Kostenbetrage von 40.461 fl. 32 kr.,
4. der Steinmetzarbeiten im Kostenbetrage von 5145 fl.

II. Zweites Baulos: Bau des Haupt-Sammelcanales von der Einmündung des Krottenbaches bis zur Einmündung des Alsbaches im IX. Bezirke und Herstellung des Nebensammlers in der Gärtnergasse vom Krottenbache bis zur Einmündung in den Sammelcanal:

1. der Erd- und Baumeisterarbeiten im Kostenbetrage von 99.603 fl. 55 kr.,
2. der Lieferung der hydraulischen Bindemittel im Kostenbetrage von 43.683 fl. 36 kr.,
3. der Thonwarenlieferung im Kostenbetrage von 26.496 fl.,
4. der Steinmetzarbeiten im Kostenbetrage von 9668 fl. 19 kr.

III. Drittes Baulos: Bau des Sammelcanales vom Alsbach bis zum Nothauslasse VI beim Kaiserbade im I. Bezirke (Kilometer 3·980 bis Kilometer 5·316):

1. der Erd- und Baumeisterarbeiten im Kostenbetrage von 126.792 fl. 53 kr.,
2. der Lieferung der hydraulischen Bindemittel im Kostenbetrage von 53.241 fl. 71 kr.,
3. der Thonwarenlieferung im Kostenbetrage von 21.306 fl.,
4. der Steinmetzarbeiten im Kostenbetrage von 13.142 fl. 78 kr.

wird vorbehaltlich der wasserrechtlichen Genehmigung des bezüglichen Projectes vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 28. Februar d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, in der Volkshalle** im Rathhause eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Profile, die Ausmaße, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und besonderen Bedingnisse, sowie die Arbeitsordnung für die bei dem Baue beschäftigten Arbeiter im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Bedingnisse können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden. Daselbst sind auch die Kostenanschläge für die einzelnen Baulose zum Preise

*

von 1 fl. per Baulos und die Arbeitsordnung zum Preise von 3 kr. per Exemplar zu erhalten.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar der Bedingnisse mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und als Offert versiegelt zu überreichen.

Das Vadium beträgt 5 Percent der Kostenanschlagssumme; die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag des vorgeschriebenen Vadiums ist der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben oder dem Offerte anzuschließen.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, den 5. Februar 1895. 3—3

Ad Prot.-Nr. 16946 ex 1895.

Ref.-Nr. 271. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Bildhauerarbeiten** für den Schulhausbau im X. Wiener Gemeindebezirke, Knöllgasse, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Mittwoch den 20. Februar d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehenes Offert ist **das vorgeschriebene Vadium in der Höhe von 5 Percent der Kostenanschlagssumme, d. i. von vierzig Gulden ö. W.,** anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Gemeinde behält sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 5. Februar 1895. 2—3

M.-Z. 17818.

Kundmachung.

(Localcommission, betreffend das Project zur Erbauung und zum Betriebe städtischer Gaswerke.)

Über das Project einer Baulinienänderung für die im III. und XI. Bezirke dermalen innerhalb der Gürtelstraße, des Donaucanales, der Schlachthaus- und Staatsbahntrace projectierten Straßenzüge sammt den erforderlichen Straßenanschlüssen außerhalb dieses Gebietes und der Niveaubestimmung daselbst, ferner über das Project zur Erbauung und zum Betriebe eines städtischen Gaswerkes auf den Realitäten Einl.-Z. 390, 985, 998, 999 und 1017 (Eigenthum des Bürgerspitalfondes) dann Einl.-Z. 220, 365, 450, 454, 460, 470, 471, 491, 875, 920, 983, 984, 1000, 1016, 1162, 1205, 1211 bis 1214, 1218, 1237 und 1246 (Eigenthum der Gemeinde Wien) sämmtlich im XI. Bezirke, Simmering, in Wien innerhalb des obenbezeichneten Gebietes, wird vom Magistrate im Einvernehmen mit dem magistratischen Bezirksamte für den XI. Gemeindebezirk Simmering zur Erhebung der Zulässigkeit dieser Baulinien- und Niveauänderung, der Bauführung, sowie der Betriebsanlage in Gemäßheit des § 2 beziehungsweise § 25 der Bauordnung und der §§ 37 und 29 der Gewerbe-Ordnung **Samstag am 23. Februar 1895, vormittags 10 Uhr, eine Localcommission** angeordnet.

Die Commissionsmitglieder versammeln sich **im Gemeindehause Simmering, XI. Bezirk, Simmeringer Hauptstraße.**

Dieses wird mit dem Beisatze zur allgemeinen Kenntnis gebracht, dass allfällige Einwendungen gegen die Bauführung und die Betriebsanlage entweder schriftlich bis zum obigen Tage beim Magistrate oder beim magistratischen Bezirksamte XI. Bezirk zu überreichen oder mündlich bei der Commission selbst anzubringen sind, widrigenfalls der Ausführung der Anlage stattgegeben werden wird, sofern sich nicht von amtswegen Bedenken dagegen ergeben und dass allfällige Bemerkungen bezüglich der projectierten Baulinien und Niveauänderungen, welche in Zusammenhang mit dem General-Regulierungsplane ausgearbeitet wurden, gleichfalls bis spätestens am Commissionstage vorgebracht werden können.

Die Pläne liegen bis zum Commissionstage im neuen Rathhause, I. Bezirk, Lichtenfelsgasse, Mezzanin, im Magistrats-Departement IX, sowie beim magistratischen Bezirksamte für den XI. Bezirk Simmering zur Einsicht auf.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 31. Jänner 1895. 2—3

G.-Z. 23482 ex 1894.

VIII.

Kundmachung.

(Wiederbelegung auf dem Hütteldorfer Friedhofe.)

In Gemäßheit des § 26 der Friedhofsordnung für den Hütteldorfer Friedhof gelangen die einfachen Gräber in den Parcellen I bis VIII, XI, XIII, XVIII bis XX auf dem neuen Theile des Hütteldorfer Friedhofes, XIII. Bezirk, vom 15. Februar 1895 an zur Wiederbelegung.

Jene Parteien, welche die Leichen ihrer in diesen einfachen Gräbern bestatteten Angehörigen in einem anderen Grabe beisetzen zu lassen beabsichtigen, haben rechtzeitig um die Bewilligung zur Exhumierung hieramts einzuschreiten.

Die auf diesen einfachen Gräbern befindlichen Grabkreuze werden vorläufig auf dem Friedhofe deponiert und jenen Parteien, welche ihr Eigenthumsrecht an denselben nachzuweisen vermögen, über hierämtliche Anweisung ausgefolgt.

Über jene Grabkreuze, hinsichtlich welcher binnen Jahresfrist nach Wiederbelegung des betreffenden Grabes niemand das Eigenthumsrecht geltend macht, wird von amtswegen verfügt werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 5. Februar 1895. 2—3

Kundmachung.

(Concurs zur Besetzung erledigter Lehrstellen im Wiener Schulbezirke.)

Im Wiener Schulbezirke kommen nachstehend angeführte 9 Bürgerschullehrer-, 4 Bürgerschullehrerinnen-, 10 Bürgerschullehrerinnen- oder Bürgerschullehrer-, 11 Volksschullehrer-, 29 Volksschullehrerinnen-, 17 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerinnen-, 9 Unterlehrer-, 47 Unterlehrerinnen, 27 Unterlehrer- oder Unterlehrerinnen-Stellen zur Besetzung, und zwar:

je 1 Bürgerschullehrer-Stelle für die Lehrgegenstände der I. Fachgruppe an nachbenannten Knaben-Bürgerschulen:

I. Bez., Renngasse 20,

II. Bez., Staudingergasse 6,

V. Bez., Bachergasse 14,

X. Bez., Eugengasse 30/32 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen),

XVI. Bez., Habsburgplatz:

1 Bürgerschullehrer-Stelle für die Lehrgegenstände der II. Fachgruppe an der Knaben-Bürgerschule III. Bez., Sechskrügelgasse 11;

je 1 Bürgerschullehrer-Stelle für die Lehrgegenstände der III. Fachgruppe an nachbenannten Knaben-Bürgerschulen:

VI. Bez., Stumpergasse 56 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen),

VII. Bez., Neubaugasse 42,

XIII. Bez., Diesterweggasse 10.

Je 1 Bürgerschullehrerin-Stelle für die Lehrgegenstände der I. Fachgruppe an nachbenannten Mädchen-Bürgerschulen:

II. Bez., Darwingasse 14 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen),

II. Bez., Kleine Sperlgasse 2 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen),

VII. Bez., Zieglergasse 49,

X. Bez., Herzgasse 27 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

Je 1 Bürgerschullehrerin- oder Bürgerschullehrer-Stelle für die Lehrgegenstände der II. Fachgruppe an nachbenannten Mädchen-Bürgerschulen:

II. Bez., Kleine Sperlgasse 2 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen),

X. Bez., Herzgasse 27 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen),

XIX. Bez., Kreindlgasse 24 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen),

und an der Bürgerschule für Knaben und Mädchen XII. Bez., Meidling, Schönbrunnerstraße 39/41.

Je 1 Bürgerschullehrerin- oder Bürgerschullehrer-Stelle für die Lehrgegenstände der III. Fachgruppe an nachbenannten Mädchen-Bürgerschulen:

II. Bez., Leopoldsgasse 3 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen),

V. Bez., Embelgasse 48 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen),

VII. Bez, Zieglergasse 49 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen),

X. Bez., Herzgasse 27 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen),

XVI. Bez., Habsburgplatz,

und an der Bürgerschule für Knaben und Mädchen III. Bez., Hainburgerstraße 40.

---

1 Volksschullehrer-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen II. Bez., Wintergasse 14.

5 Volksschullehrer-Stellen an der allgem. Volksschule für Knaben X. Bez., Leibnitzgasse 33.

1 Volksschullehrer-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben XIV. Bez., Dadlergasse 9.

1 Volksschullehrer-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben XV. Bez., Hackengasse 11.

3 Volksschullehrer-Stellen an der allgem. Volksschule für Knaben XVI. Bez., Wichtelgasse 67.

---

1 Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben und Mädchen II. Bez., Salzachstraße 42.

2 Volksschullehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Knaben und Mädchen II. Bez., Vorgartenstraße.

5 Volksschullehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Mädchen II. Bez., Wintergasse 14.

2 Volksschullehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Mädchen V. Bez., Malfattigasse 1 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen X. Bez., Keplerplatz 7 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen X. Bez., Uhlandgasse 1 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen X. Bez., Laaerstraße 1 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

2 Volksschullehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Knaben und Mädchen X. Bez., Quellengasse 31 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben und Mädchen XI. Bez., Molitorgasse 11.

1 Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XII. Bez., Bendlgasse 8.

1 Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben und Mädchen XII. Bez., Hetzendorferstraße (früher XII. Bez., Altmannsdorf, Hauptstraße 46).

1 Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben und Mädchen XIV. Bez., Lehnergasse 4.

1 Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XIV. Bez., Stättermayergasse 27.

1 Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XVI. Bez., Neulerchenfelderstraße.

7 Volksschullehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Mädchen XVI. Bez., Kreitnergasse 19.

1 Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XVII. Bez., Rupertusplatz 1.

---

1 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben I. Bez., Werderthorgasse 6.

1 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben II. Bez., Obere Augartenstraße 68.

1 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben II. Bez., Holzhausergasse 5.

2 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Knaben II. Bez., Wasnergasse 33.

1 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben III. Bez., Strohgasse 5.

1 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben VI. Bez., Stumpergasse 10.

1 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben VI. Bez., Brückengasse 3.

1 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben VII. Bez., Burggasse 16.

1 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben VII. Bez., Neustiftgasse 100.

1 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben IX. Bez., Liechtensteinstraße 137.

1 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben X. Bez., Quellengasse 52.

1 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben X. Bez., Keplergasse 11.

1 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben X. Bez., Uhlandgasse 1.

2 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Knaben XVI. Bez., Liebhartsgasse 21.

1 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben XVIII. Bez., Schopenhauerstraße 66.

---

1 Unterlehrer-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben V. Bez., Grüngasse 14.

3 Unterlehrer-Stellen an der allgem. Volksschule für Knaben X. Bez., Leibnitzgasse 33.

1 Unterlehrer-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben XV. Bez., Hackengasse 11.

1 Unterlehrer-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben XVII. Bez., Hernalser Hauptstraße 100.

2 Unterlehrer-Stellen an der allgem. Volksschule für Knaben XVII. Bez., Wichtelgasse 67.

1 Unterlehrer-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben und Mädchen XVIII. Bez., Alseggerstraße 16.

---

2 Unterlehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Mädchen I. Bez., Werderthorgasse 6 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volks- und Bürgerschule für Mädchen II. Bez., Kleine Sperlgasse 2 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen II. Bez., Leopoldsgasse 3 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen II. Bez., Pazmanitengasse 26 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen II. Bez., Wintergasse 14 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen III. Bez., Eslarngasse 3 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen III. Bez., Löwengasse 12 b (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen III. Bez., Hainburgerstraße 40 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen IV. Bez., Phorusgasse 10 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen V. Bez., Nikolsdorfergasse 18 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen V. Bez., Grüngasse 14 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen VI. Bez., Sonnenuhrgasse 3 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

2 Unterlehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Mädchen VI. Bez., Grasgasse 5 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben und Mädchen VII. Bez., Zollergasse 41 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen VII. Bez., Burggasse 14 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen VII. Bez., Zieglergasse 21 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen VII. Bez., Kandlgasse 30 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen VII. Bez., Neustiftgasse 100 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen IX. Bez., Viriotgasse 8 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben und Mädchen IX. Bez., Währingerstraße 43 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XI. Bez., Braunhubergasse 3 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

2 Unterlehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Mädchen XII. Bez., Bendlgasse 8 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XII. Bez., Nymphengasse 7.

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XII. Bez., Meidling, Schönbrunnerstraße 41 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XII. Bez., Vierthalergasse 13.

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XIII. Bez., Trogergasse 3 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben und Mädchen XIII. Bez., Hietzinger Hauptstraße 166 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben und Mädchen XIII. Bez., Lainzerstraße 148 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

2 Unterlehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Knaben und Mädchen XIV. Bez., Lehnergasse 4.

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XIV. Bez., Kellinggasse 9 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

2 Unterlehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Mädchen XV. Bez., Herklotzgasse 21.

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XV. Bez., Victoriagasse 2.

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XVI. Bez., Neulerchenfelderstraße (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XVI. Bez., Neumayrgasse 33 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XVI. Bez., Schinaglgasse 3.

2 Unterlehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Mädchen XVI. Bez., Kreitnergasse 19.

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XVI. Bez., Kreitnergasse 19 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XVII. Bez., Leopold Ernstgasse (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

2 Unterlehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Mädchen XVIII. Bez., Schulgasse 19 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben und Mädchen XVIII. Bez., Alseggerstraße 16 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

---

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben II. Bez., Obere Augartenstraße 68.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben II. Bez., Czerninplatz 3.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben II. Bez., Pazmanitengasse 17.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben II. Bez., Pazmanitengasse 26.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben III. Bez., Pfarrhofgasse 1.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben III. Bez., Eslarngasse 3.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben III. Bez., Paulusgasse 9/11.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben IV. Bez., Alleegasse 44.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben V. Bez., Hundsthurmplatz 14.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben VI. Bez., Windmühlgasse 45.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben VI. Bez., Corneliusgasse 6.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben VI. Bez., Stumpergasse 10.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben VI. Bez., Sonnenuhrgasse 3.

1 Unterlehrer oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben VII. Bez., Burggasse 16.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben VII. Bez., Lerchenfelderstraße 61.

2 Unterlehrer- oder Unterlehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Knaben VIII. Bez., Piaristengasse 43.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben IX. Bez., D'Orsaygasse 8.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben IX. Bez., Alserbachstraße 23.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben X. Bez., Quellengasse 52.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben X. Bez., Herzgasse 27.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben und Mädchen X. Bez., Quellengasse 31.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben XIII. Bez., Kuefsteingasse 38.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der I. allgemeinen Volksschule für Knaben XVI. Bezirk, Ottakringerstraße 150.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgemeinen Volksschule für Knaben XVI. Bezirk, Payergasse 18.

2 Unterlehrer- oder Unterlehrerinnen-Stellen an der allgemeinen Volksschule für Knaben XVIII. Bezirk, Schopenhauerstraße 66.

Mit jeder dieser Stellen ist der Jahresgehalt der II. Gehaltsclasse:

für Bürgerschullehrer und Bürgerschullehrerinnen von . 1000 fl.
„ Volksschullehrer und Volksschullehrerinnen von . . 800 „
„ Unterlehrer und Unterlehrerinnen von . . . . . 600 „

und das Quartiergeld:

für Bürgerschullehrer	von	jährlich	300 fl.
„ Bürgerschullehrerinnen	„	„	200 „
„ Volksschullehrer	„	„	300 „
„ Volksschullehrerinnen	„	„	200 „
„ Unterlehrer	„	„	120 „
„ Unterlehrerinnen	„	„	90 „

beziehungsweise nach 15jähriger Dienstleistung in definitiver Anstellung an öffentlichen Volksschulen:

für Bürgerschullehrer	von	jährlich	400 fl.
„ Bürgerschullehrerinnen	„	„	250 „
„ Volksschullehrer	„	„	400 „
„ Volksschullehrerinnen	„	„	250 „

ferner für Bürgerschullehrer und Bürgerschullehrerinnen sowie für Volksschullehrer und Volksschullehrerinnen der Anspruch auf Dienstalterszulagen von je 100 fl. nach einer Dienstzeit von je fünf Jahren im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen verbunden.

Die Bewerber haben ihre Gesuche an den Wiener Stadtrath zu richten.

Die Gesuche müssen längstens bis 9. März 1895 im vorgeschriebenen Dienstwege bei jenem Ortsschulrathe eingelangt sein, in dessen Sprengel die betreffende Lehrstelle zu besetzen ist, und zwar sind bei jedem Ortsschulrathe so viele Gesuche zu überreichen, als Kategorien von Lehrstellen in Betracht kommen. Die im Sprengel eines Ortsschulrathes angestrebten Lehrstellen derselben Kategorie sind im Gesuche einzeln anzuführen.

Die Gesuche sind zu belegen mit:

Dem Tauf- beziehungsweise Geburtsscheine bei solchen Bewerbern, welche im Wiener Schulbezirke noch nicht definitiv angestellt sind;

dem Heimatscheine bei männlichen Bewerbern unter derselben Voraussetzung, bei weiblichen in jedem Falle;

dem Trauungsscheine bei verheirateten oder verwitweten Bewerberinnen;

dem Nachweise über die Erfüllung der Stellungspflicht bei männlichen Bewerbern;

dem Reifezeugnisse (beziehungsweise Maturitätszeugnisse einer Mittelschule) oder der Dispens von der Ablegung der Reifeprüfung, dem Lehrbefähigungszeugnisse für Bürger-, beziehungsweise Volksschulen, ferner bei denjenigen Stellen, hinsichtlich welcher das besondere Erfordernis der Befähigung für Turnen aufgestellt ist, dem gesetzlichen Nachweise der Befähigung zur Ertheilung des Turnunterrichtes;

den Nachweisen der Dienstleistung (Anstellungs-, Enthebungs-Decreten u. dgl.) im Originale oder in gesetzlich beglaubigten Abschriften,

dann mit der in den Rubriken 1 bis 5 und 8 A auszufüllenden Dienstabelle, und zwar in so vielen gleichlautenden Exemplaren, als Lehrstellen mit den betreffenden Gesuchen angestrebt werden.

Die Dienstzeit ist bis zum Ablaufe des Concurstermines zu berechnen.

Verspätet einlangende oder innerhalb des Concurstermines nicht gehörig documentierte Gesuche werden nicht berücksichtigt.

Vom Bezirksschulrathe der Stadt Wien
am 4. Februar 1895.
Der Vorsitzende-Stellvertreter:
Dr. Theodor Reisch.

M.-Z. 5084 ex 1895.

Kundmachung.

(Heiratsausstattungs-Stiftung.)

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass aus der von Herrn Jonas Freiherrn v. Königswarter, um das Andenken seiner am 14. Mai 1861 verstorbenen Gattin für fortwährende Zeiten zu ehren, errichteten **Josefine von Königswarter'schen Heiratsausstattungs-Stiftung** die Zinsen zur Ausstattung eines unbescholtenen Mädchens, deren Eltern dem Gemeindeverbande der Stadt Wien angehören, wobei unter sonst gleichen Bedingungen eine Waise, namentlich eine mutterlose, den Vorzug hat, zur Verleihung kommen.

Die Ausstattung soll womöglich am 14. Mai ausbezahlt werden, wenn der urkundliche Beweis über die gesetzmäßig geschlossene Ehe geliefert wird.

Die in diesem Jahre zur Verleihung kommenden Interessen betragen 280 fl.

Diejenigen, welche auf diese Stiftung Anspruch erheben wollen, haben ihre mit den nöthigen Behelfen versehenen Gesuche **bis längstens 15. April 1895** im Einreichungsprotokolle des Magistrates zu überreichen, **da auf später einlangende Gesuche keine Rücksicht genommen werden könnte.**

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 17. Jänner 1895.

G.-Z. 203890 ex 1894.

XI.

Kundmachung.

(Mautner-Markhof'sche Stiftung.)

Am 27. Juni 1895 gelangen die Zinsen der Mautner-Markhof'schen Stiftung für das Jahr 1895 im Betrage von 305 fl. an einen verarmten Gewerbetreibenden zur Verleihung.

Anspruch auf diese Stiftung haben Gewerbetreibende, welche schuldlos verarmt sind, insbesondere solche, die infolge länger andauernder Krankheit zur Wiederherstellung ihrer Arbeitskraft einer entsprechenden Cur bedürftig sind, ihr Gewerbe in Wien ausüben, in Wien wohnen und eine zahlreiche Familie besitzen. Die Verleihung steht dem Wiener Stadtrathe zu und ist eine wiederholte Verleihung an dieselbe Person zulässig.

Bewerber um diese Stiftung haben ihren Gesuchen den Tauf- respective Geburtsschein, den Trauungsschein, den Gewerbeschein und den Steuerbogen, den Heimatschein, die Tauf- respective Geburtszettel der Kinder, endlich ein legales Armutszeugnis, in welchem der Umstand, dass der Bittsteller schuldlos verarmt ist, bestätigt erscheint, beizulegen.

Jene Bittsteller, die sich auf ihre Krankheit berufen, haben auch ein ärztliches Zeugnis beizubringen, in welchem die Dauer der Krankheit angegeben und die Nothwendigkeit eines Curgebrauches zur Wiederherstellung der Gesundheit rücksichtlich Arbeitskraft ausgesprochen ist.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 1. März 1895 im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 3. Jänner 1895.

Zur coulanten Besorgung aller im Coursblatte notierten Effecten und Valuten bestens empfohlen:

Wechselstube des Bankhauses
Schelhammer & Schattera
Gegründet 1832.

WIEN
I. Bezirk,
Stephansplatz
Nr. 11
Parterre.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 14. Freitag, den 15. Februar 1895. Jahrgang IV.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzung des Gemeinderathes.

Dienstag, den 19. Februar 1895, 5 Uhr nachmittags.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **12. Februar 1895** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Raimund Grübl und der Vice-Bürgermeister Dr. Albert Richter und Josef Matzenauer.

Bürgermeister Dr. Grübl: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Herr Gem.-Rath Schneiderhan ist neuerdings an einem gichtischen Leiden erkrankt, es wird daher sein Ausbleiben von den Sitzungen des Gemeinderathes für die Dauer der Erkrankung entschuldigt. Herr Gem.-Rath Dehm entschuldigt sein Ausbleiben wegen einer Ausschusssitzung im Landtage. Herr Gem.-Rath v. Stummer entschuldigt sein Ausbleiben wegen Unwohlseins.

2. Von einem ungenanntseinwollenden Wohlthäter wurde mir ein Betrag von 5000 fl. zur Vertheilung nach meinem Ermessen übergeben. (Beifall.)

3. Der Realitätenbesitzer Herr Adolf Schluck spendete dem historischen Museum der Stadt Wien ein Ölporträt des Kronprinzen Ferdinand, nachmaligen Kaisers Ferdinand I., gemalt von Waldmüller.

4. Herr Hans Bodensteiner, Eislaufplatzbesitzer, spendete für die Armen des XV. Bezirkes 100 fl. ö. W.

Den Spendern wird der Dank ausgesprochen.

5. Herr Gem.-Rath Billicus theilt mir mit, dass er aus Gesundheitsrücksichten sich genöthigt sehe, aus dem Verbande des Wiener Gemeinderathes auszutreten. Herr Gem.-Rath Billicus hat jederzeit den Verhandlungen dieser Versammlung, insbesondere den Verhandlungen, welche sich auf Schulangelegenheiten bezogen, das wärmste Interesse entgegengebracht. Wir werden ihm ein freundliches Andenken bewahren.

6. Herr Gem.-Rath Eigner hat in der letzten Sitzung eine Interpellation eingebracht wegen der Verwendung von Bleiröhren bei den Wasser-Einleitungen in die Häuser.

Diesfalls habe ich die Ehre, folgendes zu bemerken:

Hinsichtlich des Thatsächlichen der Interpellation wird bemerkt, dass das Stadtbauamt die Vornahme der Druckprobe im Hause Nr. 20 Langegasse in Ottakring nicht nur wegen der Verwendung von 3/8" statt 1/2" Bleiröhren, sondern insbesondere deswegen verweigerte, weil entgegen der Vorschrift die ganze Leitung bereits verschüttet und vermauert und nur die Ausläufe sichtbar waren, und weil die Leitung nicht nur im Hause Nr. 20 Langegasse hergestellt, sondern auch in das demselben Eigenthümer gehörige Haus Nr. 19 Abelegasse eingeführt war, ohne dass für dieses Haus ein Wasserbezug angemeldet und die Bewilligung zur Abgabe des Wassers mittels einer Leitung an beide Häuser verlangt worden war. Der Installateur Frasl hat nun an das Stadtbauamt eine als Recurs bezeichnete Eingabe gerichtet, worin er ausführte, dass die Verwendung 3/8" Bleiröhren in dem Regulativ nicht ausdrücklich untersagt sei. Das Stadtbauamt hat diese Eingabe dem Magistrate vorgelegt, von welchem dieselbe am 12. Jänner 1895 dem magistratischen Bezirksamte für den XVI. Bezirk zur competenten Amtshandlung abgetreten wurde, welches dann den Act am 1. Februar 1895 zur Z. 545 dem löbl. Stadtrathe mit dem Antrage auf Abweisung vorlegte.

Der Vorgang des Stadtbauamtes ist ein ganz ordnungsgemäßer. Nach § 15 des Regulativs ist die Prüfung bei offenen Rohrgraben und offener Mauerritze vorzunehmen, nach der Kundmachung über die Abgabe von Wasser aus der Hochquellenleitung

aber nur die directe Abzweigung vom Straßenrohre in die einzelnen Häuser gestattet. Es wurde daher auch nur ausnahmsweise vom Stadtrathe die Abgabe von Wasser an zwei einem Eigenthümer gehörige Häuser mittels einer Abzweigsleitung über specielles Ansuchen der Parteien bewilligt.

Was nun die einzelnen Fragen der Interpellation anbelangt, so erliegt ad 1, wie bereits erwähnt, der Act bei dem löblichen Stadtrathe.

Ad 2. Nach § 8 der Kundmachung über die Abgabe von Wasser aus der Hochquellenleitung hat das Stadtbauamt den Durchmesser und die Wandstärke des Zuleitungsrohres zu bestimmen und enthält sowohl dieser Paragraph als der § 11 des Regulativs jene Dimensionen und Durchmesser, welche zur Verwendung zu gelangen haben, da diese Aufzählung keine beispielsweise, sondern eine bestimmte und ausschließende ist, entfällt selbstverständlich die Nothwendigkeit, das Verbot der übrigen Dimensionen ausdrücklich auszusprechen.

Es ist aber hiebei noch zu berücksichtigen, dass infolge der langjährigen Verwendung der im § 8 der Kundmachung angeführten Dimension die Production sich diesen Bestimmungen angepasst hat und anderscalibrige Röhren für Wasserleitungszwecke nur sehr selten erzeugt werden.

Es entfällt somit auch eine Abänderung der bezüglichen Bestimmungen des Regulativs.

Ad 3. Die Beantwortung entfällt mit Rücksicht auf das ad 2 Gesagte.

Ich bitte das zur Kenntnis zu nehmen.

7. Herr Gem.-Rath Tagleicht hat in der letzten Sitzung eine Interpellation eingebracht, betreffend die Befreiung der Sicherheitswachmänner von der allgemeinen militärischen Waffenübung auf die Dauer ihrer Dienstzeit bei der Sicherheitswache.

Ich habe die Ehre, hierauf folgendes mitzutheilen:

Der § 54 des Wehrgesetzes bestimmt im Punkte 1, dass die Angehörigen der Reserve und der Ersatzreserve des Heeres während ihrer Reserve-, beziehungsweise Ersatzreserve-Dienstpflicht zu drei Waffenübungen in der jedesmaligen Dauer von längstens vier Wochen verpflichtet sind.

Die Befreiung der Sicherheitswachmänner in Wien von dieser gesetzlich bestimmten Verpflichtung auf die Dauer ihrer Dienstpflicht könnte nur durch Abänderung des obigen § 54 im Wege der Reichsgesetzgebung erfolgen, wozu jedoch gar keine Aussicht vorhanden ist, weil die Bestimmungen des Wehrgesetzes, die fast durchaus für beide Reichshälften gleich sind, nicht einseitig abgeändert werden können, und weil es nicht nur in Wien, sondern in allen Städten und größeren Orten Sicherheitswachmänner gibt, welche die gleiche Befreiung beanspruchen könnten.

Auf die Befreiung einer so großen Anzahl von Reservisten wird das Reichs-Kriegsministerium nicht eingehen, und zwar umsoweniger, als der § 68 der Wehrvorschriften, II. Theil, die Bestimmung enthält, dass, wenn bei einer Civilstaats- oder Landesbehörde (Anstalt) kurz vor Beginn der Waffenübung besondere, durch ganz unvorhergesehene Zwischenfälle hervorgerufene Dienstverhältnisse eintreten, welche die Substituierung eines zu einer Waffenübung einberufenen Bediensteten selbst auf die kurze Zeit der Waffenübung nicht zulässig machen, um die Enthebung des Betreffenden von der Waffenübung angesucht werden kann.

Die Entscheidung über derlei Ansuchen steht dem Corps-Commando zu.

Nach dieser Bestimmung kann die k. k. Polizei-Direction fallweise um die Enthebung der für den Dienst unentbehrlichen Sicherheitswachleute von der Waffenübung nach ihrem Ermessen ansuchen.

Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Ich ersuche um Mittheilung der Einläufe.

8. Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann: Herr Gem.-Rath Bärtl überreicht eine Petition von 15 Pächtern der Bürgerspitalfondsgründe im XI. Bezirke um Abänderung des Gemeinderaths-Beschlusses bezüglich der Errichtung einer städtischen Baumschule auf ihren Pachtgründen mit der Bitte, diese Petition dem Stadtrathe vorzulegen.

Die Petition hat nachstehenden Wortlaut (liest):

Löblicher Gemeinderath!

Laut Amtsblatt der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 29. Jänner 1895, Nr. 9, hat der löbliche Gemeinderath in der Sitzung vom 25. Jänner d. J. den Beschluss gefasst, „dass der dem Wiener Bürgerspitalfonde gehörige Grundcomplex in Kaiser-Ebersdorf im XI. Gemeindebezirke von Wien, genannt „Himmelreich", umfassend die Cat.-Parc. 673/1 bis 18 im Ausmaße von 27 Joch, 1342 □° = 160.202 m², zum Zwecke der Errichtung einer städtischen Baumschule vom 1. November d. J. an, auf unbestimmte Zeit, von der Gemeinde Wien in Bestand genommen werde". Diese Vorkehrung bringt aber die ergebenst gefertigten Gemüsegärtner, welche diese Grundstücke in Pacht haben, mit ihren Familien um ihre Existenz und kann dieselbe auch nicht durch die Anweisung anderer Plätze ersetzt werden; — denn diese Grundstücke sind schon im Jahre 1869 zum Zwecke des Gemüsebaues an die Pächter in Bestand gegeben worden; und wenn man bedenkt, dass dieselben ursprünglich nur Hutweiden waren, so ist es erklärlich, dass die Bearbeitung dieser Grundstücke zum Zwecke des Gartenbaues eine vieljährige Mühe und großen Kostenaufwand erfordert hat, dass daher auf anderen Grundstücken, welche ihnen etwa angewiesen werden, von neuem dieselbe Mühe und Kosten durch viele Jahre aufgewendet werden müssten, bevor die Zeit kommt, um denselben Ertrag, wie jetzt, zu erzielen.

Allein nicht bloß der Verlust der durch vieljährige Plage und Kosten gewonnenen Culturen bildet diesen Schaden, den die ergebenst Gefertigten erleiden; denn, nachdem diese Grundstücke zum Zwecke des Gemüsebaues in Bestand genommen worden sind, so waren die Pächter bemüssigt, auf diesen Grundstücken ihre Wohnhütten und sonstige zur Bewirtschaftung nothwendigen Gebäude aufzuführen, Mistbeete anzulegen, Brunnen herzustellen und Einfriedungen vorzunehmen; und diejenigen von den ergebenst Gefertigten, welche nicht vom Anfange an sich in diesem Bestande befinden, waren bemüssigt, diese Objecte ihren Vorbesitzern theuer abzulösen!

Dieses alles soll nun bis 1. November d. J. beseitigt werden — was ohne großen Schaden gar nicht möglich ist!

Insbesondere hat die Demolierung der Gebäude eine gänzliche Entwertung des Baumateriales zur Folge, so dass dieselben auf anderen Plätzen vom Grunde aus, aus neuem Materiale und mit Aufwand neuerlicher Baukosten, neu erbaut werden müssen. Hiebei ist aber auch noch zu berücksichtigen, dass die Anweisung anderer Pachtgründe in der Nähe der geplanten Baumschule auch den Nachtheil zur Folge hat, dass das Ungeziefer, welches in den Baumschulen vorzukommen pflegt, insbesondere Mäuse, verschiedene Würmer, Käfer 2c. die Gartencultur sehr empfindlich schädigt.

Schließlich würde auch diese Delogierung der ergebenst Gefertigten und ihrer Familien von den in Frage stehenden Bürgerspitalfondsgründen, welche an der Kaiser-Ebersdorfer Straße gelegen sind, einen großen Nachtheil für alle jene Geschäftsleute zur Folge haben, welche sich in Anbetracht ihrer Lebensbedürfnisse in der Nähe angesiedelt haben, und würden die den ergebenst Gefertigten in Ober-Neurießen anzuweisenden Grundstücke aus Verkehrsrücksichten für dieselben sehr ungünstig gelegen sein.

Zur Vermeidung dieser vielen großen Schäden und Nachtheile, welche die Existenz der ergebenst Gefertigten geradezu vernichten und welche, wenn sie — wie es die Billigkeit verlangt — denselben ersetzt werden, der löblichen Großcommune große Auslagen bereiten, dürfte es sich empfehlen — zum Zwecke der Errichtung der städtischen Baumschule statt der in Frage stehenden, dem Wiener Bürgerspitalfonde gehörigen Grundstücke „am Himmelreich" — einen anderen Grundcomplex nächst dem Central-Friedhofe in Bestand zu nehmen, wozu insbesondere die dem Brauereibesitzer Herrn Anton Dreher in Schwechat gehörigen Grundstücke geeignet erscheinen, welche bisher bloß als Acker benützt werden und auf welchen sich keine Baulichkeiten und sonstigen kostspieligen Einrichtungen befinden.

Die ergebenst Gefertigten sehen sich deshalb durch die gegründete Besorgnis um ihren ohnehin nothdürftigen Lebensunterhalt für sich und ihre Familien zu der ehrfurchtsvollen Bitte veranlasst:

1. Der löbliche Gemeinderath geruhe nach allenfalls vorhergehenden neuen Erhebungen über den wahrheitsgetreu dargestellten Sachverhalt — in Abänderung des Beschlusses vom 25. Jänner 1895 — statt der dem Wiener Bürgerspitalfonde gehörigen Grundstücke

in Kaiser-Ebersdorf im XI. Gemeindebezirke, genannt „Himmelreich", einen anderen Grundcomplex in Bestand zu nehmen;

oder aber, wenn dieses — ungeachtet der für die löbliche Großcommune zu gewärtigenden Ersparnisse — nicht thunlich wäre,

2. eine gründliche Erhebung des Wertes der den ergebenst Gefertigten gehörigen Culturen auf den in Frage stehenden Pachtgründen des Wiener Bürgerspitalfondes, mit Rücksicht auf die langjährige Bearbeitung des Grundes und Bodens zum Zwecke des Gartenbaues, sowie auch des Wertes der auf denselben bestehenden Wohnhütten und sonstigen Gebäude, Mistbeete, Brunnen, Einfriedungen ꝛc., mit Rücksicht auf die Kosten der Neuherstellung solcher Objecte auf anderen Plätzen anzuordnen und sohin den auf diese Weise erhobenen Wert den ergebenst Gefertigten zu vergüten.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

9. Anfrage des **Gem.-Rathes Hawranek:**

Bei Erbauung und Errichtung von Detailmarkthallen ist es den Markthallen-Geschäftsleuten streng aufgetragen worden, ihre Firmen nach den gegebenen Vorschriften ausführen zu lassen, das heißt nur im Innern, und von außen durften dieselben keine Firmen und noch viel weniger Placate anbringen lassen, was aber auch sehr billig und recht ist, weil dadurch der Mörtel sich ablöst und frühzeitig herunterfällt, und zur Zierde dienen solche Placate durchaus nicht.

Es ist den dortigen Geschäftsleuten auf wiederholtes Ansuchen nie gestattet worden, Placate anzubringen.

Nun ist in der Detailmarkthalle in der Stadiongasse ein jüdischer Fischhändler eingezogen, und der hat, wahrscheinlich ohne jemanden zu fragen, von außen die ganze Halle mit meterhohen Placaten überpickt; es sieht so aus, wie bei den jüdischen Ausverkäufen. Der Fischhändler heißt Braun.

Nun frage ich den Herrn Bürgermeister,

gedenkt er die gleichen Rechte sämmtlicher Steuerträger zu wahren und diese abscheuliche Placatierung durch die städtischen Organe auf Kosten des Juden Braun entfernen zu lassen?

Bürgermeister: Es ist selbstverständlich, dass bei der communalen Verwaltung alle Staatsbürger ganz gleich behandelt werden, dass alle gleiche Rechte und gleiche Pflichten haben. (Rufe links: So soll es sein!) So ist es auch.

Ich werde mich für diesen Fall interessieren, und da derselbe der Executive zugehört, das erforderliche veranlassen.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

10. Anfrage des **Gem.-Rathes Sauerborn:**

Der Fuhrwerksbesitzer Herr Johann Schramm, X., Leibnitzgasse Nr. 24, kaufte am Freitag den 8. d. M. am Heumarkt von dem Händler Herrn Wimmer aus Wilfersdorf eine Fuhre Heu und ließ dieselbe auf der dortigen städtischen Wage abwägen. Herrn Schramm, welcher bei dem Heuwagen blieb, um sich zu überzeugen, dass derselbe ordnungsgemäß auf die Wagbrücke gestellt werde, war, als er nun ins Waghaus eintrat, der etwas sonderbare Verkehr des Wagmeisters Schandalek mit dem Händler aufgefallen. Als man ihm das Gewicht mit 2040 kg bekanntgab, bezweifelte er die Richtigkeit, da es ja eine kleine Fuhre Heu sei, welche unmöglich so schwer sein könne und verlangte eine neuerliche Abwage. Der Wagmeister soll nun sehr grob geworden sein, bei ihm gebe es keinen Irrthum u. s. f. Während nun Herr Schramm sich mit dem Wagmeister auseinandersetzte, war der Händler mit dem Heuwagen fluchtartig davongefahren, so dass Herr Schramm mit seinem Steirerwagerl nachfahren und suchen musste. Erst bei der Staatsbahn-Übersetzung am Geiselberg in der Simmeringerstraße holte er ihn ein und nöthigte ihn, zurückzufahren. Nun fuhr Herr Schramm zur städtischen Wage am Eugenplatz, X. Bezirk, wo in Gegenwart des Herrn Markt-Accessisten Josef Kneifl der Heuwagen gewogen wurde, und mit 1640 kg bestätigt (Hört! Hört! links) wurde. Nun nöthigte Herr Schramm den Händler, noch einmal zur städtischen Wage am Heumarkt zu fahren, um den Wagmeister daselbst zu überweisen. Jetzt war aber ein anderer Wagmeister bei der Wage und der Heuwagen wog 1630 kg. Über sämmtliche drei Abwagen liegen die Wagscheine vor.

Herr Schramm hätte also nach der ersten Abwage 4 Meter-Centner Heu mehr zahlen müssen, den Meter-Centner zu 3 fl. 20 kr., also einen Schaden von 12 fl. 80 kr. Die Heuladung war nicht ganz 10 Meter-Centner, er wäre also mehr als um ein drittel betrogen gewesen.

Da nun Wimmer ein Händler ist, welcher wöchentlich zu Markte kommt, ferner das Benehmen des Wagmeisters, wie auch das fluchtartige Davonfahren des Wimmer mit dem Heuwagen, jedenfalls um denselben einer Nachwage zu entziehen, gewiss Thatsachen sind, welche auf ein Einverständnis hinweisen, und vielleicht schon mancher Käufer, welcher weniger praktisch ist wie Herr Schramm, empfindlich zuschaden gekommen ist;

da ferner das Vertrauen in die Amtshandlung bei den städtischen Wagen durch derlei Vorkommnisse gewiss erschüttert wird, so erlaube ich mir an den geehrten Herrn Bürgermeister die ergebenste Anfrage:

Ist der geehrte Herr Bürgermeister geneigt, diesen Fall einer strengen Untersuchung zu unterziehen und gegen die etwa Schuldigen entsprechend vorzugehen?

Bürgermeister: Ich werde über diesen Gegenstand Erhebungen pflegen.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

11. Interpellation des **Gem.-Rathes Maresch:**

Anlässlich des von dem Herrn St.-R. Boschan erstatteten Referates über den Jahresvoranschlag der Gemeinde Wien pro 1895 entwickelte sich ein Competenzconflict zwischen Bezirksschulrath und Stadtrath über das Recht, an bedürftige Lehrer, Lehrerwitwen und Lehrerwaisen Aushilfen und Unterstützungen zu ertheilen. Infolgedessen können die einlaufenden Gesuche um Gewährung solcher Aushilfen und Unterstützungen nicht erledigt werden und die unterstützungsbedürftigen Bittsteller, welche wohl in der Regel ihre letzte Hoffnung auf eine rasche und günstige Erledigung ihrer Gesuche gesetzt haben, sind jetzt, in der schwierigsten Jahreszeit, wegen der Fortdauer dieses Competenzstreites ohne eigene Schuld oft der härtesten Noth ausgesetzt, obwohl ihnen niemand den Anspruch auf Erfüllung begründeter Bitten absprechen wird.

Da es sich hier um das Wohl und Wehe zahlreicher berücksichtigungswürdiger Personen handelt, erlaube ich mir an den Herrn Bürgermeister als Vorsitzender des Stadtrathes und Bezirksschulrathes die höfliche Anfrage zu richten:

In welchem Stadium befindet sich der erwähnte Competenzstreit?

Ist dessen Entscheidung in kürzester Zeit zu gewärtigen?

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, bei längerer Dauer desselben provisorische Verfügungen zu treffen, damit die vorliegenden Unterstützungsgesuche ohne Verzug erledigt werden können?

Bürgermeister: Ich werde diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

12. Wir kommen zur Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte über den Hauptrechnungsabschluss der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien für das Verwaltungsjahr 1893.

(Referent Gem.-Rath Boschan tritt an den Referententisch.)

Haben Herr Berichterstatter eine Bemerkung zu machen?

Referent Gem.-Rath Boschan: Nein!

Bürgermeister: Dann eröffne ich die Debatte im allgemeinen. Das Wort hat Herr Gem.-Rath Steiner.

Gem.-Rath Steiner: Meine sehr geehrten Herren! Ich habe mich mit Rücksicht auf die schnelle Erledigung, welche der Rechnungsabschluss für das Jahr 1893 durch die zur Überprüfung vom Gemeinderathe eingesetzte Commission gefunden hat, zum Worte gemeldet, um einiges, welches im Laufe der Jahre in den Debatten hervorgehoben worden ist, heute ziffernmäßig nachweisen zu können, andererseits aber auch, um auf die gesetzwidrige Ausgabe von Geldern, wie sie von Seite des Stadtrathes stattgefunden hat, hinzuweisen.

Meine Herren! Die Rechnungsabschluss-Commission hat zur Prüfung dieses enormen Elaborates im ganzen vier Sitzungen abgehalten: sie hat sich am 22. Jänner constituiert, ohne dass sie nach dem Gemeinderaths-Beschlusse vollzählig gewesen wäre, denn es wurden nach dem Gemeinderaths-Beschlusse 21 Mitglieder des Plenums nominiert. Es ist der Herr Bürgermeister rechtzeitig von der Nichtannahme des Mandates seitens sieben Mitgliedern verständigt worden, und trotzdem hat es Herr Bürgermeister für gut befunden, am 22. Jänner der Constituierung dieser Commission beizuwohnen und dieselbe ihre Thätigkeit beginnen zu lassen. Diese Commission hat weiters am 24. und am 28. Jänner je eine

Sitzung abgehalten, am 29. Jänner wurde die Nachwahl der sieben Mitglieder vorgenommen, am 1. Februar ist die Bekanntgabe der Wahl der sieben Mitglieder von Seite des geehrten Herrn Bürgermeisters im Plenum des Gemeinderathes erfolgt, und am 30. Jänner hatte die Commission ihre Thätigkeit bereits geschlossen. Wie sich die sieben Herren, die am 29. Jänner gewählt worden sind, über dieses umfangreiche Elaborat in einigen Stunden Gewissheit verschaffen konnten, ist mir unbegreiflich. Ich gestehe offen, da würde ich nicht so gescheit sein, dies so rasch zu erledigen.

Wenn man aber die Anträge liest, welche die Commission uns vorgelegt hat, so ist kein Zweifel darüber möglich, in welcher oberflächlichen Weise diese Prüfung vorgenommen worden ist. Ich war der Meinung, dass der erste Beschluss der Commission derjenige sein wird, dass dem geehrten Präsidium wegen der Verletzung des Gesetzes nach § 52 des Landesgesetzes vom 19. December 1890 das Bedauern ausgesprochen wird. Ich finde aber ganz nebensächliche Beschlüsse, und nachdem der geehrte Herr Bürgermeister ja selbst Referent über das Wiener Gemeindestatut im Gemeinderathe und der erste Herr Vice-Bürgermeister der Referent über das Statut im n.-ö. Landtage war, so muss man wohl der festen Überzeugung sein, dass beide Herren genaue Kenner des Gesetzes sind. Aber bei der Abfassung des Statutes im Gemeinderathe und ebenso im Landtage war man eben nur bestrebt, die Opposition zu knebeln, die freie Meinungsäußerung einzuschränken und hat dabei ganz vergessen, ein den localen und wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung der Stadt Wien entsprechendes Statut zu schaffen.

Ich erlaube mir nun, damit der Herr Bürgermeister den § 52 nicht vergisst, ihm denselben ins Gedächtnis zu rufen. Ich bin vollkommen überzeugt, dass Se. Excellenz der Herr Statthalter, welcher ja die Pathenschaft bei diesem Gesetze hat, nicht intervenieren kann. Aus diesem Grunde will ich auch heute Se. Excellenz den Herrn Statthalter nicht daran erinnern, dass er die Pflicht hätte, darauf zu sehen, dass der geehrte Herr Bürgermeister eidlich verpflichtet ist, auch die Gesetze zu halten, die er beschworen hat.

Ich erlaube mir also auf den § 52 des Gesetzes hinzuweisen, worin es heißt, dass zwei Monate vor Ablauf eines jeden Verwaltungsjahres der Rechnungsabschluss dem Plenum des Gemeinderathes vorzulegen ist.

Ich erlaube mir aber auch zu bemerken, dass diese Gesetzesverletzung sich alljährlich wiederholt und nach diesem stümperhaften Statut nie rechtzeitig die Vorlage des Rechnungsabschlusses erfolgen kann, und zwar aus dem Grunde, weil die Verlagsrechnungen der einzelnen Bezirke erst Ende März an die städtische Buchhaltung gelangen, mithin die Vorlage nie zur rechten Zeit dem Plenum des Gemeinderathes übermittelt werden kann.

Meine Herren! Als ersten Punkt der Anträge, wie sie uns von Seite der geehrten Commission vorgelegt worden sind, finden Sie (liest):

„Die Commission zur Prüfung des Hauptrechnungsabschlusses der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien für das Verwaltungsjahr 1893 hat diesen vom Stadtrathe dem Gemeinderathe vorgelegten Rechnungsabschluss geprüft und hat sich den Anträgen des Stadtrathes Punkt 1 und 2 vollinhaltlich angeschlossen."

Meine Herren! Dann wird als Punkt 1 zu Gruppe I gesagt (liest):

„Der Magistrat wird beauftragt, sich mit der Genossenschaft der Wiener Gastwirte und jener der Wiener Kaffeesieder, sowie mit dem Verbande der österreichischen Gastwirte zu dem Zwecke in das Einvernehmen zu setzen, damit das Amtsblatt der Stadt Wien möglichst Verbreitung in den Gasthaus- und Kaffeehauslocalitäten finde."

Meine Herren! Ich bin schon zu wiederholtenmalen hier zur Ordnung gerufen und ausgeschlossen worden und so manches andere; aber ob dies der Würde der Stadt Wien entspricht, erlaube ich mir zu bezweifeln.

Ich begrüße diesen Antrag mit Freuden, das gestehe ich als Mitglied der Opposition, weil mir wiederholt von Leuten, selbst Ihrer Partei, mitgetheilt worden ist, dass man, wenn man das Amtsblatt der Stadt Wien liest, eine ganz andere Anschauung von der Thätigkeit der Opposition gewinnt, als wenn man sich auf die Berichte der liberalen Journale verlässt. Wir werden also sehen, welchen Erfolg das haben wird.

Zu Punkt 2 ad Gruppe III „Gemeindevermögen" heißt es (liest):

„Der Magistrat wird beauftragt, eine Regulierung der seit dem Jahre 1885 nicht mehr revidierten Pachtzinse für Holz- und Lagerstätten vorzunehmen."

Ich erlaube mir nun diesen Antrag dahin zu ergänzen, dass es zu heißen hat: „die nicht mehr revidierten Pachtzinse für Holz- und Lagerstätten, Pachtgründe und städtische Gebäude".

Insbesondere rücksichtlich meines Zusatz-Antrages auf die Revidierung der Pachtverhältnisse der städtischen Gebäude erlaube ich mir folgendes zu bemerken:

In einer der kürzlich stattgefundenen Wählerversammlungen im XIII. Bezirke hat ein Stadtrath der Majorität gesagt, wir machen hier im Gemeinderathe Scandal und wir hemmen jede ersprießliche Thätigkeit. (Ruf links: Götz!)

Ich erlaube mir dem geehrten Herrn Stadtrathe zu sagen, dass wir einer Thätigkeit, wie er sie als Finanzminister der ehemaligen Gemeinde Baumgarten im Vereine mit dem seinerzeitigen Bürgermeister und dem gegenwärtigen Bezirksvorstand-Stellvertreter des XIII. Bezirkes entwickelt hat, jederzeit entgegentreten werden; denn leichtsinniger das Geld zum Fenster hinauszuwerfen, als man es für die Erbauung des Casinos von Baumgarten gethan hat, das ist bei uns noch nicht geschehen und auch bei keiner zweiten Vorortegemeinde.

Das Casino in Baumgarten ist hier nach dem Rechnungsabschlusse mit 75.000 fl. geschätzt; hiefür wird nun ein Pachtzins von 800 fl. eingehoben. Von diesem Pachtzinse müssen wir die Erhaltung des Gebäudes, die Brandschaden-Versicherungen und die Steuer bezahlen. Dagegen ist in Heiligenstadt, in der Herrengasse Nr. 14, ein der Gemeinde Wien gehöriges Object, welches mit 8500 fl. geschätzt ist und wofür der betreffende Wirt 950 fl. Pacht zahlt.

Meine Herren! Das ist jedenfalls kein Verhältnis, und es muss endlich einmal die Zeit kommen, wo man mit dem Projecte des Baumgartener Casinos tabula rasa machen muss, denn das kann nicht mehr so fortgehen, wie es jetzt der Fall ist.

Vier Jahre warten wir auf die Besserung der Verhältnisse, vier Jahre warten wir auf das Versprechen, welches Herr Götz seinerzeit bei der im Jahre 1891 bewilligten Summe von 20 000 fl. gegeben hat, dass es in einigen Jahren besser sein wird. Wie die Verhältnisse heute liegen, ist an eine größere Frequenz in Baumgarten gar nicht zu denken. Darum bitte ich Sie, meinen Antrag anzunehmen.

Zu Gruppe IX hat die Commission den Antrag gestellt (liest): „Die Commission zur Prüfung des Zustandes der städtischen Waisenhäuser habe der Höhe der Verpflegsgebür für die städtischen Waisenhaus-Zöglinge, speciell jener des V. städtischen Waisenhauses, ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden." Nun, Meine Herren! Bei den Waisenkindern wollen Sie wieder zu sparen beginnen und auch bei der letzten Post, bei den Lehrmitteln für die armen Kinder. Meine Herren! Nachdem keine Motivierung beigelegt ist, so weiß ich nicht, welche Gründe maßgebend waren, dass sich die geehrte Commission bereit gefunden hat, diese Anträge dem Plenum vorzulegen. Ich bedauere dieselben sehr, meine Herren. Ich werde im Laufe meiner späteren Ausführungen darauf zurückkommen, dass Ihre Sparsamkeit bei den Waisen- und armen Kindern schlecht angebracht zu sein scheint. Zu diesem Punkte „Armenwesen" erlaube ich mir auch einen Ergänzungs-Antrag zu stellen; es ist mir nämlich mitgetheilt worden, dass die Verpflegung und Bequartierung einschließlich der Verwaltungsausgaben der städtischen Pfründner per Mann eine ziemlich hohe sein soll, so dass, wenn sie wirklich so hoch ist, wie mir mitgetheilt wurde, es vielleicht besser wäre, den Pfründnern dies auf die Hand zu zahlen; denn es ist gewiss traurig, dass Mann und Weib, die Jahrzehnte lang mitsammen gelebt haben, wenn sie im Alter der Versorgung übergeben werden, getrennt werden und der Mann z. B. nach Ybbs oder Mauerbach, das Weib nach Liesing kommt. Da sind beide im Alter gewiss schwer getroffen.

Ich erlaube mir daher zu Gruppe IX den Antrag zu stellen: „Der Magistrat wird beauftragt, dem Gemeinderathe zu berichten, wie hoch sich die Kosten für Verpflegung und Bequartierung (einschließlich der Verwaltungsauslagen) per Kopf in den städtischen Versorgungshäusern in Wien, Liesing, Mauerbach und Ybbs, ferner in den Armenhäusern der ehemaligen Vororte belaufen."

Nun erlauben Sie mir, auf einige Ziffern hinzuweisen; ich werde nur einzelne Ziffern aus den Gruppen herausheben, weil es zu lange dauern würde, wenn ich auf jede Post eingehen wollte.

Ich beginne bei Gruppe I „Verwaltung im allgemeinen", Post-Nr. 1, „Gemeindevertretung". Hier ist ein Mindererfordernis von 2533 fl. 33 kr. Als ich die Posten 1 und 2 durchgegangen habe, bin ich zur Erkenntnis gelangt, dass dasjenige, was wir der liberalen Partei immer vorwerfen, dass die Herren zuerst gedacht haben, sich selbst fette Pfründen zu verschaffen und zuerst auf die eigene Tasche zu sehen und dann erst für das allgemeine Wohl sorgen, vollinhaltlich bestätigt wird.

Meine Herren! Als der Stadtrath gewählt und Groß-Wien inauguriert wurde, hat der Bürgermeister Dr. Prix, vielleicht mit Genehmigung des Stadtrathes — nachdem die Sitzungen geheim sind, ist es mir nicht bekannt — veranlasst, dass die Bezüge des Herrn Bürgermeisters, der Vice-Bürgermeister und der Stadträthe im vorhinein gezahlt werden, wogegen sämmtliche Diäten im Reichsrathe und im Landtage im nachhinein gezahlt werden. Ich glaube denn doch, daß die gewählten Herren, welche Ehrenstellen einnehmen, Subsistenzmittel genug besitzen werden, um einen Monat leben zu können. Jetzt ist der Fall da, dass hier ein Mindererfordernis von 2533 fl. 33 kr. ausgewiesen ist, wo ein Betrag von 466 fl. 67 kr. fehlt. Und wie ist das gekommen? Ich erkläre, dass ich diese Post — bei späteren Posten werde ich mich an die Lebenden halten, und ich bedauere, dies constatieren zu müssen, der Betreffende ist nicht mehr unter uns — nicht wegen des hohen Betrages — da wird das Gleichgewicht des städtischen Haushaltes wohl nicht aus dem Leim gehen, das ist selbstverständlich — aber wegen der Tendenz der Partei, wie sie so recht gegen Fortschritt und Freiheit ihre eigenen Interessen in den Vordergrund stellt, berühre.

Am 24. October 1893 hat bekanntlich der Bürgermeister der Stadt Wien sein Mandat zurückgelegt, am 10. November wurde der betreffende Herr wiedergewählt, am 9. December wurde der Bürgermeister beeidigt, und mit Gemeinderaths-Beschluss vom 15. December sind ihm vom Tage der Beeidigung seine alten Functionsgebüren bewilligt worden. Das sind netto 45 Tage, mithin anderthalb Monate, so wäre ein Mindererfordernis von 3000 fl. auszuweisen. (Sehr richtig! links.) Das ist zweifellos. Weil aber der Herr Bürgermeister die Gebür für den Monat October schon gehabt hat, hat er sie einfach nicht mehr zurückgegeben, und es fehlen diese 466 fl. 67 kr.

Nun, meine Herren, komme ich zu Post 2. Hier ist ein Mindererfordernis von 24 fl. 80 kr., und hier wäre es Pflicht der Commission gewesen, genau zu prüfen, und es wäre auch — der geehrte Herr Referent möge mir entschuldigen — seine Pflicht gewesen, uns in seinem Exposé bekanntzugeben, dass dieser Betrag einstweilen zurückgestattet worden ist. Als dieser Rechnungsabschluss in die Hände des Gemeinderathes gelangt war, dachte man sich, es könnte zu einem großen Krawall führen; nämlich ein Stadtrath der geehrten Majorität wurde am 29. Mai v. J. nicht mehr in den Stadtrath entsendet, hatte aber schon die Gebüren; zweimal konnten dieselben nicht verrechnet werden, jetzt wurde er aufgefordert, den Betrag zurückzugeben, was er auch gethan hat. Wenn man sich nicht hinter den Coulissen genau erkundigen würde, so würde ich darüber sprechen und wüsste gar nicht, dass der Betrag zurückgegeben ist — wann, sagt weder die Commission noch der geehrte Herr Referent.

„Functionsgebüren der Bezirksvorsteher." Hier ist ein Mindererfordernis von 692 fl. 84 kr. Meine Herren! Das ist kein Mindererfordernis, sondern der Herr St.-R. Dr. Lederer, der Gedankenreiche — weil er uns die Gedankenlosen nennt — hat solange mit der Erstattung des Referates betreffs der ungesetzlichen Gratification an den Ehrenmann Kallich in Währing und an den Bezirksvertreter in Simmering gewartet, bis die Opposition in einer Sitzung abwesend war. Diesen wurden im Jahre 1894 Gratificationen bewilligt, obwohl nach dem Gesetze vom 19. December 1890, von dem nicht die Rede sein kann und nichts darin steht, sondern es steht nur von den Functionsgebüren der Bezirksvorsteher etwas darinnen.

Nun, meine Herren, gehen wir weiter! Ich war der Meinung, dass die geehrte Commission auf die Anträge zurückgreifen wird, welche die Budgetcommission im Jahre 1892 gestellt hat, nämlich betreffend die kolossale Überschreitung der Diäten und Commissionsgebüren. Im Jahre 1892 wurde von Seiten der Commission folgender Antrag gestellt: „Diäten, Commissionsgebüren, Kostgelder, Wagen- und Reisegelder in eigenen Angelegenheiten. Nachdem bedauerlicherweise auch im Jahre 1892 eine namhafte Überschreitung dieser präliminierten Posten eingetreten ist, werde der Bürgermeister ersucht, zu veranlassen, dass das Referat, betreffend die Regulierung der Diäten und Commissionsgebüren, dem Gemeinderathe baldigst vorgelegt werde."

Meine Herren! Das war ein Gemeinderaths-Beschluss. Es hat sich um diesen Beschluss gar niemand gekümmert und die Verhältnisse sind dieselben geblieben. Es ist eine kolossale Überschreitung und ich habe mir im Laufe des Jahres wiederholt darauf

hinzuweisen erlaubt, dass man Commissionen abhält, die absolut nicht nothwendig sind. Ich habe einmal erklärt, dass das wasserrechtliche Verfahren bei den kleinen Einmündungen in Bachgerinnen unnöthig ist. Der Herr Bürgermeister ist aufgestanden und hat erklärt, dass das abgeschafft ist. Und es war geradezu eine Ironie, dass ich am nächsten Tage morgens von einer derartigen Commission verständigt worden bin. In Sievering sollen wir jetzt die Nutzwasserleitung bauen und jetzt hält der Magistrat das Bauamt auf, weil das wasserrechtliche Verfahren eingeleitet wird. Zu welchem Zwecke? Die Quellen gehören uns, der Berg, die Straßen, das Bachgerinne gehören uns, und zum größten Theile wird die Nutzwasserleitung in die Straßen gelegt.

Zu welchem Zwecke also solche Commissionen, welche für die Gemeinde Auslagen verursachen und die Arbeiten hemmen? So ließe sich noch vieles vorführen. (Rufe rechts: Der kennt halt das Gesetz nicht!)

„Neuanschaffungen von Möbeln und Einrichtungsgegenständen für die magistratischen Bezirksämter, Möbel und sonstige Herstellungen im neuen Rathhause im I. Bezirke."

Meine Herren, das sind Summen, die geradezu kolossal sind. Es ist aber auch zu entschuldigen, denn so oft man ins Rathhaus kommt, sieht man die Herren Magistratsräthe ausziehen wie Afterparteien. Kommt man nach drei bis vier Wochen wieder herein, so ist das eine Departement, das dort war, hier und umgekehrt.

Jetzt errichtet man wieder zum Beispiel eine Unmasse von Scheidemauern im zweiten Stocke ꝛc. Da ist bei Rubrik IV 2 b „Reparaturen, Nachschaffungen, Neuanschaffungen von Möbeln für die auswärtigen Ämter" ein Betrag von 11.024 fl. eingestellt und eine Überschreitung von 6454 fl. 52½ kr. Gleich weiter unten bei Rubrik IV 23 finden Sie wieder Neuanschaffungen von Einrichtungsgegenständen für die magistratischen Bezirksämter.

Nun bitte ich, Rubrik IV und II a b nachzusehen. Hier heißt es für auswärtige Ämter, dort heißt es für die magistratischen Bezirksämter, darunter versteht man doch die magistratischen Bezirksämter. Man wollte offenbar die eine Post nicht zu groß machen und hat sie deshalb getheilt. Dass aber bei den Herstellungen im neuen Rathhause eine so kolossale Überschreitung von 24.032 fl. 10 kr. ist, ist geradezu unglaublich. Im Budget pro 1895 sind noch weitere 50.000 fl. eingesetzt, und dann sind für Nachschaffungen von Möbeln im neuen Rathhause schon wieder 6000 fl. eingesetzt! Ja, meine Herren, was kaufen Sie da eigentlich für das neue Rathhaus? Ich bin unlängst durch die Säle im zweiten Stocke gegangen, ganze Säle sind leer und stehen voll Schreibtische, 20 bis 30 Tische sind darin. Ich möchte also wissen, was mit diesen alten Tischen geschieht. Will man vielleicht mit der Mode gehen und jedes Jahr neue Schreibtische nach Zeichnungen von Architekten anschaffen? In den alten Depots sollen auch noch viele alte Möbeln sein, die soll man einfach für die Ämter heranziehen, so aber wundert es mich gar nicht, dass eine derartige kolossale Überschreitung stattfindet!

Gehen wir weiter zu einer anderen Post: „Vertretung der Gemeinde in Rechtssachen" 18.105 fl. 29 kr. Hier ist eine Überschreitung von 6082 fl. 65 kr. Für Stempel- und sonstige Gebüren sind 7272 fl. 77½ kr. eingesetzt. Das sind auch ganz kolossale Spesen. Wenn da noch der berühmte Rothberger-Process dabei wäre und wir hätten ihn gewonnen, so hätte ich nichts dagegen, wenn auch noch um 10.000 fl. mehr wäre. Aber von diesem Rothberger-Process hört man nichts mehr, der ist ganz eingeschlafen und ich werde mir in kurzer Zeit erlauben, beim Herrn Bürgermeister eine Interpellation einzubringen, ob dieser Process erledigt ist oder nicht.

Es ist aber auch unglaublich, der Stadtrath hat heuer, ich glaube auch der Gemeinderath, in öffentlicher Sitzung die Expensnote für den Stadtanwalt mit einem bedeutenden Betrage beschlossen, und kurze Zeit darauf bekommen wir eine Tagesordnung, wo in vertraulicher Sitzung ein weiterer Betrag von 6000 fl. für den Stadtanwalt bewilligt werden soll! Nun, meine Herren, Heimlichkeiten kann kein Anwalt der Stadt Wien haben, Alimentationskosten wird jeder Gemeinderath selbst bezahlen müssen, wenn er sie zu bezahlen hat und ich weiß also nicht, warum das in geheimer Sitzung erledigt werden soll.

Meine Herren! Ich komme weiter zur Verwaltungsgruppe „Sicherheitswesen".

Hier, meine Herren, ist die Verwaltung der städtischen Feuerwehr mit dem Betrage von 475.000 fl. eingesetzt. Wenn die Herren diesen Rechnungsabschluss genau geprüft hätten, hätten sie auch die Post finden müssen, wo es heißt, dass die siebzehn in Wien ansässigen Brandschadenversicherungs-Gesellschaften eine Brutto-Einnahme von 1,254.422 fl. 11 kr. haben. Die Erhaltung unserer städtischen Feuerwehr beträgt 475.185 fl. 17 kr.

Meine Herren! Nach dem Landesgesetze vom 16. December 1882, L.-G.-Bl. Nr. 69, bekommen wir zu den Kosten des Feuerlöschwesens einen 2percentigen Beitrag, den selbstverständlich auch die Parteien bezahlen, nicht die Versicherungsanstalten, welcher nicht mehr ausmacht als 25.088 fl. 46 kr. Da wäre ich der Meinung gewesen, dass einer der geehrten Herren der Commission den Antrag gestellt hätte: Die Commission spricht ihr Bedauern darüber aus, dass das geehrte Präsidium sich nicht mit mehr Ernst der Errichtung einer communalen Brandschaden-Versicherungsanstalt annimmt. Von dem hört man aber nichts. Nachdem die geehrte Commission es sich nicht mit den Verwaltungsräthen der Versicherungs-Gesellschaften verderben kann und ich nicht weiß, welche Summe sie zu den Wahlkosten von den Gesellschaften bekommt, so werde ich mir als Mitglied der Opposition einen Antrag zu stellen erlauben (liest): „Die auf Grund des Landesgesetzes vom 16. December 1882, L.-G.-Bl. Nr. 69, von siebzehn Versicherungs-Gesellschaften zu den Kosten des Wiener Feuerlöschwesens entrichteten 2percentigen Beiträge beliefen sich im Jahre 1893 auf 25.088 fl. 46 kr. Nachdem die Auslagen für das Feuerlöschwesen im Gegenstandsjahre 475.185 fl. 17 kr., somit nahezu eine halbe Million betrugen, die Brutto-Prämien-Einnahmen der Versicherungs-Gesellschaften aber sich auf 1,254.422 fl. 11 kr. beliefen, stelle ich den Antrag: Der Gemeinderath wolle beschließen: Es sei an den hohen n.-ö. Landtag, beziehungsweise an den Landesausschuss das Ersuchen zu richten, das Landesgesetz in Betreff der Beiträge der Versicherungs-Anstalten zu den Kosten des Wiener Feuerlöschwesens dahin abzuändern, dass diese Beiträge in ein richtigeres Verhältnis zu den thatsächlichen Ausgaben der Gemeinde gebracht werden."

Diesen Antrag erlaube ich mir Ihnen zur Annahme zu empfehlen.

Auch bei der städtischen Feuerwehr wird es heuer nothwendig sein, bei dem Budget diese Gruppe ernstlich in Berathung zu ziehen. Es sind so kolossale Ausgaben darin, dass man sie meiner Überzeugung nach, wie ich mich in den verschiedenen Bezirken

umgesehen habe, nicht verantworten kann und die auch nicht nöthig sind. Schauen Sie sich die große Leiter an, welche auf dem Hof vor dem Unterkammeramte steht; die ist gar nicht zu verwenden. Als man sie bei dem großen Feuer auf dem Bauernmarkt verwenden wollte, konnte man sie nicht aufstellen, weil sie zu groß ist. Das sind also Ausgaben, mit denen etwas vorsichtiger gewirtschaftet werden muss.

Was die Decentralisation der Feuerwehr, um einen Schritt nach vorwärts zu machen, und den Fortschritt, den die Opposition in wirtschaftlicher Hinsicht anstrebt, betrifft, so hört man wieder gar nichts mehr. Es ist im Jahre 1893 von Seite der Opposition ein Antrag gestellt worden, es wurde dem Magistrate eine Frist von drei Monaten zur Berichterstattung gestellt; aber es sind jetzt schon nahezu drei Jahre und wir hören noch immer nichts. Es wäre an der Zeit, wenn hier mehr wirtschaftlicher Fortschritt auf reeller Basis platzgreifen würde.

Nun komme ich aber zu einer Gruppe, zur Gruppe XIII, wo ich abermals Gesetzesverletzungen constatieren muss. (Hört!)

Der Stadtrath hat in seiner Sitzung vom 22. März 1893 einen Ehrenpreis an den Wiener Geflügelzucht-Verein Rudolfsheim bewilligt.

Meine Herren, erinnern Sie sich, als ein Antrag dem Plenum des Gemeinderathes vorgelegen ist, wonach diesem Geflügelzucht-Vereine eine Subvention bewilligt werden sollte, ist man über diesen Antrag zur Tagesordnung übergegangen, und hinter geschlossenen Thüren bewilligt der Stadtrath einen Ehrenpreis. Weiters, meine Herren, finden Sie darin einen Ehrenpreis für den Trabrenn-Verein. Meine Herren, ich appelliere an Sie, wer von Ihnen den Muth hätte, dem Trabrenn-Vereine auch nur einen Kreuzer zu bewilligen? Ich appelliere an diejenigen Herren, welche die Verhältnisse im Trabrenn-Vereine kennen, und es sind einige hier, welche geradezu erklärt haben: Wir spielen da unten nicht mehr mit. Wir kennen die bekannten Ausdrücke der Sportsmen, des Mauermachens, des Mumpitz u. s. w. Nun frage ich, Herr Bürgermeister, mit welchem Rechte wurde diesem Vereine diese Subvention bewilligt?

Im § 52, lit. d des Landesgesetzes vom 19. December 1890 heißt es: „Die alljährliche Bewilligung der Geldmittel für Remunerationen, Gnadengaben, Aushilfen und Gehaltsvorschüsse gehören in die Competenz des Gemeinderathes" und weiter: „b) Die Bewilligung von Aushilfsbeiträgen an Wohlthätigkeits- und sonstige gemeinnützige Anstalten und Vereine."

Da würde ich mir zu fragen erlauben, ob der Trabrenn-Verein eine gemeinnützige Anstalt ist oder ein gemeinnütziger Verein. (Rufe rechts: Ja!) Meine Herren, einem Geschäftsmanne, dem Wiener und dem Bauer ist es ganz gleichgiltig, ob der englische Traber die englische Meile in 2·22 Minuten oder ob er sie in 4 Minuten läuft; zum Geschäfte und zum landwirtschaftlichen Betriebe sind solche Vollblutpferde absolut nicht zu brauchen. Es ist Sache des Staates, solche Zuchtstationen zu errichten und zu fördern und nicht Sache der Gemeinde, um einigen Herren schöne Clublocalitäten und ein Vergnügen auf dem Rennplatze zu schaffen. Diese Ausgabe, meine sehr geehrten Herren, ist also eine gesetzwidrige!

Nun komme ich aber zu einer Post: „500 fl. Beitrag zur Errichtung eines Andreas Hofer-Denkmales in Innsbruck."

Meine Herren! Dass diese Ausgabe eine gesetzwidrige ist, beweist schon der Umstand, dass in derselben Post für die Errichtung anderer Monumente, Erhaltung der öffentlichen Denkmäler sämmtliche Ausgaben vom Gemeinderathe bewilligt worden sind. Ich bitte nur nachzusehen, sie sind vom Gemeinderathe bewilligt; nur diese eine Post nicht, und in dieser Post finden Sie: „Am 23. Juni 1893, Zahl 4093, bewilligt mit Stadtraths-Beschluss 500 fl." Und nun frage ich, wer hat das Recht gehabt, diese 500 fl., ohne den Gemeinderath zu fragen, zu bewilligen?

Aber eine interessante Post ist: „Kosten der Fahrt, Verköstigung ꝛc. der Deputation der Gemeinde Wien zur Enthüllungsfeier per 797 fl. 47 kr." (Rufe links: Hört! St.-R. Klotzberg, der Bürgermeister und der Huber!) Ich habe mir die Rechnung verschafft. (Gem.-Rath Herold: Das ist kleinlich! Widerspruch und Unruhe links.) Meine Herren! Hier habe ich das Vergnügen, mich an die lebenden Herren zu halten. Es muss doch auf jeden einen eigenthümlichen Eindruck machen, wenn der mit 24.000 fl. besoldete Bürgermeister, wenn die mit 3000 fl. besoldeten Stadträthe und der mit Landtagsdiäten ausgerüstete Landtags-Abgeordnete Dehm zu einer Feier nach Innsbruck fahren und sich dort auf Kosten der Gemeinde Wien verköstigen lassen. Wie haben sie das gemacht? Sie haben sich einen Pauschalbetrag von 800 fl. anweisen lassen. (Hört! links.) Ich habe die Rechnung eingesehen, und die ist so kurz gehalten, wie es hier im Rechnungsabschlusse steht. Zurückgegeben haben sie 2 fl. und einige Kreuzer. (Gelächter links.) Sonst steht nichts darinnen, als: „Logis, Verköstigung ꝛc." Sagen Sie, meine Herren, sind die „Etcetera" in Innsbruck so theuer? (Heiterkeit links.) Denn so viel können sie nicht gebraucht haben, das ist doch nicht möglich, abgesehen davon, dass die Anweisung von Pauschalbeträgen, geehrter Herr Bürgermeister, nach § 23 unseres Statutes eine Gesetzwidrigkeit ist. Der § 23 lautet folgendermaßen: „Die Mitglieder des Gemeinderathes verwalten ihr Amt unentgeltlich. Bei Besorgung von Gemeinde-Angelegenheiten außerhalb des Gemeindegebietes, in welchem sie wohnen, haben die dazu abgeordneten Mitglieder Anspruch auf den Ersatz der Barauslagen, bei Besorgung von Gemeinde-Angelegenheiten außerhalb der Stadt Wien auf Vergütung der Reise- und Fahrtkosten und auf die Diäten eines Staatsbeamten der VI. Rangclasse." Wo steht hier etwas von der Anweisung von Pauschalbeträgen? Die Reisekosten und Diäten eines Staatsbeamten der VI. Rangclasse, meine Herren, können nie und nimmer 797 fl. ausmachen. Ja, meine Herren, es ist sehr angenehm, in Innsbruck nobel zu thun, es wäre auch sehr angenehm, meine Herren, Pauschalbeträge zu nehmen. Ich habe aber auch nachgewiesen, dass Herr St.-R. Schneiderhan nur anderthalb Tage in Mauthausen war und 72 fl. verrechnet hat. Das Gesetz schreibt genau vor, die Vorschrift muss eingehalten werden, und wenn einem Herrn die Reisediäten zu gering sind, dann soll er gefälligst in Wien bleiben und nicht auf Kosten der Bevölkerung der Stadt Wien und der ohnehin belasteten Steuerträger noble Trinkgelder geben. (Gem.-Rath Herold: Pfui! Widerspruch links.) Ja, Herr College Herold, das „Pfui!" ist am richtigen Platze.

Bezüglich der Commissionsgebüren und der Diäten ist auch eine interessante Post zu erwähnen: „Bau des linksseitigen Sammelcanales". Da ist der Gehalt der betreffenden Beamten mit 13.000 fl. angesetzt, Schreibrequisiten, Zeichenrequisiten und Reiseauslagen vom Rathhause bis zum kleinen Wasser (Heiterkeit links), dem Donaucanal, mit nahezu 5000 fl. Überdies bemerke ich, dass nahezu in jeder Verwaltungsgruppe derartige Posten vorkommen, über Diäten und Commissionsgebüren, über Schreib- und Druck-

sorten ꝛc. Es ist unglaublich, wie hierin gewirtschaftet wird. Da ist doch eine strenge Controle nothwendig, und es wäre sehr an der Zeit, wenn die Geheimthuerei im Stadtrathe ein Ende erreichen würde; es wäre richtiger, dass man darüber informiert ist, was für Beschlüsse gefasst werden.

Hier, meine Herren, ist weiters ein Ausweis über die Straßentaglöhner und die Schneeverführung in den Bezirken und es freut mich, heute ziffermäßig nachweisen zu können, was ich durch Jahre angestrebt habe, indem ich immer gebeten habe, man möge endlich einmal bei den Straßenarbeitern Ersparungen eintreten lassen. (Gem.-Rath Klotzberg: Bei den armen Leuten!) — Ja, und Sie fahren dann auf Kosten der Gemeinde nach Innsbruck. — Das ist etwas löblicher, nicht wahr? — Es sind übrigens nicht durchwegs arme Leute darunter, sondern auch Leute, die auf andere Weise ihr Brot verdienen können. Ich habe sehr darauf hingewiesen, wie es in meinem Bezirke zugeht, und hier ist es nachgewiesen, dass der XIX. Bezirk 39.271 fl. 38 kr kostet. Ich habe mich auch in den anderen Bezirken umgesehen, und es ist auch in den anderen Bezirken eine Verschwendung von Arbeitskräften vorhanden, und es wäre gut, wenn da endlich Einhalt gethan würde. Ich habe mir im Laufe verschiedener Debatten und auch privat beim Herrn Bürgermeister diesbezüglich zu ersuchen erlaubt, aber ohne Erfolg. Da sind auf einer Straße im XIX. Bezirke, die ganz zum Gebirge führt und wo niemand fährt als der Hofsteinmetzmeister Hauser mit seinen Steinwägen, durch vier Jahre sieben Taglöhner in Verwendung gewesen; da die Leute den ganzen Sommer hindurch nichts zu thun hatten, haben sie auf der ungepflasterten Gebirgsstraße mit dem Besen gekehrt. Der Herr Bürgermeister — ich betone das — hat die Angelegenheit jedesmal urgiert und es ist nichts geschehen. Man hat gesagt: bis zum neuen Jahre müssen sie bleiben und sie sind geblieben. Ich behaupte kühn, dass sich bei der Straßensäuberung bei dem Personale jährlich spielend ein Betrag von 100.000 fl. ersparen lässt. (Hört! Hört! links.) In meinem Bezirke allein lassen sich spielend 10.000 fl. ersparen. Wo früher einer, zwei Arbeiter thätig waren, sind jetzt fünf, sechs thätig. Am Samstag waren um 3 Uhr alle fertig und sind nach Hause gegangen und so geht es nahezu täglich, dass sie um 4 Uhr nach Hause gehen. Der Bezirksvorsteher kümmert sich darum nicht. Geht man zum Magistrat, heißt es, es liegt nicht in seiner Competenz, geht man zum Bauamt, so heißt es wieder so; der Bezirksvorsteher ist nicht zu finden, dass derartigem „Geld-zum-Fenster-hinauswerfen" ein Ende bereitet würde. Die Herren werden sich erinnern, dass ich bei der Gelegenheit, wo der liberale Bezirks-Ausschuss Wilhelmi mit zwei Büffeln 120 Fuhren gemacht haben wollte, darauf hingewiesen habe, dass man um Gotteswillen einen Schneeabfuhrplan schaffen und insbesondere in den Bezirken an der Peripherie darauf sehen soll, dass in den Straßen, wo den ganzen Tag nur 1 bis 2 Wagen verkehren, wo überhaupt keine große Frequenz herrscht, der Schnee ganz gut liegen bleiben kann.

Es ist aber nichts geschehen. Auf eine von mir seinerzeit in der Debatte gestellte Interpellation hat es geheißen, der Magistrat mache die Schneeabfuhrspläne. Meine Herren! Gar nichts ist geschehen. Bei uns herrscht heuer draußen eine kolossale Misswirtschaft. Ich bin durch die Bezirke von Penzing bis zum XIX. Bezirke gefahren und habe mir das angesehen. Im XIII. ist es so wie im XIX.; in breiten und isolierten Straßen wird der Schnee zum Gaudium der Bevölkerung weggeführt. Bei uns wird er mit Schlitten weggeführt, fast noch beim Krapfenwaldl. Hat das einen Sinn? Wenn die Straßen eng sind, wenn dort Fabriks- oder Geschäfts-Etablissements sind, so hat man nichts einzuwenden.

Bezüglich der Schneeabfuhr muss eine strenge Controle eingeführt und gewissenhafte Aufträge gegeben werden, wo der Schnee weggeführt werden soll. Das gilt auch vom I. Bezirke. Auf der Ringstraße, vor dem Rathhause kann der Schnee ganz gut liegen bleiben.

Im Jahre 1892 wurden für Koth und Kehricht im XIX. Bezirke 7270 fl. ausgegeben, für Schnee 2361 fl., zusammen 9631 fl. Und nun erlaube ich mir, die Ziffern von 1893 vorzuführen.

Für das Jahr 1893 wurden schon 10.831 fl. 31 kr. und für Schneeabfuhr 17.650 fl. (Rufe: Hört!) verausgabt. Also ein Betrag von 28.481 fl., mithin ein Mehrbetrag von 19.000 fl in einem Jahre. Und das wird von Jahr zu Jahr schlechter. Heuer wird es noch schlechter werden. Ich bin neugierig, welche Summe für's Jahr 1895 herauskommt. Man glaube nicht, dass ich als Vertreter der Vororte die Interessen derselben schädige. Durchaus nicht. Aber ich stehe auf dem Standpunkte, wo kein Geld ausgegeben zu werden braucht, braucht man auch keines auszugeben. Dies habe ich nur angeführt, um, wenn die Specialdebatte beginnt, mich dann in die einzelnen Posten mehr zu vertiefen.

Die Rechnungsabschluss-Commission pro 1892 hat bei den „Fonds und Stiftungen" einen Antrag gestellt bezüglich der Verwendung eines Fondes, mit dem in der ehemaligen Gemeinde Nussdorf eine Kinderbewahranstalt erbaut werden soll. Die geschätzte Commission hat sich mit ihren vorigen Anträgen gar nicht mehr beschäftigt. Es wurde mit Gemeinderaths-Beschluss der Magistrat beauftragt, bezüglich der Errichtung dieser Kinderbewahranstalt dem Gemeinderathe Vorschläge zu machen. Es hat auch vor nicht langer Zeit der geehrte Herr College Bachofen den Bürgermeister interpelliert, aber Sie wissen ja, wie man Interpellationen beantwortet, die macht man sich mundgerecht und angenehm, wie man es wünscht. Nachdem nun nichts geschehen ist, erlaube ich mir den Antrag zu stellen, damit der Wille der Stifter — Herr Gem.-Rath Bachofen ist auch einer davon — durchgeführt werde und die Angelegenheit in Fluss komme: „Der in dem Ausweise über die Stiftungen und Fonde der ehemaligen Gemeinde Nussdorf (Seite 445, sub Post 4) angeführte Fond zur Errichtung einer neuen Kinderbewahranstalt mit Kindergarten ist seinem Zwecke zuzuführen und hat der Magistrat diesfalls Anträge zu stellen."

Nachdem bisher ein solcher Antrag nicht gestellt wurde, beziehungsweise die Errichtung der Kinderbewahranstalt in Nussdorf nicht erfolgt ist, erlaube ich mir, neuerdings zu beantragen: „Es sei der Beschluss der Commission, welcher auch vom löblichen Gemeinderathe acceptiert wurde, dem Magistrate mit dem Auftrage in Erinnerung zu bringen, die abverlangten Anträge binnen vier Wochen vorzulegen."

Das sind Anträge, die ich in der Generaldebatte zu stellen mir erlaube. Nachdem Sie aber ersehen haben, dass die Prüfung oberflächlich war, nachdem Sie ersehen haben, dass der Stadtrath gesetzwidrig Geld ausgegeben hat, erlaube ich mir einen Antrag zu stellen: Mit Rücksicht auf die ungesetzlichen Ausgaben, welche der Stadtrath beschlossen hat, mit Rücksicht auf die völlig ungenügende Prüfung des Rechnungsabschlusses seitens der Commission, bin ich nicht in der Lage, dem Antrage auf Genehmigung des Rechnungsabschlusses pro 1893 zuzustimmen und stelle den Antrag,

die gedachte Genehmigung zu verweigern und den Rechnungsabschluss nochmals zur Prüfung, Richtigstellung und zur Berichterstattung über die gestellten Anträge an die Commission zurückzuweisen.

Es geht nicht an, dass man sich zwei-, dreimal auf zwei Stunden zusammenfindet und über Ersuchen des Herrn Bürgermeisters, es solle die Angelegenheit rasch erledigt werden, weil sie nach dem Statut nicht anders erledigt werden kann als gesetzwidrig, dem Herrn Bürgermeister das zuliebe thut.

Ich bitte, die gestellten Anträge anzunehmen und den Rechnungsabschluss an die Commission zurückzuweisen mit dem Auftrage, neuerliche Anträge zu formulieren, auf Grund deren wir eine Specialdebatte zu führen in der Lage sein werden. (Beifall und Händeklatschen links.)

(Während vorstehender Rede hat Vice-Bürgermeister Dr. Richter den Vorsitz übernommen.)

Bürgermeister: Es ist wirklich eine schwere Aufgabe (Ruf links: Ja wohl!) — nicht auf die soeben gehaltene Rede zu antworten — sondern sich zu entscheiden, ob man darauf antworten soll oder nicht. (Sehr gut! rechts.) Darin liegt die Schwierigkeit. Der Herr Vorredner hätte sich seine Aufgabe viel leichter machen können. (Gem.-Rath Strobach: Wie die Commission!) Ich bitte mich nicht immer zu unterbrechen, ich unterbreche auch niemanden. (Sehr richtig! rechts.) Das ist unschicklich! Wir haben den Herrn Gem.-Rath Steiner mit der größten Ruhe angehört und ich nehme für mich dasselbe Recht in Anspruch, wie jeder Gemeinderath. — Ich sage, der Herr Vorredner hätte sich seine Aufgabe viel leichter machen können, wenn er dem wohlmeinenden Vorschlage des Bürgermeisters in die Rechnungsabschluss-Commission einzutreten, Folge geleistet hätte. Ich habe mir die größte Mühe gegeben, die Herren von der Opposition zu bestimmen, in die Commission einzutreten. Sie sind aber nicht eingetreten. (Gem.-Rath Gregorig: Sehr gescheit!) Ich weiß nicht, ob es so gescheit ist, dass Sie nicht eingetreten sind. Darüber wird man sich später ein Urtheil bilden. Ich finde es nicht gescheit, andere können anderer Ansicht sein. Aber erstens hätten Sie damit Ihre Pflicht erfüllt, und zweitens wären Sie in der Lage gewesen, alle die fürchterlichen Zweifel, an denen der Herr Vorredner leidet, aufzuklären und zu beseitigen, die Details jener Rechnungen zu sehen, welche die angeführten großen Summen ergeben. Also, meine Herren, das hätte sich leicht machen lassen. (Zwischenrufe rechts. — Widerspruch links. — Rufe links: Dort ist unterbrochen worden!) Aber, meine Herren, regen Sie sich nicht auf, es ist vorläufig kein Anlass dazu. — Wie gesagt, diese Posten wären Ihnen aufgeklärt worden, allerdings in der Commission, und das wäre vielleicht unangenehm gewesen; dann aber hätten Sie Ihre Pflicht erfüllt.

Meine Herren! Erlauben Sie mir, vorerst den Vorwurf der Geheimthuerei zurückzuweisen. Sie hätten ja alles sehen, sich von allem überzeugen können, Sie wollen aber nicht. Sie wollen das Geheimnis beibehalten und es nicht lüften und trotzdem beschweren Sie sich über Geheimthuerei. Sie waren nicht zu bestimmen, in die Commission einzutreten. Die Majorität hat Ihnen ein volles Drittel der Mandate in die Commissionen eingeräumt und der Opposition der Nominierung der Mitglieder überlassen. (Gem.-Rath Gregorig: Im Stadtrathe auch!) Auch für den Stadtrath hat man Ihnen Stellen angeboten. Sie hätten schon eine Masse Stellen. Sie haben sie nicht angenommen. Die Gründe, warum Sie sie nicht angenommen, sind uns bekannt, ich werde kein Wort darüber verlieren.

Meine Herren, Sie sind zweimal in der Lage gewesen, in die Commission einzutreten; Sie haben es nicht gethan; Sie haben schnöde jedes Anerbieten zurückgewiesen und jetzt kommt der — fast möchte ich sagen — kindische Antrag, der Act solle nochmals an die Commission zurückgewiesen werden. Wir wissen ja gar nicht, ob Sie jetzt die Gnade hätten, in die Commission einzutreten und nachzuholen, was Sie versäumt haben. Wenn wir also den gestellten Antrag nicht ernst nehmen werden, so dürfen Sie sich darüber nicht wundern. Die Commission war Ihnen ein Dorn im Auge. Jetzt kränkt es Sie wieder, dass die Commission sich constituiert und so schnell die Arbeit fertig gebracht hat. Es wäre Ihnen lieber, wenn das Referat erst im März vorgelegt worden wäre. Die Commission hat sich aber constituiert, weil die Majorität der Mitglieder in der Sitzung erschien, weil die Commission beschlussfähig und daher in der Lage war, sich zu constituieren, also ein vollkommen legales Vorgehen. Nun hat der Herr Vorredner mich der Ungesetzlichkeit beschuldigt an allen Ecken und Enden. Ja, meine Herren, wenn man den Herrn Vorredner hört, so muss man annehmen, dass ich den ganzen Tag gar nichts anderes zu thun habe, als Ungesetzlichkeiten zu begehen. Meine Herren, das ist nicht so. Sie werden mir keine Ungesetzlichkeit nachweisen können. Richtig ist es, der Rechnungsabschluss ist nicht rechtzeitig vorgelegt worden. Ich bedauere das außerordentlich. Ich bin ein Freund davon, dass jeder Einzelne und die communale Verwaltung insgesammt ihre Pflicht thut, und dass das rechtzeitig und gründlich geschieht. Ich schenke mir selbst nichts und auch anderen nichts. Ich habe darauf bestanden, dass diese gesetzliche Vorschrift genau befolgt werde und es ist auch unterm 28. März 1894 der Ober-Buchhalter aufgefordert und auf seine Pflicht aufmerksam gemacht worden, den Rechnungsabschluss rechtzeitig vorzulegen. Aber, meine Herren, ad impossibilia nemo tenetur! (Gem.-Rath Jedlička: Was heißt das auf böhmisch?) Auf böhmisch? Das weiß ich nicht. Auf deutsch heißt es: zu unmöglichem kann niemand verhalten werden.

Die Buchhaltung war überbürdet und konnte meinem Auftrage nicht nachkommen, so blieb eben nichts übrig, als nochmals ein Auge zuzudrücken. Wenn wir das Leben haben und in einem Jahre noch so schön beisammen sind wie jetzt (Heiterkeit), so hoffe ich, dass es besser wird. (Zurufe links: Sie werden nicht wieder gewählt werden!) Wir haben das schon öfter gehört und es war doch nicht wahr, das macht also keinen Eindruck mehr.

Ich werde aber dann in die Lage kommen, dafür zu sorgen, dass der Rechnungsabschluss rechtzeitig vorgelegt wird, und ich werde hoffentlich in der Lage sein, mit der Thatsache zu rechnen, dass die Buchhaltung nicht mehr so belastet und überbürdet ist wie bisher, nachdem sie eine bedeutende Anzahl neuer Kräfte erhalten, welche bis dahin geschult sein werden, so dass ich hoffe, dass dann die Buchhaltung die Vorlage rechtzeitig machen wird, damit sie auch rechtzeitig an den Gemeinderath gelangen kann.

Ich habe hier einen Bericht der Buchhaltung am 22. August 1894, in welchem auseinandergesetzt wird, dass es beim besten Willen nicht möglich gewesen sei, die Vorlage rechtzeitig zu erstatten.

Meine Herren, es war mir nach diesem Berichte nicht möglich, der Buchhaltung einen Vorwurf zu machen

Nun kommt aber das furchtbare Verbrechen, dass der Bürgermeister und die Stadträthe ihre Bezüge im vorhinein erhalten.

Es sind nur zwei Fälle möglich, im vorhinein oder im nachhinein. Nun, meine Herren, wie bekommen die Beamten, wie Diurnisten ihre Bezüge? Im vorhinein. (Gem.-Rath Steiner: Sind Sie ein Beamter, Herr Bürgermeister?) Meine Herren, auf derlei Zwischenrufe werde ich nicht antworten. (Gem.-Rath Steiner: Sehr angenehm!) Wenn Sie etwas von mir wünschen, so melden Sie sich zum Worte und fragen Sie mich und ich werde antworten. Auf Unterbrechungen und Zwischenrufe werde ich aber nicht antworten. (Richtig! rechts.) Denn das ist nicht die Art, wie sie unter gebildeten Menschen vorzukommen pflegt. Warum soll der Bürgermeister und warum sollen die Stadträthe nicht dasselbe Recht haben, wie die Beamten und Diurnisten? Sie widmen ihre ganze Zeit den städtischen Angelegenheiten. Sie setzen ihre Stellung aufs Spiel, ihr Schicksal und ihre Zukunft. Meine Herren! Warum sollen die schlechter bestellt sein, als alle anderen?

Ich sehe das nicht ein; dieser Modus besteht seit dem neuen Statute und jedesmal waren Sie in der Lage, das zu erfahren und zu sehen. Warum haben Sie sich nicht um die Sache gekümmert und dieselbe früher bemängelt? Der Herr Vorredner hat erst gewartet, bis er in die Lage kommt, eine große Candidatenrede zu halten. (Lebhafte Heiterkeit rechts.) Ich gehe nun weiter und behaupte, ein Tag der Fälligkeit und damit der Anspruch auf die Bezüge muss bestehen; wenn die Bezüge behoben sind, gehören sie dem Betreffenden. Wenn er im Laufe des Monates stirbt oder resigniert, so ist er nicht verpflichtet, die Bezüge zurückzustellen. Wenn das in einem Falle doch geschehen ist, auf den der Herr Gem.-Rath Steiner hingewiesen hat, so ist es eine weitgehende Noblesse. Es liegt darin die Absicht, jeder Nörgelei aus dem Wege zu gehen, aber eine rechtliche Verpflichtung hiezu ist nicht vorhanden.

Alles das, was der Herr Vorredner über den verstorbenen Bürgermeister Dr. Prix angeführt hat, bedauere ich lebhaft, erstens, weil es rechtlich nicht begründet ist, und zweitens, weil es einen Todten betrifft (So ist es! rechts) und ich gedacht hätte, dass man einen Mann, der solche Verdienste sich erworben hat (Rufe links: Um was denn? — Beifall rechts), einen Mann, der über 20 Jahre seines Lebens der Gemeinde geopfert hat (Erneuerter Widerspruch und Unruhe links. — Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts), in Ruhe lassen wird.

Der Herr Vorredner hat das Referat, betreffend die Commissionsgebüren und Diäten, urgiert. Das Referat ist bekanntlich einer Commission zugewiesen worden, die Wahl der Commission ist lange auf der Tagesordnung gestanden. Wir haben in der liebenswürdigsten Weise die Opposition jedesmal ersucht: „Machen Sie uns doch ein paar Mitglieder für die Commission namhaft. Wir wollen die Sache doch einmal gemeinsam berathen und zu Ende bringen."

Wer nicht zu bestimmen war, in diese Commission einzutreten, war die Opposition. Wer ist also schuld daran, wenn der Gegenstand noch nicht erledigt ist? Die Opposition. (Gem.-Rath Strobach: Die Verantwortung hat die Majorität!) Es ist leicht, die Verantwortung anderen zu überlassen.

Der Herr Vorredner hat bemängelt, dass man jetzt beim Krottenbache das wasserrechtliche Verfahren eingeleitet hat. (Gem.-Rath Steiner: Die Nutzwasserleitung in Sievering!) Herr Collega, Sie sind ein sehr verständiger Mann, aber alles verstehen Sie nicht. (Heiterkeit rechts.) Die Juristerei zum Beispiel verstehen Sie doch sicher nicht. Wenn Sie sie aber nicht verstehen, warum mischen Sie sich da hinein? (Lebhafte Heiterkeit rechts.) Warum machen Sie der politischen Behörde, die doch wissen muss, was sie zu thun hat, einen Vorwurf? Es ist unrecht, wenn man auf der einen Seite so überaus liebenswürdig und entgegenkommend ist gegenüber der Beamtenschaft, aber gleich in einem Athem gegen die Beamtenschaft den Vorwurf erhebt, das wasserrechtliche Verfahren sei gar nicht nothwendig. Die Beamten haben es nur eingeleitet, um sich dabei Commissionsgebüren auf die Seite zu schaffen. Diesen Vorwurf muss ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen; es ist eine Herabwürdigung der Behörde, wenn in der Weise von ihnen gesprochen wird, und ich muss das entschieden ablehnen. Das wasserrechtliche Verfahren wird deswegen eingeleitet, weil es nach dem Gesetze nothwendig ist; das ist der einzige Grund.

Was die Anschaffung von Mobilien für die Bezirksämter u. s. w. betrifft, so möchte ich bemerken, dass die Rechnungen vorliegen, sie sind ja kein Geheimnis. Sie haben ja schon so viele Auskünfte von mir verlangt und ich habe sie auf das bereitwilligste ertheilt, unter dem Hinweise darauf, dass wir keine Geheimnisse haben und uns nicht zu genieren brauchen. (Ruf links: Außer dem Stadtrathe!) Auch da nicht. Und wenn Sie das interessiert, und wenn Sie etwas sonderbar finden, warum kommen Sie nicht? Die Rechnungen können Sie ja einsehen.

Meine Herren! Es wurde bemängelt, dass der Stadtrath beschlossen hat, einen Ehrenpreis für Geflügelzucht und für das Trabrennen u. s. w. zu bewilligen, und dass dies dem Plenum nicht vorgelegt wurde. Der Herr Vorredner hat zwei Alinea des § 52 citiert und während er sie vorgelesen hat, hat er schon selbst gefunden, dass sie nicht passen. Ich schließe mich seiner Ansicht vollkommen an und habe nichts weiter zu bemerken. (Heiterkeit rechts.)

Was die Reise nach Innsbruck betrifft, so bedauere ich gleichfalls, dass dieser Gegenstand hier zur Sprache gebracht worden ist. Es heißt wirklich die Repräsentanz der Gemeinde Wien nach außen geradezu bloßstellen (Bravo! rechts), wenn hinterher bemängelt und gemäkelt wird. Die Deputation ist mit Zustimmung des Gemeinderathes über Einladung des Andreas Hofer-Denkmal-Comités in Innsbruck erschienen und das Erscheinen dieser Deputation hat allgemein, in allen Kreisen — ich betone das, da ich ins Detail nicht eingehen kann und darf — lebhafteste Anerkennung und Sympathie gefunden. (Bravo! rechts.)

Meine Herren! Sechs Personen sind entsendet worden und das Unternehmen hat 797 fl. gekostet! Die Eisenbahnfahrt allein kostet 350 fl. Nun rechnen Sie alle die anderen Spesen, die da auflaufen; wenn Ihnen dann die Sache noch nicht klar ist, und wenn Sie dann noch eine Aufklärung über die „Etcetera" verlangen, so kann ich Ihnen nur sagen, dann müssen Sie fragen, was die Zündhölzel und die Stiefelwichse gekostet hat. (Lebhafte Heiterkeit und sehr gut! rechts.) Andere Etcetera gibt es nicht.

Es gibt gewisse Grenzen, die man nicht überschreiten darf. Der Geschmack muss auch von Seite der Opposition berücksichtigt werden (Sehr gut! rechts), und wenn man über gewisse Grenzen, die das menschliche Gefühl unverrückbar festsetzt, hinausgeht, dann verletzt man den guten Geschmack. (Beifall rechts.)

Der Wunsch, eine Aufklärung dieser Etcetera hier zu verlangen und überhaupt die Sache hier zum Gegenstande der Erörterung zu machen, war gegen den guten Geschmack, das hätte ein instinctives Bewusstsein dem Herrn Vorredner sagen sollen. Sein Versuch, der

Majorität und dem verstorbenen Bürgermeister wieder einen Klaps hinaufzugeben, war ein höchst unglücklicher und verfehlter.

Meine Herren! Ich lasse mir jede Kritik dann gerne gefallen, wenn ich sehe, dass bei Ausübung derselben das Bestreben zutage getreten ist, zu bessern, Vorschläge zu machen und der Verwaltung zu nützen.

Was aber haben wir gehört? Nicht einen Satz, der überhaupt in die General-Debatte über den Rechnungsabschluss gehört, sondern es sind mit der Absicht, herabzusetzen und — sagen wir — zu beschimpfen, einige Ziffern herausgerissen worden, von denen einige so correct sind, wie sie es nur sein können, die anderen aber dem Herrn Redner unklar aus seinem Verschulden, weil er seinen Pflichten nicht nachgekommen und nicht in die Commission für den Rechnungsabschluss eingetreten ist.

Wenn der Herr Vorredner sich die Sache ordentlich überlegt hätte, wäre ihm das ganze Material unter den Händen entschwunden, denn er hätte sich sagen müssen, eine Aufklärung für das eine kann ich jede Stunde haben, die brauche ich nicht in pompöser Weise in der öffentlichen Versammlung zu verlangen, und das andere ist klar, das darf ich nicht bemängeln, weil dies den guten Geschmack verletzt.

Also, meine Herren, diese Candidatenrede war etwas vergriffen. (Heiterkeit und Bravo-Rufe rechts. — Lebhafter Widerspruch links.) Ja, meine Herren, Sie lärmen (Andauernder Widerspruch), Sie nehmen mir das übel, dass ich auf dieses Moment hingewiesen habe, wenn aber von Ihnen ungeniert mit dem Vorwurfe der Ungesetzlichkeit, des Leichtsinnes u. s. w. herumgeworfen wird, das nehmen Sie so leicht, wie wenn das Erbsen wären. Meine Herren! Das sollte nur eine ironische Bemerkung sein und ich wollte damit nur zum Ausdrucke bringen, dass ich in dieser Rede des Herrn Vorredners vergebens die Absicht gesucht habe, wirklich objectiv zu kritisieren, Vorschläge zum besseren zu machen, sondern vielmehr die Absicht gefunden habe, die communale Verwaltung zu tadeln und herabzusetzen; und da müssen Sie mir es schon zugute halten, wenn ich mich dagegen wehre, und das thue ich nur mit denjenigen Waffen, welche mir zur Verfügung stehen. Diese sind ja ohnehin höchst bescheiden, weil ich mir als Bürgermeister die größte Reserve auferlegen muss und thatsächlich auch auferlege. Ich kann Sie schließlich nur dringend bitten, den Antrag, den Herr Gem.-Rath Steiner gestellt hat, nämlich auf Rückweisung des Rechnungsabschlusses pro 1893 an die Commission, mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.)

Gem.-Rath Kaspar: Ich werde nur über zwei Ausgabsposten in ganz objectiver Weise mir zu sprechen erlauben. Bei diesen zwei Posten sind nämlich Überschreitungen vorgekommen, welche nicht leicht zu rechtfertigen sind. Ich muss wohl darauf hinweisen, dass mein Herr Vorredner diese Posten bereits kritisiert hat, aber er hat es nicht in ausreichender Weise gethan; das muss ergänzt werden.

Auch der Herr Bürgermeister hat über die Post gesprochen, aber auch er ist nicht auf das Richtige eingegangen, nämlich auf die Frage, was mit dieser Vorlage eigentlich geschehen ist. Meine sehr geehrten Herren! Der Gemeinderath hat es oftmals in Anregung gebracht, dass endlich einmal diese Angelegenheit gründlich geregelt werde, und das muss auch geschehen, weil die Willkürlichkeiten, welche bisher hier vorgekommen sind, unleidlich sind. Der Stadtrath hat vor zwei Jahren eine Vorlage eingebracht, die auch in Verhandlung genommen worden ist. Ein Herr Vertreter des VII. Bezirkes hat sich aber darin gefallen, gegen diese Vorlage zu sprechen. Er hat eine Jeremiade angestimmt, als wenn das größte Unglück über die Beamten hereingebrochen wäre, wenn diese Vorlage zur Annahme gelangt wäre. Nun, meine Herren, ich muss wirklich staunen, diese Fortsetzung der Debatte, welche wochenlang auf der Tagesordnung in Aussicht gestellt war, ist nicht erfolgt — und plötzlich ist die Vorlage verschwunden, nämlich zurückgezogen worden. Da muss ich mir denn doch erlauben, zu fragen, was denn eigentlich die Ursache gewesen ist, die Berathung über diese Vorlage nicht ganz durchzuführen. Weil ein Herr Redner sich dagegen ausgesprochen hat?

Ich glaube, der Gemeinderath hätte damals diese Vorlage, vielleicht mit einigen Modificationen, sicherlich angenommen. Ich muss mir denken, dass entweder der Referent fahnenflüchtig geworden ist, er hat sich nicht getraut, die Vorlage zu vertreten, oder es wurde präsidialiter diese Vorlage zurückgezogen. Beides müsste ich bedauern, weil es thatsächlich richtig ist, was der Herr Vorredner gesagt hat: Auf Grund dieser Vorlage wurden 50.000 fl. präliminiert, und ausgegeben wurden über 81.000 fl., folgerichtig um über 30.000 fl. mehr.

Meine Herren! Sie werden mir gestatten, dass ich meinen Standpunkt hier in dieser Frage genau präcisiere. Der Gemeinderath hat in munificenter Weise die Regulierung der Gehalte unserer städtischen Beamten durchgeführt. Ich beglückwünsche den Gemeinderath, dass dies geschehen ist. Wir haben jetzt ein zufriedengestelltes Personal. Nun, meine Herren, wenn die Interessen der Beamten in dieser Richtung wirklich in der wohlwollendsten Weise erfüllt worden sind, so haben wir die Interessen der Beamten gewahrt, und damit, glaube ich, kann ich mich selbst als Standesgenosse ganz einverstanden erklären und freue mich darüber. Aber, meine Herren, wir haben auch andere Interessen zu vertreten, jene der Steuerträger, die Interessen des Stadtsäckels.

Es könnte mir vielleicht der Vorwurf gemacht werden, wie kommt es, dass ein Standesgenosse gewisse Begünstigungen der Beamten nicht gelten lassen sollte. Meine Herren! Eben, weil diese Commissionen nur von gewissen Persönlichkeiten, und zwar meistens vom Stadtbauamte ausgenützt werden und selbst von den Oberbeamten, haben die anderen Beamten recht, wenn sie unzufrieden sind über diese Bevorzugungen, aus denen sie keinen Nutzen ziehen. Denn, meine Herren, eine Mehreinnahme eines Beamten ist schwerwiegend; wenn der Beamte sich etwas mehr verdienen kann, ist das eine wahre Wohlthat. Deswegen habe ich neulich — es dürfte vielleicht vor 14 Tagen gewesen sein — die Vorlage urgiert. Und was hat mir der Herr Referent, welcher diese Vorlage wieder zu vertreten hat, geantwortet? Er sagte: Der Herr Sprecher scheint nicht in der Sitzung gewesen zu sein, da er nicht weiß, dass diese Vorlage einer gemeinderäthlichen Commission zugewiesen ist. Das habe ich gewusst, aber die Wahl dieser Commission hat mir zu lange gedauert, und dann bin ich auch nicht Mitglied derselben und konnte nicht wissen, ob und was von dieser Vorlage in der Commission schon berathen wurde. Selbstverständlich bin ich, obwohl ich schon vier Jahre als Gemeinderath wirke, noch in keine Commission gewählt worden. (Heiterkeit links. — Gem.-Rath Stehlik: Gerechtigkeitssinn!) Die Herren drüben brauchen sich nicht zu grämen, es geht uns hier auch so! (Heiterkeit links.) Ich komme in keine Commission, warum, weiß ich nicht. Wer zum Mitgliede einer Commission gewählt wird, das ist ein Geheimnis, das wir ja alle kennen. (Rufe links: Richtig!)

Ich glaube, es wäre diese Vorlage mit Beschleunigung dem Gemeinderathe vorzulegen. Es muss in dieser Sache Klarheit geschaffen werden. Es muss präcis ausgesprochen werden, wann, wo und in welcher Höhe diese Commissionsgebüren zu bezahlen sind, und dann muss darauf gesehen werden, dass die Commissionen in eigenen wie in privaten Angelegenheiten nur dann stattzufinden haben, wenn wirklich die Nothwendigkeit vorliegt. Aber, meine Herren, dem ist leider nicht so, und ich werde Ihnen an der Hand eines Beispieles beweisen, dass thatsächlich jetzt noch Commissionen gemacht werden, deren Nothwendigkeit nicht zu begreifen ist.

Es handelt sich zum Beispiel um eine Commission für die Bestimmung des Ablösungsbetrages bei einem Umbau. Vor einem Umbaue wird dem Bauherrn genau und präcise vom Stadtbauamte bekanntgegeben, wieviel Flächenraum er zu Straßenzwecken abzutreten hat. Da ist es gar nicht nothwendig, dass eine Commission abgehalten wird. Was geschieht? Es kommt doch eine Commission. Bei mir zum Beispiel — ich kann es offen sagen und bestätigen — ist die Commission nach 1 Uhr gekommen, bestehend aus einem Magistratsrathe, zwei Ingenieuren, einem Baumeister, zwei Schätzleuten, einem Bezirksausschusse und selbstverständlich einem Schriftführer.

Meine Herren! Was haben denn die eigentlich gethan? Ich habe mir gedacht: Was wird denn da für eine Commission abgehalten werden? Da hat man gesagt: Der Flächeninhalt ist bekannt, und der Schätzmeister zieht das Notizbuch aus dem Sacke und sagt, in dieser Gegend würde für den Meter soundsoviel bezahlt. Commission geschlossen, Protokoll aufgenommen — das war die ganze Aufgabe. Der Pferdefuß ist aber nach drei Tagen gekommen: Ich habe einen Zahlungsauftrag bekommen, binnen acht Tagen bei der städtischen Hauptcassa soundsoviel zu erlegen.

Meine Herren! Ich bitte, mir zu sagen: Ist diese Commission nothwendig gewesen? (Rufe: Nein!) Ich muss wirklich sagen, diese Nothwendigkeit erkenne ich nicht. Also, das steht einmal fest. Ganz objectiv muss ich sagen, dass Herr Gem.-Rath Steiner in dieser Beziehung das Richtige getroffen hat, dass diese Commissionsgebüren endlich einmal wirklich zur Regelung gelangen sollen.

Meine Herren, ich habe noch eine zweite Ausgabspost zu erwähnen, die wohl nicht besonders wichtiger Natur ist, aber ich möchte, um die Würde der Großcommune nicht so geschädigt zu sehen, diese Frage doch hier besprechen.

Ich habe anlässlich der vorjährigen Budgetdebatte auf den misslichen Umstand aufmerksam gemacht, dass die Verköstigung der Assent-Commission in eine andere Form gekleidet und nicht in der gegenwärtigen belassen werde. Meine Herren! Der Gemeinderath hat beschlossen, es soll darüber berathen und dem Gemeinderathe Bericht erstattet werden. Bis heute habe ich noch gar nichts gehört; aber, meine Herren, gehört habe ich folgendes: Der Stadtrath hat sich mit der Angelegenheit beschäftigt — richtig, aber im negativen Sinne, und ein negativer Beschluss wird dem Gemeinderathe nicht bekanntgegeben. Mich hat aber die Neugierde geplagt, was für einen Grund mag der Stadtrath gehabt haben, dass er das abgelehnt hat. Die Sache ist ganz einfach die: Der Magistrat hat es, dass es sein Verbleiben bei der früheren Übung hat, folgendermaßen begründet. Er sagt nämlich: „Soll man dem Restaurateur mehr bezahlen, als er verlangt?" Ja, das glaube ich schon, wenn man etwas ersparen kann, soll man es thun, ich bin gewiss dafür, dass im allgemeinen Ersparungen gemacht werden. Aber ich spreche hier die Überzeugung aus, dass jener Restaurateur dieses Convert mit 1 fl. nicht liefern kann. Er hat einen Schaden dabei. Weiters kommt in dieser Begründung vor, dass ja der Restaurateur auch Getränke liefert. Nun, meine Herren, ich habe auch einigemale die Ehre gehabt, bei dieser Commission zu fungieren. Das Getränk ist minimal. Was können die paar Herren in der halben Stunde eigentlich consumieren? Gar nichts. Ob aber der Magistrat gesagt hat, dass es den Mitgliedern gestattet sei, zum Kaffee eine Cigarre zu nehmen, dem Gemeinderathe sogar zwei, das müssen die Herren mir bestätigen. Das ist etwas, was mir die Sache denn doch etwas bedenklich macht und mich veranlasst, zu beantragen, dass man da etwas anderes vorkehrt. Ich will ja diese Begünstigung den Beamten nicht absprechen. Es wäre einfach durchzuführen, dass diese Verköstigung ganz aufgehoben werde, und zwar deshalb, weil die Beamten ihre normalmäßigen Diäten beziehen. Die Subalternen bekommen 3 fl. Ich will nicht sagen, dass ihnen dies nicht gebürt. Aber während der Zeit, wo der Beamte amtiert, sind seine Amtsstunden, nur muss bedacht werden, dass er nachmittags wieder für den nächsten Tag vorarbeiten muss. Die Diäten also kann ihm niemand bestreiten. Das ist absolut ausgeschlossen. Aber ich glaube, dass man auch Rücksicht zu nehmen hat, nachdem schon das System besteht, dass zu Functionen, die den ganzen Tag dauern, Herren aus auswärtigen Bezirken bis zur Dreher'schen Restauration bestellt werden, wobei sie die Fahrkosten aus eigenem zu tragen haben, und dass es also auch recht und billig wäre, den Gemeinderäthen ihre normalmäßigen Diäten auszubezahlen. (Rufe links: Das ist ohnehin gesetzlich!) Aber es muss ausgesprochen werden, weil ich bemerkt habe, dass die Theilnahme der Gemeinderäthe an diesen Commissionen eine sehr schwache ist, und das liegt darin, weil der Vorgang, wie er jetzt beliebt wird, den Herren nicht angenehm sein kann. Es entspricht auch nicht der Würde der Commune. Darüber haben selbst die Beamten schon gesprochen. Ich werde mir daher erlauben, den Antrag zu stellen, „dass der Stadtrath diese Angelegenheit nochmals berathe, und dass Vorkehrungen getroffen werden, dass allenfalls mit dem Restaurateur ein Pauschale vereinbart, und dass auch den Gemeinderäthen die Diäten, welche ihnen zukommen, ausbezahlt werden". Ich bitte Sie um Annahme dieses Antrages. Zum Schlusse muss ich noch erwähnen, dass die Herren mir nicht, wie es schon einmal geschehen ist, den Vorwurf machen können, dass ich als Beamter die Interessen der Beamten wahre. Hier, meine Herren, handelt es sich gar nicht um das Interesse der Beamten, aber es muss einmal in diese Angelegenheit Klarheit und in die Sache Ordnung gebracht werden. Hiemit empfehle ich Ihnen nochmals meinen Antrag. (Beifall.)

Gem.-Rath Wünsch: Sehr geehrte Herren! Ich werde mir zunächst erlauben, auf einige Anwürfe, welche der erste Herr Redner gegen die Prüfungs-Commission erhoben hat, zu antworten. Was die angeblich gesetzwidrige Constituierung dieser Commission anbelangt, so hat schon der Herr Bürgermeister das nöthige erwidert, und ich möchte nur noch eines beifügen, dass nämlich allerdings einige Herren bei der Constituierung nicht anwesend waren, obgleich sie so wie alle Mitglieder richtig eingeladen wurden und einer Ihrer Gesinnungsgenossen (links) sogar seine Abwesenheit durch eine pneumatische Karte entschuldigt hat. (Rufe links: Wer war der?) Es war Herr Gem.-Rath Strobach. Wir mussten also selbstverständlich annehmen, dass in dieser Richtung eine gewisse gleichmäßige Anschauung unter den Herren

nicht stattfinde, und die Commission hat sich in Abwesenheit der Herren constituiert. Nun ist hier der Vorwurf gemacht worden, dass die Commission ihre Arbeit in leichtfertiger Weise erledigt habe.

Nun, ich habe durch drei Jahre bereits die Ehre, dieser Commission als Vorsitzender anzugehören; wir haben in der Regel drei bis vier Sitzungen zur Erledigung dieses Rechnungsabschlusses gebraucht. Es wird in der Weise vorgegangen, dass die Referate der einzelnen Gruppen einzelnen Referenten zugewiesen werden. Die Herren bekommen eine Zeit von ungefähr 8 bis 10 Tagen, um ihre Studien zu machen. Es werden ihnen die Belege von Seiten der Ämter zur Verfügung gestellt und dann wird referiert. Das allerdings gebe ich zu, dass man sich in überflüssige, weitschweifige Debatten bei einer kleinen Commission nicht ergeht, man beschränkt sich darauf, das wichtige zu erwähnen und Beschlüsse zu fassen, welche im Geiste und Sinne des Fortschrittes liegen. Nun, meine Herren, diese Anträge, welche hier von Seite der Commission gestellt worden sind, sind auch von Seite des Herrn Gem.-Rathes Steiner einer Kritik unterzogen worden. Ich muss denn doch hier darauf zurückkommen und mir erlauben, auf die Bemerkung des Herrn Collegen Steiner einzugehen. Bezüglich des Antrages in Betreff des Amtsblattes glaube ich, dass es wohl im Interesse unser aller, und zwar gleichmäßig im Interesse beider Parteien liegt, dass ganz unparteiische Schilderungen über unsere hiesigen Verhandlungen möglichst in der Öffentlichkeit verbreitet werden. Das war die Tendenz, welche uns geleitet hat. Es hat auch die vorjährige Commission einen ähnlichen Beschluss gefasst und auch schon empfohlen, Maßregeln zu ergreifen, um die Verbreitung des Amtsblattes möglichst zu fördern.

In dieser Richtung befinde ich mich ja übrigens in Übereinstimmung mit dem Herrn Collegen Steiner, der ja das auch nicht beanständet. Ebenso ist es mit dem ad Punkt 2 gestellten Antrage bezüglich der Pachtzinse, wo Herr College Steiner einen Zusatz-Antrag stellt. Was nun die Verwaltung der Waisenhäuser anbelangt, so muss ich es entschieden zurückweisen, dass hier die Tendenz der Commission etwa dahin geht, Ersparungen zu erzielen. Aber ich muss hervorheben, was uns veranlasst hat, auf diese Sache hier einzugehen. Wenn der Herr Gem.-Rath Steiner sich die Mühe genommen hätte, die erläuternden Bemerkungen zum Rechnungsabschlusse einem genauen Studium zu unterziehen, so würde er auf Seite 416 den genauen Ausweis über die Kosten in den einzelnen Waisenhäusern und über die Verpflegungskosten pro Tag und Kopf inclusive und exclusive der Regie gefunden haben, und da würde er weiter gefunden haben, dass bei der Verköstigung Differenzen vorkommen, welche uns veranlasst haben, die Aufmerksamkeit der eben gewählten Commission auf diesen Gegenstand zu lenken.

Im ersten Waisenhause beträgt die Ausgabe für die Verköstigung per Kopf und Tag beispielsweise 29·47 kr., im fünften Waisenhause 42·39 kr. Diese Differenz von 13 kr. per Kopf und Tag erschien uns, nachdem die Approvisionierungsverhältnisse so ziemlich die gleichen und in den einzelnen Bezirken doch nicht so verschieden sind, als eine derartige, dass man der Sache Aufmerksamkeit schenkte. Es ist aber eine entschiedene Verdrehung der Thatsachen, wenn der Herr College Steiner behauptet, dass hier eine Ersparung bei den ärmsten Classen und bei unseren Waisenkindern in der Absicht der Commission gelegen ist.

Der letzte Antrag, welchen wir gestellt haben, ist der bezüglich der kolossalen Überschreitung, welche sich von Jahr zu Jahr bei der Ausgabe der Lehrmittel zeigt. Meine Herren! Sehen Sie das Budget an und Sie werden finden, dass ein Betrag von 40.000 fl. präliminiert war. Die laufenden Gebüren betrugen aber 51.000 fl., die Gesammtgebüren 65.000 fl., und die Überschreitung beträgt 10.900 fl. Nun, meine Herren, diese Überschreitung hat nicht nur heuer stattgefunden, sondern im vorigen Jahre in viel größerem Maße, und es ist die Pflicht der Commission, die Aufmerksamkeit auf eine derartige Post zu lenken. Weit entfernt davon, dass wir etwa die Absicht haben, die Ausgabe der Lehrmittel in einer Weise zu beschränken, dass sie den Unterricht beeinträchtigt — aber wir glauben, es werden Mittel gefunden werden, dass sie nur den wirklich Bedürftigen zugeführt werden sollen; der Bezirksschulrath selbst beschäftigt sich mit dieser Angelegenheit, und ich glaube, dass der Vorwurf, dass wir hier vielleicht eine reactionäre Maßregel ergreifen wollen, durchaus nicht gerechtfertigt ist. Das ist dasjenige, was sich auf die Anträge bezieht, welche die Commission gestellt hat.

Gegenüber einem Rechnungsabschlusse, wie er uns vorliegt, der sich in der Höhe von 41 Millionen bewegt und der ein Verwaltungsgebiet und einen Verwaltungskörper in sich umfasst, welcher der Größe mehrerer europäischer Mittelstaaten gleichkommt — ich könnte Ihnen eine ganze Reihe von europäischen Mittelstaaten nennen, deren Jahresausgaben unsere Jahresausgaben nicht erreichen oder nahezu dieselben sind; zum Beispiel Norwegen, Dänemark, Württemberg, Schweiz, Griechenland haben durchwegs Budgets ungefähr wie das unserige — gegenüber einem solchen Verwaltungskörper, habe ich geglaubt, werden die Herren hier das Wort ergreifen, werden Kritik üben an der Verwaltung und werden in großen Zügen in der Generaldebatte die Verwaltung kritisieren, vielleicht Missstände aufdecken, welche nicht in dem Geiste der Verwaltung einer Großstadt liegen.

Was aber haben wir hier gehört, welche Anstände sind hier erhoben worden? Meist solche so kleinlicher Art, dass man wirklich gegenüber der Bedeutung unseres Jahresabschlusses über die Sache lächeln muss. Ob der Herr Bürgermeister die Beträge vorher oder nachher bezieht, das war Gegenstand einer bedeutenden Kritik, ebenso, dass die Möbel im Rathhause zu theuer sind — den Nachweis hätte der Herr Collega auf Seite 25 der Erläuterungen gefunden, das hätte er dort einsehen können — dass die Leiter am Hof nicht praktisch ist, dass die Kosten bei der Reise nach Innsbruck vielleicht noch um 50 fl. mehr, als nach seiner Schätzung möglich ist, betragen haben, dass man bei der Straßensäuberung bei 100.000 fl. ersparen kann. Das wurde gesagt, ohne dies ziffernmäßig zu beweisen, eine solche Behauptung kann jeder aufstellen, man kann aber ebensogut sagen, es ist auch ein Ersparnis von 50.000 fl. erzielt worden, das müsste erst ziffernmäßig nachgewiesen werden. Wenn gesagt wird, die Arbeiter gehen zu zeitlich nach Hause, meine Herren, so erscheint das als Gegenstand der Generaldebatte über den Rechnungsabschluss der Stadt Wien doch zu kleinlich. Es ist so ziemlich alles erwähnt, was der Herr Collega gesagt hat; ich habe mir die Sachen genau notiert. Mit der Brandschaden-Versicherungsanstalt, glaube ich, hat der Herr Collega offene Thüren eingerannt, denn die Sache ist ohnehin im Landtage anhängig.

Meine Herren, gestatten Sie mir, Ihnen als Obmann der Commission eine Kritik des vorliegenden Rechnungsabschlusses in kurzem vorzulegen, wie ich sie mir denke, eine Kritik, eine Beur-

theilung vom — gestatten Sie mir, das hervorzuheben — kaufmännischen Standpunkte. Ich möchte zunächst hervorheben, dass der diesjährige Rechnungsabschluss aus diesem Grunde sehr interessant und lehrreich für uns ist, weil er der zweite ist, welcher uns seit der Vereinigung der Vororte mit Wien vorliegt; er gestattet uns daher einen Vergleich mit dem Jahre 1892. Früher war ein solcher Vergleich nicht möglich, weil, wie Sie wissen, im Jahre 1891 die Vororte noch über die Verwaltung separate Rechnungen geführt haben.

Wenn man nun einen solchen Rechnungsabschluss einer Kritik unterzieht, so gibt es mehrere Gesichtspunkte. Der eine Gesichtspunkt ist derjenige, zu beurtheilen, inwiefern sich das Resultat des Rechnungsabschlusses gegenüber dem Voranschlage verhält. Das ist ein Moment, welches sehr interessant ist und uns auch für die Verwaltung ein wichtiges Resultat bietet. Das zweite Moment ist dasjenige, das ich bereits erwähnt habe, der Vergleich mit dem vergangenen Jahre, und der dritte Gesichtspunkt ist die Gebarung der Einnahmen und Ausgaben vom Standpunkte des Vermögens der Gemeinde, gewissermaßen eine kaufmännische Bilanz.

Ich werde mir erlauben, in ganz kurzen Zügen Ihnen von diesen drei Standpunkten aus den Rechnungsabschluss zu erläutern.

Was das Verhältnis gegenüber dem Voranschlage anbelangt, so ergaben sich alljährlich in diesen einzelnen Gruppen erklärlicherweise große Schwankungen. Es ist auch in diesem Jahre eine sehr bedeutende Differenz gegenüber dem Vorschlage vorhanden. Die Einnahmen überschreiten den Voranschlag um 10,800.000 fl., die Ausgaben sind um 6,700.000 fl. größer.

Es resultiert ein um 4,100.000 fl. — ich bitte, ich spreche nur in runden Ziffern — günstigerer Erfolg, als sich aus dem Voranschlage ergibt. Nun, meine Herren, es ist wohl interessant, den Voranschlag zu vergleichen, aber über die eigentliche Gebarung gibt diese Studie doch nicht den richtigen Aufschluss. Das Resultat, welches wir aus dieser Studie ziehen, ist nur die Frage: Haben wir richtig budgetiert oder haben wir nicht richtig budgetiert? Nun, jedes Budget muss derartig gemacht sein, dass immer gewissermaßen schwarz gesehen wird. Die Ausgaben müssen immer höher gegriffen werden, die Einnahmen sind knapp zu bemessen. In dieser Richtung haben wir also unsere Pflicht bei der Zusammenstellung des Budgets gethan. Wir sehen, die Einnahmen haben sich bedeutend höher gestellt, die Ausgaben sind kleiner ausgefallen.

Ich möchte nun zur zweiten Betrachtung übergehen, d. i. zum Vergleiche mit dem Jahre 1892; das ist ein Vergleich, den wir heuer zum erstenmale anstellen können. Aus dem Rechnungsabschlusse ergibt sich, dass im gesammten die laufenden Einnahmen sowohl des Ordinariums als des Extra-Ordinariums — alle zusammengenommen 41,363.000 fl., die Ausgaben 42,494.000 fl. betragen — also ein Überschuss von 1,130.000 fl. resultiert. Im Jahre 1892 hatten wir einen Überschuss von 913.000 fl. Es würde daher, wenn man nur diese großen Ziffern betrachtet, der Rechnungsabschluss des Jahres 1893 eigentlich als ein günstiger erscheinen, indem der Überschuss der Ausgaben bloß um 200.000 fl. größer ist. Wenn man aber in die Details eingeht, dann, meine Herren, das muss ich gestehen — ist die Sache nicht so günstig. Ich gestehe es ganz offen — es ist durchaus nicht meine Absicht, hier etwa „Schönfärberei" zu treiben oder Ihnen den Rechnungsabschluss vielleicht in einem rosigen Lichte darstellen zu wollen. Wie die Sachen sind, wie die Ziffern sprechen, so will ich auch Kritik üben. Wenn Sie das Ordinarium von dem Extra-Ordinarium trennen, so finden Sie im Jahre 1893 einen Überschuss der Einnahmen gegenüber den Ausgaben von 1,014.000 fl. Das ist im allgemeinen eine sehr beruhigende, eine sehr erfreuliche Thatsache und es ist, glaube ich, der Schwerpunkt unseres Budgets, dass im Ordinarium das Auskommen gefunden werde. Bemerkt muss noch werden, dass auch die Schuldentilgung im Betrage von 1,600.000 fl. im Ordinarium mit inbegriffen ist. Im Jahre 1892 haben wir aber einen bedeutend größeren Überschuss gehabt. Im Jahre 1892 betrugen die Einnahmen 29,900.000 fl., die Ausgaben 27,900.000 fl., der Überschuss betrug also 2,000.000 fl. Der Überschuss ist also im Ordinarium in diesem Jahre um 1,000.000 fl. gesunken. Das ist eine Thatsache, die allerdings zum Nachdenken Veranlassung gibt, und der Herr Referent hat ja auch nachgewiesen, dass der Schwerpunkt in der Regulierung unserer Steuergesetze liegt, und dass es uns durch diese Regulierung anheimgestellt sein wird, unser Budget auf der Stufe des Gleichgewichtes zu erhalten. Das Extra-Ordinarium weist in beiden Jahren einen Überschuss der Ausgaben nach, und zwar im Jahre 1893 von 2,100.000 fl., im Jahre 1892 von 1,142.000 fl.

Es würde mich zuweit führen, wenn ich Ihnen alle jene Überschreitungen des Extra-Ordinariums hier im Detail anführen würde, ich behalte mir aber vor, eventuell in der Specialdebatte auf diesen Gegenstand weiter einzugehen.

Gestatten Sie mir nur noch, Ihnen auch von dem Gesichtspunkte einer richtigen Bilanz bezüglich des Vermögensstandes der Gemeinde meine Ansichten mitzutheilen. Es müssen meines Erachtens aus dem Rechnungsabschlusse alle jene Posten herausgehoben werden, welche einestheils bei der Einnahme den Vermögensstand der Gemeinde vermindern, andererseits diejenigen, welche bei der Ausgabe als eine Vermehrung des Vermögensstandes zu betrachten sind.

Als solche müssen wir folgende bezeichnen: in den Einnahmen den Erlös für Gründe per 308.000 fl., das ist eine Vermögensverminderung; der Erlös für Wertpapiere im Betrage von 969.000 fl. ist eine Verminderung unseres Vermögens; der Erlös für die Reservoirs per 20.000 fl. ist eine Verminderung; endlich müssen wir als eine Vermögensverminderung betrachten die Verminderung des Cassastandes gegenüber dem Anfange des Jahres. Der Cassastand hat sich nämlich in diesem Jahre ganz ungeheuer vermindert. Wir sind in das Jahr 1893 mit einem Cassastande von 2,240.000 fl. eingegangen und schließen ab mit einem Cassastande von 650.000 fl.; wir haben also unseren Cassabeständen 1,590.000 fl. entnommen. Wenn Sie alle diese Ziffern, welche eine Vermögensverminderung bedeuten, zusammenrechnen, werden sie finden, dass dieselben 2,887.600 fl. betragen.

Nun komme ich zu jenen Ausgaben, welche in dem Rechnungsabschlusse enthalten sind, aber für solche Investitionen verwendet worden sind, dass man füglich sagen kann, dass das Gemeindevermögen durch dieselben nicht vermindert, sondern im Gegentheile vermehrt wurde.

Wenn ich als Privatmann aus meiner Cassa 10.000 fl. herausnehme und kaufe dafür ein Haus, so hat sich mein Vermögen nicht vermindert, es hat sich aber auch nicht vermehrt. Wenn ich aber aus meinen laufenden Einnahmen und Ausgaben mir ein Haus kaufe, dann bin ich effectiv um diese 10.000 fl. reicher geworden. Als solche Ausgaben sind zu betrachten alle jene

Bauten, welche die Gemeinde für Zwecke des öffentlichen Dienstes ausführt, und zwar hat die Gemeinde ausgegeben: 1,032.900 fl. für Schulbauten, 209.000 fl. für Amtshäuser, 39.600 fl. für andere Realitäten, Käufe und Bauten, 1,852.000 fl. für die Wasserleitung. Wenn Sie das summieren, so finden Sie, dass das schon 3,134.000 fl. beträgt. Hiezu kommt noch die Schuldentilgung. Dadurch, dass die Schulden bezahlt sind, ist der Stand des Gemeindevermögens als ein um 1,600.000 fl. günstigerer zu betrachten. Ziehen Sie den Saldo, so finden Sie, dass sich das Vermögen der Gemeinde um 598.000 fl. vermehrt hat. Ich komme zu demselben Schlusse, den auch der geehrte Herr Referent in seinen Zusammenstellungen Ihnen vorgelegt hat. Wir können also, trotzdem im ganzen genommen eine Differenz zwischen den Einnahmen und Ausgaben vorliegt, den Rechnungsabschluss als einen im ganzen günstigen betrachten.

Vor allem möchte ich aber noch eines hervorheben. Die Arbeit, welche hier vorliegt, ist eine geradezu mustergiltige. Auf 1400 Seiten wird Ihnen hier ein Bild der Gemeindeverwaltung entworfen, welches mit einer Gründlichkeit gearbeitet ist, dass der Rechnungsabschluss als mustergiltige Arbeit für die Verwaltung anderer Städte dienen kann und thatsächlich dient. (Zustimmung rechts. — Ruf links: Das bestreitet niemand!) Wenn eine Verzögerung von ein paar Monaten damit verbunden ist, so ist das mit dieser Arbeit, die hier vorliegt, im vollsten Maße gerechtfertigt.

Ich bitte daher, den Anträgen des Herrn Referenten und der Commission Ihre Billigung zu geben. (Beifall rechts.)

Gem.-Rath Bärtl: Ich stimme meinem Herrn Vorsprecher zu, wenn er sagt, dass der Rechnungsabschluss pro 1893 günstiger ist. Was aber die Vermögensvermehrung anbelangt, was auch der Herr Vorsprecher angezogen hat, so bin ich nicht derselben Anschauung, sondern möchte da die Zukunft abwarten. Es wäre wünschenswert, dass wirklich das Vermögen der Commune sich vermehre und nicht vermindere. Allein, da kommen Auslagen durchs Jahr vor, die enorm sind und die, wenn der Stadtrath halbwegs Zeit hätte, vermindert oder vermieden werden könnten. Sehen Sie es wurde auch darauf hingewiesen bei Posten, die absolut nicht weniger werden, sondern im Gegentheile mehr, und dies sind sehr viele. Jetzt sind 80.000 fl. präliminiert für Lehrmittel für arme Schulkinder. Nun, es wurden auch 48.000 bis 50.000 fl. ausgegeben, als nur zehn Bezirke waren, und als dann neunzehn Bezirke wurden, sind diese Auslagen auch höher geworden. Sie haben sich jetzt von 80.000 fl. auf 100.000 fl. vermehrt. Das ist erklärlich, es sind einige Bezirke dazugekommen, die mehr arme Kinder haben als die vermögenden oder mittelvermögenden. Da braucht man um soviel mehr und da können Sie thun, was Sie wollen, und Strenge einführen, den Armenrath und Bezirksausschuss beauftragen — die Ausgaben werden immer mehr und mehr steigen. Die Armut wird nicht weniger, sondern im Gegentheile mehr. Man hat sich auch gewundert, dass die Commissionsgebüren-Commission nichts gethan hat, sie ist gewählt worden und kommt nicht vom Flecke. Mich wundert das gar nicht. Es werden oft Vorlagen im letzten Augenblicke gemacht. Da ist die Commission für Verkehrsanlagen, heute haben wir Sitzung, morgen oder übermorgen ist die Commission, und der Gemeinderath muss erst diesbezügliche Beschlüsse fassen. Diese Zustände sind ganz erklärlich. Von 120 Mitgliedern des früheren Gemeinderathes haben mindestens 40 bis 50 wirklich in Commissionen und Sectionen gearbeitet. Heute ist der Stadtrath 22 Mitglieder stark. 22 Herren sollen das bewältigen und rechtzeitig bewältigen. Überdies ist Wien auch größer geworden, es sind neunzehn Bezirke entstanden.

Es ist ganz richtig, oft ist die nöthige Zeit nicht vorhanden und ich spreche das heute nicht zum erstenmale aus. Man kommt zur Sitzung und sieht eine Vorlage, über die beschlossen werden muss, und ob die Commune dann um die Erfahrung reicher sein wird, recht gethan zu haben, das lässt sich in einer Viertelstunde nicht übersehen. Der Herr Sprecher aus dem VIII. Bezirke hat die Regelung der Commissionsgebüren verlangt und gleich darauf stellte er einen Antrag, von dem er doch von vornherein wissen und bei dem jeder der Herren das Gefühl haben musste, dass die Assentierungs-Commission, wenn es nach dem Herrn gienge, sofort eine riesige Summe verschlingen würde. Er möchte auch für die Gemeinderäthe Gebüren haben, vielleicht 5 oder 10 fl. pro Tag. Nun wird es jedem freigestellt, sich dieser mühevollen Aufgabe zu unterziehen und sich eventuell zwei- bis dreimal in der Woche einschreiben zu lassen. Das wäre wieder etwas neues und davor warne ich Sie. (Rufe rechts: Statutwidrig!) Sogar statutwidrig wäre es. Der Herr ist Beamter und man hat ihm schon von allen Seiten zugerufen, die Sache fallen zu lassen, aber er besteht darauf, dass Gebüren für die Gemeinderäthe bestimmt werden. Die Budget-Commission war so vorsichtig und wollte die Post herabmindern, weil sie von Jahr zu Jahr größer wird. Dieser Herr möchte noch Gebüren dazu haben.

Das Wort habe ich mir hauptsächlich wegen Gruppe I „Verwaltung im allgemeinen" erbeten, und zwar wegen des Amtsblattes. Es wurde schon im Jahre 1894 und bei der Budgetberathung darauf hingewiesen, dass das Amtsblatt viel besser prosperieren könnte, wenn nicht, wie es wenigstens im Anfange war, nur am 1. oder 15. abonniert werden könnte, während bis dahin jetzt jeder, der zum Beispiel am 3., 10. oder 18. kam, zurückgewiesen wurde. Es wurde auch ein Antrag in der Budget-Commission gestellt, dass Abonnements mit jedem Tage und jedem Datum angenommen werden sollten, und das muss auch sein. Wie ist es denn bei den anderen Zeitungen?

Ich erlaube mir also die Anfrage an den Herrn Referenten, ob das heute anders ist, sonst würde ich mir den Antrag zu stellen erlauben, dass Abonnements mit jedem Tage und jedem Datum angenommen werden. Denn jetzt verscheucht man die Abonnenten. Ich bin im übrigen mit dem Antrage des Herrn Referenten und der Budget-Commission einverstanden, empfehle Ihnen aber, wenn dieser Usus noch nicht bestehen sollte, meinen Antrag zur Annahme.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Meine Herren! Wenn ich gegen den Hauptrechnungsabschluss spreche, so geschieht es darum, weil wir uns unserer Stellung bewusst sind. Es wurde uns vom Herrn Bürgermeister der Vorwurf gemacht, dass wir in die Commission nicht eingetreten sind, aber es wurde wohlweislich verschwiegen, warum wir nicht eingetreten sind. Wir sind nicht eingetreten, weil man uns nicht die Zusicherung gegeben hat, auch künftig ein drittel von uns (links) in die anderen Commissionen zu wählen, und weil man uns nicht die Zusicherung betreffs der Stadtrathsstellen gegeben hat, die für eine Minorität von 46 gewiss von großem Interesse sind.

Meine Herren, wenn Sie sagen, wir hätten so viel Pflichtgefühl haben sollen, so muss ich Ihnen auch sagen, dass Sie so viel Pflichtgefühl haben sollten, dass Sie eine Minorität von 46 Gemeinderäthen nicht, wie bisher, übergehen soll'en. Es geht

nicht an, dass Sie nur Ihre Parteigenossen im Stadtrathe haben. Mit Hilfe mehrerer Herren von jener Seite wurde nun unser College Lueger hineingewählt. Ich habe Ihnen kürzlich einen Fall erzählt, wie es oft ausschaut mit den sogenannten Geheimnissen des Stadtrathes, und es werden sich gewiss derlei Geheimnisse vielleicht öfter wiederholen, wenn unser geehrter Herr College Dr. Lueger nicht darin ist. In dieser Beziehung können Sie uns nicht sagen, Ihr müsst Vertrauen haben. Wir haben leider kein Vertrauen, wir können ein solches nicht entgegenbringen, weil Sie uns das, was unserer Drittel-Minorität gebürt, nicht geben. Es bürgt uns niemand dafür, dass diese Geheimthuerei im Stadtrathe nicht vorhanden ist.

Die betreffenden Commissionen hätten, als sie schließlich fertig geworden sind — ich habe voriges Jahr auch einer solchen angehört — freilich, wie der Herr College Wünsch sagt, ausgezeichnetes geleistet. Das ist richtig. Es waren aber bedeutend mehr Sitzungen. Es war mehr Klarheit in der ganzen Sache. Aber die Herren waren unter sich, da wird man natürlich schnell fertig; dann kommt die Sache vor das Plenum, wo Ja und Amen gesagt wird. Voriges Jahr sind seitens des Überprüfungsausschusses verschiedene Anregungen gemacht worden, von denen bis heute, wie ich sehe, auch nichts durchgeführt ist. So ist es bei den Anträgen bezüglich der Stiftungen und Fonde, wo der Magistrat Erhebungen zu pflegen hatte. Bis heute kam keine Vorlage. So ist es auch bei der Einführung der eigenen Regie in den Versorgungshäusern. Bis heute haben wir nichts davon gehört. Die Traiteurs mästen sich, die armen Leute bekommen nichts, und wir zahlen fleißig drauf. So ist die Wirtschaft. Wenn Sie sagen, die Buchhaltung ist überlastet, warum zaudern Sie so lange und bandeln, wenn ich so sagen darf, so lange an dem Statut für die Bezirksausschüsse herum, welches umgearbeitet werden soll? Ebenso nothwendig wäre, dass vielleicht manches andere fertig geworden wäre. Da hört man aber nichts, man hat nicht den Fleiß und auch nicht den Muth dazu. Nur wenn eine Stadtrathswahl ist, so wird selbst der Unzufriedenste wieder zufrieden, wenn er ein Stadtrathsmandat erhaschen kann.

Das sind lauter Dinge, die absolut geändert werden müssen und bei deren Nichtvorhandensein viele hunderttausend Gulden erspart würden. Es wäre bei den Bezirksausschüssen gewiss keine solche Hin- und Herschreiberei, wenn Sie dem Bezirksvorstand einen etwas größeren Wirkungskreis einräumen würden. Wenn derselbe etwas im Werte von 4 bis 5 fl. anschafft, so muss er zuerst an das Bauamt, dann an die Buchhaltung u. s. w. schreiben, und auch der Stadtrath muss sein Ja und Amen dazu sagen. Das sind Verhältnisse, die so rasch als möglich geändert werden müssen. Jetzt sitzen wir schon, ich weiß nicht wie lange, ich glaube, im März werden es vier Jahre, noch immer bequem, und man sieht nicht, dass die Übelstände abgeschafft werden. Ich muss auch auf die Worte des Herrn Bürgermeisters zurückkommen, der sagt, die Herren drüben riskieren ihre Stellung, die Stadträthe und der Bürgermeister. Meine Herren! Von einem Liberalen, der seine Stellung riskiert, habe ich noch nichts gehört; aber von den Antisemiten, als sie sich getraut haben, offen zu sagen, sie sind Antisemiten, hat mancher seine Stellung, sein Geschäft eingebüßt und ist zugrunde gegangen, weil die Juden und die Liberalen, welche miteinander zusammenhängen, darauf hinarbeiten, einen Menschen, der sich äußert, dass er Antisemit ist, herunterzubringen. Es ist also nicht richtig, was der Herr Bürgermeister gesagt hat, dass die Herren auf jener Seite, wenn sie sich als Liberale bekennen, ihre Stellung riskieren, wohl aber ist dies bei den Antisemiten der Fall. Wenn einer von den Herren drüben sagt, er ist fortschrittlich, riskiert er damit gar nichts, denn alle die Herren von seiner Partei halten ja zusammen und helfen ihm.

Meine Herren! Auch dem Herrn Bürgermeister hat es beliebt, zu sagen: die Opposition ist an allem schuld. Wenn etwas nicht so ausfällt, wie es sein soll, so ist die Opposition daran schuld; wenn mehr ausgegeben wird, als vorgeschrieben ist, ist die Opposition daran schuld, kurz, an allem ist nur die Opposition schuld. Dann betreiben einige auch noch Juristerei. Das ist gar etwas, wenn sich einer unter die Advocaten mischt und will auf ja und nein ein Jurist sein. Ich sage aber, es ist nur ein Unglück für Österreich, dass so viele Juristen da sind; das ist ganz richtig, wären weniger Juristen, möchte manches nicht in Österreich geschehen.

Nun, meine Herren, will ich auch dem Herrn Collegen Wünsch einiges erwidern. Er hat gesagt, das Vermögen der Commune Wien hat sich vermehrt! Ja natürlich, wenn man mit dem Tascherl ausgeht und sammelt ab und nimmt Grundstücke und Besitzthümer der ehemaligen Vororte, die sie langsam und mühselig zusammengespart haben, wenn man das alles zusammennimmt, dann ist es natürlich, dass sich das Vermögen vermehrt; aber durch die Wirtschaft der ehemaligen Commune Wien hat sich das Vermögen nur verringert, aber nicht vermehrt. Vermehrt kann es sich nur durch die Einbeziehung der Vororte haben, wofür wir uns auch jede Minute bestens bedanken. Was das Wasser betrifft, so wissen Sie ja, dass wir es uns auch sehr theuer bezahlen.

Ich will auf das eigentliche übergehen. Der Rechnungsabschluss weist verschiedene Mängel auf, insofern, dass viel gebraucht und das Richtige nicht geleistet wird. So muss ich auf etwas kommen und das ist die Post „Amtsblatt" mit 20.000 fl. Kosten. Meine Herren, wenn Sie das Amtsblatt in die Hand nehmen, so werden Sie erst 8 bis 14 Tage darauf die Berichte über den Stadtrath sehen. Jeder Offerent, der willens ist, bei der Commune Wien zu offerieren, nimmt sich nicht mehr das Amtsblatt, weil es zu spät kommt, er nimmt sich die „Communale Correspondenz". Diese erscheint jede Woche zweimal und er kann sich verlassen, dass alles drinnen steht. 20.000 fl. geben wir aus und bekommen die Stadtrathsberichte 8 bis 14 Tage später. Diese informieren den Gemeinderath einerseits schlecht, andererseits können sich die Offerenten auf das Blatt nicht verlassen. Ein Journal, das 20.000 fl. kostet, ist etwas theuer.

Weil ich schon beim Amtsblatte bin, möchte ich das löbliche Präsidium ersuchen, wenigstens die Hälfte der Stenographen aus Christen bestehen zu lassen. Wir sind bisher noch ein katholischer Staat und haben daher auch das Recht, dass ein Herr von der Partei drüben und einer von uns, nicht ein Antisemit, sondern ein Christ dort sitzt; dann werden die stenographischen Berichte etwas richtiger werden. (Rufe links: So ist es! — Gem.-Rath Eigner: Die Reden werden verstümmelt!) Dann wird nicht hie und da hinausgegangen werden, dass man, wie man sagt, etwas schleifen kann. Ja, ja so ist es. In der Sache ist es sehr nothwendig, dass etwas geschieht.

Meine Herren! Es ist wiederholt auch diese Reise nach Innsbruck besprochen worden. (Gem.-Rath Frauenberger: Aber fangen Sie die Geschichte nicht wieder an!) Ich sage nur das eine, es sind lauter bedeutende Männer mitgefahren,

Capitalisten — ich möchte mich wirklich schämen, wenn ich als Repräsentant der Commune Wien hinfahre, auf das Conto der Commune Wien zu essen und zu trinken. Das überlasse ich den Herren, ob sie so feinfühlig sind. Wenn es ganz arme Leute sind, dann sage ich noch: gut, esst und trinkt Euch an auf Kosten der Commune Wien — aber lauter solche Capitalisten, das machen Sie mit sich selbst aus. Übrigens sind Stadträthe und der Bürgermeister dabei gewesen, die haben also doppelten Gehalt gehabt.

Ein sehr wichtiger Punkt ist auch — und das kann man bei der Generaldebatte nicht unberührt lassen — der immense Steuerdruck seit der Einbeziehung, ein Steuerdruck, wie er noch nicht dagewesen ist. Der Bezirksausschuss ist bei den Erhebungen heute die Null, und nur der Marktcommissär hat das Recht, zu dictieren, und wenn der jemanden findet, der auch nur einen oder zwei Gesellen hat, so kommt er ihm unter 31 fl. nicht aus. Meine Herren, das ist auch ein Capital, und wenn er nicht heute am 15. Jänner schon seine Steuer zahlt, so bekommt er 14 Tage darnach die Executionseinlage-Vollette, dann kann er also noch mehr zahlen, und wehe dem, der da säumig ist, dem nimmt man noch den letzten Kasten und letzten Tisch weg. Was ist aber die Ursache, wenn die Steuern besser einlaufen? Weil die Leute so sekkiert werden, dass sie ihr letztes verkaufen, um nur die Steuern zahlen zu können. Da ist ein Fall vorgekommen, dass man einem ganz armen Uhrmacher, der 80 fl. Steuer schuldig war, für Reparaturen solange Abzüge gemacht hat, bis die Steuer gezahlt war, dann hat man ihm die Uhren nicht mehr hingegeben. Wir geben uns immer her als Behörde mit übertragenem Wirkungskreise, um das Volk nur noch mehr zu pressen. Wenn so fortgefahren wird, so kann ich das nur eine echt liberale Wirtschaft nennen.

Es ist zu bedauern, dass Sie für die Unterdrückten kein Wort finden und dass Sie noch sagen, es sind rosige Zustände.

Dadurch, dass Sie so hinausrufen: „Es sind rosige Zustände!" glaubt die hohe Steuerbehörde, dass sie noch mehr drücken kann und dass noch mehr Erlässe herausgegeben werden dürfen, um die Leute noch fester zu drücken.

Das wissen wir ja, dass ein Recurs, und wenn er auch vom Teufel unterschrieben wird, bei der Steuerbehörde nichts nützt, und wenn man sich auf alles mögliche bezieht, wenn der ganze Bezirksausschuss die Angaben des Gesuches bekräftigt, das nützt alles nichts. Wer einmal hinauf ist, der kommt nicht hinunter.

So ein armer Maronibrater zahlt zum Beispiel die geringste Steuer; er muss aber alljährlich bei 3 fl. Commissionsgebür zahlen, der arme „Kästenbrater", der drei Monate dort steht. Das sieht wohl kleinlich aus bei einem Millionenbudget, aber das summiert sich zusammen und das bietet den Anlass, dass man mit einer solchen Wirtschaft gewiss nicht einverstanden sein kann. So ist es ja mit allen Gewerbsleuten. Der Steuerdruck ist immens, und ich erhoffe es auch von der Regierung, die heute am Ruder ist, nicht, dass sie ein wenig nachlässt; sie hat ja allerhand Bedürfnisse und Neuerungen, wie sie aber das Volk sättigen soll, darüber zerbricht sie sich nicht den Kopf.

Ein anderer Übelstand herrscht noch im Bauamte. Da gibt es Leute, die nicht beeidet sind — das sind die Bauaufseher — die zehn bis fünfzehn Jahre im Taglohne sind. Wenn es Ihnen heute nicht passt, so werden sie morgen entlassen. Denkt man denn noch nicht daran, endlich einen Modus zu finden, dass diese Leute, denen man unsere Häuser anvertraut, die mit den Geschäftsleuten anzuschaffen haben, zu Beamten werden und nicht gewöhnliche Tagwerker bleiben. Die Bauaufseher müssen auch revidieren &c., kurz Arbeiten verrichten, die eigentlich nur beeidete Beamte leisten müssen. Ist das nicht reformbedürftig? Sollte man unter diese Posten nicht auch eine Post mit ganz kleinen Ziffern hineinnehmen, um diese Leute, die ja schon zehn bis fünfzehn Jahre im Dienste der Commune stehen, in eine Kategorie einzuschalten? Kann man sie denn dann nicht besser zur Verantwortung ziehen, wenn man ihnen die Zukunft sichert, als wenn sie nur gewöhnliche Taglöhner sind? Ich könnte Ihnen noch verschiedenes erzählen. Ebenso ist es auch mit der eigenen Regie in den Versorgungshäusern. Im Versorgungshause in Ybbs sind zwei Herde schadhaft. Glauben Sie, dass diese gemacht werden, damit sich doch die armen Leute den Kaffee kochen können? Millionen werden ausgegeben, aber um die Armen in den Versorgungshäusern schaut sich kein Teufel um; wer einmal in Ybbs oder Mauerbach ist, kann Hunger leiden. Ein fernerer Übelstand ist der, dass, wenn einer auf einen Tag auf Urlaub gehen will, er ihn nicht bekommt, sondern er muss fünf Tage nehmen, und dafür wird ihm das Kostgeld abgezogen. (Gem.-Rath Jedlička: Wenn ein Stadtrath auf Urlaub geht, so bekommt er sein Geld!)

In den Versorgungshäusern sitzt mancher, der einst bessere Tage gesehen, der einst seine Zeit in Vertretungskörpern fürs öffentliche Leben hergegeben hat, es gibt nur wenige Leute, welche das Glück haben, reich zu sterben. Was mit diesen Leuten geschieht, darum bekümmert sich der Stadtrath nicht; möglich, dass die neue Commission besser dafür sorgen wird. (Heiterkeit.) Aber die Commission möge unangemeldet hinfahren und uns nicht etwa eine Menge Reisespesen hinaufdividieren, die vielleicht auch noch draußen abgezogen werden.

Ich will Sie nicht lange aufhalten und eile zum Schlusse. Ich habe Ihnen in kurzem gesagt, warum wir nicht in die Commission hineingegangen sind, und warum wir Ihr Anerbieten nicht angenommen haben. Wenn Sie so fortfahren, wenn Sie uns aus dem Bezirksschulrathe, dem Stadtrathe und allen jenen Körperschaften, auf welche wir auch Einfluss verlangen, ausschließen, dann können Sie nicht von uns verlangen, dass wir Ihnen mit Vertrauen entgegenkommen.

Übrigens will ich nur zum Schlusse sagen: der Herr Bürgermeister hat nicht schön gehandelt an dem Collegen Steiner (Gem.-Rath Steiner: Ich danke schön, ich werde das schon selber sagen!); er sagte, er habe eine Candidatenrede gehalten. Es soll der Herr Bürgermeister nur wagen und auf die Landstraße hinausgehen und eine Candidatenrede dort halten. Aber ich glaube, er hat genug von der Landtagswahl. (Beifall links.)

Gem.-Rath Steiner: Meine Herren! Der Herr Bürgermeister hat sich seine Sache sehr leicht gemacht, er ist sehr jovial und heiter gewesen. Ich glaube, der Herr Bürgermeister ist einer der wenigen, welcher ja die Berechtigung hat, seit der Einverleibung gut aufgelegt zu sein, weil er ja in einer socialen Stellung ist, die seine Lage möglichst angenehm macht.

Der geehrte Herr Bürgermeister hat der Meinung Ausdruck gegeben, dass die Stadträthe, welche gewählt sind, ihre Existenz aufs Spiel setzen. Ja, meine Herren, wer zwingt denn die Stadträthe, das zu werden, wenn die Stellung in Bezug auf die Existenz so gefährlich ist? Ich erinnere mich nur, dass, als Dr. Prix bei Constituierung des Stadtrathes die Herren der Majorität eingeladen hat und bei dieser Versammlung 84 anwesend waren, bei

der Probewahl 74 sich gemeldet haben, welche alle Stadträthe werden wollten. Also die Sache muss nicht so gefährlich sein. Ich erinnere mich, dass, wenn mehrere Mandate im Stadtrathe zu vergeben sind, es immer Unzufriedene gibt und immer neue Parteigruppierungen entstehen.

Wenn die Wahlen vorüber sind, sind die Herren der Majorität ganz zufrieden. Also die Gefährlichkeit einer Existenz scheint nicht gar so groß zu sein.

Der Herr Bürgermeister hat auch erklärt, er weise es entschieden zurück, dass der Stadtrath nicht ganz normal, richtig und pflichtgemäß arbeitet. Erlauben Sie mir, Herr Bürgermeister, einen Beschluss des Stadtrathes zu citieren, und ich muss das immer schwarz auf weiß mithaben; ich habe es schwarz auf weiß mitgehabt, und die Herren Advocaten haben gesagt, nein, das ist so. Denn mit dem klaren Rechtsbewusstsein der Herren Advocaten, wenn sie in das praktische Leben hinaustreten, schaut es etwas happerig aus. Erlauben mir Herr Bürgermeister zu fragen, was mit diesem Gelde geschehen ist? Es hat es bereits der Herr Landtagsabgeordnete Gregorig citiert, unter Zahl 4832 in der Sitzung vom 21. Juni 1894 ist folgender Beschluss zu finden: „Über Ansuchen des V. österreichischen Weinbaucongresses im Jahre 1894 in Wien um Gewährung eines Betrages zur Vertheilung von Preisen wird beantragt, die Bewilligung eines Betrages von 50 Ducaten zu diesem Zwecke und die Überweisung dieser Auslage auf den Reservefond."

Herr Bürgermeister, das ist abermals eine Gesetzesverletzung nach § 52. Nachdem der Herr Bürgermeister erklärt hat, dass keine Gesetzesverletzungen vorkommen, so erkläre ich nochmals, dass durch die Erstattung des Rechenschaftsberichtes das Gesetz vom 19. December 1890 im § 52 verletzt ist. Eine Umgehung, eine andere Auseinandersetzung ist nicht möglich.

Herr Bürgermeister! Diese 50 Ducaten sind nicht verwendet worden. Hier habe ich den stenographischen Bericht des österr. Weinbaucongresses — weil ich den auch zugesendet bekommen habe — kein Kreuzer ist zur Vertheilung von Preisen verwendet worden. Es ist auch richtig, es kann bei einem Congresse nichts verwendet werden, und wenn Herr Graf Gatterburg im n.-ö. Landtage sagt, dass er nicht weiß, wem die Preise gewidmet werden sollen, so bin ich vollkommen überzeugt, er hätte einen Preis nicht bekommen für seine Thätigkeit als Landescultur-Referent. Aber vielleicht ist der Herr Gem.-Rath Herold in der Lage, Aufschluss zu geben, weil er sich heute bezüglich der Innsbrucker Reise so echauffiert hat. Laut Gemeinderaths-Beschluss vom 16. Februar 1894 ist der Bürgermeister ermächtigt worden, einen Delegierten zu diesem Congresse zu nominieren, und der Herr Bürgermeister hat, scheint es, den Bock zum Gärtner gemacht und hat auf den Weinbaucongress einen Wirt hingeschickt. Ich bin der Meinung, dass, wenn von Seite der Gemeinde Wien zu einem sich mit einer rein wirtschaftlichen Frage befassenden Congresse ein Delegierter geschickt wird, so muss derselbe die nöthigen Fachkenntnisse besitzen. Er muss hinausgehen unter die Wählerschaft von Wien und muss bekanntgeben, welche Beschlüsse gefasst worden sind, in Bezug auf die Phylloxera und Peronospora, in Bezug auf die Erleichterung bei der Erlangung unverzinslicher Darlehen, in Bezug auf Steuererleichterungen und dergleichen. Das, Herr College, verstehe ich unter der Aufgabe eines Delegierten. Wenn ich dort bin, so lege ich meinen Bericht entweder in Form einer Broschüre vor, oder ich gehe hinaus und theile es meinen Mitbürgern mit.

Ich würde in Zukunft bitten, wenn der Herr Bürgermeister einen Delegierten wohin zu schicken hat, jemanden zu schicken, der die Sache versteht. Es ist freilich leichter, als Bürgermeister den Saatenmarkt zu eröffnen und zu begrüßen, als den Weinbau-Congress, wo Arbeiter versammelt sind, wogegen auf dem Saatenmarkte Kornwucherer und Ausbeuter versammelt sind. (Zustimmung links.) Der Herr Bürgermeister — er ist Jurist und ich nehme es ihm nicht übel — hat gesagt, ich möge mich nicht so in die Juristerei einlassen. Nein! Ich will kein Jurist sein. Denn die Juristen stehen heute bei der Bevölkerung mit Rücksicht auf ihre Thätigkeit in den parlamentarischen Körperschaften in keinem großen Ansehen.

Wenn Herr College Wünsch bemerkt hat, dass man in der Generaldebatte Kleinigkeiten hervorgehoben hat, so habe ich einerseits erklärt, dass ich mich auf die Specialdebatte verlasse, und andererseits schließe ich mich den Ausführungen des Herrn Collegen Grünbeck an. Solange Advocaten, Professoren und Aristokraten — das habe ich schon einmal gesagt — in einem Vertretungskörper das große Wort führen, war es für uns schlecht. Jetzt kommen die Gewerbetreibenden und Landwirtschafttreibenden an die Reihe und, meine Herren, bei der nächsten Wahl werden wir sehen, wer reussiert. Wir werden die Beschlüsse der Gewerbetage, der Beamtentage, der Bauerntage zur Geltung bringen.

Der Herr Bürgermeister hat weiters gemeint, wir hätten in die Commission hineingehen sollen. Ja, Herr Bürgermeister, warum haben Sie denn uns das Mandat nicht übertragen, respective die Mandate im Landesschulrathe mit Rücksicht auf unsere numerische Stärke? Warum haben Sie uns die Mandate in den Bezirksschulrath nicht übertragen? Wir sind ganz genau darüber informiert, was im Bezirksschulrathe geschieht, und darum dürfen wir nicht hinein. Wir wissen sehr gut, dass Versetzungen von Lehrern ohne Collegial-Behandlung vorgenommen werden. Wir wissen auch sehr gut, dass im Bezirksschulrathe Disciplinaruntersuchungen gegen Lehrer jahrelang liegen bleiben, dass Lehrer oft nach einem halben oder drei Vierteljahren erst davon verständigt werden, dass gegen sie eine Disciplinaruntersuchung läuft. Wir wissen aber auch, wie von gewisser Seite heute schon die Schuldirectoren präpariert und zum Beispiel zu Oberlehrer-Conferenzen eingeladen werden. Wir wissen heute das alles und seien Sie überzeugt, wir werden auch die nöthigen Schlüsse bei der Wahl des 2. Wahlkörpers daraus ziehen.

Wenn der Herr Bürgermeister gelegentlich der Debatte über die Systemisierung von Beamten erwähnte, wir sollen nicht immer den alten Schimmel der Einverleibung der Vororte mit Wien reiten, nein, den lendenlahmen Gaul des Liberalismus und der Einverleibung überlassen wir der liberalen Partei. Wir werden uns einen Stepper nehmen, 17 Faust hoch, und im Sturme Ihre Position angreifen, dann werden Sie sehen, Herr Bürgermeister, wie das geht!

Der Herr Bürgermeister hat weiters gesagt, ich hätte eine Candidatenrede gehalten. Nun, ich bin ja gewählt, und wenn Sie, Herr Bürgermeister, mit mir anbinden wollen — in zwei Jahren im XIX. Bezirke — soll es mir ein Vergnügen sein. Wir werden ja sehen, wer den kürzeren zieht. Ich bin ja in der Lage, Candidatenreden zu halten. Wie ist es aber bei Ihnen, Herr Bürgermeister? Wenn Sie eine Candidatenrede halten wollen, müssen vor der Thüre 20 Ordner stehen und genau achtgeben, dass niemand in den Saal kommt, der opponiert: 20 Journalisten und 30 Zuhörer,

so sehen Ihre Versammlungen aus, wo Sie, hochverehrter Herr Bürgermeister, Ihre Candidatenrede halten werden. Wenn ich aber auf der Landstraße candidiere, so ist alles frank und frei. Jeder kann hören, was ich sage, denn ich habe gar keine Angst.

Weiters hat der Herr Bürgermeister bezüglich des wasserrechtlichen Verfahrens, welches ich erwähnte, gesprochen und die Geschichte sofort auf die Krottenbacheinwölbung hinüberescamotiert.

Es ist zweifellos, dass hier ein wasserrechtliches Verfahren platzgreifen muss (Ruf links: Das ist liberal! Das ist advocatisch!), aber ich habe von dem wasserrechtlichen Verfahren bei der Nutzwasserleitung in Sievering gesprochen und nicht vom Krottenbache! (Rufe: Da ist es auch gesetzlich!) Das verstehe ich nicht; die Quelle gehört uns, der Berg, die Straße gehört uns, wir nehmen niemandem das Wasser weg, sondern das Wasser, welches wir nehmen, ist unser Eigenthum.

Ich sage nur noch eines; der Herr Bürgermeister kann so lustig sein, wie er will, es wird eine Zeit kommen, wo er vielleicht ernster sein wird. Er war ja von jeher humoristisch, wenn er in die Debatte eingegriffen hat, selbst damals schon, als er noch dort saß, wo jetzt College Eigner sitzt. Wie lange wird das aber dauern?

Das Budget ist jedes Jahr in so oberflächlicher Weise behandelt worden, wie es wahrscheinlich auch heuer behandelt werden wird. Ich erinnere Sie nur, wie drei bis vier Nachtsitzungen waren, wie draußen das Buffet aufgestellt war, wie man über die wichtigsten Fragen, ohne dass der Gemeinderath beschlussfähig war, beschlossen hat. Ich erinnere Sie, dass dies nicht der Würde des Gemeinderathes entspricht, Herr Bürgermeister! Nach der Ansicht des Herrn Bürgermeisters entspricht es der Würde des Gemeinderathes, wenn man ruhig ist, Ja und Amen sagt; denn es wird jetzt in den Wählerversammlungen und insbesondere von Herrn Dr. Zimmermann auf der Landstraße gesagt, wir machen Scandal, wir hindern jede geschäftliche Thätigkeit. Nun, Herr Dr. Zimmermann hat schon ein paarmal hier geschlafen und ich habe ihn aufgeweckt. (Heiterkeit.) Da macht er freilich keinen Scandal. (Erneuerte Heiterkeit.) Wenn man aber in so rückhaltsloser Weise angegriffen wird — es ist richtig, wenn hinübergeschossen wird, muss man auch das Herüberschießen vertragen — wenn Sie, Herr Bürgermeister, Ihre Macht und die Präsidialgewalt mit Rücksicht auf die bekannte brutale Gewalt der Majorität so ausnützen und in solchem Tone gegenüber einem Manne der Opposition sprechen, dann werde ich es zur Kenntnis nehmen und bei passender Gelegenheit werde ich in analoger Weise antworten. (Lebhafter Beifall links.)

Gem.-Rath Strobach: Ich werde mich sehr kurz fassen; ich möchte darauf zurückkommen, dass wiederholt gesagt wurde, College Steiner habe in sehr leichtfertiger Weise über die Arbeit der Budget-Commission geurtheilt. Nun, meine Herren, ist es eine Thatsache, dass im Vorjahre sechs Sitzungen waren und die ganze Angelegenheit durchgepeitscht wurde und heuer waren nur zwei Sitzungen. Wie flüchtig gearbeitet wurde, mag daraus hervorgehen, dass uns zum Berichte noch ein nachträglicher Bericht am vorigen Freitag zugeschickt wurde, der nur um 2 Millionen nicht gestimmt hat. (Heiterkeit links.) Heute ist freilich wieder ein anderer Bericht eingeschickt worden. Da sind die Herren doch daraufgekommen und haben den Fehler richtiggestellt. Das muss mir doch jeder zugestehen, dass, wenn es sich um diese Kleinigkeit von 2 Millionen handelt, der Irrthum doch eine gewisse Leichtfertigkeit verräth. Ich will auf das nähere nicht eingehen, sondern nur noch das eine bemerken, dass, wenn der Rechnungsabschluss günstig aussieht, dies nur daran liegt, dass um 2,306.272 fl. mehr eingenommen wurde wie präliminiert war, und dass um 1,762.231 fl. weniger ausgegeben wurde, als präliminiert war. Und trotzdem ist der Cassabestand um 1,227.703 fl. gesunken, und wenn wir noch zwei derartige Jahre haben, so brauchen wir gar nicht die Steuerreform abzuwarten, und wir stehen vor einem Deficit. Das kann niemand bemängeln. Anträge zu stellen, behalte ich mir für die Specialdebatte vor.

Ich komme nur auf einige Äußerungen des verehrten Herrn Bürgermeisters zurück. Der Herr Bürgermeister hat gesagt, den Herrn Collegen Steiner habe niemand unterbrochen. Das ist thatsächlich unrichtig. Der ganze Gemeinderath war Zeuge, wie auf der anderen (rechten) Seite Unterbrechungen vorgekommen sind, und besonders hat sich Herr Gem.-Rath Herold in dieser Richtung hervorgethan. Es hat der Herr Bürgermeister heute sehr viel über Anstand und Würde gesprochen. Ich halte das auch nicht der Würde des Herrn Bürgermeisters entsprechend, wenn er eine vor einer Viertelstunde stattgefundene Thatsache im Handumdrehen ändern will. Ich will nur noch bemerken, dass der Ton, den der Herr Bürgermeister uns gegenüber heute angeschlagen hat, geradezu herausfordernd war. Dieser Ton stimmt durchaus nicht mit dem, was er in seiner Antrittsrede gesagt hat, in der er ausdrücklich erklärte, dass er trachten werde, objectiv zu sein. Durch diesen Ton hat er die Opposition, welche ohnehin in einer gereizten Stimmung ist — und zwar mit Recht — nur noch mehr gereizt, und er hat es nur unserer Gutmüthigkeit zu danken, wenn wir das nicht energischer zurückgewiesen haben, als es geschehen ist.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Generaldebatte ist geschlossen.

Referent (zum Schlusworte): Ein besseres Lob für die Finanzverwaltung, als es die heutige Generaldebatte gezeigt hat, ist wohl kaum möglich. Bei einem Budget von 40 Millionen, bei einem Rechnungsabschlusse, welcher bei 15.000 einzelne Posten enthält und 733 Seiten umfasst, die eng mit Zahlen beschrieben sind, haben die Herren gehört, welche Einwendungen in der Generaldebatte gemacht worden sind. Es hat schon Herr College Wünsch gesagt, dass dieselben höchst unbedeutende, fast nichtige Sachen betreffen. Es hat auch der geehrte Herr Bürgermeister zum großen Theile schon diejenigen Einwendungen widerlegt, welche von Seite des ersten Herrn Redners gemacht worden sind, es bleibt mir also verhältnismäßig wenig übrig.

Zunächst hat der Herr College Steiner den Commissionsmitgliedern die gute Lehre gegeben, was sie in der Commission hätten thun sollen, und dass sie den Rechnungsabschluss eifriger, fleißiger und nicht so oberflächlich hätten studieren sollen. Nun scheint es mir, dass — was immer die Commission gemacht hat — sie noch immer mehr geleistet hat, als die Herren, die gar nicht hingegangen sind (Sehr gut! und Heiterkeit rechts. Gelächter links), die Herren hätten das besser machen können. Ich glaube also, dass eine weniger fleißige Arbeit immer besser ist, als gar keine Arbeit.

Dann hat der erste Herr Redner gesagt, dass die Budget-Commission in vier Sitzungen mit dem Elaborate fertig geworden ist, und er meinte, es sei gar nicht möglich, in vier Sitzungen alle diese Bücher durchzustudieren. Ja, es ist nicht möglich, die ganze Sache in vier Sitzungen zu studieren, aber die einzelnen Mitglieder

dieser Commission haben eben die Bücher schon ein paar Wochen vorher gehabt, und jeder hat gewusst, über welches einzelne Referat (Unterbrechung links) er zu berichten haben wird, und er hat sein Fach und die erläuternden Bemerkungen dazu zu Hause studieren können. Wer in die Commission hineinkommt, ohne von dem Rechnungsabschlusse etwas zu verstehen, wird in der Commission nicht gescheiter werden, ebenso wie jener, der ins Plenum des Gemeinderathes hineinkommt und glaubt, aus der Rechnungsabschluss-Debatte etwas über die communalen Verhältnisse zu erfahren, im Irrthume ist. Wer nicht früher die Sache zu Hause studiert hat, wird hier nicht gescheiter werden.

Es sind verschiedene Anträge gestellt worden, auf welche ich einstweilen nicht reflectiere, weil sie ja in der Specialdebatte zur Sprache kommen werden.

Was den Antrag bezüglich der Versorgungshäuser betrifft, so hat Herr College Steiner gewünscht, der Magistrat soll beauftragt werden, zu erheben, wie groß die Kosten der Versorgung für den einzelnen Kopf sind. Wenn der Herr College die erläuternden Bemerkungen angesehen hätte, hätte er auf Seite 204 gefunden, dass ganz genau angegeben ist, dass in der Versorgungsanstalt in Wien ein Pfründner 55·39 kr., in Mauerbach 50·10 kr., in St. Andrä 50·98 kr. und so weiter kostet; alles, was er gewünscht hat, dass es der Magistrat erheben soll, liegt hier schon gedruckt seit zwei Monaten vor.

Der Antrag, die Diäten, Commissionsgebüren und dergleichen richtigzustellen, liegt beim Gemeinderathe, und es ist eine dringende Angelegenheit, dass das einmal in Ordnung kommt. Dass für diese Ausgabspost nur ein Betrag von 50.000 fl. präliminiert erscheint, hat darin seinen Grund, weil man im vorigen Jahre bei der Verfassung des Budgets der Meinung sein konnte, dass das neue Regulativ, in welchem diese Gebüren eingeschränkt werden, schon seine Wirksamkeit haben könnte. Nachdem das aber noch nicht geschehen ist, ist es begreiflich, dass die Überschreitung eingetreten ist.

Wenn bemerkt wird, dass bei Stellungs-Commissionen u. dgl. auch den Mitgliedern des Gemeinderathes Diäten gegeben werden sollen, so verweise ich darauf, dass dies gegen das Statut ist, in welchem es ausdrücklich heißt, dass die Gemeinderäthe ihr Amt unentgeltlich auszuüben haben.

Dann ist gesagt worden, dass die Auslagen für unsere Rechtsvertretung größer geworden sind. Nun, wir haben im Jahre 1893 die großen Wasserprocesse zu führen gehabt, welche ja eine große Anzahl von Commissionen erfordert haben, wobei es sich auch um sehr bedeutende Beträge gehandelt hat. Es ist natürlich, dass die Auslagen dadurch bedeutend gewachsen sind.

Wenn gesagt wird, dass man bei der Straßensäuberung sehr viel Geld ersparen kann, so wird es sehr gut sein, wenn die geehrten Collegen Anträge stellen. Ich habe, wie die Überschreitungen in dieser Richtung bekanntgeworden sind, Veranlassung getroffen, dass sämmtliche Bezirksvorstände einmal zu einer Sitzung eingeladen worden sind. Das ist geschehen; die Herren haben ihre Erfahrungen in Bezug auf die Straßensäuberung, namentlich die Schneesäuberung gegenseitig ausgetauscht und es ist ein Erfolg zu wünschen, und ich würde auch bitten, dass von Seite der Herren, welche diesbezüglich irgendetwas günstiges oder ungünstiges erfahren haben, eine Mittheilung an das Präsidium komme, damit diese Post, bei welcher ich selbst glaube, dass vielleicht etwas erspart werden kann, möglichst herabgedrückt werde. Aber, meine Herren, wir dürfen nicht vergessen, dass, wenn einmal zwei Tage Schnee fällt und nicht alle Straßen gereinigt werden, man nicht sagen darf: „Da ist der Schnee noch nicht weg, da ist die communale Wirtschaft daran schuld! Thut man zu viel, ist es nicht recht, thut man zu wenig, ist es auch nicht recht."

Der Herr College Grünbeck hat sich darüber beklagt, dass den Vorortegemeinden ihr Vermögen weggenommen worden ist, und er erklärt den Zuwachs des Gemeindevermögens daraus, dass wir von den Vororten soviel bekommen haben. Der Herr College scheint vergessen zu haben, dass wir auch 13 Millionen Schulden, welche die Vororte gehabt haben, übernommen haben, dass in den Vororten das Straßen-, Schulwesen u. s. w. weit zurückgeblieben war, und dass sich der größte Theil unserer Investitionsauslagen auf die Vororte bezieht. Sehen Sie unser Pflaster-, unser Schulbudget an, sehen Sie an, welche Canalbauten gemacht werden, und Sie werden finden, dass, vom finanziellen Standpunkte genommen, die alte Gemeinde Wien ein schlechteres Geschäft nicht hätte machen können, als die Einverleibung der Vororte. In dieser Beziehung haben sich die Vororte nicht zu beklagen.

Endlich ist das alte Lied gesungen worden von der Steuer, von Steuererhebung und Steuerbemessung. Das ist ja nicht unsere Angelegenheit. Das ist Sache des Staates, welcher die Steuern einhebt, und wenn gesagt worden ist, dass unsere Beamten, welche die Einschätzungen mit zu besorgen haben, strenge sind, so muss ich darauf hinweisen, dass dies beeidete Beamte sind, die unter ihrem Amtseide Erhebungen pflegen und was sie erhoben, zu Protokoll gegeben haben. Auf diese Beamten darf weder in der einen noch in der anderen Hinsicht der geringste Einfluss genommen werden, weil sie eben unter Amtseid stehen.

Es ist weiter gewünscht worden, dass die Bauaufseher definitiv angestellt werden. Nun, meine Herren, der Gemeinderath geht in dieser Richtung ohnehin vorwärts, er hat für die Diurnisten Provisionen bewilligt und wenn sie länger bei der Gemeinde dienen, ihnen eine Altersversorgung oder definitive Stellung in Aussicht gestellt. Das geht aber nur successive und kann nicht auf einmal kommen.

Bezüglich dessen, was bei den Versorgungshäusern wegen des Urlaubes gesagt worden ist, bin ich nicht ganz genau informiert. Ich kann aber hier folgendes bemerken: In manchen Versorgungshäusern, namentlich in Mauerbach, soll es häufig vorkommen, dass die Pfründner an schönen Tagen alle fortgehen, ihre 26 kr., respective ihre Zulagen in den in der Umgebung befindlichen Gasthäusern anbringen, nach Hause kommen und dort nichts verzehren. Der Traiteur, der von uns subventioniert ist und zu außerordentlich billigen Preisen die Speisen herstellen muss — ich glaube, eine Fleischspeise kostet 12 kr. und ist recht gut, wie ich mich überzeugt habe — muss doch für eine gewisse Anzahl von Personen das Essen herrichten und muss doch wissen, dass sie beiläufig in dieser oder jener Anzahl kommen.

Wenn aber eines Tages niemand kommt und ihm das Essen stehen bleibt, so kann er seine Rechnung schwerlich finden. In dieser Sache muss Ordnung herrschen. Übrigens werde ich mich über die Sache erkundigen und den Herren Collegen in der Specialdebatte nähere Auskunft geben.

Ich bitte Sie also schließlich, den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Steiner, die Angelegenheit an die Commission zurückzuweisen, abzulehnen und in die Specialdebatte einzutreten.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Zustimmung der Versammlung vorausgesetzt, möchte ich vorschlagen, dass die Gruppen aufgerufen werden, und dass die Herren, die zu den einzelnen Gruppen zu sprechen wünschen, sich melden mögen.

Gem.-Rath Rauscher (zur Geschäftsordnung): Mit Rücksicht auf die vorgerückte Stunde, Herr Vice-Bürgermeister, sollten wir die Specialdebatte nicht mehr anfangen, sondern die Sitzung schließen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist Schluss der Sitzung beantragt. Ich bitte jene Herren, die damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Nach einer Pause:) Abgelehnt.

Ich bitte, die Sache ist ja sehr dringend. Wir haben ja dann noch den Voranschlag. Wir können doch gewiss einen minder wichtigen Theil erledigen. Wir kommen zur Gruppe I.

Gem.-Rath Steiner: Zur Rubrik III, Post 16 b finde ich bei den Remunerationen für Übersetzungen aus fremden Sprachen eine Überschreitung von 2570 fl. Ich würde den Herrn Referenten um Auskunft bitten, ob da vielleicht viele Übersetzungen aus der ungarischen Sprache dabei sind?

Referent: Ja wohl! Ich bitte, diese Übersetzungen aus fremden Sprachen sind eben eine gesetzliche Verpflichtung. Es kommen aus anderen Kronländern Zuschriften an die Gemeinde, die sich größtentheils auf die Zuständigkeit u. dgl. beziehen, wo wir also die Übersetzung veranlassen müssen. Es ist übrigens aus Anlass dieser Überschreitung im Stadtrathe ausdrücklich ein Antrag dahin gestellt worden, dass die Übersetzungsgebüren herabgesetzt werden sollen. Dieser Antrag ist im Zuge und wird demnächst an den Stadtrath kommen.

Gem.-Rath Steiner: Dann ist hier eine Post Rubrik IV 18 d, die ich schon bei mehreren Budgetberathungen besprechen wollte; ich bin nicht dazu gekommen, weil ich entweder zufällig abwesend war oder die Post überhört habe. Sie heißt: „Instandhaltung der Galawagen und Pferdegeschirre". Ich habe mich mit Sattlern ins Einvernehmen gesetzt, und die haben mir gesagt, dass sie nicht begreifen können, wie Geschirre, die höchstens einmal im Jahre verwendet werden, 510 fl. 71 kr. jährlich kosten können. Ich verstehe das auch nicht. Der Betrag scheint mir viel zu hoch und ich glaube, dass hier ein Ersparnis erzielt werden könnte; denn für 510 fl. kauft man sich bald neue Geschirre.

Über die baulichen Herstellungen habe ich mir heute schon eine Bemerkung erlaubt und ich will den Herrn Referenten nur um Aufklärung bitten. Seite 21, Rubrik IV, Post 23 steht: für die Neubeschaffung von Möbeln und Einrichtungsgegenständen für die magistratischen Bezirksämter eine Überschreitung von 3610 fl. 15 kr. und vergleichen Sie diese Post mit der Post vorne für Reparaturen, Nachschaffungen, Neuanschaffungen von Möbeln und Einrichtungsgegenständen für auswärtige Amtslocalitäten; das ist Rubrik IV 2 b. Ich halte die Bezirksämter auch für auswärtige Localitäten.

Referent: Was die 510 fl. 71 kr. betrifft, welche für die Galawagen verausgabt wurden, so hätte der Herr Collega in der Commission fragen sollen. Wir wären in die Buchhaltung gegangen und hätten uns die Rechnung vorlegen lassen. Ich bin nicht in der Lage, alle 6000 Posten auswendig zu wissen.

Was die Anfrage wegen der Möbel betrifft, so hat, wenn ich nicht irre, Dr. Lueger ausdrücklich den Wunsch ausgesprochen, dass die Neuanschaffungen von Möbeln und die Auslagen für Reparaturen und Instandhaltung von Möbeln getrennt, das heißt unter zwei Rubriken vorkommen sollen, einmal unter „Neuanschaffungen" und dann unter „Erhaltungskosten".

Gem.-Rath Steiner: Der Herr Referent meint, ich hätte in der Commission die Frage stellen sollen. Das hätten ja die anderen Herren auch thun sollen. (Heiterkeit.) Ich weiß, wie man dort vorgeht. Da heißt es einfach: Gruppe I ist erledigt, Gruppe II ist erledigt, und so werden die Gruppen ohne Prüfung nach einander erledigt. Das kennen wir.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Darf ich bitten. Bezüglich der einen Post bitte ich den Herrn Referenten, bei den erläuternden Bemerkungen Seite 21, d zu lesen. Ich glaube, dass der Herr Gemeinderath Auskunft darüber erhalten wird.

Referent (liest): Für die Instandhaltung

der drei Galawagen	200 fl.	— kr.
Für die Aufbewahrung in den Remisen	100 „	— „
Für die Reinigung und Instandhaltung der drei Paar Galapferdegeschirre	200 „	— „
Prämie für die Versicherung der Galawagen . .	10 „	71 „

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Stellt der Herr Gem.-Rath Steiner einen Antrag in Bezug auf diese Post?

Gem.-Rath Steiner: Nein!

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wird sonst das Wort gewünscht? (Niemand meldet sich.) Wird keine Einwendung erhoben? (Niemand meldet sich.) Ich bitte jene Herren, welche die Gruppe I genehmigen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Ich bitte, Gruppe II in Verhandlung zu nehmen. Wünscht jemand das Wort? (Gem.-Rath Grünbeck meldet sich.)

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Gerade dieser Punkt gibt mir Gelegenheit, zurückzukommen auf das, was der Herr Referent gesprochen hat. Er sagte, dass die Marktcommissäre eidlich aussagen. Das ist richtig. Ich verlange auch nichts unbilliges von einem, der einen Eid geleistet hat. Dessen dürfen Sie, Herr Referent, mich nicht für fähig halten, dass ich von den Beamten so etwas verlange. Aber gehen Sie hinaus in die Vororte und nehmen Sie, wie die Leute früher besteuert gewesen sind, und fragen Sie an. (Gem.-Rath Dr. Mittler macht einen Zwischenruf.) Ja, Sie, Herr Dr. Mittler, haben es leichter, überhaupt die Doctoren, die . . . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, nur keine Aufregung.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Ja, wenn man mich herausfordert, muss ich doch reagieren.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich erlaube mir an den Herrn Redner die Frage, zu welcher Post er spricht? Wir sind in der Specialdebatte, und ich bitte, sich darnach zu halten. Wir können doch nicht immer wieder in die Generaldebatte zurückgreifen.

Ich bitte also, zu der betreffenden Post, die eine Bemerkung herausfordert, einen Antrag zu stellen.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Ich werde über die Zuschläge zur Verzehrungssteuer sprechen.

Die Verzehrungssteuer ist ein Punkt, der gerade die Vororte am meisten berührt hat, und sie ist eigentlich dasjenige, was in den Vororten einen großen Theil der Geschäftsbranche total ruiniert hat. Wenn Sie hinausgehen, werden Sie am deutlichsten empfinden, dass durch die Schuld der überstürzten Einbeziehung ganz andere Verhältnisse herrschen. Wenn Sie die Verzehrungs-

steuer auf Wein mit 30 Percent nehmen, so macht das eine Heidensumme aus, ebenso ist es beim Bier, besonders beim Abzugbier, welches die arme Bevölkerung am meisten braucht. Das macht eine immense Summe aus.

Es ist zwar von Seite des Herrn Referenten ein Antrag gestellt, es möge die Regierung die Verzehrungssteuer herabsetzen. Aber, meine Herren, ich glaube nicht, dass die Regierung das thun wird; ich fürchte eher, dass die Verzehrungssteuer noch höher wird, wenn ihr das Geld zu wenig wird. Und wenn Sie sagen, wir haben keine Schulen gehabt, wir waren mit den Schulen schlecht bestellt, so sage ich: wir waren damit gut bestellt; es ist nur eben jetzt ein steigendes Bedürfnis. Wir haben auch alle zwei Jahre eine Schule bauen müssen. Und wenn Sie hie und da eine Straße pflastern, das hätten wir gewiss auch können. Das Mehrerfordernis ist immens; die Bevölkerung kann das absolut nicht tragen, wofür ein Beweis ist, dass viele Geschäftsleute dabei total zugrunde gehen. Gehen Sie einmal daran und setzen Sie die Tarife herunter. Verlangen Sie statt 30 Percent 20 Percent; gehen Sie dem Staate mit gutem Beispiele voran, vielleicht hat der Staat ein besseres Gewissen und sagt: Gut, ich setze die Tarife auch herunter. Sie haben ja eine befreundete Regierung. Äußern Sie einen Wunsch, vielleicht kommt die Regierung entgegen und setzt die Tarife herab. Das wäre eine Reform des Steuerwesens, wofür Ihnen die Bevölkerung am ehesten danken möchte. Natürlich, die Herren Advocaten sind dagegen; die haben es viel leichter, sie schreiben Expensnoten, dass sich der andere nicht erholen kann. Man sollte also unbedingt an eine Steuerermäßigung gehen und die Tarife herabsetzen.

Gem.-Rath Steiner: Bei der Einverleibung der Vororte mit Wien wurde selbst von Seite der h. Regierung erklärt, dass eine Erhöhung der Steuern nicht platzgreifen wird. Meine Herren! Ich kann Sie versichern, dass eine Erhöhung der Steuern so platzgegriffen hat, dass im XIX. Bezirke sehr wenig Geschäftsleute mehr sind, welchen nicht die Steuer erhöht worden wäre. (Ruf rechts: Das gehört nicht zum Rechnungsabschlusse!) — Gewiss, das gehört zur Specialdebatte, es wird noch länger dauern, Herr Dr. Rechansky. — Es ist z. B. vorgekommen — ich bin in in der Lage, Ihnen den Fall anzuführen, den ich schon einmal erwähnt habe, ich thue es noch einmal — dass ein Fuhrmann mit einem Pferde, welcher ein Krüppel ist und sechs Kinder zu ernähren hat, selbst mit dem Pferde sich sein Brot verdient, von 5 fl. auf 10 fl. erhöht worden ist, und das Marktcommissariat hat gar 21 fl. in Vorschlag gebracht. (Zwischenruf rechts: Es gehört zur Steuer!) Sie können hier bleiben, ich bleibe hier bis morgen in der Frühe. — Ein weiterer Fall: Ein Sattler, dessen Geschäft 30 Jahre auf dem Platze ist, welcher mit einem Lehrjungen allein arbeitet, wurde von 5 fl. auf 10 fl. erhöht — das ist . . . . (Zwischenruf rechts.) — Das gehört zur Gruppe II „Steuerwesen", das bringe ich hier vor.

Meine Herren! Bezüglich der Verzehrungssteuer wurde auch von Seite des Gemeinderathes der Antrag angenommen, eine Petition an das Finanzministerium zu richten bezüglich einer nicht weiteren Einhebung der Verzehrungssteuer für innerhalb von Wien producierten Wein. Ich habe, wie das Gesetz gemacht worden ist, unzähligemale um Audienz ansuchen müssen und das ganze Material mit meinem Freunde Muth zu Sr. Excellenz dem damaligen Finanzminister Steinbach und dem Sectionschef Baumgarten bringen müssen. Von einer Abschreibung wird da keine Rede sein. Wenn aber der Stadtrath oder die Majoriät den Willen gehabt hätte, einzugreifen, so hätte etwas in dieser Richtung geschehen können. Wie war es mit der Fleischhauer-Genossenschaft? Als sie angesucht hat, es möge für ein in Wien gefallenes Thier die Verzehrungssteuer retour gegeben werden, hat der Stadtrath es abgelehnt, darauf einzugehen.

Die Fleischhauer sind gewiss heute mit Rücksicht auf die traurigen Verhältnisse am Wiener Markte und wegen des Zwischenhandels nicht auf Rosen gebettet und der Stadtrath hätte schon darauf eingehen können. Es ist aber auch für den Wirtschaftsmann sehr traurig. Ich habe einen abweislichen Bescheid der Finanz-Landes-Direction in der Hand gehabt, wo der betreffende Viehbesitzer die Bollette und alles mögliche gehabt hat; das Thier ist in sehr kurzer Zeit verendet, er hat um Rückvergütung der Verzehrungssteuer angesucht und ist abgewiesen worden, obwohl sein Gesuch belegt war. Also das Thier wurde nicht dem Consum zugeführt, wie das Attest des Marktcommissariates nachweist, und trotzdem wurde die Verzehrungssteuer nicht zurückgegeben.

Was die Verhältnisse der Schankgewerbetreibenden betrifft, so sind sie in den Vororten sehr traurig, weil von denen, die früher durch die Verzehrungssteuer etwas verdient haben, 10, 20 ja 100 zugrunde giengen; überhaupt alle, welche durch die Verzehrungssteuer belastet wurden, gehen successive zugrunde.

Wie ist es denn mit der Hundesteuer. Schon im Jahre 1892 wurde gelegentlich der Budgetdebatte auf die Hundesteuer hingewiesen, und ich habe schon einmal darüber interpelliert, man möge doch einen anderen Modus für die Einhebung treffen, damit die Wirtschaftsbesitzer, welche ihre Hunde zur Bewachung der Wirtschaft bedürfen und deren Gehöfte isoliert sind, von der Steuer enthoben werden.

Diese Interpellation wurde damit beantwortet, das wird alles geschehen. Nun, meine Herren, seit der Einverleibung der Vororte ist gar nichts geschehen, alle Jahre müssen dieselben Hundebesitzer, obwohl sich die Verhältnisse gar nicht geändert haben, dieselben Gesuche machen, und das ist erstens zeitraubend für die Beamten des Marktamtes und für die Bezirksausschüsse, weil sie die Erhebungen pflegen und relationieren müssen, und zweitens für die Hundebesitzer selbst. Es wäre also wünschenswert, wenn vom Präsidium im Laufe der Jahre etwas geschehen wäre; denn jetzt, meine Herren, müssen Sie doch schon Klarheit über die Vororte haben, so dass Sie eine derartige Verfügung ändern können.

Es ist auch ein Fall vorgekommen, dass in Nussdorf von einem Wirte eine Ladung Wein übernommen und die Verzehrungssteuer bezahlt wurde, dann hat er den Wein nach Hause geführt und wie er nach Hause kommt und das Fass aufmacht, findet er, dass der Wein von schlechter Qualität ist, und dass er denselben um den Preis absolut nicht beziehen kann, um den er ihn gekauft hat. Nun war er der Meinung, er bekommt die Verzehrungssteuer zurück. Er ist auch sofort mit dem Wein zurückgefahren — ein Fass war noch ganz verschlossen — er wird aber abgewiesen, recurriert und wird wieder abgewiesen. Da wäre es auch an der Zeit, einzugreifen. Wenn aber solche Anträge gestellt werden, so bitte ich, dass vom Präsidium derartige Fragen, die doch rein wirtschaftlicher Natur sind, auf das kräftigste unterstützt werden, und dass nicht der Stadtrath den Standpunkt habe, das einfach abzuweisen, so dass man in 14 Tagen den Beschluss des Stadtrathes liest und die Verständigung des Präsidinms erlangt, dass der Antrag im Stadtrathe in Verhandlung gestanden ist u. s. w.

Ich muss also bitten, dass in Zukunft bei Bemessung der Gewerbesteuer darauf gesehen wird, dass das Votum der Bezirksvertretungen etwas gilt. Denn die Steueradministration kümmert sich gewöhnlich nicht darum. Der Bezirksausschuss, welcher Erhebungen pflegen muss und imstande ist, sich über die wirtschaftliche Lage des Steuerträgers zu informieren, stellt einen Antrag, der aber von der Steueradministration ignoriert wird.

Ich bin mit diesem Titel fertig und hoffe, dass ein anderer Herr mich unterstützen wird, damit die Herren Gelegenheit haben, hier zu bleiben.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich habe übersehen, dass Herr Gem.-Rath Steiner einen vertagenden Antrag gestellt hat, welcher nach Schluss der Debatte zur Abstimmung zu bringen ist. Der Antrag lautet (liest): „Mit Rücksicht auf die ungesetzlichen Ausgaben, welche der Stadtrath beschlossen hat, und mit Rücksicht auf die völlig ungenügende Prüfung des Rechnungsabschlusses seitens der Commission bin ich nicht in der Lage, dem Antrage derselben auf Genehmigung des Rechnungsabschlusses pro 1893 zuzustimmen, und stelle vielmehr den Antrag, es sei die gedachte Bewilligung zu verweigern und der Rechnungsabschluss nochmals der Commission zur Prüfung, Richtigstellung und Berichterstattung über die von mir gestellten Anträge zurückzuweisen."

Bezüglich dieser Anträge wird vorbehalten, dieselben bei den einzelnen Titeln zur Kenntnis zu bringen.

Ich bitte jene Herren, die diesem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Gem.-Rath Purscht: Dass thatsächlich die Steuererhöhungen vorgekommen sind, beweist am besten unser Handelsgremium in Hernals. Es vergeht kein Tag, ohne dass ein Actenstoß von Reassumierungen kommt. Die 5¼ fl.-Steuer ist fast vollständig verschwunden. Die kleinen Geschäftsleute, die hiefür 5 fl. 25 kr. bezahlt haben, kommen jetzt auf 10½ bis 21 fl. Es ist vorgekommen, dass bei einem Geschäftsmanne, der ein Warenlager von circa 80 bis 100 fl. hat, eine 21 fl.-Steuer bemessen worden ist. Ich habe seinerzeit schon darauf hingewiesen, dass die Verzugszinsen gewiss nach dem heutigen Verhältnisse zu dem allgemeinen Zinsfuße viel zu hoch sind. Ich habe auch seinerzeit einen diesbezüglichen Antrag gestellt, dass der Zinsfuß von 6 Percent auf 5 Percent herabgesetzt werden soll. Bis heute ist nichts geschehen. (Widerspruch rechts.)

Im Verhältnis zum heutigen allgemeinen Zinsfuße sind die Verzugszinsen bei den Steuern viel zu hoch. Es kommt soweit — und ich habe Gelegenheit, das zu beobachten — dass manche Leute nie die Steuer bezahlen können. Mancher kleine Geschäftsmann nimmt kaum soviel ein, als er braucht, um die Steuer zu entrichten. Daher kommen auch so viele Executionen vor, und was dabei geschieht, ist geradezu unerhört. Es wird rücksichtslos gegen die Leute vorgegangen und das letzte weggenommen, um es hier zu einem Schundpreise zu veräußern. Ich habe schon sehr oft Anträge bezüglich der Licitationen eingebracht, und noch immer ist nichts geschehen. Ich möchte daher zum Schlusse bitten, dass die Verzugszinsen unter allen Umständen herabgesetzt werden (Referent: Ist schon geschehen!) und stelle den diesbezüglichen Antrag heute wieder.

Gem.-Rath Dr. Mittler (zur Geschäftsordnung): Da ohnehin nicht zur Sache gesprochen wird, beantrage ich Schluss der Debatte.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist Schluss der Debatte beantragt. Jene Herren, welche diesem Antrage zustimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Gem.-Rath Steklik: Die jetzigen Vorgänge ... (Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Charakterisieren die Herren!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Grünbeck, ich bitte Sie, die Verhandlung nicht zu stören. Es steht jedermann frei, sich zu melden, auch zu einer persönlichen Bemerkung, aber dreinzureden und dreinzuschreien geht nicht an, und ist auch nicht im Interesse der Redner gelegen.

Gem.-Rath Steklik (fortfahrend): Den gegenwärtigen Vorgang, Schluss der Debatte und Wahl von Generalrednern habe ich mir schon im Sommer gedacht, als die Herren auf Ferien waren. (Heiterkeit rechts.) Lachen Sie nur, mehr verstehen Sie nicht als Höhnen, Lachen, Ausschließen, das ist Ihre Kunst; mehr verstehen Sie sammt dem Präsidium nicht. (Unruhe rechts.) Das sind die Provocationen, Herr Bürgermeister, da werden wir zum Staatsanwalt citiert oder ausgeschlossen. Das ist die Manier ...

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich kann nicht zugeben, dass der Umstand, dass jemand in der Versammlung lacht, für einen anderen eine Provocation ist. So genau kann man die Sache nicht nehmen. Ich bitte fortzufahren.

Gem.-Rath Steklik (fortfahrend): Ich habe mir also, wie die Herren auf ihren langen Ferien in den Sommerfrischen waren, gedacht, dass, wenn wir zum Budget kommen werden, eine Abkürzung durch Schluss der Debatte kommen wird. Das ist der böse Fluch der That, dass die alles verschweigen wollen. (Lebhafte Heiterkeit rechts.) Das ist der Fluch für Sie! Und jetzt wollen Sie uns den Mund stopfen! Das ist ungerecht, das sollen Sie nicht thun! Die Thüre wird abgesperrt, dass von Ihnen keiner geht, dass Sie aushalten. Halten Sie aus, und wir werden Ihnen noch viel sagen! Sie verdienen es!

Wenn wir von Steuerfragen sprechen, ich habe auch die Schule mitgemacht, ich habe auch mit der 5 fl.-Quote angefangen, ich muss sagen, wer die 5 fl.-Quote zahlt, zahlt eine höhere Steuer als die 5 fl., und wenn ich stufenweise emporgestiegen bin, habe ich immer gefunden, dass ich gegen die Großindustriellen immer viel zu hoch besteuert bin, der Tausende beschäftigt. Es ist gar keine Norm für diesen mehr in der Steuergesetzgebung. Der Höchstbesteuerte zahlt die 1650 fl.-Quote. (Rufe rechts: Auch die Einkommensteuer zahlt er!) Die Zuschläge! Das wissen wir. Wir haben das bei der Mödlinger Schuhfabrik gesehen. Alle Schuhmacher hat der Mensch umgebracht, alle sind zugrunde gegangen; der hat 30 fl. Steuer gezahlt. Das ist eine Norm, die uns drückt und die müssen wir besprechen.

Meine Herren, Sie haben Leute von Ihrer Seite im Parlament, im Landtag, die thun das nicht, natürlich, weil es Ihr Parteiinteresse nicht zulässt. Sie dürfen das nicht thun, Sie sind von den Leuten gewählt. Ich finde das ganz richtig, wenn Leute aus Assecuranz-Gesellschaften an solchen Stellen stehen, so müssen sie die Assecuranz-Gesellschaften vertreten. Warum? weil sie ihr Brot von diesen Leuten kriegen, von dieser Stufe bis in den Reichsrath. Das ist eben auch die bezahlte Geschichte, aus diesem Grunde wählen die Gesellschaften solche Leute, weil sie ihre Interessen vertreten, wir aber müssen unsere Leute vertreten, deshalb sitzen wir ja hier.

Die 10½ fl.-Quote ist auch ganz ungerecht, da ist auch noch Einkommensteuer zu zahlen. Da wird nachgeschaut bis in den

Magen; ein Fabrikant oder Großindustrieller, er mag sein, wo er will, in Schattau oder in einer Glasfabrik, der hat Ruhe, weil er alle diese Fäden, die ihm wehethun könnten, in der Hand hat. Ich kenne die Geschichte, ich bin alt geworden dabei, trotzdem ich von der kleinen Stufe aufwärts gegangen bin, und ich glaube, dass gerade die Herren, die hier sitzen und die hier fette Posten vertreten, schauen sollten, dass die Kleingewerbetreibenden nicht so besteuert werden.

Wenn ein Fünfgulden-Mann gepfändet wird, nimmt man ihm die Uhr sammt der Kette, sammt dem Gilet — das habe ich ja mitgemacht — warum, weil man den strengsten Auftrag dazu hat. Was haben wir denn für einen Antrag vor kurzer Zeit gehört, als College Steiner über den Lang gesprochen hat, der uns über die See zurückgeschickt wird. Da ist wieder die Steuerbehörde schuld, denn diese hat ....

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich bin der Anschauung, dass der Herr Redner nicht zur Sache spricht. Wir haben heute keine Budgetberathung, sondern den Rechnungsabschluss, und es handelt sich darum, ob da gewisse Ziffern bemängelt und ob diesfalls Anträge gestellt werden; aber allgemeine — ich möchte sagen — Ergüsse über Steuerpolitik und die Erfahrungen, die der Herr Redner gemacht hat, gehören nicht zur Sache. Ich habe nur, um jedem Vorwurfe vorzubeugen, dass die Redefreiheit irgendwie beschränkt wird, den Herrn Redner nicht schon früher ersucht, sich an die Sache zu halten. Ich muss es aber jetzt thun und bitte ihn daher, zu den Ziffern, die uns beschäftigen, zurückzukehren und diesfalls Bemerkungen zu machen oder Anträge zu stellen.

Gem.-Rath Stehlik (fortfahrend): Die Ziffern sind eben unendlich hoch (Heiterkeit), und sie werden nicht herabzumindern gesucht im Interesse der kleinen Gewerbetreibenden, und das ist Ihre Kunst. Meine Herren! Ich lasse Ihnen Ihre fetten Pfründen; bleiben Sie dabei! Sie halten prächtig zusammen; wir werden auch zusammenhalten.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent: Ich habe nichts zu bemerken; es ist keine einzige Zahl bemängelt worden; ich bitte daher, die Gruppe II zu genehmigen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte jene Herren, die die Gruppe II genehmigen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung 8 Uhr 45 Minuten abends.)

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Dienstag, den 19. Februar 1895.
Mittwoch, den 20. Februar 1895.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **4. Februar 1895.**

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, v. Götz, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Dr. Klotzberg, Kreindl, Lederer, Dr. Lueger, Matthies, Mayer, Müller, Dr. Nechansky, v. Neumann, Schlechter, Schneiderhan, Stiaßny, Dr. Vogler, Witzelsberger.
Bürgermeister Dr. Grübl.

Krank: St.-R. Rückauf.
Beurlaubt: St.-R. Baugoin.
Entschuldigt: St.-R. Wurm.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Bibl.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung. St.-R. Wurm entschuldigt sein Ausbleiben.

(Zur Kenntnis.)

Geschäftsausweis des Stadtrathes pro Jänner 1895:

Einlauf im Monate Jänner	850	Acten
von diesen Acten erledigte der Stadtrath	369	„
wurden dem Magistrate zugewiesen	124	„
befanden sich noch am Schlusse des Monates in Berathung	357	„
Weiters erledigte der Stadtrath aus den Vormonaten	204	Acten
hiezu obige	369	„
daher insgesammt im Monate Jänner	573	Acten
Gesammteinlauf vom 1. bis incl. 31. Jänner 1895	850	Acten

Recapitulation aus dem Monate December 1894:

Einlauf im Monate December 1894	822	Acten
von diesen Acten erledigte der Stadtrath	410	„
wurden dem Magistrate zugewiesen	110	„
befanden sich noch in Berathung	302	„
Außerdem erledigte der Stadtrath aus den Vormonaten	313	Acten
hiezu obige	410	„
daher insgesammt im Monate December	723	Acten

(Zur Kenntnis.)

Das Verzeichnis der Local-Commissionen, Comité-Sitzungen 2c. des Stadtrathes im Jänner 1895 liegt zur Einsicht auf.

(Zur Kenntnis.)

(778.) **St.-R. Schlechter** referiert über die Anschaffung von 3500 Stück 13 mm staatlich geaichter Wassermesser für das Jahr 1895 und beantragt, zu diesem Behufe auf Grundlage der vorgelegten Bedingnisse eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung auszuschreiben. Die erforderlichen Kosten per circa 84.000 fl. finden in den Geldern des 35-Millionen-Kronen-Anlehens ihre Deckung. (Angenommen.)

(799.) **St.-R. Dr. Klotzberg** referiert über das Ansuchen des Sanitätsaufsehers Johann Beinemann des VII. Bezirkes um Fortbezug des Taglohnes während seiner Erkrankung und beantragt, dem Genannten den weiteren Bezug des Taglohnes per 2 fl. auf die Dauer von zehn Wochen, eventuell bis zu einer früher eintretenden

Provisionierung zu gewähren und für diese Zeit die Aufnahme eines Aushilfs-Sanitätsaufsehers mit demselben Taglohne zu bewilligen.

St.-R. Dr. Lederer beantragt die Weglassung der Clausel „eventuell bis zu einer früher eintretenden Provisionierung".

Referent accommodiert sich.

Modificierter Referenten-Antrag angenommen.

(178 und 804.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über die Aufrechthaltung der elektrischen Beleuchtung am Kohlmarkte, I. Bezirk, und beantragt:

1. Das Anerbieten der Firma Siemens & Halske, den Kohlmarkt in der Zeit vom 5. December 1894 bis 5. Februar 1895 mit sechs Bogenlampen, im übrigen aber unter den mit dem Gemeinderaths-Beschlusse vom 24. Mai 1893, Z. 2774, festgesetzten Bedingungen elektrisch zu beleuchten, wird angenommen.

Desgleichen wird das weitere Anerbieten dieser Firma, die vorerwähnten sechs Bogenlampen der Gemeinde Wien vom 5. Februar 1895 ab bis zur Fertigstellung der geplanten definitiven elektrischen Beleuchtung des Kohlmarktes, worüber die Verhandlungen gegenwärtig beim Magistrate anhängig sind, spätestens aber bis 5. Juni 1895 unentgeltlich (leihweise) zur Verfügung zu stellen, acceptiert.

2. Das Offert der Allgemeinen österreichischen Elektricitäts-Gesellschaft, welche sich einverständlich mit der Firma Siemens & Halske bereit erklärt hat, die elektrische Beleuchtung des Kohlmarktes noch während der Monate December 1894 und Jänner 1895 ohne jedes Entgelt seitens der Gemeinde Wien fortbestehen zu lassen, und zwar eventuell im Jänner 1895 mit der halben Anzahl (sechs) Lampen, wird angenommen.

Ebenso acceptiert die Gemeinde Wien den von der genannten Gesellschaft bekanntgegebenen Preis von 17·5 kr. per Lampe und Stunde für die Stromlieferung inclusive Bedienung und Lieferung der Kohlenstifte für die der Gemeinde Wien seitens der Firma Siemens & Halske leihweise zu überlassenden sechs Bogenlampen vom 5. Februar 1895 ab.

3. Die Kosten der Stromlieferung (mit Einschluss der Bedienung und Lieferung der Kohlenstifte) für diese sechs Bogenlampen, welche bis ½11 Uhr abends zu brennen haben, für die Zeit vom 5. Februar bis 5. Juni 1895 per 472 fl. 76 kr., welche auf Rubr. XXV 1 bedeckt sein werden, werden genehmigt.

4. An den Magistrat ist die interne Weisung zu erlassen, dass die Zahlung und Lieferung der Gasbeleuchtung ebenso zu erfolgen hat, wie vor Einführung der elektrischen Beleuchtung am Kohlmarkte.

Nach längerer Debatte werden vorstehende Anträge angenommen.

(127, 128, 454, 1613, 1653, 1654, 3729, 6343 ex 1894.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert über Projecte für elektrische Bahnlinien im Wiener Gemeindegebiete und beantragt, nachstehenden Antrag des vom Stadtrathe eingesetzten Comités zu genehmigen:

Programm für die Herstellung eines Bahnnetzes mit elektrischem Betriebe im Gemeindegebiete von Wien.

I. Für die Stadt Wien soll ein Bahnnetz für elektrischen Betrieb nach folgenden Grundsätzen geschaffen werden:

1. Der directe Verkehr ist aus dem Innern des I. Bezirkes bis in die entfernten Stadtbezirke und Sommerfrischen zu ermöglichen.

Hiebei ist darauf Rücksicht zu nehmen, dass die neuen Bahnlinien möglichst nahe an entsprechenden, wichtigen Stationen der Stadtbahnlinie (Donaucanal-, Wienfluss-, Gürtel-, Vororte- und Donaustadtlinie) gelegt werden und dass dieselben auch zu den Bahnhöfen der Hauptbahnen führen.

Um dies zu erreichen und um den Verkehr nach jeder Richtung zu erleichtern, sind Radiallinien und Kreislinien anzulegen.

2. Der I. Bezirk ist entweder von zwei sich schneidenden Linien zu durchqueren oder mit geschlossenen oder offenen Ringen zu durchfahren.

3. Unter Berücksichtigung der im Absatz 1 enthaltenen Grundsätze ist insbesondere auf eine Linienführung

a) in den Prater und die Donaustadt,
b) nach dem Central-Friedhofe mit eventueller Fortsetzung nach Schwechat und Kaiser-Ebersdorf,
c) durch den X. Bezirk,
d) nach Penzing,
e) nach Ottakring,
f) nach Dornbach und Neuwaldegg,
g) nach Gersthof und Pötzleinsdorf,
h) nach Sievering und Grinzing

Bedacht zu nehmen.

4. Die Bahnlinien sind in dem vom Ring umschlossenen Gebiete der Inneren Stadt, sowie in den verkehrsreichen Straßen der anderen Bezirke unterirdisch (eventuell als Hochbahnen), in den übrigen Theilen der Bezirke im Straßenplanum, mit unterirdischer oder oberirdischer Stromzuführung und Stromleitung, zu projectieren.

5. Über die Wahl der Spurweite, der Krümmungs-Radien und der Gefällsverhältnisse haben die Projectanten Vorschläge zu erstatten, ebenso über die Art der Anlage der Stationen und über die Wagentypen. Normale Spurweite wird vorgezogen.

6. Die Ausführung kann in mehreren Bauperioden geschehen und hat der Projectant diesfalls Anträge zu stellen.

7. Der Verkehr ist im ganzen Stadtgebiete als ein einheitlicher zu gestalten, mit einem im Projecte anzugebenden Tarifsatze.

8. Der Projectant hat Vorschläge über die Dauer der Benützung des städtischen Grundes und über die Art und Höhe der hiefür an die Gemeinde zu leistenden Abgabe zu erstatten.

Hiebei ist das Heimfallsrecht an die Gemeinde Wien hinsichtlich der ganzen Anlage des elektrischen Bahnnetzes sammt Betriebs-Etablissements und Stromerzeugungs-Anlagen, sowie der Fahrbetriebsmittel in Aussicht zu nehmen.

9. Der Projectant hat die Art und Höhe der zu bietenden Sicherstellung anzugeben.

II. Die Gemeinde wird die einzureichenden Projecte prüfen und mit den Einreichern der zur Durchführung geeignet befundenen Projecte behufs Festsetzung eines Vertrages in weitere Verhandlung treten.

III. Die Gemeinde behält sich vor, die Concession für den Bau und den Betrieb von elektrischen Bahnen im ganzen Gemeindegebiete von Wien selbst zu erwerben.

Nach längerer Debatte beantragt Referent die Vertagung des Gegenstandes und Fortsetzung der Berathung in Anwesenheit des Bürgermeisters und des Baudirectors.

St.-R. Dr. Lueger stellt folgende Anträge:

a) Die Gemeinde wird die Concession für den Bau und den Betrieb von elektrischen Bahnen im ganzen Gemeindegebiete von Wien selbst erwerben und den Bau und Betrieb derselben in eigener Regie ausführen.

Um die Grundlagen für die Werbung der Concession zu gewinnen, wird ein Concurs mit drei Preisen ausgeschrieben, und als

1. Preis . . . . 10.000 fl.,
2. „ . . . . 5.000 fl.,
3. „ . . . . 3.000 fl. bestimmt.

Der Magistrat wird beauftragt, über die näheren Bestimmungen dieser Preisausschreibung baldigst Anträge zu stellen.

b) (Eventual-Antrag) I. Die Gemeinde wird die Concession für den Bau und den Betrieb von elektrischen Bahnen im ganzen Gemeindegebiete von Wien selbst erwerben.

II. Um die Grundlagen für die Werbung der Concession, sowie um Unternehmer für den Bau und Betrieb der elektrischen Bahnen zu erlangen, wird eine Offertverhandlung nach folgenden Grundsätzen ausgeschrieben.

(Es folgen nunmehr die Punkte I und II des vom Comité beantragten Programmes.)

III. Der Magistrat wird beauftragt, über die näheren Bestimmungen dieser Offertausschreibung baldigst Anträge zu stellen.

St.-R. Ritt. v. Neumann regt an, in den Anträgen Dr. Lueger statt „Bau und Betrieb" „Bau, eventuell Betrieb" zu setzen.

St.-R. Dr. Lueger erklärt sich hiemit einverstanden.

Bei der Abstimmung wird der Vertagungs-Antrag des Referenten angenommen.

(Schluss der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **6. Februar 1895.**

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: v. Götz, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Dr. Klotzberg, Kreindl, Dr. Lueger, Matthies, Mayer, Müller, Dr. Nechansky, v. Neumann, Schlechter, Schneiderhan, Stiaßny, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Bürgermeister Dr. Grübl.

Entschuldigt: St.-R. Dr. v. Billing, Dr. Lederer.
Krank: St.-R. Rückauf.
Beurlaubt: St.-R. Baugoin.
Experte: Baudirector Berger.
Schriftführer: Magistrats-Concipist H. Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung.

St.-R. Dr. v. Billing entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung, St.-R. Dr. Lederer von der heutigen und der am 7. d. M. vormittags stattfindenden Sitzung. (Zur Kenntnis.)

(127, 128, 454, 1613, 1653, 1654, 3729, 6843 ex 1894.)

St.-R. Dr. Hackenberg referiert über das Programm für die Herstellung eines Bahnnetzes mit elektrischem Betriebe im Gemeindegebiete von Wien. (Fortsetzung der Generaldebatte.)

Stadtbaudirector Berger beantragt, den Referenten-Antrag in folgender Weise zu modificieren:

I. Die Stadt Wien beabsichtigt die Ausführung eines Bahnnetzes für elektrischen Betrieb in Wien und wird die Concession für den Bau und Betrieb selbst erwerben.

II. Zur Erlangung von geeigneten Projecten im Zusammenhange mit Offerten für den Bau und den Betrieb dieser Bahnen wird ein allgemeiner Concurs mit einer Dauer von . . . . Monaten ausgeschrieben.

III. Bei der Verfassung der Projecte und Erstattung der zugehörigen Offerte haben folgende Grundsätze zu gelten (folgen die Punkte I, 1 bis 3 des Referenten-Antrages).

Im Punkte 4 des Referenten-Antrages ist das Wort „besonders" einzuschalten, so dass es heißt: „sowie in den besonders verkehrsreichen . . . ."

5. und 6. wie im Referenten-Antrage.

7. Der Verkehr ist im ganzen Stadtgebiete als ein einheitlicher zu gestalten mit einem im Offerte anzugebenden, unter bestimmten Voraussetzungen regulierbaren Tarifsatze.

8. Der Projectant, respective Unternehmer hat in seinem Offerte anzugeben, für welche Zeit er das Benützungsrecht des städtischen Grundes in Anspruch nimmt und in welcher Art und Höhe derselbe an die Gemeinde eine Abgabe zu leisten gewillt ist. Dabei ist festzuhalten, dass nach Ablauf der obenerwähnten Benützungsdauer die ganze Anlage des elektrischen Bahnnetzes, ob in städtischem oder anderem Grunde gelegen, sammt Betriebsetablissements und Stromerzeugungsanlagen, sowie der Fahrbetriebsmittel unentgeltlich in das freie Eigenthum der Gemeinde überzugehen hat.

9. wie im Referenten-Antrage, nur ist das Wort „Projectant" durch „Unternehmer" zu ersetzen.

IV. Die Gemeinde wird die einzureichenden Projecte und Offerte prüfen und mit den Einreichern der zur Durchführung geeignet befundenen Projecte und Offerte behufs Festsetzung eines Vertrages in weitere Verhandlung treten.

Der Referent accommodiert sich diesen Anträgen vorbehaltlich der Formulierung.

Über Antrag des St.-R. Schlechter wird die Generaldebatte geschlossen.

Der Antrag I des St.-R. Dr. Lueger, lautend:

„Die Gemeinde wird die Concession für den Bau und Betrieb von elektrischen Bahnen im gesammten Gemeindegebiete von Wien selbst erwerben und den Bau und Betrieb derselben in eigener Regie ausführen.

Um die Grundlagen für die Werbung der Concession zu gewinnen, wird ein Concurs mit 3 Preisen ausgeschrieben und als

erster Preis . . . 10.000 fl.
zweiter „ . . . 5.000 fl.
dritter „ . . . 3.000 fl. bestimmt.

Der Magistrat wird beauftragt, über die näheren Bestimmungen dieser Preisausschreibung baldigst Anträge zu stellen"

wird abgelehnt.

Es wird in die Specialdebatte eingegangen.

Referent beantragt:

„I. Die Gemeinde Wien beabsichtigt die Ausführung eines Bahnnetzes mit elektrischem Betriebe in Wien und wird die Concession für den Bau und Betrieb dieser Bahnen selbst erwerben."

St.-R. Dr. Lueger beantragt: Die Gemeinde Wien wird die Concession für den Bau und den Betrieb von elektrischen Bahnen im gesammten Gemeindegebiete von Wien selbst erwerben.

Der Bürgermeister beantragt die Einschaltung „im gesammten Gemeindegebiete von Wien" in den Referenten-Antrag.

Der Antrag des St.-R. Dr. Lueger wird zurückgezogen.

Der Referenten-Antrag mit der Einschaltung des Bürgermeisters wird angenommen.

II. Zur Erlangung von geeigneten Projecten im Zusammenhange mit Offerten für den Bau und Betrieb dieser Bahnen wird ein allgemeiner Concurs mit der Dauer von vier Monaten ausgeschrieben.

(Angenommen.)

III. Bei Verfassung der Projecte und Erstattung der zugehörigen Offerte haben folgende Grundsätze zu gelten.

St.-R. Dr. Lueger beantragt: Für diese Concursausschreibung haben folgende Grundsätze zu gelten.

Der Referent accommodiert sich diesem Antrage.

Modificierter Referenten-Antrag angenommen.

1. Der directe Verkehr ist aus dem Innern des I. Bezirkes bis in die entfernten Stadtbezirke und Sommerfrischen zu ermöglichen.

St.-R. Dr. Huber beantragt die Streichung: „und Sommerfrischen".

St.-R. Dr. Lueger beantragt: Der directe Verkehr ist aus der Inneren Stadt bis an die Grenzen des Gemeindegebietes, eventuell bis an die angrenzenden Sommerfrischen zu ermöglichen.

Referent accommodiert sich dem Antrage des St.-R. Dr. Huber.

St.-R. Wurm beantragt die ursprüngliche Formulierung des Referenten.

St.-R. Schlechter beantragt Schluss der Debatte.

(Angenommen.)

St.-R. Dr. Lueger zieht den zweiten Theil seines Antrages von „eventuell bis an die angrenzenden . . . ." zurück.

Der Antrag des St.-R. Dr. Lueger wird abgelehnt, der vom Referenten zuerst gestellte Antrag angenommen.

„Hiebei ist darauf Rücksicht zu nehmen, dass die neuen Bahnlinien möglichst nahe an entsprechenden, wichtigen Stationen der Stadtbahnlinie (Donaucanal-, Wienfluss-, Gürtel-, Vororte- und Donaustadtlinie) gelegt werden und dass dieselben auch zu den Bahnhöfen der Hauptbahnen führen.

Um dies zu erreichen und um den Verkehr nach jeder Richtung zu erleichtern, sind Radiallinien und Kreislinien anzulegen."

(Angenommen.)

2. Der I. Bezirk ist entweder von zwei sich schneidenden Linien zu durchqueren oder mit geschlossenen oder offenen Ringen zu durchfahren.

St.-R. Dr. Lueger beantragt: Für den I. Bezirk sind entweder zwei sich schneidende, den I. Bezirk durchquerende Linien oder offene und geschlossene Ringe zu projectieren.

Referenten-Antrag angenommen.

3. Unter Berücksichtigung der im Absatze 1 enthaltenen Grundsätze ist insbesondere auf eine Linienführung

a) in den Prater und die Donaustadt,
b) nach dem Central-Friedhofe mit eventueller Fortsetzung nach Schwechat und Kaiser-Ebersdorf,
c) durch den X. Bezirk,
d) nach Penzing,
e) nach Ottakring,
f) nach Dornbach und Neuwaldegg,
g) nach Gersthof und Pötzleinsdorf,
h) nach Sievering und Grinzing,

Bedacht zu nehmen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt die Streichung „nach Schwechat" ad a und regt die Fortsetzung der Linie Penzing an.

Der Referent beantragt ad d nach Penzing „mit der Fortsetzung nach Hütteldorf".

St.-R. Dr. Klotzberg beantragt ad f den Zusatz: „Salmannsdorf und Neustift a. W."

St.-R. Dr. Lueger beantragt ad e: „durch Ottakring bis zum Liebhartsthale".

Referent modificiert Punkt e: „durch Ottakring".

St.-R. Kreindl beantragt, eine Linie Heiligenstadt—Nussdorf zu beschließen.

Nach der Formulierung des Vorsitzenden werden die Linien wie folgt beschlossen:

a) in den Prater und in die Donaustadt,
b) nach dem Central-Friedhofe mit eventueller Fortsetzung nach Kaiser-Ebersdorf,
c) durch den X. Bezirk,
d) nach Penzing mit der Fortsetzung nach Hütteldorf,
e) durch Ottakring,
f) nach Dornbach und Neuwaldegg,
g) nach Gersthof und Pötzleinsdorf,
h) nach Neustift und Salmannsdorf,
i) nach Sievering und Grinzing,
k) nach Heiligenstadt und Nussdorf.

4. Die Bahnlinien sind in den vom Ring umschlossenen Gebiete der Inneren Stadt, sowie in den besonders verkehrsreichen Straßen der anderen Bezirke unterirdisch (eventuell als Hochbahnen), in den übrigen Theilen der Bezirke im Straßenplanum, mit unterirdischer oder oberirdischer Stromzuführung und Stromleitung, zu projectieren.

St.-R. Mayer beantragt, „eventuell unter Anwendung von Accumulatoren" einzuschalten.

Referenten-Antrag mit dem Zusatze des St.-R. Mayer angenommen.

5. Über die Wahl der Spurweite, der Krümmungsradien und der Gefällsverhältnisse haben die Projectanten Vorschläge zu erstatten; ebenso über die Art der Anlage der Stationen und über die Wagentypen. Normale Spurweite wird vorgezogen.

St.-R. Mayer beantragt, dass die normale Spurweite als Bedingung festgesetzt werde.

Antrag des St.-R. Mayer abgelehnt, Referenten-Antrag angenommen.

6. Die Ausführung kann in mehreren Bauperioden geschehen und hat der Projectant diesfalls Anträge zu stellen. (Angenommen.)

7. Der Verkehr ist im ganzen Stadtgebiete als ein einheitlicher zu gestalten, mit einem im Offerte anzugebenden unter bestimmten Voraussetzungen regulierbaren Tarifsatze.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, der Projectant hat einen Betriebsplan, sowie die von ihm in Aussicht genommenen Tarifsätze vorzulegen.

St.-R. Dr. Klotzberg beantragt, der Verkehr und der Tarifsatz wird im ganzen Stadtgebiete als einheitlich gehalten.

Die Anträge der St.-R. Dr. Lueger und Dr. Klotzberg abgelehnt.

Der Referenten-Antrag angenommen.

8. Der Projectant, resp. Unternehmer hat in seinem Offerte anzugeben, für welche Zeit er das Benützungsrecht des städt. Grundes in Anspruch nimmt und in welcher Art und Höhe derselbe an die Gemeinde eine Abgabe zu leisten gewillt ist. Dabei ist festzuhalten, dass nach Ablauf der eben erwähnten Benützungsdauer die ganze Anlage des elektrischen Bahnnetzes ob in städtischem oder anderen Grunde gelegen, sammt Betriebsetablissements und Stromerzeugungsanlagen, sowie der Fahrbetriebsmittel unentgeltlich in das freie Eigenthum der Gemeinde Wien überzugehen hat.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, statt Unternehmer „Offerent" zu setzen.

Der Referent ist hiemit einverstanden.

Weiters beantragt St.-R. Dr. Lueger der ..... hat anzugeben, auf welche Zeitdauer er den Betrieb übernehmen und welche Beträge er hiefür an die Gemeinde Wien entrichten will. Er hat hiebei in Betracht zu ziehen, daß die Gemeinde Wien die unentgeltliche Übernahme der ganzen Anlage des elektrischen Bahnnetzes sammt Betriebsetablissements und Stromerzeugungsanlagen, sowie der Fahrbetriebsmittel nach Ablauf der Zeit in Aussicht nimmt.

St.-R. Dr. Vogler beantragt, der Offerent hat Vorschläge über Zeitdauer des abzuschließenden Vertrages und über das an die Gemeinde Wien zu entrichtende Entgelt zu erstatten.

Referent beantragt, die Beschlussfassung über den Punkt 8 zu sistieren und die Formulierung desselben dem eingesetzten Comité vorzulegen. (Angenommen.)

9. Der Offerent hat die Art und Höhe der zu bietenden Sicherstellung anzugeben.

St.-R. Ritt. v. Neumann beantragt, die Projects- und Offertstellung ist auch für einzelne Linien zulässig; hiebei ist jedoch der Bezug zu dem anzustrebenden Gesammtnetze klarzustellen.

Der Antrag des St.-R. Ritt. v. Neumann wird abgelehnt; der Referenten-Antrag angenommen.

IV. die Gemeinde Wien wird die einzureichenden Projecte und Offerte prüfen und mit den Einreichern der zur Durchführung geeignet befundenen Projecte und Offerte behufs Vereinbarung eines Vertrages beziehungsweise Feststellung von Bestimmungen über die eventuelle Übernahme des Baues durch die Gemeinde oder Übernahme des Betriebes oder des Bahnnetzes sammt Zubuße oder beider zugleich vor Ablauf der vereinbarten Vertragsdauer ꝛc. in weitere Verhandlung treten.

Punkt IV wird gleichfalls dem Comité zugewiesen. desgleichen der Antrag des St.-R. Dr. Lueger: Der Magistrat wird beauftragt, über die näheren Bestimmungen dieser Offertausschreibung baldigst Anträge zu stellen.

(997.) **St.-R. Mayer** referiert über das Ansuchen des „Residenz-Club" um Überlassung des Cursalons für den 12. Februar 1895 zur Abhaltung eines Festes und beantragt die Genehmigung.

(Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionierung.

Borstenviehmarkt vom 12. und 14. Februar 1895.

1. Auftrieb

auf dem freien Markte:

Jungschweine	2968	Stück
Fettschweine	7403	„
Summa	10371	Stück

Angekauft wurden:

für Wien	8753	Stück
für das Land	1320	„
unverkauft blieben	298	„

2. Preisbewegung:

Jungschweine . von 36 bis 41 (—) kr.
Fettschweine . . „ 35 „ 40 (—) „ } per Kg. Lebendgewicht.

Der Geschäftsverkehr war ziemlich lebhaft und haben sich die vorwöchentlichen Preise an beiden Markttagen behauptet.

Pferdemarkt vom 12. Februar 1895.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 350 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 70—270 fl. per Stück.
„ Schlachtpferde . . . . . 20— 90 „ „ „

Der Markt war flau.

* * *

Stechviehmarkt vom 14. Februar 1895.

1. Auftrieb:

Kälber Waidner 3306, Kälber lebend 9, Lämmer Waidner 2169, Lämmer lebend —, Schafe Waidner 278, Schafe lebend 6747, Schweine Waidner 1831.

2. Preisbewegung

Kälber Waidner	per Kg.	von	42 (—)	bis	64 (66)	kr.
Kälber lebend	„ „	„	— (—)	„	44 (—)	„
Schweine Waidner	„ „	„	40 (—)	„	52 (—)	„
Schweine lebend junge . .	„ „	„	—	„	—	„
Schweine lebend fette . .	„ „	„	—	„	—	„
Lämmer Waidner	„ Paar	von	5	bis	12	fl.
Lämmer lebend	„ „	„	—	„	—	„
Schafe Waidner	„ Kg.	von	35 (—)	bis	48 (—)	kr.
Schafe lebend	„ „	„	22 (—)	„	32 (—)	„
Schafe lebend	„ Paar	von	11	bis	25	fl.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 288 Stück Kälber mehr zugeführt. Bei ruhigem Marktverlaufe sind die Preise von Primaqualitäten unverändert geblieben, während jene der mittleren und minderen Sorten 2 kr. per Kilogramm einbüßten.

Auf dem Schafmarkte wurden um 670 Stück Schafe mehr aufgetrieben. Die Kauflust war infolge ungünstiger Pariser Berichte flau und sind die Preise um 1 fl. per Paar gefallen.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 14. Februar 1895 186 Stück Mast- und 190 Stück Beinlvieh aufgetrieben und zu unveränderten Preisen des Montag-Hauptmarktes abgesetzt.

* * *

Bierpreise im Monate December 1894 und Jänner 1895.

En gros.

Abzug, Wiener I.	10	bis	11½°	fl.	8.50	bis	fl.	9.50
„ böhmisches, oberösterr. II. .	9	„	10°	„	8.50	„	„	8.75
Lager, Wiener	12	„	13°	„	13.—	„	„	14.—
Märzen, Wiener (Export) . . .	13	„	14½°	„	14.—	„	„	15.—
Böhmisches nach Pilsner Art . .	11	„	12°	„	15.—	„	„	16.50
Pilsner	11	„	12°	„	17.—	„	„	17.50
Bayrisches (importiert)	—	„	—	„	—.—	„	„	—.—

(Diese Preise verstehen sich franco Zustellung, incl. Verzehrungssteuer, netto Cassa, ohne jeden Sconto.)

En détail.

Abzug	12	bis	14	kr. per Liter	über die Gasse,
„	12	„	16	„ „ „	im Locale,
Lager und Märzen	20	„	30	„ „ „	über die Gasse,
„ „ „	26	„	32	„ „ „	im Locale,
Böhmisches (Pilsner)	—	„	—	„ „ „	
Bayrisches (importiert)	—	„	—	„ „ „	

Flaschenbier-Preise.

Abzug in Flaschen zu ½ Liter	per Liter	11	bis	14	kr.
Lager „ „ „ „	„ „	18	„	24	„
Pilsner „ „ „ „	„ „	24	„	30	„

Armen-Angelegenheiten.

Standesbewegung der Pfründner der Wiener städtischen Versorgungs-Anstalten im Jahre 1894.

Tabelle I.

Versorgungs-Anstalt	Zuwachs									Abgang											
	neu aufgenommen			anher übersetzt			Zusammen			durch Entlassung			gestorben			versetzt			Zusammen		
	Männer	Weiber	Zusammen	Männer	Weiber	Zusammen	Männer	Weiber	Zusammen	Männer	Weiber	Zusammen	Männer	Weiber	Zusammen	Männer	Weiber	Zusammen	Männer	Weiber	Zusammen
Wien	1079	1107	2186	36	45	81	1115	1152	2267	486	496	982	257	340	597	324	256	580	1067	1092	2159
Mauerbach . .	21	16	37	119	79	198	140	95	235	100	43	143	32	22	54	34	31	65	166	96	262
St. Andrä a. d. Tr.	4	2	6	104	60	164	108	62	170	52	15	67	21	26	47	14	14	28	87	55	142
Ybbs	13	11	24	94	97	191	107	108	215	52	31	83	52	61	113	11	17	28	115	109	224
Liesing	27	27	54	43	56	99	70	83	153	20	34	54	38	49	87	12	24	36	70	107	177
Summe .	1144	1163	2307	396	337	733	1540	1500	3040	710	619	1329	400	498	898	395	342	737	1505	1459	2964

Tabelle II.

Versorgungs-Anstalt	Anfänglicher Stand			Zuwachs			Zusammen			Abgang			Stand mit Ende des Jahres 1894		
	Männer	Weiber	Zusammen	Männer	Weiber	Zusammen	Männer	Weiber	Zusammen	Männer	Weiber	Zusammen	Männer	Weiber	Zusammen
Wien	596	843	1439	1115	1152	2267	1711	1995	3706	1067	1092	2159	644	903	1547
Mauerbach . .	256	285	541	140	95	235	396	380	776	166	96	262	230	284	514
St. Andrä a. d. Tr.	123	149	272	108	62	170	231	211	442	87	55	142	144	156	300
Ybbs	259	405	664	107	108	215	366	513	879	115	109	224	251	404	655
Liesing	301	501	802	70	83	153	371	584	955	70	107	177	301	477	778
Summe .	1535	2183	3718	1540	1500	3040	3075	3683	6758	1505	1459	2964	1570	2224	3794

Gewerbe-Angelegenheiten.

(Genossenschaft der Glaser, Glashändler und Glasschleifer.) Bei der am 7. Februar d. J. unter Intervention des Genossenschafts-Commissärs Magistrats-Secretärs Hulka vorgenommenen Wahl wurde Herr Leopold Augustin, Glaser, IV. Bezirk, Schleifmühlgasse Nr. 5, zum Vorsteher, und Herr Karl Glößl, Glaser, VI. Bezirk, Gumpendorferstraße Nr. 113, zum Vorsteher-Stellvertreter der Genossenschaft der Glaser, Glashändler und Glasschleifer gewählt.

* * *

Ausweis über das Lehrlingsstellen-Nachweiseamt des Wiener Magistrates.

Vom 1. bis 31. Jänner 1895:

Meisteranmeldungen 26
Lehrlingsanmeldungen 25
Vermittlungen 6

Seit dem Bestande des Lehrlingsstellen-Nachweiseamtes (d. i. seit 2. Mai 1888):

Meisteranmeldungen 4917
Lehrlingsanmeldungen 5367
Vermittlungen 2429

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 11. Februar bis 14. Februar 1895:

Für Neubauten:

II. Bezirk: Haus, Vorgartenstraße, Grundb.-Einl. 3076, von Mich. Hoffinger, II., Erzherzog Karlplatz 19, Bauführer R. Reichelt (799).
„ „ Haus, Stephaniestraße 10, von Josef Hörandner, IX., Mariannengasse 32, Bauführer J. Freitag (795).
VIII. Bezirk: Haus, Langeg. 12, von Franz Neumann, Baumeister (788).
XVIII. Bezirk: Haus, Gentzgasse 23, Einl.-Z. 157, von Eduard Berger, ebenda, Bauführer Leop. Klima, Stadtbaumeister (4329).

Für Zubauten:

II. Bezirk: Hoftract, Klosterneuburgerstraße 12, von Johann und Josefine Soltesz, Bauführer Johann Leitner (782).
XIII. Bezirk: Zubau und Adaptierung, Hustergasse 3, von Frz. Unzeitig, Bauführer J. Mayer, Maurermeister (4572).
XVIII. Bezirk: Seitentract, Ecke der Schindlergasse und Hauptstraße, von Paul Oberst, Maurermeister, XVIII., Neuwaldeggerstraße 28 (4342).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Lazzenhof 1, von Dr. Johann Krickl, Bauführer Chr. Binder (747).
„ „ Sonnenfelsgasse 17, von Arthur Ritt. v. Holl-Stahlberg, VII., Schottenfeldgasse 36, Bauführer Josef Frosch (761).
II. Bezirk: Franzensbrückenstraße 6, von Johann Kreutzer, Maurermeister (792).
IV. Bezirk: Schleifmühlgasse 9, von Anton Angerer, Bauführer Ad. Hofbauer (777).
VII. Bezirk: Siebensterngasse 24, von Johann Bachl, Bauführer Franz Mayr (760).
VIII. Bezirk: Wickenburggasse 9, von Ed. Frauenfeld & Berghof, Baumeister (755).
IX. Bezirk: Porzellangasse 60, von Franz Klein, Baumeister (785).
XII. Bezirk: Hauptstraße 32, von Katharina Oberndorfer, Bauführer Hartl (3785).
XVII. Bezirk: Haslingergasse 23, von Leopold Kautzinger, ebenda, Bauführer August Schlesak (5692).

Gesuche um Parcellierung wurden überreicht:

XIII. Bezirk: Breitensee, Grundb.-Einl. 347, von Karl und Katharina Pirgmayer, X., Himbergerstraße 31 (746).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

II. Bezirk: Vorgartenstraße, Grundb.-Einl. 3076, von Mich. Hoffinger, II., Erzherzog Karlplatz 19 (778).
VII. Bezirk: Seidengasse 27, von Karl und Karoline Ritter, VII., Seidengasse 13 (783).
IX. Bezirk: Hahngasse 6, von Franz Hutter (741).
XII. Bezirk: Einl.-Z. 788, C.-Z. 112/67, Schönbrunnerstraße 110, von Ferdinand Scheuner (3855).
XVII. Bezirk: Baugrund, Ecke der Maißen- und Rosensteingasse, von Ferdinand Bittermann (5544).

Demolierungsanzeigen wurden überreicht:

II. Bezirk: Stephaniestraße 10, von Josef Hörandner, IX., Mariannengasse 32 (770).
VII. Bezirk: Kaiserstraße, von Anton Haunzwickl, Maurermeister (762).
„ „ Neustiftgasse 135, von Franz Popp, VII., Halbgasse 26 (764).
„ „ Spittelberggasse 34, von H. F. Lederer & A. Schweinburg (775).
VIII. Bezirk: Kochgasse 6, von Alfred Schmeer, XVI., Payerg. 1 (748).
„ „ Langegasse 12, von Franz Neumann, Baumeister (756).
„ „ Langegasse 14, von Adolf Zwekina, Baumeister (759).
IX. Bezirk: Lazarethgasse 10, von Rudolf Hörandner, XVII., Pezzlgasse 53 (769).
„ „ Pfluggasse 6, von Alfred Schmeer, XVI., Payerg. 1 (748).
XI. Bezirk: Hauptstraße 99, von Anton Kurz, XI., Hauptstr. 69 (2541).
XVIII. Bezirk: Gentzgasse 23, von Leopold Klima, Stadtbaumeister, IX., Sechsschimmelgasse 9 (4330).

Gewerbeanmeldungen vom 8. Februar 1895.

Engelhardt Hugo — Anstreicher — VI., Mittelgasse 29.
Zantsch Ferdinand — Anstreicher und Lackierer — XII., Ruckergasse 30.
Bösze Ludwig — Bäcker — XVIII., Schoppenhauerstraße 21.
Knoll Josef — Bildhauer — XIX., Sickenberggasse 9.
Bličkovsky Ignaz — Bürstenbinder — I., Naglergasse 2.
Baumgarten Emanuel — Commissionswaren-Verschleiß in verschiedenen Artikeln — IX., Servitengasse 19.
Rückauf Franz jun. — Einspänner — XIV., Rustengasse 9.
Erste Productiv-Genossenschaft der Wiener Kistentischler, registrierte Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung — Erzeugung und Weiterveräußerung von Kisten und allen in das Fach der Tischler einschlagenden Gegenständen — VI., Kasernengasse 14.
Massarek Julius — Erzeugung gebrannter geistiger Getränke auf kaltem Wege und Handel mit denselben in verschlossenen Gefäßen — II., Blumauergasse 24.
Wagner Josef — Fabrik für Holzindustrie — V., Straußengasse 22.
Frauenberger Marie Anna — Fiakerlicenz Nr. 544 — III., Hauptstraße bei der „goldenen Birne".
Kirchmayr Johann — Gastwirt — XIII., Hollergasse 45.
Krestan Wenzel — Gastwirt — XIII., Siebeneichengasse 14.
Andeslinger Mathilde — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Fuchsthalergasse 4.
Bielsky Ludmilla — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Alseggerstraße 23.
Bleier Therese — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Untere Donaustr. 25.
Eicher Elisabeth — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Lazarethgasse 30.
Emperer Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Mariahilferstr. 61.
Gottlieb Karoline — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Klosterneuburgerstraße 32.
Körber Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Erzherzog Karlplatz 15.
Kohl Leib — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Rögergasse 29.
Kollnberger Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Pappenheimgasse 47.
Pflaum Hermine — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Josefstädterstraße 91.
Pisling Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Köllnerhofgasse 3.
Steiner Laurenz — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Stillfriedplatz 1.
Weiß Isidor — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Jägerstraße 18.
Kral Ferdinand — Hadernhandel — XV., Zinkgasse 23.
Fischer Bernhard — Handelsagentie in Weinen — I., Giselastraße 1.
Rosenbaum Katharina — Handel mit gebrannten geistigen Getränken in verschlossenen Gefäßen — II., Rembrandtstraße 41.
Weiler Jakob — Handel mit gebrannten geistigen Getränken in verschlossenen Gefäßen — II., Darwingasse 27.
Raskin Leib, Schereschewsky David, Schereschewsky Jakob Hirsch — Handel mit Rauh- und Pelzwaren — VII., Mariahilferstraße 80.
Panesch Johann Nep. — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Österr. illustrierte Familienblätter Vindobona" — IX., Türkenstraße 25.
Reichel Ferdinand — Herausgeber der periodischen Druckschrift „Ceramischer Centralanzeiger" — VIII., Lenaugasse 11.
Kelner Josef — Claviaturmacher — V., Diehlgasse 23.
Marschal Adalbert — Herrenkleidermacher — XV., Wurzbachgasse 22.
Mayer Franz — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — II., Pillersdorfergasse 9.
Schenkirik Anna — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — X., Wielandgasse 20.
Zickbauer Karl — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen ꝛc. — XVI., Hubergasse 14.
Tausz Heinrich — Krankentransport mit eigenen Transportmitteln — VIII., Schlösselgasse 24.
Puchinger Anna — Marktvictualienhandel — I., Hoher Markt.
Sturm Theresia — Metalldrechsler — VII., Hermanngasse 33.
Friedrich Anton — Milchmeier — VI., Garbergasse 18.
Kollnberger Johann — Milchmeier — II., Pappenheimgasse 47.
Marcher Marie — Milchmeierei — XII., Murlingengasse 44.
Swoboda Josefine — Modistin — VI., Mariahilferstraße 35.
Pollak Marie — Musikergewerbe auf Bestellung — XVI., Gaullachergasse 41.
Brummer Martin — Nutzviehhandel — XIII., Hirmiangasse 19.
Bürgl Leopoldine — Pfaidlergewerbe — XV., Schönbrunnerstraße 23.
Koutny Karl — Schuhmacher — II., Schweidlgasse 4.
Plaß Vincenz — Spengler — IX., Bleichergasse 1.
Subal Ida — Spirituosen-Verschleiß in handelsüblich verschlossenen Gebinden und Flaschen — IX., Wiesengasse 2.
Malaschinsky Josefa — Verschleiß von Canditen und Zuckerbäckereien — VI., Magdalenenstraße 13.
Wengersky Bertha — Verschleiß von Schmiergelwaren — VII., Ziegergasse 74.
Rehberger Rosa — Victualien-Verschleiß — II., Springergasse 18.
Scholz Gertrud — Victualienhandel — XVIII., Anastasius Grüng. 13.
Wiener Kohlen-Consumverein, registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung — Kohlenhandel — VI., Mollardgasse 30.
Leiß Alois — Wildbret- und Geflügel-Verschleiß — XVI., Markt in der Brunnengasse.
Hickel Antonia — Wirkwaren-Verschleiß — VII., Stuckgasse 12.
Simicsek Adolf — Zimmermeister — II., Taborstraße 101.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 9. Februar 1895.

Sieghart Wilhelm — Agentiegewerbe — XVII., Geblergasse 42.
Wiener Emilie — Agentur in Woll- und Filzhüten — VII., Kaiserstraße 43.
Hartmann Rosine — Bäckergewerbe — XI., Hauptstraße 58.
Jung Josef — Bäcker — VII., Stuckgasse 6.
Doret Leo — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse.
Herzfeld Paul — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse.
Horowitz Samuel — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse.
Kuhn Josef — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse.
Lederer August — Commissionshandel mit Spiritus und Melasse — I., Bartensteingasse 8.
Auffesser Ignaz — Commissions-Verschleiß von Silberwaren — II., Taborstraße 9.
Löber Marie — Commissionswaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfelderstraße 15.
Schwarz Johann — Drechsler — XVII., Weißgasse 1.
Bahnik Katharina — Feilbieten von Obst- und Grünwaren im Umherziehen — XVII., Weidmanngasse 29.
Kaiser Marie — Feinputzerei — XIII., Linzerstraße 69.
Allerhand Adolf — Fleisch-Verschleiß — II., Große Sperlgasse 8.
Kohn Samuel — Fleisch-Verschleiß — XIV., Schönbrunnerstraße 61.
Schulz Michael — Fleischhauer — VIII., Alserstraße 67.
Stern Hermann — Fleischselcher — II., Rothen Sterngasse 12.

Schönbeck Karl — Fouragehandel — III., Lorbeergasse 12.
Seipl Antonia — Fransenknüpfergewerbe — XIV., Karolinengasse 1.
Kaiser Antonie — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Blutgasse 9.
Klamper Jakob — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Kriechbaumgasse 31.
Korntner Theresia — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Friedmannsgasse 24.
Lettner Elisabeth — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Kl. Pfarrgasse 28.
Lischke Moriz — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Gr. Stadtgutgasse 29.
Poschinger Anton — Gold- und Silberarbeiter — VII., Burggasse 36.
Buha Karl — Graveurgewerbe — VII., Neubaugasse 51.
Augusti Karoline — Handel mit Obstmost in handelsüblich verschlossenen Gefäßen — XIII., Fenzlgasse 29.
Jülke Gustav — Handel mit Tapeziernägeln — XIII., Bahnhofstr. 9.
Frick Franz — Hausadministrator — III., Obere Weißgärberstraße 14.
Soukup Josef — Herrenkleidermacher — VII., Zieglergasse 81.
Zikrit Johann — Herrenkleidermacher — III., Barichgasse 30.
Bobal Aloisia — Holz- und Kohlenhändlerin — IV., Hauptstraße 51.
Rosenmayer Stefan — Holz- und Kohlen-Verschleiß — XVII., Geblerg. 9.
Seisl Johann — Kleinfuhrwerksgewerbe — XVIII., Staudgasse 36.
Daimel Johann — Kleinhandel mit Kohlen, Brennholz ꝛc. — XVI., Hasnerstraße 47.
Schmidt Johann — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — XVIII., Schöffelgasse 36.
Schönbeck Karl — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — III., Lorbeergasse 12.
Novotny Josef — Milchhandel — XVII., Vollbadgasse 3.
Koster Anna — Modistin — VII., Mariahilferstraße 98.
Stepper Rosa — Naturblumenhandel — III., Hauptstraße 84.
Schall Hersch Israel, Schall Elias — Nürnbergerwarenhandel — VIII., Laudongasse 6.
Szojak Stefan — Pfaidler — XI., Hauptstraße 37.
Hauer Franz — Schuhmacher — XV., Henriettenplatz 7.
Huschak Ludwig — Schuhmacher — VII., Neustiftgasse 54.
Ramsl Karl — Schuhmacher — III., Pragerstraße 14.
Hofinger Johann — Selchwaren-Verschleiß — XVIII., Schopenhauerstraße 15.
Neubauer Anna — Selchwaren-Verschleiß — III., Obere Weißgärberstraße 24.
Dieringer Johann — Tapezierergewerbe — XI., Hauptstraße 1.
Feldstein Julius — Tischler — II., Blumauergasse 18.
Szalay Ludwig — Tischler — XIV., Schweglerstraße 15.
Zelenka Franz — Tischler — XIV., Geibelgasse 13.
Bulius Michael — Vergolder — VIII., Piaristengasse 20.
Fock Johann — Verschleiß von Fahrrädern — II., Novaragasse 49.
Müller Siegmund — Verschleiß von Papierwaren — II., Brigittenauerlände 34.
Homolka Jakob — Victualienhandel — XVII., Calvarienberggasse 25.
Kolniak Johann — Wagenlackierer — XI., Hauptstraße 116.
Polliczer Josefa — Weißnäherin — II., Miesbachgasse 10.
Anjezdsky Wenzel — Wirt — VIII., Strozzigasse 22.
Arnoldo Peter — Zuckerbäcker — VII., Neustiftgasse 39.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 11. Februar 1895.

Ferdl Anton — Christbaum-Verschleiß — II., Karmelitermarkt.
Janz Therese — Christbaum-Verschleiß — II., Karmelitermarkt.
Scholz Karl — Erzeugung von Tinte — II., Rueppgasse 2.
Stempfl Josef — Fleischselcher — XI., Hauptstraße 86.
Bilzer Natalie — Friseurgewerbe — IX., Salzergasse 14.
Fillipsky Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Miesbachgasse 27.
Herrmann Karl Adolf — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Märzstr. 40.
Kohn Adolf — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Margarethenstraße 34.
Mahner Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Mayergasse 14.
Schwartz Paul Emil — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Kopernikusg. 1.
Lützow Leo v. — Herausgeber der Druckschrift „Centralorgan der Portiere und Hausbesorger Wiens" — IV., Hechtengasse 2.
Nowak Ignaz — Hutmachergewerbe — XV., Neubaugürtel 34.
Wallner Katharina — Kaffeesiederin — XV., Neubaugürtel 35.
Maislik Friedrich — Herrenkleidermacher — IV., Hauptstraße 21.
Martinek Johann — Herrenkleidermacher — IV., Mayerhofgasse 18.
Buchinger Marie — Klein-Verschleiß von Holz im Umherziehen — IX., Wiesengasse 3.
Jackel Emilie — Marktvictualienhandel — IV., Phorushalle, Parc. 87.
Friedrich Theodor — Milch- und Gebäck-Verschleiß — IX., Porzellangasse 58.
Posch Josefa — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVIII., Klosterg. 19.
Pisk Cäcilie — Modistin — III., Radetzkystraße 8.
Elsner Karoline — Pfaidlerin — VI., Mariahilferstraße 97.
Kupka Paula — Pfaidlerin — VI., Sandwirtgasse 21.
Schanderl Barbara — Pfaidlerin — XVIII., Martinsstraße 39.
Weißkirchner Pauline — Privatlehranstalt für Maßnehmen, Schnittzeichnen und Kleidermachen — IV., Igelgasse 2.
Verhonig Heinrich — Schlossergewerbe — IV., Favoritenstraße 25.
Nečas Georg — Schuhmacher — IV., Weyringergasse 15.
Karner Marie — Selchwaren-Verschleiß — XIII., Penzingerstraße 44.
Mayer Regine — Selchwaren-Verschleiß — II., Untere Augartenstr. 1.
Staudinger Johann — Speditionsgewerbe — XVII., Bergsteiggasse 33.
Nagl Leopold — Stadtträger Nr. 10 — I., Kärnthnerstraße, beim Hotel Meißl.
Piechi Carlo — Strohhut- und Hutformen-Erzeugung — IV., Margarethenstraße 12.
Fattinger Johann — Thierfutterhandel — IV., Resselgasse 5.
Wagner Theodor — Tischler — XIV., Rauchfangkehrergasse 17.
Baumann Josef — Uhrmacher — IV., Margarethenstraße 45.
Selinger Karl — Verschleiß von Bier und Wein in handelsüblich verschlossenen Gefäßen — IV., Floragasse 10.
Danyek Marie — Verschleiß von Grünwaren — IX., Bleichergasse 8.
Spielmann Wilhelm — Verschleiß von Perlmutterknöpfen — XVII., Ottakringerstraße 92.
Forell Bertha — Verschleiß von Schnittwaren — II., Scholzgasse 4.
Schneider Emilie — Verschleiß von Stroh- und Filzhüten — II., Taborstraße 14.
Epp Anton — Verschleiß von Wein und Obstmost in handelsüblich verschlossenen Gefäßen — XIII., Jheringgasse 31.
Böhm Nathan — Verschleiß von Wein und Spirituosen in handelsüblich verschlossenen Gefäßen — IV., Favoritenstraße 20.
Kupka Johanna — Victualienhandel — II., K. k. Prater, Hütte 144.
Mikowitsch Agnes — Victualien-Verschleiß — II., Karmelitermarkt.
Völkl Leopold — Weinschank — IV., Heugasse 62.
Greipel Alois — Wirt — VI., Wallgasse 25.
Fischer Josefine — Zeitungs-Verschleiß — IX., Ackergasse 1.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 12. Februar 1895.

Chwojka Josef — Anstreicher — XVI., Rückertgasse 34.
Dorn Georg — Bäcker — XIV., Sechshauserstraße 3.
Grünwald Adolf, Grünwald Helene — Bank- und Commissionsgeschäft — I., Kärnthnerring 2.
Kraus Karoline — Brantweinschank — XII., Miesbachgasse 23.
Morengel Johann — Brantwein-Kleinverschleiß — XIII., Altgasse 21.
Reith Georg — Concession zum Halten und zum Betriebe einer Handtiegeldruckpresse und zweier Tiegeldrucktrittpressen — X., Columbusgasse 2.
Hohlberger Johann — Drechsler — XVI., Lienfeldergasse 48.
Engel Andreas — Einspänner — I., Freyung.
Engel Andreas jun. — Einspänner (Lic.-Nr. 193, 1286) — I., Bellaria.
Kainrad Susanna — Einspännergewerbe (Lic.-Nr. 626) — IX., Nussdorferstraße.
Gratzer Josef — Fleisch-Verschleiß — II., Wallensteinstraße 50.
Ecker Anna — Gastwirtsgewerbe — XV., Turnergasse 23.
Flößler Balthasar — Gast- und Schankgewerbe — XII., Ferdinandsgasse 19.
Harold Heinrich — Gast- und Schankgewerbe — XIX., Zahnradbahnstraße 38.
Schöll Karl — Gast- und Schankgewerbe — XIX., Greinergasse 31.
Spatz Martin — Gastwirt — XVI., Neulerchenfelderstraße 17.
Stuiber Georg — Gast- und Schankgewerbe — XIX., Heiligenstädterstraße 127.
Krámar Johann — Gelbgießer — XVI., Wurlitzergasse 33.
Bajer Antonia — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Gellertplatz 4.
Frankmann Moses — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfelderstraße 42.
Schmidt Robert — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Haslingerg. 26.
Zimmerl Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Thaliastraße 64.
Drapal Rosine — Glasergewerbe — XI., Hauptstraße 125.
Fuhrmann Anton — Großfuhrwerk — XIII., Lainzerstraße 404.
Scheinberger Emanuel — Handelsagentie — XIX., Billrothstraße 55.
Singer Arnold — Handelsagentie in Tuch — II., Taborstraße 22.
Kadrnoska Alois — Handel mit Fouragewaren — III., Hainburgerstraße 36.
Schiffmann Jossel — Handel mit gebrannten geistigen Getränken in verschlossenen Gefäßen — II., Rauscherstraße 17.
Nidetzky Johann, Wagner Wenzel Wilhelm — Handel mit Wachs- und Ledertuch, Fußtapeten und Linoleum — I., Hoher Markt.
Kohn Adolf Leopold — Holzhandel — I., Schottenring 30.
Eisner Josef — Kaffeebrennerei — XVI., Grundsteingasse 6.
Meitsky Nikolaus Johann — Herrenkleidermacher — VIII., Lerchenfelderstraße 38.
Nowak Josef — Kleidermacher — XVI., Reichartsgasse 6.
Hartl Christine — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks ꝛc. — XIII., St. Veitgasse 64.
Zidek Alois — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — I., Tuchlauben 18.
Partl Josef — Marktfahrer — XIV., Braunhirschengasse 16.
Fröhlich Wendelin — Messerschmied — IX., Währingerstraße 24.
Böse Marie Elisabeth — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVIII., Martinsstraße 87.
Lehner Leopold jun. — Milchmeier — XVII., Schumanngasse 88.
Meyer Katharina — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVIII., Kutschkergasse 42.
Poltrum Marie — Milch-Verschleiß — XIV., Sigmundsgasse 2.

Putz Johann — Milch-Verschleiß — XVIII., Weinhauserstraße 112.
Hackel Rudolf Josef — Musiker, Veranstaltung von Instrumental-Productionen mit einem aus 15 bis 20 Mann bestehenden Orchester — XV., Dingelstedtgasse 9.
Trnka Franz — Obst- und Grünwaren-Verschleiß — XVI., Herbststraße 37.
Hauser Josef — Optiker — XVI., Neulerchenfelderstraße 42.
Hrnčiř Franz — Parfümeriewaren-Verschleiß — I., Wollzeile 5.
Poskočil Katharina — Pfaidlerin — XVIII., Mitterberggasse 19.
Wöginger Rosa — Pfaidlergewerbe — XVI., Lindauergasse 38.
Lederer Simon — Pferdehandel — XVI., Yppengasse 1.
Neurath Wilhelmine — Privat-Schreibschule für Erwachsene — I., Franz Josefskai 25.
Chocholous Karl — Schneider — XVIII., Czermakgasse 20.
Hampeis Vincenz — Schuhmacher — XIV., Goldschlagstraße 47.
Heinze Karl — Schuhmacher — XVIII., Hildebrandgasse 24.
Wimmer Johann — Schuhmacher — IX., Liechtensteinstraße 81.
Zikmund Franz — Schuhmacher — IX., Strohedgasse 6.
Melchior Raphael — Spirituosen-Erzeugung auf kaltem Wege — X., Angeligasse 54.
Bauer Chaim — Stadtträger (Lic.-Nr. 395) — II., Asperngasse.
Goldfinger Moses — Stadtträger (Lic.-Nr. 672) — I., Börsegasse, Ecke der Werderthorgasse.
Kohn Jakob — Stadtträger (Lic.-Nr. 237) — I., Wildpretmarkt.
Schwarzbart Juer — Stadtträger (Lic.-Nr. 263) — I., Kärnthnerstraße, Ecke der Friedrichsstraße.
Mattes Matthias — Verabreichung von Speisen aus Pferdefleisch — II., Am Tabor 30.
Scheithauer Anton jun. — Verkauf von Gebet-, Schulbüchern und Kalendern — XI., Hauptstraße 33.
Behatschek Marie — Verschleiß von Pferdefleisch und Pferdefleischselchwaren — II., Tandelmarktgasse 2.
Bittmann Agnes — Verschleiß von Schulbüchern, Kalendern, Gebetbüchern und Heiligenbildern — XVI., Panikengasse 18.
Steinhauser Marie — Verschleiß von Schul-, Gebetbüchern, Kalendern und Heiligenbildern — XVI., Arltgasse 54.
Käfer Ruppert — Verschleiß von Zuckerwaren — VIII., Skodagasse 2.
Eder Katharina — Victualien-Verschleiß — XVI., Habertgasse 45.
Prokop Marie — Wäscherin — XVIII., Eduardgasse 4.
Weber Karl — Weinschank und Verabreichung kalter Speisen — I., Singerstraße 12.
Storch Leopold — Zuckerbäcker — III., Fasangasse 22.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 13. Februar 1895.

Dr. Kaufann Felix — Advocatie — I., Tuchlauben 19.
Dr. Reis Emanuel — Advocatie — I., Maria Theresienstraße 30.
Weiß Moriz — Agentie in Kurz- und Nürnbergerwaren — IX., D'Orsaygasse 7.
Ehrenfeld Hermann — Betrieb von Börsengeschäften — I., Wiener Effectenbörse.
Löwy Josef — Betrieb einer Kupferdruckpresse — I., Weihburggasse 31.
Schimmerling Josef — Betrieb einer Maskenleihanstalt — I., Tiefer Graben 38.
Holub Franz — Bestellter auf dem Central-Viehmarkte — III., Central-Viehmarkt.
Weiß Moriz — Commissions-Verschleiß in Galanterie- und Nürnbergerwaren — IX., D'Orsaygasse 7.
Lorenz Adolf — Einspänner Lic. 1102 — I., Seilerstätte.
Aneracher Emilie — Fleisch-Verschleiß — XIV., Diefenbachgasse 4.
Mayer Isaak — Fleischhauer — III., Großmarkthalle.
Stolin Josef — Friseur — XIV., Märzstraße 46.
Eder Petrus — Frucht- und Viehfutter-Verschleiß — XVII., Wichtelg. 51.
Szekepp Marie — Gas- und Wassereinleitung — XVII., Calvarienbergasse 56.
Groiß Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Alserstraße 59.
Leiß Martin — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Lienfeldergasse 11.
Mňechura Anton — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Laxenburgerstr. 46.
Nidetzky Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Kutschkergasse 40.
Scholz Max — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Lederergasse 5.
Steinacher Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Tiefer Graben 25.
Pawlick Hermine — Geschirrhandel — XVII., Hauptstraße 31.
Lott Löbl — Gewerbsmäßige Wohnungsvermietung an Aftermieter gegen Kündigung — I., Salzgries 15.
Bondi Max — Handelsagentie in Kurzwaren und Nürnbergerwaren — IX., D'Orsaygasse 7.
Sager Franz — Handelsagentie — XV., Robert Hamerlinggasse 5.
Libkowitz Wilhelm — Handel mit Fahrrädern — I., Seilerstätte 17.
Schamberg Egmont — Herausgeber der periodischen Druckschrift „Wiener Kunst" — I., Fleischmarkt 12.
Bruha Josef — Herrenkleidermacher — XVII., Horneckgasse 7.
Pistek Franz — Kleidermacher — XVI., Thaliastraße 31.
Böhm Anna — Kleinhandel mit Holz und Kohlen — XIV., Arnsteingasse 20.
Kučera Lorenz — Krägen- und Manchetten-Näherei — XVI., Koppstr. 60.
Glöckl Josefine — Marktvictualienhändlerin — XIV., Am Markt in der Schwendergasse.
Arnold Anna — Milch-Verschleiß — XVIII., Türkenschanzstraße 7.
Fraiß Anna — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVI., Wattgasse 43.
Strasil Jakob — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVIII., Schumanngasse 28.
Urbisch Franz Josef — Musiker — XVII., Dornbacherstraße 106.
Makovics Daniel — Obst- und Grünwarenhandel — XVIII., Czermakg. 7.
Rojko Anna — Obst- und Grünwaren-Verschleiß — XVI., Gaullachergasse 30.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Seite

Gemeinderath:
Sitzung des Gemeinderathes 363

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 12. Februar 1895.

Inhalt:

Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Entschuldigung der Gem.-Räthe Schneiderhan, Dehm und v. Stummer wegen Fernbleibens 363
2. Spende eines Ungenanntfeinwollenden 363
3. Spende des Realitätenbesitzers Adolf Schluck (Bild) 363
4. Spende des Eislaufplatzbesitzers Hans Bodensteiner 363
5. Verzichtleistung des Gem.-Rathes Billicus auf sein Mandat als Gemeinderath 363
6. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Eigner, betreffend die Verwendung von 10mm Bleiröhren bei Hauswasserleitungen 363
7. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Tagleicht, betreffend seinen Antrag auf Befreiung der Sicherheitswachmänner von der allgemeinen Militärdienstleistung auf die Dauer ihrer Dienstzeit bei der Sicherheitswache 364

Einlauf:
8. Petition von Pächtern von Bürgerspitalfondsgründen im XI. Bezirke um Abänderung des Gemeinderaths-Beschlusses vom 25. Jänner d. J., betreffend die Verlegung der städtischen Baumschule (überreicht durch Gem.-Rath Bärtl) 364

Interpellationen:
9. Gem.-Rath Hawranek, betreffend die Anbringung von Placaten an der Außenseite der Detailmarkthalle in der Stadiongasse . . 365
10. Gem.-Rath Sauerborn, betreffend angebliche Incorrectheiten beim Abwägen einer Fuhre Heu bei der öffentlichen Wage im X. Bezirke, Eugenplatz 365
11. Gem.-Rath Maresch, betreffend den Competenzconflict zwischen Bezirksschulrath und Stadtrath wegen der Berechtigung zur Gewährung von Aushilfen u. dgl. an Lehrpersonen 365

Referate:
12. Gem.-Rath Boschan, betreffend den Hauptrechnungsabschluss der Stadt Wien pro 1893 (Gruppe I und II, Fortsetzung der Berathung) 365

Stadtrath:
Sitzungen des Stadtrathes 386
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 4. Februar 1895 386
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 6. Februar 1895 388

Allgemeine Nachrichten:
Approvisionierung:
Borstenviehmarkt vom 12. und 14. Februar 1895 390
Pferdemarkt vom 12. Februar 1895 390
Stechviehmarkt vom 14. Februar 1895 390
Bierpreise im Monate December 1894 und Jänner 1895 390
Armen-Angelegenheiten:
Standesbewegung der Pfründner der Wiener städtischen Versorgungs-Anstalten im Jahre 1894 391
Gewerbe-Angelegenheiten:
Genossenschaft der Glaser, Glashändler und Glasschleifer 391
Ausweise über das Lehrlingsstellen-Nachweiseamt des Wiener Magistrates vom 1. bis 31. Jänner 1895 391
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 11. bis 14. Februar 1895 . . . 391
Gewerbeanmeldungen 392
Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Maaß), Wien, I., Walfischgasse 10.

Offert-Ausschreibungen.*)

1895.

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	Gegenstand
21. Februar 10 Uhr	Departement VII (Mag.-Rath Dr. Jaitner)	M.-Z. 9984. Vergebung der **Lieferung der für die Ausrüstung der Trommelwägen** und für die **Straßenbespritzung pro 1895** im allgemeinen erforderlichen Gummischläuche von 38 mm und 50 mm lichter Weite, mit vierfacher Baumwollen-Einlage in der ganzen Länge im Kostenerfordernisse von 3066 fl. ö. W. 3—3
28. Februar 10 Uhr	detto	M.-Z. 203926. Vergebung der **Lieferung und Einschaltung** von 3500 Stück Wassermessern sammt Versetzung der Wassermesserschutzkästen und Instandhaltung der Wassermesser im Kostenerfordernisse von 84.000 fl 2—3
1. März 10 Uhr	Departement V (Mag.-Rath Linsbauer)	M.-Z. 10051. Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten** für den Umbau des Haupt-Unrathscanales in der Gumpendorferstraße im VI. Bezirke längs der Häuser Or.-Nr. 90 bis 92 im Kostenbetrage von 1352 fl. 20 kr. und 400 fl. Pauschale. 1—3
4. März 10 Uhr	detto	M.-Z. 190282. Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten** für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der Blindengasse im VIII. Bezirke im Kostenbetrage von 1193 fl. 27 kr. und 120 fl. Pauschale. 1—3

*) Pläne, Kostenanschläge 2c. können im Stadtbauamte während der Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse sind bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. erhältlich.

Offerenten haben ein Exemplar der bezüglichen Bedingnisse mit den dem Projecte beiliegenden Original-Bedingnissen genau in Übereinstimmung zu bringen, eventuell zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu übergeben.

Dem Offerte ist ein Vadium von 5 Percent der Kostenanschlagssumme anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf später einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlungen, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich die Gemeinde vor.

Ad Prot.-Nr. 155227 ex 1894.
Ref.-Nr. 3382. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der Arbeiten und Lieferungen für den auf Rechnung der Commission für Verkehrsanlagen in Wien auszuführenden Bau des Haupt-Sammelcanales am rechten Ufer des Donaucanales in der Strecke vom Schreiberbache in Nußdorf bis zum Kaiserbade im I. Bezirke nach drei Baulosen, und zwar:

I. Erstes Baulos: Bau des Haupt-Sammelcanales vom Hauptplatze in Nußdorf bis zur Einmündung des Krottenbaches in der Nußdorferstraße, Herstellung des Nebensammlers in der Eisenbahnstraße und Gärtnergasse und der Einmündungen der Straßencanäle dortselbst im XIX. Bezirke:

1. der Erd- und Baumeisterarbeiten im Kostenbetrage von 116.208 fl. 91 kr.,
2. der Lieferung der hydraulischen Bindemittel im Kostenbetrage von 56.136 fl. 14 kr.,
3. der Thonwarenlieferung im Kostenbetrage von 40.461 fl. 32 kr.,
4. der Steinmetzarbeiten im Kostenbetrage von 5145 fl.

II. Zweites Baulos: Bau des Haupt-Sammelcanales von der Einmündung des Krottenbaches bis zur Einmündung des Alsbaches im IX. Bezirke und Herstellung des Nebensammlers in der Gärtnergasse vom Krottenbache bis zur Einmündung in den Sammelcanal:

1. der Erd- und Baumeisterarbeiten im Kostenbetrage von 99.603 fl. 55 kr.,
2. der Lieferung der hydraulischen Bindemittel im Kostenbetrage von 43.683 fl. 36 kr.,
3. der Thonwarenlieferung im Kostenbetrage von 26.496 fl.,
4. der Steinmetzarbeiten im Kostenbetrage von 9668 fl. 19 kr.

III. Drittes Baulos: Bau des Sammelcanales vom Alsbach bis zum Nothauslasse VI beim Kaiserbade im I. Bezirke (Kilometer 3·980 bis Kilometer 5·316):

1. der Erd- und Baumeisterarbeiten im Kostenbetrage von 126.792 fl. 53 kr.,
2. der Lieferung der hydraulischen Bindemittel im Kostenbetrage von 53.241 fl. 71 kr.,
3. der Thonwarenlieferung im Kostenbetrage von 21.306 fl.,
4. der Steinmetzarbeiten im Kostenbetrage von 13.142 fl. 78 kr.

wird vorbehaltlich der wasserrechtlichen Genehmigung des bezüglichen Projectes vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 28. Februar d. J., präcise um 10 Uhr**

*

vormittags, in der Volkshalle im Rathhause eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Profile, die Ausmaße, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und besonderen Bedingnisse, sowie die Arbeitsordnung für die bei dem Baue beschäftigten Arbeiter im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Bedingnisse können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden. Daselbst sind auch die Kostenanschläge für die einzelnen Baulose zum Preise von 1 fl. per Baulos und die Arbeitsordnung zum Preise von 3 kr. per Exemplar zu erhalten.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar der Bedingnisse mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und als Offert versiegelt zu überreichen.

Das Vadium beträgt 5 Percent der Kostenanschlagssumme; die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag des vorgeschriebenen Vadiums ist der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben oder dem Offerte anzuschließen.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, den 5. Februar 1895.

Ad Prot.-Nr. 16946 ex 1895.

Ref.-Nr. 271. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Bildhauerarbeiten** für den Schulhausbau im X. Wiener Gemeindebezirke, Knöllgasse, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Mittwoch den 20. Februar d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehenes Offert ist **das vorgeschriebene Vadium in der Höhe von 5 Percent der Kostenanschlagssumme, d. i. von vierzig Gulden ö. W.,** anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Gemeinde behält sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 5. Februar 1895. 3—3

Ad G.-Z. 599.

Kundmachung.

(Concurs zur Besetzung erledigter Lehrstellen im Wiener Schulbezirke.)

Die hierämtliche Kundmachung vom 4. Februar 1895, Z. 599 (Amtsblatt Nr. 11 und 13) wird dahin richtig gestellt, dass an der Knaben-Bürgerschule XIII. Bezirk, Diesterweggasse 10, nicht eine Bürgerschullehrer-Stelle für die Lehrgegenstände der III. Fachgruppe, sondern eine solche für die Lehrgegenstände der **II. Fachgruppe** zur Besetzung kommt.

Vom Bezirksschulrathe der Stadt Wien,

am 11. Februar 1895.

Der Vorsitzende-Stellvertreter:

Dr. Reisch.

* * *

Im Wiener Schulbezirke kommen nachstehend angeführte 9 Bürgerschullehrer-, 4 Bürgerschullehrerinnen-, 10 Bürgerschullehrerinnen- oder Bürgerschullehrer-, 11 Volksschullehrer-, 29 Volksschullehrerinnen-, 17 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerinnen-, 9 Unterlehrer-, 47 Unterlehrerinnen, 27 Unterlehrer- oder Unterlehrerinnen-Stellen zur Besetzung, und zwar:

je 1 Bürgerschullehrer-Stelle für die Lehrgegenstände der I. Fachgruppe an nachbenannten Knaben-Bürgerschulen:

I. Bez., Renngasse 20,

II. Bez., Staudingergasse 6,

V. Bez., Bachergasse 14,

X. Bez., Eugengasse 30/32 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen),

XVI. Bez., Habsburgplatz:

je 1 Bürgerschullehrer-Stelle für die Lehrgegenstände der II. Fachgruppe an der Knaben-Bürgerschule III. Bez., Sechskrügelgasse 11; und XIII. Bez., Diesterweggasse 10.

je 1 Bürgerschullehrer-Stelle für die Lehrgegenstände der III. Fachgruppe an nachbenannten Knaben-Bürgerschulen:

VI. Bez., Stumpergasse 56 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen),

VII. Bez., Neubaugasse 42.

Je 1 Bürgerschullehrerin-Stelle für die Lehrgegenstände der I. Fachgruppe an nachbenannten Mädchen-Bürgerschulen:

II. Bez., Darwingasse 14 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen),

II. Bez., Kleine Sperlgasse 2 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen),

VII. Bez., Zieglergasse 49,

X. Bez., Herzgasse 27 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

Je 1 Bürgerschullehrerin- oder Bürgerschullehrer-Stelle für die Lehrgegenstände der II. Fachgruppe an nachbenannten Mädchen-Bürgerschulen:

II. Bez., Kleine Sperlgasse 2 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen),

X. Bez., Herzgasse 27 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen),

XIX. Bez., Kreindlgasse 24 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen),

und an der Bürgerschule für Knaben und Mädchen XII. Bez., Meidling, Schönbrunnerstraße 39/41.

Je 1 Bürgerschullehrerin- oder Bürgerschullehrer-Stelle für die Lehrgegenstände der III. Fachgruppe an nachbenannten Mädchen-Bürgerschulen:

II. Bez., Leopoldsgasse 3 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen),

V. Bez., Embelgasse 48 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen),

VII. Bez, Zieglergasse 49 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen),

X. Bez., Herzgasse 27 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen),

XVI. Bez., Habsburgplatz,

und an der Bürgerschule für Knaben und Mädchen III. Bez., Hainburgerstraße 40.

---

1 Volksschullehrer-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen II. Bez., Wintergasse 14.

5 Volksschullehrer-Stellen an der allgem. Volksschule für Knaben X. Bez., Leibnitzgasse 33.

1 Volksschullehrer-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben XIV. Bez., Dadlergasse 9.

1 Volksschullehrer-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben XV. Bez., Hackengasse 11.

3 Volksschullehrer-Stellen an der allgem. Volksschule für Knaben XVI. Bez., Wichtelgasse 67.

---

1 Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben und Mädchen II. Bez., Salzachstraße 42.

2 Volksschullehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Knaben und Mädchen II. Bez., Vorgartenstraße.

5 Volksschullehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Mädchen II. Bez., Wintergasse 14.

2 Volksschullehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Mädchen V. Bez., Malfattigasse 1 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen X. Bez., Keplerplatz 7 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen X. Bez., Uhlandgasse 1 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen X. Bez., Laaerstraße 1 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

2 Volksschullehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Knaben und Mädchen X. Bez., Quellengasse 31 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben und Mädchen XI. Bez., Molitorgasse 11.

1 Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XII. Bez., Bendlgasse 8.

1 Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben und Mädchen XII. Bez., Hetzendorferstraße (früher XII. Bez., Altmannsdorf, Hauptstraße 46).

1 Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben und Mädchen XIV. Bez., Lehnergasse 4.

1 Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XIV. Bez., Stättermayergasse 27.

1 Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XVI. Bez., Neulerchenfelderstraße.

7 Volksschullehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Mädchen XVI. Bez., Kreitnergasse 19.

1 Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XVII. Bez., Rupertusplatz 1.

---

1 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben I. Bez., Werderthorgasse 6.

1 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben II. Bez., Obere Augartenstraße 68.

1 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben II. Bez., Holzhausergasse 5.

2 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Knaben II. Bez., Wasnergasse 33.

1 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben III. Bez., Strohgasse 5.

1 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben VI. Bez., Stumpergasse 10.

1 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben VI. Bez., Brückengasse 3.

1 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben VII. Bez., Burggasse 16.

1 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben VII. Bez., Neustiftgasse 100.

1 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben IX. Bez., Liechtensteinstraße 137.

1 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben X. Bez., Quellengasse 52.

1 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben X. Bez., Keplergasse 11.

1 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben X. Bez., Uhlandgasse 1.

2 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Knaben XVI. Bez., Liebhartsgasse 21.

1 Volksschullehrer- oder Volksschullehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben XVIII. Bez., Schopenhauerstraße 66.

---

1 Unterlehrer-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben V. Bez., Grüngasse 14.

3 Unterlehrer-Stellen an der allgem. Volksschule für Knaben X. Bez., Leibnitzgasse 33.

1 Unterlehrer-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben XV. Bez., Hackengasse 11.

1 Unterlehrer-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben XVII. Bez., Hernalser Hauptstraße 100.

2 Unterlehrer-Stellen an der allgem. Volksschule für Knaben XVII. Bez., Wichtelgasse 67.

1 Unterlehrer-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben und Mädchen XVIII. Bez., Alseggerstraße 16.

---

2 Unterlehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Mädchen I. Bez., Werderthorgasse 6 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

**

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volks- und Bürgerschule für Mädchen II. Bez., Kleine Sperlgasse 2 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen II. Bez., Leopoldsgasse 3 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen II. Bez., Pazmanitengasse 26 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen II. Bez., Wintergasse 14 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen III. Bez., Eslarngasse 3 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen III. Bez., Löwengasse 12 b (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen III. Bez., Hainburgerstraße 40 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen IV. Bez., Phorusgasse 10 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen V. Bez., Nikolsdorfergasse 18 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen V. Bez., Grüngasse 14 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen VI. Bez., Sonnenuhrgasse 3 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

2 Unterlehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Mädchen VI. Bez., Grasgasse 5 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben und Mädchen VII. Bez., Zollergasse 41 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen VII. Bez., Burggasse 14 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen VII. Bez., Zieglergasse 21 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen VII. Bez., Kandlgasse 30 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen VII. Bez., Neustiftgasse 100 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen IX. Bez., Viriotgasse 8 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben und Mädchen IX. Bez., Währingerstraße 43 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XI. Bez., Braunhubergasse 3 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

2 Unterlehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Mädchen XII. Bez., Bendlgasse 8 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XII. Bez., Nymphengasse 7.

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XII. Bez., Meidling, Schönbrunnerstraße 41 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XII. Bez., Vierthalergasse 13.

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XIII. Bez., Trogergasse 3 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben und Mädchen XIII. Bez., Hietzinger Hauptstraße 166 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben und Mädchen XIII. Bez., Lainzerstraße 148 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

2 Unterlehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Knaben und Mädchen XIV. Bez., Lehnergasse 4.

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XIV. Bez., Kellinggasse 9 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

2 Unterlehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Mädchen XV. Bez., Herklotzgasse 21.

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XV. Bez., Victoriagasse 2.

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XVI. Bez., Neulerchenfelderstraße (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XVI. Bez., Neumayrgasse 33 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XVI. Bez., Schinaglgasse 3.

2 Unterlehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Mädchen XVI. Bez., Kreitnergasse 19.

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XVI. Bez., Kreitnergasse 19 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Mädchen XVII. Bez., Leopold Ernstgasse (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

2 Unterlehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Mädchen XVIII. Bez., Schulgasse 19 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

1 Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben und Mädchen XVIII. Bez., Alseggerstraße 16 (mit dem besonderen Erfordernisse der Befähigung für Turnen).

---

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben II. Bez., Obere Augartenstraße 68.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben II. Bez., Czerninplatz 3.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben II. Bez., Pazmanitengasse 17.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben II. Bez., Pazmanitengasse 26.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben III. Bez., Pfarrhofgasse 1.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben III. Bez., Eslarngasse 3.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben III. Bez., Paulusgasse 9/11.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben IV. Bez., Alleegasse 44.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben V. Bez., Hundsthurmplatz 14.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben VI. Bez., Windmühlgasse 45.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben VI. Bez., Corneliusgasse 6.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben VI. Bez., Stumpergasse 10.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben VI. Bez., Sonnenuhrgasse 3.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben VII. Bez., Burggasse 16.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben VII. Bez, Lerchenfelderstraße 61.

2 Unterlehrer- oder Unterlehrerinnen-Stellen an der allgem. Volksschule für Knaben VIII. Bez., Piaristengasse 43.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben IX. Bez., D'Orsaygasse 8.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben IX. Bez., Alserbachstraße 23.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben X. Bez., Quellengasse 52.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben X. Bez., Herzgasse 27.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben und Mädchen X. Bez., Quellengasse 31.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgem. Volksschule für Knaben XIII. Bez., Kuefsteingasse 38.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der I. allgemeinen Volksschule für Knaben XVI. Bezirk, Ottakringerstraße 150.

1 Unterlehrer- oder Unterlehrerin-Stelle an der allgemeinen Volksschule für Knaben XVI. Bezirk, Payergasse 18.

2 Unterlehrer- oder Unterlehrerinnen-Stellen an der allgemeinen Volksschule für Knaben XVIII. Bezirk, Schopenhauerstraße 66.

Mit jeder dieser Stellen ist der Jahresgehalt der II. Gehaltsclasse:

für Bürgerschullehrer und Bürgerschullehrerinnen von		1000 fl.
„ Volksschullehrer und Volksschullehrerinnen von		800 „
„ Unterlehrer und Unterlehrerinnen von		600 „

und das Quartiergeld:

für Bürgerschullehrer	von jährlich	300 fl.
„ Bürgerschullehrerinnen	„ „	200 „
„ Volksschullehrer	„ „	300 „
„ Volksschullehrerinnen	„ „	200 „
für Unterlehrer	von jährlich	120 fl.
„ Unterlehrerinnen	„ „	90 „

beziehungsweise nach 15jähriger Dienstleistung in definitiver Anstellung an öffentlichen Volksschulen:

für Bürgerschullehrer	von jährlich	400 fl.
„ Bürgerschullehrerinnen	„ „	250 „
„ Volksschullehrer	„ „	400 „
„ Volksschullehrerinnen	„ „	250 „

ferner für Bürgerschullehrer und Bürgerschullehrerinnen sowie für Volksschullehrer und Volksschullehrerinnen der Anspruch auf Dienstalterszulagen von je 100 fl. nach einer Dienstzeit von je fünf Jahren im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen verbunden.

Die Bewerber haben ihre Gesuche an den Wiener Stadtrath zu richten.

Die Gesuche müssen längstens bis 9. März 1895 im vorgeschriebenen Dienstwege bei jenem Ortsschulrathe eingelangt sein, in dessen Sprengel die betreffende Lehrstelle zu besetzen ist, und zwar sind bei jedem Ortsschulrathe so viele Gesuche zu überreichen, als Kategorien von Lehrstellen in Betracht kommen. Die im Sprengel eines Ortsschulrathes angestrebten Lehrstellen derselben Kategorie sind im Gesuche einzeln anzuführen.

Die Gesuche sind zu belegen mit:

Dem Tauf- beziehungsweise Geburtsscheine bei solchen Bewerbern, welche im Wiener Schulbezirke noch nicht definitiv angestellt sind;

dem Heimatscheine bei männlichen Bewerbern unter derselben Voraussetzung, bei weiblichen in jedem Falle;

dem Trauungsscheine bei verheirateten oder verwitweten Bewerberinnen;

dem Nachweise über die Erfüllung der Stellungspflicht bei männlichen Bewerbern;

dem Reifezeugnisse (beziehungsweise Maturitätszeugnisse einer Mittelschule) oder der Dispens von der Ablegung der Reifeprüfung, dem Lehrbefähigungszeugnisse für Bürger-, beziehungsweise Volksschulen, ferner bei denjenigen Stellen, hinsichtlich welcher das besondere Erfordernis der Befähigung für Turnen aufgestellt ist, dem gesetzlichen Nachweise der Befähigung zur Ertheilung des Turnunterrichtes;

den Nachweisen der Dienstleistung (Anstellungs-, Enthebungs-Decreten u. dgl.) im Originale oder in gesetzlich beglaubigten Abschriften,

dann mit der in den Rubriken 1 bis 5 und 8 A auszufüllenden Dienstabelle, und zwar in so vielen gleichlautenden Exemplaren, als Lehrstellen mit den betreffenden Gesuchen angestrebt werden.

Die Dienstzeit ist bis zum Ablaufe des Concurstermines zu berechnen.

Verspätet einlangende oder innerhalb des Concurstermines nicht gehörig documentierte Gesuche werden nicht berücksichtigt.

Vom Bezirksschulrathe der Stadt Wien

am 4. Februar 1895.

Der Vorsitzende-Stellvertreter:

Dr. Theodor Reisch. 3—3

M.-Z. 17818.

Kundmachung.

(Localcommission, betreffend das Project zur Erbauung und zum Betriebe städtischer Gaswerke.)

Über das Project einer Baulinienänderung für die im III. und XI. Bezirke dermalen innerhalb der Gürtelstraße, des Donaucanales, der Schlachthaus- und Staatsbahntrace projectierten Straßenzüge sammt den erforderlichen Straßenanschlüssen außerhalb dieses Gebietes und der Niveaubestimmung daselbst, ferner über das Project zur Erbauung und zum Betriebe eines städtischen Gaswerkes auf den Realitäten Einl.-Z. 390, 985, 998, 999 und 1017 (Eigenthum des Bürgerspitalsfondes), dann Einl.-Z. 220, 365, 450, 454, 460, 470, 471, 491, 875, 920, 983, 984, 1000, 1016, 1162, 1205, 1211 bis 1214, 1218, 1237 und 1246 (Eigenthum der Gemeinde Wien) sämmtlich im XI. Bezirke, Simmering, in Wien innerhalb des obenbezeichneten Gebietes, wird vom Magistrate im Einvernehmen mit dem magistratischen Bezirksamte für den XI. Gemeindebezirk Simmering zur Erhebung der Zulässigkeit dieser Baulinien- und Niveauänderung, der Bauführung, sowie der Betriebsanlage in Gemäßheit des § 2 beziehungsweise § 25 der Bauordnung und der §§ 37 und 29 der Gewerbe-Ordnung **Samstag am 23. Februar 1895, vormittags 10 Uhr, eine Localcommission** angeordnet.

Die Commissionsmitglieder versammeln sich **im Gemeindehause Simmering, XI. Bezirk, Simmeringer Hauptstraße.**

Dieses wird mit dem Beisatze zur allgemeinen Kenntnis gebracht, dass allfällige Einwendungen gegen die Bauführung und die Betriebsanlage entweder schriftlich bis zum obigen Tage beim Magistrate oder beim magistratischen Bezirksamte XI. Bezirk zu überreichen oder mündlich bei der Commission selbst anzubringen sind, widrigenfalls der Ausführung der Anlage stattgegeben werden wird, sofern sich nicht von amtswegen Bedenken dagegen ergeben und dass allfällige Bemerkungen bezüglich der projectierten Baulinien und Niveauänderungen, welche in Zusammenhang mit dem General-Regulierungsplane ausgearbeitet wurden, gleichfalls bis spätestens am Commissionstage vorgebracht werden können.

Die Pläne liegen bis zum Commissionstage im neuen Rathhause, I. Bezirk, Lichtenfelsgasse, Mezzanin, im Magistrats-Departement IX, sowie beim magistratischen Bezirksamte für den XI. Bezirk Simmering zur Einsicht auf.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 31. Jänner 1895. 3—3

Zur Statth. Z. 11593 ex 1895.

Kundmachung.

(Wasserrechtliche Verhandlung für die Theilstrecke Schreiberbach—Postgasse des am rechten Ufer des Donaucanales herzustellenden Haupt-Sammelcanales.)

Die Commission für Verkehrsanlagen in Wien hat im Einvernehmen mit der Gemeinde Wien das Project für die Theilstrecke Schreiberbach—Postgasse des nach Maßgabe der Bestimmungen des Gesetzes vom 18. Juli 1892 (R.-G.-Bl. Nr. 109), betreffend die Ausführung öffentlicher Verkehrsanlagen in Wien, am rechten Ufer des Wiener Donaucanales herzustellenden Haupt-Sammelcanales im Hinblicke auf die §§ 16 und 72 des Wasserrechtsgesetzes vom 28. August 1870 (L.-G.- und V.-Bl.- Nr. 56) zur Durchführung der wasserrechtlichen Verhandlung und behufs Ertheilung der Ausführungsbewilligung beziehungsweise Fällung der begehrten Enteignungsaussprüche hieher geleitet.

Die Verhandlung über dieses Project findet am **8. und 9. März 1895** unter der Leitung des k. k. Bezirkshauptmannes Dr. v. Friebeis mit der Eintheilung statt, dass am 8. März 1895 vormittags die Begehung der Strecke Schreiberbach—Brigittabrücke (Versammlung der Commissionsmitglieder um 9 Uhr vormittags im Bahnhofe Nussdorf der Franz Josefs-Bahn), und am selben Tage nachmittags die Begehung der Strecke Brigittabrücke—Postgasse (Versammlung der Commissionsmitglieder um 2½ Uhr nachmittags auf der Brigittabrücke) vollzogen wird, während die mündliche Verhandlung am folgenden Tage mit dem Beginn um 10 Uhr vormittags im Wiener Rathhause (I. Bezirk), Sectionszimmer V des Präsidialbureaus, I. Stock, abgehalten wird.

Bis zum Statthaben dieser Verhandlung liegen die Pläne und die Ausweise über die zu enteignenden, beziehungsweise mit Dienstbarkeiten zu belastenden Grundstücke, sowie über die Namen deren Besitzer im Rathhause, Sectionszimmer III des Präsidialbureaus, während der gewöhnlichen Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf.

Etwaige Einwendungen gegen das Unternehmen können während des Aufliegens der Pläne im Magistrats-Departement V (Magistratsrath Linsbauer, Rathhaus, 4. Stiege, Mezzanin) und schließlich bei der Verhandlung selbst vorgebracht werden.

Werden solche Einwendungen bis dahin nicht vorgebracht, so werden die Betheiligten als der beabsichtigten Unternehmung und der hiezu nöthigen Abtretung oder Belastung von Grundeigenthum zustimmend angesehen, und wird ohne Rücksicht auf spätere Einwendungen das Erkenntnis gefällt werden.

Hievon geschieht gemäß § 78 des n.-ö. Wasserrechtsgesetzes und nach Artikel VI des Gesetzes vom 18. Juli 1892, betreffend die Ausführung öffentlicher Verkehrsanlagen in Wien, beziehungsweise in sinngemäßer Anwendung des § 14 des Eisenbahn-Enteignungsgesetzes vom 18. Februar 1878 (R.-G.-Bl. Nr. 30) die allgemeine Verlautbarung.

Wien, am 6. Februar 1895.

Von der k. k. n.-ö. Statthalterei. 1—2

G.-Z. 23482 ex 1894.

VIII.

Kundmachung.

(Wiederbelegung auf dem Hütteldorfer Friedhofe.)

In Gemäßheit des § 26 der Friedhofsordnung für den Hütteldorfer Friedhof gelangen die einfachen Gräber in den Parcellen I bis VIII, XI, XIII, XVIII bis XX auf dem neuen Theile des Hütteldorfer Friedhofes, XIII. Bezirk, vom 15. Februar 1895 an zur Wiederbelegung.

Jene Parteien, welche die Leichen ihrer in diesen einfachen Gräbern bestatteten Angehörigen in einem anderen Grabe beisetzen zu lassen beabsichtigen, haben rechtzeitig um die Bewilligung zur Exhumierung hieramts einzuschreiten.

Die auf diesen einfachen Gräbern befindlichen Grabkreuze werden vorläufig auf dem Friedhofe deponiert und jenen Parteien,

welche ihr Eigenthumsrecht an denselben nachzuweisen vermögen, über hierämtliche Anweisung ausgefolgt.

Über jene Grabkreuze, hinsichtlich welcher binnen Jahresfrist nach Wiederbelegung des betreffenden Grabes niemand das Eigenthumsrecht geltend macht, wird von amtswegen verfügt werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 5. Februar 1895. 3—3

Z. 205830/XV
ex 1894.

Kundmachung.

(Notierung der Lebensmittelpreise.)

Der Magistrat ist in die Kenntnis gekommen, dass von vielen Gewerbsleuten, welche Lebensmittel verkaufen, die Warenpreise nicht mehr ausschließlich per **Ein** Kilogramm, sondern per $^1/_2$ Kilogramm auf den Preistarifen notiert werden, wodurch besonders dann, wenn die Bezeichnung „$^1/_2$" sehr klein und undeutlich ausgedrückt oder verwischt und unleserlich geworden ist, Irrthümer und Missverständnisse, ja sogar Täuschungen der Käufer herbeigeführt werden.

Nach Artikel I des Gesetzes vom 23. Juli 1871, Nr. 16 R.-G.-Bl., hat das **Kilogramm** die Einheit des Gewichtes zu bilden. Es steht sonach die Notierung der Preise für Lebensmittel per $^1/_2$ Kilogramm in den Preistarifen mit dieser gesetzlichen Bestimmung nicht im Einklange und ist daher unzulässig.

Eine solche Notierung stellt sich aber auch als eine Außerachtlassung der hierortigen Kundmachung vom 6. April 1893, Z. 5485, dar, in welcher die Ersichtlichmachung der Preise nach den vorgeschriebenen Maß- und **Gewichtseinheiten** ausdrücklich angeordnet wurde.

Unter Hinweis auf diese Kundmachung werden die Gewerbsleute, welche Lebensmittel nach dem Gewichte verkaufen, neuerlich beauftragt, die Warenpreise im Kleinhandel ausschließlich **per Ein Kilogramm** auf den Preistarifen zu notieren.

Übertretungen dieser Vorschrift werden nach den bestehenden Gesetzen bestraft.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 10. Jänner 1895.

G.-Z. 19843.
XI.

Kundmachung.

(Eva Schierling'sche Stiftplätze.)

Bei der hohen k. k. n.-ö. Statthalterei in Wien sind vier Eva Schierling'sche Stiftplätze mit dem Genusse jährlicher 7 fl. ö. W. zu besetzen.

Berufen zu diesen Stiftplätzen sind arme, blinde oder krüppelhafte, verwaiste Kinder und andere arme, blinde oder krüppelhafte Personen im Alter unter 24 Jahren. Dieselben müssen jedoch in Wien oder in einer anderen Gemeinde Niederösterreichs heimatberechtigt sein.

Bewerber um diese Stiftung haben ihren Gesuchen

1. ihren Taufschein,
2. ihren Heimatschein,
3. den armenärztlichen Befund, in welchem die Blindheit oder die Krüppelhaftigkeit des Petenten bestätigt wird,
4. ein von der Armeninstituts-Vorstehung des Wohnortes bestätigtes Armutszeugnis anzuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 1. März 1895** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 5. Februar 1895. 1—3

M.-Z. 5084 ex 1895.

Kundmachung.

(Heiratsausstattungs-Stiftung.)

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass aus der von Herrn Jonas Freiherrn v. Königswarter, um das Andenken seiner am 14. Mai 1861 verstorbenen Gattin für fortwährende Zeiten zu ehren, errichteten **Josefine von Königswarter'schen Heiratsausstattungs-Stiftung** die Zinsen zur Ausstattung eines unbescholtenen Mädchens, deren Eltern dem Gemeindeverbande der Stadt Wien angehören, wobei unter sonst gleichen Bedingungen eine Waise, namentlich eine mutterlose, den Vorzug hat, zur Verleihung kommen.

Die Ausstattung soll womöglich am 14. Mai ausbezahlt werden, wenn der urkundliche Beweis über die gesetzmäßig geschlossene Ehe geliefert wird.

Die in diesem Jahre zur Verleihung kommenden Interessen betragen 280 fl.

Diejenigen, welche auf diese Stiftung Anspruch erheben wollen, haben ihre mit den nöthigen Behelfen versehenen Gesuche **bis längstens 15. April 1895** im Einreichungsprotokolle des Magistrates zu überreichen, **da auf später einlangende Gesuche keine Rücksicht genommen werden könnte.**

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 17. Jänner 1895.

G.-Z. 18354.
XI.

Kundmachung.

(David Schwarz'sche Armenstiftung.)

Am 20. Mai 1895 gelangen die Interessen der David Schwarzmann'schen Zustiftung aus dem Jahre 1894 im Betrage von 37 fl. an eine arme Familie ohne Unterschied der Confession zur Vergebung, welcher im Laufe eines Jahres, also seit 20. Mai 1894, ein Unglücksfall widerfahren ist.

Dem Ansuchen sind der Tauf-, respective Geburtschein, der Trauschein und der Heimatschein des Bittstellers, die Tauf- oder Geburtscheine der Kinder, endlich ein legales Armutszeugnis beizulegen **und ist der besondere Nachweis zu erbringen, dass der**

Familie des Bittstellers im seit 20. Mai 1894 laufenden Jahre ein Unglücksfall zugestoßen ist.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 6. März 1895 im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 6. Februar 1895. 1—3

INSERATE.

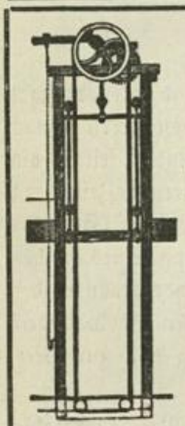
PATENTE im In- und Auslande

Muster- u. Markenschutz in allen Ländern besorgt das

Erste beh. autorisierte Privilegien-Bureau

H. Palm (Michalecki & Co.) Wien, I., Stefansplatz 8, Brandstätte 1.

Durch dieses Bureau wird fast der vierte Theil aller in Österreich-Ungarn ertheilten Patente erwirkt und wurden durch dasselbe bis nun über **18.000 Patentbesorgungen** durchgeführt. — Herausgabe und Redaction des **„Illustrierten österreichisch-ungarischen Patentblattes"**. — Besorgung von Copien in- und ausländischer Patentschriften. — Telegramm-Adresse: **„Patent" Wien.** — Telephon **Nr. 387.** — Preis-Courante und Probe-Nummern gratis und franco. 117



Lasten-Aufzug für Seilantrieb.

Aufzüge

aus der k. u. k.

Hof-Maschinen- u. Aufzüge-Fabrik

A. FREISSLER

Ingenieur.

Wien, X., Erlachplatz 4.
Budapest, VI., Hunyadiplatz 9.

Befasst sich seit 25 Jahren ausschließlich mit der Erzeugung aller Arten von Aufzügen nach eigener bewährter Construction für **Lagerhäuser, Bahnhöfe, Zuckerfabriken, Brauereien** und **Brennereien, Hôtels** und **Privathäuser.**

Telephon Nr. 7109.

Stadt-Steinmetzmeister

WULKAN & NEUBRUNN

Wien, III./1, ausser der St. Marxer Linie

empfehlen sich zur 127

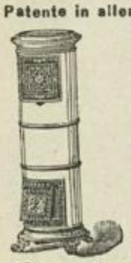
Ausführung aller Steinmetz-Arbeiten für Bauten wie auch für Grab- und Gruft-Monumente.

Vom Erfinder Prof. Dr. Meidinger ausschl. autoris. Fabrik für

MEIDINGER-OEFEN

H. HEIM, k. und k. Hoflieferant Wien, I., Kohlmarkt 7

Patente in allen Staaten. — Mit ersten Preisen prämiiert auf allen Ausstellungen.



Vorzüglichste Regulir-, Füll- u. Ventilations-Oefen.

Ueber 40.000 Oefen in Verwendung.

In Oesterreich-Ungarn werden von **449 Unterrichtsanstalten 3747 unserer Oefen** verwendet, darunter in **121 Schulen der Commune Wien 988 Oefen, in 95 Schulen der Commune Budapest 599 Oefen.**

Wir warnen vor Nachahmung unter Hinweis auf nebenstehende, auf der Innenseite der Ofenthüren eingegossene Schutzmarke.

MEIDINGER-OFEN H. HEIM

Schutzmarke.

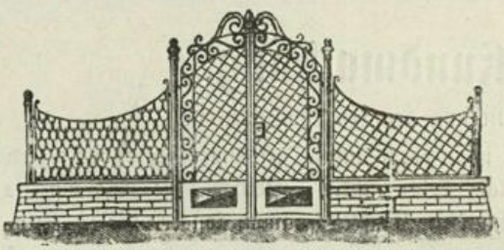
„Hestia" - Oefen.

Centralheizungen aller Systeme

mit rauchfreier Feuerung, für jedes Brennmaterial.

Luftheizungen, Warmwasserheizungen, Heisswasserheizungen, Dampfheizungen, Dampfniederdruckheizungen mit selbstthätiger Regulierung **eigenen Systems.**

Billige und praktische Einfriedungen.



Franz

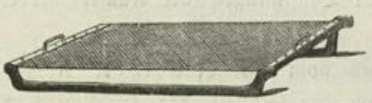
Koczor

Wien,

XI., Simmering, Leberstr. 24.

Fabrication von Drahtgeflechten, Drahtgittern, Drahtgeweben jeder Art, verzinkte Stahlstacheldrähte und Stahldrahtlitzen, Funkenfänger, Blumenrabatten, Einfassungen, Stahldrahtfußmatten und wie immer Namen habende Drahtwaren.

Specialität: Die anerkannt besten Drahtmatratzen und massiven Drahtnetzbettstellen, von welchen viele tausend Stück in Civil- und Militärkranken- und sonstigen Anstalten in Verwendung sind.



Illustrierte Preiscourante und Kostenberechnungen gratis und franco.

Allgemeine Depositenbank.

Der Verwaltungsrath beehrt sich hiemit, die stimmberechtigten Herren Actionäre der Allgemeinen Depositenbank zur

dreiundzwanzigsten ordentlichen

General-Versammlung

welche **Samstag, den 2. März 1895, vormittags 11 Uhr,** im Sitzungssaale des Anstaltsgebäudes (I. Bezirk, Schottengasse 1) stattfinden wird, einzuladen.

Tagesordnung:

1. Rechenschaftsbericht und Bilanz für das Geschäftsjahr 1894.
2. Bericht der Revisoren.
3. Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewinnes.
4. Wahl von vier Mitgliedern des Verwaltungsrathes.
5. Wahl des Revisions-Ausschusses, bestehend aus drei Mitgliedern und einem Ersatzmanne.

Die Herren Actionäre, welche ihr Stimmrecht auszuüben wünschen, werden eingeladen, nach § 18*) der Gesellschafts-Statuten ihre Actien mindestens acht Tage früher, das ist bis 22. Februar d. J., bei der Allgemeinen Depositenbank (I. Bezirk, Schottengasse Nr. 1) zu hinterlegen.

Der Rechnungsabschluss pro 1894 wird den zur General-Versammlung legitimierten Herren rechtzeitig zugesendet werden.

Wien, am 14. Februar 1895.

Der Verwaltungsrath.

*) § 18. Jeder Actionär ist in der General-Versammlung zu so vielen Stimmen berechtigt, so vielmal er zehn Actien besitzt. Actien, auf Grund deren in einer General-Versammlung ein Stimmrecht ausgeübt werden soll, müssen sammt den noch nicht fälligen Coupons mindestens acht Tage vor dem Tage der Versammlung an einem vom Verwaltungsrathe kundgemachten Orte deponiert werden.

(Nachdruck wird nicht honoriert.)

Zur coulanten Besorgung aller im **Coursblatte** notierten **Effecten und Valuten** bestens empfohlen:

Wechselstube des Bankhauses

Schelhammer & Schattera

Gegründet 1832.

WIEN I. Bezirk, **Stephansplatz Nr. 11** Parterre.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 15. Dienstag, den 19. Februar 1895. Jahrgang IV.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **15. Februar 1895** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Raimund Grübl und des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Bürgermeister Dr. Grübl: Die Versammlung ist beschlussfähig, ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

1. Herr Gem.-Rath Tagleicht entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung wegen Unwohlseins.

Herr Gem.-Rath Dr. Friedjung ebenfalls.

Herr Gem.-Rath Bachofen v. Echt entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen und der nächsten Sitzung wegen einer dringenden Reise.

Herr Gem.-Rath Koch hat sich unwohl gemeldet.

2. Ich bin in der angenehmen Lage, mitzutheilen, dass nunmehr mit Ausnahme der Stadtgemeinde Zara sämmtliche Gemeindevertretungen der Hauptstädte ihren Beitritt zum Städtetage angemeldet haben. Es ist von beachtenswerter Seite eine Anfrage an mich gerichtet worden, warum die Verhandlungen des Städtetages nicht öffentlich sind, und habe ich die Ehre, unter Bezugnahme darauf mitzutheilen, dass auch die Verhandlungen in früheren Fällen nicht öffentlich waren.

Es handelt sich speciell bei dem gegenwärtigen Anlasse um die wichtigsten Interessen der Gemeinden und ich glaube, es ist nothwendig, den Delegierten des Städtetages die vollständigste Freiheit der Meinungsäußerungen zu bieten. Diese Möglichkeit wäre ausgeschlossen, wenn die Verhandlungen öffentlich wären. Ich bin auch gar nicht in der Lage, im geringsten zu überblicken, welche Anregungen gegeben und welche Anträge von diesen Delegierten werden gestellt werden. Es wäre leicht möglich, dass das Gewicht der zu fassenden Beschlüsse durch irgendeine Äußerung oder ein Vorkommnis einen Eintrag erleiden könnte. Mit Rücksicht darauf, glaube ich, ist es am zweckmäßigsten, wenn wir es bei dem bisherigen Usus lassen und die Verhandlungen so wie früher geführt werden. (Gem.-Rath Gregorig: à la Stadtrath!)

Jeder Private verhandelt seine wichtigen Angelegenheiten innerhalb seiner vier Mauern und tritt erst dann an die Öffentlichkeit, wenn er bereits einen Entschluss gefasst hat. Es wird über die Verhandlungen ein genaues Protokoll geführt und werden die Mittheilungen ohne Verzug der Öffentlichkeit übergeben werden.

Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

3. Seine Excellenz der Herr Oberstkämmerer übermittelt ein Werk über die Waffensammlung des Allerhöchsten Kaiserhauses, damit es der städtischen Bibliothek einverleibt werden möge.

Es wird der Dank votiert.

4. Wie der Versammlung bekannt ist, habe ich vor einiger Zeit über Veranlassung des Gemeinderathes an das h. Reichs-Kriegsministerium eine Eingabe gerichtet, dass von dem Wiederaufbau des im September vorigen Jahres abgebrannten Heumagazines des Breitenfelder Depots Umgang genommen werden möge.

Auf diese Eingabe theilt das Reichs-Kriegsministerium mit, dass die Absicht, an den Wiederaufbau zu schreiten, nicht bestehe. (Bravo! Bravo!) Infolgedessen ist die Wahrscheinlichkeit gegeben, dass der Platz der Parcellierung und Neuverbauung wird zugeführt werden können.

5. Herr Gem.-Rath Sauerborn hat in der letzten Sitzung einen Fall angeführt, dass bei einer städtischen Abwage verschiedene Abwägungsresultate vorgekommen sind. Die Erhebungen diesfalls sind im Zuge; dieselben sind noch nicht abgeschlossen; es ist daher nicht möglich, diese Interpellation heute zu beantworten, und wird diese Beantwortung erst in der nächsten Sitzung erfolgen.

6. Herr Gem.-Rath Maresch hat interpelliert wegen Zuerkennung von Geldaushilfen und Unterstützungen an Lehrpersonen und hat darauf hingewiesen, dass wegen eines Com-

petenzconflictes derlei Aushilfen und Unterstützungen in der letzten Zeit nicht gewährt worden seien.

Ich habe die Ehre, diese Interpellation folgendermaßen zu beantworten:

„Der k. k. n.-ö. Landesschulrath hat mit Erlass vom 28. August 1894, Z. 7738, bestimmt, dass die Gewährung von Aushilfen an die Lehrpersonen und die Zuerkennung von Remunerationen für Dienstleistungen insolange, als nicht festgestellt ist, ob diese außerordentlichen Zuwendungen von Bezügen im Hinblicke auf § 13 des Gesetzes vom 27. December 1891, L.-G.-Bl. Nr. 67, noch zulässig erscheinen, gänzlich zu unterbleiben habe und seien die diesbezüglichen Gesuche oder Anträge daher abweislich zu bescheiden. Nach den gepflogenen Erhebungen wurden im ganzen seither 28 Aushilfsgesuche überreicht, welche mit Beziehung auf diesen Erlass des k. k. n.-ö. Landesschulrathes vom Bezirksschulrathe abgewiesen wurden.

Über Aufforderung des k. k. n.-ö. Landesschulrathes, sich über die Möglichkeit des Fortbestandes dieser außerordentlichen Zuwendungen an Lehrpersonen ausführlich zu äußern, hat der Wiener Bezirksschulrath darüber seine Anschauungen dem k. k. n.-ö. Landesschulrathe in einem Berichte vorgelegt, welcher Bericht mit Erlass vom 24. Jänner 1895, Z. 96, dem Wiener Magistrate zur Äußerung zugemittelt wurde. Dieser hat darüber sub M.-Z. 16894 am 5. Februar 1895 dem löblichen Stadtrathe berichtet. Es steht demnach zu erwarten, dass diese Frage ehestens ihre Lösung finden wird.

In der Zwischenzeit, d. i. vom 28. August 1894 bis zum heutigen Tage, haben in Fällen der Noth 68 Lehrpersonen um Gehaltsvorschüsse angesucht, wovon bisher 65 Gesuche beim Bezirksschulrathe, und zwar alle aufrecht, erledigt wurden. (Drei solche Gesuche, die erst aus der allerjüngsten Zeit stammen, konnten bisher noch nicht erledigt werden.) Dies ist zunächst das Auskunftsmittel, wodurch einer finanziellen Nothlage einer Lehrperson vorläufig abgeholfen wird.

Die Zuerkennung von Aushilfen an Lehrerswitwen und Lehrerwaisen wurde überhaupt nicht sistiert, da seit Beginn dieses Jahres Aushilfen für solche Personen aus den eigenen Geldern gegeben werden."

Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Gem.-Rath Hawranek: Was ist es mit meinem Fischjuden?

Bürgermeister: Das wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden. Die Erhebungen sind noch nicht abgeschlossen.

7. Herr Gem.-Rath Bärtl hat interpelliert wegen Herstellung einer transparenten Uhr an der Elisabethkirche.

Diesfalls habe ich die Ehre, folgendes mitzutheilen (liest):

„Nachdem sich die Beleuchtung der Kirchthurmuhren mit Gas im allgemeinen nicht bewährt, so wurde bereits bei einigen öffentlichen Uhren der Versuch mit elektrischer Beleuchtung gemacht. Bei der in Rede stehenden Uhr jedoch würden bei der bedeutenden Höhe des Zifferblattes über der Straße mindestens 20 Glühlampen zur genügenden Beleuchtung der beiden fraglichen Zifferblätter erforderlich werden. Die betreffenden Installationskosten sammt Nebenarbeiten würden zum mindesten die Summe von 2500 fl. erreichen. Die laufenden Betriebskosten wären mit rund 1000 fl. pro Jahr zu veranschlagen.

Das Bauamt ist der Ansicht, dass der Verkehr, wie er derzeit in der Alleegasse besteht, die Aufwendung so bedeutender Kosten für die Uhrbeleuchtung kaum rechtfertigen würde.

Wenn es sich darum handelt, den zum und vom Südbahnhofe fahrenden Passanten eine beleuchtete öffentliche Uhr zur Verfügung zu stellen, so könnte dies auf eine viel billigere Weise erreicht werden, indem die Anbringung einer öffentlichen Consoluhr, ähnlich wie jene am Franz Josefs-Quai bei Schönberger, verfügt wird. In diesem Falle würde die Herstellung einer derartigen Uhr, welche vielleicht am Gebäude der städtischen Schule Alleegasse 44 angebracht werden könnte, circa 600 fl. kosten und die jährlichen Betriebskosten würden den Betrag von 160 fl. nicht überschreiten. Mit Rücksicht auf das Vorausgeschickte kann das Bauamt die Genehmigung des Antrages des Herrn Bezirksvorstehers in der Form, wie er gestellt wurde, nicht befürworten."

Der Magistrat weist darauf hin, dass ein diesfälliges Ansuchen derzeit nicht in Verhandlung steht. Ich bitte um Mittheilung der Einläufe.

Schriftführer Gem.-Rath Kaiser:

8. Herr Gem.-Rath Leopold Seiler überreicht eine Zuschrift des Centralbureaus des österreichischen Gastwirteverbandes mit der Bitte um Übernahme der Gaswerke in die eigene Regie der Gemeinde Wien.

Die Zuschrift hat folgenden Wortlaut:

Verehrlicher Gemeinderath der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien!

Wir beehren uns ergebenst mitzutheilen, dass das Centralbureau des österreichischen Gastwirteverbandes in seiner am 13. Februar d. J. stattgefundenen Sitzung nach eingehender Erwägung aller einschlägigen Momente den einstimmigen Beschluss gefasst hat, an den verehrlichen Gemeinderath der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt im Interesse der Gas consumierenden Bevölkerung die Bitte zu richten, den Bau und Betrieb von Gaswerken in eigener Regie der Gemeinde durchzuführen und mit der Imperial-Continental-Gas-Association in keinerlei Verhandlungen bezüglich Übernahme der bestehenden Gaswerke eintreten zu wollen.

Wir bitten, der verehrliche Gemeinderath wolle diesen Beschluss geneigtest zur Kenntnis nehmen und wohlwollend berücksichtigen.

Mit dem Ausdrucke ganz vorzüglicher Hochachtung zeichnet

Für das Centralbureau des österreichischen Gastwirteverbandes.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Schriftführer Gem.-Rath Kaiser (liest):

9. Zuschrift des Brauherrenvereines von Wien und Umgebung.

Bürgermeister: Es ist dies unter Bezugnahme auf eine Interpellation, welche Herr Gem.-Rath Steiner vor einiger Zeit im Gemeinderathe eingebracht hat.

Schriftführer Gem.-Rath Kaiser (liest):

Hochgeehrter Herr Bürgermeister!

In der Gemeinderaths-Sitzung vom 25. Jänner d. J. hat Herr Gem.-Rath Steiner eine Interpellation überreicht, in welcher er die Behauptung aufstellt, dass dem Vernehmen nach von mehreren Wiener Brauereien das sogenannte Abzugbier ohne jeden Beisatz von Hopfen und Malz hergestellt werde.

Obgleich es wohl allgemein bekannt ist, dass die Erzeugung von Bier ohne Malz und Hopfen technisch überhaupt unausführbar ist, müssen wir doch annehmen, dass Herr Gem.-Rath Steiner, wenn er gegen eine Gruppe von Wiener Industriellen einen derartigen Vorwurf erhebt, selbst die — allerdings unter der Clausel „dem Vernehmen nach" — behauptete Fälschung nicht nur für möglich hält, sondern auch an deren Vorkommen glaubt. Da aber mit diesem Vorwurfe dem guten Rufe der Wiener Bier-Industrie in ganz ungerechtfertigter Weise nahegetreten wurde, so sieht sich der Brauherrenverein für Wien und Umgebung veranlasst, zu erklären, dass zur Erzeugung der Wiener Abzugbiere in sämmtlichen Wiener Brauereien ausschließlich Malz und Hopfen ohne jede Beimengung etwaiger Surrogate oder sonstiger Ingredienzien verwendet wird.

Die vom Herrn Gem.-Rathe Steiner verlangte Untersuchung der Wiener Biere haben wir somit nicht im mindesten zu fürchten, ja wir bitten vielmehr Sie, hochgeehrter Herr Bürgermeister, die angeregte Untersuchung der Wiener Abzugbiere durchführen zu lassen, da wir im voraus sicher sind, in der Ver-

öffentlichung der betreffenden Untersuchungsresultate die gründlichste Rechtfertigung und Genugthuung für die vom Herrn Gem.-Rathe Steiner erhobenen Beschuldigungen zu finden. Es sei hier nur noch erwähnt, dass die Erzeugung von Bier in der österreichisch-ungarischen Monarchie einer strengen finanzämtlichen Überwachung unterliegt und daher die Verwendung von Surrogaten schon aus diesem Grunde ausgeschlossen ist.

Was die Preise von Abzugbier anbelangt, welche Herr Gem.-Rath Steiner sowohl im Großhandel als auch im Kleinverschleiße als verhältnismäßig hohe bezeichnet, so erscheinen dieselben seit Jahren jeden Monat im Amtsblatte der Stadt Wien, und geht daraus hervor, dass die Verkaufspreise der Wiener Brauereien für Abzugbier die billigsten sind.

Weder in einem Orte Niederösterreichs, noch in einer Stadt Österreich-Ungarns oder irgendwo in der ganzen Welt werden zehn- bis elfgradige Biere bei gleicher Qualität und bei gleicher Besteuerung — die Verzehrungssteuer sammt communalen und sonstigen Zuschlägen beträgt circa vier Gulden per Hektoliter oder 45 bis 50 Percent des Wertes — zu so niedrigen Preisen in den Handel gebracht.

Bürgermeister: Dient zur Kenntnis.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich bitte um das Wort zur Geschäftsordnung.

Bürgermeister: Aber nicht zum Gegenstande, denn derselbe steht nicht in Verhandlung.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Das ist aber nach der Geschäftsordnung ausdrücklich zulässig. (Widerspruch.) Also ich bitte um das Wort zur Geschäftsordnung.

Bürgermeister: Ich bitte das Wort zu ergreifen.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich habe nicht genau verstehen können, was in diesem Schriftstücke geschrieben steht. Wenn aber vielleicht dieser Brief als Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Steiner zu betrachten ist, so muss ich mich dagegen entschieden verwahren. Es ist ja ganz erklärlich, dass die Brauer Wiens sagen werden, dass unser Abzugbier zu den ausgezeichnetsten Biergattungen gehört, die überhaupt auf der Welt vorkommen. Auch ist es ganz erklärlich, dass die Brauherren sagen, dass das Abzugbier ausschließlich aus Hopfen und Malz erzeugt werde. Auch ist es ganz erklärlich, dass sie sagen, das Abzugbier, das sie liefern, sei außerordentlich billig.

Es ist nur die Frage, ob das, was die Brauherren sagen, wahr ist. Darum würde ich den Herrn Vorsitzenden bitten, nichtsdestoweniger über die Interpellation des Gem.-Rathes Steiner die nöthigen Erhebungen zu pflegen und sohin dieselbe zu beantworten. (Zwischenrufe links.)

Bürgermeister: Ich bitte, Sie sind ja in der Lage, sich zum Worte zu melden. Ich ersuche, nicht immer dreinzureden. Das ist nicht in Ordnung.

Ich habe, als die Interpellation des Gem.-Rathes Steiner eingebracht worden ist, erklärt, dass ich darüber Erhebungen werde einleiten lassen. Das ist auch geschehen. Die Mittheilung der Brauherren habe ich deswegen der Versammlung zur Kenntnis gebracht, weil ich geglaubt habe, hiezu verpflichtet zu sein. Herr Gem.-Rath Steiner hat behauptet, das Abzugbier werde ohne Hopfen und Malz erzeugt, die Brauherren erklären, es werde mit Malz und Hopfen erzeugt. Herr Gem.-Rath Steiner erklärt, dass das Abzugbier zu theuer ist, die Brauer erklären, dass es unter den gegebenen Umständen billig sei. Das ist eine Rechtfertigung einer bedeutenden Industrie und ich glaubte, ich sei verpflichtet, diese Erklärung zur Kenntnis zu bringen. Es sollte damit nicht eine Erledigung der Interpellation des Gem.-Rathes Steiner, sondern einfach eine Kenntnisnahme seitens der Versammlung bezweckt werden.

Gem.-Rath Steiner (zur Geschäftsordnung): Ich bin erst zum Schlusse, als die Zuschrift verlesen worden ist, hereingekommen und habe gehört, dass die Brauherren behaupteten, es würde der Hektoliter mit 4 bis 5 fl. in den Handel gebracht.

Bürgermeister (unterbrechend): Das ist die Productionssteuer!

Gem.-Rath Steiner: Ah, pardon! Dann warte ich, bis die Interpellation beantwortet wird.

10. Bürgermeister: Wir kommen zur Tagesordnung. Fortsetzung der Verhandlung über den Hauptrechnungsabschluss für das Jahr 1893. (Referent Gem.-Rath Boschan tritt an den Referententisch.)

Wir kommen zu Gruppe III. Es hat sich hiezu niemand zum Worte gemeldet.

Die Commission stellt zur Gruppe III den Antrag:

„Der Magistrat wird beauftragt, eine Regulierung der seit dem Jahre 1885 nicht mehr revidierten Pachtzinse für Holz- und Lagerstätten vorzunehmen.

Herr Gem.-Rath Steiner schlägt einen Zusatz-Antrag vor:

„Es sei auch eine Regulierung der Zinse für die städtischen Gebäude vorzunehmen."

Gem.-Rath Gregorig: Da möchte ich auch beantragen, dass die städtischen Äcker, welche verpachtet sind, namentlich die Gründe beim Central-Friedhofe, einer Revision unterzogen werden.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Steiner hat bereits beantragt „Pachtgründe und städtische Gebäude" so lautet der Zusatz-Antrag. Nachdem keine Einwendung erfolgt (niemand meldet sich), glaube ich, annehmen zu können, dass Gruppe III angenommen ist.

Gruppe IV. Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Gruppe V. Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Da beantragt Herr Gem.-Rath Steiner zum Sicherheitswesen, betreffend die auf Grund des Landesgesetzes vom 10. December 1882 von den 17 Versicherungsgesellschaften zu den Kosten des Wiener Feuerlöschwesens entrichteten 2percentigen Beiträgen:

„Der Gemeinderath wolle beschließen, es sei an den Landtag, beziehungsweise an den Landesausschuss, das Ersuchen zu richten, das Landesgesetz, betreffend die Beiträge der Versicherungsanstalten zu den Kosten des Wiener Feuerlöschwesens, dahin abzuändern, dass die Beiträge in das richtige Verhältnis zu den Auslagen gebracht werden."

Zur Gruppe V wünscht niemand das Wort? Angenommen.

Diejenigen Herren, welche mit der Zuweisung des Zusatz-Antrages Steiner an den Stadtrath einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ist die Majorität. Angenommen.

Gruppe VI. Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Gruppe VII. Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Gruppe VIII. Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Gruppe IX, „Armenwesen". Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Hiezu ein Zusatz-Antrag des Herrn Gem.-Rathes Steiner:

„Der Magistrat wird beauftragt, dem Gemeinderathe zu berichten, wie hoch sich die Kosten der Verpflegung und Bequartierung einschließlich der Verwaltungsauslagen per Kopf in den Versorgungs-

anstalten in Mauerbach, Liesing und Ybbs, ferner in den Armenhäusern der ehemaligen Vororte belaufen."

Die Commission beantragt:

„Die Commission zur Prüfung des Zustandes der städtischen Waisenhäuser habe der Höhe der Verpflegsgebür für die städtischen Waisenhauszöglinge, speciell jene des V. städtischen Waisenhauses, ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden."

Gegen die Gruppe ist keine Einwendung erhoben worden. Dieselbe ist angenommen.

Die Herren, welche mit der Zuweisung des Antrages Steiner an den Stadtrath einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Majorität; angenommen.

Diejenigen Herren, welche mit der Zuweisung des Commissions-Antrages einverstanden sind, bitte ich gleichfalls, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Gruppe X. Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Gruppe XI. Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Bei Gruppe XI ist ein Antrag der Commission bezüglich der Anschaffung von Lernmitteln für arme Kinder (liest):

„Der Magistrat wird mit Rücksicht auf die enorme Auslage für Anschaffung von Lernmitteln für arme Schulkinder aufgefordert, zu berichten, ob nicht durch Schaffung einer Centralstelle für die Ausgabe dieser Lernmittel oder auf andere Weise eine Ersparung erzielt werden könnte."

Ich bitte, diejenigen Herren, welche mit der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Wir kommen zu Gruppe XII.

Gem.-Rath Trambauer: Es handelt sich da, meine Herren, um den Einquartierungsfond. Im Jahre 1866 ist der Einquartierungsfond passiv geworden und musste aus den eigenen Geldern der Gemeinde 87.000 fl. aufnehmen. Im Jahre 1887 ist er schon wieder activ, und zwar mit 20.000 fl. Dann ist das Vermögen gestiegen, und zwar im Jahre nahezu um 100.000 fl. Vor acht Jahren war der Militär-Einquartierungsfond schon bei einem Vermögen von nahezu einer Million. Ich habe beim Rechnungsabschlusse des Jahres 1892 darauf hingewiesen, dass der Militär-Einquartierungsfond entschieden im Nachtheile ist, wenn die Fructificierung zu Gunsten der Gemeinde und nicht zu Gunsten dieses Fondes vorgenommen wird. Im Jahre 1892 hatte der Militär-Einquartierungsfond die Höhe von 1,397.334 fl. 20½ kr., Ende 1893 ist er auf 1,427.445 fl. gestiegen. Wenn der Fond schon im Jahre 1892 fructificiert worden wäre, und zwar zu Gunsten des Fondes, so wäre das ein Zuwachs von über 55.000 fl. gewesen, und wenn die Fructificierung im Jahre 1893 vorgenommen worden wäre, so hätte sich ein Zuwachs von über 57.000 fl. herausgestellt, mithin für diese zwei Jahre ein Betrag von genau 114.131 fl. Ich erblicke darin eine entschiedene Schädigung des Einquartierungsfondes, und zwar aus folgendem Grund. Wenn einmal eine starke Einquartierung stattfinden und der Fond passiv wird, so müssten die Hauseigenthümer mehr bezahlen, respective die geliehenen Gelder an die Gemeinde rückerstatten. Schon im Jahre 1892 habe ich beim Rechnungsabschlusse den Antrag gestellt, dass die Fructificierung zu Gunsten des Einquartierungsfondes erfolge, und ich erlaube mir daher, an den Herrn Referenten die Anfrage zu stellen, was der Stadtrath in dieser Angelegenheit gethan hat.

Referent: Mit diesem Einquartierungsfonde hat es gewisse Schwierigkeiten, namentlich in Bezug auf die rechtliche Natur desselben. Dieser Einquartierungsfond hat sich, wie der Herr Vorredner ganz richtig sagte, dadurch angesammelt, dass diejenige Gebür, welche von den Hausherren gleichzeitig mit anderen Zinsumlagen eingehoben wurde, eine größere war, als zu eigentlichen Einquartierungsauslagen verwendet worden ist; infolge dieser Überschüsse hat er sich also angesammelt. Diese Einquartierungsumlage ist also, im Gegensatze zu den anderen Umlagen, die die Gemeinde von den Hauseigenthümern einhebt, eine solche, die nicht für allgemeine Gemeindeauslagen verwendet, sondern speciellen Zwecken zugeführt wird.

Nun existieren außer dem Einquartierungsfonde, welcher sich in den alten zehn Bezirken angesammelt hat, auch in den Vororten — wenigstens in zwei Vororten — solche Fonde, die einstweilen als Depositen in unseren Cassen liegen. Es wird sich, nachdem alle neunzehn Bezirke gleichmäßig verwaltet werden müssen, zunächst darum handeln, vorerst entweder eine rechtliche Auseinandersetzung oder einen billigen Vergleich zwischen den einzelnen Fonds dadurch herzustellen, dass nur mehr ein Einquartierungsfond für alle neunzehn Bezirke existieren wird. Diesbezüglich läuft ein Referat im Stadtrathe, welches aber noch nicht zur Erledigung gekommen ist.

Was die Frage der Verzinsung anbelangt, so würde, wenn die Verzinsung angesprochen werden würde, die Gemeinde in die Lage kommen, die Verwaltungs- und Einhebungskosten des Fondes und eventuell nicht bloß die Barauslagen, welche für die Einquartierung sind, sondern auch die entsprechende Tangente, welche unsere Beamten kosten, die in dieser Beziehung engagiert sind, auch dem Fonde zur Last zu schreiben, und es ist die Frage, ob der Fond besser darauskommen würde, als wenn er die Verzinsung gegen diese Lasten null gegen null aufgehen lässt. Die Frage wird untersucht werden, und ich bitte den Herrn Vorredner, sich zu gedulden. Es wird nicht lange Zeit dauern, bis das Referat vor den Gemeinderath kommt und diese Frage in aller Ruhe wird ausgetragen werden können.

Gem.-Rath Trambauer (fortfahrend): Der Herr Referent hat uns mitgetheilt, dass auch in den Vororten derlei Fonds bestehen. Durch Einverleibung der Vororte mit Wien existieren diese Fonds nicht mehr separat. (Rufe: O ja!) Nun, dann müssen sie doch fructificiert werden, wenn sie auch separat verwaltet werden. Was aber die Verwaltung an und für sich anbelangt, so ist das wenig, ein Minimum.

Es kann sich hier um nichts anderes als um Vorschreibung der Einquartierungsgelder auf den Steuerbögen handeln. Das ist eine gerade Rechnung, $^1/_{10}$ kr. von 1 fl. Da gibt es nicht viele Auslagen. Ich erlaube mir noch zu bemerken, dass, wenn selbst die Gemeinde für ihre Arbeit entlohnt werden soll, was ich recht und billig heiße, höchstens der Betrag von 3- bis 4000 fl. herauskommt. Die Krankencassa, respective die Dienstboten-Krankencassa macht der Gemeinde Wien bedeutende Arbeiten, und wird dieselbe nur mit einem Betrage von 8000 fl. entschädigt. Dann möchte ich auch auf die Vorspanne hinweisen. Die Vorspanne müssen auch die Pferdeinhaber tragen, und alle Jahre hat die Gemeinde Wien ein paar tausend Gulden Nutzen. Und wenn Sie die Canalräumergebüren betrachten, die auch der Realbesitz tragen muss, so

erwächst auch daraus der Gemeinde Wien ein Nutzen und kein Schaden, trotzdem sie auch diese vorschreiben muss.

Ich möchte mir nochmals den Antrag zu stellen erlauben, dass der Fond fructificiert wird zu Gunsten des Realbesitzes, und dass der Stadtrath ehestens darüber Bericht erstatte. Ich hoffe, dass es nicht zwei Jahre dauern wird, wie bisher.

Gem.-Rath Purscht: Ich wollte dieselbe Angelegenheit zur Besprechung bringen, die bereits der Herr Referent beantwortet hat. Es freut mich, dass er erklärte, dass von diesen Militär-Einquartierungsfonds Depots erliegen. Ich kann mich aber erinnern, dass vor vier Jahren bereits interpelliert worden ist, was eigentlich mit diesen Geldern geschehen soll. Vier Jahre schon ist die Angelegenheit hinausgezerrt worden, und ich glaube, es werden noch Decennien vergehen, ohne dass wir erfahren, was mit diesen Fonds geschieht.

Ich mache die Herren darauf aufmerksam, dass diese Fonds von den Gemeinden vollständig separat verwaltet wurden, und dass die früheren Vertreter erklärten, dass, wenn die Gemeinde Geld gebraucht hat, man zwar das Geld aus dem Fond herausgenommen, dasselbe aber wieder an den Fond ersetzt hat.

Es ist also die Annahme vollständig gerechtfertigt, dass er nur als eine Einlage der Hausbesitzer für die etwaigen Kosten und nie als Gemeindegut hat betrachtet werden können.

Es sind an uns Vertreter speciell von den Hausherren schon so viele Anfragen bezüglich des Fondes gerichtet worden, dass wir uns immer in einer merkwürdigen Verlegenheit befanden, wenn wir diese Anfragen beantworten sollten. Es ist auch für uns Vertreter sehr schwer, wenn sich eine solche Frage so lange hinauszieht, wenn sie in vier Jahren noch nicht beantwortet werden kann, in der Gemeindestube etwas zu leisten. Es ist die Frage aufgeworfen worden, was mit diesem Fonde überhaupt geschehen könnte. Ich glaube, das Problem wäre ganz einfach zu lösen.

Die Hausherren begnügen sich vollständig mit dem, wenn sie durch Jahre hindurch von dieser Belastung, die heute zwar nur ein Zehntel Kreuzer vom Gulden beträgt, befreit werden, insolange, als dieser Fond aufgewendet ist. Ich erlaube mir auch zu der betreffenden Post dieser Gruppe den Antrag zu stellen, es sei der XVII. Bezirk insolange von der Abgabe zu befreien, bis dieser Betrag aufgewendet ist und ich bitte, diesen Antrag anzunehmen.

Gem.-Rath Josef Grünbeck: Ich erlaube mir an die Rede des geehrten Vorsprechers anzuknüpfen. Im Monate October 1892 wurde von Seite des Hausherrenvereines ein Promemoria durch den Obmann überreicht. Ich habe mir erlaubt, ein Jahr darauf, am 17. September 1893 eine Interpellation einzureichen. Es hat damals der Herr Bürgermeister Dr. Prix erklärt, dass diese Angelegenheit bereits im Magistrate erledigt ist und im Stadtrathe demnächst zum Referate kommt und in kürzester Zeit — er hat hinzugesetzt vielleicht in einem Monate — im Gemeinderathe darüber referiert werden wird. Ich würde bei dieser Gelegenheit den Herrn Bürgermeister ersuchen, dass es auch nicht bei den Anregungen der beiden Versprechen wieder 15 Monate dauern möge ohne dass man irgendein Wort darüber hört.

Bürgermeister: Ich kann erwidern, dass diese Berichterstattung mit besonderen Schwierigkeiten verbunden ist, weil die Rechtsfrage eine höchst complicierte ist. Ich kann mich über die Details nicht aussprechen, aber es wird davon die Rede sein, es wird ja referiert werden.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Ich habe soeben vom Herrn Bürgermeister vernommen, dass diese wichtige Frage eine sehr complicierte ist, ich weiß nicht wie, aber ich weiß und kann genau nachweisen, dass dieser Fond von den Steuerträgern separat gegründet worden ist. Ich weiß nicht, warum man denjenigen, die den Fond gegründet und die ihn auf 56.000 fl. gebracht haben, nicht entgegenkommen kann und nicht sagt: Ihr habt einen Fond, insolange seid ihr unbedingt befreit von der Zahlung der Einquartierung. Es ist doch nothwendig, dass derlei Fragen endlich entschieden werden, dass sie nicht immer mitgeschleppt werden und die Steuerträger immer fleißig zahlen müssen. Es wäre nur recht und billig, wenn wir verlangen, es solle demnächst wenigstens bei der Budgetberathung diese Frage schon entschieden sein. Gar so schwer dürfte es nicht sein, Herr Bürgermeister, aber bei uns herrscht leider dieses langsame Tempo vor; da wird weiß Gott wohin geschrieben, aber nicht an den richtigen Ort und dadurch werden solche Angelegenheiten verzögert. Ich bitte, dass diese Frage bald zur Entscheidung kommt.

Bürgermeister: Die Debatte ist geschlossen. Wünscht der Herr Referent eine Bemerkung zu machen? (Derselbe verzichtet.) Gegen Gruppe XII ist eine Einwendung nicht erhoben worden, ich erkläre dieselbe für genehmigt.

Herr Gem.-Rath Kaspar hat in der Generaldebatte den Antrag gestellt: „Der Gemeinderath beschließt, rücksichtlich der Verköstigung der Civil-Assent-Commissionsmitglieder mit dem Restaurateur eine Vereinbarung im Pauschalbetrage einzuleiten und zwar mit Beginn vom 1. März d. J.; ferner seien den Herren Gemeinderäthen als Mitgliedern dieser Commission die normalmäßigen Diäten zuzuerkennen." Dieser Antrag wäre dem Stadtrathe zur Vorberathung zuzuweisen. Die Herren, welche mit der Zuweisung einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Es ist die Minorität. (Rufe: Die Majorität!) Es wird ein Zweifel laut; ich bitte die Herren, welche mit der Zuweisung einverstanden sind, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Jetzt ist es die Majorität. Angenommen.

Herr Gem.-Rath Trambauer hat den Antrag gestellt, es sei der Militär-Einquartierungsfond zu Gunsten des Realbesitzes zu fructificieren. Auch dieser Antrag wäre dem Stadtrathe zur Vorberathung zuzuweisen. Die Herren, welche mit der Zuweisung einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Es ist die Majorität.

Dann hat Herr Gem.-Rath Purscht den Antrag gestellt, es sei der XVII. Bezirk insolange von der Abgabe zum Einquartierungsfonde zu befreien, als der aufgesammelte Betrag zur Deckung dieser Last ausreicht.

Auch dieser Antrag wäre dem Stadtrathe zur Vorberathung zuzuweisen. Die Herren, welche damit einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Damit ist diese Gruppe erledigt.

Gruppe XIII. Wünscht jemand zu dieser Gruppe das Wort? (Niemand meldet sich.) Eine Einwendung wird nicht erhoben; ich erkläre daher diese Gruppe für angenommen.

Hiemit ist der Rechnungsabschluss erledigt.

Jetzt kommen die Zuschusscredite; hiezu wünscht Herr Gem.-Rath Steiner das Wort.

Gem.-Rath Steiner: Meine Herren! Ich habe mich zum Worte gemeldet, um die kolossalen Überschreitungen der einzelnen Posten in Kürze zu besprechen. Es ist das insbesondere bei der Überschreitung der Kosten für die Erhaltung der communalen Gebäude der Fall. Es ist sehr bedauerlich, dass der Stadtrath

bei Vergebung von Arbeiten an die Contrahenten sich nicht so weit es möglich ist, an die Offerenten der Bezirke gehalten hat. Im XIX. Bezirke war diesmal der Fall, dass wir einen Schlosser aus dem XVII. Bezirke haben, und jetzt haben wir wieder einen Spengler aus dem XVII. Bezirke bekommen; nachdem doch diese Arbeiten größtentheils in eigener Regie durchgeführt werden, ist es zweifellos, dass, wenn auch der betreffende Offerent um einige Percente mehr Nachlass bietet, sich doch die Sache immer noch vertheuern wird. Ich bin in der Lage, Ihnen einen Fall anzuführen, welcher dafür charakteristisch ist, wie Contrahenten, welche viel nachlassen, mit der Commune verfahren.

In ein Schulhaus im XIX. Bezirke kam ein Abgesandter des Baumeisters zum Schuldiener und legte demselben einen Ausweis vor, welchen der Schuldiener bestätigen sollte, wonach ein Maurer sechs Tage in der Schule gearbeitet und das nöthige Material dazu beigestellt habe. Der Schuldiener verweigerte die Unterschrift, und am nächsten Tage sandte der Betreffende einen zweiten Ausweis, worin er nur $2^1/_2$ Tage forderte, was der Schuldiener auch bestätigte. Sie sehen also, wie bedauerlich es ist — und das wurde schon wiederholt ausgesprochen, dass sich der Stadtrath immer auf den Standpunkt stellt, dass derjenige vertrauenswürdig sei, welcher am meisten nachlässt. Ich muss dies umsomehr bedauern, weil jetzt nach Einverleibung der Vororte unsere Geschäftsleute, welche bisher reell und zur Zufriedenheit der Gemeinde gearbeitet haben, nahezu ausgeschlossen sind.

Mit dem Spengler hat es überhaupt eine eigene Bewandtnis. Was soll denn der Mann machen, wenn etwa durch einen Sturm große Schäden an communalen Gebäuden entstehen? Wie soll z. B. ein Ziegeldecker, der sechs Bezirke unter sich hat, wenn ein Elementar-Ereignis eintritt, den Anforderungen der Gemeinde nachkommen?

Es wäre bedeutend besser gewesen, wenn diese Frage zuerst erledigt worden wäre, und es wird auch die Zeit kommen, wo das decentralisiert werden muss, wo über die betreffenden Geschäftsleute die Bezirksausschüsse einvernommen und dieselben gefragt werden müssen, wer der vertrauenswürdigste ist, wo auch von den Bezirksämtern an den Stadtrath über die Vertrauenswürdigkeit wird berichtet werden müssen.

Es liegt durchaus nicht im Interesse der Gemeinde, wenn sie durch Nachlass einiger Percente einen Contrahenten bekommt, der entweder nicht reell ist oder seinen Verpflichtungen nicht jederzeit nachkommt.

Es ist zweifellos, dass derartige Überschreitungen vorkommen müssen, und es ist auch sehr schwer für das Bauamt. Das Bauamt arbeitet heute sehr schwer. Ich habe diese Sachen eingehend geprüft, und gefunden, dass das Bauamt sich darüber beklagt, dass der Stadtrath stets den Billigsten, aber nicht den Vertrauenswürdigsten nehme.

Die zweite Post sind die Bezüge des Straßensäuberungs-Personales. Ich habe schon in der Generaldebatte die Sache gestreift, und Herr Dr. Klotzberg hat mir zugerufen, ich wünsche eine Verminderung des Straßensäuberungs-Personales auf Kosten der armen Leute. Herr Dr. Klotzberg, das wünsche ich durchaus nicht, gewiss nicht, aber eine Verminderung des Personales im allgemeinen, denn die betreffenden Arbeiter werden sich wo anders auch ihr Brot verdienen können. Es ist jetzt soweit, dass bei uns Leute, kräftige Leute, die früher in Weingärten gearbeitet haben und im Alter von 35 bis 45 Jahren stehen, mit Rücksicht darauf, auch wenn sie arbeitsfähig sind, sich bei der Gemeinde als Arbeiter aufnehmen lassen. Sie arbeiten um 1 fl. pro Tag, weil sie so den ganzen Tag faulenzen können. Es liegt im Interesse der Gemeinde, dass das abgestellt werde. Ich habe zu wiederholtenmalen darauf hingewiesen, dass in den ehemals selbständigen Gemeinden, wo früher zwei bis drei Arbeiter angestellt waren, jetzt Jahr für Jahr sechs, sieben, zehn und elf Arbeiter beschäftigt werden. Das lässt sich ja reducieren. Ich habe schon zu wiederholtenmalen darauf hingewiesen, dass es keinen Sinn hat, im Gebirge das Laub zusammenzukehren oder ungepflasterte Gebirgsstraßen kehren zu lassen. Das liegt im Interesse der Gemeinde und ist keine Schädigung der betreffenden armen Leute.

Es findet auch eine Überschreitung der Fuhrwerkskosten statt. Ich würde den Herrn Bürgermeister bitten, wenn etwas vom XIX. Bezirke hereinkommt, sich darüber unterrichten zu lassen. Man hat Schotter, welchen das Bauamt gekauft hat, nach Ober-Döbling in die Obkirchergasse geführt, und wie der Schotter dort gelegen ist, ist am zweiten Tage derselbe Kutscher mit demselben Fuhrwerke gekommen und hat den Schotter wieder weggeführt, weil sich herausgestellt hat, dass dort die Wasserleitung gelegt wird.

Man hat zuerst von dem Contrahenten den Schotter übernommen, und als er übernommen war, ist der Contrahent, welcher die Fuhrwerksleistung im Bezirke zu verrichten hat, gekommen, hat aufgeladen und fortgeführt, weil der Schotter dort nicht zu verwenden war, weil er zu grob war.

Das muss doch das Bauamt oder der Bezirksvorsteher, welcher den Schotter bestellt, wissen, ob die Qualität des Schotters mit Rücksicht auf die Straße verwendbar ist oder nicht.

So schaut es in den einzelnen Bezirken aus, denn das ist nicht bei uns allein, sondern auch anderwärts. Da muss strenge Controle geübt werden, sonst werden wir jedesmal derartige Überschreitungen zu bewilligen haben.

Ich finde auch eine Post bezüglich der Jagdpachte. Es ist ja mit Rücksicht darauf, dass von Seite der Gemeinde Flurschützen eingeführt worden sind, erklärt worden, dass die Grundbesitzer auf die Jagdpacht zu Gunsten der Gemeinde verzichten. Bei uns ist es so.

Ich werde mir daher vielleicht den Antrag zu stellen erlauben, dass der Magistrat beauftragt werde, sich mit den betreffenden ins Einvernehmen zu setzen, dass sie auch für die Zukunft keinen Jagdpacht verlangen, weil wir ja die Flurschützen aufgenommen haben, welche bedeutende Kosten verursachen.

Auch bezüglich der Rechnungen der Contrahenten muss ich einiges bemerken. Es hat kürzlich eine Versammlung städtischer Contrahenten stattgefunden, und diese haben sich darüber beschwert, dass sie oft jahrelang die Restsummen in ihren Rechnungen nicht bekommen oder dass es oft 1 bis $1^1/_2$ Jahre dauert, bis die Rechnungen zur Zahlung angewiesen werden.

Ich erinnere mich noch ganz genau, als Herr College Frauenberger einmal bezüglich dieser Angelegenheit interpelliert hat, ihm die Mittheilung gemacht wurde, wie eben alle Interpellationen beantwortet werden, dass das nicht so richtig sei.

Bei mir war ein Contrahent eines Bezirkes, welcher gegenwärtig die Arbeiten nicht mehr hat. Derselbe hat noch Rechnungen vom Jahre 1891 laufen, ebenso vom Jahre 1892.

Ich könnte Ihnen verschiedene solche Posten und Fälle anführen. Das geht nicht, meine Herren. In die Verträge, welche

man mit den Contrahenten abschließt, schreibt man hinein, wenn er binnen vier Wochen nicht die Rechnungen gelegt hat, wird er bestraft; aber seine Gelder weist man ihm jahrelang nicht an. Das geht absolut nicht, weil die Geschäftsleute ihr Geld brauchen; an Geldüberschuss leidet heute gar kein Gewerbetreibender. Vielleicht gibt es Contrahenten, die reich sind, aber auch diese werden sich jedenfalls um ihre Kreuzer wehren.

Ich würde also bitten, dass mindestens jene Contrahenten, welche seit dem Jahre 1891 Rechnungen laufen haben, ihr Geld bekommen, und dass sie auch, wenn sie nicht mehr Contrahenten der Gemeinde sind und gegenüber derselben keine Verpflichtungen haben, raschest ihr Geld erhalten.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (den Vorsitz übernehmend): Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet; die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort.

Referent: Was die Klagen betrifft, die der unmittelbare Herr Vorredner eingebracht hat, so sind sowohl der Herr Bürgermeister als die Herren Beamten der Buchhaltung und des Magistrates anwesend, und sie werden gewiss bestrebt sein, diesen Übelständen, insofern solche wirklich bestehen, abzuhelfen.

Der Antrag geht dahin: „Der im Jahre 1893 erforderliche Ergänzungscredit im Betrage von 1,130.355 fl. 3 kr. werde bewilligt.

Nachdem die einzelnen Gruppen bereits durchgenommen worden sind, erscheint dieser Antrag bereits erledigt.

Es ist noch ein Antrag von früher nicht zur Abstimmung gekommen. Ad Gruppe I wurde ein Antrag von Seite der Budget-Commission gestellt:

„Der Magistrat wird beauftragt, sich mit der Genossenschaft der Wiener Gastwirte und jener der Wiener Kaffeesieder, sowie mit dem Verbande der österreichischen Gastwirte zu dem Zwecke in das Einvernehmen zu setzen, damit das Amtsblatt der Stadt Wien möglichste Verbreitung in den Gasthaus- und Kaffeehauslocalitäten finde."

Zu diesem Antrage hat Herr Gem.-Rath Bärtl den Zusatz-Antrag gestellt, dass das Abonnement auch nicht bloß von Quartal zu Quartal, sondern jederzeit erfolgen könne, weil er der Meinung ist, dass dies der Verbreitung des Blattes förderlich sei.

Ich habe gegen diesen Antrag nichts einzuwenden und bitte, denselben anzunehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bringe zur Abstimmung Punkt 1 aus der gedruckten Vorlage, welcher sich bezieht auf den Ergänzungscredit per 1,130.355 fl. 3 kr. Die Herren, welche diesem Antrage zustimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Ich bringe weiters zur Abstimmung aus der lithographierten Vorlage ad Nummer 286, ad Gruppe I, den Auftrag an den Magistrat bezüglich des „Amtsblattes" mit dem Zusatz-Antrage Bärtl, dass jederzeit mit dem Abonnement begonnen werden könne. Die Herren, welche zustimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Herr Gem.-Rath Steiner hat einen Antrag gestellt, welcher sich bezieht auf einen Fonds zur Errichtung einer neuen Kinderbewahranstalt. Es wird darin die Erledigung durch den Magistrat urgiert. Es wird an den Magistrat der bezügliche Auftrag zur Erledigung dieser Angelegenheit gegeben werden.

Herr Gem.-Rath Steiner hat den Antrag gestellt, der Magistrat möge sich mit den Grundeigenthümern ins Einvernehmen setzen, dass dieselben sämmtlich auf die Jagdpacht-Quote, welche für die einzelnen Grundbesitzer entfällt, verzichten, wogegen die Gemeinde die Kosten der Flurwächter übernehme.

Ich bitte jene Herren, welche der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Punkt 2 der gedruckten Vorlage ist erledigt, denn der Gemeinderath hat den Rechnungsabschluss genehmigt, damit ist die Angelegenheit erledigt.

Beschluss: 1. Die für das Jahr 1893 noch erforderlichen Ergänzungscredite im Betrage von 1,130.355 fl. 3 kr. (laut Verzeichnis Seite 266 des Bandes „Erläuternde Bemerkungen") werden bewilligt.

2. Der Rechnungsabschluss pro 1893 wird genehmigt.

11. (854.) **Referent Bürgermeister Dr. Grübl:** Wie den Herren bekannt ist, wurde seinerzeit eine Marktordnung für die Großmarkthalle beschlossen und ein wesentlicher Punkt dieser Marktordnung war die Trennung des En gros-Verkehres vom Detailverschleiße. Diese Bestimmung der Marktordnung hat die Genehmigung der Statthalterei nicht gefunden, die Statthalterei hat erklärt, sie sei im Principe mit dieser Maßregel einverstanden, sie hält jedoch den Zeitpunkt für die Durchführung dieser Maßregel nicht für gekommen wegen der in der Großmarkthalle derzeit bestehenden Verhältnisse, wobei insbesondere oder eigentlich ausschließlich auf die Unzulänglichkeit der dortigen Raumverhältnisse hingewiesen wird. Infolgedessen wurde gegen diese Erledigung der Statthalterei der Recurs an das Ministerium ergriffen. Das Ministerium hat in gleicher Weise entschieden, wie die Statthalterei. Es hat sich nun um die Frage gehandelt, ob gegen diese abweisliche Erledigung des Ministeriums die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen sei. Nach dem Gesetze ist die Gemeinde in diesem Falle nicht in der Lage, eine Beschwerde zu ergreifen, weil es vollständig in das Ermessen der Behörden gelegt ist, ob sie die Durchführung einer solchen Maßregel derzeit für angezeigt halte oder nicht. Man kann nicht sagen, dass die Behörde, wenn sie der einen oder der anderen Ansicht beitritt, damit ein bestehendes Gesetz verletze. Mit Rücksicht darauf hat der Stadtrath beschlossen, von der Ergreifung einer Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof in dem vorliegenden Falle Umgang zu nehmen, und ich bitte, dies genehmigend zur Kenntnis zu nehmen.

Gem.-Rath Steiner: Meine Herren! Ich habe mich mit Rücksicht darauf zum Worte gemeldet, dass, als diese Angelegenheit zum erstenmale discutiert wurde, sofort nach Eröffnung der Debatte der Schluss derselben beantragt wurde, so dass es seinerzeit nicht möglich war, das hervorzuheben, was ich heute hervorzuheben mir erlauben werde.

Ich habe, meine Herren, hier den Bericht des „Wiener Tagblatt" vom 7. November 1894, worin über die Conferenz berichtet wird, welche bei Sr. Excellenz dem Herrn Statthalter stattgefunden hat und bei welcher der Herr Bürgermeister, Herr Sectionschef Baron Erb, Herr Sectionsrath Sperk vom Ministerium des Innern, Herr Statthaltereirath Graf Khuenburg und Herr Marktdirector Kainz anwesend waren. Ich habe mich ausschließlich deswegen zum Worte gemeldet, um über die vom Herrn Marktdirector Kainz dort abgegebenen Erklärungen mit Rücksicht auf

die thatsächlichen Verhältnisse am Wiener Fleischmarkte einiges zu bemerken.

Als heuer beim Schwender die Fleischhauer-Versammlung abgehalten wurde, war ich der Meinung, dass zu einer solchen Versammlung in einer so wichtigen Frage die maßgebenden Factoren erscheinen würden, um dort das zu widerlegen, was von Seite der Fleischhauer angeführt wird. Bedauerlicherweise ist niemand gekommen. Es gehörten hin die berufenen Organe, der Herr Marktdirector Kainz und Herr Magistratsrath Siegl als Vertreter des Magistrates; es wäre auch gut gewesen, wenn der Herr Bürgermeister dort gewesen wäre, und vielleicht wäre es gut gewesen, wenn auch Se. Excellenz der Herr Statthalter sich eingefunden hätte.

Nun, meine Herren, wenn man diesen Artikel liest und die Beschwerden, die gegen die Fleischhauer erhoben werden, prüft, und überhaupt alles, was sich bis jetzt in der Fleischfrage abgespielt hat, betrachtet, so drängt sich einem die Überzeugung auf, dass entweder der Szeps die Idee Sr. Excellenz des Herrn Statthalters oder Se. Excellenz der Herr Statthalter die Idee des Szeps vertritt. Wenn man aber den ganzen Gang der Fleischfrage betrachtet, so weiß ich nicht, ob Szeps schon Hofrath im Ministerium ist, dass man so auf alles eingeht, was von Seite des „Wiener Tagblatt" propagiert wird. Der Marktdirector hat in dieser Enquête erklärt, die Fleischpreise und die Fleischtheuerung in Wien seien nicht gerechtfertigt; es wäre trotzdem zuviel Mastvieh auf dem Wiener Markte. Ein Beweis dafür sei, dass heuer über 20.000 Stück für Wien angekauft worden seien. So seien am 29. October über 800, am 5. dieses Monats über 400 Ochsen unverkauft geblieben. Es mag das darauf zurückzuführen sein, dass die Marktordnung vorschreibt, dass jedes Vieh in seiner Race, das einmal ausgefüttert ist, auch zum Mastvieh gezählt wird. Ich habe mich zu wiederholtenmalen überzeugt, dass Vieh in der Abtheilung für Mastvieh steht, das absolut nicht als Mastvieh bezeichnet werden kann, das aber mit Rücksicht auf die bestehende Marktordnung als solches gilt; und solches Vieh kaufen die Fleischhauer nicht, weil es nicht Mastvieh, sondern weil es bosnisches Vieh ist — ich habe das an Ort und Stelle gesehen. Dieses Vieh ist nicht einmal für einen „Ausbeinler" recht zu verwerten. Es wurde auch von Seite des Herrn Grafen Khuenburg gesagt, dass sich die Wiener Fleischhauer gewöhnen sollen, das bosnische Vieh zu kaufen.

Nun, meine Herren, ich würde glauben, dass man dem Herrn Grafen Khuenburg den Rath geben sollte, selbst das bosnische Fleisch zu essen, wenn er schon uns zumuthet, dieses geringwertige Fleisch von schlecht gefütterten Thieren zu essen. Se. Excellenz der Statthalter trat in der damaligen Besprechung mit großer Wärme für die Decentralisation des Wiener Marktes ein. Ich werde mir erlauben, dann noch darauf kurz zurückzukommen. Ich bedauere, im vorhinein erklären zu müssen, dass der Marktdirector, welcher die traurigen Verhältnisse des Wiener Fleischhauergewerbes kennt, eine diesbezügliche Erklärung abgeben konnte, und als er ernannt wurde, war ich der Meinung, dass sich eine Besserung der corrupten Zustände des Wiener Central-Viehmarktes herbeiführen lasse. Ich habe es unverhohlen bei der vorjährigen Budgetdebatte gesagt. Leider ist nichts geschehen. Leider ist mit Rücksicht auf die Anträge des Herrn Collegen Seiler wegen Errichtung eines Marktamtes noch gar nichts geschehen, und wenn ich nicht irre, gab der Herr Bürgermeister kürzlich die Erklärung ab, dass er an die Errichtung eines Marktamtes nicht denke. Der ganze Karren der Fleischversorgungsfrage wird überhaupt verfahren. Man weist diese Frage der Handels- und Gewerbekammer zu. Es wird aber doch niemand behaupten wollen, dass diese für den Stand der Kleingewerbetreibenden und für den Mittelstand überhaupt eine Freundschaft hegt. Es wird diese Angelegenheit der Landwirtschafts-Gesellschaft zugewiesen, und wenn Sie den gestrigen Sitzungsbericht derselben lesen, so werden Sie darauf kommen, dass sich die Großgrundbesitzer um ihre Angelegenheiten sehr kümmern und den Fleischhauern die Schuld an der gegenwärtigen Fleischtheuerung geben.

Diese Enquêten sind überhaupt nutzlos. Die Zustände am Wiener Fleischmarkte sind schuld.

Was die Cassen anbelangt, so muss ich sagen, dass der Zinsfuss zu hoch ist. Auch die Berechnung der Regie ist zu hoch. Alles sollte geändert werden. Darüber wurde hier schon öfter gesprochen.

Bezüglich der Überfütterung lamentieren die Vertreter der Bauernschaft in der Landwirtschafts-Gesellschaft, dass das Futter so theuer ist.

Das geben aber die Herren Landwirtschafttreibenden draußen außerhalb Wiens nicht zu, dass sie 100 kg Schrot um 20 fl. kaufen, den Ochsen anfüttern und ihn dann um 64 bis 68 fl. an unsere Fleischhauer verkaufen. Da profitieren sie auch. Darüber sich zu beklagen, dass das zu theuer ist, ist nur von dem Standpunkte richtig, dass nicht der Ochs, welcher zwei Tage hier eingestellt wird, gerade mit dem theuersten Futter zu füttern ist. Es würde auch ein billigeres Futter thun; weil man, wenn ein Ochs zum Schlachten gebracht wird, ihn nicht mehr zu mästen braucht. Wie ist es in Deutschland? Wenn ein Ochs auf den Schlachtviehmarkt kommt, bekommt er kein kräftiges Futter, sondern es sind per Kopf zwei Kilo Heu berechnet. Das Futter wird nicht so gesalzen, wie bei uns, dass das Thier noch vor dem Auftrieb einen Eimer Wasser trinkt, was ja dann die Fleischhauer auch kaufen müssen. Nun komme ich zu dem Cartell der Unschlitt- und Häutehändler und mache den Herrn Bürgermeister darauf aufmerksam, dass ich bestimmt weiß, dass sowohl der Marktdirector Kainz wie der Magistrat in Kenntnis sind, dass am 15. Jänner 1895 im Gasthause „zur goldenen Birne" in der Mariahilferstraße die Unschlitthändler ein Cartell geschlossen haben, worin sie den Preis bei geheimer Abstimmung festsetzten. Es waren sechs Herren anwesend, die Firmen Diedek, Härtel, Färber, Moll, Steger & Comp. und Uiblein. Diese haben beschlossen, den Preis des Unschlittes von 10 fl. auf 8 fl. herabzusetzen, und jetzt seit einigen Tagen circulieren Gerüchte, dass die betreffenden Cartellschließer wieder den Preis um 4 fl. reducieren wollen. So käme also der Unschlitt auf 4 fl. per Metercentner. Nun möchte ich den Marktdirector fragen, nachdem er doch von allem Kenntnis hat, ob er nicht glaubt, dass die Schließung derartiger Cartelle gesetzwidrig ist; denn es ist sehr billig, zu behaupten, die Fleischhauer seien schuld. Nun appelliere ich an alle Redlichdenkenden. Wie soll der Fleischhauer verkaufen? Den Ochsen kauft er um 64 bis 68 fl. und für Unschlitt bekommt er mit dem Zusatze, den er um 8 fl. daraufbekommt, circa 20 bis 22 fl. Für Häute bekommt er per Meterzentner 28 bis 44 fl. Nun muss er doch diese Preisdifferenz irgendwie hereinbringen, das ist zweifellos. Wissen Sie aber, was die berufenen Organe sagen? Sie sagen, das wäre kein Cartell. Es wäre nur dann ein Cartell, wenn die Fleischhauer zusammenstehen und die Fleischpreise um 10 kr. erhöhen würden. Aber die Unschlittpreise herabsetzen, ist nach Ansicht der berufenen Organe kein Cartell. Geschützt müssen unsere

Fleischhauer auch werden, welche auf eine derartige Art und Weise die Vertheuerung des Fleisches naturgemäß müssen platzgreifen lassen.

Es ist auch zweifellos, dass die Verzehrungssteuer, nachdem der Markt exterritorial erklärt worden ist, auch viel zum Ruin der Fleischhauer beiträgt. In Deutschland gibt es mit Ausnahme Sachsens gar keine Verzehrungssteuer.

Wie in Deutschland eine Viehnoth eingetreten ist, hat der Staat selbst eingegriffen. Bei uns existiert eine horrende Verzehrungssteuer, und selbst wenn einem Fleischselcher das Borstenvieh fällt und dasselbe dem Consum nicht zugeführt werden kann, muss er noch hiefür die Verzehrungssteuer bezahlen. Auch die Regie der Fleischhauer ist eine bedeutend höhere geworden. Es ist eine Erhöhung der Schlachtgebür eingetreten; sie beträgt bei einem mittleren Fleischhauer bis 750 fl. jährlich. Weil immer auf die Fleischhauer losgedroschen und hingewiesen wird, dass die Verhältnisse am Wiener Markte so gute sind, so habe ich mir die Daten verschafft, wie viele Fleischhauer nominativ und nach jedem Jahrgange geordnet zugrunde gegangen sind.

Es sind zugrunde gegangen innerhalb der Linien Wiens seit der Einverleibung und zwar im Jahre 1890 75, 1891 112 (Hört! links), 1892 133, 1893 121, 1894 151, zusammen in diesen fünf Jahren 592 Fleischhauer.

In den Vororten, im XVI., XVII., XVIII. und XIX. Bezirke, wo die Mitglieder der Klosterneuburger Genossenschaft angehören, sind zusammen 59 zugrunde gegangen; in den Bezirken XI, XII, XIII, XIV und XV, welche Mitglieder der Genossenschaft in Mödling sind, war es mir nicht möglich, die Daten zu erhalten. Sie sehen also, dass die Fleischhauer durchaus nicht auf Rosen gebettet sind. Es muss dort eingegriffen werden, wo es noththut. Da bedauere ich ganz lebhaft Ihre Freundschaft mit dem Großgrundbesitze im n.-ö. Landtage. Ich begreife gar nicht, im Reichsrathe und im Landtage hat niemand der Vertreter den Muth gehabt — wie soll ich mich schnell äußern — in die Bevorzugungen der Großgrundbesitzer und ihre Privilegien einzugehen; die Grenze soll nicht aufgesperrt werden. Wenn jemand in der Wiege eines Grafen geboren ist in Österreich, soll ihm schon die Sicherheit der ganzen Producte garantiert werden. Das ist mir alleseins, was ein Großgrundbesitzer verdient, ob er soviel hat, dass er sich ein oder zwei Maitressen hält, ob er mit dem Viererzug oder zweispännig in den Prater fährt, ob er 50.000 oder 100.000 fl. im Club verspielt, aber es geht nicht an, dass die Interessen der privilegierten Stände von Seite der Regierung auf Kosten der armen Teufel unterstützt werden, das sehe ich absolut nicht ein. Im n.-ö. Landtage sind sie förmlich verbrüdert. Da hat der Abgeordnete Brenner gestern in unerhörter Weise in der Landwirtschafts-Gesellschaft erklärt, dass die Preise seit zwei Monaten constant zurückgegangen sind und dass die Fleischhauer es einheimsen.

Ritt. v. Brenner ist als Mitglied der Landwirtschafts-Gesellschaft jedenfalls ein Freund der kleinen Bauern. (Rufe links: Auch des Juden Messing!) Auch das! Wäre er hinausgegangen zum Schwender, so hätte er die Erklärung der Fleischhauer gehört, dass die Fleischpreise um 20 kr. per Kilo werden steigen müssen, und wenn er hinausgeht und in das Schuldbuch der Fleischcassa Einsicht nimmt, so wird der Herr Ritt. v. Brenner auch finden, wie eigentlich die socialen Verhältnisse der Fleischhauer sind, und ich bin überzeugt, dass Herr Ritt. v. Brenner mit keinem Fleischhauer Wiens tauschen wird, weil das, was die Herren vielleicht noch haben, von ihren Voreltern stammt.

Man weist immer hin auf das luxuriöse Leben der Fleischhauer. Nun ich mische mich nicht gern in Privat- und Familienverhältnisse, aber die wenigen Fleischhauer, die heute noch eine bessere Existenz haben, haben ihr Vermögen von ihren Voreltern. Jetzt verdienen sie nichts mehr, geradeso wie die anderen Fleischhauer. Also immer auf sie hinzuweisen ist nicht stichhältig und muss widerlegt werden. Da heißt es, die Fleischhauer fahren in Equipagen. Ein Geschäftsmann, der einen Umsatz hat, braucht ja die Pferde für sein Geschäft, und wenn er für den Sonntag einen Wagen hat, so braucht er dazu ein Anlagecapital, das jährlich 15 fl. kostet, und wenn er dann ausfährt — warum soll sich denn ein Geschäftsmann gar nichts erlauben dürfen? Das wäre doch traurig! Die socialen Verhältnisse Wiens haben sich ohnedies verschlechtert!

Ich möchte aber auf noch etwas aufmerksam machen, nämlich auf die Standgebüren in der Markthalle. Schauen Sie, welche Ungleichheit hier platzgegriffen hat. Ein Fleischhauer muss für seinen Stand 15 fl. monatlich bezahlen, während ein Wildbrethändler oder ein anderer Lebensmittelhändler für einen ebenso großen Stand 2 fl. 50 kr. pro Monat zahlt. Nun braucht der Fleischhauer, weil er noch am Stande ausarbeiten muss, meist einen doppelt so großen Stand, muss also pro Monat 30 fl. zahlen, also im Jahre 360 fl., während der andere, günstiger situierte, wenn er auch einen doppelten Stand hat, bloß 5 fl. monatlich, also 60 fl. jährlich zahlt.

Bezüglich des En gros-Marktes möchte ich folgendes bemerken. In Berlin ist es auch so, dass der En gros-Markt zu einer bestimmten Zeit stattfindet, und zwar von 5 bis 7 Uhr morgens, und die dortigen Engrossisten verkaufen während dieser Zeit an gar niemand im Detail, sondern erklären, der betreffende möge zum Fleischhauer gehen, wenn er eine kleinere Quantität haben will.

Nun wollen Sie das decentralisieren und wieder ein Glied des Mittelstandes, den Fleischhauerstand, der bis jetzt den Verlockungen der Socialdemokratie widerstanden hat, beseitigen durch Errichtung von Großschlächtereien.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich bitte, Herr Redner, ich mache Sie aufmerksam, dass es sich um § 9 der Marktordnung handelt, der sich auf den täglichen Fleischmarkt in der Großmarkthalle bezieht. Ich glaube, Herr Redner haben erfahren dass die Redefreiheit im weitestgehenden Sinne gewahrt wird, aber nun möchte ich bitten, doch zum Gegenstande des Referates zurückzukehren.

Gem.-Rath Steiner (fortfahrend): Ich bin dem Herrn Vorsitzenden sehr dankbar, aber dies gehört unmittelbar zum § 9, weil durch die Errichtung von Schlachthäusern der Markt beeinflusst wird. Ich bin bald fertig, aber die Frage ist so wichtig, dass ich sie kurz streifen muss. Meine Herren, was wollen denn die polnischen Cavaliere und Händler mit der Errichtung von Schlachthäusern? Diese polnischen Edelmänner — für Ehrenmänner könnte ich vielleicht den Wahrheitsbeweis nicht erbringen — wollen dort Schlächtereien errichten, um ihr minderwertiges Vieh gut verwerten und es uns Wienern für Mastvieh anhängen zu können! Das ist das ganze, was mit der Errichtung dieser Schlachthäuser gewollt wird, sonst würde man sich um diese Angelegenheit nicht so annehmen.

Man will den Markt decentralisieren, förmlich monopolisieren, und wenn einmal diese Schlachthäuser errichtet sind, dann werden unsere Fleischhauer, welche sich jahrhundertelang am Platze erhalten haben, einfach zu Knechten der Betreffenden gemacht, und so geht ein Stand nach dem anderen zugrunde.

Weil wir (links) aber in unserem socialreformatorischen Programme die Erhaltung des Mittelstandes haben und durch die Errichtung der Schlachthäuser und durch die Decentralisierung des Fleischmarktes eine Verwohlfeilung des Fleisches durchaus nicht herbeigeführt werden kann, nehmen wir heute schon Stellung gegen die Errichtung von Großschlächtereien, schon mit Rücksicht darauf, weil eine genaue Controle über das zu schlachtende Vieh in Ungarn und Galizien wahrscheinlich bei den dortigen Verhältnissen nicht platzgreifen wird. (Sehr richtig! links.) Ich habe nun einen Fall hier, der für die Wiener Marktverhältnisse sehr charakteristisch ist, und mit Erlaubnis des Herrn Vorsitzenden werde ich denselben den Herren zur Kenntnis bringen, welcher zeigt, wie der Zwischenhandel auf dem Wiener Markte bestrebt ist, den directen Verkehr mit dem Producenten, mit den Fleischhauern, Wirten und den übrigen Marktinteressenten zu verhindern.

Ich habe hier eine Rechnung eines unserer größten Commissionäre am Wiener Markte. Ein Bauer hat 54 Stück Schafe hieher gebracht und von diesen ist eines, weil es einen Apfel geschluckt hat, erstickt und wurde dasselbe, nachdem Kopf, Haut, Eingeweide und Füße weggefallen sind, gewogen; dasselbe hatte ein Gewicht von 27 kg. Nun bemerke ich, weil ich mir mit Zustimmung des Herrn Vorsitzenden erlauben werde, den Marktbericht von diesem Tage zu citieren, es ist dem Manne angerechnet worden für Regie 12 fl. 97 kr.; das wäre nicht zu theuer. Die Fracht wurde ihm mit 47 fl. berechnet; der betreffende Commissionär hat 2 Paar Schafe mit 8 fl. und 51 Paar Schafe mit 7 fl. berechnet, hat also hiefür 173 fl. ausgezahlt. Nach Abzug der Kosten ist also dem Bauer für 53 Schafe der Betrag von 126 fl. übermittelt worden. (Hört! Hört! links.) Nun ist hier der Marktbericht von diesem Tage, aus welchem zu ersehen ist, wie die Exportschafe an diesem Tage notiert haben (liest): „Auftrieb 1224 Stück. Der heutige Markt gestaltete sich, da wenig Käufer erschienen sind, recht flau. Es notierten Exportschafe von 17 bis 22 fl." — und wenn ein Schaf 25 kg wiegt, ist es schon ein Exportschaf — „und minderwertige Schafe, Braker-Schafe notierten 7 bis 16 fl."

Sie sehen also, wie der Zwischenhandel arbeitet und was der betreffende Bauer für seine Schafe bekommen hat; man hat ihn, um mich wienerisch auszudrücken, gepflanzt, indem man ihm für zwei Paar Schafe 8 fl. gegeben und die anderen als minderwertige Schafe mit 7 fl. berechnet hat. Glauben Sie, dass ein solcher Bauer noch auf den Wiener Markt kommen wird? Er wird es sich überlegen, den Wiener Markt, wo unter den Augen der Behörden Gaunerei stattfindet, noch weiter zu beschicken. Das sind vorderhand meine Ausführungen über diesen Fall. So geht es unter den Augen der Behörden zu. Der Herr Statthalter hat zwar im Landtage gesagt, dass er bestrebt ist, die Dinge zu ändern; aber bis jetzt haben wir nichts gesehen; wir hören immer nur die Erklärungen, es geschieht etwas, es ist etwas im Zuge; es geschieht aber bis heute gar nichts, und die Zwischenhändler verdienen analog auf dem Wiener Viehmarkte, wie auf dem Fleischmarkte. Es bleiben dieselben Zustände, den Einsendern wird die Haut über den Kopf gezogen. Es wird eine Fleischverbilligung nicht zustande kommen, wenn nicht dem Großgrundbesitzer auf die Finger geklopft wird und bessere Zustände auf dem Markte geschaffen werden. (Beifall links.)

Gem.-Rath Seiler: Der Vorredner hat über die Marktverhältnisse im allgemeinen gesprochen, obwohl er diese besser bei der Budgetdebatte besprochen hätte, während er sich jetzt strenge an den Punkt hätte halten sollen, der jetzt auf der Tagesordnung steht. Ich habe die Geduld des Herrn Vorsitzenden bewundert, dass er den Herrn .... (Unterbrechung links.) Bitte, mich nicht zu unterbrechen. Seien Sie ein bisschen ruhig, ich habe Sie auch reden lassen. Ich habe die Geduld des Herrn Vorsitzenden bewundert, dass er den Herrn Gem.-Rath Steiner nicht unterbrochen hat. Ich bin aber auch darauf gekommen, warum er denselben nicht unterbrochen hat. Man hat den Gem.-Rath Steiner sprechen lassen, damit man die Blamage, die hinter der ganzen Sache steckt, ein bisschen übergeht und hier über diesen Gegenstand im Gemeinderathe nicht gesprochen wird. Es ist uns nicht gesagt worden, was eigentlich mit der Änderung des § 9 geschehen ist, wie die Sache eigentlich zur Statthalterei und wie sie ins Ministerium gekommen und wie sie abgewiesen worden ist.

Der § 9 der Marktordnung sagt, wie der Verkauf des Fleisches in der Großmarkthalle, wie die Theilung und wie im allgemeinen der Verkauf stattzufinden hat; er regelt den Verkauf. Der Herr Bürgermeister als Referent hat die Freundlichkeit gehabt, zu sagen, dass diese Marktordnung seinerzeit von der Statthalterei nicht bestätigt worden ist. Ich glaube, sie ist bestätigt worden, denn die alte Commission, die damals getagt hat, hat diese Marktordnung ausgearbeitet und der Statthalterei vorgelegt. Nach dieser Marktordnung wurde gearbeitet, aber später wurde sie nicht mehr eingehalten. Denn es wurde auf dem Großmarkte geschnitten und gehackt. Der eigentliche Sinn der Großmarkthalle soll aber sein, dass dort weder geschnitten noch gesägt, noch gehackt werden darf, sondern da das Fleisch so zum Verkaufe zu kommen hat, wie es von den Verkäufern zugeschickt oder hereingebracht wird. Allerdings kann man dem Verkäufer oder dem Einsender nicht vorschreiben, in welchen Stücken er das Fleisch schicken soll, oder in welchen Größen oder Quantitäten es verkauft werden soll; denn der eine will den englischen Braten mit, der andere ohne Rostbraten-Ried, der eine will die Schulter ohne, der andere mit dem Spitz. Hier wurde aber die Reorganisierung der Marktordnung derartig gemacht und es hat sich dieselbe in unserer Großmarkthalle derartig entwickelt, dass man da weder eingesendet, noch gekauft hat. Erst in letzterer Zeit hat sich der Markt gehoben, es wurden, um den Detailmarkt zu heben, an der Markthalle Detailstände errichtet.

Für diese Detailstände wurde vom Stadtrathe vorgeschrieben, dass dort nur solche Fleischhauer Stände bekommen, welche das Fleisch um 15 kr. per Kilo billiger geben, als es in der Markthalle kostet. Wer hat die Stände bekommen? Die Commissionäre, die in der Halle sind.

Die Concurrenz im allgemeinen und unter den Fleischhauern insbesondere ist so groß, daß es unmöglich ist, dass man Fleisch, welches man fünf Schritte weiter 40 oder 50 kr. kauft, draußen um 15 kr. billiger geben kann. Das war nur so gesprochen, war aber undurchführbar.

Eine Marktordnung muss in der Halle sein, ein En gros-Markt muss sein, sonst könnte die Großmarkthalle nicht existieren, es könnte sonst niemand einsenden; denn es ist für die Einsender nicht möglich, mit kleinen Stücken oder kleinen Einsendungen in

die Markthalle zu kommen, weil es sich ihnen, insbesondere mit Rücksicht auf die Verzehrungssteuer, nicht rentiert.

Der Herr Bürgermeister hat sein Referat bezüglich der Frage, warum die Statthalterei das damals abgewiesen hat, und welches die Gründe dafür waren, kurz gehalten.

Ich werde in der Budgetdebatte über die Marktverhältnisse im allgemeinen sprechen, ich will hier nur das eine erklären, dass diese Blamage infolge der Zurückweisung dieses Recurses von Seite des Ministeriums nicht den Gemeinderath angeht, sondern diejenigen, welche den Markt und alles andere selbständig machen. Denn seitdem der neue Gemeinderath besteht, wurde an den Marktverhältnissen absolut nichts organisiert oder besser gemacht, es ist im Gegentheil noch schlechter geworden, und es herrschen, wie ich im vorigen Jahre erklärt habe, die elendesten und schlechtesten Zustände, und ich finde es auch begreiflich, wenn von Seite des Stadtrathes abgelehnt worden ist, die Fleischfrage beim Städtetage zu besprechen, um nicht unsere elenden Zustände noch weiter bekanntzumachen.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Meine Herren! Gerade durch den § 9 werden wir, so glaube ich, kein billigeres Fleisch bekommen. So lange diese Verhältnisse fortdauern, so lange die rumänische Grenze von Seite der Regierung nicht geöffnet wird, so lange werden die Paragraphe auf dem Papier gewiss nichts helfen. Es muss unbedingt den österreichischen Züchtern, die meistentheils Cavaliere, Großgrundbesitzer und solche Leute sind, die mit Geld arbeiten, eine Concurrenz geschaffen werden. Wenn Sie die Verhältnisse auf dem Lande betrachten, so werden Sie das bemerken. Ich habe diesbezüglich hiesige und ausländische Zeitungen gelesen — mir wurde zum Beispiel eine Stuttgarter Zeitung zugeschickt — und diese sagen über diese Verhältnisse folgendes: Jede Provinz, also zum Beispiel auch Niederösterreich, ist in Kreise eingetheilt. In jedem Kreise oder für zwei Kreise ist so ein Agent thätig; ein Agent geht nicht in den Kreis des anderen, daher besteht keine Concurrenz. Die Leute kaufen nun draußen das Vieh bedeutend billiger zusammen. Und wissen Sie, wie das dann auf den einzelnen kleineren Märkten, zum Beispiel auf dem Wiener-Neustädter oder auf dem Neunkirchner Markte gemacht wird? Da sehen Sie vor 11, 12 Uhr keinen Händler und dann sehen Sie, dass einer oder zwei alles zusammenkaufen und dass die Leute das dann unter sich vertheilen. Diese Leute haben den Hauptgewinn, während der Bauer das wenigste davon hat und wir das theuere Fleisch kaufen müssen. So lange die Verhältnisse von Seiten der Regierung nicht schärfer in Angriff genommen werden, so lange der Großgrundbesitz und die Polen die große Violine spielen, werden sich die Verhältnisse nicht ändern. Selbst wenn Sie noch so viel Paragraphe ändern oder dazugeben, werden wir doch kein billigeres Fleisch bekommen. Die hohe Regierung denkt wahrscheinlich nicht daran; sie denkt, man soll sich mit Schaffleisch u. dgl. begnügen. Es ist sehr bedauerlich, dass von Seiten der Regierung in dieser Richtung nichts geschieht.

Gem.-Rath Stehlik: Meine Herren! Ich muss sagen, dieser Fall mit den Schafen hat mich sehr aufgemuntert. Ich glaube, der Herr Bürgermeister wird es glaubwürdig finden, wenn Herr College Steiner erzählt, dass ein ausgeweidetes Schaf um 3 fl. 50 kr. verkauft worden ist und wir, meine Herren, müssen so theuer das Schaffleisch kaufen; aus demselben Orte, wo dieser Verkauf stattgefunden hat, ist noch ein anderer Grundbesitzer zu mir gekommen und hat mir sehr viel geklagt und zum Schlusse gesagt, er wird kein Schaf mehr auf den Markt bringen, weil hier so viel Ausbeutung herrscht; so wird der Viehmarkt geschädigt. Es ist in Ungarn ausgesprengt worden, dass man kein Schaf auf den Wiener Markt bringen soll, sondern es kommen jetzt Händler hin und es geht dann alles nach Deutschland. Bedenken Sie, meine Herren, ein Schaf um 3 fl. 50 kr., das Fett wird — ich glaube — um 50 bis 80 kr. verkauft; es kostet also das Schaf 2 fl. 70 kr. und wir haben kaum ordentliches Fleisch das wir kaufen können. Wir müssen ja Kalbsschlägel für eine Delicatesse halten. Der Unterhändler, der dieses Rabengeschäft gemacht hat, wohnt am Deutschmeisterplatz; ich kenne auch seinen Namen; dieser schädigt Wien und die Händler in Ungarn. Wenn sich der Herr Bürgermeister erkundigen will, so kann er es aus der Rechnung ersehen; der betreffende Verkäufer ist ein Freund von mir; ich will dem Herrn Bürgermeister noch weiter detaillieren, wie das gekommen ist; der Grund war der, dass sich der ungarische Großgrundbesitzer auf die Solidität der Wiener Zwischenhändler verlassen hat; man hat ihm gesagt, Sie bekommen es zum Marktpreise bezahlt; darauf hat ihm der Händler die saldierte Rechnung geschickt, wie der Marktpreis gestanden ist und das Geld dazu; dann ist er zu mir gekommen und hat geklagt: „Was soll ich denn nun machen?" Ich habe ihm gesagt: Nichts, er wird einfach sagen: ich habe es nicht theurer verkauft. Gegen diese Zustände geschieht nichts. Es wäre nothwendig, dass wir darauf schauen, dass die Leute sich Fleisch kaufen können. Der Niedergang der Fleischhauer hat darin seinen Grund, weil die Leute sich kein Ochsenfleisch mehr kaufen können und Pferdefleisch kaufen müssen und auch das zu theuer. Es ist ein trauriges Zeichen für die Residenzstadt, dass die Bevölkerung auf Pferdefleisch angewiesen ist. Bezüglich des Schafhandels kann ich dem Herrn Bürgermeister den Namen des jüdischen Unterhändlers — ich muss das Wort gebrauchen — angeben, der Herr Bürgermeister kann in die Rechnung Einsicht nehmen, der Betreffende wohnt am Deutschmeisterplatz.

Gem.-Rath Pursche: Dieser Gegenstand betrifft zwar nicht mein Ressort, aber ich habe mich zum Worte gemeldet, weil ich über eines meiner Verwunderung Ausdruck geben muss.

Ich habe von einer Expertise in der Approvisionierungsfrage gehört und habe vernommen, dass Hofräthe, der Herr Statthalter, der Herr Bürgermeister und andere anwesend waren. Zu solchen Expertisen sollte man doch auch Sachverständige einladen, also hier in erster Linie Fleischhauer, weil doch sie berufen sind, über die Frage zu sprechen. So lange ich dem Gemeinderathe angehöre, haben, wenn es sich um Approvisionierungsfragen handelte, hier nur Beamte, Hoteliers und Wirte gesprochen, aber noch kein Vertreter der Fleischhauer! Ich appelliere an die Herren Gem.-Räthe Kirchmayer und Schieferl; sie sollen uns sagen, wie die Sache am günstigsten zu machen wäre. Wenn es sich um meine Branche handeln würde, so würde ich jedenfalls darüber sprechen. Anlässlich einer derartigen Debatte kam ein Herr von Ihrer Seite zu uns und speciell ein Fleischhauer und sagte zu uns: „Meine Herren, erwähnen Sie das: Die jüdischen Speculanten und Unterhändler sind schuld."

Warum haben Sie nicht den Muth, es zu sagen? Ich bitte, hier zu sagen, wo Sie der Schuh drückt, um Abänderungen zu treffen, in einer Angelegenheit, die Sie betrifft. Da sind Sie am allercompetentesten, hier zu sprechen.

Es ist hier von Cartellen gesprochen worden. Meine Herren! Cartelle sind von Gesetzeswegen verboten. (Gem.-Rath Dr. Mittler:

Woher wissen Sie das?) Sie sind verboten und ich staune nur, dass darüber Beschlüsse gefasst werden können. Es ist ganz richtig, dass der Fleischhauer für die Nebenproducte nichts bekommt. Aber, meine Herren, wo ist denn da wieder der Grund zu suchen?

Auch in dieser Frage könnten uns jene Herren am besten Aufschluss geben und ich bitte Sie, wenn es sich um eine Approvisionierungsfrage handelt, hier das Wort zu ergreifen. Ich möchte gerne einmal die Herren Vertreter der Fleischhauer hier im Gemeinderathe über die Approvisionierungsfrage hören. (Bravo! links.)

Gem.-Rath Herrdegen: Meine Herren! Ich hatte wahrhaftig nicht die Absicht gehabt, bei diesem Anlasse das Wort zu ergreifen. Die Art und Weise aber, wie man über den Gegenstand gesprochen hat, zwingt mich denn doch auch, einige Bemerkungen zu machen. Ich will aber sehr kurz sein.

Der erste Herr Redner zu dieser Post, der Herr College Steiner, hat sich — das wird er selbst nicht in Abrede stellen — ganz und gar in einen Gedankengang hineingelebt, der von den Fleischhauern in unzähligen Versammlungen, vor allem anderen aber in einer ihrer Zeitschriften, die ich auch immer zugesandt bekomme und die ich aufmerksam lese, vertreten wird. Nun, meine Herren, es unterliegt gar keinem Zweifel — ich habe das bei verschiedenen Anlässen öffentlich ausgesprochen — dass sehr viele jener Beschwerdepunkte, welche von den Fleischhauern angeführt werden, ihre volle Richtigkeit haben. Aber, meine Herren, dass sie nicht alles sagen, dass die Fleischhauer selbstverständlich auf ihrem Interessenstandpunkte stehen, das ist ganz klar, und dass man nicht das, was hier von einer Seite, von einer Interessengruppe ausgesprochen wird, wörtlich aufnehmen, in einer Volksvertretung als reine Wahrheit hinstellen darf, meine Herren, das sollte denn doch eingesehen werden!

Gewiss ließen sich eine ganze Menge Punkte auch dagegen sagen. Nun hat hier ganz merkwürdigerweise der letzte Redner bemerkt, es sei ihm unbegreiflich, warum jene Collegen, welche dem Berufe der Fleischhauer angehören, hier in dieser Frage nicht das Wort ergreifen. (Ruf links: Das ist traurig!) Ich finde das nicht traurig, nein, ich finde das außerordentlich anständig von den Herren. Hier haben wir nicht der eine als Gewerbetreibender, der andere als Hausherr, der dritte als Beamte, der vierte als Lehrer zu sprechen, sondern wir haben als Gemeinderäthe zu sprechen. Wir haben die Interessen der gesammten Bevölkerung zu vertreten, nicht unsere Specialinteressen (Zustimmung rechts), und wenn eine Angelegenheit hier zur Berathung käme, welche speciell den Beruf betrifft, dem ich angehöre, so werde ich nicht sprechen. Ich mache Sie aufmerksam, dass ich in allen Fragen, welche die Stadtbahn betreffen, in der Regel nicht gesprochen habe, weil man annehmen konnte, ich sei in dieser Beziehung gewissermaßen befangen. Diesen Standpunkt nehmen nach meiner Meinung unsere Collegen ein, welche dem Fleischhauerstande angehören, und ich weiß das zu würdigen und zu achten. Es gibt ja andere Gelegenheiten, um ein fachmännisches Urtheil einzuholen, wir haben ja die Approvisionierungs-Commission. Die Fleischhauer haben von dem Öffentlichkeitsrechte, wie sehr begreiflich ist und nur sehr gebilligt werden kann, ausgiebigen und umfassenden Gebrauch gemacht. Diese Frage scheint mir ganz aufgeklärt zu sein, und ich begrüße es, dass wir die Fleischhauer hier nicht sprechen hören. Es ist ja ganz bestimmt zutreffend, wenn auch nicht in jenem Ausmaße, wie es im volkswirtschaftlichen Ausschusse des Reichsrathes zum Ausdrucke gelangt ist, dass eine gewisse Schuld auch in der communalen Verwaltung liegt. Es ist gewiss zuviel auf unsere Schultern geschoben worden, aber ebenso richtig ist es, dass schwere Mängel bestehen, welche die Commune abzustellen berufen ist. Warum sind sie nie abgestellt worden. Weil der Gemeinderath zu allen Zeiten gewissermaßen beeinflusst war von den Gruppen der Marktinteressenten. Wünschen Sie das doch nicht weiter. Das kann unmöglich ein wünschenswerter Zustand sein. Was wir wünschen müssen und was unsere Pflicht ist, das ist, an diese Frage in objectiver Weise heranzutreten. Es wurde des verderblichen Einflusses des Zwischenhandels gedacht. (Ruf links: Gewiss!)

Ich acceptiere das, und der Herr College, der das mit dem Worte „gewiss" bestätigt, kann auch weiter bestätigen, dass ich das offen in der Approvisionierungs-Commission ausgesprochen habe; ich habe das auch in öffentlichen Versammlungen gesagt. Es ist gar kein Zweifel, dass der Zwischenhandel hier in einer verderblichen Weise wirkt, dass dessen Aufhebung oder mindestens dessen weitestgehende Einschränkung unbedingt im Interesse der Bevölkerung liegt. Es ist nun leichter gewünscht, wie durchgeführt. Es müssen bestimmte Anhaltspunkte gegeben, bestimmte gesetzliche Normen geschaffen werden, um den Zwischenhandel gänzlich zu beseitigen. Nach der bestehenden Marktordnung soll es ja eigentlich keinen Zwischenhandel geben; wir wissen aber, dass die Marktordnung umgangen werden kann und dass der Zwischenhandel blüht und soweit geht, dass hiedurch die Auftriebsverhältnisse geregelt und eine Preisconjunctur geschaffen wird, welche nicht natürliche, sondern künstliche Preissteigerungen bedeutet. Es wurde auch weiter gesagt, man müsse sich gleich jetzt entschieden gegen das Princip der Großschlächtereien aussprechen. Ich möchte nur eine ganz kurze Bemerkung machen. Keine andere Einrichtung wird so sehr in der Lage sein, der Verderblichkeit des Zwischenhandels in puncto Fleischversorgung zu steuern, wie die Errichtung von Großschlächtereien. Ich spreche hier nicht von Großschlächtereien an den Grenzen, weil da verschiedene andere Bedenken eintreten können, sondern von solchen in Wien. Um nicht missverstanden zu werden, füge ich bei, dass ich grundsätzlich auf dem Standpunkte stehe, zur Errichtung einer Großschlächterei in Wien können nur zwei Factoren in Betracht kommen: entweder die Commune selbst oder aber die Fleischhauer-Genossenschaft, nicht etwa eine neu zu gründende Genossenschaft, sondern die Berufsgenossenschaft der Fleischhauer. Die Frage ist an sich sehr schwierig. Verschließen Sie sich aber doch nicht der Thatsache, dass man darüber in anderen Städten längst Erfahrungen gemacht hat. Haben Sie nicht vor kurzem in den öffentlichen Blättern Mittheilungen über Freiburg in Baden gelesen? Die Commune hat dort angefangen, selbst zu schlachten, und war in der Lage, sofort eine bedeutende Preisreduction zu erzielen. In wenigen Tagen wurden mehr als 300 fl. Reingewinn erzielt, welcher den Armen zugeführt wurde.

Ich nehme keineswegs den Standpunkt ein, vielleicht das Fleischhauergewerbe sequestrieren zu wollen. Gott bewahre! Das schwebt mir nicht vor. Aber es kann nicht geleugnet werden, dass, so wie man sich in anderen Branchen des Fortschrittes nicht erwehren kann, es ebensowenig der Fleischhauer wird thun können.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich muss dringend ersuchen, Herr Redner, da wir noch eine Menge Agenden zu erledigen haben, sich an den Gegenstand der Debatte zu halten; derselbe betrifft den Antrag, eine Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof nicht zu ergreifen.

Gem.-Rath Herrdegen (fortfahrend): Nun, ich bin grundsätzlich gegenüber dem von uns gewählten Vorsitzenden sehr discipliniert, muss mir aber doch die Bemerkung erlauben, dass ich nichts gesprochen habe, was nicht eine Erwiderung auf dasjenige wäre, was von anderen Herren unbeanständet ausgesprochen wurde. Ich wollte noch einiges über Cartelle bemerken, nachdem ich aber nicht weiß, bis zu welchem Punkte ich in meinen Ausführungen schreiten kann, bleibt mir nichts übrig, als zu schließen.

Gem.-Rath Schiefer: Meine sehr geehrten Herren! Ich wurde von der anderen Seite aufgefordert, zu erklären, warum eigentlich die Fleischhauer zu dieser Angelegenheit gar nicht Stellung nehmen. Nun, ich muss offen sagen, es passt mir nicht, zu diesem Punkte Stellung zu nehmen, denn wir haben jetzt den Rechnungsabschluss. (Rufe links: Falsch! Der ist schon erledigt!) Für das Jahr 1893 können wir nichts neues mehr machen. (Erneuerte Rufe: Falsch! Wir sind bei § 9 der Marktordnung!)

Meine Herren! Sorgen Sie sich nicht, wenn dieser Punkt beim Voranschlage zur Sprache kommen wird, werden wir dazu Stellung nehmen. (Unterbrechung links.) Entschuldigen Sie, wenn das auch nicht zur Sache gehört, aber ich bin gerade von Ihrer Seite (links) aufgefordert worden, zu sprechen. Ich wäre selbstverständlich dafür, dass der Gemeinderath an den Verwaltungsgerichtshof gehe, aber nachdem der Herr Bürgermeister versichert hat, dass dies resultatlos sein würde, so fügen wir uns dieser Anschauung.

Gem.-Rath Steiner: Meine Herren! Es hat der vorletzte Herr Redner gesagt, ich hätte dasjenige vorgebracht, was in der „Fleischhauer-Zeitung" gestanden habe. Nun er möge mir verzeihen, aber zu diesem Zwecke muss man doch Fachblätter lesen, ich kann doch nicht den Börsen-Courier lesen, um mich in dieser Frage zu informieren! Ich kann aber den Herrn Vorredner versichern, dass ich mit Fleischhauern verkehre, ihre Privatverhältnisse, ihre ganze Geschäftsgebarung kenne und weiß, wie gegenwärtig die Verhältnisse liegen.

Ich bin der Meinung — und Sie verzeihen mir da schon ein bisschen Bosheit — dass die Approvisionierungs-Commission mehr Leben von sich geben und ein bischen mehr Sitzungen einberufen könnte; man hört aber nichts davon. Zuerst muss gearbeitet, dann müssen die Anträge gestellt werden. Es muss in das Wespennest der Zwischenhändler hineingegriffen werden, und zwar fest hineingegriffen werden; wenn auch einige Zwischenhändler zerdrückt werden, das macht nichts, seien Sie unbesorgt, aussterben werden sie nicht; wenn die einen gehen, kommen die andern. Das Geschäft ist gut, das lassen sich die Leute nicht nehmen.

Der Herr Gem.-Rath Herrdegen hat erwähnt, dass es gut ist, dass Fachmänner nicht sprechen. Dem schließe ich mich nicht an; gerade Fachmänner sollen sprechen. Sie brauchen keine Furcht vor dem Szeps oder dem „Extrablatt" haben, weil diesen ohnedies niemand glaubt. Es hat sich niemand darüber aufgehalten, als Herr Noske über die Brandschadenversicherung gesprochen. Er spricht immer und weiß ganz gut die Mittel und Wege zu finden, um das Zustandekommen einer communalen Brandschadenversicherungsanstalt zu verhindern. Aber die Fleischhauer sind berufen, die Interessen ihrer Collegen zu vertreten; da wird ihnen niemand einen Vorwurf daraus machen können, wenn sie für ihre Standesgenossen eintreten.

Bezüglich der Centralisation des Marktes wurde auch in dieser Enquête, die ich angezogen habe, darauf hingewiesen, dass die armen Leute dann auf den Fleischmarkt wandern und dort Fleisch kaufen werden. Aber daran werden Sie im Ernste nicht denken, auch wenn auf dem Fleischmarkte kleine Stücke verkauft würden. Ich will da nicht von der Qualität des Fleisches sprechen. Kann denn so ein armer Teufel, welcher 30 Deka Fleisch braucht — mehr kann er sich ohnehin nicht kaufen — von Lerchenfeld, Nussdorf oder Penzing auf den Central-Fleischmarkt gehen, um sich dort 30 Deka Fleisch zu kaufen?

Aber was die Errichtung von Schlächtereien, welche die geehrte Commission erwähnt hat, und welche die Commune in die Hand nehmen soll, betrifft, so wäre ich ganz dagegen; denn die Großgrundbesitzer würden sich wohl lieber an die Commune Wien halten, weil da eher etwas zu haben wäre als bei den Fleischhauern. So lange nicht andere Zustände auf dem Central-Fleischmarkte geschaffen werden, kann es nicht anders werden.

Schauen Sie nach Berlin, wo deutsche Männer diesen Handel in der Hand haben; da wird, wie ich schon bemerkte, kein Kilo einzeln verkauft, weil es ein En gros-Markt ist, an Detaillisten wird nichts verkauft.

Dort sind an diesem Handel höchstens fünf Juden betheiligt. Bei uns in Österreich, speciell hier in Wien ist gerade das umgekehrte Verhältnis, es sind höchstens fünf Christen. (Rufe: Drei Christen!) Das ist das Unglück, da können Sie sagen, was Sie wollen.

Ich will durchaus keine confessionelle Debatte heraufbeschwören. Die betreffenden Herren haben ihren Wirkungskreis nicht zu überschreiten und wenn Sie wüssten — ich habe auch für die Budgetdebatte verschiedenes vorbereitet, ich verschieße mein Pulver nicht auf einmal — was die Einsender für Notierungen bekommen, welche der Magistrat allmonatlich zuschickt. So wurde einmal das vordere Fleisch mit 28 kr. angeführt; das gibt's nicht.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte den Herrn Redner, sich an den Gegenstand der Debatte zu halten.

Gem.-Rath Steiner: Ich bin ja doch beim Gegenstande.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Was Sie anführen gehört nicht zu dem Gegenstande der Debatte; denn wir berathen darüber, ob die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof ergriffen werden soll oder nicht.

Gem.-Rath Steiner: Es handelt sich um den Kleingewichtsverkauf auf dem Fleischmarkte, das ist auch das, was ich bemerken wollte. Ich bin überhaupt mit meinen Ausführungen fertig; ich möchte nur noch den Obmann der Approvisionierungs-Commission, Herrn Gem.-Rath Seiler, welcher sich zum Worte gemeldet hat, bitten, bekanntzugeben, ob im Laufe des Sommers eine oder zwei Sitzungen abgehalten wurden und welches die segensreiche Thätigkeit dieser Commission war.

Gem.-Rath Seiler: Die Approvisionierungs-Commission hat fleißig Sitzungen abgehalten, so lange die Herren von der anderen Seite auch Mitglieder waren (Ruf links: Es geht ohne uns nicht!), aber die Herren sind ausgetreten und es musste die Approvisionierungs-Commission aus dieser Seite ergänzt werden. Die Mitglieder unserer Partei haben aber beinahe jeden Tag Commissions-Sitzungen abgehalten, sie haben die Budgetberathung, sie haben den Rechnungsabschluss gehabt. Ich kenne einzelne Herren, die beinahe die ganze Woche jeden Tag hier im Saale sind, weil der Bürgermeister gesagt hat, dass die Vorarbeiten beendet werden müssen. Wann soll denn die Commission tagen? Die Herren sind ausgetreten; wir können nicht beschlussfähig werden, wir können

nicht fordern, dass die Herren vor-, nachmittags und abends herkommen. Ich habe die Herren damals ersucht, in die Commission einzutreten, Sie sind (links) nicht eingetreten. Sie können nur stalieren, aber hinkommen wollen sie nicht. Wenn jetzt der Abschluss beendet sein wird, wird die Commission mit der Arbeit beginnen.

Gem.-Rath Rosenstingl (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage Schluss der Debatte.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist Schluss der Debatte beantragt. Ich bitte jene Herren, welche zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen. Vorgemerkt ist noch Herr Gem.-Rath Herold.

Gem.-Rath Herold: Meine Herren! Bei diesem Wortschwall und diesen vielen Reden ist nur der Herr Bürgermeister zu bedauern, denn er weiß wirklich noch nicht, wie eigentlich die Stimmung des Gemeinderathes gegenüber dem Referate ist. Es wurde soviel gesprochen, es wurde eine große Approvisionierungsdebatte heraufbeschworen und niemand hat sich an das Referat gehalten. Es heißt im Referate, ob an den Verwaltungsgerichtshof herangetreten werden solle. Wie wir aus dem Munde des Herrn Bürgermeisters gehört haben, haben die Statthalterei und das Ministerium sich ablehnend verhalten. Was soll es da nützen, an den Verwaltungsgerichtshof zu gehen? Die Sache ist total aussichtslos, machen wir derselben ein Ende, führen wir keine große Debatte. Der Herr Bürgermeister ist schon sehr ungeduldig über diesen Wortschwall und über diese Reden, weil sie keinen Zweck haben und in die Budgetdebatte gehören.

Referent: Meine Herren! Ich glaube, es ist nicht ein Mitglied dieser Versammlung, welches darüber im Zweifel sein könnte, dass zu dem eigentlichen Referate nicht ein Wort gesprochen worden ist. (Sehr richtig! rechts.) Nicht ein Wort! Warum der Herr Gem.-Rath Steiner wieder eine große Rede gehalten hat, weiß ich nicht; darüber, dass sie mit diesem Referate nicht im Zusammenhange steht, glaube ich, ist er sich so klar, wie wir alle. Die anderen Bemerkungen, die darauf als Erwiderungen vorgebracht worden sind, gehören auch nicht zum Referate.

Entschieden verwahren muss ich mich aber gegen Ausdrücke, wie „Gaunerei auf dem Markte" u. s. w. Ich habe ihm wiederholt erklärt, wenn er einzelne Fälle zur Anzeige bringt, werde ich sie strengstens untersuchen lassen. Ich fordere ihn hier öffentlich auf, mir die Rechnung über die Partie Schafe, die verkauft worden ist, vorzulegen. Solange er dies nicht thut, bin ich nicht in der Lage, seinen Bemerkungen auch nur die geringste Bedeutung beizulegen, und wenn es ihm wirklich so ernst ist mit dem Interesse der Gemeinde, so möge er die Anzeige erstatten und die Rechnung vorlegen, dann werde ich sehen, was an der Sache wahres und was Übertreibung ist. (Rufe links: Das wird er thun!) Wenn er es thun wird, ist es recht, wenn er es nicht thun wird, dann kann ich der Sache nicht die allergeringste Bedeutung beilegen; aber entschieden muss ich ablehnen, dass derartige Ausdrücke gebraucht werden, wie „Gaunerei" u. s. w., und weiters, „dass das unter den Augen der Marktbehörde betrieben wird".

Ich kann dem gegenüber nur erklären, dass unsere Marktanstalten nirgends mehr discreditiert werden, wie hier im Gemeinderathe; niemand dürfte sich erlauben, solche Ausdrücke zu gebrauchen, denn er würde zur Verantwortung gezogen werden, er müsste derlei Ausdrücke büßen. (Rufe links: Eingesperrt wird er aber auch!) Das auch, gewiss!

Am Schlusse kann ich nur sagen, gegen den Referenten-Antrag ist nichts eingewendet worden, derselbe ist klar, und es ist nichts dagegen einzuwenden; deswegen wurde die Beschwerde auch nicht ergriffen. Ich bitte, dies genehmigend zur Kenntnis zu nehmen.

Gem.-Rath Steiner (zur Berichtigung): Meine Herren! Der Herr Bürgermeister hält mich für so naiv, dass ich ihm die Rechnung ausfolgen werde. (Ruf rechts: Warum nicht! Aha!) Sie trägt das „vidi" der Fleischcassa, einen Zweifel gibt es nicht. Wissen Sie, warum ich sie nicht ausfolgen darf? Deshalb, weil der Bauer — wie die gegenwärtigen Zustände am Markte sind — deswegen am Markte nicht mehr erscheinen kann. So erbärmlich und corrupt sind die Zustände (Widerspruch rechts), und wenn der Herr Bürgermeister noch glaubt, dass die Marktbehörde unschuldig beschuldigt wird, dann constatiere ich folgendes: Unter den Augen der Marktbehörde wird Schmattes jahraus jahrein, obwohl er gesetzlich verboten ist, eingehoben. Die Zustände am Wiener Fleischmarkte sind gaunerhaft. Ich wiederhole das noch einmal.

Referent: Dagegen gibt es nur einen Weg, und den werde ich betreten.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir schreiten zur Abstimmung. Beantragt ist, eine Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof gegen die hier erwähnte Entscheidung nicht zu ergreifen.

Ich bitte jene Herren, die mit diesem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Von der Ergreifung der Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof gegen den Erlass des Ministeriums des Innern, womit dem Recurse gegen den Statthalterei-Erlass, betreffend die Abänderung des § 9 der Marktordnung für den täglichen Fleischmarkt in der Großmarkthalle keine Folge gegeben wurde, ist Umgang zu nehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Zum Referate bitte ich den Herrn Gem.-Rath Stiaßny und Herrn Gem.-Rath Ritt. v. Goldschmidt.

(Die beiden Referenten treten an den Referententisch.)

12. (7076.) **Stadtraths-Referent Gem.-Rath Stiaßny:** Meine Herren! Ich habe die Ehre, namens des Stadtrathes über das Canalbauten-Präliminare für das Jahr 1895 Bericht zu erstatten, und zwar zur Zahl 7076, Beilage 18. Die Vorlage befindet sich seit geraumer Zeit in den Händen der geehrten Collegen. Meinem Berichte möchte ich folgende kurze Daten vorschicken. Es ist in Aussicht genommen, dass 59 Canal-Neu- und Umbauten um den gesammten Betrag von 1,028.500 fl. ausgeführt werden sollen; das ist also um 163.300 fl. mehr als vom Magistrate beantragt worden sind. Von den genannten Bauten entfallen solche in der Höhe von 291.100 fl., das sind also 28·38 Percent auf die zehn alten Bezirke, während auf die neuen Bezirke 737.400 fl., das sind 71·7 Percent entfallen; von den auszuführenden Canälen sollen um 783.400 fl., das ist 76·2 Percent Neubauten und nur 245.100 fl., das ist 23·9 Percent, Umbauten ausgeführt werden; wir können dieses Verhältnis von Neubauten und Umbauten als ein günstiges bezeichnen, denn im allgemeinen kann gesagt werden, dass die Art und Menge der auszuführenden Canalbauten einen ziemlich verlässlichen Schluss auf die Ausdehnung und Entwicklung großer Städte zulassen.

Ich erlaube mir nun die Anfrage zu stellen, ob der geehrte Gemeinderath die Verlesung der sämmtlichen in der Beilage enthaltenen Canalanlagen wünscht? (Rufe: Nach Bezirken!)

Im I. Bezirke ist die Reconstruction der Sohle des Cholera-canales von Or.-Nr. 15 Kärnthnerring aufwärts auf 200 m Länge vorgeschlagen. Solche Sohlen-Reconstruierungen sind unumgänglich; ich bitte daher um die Genehmigung des Betrages von 5800 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung; Post 1 ist angenommen.

Stadtraths-Referent: Post 2. In der Großen Sperlgasse, von der Kleinen Sperlgasse bis zur Oberen Augartenstraße soll wegen Schadhaftigkeit des vor dem Jahre 1833 erbauten Canales ein Umbau mit dem Betrage von 19.200 fl. ausgeführt werden.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung; angenommen.

Stadtraths-Referent: Unter Post 3 ist der Umbau eines Canales in der Pfeffergasse von Or.-Nr. 3 durch die Taborstraße bis zur Konradgasse wegen der seichten Lage, der Schadhaftigkeit und des kleinen Profils des vor dem Jahre 1833 hergestellten Canales um den Betrag von 3700 fl. vorgeschlagen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung; angenommen.

Stadtraths-Referent: Post 4. Canalisierung der Straßen um die neue Infanterie-Kaserne in der Donaustadt. Das ist ein Neubau mit einem Kostenaufwande von 37.000 fl. Wie die Herren wissen, ist der Bau der Infanterie-Kaserne soweit vorgeschritten, dass sie im Frühjahre kommenden Jahres vollendet und übergeben werden dürfte. Es empfiehlt sich daher, die Canalisierung im heurigen Jahre zu beginnen.

Gem.-Rath Seiler: Im alten Gemeinderathe vom Jahre 1890 oder 1891 wurde der Beschluss gefasst, in der Donaustadt von der Quaistraße bis zur Stadlauerbrücke einen Sammelcanal zu bauen, in welchen dieser neue Canal einmünden soll. Dieser Beschluss wurde in der Weise gefasst, dass eine fünfjährige Bauperiode festgesetzt wurde, so dass jedes Jahr ein Theil dieses Sammelcanales ausgebaut werden sollte. Der erste Theil wurde auch ausgeführt, aber weiter wurde die Arbeit nicht geführt. Ein Theil dieses Canales liegt jetzt still. Wenn jetzt die Kasernen und andere große öffentliche Gebäude dort hingebaut werden, so wird die Canalisierung unbedingt durchgeführt werden müssen.

Ich möchte mir daher an den Herrn Referenten die Anfrage erlauben, warum, nachdem dieser Beschluss vom alten Gemeinderathe angenommen und nachdem bereits ein Theil ausgebaut wurde, der Bau nicht fortgesetzt wird? Ferner möchte ich mir den Antrag zu stellen erlauben, dass die zweite Bauperiode dieses Sammelcanales in diesem Jahre zum Ausbau gelangen möge, damit der erste Theil nicht zugrunde gehe.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall, die Debatte ist geschlossen.

Stadtraths-Referent: Auf die Anfrage des geehrten Herrn Vorredners bin ich in der Lage, folgendes berichten zu können. Es ist vollkommen richtig, wie mein geehrter Herr Vorredner gesagt hat, dass der Gemeinderath von 1889 oder 1890 — der genaue Zeitpunkt ist mir nicht bekannt — infolge eines von mir dem damaligen Gemeinderathe erstatteten Referates beschlossen hat, die Canalisierung der Donaustadt in fünf verschiedenen Perioden auszuführen.

Es ist aber nicht im Beschlusse gelegen gewesen, in jedem Jahre eine derartige Periode auszuführen, sondern in fünf Zeitabschnitten. Die für die erste Periode entfallende Canalisierung des Stadttheiles, welcher zwischen der Kronprinz Rudolfstraße und der Ausstellungsstraße — der ehemaligen Feuerwerksallee — ist, wurde damals vom Gemeinderathe genehmigt und thatsächlich ausgeführt. Weitere Canalisierungsarbeiten sind in der Donaustadt seit dieser Zeit nur immer stückweise, nicht auf dem ganzen Rayon ausgeführt worden, und zwar aus dem Grunde, weil ja die Verbauung nicht in so rascher Weise stattgefunden hat, als dass die Gemeinde eine so kostspielige Canalisierung hätte vornehmen sollen. Die Anregung des Herrn Vorredners wäre jedenfalls zu berücksichtigen und ich glaube, dass der Stadtrath sich ohneweiters mit dieser wichtigen Canalisierungsfrage beschäftigen wird. Nur gestatten Sie mir, darauf aufmerksam zu machen, dass, wenn überhaupt irgendein Bau zur Ausführung kommt, der Gemeinderath nie gezögert hat, die dazu erforderlichen Canalbauten auszuführen. So haben wir ja selbst in diesem Canalbauten-Präliminare einen bedeutenden Betrag für die Canalisierung der Straße bei der Infanterie-Kaserne vorgeschlagen, und ich hoffe, dass Sie auch diesen Betrag bewilligen werden.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Der Antrag der Commission und des Referenten ist nicht angefochten, ich erkläre denselben für angenommen. Herr Gem.-Rath Seiler hat beantragt, es möge der für die zweite Bauperiode in Aussicht genommenen Bau des Sammelcanales in der Quaistraße bis zur Stadlauerbrücke in diesem Jahre durchgeführt werden. Ich bitte jene Herren, welche für die Zuweisung des Antrages stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Stadtraths-Referent: Post 5, Canalisierung von Kaisermühlen. Diese Arbeiten, welche den Betrag von 90.000 fl. ausmachen, sind vom geehrten Gemeinderathe seit mehreren Jahren in das Budget eingestellt worden.

Der Grund, weshalb diese Bauten nicht zur Ausführung gekommen sind, ist dem geehrten Gemeinderathe bekannt. Es hat wasserrechtliche Schwierigkeiten gegeben, welche, wie ich hoffe, durch Intervention des Statthalters in diesem Jahre werden behoben werden. Aus diesem Grunde empfiehlt es sich, die Einstellung des bereits, wie ich sagte, seit vier Jahren im Budget des Gemeinderathes erscheinenden Betrages von 90.000 fl. zu genehmigen.

Gem.-Rath Seiler: Der Herr Referent hat recht gut daran gethan, dass er erwähnte, dass diese Summe bereits vier Jahre im Budget steht, aber sie sollte rechtmäßig nicht darinnen stehen, weil immer eine sehr große Summe für Canalbauten im Voranschlage vorkommt, welche eigentlich gar nicht ausgeführt werden. Ich glaube, man hat bereits im vorigen Jahre, dann vor zwei und drei Jahren gewusst, dass dort das wasserrechtliche Verfahren durchzuführen ist, und doch ist der Betrag hier in Verrechnung gebracht; ich weiß nicht die Ursache, aber nach meiner Ansicht ist das keine richtige Budgetierung, wenn man etwas ins Budget gibt, von dem man weiß, dass es nicht durchgeführt wird.

Wie mir bekannt ist, ist das wasserrechtliche Verfahren, welches schon vor zwei Jahren hätte beendet werden können, wenn man sich mehr Mühe gegeben hätte, bereits in diesem Jahre durchgeführt und ich glaube, es steht nichts im Wege, dass endlich der Canal gebaut werde, um die Entwickelung dieses Bezirkes nicht weiter zu hemmen. Die Leute können dort nicht bauen, es kann keine Straßenregulierung und keine Pflasterung vorgenommen werden, weil man nicht weiß, wann mit diesen Arbeiten begonnen wird. Nachdem im vorigen Jahre im September und October die Commissionen stattgefunden haben und man sich in jeder Beziehung geeinigt hat, so

ersuche ich den Herrn Referenten, dahin zu wirken, dass der Bau endlich in diesem Jahre begonnen wird.

Gem.-Rath Boschan: Mit dem Bau in den Kaisermühlen hat es folgende Schwierigkeiten. Es hat sich darum gehandelt, wohin der Canal ausmünden soll. Die natürlichste Ausmündung wäre in das ehemalige, aufgelassene Donaubett. Dagegen haben die Sanitätsbehörden Anstand erhoben. Nun besteht die Absicht — ich weiß nicht, ob sie durchgeführt wird — bei dem Umstande, als der Wiener Donaucanal durch Schleusen abgesperrt und dadurch das Wasserprofil ein kleineres wird, als man weiter auch die Besorgnis hat, dass bei mäßig hohen Wässern, von dem Eisstoßgange abgesehen, das jetzige Donaubett nicht in der Lage sein wird, die Wassermassen aufzunehmen und zu befördern — das alte aufgelassene Donaubett durch eine Schleuse abzusperren, welche so eingerichtet ist, dass bei einem Hochwasser das Wasser durch das alte Bett durchlaufen kann. Die Frage ist bei der Donauregulierung noch nicht endgiltig ausgetragen. Das ist auch die Ursache, warum die Sache im vorigen Jahre nicht vorwärts gegangen ist. Ich hoffe, dass die Frage in der nächsten Zeit zum Austrage gelangen und es möglich sein wird, diesen Canal im heurigen Jahre auszuführen. Ich bitte demnach, die Post zu belassen.

Gem.-Rath Bärtl: Ich möchte vor allem constatieren, dass wir nicht beschlussfähig sind, und ich bitte auszuzählen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (nach einer Pause): Jetzt sind wir beschlussfähig.

Gem.-Rath Bärtl: Der Herr Budget-Referent Boschan hat mitgetheilt, welche Schwierigkeiten bei diesem Canalbau vorliegen, dass diese Summe voriges Jahr nicht ausgegeben worden ist. Einer der Vorredner hat gesagt, er bedauere es lebhaft, dass größere Summen eingestellt und nicht ausgegeben werden. Ich freue mich dessen, es kommen ja so viele Arbeiten zusammen. Wir haben so viele Bau- und Deichgräberarbeiten, dass man auch heuer nicht alle Posten ausgeben wird, und das freut mich. So zum Beispiel wurde in diesem Jahre im XII. Bezirke auf der Hauptstraße, heute Meidling, Schönbrunnerstraße, im Jänner noch canalisiert, und es ist auch ein Stück eingefallen, wahrscheinlich infolge der Witterungsverhältnisse. Früher hat man nur bis October gearbeitet, heute aber baut man bis in den halben Winter hinein.

Ich freue mich also, dass der Rechnungsabschluss günstig ist, aber es können eben die Organe, wenn auch alles aufgeboten wird, diese Arbeiten nicht durchführen. Der Herr Antragsteller kann zufrieden sein, die Summe ist vom Stadtrathe und von der Budget-Commission eingestellt worden, obwohl der Magistrat keine Rücksicht darauf nahm. Vielleicht kommt dieser Canal noch heuer zur Ausführung.

(Die Referenten verzichten auf das Schlusswort.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Post wurde nicht angefochten; ich erkläre sie für angenommen.

Stadtraths-Referent: Post 6 „Canalumbau in der Lilienbrunngasse von der Negerlegasse aufwärts", Fortsetzung des im Vorjahre ausgeführten Canalbaues. Hier bitte ich um Bewilligung eines Betrages von 7000 fl.

Gem.-Rath Bärtl: Jetzt käme nach der Reihe der IV. Bezirk. Nicht wahr, Herr Referent?

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir sind erst beim II. Bezirke und kommen zunächst zum III. Bezirke.

Gem.-Rath Seiler: Ich möchte hier nicht mehr die Jammergeschichte des ersten Theiles dieses Canalbaues in der Lilienbrunngasse erzählen, sondern nur den Herrn Referenten und auch das Stadtbauamt aufmerksam machen, dass sie sehr vorsichtig sein sollen in der Wahl der Unternehmer und nicht wieder so hereinfallen und so elende Unternehmer bekommen, wie es letzthin in der Lilienbrunngasse der Fall war. Da werden wir noch viele Folgen zu tragen haben. Ich möchte auch ersuchen, dass man bei den Canalbauten lieber auf die Personen und ihre Vertrauenswürdigkeit als auf Percentnachlässe schaut, insbesondere bei Neubauten von Canälen. Dieser Bau in der Lilienbrunngasse soll dem Stadtbauamte und Stadtrathe eine große Lehre sein.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Post wurde nicht angefochten. Ich erkläre sie für angenommen.

Wünscht jemand zum III. Bezirke das Wort? (Niemand meldet sich.) Keine Einwendung. Angenommen.

Gem.-Rath Bärtl: Ich kann nicht umhin, jetzt ein paar Worte über den IV. Bezirk zu sprechen. Als ich die Vorlage bekam, habe ich mich gewundert, dass für den IV. Bezirk auch nicht eine einzige Post eingesetzt wurde, weil ich weiß, dass, wenn man sich nur ein bisschen im Bezirke umschaut, man findet, dass auch der IV. Bezirk neuer Canäle bedarf, und der Herr Bezirksvorsteher hat gewiss auch sein Präliminare vorgelegt. Ich erwähne nur die Wohllebengasse, Taubstummengasse, Theresianumgasse. Namentlich der Canal in der Wohllebengasse ist in einem sehr schlechten Zustande. Ich könnte näher darauf eingehen, aber ich habe heute meine Notizen zuhause gelassen, weil ich nicht wusste, dass das Präliminare zur Berathung kommt.

Nun erlaube ich mir die Anfrage an den Herrn Referenten oder die Herren Vertreter der Executive, wie es kommt, dass trotz der drei oder vier angegebenen Gassen auch nicht eine einzige berücksichtigt wurde? Da bitte ich recht sehr um Aufklärung.

Stadtraths-Referent: Die Frage des Herrn Vorredners lässt sich kurz dahin beantworten, dass der IV. Bezirk zu den in der Straßenpflege am weitesten vorgeschrittenen gehört. (Gem.-Rath Bärtl: Das ist ein Compliment, aber nicht richtig!) Gewiss, vom Stadtbauamte ist auch nicht ein einziger Canalneubau für diesen Bezirk vorgeschlagen worden. Dagegen wurde allerdings ein Canalumbau in der Wohllebengasse mit einem Betrage von 6500 fl. vorgeschlagen, und wenn der Herr Vorsitzende gestatten würde, so wird der Herr Magistrats-Referent in der Lage sein, anzugeben, aus welchem Grunde dieser Canalbau nicht vorgeschlagen wurde.

Oberingenieur Bischof: Das Bauamt hat seinerzeit bei Verfassung des Budgets für 1895 den Canalumbau in der Wohllebengasse beantragt, weil derselbe nur eine 15zöllige, durchlässige Sohle hat (Hört!) und überhaupt zum Umbau reif ist. Nachdem aber das Canalbauten-Budget sehr überlastet war, und der Canal noch einer Ausbesserung fähig ist, so hat man ihn für diesmal ausgelassen.

Gem.-Rath Bärtl: Nun, meine Herren, nach der Aufklärung des Stadtbauamtes erkennen Sie schon, dass die Nothwendigkeit vorhanden ist, ein Stück Canal zu bauen, welches 6500 fl. kostet. Diese Summe wird das Budget ganz gewiss nicht viel erhöhen. Das wird das Budget auch noch vertragen. Jetzt erinnere ich mich auch, dass ich mit dem Bezirksausschusse Rücksprache genommen habe. Dieser hat gesagt: „Wenn sie uns nur zumindest

dieses Stückchen Canal in der Wohllebengasse bewilligt hätten, aber nicht einmal das."

Ich will also abstrahieren von der Taubstummen- und Theresianumgasse, welche größere Objecte sind, aber diesem Canalbau möchte ich bitten Ihre Zustimmung zu geben. Ich beantrage, dass dieses Stückchen Canal in der Wohllebengasse in diesem Jahre zur Ausführung kommt. Ich möchte Sie ersuchen, meine Herren — es ist nur ein kleiner Betrag von 6500 fl. — diesem Antrage Ihre Zustimmung zu geben.

Commissions-Referent Gem.-Rath Ritt. v. Goldschmidt: Meine Herren! Für den IV. Bezirk ist von Seite der Ämter, wie der geehrte Herr Vorredner ausgeführt hat, lediglich der eine Canalbau in der Wohllebengasse in Anschlag gebracht worden. Es ist das auch in der Budget-Commission besprochen und es ist die Nothwendigkeit dieses Canalbaues anerkannt worden. Aber es ist nicht zu leugnen, dass, wenn Sie die große Reihe von Posten durchsehen, andere Canäle noch nothwendiger sind, als dieser. Die Budget-Commission hat daher keinen Anlass genommen, hier eine Änderung vorzunehmen. Ich muss daher die Anträge der Budget-Commission aufrecht erhalten. Wenn wir uns aber klar sind, dass der Grund dieses Umbaues der ist, dass der Canal im Jahre 1848 gebaut worden ist, und dass er eine flache, nur 15 cm starke, durchlässige Sohle und ein kleines Profil hat, so muss ich anerkennen, dass der Umbau im höchsten Grade nothwendig ist. (Gem.-Rath Bärtl: Na also!) Wenn also von Seite des geehrten Herrn Vorsprechers der Antrag gestellt wird, so würde ich von meiner Seite nichts dagegen einzuwenden haben.

Gem.-Rath Hawranek (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich berichtige, dass der Canal ausgebessert werden muss und das wieder Geld kostet. Ich glaube daher, es ist viel besser, man baut gleich das Stückchen Canal und lässt es dabei.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Der Herr Gem.-Rath Bärtl hat beantragt, dass der Canal in der Wohllebengasse umgebaut werde. Die Kosten betragen nach der Auskunft des Herrn Vertreters des Bauamtes 6500 fl.

Ich bitte jene Herren, welche 6500 fl. für diesen Zweck widmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

V. Bezirk. Wird das Wort gewünscht?

Gem.-Rath Becker: Ich habe zu wiederholtenmalen bei Gelegenheit der Budgetberathung darauf hingewiesen, dass die Wolfganggasse gepflastert werden solle.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist hier nicht das Pflasterpräliminare in Berathung.

Gem.-Rath Becker: Ich erwähne das nur; da ist von der geehrten Budget-Commission erwidert worden, dass das nicht sein kann, weil der Canal noch nicht fertig ist. Nun möchte ich bitten, dass die Wolfganggasse endlich canalisiert werde bis zum Hundsthurmspitz, d. h. bis zum Gasthause am Hundsthurmspitz. Das hat verschiedene Gründe, denn in diesem Gasthause wird abgestochen, da gibt es eine Schweinerei. Dort ist es ganz sanitätswidrig. Es muss dort ein Canal gemacht werden. Ich beantrage, dass der Canalbau vollendet werde bis zum Gasthause am Hundsthurmspitz.

Stadtraths-Referent: Der vom Herrn Vorredner gewünschte Canal ist allerdings unter Post 10, aber nicht in der Ausdehnung und in dem Umfange, in welchem er jetzt gewünscht worden ist, in diesem Präliminare enthalten. Es würde sich in diesem Falle vielleicht am besten eignen, wenn der Herr Vorredner einen Antrag, und zwar möglichst bald einbringen würde. Dann wäre der Stadtrath in der Lage, sich mit der Frage zu befassen, ob nicht etwa eine Verlängerung sich empfiehlt. Jedenfalls würde ich doch bitten, die Stimme des Vertreters des Stadtbauamtes in dieser Angelegenheit zu hören.

Gem.-Rath Bärtl: Ich unterstütze den Antrag des Herrn Collegen vom V. Bezirke, allein, meine Herren, da müsste eine Vorlage vorliegen; überhaupt wenn der Vertreter des Stadtbauamtes nicht sagen kann, wie viel die Strecke kostet, wäre es doch gut, wenn wir eine Vorlage hätten.

Ich stelle den Zusatz-Antrag zum Antrage des Herrn Collegen vom V. Bezirke, dass der Antrag dem Stadtrathe zugewiesen werde und uns eine Vorlage, betreffend die weitere Verlängerung, dieses Canales gemacht werde.

Gem.-Rath Vincenz Wessely: Ich möchte doch den Vertreter des Bauamtes ersuchen, dass er uns Auskunft ertheilt über den Antrag des Herrn Collegen aus dem V. Bezirke. Er sagt, es seien nur ein paar Meter, um die es sich handelt, das kann doch nicht viel ausmachen!

Oberingenieur Bischof: Das Bauamt wird — vorausgesetzt, dass dieser Antrag zum Beschlusse erhoben wird — die Vorlage in der Weise machen, dass gleich die Verlängerung bis zum Hundsthurmspitz erfolgt.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Das Unglück ist nicht groß, wenn Sie den Antrag dem Stadtrathe zuweisen. Es muss doch eine Vorlage gemacht werden und werden dann die Mehrkosten für diese Verlängerung auf die Reserve verwiesen. Wann dann dieses Stück des Canales ausgebaut wird, wird die Verlängerung unter einem dazugenommen.

Ich bitte diejenigen Herren, welche dem Antrage des Herrn Gem.-Rathes Becker zustimmen, es sei der unter Post 10 genannte Canal in der Wolfganggasse bis zum Gasthause am Hundsthurmspitz zu verlängern, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

VII. Bezirk. Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

VIII. Bezirk. Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

IX. Bezirk. Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

X. Bezirk. Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

XI. Bezirk. Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

XII. Bezirk. Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

XIII. Bezirk. Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

XIV. Bezirk. Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

XVI. Bezirk.

Gem.-Rath Gräf: Ich habe mir schon erlaubt, an den Herrn Referenten die Anfrage zu richten, ob bezüglich des Umbaues des Canales in der Ottakringerstraße bei Or.-Nr. 158 die alte oder neue Orientierungsnummer gemeint ist. Nun ist der Herr Referent sowohl als der Herr Oberingenieur Bischof nicht in der Lage, mir das zu sagen.

Ich würde großen Wert darauf legen, dass, wenn schon der Canal umgebaut wird, er auch bis zur Nummer 158 alt (Schulhaus) durchgeführt werde. Es ist dies nothwendig auch deshalb, weil schon vier Jahre hindurch die Herstellung des präliminierten Holzstöckelpflasters darum verschoben wird, weil man auf die Canalisierung wartet.

Nun ist aus der Vorlage nicht ersichtlich, ob der Canal nur bis zur Wattgasse geführt werden soll oder bis zur Nummer 158 alt; das ist das Schulhaus, welches ich meine.

Ich würde mir daher den Antrag zu stellen erlauben, dass, wenn der Canal umgebaut wird, er bis inclusive Nr. 158 alt durchgeführt werde. Sollte dies in der Vorlage ohnehin gemeint sein, wäre mein Antrag gegenstandslos.

Ich bitte, darauf Rücksicht zu nehmen, die Herstellung ist sehr wichtig.

Nun, geehrter Herr Vorsitzender, noch eine allgemeine Bemerkung:

Ich hätte noch den lebhaften Wunsch, dass der Umbau der Canäle rechtzeitiger in Angriff genommen wird. Wir sind im vergangenen Jahre in eine so späte Zeit hineingekommen, dass durch die ungünstigen Witterungsverhältnisse die Arbeitszeit wesentlich verlängert worden ist; es haben starke Setzungen stattgefunden, es konnten die Fuhrwerke nicht passieren. Nachdem bei uns ja auch Ökonomiebesitzer sind, die Heu, Stroh und verschiedenes einzuführen haben, möchte ich die geehrten Herren aufmerksam machen, die Canalbauten im Frühjahre rechtzeitiger in Angriff zu nehmen, dass sie doch wenigstens im October fertig sind. Wir sind im vergangenen Jahre bis in den December hineingekommen, und das ist jedenfalls unangenehm, weil hiedurch Passagestörungen vorkommen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Eigner hat das Wort.

Gem.-Rath Eigner: Ich bin ja nicht aus dem XVI. Bezirke. (Gem.-Rath Bärtl: Deshalb könnten Sie doch dazu sprechen!) Ich habe mich auch nicht gemeldet, da muss der Herr Schriftführer mich verkannt haben.

Stadtraths-Referent: Als das Präliminare für Canalbauten verfasst wurde, war gewiss noch nicht die neue Numerierung in den einzelnen Straßen der späteren Bezirke durchgeführt; ich glaube also, dass der Wunsch, den der Herr College Gräf gestellt hat, eigentlich schon durch die Vorlage erfüllt ist. Wenn dies aber nicht der Fall sein sollte, so würde ich wenigstens — und ich glaube, auch der Stadtrath — der Erfüllung dieses Wunsches gar keine Schwierigkeiten in den Weg setzen.

Ich glaube, dieser Antrag wäre so zu behandeln, wie der früher vom Herrn Gem.-Rathe Becker gestellte.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Zu Post 43 ist vom Herrn Gem.-Rathe Gräf beantragt: „Es sei dieser Canal bis zu Nr. 158 alt Schulgasse zu verlängern, wenn dieser Bau in Angriff genommen wird, und es seien die dafür entfallenden Kosten auf die Reserve zu verweisen (Gem.-Rath Gräf: Eventuell!), wenn es ohnehin nicht schon in dem Antrage enthalten ist."

Ich bitte diejenigen Herren, die mit der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Wir kommen zum XVII. Bezirke.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Im allgemeinen bin ich selbstverständlich für die aufgestellten Anträge, nur möchte ich einiges hinzufügen; wir haben nämlich im vorigen Jahre sehr traurige Erfahrungen gemacht. Da wurde ein circa 80° langer Canal gebaut und die Straße überall durch neun Wochen abgesperrt. (Stadtraths-Referent: Wo?) Auf der Hernalser Hauptstraße zwischen der Bergsteig- und Kirchengasse — eine sehr belebte Stelle. Sie können sich denken, wie da die Geschäftsleute geschädigt worden sind. Die Contrahenten haben sich mit der Arbeit sehr Zeit gelassen und ich habe mich diesbezüglich auch im Gemeinderathe beschwert; ich möchte also nur bitten, dass man Canalbauten gerade auf belebten Straßen mit etwas mehr Energie in die Hand nehmen und rascher durchführen soll; desgleichen möchte ich ersuchen, dass beim Alsbache im Frühjahre mit aller Kraft weitergearbeitet werde, damit wir wenigstens bis Ende Mai fertig sind.

Gem.-Rath Eigner: Im XVII. Bezirke sind wohl sehr viele Canäle im Budget pro 1895 beantragt, aber ich muss mir doch noch weitere Anträge erlauben. Es sind nämlich in Hernals, Dornbacherstraße, heute Hernalser Hauptstraße genannt, vis-à-vis von der Friedhofstraße gegen Ottakring, in der Paschinggasse und Römergasse im Jahre 1894, nachdem das Präliminare vom Bezirksausschusse zusammengestellt war, mehrere neue, drei- bis vierstockhohe Häuser erbaut worden. Diese Häuser werden mit dem Monate Mai 1895 bezogen. In dieser Gegend ist kein Canal vorhanden und diese Häuser müssten Senkgruben bekommen. Das sollte man doch bei Häusern, wo in jedem 50 bis 60 Parteien wohnen, nicht zulassen; es ist ja dort ein kolossales Eckhaus gebaut worden, eine wahre Zinskaserne; in der Römergasse sind sogenannte Doppelhäuser erbaut worden, die vorne und hinten je einen Doppeltract haben. Diese Häuser umfassen 3- bis 400 Parteien. Es ist also dort ein Canal sehr nothwendig und ich weiß nicht, was da geschieht, wenn eine Epidemie ausbrechen sollte. Es sollte also hier in dem Präliminare pro 1895 die hiezu erforderliche Summe gleich genehmigt werden. Nachdem in dem Jahre 1894 in der Pasching- und in der verlängerten Römergasse in Hernals vier große Häuser erbaut worden sind, welche schon im Laufe kommenden Frühjahres bezogen werden sollen, so beantrage ich, sowohl in der Paschinggasse als in der verlängerten Römergasse die Straßencanalisierung herzustellen und durch einen neu herzustellenden Canal in der Hauptstraße und in der Hernalser Friedhofgasse mit dem überwölbten Alsbache zu verbinden. Zur Ausführung dieser Arbeiten sei ein Betrag von 16.000 fl. in das Präliminare pro 1895 einzusetzen. Wer die Situation kennt, wird unbedingt für diesen Betrag stimmen.

Weiters hätte ich noch einen sehr dringlichen Antrag. Sie müssen bedenken, wie es in Neu-Dornbach aussieht. In der Pichler-, Heuberg- und Pointengasse sind rechts und links je ein offener Abzugsgraben. Alles Wasser von der Straße, so auch das Überfallwasser von den Senkgruben ergießt sich in diese Gräben und läuft ganz offen durch dieselben. Das sind Zustände, wie sie heute für Wien doch unwürdig sind. Es wohnen viele Sommerparteien draußen. Ich glaube, Sie werden also meinem Antrage Ihre Zustimmung geben.

Ich beantrage, im Verlaufe des Jahres 1895 in der Pointengasse, Heuberggasse, dann in der Andergasse (früher Pichlergasse) einen über den Rupertusplatz führenden Haupt-Unrathscanal mit der Einmündung an den bereits überwölbten Alsbach herzustellen und die Kostensumme von circa 20.000 fl. zu genehmigen. Ich glaube, dass Sie auch diesem Antrage zustimmen, weil es nothwendig ist, indem der Alsbach vom Friedhofe bis Neuwaldegg

bereits im Juni oder Juli der Vollendung entgegengeht; dann muss energisch die Canalisierung von Dornbach durchgeführt werden.

Oberingenieur Bischof: Bezüglich des ersten Antrages des Herrn Gem.-Rathes Eigner möchte ich anführen, dass diese zwei Canalbauten in der Pasching- und Römergasse im Jahre 1895 ganz gut ausgeführt werden können, und zwar aus dem Pauschale. Wir haben alljährlich circa 30 bis 40 Canalbauten, die durch die entstehenden Neubauten nothwendig werden, durchgeführt, und das kann rücksichtlich dieser zwei Gassen auch geschehen. Wenn es sich wirklich als nothwendig herausstellen sollte, woran ich nicht zweifle, wird das Bauamt das Project zur Genehmigung vorlegen.

Gem.-Rath Boschan: Insofern es nothwendig ist, diesen Canal in Dornbach einmünden zu lassen, wäre es zweckmäßiger, diesen Bau unter einem zu machen. Weil wir aber dies nicht so beurtheilen können, bitte ich, den Antrag des Herrn Collegen Eigner dem Stadtrathe zuzuweisen.

Referent: Ich habe gar nichts zu bemerken. Es ist selbstverständlich, dass ich mit dem vorgeschlagenen Antrage einverstanden bin.

Gem.-Rath Eigner: Ich habe noch zwei Anträge wegen Überwachung bei Ausführung der Canalisierung . . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, vielleicht meldet sich der Herr Redner zum Schlusse, um die Sache vorzubringen, sie gehört nicht speciell zum XVII. Bezirke.

Gem.-Rath Rauscher: Ich hätte auch zwei Anträge bezüglich des XVII. Bezirkes. Ich will sehr kurz sein. Ich finde, dass in der Zusammenstellung, welche der Bezirksausschuss von Hernals vorgeschlagen, noch zwei Canäle zum Umbau empfohlen worden sind, welche in das Präliminare nicht aufgenommen worden sind. Das ist der Canal von der Hernalser Hauptstraße Nr. 29 bis zur Veronikagasse im Betrage von 2000 fl. und der zweite von der Stiftgasse Nr. 14 bis zur Gschwandnergasse mit einem Kostenaufwande von 1400 fl.

Ich muss sagen, diese Umbauten sind sehr nothwendig, und ich würde die Herren bitten, zuzustimmen, dass es wenigstens in Erwägung gezogen werde. Es ist außerordentlich nothwendig. Ich will mich einer weiteren Begründung enthalten, aber ich bitte, die 3400 fl. eventuell noch in das Präliminare aufzunehmen.

Gem.-Rath Eigner: Was der Herr Vorredner gesagt hat, ist wohl richtig. Ich habe aber darüber mit dem Herrn Oberingenieur Rücksprache gepflogen, und indem das Budget vom XVII. Bezirke sehr in Anspruch genommen worden ist und die Ausführungen von Canalbauten wirklich sehr großartige sind, so haben wir uns geeinigt, das für ein Jahr noch hinauszuschieben; vielleicht sind die Anforderungen an Canäle im XVII. Bezirke für das nächste Jahr etwas minder wie heuer, weil heuer doch großartige Canalisierungen vorgenommen wurden. Dann könnte der vom Vorredner besprochene Canal ausgeführt werden. Sämmtliche Canäle in den Vororte-Bezirken sind keinen Schuss Pulver wert (Hört! Hört! rechts), sie sind alle zu seicht, sie haben kein Gefälle und sind so niedrig, dass es nicht möglich ist, von den Häusern einzumünden.

Gem.-Rath Rauscher: Ich habe mich früher einer längeren Ausführung enthalten, weil der Herr Vorsitzende gemeint hat, die Sache so schnell als möglich erledigen zu können. Nachdem aber der Herr Collega aus dem XVII. Bezirke gegen mich spricht, obwohl er die Nothwendigkeit der Canalumbauten direct anerkennt, so bleibt mir nichts übrig, als meinen Antrag mit einigen Worten zu begründen. Diese Canalumbauten sind außerordentlich wichtig. Die gegenwärtigen Dimensionen sind schlecht; sie können die Masse des Unrathes nicht fassen. Theilweise sind dieselben auch schadhaft und es ist außerordentlich nothwendig, dass die Sache gemacht werde. Ich will mich nicht darauf steifen, dass das im heurigen Jahre budgetiert werde. Es genügt vollkommen, wenn vielleicht der Antrag angenommen wird, dass die Sache wenigstens ins nächstjährige Präliminare aufgenommen werde. (Rufe rechts: Geschieht ohnedies!) Darauf gebe ich nichts, es sind schon verschiedene Sachen ins Präliminare aufgenommen worden und nicht das geringste ist geschehen. Deswegen wäre es mir lieber, schon etwas Positives zu haben und heuer die Summe von 3400 fl. ins Präliminare aufzunehmen. Wir sind es gewohnt, dass viele Posten aufgenommen werden und nicht zur Ausgabe gelangen. Wenn heuer diese Summe aufgenommen würde, so hätten wir wenigstens im nächsten Jahre einen Grund, darauf zu dringen, dass die Sache zur Ausführung gelangt. Nachdem Collega Eigner dagegen spricht, so bleibt mir nur übrig zu sagen, dass es für uns vortheilhaft sein wird, diese zwei Posten in das Präliminare pro 1896 aufzunehmen, um die Sache umso gewisser zur Ausführung bringen zu können.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Ich möchte nur etwas richtigstellen. Es ist selbstverständlich, dass ein Canal, wenn er sehr alt ist, schlecht ist. Heute will jeder Baumeister unter der Kellersohle einmünden. Solche Verhältnisse haben wir früher nicht gehabt. Früher hatte der Alsbach ein offenes Gerinne und die Canäle haben sich nach dem Alsbache gerichtet. Heute ist der Alsbach tief, er hat bis auf die Sohle 6 bis 7 m und noch mehr. Da ist ein anderes Gefälle und jeder Canal kann in dem Maße angelegt werden. Wenn man aber ein offenes Gerinne hat, so gibt es keine tiefen Canäle, und alle Canäle sind selbstverständlich in den Alsbach gelaufen. Die Gemeinden haben gethan, was möglich war, dass heute manches besser ausgeführt wird, ist selbstverständlich.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen.

Stadtraths-Referent (zum Schlussworte): Ich möchte nur bemerken, dass im XVII. Bezirke 142.800 fl. präliminiert sind, mehr als der achte Theil des Betrages, welcher für sämmtliche Bezirke vorgeschlagen ist. Daraus will ich aber nicht folgern, dass beide zuletzt vorgeschlagenen Canalbauten überflüssig sind, denn wenn deren Nothwendigkeit vorhanden ist, ist es auch zweckmäßig, sie auszuführen. Übrigens ist das erst für das Jahr 1896 gewünscht worden.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es sind vom Herrn Gem.-Rathe Eigner zwei Anträge gestellt worden, welche sich auf Neubauten von Canälen beziehen, und zwar die eine Partie bei den neuen Häusern rechts in der Dornbacher Hauptstraße, die zweite Partie bezieht sich auf die Neubauten in der Pichlergasse und den anstoßenden Straßen.

Ich bitte jene Herren, welche diese beiden Anträge dem Stadtrathe zuweisen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Vom Herrn Gem.-Rathe Rauscher wird beantragt, es seien:

a) 2000 fl. für den Canalumbau in der Hernalser Hauptstraße von Or.-Nr. 29 bis zur Veronikagasse,

b) 1400 fl. für den Canalumbau von der Stiftgasse Nr. 104 bis Gschwandnergasse einzustellen. (Rufe links: Pro 1896!)

Ich bitte, das steht nicht hier, und ich muss den Antrag so zur Abstimmung bringen, wie er hier steht.

Jene Herren, welche dafür stimmen, dass der Antrag dem Stadtrathe zugewiesen werde, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Wünscht jemand zum XVIII. Bezirke das Wort? (Niemand meldet sich.) Ich erkläre die Anträge für angenommen.

XIX. Bezirk. Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Zu den allgemeinen Bemerkungen bitte ich Herrn Gem.-Rath Eigner.

Gem.-Rath Eigner: Im allgemeinen ist meine Anschauung, dass die Überwachung der Canalbauten zu gering ist. Mir thut nur leid . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ohne dem Herrn Redner vorgreifen zu wollen, möchte ich empfehlen, dass seine Bemerkungen allgemeiner Natur für die Budgetdebatte aufgespart werden sollten. Sie gehören eigentlich dorthin, während sie jetzt über den Rahmen der Vorlage hinausgehen.

Gem.-Rath Eigner: Also gut, dann verzichte ich.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht jemand zu den Anträgen, welche der Stadtrath und die Budget-Commission stellt, das Wort? Die Anträge lauten:

„1. Genehmigung des vorstehenden Canalbauten-Präliminares.

2. Es seien die Ersparungen, welche sich bei den in das Präliminare eingestellten Objecten durch Mindererfordernisse, Nachlässe ergeben, dem Pauschale für unvorhergesehene Canal-Neu- und -Umbauten zuzuschlagen."

Es ist hier eine Divergenz zwischen den beiderseitigen Anträgen. Im Antrage des Stadtrathes heißt es nämlich noch: „oder den gänzlichen Entfall von einzelnen Objecten ergeben". Der Stadtrath beantragt also, wenn einzelne Objecte nicht ausgeführt werden, die betreffenden Posten auch dem Pauschale zuzuschlagen, während die Budget-Commission dieser Anschauung nicht beipflichtet. Wünscht jemand das Wort zu diesen Anträgen?

Gem.-Rath Dr. Stern: Die Budget-Commission hat sich bei Streichung dieses Absatzes von der Anschauung leiten lassen, dass, wenn ein Budget festgestellt ist, dasselbe auch eingehalten werden soll, und es soll nicht dem Stadtrathe die Vollmacht gegeben werden, ganz beliebig Präliminarposten zu streichen und andere dafür aufzunehmen. Wir beschließen hier, dass bestimmte Canalbauten ausgeführt werden, und werden bei diesen Nachlässe erzielt, so mag der Stadtrath hierüber verfügen. Dass aber der Stadtrath die Macht haben soll, einfach zu streichen und an Stelle eines Canalbaues einen anderen zu setzen, der gar nicht budgetmäßig vorgesehen ist, das soll nicht geschehen.

Das war die Erwägung, von welcher die Budget-Commission sich leiten ließ, indem sie Ihnen die Streichung dieser Worte empfiehlt, und ich bitte Sie, den Antrag der Budget-Commission anzunehmen.

Gem.-Rath Grünbeck: Ja, meine Herren, es ist im allgemeinen immer der Wunsch, dass, was wir beschließen, auch ausgeführt werde, sonst halten wir uns und die Bevölkerung zum besten. Ich muss mich da ganz den Ausführungen des Herrn Vorredners anschließen und werde daher für den Antrag der Budget-Commission stimmen.

Gem.-Rath Gräf: Ganz dieselben Gründe, die mein College Grünbeck ausgeführt hat, bestimmen auch mich, dem Antrage der Budget-Commission zuzustimmen, dass nur jene Beträge dem Pauschale zugeführt werden sollen, wo Ersparungen erzielt werden. Es könnte sonst wie in früheren Jahren unser Bezirk ganz ausfallen.

Gem.-Rath Purscht: Meine Ansicht ist, dass der Stadtrath durch die Beschlüsse des Gemeinderathes gewissermaßen gebunden ist, und ich staune nur darüber, dass gerade ein Herr auf jener (rechten) Seite so großes Misstrauen gegen den Stadtrath hat, dass er vielleicht die Sache anders ausführt, als sie hier im Gemeinderathe beschlossen worden ist. Ich werde auch dafür stimmen, und ich schließe mich hier, obwohl ich es sonst nicht thue, den Ansichten jener Herren an, dass nämlich vom Stadtrathe immer voll und ganz das ausgeführt werden soll, was der Gemeinderath beschließt, und es ist mir sehr angenehm, dass das Misstrauen heute von jener Seite gekommen ist.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist Schluss der Debatte beantragt worden. Ich bitte jene Herren, welche Schluss der Debatte annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Vorgemerkt sind die Herren Gem.-Räthe Dr. Stern, Huber, Boschan, Wessely und Wünsch. Das Wort hat Herr Gem.-Rath Dr. Stern.

Gem.-Rath Dr. Stern: Ich will nur zwei Worte bemerken. Es ist mir insinuiert worden, als ob meine Worte ein gewisses Misstrauen bekunden würden. Das ist durchaus nicht der Fall. Denn irgendein Misstrauen gegen den Stadtrath liegt in meinen Ausführungen in keiner Weise, sondern es sollte damit nur das Recht des Gemeinderathes gewahrt werden, das Budget zu beschließen, das Recht des Gemeinderathes, dass, wenn bestimmte Bauten beschlossen werden, nicht an deren Stelle irgendwelche andere gesetzt werden können. Es handelt sich einfach um die Wahrung des Rechtes des Gemeinderathes; dass ich aber ein Misstrauen gegen den Stadtrath ausgesprochen hätte, lag durchaus nicht in meinen Worten. Es ist auch in gar keiner Weise weder von mir noch in der Budget-Commission so etwas beantragt worden.

Gem.-Rath Boschan: Es ist eine Erfahrung, die seit vielen Jahren gemacht werden kann, dass diejenigen Beträge, welche für Neu- und Umbauten im Präliminare eingesetzt werden, nicht aufgebraucht werden, sondern dass in der Regel nur zwei drittel davon verbraucht werden. Dagegen ist es ebenso eine Erfahrung, dass das Pauschale für unvorhergesehene Canal-Neu- und -Umbauten nicht ausreicht und dass Zuschusscredite verlangt werden müssen.

Nun hat das Bauamt folgendes gesagt: Wenn gestattet wird, dass die Ersparnisse, welche bei den Canal-Neu- und -Umbauten dadurch entstehen, dass Nachlässe bei der Vergebung der Arbeiten erfolgen oder dass aus Umständen, welche man nicht vorhersehen kann, z. B. Schulbauten, Pflasterungsarbeiten oder sonstige Bauten ein Canalbau nicht durchgeführt werden kann, dass diese Ersparnisse in das Pauschale für unvorhergesehene Canalbauten zugeschlagen werden, erklärt das Bauamt, dass es zufriedengestellt sei, und glaubt, dass dies ausreichen werde. Das war der Grund, welcher den Stadtrath veranlasst hat, diesen Antrag zu stellen. Es hat aber dem Stadtrathe ferne gelegen, sich die Ermächtigung ertheilen zu lassen, Bauten nicht auszuführen und zu sagen, dafür werden andere ausgeführt.

Wenn die Herren die Budget-Commissions-Anträge annehmen wollen, so liegt darin nicht das geringste Misstrauensvotum gegen den Stadtrath; dagegen muss ich mich verwahren. Es verschlägt aber auch nichts, wenn Sie die Anträge des Stadtrathes annehmen.

Er wird nicht muthwilligerweise Canalbauten streichen. Aber für den Fall, dass diese Canalbauten durch Umstände, welche außerhalb seiner Macht liegen, unmöglich werden, soll er die Ermächtigung haben, das Geld dem Pauschale zuzuschlagen.

Gem.-Rath Vincenz Wessely: Ich werde sehr kurz sein, indem ich nur begründen werde, warum ich gegen die Anträge des Stadtrathes stimme und dem Antrage der Commission meine Zustimmung ertheilen werde. Ich finde, dass durch die Institution des Stadtrathes der Gemeinderath in seinen Rechten so weit beschränkt ist, dass ich nie zugeben kann, wenn es sich darum handelt, ein Präjudiz zu schaffen, um die Rechte des Gemeinderathes noch mehr zu schmälern, und aus diesem Grunde werde ich für die Anträge der Commission stimmen.

Gem.-Rath Wünsch: Ich habe mich nur zum Worte gemeldet, um mich als Obmann der Commission entschieden dagegen zu verwahren, dass in dem Antrage der Commission irgendein Misstrauen gegen den Stadtrath gelegen sein soll, auch bestätige ich, dass bei der Debatte keiner von den Herren je diese Auffassung getheilt hat. Es ist übrigens auch von Seite des Referenten des Stadtrathes anerkannt worden, dass selbst in dem Antrage der Budget-Commission gar kein Misstrauen gegen den Stadtrath involviert ist und gelegen sein kann.

Im allgemeinen aber haben sich alle Herren dahin ausgesprochen, dass das System der Pauschalbeträge überhaupt soviel als möglich einzuschränken sei; denn es ist ja schon seit Jahren von der Budget-Commission dahin gestrebt worden, dass die Pauschalbeträge überhaupt soviel als möglich aus dem Präliminare ausgeschieden werden. Deswegen haben wir geglaubt, auch hier, um eher eine Einschränkung des Pauschales hervorzurufen als eine Vergrößerung, den vorliegenden Antrag stellen zu sollen. Wird die Erbauung eines weiteren Canales, der vielleicht im Budget nicht vorgesehen ist, nothwendig werden, so wird der Stadtrath selbstverständlich mit einem entsprechenden Antrage an das Plenum herantreten; in der Budget-Commission selbst hat es sich in erster Linie darum gehandelt, die Rechte des Gemeinderathes zu wahren. (Bravo!)

Stadtraths-Referent: Meine sehr geehrten Herren! Ich habe auf folgende Umstände aufmerksam zu machen. Durch die früheren Beschlussfassungen sind die Punkte A und B der Zusammenstellung, welche sich auf Seite 7 der Vorlage befinden, bewilligt worden. Ich habe namens des Stadtrathes Ihnen die Bitte vorzutragen, dass Sie Punkt C „Pauschale für unvorhergesehene Canal-Neu- und -Umbauten" 100.000 fl., und Punkt D „Currente Erhaltung der Canäle" 80.000 fl. bewilligen.

Was die vorgebrachten Bemerkungen über eine Differenz in den Anschauungen des Stadtrathes und der Budget-Commission anbelangt, so glaube ich mich nur auf die Bemerkung beschränken zu sollen, dass der Stadtrath durchwegs aus so ehrenhaften Männern besteht, dass ihm gewiss nicht die Absicht zugeschrieben werden kann, von den Beschlüssen des Gemeinderathes absichtlich oder gar muthwillig abzuweichen. Wenn Canalbauten, die vom Gemeinderathe bewilligt worden sind, in einem Jahre nicht zur Ausführung gekommen sind, so ist das gewiss nur durch Umstände hervorgebracht worden, die ganz außerhalb der Machtsphäre des Stadtrathes gelegen sind.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Zur Abstimmung bemerke ich folgendes: Zunächst gelangt zur Abstimmung das Pauschale für unvorhergesehene Canal-Neu- und -Umbauten, dann jenes für currente Erhaltung der Canäle. Sohin bringe ich zur Abstimmung den Antrag der Budget-Commission und zwar als Gegen-Antrag zuerst.

Ich bitte jene Herren, welche das Pauschale für unvorhergesehene Canal-Neu- und -Umbauten per 100.000 fl. bewilligen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen. Desgleichen das Pauschale für currente Erhaltung der Canäle per 80.000 fl. (Zustimmung.) Angenommen.

Nun bringe ich zur Abstimmung:

1. Genehmigung des vorstehenden Canalbauten-Präliminares, dessen einzelne Posten Sie bereits bewilligt haben. Ich erklärte dies für angenommen.

2. Es seien die Ersparungen, welche sich bei den in das Präliminare eingestellten Objecten durch Mindererfordernisse, Nachlässe ergeben, dem Pauschale für unvorhergesehene Canal-Neu- und -Umbauten zuzuschlagen.

Ich bitte, jene Herren, die diesen Anträgen der Budget-Commission zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss:

I. Bezirk:

Reconstruction der Sohle des Choleracanales von Or.-Nr. 15 Kärnthnerring aufwärts auf 200 m Länge 5.800 fl.

II. Bezirk.

Große Sperlgasse, von der Kleinen Sperlgasse bis zur Oberen Augartenstraße, Umbau . . . . . 19.200 fl.

Pfeffergasse von Or.-Nr. 3 durch die Taborstraße bis zur Konradgasse, Umbau . . . . . 3.700 fl.

Canalisierung der Straßen um die neue Infanterie-Kaserne in der Donaustadt . . . . . 37.000 fl.

Canalisierung von Kaisermühlen . . . . 90.000 fl.

Canalumbau in der Lilienbrunngasse von der Negerlegasse aufwärts . . . . 7.000 fl.

III. Bezirk.

Sophienbrückengasse zwischen Haupt- und Erdbergstraße, Umbau . . . . . 3.900 fl.

Pettenkofengasse, Neubau . . . . . 1.200 fl.

IV. Bezirk.

Wohllebengasse, Umbau . . . . . 6.500 fl.

V. Bezirk.

Griesgasse von Or.-Nr. 10 bis zur Rampersdorfgasse und von Or.-Nr. 35 bis 23, Umbau . . . . . 14.400 fl.

Wolfganggasse von der Damm- bis zur Marx-Meidlingerstraße, Neubau . 7.000 fl.

Die Verlängerung des Haupt-Unrathscanales in der Rampersdorfgasse, Neubau . . . . . 5.200 fl.

VI. Bezirk.

Haupt-Unrathscanal der Gumpendorferstraße, Umbau . . . . . 1.900 fl.

VII. Bezirk.

Lindengasse von Or.-Nr. 28 bis zur Kirchengasse, Umbau	3.200 fl.
Verlängerte Dreilaufer- und Kenyongasse, Neubau	6.600 fl.

VIII. Bezirk.

Lederergasse von Or.-Nr. 3 bis zur Florianigasse, Umbau	7.500 fl.

IX. Bezirk.

Alserbachcanal von Or.-Nr. 9 Lazarethgasse bis zum allgemeinen Versorgungshause, Sohlen-Reconstruction	4.000 fl.
Alserstraße und Bennogasse im neueröffneten Theile bis Or.-Nr. 31, Neubau	6.000 fl.

X. Bezirk.

Favoriten-Sammelcanal in der Simmeringerstraße, Sohlen-Reconstruction	5.000 fl.
Knöllgasse vom Vorkopfe bis zur Spinnerin am Kreuz, Neubau	16.500 fl.
Canalbau Simmeringerstraße von der Absberggasse aufwärts gegen die Staatsbahn, Neubau	46.000 fl.

XI. Bezirk:

Haupt-Unrathscanal in der Grillgasse (früher Feldgasse) vom Wiener-Neustädtercanale aufwärts, Neubau	10.000 fl.
Rappach- (früher Antoni-) und Meichlgasse, Umbau	25.000 fl.

XII. Bezirk.

Seumegasse (früher Gemeindegasse), Gaudenzdorfergürtel, Umbau . . .	4.500 fl.
Gaudenzdorfergürtel von Or.-Nr. 9 bis 23, Umbau	5.500 fl.
Dunklergasse (früher Jakobstraße) Umbau	6.000 fl.
Kobingergasse, Umbau	1.500 fl.
Mineralbadgasse, Arndtstraße (früher Lainzerstraße) bis Or.-Nr. 82, Umbau	8.500 fl.
Meidling-Schönbrunnerstraße von der Fabriks- bis zur Rothe Mühlgasse (früher Ferdinandsgasse), Umbau .	9.000 fl.
Aichholzgasse (früher Millergasse) von der Meidling-Schönbrunnerstraße bis zur Tivoligasse (früher Johannesgasse) und Zweigcanal in der Rosasgasse (früher Matzleinsdorferstraße), Neubau	8.500 fl.
Zenogasse (früher Maria Theresiastraße) von der Fabriksgasse bis Or.-Nr. 7 und Grünberggasse, Neubau . . .	17.500 fl.
Meidlinger Hauptstraße, Breitenfurterstraße und Draschegasse, Neubau .	20.000 fl.

XIII. Bezirk.

Winckelmannstraße (früher Tegetthoffstraße) von der Linzer- (früher Post-) bis zur Quaistraße, Sohlenreconstruction	4.000 fl.
Hauptgasse (Penzing) von Or.-Nr. 118 bis Ameisgasse, Neubau	3.000 fl.
Cumberlandgasse (früher Feldgasse) von Or.-Nr. 75 bis Ameisgasse, Neubau	3.500 fl.
Canalisierung von Breitensee (Fortsetzung)	20.000 fl.
Canalisierung von Hietzing	50.000 fl.
Canalisierung von Baumgarten—Hütteldorf	40.000 fl.
Kienmayer- (früher Kirchen-), Schönerer- und Schanzstraße (früher Wienerstraße) in Breitensee, Neubau . .	15.200 fl.
Hütteldorferstraße zwischen Gummifabrik und Gußenleithnerstraße, Neubau .	12.300 fl.

XIV. Bezirk.

Jadengasse, Neubau	5.400 fl.
Johnstraße (früher Rudolfstraße) von der Jadengasse bis Hütteldorferstraße, Neubau	16.000 fl.

XVI. Bezirk.

Ottakringerstraße vom Marktplatze bis Or.-Nr. 150, Umbau	30.000 fl.
Neulerchenfelderstraße (früher Eisnerstraße), Umbau	7.000 fl.
Thaliastraße (früher Lerchenfelderstraße) von der Enenkelstraße (früher Breitenseerstraße) bis zur Montleartstraße, Neubau	9.000 fl.
Friedrich Kaiser- (früher Langegasse), Feßt-, Grüllemayer- und Eisnerstraße (früher Leopoldigasse), Umbau	33.700 fl.

XVII. Bezirk:

Bergsteiggasse von der Pezzl- (früher Karlsgasse) bis zur Blumengasse, Umbau	5.000 fl.
Lacknergasse (früher Annagasse) von Nr. 2 bis Alsbach, Umbau . . .	3.800 fl.
Rotherdbach-Einwölbung von der Dornbacherstraße bis zum Alsbach, Neubau	10.000 fl.
Dornbacherstraße von der Urbangasse bis Rotherdbach, Neubau	19.000 fl.
Urbangasse von der Laschygasse bis zur Dornbacherstraße, Neubau	5.000 fl.
Einwölbung des Alsbaches von der Zwerngasse (früher Augasse) bis Nr. 27 Neuwaldeggerstraße, Neubau	100.000 fl.

XVIII. Bezirk:

Antoni-, Lambertgasse (früher Josefigasse) und Standgasse (früher Johannesgasse), Umbau	9.000 fl.

Einwölbung des Krottenbaches vom Nothspitale bis zum Sulzweg, Neubau	60.000 fl.
XIX. Bezirk.	
Grinzingerstraße (Nesselbach), Sohlenreconstruction	7.000 fl.
Kahlenbergerstraße von der Armbrustergasse (früher Wienergasse) bis Or.-Nr. 10 in Nussdorf, Umbau . .	10.000 fl.
Armbrustergasse (früher Wienergasse) von Or.-Nr. 11 bis zur Kahlenbergerstraße, Neubau	9.000 fl.
Silbergasse von der Ruthgasse (früher Feldgasse) bis Or.-Nr. 54, Neubau	9.500 fl.
Einwölbung des Arbesbaches	125.000 fl.
Summe .	1,035.000 fl.
Pauschale für unvorhergesehene Canal-Neu- und -Umbauten	100.000 fl.
Currente Erhaltung der Canäle . . .	80.000 fl.
Gesammt-Erfordernis .	1,215.000 fl.

1. Genehmigung des vorstehenden Canalbauten-Präliminares.

2. Es seien die Ersparungen, welche sich bei den in das Präliminare eingestellten Objecten durch Mindererfordernisse oder Nachlässe ergeben, dem Pauschale für unvorhergesehene Canal-Neu- und -Umbauten zuzuschlagen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Zum Referate bitte ich die Herren Gem.-Räthe Dr. Daum und Dr. Vogler.

(Die Gem.-Räthe Dr. Vogler und Dr. Daum, später Gem.-Rath Dr. Prockſch treten an den Referententisch. — Bürgermeister Dr. Grübl übernimmt neuerlich den Vorsitz.)

13. (154.) **Stadtraths-Referent Gem.-Rath Dr. Vogler:** Wir haben die Ehre über das Schulbauten-Präliminare zu referieren. Ich werde keine allgemeinen Bemerkungen machen und möchte Ihnen nur über die Eintheilung der Anträge, die sie gedruckt vor sich haben, folgendes bemerken:

In dem Hauptvoranschlage sind die einzelnen präliminierten Schulbauten nach Bezirken geordnet. Es schien aber dem Stadtrathe praktisch, einen Vorgang, der schon im vorigen Jahre beobachtet wurde, auch heuer wieder einzuhalten, nämlich sämmtliche Schulbauten in drei Gruppen zu theilen. Infolgedessen finden Sie in dem jetzt vorliegendem Elaborate, welches die Anträge des Stadtrathes und der Budget-Commission enthält, als die erste Gruppe: Schulbautenfortsetzungen respective Vollendungen. In diese Gruppe werden alle diejenigen Beträge eingestellt, welche gewissermaßen die Consequenz bereits vorliegender Gemeinderaths-Beschlüsse sind. Es ist ja selbstverständlich, dass, wenn ein Schulbau bereits in Angriff genommen, wenn die Bewilligung für die erforderlichen Auslagen ertheilt worden ist, es sich hier eigentlich nicht um neu zu bewilligende Auslagen handelt, sondern dass die Auslagen, die hier angestellt worden, wie bereits erwähnt, nur eine Consequenz der früheren Beschlüsse sind, und es ist zweckmäßig, diese Anträge in eine Gruppe zusammenzulegen. In der zweiten Gruppe finden Sie dann diejenigen Schulbauten angeführt, die im Jahre 1895 in Angriff zu nehmen sind und die Sicherstellung der Kaufschillinge für die bereits angekauften Schulplätze. Das sind Anträge, welche bereits einer nahen Realisierung entgegensehen. In der dritten Gruppe endlich finden Sie diejenigen Anträge eingestellt, welche Schulbauplatzerwerbungen betreffen, die erst zu gewärtigen sind, oder solche Schulbauführungen, die zwar beantragt, aber noch nicht beschlossen sind.

Der Magistrat hatte vorgeschlagen, für die letzte Gruppe ein Pauschale anzusetzen, und zwar ein solches von 400.000 fl. Dem Stadtrathe aber erschien es nicht zweckmäßig, mit einem solchen Pauschalantrage vor den Gemeinderath zu treten, weil man ja weiß, dass der Gemeinderath eifersüchtig auf seine Rechte pocht und dieselben wahrt, und dass es infolgedessen zweckmäßiger sein dürfte, wenn man gleich die einzelnen Positionen, für welche die Beträge bewilligt werden sollen, in dieses Präliminare aufnimmt. Etwaige Änderungen können ja selbstverständlich durch Beschlussfassungen des Gemeinderathes jederzeit erfolgen.

Das sind die Bemerkungen, auf welche ich mich beschränken würde.

(Commissions-Referent Gem.-Rath Dr. Daum verzichtet.)

Bürgermeister: Wir kommen nun zur Gruppe I, und zwar zum Punkte 1 (liest): Im II. Bezirke für den Schulbau in der Leygasse; Antrag des Stadtrathes und der Commission 29.300 fl.

Stadtraths-Referent: Meine Herren! Es wäre eigentlich zweckmäßig, wenn Sie diese ganze erste Gruppe auf einmal genehmigen würden. Die Positionen, wie sie hier eingestellt worden sind, theilweise abweichend von den Stadtraths-Anträgen, basieren eigentlich auf den letzten Mittheilungen der Buchhaltung. Der Stadtrath hat seine Beschlüsse noch im December des vorigen Jahres gefasst und in diesem Zeitpunkte war es noch nicht ziffernmäßig feststehend, welche Beträge für die bereits in Angriff genommenen Schulbauten noch im Jahre 1894 effectiv verausgabt werden und welche Beträge daher für das Jahr 1895 vorzutragen sein werden.

Die Budget-Commission hat jedoch ihre Berathungen am 4. Februar gepflogen, und zu dieser Zeit war der Herr Buchhalter bereits in der Lage, bei jeder Position genau anzugeben, welche Beträge im Jahre 1895 mit Rücksicht auf die im Jahre 1894 liquidierten Theilzahlungen noch erforderlich sind. Infolgedessen sind alle diese Positionen eigentlich ziffernmäßig nicht anzufechten. Ich bin zwar nicht berechtigt, hier einen formalen Antrag zu stellen, aber ich würde den Herren empfehlen, dass Sie vielleicht diese Gruppe summarisch annehmen.

Gem.-Rath Steiner: Ich habe mich nur zum Worte gemeldet, um etwas zur Kenntnis des Herrn Bürgermeisters und des Herrn Schul-Referenten im Stadtrathe zu bringen.

Wie mir mitgetheilt worden ist, wird geplant, die bestehende Volksschule in Heiligenstadt, welche aus zwei Classen besteht, aufzulassen. Ich erkläre mich nur dann mit der Auflassung einverstanden, wenn diese Classen in die jetzt fertigzustellende und bereits im Bau begriffene Bürgerschule eingeschult werden. Wenn Sie dies aber nicht thun und die Schule aufgelassen wird, so würden das die Kinder, die doch im zartesten Alter stehen, sehr schwer empfinden; sie müssten von Heiligenstadt entweder nach Nussdorf hinunter gehen oder die an der Nussdorferstraße gelegene Schule besuchen oder hinauf nach Grinzing gehen. Das ist für Kinder in diesem Alter ein Weg von einer halben Stunde. Das werden Sie aber nicht verlangen, dass man die Kinder eine halbe Stunde weit, zumal während des schwierigen Verkehres im Winter, in die Schule schickt.

Wie ich mich informiert habe, hat bereits vorige Woche eine Oberlehrer-Conferenz unter dem Vorsitze des Herrn Bezirksschulinspectors stattgefunden, und wenn die in dieser Angelegenheit geplante Eingabe kommen sollte, so will ich den Schul-Referenten schon vorher darauf aufmerksam gemacht haben.

Mit der Eintheilung bin ich auch mit Rücksicht auf die Ersparungen einverstanden, welche durch Auflassung der Oberlehrerstelle u. s. w. eintreten würden, denn in der Schule in Heiligenstadt sind 36 Mädchen und 27 Knaben. Das ist also keine Schülerzahl, um derentwillen man eine Schule aufrecht erhalten sollte. Mir wurde aber mitgetheilt, dass die Bevölkerung, wenn die Volksschule aufgelassen werden sollte und die Einschulung nach Nussdorf und Grinzing stattfinden würde, eine Petition an den Herrn Bürgermeister überreicht wird, worin gebeten werden müsste, die Schule aufrecht zu erhalten.

Ich erkläre nochmals, ich bin für die Auflassung, wenn die Kinder in die Bürgerschule eingeschult werden, welche ungefähr drei Minuten von der alten entfernt ist, da diese Schule die nöthige Schülerzahl noch nicht hat.

Gem.-Rath Rauscher: Ich möchte mich in formeller Beziehung gegen den Antrag des Herrn St.-R. Dr. Vogler wenden; er meint, es sei Gruppe I auf einmal anzunehmen. Nachdem ich finde, dass in den Gruppen II und III der XVII. Bezirk nicht tangiert erscheint, so wäre dem Bezirke Hernals eigentlich das Wort entzogen und da muss ich schon bitten, den alten Usus beizubehalten und Post für Post abzustimmen, damit ich eventuell bei den Posten 19 bis 22, was den XVII. Bezirk betrifft, auch reden kann.

Bürgermeister: In der ersten Gruppe?

Gem.-Rath Rauscher: Ja! Es hat früher geheißen, es soll auf einmal abgestimmt werden.

Bürgermeister: Das ist nicht so gemeint, dass Ihnen das Wort entzogen sein soll. Der Herr Referent hat gemeint, dass, nachdem das nothwendige Consequenzen früherer Beschlüsse sind und es sich hier nur um eine budgetmäßige Deckung von bereits bewilligten Posten handelt, das vielleicht einfacher behandelt werden könnte.

Gem.-Rath Rauscher: Das genügt mir nicht. Ich muss über den XVII. Bezirk reden.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Rauscher wünschen das Wort zum XVII. Bezirke?

Gem.-Rath Rauscher: Wenn Herr Bürgermeister mir bei den Gruppen II und III das Wort geben, bin ich einverstanden.

Bürgermeister: Wie, bitte, Sie wünschen bei Gruppe I zur Post 17 zu sprechen?

Gem.-Rath Rauscher: Zu den Posten 19 bis 22, welche den XVII. Bezirk betreffen.

Bürgermeister: Also, Sie haben das Wort.

Gem.-Rath Rauscher: Erlauben Sie mir, dass ich meine wenigen Ausführungen mit einer Anfrage einleite, die ich mir an den Herrn Referenten zu richten erlaube. Da finde ich nämlich bei Post 19 eingesetzt seitens des Magistrates sowohl wie auch seitens des Stadtrathes die Restzahlung von 17.000 fl., während die Budget-Commission nur einen Betrag von 10.600 fl. verantworten zu können vermeint. Das würde ich allenfalls begreiflich finden, aber nicht begreiflich finde ich und absolut nicht einleuchtend, wie es kommt, dass beispielsweise bei einzelnen Raten und Zahlungen, die ausdrücklich als Restzahlungen angeführt erscheinen. Die Budget-Commission hat höhere Beträge eingesetzt als der Magistrat und Stadtrath. (Rufe: Das ist aufgeklärt!) Beruhigen Sie sich nur . . .

Bürgermeister: Ich bitte, keine Zwiegespräche zu führen.

Gem.-Rath Rauscher (fortfahrend): Bei Post 22 finde ich 100.000 fl. als zweite Baurate eingesetzt für den Bau einer Doppel-Volksschule in der Gabler- früher Stiftgasse. Soviel ich weiß, war im Voranschlage des Bezirksausschusses die Summe von 150.000 fl. eingesetzt und der Bezirksausschuss hat darum gebeten. Warum die 50.000 fl. gestrichen worden sind, eine Summe, die ziemlich beträchtlich erscheint, weiß ich nicht recht. Gleichzeitig will ich bei dieser Gelegenheit einem Gerüchte Ausdruck verleihen, welches sich ziemlich sicher bei uns in Hernals erhält. Man erzählt bei uns ganz offen, dass in der Stiftgasse keine Doppel-Volksschule, sondern eine Bürgerschule gebaut werden wird.

Nun finde ich dies den Zwecken des Bezirkes Hernals total widersprechend. Wir brauchen eine Bürgerschule nicht in der Stiftgasse, aber wir brauchen eine solche an der Grenze zwischen Hernals und Dornbach, beiläufig dort, wo die Clavierfabrik steht. Es dürfte dies an der Grenze des XVI. Bezirkes sein, und der Bezirksausschuss von Hernals hat beschlossen, bittstellig zu werden um Einsetzung einer Summe von 50.000 fl. zum Bau einer Volks- und Bürgerschule an der Grenze zwischen Dornbach und dem XVI. Bezirke. Darauf ist im Schulbautenpräliminare gar keine Rücksicht genommen. Warum in der Stiftgasse eine Bürgerschule errichtet werden soll, ist mir nicht recht klar. Weiters aber möchte ich noch erwähnen, dass, so viel man hört, diese Schule in der Stiftgasse erst am 1. November 1895 fertig werden soll. Wir sind zwar gewöhnt, dass der Termin gewöhnlich überschritten wird, und ich kann heute schon der Überzeugung Ausdruck geben, dass die Schule nicht am 1. November bezogen wird, sondern im günstigsten Falle erst am 1. November 1896 bezogen werden kann. Allerdings sehe ich nicht ein, warum es sich nicht durch etwas energisches Bauen, durch etwas strammere Aufsicht dahin bringen ließe, die Schule conform mit dem Schulbeginne anderer Schulen mit 15. September 1895 zu eröffnen.

Ich finde weiter im XVII. Bezirke bei den Posten 20 und 21 zwei Summen eingesetzt, welche Turnsaalbauten betreffen. Ich habe mir das alte Budget so ziemlich genau angesehen und gefunden, dass die Turnsäle nach den Anträgen des Magistrates und Stadtrathes einen Betrag von 29.000 fl., nach dem Antrage der Budget-Commission einen Betrag von 35.300 fl. erfordern. Es ist das eine Summe, welche gewiss einige wenige Worte rechtfertigt. Bei Post 22 ist eine Restzahlung von 500 fl. eingesetzt. Da muss ich zunächst constatieren, dass diese Summe den zweiten Turnsaal an der Bürgerschule am Petersplatze betrifft. Da hat man früher eine Gasleitung drin gehabt, diese hat nicht richtig functioniert, man hat die Gasleitung herausgerissen, hat große Kosten aufgerechnet und hat sie genau wieder so eingesetzt, wie sie früher war. (Hört! links.) Die Turneinrichtung in diesem Turnsaale ist total verbaut und verstellt, so dass, wenn ein Sachverständiger in diesem Saale hineintritt, er ein furchtbares Urtheil über die Turnzustände an unseren Wiener Communalschulen wird abgeben müssen. Die Turnsäle an und für sich sind zu klein, sie haben zu geringe Dimensionen sowohl der Länge wie der Breite und Höhe nach; auf Nebenräumlichkeiten ist gar keine Rücksicht genommen worden, überhaupt scheint man bei den Auslagen für Turngeräthschaften und Turnräumlichkeiten sich einer ganz besonderen Utopie hinzugeben. Man meint wahrscheinlich, das gehe alles von selbst. Soviel ich weiß,

hat man erst in der letzten Zeit in der Schule in der Kirchengasse die Kletterstangen umgewechselt und es trat der interessante Umstand in Erscheinung, dass die Kletterstangen, welche mit beträchtlichen Kosten eingesetzt wurden, schlechter sind, wie diejenigen, welche ausgewechselt wurden. Die früheren waren wenigstens gut, aber die jetzigen bestehen aus wurmstichigem Holze und es kann dem betreffenden Turnlehrer das Malheur passieren, dass, wenn er einen Buben hinaufklettern lässt, die Stange abbricht. Er hat dann die Verantwortung, wenn dem Buben etwas geschieht. Unsere sämmtlichen Turnzustände sind miserabel. (Widerspruch rechts, Gem.-Rath Dr. Prockſch: Na, na!) Ja, Herr Dr. Prockſch, ich bitte recht sehr, Sie haben unsere Schulen nicht gesehen; kommen Sie einmal zu uns, ich werde sie Ihnen zeigen. Unsere Matratzen sind reine Staubentwickler. Anstatt anständiger Ledermatratzen gibt man uns solche aus Sackleinwand, die großmächtige Fugen haben und Staub aufwirbeln, wenn jemand darauf springt, so dass das Turnen, anstatt dass es die Gesundheit fördert, nur schädlich wirkt, weil die Kinder in der Stunde in einer derartigen staubgeschwängerten Atmosphäre existieren müssen und sich so den Keim zu einer Krankheit holen, welche in Wien bekanntlich alljährlich tausende hinwegrafft, der bekannten Wiener Krankheit.

Ich stelle keinen Antrag, denn Anträge nützen bei uns nichts, aber ich möchte bitten, dass nach und nach sämmtliche Sackleinwandmatratzen durch Ledermatratzen und die weichen Lattenböden durch Brettelböden ersetzt werden.

Ich gestehe, dass in dieser Beziehung schon eine Wendung zum besseren eingetreten ist. Ich weiß z. B., dass in vielen neu erbauten Schulen von vornherein die Turnsäle mit Brettelböden versehen wurden, und dass auch in vielen alten Schulen die Lattenböden durch harte Brettelböden ersetzt wurden, was auch viel richtiger ist, weil die Poren kleiner sind und sich also weniger Staub entwickelt. Es wäre nur nothwendig, dass nicht etwa einige Schulen stiefmütterlich behandelt werden, dass man einzelnen alles, den anderen gar nichts zuwendet.

Bezüglich des Turnens möchte ich noch auf etwas aufmerksam machen. Ich habe seinerzeit, ich glaube im Jahre 1893 oder vielleicht gar schon im Jahre 1892 einen Antrag wegen Schaffung von Sommerturnplätzen im Freien gestellt, und da habe ich Gründe in Aussicht genommen, welche die Commune durch die Einverleibung der Vororte infolge Freiwerdens einzelner Linienwallparcellen bekommen hat.

Was mit diesem Antrage geschehen ist, das weiß ich, offen gestanden, jetzt nach zwei bis drei Jahren noch nicht. Wie gewöhnlich ist auch über diesen Antrag sein Lebtag nichts gesprochen worden, und es scheint, dass diese Anträge, die wir einbringen, alle einen ewigen gesunden Schlaf schlafen.

Wenn wir das nächstemal Anträge einreichen — ich möchte das insbesondere den Collegen meiner Gruppe (links) empfehlen — und Sie hören, dass die Anträge einbegleitet werden mit den bekannten Worten des Vorsitzenden: „Geht zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung an den Stadtrath", so sollten diese Worte einfach umgeändert werden in die bekannteren Worte: „Requiescat in pace et lux aeterna luceat ei". Das ist dasselbe.

Bezüglich der Reinigung ist aber noch ein Umstand zu erwähnen. Bekanntlich existiert bei uns eine Ministerialverordnung, erschienen im Ministerial-Verordnungsblatte Nr. 73 vom Jahre 1873, datiert vom 9. Juni 1873, Z. 4816. Da besagt § 23, dass alljährlich viermal eine gründliche Reinigung der Schulhäuser vorgenommen werden soll. Heuer ist nun eine Currende des Magistrates an sämmtliche Herren Leiter von Bürgerschulen, Volks- und Bürgerschulen und Volksschulen erschienen, sie führt die G.-Z. 214681, Dp. X, datiert vom 21. December 1894, worin der Ministerial-Erlass aufgehoben wird, indem nämlich gesagt wird, dass eine Hauptreinigung, die gewöhnlich zur Zeit der Weihnachtsferien vorgenommen wird, um den Staub herauszubringen, nun an gewöhnlichen Ferialtagen, an Sonntagen u. s. w. vorgenommen werden soll. Darauf wollte ich bei dieser Gelegenheit aufmerksam machen.

Bezüglich des Turnens will ich erwähnen, dass wir seit der Vereinigung mit Wien nicht einen Fortschritt, sondern vielmehr einen Rückschritt im Turnwesen zu verzeichnen haben. Früher, solange die Gemeinde Wien für sich allein bestanden hat, war es bekannt, dass jede Riege von einem Turnlehrer beaufsichtigt worden ist, und über alle diese Riegen ist der sogenannte Turnleiter gestanden. Seit wir vereinigt worden sind, beziehungsweise seitdem dieses neue Gesetz gemacht ist, hat das aufgehört. Die Turnleiter werden nach und nach abgeschafft. Ich constatiere, dass das kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt ist.

Bürgermeister: Ich bitte, zur Sache zu sprechen.

Gem.-Rath Rauscher: Das gehört alles hieher. Beim Präliminare kann man über alles reden. (Widerspruch.) Wann soll ich denn davon sprechen?

Bürgermeister: Hier haben wir nur Schulbauten; Turnunterricht, Reinigungsposten und alles das kommt noch später vor. Alles das kann also noch Gegenstand der Debatte bei den betreffenden Posten sein. Hier handelt es sich bloß um Schulbauten und in diesem Punkte um die bereits begonnenen Schulbauten.

Gem.-Rath Rauscher: Gestatten Herr Bürgermeister eine Bemerkung. Ich muss sagen, dass ich die Erfahrung gemacht habe, dass die Berathungen des Präliminares für Schulbauten einfach bei der Budgetdebatte ausbleiben, infolgedessen bleibt mir nichts anderes übrig, als diesen Theil der Budgetdebatte bei dieser Post vorzubringen.

Bürgermeister: Das werde ich aber nicht zugeben. Ich muss überhaupt bitten, dass sich der Herr Gemeinderath an jene Disciplin halte, welche unbedingt nothwendig ist. Sie können selbstverständlich in der Budgetdebatte, welche durchzuführen sein wird, alles dasjenige vorbringen, was zu den einzelnen Gegenständen gehört, was zum Turnunterricht, Reinigung der Schullocalitäten gehört. Hier handelt es sich bloß um Schulbauten, und ich muss den Herrn Redner nochmals daran erinnern, nur das vorzubringen, was zu diesem Gegenstande gehört.

Gem.-Rath Rauscher: Gut ist es, Herr Bürgermeister. Nachdem Sie auf meine disciplinare Unterstellung unter die Autorität des Bürgermeisters verweisen, werde ich mich gewiss fügen; aber das eine muss ich betonen, dass wir mit dem Antrage auf Schluss der Debatte und Wahl von Generalrednern einfach mundtodt gemacht werden. Ich habe aber den Auftrag hiezu und es ist meine Pflicht und Schuldigkeit, das vorzubringen.

Bürgermeister: Ich bitte, Herr Gem.-Rath, das kann ich nicht zugeben, das muss ich zurückweisen. (Gem.-Rath Strobach macht einen Zwischenruf.) Herr Gem.-Rath Strobach, Sie haben nicht das Wort. Ich bitte Herrn Gem.-Rath Rauscher, fortzufahren, aber sich an den Gegenstand zu halten.

Gem.-Rath Rauscher: Ich habe eigentlich das hauptsächlichste zur Sache vorgebracht, und ich werde mir erlauben, zu

meinen Ausführungen bei diesem Punkte, welcher den XVII. Bezirk betrifft, sei es nun Gruppe II oder III, das ist mir vollkommen egal, mit einigen Anträgen zu schließen. Der erste Antrag geht dahin, dass bei Post 22, wo 100.000 fl. eingestellt sind, conform den Anträgen des Bezirksausschusses eine Summe von 150.000 fl. eingestellt wurden; weiters beantrage ich die Einstellung einer Summe von 50.000 fl. für den Bau einer Volks- und Bürgerschule an der Grenze zwischen dem Bezirkstheile Dornbach und dem XVI. Bezirke. Das sind die beiden Anträge, die ich mir zu stellen erlaube und welche ich den geehrten Herren der Majorität zur Annahme empfehle.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Ich werde mich ganz kurz fassen. Es ist von dem Herrn Vorredner die Erbauung der Schule in der Stiftgasse erwähnt worden, und zwar mit Recht; wenn man eine Schule als Volksschule baut und sie dann, wenn der Bau fertig ist, wieder zu einer Bürgerschule macht, so kostet das Geld, und zwar nicht bloß hunderte, sondern tausende Gulden. Es wäre gut, wenn sich der löbliche Stadtrath in dieser Sache einigen würde, ob es eine Bürgerschule oder Volksschule werden soll, damit hiedurch Geld erspart wird.

Dem Antrage des Herrn Collegen Rauscher betreffs Ankaufes eines Platzes in Dornbach an der Grenze des XVI. Bezirkes und Einstellung ins Präliminare pro 1895 stimme ich zu; er ist auch sehr nothwendig. Es waren wiederholt schon Commissionen, nur wegen des Platzes hat man sich noch nicht recht entschieden. Das Bedürfnis selbst ist vorhanden; die Anträge des Herrn Collegen Rauscher sind ganz richtig. Ich möchte freundlichst ersuchen, selbe dem Stadtrathe zuzuweisen.

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Ich werde nur einige ganz wenige Worte bezüglich der Heizungen in den Schulen bemerken...

Bürgermeister (unterbrechend): Das kommt in einer eigenen Rubrik.

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Das gehört aber doch um Gotteswillen zum Baupräliminare!

Bürgermeister: Aber, Herr Gemeinderath, das ist eine eigene Post!

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Dann verzichte ich.

Gem.-Rath Purscht: Meine Herren! Ich möchte auch einige Worte zu diesem Thema reden. Herr College Rauscher hat hier viele Übelstände an den heutigen Schulbauten erwähnt. Nachdem eine so riesige Summe für Schulbauten präliminiert ist, so stelle ich den Antrag, dass bei den Bauten darauf Rücksicht genommen werde, dass die Einrichtungen für Turnsäle unter Aufsicht von Fachleuten erfolgen sollen. Ich bitte Sie, meine Herren, diesen Antrag anzunehmen.

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Ich will über das System der Heizung sprechen und das ist ganz entschieden ein Theil des Baupräliminares, weil die Heizung ein integrierender Bestandtheil des Baues ist. Ich will nur in aller Kürze bemerken, dass das jetzige Centralheizungssystem in den Schulen für die Kinder geradezu ein Unglück (Ruf: Attentat!) ist.

Die Klagen sind allgemein. es leiden die Kinder fort und fort an Halskrankheiten, es kommen häufig arthritische Erkrankungen, Gelenksentzündungen u. s. w. vor, es ist eine beständig wiederkehrende Klage, und wir sind nicht imstande, eine Abhilfe herbeizuführen. Die Sache geht seit Jahr und Tag, von allen Seiten häufen sich die Klagen, die Lehrer halten sich auf, es zeigt sich ein relativ bedeutender Percentsatz von solchen Krankheiten, die mit dem Heizsystem in innigem Zusammenhange stehen, und eine Abänderung ist nicht zu erzielen. Das Central-Heizsystem hat sich als absolut unzuträglich für die Gesundheit der Kinder erwiesen, und ich bitte Sie deshalb, darauf Rücksicht zu nehmen und einfach die alte Heizungsart einzuführen, die entschieden besser ist, als das gegenwärtige Heizsystem.

Gem.-Rath Rauscher: Zu dem, was Herr Dr. Geßmann soeben vorgebracht hat, möchte ich mir im Anschlusse die Mittheilung zu machen erlauben, dass das gegenwärtige Heizsystem gar nichts wert ist. Es ist z. B. der Fall vorgekommen, dass an einer Schule in Ottakring, der gegenwärtig eine weibliche Lehrkraft vorsteht, eine Heizung besteht, welche es nothwendig macht, dass Tag für Tag, sobald Kälte eintritt, sämmtliche Kinder aus der ganzen Schule nachhause geschickt werden, weil es unmöglich ist, die Zimmer über 6 Grad Temperatur zu heizen.

Nun frage ich, wenn wir durch 14 Tage oder 3 Wochen fortwährend Kälte haben, ist das dann eine Schule, wenn man nicht Schule halten kann, wenn die Kinder blau werden wie Zwetschken. Das geht nicht. Die Heizungsanlagen sind miserabel. Das geht nicht an, das muss man ändern.

Bürgermeister: Ich mache darauf aufmerksam, es steht auf der Tagesordnung ein eigenes Referat, über das Experten einberufen worden sind, wo man die Verhältnisse vieler anderer Städte studiert hat. Das ganze gewonnene Material ist in diesem Referate niedergelegt. Ich glaube, der Herr Referent ist der Herr Baurath v. Neumann, und es wird bei dieser Gelegenheit möglich sein, zu entscheiden, nach welchem System unsere Schulen in Zukunft eingerichtet werden sollen; ich möchte daher bitten, diesen Gegenstand zu verlassen, nachdem er jetzt nicht in Verhandlung steh'. Wünscht noch jemand zur Gruppe I das Wort? (Niemand meldet sich.) Ich erkläre die Debatte für geschlossen.

Stadtraths-Referent (zum Schlusworte): Bezüglich der Ausführungen des Herrn Gem.-Rathes Rauscher möchte ich nur bemerken, dass ich bereits im vorigen Jahre Gelegenheit hatte ähnliche Bemerkungen zurückzuweisen, und ihm zu erklären, welches System unsere Buchhaltung bei der Budgetierung befolgt, und wie diese Restzahlungen zu verstehen sind. Ich bedauere, dass trotz meinen damaligen Ausführungen, nachdem seither ein Zeitraum von einem Jahre verflossen ist, und der Herr Gemeinderath Gelegenheit gehabt hätte, sich noch mehr in den Rechnungsabschluss und das Budget zu vertiefen, er noch immer nicht das Richtige gefunden hat, denn sonst könnte er nicht wieder bemerken, wieso es kommt, dass die Anträge der Budget-Commission von denen des Stadtrathes abweichen. Ich habe übrigens bei meinen einleitenden Bemerkungen wiederum Aufklärung gegeben und habe bemerkt, dass der Stadtrath seine Beschlüsse im December, die Budget-Commission die ihrigen im Februar gefasst hat, dass es im December noch nicht bekannt war und noch nicht bekannt sein konnte, welche Beträge bis zum 31. December auf bereits begonnene Schulbauten zur Auszahlung gelangen werden, dass dagegen in dem Zeitpunkte, wo die Budget-Commission Beschluss gefasst hat, genau bis auf einen Gulden bekannt war, welche Beträge ausgezahlt worden sind, und dass man daher genau festsetzen konnte, welche Restzahlungen für das Jahr 1895 erforderlich waren. Das also zur Aufklärung des Herrn Gemeinderathes und ich hoffe, dass der Herr Gemeinderath bei der nächsten Budgetdebatte mit diesen Bemerkungen nicht wieder kommen wird.

Weiters wurde ein Antrag gestellt, es sei ein Betrag von 50.000 fl. für die neue Schule an der Grenze Dornbachs und des XVI. Bezirkes zu errichten. Ich bemerke, dass ein solcher Schulbau nach den mir vorliegenden Acten nicht beantragt worden ist, dass diese Angelegenheit übrigens gewiss nicht zur Gruppe I gehört — ich habe auseinandergesetzt, welche Schulbauten in dieser Gruppe inbegriffen sind — sondern zur Gruppe III. (Gem.-Rath Rauscher: Wo nichts drinsteht!) Da ist es schwer, überhaupt zu erwidern, wenn das nicht richtig ist. Ich überlasse es also der Beurtheilung sämmtlicher anwesenden Herren, mit Ausnahme des Herrn Gem.-Rathes Rauscher, ob das nicht richtig ist. Auf die sonstigen Ausführungen der Herren Gemeinderäthe habe ich nichts zu erwidern, nachdem der Herr Bürgermeister mit Recht betont hat, dass diese Angelegenheiten nicht zum vorliegenden Gegenstand gehören. (Rufe links: Das ist nicht wahr!)

Bürgermeister: Bitte, nicht zu unterbrechen! (Ruf: Er soll nicht immer frozzeln!) Die Herren werden ja Gelegenheit haben, alle ihre Wünsche vorzubringen. Sie können sich ja auch zur Gruppe III wieder zum Worte melden.

Commissions-Referent Gem.-Rath Dr. Daum: Ich möchte nur eines bemerken, dass nämlich dem Wunsche des Herrn Antragstellers ohnehin durch die Einstellung der Post 12, Gruppe III, Rechnung getragen ist, das ist die Doppel-Bürgerschule in der Seeböckgasse, die wahrscheinlich der Herr Vorsprecher gemeint haben wird. Es wird also bei der Gruppe III zur Besprechung kommen, warum die Budget-Commission diesen Bau abgelehnt hat. (Unruhe links.)

Bürgermeister: Darf ich um Ruhe bitten! Seien wir nicht gar so lustig; wir müssen die Sache ernsthaft behandeln. Zu den Posten 1 bis 21 in der Gruppe I ist eine Einwendung nicht erhoben worden; ich erkläre die Posten für angenommen.

Zur Post 22 beantragt der Herr Gem.-Rath Rauscher, es sei statt des Betrages von 100.000 fl. ein Betrag von 150.000 fl. einzustellen. Ich bringe diese höhere Ziffer zuerst zur Abstimmung. Ich bitte jene Herren, die mit dem höheren Betrage von 150.000 fl. einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.)

Es sind für den Antrag 20. Ich bitte um die Gegenprobe; also jene Herren, welche gegen die höhere Post sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Dagegen sind 30. Der Antrag ist abgelehnt.

Die Herren, welche mit der Einstellung einer Post von 100.000 fl. einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Der zweite Antrag des Herrn Gem.-Rathes Rauscher: „Für den Bau einer Volks- und Bürgerschule an der Grenze zwischen Dornbach und dem XVI. Bezirke den Betrag von 50.000 fl. einzustellen", wird zur Abstimmung kommen bei Gruppe III. Ferner Antrag 3: „Es seien für den Turnbetrieb überall Ledermatratzen und harte Brettelböden anzuschaffen." Dieser Antrag gehört eigentlich auch nicht zu dieser Gruppe; nachdem er aber im Zusammenhange steht mit dem Schulbau und es zweckmäßig erscheint, wenn diese Ansicht bei dieser Gelegenheit zum Ausdrucke kommt, so bringe ich den Antrag zur Abstimmung. Für den Fall der Annahme wäre der Antrag dem Stadtrathe zur Vorberathung zuzuweisen. Die Herren, welche mit der Zuweisung an den Stadtrath einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Majorität. Angenommen.

Gegen die übrigen Posten 22 bis 26 ist eine Einwendung nicht erhoben worden. Ich erkläre diese Posten für angenommen.

Herr Gem.-Rath Pursch stellt den Antrag: „Bei den Schulbauten soll darauf Rücksicht genommen werden, dass die Einrichtung der Turnsäle unter der Aufsicht von Fachleuten erfolgen soll." Die Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Majorität. Angenommen.

Damit ist Gruppe I erledigt.

Gruppe II, Post 1. Keine Einwendung. Angenommen.

Post 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12. Keine Einwendung. Angenommen.

Zu Post 13 Herr Gem.-Rath Rauscher.

Gem.-Rath Rauscher: Ich werde mir erlauben, wie im vorigen Jahre auch heuer über die Währinger Schulverhältnisse einige Auskünfte zu geben. Wir haben in Währing, meinem gegenwärtigen Dienstorte, vier Bürgerschulen, zwei Knaben- und zwei Mädchen-Bürgerschulen. Eine Knaben- und Mädchen-Bürgerschule erfreute sich der besonderen Gunst unserer Communalverwaltung. Einer Knaben- und Mädchen-Bürgerschule leuchtete aber nicht die goldene Sonne der Verwaltung. Die eine Knaben-Bürgerschule, welche so stiefmütterlich behandelt wird, ist in der Klettenhofergasse unter dem Director Lang. Die Mädchen-Bürgerschule, welche gleichrangiert mit der ebengenannten ist, ist in der früheren Josefigasse, gegenwärtigen Leitermayergasse, über welche ich im vorigen Jahre gesprochen habe. An unserer Mädchen-Bürgerschule haben wir keinen Physiksaal, keinen Industriesaal, an der Knaben-Bürgerschule keinen Physiksaal und keinen Zeichensaal, und nun denken Sie sich, meine Herren, eine Bürgerschule ohne diese nothwendigen Räumlichkeiten!

Es sind das nothwendige Räumlichkeiten. Stellen Sie sich einen Physikunterricht vor; was soll man mit den Apparaten machen? Soll man sich mit den schweren, kaum hebbaren Dingen abschleppen, die kann man doch nicht von einem Stock zum anderen tragen. Es sollen ja die Kinder zu den Apparaten hinkommen, nicht aber umgekehrt. Es ist das schon im vorigen Jahre beanständet worden und ich habe mir erlaubt, Herrn Collegen Wünsch, den Obmann Ihrer geehrten Majorität, einzuladen, einmal die Schule bei uns zu besuchen. Er ist auch gekommen und hat seine Wunder erlebt und gesehen und es nimmt mich Wunder, dass er bei seinem Einflusse als hervorragendes Mitglied der Majorität nicht imstande gewesen ist, die Übelstände, die ich charakterisiert habe und die natürlich nicht richtig sein können, weil ich sie vorgebracht habe, nicht abgeschafft worden sind, trotzdem sie von einem sehr hervorragenden Mitgliede Ihrer Majorität bestätigt sind.

Im vorigen Jahre habe ich mir weiter den Antrag zu stellen erlaubt, es sei in der Mädchen-Bürgerschule in der Josefigasse Nr. 21 ein zweites Stockwerk zu erbauen. Ich habe dem Antrage eine ausführliche Begründung vorausgeschickt. Die Herren waren so gütig, den Antrag dem Stadtrathe zuzuweisen. Ich war so frei, einmal persönlich zum Herrn Bürgermeister in sein Bureau zu gehen und ihn darüber zu interpellieren, wie es mit dieser Angelegenheit stehe. Ich muss es anerkennen, er hat sich in eifrigster Weise um die Sache angenommen.

Ich weiß nicht, war es seiner unmittelbaren Fürsprache zuzuschreiben oder sind andere Gründe vorwaltend gewesen, es hat thatsächlich eine Localaugenscheins-Commission stattgefunden, eine

ziemlich zahlreiche, die auch beträchtliches Geld gekostet haben wird, und die hat erstens anerkannt, dass sich die Stiege bauen lässt, und auch, dass sie unumgänglich nöthig ist. Nun ist ein Jahr vorbei und nicht ein Schritt ist weiter in dieser Angelegenheit geschehen. Es ist weder etwas gebaut, noch ist ein Betrag in das heurige Budget eingesetzt worden. Daraus folgt, man erkennt die Schäden allerseits an, hat aber nicht den ehrlichen Willen, diesem Übelstande abzuhelfen.

Bürgermeister: Aber, ich bitte!

Gem.-Rath Rauscher: Ja, es ist so! — Ich habe weiter über den Zustand der Schule gesprochen und beispielsweise erwähnt, dass auf dem Gange die Steinfließen alle aufgelockert sind. Meine damaligen düsteren Schilderungen haben den Erfolg gehabt, dass man jemanden hinausgeschickt hat, der die Sache zusammenflickte, und wenn Sie heute hinauskommen, finden Sie die Fließen geradeso lose wie damals. Die Aborte lassen alles mögliche zu wünschen übrig. Ein wunderbares Parfum durchzieht die Räumlichkeiten, was für die Gesundheit natürlich sehr förderlich ist. Im vorigen Jahre habe ich aufmerksam gemacht, dass ein Lehrzimmer thatsächlich nicht zu brauchen ist, nachdem es den vorgeschriebenen cubischen Luftraum nicht hat. Herr College Wünsch hat das bestätigt, er hat sich in das Zimmer führen lassen und hat gesagt: „Das ist wahr, das ist eine alte Rumpelkammer, aber kein Lehrzimmer." Es ist aber heute noch die erste Classe D; sie führt die Nummer 46 im ersten Stocke und ist überfüllt.

Im vorigen Jahre hat College Tomola eine Schilderung von der Schule in Neustift am Walde gegeben und hat gemeint, dieselbe sei zu photographieren und in die ganze Welt hinauszusenden als Muster, wie eine Schule nicht bestehen soll. Ich kann die geehrten Herren einladen, die Schule in der Leitermayergasse Nr. 43 zu besuchen, da werden Sie eine Bürgerschule für Mädchen finden, wie eine solche nicht bestehen soll, und alles dasjenige, was Sie dort nicht finden, wird für eine gute und richtige Schule passend sein. Man hat aufmerksam gemacht sogar auf die innere Einrichtung, dass die Bänke für große erwachsene Mädchen nicht passen, der Director hat eine Zuschrift an den Magistrat gerichtet und es ist ihm bewilligt worden, die Bänke umzuwechseln, mit Zuschrift des Magistrates vom 30. April 1894, Z. 34145. In dieser Zuschrift steht, dass die Umwechslung der Bänke bewilligt wird, nachdem die gegenwärtigen nicht passen. Wir haben nun fast ein Jahr vorbei, die Sache ist bewilligt und man würde meinen, sie unterliege keinem Anstande mehr. Was ist geschehen? Der Director begibt sich in das magistratische Bezirksamt, in die Bauamtsabtheilung. In dieser Bauamtsabtheilung wird ihm die Auskunft, dass im Materialdepot keine Bänke mehr vorhanden sind. (Hört! links.) Geld ist auch keines vorhanden, folglich bleibt alles beim alten. Wir haben heute dieselben Bänke, wie anno dazumal, obwohl deren Auswechslung bereits bewilligt wurde. Das kommt in Wien vor.

Ich habe anlässlich des Hagelwetters im Vorjahre, als es bei uns durchgeregnet hat und die Befürchtung bestand, dass ein Einsturz erfolgen könnte, mir die ganz bescheidene Anfrage erlaubt, ob da nicht etwas vorgekehrt werden soll. Ja, es ist etwas Großmächtiges geschehen. Ich privatim habe einen Bogen bekommen vom Stadtbauamte der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, worin gesagt wurde, der Leiter der Bauamtsabtheilung im XVIII. Bezirke so und so — den Namen brauche ich nicht zu nennen — hat ober dem durchnässten Plafond das Pflaster und den Schutt beseitigen lassen, damit die Dippelbäume und die Stuccatur austrocknen können. Es sei vorerst das wichtigste, dass das Holz nicht ersticke und faule. Das interessante aber ist, dass ich auf meine Nachfrage beim Director erfuhr, dass die Commission wohl dort war, dass aber nichts weggeräumt wurde. Solche ämtliche Daten bekommt man also hinaus. Dies diene zur Illustrierung, wie man hier zum besten gehalten wird.

Ich habe mir im Vorjahre zu erwähnen erlaubt, dass wir Spätclassen haben und die Erbauung einer neuen Schule in Währing unbedingt nothwendig sei. Jetzt ist es das fünfte Jahr, dass wir mit Groß Wien vereinigt sind. So lange Währing autonom war, wurde jedes zweite oder dritte Jahr eine neue Schule gebaut, was auch natürlich war, nachdem jährlich constatiertermaßen 200 bis 300, ja sogar 400 Kinder zuwachsen. Im Vorjahre hatten wir zwei Spätclassen und es sind uns damals etliche Zimmer abgegangen. Ich habe also aufmerksam gemacht, wir brauchen eine vollständige neue Schule. Damals hat Herr Dr. Friedjung dies bestritten, weil er natürlich amtliche Daten hatte. Heuer haben wir aber nicht mehr zwei, sondern sechs Spätclassen. Es gehen uns zwei Zimmer ab, der Knaben-Bürgerschule ebenfalls zwei, drei bis vier Zimmer werden unstreitig zuwachsen durch die natürliche Vermehrung der Bevölkerung, folglich wird künftig ein Bedarf von 13 bis 14 Zimmern sein, und was beantragt die löbliche Budget-Commission? Nichts als 40.000 fl. für einen Zubau im Schulhause Nr. 19 Schulgasse einzustellen.

Meine Herren! Dieser Zubau soll auf einem Raume erfolgen, der, wie soll ich sagen, die Größe eines großen Privatzimmers hat, darauf soll der ganze Zubau Platz haben. Da wird nun ein erster und zweiter Stock aufgesetzt, in jedem Stocke ist für ein, eineinhalb oder, wenn es gut geht, für zwei Lehrzimmer Platz, im ganzen also für sechs Zimmer. Heute rechnen wir schon mit 14 Zimmern und sechs Zimmer bekommen wir! Wo thun wir denn dann die Kinder hin? Heuer waren in meiner Classe anfangs die sämmtlichen Bänke überfüllt, in jeder Bank sind statt vier sechs Kinder gesessen, und es ist auch noch eine ganze Menge gestanden. Ich habe sie dann auf den Katheder setzen oder auch stehen lassen u. s. w., das sind aber doch nicht Zustände, die einer Großstadt wie Wien würdig sind. Wohin denn mit den Kindern? Diese Post ist ja gar nichts als — ich will da nicht einen Wiener Ausdruck gebrauchen, mir fällt ein anderer Ausdruck ein — so ein gewisses Surrogat für das, was eigentlich sein soll.

Solange Währing autonom war, haben wir keine Spätclassen gehabt; als Währing übernommen wurde, hat man sogar mehr Lehrzimmer übergeben, als thatsächlich besetzt waren, es waren überflüssige Zimmer da, und heute ist nicht einmal Platz und ist eine neue Schule unumgänglich nothwendig, das ist eben die Segnung von Groß-Wien, damit schließe ich. (Bravo! links.)

Magistratsrath Schnitt: Ich erlaube mir betreffs der angeregten Physikſäle in den Bürgerschulen folgendes zu bemerken. In den Bürgerschulen der alten Bezirke ist durchgehends kein Physikſaal untergebracht. Die Vorortegemeinden haben allerdings in der letzten Zeit, vielleicht kurze Zeit vor Einbeziehung nach Wien Physikſäle errichtet. Natürlich, wenn der Gemeinderath ein solches Opfer bringen will und eventuell in den neuen Bürgerschulen solche Physikſäle einrichten will, so werden die Schulbehörden das wohl mit Vergnügen annehmen. Aber man hat bisher die Errichtung eines Physikſaales in den Bürgerschulen nicht verlangt. (Gem.-Rath Rauscher: So!) Ich erlaube mir

weiters in Bezug auf den Stiegenbau in der Bürgerschule der Josefigasse folgendes zu bemerken: Es wurden Erhebungen vorgenommen, dieselben haben aber gezeigt, dass dieser Einbau nur dadurch möglich wäre, dass wir Lehrzimmer dazu in Anspruch genommen hätten. Nun ist aber gegenwärtig im XVIII. Bezirke, wie Sie schon von dem Herrn Gemeinderathe gehört haben, eher ein Mangel an Lehrzimmern. Dies war der Grund, warum dieser Einbau verschoben wurde; allerdings wurde in das heurige Budget wegen dieses Stiegenbaues auch nichts eingestellt. Ich erlaube mir hiebei zu bemerken, dass auch vom Ortsschulrathe des III. Bezirkes ein Ansuchen vorlag wegen Erbauung von solchen Stiegen, und zwar für die Schulen in der Salmgasse und in der Strohgasse, ein Anliegen, welches der Ortsschulrath des III. Bezirkes vielleicht schon das zehnte Jahr vorbringt. Dieser Gegenstand wurde aber immer wieder zurückgelegt, weil noch immer dringendere Bedürfnisse vorhanden waren. So wie der III. Bezirk nicht in Rücksicht genommen werden konnte, so war es auch nicht möglich, den XVIII. Bezirk zu berücksichtigen.

Es würde aber auch im heurigen Jahre gar nicht möglich werden, diesen Stiegeneinbau durchzuführen, weil uns wiederum die betreffenden Lehrzimmer, welche wir dazu verwenden müssen, abgiengen.

Es lässt sich also auch heuer in der Sache nichts machen. Vielleicht gelingt es im nächsten Jahre oder im Jahre 1897. Was die vom Herrn Gemeinderathe berührten anderen Übelstände betrifft, zum Beispiel lose Steine, ferner Aborte, die sich im schlechten Zustande befinden, Turnsäle, schlechte Zimmer u. s. w., so ist es wohl Sache der betreffenden Schulleiter, Eingaben zu machen. Es kann weder die Schulbehörde, noch weniger der Magistrat irgendwie mit einem Antrage hervortreten, wenn nicht von dem betreffenden Schulleiter oder den Herren Bezirksschulinspectoren in dieser Richtung eine Eingabe kommt. Wenn sie kommt, so wird das Stadtbauamt sofort beauftragt, Abhilfe zu treffen.

Wenn eine Umwechslung von Schulbänken bewilligt, aber nicht ausgeführt worden sein soll, so bemerke ich, dass mir eine Anzeige nicht zugekommen ist, sonst hätte ich das Bauamt sofort zur Rede gestellt uno hätte einen Bericht verlangt. Ich werde jedenfalls auch das Bauamt zu einem Berichte auffordern. (Gem.-Rath Rauscher: Ich stelle das Decret zur Verfügung!) Die Spätclassen im XVIII. Bezirke bedauere ich wohl auch selbst sehr und es war mir so viel als möglich daran gelegen, wenigstens einen Bauplatz ausfindig zu machen. Es fanden auch sehr viele Erhebungen statt, leider war gerade speciell in Weinhaus ein geeigneter Bauplatz durchaus nicht zu finden, bis es endlich jetzt gelungen ist, einen wahrscheinlich passenden Bauplatz auf der Area der Zwangsarbeitsanstalt auszumitteln. Allerdings kommt die Sache spät, wenn sich aber der löbliche Gemeinderath bestimmt findet, heuer noch überdies eine Baurate in das Präliminare aufzunehmen, so wird es doch möglich werden, wenigstens heuer mit dem Bau zu beginnen.

Es wäre freilich wünschenswert gewesen, der Bau wäre heuer schon fertig geworden; wenn aber heuer begonnen wird, so wird er im Jahre 1896 fertiggestellt werden können.

Ferner erlaube ich mir noch folgendes zu bemerken: Es wurde von dem Herrn Gemeinderathe erwähnt, dass die Vororte, insbesondere auch Währing früher so viel für Schulbauten gethan hätten, dass aber die Commune Wien weniger thue.

Demgegenüber erlaube ich mir darauf hinzuweisen, dass für den XVIII. Bezirk die Mädchen-Bürgerschule in der Anastasius Grüngasse gebaut wurde, dass wir ein Stockwerk in der Köllergasse aufgesetzt und sonstige Verbesserungen vorgenommen haben. Die Verbesserungen, die in den Schulen und in den angegliederten Bezirken vorgenommen wurden, sind — ich kann es versichern — geradezu kolossale, denn ich habe, wie ich die Schulen das erstemal besucht habe, den Eindruck gewonnen, dass die meisten Sachen fehlen.

Ich habe in der Regel keine Beleuchtung gefunden, ich habe sehr häufig sehr schlechte Schulbänke gefunden, ich habe in der Regel sehr schlechte Fussböden gefunden. Die Turnsäle hatten durchgehends weiche Fussböden; das alles hat die Commune Wien bereits in vielen Fällen verbessert. Ja, ich kann sagen, dass gegenüber den angegliederten Bezirken die alten Bezirke stiefmütterlich behandelt wurden. (Ganz richtig!)

Bürgermeister: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Wir schreiten zur Abstimmung. Ein Antrag ist nicht gestellt, als der des Referenten. Die Versammlung ist mit dem Referenten-Antrage einverstanden? — Angenommen.

Punkt 14. Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Gem.-Rath Rauscher (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich habe nur sehr kurz den Herrn Magistrats-Referenten bezüglich mehrerer Punkte zu berichtigen. Er hat früher der Erwägung Ausdruck gegeben, dass in den Vororten ein Physiksaal nicht bestanden hat. (Rufe: Im Gegentheile! Er hat gesagt, dass in den alten Bezirken kein Physiksaal bestanden hat!) Dann habe ich unrichtig verstanden. In meiner Schule war ein Physiksaal. (Ruf: Das hat er ja gesagt!) Er ist später aber in Anspruch genommen worden Aus dem Grunde, weil die Commune einfach ihre Pflicht nicht erfüllt und keine Schule gebaut hat, hat der Physiksaal herhalten müssen.

In zweiter Linie berichtige ich bezüglich der Stiegen, dass mich, als gegenwärtig in Währing befindlich, das, was im III. Bezirke vorkommt, gar nichts angeht, ob er jetzt so oder so . . .

Bürgermeister (unterbrechend): Das ist keine thatsächliche Berichtigung.

Gem.-Rath Rauscher (fortfahrend): Weiters berichtige ich, dass es unrichtig ist, dass sämmtliche Schäden, welche in Währing gefunden wurden, verbessert wurden. (Rufe rechts: Einige!) Ich weiß nur, dass an meiner Schule in der Leitermayergasse absolut keine Verbesserung stattgefunden hat. Welche von diesen vorgespiegelten Verbesserungen . . .

Bürgermeister (unterbrechend): Ich bitte, Herr Gemeinderath, sich doch zu mäßigen. Der Herr Magistrats-Referent spiegelt Ihnen nichts vor, ich muss den Ausdruck zurückweisen. Man kann sich doch anderer Ausdrücke bedienen.

Gem.-Rath Rauscher (fortfahrend): Es thut mir unendlich leid, wenn das unangehm klingt. Die Schäden muss man vorbringen.

Endlich will ich bezüglich der Beleuchtung sprechen. Es ist recht, dass von Classe zu Classe wegen der Beleuchtung gegangen wurde, und trotzdem sind, obwohl in meinem eigenen Schulhause die Beleuchtung verbessert worden ist, in meiner Classe noch immer die Gasflammen offen. Das ist einfach eine Art der Ausführung, welche nur halb ist; das geht nicht an, das muss berichtigt werden, weil es nothwendig ist.

Bürgermeister: Zum XV. Bezirke hat sich Herr Gem.-Rath Beutnitz zum Worte gemeldet.

Gem.-Rath Beutnitz: Im XV. Bezirke befindet sich am Friedrichsplatze eine Bürgerschule, die seinerzeit, wie noch die Gemeinde Fünfhaus selbständig war, erbaut wurde. Nun ist zu der Zeit die Schule nicht ganz, sondern nur theilweise ausgebaut worden, wie es eben damals die Verhältnisse nothwendig gemacht haben.

Nun glaube ich, dass es heute an der Zeit wäre, dass die Schulen vervollständigt werden, dass der fehlende und unausgebaute Theil an der Schule, für den ja der Plan schon da ist — ich glaube sogar, dass der Plan für den ganzen Ausbau damals fertiggestellt war — endlich ausgebaut werden wird. Ich kann es mir wohl erlassen, die Antwort näher zu begründen, und möchte mir nur erlauben, einen diesbezüglichen Antrag zu stellen: „Ich beantrage, die im XV. Bezirke, Friedrichsplatz, bestehende Bürgerschule, welche derzeit ein Fragment ist, vollständig auszubauen und den hiezu nothwendigen Betrag ins heurige Budget einzusetzen."

Gem.-Rath Purscht verzichtet auf das Wort zur Geschäftsordnung.

Stadtraths-Referent: Ich möchte zu diesem Antrage nur bemerken, dass der Bezirksschulrath über den gleich im vorigen Jahre vom Herrn Gem.-Rathe Beutnitz gestellten Antrag Erhebungen gepflogen hat, dass er jedoch auf Grund commissioneller Erhebungen erklärt hat, dass dieser Schulzubau nicht nothwendig sei, infolgedessen wurde vom Magistrate und Stadtrathe beantragt, auf diesen Antrag nicht einzugehen; es liegt auch ein Antrag der Schulbehörde nicht vor, und ich beantrage daher, den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Beutnitz abzulehnen.

Bürgermeister: Der Antrag soll dem Stadtrathe zur Vorberathung zugewiesen werden. Über diese Zuweisung stimme ich jetzt ab. Der Herr Referent äußert sich negativ. Ich bitte jene Herren, welche mit der Zuweisung des Antrages Beutnitz an den Stadtrath einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Zu Post 15 ist keine Einwendung erhoben. — Angenommen.

Damit ist die Gruppe II erledigt.

Wir kommen zur Gruppe III.

Gem.-Rath K. J. Müller: Gruppe III, Post 1, betrifft zwar den II. Bezirk, ich hätte mich aber gerne für den I. Bezirk zum Worte gemeldet. (Bürgermeister: Ich bitte!) Im I. Bezirke sind zwei Schulen in einem fremden Gebäude untergebracht: die Schule bei den Schotten und bei den Michaelern in der Habsburgergasse; ich möchte mir nur den Antrag erlauben, dass von Seite des Magistrates darauf hingewirkt werde, dass diese Schulen entweder evacuiert werden, und zwar in die Schule in der Johannesgasse, oder sonstwo, oder dass ein Bauplatz ausfindig gemacht werde, der beide Schulen aufnehmen kann, denn die Räume sind sehr schlecht. Der Magistrat soll also Vorsorge treffen, dass für beide Schulen ein entsprechender Bauplatz gesucht werde oder die Ausschulung in ein anderes Gebäude vorgenommen werden solle.

Bürgermeister: Es besteht ja da ein bekanntes Rechtsverhältnis. Wir haben auf dem Hause eine Servitut; der Antrag bedeutet also, dass wir auf dieses uns zustehende Recht verzichten.

Gem.-Rath K. J. Müller: Die Schulen dort können absolut nicht bleiben, sie sind in einem elenden Zustande, sie müssen besser untergebracht werden. Mein Antrag geht also dahin, dass man entweder einen Schulbauplatz erwerben soll, der beide Schulen aufnimmt, oder dass beide Schulen sei es nun in einem Privatgebäude oder anderswo untergebracht worden.

Gem.-Rath Dr. Stern: Es ist in der Budget-Commission, glaube ich, auch davon gesprochen und erwähnt worden, dass in der neugebauten Schule in der Johannesgasse eine ganze Reihe von Schulzimmern leer stehen. Das ist in der Budget-Commission erwähnt worden, und das zu erwähnen, fühle ich mich verpflichtet.

Stadtraths-Referent: Ich erlaube mir nur zu bemerken, dass von Seiten der Organe anerkannt wird und auch schon im vorigen Jahre betont wurde, dass in den bezeichneten Schulen mancherlei Übelstände bestehen; es wird getrachtet, diesen Übelständen durch Verbesserungen möglichst gerecht zu werden. Dermalen wäre gar kein Schulbauplatz in einem geeigneten Theile der inneren Stadt ausfindig zu machen, und es hätte daher auch die Einstellung eines Betrages wenig Wert. Abgesehen davon, befinden wir uns bezüglich der Schulbauten gegenwärtig in einem gewissen Übergangsstadium. Wir müssen in erster Linie auf die Vororte Rücksicht nehmen, wo noch immer viele Neubauten platzzugreifen haben, und wenn diese Action einmal vollendet sein wird und die Vororte mit entsprechenden Schulen versehen sein werden, werden wir erst darangehen können, die Übelstände an den alten Schulen der alten Bezirke durch Neubauten zu beseitigen. Dermalen aber scheint es nicht richtig zu sein, über das Budget allzu sehr hinauszugehen.

Ich möchte daher bitten, dass dieser Antrag auf eine spätere Zeit, mindestens auf ein bis zwei Jahre vertagt werde.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung.

Der Antrag Müller geht dahin, dass zum Ersatze der beiden Schulen, der Schotten- und der Michaelerschule, ein entsprechender Bauplatz gewählt werde.

Ich muss aber bitten um Bestimmung eines Betrages. Wird er etwa unterlassen? (Gem.-Rath K. J. Müller: Ich unterlasse es!) Oder es wird angestrebt die Unterbringung der Schüler und Schülerinnen dieser beiden Schulen eventuell in Privathäusern. Die Herren, welche mit der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Minorität.

Dann kommt Post 1. Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Posten 2 und 3. Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Zu Post 4. Ich habe bereits im vergangenen Jahre hierüber gesprochen und bin auch im Stadtrathe dafür eingetreten. Ich fühle mich nicht bloß als Arzt, sondern auch als Kinderfreund verpflichtet, zu diesem Punkte zu sprechen. Diese Schule ist im Jahre 1820 oder noch früher erbaut worden. Der unsterbliche Liederkönig und Componist Franz Schubert hat schon an dieser Schule gewirkt. In dieser Schule brennen den ganzen Tag über die Gasflammen. Zwei Lehrzimmer sind gesperrt, weil sie nicht geeignet sind. Diese Schulzimmer sind nicht bloß finster, sondern auch feucht. In nächster Nähe ist eine Mädchenschule und diese war früher eine Realschule, und als eine Commission im XIX. Bezirke auf die Suche nach einem geeigneten Gebäude zur Errichtung des magistratischen Bezirksamtes gieng, kam sie auch in diese Mädchenschule und erklärte, dass diese Schule zu Amtslocalitäten nicht tauge. Im Vergleiche mit jener Knabenschule, wo Schubert wirkte, ist diese Mädchenschule das reinste Glashaus, licht und hell. In dieser finsteren Schule sitzen die

Kinder vier, sechs, ja sieben Stunden des Tages. Sie werden vielleicht sagen, wenn der Übelstand schon so lange besteht, kann es ja auch ferner so bleiben. Ich muss sagen, es ist ein Verbrechen, welches man an der Gesundheit, an dem Augenlichte der Kinder begeht, und es ist kein Wunder, wenn die Kinder kurzsichtig werden und erblinden und im allgemeinen die Kurzsichtigkeit in Wien immer mehr um sich greift. Ich würde bitten, die von Seite des Magistrates angestellte Rate im Betrage von 60.000 fl. zu bewilligen. Ich brauche nicht zu erwähnen, dass dieses Gebäude uns gehört, weshalb wir sofort mit dem Bau der Schule beginnen können, damit die Kinder endlich einmal in eine bessere Schule kommen. Es ist geradezu ein Verbrechen, den gegenwärtigen Zustand weiter zu belassen. Erbarmen Sie sich der armen Kinder, ich bitte Sie, den Betrag zu bewilligen.

Gem.-Rath Eigner: Ich kann meinem Herrn Vorsprecher nur vollkommen beipflichten. Ich habe die Schule genau untersucht, allerdings nicht als Baumeister, weil ich dort nichts zu schaffen habe, aber wenn jemand in Wien diese Schule im IX. Bezirke noch Schule nennt — dann hört sich alles auf. In jedem Dorfe hat man es ja in dieser Beziehung besser. Die armen Kinder werden dort untergebracht, wo niemand mehr einziehen will — und dort wird man zum Unterrichte gezwungen. Das Licht muss dort sogar im Sommer früh und abends brennen, und eine Ausdünstung herrscht dort — kurz, wenn man alles dies ansieht, so muss man sagen, dass das wie eine alte Kaserne ausschaut. Ich bitte Sie, den Antrag, den Herr Collega Dr. Klotzberg gestellt hat, anzunehmen, und dieses Gerümpel einmal zu entfernen.

Stadtraths-Referent (zum Schlusworte): Auch hier gebe ich zu, dass Übelstände im alten Schulgebäude bestehen. Aber ich kann nur wiederholen, was ich gerade vorher bemerkt hatte, wir haben heute ein Schulbudget von 1,700.000 fl.; mit einem solchen können wir normalmäßig überhaupt nicht arbeiten, und es ist auch nur als ein Budget anzusehen, welches während weniger Jahre zu gelten hat, die noch immer ein Übergangsstadium von den alten zu den neuen Verhältnissen bilden. Es ist zu erhoffen, dass sich in ein oder zwei Jahren dieses Präliminare erheblich verringern wird, und dann ist der Zeitpunkt gegeben, wo wir daran gehen können, solche alte Schulgebäude umzubauen. Wir müssen zunächst die dringenderen Bedürfnisse in den Vororten befriedigen.

Wir haben in den einzelnen Vororten noch Spätclassen, und da ist es doch viel nothwendiger, dort für neue Schulbauten zu sorgen. Wenn die Kinder in diesen alten Schulgebäuden so lange Jahre unterrichtet worden sind, wie der Herr Antragsteller Dr. Klotzberg gesagt hat und wie es thatsächlich der Fall ist, so wird es nichts verschlagen, wenn diese Schulgebäude noch ein oder zwei Jahre in Verwendung stehen. Erhöhen wir unser Präliminare nicht unnöthigerweise. Über 1,700.000 fl. können Sie absolut nicht hinausgehen. Wenn es sich um die Bedeckung handeln wird, werden wir nicht wissen, woher wir das Geld nehmen sollen. Ich bitte, sparen Sie in diesem Falle, vertagen Sie diese Angelegenheit wenigstens auf ein oder zwei Jahre.

Bürgermeister: Die Abstimmung über den Antrag Klotzberg ist eine meritorische, weil ein Antrag seitens des Magistrates vorliegt. Ich ersuche jene Herren, welche mit dem Antrage Klotzberg auf Einstellung eines Betrages von 60.000 fl. zum Baue einer Knaben-Volksschule in der Grünethorgasse Nr. 9 einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Majorität. Angenommen.

Gegen die Posten 5 und 6 wird keine Einwendung erhoben. Ich erkläre dieselben für angenommen.

Wir gelangen zur Post 7.

Gem.-Rath Röhrl: In Post 7 ist im XIII. Bezirke für den Bau einer Volksschule in der Gegend der Jheringgasse, früher Rochusgasse in Penzing, eventuell im XIV. Bezirke ein Betrag von 30.000 fl. eingestellt.

Ich habe dagegen nichts einzuwenden, muss aber bemerken, dass wir in Rudolfsheim eine Schule sehr nothwendig brauchen, und ich habe diesbezüglich verschiedene Anträge gestellt. Wir haben in Rudolfsheim 1300 Kinder, es mussten 256 ausgeschult und nach Penzing in die Tegetthoffstraße überwiesen werden. Ich möchte bitten, von diesem Baue abzusehen und in Rudolfsheim auf dem ehemaligen Dötz'schen Grunde, der sehr geeignet ist, die Schule zu errichten. Wir hätten dann auch einen Kinderspielplatz, welcher für unseren Bezirk sehr nothwendig ist.

Ich bemerke, dass die Post um 50.000 fl. erhöht werden muss, sonst können wir die Schule nicht bauen.

Ich beantrage also bei Post 7 die Einstellung von 80.000 fl., von dem Bau der Volksschule in der Jheringgasse abzusehen und eine Doppel-Volksschule im Centrum von Rudolfsheim zu erbauen.

Gem.-Rath Pursch: Ich möchte mir an den Herrn Referenten die Anfrage erlauben, ob die Bezirksvertretung sich diesbezüglich geäußert hat; denn es ist ja sehr maßgebend zu wissen, ob die Bezirksvertretung das befürwortet hat, dann werde ich für den Antrag stimmen.

Gem.-Rath Röhrl: Ich mache aufmerksam, dass der Schulinspector und der Bezirksausschuss einstimmig beschlossen haben, daselbst eine Schule zu erbauen. Ich stelle keine Anträge, die nicht nothwendig sind, und will das Budget nicht belasten, aber die Nothwendigkeit in einem Vororte, der so viel Steuer zahlt, muss berücksichtigt werden.

Stadtraths-Referent: Ich bemerke, dass der Antrag, auf der Dötz'schen Realität eine Schule zu erbauen, hier bereits wiederholt gestellt wurde, aber zu einer Zeit, wo es sich eben um einen dringenden Schulneubau im XIV. Bezirke gehandelt hat; derselbe ist nun mittlerweile geschaffen worden, weil aber diese Realität zu viel kostete, hat man von derselben abgesehen und hat auf den Gründen des ehemaligen Sechshauser Spitales gebaut. Diese Schule steht bereits und damit ist dem dringenden Bedürfnisse des XIV. Bezirkes abgeholfen, sogar derart, dass zwei alte Schulgebäude in diesem Bezirke, nämlich Prinz Karlgasse Nr. 1 und 7, vorläufig evacuiert werden konnten. Die Sache im XIV. Bezirke ist daher meines Erachtens absolut nicht dringlich; um übrigens die Anfrage des Herrn Gem.-Rathes Pursch sofort zu beantworten, bemerke ich, dass ein Antrag des Ortsschulrathes — diese Anträge kommen nämlich nicht von der Bezirksvertretung, sondern vom Ortsschulrathe zu uns — in dieser Richtung nicht gestellt wurde. Ich bitte also, den Antrag Röhrl abzulehnen. (Hört! Hört! links.)

Gem.-Rath Röhrl (zur Berichtigung): Ich möchte den Herrn Magistratsrath bitten, dass er hierüber Aufklärungen gibt. Mir hat ein Ortsschulrath privatim gesagt, dass der Ortsschulrath und auch der Inspector Suchomel die Schule wünscht. (Unterbrechung links. Rufe links: So? Privatim!)

Bürgermeister: Ich bitte, nicht zu unterbrechen.

Stadtraths-Referent: Ich mache aufmerksam, dass sämmtliche Ortsschulräthe im Frühjahre aufgefordert werden, bekanntzugeben, welche Bedürfnisse für den betreffenden Bezirk existieren.

In den Acten liegen lediglich die Eingaben, respective Tabellen der Ortsschulräthe vor, und in der Tabelle des XIV. Bezirkes ist eine solche Schule nicht verlangt worden. Der Herr Magistrats-Referent bestätigt mir jedoch, dass nachträglich, ich weiß nicht wann, vom Ortsschulrathe eine ähnliche Bitte gestellt wurde, die aber der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung noch nicht unterzogen, beziehungsweise dem Stadtrathe noch nicht vorgelegt wurde.

Bürgermeister: Die Debatte über diese Post ist geschlossen; wir schreiten zur Abstimmung.

Der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Röhrl müsste dem Stadtrathe zugewiesen werden, weil eine Vorberathung nicht gepflogen wurde. Der Antrag lautet:

„Es sei diese Post 7 auf 80.000 fl. zu erhöhen, vom Bau einer Volksschule in der Rochusgasse abzusehen und eine Doppel-Volksschule in Rudolfsheim im Jahre 1895 zu erbauen."

Die Herren, welche mit der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über Post 7 „Einstellung von 30.000 fl. zu dieser Post".

Die Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Post 8: Angenommen.

Post 9: Angenommen.

Post 10: Angenommen.

Zu Post 11 hat Herr Gem.-Rath Rauscher das Wort.

Gem.-Rath Rauscher: Geehrte Herren! Entschuldigen Sie, dass ich Sie abermals belästige. Ich möchte aber bei Post 11 um einige Auskünfte bitten.

Es hat früher der Herr Stadtrath und Referent Dr. Vogler in gewissermaßen achselhebendem Tone mir gegenüber erwähnt, dass er schon im Vorjahre auf etwas aufmerksam gemacht habe, und ich hätte mir das doch noch immer nicht gemerkt und nicht begriffen.

Ich verstehe bei Post 11 abermals etwas nicht, und Sie werden mir schon zugute halten, wenn ich abermals mit einer Anfrage komme. Hier ist bei Post 11 im XVI. Bezirke für den Bau einer Doppel-Volksschule mit Bürgerschulclassen, rechterseits der Neulerchenfelderstraße, und zwar in der Gaullachergasse, seitens des Magistrates der Betrag von 80.000 fl. eingesetzt. Weder der Stadtrath noch die Budget-Commission haben sich veranlasst gefühlt, etwas zu thun.

Ich muss meiner Verwunderung darüber Ausdruck geben, nachdem ich mich recht gut erinnern kann, dass wir vor nicht langer Zeit — es sind vielleicht 14 Tage her — ein Project hier gehabt haben, nach welchem eine Schule dorthin gebaut werden soll. Damals ist uns schon ein Project vorgelegen, Pläne und alles mögliche. (Widerspruch rechts.) Es ist so, Herr Bürgermeister! Heute ist es aber nicht nothwendig, diese Summe ins Budget einzustellen. Das ist ein merkwürdiger Vorgang. Da werden 80.000 fl. für einen als nothwendig erkannten Schulbau einfach wegescamotiert.

Bürgermeister (unterbrechend): Sie haben eine eigene Passion, sehr eigenthümliche Ausdrücke zu gebrauchen. Das ist doch nicht nothwendig. So etwas bewährt sich nicht. Derartige beleidigende Ausdrücke lasse ich nicht zu.

Gem.-Rath Rauscher: Das thut mir unendlich leid, aber ich weiß keinen anderen.

Bürgermeister: Dann muss ich Sie zur Ordnung rufen. (Rufe rechts: Diese Post beruht halt auf einem Fehler!)

Gem.-Rath Rauscher: Wenn ein Fehler darin ist, so kann doch nicht ich dafür. Rufen Sie die zur Ordnung, die den Fehler gemacht haben, und nicht mich. Wenn die Pläne vor 14 Tagen hier waren, und man wird genöthigt, die Pläne zu berathen, und es heißt, die betreffende Schule soll in die Gaullachergasse kommen, und wenn heute weder vom Stadtrathe, noch von der Budget-Commission ein Betrag eingesetzt wird, warum gibt man dann solche Pläne her?

Bürgermeister: Sie irren sich!

Gem.-Rath Rauscher: Ich irre mich nicht. Ich muss sehr bedauern, die Irrung kann von einer anderen Seite vorgekommen sein, von meiner Seite gewiss nicht, denn ich kann sehen. Ich habe mich früher darüber aufgehalten, dass verschiedene Posten, welche eingesetzt sind, gestrichen wurden. Ich habe auch erwähnt, dass ich es erklärlich finde, wenn die Budget-Commission weniger einsetzt als der Magistrat und der Stadtrath, weil sie eben ersparen will.

Wieso kommt es aber, dass man bei einzelnen Posten ausdrücklich sagt, das ist eine Restzahlung, und die Budget-Commission überschreitet das um das zwei- und dreifache. Das verstehe ich einfach nicht, und es thut mir unendlich leid, wenn sich Herr Dr. Vogler darüber aufhält. Ich werde aber bei dieser Gelegenheit an das Scherzräthsel gemahnt: Magistrat, Stadtrath und Budget-Commission, wie reimt sich das zusammen? Es zieht sich die Schule in Post 11 wie eine Seeschlange fort. Es ist dieselbe Schule, die seinerzeit auf dem Yppenplatze gebaut werden sollte; nachdem aber keine Majorität dafür gefunden werden konnte, wurde sie in die Gaullachergasse verlegt, und nun finden Sie, dass abermals nichts daraus werden soll.

Bei dieser Gelegenheit erlaube ich mir an den Herrn Referenten die Anfrage zu stellen, was mit der Schule in der Hauptstraße Nr. 52 geschehen soll? So viel ich weiß, habe ich schon zwei- oder dreimal von den Übelständen an dieser Schule gesprochen und will dieselben nicht wiederholen, um Sie nicht zu ermüden; aber das eine glaube ich erkannt zu haben, dass man eingesehen hat, dass die Schule in der Hauptstraße Nr. 52 zu nichts taugt, und dass man darangehen muss, sie umzubauen. Davon erfährt man aber nichts; im Gegentheile, aus dem, was hier steht, kann man nur entnehmen, dass eine neue Schule gebaut, die alte aber belassen werden soll. Auch darüber möchte ich mir von dem Herrn Referenten Auskunft erbitten.

Stadtraths-Referent: Ich kann nur wiederum betonen, dass der Herr Gem.-Rath Rauscher die Vorlagen, wie es scheint, einem sehr wenig gründlichen Studium unterzieht. Denn wenn er das gethan hätte, so hätte er unmöglich diese Rede halten können, sondern hätte finden müssen, dass die 80.000 fl., welche vom Magistrate als zur Gruppe III gehörig eingestellt waren, vom Stadtrathe und der Commission unter Post 12 der zweiten Gruppe eingestellt worden sind. Der Gemeinderath hat diese 80.000 fl. auch bereits angenommen, und es sind dies dieselben 80.000 fl., welche der Magistrat beantragt hatte.

Warum diese Post von der dritten in die zweite Gruppe übertragen wurde, hat seine Begründung wieder in einem Umstande, der den Herren Gemeinderäthen, welche sich um die Angelegenheit kümmern, auch bekannt sein kann, weil hier im Gemeinderathe ein Referat darüber erstattet wurde, dahingehend, dass ein altes Haus in der Gaullachergasse angekauft werde zur Erbauung einer Schule und nachdem jetzt bereits im Jahre 1894 das Schulhaus angekauft war, wurde für das Jahr 1895 dieser, vom Magistrate noch in die dritte Gruppe eingereihte Betrag in die zweite Gruppe eingereiht, wodurch die Herren aus dem XVI. Bezirke sogar noch besser daran sind. Das bezüglich der einen Angelegenheit.

Der Herr Gem.-Rath Rauscher hat aber weiter noch die Anfrage gestellt: „Was ist mit der Schule Haus Nr. 52, von der hört man gar nichts mehr; soll diese stehen bleiben?" Nun erlaube ich mir darauf zurückzukommen, dass Herr Gem.-Rath Rauscher, wenn er meinem Referate, das ich seinerzeit bei Gelegenheit des Ankaufes des Hauses in der Gaullachergasse erstattet habe, Gehör gegeben hätte, darüber auch schon das Erforderliche erfahren hätte. Ich habe nämlich damals erklärt: „Diese Häuser in der Gaullachergasse stoßen mit ihrer rückwärtigen Front an das alte Schulgebäude im Hause Nr. 52 und es ist in Aussicht genommen, zunächst auf der Area dieser angekauften Häuser — es handelt sich hier um zwei Häuser in der Gaullachergasse — einen Neubau zu errichten. Wenn dieser fertig sein wird, dann wird das alte Schulgebäude im Hause Nr. 52, welches in einem Hoftracte gelegen ist, niedergerissen und diese Schule evacuiert werden." Darin ist die Aufklärung auch über diesen Punkt gegeben. Sie sehen also, dass in dieser Richtung dem Referenten oder dem Stadtrathe ein Vorwurf nicht gemacht werden kann.

Gem.-Rath Gräf: Ich wollte nur darauf aufmerksam machen, dass es so richtig ist, wie der Herr Referent bemerkt hat, dass sich der Betrag von 80.000 fl. unter Gruppe II vorfindet und der Bau höchstwahrscheinlich noch heuer in Angriff genommen wird, wenn das verbesserte Project dem Gemeinderathe vorgelegt wird.

Bürgermeister: Ein Gegen-Antrag zu Post 11 ist nicht gestellt worden.

Wir kommen zu Post 12.

Commissions-Referent: Es ist richtig, dass der obere Theil des XVI. Bezirkes rechterseits der Ottakringerstraße eine Bürgerschule benöthigt. Es hat jedoch der Bezirksschulinspector selbst dem Referenten der Commission die Mittheilung gemacht, dass die Verhältnisse so liegen, dass man sich doch noch durch einige Zeit fortbehelfen kann. Der Schulbau scheint deshalb nicht so unbedingt nothwendig, und die Commission hat geglaubt, Ihnen vorschlagen zu können, diesmal von der Einstellung der Post Umgang zu nehmen, umsomehr, als wir keinen Bauplatz haben und die Inangriffnahme des Baues in diesem Jahre unter allen Umständen problematisch wäre. Ich bitte deshalb, den Antrag der Commission anzunehmen.

Gem.-Rath Gräf: Meine Herren! Ich möchte Ihnen doch empfehlen, den Antrag des Stadtrathes zum Beschlusse zu erheben.

Es ist allerdings richtig, dass vor allem ein geeigneter Platz zur Erbauung dieser Bürgerschule in dem Bezirkstheile, so nothwendig sie sein wird, noch nicht vorhanden ist. Ich bitte aber, nicht aus dem Auge zu lassen, dass höchstwahrscheinlich im nächsten Jahre schon die Verbindungsbahn zwischen Penzing und Heiligenstadt hergestellt wird, und es ist zu gewärtigen, dass gerade in jenem Bezirkstheile eine bedeutende Steigerung der Grundpreise eintreten wird. Wenn Sie 30.000 fl. präliminiert haben, so steht es den Herren im Stadtrathe jederzeit frei, einen geeigneten Platz — wenn sie einen solchen finden sollten — anzukaufen. Warten wir aber ein Jahr zu, so riskieren wir, nachdem zu diesem Schulbau unbedingt vier Parcellen benöthigt werden, dass bei einer eventuellen Steigung des Grundpreises die Commune Wien um 6- bis 8000 fl. mehr ausgeben muss.

Ich würde Ihnen empfehlen, den Antrag des Stadtrathes anzunehmen, die 30.000 fl. im Budget eingestellt zu belassen. Wenn sich keine passende Gelegenheit im heurigen Jahre finden sollte, die 30.000 fl. zu verwerten, ist es auch kein Unglück, und es ist jedenfalls besser, wenn für die Erwerbung eines Schulbauplatzes die Bedeckung vorhanden ist. Und aus diesen Gründen empfehle ich Ihnen, die Anträge des Stadtrathes anzunehmen.

Gem.-Rath Purscht: Ich schließe mich dem Antrage meines sehr geehrten Herrn Collegen vollständig an; ich kann mir nicht erklären, wie die Budget-Commission dazukommt zu sagen, die Schule im XVI. Bezirke ist nicht erforderlich. Überhaupt besteht die ganze Arbeit der Budget-Commission — der Herr Referent möge mir entschuldigen — eigentlich nur aus einfachen Strichen. Es kommt mir das so vor, wie seinerzeit beim Komiker Scholz, der als Dichter auftreten sollte und sich eine Partie Bleistifte genommen hat, an den Manuscripten gestrichen hat und dann einfach gesagt hat: „Das Gestrichene ist von mir, das andere ist vom Dichter." Der Herr Referent möge mir entschuldigen, aber das ganze Referat machte keinen anderen Eindruck auf mich. (Sehr gut! links.)

Gem.-Rath Dr. Stern: Ich möchte gegenüber diesen letzten Ausführungen nur auf folgendes aufmerksam machen: Es hat der Magistrat ein Schulbauten-Präliminare aufgestellt von über 1,705.000 fl. Der Stadtrath hat dieses Schulbauten-Präliminare auf 1,725.000 fl. erhöht; die Budget-Commission hat es noch um 21.000 fl. auf 1,746.300 fl. erhöht. Ob das mit einer Streichung gleichbedeutend ist, das überlasse ich dann Ihrer Beurtheilung. (Sehr gut! rechts.)

Stadtraths-Referent: Ich kann selbstverständlich nur den Antrag des Stadtrathes aufrecht erhalten. Die Nothwendigkeit dieses Schulbaues wurde im vorigen Jahre von sämmtlichen Organen betont und auch im heurigen Jahre wurde diesfalls ein Antrag gestellt. Wenn nun im Privatwege ein Bezirksschulinspector erklärt, dass die Schule auf einmal nicht nothwendig sei, so nimmt mich das Wunder; man hätte dann früher Erhebungen pflegen und nicht mit solchen Anträgen kommen sollen. Ich bin selbstverständlich für jede Ersparung eingenommen und es ist daher den Herren überlassen, ob sie für oder gegen den Antrag stimmen. Amtlich kann ich nur für die Einstellung dieses Betrages sein, nachdem aus den Acten hervorgeht, dass ein solches Bedürfnis vorhanden ist.

Commissions-Referent: Ich möchte bemerken, dass es nicht richtig ist, dass ich behauptet hätte, eine Bürgerschule an dieser Stelle sei nicht nothwendig. Was die Kritik des geehrten Herrn Collegen aus dem XVII. Bezirke anbelangt, so möchte ich doch bemerken, dass er selbst der Arbeit der Commission nicht beigewohnt hat, und dass es ihm daher nicht ansteht, in solcher Weise zu kritisieren. Die Commission hat emsig gearbeitet und verdient diese Vorwürfe nicht. (Beifall rechts. — Heiterkeit links.)

Bürgermeister: Zu Post 12 lautet der Antrag des Stadtrathes auf Einstellung eines Betrages von 30.000 fl. Die Com-

mission beantragt die Streichung. (Gem.-Rath Rauscher: Ich habe eine höhere Summe beantragt; Punkt II 2 meiner Anträge für Hernals.)

Bürgermeister: Das kann ich ja nicht wissen. Ihr Antrag lautet: Es sei für den Bau einer Volks- und Bürgerschule an der Grenze zwischen Dornbach und dem XVI. Bezirke ein Betrag von 50.000 fl. einzusetzen. Ich habe mir Ihren Antrag als letzten Antrag zur Gruppe III eingeschrieben. Wenn Sie erklären, dass das nach Ihrer Absicht mit dem Antrage zur Post 12 identisch ist, so hat es keinen Anstand.

Gem.-Rath Rauscher: Ich halte meinen Antrag separat aufrecht.

Bürgermeister: Also der Antrag des Stadtrathes zur Post 12 geht auf Einstellung von 30.000 fl. Ich bitte die Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen. Damit fällt die Abstimmung über den Commissions-Antrag. Zur Post 13 wird keine Einwendung erhoben. Angenommen.

Wir kommen zur Post 14.

Gem.-Rath Steiner: Als im vorigen Jahre im Budget zum Ankaufe des Platzes zur Erbauung einer Doppel-Volksschule in Kahlenbergerdorf 5000 fl. angesetzt waren, habe ich mir erlaubt, eine Erhöhung dieses Betrages auf 20.000 fl. zu beantragen. Dieser Antrag ist auch vom geehrten Plenum des Gemeinderathes angenommen und ein Platz für den Betrag von 13.600 fl. angekauft worden. Nun finden Sie, meine Herren, heute zur Erbauung der Doppel-Volksschule eventuell auch als Kaufschilling nach den Anträgen des Magistrates 40.000 fl., nach dem Antrage des Stadtrathes 30.000 fl., nach dem Antrage der Budget-Commission 30.000 fl.

Wenn an die Erbauung dieser Schule geschritten werden soll, so müssen dort unbedingt drei ganz kleine Objecte eingelöst werden, weil die Zufahrt nicht anders denkbar ist. Es ist nämlich die Communication dort so schmal, dass nur durch die Einlösung dieser Objecte die Erbauung einer Schule möglich ist. Wenn wir nun, wie es auch hier nach den Anträgen des Magistrates heißt, eventuell auch diese Objecte einlösen, so bleibt kein Betrag übrig, dass die Erbauung dieser Schule noch möglich wäre, und die Schulverhältnisse sind in Kahlenbergerdorf die denkbar traurigsten. Ob es möglich gewesen wäre, dass die Gemeinde Kahlenbergerdorf die Schule erbaut hätte, das will ich dahin gestellt sein lassen. Nachdem sich aber wahrscheinlich der Ortsschulrath, wahrscheinlich auch der Bezirksschulrath für die Nothwendigkeit der Erbauung einer Volksschule ausgesprochen haben, weil die Schulclassen in verschiedenen Objecten untergebracht sind, welche vom sanitären Standpunkte bedenklich sind — ich habe eine Classe gesehen, die nicht haltbar ist, es rinnt das Wasser an den Mauern herunter, also gewiss sehr sanitätswidrig — so würde ich bitten, nachdem auch der Stadtrath sehr sparsam beim Ankaufe des Grundes vorgegangen ist, trotzdem ein größerer Betrag zur Verfügung stand, den Antrag auf 40.000 fl., welchen der Magistrat gestellt hat, anzunehmen, damit man, wenn die Objecte eingelöst sind, auch an die Erbauung dieser Schule schreiten kann.

Ich erlaube mir daher den Antrag zu stellen, dass die vom Magistrate beantragten 40.000 fl. für den Bau einer Doppel-Volksschule in Kahlenbergerdorf angenommen werden.

Vielleicht gestatten Herr Bürgermeister, nachdem ich beim Worte bin, gleich einige allgemeine Worte zur Gruppe III.

Bürgermeister: Das machen wir dann später, wir haben vorher noch etwas anderes. Wünscht noch jemand zu 14 das Wort?

Gem.-Rath Rauscher: Zu 13, eine Anfrage!

Bürgermeister: Post 13 ist schon erledigt.

Stadtraths-Referent: Ich erlaube mir zu bemerken, dass der Magistrat bei Post 14 unter den 40.000 fl. auch Rücksicht genommen hat auf den Kaufschilling. Nachdem aber die Realität bereits angekauft ist und mir versichert wird, dass man mit 30.000 fl. für das Jahr 1895 das Auskommen findet — die Schule wird so rasch als nur möglich gebaut werden — so glaube ich, dass es nicht nothwendig ist, diese Post zu erhöhen.

Gem.-Rath Steiner (zur Berichtigung): Ich will Sie nicht länger aufhalten. Mir ist der Ankauf der einen Realität bekannt, aber es ist nicht denkbar, dass Sie, wenn Sie nicht die zwei anderen Realitäten kaufen, an den Beginn des Baues schreiten können. Es müssen zur Freimachung der Communication die zwei kleinen Häuser eingelöst werden, und ich würde bitten, den Antrag anzunehmen.

Bürgermeister: Das war keine Berichtigung!

Stadtraths-Referent: Wenn die Einlösung zu diesem Zwecke geschieht, so gehört sie nicht in diese Position, sondern zur Position Erweiterung der Straßen, oder so etwas ähnlichem. Da soll bei der betreffenden Position ein Betrag eingestellt werden, wenn sich die Nothwendigkeit ergibt, aber zu den Schulbauten gehört das nicht.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. Von Seite des Gem.-Rathes Steiner wird der Antrag des Magistrates aufgenommen, Einstellung von 40.000 fl. — der Stadtrath und die Commission beantragen 30.000 fl. — Ich bringe die höhere Ziffer zuerst zur Abstimmung. Die Herren, welche den Antrag auf 40.000 fl. annehmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Ich bitte zu zählen. (Nach einer Pause:) 22 dafür; ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Es sind 22 Herren für den Antrag und 22 gegen den Antrag. (Rufe links: Ah!) Wird ein Zweifel ausgesprochen? (Rufe: Nein!) Ich stimme gegen die höhere Ziffer. Der Antrag auf 40.000 fl. ist daher abgelehnt.

Ich ersuche diejenigen Herren, welche für die Einstellung von 30.000 fl. sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Der Antrag Rauscher lautet, es sei für den Bau einer Volks- und Bürgerschule an der Grenze zwischen Dornbach und dem XVI. Bezirke der Betrag von 50.000 fl. einzustellen.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Da dieser Antrag unbedingt in die Gruppe III gehört, wo es sich um den Ankauf von Grund handelt, so ersuche ich nur 15.000 fl. einzustellen, weil das zum Ankaufe von Grund genug ist.

Bürgermeister (zu mehreren Gemeinderäthen gewendet): Ich bitte, nicht fortzugehen, meine Herren, wir haben noch einen dringenden Gegenstand auf der Tagesordnung, der in wenigen Minuten erledigt ist, und ich bitte, die Versammlung nicht beschlussunfähig zu machen. Ich bitte, platzzunehmen. Herr Gem.-Rath Rauscher beantragt, für den Bau einer Volks- und Bürgerschule an der Grenze zwischen Dornbach und dem XVI. Bezirke den Betrag von 50.000 fl. einzustellen. Herr Gem.-Rath Sebastian Grünbeck beantragt, es sei für diesen Zweck der Betrag von 15.000 fl. einzustellen. Es ist niemand zum Worte gemeldet, die Debatte daher geschlossen. Der Herr Referent hat das Schlusswort.

Stadtraths-Referent (zum Schlusswortе): Ich erlaube mir zu bemerken, dass diese Angelegenheit bereits erledigt erscheint durch die Annahme der Post 12 „Bau einer Doppel-Bürgerschule in der Gegend der Seeböckgasse". Diese Schule soll eben diejenige sein, welche an der Grenze des XVI. und XVII. Bezirkes errichtet wird. Infolgedessen erscheint es nicht nothwendig, für denselben Gegenstand zwei Positionen einzusetzen.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. Die Herren, welche mit der Zuweisung des Antrages Rauscher an den Stadtrath einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Nach einer Pause:) Es ist die Minorität.

Ich ersuche nunmehr die Herren, welche mit der Zuweisung des Antrages Sebastian Grünbeck an den Stadtrath einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es sind 18 Herren dafür, es ist die Minorität; abgelehnt.

Als Pauschale für die in Gruppe III angeführten Objecte ist kein Betrag eingesetzt. An Stelle des Pauschales sind die einzelnen Posten getreten; der Herr Referent hat das im Beginne seiner Ausführungen auseinandergesetzt.

Gem.-Rath Steiner: Die Angelegenheit bezüglich der Schulgärten ist noch nicht geregelt. Ich habe schon früher erwähnt ...

Bürgermeister (unterbrechend): Das ist ja eine separate Post.

Gem.-Rath Steiner: Ich werde sehr kurz sein.

Bürgermeister: Ich bitte, das kommt ja im Budget vor. Ich bitte dann dort zu sprechen. Wir müssen doch eine gewisse Ordnung einhalten.

Gem.-Rath Rauscher: Ich bitte um das Wort zum Gesammterfordernisse.

Bürgermeister: Das Gesammterfordernis ist kein Gegenstand der Abstimmung; das ist das Resultat der einzelnen Posten. Der Gegenstand ist hiemit erledigt.

Beschluss:

Gruppe I.

Schulbau-Fortsetzungen, respective Vollendungen.

Im II. Bezirke für den Schulbau in der Leygasse (Rest)	29.300 fl.
Im III. Bezirke für den Schulbau in der Khunn- und Kölblgasse (II. Baurate)	114.000 fl.
Im III. Bezirke für die Adaptierungen in der Schule und im Pfarrhofgebäude am Kolonitzplatze	15.000 fl.
Im V. Bezirke für den Bau der Bürgerschulen in der Steinbauer- und Herthergasse . . . (II. Baurate)	70.000 fl.
Im V. Bezirke für den Bau einer Doppel-Volksschule in der Fendigasse . . . . . (II. Baurate)	100.000 fl.
Im IX. Bezirke für den Schulbau in der Galileigasse (Mädchenschule) (Rest)	27.100 fl.
Im X. Bezirke für den Zubau zur Werkmeisterschule . . . . (Rest)	3.300 fl.
Im X. Bezirke für den Schulbau in der Knöllgasse . . . (II. Baurate)	85.000 fl.
Im XI. Bezirke für den Schulbau in Kaiser-Ebersdorf . . . . . (Rest)	10.000 fl.
Im XII. Bezirke für den Zubau im Schulhause in der Vierthalergasse (früher Schillergasse 13) . (Rest)	10.000 fl.
Im XIII. Bezirke für den Schulbau in Unter-St. Veit . . . . (Rest)	13.300 fl.
Im XIII. Bezirke für den Schulzubau in Ober-St. Veit . . . . (Rest)	6.600 fl.
Im XIII. Bezirke für den Schulbau in Hütteldorf . . . . . (Rest)	13.000 fl.
Im XIV. Bezirke für den Schulbau auf den ehemaligen Sechshauser Spitalsgründen . . . . . (Rest)	34.800 fl.
Im XV. Bezirke für den Schulbau in der Zinkgasse . . . . . (Rest)	30.000 fl.
Im XVI. Bezirke für den Schulbau in der Lorenz Mandlgasse (II. Baurate)	100.000 fl.
Im XVI. Bezirke für den Turnsaalbau in der Schule in der Seitenberggasse . . . . . (Rest)	1.000 fl.
Im XVI. Bezirke für den Schulbau in der Panikengasse . . . . . (Rest)	3.500 fl.
Im XVII. Bezirke für den Schulbau in der Wichtelgasse (früher Schmerlinggasse) . . . . . (Rest)	10.600 fl.
Im XVII. Bezirke für den zweiten Turnsaal im Schulhause am Parhamerplatze (früher Petersplatz) . (Rest)	500 fl.
Im XVII. Bezirke für die Turnsaal-Erweiterung in der Kindermanngasse (früher Schulgasse 1) (Rest)	500 fl.
Im XVII. Bezirke für den Bau einer Doppel-Volksschule in der Geblergasse (früher Stiftgasse) (II. Baurate)	100.000 fl.
Im XVIII. Bezirke für den Bau einer Volks- und Bürgerschule für Mädchen in der Anastasius Grüngasse (Rest)	7.100 fl.
Im XVIII. Bezirke für den Turnsaalbau in der Schule in Gersthof (Rest)	5.300 fl.
Im XIX. Bezirke für den Bau einer Bürgerschule in Heiligenstadt in der Grinzingerstraße . . (II. Baurate)	110.000 fl.
Im XIX. Bezirke für die Turnsaal-Erweiterung in der Schule in der Kreindlgasse . . . . . (Rest)	2.800 fl.
Zusammen .	902.700 fl.

Gruppe II.

Schulbauten, welche im Jahre 1895 in Angriff zu nehmen sind, respective Sicherstellung der Kaufschillinge für bereits angekaufte Schulbauplätze.

Im II. Bezirke für den Bau eines Volksschultractes für Knaben und Mädchen am Schüttel	60.000 fl.
Im IV. Bezirke für Adaptierungen im Schulgebäude IV., Alleegasse 11 (Errichtung mehrerer Bürgerschulclassen für Mädchen)	7.000 fl.

Im IV. Bezirke für Stockwerks-Aufsetzung auf den Turnsaal im Schulgebäude IV., Schaumburger-Starhemberggasse zur Errichtung eines zweiten Turnsaales . . . . . 11.000 fl.

Im V. Bezirke für den Garderobebau für den Turnsaal der Schulen in der Grüngasse 14 . . . . . 2.200 fl.

Im VI. Bezirke für den Bau des Schultractes in der Mittelgasse (I. Baurate) 70.000 fl.

Im IX. Bezirke für den Bau eines Volksschultractes oberhalb des neuen Schulbaues in der Galileigasse (Knabenschule) . . . (I. Baurate) 50.000 fl.

Im X. Bezirke für die an das Schulhaus in der Alxingergasse (alt Kinskygasse) anstoßenden Bauparcellen zur seinerzeitigen Erweiterung des Schulhauses (Kaufschilling und Übertragungsgebüren) 11.000 fl.

Im XII. Bezirke für den Ankauf eines Schulbauplatzes für eine Doppel-Volksschule in der Wilhelm- und Neuwallgasse in Meidling zur Deckung des Kaufschillings und der Übertragungsgebür . . . . . 15.400 fl.

Im XII. Bezirke für den Bau eines Schultractes in der Hetzendorferstraße in Hetzendorf . (I. Baurate) 50.000 fl.

Im XIII. Bezirke für den Schulbau zwischen Penzing und Breitensee in der Neubergenstraße (I. Baurate) 150.000 fl.

Im XVI. Bezirke für den Bau einer Doppel-Volksschule mit Bürgerschulclassen in der Gegend rechterseits von der Neulerchenfelderstraße und zwar in der Gaullachergasse (I. Baurate) 80.000 fl.

Im XVIII. Bezirke für den Zubau im Schulhause in der Schulgasse Nr. 19 in Währing (als Baurate) 40.000 fl.

Im XVIII. Bezirke für eine Volksschule in Neustift am Walde und Salmannsdorf . . . (Baurate) 50.000 fl.

Im XIX. Bezirke für den Bau eines Turnsaales an der Doppel-Volksschule in Nussdorf . (I. Baurate) 12.000 fl.

Zusammen . 608.600 fl.

Gruppe III.

Voraussichtlich zu gewärtigende Schulbauplatz-Erwerbungen, respective beantragte, aber noch nicht beschlossene Schulbauführungen im Jahre 1895.

Im II. Bezirke für den Bau einer Doppel-Volksschule in der Gegend des Brigittaplatzes (Kaufschilling, event. auch Baurate) 35.000 fl.

Im VII. Bezirke für den Bau einer Mädchen-Volksschule in der Gegend der Mondschein- und Zollergasse (Kaufschilling) 60.000 fl.

Im IX. Bezirke für den Bau einer Knaben-Volksschule auf der städt. Realität Grünethorgasse 9, Ersatzbau (Baurate) 60.000 fl.

Im X. Bezirke für den in der Gegend der Quellengasse linkerseits der Himbergerstraße für eine Doppel-Volksschule mit Bürgerschulclassen (für den Bauplatz und die I. Baurate) . . . . . (Bauplatz) 30.000 fl.

Im XIII. Bezirke für den Bau einer Volksschule in der Gegend der Jheringgasse (früher Rochusgasse in Penzing) eventuell im XIV. Bezirke . . . . . (Kaufschilling) 30.000 fl.

Im XIII. Bezirke für den Bau einer Volksschule in Speising (Baurate) 20.000 fl.

Im XVI. Bezirke für den Bau einer Doppel-Bürgerschule in der Gegend der Seeböckgasse (Kaufschilling, eventuell Baurate) 30.000 fl.

Im XVIII. Bezirke für den Bau einer Volks- und Bürgerschule für Knaben in der Gegend der ehemaligen Zwangsarbeitsanstalt in Weinhaus (Kaufschilling, eventuell auch Baurate) . . . . . 30.000 fl.

Im XIX. Bezirke für den Bau einer Doppel-Volksschule in Kahlenbergerdorf (Baurate, eventuell Kaufschilling) . . . . . 30.000 fl.

Zusammen . 325.000 fl.

Gesammterfordernis . 1,836.300 fl.

Bei den Schulbauten soll darauf Rücksicht genommen werden, dass die Einrichtung von Turnsälen unter der Aufsicht von Fachleuten erfolgen soll.

14. (779.) **Referent Gem.-Rath Josef Müller:** Ich habe die Ehre, Bericht zu erstatten, das Rohrnetzproject Baulos VII a für die Trinkwasserversorgung von Dornbach und Neuwaldegg betreffend.

Es hat das Stadtbauamt wieder einen Theil der Wasserversorgungsarbeiten vorgelegt, und zwar handelt es sich um die Versorgung von Neuwaldegg und Dornbach. Die Ausführung ist in derselben Weise geplant, wie die bereits bestehenden Wasserleitungen. Die Länge der Rohrleitung ist 5090 m, die Kosten betragen für die Baumeisterarbeiten 11.500 fl., für die Maschinistenarbeiten 4000 fl., daher zusammen effective Kosten 15.500 fl. Der Wert der erforderlichen Rohre, welche bereits bestellt sind und im Depot erliegen, ist 18.500 fl., die Gesammtsumme daher 34.000 fl.

Diese Arbeiten sollen im Offertwege vergeben und in das Präliminare eingestellt werden, damit man eventuell noch im Jahre 1895 fertig werden kann, weil die Pumpstationen auch in

nächster Zeit fertig werden. Im Budget ist jedoch für die effective Auslage von 15.500 fl. nicht vorgesorgt und handelt es sich also darum, dass der Gemeinderath beschließe, diese 15.500 fl. ins Budget einzustellen. Ich ersuche um die Annahme dieses Antrages.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — Angenommen.

Beschluss: Das Project für die Erweiterung des Wasserleitungsrohrnetzes für Dornbach und Neuwaldegg (Baulos VII a) wird mit dem Kostenbetrage von 34.000 fl. genehmigt. Die Position der Rubrik XXVI 6 d ist um den Betrag von 15.500 fl. zu erhöhen.

Bürgermeister: Meine Herren, ich möchte bitten, noch einige wenige Minuten für eine vertrauliche Sitzung zu bleiben. Die öffentliche Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung um 10 Uhr abends.)

Beschluss-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

vom **15. Februar 1895.**

Vorsitz: **Bürgermeister Dr. Grübl.**

1. (1219.) **Gem.-Rath Matthies** beantragt die Verleihung der großen goldenen Salvator-Medaille an den praktischen Arzt Dr. Karl Reitter. (Angenommen.)

2. (300.) **Gem.-Rath Dr. Vogler** beantragt den Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 120 fl. für Leopoldine Adam, Turnsaalaufsehers-Witwe, auf weitere drei Jahre. (Angenommen.)

3. (689.) **Derselbe** beantragt die Verleihung der großen goldenen Salvator-Medaille an den Metallwarenfabrikanten A. M. Beschorner. (Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **7. Februar 1895** (vormittags).

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, v. Götz, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Dr. Klotzberg, Kreindl, Dr. Lueger, Matthies, Mayer, Müller, Dr. Nechansky, v. Neumann, Schlechter, Schneiderhan, Stiaßny, Dr. Vogler, Witzelsberger.

Entschuldigt: St.-R. Dr. Lederer, Wurm.

Krank: St.-R. Rückauf.

Beurlaubt: St.-R. Vangoin.

Experte: Magistratsrath Dr. Lekisch.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Bibl.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung.

St.-R. Wurm entschuldigt sein Ausbleiben für heute vor- und nachmittags.

St.-R. Kreindl entschuldigt sein Späterkommen.

(Zur Kenntnis.)

(925.) **St.-R. Schlechter** referiert über das Präliminare der Gewerbeschulen pro 1895 und beantragt: Der Gemeinderath erklärt seine Zustimmung zu dem vorgelegten Präliminare mit Ausnahme der Post I 5 „Pauschalien der zehn Bezirksschulinspectoren", welche als keine aus dem Gewerbeschulfonde zu bestreitende Auslage bezeichnet werden muss. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(900.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über den Bericht des Stadtanwaltes, betreffend das Urtheil des k. k. Oberlandesgerichtes Wien in Sachen der Gemeinde Wien gegen die Liesinger Brauerei puncto Schadloshaltung für den von der Cat.-Parc. 116/2, Einl.-Z. 718 in Fünfhaus, Ecke der Grenz-, Victoria- und Würfelgasse abzutretenden Straßengrund, und beantragt, die außerordentliche Revision nicht zu ergreifen. (Angenommen.)

(731.) **Derselbe** referiert über die Genehmigung der Kosten für Glaserarbeiten im Schulgebäude VII., Neubaugasse 42, anlässlich des Hagelschlages vom 7. Juni 1894 und beantragt, die vorgelegten Rechnungen der Firma Karl Waniczeks Witwe und des Rudolf Halbig im angeforderten Betrage von 37 fl. 50 kr., respective 24 fl. zu genehmigen. (Angenommen.)

(792 und 705.) **Derselbe** referiert über die Gesuche der Diurnisten Ludwig Tulai und Josef Karl Walch um Studiennachsicht behufs Erlangung einer Kanzleipraktikantenstelle und beantragt in beiden Fällen die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(865.) **Derselbe** referiert über die Bewilligung des Uniformierungsbeitrages für den neuernannten, in den Permanenz-, Theater-, Inspections- und Reservedienst einzureihenden Ingenieurs-Adjuncten II. Classe Karl Göller und beantragt die Genehmigung eines Uniformierungsbeitrages von 100 fl. (Angenommen.)

(265 ex 1895.) **St.-R. Matthies** referiert über den Ankauf des Hauses Nr. 77 Erdbergstraße, III. Bezirk, und beantragt:

I. Der Ankauf des der Elisabeth Nuß gehörigen Hauses Nr. 77 Erdbergstraße, III. Bezirk, im Ausmaße von 724 m² zum Zwecke der Verbreiterung der Erdbergstraße um den Preis von 23.000 fl., wobei die Gemeinde die Vertragskosten und Übertragsgebüren trägt, wird genehmigt.

Die auf der erstgenannten Realität zu Gunsten der I. österr. Sparcassa haftende Satzpost per 4500 fl. wird von der Gemeinde auf Abschlag vom Kaufschillinge zur Zahlung übernommen.

Die Verkäuferin verpflichtet sich, die im Hause wohnhaften Parteien, welche vierteljährige Kündigung haben, im Februar d. J. pro Maitermin zu kündigen.

II. Das vorgedachte Haus ist nach dem Mai-Ausziehtermine d. J. zu demolieren; die Demolierungsarbeiten sind im Wege einer beschränkten Offertverhandlung zu vergeben.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(571.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Otto und der Christine Sedlmayer um Consens zum Bau einer Eishütte auf der Realität Conscr.-Nr. 157 b, Ober-Laa (Stadt), der Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft und beantragt die Bestätigung des Bauconsenses. (Angenommen.)

(573.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Rudolf und der Juliana Fischer noe. Ferdinand Erm um Einleitung der Verhandlung wegen Feststellung der Schadloshaltung für den vom

Hause Or.-Nr. 2 Pfarrhofgasse, III. Bezirk, abzutretenden Straßengrund vor erfolgtem Umbaue dieses Hauses und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(662.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit von Mobilien-Sicherstellungskosten per 4 fl. 90 kr. nach Julius Koller im III. Bezirke und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(793.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Dr. Emil Guttmann noe. Karl Hofmeier um Schadloshaltung für den von der Realität III. Bezirk, Gerlgasse 2, abzutretenden Straßengrund per 108·21 m² und beantragt, die Schadloshaltung mit 20 fl. per Quadratmeter, zusammen mit 2164 fl. 20 kr. zu bestimmen. (Angenommen.)

(803.) **Derselbe** referiert über die Eröffnung der Rothenhofgasse im X. Bezirke und beantragt zu genehmigen, dass von der Eröffnung der Rothenhofgasse in ihrer ganzen Länge aus den vom Stadtbauamte angeführten Gründen dermalen abgesehen und derzeit nur das im vorgelegten Plane mit M N bezeichnete, zwischen der Sonnleithner- und der Altmüttergasse liegende Stück der Rothenhofgasse eröffnet und mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 537 fl. 18 kr. hergestellt werde.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, es sei der Magistrat aufzufordern, für den Fall, als Theile der Rothenhofgasse in der Strecke vom Punkte M des Planes bis zur Triesterstraße noch nicht als Straßengrund im Grundbuche ausgezeichnet sein sollten, diesbezüglich das nöthige sofort zu veranlassen.

Referenten-Antrag und Antrag Dr. Lueger angenommen.

(866.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Peter Banič, k. und k. Oberlieutenants beim Monturdepot Nr. 4 in Wien, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung unter gnadenweiser Ermäßigung der Taxe von 200 fl. auf 50 fl. (Angenommen.)

(156.) **St.-R. Dr. Mechansky** referiert über das Ansuchen des Owen Mauriz Roberts van Son um Grundtrennung und Zuschreibung Einl.-Z. 3905, II. Bezirk, Prater, Gürtelstraße, und Einl.-Z. 3904 im II. Bezirke und beantragt, es sei die angesuchte Bewilligung zu ertheilen, von der Realität Grundb.-Einl.-Z. 3905 des II. Bezirkes, Cat.-Parc. 1315/9 an der Kronprinz Rudolfstraße (Prater-Gürtelstraße), den Theil r s t a r (roth) im Ausmaße von 128·54 m² abzutrennen und zur Realität Einl.-Z. 3904 des II. Bezirkes zuzuschreiben gegen dem, dass die auf der Realität Einl.-Z. 3905 zu Gunsten des Hofärars haftenden Reallasten auch bezüglich des Trennstückes aufrecht erhalten werden. (Angenommen.)

(822.) **St.-R. Dr. Klotzberg** referiert über das Ansuchen des Dr. Jakob Kanitz, städtischen Arztes im XVI. Bezirke, um Anweisung der ersten Quinquennalzulage und beantragt, dem Genannten die erste Quinquennalzulage von 100 fl. vom 30. October 1894 ab zu bewilligen. (Angenommen.)

(546.) **Derselbe** referiert über Bürgerrechtsgesuche aus dem XVII. Bezirke, und beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Laube Franz, Tischlermeister;
Bayer Alois, Cafetier;
Groß Johann, Leinenwarenhändler, und
Zima Daniel, Schuhmachermeister. (Angenommen.)

(636.) **Derselbe** referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem IX. Bezirke und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Sestak Josef, Fleischselchergehilfe;
Wisgott Franz, Taglöhner;
Stamprech Matthias, Portier;
Tausch Antonie, geb. Hulka, Hausbesorgerin;
Rebene Franz, Hausbesorger;
Bondy Eduard, Handelsgesellschafter;
Bondraček Wenzel, Stallübergeher;
Schweigl Karl, Commis;
Jaroschik Wenzel, Kutscher;
Lorbek Marie, geb. Maier, Selchwaren-Verschleißerin;
Kyziwat Karl, k. k. Universitätsdiener;
Scholz Josef, Gemischtwaren-Verschleißer;
Grandhofer Elisabeth, Haushälterin, und
Kromp Adolf, Dr., Hof- und Gerichtsadvocat.
(Angenommen.)

(927.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über die Entscheidung des Landesschulrathes vom 12. Jänner 1895, Z. 12416, betreffend die Zuerkennung einer Remuneration an den aushilfsweise in Verwendung gestandenen Lehrer der französischen Sprache Adolf Kretschmer während der Ferialmonate 1893/94 und beantragt die Ergreifung des Recurses gegen diese Entscheidung. (Angenommen.)

(532.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über das Ansuchen des Johann Gasser, k. und k. Hof-Waffenfabrikanten, um Überlassung eines Platzes am Ottakringer Friedhofe zur Errichtung eines Mausoleums und beantragt, dem Genannten das Benützungsrecht an dem im Plane bezeichneten Platze im Ausmaße von rund 40 m² für die Dauer des Bestandes des Friedhofes zur Errichtung eines Mausoleums um den Betrag von 2400 fl. und Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen, wofür derselbe eine entsprechende Caution zu leisten hätte, zu überlassen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt 3000 fl.

St.-R. Dr. Klotzberg beantragt, der Magistrat werde neuerdings aufgefordert, das Referat wegen einheitlicher Gebürenbestimmung rücksichtlich sämmtlicher Friedhöfe möglichst bald zu erstatten.

Es wird der Referenten-Antrag mit der vom St.-R. Dr. Lueger beantragten Abänderung, sowie der Antrag Dr. Klotzberg angenommen.

(819.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über die Zuerkennung der Concretalpension für die minderjährigen Volksschullehrers-Waisen Katharina und Marie Imhof anlässlich des am 15. November 1894 erfolgten Ablebens ihrer Mutter, der Lehrerswitwe Katharina Imhof, und beantragt, es sei der Genannten die normalmäßige Concretalpension im Betrage von 216 fl. 66 kr. jährlich bis zur Vollendung des 20. Lebensjahres oder bis zu dem Tage einer etwa früher erlangten Versorgung aus der Wiener Lehrerpensionscassa gegen seinerzeitige entsprechende Abrechnung mit der n.-ö. Landes-Lehrerpensionscassa zuzuerkennen und zu Handen des Vormundes der Bezugsberechtigten, Dr. E. Klotzberg, vom 1. November 1894 angefangen, nach Einstellung der Witwenpension der verstorbenen Katharina Imhof und der bisher bezogenen Erziehungsbeiträge für die Waisen mit Ende November 1894 flüssig zu machen. (Angenommen.)

(Für die Dauer des vorstehenden Referates hatte sich St.-R. Dr. Klotzberg aus dem Sitzungssaale entfernt.)

(300.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Leopoldine Adam, Turnsaal-Aufseherswitwe, um Fortbezug und Erhöhung der Gnadengabe und beantragt die Weiterbelassung der zugestandenen Gnadengabe auf drei Jahre, eventuell bis zu einer früher eintretenden anderweitigen Versorgung vom 8. März 1895 angefangen; das Ansuchen um Erhöhung der Gnadengabe sei abzulehnen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(256.) **Derselbe** referiert über den Ankauf des Hauses Nr. 119 Lerchenfelderstraße im VII. Bezirke behufs Schaffung eines Zuganges zu dem auf der Realität Nr. 104 Kaiserstraße befindlichen Kinderspielplatze und beantragt:

1. Der Ankauf des in die Verlassenschaft nach Johanna Probst gehörigen Hauses Nr. 119 Lerchenfelderstraße Einl.-Z. 655, VII. Bezirk, um den Preis von 18.500 fl. zum Zwecke der Schaffung eines zweiten Zuganges zu dem auf der Realität Nr. 104 Kaiserstraße befindlichen Kinderspielplatze sei vorbehaltlich der Genehmigung der Abhandlungsbehörde zu genehmigen.

Die Vertragskosten und Übertragungsgebüren trägt die Gemeinde.

2. Der oberwähnte Zugang ist bereits im Frühjahre laufenden Jahres zu eröffnen und sind zu diesem Behufe die etwa erforderlichen Herstellungen rechtzeitig zu veranlassen.

3. Das Stadtbauamt ist zu beauftragen, entsprechende Vorschläge bezüglich der künftigen Verwertung der durch Demolierung des erwähnten Hauses gewonnenen Bauarea unter Berücksichtigung des Bestandes dieses Zuganges zu erstatten.

(Angenommen; Punkt 1 an den Gemeinderath.)

(689.) **Derselbe** referiert über die Verleihung einer communalen Auszeichnung an den Metallwaren-Fabrikanten A. M. Beschorner und beantragt, dem Genannten die große goldene Salvator-Medaille zu verleihen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(615.) **Derselbe** referiert über Bürgerrechtsgesuche aus dem VII. Bezirke und beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Absenger Alois, Blechrohr-Erzeuger, und

Dietl Franz, Gemischtwaren-Verschleißer. (Angenommen.)

(1034.) **St.-R. Müller** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 31. Jänner 1895, Z. 10614, betreffend die politische Begehung bezüglich des Projectes der Generaldirection der österreichischen Staatsbahnen für die Verlängerung des am Westbahnhofe bestehenden Geleises Nr. 14 gegen den Neubaugürtel behufs Zufuhr von Materialien zum Stadtbahnbau und beantragt, der projectierten Geleiseanlage unter folgenden Bedingungen zuzustimmen:

1. dass unmittelbar vor und während der Ankunft von Personenzügen auf der Westbahn und während des Abganges des Publicums vom Bahnhofe ein Verkehr auf dem Geleise längs des Bahnhof-Hauptgebäudes nicht stattfinde;

2. dass die Aufstellung von Materialzügen auf dem Geleise in der Ausdehnung vom Betriebs-Administrationsgebäude an längs der Personenankunftshalle während der ganzen Tageszeit und während der im Punkte 1 angeführten Zeiträume auch zur Nachtzeit unterbleibt;

3. dass während des Betriebes der Geleiseanlage die Zugänge von der Felberstraße zum Bahnhofterritorium abgesperrt gehalten werden.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, die Tageszeit mit dem Zeitraume von 3 Uhr morgens bis 11 Uhr nachts zu fixieren.

Referent accommodiert sich.

Modificierter Referenten-Antrag angenommen.

(796.) **Derselbe** referiert über die Sicherstellung der Lieferung der Röhren Serie VI zur Herstellung des Rohrnetzes für die Wasserversorgung der Bezirke XI bis XIX und beantragt, die Anschaffung der im vorgelegten Kostenanschlage verzeichneten Röhren mit dem Gesammterfordernisse von 600.000 Kronen, welche in der Rubrik XXVI 6 c zu verrechnen sind und in dem 35-Millionen-Kronen-Anlehen ihre Deckung finden, im Offertverhandlungswege zu bewilligen.

(Angenommen.)

(743 und 816.) **Derselbe** referiert über die Gesuche der Helene Mlocka v. Myslowska um Consens zu Adaptierungen in ihrem Hause XVII. Bezirk, Dornbach, Promenadegasse 67, und zur Herstellung eines Zubaues an der Gassenseite des Vorgartens dieses Hauses und beantragt rücksichtlich der Adaptierungen die Bestätigung des Bauconsenses, rücksichtlich des Zubaues dagegen die Gesuchsabweisung. (Angenommen.)

(736.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Karl Marksteiner um Schadloshaltung für den vom Hause Or.-Nr. 90 Gentzgasse in Währing, XVIII. Bezirk, abzutretenden Grund im Ausmaße von 122·31 m² und beantragt, die Entschädigung mit 10 fl. per Quadratmeter, sonach im ganzen mit 1223 fl. 10 kr. zu bestimmen.

(Angenommen.)

(737.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef und der Marie Köhl um Schadloshaltung für den vom Hause Or.-Nr. 29 Gentzgasse in Währing, XVIII. Bezirk, abzutretenden Grund im Ausmaße von 76·55 m² und beantragt, die Entschädigung mit 17 fl. per Quadratmeter, sonach im ganzen mit 1301 fl. 35 kr. zu bestimmen.

(Angenommen.)

(162.) **Derselbe** referiert über die Zuschrift der Commission für Verkehrsanlagen vom 29. December 1894, Z. 487, betreffend die Genehmigung des Voranschlages pro 1895 für den Bau, resp für die Erhaltung und den Betrieb der Haupt-Sammelcanäle, sowie für die Wienfluss-Regulierung und beantragt in Abänderung des Stadtraths-Beschlusses vom 17. v. M. die bloße Kenntnisnahme.

(Angenommen.)

(575.) **Derselbe** referiert über die Zuschrift der Commission für Verkehrsanlagen in Wien vom 3. December 1894, Z. 471, betreffend die Genehmigung des Projectes für den rechtsseitigen Haupt-Sammelcanal längs des Donaucanales und beantragt, die citierte Zuschrift mit dem Beifügen zur Kenntnis zu nehmen, dass die im Punkte C dieser Zuschrift angeführten Grundeinlösungs-Verhandlungen im Sinne des Beschlusses der Commission für Verkehrsanlagen von der Gemeinde Wien im Vollmachtsnamen der genannten Commission geführt werden und dass die Auftheilung der Kosten für die Einlösung des Wasserzollamtsgebäudes seinerzeit den Gegenstand einer besonderen Verhandlung mit dieser Commission zu bilden haben wird. (Angenommen.)

(815.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Eduard Haberl noe. des Deutschen Ritterordens um Consens zur Errichtung eines Gärtnerhauses auf dem von letzterem gepachteten Grunde Cat.-Parc. 176 b und 177 a, Einl.-Z. 207 in Hütteldorf, Bahngasse, und beantragt die Bestätigung des Bauconsenses unter der Bedingung, dass vom Grundeigenthümer, der Deutschen Ritterordens-Landes-Commende in Wien und Wiener-Neustadt, ein grundbücherlich einzuverleibender Revers ausgestellt werde des Inhaltes, dass dasselbe jederzeit über jeweiliges Verlangen der Gemeinde Wien das provisorische Object wieder entferne. (Angenommen.)

(400.) **Derselbe** referiert über die Vorstellung des Julius Pastrée puncto Parcellierung der Realitäten Einl.-Z. 1367 und 1384 im XI. Bezirke, Simmering, und beantragt, dem Gesuchsteller zu eröffnen, dass die Gemeinde Wien, falls Gesuchsteller nicht bereit ist, die im Parcellierungsconsense vom 15. August 1894, Z. 162218 (Stadtraths-Beschluss vom 3. August 1894, Z. 6328), gestellte Bedingung: „Der über die halbe Straßenbreite (der Straße III, IV) entfallende Grund ist in eine eigene Grundbuchseinlage mit der Bezeichnung „Straßengrund" in das Eigenthum der Gemeinde Wien zu übertragen", durchzuführen, von der Bedingung, den über die halbe Straßenbreite entfallenden Grund an die Gemeinde Wien abzutreten,

überhaupt absieht, dieser Grund vielmehr erst dann abzutreten sein wird, wenn die angrenzenden Gey'schen Gründe parcelliert werden.

Es ist sohin dieser Grund mit der Bezeichnung „künftiger Straßengrund" in eine Grundbuchseinlage zu legen, das Eigenthum des Parcellierungswerbers auf demselben auszuzeichnen und mit dem Bauverbote zu belegen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, dass die in Rede stehende zweite Straßenhälfte sofort auch in das Eigenthum der Gemeinde mit der Widmung als Straßengrund grundbücherlich übertragen werde, jedoch mit dem Bemerken, dass die Gemeinde die Verpflichtungen des Julius Pastrée gegenüber den Geschwistern Gey wegen Abtretung des mehrgedachten Grundes übernimmt.

Antrag Dr. Lueger abgelehnt.

Referenten-Antrag angenommen.

(613.) **St.-R. Kreindl** referiert über die Demolierung des ehemaligen Gemeindehauses in Grinzing und beantragt:

1. Die Zuweisung der Naturalwohnung an Franz Kretschmayer ist vom Magistrate gegen Anweisung des Quartiergeldes in der Weise zu widerrufen, dass die Wohnung längstens am 14. Mai 1895 vollständig geräumt wird.

2. Ein gleicher Widerruf mit dem gleichen Räumungstermine ist an die Feuerwehr Grinzing zu erlassen.

3. Der Mietpartei Theresia Saxlehner ist vierzehntägig, und zwar Ende April 1895, zu kündigen. (Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **7. Februar 1895** (nachmittags).

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, v. Götz, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Dr. Klotzberg, Kreindl, Dr. Lederer, Dr. Lueger, Matthies, Mayer, Müller, Dr. Nechansky, v. Neumann, Schlechter, Schneiderhan, Stiaßny, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Bürgermeister Dr. Grübl.

Krank: St.-R. Rückauf.

Beurlaubt: St.-R. Vaugoin.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Weiser.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung.

(643.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über das Ansuchen der Internationalen Elektricitäts-Gesellschaft um Genehmigung des Preistarifes für Hausanschlüsse pro 1895 und beantragt, den bezüglichen Magistratsbericht zur Kenntnis zu nehmen. (Zur Kenntnis.)

(55.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Allgemeinen österreichischen Elektricitäts-Gesellschaft um Gestattung der Kabellegung im I., II. und III. Bezirke und beantragt, die Bewilligung hiezu unter den im Magistrats-Antrage enthaltenen Bedingungen zu ertheilen. (Angenommen.)

(691.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Allgemeinen österreichischen Elektricitäts-Gesellschaft um Gestattung der Kabellegung im IV. Bezirke, Favoritenstraße, und zwar von der Gusshausstraße bis zur Taubstummengasse, und beantragt, die Bewilligung hiezu unter den im Magistrats-Antrage enthaltenen Bedingungen zu ertheilen.

St.-R. Mayer beantragt als Bedingung beizufügen, es solle die Kabellegung noch vor der Pflasterung der Straße erfolgen.

Referenten-Antrag mit Zusatz Mayer angenommen.

(521.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Wiener Baugesellschaft um grundbücherliche Löschung bezüglich der Einl.-Z. 1486 bis 1491 im IX. Bezirke, Schwarzspanierstraße, und beantragt, dieses Ansuchen hinsichtlich der Realitäten E.-Z. 1486 bis 1490 zu bewilligen, bezüglich der Realität Einl.-Z. 1491 jedoch abzulehnen. (Angenommen.)

(614.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Paula Lang um grundbücherliche Löschung bezüglich der Einl.-Z. 888 im VIII. Bezirke und beantragt, die Ausfertigung der angesuchten Löschungserklärung auf Kosten der Partei zu bewilligen. (Angenommen.)

(644.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef Sucharipa durch Dr. Hermann Wolf um grundbücherliche Löschung bezüglich der Einl.-Z. 1152 und 1403 im IX. Bezirke und beantragt die Ausstellung der vom Magistrate formulierten Löschungserklärung auf Kosten der Partei. (Angenommen.)

(788.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef Spilka durch Dr. Emil Gutmann um grundbücherliche Löschung bezüglich der Einl.-Z. 754, V. Bezirk, und beantragt:

Der Stadtrath wolle

1. die Ausfertigung der Löschungserklärung bezüglich der auf der Baustelle 1, Einl.-Z. 754, V. Bezirk, auf Grund der Erklärung vom 29. Juli 1878 und des Magistrats-Decretes vom 21. December 1888, Z. 346698, zu Gunsten der Gemeinde Wien einverleibten Reallasten zur unentgeltlichen Straßengrundabtretung und Niveauherstellung, sowie zur kosten- und lastenfreien Übergabe des abzuschreibenden Straßengrundes in den physischen Besitz der Gemeinde Wien und zur Herstellung des richtigen Niveaus für Josef Spilka gegen Einhebung der Stempel- und Legalisireungsgebüren;
2. die Ausstellung der gleichen Löschungserklärung bezüglich der Baustellen 2 bis 11, Einl.-Z. 1844 bis 1853, und Nr. 16 bis 18 Einl.-Z. 1858 bis 1860 ebenda über seinerzeitiges Ansuchen der Eigenthümer und gegen Einhebung der auflaufenden Stempel- und Legalisierungsgebüren —

bewilligen. (Angenommen.)

(542.) **Derselbe** referiert über die Grundtransaction mit den Eheleuten Thomas und Francisca Goldstein bezüglich der Einl.-Z. 33 im XII. Bezirke, Unter-Meidling, Tivoli-(Johannes-)gasse 13, und beantragt die Überlassung der im vorgelegten Plane in der roth lasierten Figur abcda dargestellten und innerhalb der Baulinie gelegenen Grundfläche per 53·03 m² der Straßenparcelle 338/1 in Unter-Meidling behufs Arrondierung des Hauses Consc.-Nr. und Einl.-Z. 33 Grundbuch Unter-Meidling an die Ehegatten Thomas und Francisca Goldstein gegen dem als Baugrund überlassen, dass dieselben die im obigen Plane gelb lasierte Grundfläche des vorgenannten Hauses per 323·12 m² an die Gemeinde Wien als Straßengrund in der Pohl-(Radetzky-)gasse abtreten und dass von keinem Theile eine Aufzahlung (Schadloshaltung) geleistet werde; dass ferner die Kosten des Vertrages und der grundbücherlichen Durchführung von der Gemeinde Wien bestritten werden und dass endlich

jeder Contrahent die Übertragungsgebür von der von ihm erworbenen Grundfläche trägt. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(854.) **Bürgermeister Dr. Grübl** referiert über den Erlass des Ministeriums des Innern, womit dem Recurse der Gemeinde Wien gegen den Statthalterei-Erlass, betreffend die Abänderung des § 9 der Marktordnung für den täglichen Fleischmarkt in der Großmarkthalle, keine Folge gegeben wurde, und beantragt, von einer Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof Umgang zu nehmen.

(Angenommen.)

(255.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über das Ansuchen des k. k. Notars Dr. Meister noe. Leopold und Josefa Färber um grundbücherliche Löschung bezüglich der auf Einl.-Z. 23 in Liesing eingetragenen Servituten und beantragt, die Ausstellung der vom Magistrate vorgelegten Löschungserklärung gegen Einhebung der entfallenden Stempelgebüren zu bewilligen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, diese Bewilligung nur unter der Voraussetzung zu ertheilen, dass die bisher auf der Einl.-Z. 23 eingetragenen Lasten auf der Einl.-Z. 639 Grundbuch Liesing primo loco einverleibt werden.

Referenten-Antrag mit Zusatz Dr. Lueger angenommen.

(235.) **Derselbe** referiert über die Anschaffung von 100 Stück Kübeln für die Unrathsverschiffung im Donaucanale und beantragt:

1. Es wären 100 Stück neue Kübel für die Unrathsabfuhr anzuschaffen mit dem Kostenbetrage von . . . . . 3250 fl.

2. Die erforderlichen

a) Tischlerarbeiten im Betrage von . . . . . 1200 fl.

b) Schlosserarbeiten im Betrage von . . . . . 1800 fl.

wären im Wege einer öffentlichen Offertverhandlung im Sinne des Magistrats-Antrages sicherzustellen. (Angenommen.)

(610.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Vereines der Lehrerinnen und Erzieherinnen um Verlängerung des Bestandverhältnisses bezüglich der Localitäten im alten Rathhause und beantragt, diese Localitäten dem ansuchenden Vereine vom 1. Mai 1895 ab auf unbestimmte Zeit um den bisherigen Jahresbestandzins von 3000 fl. sammt Nebengebüren und unter den Bedingungen des derzeitigen Bestandvertrages weiter zu vermieten.

Referenten-Antrag mit der vom Vorsitzenden angeregten Abänderung genehmigt, dass die Weitervermietung in der ortsüblichen Weise gegen halbjährige Kündigung bewilligt wird.

(830.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Vereines der Lehrerinnen und Erzieherinnen in Österreich um Überlassung des Turnsaales I., Johannesgasse 4, und beantragt die Bewilligung.

(Angenommen.)

(870.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Eduard v. Trexler, Officials, um Remunerierung für die Besorgung der Schreibgeschäfte beim Armeninstitute XI. Bezirk vom 1. Jänner 1892 bis 19. September 1894 und beantragt, demselben aus diesem Anlasse eine Remuneration von 200 fl. zu bewilligen.

(Angenommen.)

(663.) **Derselbe** referiert über den Recurs des Michael Marktrenker gegen die Abweisung seines Ansuchens um Benützung seiner Wohnung in dem Hause V., Johannagasse 26, zu religiösen Übungen seitens mehrerer Personen und beantragt, dem Recurse keine Folge zu geben.

St.-R. Dr. Klotzberg beantragt, dem Recurse Folge zu geben.

Antrag Dr. Klotzberg angenommen.

(600.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Jaroslav R. v. Widmann um Abschreibung eines Schulgeldbetrages per 25 fl. nach dem gewesenen Schüler der jetzigen Staats-Realschule im IV. Bezirke Jaroslav Skalitzky und beantragt die Abschreibung dieses Betrages aus dem Titel der Uneinbringlichkeit.

(Angenommen.)

(607.) **St.-R. Stiaßny** referiert über die Baulinienbestimmung für die Schlachthausgasse im III. Bezirke und beantragt: Es werde die Baulinie für die Schlachthausgasse im III. Bezirke nach den Linien A B C D einerseits und E F andererseits mit einer Straßenbreite von 18·96 m bestimmt.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(790.) **Derselbe** referiert über die Baulinienbestimmung für Nr. 21 Erdbergstraße im III. Bezirke und beantragt: Es werde die ad M.-Z. 155601 ex 1874 bereits genehmigte Baulinie für die verlängerte Kübeckgasse beibehalten.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(747.) **Derselbe** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 11. Jänner 1895, Z. 104009, puncto Consens zum Bau und zum Betriebe einer Brotbäckereianlage im Gefangenhause des Landesgerichtes und beantragt die Kenntnisnahme. (Zur Kenntnis.)

(154.) **Derselbe** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 21. December 1894, Z. 101203, betreffend das Project des k. u. k. Obersthofmeisteramtes für den Bau eines Fouragedepots im Prater, Parcelle 1849, und beantragt die Kenntnisnahme.

(Zur Kenntnis.)

(9537 ex 1894.) **Derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Jedlička wegen Umwandlung des Reservoirs der Ferdinands-Wasserleitung in Währing in eine Gartenanlage und beantragt, den Magistratsbericht, wonach bezüglich der Verwendung dieses betreffenden Platzes vorläufig keine Verfügung zu treffen wäre, zur Kenntnis zu nehmen.

St.-R. Dr. Lederer beantragt, den Magistrat weiters zu beauftragen, wegen Umwandlung des Platzes in eine Gartenanlage unter Aufrechthaltung des dort bestehenden Hügels und Thurmes Vorschläge zu erstatten.

Referenten-Antrag sowie Antrag Dr. Lederer, letzterer bei getrennter Abstimmung, angenommen.

(9533 ex 1894.) **Derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Maresch wegen Herstellung eines Gehweges längs der Realität Nr. 3 und 5 Ottakring, Degengasse, und beantragt, von dieser Anregung angesichts der bevorstehenden Verbauung dieser Realität abzusehen. (Angenommen.)

(540.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Brüder Steininger um Ertheilung der Baubewilligung für VI., Mollardgasse 65, und beantragt, den Magistrats-Antrag auf Ertheilung der Baubewilligung gegen Ausstellung eines intabulationsfähigen Demolierungsreverses zu bestätigen. (Angenommen.)

(734.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der k. u. k. Geniedirection, bei Neubauten an Stelle der Häuser Nr. 2, 4, 6, 8, 10, 12, 14, 16 van Swietengasse, IX. Bezirk, mit Rücksicht auf das Garnisonsspital Nr. 1 nur den Bau von zweistöckigen Häusern zu gestatten, und beantragt die Abweisung.

Der Magistrat werde aufgefordert, über die Baulinien in der van Swietengasse eine neue Vorlage zu erstatten.

Es wird nachstehender Beschluss gefasst:

Der Stadtrath ist auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen nicht in der Lage, dem Ansuchen zu entsprechen.

Ferner wird der Magistrat angewiesen, bezüglich der Baulinie auf der rechten Seite der van Swietengasse (mit den geraden Nummern)

neue Vorschläge unter Zugrundelegung einer größeren Straßenbreite und mit Bedachtnahme auf die bestehende Baulinie des Josefinums zu erstatten und bis zur diesbezüglichen Entscheidung durch den Gemeinderath über ein etwa gestelltes Ansuchen eine Baulinie nicht hinauszugeben.

(260.) **St.-R. Wurm** referiert über die Baulinienbestimmung für den zum Bau eines Garnisonsspitales bestimmten Theil des „Gatterholz" im XII. Bezirke und stellt folgende Anträge:

A. Baulinien:

1. Die bereits bestimmten Baulinien:

a) der Hohenberg- (früher Gloriette-) Straße mit 22·76 m Breite und beiderseits 7·585 m breiten Vorgärten;

b) der nördlich derselben einmündenden Straßenzüge und des freien Platzes zwischen der Miller- (jetzt Aichholz-) Gasse, der Ferdinands- (jetzt Rothe Mühl-) Gasse und Kletzinskygasse;

c) der in der Trace der 33" und 20" Hochquellenleitung führenden Straße wären beizubehalten, beziehungsweise die Baulinien dieser letzteren in der mit 18·96 m bestimmten Strecke nach B' B einerseits und E F andererseits geradlinig zu verlängern und von F nach F' längs des Südbahngrundes Cat.-Parc. 174 mit 23 m Breite parallel zur gegenüberliegenden Baulinie, dann O P und P N als künftige Straßenbegrenzungslinie neu zu bestimmen, ferner zwischen der verlängerten Ruckergasse und der Laxenburger Allee beiderseits eine im Minimum 7·585 m breite Vorgartenherstellung festzusetzen.

2. Als neue Baulinien wären für die Spitalbaugruppe (und Umgebung) weiters zu bestimmen:

a) an der östlichen Seite: die Verlängerung der Ruckergasse nach A B mit im Minimum 7·585 m breiten Vorgarten; parallel zu A B die Linie M O und die 5 m breiten Abkappungen M' M und O' O;

b) an der westlichen Seite: eine auf die Verlängerung der Schwenkgasse zu alliquierende Straße nach den Linien C' D und G' H mit 6 m langen Eckabkappungen bei C' und D und einer Straßenbreite von 15 m und im Minimum 4 m breiten Vorgärten;

c) die Durchführung der Schwenkgasse über die Baugruppen XIX, XXIV und XXX bis zur Hohenbergstraße (Gloriettegasse) in gerader Linie mit 15 m Breite nach a b einerseits und c d, e f, g h andererseits.

3. Die bereits bestimmten Straßenzüge im Gemeindegebiete von Hetzendorf mit α und β, γ und δ bezeichnet, wären aufzulassen und wäre deren Neufixierung dem General-Regulierungsplane vorbehalten.

B. Niveaux:

4. In der Hohenberg-(Gloriette-)straße die Beibehaltung der bereits bestimmten Niveaux an der Kreuzung der Erl-, Rucker- und Aichholz-(früher Miller-)gasse nach den rothen Coten und die Abänderung, beziehungsweise Neubestimmung nach den blauen Coten.

5. In den nördlich anschließenden Straßen zwischen der Hohenberg-(Gloriette-)straße und Ratschky-(Laudon-)gasse einerseits, dann der Aichholz-(Miller-)gasse bis Schwenkgasse andererseits nach den blau eingeschriebenen Coten.

6. In der Straße längs der Wasserleitungstrace im Anschlusse an die Wilhelmsstraße und Laxenburger Allee nach den eingezeichneten Coten.

C. Verbauungsart:

7. Die westlich der Schwenkgasse, sowie die östlich der Spitalbaugruppe gelegenen Gebietstheile werden zur Verbauung nach § 82 und 83 der Wiener Bauordnung bestimmt. Für die Spitalbaugruppe hat der principielle Stadtraths-Beschluss vom 13. October 1894, Z. 7226, zu gelten, wonach die Verbauung im Pavillonsysteme innerhalb einer Gartenanlage zu erfolgen und die Vorgartenbreite als Minimum zu gelten hat, wofür jede Verbauung ausgeschlossen ist.

Als straßenseitiger Abschluss wäre ein Gitter zu bedingen, bei welchem die Sockelhöhe 1 m im Maximum zu betragen hat.

Bei den an der Abdachung nördlich der Gloriette-(jetzt Hohenberg-)straße liegenden Baugruppen wäre für jene zwischen der Meidlingerstraße und Schwenkstraße die Verbauung nach § 42 exclusive Absatz 1 bis 7 der Wiener Bauordnung jedoch unter Einhaltung der bereits bestimmten Vorgartenanlage in obiger Straße (Hohenbergstraße) zu bestimmen.

D. Parcellierung.

8. Vor Verbauung der Spitalbaugruppe wäre die Parcellierung der betreffenden Realitäten durchzuführen, wobei die hievon entfallenden Straßen und Platzgründe im Sinne der Bauordnung und im richtigen Niveau an die Gemeinde abzutreten sind, insbesondere die Eröffnung der in der Richtung der Wilhelmstraße zur Spitalbaugruppe führenden Straße mindestens in der halben Breite zu erfolgen hat.

9. Die Genehmigung der in der Eingabe der Allgemeinen österr. Baugesellschaft verlangten bücherlichen Zusammenlegung der westlich der verlängerten Schwenkgasse gelegenen der Allgemeinen österr. Baugesellschaft gehörigen Baugründe der Gruppen XIX, XXIV und XXX sowie der Cat.-Parc. 120/12 und der Theile von Cat.-Parc. 121/12 und 123/2 „reservierte Straßengründe" unter Löschung der letzteren Bezeichnung, ferner des rückzustellenden Straßengrundtheiles der Cat.-Parc. 120/1 per circa 865 m² unter Ausscheidung aus dem Verzeichnisse für das öffentliche Gut in eine eigene Grundbuchseinlage mit Auszeichnung des in der Eingabe diesfalls gemachten Zugeständnisses wegen der seinerzeitigen Straßendurchführungen gegen dem, dass

10. die von Cat.-Parc. 118/4 und Cat.-Parc. 41/1 und 2, Einl.-Z. 38 Unter-Meidling zur theilweisen Verbreiterung der Tivoli- (früher Johannes-)gasse entfallenden, gelblasierten Grundtheile per circa 930 m² sofort als Straßengrund kosten- und lastenfrei abgeschrieben und im richtigen Niveau an die Gemeinde übergeben, und

11. bei Umparcellierung der restlichen Baugrundtheile dieser drei Baugruppen auch die nach der Parcellierung des Jahres 1876 entfallenden, noch nicht abgeschriebenen reservierten Straßengrundtheile der Einl.-Z. 961 Unter-Meidling sofort in das Verzeichnis für das öffentliche Gut übertragen und unentgeltlich und im richtigen Niveau an die Gemeinde Wien übergeben werde.

St.-R. Mayer beantragt die Freilassung des Platzes c.

Die St.-R. Mayer und Müller beantragen, die Sockelhöhe des im Punkte 7 beantragten Gitters mit 1 m im Maximum zu bestimmen.

St.-R. Dr. Hackenberg beantragt, die Breite der Vorgärten in den von der Laxenburgerallee bis zur Wilhelmshöhe befindlichen Straßenzügen soll so wie die der Hochbergstraße 7·585 m betragen.

St.-R. Müller beantragt, das Bauamt hat über die Niveaubestimmung in der Gloriettegasse mit Rücksicht auf die daselbst auslaufenden Straßen eine neue Vorlage unter Berücksichtigung eines gleichen Gefälles zwischen der Erlgasse und der Maria Theresienbrücke

sowie mit Berücksichtigung einer geringeren Abgrabung daselbst zu erstatten.

Antrag Mayer angenommen.

Antrag Mayer-Müller angenommen.

Antrag Dr. Hackenberg angenommen.

Antrag Müller angenommen.

Im übrigen werden die Referenten-Anträge genehmigt; Punkte 1 bis 7 an den Gemeinderath.

(Schluss der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

Commission für Verkehrsanlagen.

16. Februar 1895.

Die Anzahl der bei der Ausführung der Wiener Verkehrsanlagen verwendeten Arbeiter hat in der abgelaufenen Woche 937 betragen; hievon waren 445 beim Bau des Schleusencanales nächst Nussdorf, 424 an der Gürtel-, Vororte- und Wienthallinie der Nordbahn, 68 am Sammelcanale rechts des Wienflusses beschäftigt; außerdem standen in Verwendung beim Schleusencanalbau 2 Dampfmaschinen und 1 Fuhrwerk, bei den Bahnbauten 1 Dampfmaschine und 38 Fuhrwerke, beim Canalbau 5 Fuhrwerke.

* * *

Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Währing.

Jänner 1895.

Einlagen . . . . . 392.262 fl. 61 kr. von 2805 Parteien
Rückgezahlt . . . . . 315.967 „ 91 „ an 1470 „

Das Gesammt-Interessenten-Guthaben beträgt mit 31. Jänner 1895 . . . . . 6,490.163 fl. 73 kr.

Schul-Angelegenheiten.

Bezirksschulrath der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

(Sitzung vom 6. Februar 1895.)

Der Bezirksschulrath spricht sich dafür aus, dass an den Mädchen-Bürgerschulen IX. Bezirk, Währingerstraße 43, XIII. Bezirk, Penzing, Diesterweggasse 10, und XV. Bezirk, Friedrichsplatz 2, und an der allgemeinen Volks- und Bürgerschule für Mädchen II. Bezirk, Kleine Sperlgasse 2, eine Directorstelle und an der allgemeinen Volksschule für Mädchen XVI. Bezirk, Neumayergasse 33, eine Oberlehrerinstelle zur Ausschreibung zu kommen habe. Ferner wird beschlossen, bei Feststellung der Confession des künftigen Directors der allgemeinen Volks- und Bürgerschule für Mädchen II. Bezirk, Kleine Sperlgasse 2, nur die Zahl der die Bürgerschule besuchenden Kinder in Betracht zu ziehen.

Der Magistrat wird in Willfahrung des von einem Oberlehrer gestellten Begehrens ersucht, demselben eine ihm aus seiner einstigen Diensteszustellung in Fünfhaus gebürende Gehaltsnachzahlung auf Rechnung des bestandenen Bezirksschulfondes Sechshaus flüssig zu machen.

Der Bezirksschulrath lehnt die Reservierung von Parcellen des ehemaligen Lerchenfelder Friedhofes zu Schulbauzwecken wegen constatierter Nichteignung ab.

Ferner werden mehrere Auszeichnungs- und eine Disciplinar-Angelegenheit erledigt.

Approvisionierung.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 10. bis 16. Februar 1895.

1. Fleischsendungen:

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . . 300.277 kg (Davon aus Niederösterreich — 180.773; aus Ober-Österreich — 856; aus Steiermark — —; aus Tirol — —; aus Mähren — 7.479; aus Galizien — 90.984; aus Ungarn — 14.798; aus der Bukowina — 1987; aus Krain — —; aus Croatien 30; aus Böhmen — 3.370 kg)

Kalbfleisch . . . 25.921 „ (Davon aus Nieder-Österreich — 843; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — 75; aus Galizien — 24.990; aus Ungarn — 13; aus der Bukowina — — kg)

Schaffleisch . . . 1.273 „ (Davon aus Nieder-Österreich — 57; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — —; aus Galizien — 942; aus Ungarn — 76; aus Croatien — —; aus der Bukowina — 198 kg)

Schweinfleisch . . 73.306 „ (Davon aus Nieder-Österreich — 31.572; aus Ober-Österreich — 51; aus Böhmen — —; aus Steiermark — —; aus Mähren — 1.277; aus Galizien — 30.745; aus Ungarn — 9.661; aus Croatien — —; aus der Bukowina — — kg)

Kälber . . . . 2.081 Stück (Davon aus Nieder-Österreich — 74; aus Ober-Österreich — 1; aus Salzburg — —; aus Mähren 43; aus Galizien — 1.885; aus Ungarn — 60; aus der Bukowina — 9; aus Croatien — 9 St.)

Schafe . . . . 234 „ (Davon aus Nieder-Österreich — 234; aus Ober-Österreich — —; aus Kärnten — —; aus Mähren — —; aus Galizien — —; aus der Bukowina — ; aus Ungarn — —; aus Croatien — — St.)

Schweine . . . 1.053 „ (Davon aus Nieder-Österreich — 86; aus Mähren — 8; aus Galizien — 938; aus Böhmen — —; aus Ungarn — 21 St.)

Lämmer . . . . 164 „ (Davon aus Nieder-Österreich — 159; aus Mähren — 4; aus Galizien — 1; aus Ungarn — — St.)

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	Siedfleich	von	30	bis	74	kr.	per	Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„	48	„	1	fl.	„	„
„	Amerikanisches: vorderes		—		—	kr.	„	„
„	„ hinteres . . .		—	bis	—	„	„	„
Kalbfleisch		von	30	„	78	„	„	„
Schaffleisch		„	50	„	55	„	„	„
Schweinfleisch		„	46	„	68	„	„	„
Kälber		„	36	„	68	„	„	„
Schafe		„	40	„	48	„	„	„
Schweine		„	44	„	64	„	„	„
Lämmer		„	3½	„	6	fl.	per	Stück.

Die Zufuhr an Fleischwaren war bedeutend stärker als in der Vorwoche. Der Verkehr war am Beginn der Woche äußerst lebhaft, verflaute jedoch gegen Ende derselben.

Vorderes Rindfleisch gewann 4 kr. per Kilogramm, Kälber und Kalbfleisch verloren 6 kr., Schweine 4 kr. im Preise.

Die übrigen Artikel blieben fest.

* * *

Pferdemarkt vom 15. Februar 1895.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 292 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 90—350 fl. per Stück.
„ Schlachtpferde . . . . . 23— 80 „ „ „

Der Markt war flau.

* * *

Schlachtviehmarkt vom 18. Februar 1895.

1. Auftrieb.

Mastvieh 3267, Weidevieh —, Beinlvieh 830.
Summa . 4097.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere . . .	1554
Galizische „ . . .	778
Deutsche „ . . .	1700
Büffel „ . . .	65

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	3146
Stiere	402
Kühe	549

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht mit Percentabzug:

Ungar. Schlachtthiere	von 53	bis	65	fl.	Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Percentabzug (auf dem heutigen Markte 37 bis 45%), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung: a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung; b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt ꝛc.; c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt ꝛc., zugesteht.
(extrem	„ —	„	—	„)	
Galiz. Schlachtthiere	„ 53	„	63	„	
(extrem	„ —	„	64	„)	
Deutsche Schlachtthiere	„ 54	„	67	„	
(extrem	„ 67½	„	68½	„)	
Weidevieh	„ —	„	—	„	

b) Preis per 100 kg Lebendgewicht ohne Percentabzug:

Ochsen	von 23	bis	34½	fl.
Stiere	„ 26	„	38	„
Kühe	„ 25	„	31	„
Büffel	„ 21	„	28	„
Beinlvieh	„ 20	„	24	„
Weidevieh	„ —	„	—	„

c) Preis per Stück:

Beinlvieh . . . von 40 bis 82 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurden 10 Stück gehandelt.

Unverkauft blieben:

Ochsen	31 Stück
Beinlvieh	7 „

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden um 461 Stück Schlachtthiere mehr aufgetrieben. Bessere Qualitäten wurden zu unveränderten vorwöchentlichen Preisen gehandelt, während mindere Sorten bei schwachem Angebote Preissteigerungen von 1 bis 2 fl. per 100 kg erzielten.

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 16. Februar 1895.

a) Getreide.

Weizen	(Qualitätsgewicht per 1 hl 78—82 kg)	von	6	fl.	65	kr.	bis	7	fl.	35 kr.
Roggen	(„ „ „ 72—78 „)	„	5	„	50	„	„	5	„	95 „
Gerste		„	5	„	—	„	„	8	„	80 „
Mais		„	6	„	75	„	„	7	„	35 „
Hafer		„	6	„	10	„	„	6	„	95 „

b) Mahlproducte.

Grieß		von	12	fl.	—	kr.	bis	13	fl. — kr.
Weizenmehl	alte Type	„	5	„	—	„	„	13	„ — „
	neue „	„	5	„	50	„	„	12	„ 20 „
Roggenmehl		„	6	„	—	„	„	11	„ — „
Weizenkleie		„	3	„	90	„	„	4	„ 20 „
Roggenkleie		„	4	„	—	„	„	4	„ 25 „

Städtisches Lagerhaus.

Vom 7. bis 14. Februar 1895.

Waren eingelagert	12.991 Meter-Centner
„ ausgelagert	19.601 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 5432 Meter-Centner.

Lagerstand vom 14. Februar 1895: 336.849 Meter-Centner, und zwar.

66.318	Meter-Centner Weizen,	81.591	Meter-Centner	Roggen,
65.884	„ Gerste,	36.055	„	Hafer,
2.094	„ Mais,	29.862	„	Ölsaaten,
16.702	„ Mehl u. Kleie,	1.650	„	Wein,
2.890	„ Zucker,	—	Hektoliter à 100%	Spiritus.

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 3,084.080 fl. öst. Währ.

Militär-Angelegenheiten.

Hauptstellung der in Wien heimatsberechtigten Stellungspflichtigen im Jahre 1895.

Der Wiener Magistrat hat unterm 11. Februar 1895, M.-Z. 26401/XVI, nachstehendes kundgemacht:

Die Hauptstellung der in Wien heimatsberechtigten, in den Jahren 1874, 1873 und 1872 geborenen Stellungspflichtigen wird in der Zeit vom 1. März bis 30. April d. J. täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage und der drei letzten Tage der Charwoche, dann am 2., 3., 4., 6. und 7. Mai, von 9 Uhr vormittags an im III. Bezirke, Landstraße, Hauptstraße Nr. 97, stattfinden.

Die einheimischen Stellungspflichtigen, welchen bis längstens 28. Februar d. J. eine Stellungsvorladung nicht zugekommen sein sollte, haben sich wegen Empfangnahme derselben ungesäumt im Conscriptionsamte des Magistrates (I. Bezirk, Rathhausstraße Nr 12, zur ebenen Erde links) zu melden.

Die Stellungspflichtigen haben rechtzeitig und reinlich am Stellungsplatze zu erscheinen und, falls sie auf eine in den §§ 31 bis 34 des Wehrgesetzes bezeichnete Begünstigung in der Erfüllung der Dienstpflicht oder auf die Begünstigung des einjährigen Präsenzdienstes Anspruch erheben, die hiezu erforderlichen Nachweise rechtzeitig beizubringen. Stellungspflichtige, welche die Begünstigung nach den §§ 31 bis 34 des Wehrgesetzes anstreben und auch auf die Zuerkennung der Begünstigung des einjährigen Präsenzdienstes Anspruch haben, können im Falle einer etwaigen Abweisung des Ansuchens um eine der ersterwähnten Begünstigungen

die Begünstigung des einjährigen Präsenzdienstes bei der Hauptstellung geltend machen.

Die Vorführung der aus Familienrücksichten Reclamierten wird bei der Stellung in der Reihenfolge der Stellungsliste veranlasst; gleichzeitig wird auch die ärztliche Untersuchung der eventuell in Betracht kommenden männlichen Angehörigen vorgenommen und sodann über die Gesuche um Begünstigung in Erfüllung der Dienstpflicht entschieden werden.

Im Falle des Nichterscheinens solcher zu dem vorerwähnten Zwecke vorgeladenen Personen ist die Reclamation nach den Bestimmungen des § 57 des ersten Theiles der Wehrvorschriften abzuweisen, wenn nicht die Erwerbsunfähigkeit des Betreffenden seitens der Gemeindevorsteher als notorisch bestätigt wird.

Stellungspflichtige, welche ohne hinreichende Entschuldigung vor der Stellungscommission nicht rechtzeitig erscheinen, werden nach § 44 des Wehrgesetzes behandelt.

Insbesondere wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Nichtbeachtung der Stellungspflicht, sowie überhaupt der aus dem Wehrgesetze entspringenden Pflichten durch Unkenntnis dieser Aufforderung oder des Gesetzes nicht entschuldigt werden kann; auch kann das Ausbleiben eines Wehrpflichtigen von der Stellung dann nicht als entschuldigt angesehen werden, wenn derselbe eine Vorladung hiezu nicht erhalten hat.

Öffentliche Sicherheit.

Im Monate Jänner 1895 betrug die Zahl der vom Wiener Magistrate abgeschobenen Individuen . . . 406

dem Wiener Magistrate zugeschobenen (zuständigen) Individuen 49

Durchschüblinge 259

Gesammtzahl . 714

Gewerbe-Angelegenheiten.

(Genossenschaft der Weißgerber.) Bei der am 17. Februar d. J. unter Intervention des Magistrats-Commissärs Dr. Weiskirchner vorgenommenen Wahl wurde Herr Roman Scholtes, Weißgerbergehilfe, XII., Dunklergasse 23, zum Obmann der Gehilfenversammlung der Genossenschaft der Weißgerber gewählt.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 14. Februar bis 18. Februar 1895:

Für Neubauten:

I. Bezirk: Haus, Bauernmarkt 8, von Ferd. Dehm & F. Olbricht, Baumeister (798).

„ „ Haus, Johannesg. 11/13, von der Wiener Universität, Bauführer ? (816).

II. Bezirk: Haus, Obere Donaustraße, Grundb.-Einl. 4352, von Johann Sucharipa, Bauführer W. Klingenberg (885).

„ „ Haus, Obere Donaustraße, Grundb.-Einl. 365, von Johann Sucharipa, Bauführer W. Klingenberg (886).

VIII. Bezirk: Haus, Josefstädterstraße 48, von Moriz Brill, Alserstr. 49, Bauführer O. Luckeneder & Miserowski (863).

IX. Bezirk: Haus, Pfluggasse 4/6, von Josef Mesner, Bauführer Johann Dolezal (811).

X. Bezirk: Laxenburgerstraße 91, von Salomon und Josefine Singer, Bauführer Josef Zeitlinger (5522).

XI. Bezirk: Restaurations-Localitäten sammt Zubehör, Simmeringer Brauerei, von Theodor und Georg Meichl, Bauführer Anton Kurz (2905).

XVI. Bezirk: Zweistöckiges Wohnhaus, Bachgasse 29, von Josef Schmalhofer, ebenda, Bauführer Thomas Hofer (7341).

„ „ Dreistöckiges Wohnhaus, Gaullachergasse 18, von Anton und Marie Wudy, Friedmannsgasse 17, Bauführer Josef Seichert (7338).

XVIII. Bezirk: Hofquertract, Schindlergasse 3, C.-Nr. 326, von Alois Nicolai, ebenda, Bauführer Franz Simlinger (4803).

XIX. Bezirk: Villa, Dittesgasse Parc. 870/72 und 75, von Dr. Sigismund Wolf-Eppinger durch den Wiener Cottageverein, Bauführer Victor Fiala (3378).

„ „ Spital, Langackergasse E.-Z. 371, vom Executivcomité des Reconvalescentenheims für arme Wöchnerinnen, Bauführer Josef Kalas (3439).

Für Umbauten:

XVIII. Bezirk: Haus, Gentzgasse 31, von Siegmund Stern, Cottageg. 18 Bauführer Alois Salatmayer (4890).

Für Zubauten:

III. Bezirk: Hoftract, Gstettengasse 13, von Heinrich Winkler, Baumeister, für Josef Schedl (815).

X. Bezirk: Photographen-Atelier, Himbergerstraße 61, von Wilhelm Kral, Bauführer Herzberg, Architekt (6008).

Für Adaptierungen:

V. Bezirk: Kompertgasse 13, von Alois Beer, XVII., Palffygasse 6, Bauführer A. Niederdorfer (861).

VI. Bezirk: Mollardgasse 11, von Edmund Adam, Bauführer Rudolf Graf (859).

IX. Bezirk: Hahngasse 32, von J. Krakauer, Bauführer Leopold Köck (847).

„ „ Sobieskigasse 35, von Franz Nazler, Maurermeister (848).

X. Bezirk: Engengasse 53, von Sante Pini, Bauführer Johann Binder (6007).

XII. Bezirk: Hauptstraße 61, von Johann Taubinger, ebenda, Bauführer Josef Hartl (4777).

XIII. Bezirk: Linzerstraße 407, von Josef Meixner, Bauführer Ignaz Schaufler (5206).

Für diverse (geringere) Bauten:

II. Bezirk: Lichthof-Eindeckung, Leystraße 125, von Prokop Marouschek, Bauführer ? (881).

III. Bezirk: Stechkammer, Fasangasse 15, von Franz Reinl jun., Bauführer E. Kamenicky (843).

V. Bezirk: Kleinkessel-Aufstellung, Siebenbrunnengasse 18, von Jakob Vogelhut, Bauführer ? (855).

XI. Bezirk: Kühlanlagen, Grillgasse 51, von der I. österr. Seifensieder-Gewerks-Gesellschaft „Apollo“, ebenda, Bauführer dieselbe (2800).

XII. Bezirk: Scheidemauer-Wegnahme und Traversen-Einziehung, Kriechbaumgasse 27, von ?, Bauführer Franz Schmidt (4749).

XIII. Bezirk: Werkstätte, Linzerstraße 414, von Heinrich Fuhrmann, Bauführer Jg. Schaufler (5205).

XVI. Bezirk: Canal, Friedmannsgasse 17, von Marie Wudy, ebenda, Bauführer Josef Seichert (8495).

Für Stockwerks-Aufsetzungen:

II. Bezirk: Taborstraße 71, von Moriz Brill, Bauführer O. Luckeneder & Miserowski (862).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

III. Bezirk: Ungargasse 14, von Collmann (857).

VI. Bezirk: Dürergasse 4, von Emil Hajzowsky, Nussdorferstraße 8 (818).

„ „ Canalgasse 10, von Georg und Ernestine Fußl, Luftbadgasse 5 (882).

VII. Bezirk: Westbahnstraße 21, von Georg und Karl Kargl (884).

VIII. Bezirk: Lerchenfelderstraße 131 bis 133, von Josef und Agnes Zant (823).

„ „ Zeltgasse 12, von L. A. Fuchsik, Albertgasse 23, für Karoline Richter und Consorten (872).

IX. Bezirk: Pfluggasse 4 bis 6, von Johann Dolezal, Baumeister für J. Mesner (810).

XI. Bezirk: Simmering, Kaiser-Ebersdorferstraße 298, von Anna Rausch (2594).

XII. Bezirk: E.-Z. 789, Cat.-Parc. 112/68 Unter-Meidling, Aichholzgasse, von Josef und Klara Schnaider (4375).
XVI. Bezirk: Grundb.-Einl. 2576 und 2575 Ottakring, Gangelbauergasse, von Johann Staf, Bachgasse 15 (8429).

Demolierungsanzeigen wurden überreicht:

IV. Bezirk: Favoritenstraße 36, von Karl Holzmann, Baumeister (822).
VI. Bezirk: Laimgrubengasse 17, von Karl Stigler, Baumeister (807).
VIII. Bezirk: Josefstädterstraße 480, von Luckeneder & Miserowski, Baumeister (814).
„ „ Fuhrmannsgasse 12, von Franz Prokesch, Baumeister (821).
XIV. Bezirk: Sechshaus, Sechshauserstraße 9, von Eduard Melcher, I., Babenbergerstr. 5, Demolierender Heinrich Fischer (4537).

Realitäten-Verkehr in Wien.

Vom 1. bis 31. Jänner 1895.

I. Bez., Parkring, E.-Z. 849, bisheriger Besitzer Königswarter Moriz, Freih. v., grundbücherlich übertragen an Königswarter Wilhelm, Freih. v., am 26. Oct. 1894.
„ „ Rathhausstraße, E.-Z. 1501, 1502, bish. Bes. Königswarter Moriz, Freih. v., grdb. übertr. an Königswarter Wilhelm, Freih. v., am 26. Oct. 1894.
„ „ Naglergasse, E.-Z. 774, bish. Bes. Strauß Ferdinand 1/2, grdb. übertr. an Klotzberg Lina, geb. Strauß 1/2, am 20. Nov. 1894.
„ „ Am Getreidemarkt, E.-Z. 353, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Nitsche v. Märheim Josef, Dr., Ritt. v., am 5. Jän. 1895.
„ „ Freyung, E.-Z. 325, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Österr.-ungar. Bank, am 10. Jän. 1895.
„ „ Blutgasse, E.-Z. 126, bish. Bes. Lotz Friedrich 5/27, Lotz Oskar 2/27, grdb. übertr. an Lotz Arnold 7/108, Lotz Gustav 7/108, Lotz Rudolf 7/108, Lotz Emma 7/108, am 9. Jän. 1895.
„ „ Doblhoffgasse, E.-Z. 181, bish. Bes. Schiff Paul, grdb. übertr. an Schiff Charlotte, am 16. Nov. 1894.
„ „ Judenplatz, E.-Z. 555, bish. Bes. Stettner Magd. Karoline, v. 1/12, grdb. übertr. an Hammer v. Nemesbany Helene, Baronin 1/12, am 16. Nov. 1894.
„ „ E.-Z. 1043, bish. Bes. Liebieg Franz, Freih. v., grdb. übertr. an Liebieg Franz, Ritt. v., am 19. Aug. 1894.
„ „ Blutgasse, E.-Z. 126, bish. Bes. Lotz Friedrich August, grdb. übertr. an Lotz Oskar 2/27, Lotz Arnold 5/27, Lotz Rudolf 5/27, Lotz Gustav 5/27, Lotz Friedrich 5/27, Lotz Emma 5/27, am 27. Nov. 1894.
„ „ E.-Z. 194, bish. Bes. Arnold Antonia 2/21, grdb. übertr. an Arnold Rosalia 2/21, am 23. Oct. 1894.
„ „ Tiefer Graben, E.-Z. 1293, bish. Bes. Bach Johann Baptist, grdb. übertr. an Päumann Marie, Freiin v., am 20. Nov. 1894.
„ „ Neuer Markt, E.-Z. 1592, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Hazay Gisela, am 12. Nov. 1894.
„ „ Kramergasse, E.-Z. 659, bish. Bes. Porod Heinrich 1/2, Porod Francisca 1/2, grdb. übertr. an Schein Samuel 1/2, Schein Rosalia 1/2, am 1. Dec. 1894.
„ „ Operngasse, E.-Z. 823, bish. Bes. Mayer Friederike, Freiin v. Mayran 1/2, grdb. übertr. an Pfisterer-Auhof Friederike v. 1/2, am 19. Oct. 1894.
„ „ Babenbergerstraße, E.-Z. 53, bish. Bes. Königswarter Moriz, Freih. v., grdb. übertr. an Königswarter Heinrich, Freih. v., am 26. Oct. 1894.
„ „ Elisabethstraße, E.-Z. 238, 239, bish. Bes. Königswarter Moriz, Freih. v., grdb. übertr. an Königswarter Heinrich, Freih. v., am 26. Oct. 1894.
„ „ Bartensteingasse, E.-Z. 90, bish. Bes. Königswarter Moriz, Freih. v., grdb. übertr. an Königswarter Heinrich, Freih. v., am 26. Oct. 1894.
„ „ Kärnthnerstraße, E.-Z. 604, bish. Bes. Königswarter Moriz, Freih. v., grdb. übertr. an Königswarter Heinrich, Freih. v., am 26. Oct. 1894.
„ „ Rothenthurmstraße, E.-Z. 985, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Mörzinger-Tabos Christiane, am 8. Jän. 1895.
II. Bez., Schmelzgasse, E.-Z. 1732, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Wagner Cäcilie, am 9. Nov. 1894.
„ „ Bellegardegasse, E.-Z. 123, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Zlabinger Vincenz 1/2, Zlabinger Anna Marie 1/2, am 27. Dec. 1894.
„ „ Vereinsgasse, E.-Z. 2286, bish. Bes. Gerlich Johann 1/2, grdb. übertr. an Gerlich Gustav 1/2, am 17. Nov. 1894.
„ „ Jägerstraße, E.-Z. 3874, bish. Bes. Biskup Josef 1/2, grdb. übertr. an Steiner Samuel 1/2, am 20. Dec. 1894.
„ „ E.-Z. 2270, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Sparholz Leopold, am 12. Oct. 1894.
„ „ Klosterneuburgerstraße, E.-Z. 857, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Spitzer Mathilde, am 20. Dec. 1894.
II. Bez., E.-Z. 391, bish. Bes. Heitner Cäcilie 1/7, grdb. übertr. an Jonas Jeannette 1/7, am 11. Dec. 1894.
„ „ E.-Z. 1588, bish. Bes. Hesky Josef 1/2, grdb. übertr. an Hesky Heinrich 1/2, am 23. Oct. 1894.
„ „ Czerningasse, E.-Z. 3908, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Ölzelt-Newin Amalia, v., am 4. Dec. 1894.
„ „ Praterstraße, E.-Z. 1400, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Löwy Anna, am 15. Dec. 1894.
„ „ E.-Z. 821, 1019, bish. Bes. Hußak Wenzel 1/2, grdb. übertr. an Hußak Christine 1/2, am 13. Nov. 1894.
„ „ Schiffmühlenstraße, E.-Z. 1716, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Plitzner Marie, am 22. Nov. 1894.
„ „ Circusgasse, E.-Z. 260, bish. Bes. Gatterer Ferdinand 1/4, grdb. übertr. an Gatterer Elisabeth 1/4, am 27. Nov. 1894.
„ „ Raimundgasse, E.-Z. 1531, bish. Bes.?, grdb. übertr. an Stöhr Franz, Dr., am 20. Dec. 1894.
„ „ Große Stadtgutgasse, E.-Z. 1964, bish. Bes. Salzer Anton 1/2, grdb. übertr. an Salzer Theresia 1/2, am 4. Jän. 1895.
„ „ Volkertstraße, E.-Z. 2312, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Herzog Moriz 1/2, Herzog Theresia 1/2, am 26. Jän. 1895.
„ „ E.-Z. 4035, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Singer Josef, am 20. Nov. 1894.
III. Bez., Wällischgasse, E.-Z. 1746, bish. Bes. Maurer Karl 1/2, grdb. übertr. an Haberl Franz 1/2, am 3. Oct. 1894.
„ „ Hühnergasse, E.-Z. 684, bish. Bes. Kugler Josefa 1/7, grdb. übertr. an Prossinegg Arthur 1/7, am 23. Dec. 1894.
„ „ Steingasse, E.-Z. 2355, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Küttag Johann, am 21. Dec. 1894.
„ „ Erdbergstraße, E.-Z. 336, bish. Bes. Rotter Rosa 1/4, grdb. übertr. an Rotter Heinrich 1/8, Rotter Marie 1/8, am 14. Dec. 1894.
„ „ Streichergasse, E.-Z. 2789, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Frei Julius, Dr., am 21. Dec. 1894.
„ „ Landstraßer Gürtel, E.-Z. 2738, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Buchner Wenzel 1/2, Buchner Emma 1/2, am 22. Dec. 1894.
„ „ Steingasse, E.-Z. 1625, bish. Bes. Seitner Karl 1/8, grdb. übertr. an Frühbauer Franz 1/24, Frühbauer August 1/24, m. Umlauf Marie 1/20, Seitner Franz 1/120, Seitner Magdalena 1/120, Seitner Antonie 1/120, Seitner Johann 1/120, am 30. Nov. 1894.
„ „ Hafengasse, E.-Z. 581, bish. Bes. Weisser Pauline 1/4, Weisser Josef 1/4, grdb. übertr. an Krschka Franz 1/4, Krschka Josefine 1/4, am 3. u. 5. Dec. 1894.
„ „ Rennweg, E.-Z. 1320, bish. Bes. König Franz 1/2, grdb. übertr. an Pummer Franz 1/4, Köck Raimund 1/4, am 22. Nov. 1894.
„ „ Schützengasse, E.-Z. 1570, bish. Bes. König Franz 1/2, grdb. übertr. an Pummer Franz 1/4, Köck Raimund 1/4, am 22. Nov. 1894.
„ „ E.-Z. 476, bish. Bes. Putz Aloisia 1/4, grdb. übertr. an Putz Rudolf 1/4, am 27. Dec. 1894.
„ „ E.-Z. 1162, 1163, 1164, bish. Bes. Nowotny Theodor 1/2, grdb. übertr. an Nowotny Marie 1/2, am 27. Nov. 1894.
„ „ Rennweg, E.-Z. 1342, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an m. Nagler Georg 1/3, m. Nagler Eduard 1/3, Nagler Anton 1/3, am 19. Oct. 1894.
„ „ Schützengasse. E.-Z. 1591, 2565, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an m. Nagler Georg 1/3, m. Nagler Eduard 1/3, Nagler Anton 1/3, am 19. Oct. 1894.
„ „ Seidlgasse, E.-Z. 2819, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Göczy Karl Julius, am 11. Dec. 1894.
„ „ E.-Z. 1607, bish. Bes. Freigner Anna 5/24, grdb. übertr. an Freigner Therese 45/720, Koller Marie 45/720, Freigner Josefa 50/720, Freigner Franz 10/720, am 18. Mai 1894.
„ „ Rennweg, E.-Z. 2597, bish. Bes. Königswarter Moriz, Freih. v., grdb. übertr. an Königswarter Wilhelm, Freih. v., am 26. Oct. 1894.
„ „ Baumgasse, E.-Z. 142, bish. Bes. Koller Therese 1/8, grdb. übertr. an Pabst Amalia 1/8, am 5. Dec. 1894.
„ „ Hörnesgasse, E.-Z. 664, bish. Bes.?, grdb. übertr. an Dämeny Leopold, Dr., am 4. Dec. 1894.
„ „ Salesianergasse, E.-Z. 1441, 1443, bish. Bes. Hagn Franz, grdb. übertr. an Strack Friederike 1/2, Hagn Franz 1/10, Hagn Karl 1/10, Krenn Marie, geb. Hagn 1/10, Hagn Heinrich 1/10, Hagn Friedrich 1/10, am 4. Dec. 1894.
„ „ Hühnergasse, E.-Z. 683, bish. Bes. Duscher Amalie 2/5, grdb. übertr. an Heimel Francisca 2/5, am 1. Dec. 1894.
„ „ Paulusgasse, E.-Z. 1172, bish. Bes.?, grdb. übertr. an Hertzka Adolf, am 29. Nov. 1894.
„ „ Rennweg, E.-Z. 1314, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Kirchhof Raimund 1/2, Kirchhof Francisca 1/2, am 3. Dec. 1894.
„ „ Hühnergasse, E.-Z. 675, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 26. Nov. 1894.
„ „ Steingasse, E.-Z. 1623, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Zmeskall Lazar v., am 5. Dec. 1894.
„ „ Erdbergstraße, E.-Z. 382, bish. Bes. Mattes Franz 1/2, grdb. übertr. an Mattes Karl 1/6, Mattes Rudolf 1/6, Fexer Marie 1/6, am 4. Dec. 1894.

III. Bez., Schulgasse 10, E.-Z. 1567, bish. Bes. Bittdorfer Magdalena, grdb. übertr. an Roßbora Barbara 1/4, Ostermaier Elisabeth 1/8, Ostermaier Elis. Magdalena 1/40, Ostermaier Josef 1/40, Ostermaier Karl 1/40, Ostermaier Magdalena Marie 1/40, Ostermaier Maximilian Herm. 1/40, Bittdorfer Hermann Josef 1/16, Bittdorfer Marie Francisca Antonie 1/16, Bittdorfer Leopoldine Barbara 1/16, m. Bittdorfer Leopoldine Barbara 1/16, Bittdorfer Karl Richard 1/16, Bittdorfer Rich. Jos. 1/16, am 23. Oct. 1894.

IV. Bez., Karolinenplatz, E.-Z. 367, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Poschacher Johann, Edler v. Arelshöh 1/2, Poschacher Pauline Edle v. Arelshöh 1/2, am 15. Dec. 1894.

" " Dannhausergasse, E.-Z. 97, bish. Bes. Maar Franz, grdb. übertr. an Winterle Katharina 1/2, Hauszmann Anna 1/2, am 23. Nov. 1894.

" " Victorgasse, E.-Z. 832, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Dyck Ernst, van, am 15. Dec. 1894.

" " Alleegasse, E.-Z. 4, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Bettelheim Gottlieb, am 12. Dec. 1894.

" " Starhemberggasse, E.-Z. 376, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Ebenstein Angela, am 10. December 1894.

" " Apfelgasse, E.-Z. 59, bish. Bes. Putterlik Josef Ferdinand 1/2, grdb. übertr. an Putterlik Agnes 1/2, am 3. Aug. 1894.

" " Karlsgasse, E.-Z. 336, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an m. Hardt Angela, am 10. u. 14. Dec. 1894.

" " Gußhausgasse, E.-Z. 210, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an m. Hardt Camillo, am 10. u. 14. Dec. 1894.

" " Gußhausgasse, E.-Z. 209, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an m. Hardt Theodor, am 10. u. 14. Dec. 1894.

" " E.-Z. 503, bish. Bes. Breunig Francisca 1/2, grdb. übertr. an Hammer Marie, geb. Breunig 1/10, Moser Leopoldine, geb. Breunig 1/10, Breunig Johann 1/10, Breunig Josef Matth. 1/10, Breunig Franz 1/10, am 16. Nov. 1894.

" " Alleegasse, E.-Z. 2, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Bettelheim Gottlieb, am 12. Dec. 1894.

" " Favoritenstraße, E.-Z. 114, bish. Bes. Schiff Paul, grdb. übertr. an Schiff Rosa 3/8, Schiff Maxim. Paul 1/4, Schiff Rudolf Paul 3/8, am 31. Dec. 1894.

" " Alleegasse, E.-Z. 13, bish. Bes. Sasser Arthur 3/16, Sasser Pauline 3/16, grdb. übertr. an Ettmár Josef Hugo 6/16, am 24. Jän. 1895.

" " Alleegasse, E.-Z. 13, bish. Bes. Czeloth Johann 1/2, grdb. übertr. an Ettmár Josef Hugo 1/2, am 17. Jän. 1895.

V. Bez., Reinprechtsdorferstraße, E.-Z. 980, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Schäffmann Eduard 2/3, Schäffmann Leopoldine 1/3, am 19. Dec. 1894.

" " Reinprechtsdorferstraße, E.-Z. 1701, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Veit Ferdinand, am 27. Dec. 1894.

" " Schloßgasse, E.-Z. 1009, bish. Bes. Gröbl Katharina 1/2, grdb. übertr. an Hofbauer Andreas 1/4, Hofbauer Aloisia 1/4, am 20. Nov. 1894.

" " Gartengasse, E.-Z. 272, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Patsch Anton, am 31. Dec. 1894.

" " Nikolsdorfergasse, E.-Z. 871, 873, bish. Bes. Heinrich Anton 1/6, grdb. übertr. an Heinrich Antonia 1/6, am 29. Dec. 1894.

" " Brandmayergasse 53, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Blicher Adolf 1/2, Blicher Friederike 1/2, am 2. Jän. 1895.

" " Ziegelofengasse, E.-Z. 1403, bish. Bes. Bornschlögl Isidor, grdb. übertr. an Bornschlögl Marie, am 30. Nov. 1894.

" " Siebenbrunnengasse, E.-Z. 1076, bish. Bes. Schüßler Leopold, Dr., grdb. übertr. an Schüßler Marie, am 19. Oct. 1894.

" " E.-Z. 1553, 1554, 1555, 1798, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Swoboda Ignaz 1/2, Swoboda Anna 1/2, am 27. Nov. 1894.

" " E.-Z. 1095, bish. Bes. Kußig Anna, geb. Michalicka 1/2, grdb. übertr. an Kußigh Valentin 1/2, am 30. Nov. 1894.

" " Mittersteig, E.-Z. 819, 820, bish. Bes. Kreuzer Christian 1/2, grdb. übertr. an Kreuzer Sophie 1/2, am 16. Nov. 1894.

" " Siebenbrunnengasse, E.-Z. 1051, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Hohlweg Josef 1/2, Hohlweg Katharina 1/2, am 15. Dec. 1894.

" " Gießaufgasse, E.-Z. 302, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Willinger Moriz, am 17. Dec. 1894.

" " E.-Z. 746, bish. Bes. Klees Jakob 2/12, Zell Josefa, geb. Klees 2/12, grdb. übertr. an Demmelbauer Karl 4/12, am 18. Dec. 1894.

" " Matzleinsdorferstraße, E.-Z. 1713, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Spielmann Heinrich, am 1. Dec. 1894.

" " Rüdigergasse, E.-Z. 991, bish. Bes. Bleyer Jakob 1/25, Bleyer Ignaz 1/25, Berner Katharina 1/25, Adams Nina 1/25, grdb. übertr. an Biro Arthur L. 5/125, am 10. Dec. 1894.

" " Rüdigergasse, E.-Z. 986, bish. Bes. Salzer Anton 1/2, grdb. übertr. an Salzer Theresia 1/2, am 4. Jän. 1895.

VI. Bez., E.-Z. 58, bish. Bes. Fischer Johann 1/2, grdb. übertr. an Fischer Anton 1/4, Fischer Karl 1/4, am 6. Nov. 1894.

" " Magdalenenstraße, E.-Z. 614, bish. Bes. Gunkel Josef 1/70, Gunkel Theodor 1/70, Gunkel Eugen 1/70, Gunkel Alfons 1/70, Wasserburger Marianne 1/70, Ther Rosa, v. 1/70, Hauptmann Marie 1/140, Hauptmann Rosa 1/140, grdb. übertr. an Eggerth Josefine 1/10, **am 30. März 1894.**

VI. Bez., Webgasse, E.-Z. 1190, bish. Bes. Gabriel Edmund, grdb. übertr. an Gabriel Victor 1/3, Gabriel Edmund 1/3, m. Gabriel Mathilde 1/3, am 29. Mai 1894.

" " Dürergasse, E.-Z. 1160, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Sprinzenstein Hermann Josef, Graf v., am 23. Oct. 1894.

" " Millergasse, E.-Z. 755, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Kapamadrya Nikolaus 1/2, Kapamadrya Marie 1/2, am 18. Dec. 1894.

" " Königsegggasse, E.-Z. 471, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Unden Franz jun. 1/4, Rossek Rosa, geb. Unden 1/4, Pils Josefine, geb. Unden 1/4, Seipt Leopoldine, geb. Unden 1/4, am 13. Nov. 1894.

" " Mollardgasse, E.-Z. 796, bish. Bes. m. Swoboda Alfred 1/30, Swoboda Josef 1/30, Swoboda Hugo 1/30, grdb. übertr. an Mutz Josef 3/30, am 7. Nov. 1894.

" " Millergasse, E.-Z 754, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Abeles Marcus, am 1. Dec. 1892.

VII. Bez, Burggasse, E.-Z. 183, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Maestri Marie Louise Volpini, de, am 5. Jän. 1895.

" " Neustiftgasse, E.-Z. 873, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Roeßler Philipp, am 8. Jän. 1895.

" " Spittelberggasse, E.-Z. 1079, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Mörzinger-Cabos Christian 1/2, Schweinburg Alois 1/2, am 31. Oct. 1894.

" " Burggasse, E.-Z. 162, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Voll Heinrich, am 11. Sept. 1894.

" " Sigmundgasse, E.-Z. 1050, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Blöch Anna, am 24. Oct. 1894.

" " Neustiftgasse, E.-Z. 829, bish. Bes. Budischowsky Theresia 1/3, grdb. übertr. an Lang Marie 1/3, am 31. Oct. 1894.

" " Sigmundgasse, E.-Z. 1040, bish. Bes. Gatterer Karoline 1/8, grdb. übertr. an Bachl Johann 1/16, Bachl Agnes 1/16, am 9. Nov. 1894.

" " Sigmundgasse, E.-Z. 1040, bish. Bes. Mayer Karl 21/48, grdb. übertr. an Bachl Johann 21/96, Bachl Agnes 21/96, am 9. Nov. 1894.

" " Sigmundgasse, E.-Z. 1040, bish. Bes. Mayer Franz 21/48, grdb. übertr. an Bachl Johann 21/96, Bachl Agnes 21/96, am 9. Nov. 1894.

" " Stiftgasse, E.-Z. 1098, bish. Bes. Kuttig Karl Eugen 1/2, grdb. übertr. an Kuttig Leopoldine 1/2, am 5. Oct. 1894.

" " E.-Z. 1150, bish. Bes. Bader Rudolf 1/2, grdb. übertr. an m. Bader Gustav 1/10, m. Kargl Olga, geb. Bader 1/10, m. Bader Rudolf 1/10, m. Bader Richard 1/10, Bader Ernst 1/10, am 20. Nov. 1894.

" " Kandlgasse, E.-Z. 443, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Adler Michael 1/2, Adler Anna 1/2, am 3. Dec. 1894.

" " Lindengasse, E.-Z. 577, bish. Bes. Fuchs Matthias 1/2, grdb. übertr. an Limbach Johann 1/4, Roeder Henry 1/4, am 26. Nov. 1894.

" " Seidengasse, E.-Z. 975, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Erste Wiener Zeitungs-Gesellschaft, am 20. Dec. 1894.

VIII. Bez., Lerchengasse, E.-Z. 503, bish. Bes. Schandera Theresia 4/8, grdb. übertr. an Schandera August 3/8, Schandera Theodor 1/8, am 10. Dec. 1894.

" " Lerchengasse, E.-Z. 503, bish. Bes. Schandera Ignaz 1/8, Schandera Emilie, verehel. Rubinstein 1/8, grdb. übertr. an Schandera August 1/4, am 10. Dec. 1894.

" " Fuhrmannsgasse, E.-Z. 208, bish. Bes. Schwager Franz, Dr. 1/5, grdb. übertr. an Schwager Anna 1/5, am 15. Nov. 1894.

" " Langegasse, E.-Z. 359, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Nuzio Louis, am 10. Dec. 1894.

" " Maria Treugasse, E.-Z. 579, bish. Bes. Kirchmayer Andreas jun. 3/56, grdb. übertr. an Kirchmayer Andreas sen. 3/56, am 1. Dec. 1894.

" " Lerchenfelderstraße, E.-Z. 521, 551, bish. Bes. Kirchmayer Andreas jun. 1/14, grdb. übertr. an Kirchmayer Andreas sen. 1/14, am 1. Dec. 1894.

" " Stolzenthalergasse, E.-Z. 728, bish. Bes. Plank Heinrich 1/2, grdb. übertr. an Plank Karoline 1/2, am 23. Oct. 1894.

" " Lammgasse, E.-Z. 332, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Schenke Malvine, am 22. Jän. 1895.

IX. Bez., Alserbachstraße, E.-Z. 22, bish. Bes. Strauß Ferdinand 1/2, grdb. übertr. an Strauß Marie 1/2, am 20. Dec. 1894.

" " Liechtensteinstraße, E.-Z. 368, bish. Bes. Strauß Ferdinand 2/3, grdb. übertr. an Strauß Marie 2/3, am 20. Dec. 1894.

" " Wiesengasse, E.-Z. 1217, bish. Bes. Strauß Ferdinand 2/3, grdb. übertr. an Strauß Marie 2/3, am 20. Dec. 1894.

" " Simondenkgasse, E.-Z. 939, 941, bish. Bes. Strauß Ferdinand 1/2, grdb. übertr. an Klotzberg Lina, geb. Strauß 1/2, am 20. Dec. 1894.

" " Porzellangasse, E.-Z. 721, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Schweinburg Emanuel 1/2, Schweinburg Eduard 1/2, am 11. Mai 1894.

" " Schlickgasse, E.-Z. 837, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Wallis Jacques 1/2, Wallis Helene 1/2, am 29. Dec. 1894.

" " Maria Theresienstraße, E.-Z. 486, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an **Kann Leopold 1/2, Kann Fanni 1/2, am 15. Dec. 1894.**

IX. Bez., Porzellangasse, E.-Z. 729, bish. Bes. Rother Anton 1/4, Rother Marie 1/4, grdb. übertr. an Schnizer Edl. v. Lindenstamm Emil 1/2, am 10. Dec. 1894.
" " Mosergasse, E.-Z. 562, bish. Bes. Humer Johann, grdb. übertr. an Humer Josef, am 27. Nov. 1894.
" " Marktgasse, E.-Z. 525, bish. Bes. Ratschka Johann 1/3, grdb. übertr. an Dauer Mathilde 1/12, Klaus Therese 1/12, Ratschka Ludwig 1/12, m. Gantermann Marie 1/12, am 27. Nov. 1894.
" " Dreihackengasse, E.-Z. 1597, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an den Central-Krippen-Verein, am 14. März 1894.
" " Pfluggasse, E.-Z. 690, 688, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Mayer Johann, am 6. Dec. 1894.
" " Mariannengasse, E.-Z. 1623, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Smertosch Ferdinand 1/2, Hedenigg Wilhelm 1/2, am 5. Nov. 1894.
" " Pramergasse, E.-Z. 744, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Zejbek Franz 1/2, Zejbek Ernestine 1/2, am 29. Nov. 1894.
" " Liechtensteinstraße, E.-Z. 377, bish. Bes. Christiany Marie 1/5, grdb. übertr. an Mayer Anna 1/5, am 11. Dec. 1894.
" " Bindergasse, E.-Z. 153, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Wehle Emil, am 17. Dec. 1894.
" " Harmoniegasse, E.-Z. 282, bish. Bes. Kaufmann Eduard, Dr., grdb. übertr. an die Dr. Eduard Kaufmann'sche Armenstiftung, am 7. Dec. 1894.

X. Bez., Inzersdorf, E.-Z. 608, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Stainbeis Michael, am 22. Dec. 1894.
" " E.-Z. 1819, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Hora Peter 1/2, Hora Therese 1/2, am 20. Dec. 1894.
" " E.-Z. 29, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Meixner Matthias, am 25. Oct. 1894.
" " Ober-Laa, E.-Z. 93, bish. Bes. Schüßler Leopold, Dr. 64/120, grdb. übertr. an Schüßler Marie 64/120, am 19. Oct. 1894.
" " E.-Z. 1500, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Ledermann Karl, am 30. Nov. 1894.
" " Siccardsburggasse, E.-Z. 1617, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Dragowanitsch Franz, am 19. Jän. 1895.

XI. Bez., Simmering, E.-Z. 423, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Langsteiner Leopold, am 10. Jän. 1895.
" " Simmering, E.-Z. 1267, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Möstl Barbara 1/2, Möstl Peter 1/2, am 19. Jän. 1895.
" " Simmering, E.-Z. 52, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Haller Matthias 1/2, am 28. Dec. 1894.
" " Simmering, E.-Z. 684, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Kopelent Elise, am 29. Oct. 1894.
" " Simmering, E.-Z. 196, bish. Bes. Bittdorfer Magdalena, grdb. übertr. an Roßbora Barbara 1/4, Ostermaier Elisabeth 1/8, Ostermaier Elisabeth Magdalena 1/40, Ostermaier Josef 1/40, Ostermaier Karl 1/40, Ostermaier Magdalena Marie 1/40, Ostermaier Maximilian Hermann 1/40, Bittdorfer Hermann Josef 1/16, Bittdorfer Marie Francisca Antonie 1/16, Bittdorfer Leopoldine Barbara 1/16, m. Bittdorfer Leopoldine Barbara 1/16, Bittdorfer Karl Richard 1/16, Bittdorfer Richard Josef 1/16, am 23. Oct. 1894.

XII. Bez., Unter-Meidling, E.-Z. 369, bish. Bes. Hämpfl Theresia, grdb. übertr. an Orglmeister Ignaz 1/2, Orglmeister Karoline 1/2, am 3. Jän. 1895.
" " Gaudenzdorf, E.-Z. 39, bish. Bes. m. Seidl Karl 1/2, grdb. übertr. an Seidl Antonie 1/2, am 1. Jän. 1895.
" " Unter-Meidling, E.-Z. 517, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Witt Josef, Witt Anna, am 11. Dec. 1894.
" " Altmannsdorf, E.-Z. 89, bish. Bes. Hynek Josef 1/2, grdb. übertr. an Hynek Marie 1/12, Hynek Antonie 1/12, Hynek Karl 1/12, Hynek Leopold 1/12, Hynek Rosa 1/12, Hynek Ferdinand 1/12, am 29. Jän. 1894.
" " Unter-Meidling, E.-Z. 167, bish. Bes. Staller Johann, Staller Josefa, grdb. übertr. an Kneusel Feodor, am 22. Nov. 1894.
" " Hetzendorf, E.-Z. 23, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Lackenbacher Karoline, geb. Lemberger, am 4. Dec. 1894.
" " Gaudenzdorf, E.-Z. 287, bish. Bes. Muttone Wilhelmine 1/2, grdb. übertr. an Muttone Friedrich 1/2, am 3. Nov. 1894.
" " Unter-Meidling, E.-Z. 239, bish. Bes. Fiebiger Josef, Fiebiger Clementine, grdb. übertr. an Sosna Josef 1/2, Sosna Anna 1/2, am 8. Jän. 1895.
" " Unter-Meidling, E.-Z. 562, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Wild Hermann 1/2, am 4. Jän. 1895.
" " Unter-Meidling, E.-Z. 1162, bish. Bes. Schedifka Karl 1/2, grdb. übertr. an Schedifka Paul 1/2, am 19. Nov. 1894.
" " Unter-Meidling, E.-Z. 28, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Mesner Josef, am 7. Jän. 1895.
" " Ober-Meidling, E.-Z. 2, 69, bish. Bes. Gloxin Pauline 1/2, grdb. übertr. an Bodart Pauline 1/6, Gloxin Alfred 1/6, Gloxin Denise 1/6, am 20. Dec. 1894.
" " Unter-Meidling, E.-Z. 2, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Laufer Adolf 1/2, Laufer Max 1/2, am 3. Dec. 1894.
" " Altmannsdorf, E.-Z. 31, 32, bish. Bes. Zierer Juliana 1/2, grdb. übertr. an Zierer Leopold 1/2, am 19. Dec. 1894.

XIII. Bez., Lainz, E.-Z. 2, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Prihoda Bertha, am 8. Jän. 1895.
" " Hacking, E.-Z. 60, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Altenburger Jakob 1/2, Altenburger Ludmilla 1/2, am 2. Jän. 1895.
" " Penzing, E.-Z. 11, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Zejbek Franz 1/2, Zejbek Ernestine 1/2, am 5. Jän. 1895.
" " Penzing, E.-Z. 140, bish. Bes. die Verlassenschaft nach Seiter Jakob, grdb. übertr. an Seiter Jakob, am 31. Dec. 1894.
" " Penzing, E.-Z. 366, bish. Bes. Gayer Theresia 1/2, grdb. übertr. an Gayer Franz 1/2, am 27. Dec. 1894.
" " Penzing, E.-Z. 281, bish. Bes. Pfütz Wilhelm 1/8, grdb. übertr. an Pfütz Anna 1/12, m. Pfütz Richard 1/24, m. Pfütz Anna 1/24, am 5. Jän. 1895.
" " Ober-Baumgarten, E.-Z. 257, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Desmette Therese, am 3. Jän. 1895.
" " Breitensee, E.-Z. 32, bish. Bes. Gürtler Leopoldine 1/3, grdb. übertr. an Schedl Hermann 1/3, Schedl Louise 1/3, am 28. Dec. 1894.
" " Unter-St. Veit, E.-Z. 21, 138, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Moritz Gottfried 1/2, Moritz Anton 1/2, am 30. Oct. 1894.
" " Penzing, E.-Z. 105, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Mück Matthäus, Dr. 1/2, Mück Marie 1/2, am 1. Jän. 1895.
" " Penzing, E.-Z. 582, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Holzwarth Hermann, am 31. Dec. 1894.
" " Hütteldorf, E.-Z. 18, bish. Bes. Kurka Amalie 1/2, grdb. übertr. an Kurka Franz 1/2, am 20. Dec. 1894.
" " Hütteldorf, E.-Z. 26, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Küster Jakob 1/2, Küster Josefa 1/2, am 20. Dec. 1894.
" " Hietzing, E.-Z. 328, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Thie Amalia, am 9. Nov. 1894.
" " Hütteldorf, E.-Z. 200, bish. Bes. Friedmann Josefine 1/2, grdb. übertr. an Schiller Friedrich 1/4, Friedmann Therese, geb. Reichel 1/4, am 18. Dec. 1894.
" " Breitensee, E.-Z. 120, bish. Bes. Gaul Michael 1/2, grdb. übertr. an m. Gaul Karl 1/6, Gaul Theresia 1/6, Gaul Franz 1/6, am 24. Sept. 1894.
" " Ober-St. Veit, E.-Z. 381, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Zographos Georges, am 19. Dec. 1894.
" " Penzing, E.-Z. 643, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Koch Josef Karl, am 31. Dec. 1894.

XIV. Bez., Rudolfsheim, E.-Z. 965, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Oberleitner Andreas 1/2, Oberleitner Theresia 1/2, am 5. Dec. 1894.
" " Rudolfsheim, E.-Z. 447, bish. Bes. Krappel Heinrich 32/254, grdb. übertr. an Repenschek Vincenz 1/2, Repenschek Marie 1/2, am 18. Sept. 1894.
" " Rudolfsheim, E.-Z. 128, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Janosch Anton 1/2, Janosch Marie 1/2, am 28. Nov. 1894.
" " Rudolfsheim, E.-Z. 1216, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Zelenka Lorenz 1/2, Zelenka Josefa 1/2, am 29. Dec. 1894.
" " Rudolfsheim, E.-Z. 248, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Firma Emanuel Kuhner & Sohn, am 15. Jän. 1895.
" " Rudolfsheim, E.-Z. 19, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Mayer Heinrich am 12. Jän. 1895.

XV. Bez., Fünfhaus, E.-Z. 82, bish. Bes. Hailegger (Heilegger) Leopold, grdb. übertr. an m. Hailegger Ignaz 1/7, m. Hailegger Karl 1/7, m. Hailegger Katharina 1/7, m. Hailegger Magdalena 1/7, m. Hailegger Franz 1/7, m. Hailegger Georg 1/7, die Verlassenschaft nach m. Hailegger Josef 1/7, am 17. Dec. 1894.
" " Fünfhaus, E.-Z. 134, bish. Bes. m. Fuchs Alois 1/10, grdb. übertr. an Fuchs Karl sen. 4/80, Fuchs Karl jun. 1/80, m. Fuchs Josef, 1/80, m. Fuchs Ernst 1/80, m. Fuchs Marianne 1/80, am 28. Juli 1894.
" " Fünfhaus, E.-Z. 151, 315, bish. Bes. m. Fuchs Alois 1/20, grdb. übertr. an Fuchs Karl sen. 4/160, Fuchs Karl jun. 1/160, m. Fuchs Josef 1/160, m. Fuchs Ernst 1/160, m. Fuchs Marianne 1/160, am 28. Juli 1894.
" " Fünfhaus, E.-Z. 122, bish. Bes. Schwab Marie 1/6, grdb. übertr. an Schwab Anna 2/24, Schwab Georg 1/24, Schwab Josef 1/24, am 20. Dec. 1894.
" " Fünfhaus, E.-Z. 510, bish. Bes. Pollak Rudolf 1/8, Pollak Gustav 1/8, grdb. übertr. an Haberl Adolf 1/4, am 20. Oct. 1894.
" " Fünfhaus, E.-Z. 536, bish. Bes. Odwarka Karoline 1/2, grdb. übertr. an m. Odwarka Karl 1/8, m. Odwarka Aloisia 1/8, m. Odwarka Hugo 1/8, m. Odwarka Marie 1/8, am 31. Dec. 1894.

XVI. Bez., Neulerchenfeld, E.-Z. 36, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 31. Dec. 1894.
" " Neulerchenfeld, E.-Z. 72, bish. Bes. Lorenz Marie 3/24, grdb. übertr. an Lorenz Friedrich 1/48, Lorenz Josef 1/48, Giegl Ernestine 1/48, die Verlassenschaft nach Lorenz Albert 3/48, am 16. Dec. 1894.
" " Neulerchenfeld, E.-Z. 73, bish. Bes. Lorenz Marie 1/12, grdb. übertr. an Lorenz Friedrich 1/72, Lorenz Josef 1/72, Giegl Ernestine 1/72, die Verlassenschaft nach Lorenz Albert 3/72, am 16. Dec. 1894.

XVI. Bez., Neulerchenfeld, E.-Z. 74, bish. Bes. Lorenz Marie 2/12, grdb. übertr. an Lorenz Friedrich 1/36, Lorenz Josef 1/36, Giegl Ernestine 1/36, die Verlassenschaft nach Lorenz Albert 3/36, am 16. Dec. 1894.
" " Ottakring, E.-Z. 1078, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Maruska Stephan 1/2, Maruška Elisabeth 1/2, am 2. Jän. 1895.
" " Ottakring, E.-Z. 2553, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Gall Johanna, am 27. Dec. 1894.
" " Neulerchenfeld, E.-Z. 586, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Quetscher Guntram 1/2, Quetscher Marie 1/2, am 29. Dec. 1894.
" " Ottakring, E.-Z. 2129, bish. Bes. Bambula Josefa 1/2, grdb. übertr. an Kratochwil Leopold 1/2, am 12. Nov 1894.
" " Ottakring, E. Z. 13, bish. Bes. Preßl Marie 1/2, grdb. übertr. an Preßl Josef 1/2, am 4. Dec. 1894.
" " Ottakring, E.-Z. 918, 976, bish. Bes. Lanzl Marie 1/2, grdb. übertr. an Lanzl Engelbert jun. 1/8, m. Lanzl Heinrich 1/8, m. Lanzl Theresia 1/8, m. Lanzl Karl 1/8, am 22. Oct. 1894.
" " Ottakring, E.-Z. 1393, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Haas Wenzel 1/2, Haas Francisca 1/2, am 23. Dec. 1894.
" " Neulerchenfeld, E.-Z. 40, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 17. Dec. 1894.
" " Ottakring, E.-Z. 1282, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Lunzer Josef 1/2, Lunzer Josefine 1/2, am 18. Dec. 1894.
" " Ottakring, E.-Z. 1032, bish. Bes. Seidl Bernhard 1/2, grdb. übertr. an Seidl Katharina 1/2, am 11. Dec. 1894.
" " Ottakring, E.-Z. 2474, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Schneider Gustav 1/2, Schneider Anna 1/2, am 6. Dec. 1894.
" " Ottakring, E.-Z. 1371, bish. Bes. Babka Wenzel 1/2, grdb. übertr. an m. Babka Franz 1/6, m. Babka Johann 1/6, m. Babka Felix 1/6, am 25. Nov. 1894.
" " Ottakring, E.-Z. 2399, bish. Bes. die Concursmasse Spurzem Engelbert 1/2, grdb. übertr. an Withmann Franz 1/4, Withmann Juliana 1/4, am 10. Oct. 1894.
" " Ottakring, Kulmgasse, E.-Z. 1666, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Ullersberger Josef 1/2, Ullersberger Therese 1/2, am 9. Dec. 1894.
" " Ottakring, E.-Z. 447, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Rathgeber Eduard, am 5. Dec. 1894.
" " Ottakring, E.-Z. 525, bish. Bes. Planer Jakob jun. 1/6, grdb. übertr. an Dietz Francisca 1/30, Rickhardt Emilie 1/30, Planer Karl 1/30, Planer Leopoldine 1/30, m. Planer Hermine 1/30, am 24. Oct. 1894.
" " Neulerchenfeld, E.-Z. 409, bish. Bes. Laschtowiczka Franz, grdb. übertr. an Laschtowiczka Alois 1/5, Laschtowiczka Leopoldine 1/5, Latschtowiczka Anton 1/5, Laschtowiczka Josef 1/5, Laschtowiczka Wilhelm 1/5, am 26. Nov. 1894.
" " Neulerchenfeld, E.-Z. 596, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Maleč Josef 1/2, Maleč Katharina 1/2, am 15. Dec. 1894.
" " Neulerchenfeld, E.-Z. 565, bish. Bes. Burggraf Johann 1/2, grdb. übertr. an m. Burggraf Johann 1/10, m. Burggraf Hermine 1/10, m. Burggraf Josef 1/10, m. Burggraf Anna 1/10, m. Burggraf Christine 1/10, am 1. Nov. 1894.
" " Neulerchenfeld, E.-Z. 17, bish. Bes. Kirchmayer Andreas jun. 1/14, grdb. übertr. an Kirchmayer Andreas sen. 1/14, am 1. Dec. 1894.
" " Neulerchenfeld, E.-Z. 550, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Moser Marie 1/2, Moser Franz 1/2, am 18. Jän. 1895.
" " Ottakring, E.-Z. 1664, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Ebenheh Franz, am 4. Sept. 1894.
XVII. Bez., Hernals, E.-Z. 583, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Mathé Marie v., am 27. Dec. 1894.
" " Hernals, E.-Z. 744, bish. Bes. Bauer Franz 1/10, Gottsleben Barbara 1/10, Negerle Rosa 1/10, grdb. übertr. an Bauer Barbara 3/10, am 4. Jän. 1895.
" " Hernals, E.-Z. 744, bish. Bes. Bauer Franz, grdb. übertr. an Bauer Franz 1/10, Gottsleben Barbara 1/10, Negerle Rosa 1/10, m. Bauer Julius 1/10, m. Bauer Johann 1/10, am 29. Dec. 1894.
" " Hernals, E.-Z. 1437, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Wanker Josef, am 10. Jän. 1895.
" " Hernals, E.-Z. 531, bish. Bes. Matzke Heinrich 1/2, grdb. übertr. an Matzke Marie, am 24. Nov. 1894.
" " Hernals, E.-Z. 1044, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Grüner Karl 1/2, Grüner Bertha 1/2, am 19. Dec. 1894.
" " Hernals, E.-Z. 281, bish. Bes. m. Wieder Bertha 24/528, grdb. übertr. an Zeidler Wilhelm 24/1056, Zeidler Katharina 24/1056, am 19. Dec. 1894.
" " Hernals, E.-Z. 833, bish. Bes. Titz Josefa, geb. Slunecko 7/90, grdb. übertr. an Titz Ivan 7/90, am 16. Nov. 1894.
" " Dornbach, E.-Z. 794, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Starzer Adalbert 1/2, Starzer Elisabeth 1/2, am 12. Febr. 1894.
" " Dornbach, E.-Z. 326, bish. Bes. m. Wiehart Josef 1/12, grdb. übertr. an Wiehart Susanna 5/120, Wiehart Elisabeth 1/120, m. Wiehart Anna 1/120, m. Wiehart Leopoldine 1/120, m. Wiehart Rudolf 1/120, m. Wiehart Susanna 1/120, am 6. Dec. 1894.
" " Dornbach, E.-Z. 137, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Glaser Heinrich 1/2, Glaser Franz 1/2, am 4. Jän. 1895.
XVII. Bez., Hernals, E.-Z. 462, 464, bish. Bes. Schubert Josefine 1/224, Tauber Hermine 1/224, Hanreich Rudolf 1/224, grdb. übertr. an Hanreich Josefine 3/224, am 22. Nov. 1894.
XVIII. Bez., Währing, E.-Z. 661, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Seely Rosa 1/3, Neumann Leopoldine 1/3, m. Neumann Marie 1/3, am 9. Jän. 1895.
" " Weinhaus, E.-Z. 34, bish. Bes. Andre Franz 1/6, Andre Elise 1/6, grdb. übertr. an Seichter Wilhelm 1/6, Seichter Helene 1/6, am 17. Jän. 1895.
" " Währing, E.-Z. 215, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Kieres Johann, Dr. 1/2, Kieres Marie 1/2, am 16. Jän. 1895.
" " Währing, E.-Z. 1770, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Dövy Eleonore, am 11. Jän. 1895.
" " Währing, E.-Z. 145, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Wolf Moriz 1/2, Wolf Emma 1/2, am 8. Jän. 1895.
" " Währing, E.-Z. 413, bish. Bes. Linner Franz 1/2, grdb. übertr. an Linner Theresia 1/4, Mermon Amalia, geb. Linner 1/4, am 10. Jän. 1895.
" " Gersthof, E.-Z. 598, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Broelemann Alfred 1/2, Broelemann Emma 1/2, am 31. Dec. 1894.
" " Gersthof, E.-Z. 247, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Széchény Auguste, Gräfin, am 6. Dec. 1894.
" " Währing, E.-Z. 53, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Gränfeld Sigmund, am 22. Dec. 1894.
" " Währing, E.-Z. 1400, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Andres Karl 1/2, Andres Francisca 1/2, am 31. Dec. 1894.
" " Währing, E.-Z. 1415, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Klein Katharina, am 29. Dec. 1894.
" " Währing, E.-Z. 254, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Czapek Marie, am 29. Dec. 1894.
" " Währing, E.-Z. 898, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Lux Anton 1/2, Lux Theresia, geb. Knauer 1/2, am 5. Dec. 1894.
" " Pötzleinsdorf, E.-Z. 24, bish. Bes. Chlubna Theresia 1/2, grdb. übertr. an Hübl Johann 1/2, am 28. Dec. 1894.
XIX. Bez., Heiligenstadt, E.-Z. 206, 207, bish. Bes. Mandahus Anna 1/2, grdb. übertr. an Mandahus Anton 1/2, am 27. Dec. 1894.
" " Grinzing, E.-Z. 103, bish. Bes. Graf Franz 1/3, grdb. übertr. an Graf Theodor 1/6, Mandl Theresia 1/6, am 22. Dec. 1894.
" " Ober-Sievering, E.-Z. 123, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an den Nussdorfer Spar- und Vorschussverein, reg. Genossenschaft mit unbeschr. Haftung, am 22. Nov. 1894.
" " Heiligenstadt, E.-Z. 529, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Weinzinger Johann 1/2, Weinzinger Barbara 1/2, am 30. Dec. 1894.
" " Grinzing, E.-Z. 161, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Weishappel Jacques, am 7. Jän. 1895.
" " Nussdorf, E.-Z. 135, 136, 19, 183, bish. Bes. Mattes Franz 1/2, grdb. übertr. an Mattes Karl 1/6, Mattes Rudolf 1/6, Flexer Marie 1/6, am 4. Dec. 1894.

Baustellen-Verkehr in Wien.

Vom 1. bis 31. Jänner 1895.

II. Bez., E.-Z. 1444, Baust. 17, P. 2593/17, E.-Z. 2651, P. 2593/18, bisheriger Besitzer?, grundbücherlich übertragen an Gutmann Wilhelm R. v., am 23. Nov. 1894.
" " E.-Z. 2676, P. 2594/8, E.-Z. 2677, P. 2594/10, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Reinhart Johann, am 1., 6. Dec. 1894.
" " Valeriestraße, E.-Z. 2225, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 20. Dec. 1894.
" " E.-Z. 4379, P. 3115/11, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Reitbauer Franz 1/2, Eduard Lob 1/2, am 1. Juni 1894.
" " Wintergasse, E.-Z. 2437, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Weiner Heinrich, am 2. Jän. 1895.
III. Bez., Dietrichgasse, E.-Z. 291, P. 2198/2, 2198/4, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Josefine Sorger, am 6. Nov. 1894.
" " Erdbergermais, E.-Z. 1969, P. 2309, bish. Bes. ? grdb. übertr. an Mayer Simon, am 23., 27. Nov. 1894.
" " Kleistgasse, E.-Z. 2716, Baust. 1, P. 1126/20, E.-Z. 2720, Baust. 12, P. 1126/104, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Keck Kath., am 1. Dec. 1894.
" " Metternichgasse, E.-Z. 1130, Baust. 37 a, P. 884/2, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Herzog Jakob 1/2, Straßer Alfred 1/2, am 6. Dec. 1894.
" " Kölblgasse, E.-Z. 2645, Baust. 12, P. 1126/75, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Steiner Josef, am 12. Dec. 1894.
" " E.-Z. 2831, P. 776/1, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Wirth Rosa, am 20., 24. Dec. 1894.
" " Kleistgasse, E.-Z. 2683, P. 1126/55, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Wünsch Alfred, am 24. Dec. 1894.
" " E.-Z. 2756, Baust. 3, P. 1126/111, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Klos Marie Katharina, am 29. Dec. 1884.
" " E.-Z. 2757, Baust. 4, P. 1126/112, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Nonsperger Michael, am 29. Dec. 1894.

IV. Bez., E.-Z. 1102, P. 1256/26, 260/27, 260/32, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Dilger Franz, am 29. Nov. 1894.
„ „ E.-Z. 1101, P. 260/31, 260/29, 1256/25, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Darsko Anton, am 20. Nov. 1894.
V. Bez., Siebenbrunnengasse, E.-Z. 1663, P. 732/16, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Wagner Friedrich, am 20. Dec. 1894.
„ „ Gassergasse, E.-Z. 297, P. 1018, bish. Bes. Wonka Ignaz, grdb. übertr. an Rost Karl, am 7. Dec. 1894.
„ „ Schallergasse, E.-Z. 112, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Specht Hugo, am 31. März 1894.
„ „ Herthergasse, E.-Z. 113, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Specht Hugo, am 31. März 1894.
„ „ Schallergasse, E.-Z. 1985, 1989, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Specht Hugo, am 31. März 1894.
„ „ E.-Z. 2035, bish. Bes. Neumann Marie, grdb. übertr. an Neumann Emilie, am 23. Nov. 1894.
„ „ Kompertgasse, E.-Z. 1712, P. 981/1, 982/2, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Spielmann Heinrich, am 1. Dec. 1894.
VII. Bez., E.-Z. 1342, P. 1696/17, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Dobrowolski Josef ½, Dobrowolski Marie ½, am 25. Sept. 1894.
„ „ E.-Z. 1341, P. 1306/7, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Hein Dominik, am 28. Nov. 1894.
IX. Bez., Clusiusgasse, E.-Z. 1329, Bauft. 4, P. 1305/4, E.-Z. 1330, Bauft. 5, P. 1305/5, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Stauß Wilhelm, am 5. Nov. 1894.
„ „ Sobieskigasse, E.-Z. 1609, P. 973/1, 974/3, 547/18, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Dreisiebner Josef, am 27. Oct. 1895.
„ „ Sobieskigasse, E.-Z. 1609, P. 973/1, 974/1, 547/18, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Wehle Emil, am 15. Oct. 1894.
X. Bez., E.-Z. 1514, bish. Bes. Makowsky Marie ½, grdb. übertr. an Tarnoczy Ottilie 1/10, Makowsky Martin 1/10, Makowsky Emil 1/10, Makowsky Leopold 1/10, m. Makowsky Johann 1/10, am 21. Dec. 1894.
„ „ E.-Z. 1034, bish. Bes. Biegl Georg ½, grdb. übertr. an Biegl Othmar ¼, Biegl Ludwig ¼, am 31. Dec. 1894.
„ „ Neilreichgasse, E.-Z. 1184, P. 1822, E.-Z. 1186, P. 1826, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Boit Wenzel, am 27. Juni 1894.
„ „ E.-Z. 1158, Bauft. 226, Gr. XXVI, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Kantor Rosa, am 4. Jän. 1895.
„ „ E.-Z. 1054, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Mayer Johann, am 28. Dec. 1894.
„ „ Inzersdorf, E.-Z. 556, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Hayek Emanuel, am 3. Oct. 1894.
„ „ Inzersdorf, E.-Z. 586, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Hirt Heinrich ½, Hirt Rosalia ½, am 12. Dec. 1894.
„ „ Inzersdorf, E.-Z. 1163, 1162, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Kosina Josef, ¼, Greiner Johann ¼, Schüßler Franz ¼, Dürscherl Johann ¼, am 31. Dec. 1894.
„ „ Oberlaa, E.-Z. 412, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Engelmeyer Josef ½, Engelmeyer Magdalena ½, am 12. Nov. 1894.
„ „ Inzersdorf, E.-Z. 953, 950, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Hanak Wenzel ½, Hanak Therese ½, am 10. Jänn. 1895.
XI. Bez., Simmering, E.-Z. 1264, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 21. Dec. 1894.
„ „ Simmering, E.-Z. 623, 627, 632, 633, 662, 665, 672, bish. Bes. Bader Moriz 3/10, grdb. übertr. an Bader Hermine 3/10, am 16. Dec. 1894.
„ „ Simmering, E.-Z. 384, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Hans Josef, am 21. Juli 1894.
„ „ Simmering, E.-Z. 318, bish. Bes. Rezac Franz ½, grdb. übertr. an Tuscher Wilhelm 2/8, Tuscher Anastasia 1/8, m. Tuscher Wilhelm 1/8, am 12. Dec. 1894.
„ „ Simmering, E.-Z. 81, bish. Bes. Grill Gregor ½, grdb. übertr. an Grill Adelheid ½, am 12. Dec. 1894.
„ „ Kaiser-Ebersdorf, E.-Z. 372, P. 1614, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Krottendorfer Anton ½, Krottendorfer Anna ½, am 17. Dec. 1894.
„ „ Simmering, E.-Z. 27[illegible], bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Firma E. Pilhals Nachfolger Schalit & Abelmann, am 6. Dec. 1894.
XII. Bez., Unter-Meidling, E.-Z. 1159, P. 193/19, E.-Z. 1100, P. 2/2, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Laufer Adolf ½, Laufer Marie ½, am 3. Dec. 1894.
„ „ Unter-Meidling, E.-Z. 1310, Bauft. XX, P. 19/19, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Lang Josef ½, Lang Julie ½, am 18. Dec. 1894.
„ „ Unter-Meidling, E.-Z. 955, P. 207/3, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Kellner Ferdinand ½, Kellner Katharina ½, am 15. Dec. 1894.
„ „ Unter-Meidling, E.-Z. 1346, P. 395/2, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Firma Neudorfer Bierbrauerei Robert Herzfelder & Comp., am 15. Dec. 1894.
„ „ Hetzendorf, E.-Z. 114, P. 132/36, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Gold Anton ½, am 5. Jän. 1895.
„ „ Hetzendorf, E.-Z. 115, P. 132/37, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Baubela Wladimira, am 5. Jän. 1895.
„ „ Hetzendorf, E.-Z. 303, P. 416/[illegible], 416/3, E.-Z. 391, P. 416/4, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Oesterreicher M. E., am 22. Nov. 1894.
XIII. Bez., Unter-Meidling, E.-Z. 1058, P. 112/29, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Zeinlinger Franz, Zeinlinger Katharina, am 11. Jän. 1895.
„ „ Altmannsdorf, E.-Z. 70, 203, 251, 306, 332, bish. Bes. Zierer Juliana ½, grdb. übertr. an Zierer Leopold ½, am 19. Dec. 1894.
„ „ Unter-Meidling, E.-Z. 790, Bauft. I, P. 114/1, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Lasnowsky Katharina, am 15. Jän. 1895.
„ „ Hütteldorf, E.-Z. 388, P. 646/52, bish. Bes. Kurka Amalie ½, grdb. übertr. an Kurka Franz ½, am 20. Dec. 1894.
„ „ Hütteldorf, E.-Z. 479, P. 752, bish. Bes. Kurka Franz ½, grdb. übertr. an Kurka Amalie ½, am 20. Dec. 1894.
„ „ Penzing, E.-Z. 266, P. 409/15, E.-Z. 818, P. 409/10, E.-Z. 819, P. 409/11, E.-Z. 820, P. 409/12, E.-Z. 821, P. 409/13, E.-Z. 822, P. 409/14, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Marmorek Simon, am 23. Dec. 1894.
„ „ Hütteldorf, E.-Z. 234, P. 540/1, 540/2, E.-Z. 238, P. 546, E.-Z. 254, P. 564, E.-Z. 258, P. 570/1, 570/2, E.-Z. 310, P. 625, E.-Z. 271, P. 585, E.-Z. 389, P. 646/53, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Küster Josefa ½, Küster Jakob ½, am 20. Dec. 1894.
„ „ Hütteldorf, E.-Z. 300, P. 614, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Christ Matthias, am 4. Jän. 1895.
„ „ Ober-St. Veit, E.-Z. 1107, P. 143/1, 143/2, 143/3, 143/4, 143/5, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Wiener Baugesellschaft ½, den Wiener Bankverein ½, am 7. Jän. 1895.
„ „ Unter-St. Veit, E.-Z. 263, P. 247, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Ehrenfeld Adolf, Dr., am 11. Jän. 1895.
„ „ Unter-Baumgarten, E.-Z. 330, P. 232/1, bish. Bes. ?, grdb. an Pfoff Franz ½, Pfoff Adelheid ½, am 13. Dec. 1894.
XIV. Bez., Rudolfsheim, E.-Z. 1188, P. 1010/1, 1105/1, 1106/2, 1107/2, E.-Z. 1247, P. 1008/4, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Kral Josef, am 9. Jän. 1895.
XV. Bez., Fünfhaus, E.-Z. 815, P. 381/1, 194/46, E.-Z. 816, P. 382/3, 383, 194/47, E.-Z. 817, P. 194/48, 382/2, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Wimberger Paul ½, Wimberger Anna ½, am 30. Dec. 1894.
„ „ Fünfhaus, E.-Z. 466, P. 131/26, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Firma Sturánÿ Marie und Johann, am 22. Jän. 1895.
XVI. Bez., Ottakring, E.-Z. 2120, bish. Bes. Seidl Bernhard, grdb. übertr. an Seidl Katharina, am 11. Dec. 1894.
„ „ Ottakring, E.-Z. 2787, 2788, 2789, 2790, 2801, 2805, 2806, 2807, bish. Bes. Sachs Alfred ¼, grdb. übertr. an Frankl Julius ¼, am 15. Dec. 1894.
„ „ Ottakring, E.-Z. 527, P. 1996, E.-Z. 528, P. 2011, E.-Z. 529, P. 2012, bish. Bes. Planer Francisca ½, grdb. übertr. an Dietz Francisca 1/10, Rickardt Emilie 1/10, Planer Karl 1/10, Planer Leopoldine 1/10, m. Planer Hermine 1/10, am 20. Dec. 1894.
„ „ Ottakring, E.-Z. 1822, P. 2663, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Schmolz Johann, am 2. Jän. 1895.
„ „ Ottakring, E.-Z. 8, P. 496/5, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Schwingenschlegel Matthias ½, Schwingenschlegel Barbara ½, am 28. Nov. 1894.
„ „ Ottakring, E.-Z. 527, P. 1966, E.-Z. 528, P. 2011, E.-Z. 529, P. 2012, bish. Bes. Verlassenschaft Planer Jakob jun. 1/12, grdb. übertr. an Dietz Francisca 1/60, Rickardt Emilie 1/60, Planer Karl 1/60, Planer Lepoldine 1/60, m. Planer Hermine 1/60, am 24. Oct. 1894.
„ „ Ottakring, E.-Z. 180, P. 728/1, 728/2, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Opawsky August jun., am 3. Dec. 1894.
„ „ Ottakring, E.-Z. 2312, P. 738/39, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Weese Ferdinand, am 4. Dec. 1894.
„ „ Neulerchenfeld, E.-Z. 705, P. 345/14, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Meißner Ferdinand jun., am 4. Dec. 1894.
„ „ Ottakring, E.-Z. 2476, P. 2901/1, 2901/2, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Charbusky Franz ½, Charbusky Bertha ½, am 24. Nov. 1894.
„ „ Neulerchenfeld, E.-Z. 799, P. 69/2, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Wudy Marie, am 16. Dec. 1894.
„ „ Ottakring, E.-Z. 655, P. 27, bish. Bes. m. Lang Josefa, grdb. übertr. an Fuchs Josef, am 16. Jän. 1895.
„ „ Ottakring, E.-Z. 628, P. 638, bish. Bes. Lang Leopold ½, grdb. übertr. an m. Lang Marie ½, am 12. Dec. 1894.
XVII. Bez., Dornbach, E.-Z. 530, bish. Bes. Wanbacher Leopoldine ½, grdb. übertr. an Twaroch Johann, am 11. Dec. 1894.
„ „ Dornbach, E.-Z. 856, P. 558, 816/1, 835, 836, 850, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Büringer Johann ½, Büringer Theresia ½, am 30. Dec. 1894.
„ „ Hernals, E.-Z. 1794, P. 18/2, 22/12, E.-Z. 1795, P. 17/1, 22/31, 18/3, 22/30, 18/4, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Schaffer Juliana ½, Dalecky Francisca ½, am 9. Jän. 1895.
„ „ Hernals, E.-Z. 1225, P. 545/76, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Meidenbauer Josefa, am 10. Jän. 1895.
„ „ Hernals, E.-Z. 1225, P. 545/76, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Kornherr Franz, am 5. Jän. 1895.

XVIII. Bez., Gersthof, E.-Z. 801, P. 187/45, 710/7, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Broelemann Alfred ½, Broelemann Emmy ½, am 31. Dec. 1894.
„ „ Gersthof, E.-Z. 829, P. 175/60, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Müller Josef ½, Müller Agnes ½, am 3. Jän. 1895.
„ „ Neustift am Walde, E.-Z. 9, P. 315, 330/14, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Bonholzer Georg ½, Bonholzer Marie ½, am 8. Jän. 1895.
„ „ Gersthof, E.-Z. 429, P. 631, E.-Z. 430, P. 632, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Trtschka Wenzel, am 7. Jän. 1895.
„ „ Gersthof, E.-Z. 830, P. 150/1, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Oberst Paul, am 6. Jän. 1895.
XIX. Bez., Ober-Sievering, E.-Z. 124, P. 283/1, E.-Z. 125, P. 61, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an den Nußdorfer Spar- und Vorschußverein, reg. Genossenschaft mit unbeschr. Haftung, am 22. Nov. 1894.
„ „ Ober-Döbling, E.-Z. 970, P. 870/59, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Borkowski Karl, Ritt. v., am 28. Dec. 1894.
„ „ Grinzing, E.-Z. 668, P. 201/2, bish. Bes. Mandl Theresia 1/3, Graf Theodor 1/3, grdb. übertr. an Graf Franz 1/6, Graf Marie 3/6, am 22. Dec. 1894.
„ „ Ober-Döbling, E.-Z. 1109, P. 654/7, E.-Z. 1110, P. 654/8, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Bösch Adolf, am 18. Dec. 1894.
„ „ Nußdorf, E.-Z. 54, P. 537, bish. Bes. m. Kirlinger Anton 1/4, Kirlinger Barbara 1/4, Kirlinger Karoline 1/4, grdb. übertr. an Kirlinger Josef 3/4, am 27. Dec. 1894.
„ „ Ober-Döbling, E.-Z. 178, P. 1033, E.-Z. 179, P. 1034, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Rumpel Georg, am 24. Dec. 1894.
„ „ Heiligenstadt, E.-Z. 4, P. 533/1, 533/3, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Commission für Verkehrsanlagen in Wien, am 16. Nov. 1894.
„ „ Ober-Döbling, E.-Z. 258, P. 989/1, 989/2, 990, 991, 993, 992/1, E.-Z. 668, P. 531, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Schwarz Katharina 1/10, Wendl Georg 1/10, Wendl Karl 1/10, Munsch Marie 1/10, Manhard Hermine 1/10, Verlassenschaft nach Tenschert Adelheid 1/10, Schreiber Leopoldine 1/10, m. Wendl Edmund 1/10, m. Tesař Richard 1/10, m. Wendl Katharina 1/40, m. Wendl Johann 1/40, m. Wendl Josef 1/40, m. Wendl Rosa 1/40, am 30. Oct. 1894.
„ „ Ober-Döbling, E.-Z. 1106, P. 770/3, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Hauser Anton ½, Hauser Ludmilla ½, am 18. Dec. 1894.
„ „ Heiligenstadt, E.-Z. 161, P. 521/2, 521/3, 522, E.-Z. 140, P. 517/1, 517/2, 518, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Commission für Verkehrsanlagen in Wien, am 13. Aug. 1894.
„ „ Unter-Döbling, E.-Z. 143, P. 324, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Markus Aloisia ½, am 18. Dec. 1894.
„ „ Ober-Döbling, E.-Z. 699, P. 869/85, 869/88, 870/11, 870/44, 973/3, 973/8, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Medetz Irene, am 18. Dec. 1894.
„ Heiligenstadt, E.-Z. 624, P. 174/4, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Fürth Julius, Dr., am 20. Dec. 1894.
„ „ Nußdorf, E.-Z. 501, P. 82/25, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Rothschild Nathaniel, Freih. v., am 20. Dec. 1894.
„ „ Ober-Sievering, E.-Z. 166, P. 478, bish. Bes. Schindler Josef 1/6, Schindler Wilhelmine 1/6, Blöckinger Anna 1/6, Schießer Aloisia 1/6, grdb. übertr. an Schindler Johann 1/3, Steinmetz Marie 1/3, am 12. Dec. 1894.
„ „ Ober-Sievering, E.-Z. 272, 273, P. 309/1, 309/2, bish. Bes. Zisch Juliane ½, grdb. übertr. an Zisch Josef 1/4, Schumak Leopoldine 1/4, am 9. Oct. 1894.
„ „ Unter-Sievering, E.-Z. 270, bish. Bes. Oehler Johann 1/3, Romich Emilie 1/3, grdb. übertr. an Romich Oskar, Dr., am 26. Nov. 1894.
„ „ Ober-Sievering, E.-Z. 199, P. 319, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Stingl Georg ½, Stingl Margarethe ½, am 10. März 1890 und am 7. Dec. 1894.
„ „ Grinzing, E.-Z. 626, P. 357/2, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Böhmer Johann, am 10. Jän. 1895.
„ „ Heiligenstadt, E.-Z. 153, P. 515, 516/1, 516/2, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Commission für Verkehrsanlagen in Wien, am 28. Juli 1894.
„ „ Nußdorf, E.-Z. 23, P. 202/1, 202/2, E.-Z. 24, P. 308, E.-Z. 25, P. 822, bish. Bes. Mattes Franz ½, grdb. übertr. an Mattes Karl 1/6, Mattes Rudolf 1/6, Fexer Marie 1/6, am 4. Dec. 1894.

Gewerbeanmeldungen vom 13. Februar 1895.

(Fortsetzung.)

Czaudek Julius — Optiker — XVI., Herbststraße 31.
Neumann Ernestine — Pfaidlerin — XV., Mariahilfergürtel 11.
Neger Josef — Reparatur von Nähmaschinen und Fahrrädern — XIV., Rustengasse 7.
Pruscha Franz — Schuhmacherzugehör-Verschleiß — XIV., Braunhirschengasse 31.
Aneracher Emilie — Selchwaren-Verschleiß — XIV., Diefenbachgasse 4.
Barton Josefine — Seiden- und Flachstickerei — XI., Hauptstraße 58.
Weiß Adolf — Thee-Verschleiß — VIII., Josefstädterstraße 17.
Zidlicky Vincenz — Tischler — XVII., Beheimgasse 56.
Hatzl Anton — Victualien-Verschleiß — XVIII., Kirchengasse, Markt.
Soll Marie — Wäscheputzerin — XIV., Arnsteingasse 29.
Slietowsky Josef — Weinagentie — XVIII., Währingergürtel 120.
Hajek Franz — Zeitungs-Verschleiß — XVI., Thaliastraße 48.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 14. Februar 1895.

Blaha Alois — Agentie für Kranken- und Leichenversicherungsvereine — XV., Kranzgasse 3.
Ornstein Emil — Agentie in Tuchwaren — I., Marc Aurelstraße 6.
Greif Anton, Kauder Julius — Bank- und Commissionsgeschäft — I., Rauhensteingasse 8.
Kirsch Rudolf — Bäcker — VII., Stuckgasse 6.
Günther Karl Hermann August — Buchbinder — VI., Windmühlg. 34.
Schug Karl — Commissionshandel mit Fahrrädern — VI., Amerlingstraße 8.
Engelsmann Wilhelm — Commissionswaren-Verschleiß — VII., Burggasse 36.
Haan Georg — Commissionswaren-Verschleiß — VII., Neustiftgasse 39.
Gfaller Franz — Depositorium — XIII., Lainzerstraße 243.
Schlehofer Peter — Drechsler — XVI., Römergasse 26.
Österreich F. in Rosenthal — Eisgewinnung — XIII., Schanzgasse 2.
Lorenz Adolf — Einspänner 718 — VII., Stiftgasse.
Lorenz Adolf — Einspänner — IV., Favoritenstraße 13.
Hulla Alexander — Fabriksmäßige Erzeugung von Fahrrädern — VII., Hermanngasse 29.
John Josef — Flaschenbier-Verschleiß — XIII., Penzingerstraße 42.
Richter Josef — Galvaniseur — VII., Kandlgasse 23.
Pokorny Josef — Gas- und Wassereinleitungsgewerbe — XIV., Märzstraße 33.
Tupy Veronika — Gastwirts-Schankgewerbe — XVIII., Gentzgasse 31.
Ungar Fanni — Gast- und Schankgewerbe — XII., Plankengasse 1.
Brandl Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Stolzenthalergasse 26.
Lorenz Sophie — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Bennogasse 10.
Wipper Therese — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Burggasse 7.
Bondi Johann L. — Herausgeber der periodischen Druckschrift „Allgemeine Postmeister-Zeitung" — VII., Stiftgasse 3.
Fried Maximilian, Dr. — Herausgeber der periodischen Druckschrift „Neue freie Montagspresse" — VII., Westbahnstraße 6 a.
Iseli Martin — Hufstollen- und Wagenschraubengewerbe — XVIII., Kreuzgasse 32.
Peters Anna — Kaffeehausgewerbe — XVI., Burggasse 128.
Wisgrill Ferdinand — Kaffeesieder — VII., Burggasse 67.
Čech Josef — Kleidermacher — XV., Clementinengasse 17.
Hrbek Alois — Herrenkleidermacher — VII., Hermanngasse 10.
Nagl Auguste — Kürschner — VII., Siebensterngasse 35.
Flohrer Johann — Ledergalanteriewaren — VI., Gumpendorferstr. 118.
Wittels Sieghart — Ledergalanteriewaren-Erzeugung — VI., Liniengasse 39.
Werner Leopold — Lithograph — VII., Kaiserstraße 31.
Korda Johann — Marktvictualienhandel — XVIII., Markt in der Kreuzgasse.
Pollak Konrad — Marktvictualienhandel — XV., Reithofferplatz.
Eßler Barbara Anna — Modistin — VII., Zieglergasse 25.
Kobitzer Anna — Obst- und Grünwarenhandel im Umherziehen — XVIII., Gürtelstraße 8.
Fischer Salomon — Pferdehandel — X., Himbergerstraße 58.
Dibelka Leopoldine — Posamentierergewerbe — VII., Neubaugasse 9.
Klein Moriz — Schlosser — VII., Mariahilferstraße 76.
Rankl Josef — Schuhmacher — XIV., Märzstraße 44.
Zoubek Johann — Schuhmacher — XVI., Hasnerstraße 79.
Morawetz Theresia — Tischlergewerbe — VI., Gumpendorferstraße 115.
Nemeczek Anna — Tischlergewerbe — VII., Mariahilferstraße 116.
Riedl Karl — Tischler — VII., Kaiserstraße 79.
Welser Karl — Verschleiß von Bier und Wein in handelsüblich verschlossenen Gefäßen — VI., Marchettigasse 1.
Goldstein Julie — Verschleiß von Kurz-, Wirk-, Mode-, Nürnberger- und Manufacturwaren — I., Salzgries 13.
Holaubek Leopoldine — Victualien-Verschleiß — VIII., Langegasse 8.
Launer Barbara — Verschleiß von Victualien — VIII., Florianig. 33.
Sacra Helene — Victualien-Verschleiß — VII., Neubaugasse 44.
Karwautz Anna — Wäschergewerbe — XVIII., Schöffelgasse 19.
Kolouch Marie — Wäscheputzergewerbe — XIV., Graumanngasse 4.
Nedomansky Leopold — Wäscheputzer — XV., Neubaugürtel 39.
Rieglhofer Louise — Zeitungs-Verschleiß — VII., Breitegasse 17.
Katzer Therese — Zimmer-, Wohnungs- und Häuserreinigungsgewerbe — VII., Stiftgasse 9.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 15. Februar 1895.

Kraus Franz, Freiherr v., Tölk Josef — Atelier für Architektur — IX., Wasagasse 12.
Kafka Johann — Bau- und Galanteriespengler — XVII., Beheimgasse 35.
Bauer Johann — Bier-, Thee- und Branntweinschank — XVII., Geblergasse 101.
Bauer Marie — Bier-, Thee- und Branntweinschank — XVII., Geblergasse 101.
Kautnik Karl — Bildhauer — V., Gartengasse 3.
Kraus Johanna — Branntweinschank — XII., Wilhelmstraße 31.
Koller Franz — Colportage — I., Opernring 15.
Peschke Hugo — Colporteur — VI., Gumpendorferstraße 123.
Singer Leopold, Wolf Leopold, Löwenfeld Otto — Commissionshandel mit Möbelfournituren — VI., Mariahilferstraße 51.
Knopf Israel — Commissionsweiser Verkauf von Ölfarbendruckbildern — IX., Müllnergasse 22.
Schorstein Adolf, Dr. — Hof- und Gerichtsadvocat — IX., Maria Theresienstraße 5.
Meix Karl — Drechsler — XIV., Bachergasse 8/10.
Lederer Sebastian — Einsammeln von Beiträgen für den Leichenverein „Salvator" — XVI., Brunnengasse 68.
Samschel Friedrich — Einsammeln von Beiträgen für Leichenvereine — XVI., Johann Nepomuk Bergerplatz 4.
Halmannsberger Karl — Einspänner (Lic.-Nr. 596) — VI., Webg. 9.
Syrovy Leopold — Feilbieten von Victualien im Umherziehen — V., Gartengasse 18.
Theuer Therese — Fiaker (Lic.-Nr. 485) — IV., Wiedner Hauptstraße.
Tomayer Friedrich — Fiaker (Lic.-Nr. 455) — I., Seitzergasse.
Widi Michael — Fiaker (Lic.-Nr. 331) — I., Hoher Markt.
Kälbl Karoline — Fleischselchergewerbe — V., Hundsthurmerstraße 102.
Schönbeuer Rudolf — Gastwirt — VI., Magdalenenstraße 18.
Jackli Cäcilia — Gebäck-Verschleiß — VI., Ägydigasse 3.
Hammerschmid Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Calvarienberggasse 70.
Kornfeld Arnold — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Glasergasse 18.
Kuczera Veronika — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Gumpendorferstraße 8.
Latzel Wilhelm — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hauptstraße 160.
Robl Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Glasergasse 16.
Windisch Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Hietzinger Hauptstraße 72.
Neugeboren Ignaz — Gürtler und Pfeifenbeschläger — XVI., Neumayergasse 22.
Götzlinger Selma — Handel mit Kinderkleidern — I., Spiegelgasse 14.
Lovrek Rudolf Wilhelm — Handelsagentie mit Eisenwaren — III., Hetzgasse 19.
Kucera Ignaz — Herausgeber der periodischen Druckschrift „Altkatholisch" — VI., Esterházygasse 31.
Rom Bernhard — Herausgeber der periodischen Druckschrift „Wiener Central-Anzeiger" mit Beilage „Central-Stellenanzeiger" — III., Gärtnerg. 16.
Maurer Samuel — Juwelier, Gold- und Silberschmied — VI., Gumpendorferstraße 81.
Altenburger Marie — Kaffeesiederin — I., Kramergasse 6.
Gäck Johann Georg — Kaffeesieder — I., Maximilianplatz 8.
Ortner Lorenz — Kaffeesieder — I., Krugerstraße 18.
Schroeder Peter — Kaffeesieder — I., Kleeblattgasse 11.
Haidvogel Johann — Herrenschneider — XVII., Mariengasse 25.
Mitteröcker Francisca — Damenkleidermacherin — III., Steing. 28.
Rybaicek Johann — Kleidermacher — XVI., Koppstraße 46.
Swoboda Juliana Eleonora — Damenkleidermacherin — V., Rüdigergasse 5.
Bozenilek Josef — Herrenkleidermacher — XVII., Steinergasse 5.
Twaroch Johann — Kleinfuhrwerk — XVII., Beheimgasse 26.
Pavlis Marie — Kleinhandel mit Brennmaterialien — V., Kompertgasse 13.
Sostal Marie — Kleinhandel mit Brennholz, Kohle und Coaks — IX., Pramergasse 1.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Seite

Gemeinderath:

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 15. Februar 1895.

Inhalt:

Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Entschuldigung der Gem.-Räthe Tagleicht, Dr. Friedjung, Koch und Bachofen v. Echt 395
2. Mittheilungen, betreffend den Städtetag 395
3. Oberstkämmerer übermittelt ein Werk über die Waffensammlung des Allerhöchsten Kaiserhauses 395
4. Zuschrift des Reichs-Kriegsministers, betreffend die Abstandnahme von einem Wiederaufbau des abgebrannten Heumagazins des Breitenfelder Verpflegsdepots 395
5. Mittheilungen zur Interpellation des Gem.-Rathes Sauerborn, betreffend angebliche Incorrectheiten beim Abwägen einer Fuhre Heu bei der öffentlichen Wage im X. Bezirke, Eugenplatz . . . 395
6. Desgleichen zu jener des Gem.-Rathes Maresch, betreffend den Competenzconflict zwischen Bezirksschulrath und Stadtrath wegen der Berechtigung zur Gewährung von Aushilfen u. dergl. an Lehrpersonen 395
7. Desgleichen zu jener des Gem.-Rathes Bärtl, betreffend die Anbringung einer transparenten Uhr an der Elisabethkirche am Karolinenplatze im IV. Bezirke 396

Einlauf:
8. Eingabe des Centralbureaus des österr. Gastwirteverbandes, betreffend die Übernahme der englischen Gaswerke in eigener Regie (Überreicht durch Gem.-Rath Seiler) 396
9. Eingabe des Brauherrenvereines von Wien und Umgebung anläßlich der Interpellation des Gem.-Rathes Steiner, betreffend die Art der Erzeugung von Abzugbier seitens einiger Wiener Bierbrauereien 396

Referate:
10. Gem.-Rath Boschan, betreffend den Hauptrechnungsabschluss der Stadt Wien pro 1893 (Schluss der Berathung) 397
11. Bürgermeister Dr. Grübl, betreffend die Ministerial-Entscheidung über den Recurs der Gemeinde Wien wegen Nichtgenehmigung der Abänderung des § 9 der Marktordnung für den täglichen Fleischmarkt in der Großmarkthalle 401
12. Gem.-Räthe Stiaßny und Ritt. v. Goldschmidt, betreffend das Canalbauten-Präliminare pro 1895 408
13. Gem.-Räthe Dr. Vogler und Dr. Daum, betreffend das Schulbauten-Präliminare pro 1895 417
14. Gem.-Rath Josef Müller, betreffend das Project für die Erweiterung des Wasserleitungs-Rohrnetzes in Dornbach und Neuwaldegg (Baulos VII a) 430

Beschluss-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes vom 15. Februar 1895.

Inhalt:
1. Gem.-Rath Matthies, betreffend Verleihung der großen goldenen Salvator-Medaille an den prakt. Arzt Dr. Karl Reitter . . . 431
2. Gem.-Rath Dr. Vogler, betreffend Fortbezug der Gnadengabe für Leopoldine Adam 431
3. Derselbe, betreffend Verleihung der großen goldenen Salvator-Medaille an A. M. Beschorner 431

Stadtrath:
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 7. Februar 1895 (vormittags) 431
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 7. Februar 1895 (nachmittags) 434

Allgemeine Nachrichten:
Commission für Verkehrsanlagen 437
Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Währing 437
Schul-Angelegenheiten:
Bezirksschulrath der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien . . 437
Approvisionierung:
Täglicher Fleischmarkt vom 10. bis 16. Februar 1895 437
Pferdemarkt vom 15. Februar 1895 438
Schlachtviehmarkt vom 18. Februar 1895 438
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 16. Februar 1895 438
Städtisches Lagerhaus 438
Militär-Angelegenheiten:
Hauptstellung der in Wien heimatsberechtigten Stellungspflichtigen im Jahre 1895 438
Öffentliche Sicherheit 439
Gewerbe-Angelegenheiten:
Genossenschaft der Weißgerber 439
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 14. bis 18. Februar 1895 . . . 439
Realitäten-Verkehr in Wien vom 1. bis 31. Jänner 1895 440
Baustellen-Verkehr in Wien vom 1. bis 31. Jänner 1895 443
Gewerbeanmeldungen 445
Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Maaß), Wien, I., Wallfischgasse 10.

Offert-Ausschreibungen.*)

1895.

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	Gegenstand
28. Februar 10 Uhr	Departement VII (Mag.-Rath Dr. Jaitner)	M.-Z. 203926. Vergebung der **Lieferung und Einschaltung** von 3500 Stück Wassermessern sammt Versetzung der Wassermesserschutzkästen und Instandhaltung der Wassermesser im Kostenerfordernisse von 84.000 fl 3—3
1. März 10 Uhr	Departement V (Mag.-Rath Linsbauer)	M.-Z. 10051. Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten** für den Umbau des Haupt-Unrathscanales in der Gumpendorferstraße im VI. Bezirke längs der Häuser Or.-Nr. 90 bis 92 im Kostenbetrage von 1352 fl. 20 kr. und 400 fl. Pauschale. 2—3
4. März 10 Uhr	detto	M.-Z. 190282. Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten** für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der Blindengasse im VIII. Bezirke im Kostenbetrage von 1193 fl. 27 kr. und 120 fl. Pauschale. 2—3

*) Pläne, Kostenanschläge &c. können im Stadtbauamte während der Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse sind bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. erhältlich.

Offerenten haben ein Exemplar der bezüglichen Bedingnisse mit den dem Projecte beiliegenden Original-Bedingnissen genau in Übereinstimmung zu bringen, eventuell zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu übergeben.

Dem Offerte ist ein Vadium von **5 Percent der Kostenanschlagssumme** anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf später einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestaltete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlungen, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich die Gemeinde vor.

Ad Prot.-Nr. 6770
Ref.-Nr. 96 ex 1895. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Lieferung von 69 Stück Sitzbänken** nach dem Muster der Ringstraßenbänke für die städtischen Gartenanlagen in den Gemeindebezirken IV, VIII, XVI und XVII wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Montag den 4. März d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die allgemeinen und speciellen Bedingnisse im obigen Bureau während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte **ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen** oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 16. Februar 1895. 1—3

Zur Statth.-Z. 11593 ex 1895.

Kundmachung.

(Wasserrechtliche Verhandlung für die Theilstrecke Schreiberbach—Postgasse des am rechten Ufer des Donaucanales herzustellenden Haupt-Sammelcanales.)

Die Commission für Verkehrsanlagen in Wien hat im Einvernehmen mit der Gemeinde Wien das Project für die Theilstrecke Schreiberbach—Postgasse des nach Maßgabe der Bestimmungen des Gesetzes vom 18. Juli 1892 (R.-G.-Bl. Nr. 109), betreffend die Ausführung öffentlicher Verkehrsanlagen in Wien, am rechten Ufer des Wiener Donaucanales herzustellenden Haupt-Sammelcanales im Hinblicke auf die §§ 16 und 72 des Wasserrechtsgesetzes vom 28. August 1870 (L.-G.- und V.-Bl.- Nr. 56) zur Durchführung der wasserrechtlichen Verhandlung und behufs Ertheilung der Ausführungsbewilligung beziehungsweise Fällung der begehrten Enteignungsaussprüche hieher geleitet.

Die Verhandlung über dieses Project findet am **8. und 9. März** 1895 unter der Leitung des k. k. Bezirkshauptmannes Dr. v. Friebeis mit der Eintheilung statt, dass am 8. März 1895 vormittags die Begehung der Strecke Schreiberbach—Brigittabrücke (Versammlung der Commissionsmitglieder um 9 Uhr vormittags im Bahnhofe Nussdorf der Franz Josefs-Bahn), und am selben Tage nachmittags die Begehung der Strecke Brigittabrücke—Postgasse (Versammlung der Commissionsmitglieder um 2½ Uhr nachmittags auf der Brigittabrücke) vollzogen wird, während die mündliche Verhandlung am folgenden Tage mit dem Beginn um

*

10 Uhr vormittags im Wiener Rathhause (I. Bezirk), Sections-zimmer V des Präsidialbureaus, I. Stock, abgehalten wird.

Bis zum Statthaben dieser Verhandlung liegen die Pläne und die Ausweise über die zu enteignenden, beziehungsweise mit Dienstbarkeiten zu belastenden Grundstücke, sowie über die Namen deren Besitzer im Rathhause, Sectionszimmer III des Präsidialbureaus, während der gewöhnlichen Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf.

Etwaige Einwendungen gegen das Unternehmen können während des Aufliegens der Pläne im Magistrats-Departement V (Magistratsrath Linsbauer, Rathhaus, 4. Stiege, Mezzanin) und schließlich bei der Verhandlung selbst vorgebracht werden.

Werden solche Einwendungen bis dahin nicht vorgebracht, so werden die Betheiligten als der beabsichtigten Unternehmung und der hiezu nöthigen Abtretung oder Belastung von Grundeigenthum zustimmend angesehen, und wird ohne Rücksicht auf spätere Einwendungen das Erkenntnis gefällt werden.

Hievon geschieht gemäß § 78 des n.-ö. Wasserrechtsgesetzes und nach Artikel VI des Gesetzes vom 18. Juli 1892, betreffend die Ausführung öffentlicher Verkehrsanlagen in Wien, beziehungsweise in sinngemäßer Anwendung des § 14 des Eisenbahn-Enteignungsgesetzes vom 18. Februar 1878 (R.-G.-Bl. Nr. 30) die allgemeine Verlautbarung.

Wien, am 6. Februar 1895.

Von der k. k. n.-ö. Statthalterei. 2—2

G.-Z. 18354.
XI.

Kundmachung.

(David Schwarz'sche Armenstiftung.)

Am 20. Mai 1895 gelangen die Interessen der David Schwarzmann'schen Zustiftung aus dem Jahre 1894 im Betrage von 37 fl. an eine arme Familie ohne Unterschied der Confession zur Vergebung, welcher im Laufe eines Jahres, also seit 20. Mai 1894, ein Unglücksfall widerfahren ist.

Dem Ansuchen sind der Tauf-, respective Geburtsschein, der Trauschein und der Heimatschein des Bittstellers, die Tauf- oder Geburtsscheine der Kinder, endlich ein legales Armutszeugnis beizulegen **und ist der besondere Nachweis zu erbringen, dass der Familie des Bittstellers im seit 20. Mai 1894 laufenden Jahre ein Unglücksfall zugestoßen ist.**

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 6. März 1895** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 6. Februar 1895. 2—3

Statth.-Z. 15269.

Kundmachung.

(Franz Graf Codroipo'sche Stiftung.)

Aus der Franz Graf Codroipo'schen Stiftung sind vier Beträge von je 42 fl. zur einmaligen Betheilung zu vergeben.

Hierauf haben Anspruch arme, heiratsfähige Soldatenmädchen, deren Väter einem der in den ehemaligen inneröstereichischen Ländern gelegenen Regimenter angehören oder angehört haben, sowie Mädchen von Invaliden des Militär-Invalidenhauses in Wien, welche aus einer während der activen Dienstleistung des Vaters nach erster Art geschlossenen Ehe stammen.

Gesuche mit Taufschein, Armuts- und Sittenzeugnis des Mädchens, Angabe, ob der Vater nach erster Art verheiratet ist oder war, sind **bis 1. April 1895** an das vorgesetzte Regiments-, beziehungsweise Invalidenhaus-Commando oder an die zuständige Evidenzbehörde einzusenden.

Wien, am 13. Februar 1895. 1—3

G.-Z. 19843.
XI.

Kundmachung.

(Eva Schierling'sche Stiftplätze.)

Bei der hohen k. k. n.-ö. Statthalterei in Wien sind vier Eva Schierling'sche Stiftplätze mit dem Genusse jährlicher 7 fl. ö. W. zu besetzen.

Berufen zu diesen Stiftplätzen sind arme, blinde oder krüppelhafte, verwaiste Kinder und andere arme, blinde oder krüppelhafte Personen im Alter unter 24 Jahren. Dieselben müssen jedoch in Wien oder in einer anderen Gemeinde Niederösterreichs heimatberechtigt sein.

Bewerber um diese Stiftung haben ihren Gesuchen

1. ihren Taufschein,
2. ihren Heimatschein,
3. den armenärztlichen Befund, in welchem die Blindheit oder die Krüppelhaftigkeit des Petenten bestätigt wird,
4. ein von der Armeninstituts-Vorstehung des Wohnortes bestätigtes Armutszeugnis anzuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 1. März 1895** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 5. Februar 1895. 2—3

Zur coulanten Besorgung aller im **Coursblatte** notierten **Effecten und Valuten** bestens empfohlen:

Wechselstube des Bankhauses

Schelhammer & Schattera

Gegründet 1832.

WIEN I. Bezirk, **Stephansplatz Nr. 11** Parterre.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 16. Freitag, den 22. Februar 1895. Jahrgang IV.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzungen des Gemeinderathes.

Mittwoch, den 27. Februar 1895, 5 Uhr nachmittags.
Freitag, den 1. März 1895, 5 Uhr nachmittags.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **19. Februar 1895** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Raimund Grübl.

Bürgermeister Dr. Grübl: Die Sitzung ist eröffnet.

Geehrte Versammlung! (Die Versammlung erhebt sich von den Sitzen.) Es obliegt mir die traurige Pflicht, dem Gemeinderathe eine überaus schmerzliche Mittheilung zu machen. Unser geliebtes Kaiserhaus und das gesammte Vaterland haben einen schweren Verlust erlitten. Erzherzog Albrecht, der Sieger von Custozza, hat seine thatenreiche Laufbahn beendigt; der würdige Sohn des Siegers von Aspern hat das zeitliche gesegnet. Von tiefer Trauer erfüllt, gedenken wir des Wirkens eines Helden, der auf dem Felde der Ehre für Österreichs Ruhm gekämpft, in den Tagen des Friedens unermüdlich für die Reform unserer tapferen Armee gewirkt und die Traditionen seines erlauchten Vaters mit dem Geiste unserer Zeit verbunden hat.

Ein Vorbild strenger Pflichterfüllung und hingebungsvoller Treue für Kaiser und Vaterland, wird Erzherzog Albrecht in dem Gedächtnis der Mit- und Nachwelt fortleben, sein Wirken wird nach den Worten unseres erhabenen Kaisers bis in die fernsten Zeiten die Ruhmesblätter unserer vaterländischen Geschichte zieren. Ehre dem Andenken des siegreichen Feldherrn! Friede seiner Asche!

Zum Zeichen unserer tiefen Trauer erkläre ich die heutige Sitzung für geschlossen.

(Schluss der Sitzung 5 Uhr 20 Min. abends.)

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Mittwoch, den 27. Februar 1895.
Donnerstag, den 28. Februar 1895.
Freitag, den 1. März 1895.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **11. Februar 1895.**

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Boschan, v. Götz, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Dr. Klotzberg, Kreindl, Dr. Lueger, Matthies, Dr. Nechansky, v. Neumann, Schlechter, Stiaßny, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Entschuldigt: St.-R. Dr. v. Billing, Dr. Lederer, Mayer, Schneiderhan.

Krank: St.-R. Rückauf.

Beurlaubt: St.-R. Vaugoin.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Weiser.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung.

St.-R. Schneiderhan ist neuerdings an einem gichtischen Leiden erkrankt und wird daher sein Ausbleiben von den Sitzungen für die Dauer der Erkrankung entschuldigt.

St.-R. Dr. Lederer entschuldigt sein Fernbleiben von der heutigen Sitzung wegen Unwohlseins.

St.-R. Müller entschuldigt gleichfalls seine Abwesenheit wegen dringender Berufsgeschäfte.

St.-R. Mayer entschuldigt seine Abwesenheit wegen Theilnahme an der gleichzeitig stattfindenden Sitzung der Budget-Commission.

(Zur Kenntnis.)

(995.) **St.-R. Wurm** referiert über die Kündigung der Localitäten im städtischen Hause XIII., Breitensee, Hauptstraße 44, anlässlich des Kirchenbaues in Breitensee und beantragt, das magistratische Bezirksamt für den XIII. Bezirk zu ermächtigen, die Wohnung Nr. 5 in dem erwähnten Hause der k. k. Polizeidirection im Februartermine 1895 halbjährig und die übrigen Localitäten den betreffenden Parteien im Maitermine 1895 vierteljährig zu kündigen. (Angenommen.)

(924.) **Derselbe** referiert über die Baulinienänderung für einen Theil von Hernals zwischen der Hernalser Hauptstraße, Halmgasse, Richthausenstraße und der neu projectierten Straße längs der Spodiumfabrik anlässlich Tracenführung der Vorortelinie der Stadtbahn und beantragt:

1. Mit Rücksicht auf die Anlage der Vorortelinie der Wiener Stadtbahn zwischen der Hernalser Hauptstraße und der Richthausenstraße im XVII. Bezirke wären an Stelle der durch dieselbe unterbrochenen Fortsetzungen der Karlsgasse und Rötzergasse 12·0 m breite Parallelstraßen zur Bahn zu genehmigen, und zwar:

a) die Straße I nach den Linien C D E E' F G und die 6 m breiten Abkappungen C' C, D' D, F' F und G G';

b) die Straße II nach den Linien H I und L M und die 6 m breiten Abkappungen H H', I I', K K', L L'.

2. Die Straße längs der Spodiumfabrik wäre unter Beibehaltung der Straßenbreite von 18·96 m und der Punkte S und V in der Richthausenstraße nach den Linien B O, P Q, R S einerseits, C' T, U V andererseits abzuändern und die Abkappung A B gegen die Hernalser Hauptstraße zu genehmigen.

3. Die Baulinie der Karlsgasse zwischen der Gilmgasse (früher Halmgasse) und der Straße II wäre als geradlinige Fortsetzung der Fronten von Or.-Nr. 121 und 123 nach der Linie N M abzuändern und der Rest der Baustelle Cat.-Parc. 529/12 als Platz zu bestimmen.

4. Die seinerzeit ministeriell genehmigten, im Plane eingezeichneten Niveaux wären mit Ausnahme derer in der Friedhofstraße zu bestätigen.

Für die Friedhofstraße, beziehungsweise rechte Seite der Richthausenstraße wären die eingezeichneten Niveaux zu genehmigen.

5. Für die Verbauung gilt im Sinne des Gemeinderaths-Beschlusses vom 24. März 1893, M.-Z. 333027 ex 1891, der § 42 exclusive Absatz 1 bis 7 der Wiener Bauordnung.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(699.) **Derselbe** referiert über den neuerlichen Bericht bezüglich des Projectes für die Regulierung und Pflasterung der Gürtelstraße von der Fasangasse bis zur Heugasse, III. Bezirk, und beantragt, dass das mit Stadtraths-Beschluss vom 5. September 1893, Z. 6344, principiell genehmigte Project einer Umarbeitung in der Richtung unterzogen werde, dass die Geleise der Wiener Tramway-Gesellschaft in ihrer gegenwärtigen Trace belassen werden. (Angenommen.)

(859.) **Derselbe** referiert über die Zuschrift der k. k. Generaldirection der österreichischen Staatsbahnen puncto Enteignung von Gründen zum Bau der Theilstrecke Hütteldorf–Hietzing der Wienthallinie und beantragt:

Es wäre der k. k. Generaldirection der österreichischen Staatsbahnen mitzutheilen, dass die Gemeinde Wien bereit ist, die Pachtverträge, welche bezüglich der zum Baue der Wienthallinie in der Theilstrecke Hütteldorf—Hietzing enteigneten Grundflächen bestehen, nach Maßgabe der Vertragsbedingungen zu kündigen, wenn der Gemeinde seitens der Bahnunternehmung der bis zum wirklichen Erwerbe der betreffenden Gründe durch die Commission für Verkehrsanlagen entstehende Entgang an Pachtzins ersetzt wird.

Unter der gleichen Bedingung ist die Gemeinde auch bereit, über Verlangen der k. k. Generaldirection die Zustimmung der Pächter zur Auflösung der Pachtverträge vor Ablauf der Kündigungsfrist zu erwirken.

Weiters hätte die Bahnunternehmung die Verpflichtung einzugehen, alle Ansprüche, welche infolge der Kündigung oder infolge der vor Ablauf der Kündigungsfrist erfolgten vorzeitigen Auflösung des Pachtverhältnisses seitens der Pächter erhoben werden, vollständig zu befriedigen, insofern dieselben rechtlich begründet sind.

Die Gemeinde stellt jedoch das Ersuchen, auch in jenen Fällen, in welchen rechtlich begründete Ansprüche nicht vorliegen, mit thunlichster Schonung der Interessen der betreffenden Pächter vorzugehen und denselben in Hinblick auf die ihnen erwachsenden Nachtheile aus Billigkeitsrücksichten eine angemessene Entschädigung zu gewähren.

St.-R. Dr. Klotzberg beantragt, man solle nur unter der Voraussetzung schon jetzt künden, dass die Bahnunternehmung auch solche Entschädigungsansprüche vergütet, welche, wie beispielsweise für Melioration des Bodens, Anlage von Glashäusern, Mistbeeten, Brunnen ꝛc. nur in der Billigkeit begründet sind.

Antrag Dr. Klotzberg, im übrigen der Referenten-Antrag angenommen.

(981.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Wiener Baugesellschaft um Consens zum Umbau des Hauses I., Kärnthnerstraße 20, und beantragt:

1. die Bestätigung des Bauconsenses, und

2. die Genehmigung der Risalite, beziehungsweise Thorportale in der Kärnthnerstraße und am Neuen Markte um den Preis von 380 fl. per Quadratmeter, d. i. um den Betrag von 2132 fl. 94 kr. und des Risalites in der Kupferschmiedgasse um den Preis von 200 fl. per Quadratmeter, d. i. um den Betrag von 641 fl. 20 kr.

(Angenommen; Punkt 2 an den Gemeinderath.)

(715.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Heinrich und der Francisca Porod um Grundentschädigung für I., Kramergasse 3, und beantragt, es werde als Schadloshaltung für den von der genannten Realität zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund per circa 28·36 m² der Betrag von 400 fl. per Quadratmeter für den Fall zugesichert, dass mit dem Umbau des Hauses binnen zwei Jahren begonnen wird.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, vorerst durch den Magistrat erheben zu lassen, ob die Übertragung der bezüglichen Realität an Samuel und Rosalia Schein bereits durchgeführt wurde.

Antrag Dr. Lueger angenommen.

(976.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Firma Josef Heller & Comp. durch Dr. Simon Popper um Einleitung der Schadloshaltungsverhandlung für die Grundabtretung bei dem Hause I., Schulerstraße 20, und beantragt, nach § 12 der Wiener Bauordnung die Erhebung und Verhandlung über die Schadloshaltung noch vor der Bauausführung einzuleiten. (Angenommen.)

(1088.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Firma Josef Heller & Comp. um Genehmigung der Herstellung der Risalite I., Schulerstraße 20, und beantragt, die Genehmigung der projectierten 0·15 m vor die Baulinie vortretenden Risalite gegen Abzug der hiezu erforderlichen Fläche per 1·29 m² von der Straßengrundabtretung.

St.-R. Ritt. v. Neumann und Dr. Lueger beantragen, den Gegenstand zu vertagen, bis die Schadloshaltung für den abzutretenden Grund referiert wird.

Antrag Ritt. v. Neumann und Dr. Lueger angenommen.

(836.) **Derselbe** referiert über die Petition der Genossenschaften der Großfuhrleute und Kleinfuhrwerksbesitzer um Schutz ihrer Interessen bei Ausführung der Erd- und Materialverfrachtung für den Bau des I. Bauloses der Gürtellinie der Wiener Stadtbahn und beantragt, die vorliegende Petition, insoweit dieselbe dahin abzielt, die Gemeinde Wien wolle die Bewilligung zur Straßenbenützung zu den in Rede stehenden Verfrachtungen mittels Bahnanlagen aus öffentlichen Verkehrsrücksichten nicht ertheilen, abzulehnen, dieselbe jedoch der Commission für Verkehrsanlagen in Wien zur Würdigung in ihrem Wirkungskreise vorlegen.

St.-R. Dr. Klotzberg beantragt, die Petition der Verkehrsanlagen-Commission zur eingehenden Würdigung abzutreten.

Antrag Dr. Klotzberg angenommen.

(990.) **Derselbe** referiert über den Bauamtsbericht, betreffend den Stand der wichtigeren städtischen Bauten im IV. Quartale 1894, und beantragt die Kenntnisnahme. (Zur Kenntnis.)

(1087.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Karl Hofmeier um Genehmigung der Risalitanlage I., Kärnthnerstraße Nr. 22, und beantragt, die Überlassung des zur Risalitanlage erforderlichen Grundes per 0·987 m² um den Preis von 400 fl. per Quadratmeter, d. i. um den Betrag von 394 fl. 80 kr.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(1049.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über den Bericht des Stadtanwaltes, betreffend die Vergleichsverhandlung mit Leo Ritt. v. Hertberg wegen Entschädigung für die außerordentliche Wasserentnahme aus dem Quellengebiete oberhalb des Kaiserbrunnens und beantragt, den vom Stadtanwalte gestellten Vergleichs-Antrag zu genehmigen. (Angenommen.)

(902.) **St.-R. Dr. Klotzberg** referiert über die Supplierung des provisorischen städtischen Arztes im Stadtphysikate Dr. Josef Jesner und beantragt:

1. dem provisorischen städtischen Arzte Dr. Josef Jesner den Fortbezug des Honorars per 50 fl. monatlich für die Dauer seiner Erkrankung, spätestens aber bis Ende April dieses Jahres zu bewilligen;

2. die Aufnahme eines supplierenden Arztes für diese Zeit mit dem gleichen Monatshonorar vom 1. Februar 1895 ab zu genehmigen.

(Angenommen.)

Derselbe referiert über Ansuchen um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt, die Ertheilung der Zusicherung an den Bewerber aus dem IX. Bezirke:

(1096.) Prihradny de Brezno Ernst, Eisenwerksbesitzer;

und die Bewerber aus dem XVI. Bezirke:

(617.) Sever Emil Anton, Calculant, und

Brendle Ferdinand, Maschinenschlosser. (Angenommen.)

(1050.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über den Ankauf des Hauses XVI., Ottakring, Langegasse Nr. 11, behufs Errichtung eines Volksbades im XVI. Bezirke und beantragt die Wahl eines Comités behufs Verhandlungen mit dem Eigenthümer.

In das Comité werden die St.-R. Ritt. v. Neumann, Dr. Klotzberg und Matthies gewählt.

(986.) **Derselbe** referiert über die Baulinienbestimmung für die Realität IX., Berggasse 23 und Porzellangasse 1 und 3, und beantragt: Es seien die längs der Gassenfronten der Realität Or.-Nr. 23 Berggasse, Or.-Nr. 1 und 3 Porzellangasse, Grundbuchs-Einlage des IX. Bezirkes 134, bestimmten Baulinien a c, c d und d g nach den Linien a f, f g h i j und j g abzuändern.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(985.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Emil R. v. Förster noe. Franz Macht um Bestimmung des Übernahmspreises für den zur Realität IX., Berggasse 23 und Porzellangasse 1 und 3, einzubeziehenden Straßengrund im Ausmaße von 23·66 m² und beantragt, den Preis mit dem Betrage von 84 fl. per Quadratmeter zu bestimmen. (Angenommen.)

(729.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Moriz Brill um Bekanntgabe des Preises für den im Falle eines Umbaues des Hauses Or.-Nr. 48 Josefstädterstraße, Or.-Nr. 1 Albertgasse, einzubeziehenden Straßengrundtheil in der Albertgasse im Ausmaße von 2·82 m² und beantragt, den Preis mit 70 fl. per Quadratmeter, d. i. also mit dem Gesammtbetrage von 197 fl. 40 kr. zu bestimmen.

(Angenommen.)

(273.) **Derselbe** referiert über die Baulinienbestimmung für die Gfrornergasse im VI. Bezirke und beantragt: Es werde die Baulinie für den Theil der Gfrornergasse im VI. Bezirke zwischen der Gumpendorferstraße und Liniengasse unter Beibehaltung der bisherigen Breite von 6° = 11·38 m und der dermaligen Baufluchten nach den Linien a b und c d bestimmt.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(539.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Moriz und Josef Sturany um Einleitung der Schadloshaltungsverhandlung für die Grundabtretung VII., Siebensterngasse 20 und Stiftgasse 23, und beantragt, die Erhebung und Verhandlung über die Schadloshaltung bezüglich der Grundabtretung bei der Realität Conscr.-Nr. und Einl.-Z. 1096, VII. Bezirk, Or.-Nr. 20 Siebensterngasse, Or.-Nr. 23 Stiftgasse, im Sinne des § 12 der Wiener Bauordnung noch vor dem Umbau auf Kosten der Gesuchsteller zu bewilligen.

Die Giltigkeit dieser Schadloshaltungsbestimmung wäre auf zwei Jahre einzuschränken. (Angenommen.)

(750.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Albert und der Karoline Zeinlinger um Grundtrennung Einl.-Z. 78 Sechshaus und beantragt, die Grundtrennung im Sinne des Magistrats-Antrages zu bewilligen. (Angenommen.)

(1067.) **Derselbe** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis puncto Reconstruction der Sohle des Choleracanales am Kärnthnerring im I. Bezirke und beantragt:

1. die Erd- und Baumeisterarbeiten an den Stadtbaumeister Eduard Rzehaczek mit dem offerierten Nachlasse von 10 Percent zu übertragen; (Angenommen.)

2. die Lieferung der hydraulischen Bindemittel, respective des Portlandcementes an die Firma Gebrüder Leube zum Preise von 2 fl. 85 kr. zu übertragen.

St.-R. Boschan beantragt, diese Lieferung der Firma Ph. Knoch & Comp. zum Preise von 2 fl. 70 kr. per 100 kg zu übertragen.

Dieser Antrag, dem sich Referent anschließt, wird angenommen.

3. Die Vergebung der Klinkerlieferung an die fürstlich Schwarzenberg'sche Thonwaren- und Ockerfarbenfabrik in Zliv zum Preise von 8 fl. per 100 Stück. (Angenommen.)

(918.) **St.-R. Schlechter** referiert über das Project, betreffend die Herstellung eines Schöpfwerkes für Bespritzungszwecke in Neuwaldegg im XVII. Bezirke, und beantragt:

1. Das Bauamtsproject, betreffend die Errichtung eines Schöpfwerkes auf der Cat.-Parc. 77/6 Neuwaldegger Hauptstraße, nächst Nr. 45 dieser Straße im XVII. Bezirke, wäre mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 5200 fl. zu genehmigen.

2. Von den zur Ausführung dieses Projectes erforderlichen Arbeiten und Lieferungen wären

a) die Brunnenmeisterarbeiten,

b) die Herstellung der Pumpenanlage und die Lieferung und Aufstellung des Reservoirs im Wege einer öffentlichen schriftlichen Offertverhandlung;

c) die Lieferung und Aufstellung des Gasmotors, sowie

d) die Gasinstallationsarbeiten im Wege einer beschränkten Offertverhandlung unter Einladung der drei Firmen Langen und Wolf, Polke und Blaschke sicherzustellen, wobei die vorliegenden allgemeinen und besonderen Bedingnisse als Grundlage zu dienen hätten.

3. Für dieses Project wäre im Sinne des § 105 der Bauordnung für Wien vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der nach § 98 dieser Bauordnung vorgeschriebenen commissionellen Verhandlung die Baubewilligung zu ertheilen.

(Angenommen; Punkte 1 und 3 an den Gemeinderath.)

(919.) **Derselbe** referiert über die Interpellation des Gem.-Rathes Röhrl in Betreff der Errichtung eines Schöpfwerkes für Straßenbespritzungszwecke am Rudolfsheimer Marktplatze im XIV. Bezirke und beantragt:

1. Es wäre das Bauamtsproject, betreffend die Räumung und Ausschöpfung des zum Schöpfwerke auf dem Rudolfsheimer Centralmarkte im XIV. Bezirke gehörigen Brunnens zum Zwecke der Erprobung desselben auf seine Ergiebigkeit mit dem Kostenbetrage von 650 fl. zu genehmigen.

2. Die zu dieser Untersuchung nothwendigen Brunnenmeisterarbeiten wären im Wege einer öffentlichen schriftlichen Offertverhandlung auf Grund der beiliegenden allgemeinen und speciellen Bedingnisse zu vergeben. (Angenommen.)

(961.) **Derselbe** referiert über den Verkauf der im XVII. Bezirke, Rötzergasse, deponierten Wasserleitungsröhren und Bruchstücke derselben und beantragt, es wolle der Verkauf derselben im Wege einer beschränkten schriftlichen Offertverhandlung, zu welcher die in dem vom Magistrate vorgelegten Verzeichnisse namhaft gemachten Firmen beizuziehen wären, genehmigt werden. Dieser Offertverhandlung wären die im beiliegenden Berichte des Magistrates festgesetzten Bedingungen zugrunde zu legen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, zu dieser Offertverhandlung noch den Schlosser und Eisenhändler Karl Hallmann, IV. Bezirk, Hundsthurmerstraße 94, einzuladen.

Referenten-Antrag mit Zusatz Dr. Lueger angenommen.

(1019.) **Derselbe** referiert über Reparatursarbeiten an dem Überfallscanale des Reservoirs am Rosenhügel und beantragt, zur Fortsetzung dieser Arbeiten für das Jahr 1895 den auf der Rubrik XXVI 1 c bedeckten Betrag von 2000 fl. zu bewilligen.

(Angenommen.)

(879.) **Derselbe** referiert über die Zustimmung der Gemeinde Wien zur Herstellung einer Mauer anläßlich der Straßenanlage längs der Nordseite der Versorgungsanstalt in Liesing seitens der dortigen Gemeinde und beantragt, die Bewilligung im Sinne des Magistrats-Antrages zu ertheilen. (Angenommen.)

(864.) **Derselbe** referiert über die Zustimmung zur Errichtung eines Steinbruches auf der Parc. 1157/2 in Gumpoldskirchen und beantragt, eine Einwendung nicht zu erheben. (Angenommen.)

(1036.) **St.-R. Dr. Nechansky** referiert über die Eingabe des k. k. Notars Karl Fohleutner als Erbenmachthaber nach Ferdinand Zillinger in Betreff der Zahlung der den Bürgerspitalsfond treffenden Vermögensübertragungsgebüren für das diesem Fonde von dem genannten Erblasser zugewendete Legat und beantragt, von der Ergreifung des Recurses gegen den vorliegenden, diese Gebüren betreffenden Zahlungsauftrag ddto. 10. intimiert 15. Jänner 1895 Umgang zu nehmen und die städtische Hauptcassa zu beauftragen, die Übertragungsgebüren sammt Zuschlag per 8466 fl. und die Immobiliargebür sammt Zuschlag per 2908 fl. 62½ kr., zusammen den Betrag von 11.374 fl. 62½ kr. an den Abhandlungspfleger und Erbenmachthaber k. k. Notar Karl Fohleutner auszubezahlen. (Angenommen.)

(776.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Dr. Wilhelm Leddihn und der Anna Gelmo durch Dr. Adolf Löckner um Löschung der auf dem Hause Einl.-Z. 1116 in Mariahilf, Windmühlgasse, VI. Bezirk, haftenden Servitutseintragung der Albertinischen Wasserleitung und beantragt, in diese Löschung gegen dem einzuwilligen, daß die hieraus erwachsenden Kosten von den Gesuchstellern getragen werden. (Angenommen.)

(1007.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über die Bewilligung von Remunerationen für die mit der Führung der Geschäfte des Ortsschulrathes im IX., X., XV. und XIX. Bezirke betrauten Beamten und beantragt, den im Magistratsberichte angeführten vier Beamten eine Remuneration von je 60 fl. und zur Ausg.-Rubr. XLIII 16 einen Zuschußcredit per 240 fl. zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(Schluß der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **13. Februar 1895.**

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Grübl.
Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, v. Götz, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Dr. Klotzberg, Kreindl, Dr. Lederer. Dr. Lueger, Matthies, Mayer, Müller, Dr. Nechansky, Rückauf, Schlechter, Stiaßny, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Entschuldigt: St.-R. v. Neumann, Schneiderhan.
Beurlaubt: St.-R. Baugoin.
Schriftführer: Magistrats-Concipist H. Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung.

St.-R. Ritt. v. Neumann entschuldigt sein Ausbleiben von der Sitzung. (Zur Kenntnis.)

(883.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über die Krankenversicherung der städtischen Arbeiter und beantragt:

1. Es wäre die Versicherung für den Krankheitsfall bei den bisher noch nicht versicherten dauernd beschäftigten städtischen Arbeitern zu genehmigen.

2. Es wäre die obligatorische Verpflichtung der im Gemeindegebiete Wien dauernd beschäftigten städtischen Arbeiter: „dem neugegründeten Kranken- und Leichenvereine der Gemeindearbeiter Wiens beizutreten", auszusprechen.

3. Seinerzeitige Abmeldung der bei der Wiener Bezirkskrankencassa versicherten städtischen Arbeiter.

4. Übernahme der Zahlung der die Gemeinde nach § 9 der Statuten obigen Vereines treffenden Hälfte der Mitgliederbeiträge (ein Drittel des Gesammtversicherungsbeitrages) für die bisher nicht versicherten städtischen Arbeiter.

5. Übernahme der Zahlung des Gesammtversicherungsbeitrages für die bisher bei der Wiener Bezirkskrankencassa versicherten städtischen Arbeiter, solange sie im städtischen Dienste dauernd verbleiben, an obigen Verein mit Ausnahme der Lagerhaus- und Steinbrucharbeiter in Marbach und Lina.

6. Genehmigung des Gesammtaufwandes (derselbe beträgt circa 19.205 fl.) und Einstellung desselben in das Budget pro 1895.

7. Ertheilung der in Absatz 4 und 5 enthaltenen Zugeständnisse auf Widerruf.

8. Mitwirkung der städtischen Organe bei der Verwaltung eingangs erwähnten Vereines.

9. Bestellung von drei Functionären behufs Intervenierung bei den Vereins-Ausschusssitzungen nach § 33 des Vereinsstatutes.

Diese Functionäre hätten ein Drittel aller Stimmen sowohl im Ausschusse, wie auch in der Generalversammlung zu repräsentieren.

10. Die Zuweisung eines Locales an den Verein im Ermittlungsfalle bis auf Widerruf und ohne Anerkennung irgendeiner rechtlichen Verpflichtung hiezu.

11. Während der Zeit, als die Versicherten Krankengelder beziehen, ist denselben der von der Gemeinde Wien zukommende Bezug einzustellen, insoweit derselbe nicht höher ist als die bezogenen Krankengelder.

St.-R. Schlechter beantragt die Vertagung des Referates bis zu einer der nächsten Sitzungen.

Antrag des St.-R. Schlechter angenommen.

(580.) **Bürgermeister Dr. Grübl** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Seiler wegen Einberufung eines Städtetages zur Berathung über die Mittel zur Behebung der Fleischtheuerung und beantragt, zur Berathung über die gegen die Fleischtheuerung zu ergreifenden Maßnahmen, sowie über die Mittel zur Hebung der einheimischen Viehzucht und besseren Beschickung der Viehmärkte keinen Städtetag einzuberufen, beziehungsweise hierauf abzielende Fragen dem einzuberufenden Städtetage als besonderen Berathungsgegenstand nicht vorzulegen. (Angenommen.)

(1132.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über den Gemeinderaths-Bescheid vom 8. Februar 1895, Z. 753, betreffend den Antrag des Gem.-Rathes Dr. Daum in Betreff der eventuellen Berathung der Frage der Regelung der Zinskreuzer auf dem österreichischen Städtetage 1895, und beantragt, auf diesen Antrag nicht einzugehen. (Angenommen.)

(1220.) **Bürgermeister Dr. Grübl** referiert über die an dem Schätzungselaborate für die städtischen Gaswerke vorzunehmenden Richtigstellungen und beantragt zur Kenntnis zu nehmen, dass diese Sitzung für den 4. März 1895 anberaumt wird, da der Sachverständige Hegener vor diesem Termine an der Theilnahme verhindert ist. (Angenommen.)

(1035.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über den Besetzungsvorschlag für zwei definitive Lehrstellen für classische Philologie am Communal-Obergymnasium im XIX. Bezirke und beantragt, es seien die beiden mit Beginn des Schuljahres 1894/95 am Communal-Obergymnasium im XIX. Bezirke zur Besetzung gelangenden definitiven Lehrstellen für classische Philologie den bisherigen Supplenten dieser Anstalt, Richard Bathelt, unter gleichzeitiger Ertheilung der Altersnachsicht, und an Alois Dießl, beiden mit der Rechtswirksamkeit vom 16. Februar 1895 und unter Zuerkennung der in der betreffenden Concursausschreibung angeführten Bezüge, sowie unter den übrigen daselbst aufgenommenen Bedingungen zu verleihen.

St.-R. Schlechter beantragt, die Verleihung der zweiten Stelle an Dr. Otto Kleiber.

Antrag des St.-R. Schlechter abgelehnt.

Referenten-Antrag angenommen.

(798.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Anton Frank, Verwaltungsadjuncten am Central-Friedhofe, um definitive Anstellung und beantragt, demselben die erledigte Verwaltungsadjunctenstelle mit den systemmäßigen Bezügen in definitiver Anstellung im Sinne der Normen der Dienstpragmatik für die Gemeindebeamten und -Diener der Stadt Wien zu verleihen. (Angenommen.)

(868.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Amtsdienerswitwe Therese Harold um Anweisung der Pension und beantragt, derselben die normalmäßige Witwenpension von 240 fl. mit Rücksicht auf den letzten Activitätsgehalt des verstorbenen Gatten per 600 fl. vom 1. Jänner 1895 unter gleichzeitiger Einstellung der Bezüge des Verstorbenen, sowie Anweisung eines Erziehungsbeitrages von 50 fl. für den am 27. Mai 1876 geborenen Sohn Alois zu bewilligen. (Angenommen.)

(863.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Ottilie Friedl, Controlorswitwe, um Anweisung der Witwenpension und beantragt, die Anweisung der normalmäßigen Witwenpension per 600 fl. mit Rücksicht auf den letzten Activitätsgehalt von 2200 fl. vom 1. Jänner 1895 an unter gleichzeitiger Einstellung der Pensionsbezüge des Verstorbenen. (Angenommen.)

(Bürgermeister Dr. Grübl übernimmt den Vorsitz.)

(294.) **St.-R. Dr. Lederer** referiert über den Ankauf eines Aquarelles, darstellend die Pestsäule am Graben, von Rudolf Alt, und beantragt den Ankauf dieses Blattes um den Betrag von 200 fl. (Angenommen.)

(1056.) **Derselbe** referiert über den Ankauf eines Ölgemäldes von Waldmüller, darstellend Kaiser Franz I., und beantragt den Ankauf dieses Gemäldes um den Betrag von 150 fl. (Angenommen.)

(969.) **St.-R. v. Götz** referiert über die Aufstellung eines Hydranten in der Lainzerstraße in Hietzing für die Dampftramway vormals Krauß & Comp. anläßlich der Betriebseinstellung auf der Strecke Hundsthurmerlinie—Badhausgasse im XIII. Bezirke und beantragt:

1. die nachträgliche Genehmigung der Aufstellung des Hydranten und Abgabe von 15 m^3 Wasser täglich aus der Hochquellenleitung in

Gemäßheit der im Commissionsprotokolle vom 27. December 1894 festgesetzten Bestimmungen;

2. die Abweisung des Ansuchens der k. k. Generaldirection um unentgeltliche Aufstellung und seinerzeitige Wegnahme des Hydranten und unentgeltliche Wasserabgabe;

3. die Berechnung der Selbstkosten für die Aufstellung und Wegnahme des Hydranten;

4. Berechnung des Preises für das abgegebene Wasser inclusive Betriebskosten mit 4 fl. 50 kr. per Hektoliter und Jahr.

(Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Matzenauer übernimmt den Vorsitz.)

(1113.) **Derselbe** referiert über die Refundierung des den Pächtern von städtischen Gründen Cat.-Parc. 504 und 505 in Hütteldorf anläßlich des Hagelschlages am 7. Juni 1894 erlassenen halbjährigen Pachtzinses aus den eigenen Geldern der Gemeinde zum Zwecke der Persolvierung der Julie Brudermann'schen Armenstiftung und beantragt, den erlassenen halbjährigen Pachtzins von zusammen 195 fl. aus den eigenen Geldern und zum Zwecke der Persolvierung der Julie Brudermann'schen Armenstiftung zu refundieren. (Angenommen.)

(10347.) **Derselbe** referiert über das Project für die Verbesserung der Beleuchtung der das neue Schulgebäude II. Bezirk, Pöchlarngasse, umgebenden Straßen und beantragt, die Genehmigung des vom Magistrate vorgelegten Projectes und die jährlichen Gasconsumkosten per 638 fl. 2 kr. (Angenommen.)

(690.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Verschönerungsvereines in Lainz um Übernahme des Vereinsvermögens im Falle der Auflösung des Vereines und beantragt, den § 27 der Statuten, wonach das Vermögen des vorgenannten Vereines für den Fall der Auflösung in die Obhut der Gemeinde Wien übergeht, bis sich in Lainz ein Verein mit gleichen Tendenzen gebildet hat, die Zustimmung zu ertheilen. (Angenommen.)

(791.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr in Unter-St. Veit um Rückvergütung einer einbezahlten Musik-Impostgebür und beantragt die Rückvergütung der einbezahlten Musik-Impostgebür per 15 fl. 80 kr. unter der vom magistratischen Bezirksamte für den XIII. Bezirk aufgestellten Bedingung.

(Angenommen.)

(641.) **Derselbe** referiert über den Bericht über die im Jahre 1894 bei Privat-Gasinstallationen erfolgten Weiterleitungen und Anbohrungen und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(827.) **Derselbe** referiert über die Überlassung eines Platzes bei der Schule Penzing, Trögergasse 3, als Jugendspielplatz durch S. Marmorek und beantragt, demselben den Dank auszusprechen.

(Angenommen.)

(480.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Rosalia Prydl um Änderung der Theilungslinien zwischen mehreren Parcellen Einl.-Z. 324 bis 328 in Lainz, XIII. Bezirk, Veitinger- und Saraugasse, und beantragt, die Änderung der Theilungslinien zwischen den auf Grund der Parcellierungsbewilligung der k. k. Bezirkshauptmannschaft Hietzing vom 13. October 1891, Z. 38162, geschaffenen Parcellen 336/18, 336/19, 336/20, 336/21 und 336/22 in Lainz, XIII. Bezirk, Grundbuch Lainz 324, 325, 326, 327 und 328, Baustellen 42 bis incl. 46, nach Maßgabe der vorliegenden Pläne unter der Bedingung zu genehmigen, dass die in obiger Parcellierungsbewilligung enthaltenen Bedingungen aufrecht bleiben.

(Angenommen.)

(451.) **Derselbe** referiert über Gesuche um Aufnahme in den Gemeindeverband in Wien und beantragt:

a) die Verleihung der Zuständigkeit:

Galle Marie, Haushälterin;
Jung Franz, k. k. Hof-Brunnpolier;
Daxelmüller Johann, Gärtner;
Schaffer Anton, Schriftsetzergehilfe;
Stoiber Josef, Bäckergehilfe;
Stephan Karl, Fabriksarbeiter;
Sacher Franz Karl, Kutscher;
Fetter Liebemund, Gärtner;
Mück Josef, Fabriksarbeiter;
Haselhofer Anna, Handarbeiterin;
Belau Karl, k. k. Sicherheitswachmann;
Matuschek Matthias, Bierführer;
Pfefrle Marie, Private;
Fuchs Josef, Einspännerkutscher;
Schweighofer Josef, Steinmetzgehilfe;
Prochaska Ernst, Schuhmacher;
Pagler Laurenz, Obsthändler;
Schwub Peter, Tischler; (XIII. Bezirk.)

(474.) b) die Zusicherung der Aufnahme in den Gemeindeverband an:

Benedek Josef v., Scontist;
Wanninger Josef, Zinngießergehilfe;
Gasparin Michael, Canalräumergehilfe;
Goldberger Philipp, Brantweinschenker;

(449.) c) die Verleihung der Zuständigkeit an:

Kocourek Rudolf, Gärtnergehilfe;
Kirchmayer Marie, beim Milchmeiergewerbe bedienstet; (XIII. Bezirk.)

(695.) d) die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband an:

Herzog Jakob, Fouragehändler. (XIII. Bezirk.)

(Angenommen.)

(9990, 210, 232.) **Derselbe** referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung an:

Schedel Jakob, Lederhändler;
Anleithner Martin, Hauseigenthümer;
Heitzmann Josef, Posamentierer;
Greileder Josef, Privat;
Grebert Hubert, Eisentrödler;
Kohaubek Ferdinand, Gasthauspächter. (Angenommen.)

(344.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert über das Ansuchen des Siegmund Weiß um Ausfolgung der Caution per 7000 fl. anläßlich der Niveauregulierung IV., Schleifmühlhof, und beantragt die Ausfolgung der Caution per 7000 fl. an Siegmund Weiß gegen dessen stempelfreie Empfangsbestätigung. (Angenommen.)

(978.) **St.-R. Matthies** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 1. Februar 1895, Z. 11144, betreffend das Project der Kaiser Ferdinands-Nordbahn für den Bau eines Eiskellers nächst dem Zollamtsgebäude in der Station Wien, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(992.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit einer Standgebür nach Katharina Hora und beantragt die Abschreibung des Betrages von 7 fl. 20 kr. (Angenommen.)

(1015.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef Cita um Verlängerung des Arbeitstermines für Canalbauten XVI., Hütten-

gasse, Hauslabgasse und Gablenzgasse, und beantragt, den mit 35 Arbeitstagen bestimmten Arbeitstermin für obige Canalbauten um 10 Arbeitstage zu verlängern. (Angenommen.)

(1041.) **Derselbe** referiert über den neuerlichen Bericht über das Ansuchen des Jakob Egg um Grundentschädigung II., Komödiengasse 6, und beantragt, die Schadloshaltung für den abzutretenden Straßengrund per 154·08 m² mit 60 fl per Quadratmeter zu bestimmen. (Angenommen.)

(1128.) **Derselbe** referiert über Gesuche um Verleihung der Zuständigkeit aus dem XVI. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung für:

Lietz Johann, Gastwirt;
Bärtl Marie, Marktvictualienhändlerin;
Buchschachner Ignaz, Schlossergehilfe;
Rudolf Eduard, Posamentierergehilfe;
Katzenbeißer Karl, Eisendrehergehilfe;
Honf Josef, Laternenanzünder;
Sieber Adolf, Schneider;
Stephan Friedrich, Feuerwächter;
Hansal Franz, Schuhmacher;
Baroch Elisabeth, Bedienerin. (Angenommen.)

(887.) **Derselbe** referiert über das Offert bezüglich des Ankaufes der Realität Einl.-Z. 780 im III Bezirke, Wällischgasse, durch die Gemeinde Wien und beantragt die Einsetzung eines Comités. (Angenommen.)

Die Verhandlung wird dem bereits bestehenden Comité, dem die St.-R. Matthies, Dr. Huber und Stiaßny angehören, zugewiesen.

629.) **St.-R. Wikelsberger** referiert über die Errichtung einer Schweinehandels-Betriebsstätte in Brunn a. G., Perchtoldsdorferstraße Nr. 107, seitens des Ferdinand Kraus und beantragt, gegen diese Bauführung für den Fall keine Einwendung zu erheben, dass alle von der k. k. Bezirkshauptmannschaft im Commissions-Protokolle vom 5. Jänner 1895 zum Ausdrucke gebrachten Vorsichten auch strenge eingehalten werden. (Angenommen.)

(1008.) **Derselbe** referiert über die Bewilligung eines Zuschusscredites zur Rubrik XXVIII 4 „Auslagen für den Pferdemarkt" und beantragt, hiefür einen Zuschusscredit von 1520 fl. zu bewilligen. (Angenommen.)

(646.) **Derselbe** referiert über die Pflasterung eines Theiles der Liebhartsgasse im XVI. Bezirke vor dem Feuerwehrdepot und beantragt, dass für die Pflasterung eines 20 m langen Theiles der Liebhartsgasse im XVI. Bezirke vor dem Feuerwehrdepot in der ganzen Straßenbreite mit neuen Mauthausener Würfelsteinen der Betrag von 1700 fl. in das Präliminare pro 1895 eingestellt, dass jedoch von der Herstellung eines geräuschlosen Pflasters in dieser Strecke Umgang genommen werde.

St.-R. Mayer beantragt die Verwendung dieses Betrages auf die currente Erhaltung des Pflasters.

Der Antrag des St.-R. Mayer und im übrigen der Referenten-Antrag angenommen.

(907.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr in Breitensee um verschiedene Anschaffungen und Herstellungen und beantragt:

1. Die Bestellung eines activen Feuerwehrmannes behufs Reinigung der Geräthe, sowie der Depot- und Wachräume der freiwilligen Feuerwehr Breitensee wird abgelehnt, dieser Feuerwehr jedoch behufs Bezahlung eines die erwähnte Dienstverrichtung besorgenden Feuerwehrmannes mit monatlich 15 fl. für das Jahr 1895 eine Subvention von 180 fl. bewilligt;

2. dem Ansuchen um Überlassung eines Kellers zur Einlagerung von Brennmaterial kann mangels des erforderlichen Raumes nicht willfahrt werden;

3. im Wachlocale der freiwilligen Feuerwehr Breitensee ist ein Abort herzustellen und wird der für diesen Abortbau erforderliche Kostenbetrag von 70 fl. bewilligt.

Der Bau ist durch die Stadtbauamts-Abtheilung des XIII. Bezirkes im Einvernehmen mit der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft als Hauseigenthümerin im currenten Wege herstellen zu lassen;

4. für die freiwillige Feuerwehr in Breitensee sind die angesuchten Monturen und Ausrüstungsstücke mit Ausnahme der Waffenröcke anzuschaffen und wird zu diesem Behufe der Betrag von 225 fl. 10 kr. genehmigt.

Die Anschaffung der Mäntel und Zwilchmonturen hat durch das Marktamt, die der Gurten durch das Commando der Feuerwehr im currenten Wege zu erfolgen. Sämmtliche Beträge sind auf Rubrik XX 2, XX 3, XX 1 und XX 6 b bedeckt.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(694.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef Hruby um Herabsetzung der Zuständigkeitstaxe und beantragt, dieselbe mit Rücksicht auf die nachgewiesene Aufenthaltsdauer von 50 fl. auf 10 fl. herabzusetzen. (Angenommen.)

(537.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit einer Augenscheinstaxe und einer Kanzleigebür nach Peter Seuffert zusammen per 4 fl. 30 kr. und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(538.) **Derselbe** referiert über den Recurs des Adolf Klumer gegen feuerpolizeiliche Verfügungen VI., Hirschengasse 10, und beantragt, dem Recurse stattzugeben. (Angenommen.)

(884.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr in Grinzing um Zwilchmonturen und Ausrüstungsstücke und beantragt, für die genannte Feuerwehr 30 Stück Zwilchmonturen und die im Kostenanschlage des städtischen Feuerwehr-Commandos angeführten Ausrüstungsgegenstände anzuschaffen, unter Genehmigung des hiezu erforderlichen Betrages von 629 fl. 20 kr.

Die Anschaffung der Zwilchmonturen erfolgt durch das Marktamt, die der übrigen Ausrüstungsstücke durch das Feuerwehr-Commando.

Behufs Bestreitung kleinerer Auslagen wird der freiwilligen Feuerwehr in Grinzing pro 1895 eine Subvention von 150 fl. und behufs Entlohnung der beiden Feuerwehrmitglieder Franz Eibl und Michael Rathauscher für die Instandhaltung und Reinigung der Requisiten und Wachräume und die Besorgung von Botengängen mit monatlich 15 fl. pro 1895 eine solche per 360 fl., daher zusammen 510 fl. gegen seinerzeitige Verrechnung bewilligt, dagegen dem weiteren Ansuchen um Erhöhung des Monatslohnes der genannten Feuerwehrmänner von 15 fl. auf 30 fl. keine Folge gegeben. (Bedeckte Auslage.)

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(842.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Firma C. Schlimp & M. Schefftel um Zustimmung zur Fortführung der Metallicpflasterungsarbeiten am Central-Viehmarkte im Jahre 1895 und beantragt:

1. es sei der Firma C. Schlimp & M. Schefftel die angesuchte Bewilligung zur Fortführung obiger Arbeiten im Frühjahre dieses Jahres zu ertheilen;

2. für das restliche Erfordernis per 14.630 fl. sei gelegentlich der Lustrierung des Budgets pro 1895 durch Aufnahme des weiteren

Betrages von 4.630 fl. für Rubrik XXVIII 2 b „Erhaltung der Baulichkeiten und Objecte und Straßen am Central-Viehmarkte" Vorsorge zu treffen. (Angenommen.)

(649.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit eines Platzzinses für eine Zelle in der Großmarkthalle am Phorusplatze im IV. Bezirke nach Emanuel Redlich per 7 fl. 50 kr. und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(942.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Firma J. G. Lieb in Biberach um Erlassung der Bezahlung von Zollgebüren für die Lieferung von drei Schiebleitern für die Feuerwehr und beantragt, der genannten Firma den Ersatz des Betrages von 208 fl. 60 kr., um welchen die Zollspesen für die von ihr der Berufsfeuerwehr gelieferten Schiebleitern den angenommenen Betrag von 600 fl. übersteigen, aus Billigkeitsrücksichten zu erlassen.

St.-R. Mayer beantragt die Abweisung.

St.-R. Müller beantragt die Vertagung.

Die Vertagung wird abgelehnt; desgleichen der Referenten-Antrag.

(1082.) **Derselbe** referiert über die Anschaffung eines neuen Rüstwagens für die städtische Feuerwehr und beantragt:

1. einen nach den im vorliegenden Kostenanschlage enthaltenen Angaben herzustellenden Rüstwagen um den Maximalpreis von 1700 fl. anzuschaffen und die Lieferung desselben der Firma Wilhelm Knaust im Sinne des Magistrats-Antrages zu übertragen;

2. einer von den mit Stadtraths-Beschluss vom 24. Jänner 1893, Z. 339, zur Adaptierung bestimmten alten Rüstwagen der Berufsfeuerwehr ist unverändert der freiwilligen Feuerwehr in Penzing zu überlassen;

3. der alte Mannschaftswagen der letztgenannten Feuerwehr ist im Versteigerungswege durch das städtische Materialdepot hintanzugeben. Der Betrag von 1700 fl. ist auf Rubrik XX 6 b zu verweisen.

(Angenommen.)

(784.) **Derselbe** referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt:

a) die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband an:

Just Wilhelm, Verkäufer;
Kolisch Moriz, Herrenkleider-Verschleißer, und
Zindl Josef, Taschner; (XV. Bezirk.)

(751.) b) die Verleihung der Zuständigkeit an:

Jäger Karl, Bronzearbeitergehilfe;
Wojta Marie, Miethauseigenthümerin:
Kovar Josef, Schuhmachergehilfe;
Rybar Nikolaus, Silberschmiedgehilfe;
Pirker Theresia, Handarbeiterin;
Schrenk Franz, Gärtner;
Orgelmeister Franz, Wildbret- und Geflügelhändler;
Schilha Josef, Drechsler;
Merwart Pauline, Weißnäherin;
Scheller Josef, Silberwaren-Erzeuger;
Schleifer Karl, Fuhrwerksbesitzer;

(1003.) Lammel Vincenz, Agent;
Hummel Rudolf, Omnibusconducteur;
Ruziczka Karl, Handlungscommis;
Ruthner Victoria, Conducteurswitwe;
Chlum Marie, Bedienerin;
Fischer Franz, Postconducteur;
Schäfer Rosa, Bedienerin;
Renner Cajetan, Verkäufer;
Jura Franz, k. k. Briefträger;
Gratzl Johann, Geschäftsdiener;
Golda Thomas, k. k. Briefträger. (XV. Bezirk.)

(Angenommen.)

(1045.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit von Sicherstellungs- und Transportkosten nach Josefa Prox per 6 fl. 10 kr. und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(1009.) **Derselbe** referiert über den Ausweis über Pferdeschlachtungen im IV. Quartale 1894 und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **14. Februar 1895** (vormittags).

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende:

Dr. v. Billing,	Dr. Nechansky,
v. Götz,	v. Neumann,
Dr. Hackenberg,	Rückauf,
Dr. Huber,	Schlechter,
Dr. Klotzberg,	Schneiderhan,
Kreindl,	Stiaßny,
Matthies,	Dr. Vogler,
Mayer,	Witzelsberger,
Müller,	Wurm.

Entschuldigt: St.-R. Boschan, Dr. Lederer, Dr. Lueger.
Beurlaubt: St.-R. Baugoin.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Bibl.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung.

Die St.-R. Boschan, Dr. Lederer und Dr. Lueger sind durch Theilnahme an einer Sitzung des Landtages verhindert, der heutigen Sitzung beizuwohnen. (Zur Kenntnis.)

(975.) **St.-R. Stiaßny** referiert über das Ansuchen des Karl und Ludwig Bauer um Schadloshaltung für den vor ihrem Hause VI. Bezirk, Mariahilferstraße 11, zur Straßenverbreiterung abgetretenen Grund per 105·50 m² und beantragt, die Schadloshaltung mit 50 fl. per Quadratmeter, sonach mit dem Gesammtbetrage von 5275 fl. zu bestimmen. (Angenommen.)

(878.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Gottlieb Bettelheim um Grundschätzung bezüglich des von der Realität IV. Bezirk, Alleegasse 3, im Falle des Umbaues abzutretenden Grundes und beantragt die Abweisung dieses Ansuchens, da es sich gemäß § 3 B.-O. vorliegendenfalls um eine Parcellierung handelt.

(Angenommen.)

(595.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Karoline Berger um Bewilligung zur Aufsetzung eines dritten Stockes auf ihr Haus XVI. Bezirk, Neulerchenfeld, Brunnengasse 40, Wenzelgasse 16, unter Anbringung von fünf Risaliten und beantragt die Bestätigung des Bauconsenses.

St.-R. Dr. Vogler beantragt den Zusatz, dass der Magistrat beauftragt werde, wegen Unterbrechung der Ersitzungs-, beziehungsweise Verjährungszeit bezüglich des durch das bestehende Haus bereits in Anspruch genommenen Risalitgrundes (1·67 m²) das erforderliche zu veranlassen.

St.-R. Müller beantragt, mit der Gesuchstellerin wegen Ablösung des in Rede stehenden Risalitgrundes mit einem geringen Betrage zu verhandeln.

Es wird beschlossen, durch den Magistrat in Anwesenheit des Stadtraths-Referenten mit der Partei in der Richtung zu verhandeln, dass sie einen Anerkennungszins oder einen geringen Ablösungsbetrag für den Risalitgrund bezahle.

(923.) **St.-R. Müller** referiert über das Ansuchen der Marie Weber um Bewilligung zur Abtrennung eines Theiles der Einl.-Z. 913 Sensengasse, IX. Bezirk, und Zuschreibung desselben zur Ein.-Z. 911 ebendaselbst und beantragt die Genehmigung nach dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(783.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Matthias Auchmann um Bewilligung zur Erbauung eines dreistöckigen Zubaues und zweier Stockwerke auf der ihm gehörigen Realität XVI. Bezirk, Neulerchenfeld, Koppstraße, Ecke der Hippgasse 18, und beantragt die Bestätigung des Bauconsenses gegen Einlösung des durch diese Risalitanlage occupierten Straßengrundes per 0·46 m² um den Pauschalbetrag von 20 fl.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(198.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft um Bewilligung erleichterter Bedingungen bei ihren Wohnhausbauten im Rayon ihrer Fabrik im X. Bezirke und beantragt die Zugestehung der im VIII. Abschnitte der Bauordnung normierten Erleichterungen mit der Beschränkung, dass die im § 86, Punkt 4, erwähnte Anwendung von ausgemauerten Riegelwänden und Blockwänden der Gestattung von Fall zu Fall unterliegt. (Angenommen.)

(1001.) **Derselbe** referiert über die Entscheidung des k. k. Ministeriums des Innern vom 8. Juni 1894, Z. 7067, betreffend das Gesuch der Eheleute Kierlinger um Consens zur Erbauung eines Wohnhauses auf der Realität Einl.-Z. 572 in Heiligenstadt, XIX. Bezirk, in der ganzen Breite dieser Realität und beantragt die Abweisung dieses Gesuches im Hinblicke auf die durch den Gemeinderaths-Beschluss vom 24. März 1893 für diesen Gebietstheil vorgeschriebene Verbauung in isolierter (freistehender) Weise. (Angenommen.)

(9605 und 9983.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Anna und Marie Schaurek um käufliche Überlassung der Parc. 385/4 in Neuwaldegg, XVII. Bezirk, im Ausmaße von 17·08 m², um den Pauschalbetrag von 70 fl., ferner über das Anbot der Marie Schubert auf käufliche Überlassung der Parc. 385 ebendort, im Ausmaße von 14·28 m², um den Pauschalbetrag von 60 fl. und beantragt die Genehmigung dieses Anbotes nach dem Magistrats-Antrage.

Über Anregung des Vorsitzenden, Vice-Bürgermeisters Matzenauer wird beschlossen, mit den Gesuchstellerinnen auf Grundlage eines Preises von 10 fl. per Quadratmeter durch ein Stadtraths-Comité zu verhandeln.

(972.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Anton Honus um Schadloshaltung für den von der Realität Or.-Nr. 38 Liechtensteinstraße, IX. Bezirk, abzutretenden Straßengrund per 60 m² und beantragt, vorbehaltlich der Zustimmung des Gesuchstellers die Schadloshaltung mit 55 fl. per Quadratmeter zu bestimmen. (Angenommen.)

(973.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Antonie Kohn um Schadloshaltung für den von der Realität Or.-Nr. 38 a Liechtensteinstraße, IX. Bezirk, zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund per 48·68 m² und beantragt, die Schadloshaltung vorbehaltlich der Zustimmung der Gesuchstellerin mit 55 fl. per Quadratmeter zu bestimmen. (Angenommen.)

(974.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Antonie Kohn um Schadloshaltung für den von der Realität Or.-Nr. 27 Porzellangasse, IX. Bezirk, abzutretenden Straßengrund per 33·23 m² und beantragt, die Schadloshaltung mit 55 fl. per Quadratmeter zu bestimmen. (Angenommen.)

(703.) **Derselbe** referiert über die Besorgung der Fäcalienabfuhr aus dem Schulgebäude XIII., Unter-St. Veit, Auhofstraße 49, und beantragt:

1. Die „Bedingnisse für die Besorgung der Abfuhr der festen und flüssigen Fäcalien aus dem genannten Gebäude und die Instruction für den Schuldiener (Schulhausbesorger), betreffend die Mitwirkung bei der Fäcalienabfuhr" werden nach dem Entwurfe des Magistrates genehmigt.

2. Die Besorgung der Fäcalienabfuhr aus dem Schulhause XIII., Auhofstraße Or.-Nr. 49, wird dem Franz Magerl jun., XIII., Unter-St. Veit, Malfattigasse 7, unter den im Protokolle vom 21. Jänner 1895, Z. 36621, festgesetzten Modalitäten übertragen. (Angenommen.)

(970.) **Derselbe** referiert über die Bewilligung einer Bauzulage von 4 fl. für den zum Bauinspicienten bei dem Bau des Reservoirs am kleinen Schafberge bestellten Ingenieur Heinrich Schneider und beantragt, dem Genannten einen Zehrungsbeitrag von 3 fl. und einen Wohnungsbeitrag von 1 fl., zusammen 4 fl. täglich, für die Dauer seiner diesfälligen Verwendung zu bewilligen, und zwar den Wohnungsbeitrag vom 1. Jänner 1895 und den Zehrungsbeitrag vom Tage des Arbeitsbeginnes an.

Vorsitzender, Vice-Bürgermeister Matzenauer beantragt, den Wohnungsbeitrag erst vom 1. Februar 1895 an beginnen zu lassen.

Referent accommodiert sich.

Modificierter Referenten-Antrag angenommen.

(982.) **Derselbe** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 13. October 1894, Z. 56770, puncto Abänderung der Straßenbreite für den Flötzersteig (verlängerte Burggasse) nächst dem Wilhelminen-Spitale in Ottakring, XVI. Bezirk, ferner puncto Anlage von Vorgärten, und beantragt, von einer Verbreiterung der mit 19 m Breite bestimmten Straße „Flötzersteig" abzusehen. Was die Anlage von Vorgärten auf dem Flötzersteige betrifft, so sei das Baureglierungs-Bureau auf diese Frage aufmerksam zu machen und das Stadtbauamt anzuweisen, im Falle eintretenden Bedarfes entsprechende Anträge über die Vorgartenfrage zu stellen. (Angenommen.)

(905.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Ferdinand und Adolf Schindler um Consens zur Parcellierung der Realität Einl.-Z. 339 und 340 zwischen der Hauptstraße und Schulgasse in Währing, XVIII. Bezirk, und beantragt die Bewilligung der angesuchten Parcellierung unter den vom Magistrate vorgeschlagenen Bedingungen.

Ferner sei der Magistrat zu beauftragen, wegen Durchführung der Plenergasse das nöthige zu veranlassen.

St.-R. Schlechter beantragt zu letzterem Auftrage den Zusatz: „unter Zugrundelegung der von den Eigenthümern der an die Plenergasse angrenzenden Realitäten abgegebenen Erklärung, den zur Eröffnung dieser Straße erforderlichen Grund unentgeltlich abzutreten".

Referent accommodiert sich.

Modificierter Referenten-Antrag angenommen.

(837.) **Derselbe** referiert über das Anbot des Georg und Alexander Ziegler auf käufliche Überlassung ihrer Realitäten Or.-Nr. 18 und 20 Zollergasse, VII. Bezirk, zu Schulbauzwecken und beantragt die Einleitung einer neuerlichen Verhandlung mit den Eigen-

thümern wegen Herabsetzung ihrer Forderungen durch ein Stadtraths-Comité, zu welchem Behufe vorerst eine Verlängerung des von den Genannten gestellten Termines (1. März 1895), womöglich bis 1. Mai 1895, zu erwirken wäre. (Angenommen.)

(1089.) **Derselbe** referiert über die Baulinienbestimmung für einen Theil der Kobenzlgasse im XIX. Bezirke und beantragt:

Es seien:

1. die ministeriell genehmigten Baulinien der Kobenzlgasse im XIX. Bezirke in der Strecke von Or.-Nr. 32 bis 42, Nr. 46 bis 52 und Nr. 15 bis 31 unter Zugrundelegung einer Straßenbreite von 16 m nach den Linien A B und C D einerseits, beziehungsweise E F G andererseits abzuändern;

2. die Baulinienbestimmung für die Strecke von den Realitäten Nr. 33 und 35, sowie die allfällige Platzbildung bei Nr. 44 vorläufig in suspenso zu belassen;

3. die Art der Verbauung mit Wohnhäusern derart zu bestimmen, dass

a) dieselben außer einem bewohnbaren Erdgeschosse (Parterre oder Tiefparterre) nicht mehr als höchstens zwei Stockwerke erhalten dürfen, wobei ein Mezzanin als Stockwerk zu rechnen ist, jedoch einzelne über diese Geschosse hinausragende Gebäudetheile, wie Thürme, Giebel u. dgl., nicht zu beanständen wären;

b) die Wohnhäuser in geschlossener Bauweise ausgeführt werden dürfen, jedoch

c) in der Strecke A B und E F G gegen die Straße mit einem 6 m breiten Vorgarten versehen werden, wie letztere bereits für den oberen Theil der Kobenzlgasse bestimmt sind;

4. die Niveaux nach Maßgabe der im Plane eingezeichneten Coten zu genehmigen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(1027.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Leopold und der Marie Ederer um Schadloshaltung für den von der Realität XVIII., Währing, Gentzgasse 54, zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund und beantragt die Schadloshaltung vorbehaltlich der Zustimmung der Gesuchsteller mit 12 fl. per Quadratmeter zu bestimmen. (Angenommen.)

(779.) **Derselbe** referiert über die Durchführung des Rohrnetz-Projectes, Baulos VII a, für die Trinkwasserversorgung von Dornbach und Neuwaldegg und beantragt die Genehmigung des vorgelegten Projectes mit dem Kostenerfordernisse von 34.000 fl. und die Erhöhung der Position der Rubrik XXVI 6 d um die effectiven Kosten per 15.500 fl. (die Rohre und Maschinenbestandtheile im Kostenerfordernisse von 18.500 fl. werden den städtischen Vorräthen entnommen). Zur Sicherstellung der erforderlichen Baumeister-, Maschinisten- und Deichgräberarbeiten wäre unter Zugrundelegung der bauämtlichen Kostenanschläge und Bedingnisse eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung auszuschreiben. Endlich sei dem die Aufsicht über die Bauarbeiten führenden Bauamtsbeamten der übliche Zehrungsbeitrag in der Höhe von 2 fl. 50 kr. pro Tag zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(10157.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Firma W. Weiß & Comp. um Verlängerung des mit zehn Tagen bestimmten Arbeitstermines für den Canalumbau in der Karlsgasse, XVIII. Bezirk, und beantragt, die Verlängerung um acht Arbeitstage zu genehmigen.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt, die Nachsicht der Termins-Überschreitung nur für sechs Tage zu genehmigen.

Antrag Dr. v. Billing angenommen.

(9606.) **Derselbe** referiert in Betreff der eventuellen Durchführung der Kirchmeyergasse in Hietzing und beantragt, dem diesbezüglichen Antrage des Bezirksausschusses des XIII. Bezirkes dermalen keine Folge zu geben. Ferner seien die Anbote der Baronin Rosa v. Redwitz und des Amon Edlen v. Gregurich wegen Überlassung der zur Eröffnung der fraglichen Gasse erforderlichen Grundflächen abzulehnen. (Angenommen.)

(732.) **Derselbe** referiert über die Durchführung einer Straße zwischen der Lustkandl- und Sobieskygasse im IX. Bezirke und beantragt:

I. Die Gemeinde Wien als Privat-Interessentin erklärt sich nur unter den nachfolgenden Bedingungen mit der projectierten Straßendurchführung einverstanden:

1. Der Gemeinde Wien dürfen aus Anlass der zur Herstellung der neuen Straße erforderlichen Grundabtretung und Niveauherstellung keinerlei Kosten erwachsen, und zwar:

a) Es sind daher die von den Realitäten Einl.-Z. 1518, 1517, 951, 825, 1494, IX. Bezirk, zur neuen Straße entfallenden Grundtheile unentgeltlich und lastenfrei an die Gemeinde Wien abzutreten und, mit Ausnahme des mit a b, E F, d o a umschriebenen Grundes, welcher der Gemeinde Wien sammt dem restierenden Baugrunde (mit d e f o umschrieben) zu Compensationszwecken unentgeltlich in das freie und unbelastete Privateigenthum zu übertragen ist, in das Verzeichnis für das öffentliche Gut einzulegen.

Die von diesen Realitäten zur Straße entfallenden Grundtheile sind der Gemeinde im richtigen Niveau zu übergeben.

b) Es ist in Gemäßheit des von Peregrin Zimmermann gestellten Anbotes auch der von der städtischen Realität Einl.-Z. 52, IX. Bezirk, zur neuen Straße entfallende Grund auf seine Kosten auf das richtige Niveau zu bringen und zu diesem Behufe die angebotene Caution von 1000 fl. bei der städtischen Hauptcassa zu erlegen.

2. Es sind gleichzeitig die von den Realitäten Einl.-Z. 825 und 1494 nach der genehmigten Baulinie zur Säulengasse und zum Sobieskiplatze entfallenden Grundtheile unentgeltlich und lastenfrei an die Gemeinde Wien abzutreten, in das Verzeichnis für das öffentliche Gut einzulegen, und ist der abzutretende Grund auf das richtige Niveau zu bringen. Bezüglich der Einl.-Z. 825 wird die Durchführung dieser ad 2 bezeichneten Verpflichtungen gegen grundbücherliche Sicherstellung derselben zu Gunsten der Gemeinde und Zahlung eines jährlichen Anerkennungszinses von 10 fl. bis zum Zeitpunkte der Demolierung des auf dieser Realität bestehenden Gebäudes aufgeschoben.

3. Zum Zwecke der Durchführung dieser Grundabtheilungen ist seitens der Eigenthümer der Realitäten Einl.-Z. 1517, 1518, 951, 1509, 825 und 1494 das Parcellierungsproject einzubringen und die Genehmigung desselben zu erwirken, wogegen die Gemeinde ihrerseits die Parcellierung der Realität Einl.-Z. 52 veranlasst und den von dieser Realität zur neuen Straße entfallenden Grund in das Verzeichnis für das öffentliche Gut einleiten wird.

II. Der Wiener Gemeinderath als Baubehörde genehmigt — obzwar dieser Straßenzug aus öffentlichen Rücksichten nicht erforderlich ist — mit Rücksicht auf das erzielte Übereinkommen der Betheiligten, den projectierten Straßenzug unter der Bedingung:

1. dass die auf Grund der getroffenen Vereinbarung von der Gemeinde Wien als Privat-Interessentin ad I gestellten Bedingungen erfüllt werden;

2. dass die in der neuen Straße entstehenden Bauten mit Ausnahme der an den Straßenecken aufzuführenden wegen der theilweise geringen Tiefe der entstehenden Baustellen nur mit Parterre und drei weiteren Geschossen hergestellt werden dürfen;

3. dass die Baustellen I und V, Einl.-Z. 1509 und 951, mit Rücksicht auf die neue Baulinie bis zur Arrondierung durch Nachbargründe nicht verbaut werden dürfen.

Die zur Durchführung bei der sohin folgenden Parcellierung nothwendigen Bedingungen werden vorbehalten.

St.-R. Dr. Klotzberg beantragt ad I 2 den Zusatz, dass die Eröffnung der Säulengasse längstens innerhalb eines Jahres durch den Gesuchsteller zu erfolgen habe.

Referent accommodiert sich.

Modificierter Referenten-Antrag angenommen.

(An den Gemeinderath.)

(1022.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft um Niveaubestimmung für ihre Realität am sogenannten Gerichtsweg im X. Bezirke und beantragt, es werde der Gesuchstellerin seitens der Gemeinde Wien erklärt, dass dieselbe derzeit zu einer Niveauregulierung längs der fraglichen Realität überhaupt nicht zu schreiten beabsichtige, sondern die Einhaltung des Niveaus vorläufig nur im Falle einer Verbauung längs der Straße stattfinden muss, dass demnach zu einer Entscheidung der politischen Behörde wegen Aufschubes des Vollzuges des Beschlusses hinsichtlich der Niveaubestimmung am Gerichtswege kein Anlass ist.

(Angenommen.)

(631.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert über das Ansuchen des Johann Kattus um Herabsetzung der Canaleinmündungsgebür für die Realität XIX., Hohe Warte 21, und beantragt, im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, Nr. 14 L.-G.-Bl., die Canaleinmündungsgebür für die gedachte Realität vorläufig mit der Hälfte per 622 fl. 35 kr. der unter Zugrundelegung der §§ 2, 3 und 6 des Gesetzes vom 19. Jänner 1890, Nr. 9 L.-G.-Bl., sich ergebenden Canaleinmündungsgebür von 1244 fl. 70 kr. zu bemessen.

(Angenommen.)

(432.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Geza Benisch um Ermäßigung der Canaleinmündungsgebür für das Haus XVII., Dornbacherstraße 51, und beantragt, im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, Nr. 14 L.-G.-Bl., die Canaleinmündungsgebür vorläufig auf die Hälfte des normalen Betrages per 450 fl., d. i. auf 225 fl. zu ermäßigen. (Angenommen.)

(632.) **Derselbe** referiert über die Vorstellung des Rudolf Reichelt gegen die Bemessung der Canaleinmündungsgebür für die Realität Kronprinz Rudolfstraße, Ecke der Vorgartenstraße im II. Bezirke, Einl.-Z. 3108, und beantragt, die Canaleinmündungsgebür für diese Realität im Sinne der §§ 2, 3 und 6 des Gesetzes vom 19. Jänner 1890, Nr. 9 L.-G.-Bl., unter Anerkennung der Front des Vorgartens per 7·59 m als unverbaut mit 482 fl. 27 kr. zu bestimmen; es sei daher, nachdem Gesuchsteller einen Gebürenbetrag von 516 fl. 42 kr. entrichtet hat, demselben der Mehrbetrag von 34 fl. 15 kr. zurückzuvergüten. (Angenommen.)

(512.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Anton und der Josefa Neuhold um Bewilligung zur Entrichtung der Canaleinmündungsgebür per 182 fl. 40 kr. für das Haus XIII., Breitensee, Kendlerstraße 20, in Raten und beantragt die Bewilligung von Monatsraten à 15 fl. vom 6. Jänner 1895 an und die Sicherstellung des Gesammtbetrages auf der bezeichneten Realität auf Kosten der Gesuchsteller. (Angenommen.)

(624.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit einer Canaleinmündungsgebür per 420 fl. nach Stephan Weber für das Haus Or.-Nr. 5 Rudolfstraße, XIV. Bezirk, und beantragt die Abschreibung nach dem Bezirksamts-Antrage. (Angenommen.)

(712.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit von rückständigen Canalräumungsgebüren per 295 fl. 72 kr. nach Anna Staray für die Realität „Prater, pag. 33" (1. Kaffeehaus) und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(625.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Emilie Jaroschek um Nachsicht eines rückständigen Canaleinmündungsgebürenrestes per 156 fl. 50 kr. für das Haus XIV., Rudolfsheim, Schellingergasse 10, und beantragt die Abweisung nach dem Bezirksamts-Antrage.

(Angenommen.)

(1137.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Franz und der Theresia Schmidt um Ermäßigung der Canaleinmündungsgebür für die Realität Einl.-Z 1508 in Simmering, XI. Bezirk, Hugogasse, und beantragt, im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, Nr. 14 L.-G.-Bl., die Canaleinmündungsgebür vorläufig mit der Hälfte per 120 fl. des normalen Betrages per 240 fl. zu bemessen.

(Angenommen.)

(709.) **Derselbe** referiert über die Beschwerde des Wenzel Lischka gegen die Bemessung der Canalräumungsgebür pro 1893 für das Haus VIII., Alserstraße 55, und beantragt die Abweisung im Sinne des Bezirksamts-Antrages. (Angenommen.)

(90.) **Derselbe** referiert über den Recurs der Hermine Roos und Consorten puncto Zahlung von Augenscheins- und Kanzleitaxen für die Canalherstellung XVII., Hernals, Hauptstraße 93, 95, und beantragt die Abweisung aus den vom Bezirksamte geltend gemachten Gründen. (Angenommen.)

(123.) **Derselbe** referiert über die Zuschrift des k. k. Verwaltungsgerichtshofes, betreffend die Zurückziehung der Beschwerde des Rudolf Meyer gegen die Entscheidung des Stadtrathes vom 25. Mai 1894, Z. 3753, puncto Senkgrubenräumungsgebür für das Haus XIV., Märzstraße 100, und beantragt die Kenntnisnahme.

(Angenommen.)

(10.) **Derselbe** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 5. December 1894, Z. 94093, betreffend die Herstellung eines Stockgeleises seitens der Wiener Tramway-Gesellschaft bei dem Raimund-Theater in der Strohmayergasse, VI. Bezirk, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(968.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über das Ansuchen des Diurnisten Maximilian Adami um Studiennachsicht und beantragt, dem Genannten die für die Aufnahme als Kanzleipraktikant ihm fehlenden Studien nachzusehen. (Angenommen.)

(704.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des städtischen Hausdieners Johann Martin um Altersnachsicht behufs Erlangung einer Amtsdienerstelle und beantragt die Bewilligung.

(Angenommen.)

(869.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Conscriptionsamts-Commissärswitwe Mathilde Powolny um Fortbezug des Erziehungsbeitrages für ihre am 28. October 1876 geborene Tochter Karoline und beantragt die Bewilligung einer Gnadengabe von jährlich 70 fl. vom 28. October 1894 an auf die Dauer eines Jahres, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden Versorgung.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(787.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Gemeinde-Secretärswitwe Karoline Rosenkranz um Fortbezug der Gnadengabe und beantragt, der Genannten den Fortbezug der Gnadengabe jährlicher 240 fl. vom 1. März 1895 an auf die Dauer von drei Jahren, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(959.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Marie Büttner, Registrantenswaise, um Belassung ihrer Gnadengabe und beantragt, der Genannten die Gnadengabe jährlicher 100 fl. vom 16. December 1894 auf weitere drei Jahre, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden Versorgung zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(963.) **Derselbe** referiert über die Beistellung eines zweiten Paares Beinkleider für die Steuermahnboten und beantragt, für die Steuermahnboten vom Jahre 1895 ab den Bezug von jährlich zwei Paar Beinkleidern zu systemisieren und zur Deckung der pro 1895 auflaufenden Auslage zur Ausgabs-Rubrik XI 1 a einen Zuschusscredit im Betrage von 231 fl. 42 kr. zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(1103.) **Derselbe** referiert über die Berichtigung der Forderung des Dr. v. Duniecki in der Verlassenschaftssache nach Anna Baminger und beantragt, die Einverleibung des executiven Pfandrechtes für die Forderung des Dr. v. Duniecki per 363 fl. 36 kr. sammt 4½ Percent Zinsen vom 1. Februar 1896 angefangen auf Grund des Urtheiles des k. k. Landesgerichtes Wien vom 18. Jänner 1895, Z. 3958, auf die Anna Baminger'sche Hälfte des Hauses Einl.-Z. 415, IX. Bezirk, mittels des einverständlich mitgefertigten Tabulargesuches genehmigend zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(786.) **Derselbe** referiert über die Persolvierung der David Leon Lothringer'schen Stiftung für christliche Wohlthätigkeits-Anstalten pro 1895 und beantragt, es seien die Gesuche

1. der I. Kinderbewahranstalt im X. Bezirke,
2. des evangelischen Waisen-Versorgungsvereines,
3. des Schulvereines für Beamtentöchter,

bei dem Umstande, als dieselben einer so kleinen Unterstützung, wie ihnen aus dieser Stiftung gewährt werden kann, umsoweniger bedürfen, als ihnen nach ihren Rechenschaftsberichten andere Einnahmen reichlich zufließen, unter Anerkennung ihres ersprießlichen humanitären Wirkens abzuweisen, den kleineren, weniger gut situierten, mehr im stillen wirkenden Vereinen aber Unterstützungen zu gewähren, und zwar:

1. der St. Severinus-Vereins-Abtheilung in Neulerchenfeld . 25 fl.
2. dem Centralvereine zur Vermittlung von Lehrstellen an Mädchen . . . . . 50 fl.
3. dem I. Wiener Humanitätsvereine auf der Wieden . . . 30 fl.
4. dem Kinder-Unterstützungsvereine „Lasset die Kleinen zu mir kommen“ . . . . . 30 fl.
5. dem Vereine der Jugendfreunde in Wien . . . . . 25 fl.
6. dem Frauen-Wohlthätigkeitsvereine „Wieden“ . . . . . 30 fl.
7. dem Lehrlingsinstitute „Calasantinum“ im XV. Bezirke . 30 fl.
8. dem Wohlthätigkeitsvereine „Senefelderbund“ im X. Bezirke 30 fl.

(Angenommen.)

(431.) **St.-R. Dr. Klotzberg** referiert über den Recurs des Anton Bauer gegen sanitätspolizeiliche Verfügungen bezüglich des Hauses XVII., Gürtelstraße 11, und beantragt die Abweisung.

(Angenommen.)

(7013.) **Derselbe** referiert über den Recurs der Antonie Neubauer gegen den Auftrag des magistratischen Bezirksamtes für den XIV. Bezirk, betreffend das Beherbergen von Bettgehern in der Wohnung XIV., Arnsteingasse 12, Parterre, Thür 17, und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(5641.) **Derselbe** referiert über den Recurs des Dr. Rupert Angerer als executiven Sequesters des Hauses IX., Rossauerlände 47, gegen sanitätspolizeiliche Aufträge bezüglich dieses Hauses und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(661.) **Derselbe** referiert über den Recurs der Theresia Hörmann gegen sanitätspolizeiliche Verfügungen, betreffend die Schweineschlachtungen im Hause VII., Lerchenfelderstraße 77, und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(316.) **Derselbe** referiert über den Recurs der Julie Richter gegen den Auftrag, betreffend die Herstellung einer neuen Abortanlage im Hause II., Obere Augartenstraße 38, und beantragt die Abweisung.

(Angenommen.)

(5073.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit einer Fleischcassagebür nach Georg Bierbauer im V. Bezirke und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(10433.) **Derselbe** referiert über den Recurs des Wenzel und der Isabella Fenzl gegen sanitätspolizeiliche Aufträge bezüglich des Hauses XI., Sandstätte Nr. 367, und beantragt, dem Recurse insofern stattzugeben, als von der Herstellung einer neuen Senkgrube Umgang zu nehmen ist.

Ferner werde das Bezirksamt beauftragt, ehebaldigst die Verlängerung des Unrathscanales zu veranlassen.

Referenten-Antrag puncto Recurs angenommen.

Weiters wird beschlossen, das Bezirksamt werde beauftragt, zu berichten, welche Hindernisse gegen die Einmündung des in Rede stehenden Hauses in den Unrathscanal bestehen.

(10193.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Martin Duchek, Schwämme- und Beerensammlers im XVI. Bezirke, um Nachsicht der Taxe per 10 fl. für die ihm zufolge Stadtraths-Beschlusses vom 8. Juni 1894 zur Zahl 4422 ertheilte Zuständigkeit und beantragt die Gesuchsgewährung, nachdem Gesuchsteller seit dem Jahre 1851 ununterbrochen in Ottakring wohnhaft ist.

(Angenommen.)

(7987.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Pfaidlerin Katharina Kohn um Bewilligung zur Aufstellung von Stellagen vor ihrem Geschäfte IX., Althanplatz 9, und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(5275.) **Derselbe** referiert über den Recurs der Gastwirtin Marie Schachel, betreffend die verweigerte Aufstellung von Tischen vor dem Hause IX., Grünethorgasse 19, und beantragt, dem Recurse Folge zu geben.

St.-R. Dr. Nechansky beantragt die Abweisung.

Letzterer Antrag angenommen.

St.-R. Schlechter referiert über Gesuche um Verleihung der Wiener Zuständigkeit und beantragt die Gesuchsgewährung für:

(666.) VII. Bezirk:

Sedlmaier Marie, Fragnerin, und
Hettinger Antonie, Hauptmannswaise;

(711.) VI. Bezirk:

Chour Wenzel, Hausbesorger;
Peier Matthias, Maurer und Hausbesorger;
Emperer Franz, Kutscher;
Löb Alexander, Magazinsarbeiter;
Morawek Franz, Gemischtwaren-Verschleißer;
Prohaska Adolf, Uhrgehäuse-Erzeuger;
Fau Wenzel, Metalldrechslermeister;
Postlinger Rudolf, Maschinenwärter;
Zakostelny Josef, Damenschneidergehilfe;
Wimmer Kath., Handarbeiterin;
Seitl Martin, Gürtlergehilfe;
Hauffe Josef, Drechslermeister;
Schedling Ludwig, Taschnergehilfe;

Böhm Karl, Schuhmachermeister;
Bleiner Anna, Hilfsarbeiterin;
Aschenbrenner Michael, Kutscher;
Hurka Prokop, Drechslergehilfe, und
Pick Anton, Landschaftsmaler. (Angenommen.)

(956.) **Derselbe** referiert über das Ersuchen der Gemeindevorstände Pfaffstätten um Bewilligung zur Abgrabung des überflüssigen Materiales oberhalb des Wasserleitungscanales in den dortigen Weingärten und beantragt die Genehmigung unter den im Magistrats-Antrage erwähnten Bedingungen. (Angenommen.)

(1079.) **Derselbe** referiert über die Erneuerung des mit der Firma Teirich & Leopolder bezüglich der im Jahre 1884 gelieferten 12 Stück Wassermesser abgeschlossenen Instandhaltungsvertrages auf weitere fünf Jahre und beantragt, es sei der erwähnte Vertrag unter Aufrechthaltung der demselben zugrunde gelegenen Bedingnisse und unter Bewilligung der bisherigen Preise, und zwar von 1 fl. 20 kr. per Stück und Jahr für die Wassermesser mit ½zölligem Durchmesser und von 1 fl. 30 kr. für die Wassermesser mit 1½zölligem Durchmesser auf weitere fünf Jahre, d. i. bis 23. October 1900 zu bewilligen. (Angenommen.)

(1071.) **Derselbe** referiert über das Offert des Max Renier auf käufliche Überlassung des nach Demolierung des städtischen Hauses Or.-Nr. 7 Theobaldgasse, Einl.-Z. 1013, VI. Bezirk, verbleibenden Baugrundes im Ausmaße von circa 21·6 m² um den Einheitspreis von 70 fl. per Quadratmeter und beantragt die Ablehnung dieses Offertes mit Rücksicht auf das geringe Preisanbot. (Angenommen.)

(991.) **Derselbe** referiert über die Aufstellung eines Auslaufbrunnens der Hochquellenleitung nächst der Silbergasse im XIX. Bezirke und beantragt, die Aufstellung eines Auslaufbrunnens an der bezeichneten Stelle mit einem in der Rubrik XXVI 1 e bedeckten Kostenbetrage von beiläufig 300 fl. und die Dotierung desselben mit täglich 114 hl zu bewilligen. Die entfallenden Arbeiten sind im currenten Wege an die städtischen Contrahenten zu vergeben, die erforderlichen Maschinenbestandtheile 2c. aus dem städtischen Vorrathe zu entnehmen. (Angenommen.)

(993.) **Derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Gräf, betreffend die Aufstellung eines Auslaufbrunnens in der Gablenzgasse (jetzt Hasnerstraße) an der Ecke der Brüßlgasse, XVI. Bezirk, und beantragt, den Bericht des Stadtbauamtes, wonach von der Aufstellung eines Auslaufbrunnens an der gedachten Stelle abzusehen und hiefür zur Ermöglichung der Wassereinleitung in sämmtliche Häuser der Hasnerstraße ein 300 m langer 80millimetriger Rohrstrang in dieser Straße zu legen wäre, welche Arbeiten auf Rechnung des Bauloses III/a durch den hiefür bestellten Contrahenten nach Zulässigkeit der Witterung sofort herzustellen wären, genehmigend zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(648.) **Derselbe** referiert über die Aufstellung eines Auslaufbrunnens an der Ecke des Arsenalweges und der Kleistgasse, III. Bezirk, insbesondere behufs Trinkwasserbeschaffung für die städtische Wasenmeisterei und beantragt, die Errichtung dieses Auslaufbrunnens mit dem bedeckten Kostenerfordernisse von 360 fl. und mit der Dotation von 114 hl pro Tag zu genehmigen. (Angenommen.)

(576.) **Derselbe** referiert über die Beschwerde des Turnvereines in Mariahilf puncto Entziehung der Bewilligung zur Benützung des Turnsaales der Communal-Realschule VI., Marchettigasse, an den Samstagabenden und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(508.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Neulerchenfelder Turnvereines um Überlassung des Turnsaales an der städtischen Knaben-Bürgerschule IX., Lazarethgasse 27, und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(833.) **Derselbe** referiert über Gesuche um Abschreibung, beziehungsweise Herabminderung von Wassermehrverbrauchsgebüren für 17 Häuser im III. Bezirke und beantragt die Genehmigung der Abschreibung, beziehungsweise Herabsetzung im Sinne des Bezirksamts-Antrages. (Angenommen.)

(988.) **Derselbe** referiert über den Recurs des Anton Pörtl puncto Vorschreibung von Wassermehrverbrauchsgebüren pro I., II. und III. Quartal 1893 für das Haus VII., Neubaugasse 40, im Gesammtbetrage von 71 fl. 43 kr. und beantragt die Abschreibung nach dem Bezirksamts-Antrage. (Angenommen.)

(1069.) **Derselbe** referiert über das Ausgleichsanbot des Karl Weilheim puncto Wassermehrverbrauchsgebüren für das in seinem Besitze gewesene Haus IX., Wasagasse 11, und beantragt, das Anerbieten des Genannten für die in den Jahren 1888 — II. 1893 aufgelaufenen Wassermehrverbrauchsgebüren für das bezeichnete Haus den Betrag von 76 fl. 21 kr. (statt des geforderten Betrages von 95 fl. 26 kr.) zu bezahlen, aus den vom Bezirksamte geltend gemachten Gründen anzunehmen.

(876.) **Derselbe** referiert über den Recurs des F. S. Fraßl gegen die verweigerte Vornahme der Druckprobe bezüglich der im Hause XVI, Ottakring, Langegasse 20, hergestellten Wasserleitung und beantragt die Abweisung des Recurses; die angesuchte Druckprobe wäre erst nach Erfüllung der im Berichte des Stadtbauamtes vom 21. December 1894 sub 1 bis 4 aufgestellten Bedingungen vorzunehmen. (Angenommen.)

(1116.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Schulausschusses der fachlichen Fortbildungsschule für Lehrlinge der Wiener Drechslergenossenschaft um Subvention pro 1895, 1896 und 1897 und beantragt, der Drechslergenossenschaft zur Erhaltung ihrer fachlichen Fortbildungsschule für die Jahre 1895, 1896 und 1897 eine Subvention von je 1000 fl. zu bewilligen; die Genossenschaft hätte jedoch in den Jahren 1896 und 1897 unter Vorlage des Jahresberichtes der fachlichen Fortbildungsschule um die Flüssigmachung der Subvention anzusuchen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(606.) **St.-R. Dr. Mechansky** referiert über das Ansuchen des Ferdinand Strobl und des Joh. Ziak um Bewilligung zur Umparcellierung der Realität Einl.-Z. 703, 1156 und 1157, IX. Bezirk, und beantragt, die Umparcellieruug der bezeichneten Realität auf zwei Baustellen im Sinne des Magistrats-Antrages zu genehmigen.

(Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **14. Februar 1895** (nachmittags).

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Grübl.
Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, Kreindl,
v. Götz, Dr. Lueger,
Dr. Hackenberg, Matthies,
Dr. Huber, Mayer,
Dr. Klotzberg, Müller,

Dr. Rechansky, Stiaßny,
v. Neumann, Dr. Vogler,
Rückauf, Witzelsberger,
Schlechter, Wurm.
Schneiderhan,

Entschuldigt: St.-R. Boschan, Dr. Lederer.
Beurlaubt: St.-R. Vaugoin.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Weiser.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung und theilt mit, dass St.-R. Dr. Lederer sein Fernbleiben wegen Theilnahme an einer gleichzeitig stattfindenden Ausschusssitzung im Landtage entschuldige. (Zur Kenntnis.)

(1135.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über das Ansuchen der Allgemeinen österr. Elektricitäts-Gesellschaft um Gestattung der Kabellegung im I., II. und IX. Bezirke und beantragt, diesem Ansuchen unter den im Magistrats-Antrage enthaltenen Bedingungen zu willfahren. (Angenommen.)

(785.) **Derselbe** referiert über die Erneuerung der Armenräthe der Bezirke I bis X und beantragt, die Wieder-, beziehungsweise Neuwahl der Nachbenannten zu Armenräthen zu bestätigen:

Im I. Bezirke:

Bachmann Eduard, Fleischmann Michael, Model Johann, Picker Anton, Grüner Josef, Sczazigino Andreas, Rasim Wilhelm, Krieger Friedrich, Theuer Leopold, Zerner Max.

Im II. Bezirke:

Wagner Franz, Trethan Ferdinand, Haller Georg, Koller-Giugno Josef, Wipplinger Matthias, Thyam Johann, Zehetner Johann, Ühlein Leopold, Geisbe Leopold, Hierländer Michael, Angermann Paul, Tawlas Franz, Jägersberger Johann, Tomann Wenzel, Hehenecker Leopold, Piffl Heinrich, Hartl Ludwig jun., Wirl Franz, Binge Alexander, Natanson Heinrich, Graßl Richard, Steiner Franz.

Im III. Bezirke:

Arco Wenzel, Großbauer Ludwig, Straschil Vincenz, Höllthaler Karl, Speibenwein Anton, Zerzauek Jakob, Mayer Friedrich, Suttay Josef, Ruczicka Friedrich, Argauer Emerich, Jarosch Eduard, Lukas Wilhelm, Frank Bernhard, Einramhof Johann, Nettrich Othmar, Haluza Martin, Hauser Jakob, Rausch Karl, Riedling Anton, Bokaun Bernhard, Mayer Lorenz.

Im IV. Bezirke:

Augustin Leopold, Steiner Matthias, Hübl Franz, Markhart Ferdinand, Bayer Matthäus, Schally Karl, Deifel Josef, Tetschacher Rudolf, Polly Emanuel, Haller Johann, Neumann Matthias, Karasek Johann, Kastner Josef, Haas Josef, Steinhauser Franz.

Im V. Bezirke:

Altenberg Felician, Biegler Paul, Rasp Wilhelm, Trentinaglia Emil, Weinhauser Josef, Krones Johann, Casper Franz, L'Allemand Johann Paul, Richter Anton, Hambisch Friedrich, Rathgeber Karl, Sladek Alois, Petzel Rudolf, Herbe Gottfried, Kahay Albert, Deutsch Franz, Högner Franz.

Im VI. Bezirke:

Christian Matthias, Kunisch Ignaz, Leithner Ignaz, Weiß Josef, Spatz Karl, Prutscher Johann, Badroth Franz, Winter Anton, Kerling August, Schaudy Johann, Schmidmayer Raimund, Böhm Jakob, Latus Vincenz, Engelmann Karl.

Im VII. Bezirke:

Kraulitz Michael, Roßek Johann, Fetzmann Anton, Linke Wilhelm, Winkler Vincenz, Herden Franz, Weybora Eduard, Behringer Heinrich, Zach August, Ströbl Franz, Wawra Josef, Koschat Hans, Koweindl Johann, Rybensky Josef, Ott Philipp, Zwicker Wilhelm, Narwig Franz, Meindl Johann, Plawisch Karl, Stöger Georg.

Im VIII. Bezirke:

Schramm Ferdinand, Hersan Michael, Opitz Eduard, Eiles Josef, Gstettner Johann, Neußer Moriz, Füßel Johann, Zeiler Heinrich, Zenz Adolf, Foltermayer Johann, Budicki Andreas, Kansky Alois.

Im IX. Bezirke:

Kernecker Johann, Dr., Lederer Josef, Einböck Josef, Neumeister Ignaz, Koppensauer Johann, Tesarz Hermann, Hallawitsch Josef, Weyer Franz, Kern Anton, Führer Franz, Wilhelm Ignaz, Montegazza Franz, Seidner Stephan, P. Swoboda Severin, Jauda Johann, Föderl Georg, Seeliger Wilhelm.

Im X. Bezirke:

Müller Julius, Bock Johann, Fukatsch Sebastian, Prechler Georg, Wanecek Franz, Prokopp Franz, König Adalbert, Nölscher Johann, Lackmayer Eduard, Schindler Ferdinand, Engel Adolf, Kricz Josef, Macholda Ignaz, Rappel Josef, Schmidjörg Josef, Fuchs Johann, Pleininger Lorenz. (Angenommen.)

(1014.) **Derselbe** referiert über die Vornahme einer Ergänzungswahl in den Armenrath des XIII. Bezirkes, Hietzing, und beantragt, die Wahl des Ferdinand Adam Wessely, Magistratsbeamten, zum Armenrathe zu bestätigen. (Angenommen.)

(966.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Anna Fischer um grundbücherliche Löschung bezüglich der Einl.-Z. 237 in Hietzing, XIII. Bezirk, eventuell auch bezüglich der Einl.-Z. 183 bis 191, 232 bis 234, 236, 238, 239, 248 bis 250, 310 bis 313, 351 und 353, und beantragt, die Ausstellung der vom Magistrate vorgelegten Löschungserklärung bezüglich der Einl.-Z. 237 Hietzing, sowie in dem Falle, als seitens der Eigenthümer der gleichbelasteten übrigen oben näher bezeichneten Realitäten angesucht werden sollte, auch bezüglich dieser Einlagen auf Kosten der Gesuchsteller. (Angenommen.)

(1025.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Barbara Saxlehner durch Dr. H. Breitner um grundbücherliche Löschung bezüglich der Cat.-Parc. 280/11, Einl.-Z. 1241, in Unter-Meidling und beantragt die Ausstellung der Löschungserklärung gegen Einhebung der Legalisierungskosten. (Angenommen.)

Bürgermeister Dr. Grübl bringt den Erlass der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 13. Februar 1895, Z. 15747, betreffend den Nachlass des Kaufpreises für den dem Weinbauvereine im XVII. Bezirke überlassenen 500 kg Schwefelkohlenstoff und die unentgeltliche Überlassung von 10.000 Solonis-Wurzelreben und 20.000 Schnittreben an den genannten Verein zur Kenntnis. (Zur Kenntnis.)

(Bürgermeister Dr. Grübl übernimmt den Vorsitz.)

(635.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über Ansuchen um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem V. Bezirke und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Ruhm Katharina, Wäscherin;
Mikschl Franz, Gemischtwaren-Verschleißer;
Prökschl Julius, Geschäftsleiter;
Hauk Adolf, Tischlermeister;
Teply Apollonia, Private;
Pommer Josef, provisorischer Finanzwach-Oberaufseher;
Peterka Johann, Commercial-Maschinist;
Willmitzer Gustav, Tischlermeister;
Kadlecek Franz, Schneidermeister;
Schwarz Anton, Tischlergehilfe;
Diwisch Anton, Pferdewärter;
Soucek Alois, Tischlergehilfe;
Micka Anna, Bedienerin;
Brudermann Eduard, Holz- und Kohlenhändler;
Heinisch Johann, Bademeister;
Haider Paul, k. k. Polizeiagent. (Angenommen.)

(545.) **Derselbe** referiert über Ansuchen um Verleihung des Bürgerrechtes aus dem V. Bezirke und beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Holzschuh Peter, Fragner;
Chabera Paul, Schuhmachermeister;
Bernard Georg, Pfaidler. (Angenommen.)

(780.) **St.-R. Mayer** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis in Betreff der currenten Arbeiten und Lieferungen für das Versorgungshaus in Liesing pro 1895 bis 1897 und beantragt:

1. die in der Buchhaltungstabelle sub Post-Nr. 1, 2, 3, 6, 7, 9, 10, 11, 12, 14 und 15 angeführten Arbeiten den in dieser Tabelle roth unterstrichenen Offerenten, respective Bestbietern zu den daselbst angeführten Preisen;

2. die in der Tabelle sub Post-Nr. 4/5 angeführten Arbeiten dem Bestbieter Georg Kolleretzky zu den offerierten Preisen zu übertragen;

3. bezüglich der sub Post-Nr. 12 a und 13 angeführten Arbeiten wäre zwischen den beiden Offerenten eine beschränkte Offertverhandlung einzuleiten. (Angenommen.)

(814.) **Derselbe** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis puncto currenter Professionistenarbeiten und Lieferungen für die Versorgungsanstalt in Ybbs pro 1895 bis 1897 und beantragt, die in der vom Magistrate vorgelegten Tabelle angeführten Arbeiten den dortselbst bezeichneten Bestbietern zu den angeführten Preisen zu übertragen, die Binder-, Wagner- und Schmiedearbeiten, sowie die Lieferung von hölzernen Werkzeugen aus den im Magistratsberichte angeführten Gründen nicht im Offertwege zu vergeben, sondern der Verwaltung die Ermächtigung zu ertheilen, die vorerwähnten, sowie auch jene geringfügigen Arbeiten, bezüglich welcher, wie bisher üblich, keine Sicherstellung im Offertwege erfolgte, von Fall zu Fall durch vertrauenswürdige Geschäftsleute ausführen zu lassen. (Angenommen)

(962.) **Derselbe** referiert über die Sicherstellung der Zimmermanns- und Anstreicherarbeiten zur Reparatur am Holzbau des städtischen Donaustrombades und beantragt, die Durchführung dieser Arbeiten zu genehmigen und die Bewilligung dazu zu ertheilen, dass dieselben, und zwar die Zimmermannsarbeiten mit dem bedeckten Kostenerfordernisse von 2960 fl. ö. W. und die Anstreicherarbeiten mit dem bedeckten Kostenerfordernisse von 1400 fl. ö. W. im Offertwege zu vergeben.

Zur Sicherstellung der erstgenannten Arbeiten wäre eine öffentliche schriftliche, bezüglich der Anstreicherarbeiten eine beschränkte Offertverhandlung im Sinne des Bauamtsberichtes anzuberaumen und diesen Offertverhandlungen die vorgelegten Kostenanschläge und allgemeinen und besonderen Bedingnisse zugrunde zu legen. (Angenommen.)

(1077.) **Derselbe** referiert über den Bericht der Forstverwaltung Groß-Enzersdorf, betreffend den Ankauf einer Wiese in der Lobau, und beantragt:

Die Gemeinde Wien ertheilt die Zustimmung, die eine Enclave der Lobau bildende Wiese Nr. 131, Cat.-Parc. 59, per drei Joch 156 □° für das Stiftungsfondsgut Ebersdorf an der Donau von Herrn Josef Kimmerl um den angeforderten Preis von 300 fl. per Joch, daher um den Betrag von 929 fl. 25 kr. anzukaufen und die Vermögensübertragungsgebüren, sowie die Stempel- und Legalisierungsgebüren für ein Vertragspare zu bezahlen, jedoch nur gegen dem, dass der Grund vollkommen lastenfrei übergeben wird. (Angenommen.)

(971.) **Derselbe** referiert über das Pachtoffert der Brigitta Ernst bezüglich der dem Fondsgute Ebersdorf gehörigen Wiese Cat.-Parc. 2324 in der Poigenau und beantragt, das Offert der Genannten zu genehmigen, womit dieselbe sich bereit erklärt, die bezeichnete zuletzt pro 1. November 1893 bis 1. November 1899 an den am 22. December 1894 verstorbenen Franz Reinhart verpachtete Wiese per 1 Joch 1472 □° vom 1. November 1894 auf die restliche Pachtzeit (bis 1. November 1899) um den bisherigen Jahrespachtzins von 50 fl. in Bestand zu nehmen. (Angenommen.)

(1078.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Wilhelm Raab um Ankauf eines Theiles der Bürgerspitalfonds Parcelle 4109/3 und 2466 II. Bezirk, Kaisermühlen, und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Matzenauer übernimmt wieder den Vorsitz.)

(888.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des städt. Garteninspectors um Ermächtigung zum Ankaufe von Gehölzneuheiten, Gehölzsamen und jungen Gehölzen und beantragt:

Der Garteninspector wird ermächtigt, die im vorgelegten approximativen Verzeichnisse angeführten Gehölzneuheiten um den Betrag von 200 fl. von den Baumschulen des Rittergutes Zöschen und von L. Späth in Berlin, ferner die benöthigten jungen Gehölze, sowie die erforderlichen Gehölzsamen um den Betrag von 300 fl. für Zwecke der städtischen Baumschule anzukaufen, wobei aus den bewilligten Beträgen von zusammen 500 fl. auch die Fracht- sowie sonstige Anschaffungsspesen zu decken sind. Dem Inspector wäre jedoch nahezulegen, solche junge Linden womöglich im Inlande, speciell in Böhmen (aus den fürstlich Schwarzenberg'schen Herrschaften) anzukaufen. (Angenommen.)

(1076.) **Derselbe** referiert über das Anbot der Marie Kornfeld auf käufliche Überlassung der ihr gehörigen Gartenparcellen Nr. 1355, 1356 und 1357 im XI. Bezirke an den Bürgerspitalsfond und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

(1010.) **Derselbe** referiert über den Verkauf von 100 Stück scartierten Winterkotzen aus der Wiener Versorgungsanstalt und beantragt, dieselben dem Julius Hilsner in Genehmigung seines zuliegenden Offertes um den Betrag von 90 kr. per Stück käuflich zu überlassen. (Angenommen.)

(994.) **Derselbe** referiert über den erforderlichen Zuschusscredit zur Ausgabs-Rubrik IV 2 a pro 1894 und beantragt, den Zuschusscredit im Betrage von 3782 fl. 61 kr. zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(1020.) **Derselbe** referiert über den erforderlichen Zuschusscredit zur Ausgabs-Rubrik XII 12 l anlässlich von Herstellungen im Schulhause VIII., Langegasse 36, und beantragt die Bewilligung eines Zuschusscredites per 94 fl. 53 kr. (Angenommen.)

(9614 ex 1894.) **Derselbe** referiert über das Project für die Errichtung eines Schöpfwerkes am Habsburgplatze, XVI. Bezirk, und beantragt, das vorgelegte Project mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 23.500 fl. im Sinne des Magistrats-Antrages zu genehmigen.

St.-R. Ritt. v. Neumann beantragt, es solle vorerst durch das Stadtbauamt in fachmännischer Weise die Sicherheit der Wasserbeschaffung festgestellt werden.

Antrag Ritt. v. Neumann angenommen.

(Ad 1050.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über das Protokoll vom 14. Februar 1895, welches mit dem Eigenthümer des Hauses XVI., Ottakring, Langegasse 11, in Absicht auf die käufliche Überlassung dieses Hauses an die Gemeinde Wien aufgenommen wurde, und beantragt die Zuweisung dieses Actes an das diesbezüglich eingesetzte Stadtraths-Comité. (Angenommen.)

(1160.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über den neuerlichen Bericht in Betreff der Supplierung des Hilfsturnlehrers an der Gumpendorfer Communal-Oberrealschule und beantragt, die am 12. Jänner 1895 erfolgte Bestellung des Josef Gräbner als Hilfsturnlehrer an der Gumpendorfer Communal-Oberrealschule für die Dauer der Erkrankung des Hilfsturnlehrers Max Grießmayr mit einem Lehrpensum von wöchentlich zwölf Stunden nachträglich zu genehmigen und die Anweisung der bezüglichen Remuneration (30 fl. pro Wochenstunde) an Gräbner, sowie die Einstellung der Remuneration des Grießmayr im Sinne des Magistrats-Antrages zu bewilligen. (Angenommen.)

(1109.) **Derselbe** referiert über den Magistratsbericht in Betreff der vom Bezirksschulrathe verlautbarten Concursausschreibung zur Besetzung erledigter Lehrstellen im Wiener Schulbezirke und beantragt die Kenntnisnahme. (Zur Kenntnis.)

(1055.) **Derselbe** referiert über den Bericht des Stadtanwaltes, betreffend die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes vom 30. Jänner 1895 wegen Beschränkung des Concurses für Lehrstellen an Wiener Mädchenschulen auf das weibliche Geschlecht, und beantragt, die derzeit noch beim Verwaltungsgerichtshofe anhängige Beschwerde, betreffend die Systemisierung der Lehrstellen, als aussichtslos zurückzuziehen.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt, über alle Recurse, welche infolge dieser Entscheidung gegenstandslos sind und daher zurückgezogen werden können, zu berichten.

Referenten-Antrag und Zusatz Dr. v. Billing angenommen.

(Referenten-Antrag an den Gemeinderath.)

(1006.) **Derselbe** referiert über die Ergänzung des § 14 der Geschäftsordnung des Bezirksschulrathes, sowie in Betreff der Bewilligung von Aushilfen und Remunerationen für außerordentliche Dienstleistungen an Lehrpersonen und beantragt:

Dem k. k. n.-ö. Landesschulrathe sei bekanntzugeben, dass die Gemeinde Wien in Übereinstimmung mit dem Wiener Bezirksschulrathe sich für den rechtlichen Fortbestand von Aushilfen und Remunerationen für außerordentliche Dienstleistungen an Lehrpersonen ausspricht, und dass dieselben von der Schulbehörde, respective dem Wiener Bezirksschulrathe individuell zuzuerkennen sind. Die Höhe der hiefür im jeweiligen Budget sicherzustellenden Beträge ist wie bei allen Positionen des Bezirksschulfondes vom Wiener Gemeinderathe festzustellen. Die Gemeinde Wien müsse sich gegen die vom Bezirksschulrathe projectierte Formulierung des Punktes n, § 14, der Geschäftsordnung für den Wiener Bezirksschulrath aussprechen und wird hiefür folgende Formulierung beantragt:

„n) Berathung des Voranschlages der aus dem Bezirksschulfonde zu bestreitenden Auslagen", eventuell hätte dieser Punkt ganz zu entfallen.

Auf die Streichung des Passus: „beziehungsweise an ihre Hinterbliebenen" des Punktes e, § 15, der Geschäftsordnung des Wiener Bezirksschulrathes wäre einzugehen; dergleichen Aushilfen sollen in Hinkunft aus den eigenen Geldern durch die Gemeinde gegeben werden und ist diesbezüglich bereits eine eigene Position im Budget-Entwurfe pro 1895 vorgesehen. (Angenommen.)

(931.) **Derselbe** referiert über die Systemisierung einer eigenen Religionslehrerstelle (§ 1, lit. a des Gesetzes vom 14. December 1888, L.-G.-Bl. Nr. 58) für die Bürgerschule für Knaben und Mädchen III., Hainburgerstraße 40, und beantragt, dieser Systemisierung die Zustimmung zu ertheilen. (Angenommen.)

(1086.) **Derselbe** referiert über die Einladung zu den Colloquien und zu der Conferenz am Schlusse des I. Semesters 1894/95 im Pädagogium und beantragt die Kenntnisnahme. (Zur Kenntnis.)

(396.) **Derselbe** referiert über die Trennung des Turncurses an dem städtischen Pädagogium und Honorierung des Turnleiters und beantragt die nachträgliche Genehmigung zur bereits im October erfolgten Trennung des Turncurses und sohin Honorierung des Turnleiters für vier wöchentliche Stunden à 40 fl. vom 1. October 1894 an. (Angenommen.)

(965.) **Derselbe** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 28. Jänner 1895, Z. 10619, betreffend den Bauconsens für die Errichtung einer Haltestelle am Frachtenbahnhofe in Matzleinsdorf im Zuge der Localbahn Wien—Wiener-Neudorf, und beantragt die Kenntnisnahme. (Zur Kenntnis.)

(Schluss der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionierung.

Borstenviehmarkt vom 19. und 21. Februar 1895.

1. Auftrieb

auf dem freien Markte:

Jungschweine	3198	Stück
Fettschweine	8018	„
Summa .	11216	Stück

Angekauft wurden:

für Wien	8491	Stück
für das Land	1317	„
unverkauft blieben	1408	„

2. Preisbewegung:

Jungschweine . von 36 bis 41 (—) kr.
Fettschweine . . „ 34 „ 40 (—) „ } per Kg. Lebendgewicht.

Der Geschäftsverkehr war am Dienstag-Hauptmarkte lebhaft und behaupteten sich die letztwöchentlichen Preise. Am Donnerstag-Nachmarkte trat bei Fettschweinen eine Preisabschwächung von 1 kr. per Kilogramm ein.

Pferdemarkt vom 19. Februar 1895.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 342 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 180—480 fl. per Stück.
„ Schlachtpferde . . . . . 20— 62 „ „ „

Der Markt war lebhaft.

* * *

Stechviehmarkt vom 21. Februar 1895.

1. Auftrieb:

Kälber Waidner 4159, Kälber lebend 29, Lämmer Waidner 3488, Lämmer lebend —, Schafe Waidner 318, Schafe lebend 4960, Schweine Waidner 1886.

2. Preisbewegung

Kälber Waidner	per Kg.	von	40 (—)	bis	64 (66)	kr.
Kälber lebend	„ „	„	44 (—)	„	46 (—)	„
Schweine Waidner	„ „	„	36 (—)	„	52 (—)	„
Schweine lebend junge . .	„ „	„	—	„	—	„
Schweine lebend fette . . .	„ „	„	—	„	—	„
Lämmer Waidner	„ Paar	von	5	bis	12	fl.
Lämmer lebend	„ „	„	—	„	—	„
Schafe Waidner	„ Kg.	von	35 (—)	bis	52 (—)	kr.
Schafe lebend	„ „	„	— (—)	„	— (—)	„
Schafe lebend	„ Paar	von	10	bis	27½	fl.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 873 Stück Kälber mehr zugeführt. Trotz des namhaft vermehrten Angebotes war die Tendenz mit Rücksicht auf den erhöhten Bedarf für den bevorstehenden Faschingsschluss lebhaft und behaupteten sich die vorwöchentlichen Preise fest.

Auf dem Schafmarkte wurden um 1787 Stück Schafe weniger aufgetrieben. Der Markt verkehrte bei unveränderter Tendenz zu vorwöchentlichen Preisen.

Auf dem Schlachtviehmarke wurden am 21. Februar 1895 352 Stück Mast- und 384 Stück Beinlvieh aufgetrieben und zu den Preisen des Montags-Hauptmarktes gehandelt.

Gewerbe-Angelegenheiten.

(Genossenschaft der Vergolder.) Bei der am 15. Februar 1895 unter Intervention des Genossenschafts-Commissärs Dr. Franz Spaeth vorgenommenen Wahl wurde Herr Rudolf Bauer, k. u. k. Hof-Vergolder, VI., Windmühlgasse 12, zum Vorsteher-Stellvertreter der Genossenschaft der Vergolder gewählt.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 18. Februar bis 21. Februar 1895:

Für Neubauten:

V. Bezirk: Haus, Siebenbrunnengasse 73, von Friedrich Wagner, Maurermeister (910).
IX. Bezirk: Haus, Bindergasse 4, von Hermann Stierlin, Porzellangasse 10, Bauführer J. Tischler (909).
XI. Bezirk: Einstöckiges Haus sammt Stall, Kaiser-Ebersdorf, Parc. 1734/2, von Franz Gölb, Bauführer Joh. Knürr (3005).
XV. Bezirk: Vierstöckiges Wohnhaus, Fünfhaus, Cat.-Parc. 229/18, Grundb.-Einl. 725, Grundb. Fünfhaus, und einen Theil der Cat.-Parc. 1696/1, Grundb.-Einl. 431, Grundb. VII, von Franz und Marie Gislinger, Neubaugürtel 52, Bauführer Ferd. Wagner, Neubaugürtel 32 (4042).
XVII. Bezirk: Haus, Hernals, Jörgerstraße 54, von Lorenz Twaroch, ebenda, Bauführer Thomas Hofer (6526).

Für Zubauten:

IV. Bezirk: Karolinengasse 13, von Martin Pawlick, Bauführer C. Holzmann (893).
VII. Bezirk: Schottenfeldgasse 60, von Franz Tobisch, Bauführer M. & J. Sturany (933).
XI. Bezirk: Zwei einstöckige Hofseitentracte, Simmering, Grillgasse 20, von Franz und Marie Wistrčil, Bauführer Ferd. Kaindl (2924).
XIII. Bezirk: Zubau und Adaptierung, Baumgarten, Linzerstraße 288, von Franz Donat, Bauführer E. Schwarzer, Baumeister (5531).
„ „ Zubau, Ober-St. Veit, Glasauergasse 28, von Franz Bächer, Bauführer J. Weilgony, Maurermeister (5509).
XIV. Bezirk: Erbauung von zwei ebenerdigen Werkstätten, Rudolfsheim, Hirschengasse 52/54, von Julius Gaßner, ebenda, Bauführer Edmund Schwarzer (5496).

Für Adaptierungen:

III. Bezirk: Rennweg 15, von Anna Korwill, Elisabethstraße 126, Bauführer Jäger & Bauer (894).
„ „ Hauptstraße 39, von Joh. Schandl, Bauführer C. Michna (921).
VIII. Bezirk: Schlösselgasse 5, von Karl Michna, Maurermeister (920).
IX. Bezirk: Nussdorferstraße 78, von Josef Bartsch und J. Wirth, Langegasse 6, Bauführer Alex. Jungwirth (905).
XVI. Bezirk: Ottakring, Grüllemeiergasse, von Jg. und Jak. Kuffner, Hauptstraße 73, Bauführer Franz Ritt. v. Neumann (8753).

Für diverse (geringere) Bauten:

IV. Bezirk: Rohrcanal, Theresianumgasse 6, von Julius Mayreder, Bauführer M. Kaiser (938).
XI. Bezirk: Zumauerung von zwei Thüren und Herdversetzung, Simmering, Krausegasse 5, von Bartholomäus Neckermann, Bauführer Anton Haindl (2923).
XII. Bezirk: Kleinkessel-Aufstellung, Unter-Meidling, Fabriksgasse 4, von Robert Dienstl, Seilerstätte, Bauführer ? (5540).
XVIII. Bezirk: Pferdestall, Remise, Burschenzimmer und Magazin, Gerüsthof, Herbeckstraße 51, Ecke der Messerschmidtgasse 5a, von Elisabeth Schallinger, ebenda, Bauführer Martin Köller, Maurermeister (5197).

Für Stockwerks-Aufsetzungen:

XIV. Bezirk: Aufsetzung eines zweiten Stockwerkes, Rudolfsheim, Pereiragasse 22, von Hermann Pisecker, XIV., Rustengasse 1, Bauführer Edmund Schwarzer (4789).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

III. Bezirk: Landstraße, Hauptstraße 31, von Ferd. und Marie Pusch (911).
IV. Bezirk: Favoritenstraße 20, von Kupka & Orglmeister (914).
V. Bezirk: Matzleinsdorferstraße 11, von Theresia Strohmayer, Gießaufgasse 19 (934).
XIII. Bezirk: Penzing, Cat.-Parc. 591/1 und 2, 596/62, von Franz Manoschek (Rosa Wirth und Louise Seyrl) (5397).
XIV. Bezirk: Sechshaus, Stiegergasse 18, von Adalbert Rypka, XIV., Stiegergasse 16 (5366).

Demolierungsanzeigen wurden überreicht:

I. Bezirk: Rothenthurmstraße 11, von Franz Klein, Baumeister (904).
VIII. Bezirk: Feldgasse 10, von Franz Klein, Baumeister (902).
„ „ Kochgasse 6, von Josef Wögler, Maurermeister (890).
„ „ Josefstädterstraße 55, von Rudolf Bauer, Baumeister (901).
„ „ Wickenburggasse 18, von Heinrich Ohrner, Baumeister (927).
IX. Bezirk: Bindergasse 4, von Josef Tischler, Baumeister (892).
„ „ Pramergasse 6, von Franz Klein, Baumeister (903).

Gewerbeanmeldungen vom 13. Februar 1895.

(Fortsetzung.)

Thill Stephan — Kleinhandel mit Brennmaterialien — V., Tichtelg. 24.
Poßer Nikolaus — Cravatten-Erzeugung — XII., Stiegengasse 4.
Thornton Josef — Kunstbutter-Verschleiß — XVIII., Kutschkergasse 42.
Tomberg Samuel — Kunststein-Erzeugung — III., Kölblgasse 9.
Haidvogel Johanna — Marktwictualienhandel — XIV., Am Markt (Schwendergasse).
Kiefer Mathilde — Marktwictualienhandel — XIV., Am Markt (Schwendergasse).

Dorn Georg — Mehl-, Grieß- und Preßgerm-Verschleiß — XIV., Sechshauser Hauptstraße 3.
Hennig Francisca — Messerschmiedgewerbe — XVI., Hubergasse 11.
Adolf Katharina — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XV., Fünfhausgasse 14.
Zalka Koloman — Milch-Verschleiß — V., Zentagasse 21.
Janovsky Wenzel — Musiker — X., Quellengasse 81.
Evinics Adam — Obst- und Grünwaren-Verschleiß im Umherziehen — XVII., Syringgasse 13.
Kučera Martin — Obst- und Grünwarenhandel im Umherziehen — XVIII., Gürtelstraße 8.
Kaufmann Rosalia — Pfaidlerin — VI., Stumpergasse 11.
Mackerschall Eva — Pfaidlergewerbe — IX., Sobieskigasse 35.
Sezemsky Johann — Pfaidler — X., Herndlgasse 5.
Leitner Johanna — Pfeifeneinlasser — V., Gartengasse 24.
Hlas Leopold Georg — Photograph — V., Hundsthurmerstraße 45/47.
Ensfellner Hermine — Privatlehranstalt für Maßnehmen, Schnittzeichnen und Kleidermachen — XV., Schönbrunnerstraße 10.
Wondrak Karl — Raseur und Friseur — VI., Gumpendorferstraße 65.
Novotny Jakob — Sattler — X., Himbergerstraße 21.
Riha Anton — Sattler — IX., Alserbachstraße 4.
Marischka Wilhelmine — Selchwaren-Verschleiß — VI., Gumpendorferstraße 145.
Meier Franz — Selchwaren-Verschleiß — V., Wolfganggasse 40.
Schauermann Josef — Spengler — V., Untere Bräuhausgasse 67.
Pojer Marie — Spirituosenhandel — V., Gartengasse 19.
Hauschulz Karl — Stuccaturer — IX., Pfluggasse 4.
Kapeller Josef — Tapezierer und Decorateur — III., Rennweg 33.
Czaba Josef — Tischler — V., Wolfganggasse 38.
Petrovicz Stephan — Tischler — XVIII., Kreuzgasse 63.
Löwy Marie — Trödlerin — VI., Stumpergasse 29.
Rabner Henne — Trödlerin — XIV., Schweglerstraße 14.
Beck Ferdinand — Uhrmacher — V., Grohgasse 8.
Felkel Bertha — Verschleiß von Milch, Milchproducten, sowie von Brot und Semmelgebäck — IX., Altmüttergasse 5.
Raab Emilie — Verschleiß von Brot, Gebäck und Mehl — X., Engelplatz.
Vogl Alois — Verschleiß von Butter und Eiern im Umherziehen — XVII., Ranftelgasse 7.
Beck Ernst — Victualienhandel — XVIII., Edelhofergasse 13.
Kopunek Rosalia — Victualien- und Blumen-Verschleiß im Umherziehen — XVI., Friedrich Kaisergasse 23.
Mikulka Anna — Victualienhandel im Umherziehen — V., Hundsthurmerstraße 16.
Müller Bertha — Victualienhandel — V., Kompertgasse 10.
Mahr Stephan — Vogelhändler — V., Arbeitergasse 39.
Hoschek Margarethe — Wäscheputzergewerbe — XVII., Rosensteing. 51.
Lorincz Clara — Wäscheputzerei — XVIII., Gürtelstraße 124.
Klamer Karl, Klamer Wilhelmine — Weber — VI., Webgasse 21.
Koller Cäcilie — Zeitungs-Verschleiß — IX., Lazarethgasse 12.
Kriegler Magdalena — Zeitungs-Verschleiß — IX., Sechsschimmelg. 17.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 16. Februar 1895.

Hofbauer Andreas — Agentur für Kranken- und Leichenvereine — V., Schlossgasse 6.
Eisenstein Resi Silke — Ausübung des Privilegiums vom 23. April 1894 auf die Verwendung von gummierten Stoffen bei der Schuhfabrication — II., Lilienbrunngasse 6.
Macho Adolf — Bäcker — XIV., Ullmannstraße 61.
Russo Matthias Marcus, Canetti Abraham Isaak — Bank- und Commissionsgeschäft — II., Praterstraße 13.
Panly Anton — Einspänner Lic. 1061 — I., Hohenstaufengasse.
Rother Franz — Einspänner Lic. 1307 — XVII., Bergsteiggasse.
Ichmann Robert — Friseur — XVI., Liebhartsgasse 11.
Ribar Josef — Friseur und Raseur — II., Wallensteingasse 65.
Getzinger Franz — Gastwirt — XVII., Karlsgasse 24.
Fürnberg Samuel — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Scholzgasse 6.
Handel Dora — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Am Tabor 18.
Kafka Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Schüttelstraße 39.
Kleiner Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Moritzgasse 7.
Wohlfahrt Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Volkertplatz 9.
Zeilinger Leopold — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Kleine Schiffg. 4.
Zettl Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Weitlofgasse 15.
Staßny Wenzel — Grünwaren-Verschleiß — XVI., Herbststraße 40.
Klein Marcus — Handelsagentie mit Stahlwaren — I., Salvatorg. 8.
Rosenfeld Bernhard — Handelsagent in Holz — II., Praterstraße 8.
Pines Marcus — Handel mit gebrannten geistigen Getränken in verschlossenen Gefäßen — II., Volkertstraße 5 bis 7.
Neyer Josef — Kaffeesieder — I., Seilerstätte 14.
Oldberg Pauline — Kaffeesieder — I., Wipplingerstraße 23.
David Wenzel — Herrenkleidermacher — II., Untere Augartenstraße 31.
Jenista Johann — Herrenkleidermacher — II., Klosterneuburgerstraße 72.
Kottiba Franz — Herren- und Damenkleidermacher — II., Darwing. 6.
Kříž Johann — Herrenkleidermacher — XVII., Calvarienberggasse 4.
Borgenicht Kive Ignaz — Kleinhandel mit Brennholz und Kohlen — II., Nordbahnhof, VI. Kohlenhof.
Schimmelbusch Emilie — Maschinenfabrik — II., Wallensteinstraße 43.
Machs Adolf — Mehl- und Grieß-Verschleiß — XIV., Ullmannstr. 61.
Pfeifer Julia — Milch-Verschleiß — XI., Sedlitzkygasse 37.
Byslisel Emanuel — Musikergewerbe — XVI., Friedmannsgasse 22.
Seibert Anna — Pfaidlerin — III., Erdbergstraße 51.
Uhl Karl — Selchwaren-Verschleiß — III., Mohsgasse 26.
Halpern Isaak Salomon — Schlosser — II., Tandelmarktgasse 17.
Schlick Barbara — Schuhmachergewerbe — V., Nikolsdorfergasse 9.
Tauchmann Theresia — Schuhmacherin — III., Ungargasse 17.
Adler Leon — Stadtträger Nr. 644 — I., Babenbergerstraße 6.
Schrödl Karl — Stampiglien-Erzeugung — XVIII., Sechsschimmelg. 26.
Siegl Josef — Tapezierer — V., Gartengasse 4.
Müller Wilhelm — Tischler — XIV., Benedict Schelingergasse 7.
Atlas Leibitz — Verschleiß von Manufacturwaren — II., Gr. Sperlg. 19.
Walter Theresia — Verschleiß von Pferdefleisch und Pferdefleischselchwaren — II., Klosterneuburgerstraße 39.
Engel Eduard — Verschleiß von Schneiderzugehör-Artikeln — I., Vorlaufstraße 2.
Lorber Chaje Ruchel — Verschleiß von Schuhwaren — II., Obere Donaustraße 67.
Beer Adolf — Verschleiß von rohem russischen Thee — XIV., Schweglerstr. 1.
Kohn Josef — Verschleiß von Thee und gebrannten geistigen Getränken in handelsüblich verschlossenen Gefäßen — II., Rauscherstraße 18.
Stingl Johann — Zuckerbäcker — II., Circusgasse 36.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 18. Februar 1895.

Domayer Franz — Agentur gegen Provisionsbezug — IV., Wienstr. 31.
Friedmann Anton — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse.
Friedmann Moriz — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse.
Eisler Leopold — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse.
Goldwurm Arnold — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse.
Künzel Eduard — Bronzewaren-Erzeuger — VIII., Lerchengasse 17.
Hoffmann Leopoldine — Canditen-Verschleiß — IV., Preßgasse 22.
Niemetz Anna — Canditen-Verschleiß — IV., Alleegasse 60.
Altmann Ludwig, Dr. — Hof- und Gerichtsadvocat — I., Bäckerstr. 9.
Ehrenreich Leopold, Dr. — Hof- und Gerichtsadvocat — I., Brandstädte 3.
Feigl Oskar, Dr. — Hof- und Gerichtsadvocat — I., Graben 13.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Seite
Gemeinderath:
Sitzungen des Gemeinderathes 447
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 19. Februar 1895.
Inhalt:
Mittheilung des Vorsitzenden:
Trauerkundgebung für weiland Se. kaiserl. Hoheit Herrn Erzherzog Albrecht 447
Stadtrath:
Sitzungen des Stadtrathes 447
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 11. Februar 1895 447
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 13. Februar 1895 450
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 14. Februar 1895 (vormittags) 454
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 14. Februar 1895 (nachmittags) 459
Allgemeine Nachrichten:
Approvisionierung:
Borstenviehmarkt vom 19. und 21. Februar 1895 462
Pferdemarkt vom 19. Februar 1895 463
Stechviehmarkt vom 21. Februar 1895 463
Gewerbe-Angelegenheiten:
Genossenschaft der Vergolder 463
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 18. bis 21. Februar 1895 . . . 463
Gewerbeanmeldungen 463
Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik. — J. B. Wallishausser's** k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Maaß), Wien, I., Walfischgasse 10.

Offert-Ausschreibungen.*)

1895.

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	Gegenstand
27. Februar 10 Uhr	Departement VII (Mag.-Rath Dr. Jaitner)	M.-Z. 16051. Vergebung der Lieferung **von gusseisernen Röhren und Façonstücken** zur Ausführung von Rohrleitungen der Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung im Kostenanschlage von 600.000 Kronen. 1—3
1. März 10 Uhr	Departement V (Mag.-Rath Linsbauer)	M.-Z. 10051. Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten** für den Umbau des Haupt-Unrathscanales in der Gumpendorferstraße im VI. Bezirke längs der Häuser Or.-Nr. 90 bis 92 im Kostenbetrage von 1352 fl. 20 kr. und 400 fl. Pauschale. 3—3
4. März 10 Uhr	detto	M.-Z. 190282. Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten** für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der Blindengasse im VIII. Bezirke im Kostenbetrage von 1193 fl. 27 kr. und 120 fl. Pauschale. 3—3

*) Pläne, Kostenanschläge &c. können im Stadtbauamte während der Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse sind bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. erhältlich.

Offerenten haben ein Exemplar der bezüglichen Bedingnisse mit den dem Projecte beiliegenden Original-Bedingnissen genau in Übereinstimmung zu bringen, eventuell zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu übergeben.

Dem Offerte ist ein Vadium von **5 Percent der Kostenanschlagssumme** anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf später einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlungen, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich die Gemeinde vor.

Ad Prot.-Nr. 6770
Ref.-Nr. 96 ex 1895. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Lieferung von 69 Stück Sitzbänken** nach dem Muster der Ringstraßenbänke für die städtischen Gartenanlagen in den Gemeindebezirken IV, VIII, XVI und XVII wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Montag den 4. März d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die allgemeinen und speciellen Bedingnisse im obigen Bureau während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte **ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen** oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. Februar 1895. 1—3

Ad Prot.-Nr. 149369 ex 1894.
Ref.-Nr. 3247. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **zur Herstellung eines Schöpfwerkes für die Straßenbespritzung in der Loydolt- früher Friedrichgasse an der Ecke der Zwölfergasse im XV. Bezirke erforderlichen Arbeiten und Lieferungen,** und zwar:

1. der **Herstellung der Pumpanlage** im veranschlagten Kostenbetrage von 2060 fl. 25 kr.;

2. der **Lieferung und Aufstellung der Reservoire** im veranschlagten Kostenbetrage von 1500 fl., wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 6. März d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Profile, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Offerenten haben ein mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehenes Offert versiegelt zu überreichen.

Das Vadium beträgt 5 Percent der Kostenanschlagssumme; dasselbe ist dem Offerte anzuschließen oder es ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 21. Februar 1895. 1—3

M.-Z. 31561 ex 1895.

Kundmachung.

(Zur Wasserversorgung.)

Zur Wasserversorgung der Stadt Wien wird dermalen bereits das ganze der Gemeinde Wien zur Ableitung zustehende Wasserquantum der Quellen im Schwarza- und Nasathale, sowie in Stixenstein und das durch das Schöpfwerk in Pottschach geförderte Wasser in die Hochquellenleitung eingeführt.

Ungeachtet dessen und trotz der erfolgten Durchführung aller die Verminderung des Consums bezweckenden Maßnahmen ist der dermalige tägliche Wasserzufluss infolge des anhaltenden Frostes ein geringerer als der tägliche Verbrauch, so dass der Wasserstand in den Reservoirs in rapider Weise sinkt. Der weiteren Abnahme der in den Reservoirs aufgespeicherten Wässer muss jedoch unter jeder Bedingung gesteuert werden, damit nicht etwa ein wirklicher Wassermangel eintritt.

Dieser drohende Wassermangel kann jedoch nur bei thätiger Mithilfe aller Bewohner Wiens vermieden werden, wenn dieselben einerseits als Consumenten den Wasserbedarf soweit als thunlich einschränken, andererseits als Hausherren oder Administratoren das continuierliche Rinnenlassen bei den Auslaufhähnen zur Vermeidung des Einfrierens des Wassers unterlassen oder verbieten und auf jede andere Art durch Einbinden, Verschalen ꝛc. der Leitungen und Ausläufe das Einfrieren verhindern. Es geht daher an die Bewohner Wiens das dringende Ersuchen, den Wasserverbrauch auf das nothwendigste zu beschränken und jede Wasserverschwendung zu vermeiden.

Sollte bei den durch das außerordentliche Frostwetter herbeigeführten geringeren Zuflüssen der im vorstehenden erwähnte übermäßige Wasserverbrauch noch länger andauern, so müssten mit Rücksicht auf das allgemeine Wohl in allen Gebäuden die Stockwerksleitungen, dort wo es möglich ist, bis auf weiteres gesperrt werden.

Wien, am 19. Februar 1895.

Der Bürgermeister:

Dr. Grübl. 1—1.

Kundmachung.

(Schwestern Fröhlich-Stiftung.)

Aus der Schwestern Fröhlich-Stiftung zur Unterstützung bedürftiger hervorragender schaffender Talente auf dem Gebiete der Kunst, Literatur und Wissenschaft werden Stipendien und Pensionen verliehen.

Gesuche sind zu überreichen bis 31. März 1895 im Präsidialbureau des Wiener Gemeinderathes, I., Lichtenfelsgasse 2, wo auch die Stiftungsstatuten erhältlich sind.

Vom Curatorium der Schwestern Fröhlich-Stiftung.

Wien, am 2. Jänner 1895.

Inserate.

Kundmachung.

Die neununddreissigste ordentl. General-Versammlung

der ACTIONÄRE der

k. k. priv. österr. Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe

findet

Mittwoch, den 3. April d. J., abends 6 Uhr,

im grossen Festsaale des Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereines (I., Eschenbachgasse Nr. 9) statt.

Gegenstände der Verhandlung sind:

1. **Jahresbericht des Verwaltungsrathes.**
2. **Bericht des Revisionsausschusses über den Rechnungsabschluss des Jahres 1894 und Beschlussfassung über denselben.**
3. **Beschlussfassung über die Verwendung des Reinerträgnisses des Jahres 1894.**
4. **Beschlussfassung über die Wahlen in den Verwaltungsrath nach §§ 23 und 24 der Statuten.*)**
5. **Wahl des Revisionsausschusses für das Jahr 1895.**

Die stimmberechtigten Herren Actionäre (§ 59**) der Statuten), welche an der General-Versammlung theilzunehmen wünschen, werden hiemit eingeladen, ihre Actien sammt Coupons, oder die deren Stelle vertretenden Depotscheine der Anstalt in Gemässheit des § 60***), der Statuten spätestens am 6. März d. J. als dem statutenmässigen Endtermine zu deponieren, und zwar:

in **Wien** bei der Actien-Liquidatur der Anstalt (Am Hof, im eigenen Gebäude), täglich von 9 bis 12 Uhr,
in **Brünn, Lemberg, Prag, Triest** und **Troppau** bei den Filialen der Anstalt,
in **Budapest** bei der Ungarischen allgemeinen Creditbank,
in **Berlin** bei der Direction der Disconto-Gesellschaft, oder bei der Bank für Handel und Industrie, oder bei S. Bleichröder,
in **Frankfurt a. M.** bei M. A. von Rothschild & Söhne,
in **Hamburg** bei L. Behrens & Söhne,
in **Paris** bei Gebrüder von Rothschild.

Die Actien oder Depotscheine sind von arithmetisch geordneten und vom Einreicher eigenhändig unterzeichneten Consignationen, und zwar in Wien in zwei, ausserhalb Wien in drei Exemplaren begleitet, einzureichen.

Ein Exemplar der Consignationen erhält der Deponent mit der Empfangsbestätigung versehen zurück, und es werden seinerzeit nach abgehaltener General-Versammlung die Actien oder Depotscheine nur gegen Rückstellung dieser Consignationen ausgefolgt.

Der Rechnungsabschluss des Jahres 1894 nebst Bericht wird den zur General-Versammlung legitimierten Herren Actionären einige Tage vor der General-Versammlung zugesendet werden.

Wünscht ein Actionär sein Stimmrecht durch einen anderen stimmberechtigten Actionär auszuüben, so hat er die betreffende, auf den Namen des gewählten Vertreters lautende Vollmacht auf der Rückseite der Legitimationskarte auszustellen und eigenhändig zu unterschreiben.

Diejenigen Herren Actionäre, welche hienach in den Besitz von durch Vollmacht übertragenen Stimmen gelangen, haben nach § 62 der Statuten die an sie übertragenen Legitimationskarten (Vollmachtsurkunden) spätestens einen Tag vor der General-Versammlung der Direction einzuhändigen.

Es werden demzufolge dieselben eingeladen, die in ihren Händen befindlichen eigenen und an sie übertragenen Legitimationskarten vom 21. März bis inclusive 2. April d. J. in der Liquidatur der Anstalt zu den oben erwähnten Amtsstunden abzugeben, wogegen ihnen eine die Gesammtzahl der von ihnen zu führenden Stimmen ausweisende Legitimationskarte ausgefolgt werden wird.

Die Verzeichnisse der für diese General-Versammlung stimmberechtigten Actionäre können vom 21. März d. J. ab ebendaselbst gegen Vorweisung der Legitimationskarten in Empfang genommen werden.

Wien, am 19. Februar 1895.

K. k. priv. österr. Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe.

*) § 23 der Statuten lautet: Jedes Mitglied des Verwaltungsrathes wird — abgesehen von dem Ausnahmsfalle des § 24, Alinea 2 — für die Dauer von 4 Jahren gewählt. Alljährlich tritt der vierte Theil der Verwaltungsraths-Mitglieder und mit Ablauf der Functionsdauer überdies noch der etwa verbliebene Rest aus. Bis die Reihe im Austritte nach der Amtsdauer sich gebildet hat, entscheidet darüber das Los. Die Austretenden sind wieder wählbar.

§ 24, Alinea 1 der Statuten lautet: Der General-Versammlung bleibt es vorbehalten, jederzeit innerhalb der im § 21 festgesetzten Grenze zu bestimmen, aus wie viel Mitgliedern der Verwaltungsrath zu bestehen hat.

**) § 59 der Statuten lautet: Je 25 Actien geben das Recht auf Eine Stimme. Mehrere Besitzer von weniger als 25 Actien können aus ihrer Mitte einen gemeinschaftlichen Bevollmächtigten ernennen, der an der General-Versammlung theilnehmen kann, wenn die Zahl der von ihm vertretenen Actien wenigstens fünfundzwanzig beträgt.

***) § 60 der Statuten lautet: Stimmberechtigt ist derjenige stimmfähige Actionär, welcher die sein Stimmrecht begründenden Actien mindestens vier Wochen vor dem Zusammentritte der General-Versammlung bei der Anstalt in Wien oder bei einer ihrer Filialen oder bei einem der in der Einberufungs-Kundmachung bezeichneten Bankhäuser deponiert hat und persönlich oder durch einen Bevollmächtigten in der Versammlung erscheint.

(Nachdruck wird nicht honoriert.)

Zur coulanten Besorgung aller im **Coursblatte** notierten **Effecten und Valuten** bestens empfohlen:

Wechselstube des Bankhauses

Schelhammer & Schattera

Gegründet 1832

WIEN
I. Bezirk,
Stephansplatz
Nr. 11
Parterre.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 17. Dienstag, den 26. Februar 1895. Jahrgang IV.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **19. Februar 1895** (vormittags).

Vorsitzende: Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, v. Götz, Dr. Huber, Dr. Klotzberg, Kreindl, Dr. Lederer, Dr. Lueger, Matthies, Mayer, Müller, Dr. Nechansky, v. Neumann, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Stiaßny, Dr. Vogler, Witzelsberger.

Entschuldigt: St.-R. Dr. Hackenberg.
Beurlaubt: St.-R. Baugoin.
Krank: St.-R. Wurm.
Experten: Magistrats-Commissär Dr. Nüchtern, Dr. Weißkirchner.
Schriftführer: Magistrats-Concipist H. Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter eröffnet die Sitzung.

St.-R. Dr. Hackenberg entschuldigt sein Ausbleiben.

(Zur Kenntnis.)

(1208.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über die Umgangnahme von der Einhebung eines Platzzinses von der k. k. Dicasterial-Gebäudedirection für das Schilderhäuschen beim k. k. Landwehr-Ausrüstungsdepot V., Spengergasse, und beantragt, von der Vorschreibung eines Platzzinses für den in Anspruch genommenen städtischen Grund per 1·50 m² gegen dem abzusehen, dass seitens der k. k. Dicasterial-Gebäudedirection das Eigenthum der Gemeinde bezüglich des Grundes ausdrücklich anerkannt wird. (Angenommen.)

(1171.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit von Kanzleitaxen, Commissionsgebüren und eines Platzzinses nach Rosalia Dollan per 7 fl. 85 kr. und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(1170.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Georg Zeltner um Abschreibung der über ihn wegen Haltung eines unversteuerten Hundes verhängten Strafe von 12 fl. und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(1257.) **St.-R. Müller** referiert über das Offert des Franz und der Julie Schweitzer auf Ankauf der Cat.-Parc. 322, Einl.-Z. 201, sowie eines Theiles der Cat.-Parc. 327/2 in Lainz und Conscr.-Nr. 1077, Einl.-Z. 914 in Ober-St. Veit, XIII. Bezirk, und beantragt, das Offert der Eheleute Schweitzer auf käufliche Überlassung der Cat.-Parc. 322, Einl.-Z. 201, Lainz, und eines Theiles der im öffentlichen Gute inneliegenden Parcelle 327/2, sowie eines Theiles der Cat.-Parc. 1077, Einl.-Z. 914, Ober-St. Veit, XIII. Bezirk, um den Einheitspreis von 5 fl. per Quadratklafter = 1 fl. 40 kr. per Quadratmeter wird abgelehnt. (Angenommen.)

(937.) **Derselbe** referiert über die Überlassung der zur Erbauung des rechtsseitigen Haupt-Sammelcanales im XIX., IX. und I. Bezirke erforderlichen städtischen Gründe an die Commission für Verkehrsanlagen und beantragt:

Die zur Anlage des rechtsseitigen Haupt-Sammelcanales längs des Donaucanales in der Strecke vom Schreiberbache in Nussdorf bis zur Postgasse im I. Bezirke theils dauernd, theils zur Herstellung des Canales selbst, theils zeitweise zur Materiallagerung während der Dauer der Bauarbeiten benöthigten städtischen Gründe, welche nicht schon gegenwärtig als Straßen in Benützung stehen, werden der Commission für Verkehrsanlagen in Wien zu dem gedachten Zwecke unter nachfolgenden Bedingungen zur Verfügung gestellt, und zwar:

1. Die Cat.-Parc. 87/1 öffentliches Gut in Nussdorf und 602/1 und 2, Einl.-Z. 86 Heiligenstadt, werden zur Materiallagerung während der Dauer der Bauarbeiten unentgeltlich überlassen. Etwaige

Vorkehrungen zum Schutze der Gartenanlage auf Cat.-Parc. 87/1 und zur Herstellung des früheren Zustandes derselben werden aus Anlass der Bauarbeiten auf Kosten der Commission für Verkehrsanlagen vorgenommen werden.

Etwaige Forderungen der Nussdorfer Brauerei als Pächterin der Cat.-Parc. 602/1 und 2 wegen Inanspruchnahme ihres Pachtgrundes werden der Commission für Verkehrsanlagen in Rechnung gestellt.

2. Die von der Cat.-Parc. 1044 und 1513/1, Einl.-Z. 1010 Grundbuch Alsergrund, theils zur Herstellung des Canales selbst, theils zur Materiallagerung benöthigten Grundflächen werden unentgeltlich überlassen. Die von den Pächtern dieser Parcelle wegen Inanspruchnahme ihres Pachtgrundes gestellten Bedingungen und Forderungen sind auf Rechnung der Commission für Verkehrsanlagen zu befriedigen.

3. Die Cat.-Parc. 1310/1 öffentliches Gut (Rossauerlände) wird nach Räumung seitens des Parcellierungswerbers und Übernahme in den Besitz der Gemeinde Wien unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

4. Für die sofortige Auflassung und Demolierung des auf Cat.-Parc. 1415, Einl.-Z. 771 Gemeinde Wien, befindlichen städtischen Marktaufsichtsgebäudes wird der Commission für Verkehrsanlagen pauschaliter ein Betrag von 1500 fl. und für die Beseitigung der auf Cat.-Parc. 1416, Einl.-Z. 771 Alsergrund, befindlichen hölzernen Hütten und der Gartenanlage pauschaliter ein Betrag von 160 fl. in Rechnung gestellt. Die nach Demolierung der obigen Baulichkeiten zur Canalanlage und Materiallagerung benöthigten Grundtheile dieser Realität werden sohin zur Verfügung gestellt.

5. Die von der Cat.-Parc. 1460/6, Einl.-Z. 316 (Parkanlage am Franz Josefs-Quai) zur Herstellung des Nothauslasses nächst der Werderthorgasse und zur Materiallagerung erforderlichen Grundtheile werden unentgeltlich überlassen. Etwaige Vorkehrungen zum Schutze der Gartenanlage und zur Herstellung des früheren Zustandes derselben werden auf Rechnung der Commission für Verkehrsanlagen getroffen.

6. Von einer grundbücherlichen Durchführung der Dienstbarkeit der Duldung des herzustellenden Canales auf den im Eigenthume der Gemeinde Wien befindlichen Grundstücken wird abgesehen.

7. Die außer den vorerwähnten Gründen zur Herstellung der Canalanlage in Anspruch genommenen städtischen Straßen werden gemäß Art. XIII des Programmes unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

8. Die unter 1 bis 7 angeführten Bedingungen sind der Commission für Verkehrsanlagen zur Annahme mitzutheilen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(871.) **St.-R. Witzelsberger** referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt, dem Ansuchen des Johann Dolezal Folge zu geben (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Matzenauer übernimmt den Vorsitz.)

(744.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über die Erweiterung des Friedhofes in Hütteldorf, XIII. Bezirk, und beantragt:

1. die Erweiterung des Hütteldorfer Friedhofes durch Einbeziehung der im Eigenthume der Gemeinde Wien stehenden Waldparcellen 781/1 im Ausmaße von 3050 m² wird genehmigt;

2. für die Terrainregulierung und sonstigen Arbeiten, sowie für die Herstellung der Umfriedungsmauer wird nach Maßgabe des buchhalterisch adjustierten Kostenanschlages ein Betrag von 7765 fl. 96 kr. bewilligt und das bauämtliche Project mit der im Commissionsprotokolle vom 13. December 1894 angedeuteten Abänderung genehmigt, dass größere Grabstellengruppen anzulegen sind, an deren Rändern die eigenen Gräber und in deren Mitte — rechts und links eines schmäleren Mittelweges — die einfachen Gräber zu situieren sind;

3. die Terrainregulierungs-, sowie Erd- und Baumeisterarbeiten sind im Offertwege zu vergeben, die übrigen Arbeiten im currenten Wege auszuführen;

4. dem mit der Aufsicht über die Erweiterungsarbeiten betrauten bauamtlichen Inspicienten wäre eine Gebür von 2 fl. 50 kr. pro Tag zu bewilligen (bedeckt). (Angenommen.)

(598.) **Derselbe** referiert über den Ankauf von Gründen behufs Arrondierung des Territoriums des Meidlinger Friedhofes und beantragt die Wahl eines Comités aus drei Mitgliedern zur Verhandlung mit Franz und Anna Mitterhuber, sohin auf Vereinbarung mit dem Bürgerspitalsfonde wegen Abtretung der Parcelle 170 per 980 □° und endlich auf Vorlage eines vollständigen Kostenanschlages, betreffend die Erweiterung des Friedhofes.

St.-R. Boschan beantragt den Magistrat zu beauftragen, seine Bemühungen wegen Ausmittlung eines erforderlichen Grundcomplexes für die Anlage eines größeren Friedhofes zu beschleunigen, weiters sei im Wege des magistratischen Bezirksamtes zu verlautbaren, dass Grundbesitzer aufgefordert werden, ihre Offerte bezüglich der Überlassung von größeren Grundcomplexen für die Friedhofsanlage zu überreichen.

Der Referenten-Antrag wird angenommen.

Desgleichen der Antrag des St.-R. Boschan wegen Beschleunigung der Vorlage für einen größeren Friedhof.

Der Antrag bezüglich der Verlautbarung wird abgelehnt und der übrige Theil des letzteren Antrages zurückgezogen.

Referent beantragt weiters bezüglich der Gräbereintheilung:

1. Es sei der vom Stadtbauamte vorgelegte Gräbereintheilungsplan mit der Abänderung zu genehmigen, dass auch die vorderen, beim Eingange gelegenen, noch unbelegten Grundflächen zu Beerdigungszwecken verwendet werden.

2. Für die an der Hauptallee im alten Friedhofstheile projectierten Grüfte und die hinter denselben anzulegenden Einzelgräber seien nachstehende Gebüren festzusetzen, und zwar:

a) für einen einfachen Gruftplatz für fünf Leichen
für dem Friedhofe zugewiesene 300 fl.,
für andere Parteien 500 fl.;

b) für einen Doppelgruftplatz für acht Leichen 500 fl.,
für fremde 800 fl.;
die Herstellung der Grüfte wäre den Parteien zu überlassen;

c) für das Benützungsrecht auf ein Einzelgrab für die Dauer von 20 Jahren vom Tage der Erwerbung resp. der ersten Leichenbeisetzung 50 fl., von je 20 zu 20 Jahren eine Renovationsgebür von 20 fl.

St.-R. Schlechter beantragt, die Grüfte durch die Gemeinde verhältnismäßig herzustellen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, das Referat wegen Regelung der Gräbergebüren binnen vier Wochen zu erstatten.

Der Referent modificiert seinen Antrag dahin:

Die vom Magistrate proponierte Grüfte- und Gräberanlage in der Allee des alten Friedhofes wird genehmigt.

Der Magistrat wird beauftragt, binnen vier Wochen über die Regulierung der Gräber- und Gruftgebüren in allen Friedhöfen und damit auch neuerlich über die Regelung der proponiert gewesenen Preise für die Gräber und Grüfte im Meidlinger Friedhofe Bericht zu erstatten.

Der modificierte Referenten-Antrag angenommen.

(578.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Kirchenverwaltung der Pfarre St. Michael in Heiligenstadt, XIX. Bezirk, um gänzliche Auflassung des alten Friedhofes bei der Kirche und beantragt:

1. die angesuchte Bewilligung zur gänzlichen Auflassung des pfarrlichen Friedhofes auf der Cat.-Parc. 159 bei der Pfarrkirche St. Michael im XIX. Bezirke wird ertheilt.

2. als Termin, nach welchem die Räumung des Friedhofes erfolgt, wird der 1. März 1896 bestimmt.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, die Räumung unter der Bedingung zu bewilligen, dass das hiedurch gewonnene Areale zur Errichtung einer Gartenanlage Verwendung finde.

Der Referent accommodiert sich dem Antrage des St.-R. Dr. Lueger.

Modificierter Referenten-Antrag angenommen.

(960.) **Derselbe** referiert über den Entwurf einer Kundmachung, betreffend Verfügungen über Einzelgräber am Central-Friedhofe, deren Benützungsrecht erloschen ist, und beantragt, den vorliegenden Entwurf der diesfälligen Kundmachung vom 4. Februar 1895 und die daselbst hinsichtlich der heimgefallenen Einzelgräber enthaltenen Verfügungen mit der Abänderung zu genehmigen, dass

1. die Worte: „mit 6 Percent Zinsen" ausgelassen werden,

2. die Frist vom 1. März auf 1. Juli erstreckt wird, und

3. dass alle bekannten Grabbesitzer, gleichgiltig, ob dieselben die Gräberausschmückung durch die Gemeinde besorgen lassen oder nicht, brieflich verständigt werden.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, dass diese Kundmachung in sämmtlichen gelesenen Journalen amtlich veröffentlicht werde.

St.-R. Dr. Klotzberg beantragt, es seien in Hinkunft Blankette aufzulegen, mittels welcher die Parteien von der Beendigung ihres Benützungsrechtes verständigt werden.

Referenten-Antrag und Antrag des St.-R. Dr. Lueger angenommen.

Der Antrag des St.-R. Dr. Klotzberg geht an den Magistrat zur Berichterstattung.

(795.) **Derselbe** referiert über das Project zur Entwässerung des tiefer gelegenen Theiles des Friedhofes in Hetzendorf und beantragt, das bauamtliche Project zur Entwässerung des tiefer gelegenen Theiles des Hetzendorfer Friedhofes mit dem Kostenbetrage von 454 fl. 82 kr. zu genehmigen und wegen Zustimmung zur Ausfertigung des von der Eisenbahnbetriebs-Direction der Staatsbahnen verlangten Reverses die Zustimmung zu ertheilen. (Angenommen.)

(1163.) **Derselbe** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis für die Lieferung von neuen Gruppen- und Reihenständern, sowie Grabnummerpflöcken und bezüglich Restaurierung der alten Pflöcke und Ständer im Central-Friedhofe und beantragt, sowohl die Lieferung der neuen Gruppen- und Reihenständer sowie Grabnummerpflöcke, als auch die Restaurierungsarbeiten der alten verrosteten Gruppen- und Reihenständer und Grabnummerpflöcken dem Wilhelm Lowrek zu den offerierten Preisen auf die Dauer von drei Jahren, d. i. 1895, 1896 und bis 31. December 1897 zu übertragen. (Angenommen.)

(1247.) **St.-R. Schlechter** referiert über die Sicherstellung der Buchbinderarbeiten zur Anfertigung der Wählerlisten pro 1895 bis 1897 und beantragt, diese Arbeiten ohne Ausschreibung einer Offertverhandlung dem Karl Dirnhuber zu den bisherigen Bedingungen mit einer höchstens 48stündigen und im Bedarfsfalle mit einer 36stündigen Lieferzeit zu übertragen. (Angenommen.)

(1224.) **Derselbe** referiert über die Sicherstellung der Buchdrucker- und Buchbinderarbeiten für den Hauptrechnungsabschluss und Hauptvoranschlag und beantragt, unter Genehmigung der neuen Bedingnisse eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung in der Art auszuschreiben, dass die Offerte auf drei Jahre zu stellen wären.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, dass jede Gruppe separat gedruckt und geheftet werde; weiters sollen die Anmerkungen nicht wie bisher an der Seite, sondern unter dem Striche gedruckt werden.

St.-R. Mayer beantragt die Ausschreibung der Offertverhandlung auf ein eventuell drei Jahre.

Der Referent accommodiert sich letzterem Antrage.

Der modificierte Referenten-Antrag wird angenommen und weiters beschlossen, der Magistrat habe zu erwägen, ob es sich nicht empfehle, den Modus einzuhalten, dass einzelne Partien, sobald sie gedruckt sind, sofort abgeliefert werden, um eine Beschleunigung der Berathung herbeizuführen und die Anmerkungs-Rubrik in Form von Fußnoten anzubringen.

(1297.) **St.-R. Dr. Klotzberg** referiert über das Ansuchen des städtischen Arztes im XIX. Bezirke Dr Karl Kohn um einen dreimonatlichen Urlaub und beantragt, demselben einen dreimonatlichen Urlaub zu bewilligen und während der Dauer dieses Urlaubes den provisorischen städtischen Arzt Dr. Franz Hamperl, XIX., Grinzingerstraße 72, gegen ein Monatshonorar von 50 fl. mit der Supplierung zu betrauen (bedeckte Auslage). (Angenommen.)

(1216.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Comités der Wiener Mode-Ausstellung um Subvention und beantragt die Bewilligung einer Subvention von 300 fl.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(1209.) **Derselbe** referiert über die Vergebung der Demolierung des Gärtnerhauses beim Rosenhügel-Reservoir und beantragt, das Offert der Emilie Polzenbauer, verehelichten Zemek, als Bestbieterin zu genehmigen (Anbot 305 fl.). (Angenommen.)

(1221.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über den Landesschulraths-Erlass vom 31. Jänner 1895, Z. 432, puncto Remunerationszuerkennung an die in aushilfsweiser Verwendung stehende Arbeitslehrerin Hermine Roboch während der Ferienmonate und beantragt, auf Grund der früheren Beschlüsse des Stadtrathes sei auch in diesem Falle der Recurs an das hohe k. k. Ministerium zu ergreifen.

(Angenommen.)

(1202.) **Derselbe** referiert über die Entscheidung des Landesschulrathes vom 2. Februar 1895, Z. 281, über den Recurs des provisorischen Unterlehrers Alexander Taubler in Betreff Rückerstattung von zwei Remunerationsraten für die Ferienmonate 1894 und beantragt, auf Grund der früheren in gleichen Angelegenheiten gefassten Beschlüsse den Recurs an das hohe k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht auch in diesem Falle zu ergreifen.

(Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **19. Februar 1895** (nachmittags).

Vorsitzende: Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende:

Dr. v. Billing,	Dr. Lederer,
Boschan,	Dr. Lueger,
v. Götz,	Matthies,
Dr. Huber,	Mayer,
Dr. Klotzberg,	Müller,
Kreindl,	Dr. Nechansky,

Rückauf, Stiaßny,
Schlechter, Dr. Vogler,
Schneiderhan, Witzelsberger.

Entschuldigt: St.-R. v. Neumann.
Beurlaubt: St.-R. Baugoin.
Krank: St.-R. Dr. Hackenberg, Wurm.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Bibl.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung.

St.-R. Wurm ist durch Krankheit bis auf weiteres verhindert, den Stadtraths-Sitzungen beizuwohnen. (Zur Kenntnis.)

(1347.) **St.-R. Mayer** referiert über Gesuche um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem IX. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung für:

Markus Johann, Architekturzeichner;
Schapira Rosalia, Private, und
Beigel Stephan, Student. (Angenommen.)

(748.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über das Ansuchen des Lorenz Waldmann um Bestimmung der Schadloshaltung und des Übernahmspreises für die Grundabtretung, beziehungsweise -Einbeziehung bei der abgetheilten Realität Einl.-Z. 27 in Unter-Meidling und beantragt, es werde für die, nach Compensierung des einzubeziehenden Grundes in der Miesbachgasse per 6·52 m² mit einer doppelt so großen Fläche des zur Verbreiterung der Meidlinger Hauptstraße abzutretenden Grundes verbleibende Grundabtretung von 146·94 — 13·04 = 133·90 m² ein Schadloshaltungsbetrag von 12 fl. per Quadratmeter (in Summa 1606 fl. 80 kr.) bewilligt. (Angenommen.)

(652.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit eines Licenzgebürenrückstandes per 29 fl. nach Kunigunde Chauer, gewesenen Einspänner-Eigenthümerin im XII. Bezirke, und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(1095.) **Derselbe** referier über die Uneinbringlichkeit einer Commissionsgebür per 2 fl. nach Friedrich Müller im XII. Bezirke und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

Derselbe referiert über Bürgerrechtsgesuche aus dem XII. Bezirke und beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes an:

(1094.) Breicha Johann, Schlossermeister;
Berthold Michael, Gastwirt;
Schuppich August, Graveur;
Wallner Johann, Küchengärtner;
Schwarz Wenzel, Drechslermeister;
(1126.) Wollmann Stephan, Kaufmann;
Arnberger Karl, Drechslermeister;
Eybl August, Brantweinschenker;
Reiter Franz, Gasthofbesitzer;
Helm Karl, Rothgerbermeister, und
(1093.) Glasauer Heinrich, Kaufmann. (Angenommen.)

(1269.) **Derselbe** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis puncto Lieferung von Gebirgsschlägel- und Gebirgsrieselschotter für die Macadamisierung der Schöffelgasse, XVIII. Bezirk, und beantragt, diese Lieferung dem Matthias Baxa zum offerierten Preise von 4 fl. 50 kr. per Cubikmeter zu übertragen. (Angenommen.)

(1225.) **Derselbe** referiert über die Beschaffung von Schotter für den XI. Bezirk pro 1894 und beantragt:

1. die Beschaffung von 1000 m³ Rundschotter über den zur Straßenerhaltung im XI. Bezirke pro 1894 präliminierten Bedarf zum Preise von 1 fl. 29 kr. per Cubikmeter mit dem Gesammtkostenbetrage von 1290 fl. zu genehmigen

2. die Zufuhr von 210 m³ Grubenschotter aus dem Ziegelwerke von Rudolf Kupfer zum Preise von 1 fl. für die Zufuhr per 210 fl. — kr.
und von 5 kr. per Fuhre für den Schotter . . . . 10 fl. 50 kr.

zum Gesammtkostenbetrage von . 220 fl. 50 kr.
nachträglich zu genehmigen;

3. für diese Auslagen einen Zuschusscredit zur Position der Ausgabs-Rubrik XXII 2 a in der Höhe von 1510 fl. 50 kr. zu bewilligen.

(Angenommen; Punkt 3 an den Gemeinderath.)

(1243.) **Derselbe** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Lieferung von neun Stück Aufspritzwägen für den I. Bezirk und beantragt, die Lieferung von neun Faswägen mit Schleuderbrause zur Straßenbespritzung im I. Bezirke der Firma J. Rohrbacher zum angebotenen Preise von 459 fl. per Stück zu übertragen. (Angenommen.)

(1254.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über das Ansuchen des Professors am Döblinger Communal-Obergymnasium, Dr. Jakob Widmer, um Bewilligung eines Krankheitsurlaubes für die Dauer des II. Semesters des Schuljahres 1894/95 und beantragt:

1. es sei dem erwähnten Ansuchen Folge zu geben;

2. es seien die für das I. Semester des Schuljahres 1894/95 bestellt gewesenen Supplenten für classische Philologie, Deutsch und Kalligraphie Dr. Karl Klement und Dr. Otto Kleiber auch für das II. Semester dieses Schuljahres, und zwar Dr. Karl Klement für Latein und Deutsch in 16 wöchentlichen Stunden und Dr. Otto Kleiber — unter Übernahme des Lehrpensums des Professor Widmer — als Supplent für classische Philologie in 17 wöchentlichen Stunden (volle Supplentur) und als Nebenlehrer für Kalligraphie in 4 wöchentlichen Stunden, beide mit der Remuneration nach dem Maßstabe von jährlich 720 fl., respective Dr. Kleiber als Nebenlehrer mit der Remuneration nach dem Maßstabe von 60 fl. pro Stunde zu bestellen und denselben die ihnen gebürenden Bezüge in der üblichen Weise flüssig zu machen.

(Angenommen.)

(1222.) **Derselbe** referiert über die Anzeige des Directors der Gumpendorfer Communal-Oberrealschule Dr. Anton Kauer wegen Antrittes eines mehrtägigen Urlaubes und beantragt die genehmigende Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(1270.) **Derselbe** referiert über die Beistellung je eines Regenmantels und je einer Dienstkappe für die beiden Aufseher der städt. Rettungsschiffe im Donaucanale und beantragt, es sei für diese beiden Aufseher alle drei Jahre je ein Regenmantel aus Kautschuk mit einer Kapuze und alljährlich je eine Dienstkappe anzuschaffen. Die Kosten würden für einen Regenmantel 14 fl. und für eine Dienstkappe 1 fl. 50 kr. betragen und pro 1895 auf der Ausg.-Rubr. XXXII 13 „Auslagen für Rettungsanstalten" Deckung finden.

Die Anschaffung dieser Kleidungsstücke hätte durch das städtische Marktamt und die Lieferung derselben durch die betreffenden städtischen Contrahenten, d. i. derzeit den Schneider Leopold Witamvas, beziehungsweise den Kürschner Karl Kubischta zu geschehen.

Die Mäntel wären in das Inventar aufzunehmen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(1161.) **Derselbe** referiert über das Anerbieten des Josef Krammer auf Übernahme der Hausbesorgerstelle in der alten

Dirndlhof-Realität in Kaiser-Ebersdorf gegen Zuweisung des inmitten des Gartens dieser Realität stehenden Gartenhauses als Naturalquartier und beantragt die Annahme. (Angenommen.)

(1021.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit eines Gehaltsvorschussrestes per 17 fl. nach dem ehemaligen Viehbeschauer Josef Ybl und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(890.) **Derselbe** referiert über die Zuschrift der k. k. Polizeidirection vom 15. Jänner 1895, Z. 102035, betreffend die Miete von Localitäten in dem dem Unterstützungsinstitute der Wiener Sicherheitswache gehörigen Hause IX., Müllnergasse 23, vom 1. November 1893 ab zur Unterbringung einer Sicherheitswachkaserne vorbehaltlich des Regresses gegen die Gemeinde bezüglich des Mietzinses und beantragt, die citierte Zuschrift mit dem Beifügen zur Kenntnis zu nehmen, dass die Gemeinde Wien nach wie vor unverrückt an jenem Standpunkte festhalte, welchen sie auf Grund der durch den § 40 des Gemeindestatutes geschaffenen Rechtslage bereits in wiederholten Zuschriften an die k. k. Polizeidirection, die k. k. n.-ö. Statthalterei und das k. k. Ministerium des Innern eingenommen und dargethan hat und dass daher die Gemeinde Wien dem in obiger Zuschrift vorbehaltenen Regressanspruche ihre Rechtsverwahrung entgegensetze. (Angenommen.)

Derselbe referiert über die Uneinbringlichkeit von Beerdigungsgebüren

(710.) per 14 fl. 50 kr. nach 4 Parteien aus dem VIII. Bezirke;

(832.) per 40 fl. 75 kr. nach 11 Parteien aus dem XIV. Bezirke;

(850.) per 180 fl. 65 kr. nach 47 Parteien aus dem XVII. Bezirke;

(867.) per 97 fl. 69 kr. nach 27 Parteien aus dem IX. Bezirke;

(873.) per 37 fl. 60 kr. nach 21 Parteien aus dem XVII. Bezirke;

(874.) per 20 fl. 10 kr. nach 22 Parteien aus dem XVII. Bezirke;

(1032.) per 13 fl. 95 kr. nach 9 Parteien aus dem XI. Bezirke;

(1092.) per 30 fl. 70 kr. nach 8 Parteien aus dem XVI. Bezirke;

(1153.) per 384 fl. 60 kr. nach 96 Parteien aus dem XVIII. Bezirke;

(1154.) per 467 fl. 25 kr. nach 120 Parteien aus dem XVIII. Bezirke

und beantragt in sämmtlichen Fällen die Abschreibung. (Angenommen.)

St.-R. Schlechter referiert über Bürgerrechtsgesuche aus dem VI. Bezirke und beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes an:

(544.) Tanzer Eduard, Fächer-Erzeuger;

Neswedа Robert, Kaufmann;

Kraft Karl, Gemischtwaren-Verschleißer;

(616.) Sticht Johann Nikolaus, Tischlermeister;

Tomanek Albert, Hausierer;

Hlawka Johann, Bildhauer;

Kintner Nikolaus, Schilder- und Schriftenmaler;

Kögel August, Webermeister. (Angenommen.)

(1223.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Heinrich Fesl um käufliche Überlassung von zwei alten Reckständen aus der Schule VII., Zieglergasse 21, um den Preis von 1 fl. und beantragt die Genehmigung dieses Anbotes. (Angenommen.)

(1144.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit einer Genossenschaftsgebür per 22 fl. nach Karl Hruby im VII. Bezirke für die nunmehr aufgelöste Genossenschaft der Musiker und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(1278.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit einer Augenscheinstaxe per 3 fl. 70 kr. nach der im V Bezirke wohnhaft gewesenen Fanni Bonatsch und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(1029, 664 und 1231.) **Derselbe** referiert über mehrere Gesuche um Abschreibung, respective Reducierung von Wassermehrverbrauchsgebüren aus dem IV. und V. Bezirke und beantragt die Genehmigung der diesbezüglichen Bezirksamts-Anträge. (Angenommen.)

(665.) **Derselbe** referiert über rückständige Wasser-, respective Platzzinsgebüren nach 13 Parteien im II. Bezirke und beantragt die Abschreibung nach dem Bezirksamts-Antrage. (Angenommen.)

(851.) **Derselbe** referiert über Protokolle von Bezirksausschuss-Sitzungen in den Bezirken I, II, III, V, VI, VII, IX, X, XII, XIII, XVI, XVIII, XIX und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(1167.) **St.-R. Matthies** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis wegen Sicherstellung der currenten Arbeiten und Lieferungen für das V. städtische Waisenhaus in Klosterneuburg für die Jahre 1895, 1896 und 1897 und beantragt, nachstehende currente Arbeiten, beziehungsweise currente Lieferungen folgenden Unternehmern zu übertragen, und zwar:

die Erd- und Baumeister-, Stuccatur- und Steinmetzarbeiten dem Johann Passini mit 10 Percent Zuschuss;

die Zimmermannsarbeiten dem Franz Fuchs mit 4 Percent Nachlass;

die Spenglerarbeiten dem Josef Getzl mit 8 Percent Zuschuss;

die Bau- und Möbeltischlerarbeiten mit Ausnahme der Legung neuer harter Brettelböden dem Johann Reicha mit 15 Percent Nachlass;

die Schlosserarbeiten mit Ausnahme der Lieferung von eisernen Betten, Herden und Öfen dem Michael Karpfen mit 6 Percent Nachlass;

die Anstreicherarbeiten dem Josef Fischer mit 5 Percent Nachlass;

die Glaserarbeiten dem Anton Aschenbrenner zu den Tarifpreisen;

die Tapeziererarbeiten und Matratzenlieferung dem Hermann Erber mit 18 Percent Nachlass;

die Binderarbeiten dem Johann Conradt mit 10 Percent Zuschuss;

die Rauchfangkehrerarbeiten dem Ernst Artaria gegen ein halbjährig verfallen auszuzahlendes Pauschale von jährlich 145 fl.;

die Canalräumung und Kehrichtverführung dem Johann Passini gegen ein Pauschale von jährlich 65 fl. für die Canalräumung und von jährlich 35 fl. für die Kehrichtverführung.

Bezüglich aller nicht sichergestellten Arbeiten und Lieferungen wird die Waisenhausleitung ermächtigt, dieselben von Fall zu Fall durch selbst gewählte Geschäftsleute ausführen zu lassen. (Angenommen.)

(1046.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Veronika Malek um Belassung eines Verkaufsstandes auf städtischem Grunde vor der ehemaligen Favoritenlinie, IV. Bezirk, und beantragt die

Gesuchsgewährung gegen Zahlung des bisherigen entrichteten Platzzinses per 18 fl. in monatlichen Raten und auf beliebigen Widerruf. (Angenommen.)

(1207.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Johann Nimpfer, einverständlich mit Eleonore Rihaczek, wiederverehelichten Nimpfer, um Genehmigung des Eintrittes in den Pachtvertrag ad M.-Z. 399601 ex 1891, betreffend die Parcelle 1275/1, Abtheilung 29/III Simmering an Stelle des Engelbert, beziehungsweise der Eleonore Rihaczek und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(1204.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Ferdinand Erm um Bewilligung zur Grundab- und -Zuschreibung bezüglich Or.-Nr. 1 und 3 Sechskrügelgasse, III. Bezirk, und beantragt die Genehmigung im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(1246.) **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis puncto Herstellung einer Nutzwasserleitung für Sievering und beantragt, das Offert des Baumeisters Rudolf Zemann im XIV. Bezirke mit einer 5percentigen Aufzahlung auf die Kostenanschlagspreise mit dem Beisatze und vorbehaltlich der Erwirkung des wasserrechtlichen Consenses für diese Leitung zu genehmigen und den sich ergebenden Mehrbedarf von 237 fl. 93 kr. zu den Kosten per 6191 fl. 73 kr. zu bewilligen. (Angenommen.)

(522.) **Derselbe** referiert über die Fortbelassung des k. k. Gendarmeriepostens im Nasswalde und beantragt, behufs Ermöglichung der Weiterbelassung dieses Gendarmeriepostens bis auf weiteres den Jahresbeitrag von 140 fl. vom 1. Jänner 1895 zu bewilligen. (Angenommen.)

(345.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Vereines der Hausbesitzer im XVIII. Bezirke um Errichtung öffentlicher Gartenanlagen und käufliche Erwerbung des Areales der ehemaligen Zwangsarbeitsanstalt in Weinhaus und beantragt, den Magistratsbericht, wonach über die vorliegende Eingabe im Hinblicke auf die wegen Verwendung des Platzes zwischen der Gürtelstraße, Theresien-, Klettenhofer- und Antonigasse im XVIII. Bezirke, ferner wegen Erwerbung des Areales der ehemaligen Zwangsarbeitsanstalt in Weinhaus schwebenden Verhandlungen vorläufig eine weitere Verfügung nicht nothwendig erscheint, zur Kenntnis zu nehmen.

Vorsitzender, Vice-Bürgermeister Matzenauer regt an, es sei der Magistrat auf den zufolge Stadtraths-Beschlusses vom 7. d. M. (nachmittags), Z. 9537 ex 1894, ergangenen Auftrag, wegen Umwandlung des obenbezeichneten Platzes in eine Gartenanlage unter Aufrechthaltung des dort bestehenden Hügels und Thurmes Vorschläge zu erstatten, aufmerksam zu machen.

Referenten-Antrag mit Zusatz Matzenauer angenommen.

(9453 ex 1894.) **St.-R. Rückauf** referiert über eine Änderung des Regulativs für den Ankauf der Pferde für die Bespannung bei der Wiener städtischen Feuerwehr, dann für die Beschaffung der Fourageartikel für diese Pferde und den Verkauf der dienstuntauglich gewordenen Pferde und beantragt die Genehmigung der diesbezüglich vom Magistrate gestellten Anträge. (Angenommen.)

(10453 ex 1894.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Adolf Glaser um Auszahlung des Kaufschillings für die am 24. October v. J. gelieferten 16 Paar Pferde vor Ablauf der mit 60 Tagen festgesetzten Probezeit, eventuell um Bezahlung von 5 Percent Zinsen vom 25. October angefangen, endlich um Vergütung der Futterkosten für die Zeit vom 15. October angefangen mit 1 fl. täglich pro Pferd und beantragt die Abweisung dieser Forderungen im Sinne des Magistrats-Antrages.

St.-R. Dr. Klotzberg beantragt die Vergütung der Futterkosten für zwei Tage per 64 fl.

Dieser Antrag angenommen; im übrigen wird nach dem Referenten-Antrage die Gesuchsabweisung beschlossen.

(9356.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Salomon und der Sophie Deutsch um Nachsicht rückständiger Commissionsgebüren im Restbetrage von 43 fl. 6 kr. für das Haus XIV. Bezirk, Marktgasse 30, und beantragt die Gesuchsgewährung nach dem Bezirksamts-Antrage.

St.-R. Boschan beantragt die Abweisung.

Antrag Boschan angenommen.

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter hat während des vorstehenden Referates den Vorsitz übernommen.)

(9358.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Heinrich Fischer um Rückvergütung der anlässlich des Bauconsenses für das Haus XIV. Bezirk, Ullmannstraße 6, bezahlten Canaleinmündungsgebür per 305 fl. 28 kr. und beantragt die Rückvergütung dieser Gebür, nachdem durch die vorgelegte Quittung der bestandenen Gemeinde Sechshaus nachgewiesen erscheint, dass für das bezeichnete Haus bereits im Jahre 1876 nach den damals geltenden Bestimmungen die Gebür bezahlt worden ist und deshalb im Sinne des § 9 des Gesetzes vom 19. Jänner 1890, Nr. 9 L.-G.-Bl., anlässlich des Umbaues der mehrgedachten Realität eine Canaleinmündungsgebür nicht mehr zu bezahlen war. (Angenommen.)

(9347.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit einer nach Marie Wachat im XI. Bezirke aushaftenden Markthüttengebür per 29 fl. für die Zeit vom 1. Februar bis 31. December 1891 und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(9514.) **Derselbe** referiert über einen Licenzgebürenrückstand per 12 fl. 60 kr. nach dem verstorbenen Kleinfuhrmann Franz Papacek, im II. Bezirke wohnhaft gewesen, und beantragt die Abschreibung aus dem Titel der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(9357.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Regine Streicher im II. Bezirke um Nachsicht der für das Haus XIV. Bezirke, Rudolfsheim, Neugasse 5, aus den Jahren 1888 bis 1890 rückständigen Zinskreuzer per zusammen 465 fl. 76 kr. und beantragt die Abschreibung wegen Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

St.-R. Mayer referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem II. Bezirke und beantragt:

a) die Verleihung der Zuständigkeit an:

(5758.) Mandl Josef, Fellverschleißer;
Storek Josef, Kleidermacher;
Hofbauer Johann, Maurergehilfe;
Mährischl Julius, Fleischhauermeister;
Tretzmüller Josef, Buchdruckerei-Maschinenmeister;
Weiß Franz, Hausbesorger;
Taub Emanuel, Pfaidler;
Kohn Gustav, Doctor der gesammten Heilkunde;
Hann Karl, Ingenieur;
Benesch Marie, Kleinfuhrwerksbesitzerin;
Jellinek Marcus, Schneidermeister;
Jakesch Franz, Tischlergehilfe;
Smitka Franz, Schneidergehilfe, und
Lammel Eduard, Zimmermalermeister;

b) die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband an:

(1185.) Schmidthuber Georg, Fiakerkutscher;
Königstein Alexander, Papierwaren-Erzeuger;
Lamberger Isidor, Dr., prakt. Arzt;
Schneider Josef, Commis;
Müller Max, Fleckputzer;
Grünhut Gabriel, Schächter;
Pragan Moriz, Garderobeherrichter im k. k. Hof-Operntheater;
Engel Moriz, Platzagent;
Weiß Siegmund, Maschinen-Ingenieur;
Pollak Hermann, Gesellschafter der Tuch-Verschleiß-Firma Pollak & Gerstl;
Hollin Josef, Anstreichergehilfe, und
Fürstenthal Robert, Schätzmeister. (Angenommen.)

(1152.) **Derselbe** referiert über Bürgerrechtsgesuche aus dem II. Bezirke und beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Maural Thomas, Gemischtwaren-Verschleißer;
Dolansky Matthias, Kaufmann;
Wakler Max, Anstreicher. (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Matzenauer übernimmt den Vorsitz.)

(1226.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Vorstehers der Genossenschaft der Fragner, Vincenz Wessely, namens 88 Genossenschaften um Überlassung der Volkshalle für den 10. März 1895, 3 Uhr nachmittags, zur Abhaltung einer gemeinsamen Versammlung behufs Stellungnahme zum neuen Hausiergesetzentwurfe und beantragt die Genehmigung im Sinne des Magistrats-Antrages.

(Angenommen.)

(9102.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Eduard Berger um Nachsicht der Überschreitung des Arbeitstermines von neun Tagen für die Neupflasterung einer Straße am Schillerplatz, I. Bezirk, um 6½ Tage und beantragt die Nachsicht von 4 Tagen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt die Gesuchsabweisung.

St.-R. Dr. Huber beantragt die Nachsicht der Hälfte der Überschreitung (3½ Tage).

Referent accommodiert sich.

Modificierter Referenten-Antrag angenommen.

(9249.) **Derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Rißaweg, betreffend die Höherlegung der Wasserlaufgitter in der Johannesgasse, I. Bezirk, und beantragt, den Magistratsbericht, wonach die bestehende Senkung des Niveaus der Straße bei den Wasserlaufgittern zur Ableitung des Wassers nothwendig ist, eine Gefahr für das verkehrende Fuhrwerk nicht besteht und sohin von einer Verfügung über den vorliegenden Antrag Umgang zu nehmen wäre, zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(733 und 10425.) **Derselbe** referiert über die Eingabe der Camilla Lichtenstein, womit dieselbe ihr Ansuchen um Genehmigung der Grundtrennung bezüglich Einl.-Z. 637, VIII. Bezirk, zurückzieht, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(51.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Julius Politzer, Zimmermalermeisters im XVII. Bezirke, um Anerkennung der ihm im Jahre 1885 von der bestandenen Gemeinde Hernals ertheilten Zusicherung der Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Zusicherung der Aufnahme an den Genannten gegen Erlag der normalen Taxe. (Angenommen.)

Derselbe referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt:

a) die Zusicherung der Aufnahme an:

(189.) Polczer Ignaz, Kammerdiener;
Binder Johann, Tischlergehilfe;
Tüscher Johann, Goldarbeiter;
Zeitz Bernhardine, Papierhändlerin;
Devienne Heinrich, Lithograph;
Arakelian Takoor, Privatier, und
Wolf Maximilian, Schildermaler;

b) die Verleihung der Zuständigkeit an

(591.) Bauer Marie, Handarbeiterin;
Herrmann Wenzel, Schneidergehilfe;
Pospischil Ignaz, Bäckermeister;
Tetinek Katharina, Kürschnerswitwe;
Farka Josef, Kleidermacher;
Dreyer Josef, Drechslergehilfe;
Quirchmayer Karl, Schuhmacher;
Miller Marie, Handarbeiterin;
Ratz Florian, Gemischtwaren-Verschleißer;
Sperl Anton, Hausbesorger;
Katzlberger Johann, Gastwirt, und
Hosmann Thomas, Hausbesorger. (Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

Commission für Verkehrsanlagen.

23. Februar 1895.

Bei der Ausführung der Wiener Verkehrsanlagen waren in der abgelaufenen Woche 805 Arbeiter verwendet; hievon waren 399 beim Bau des Schleusencanales in Nussdorf, 291 an der Gürtel-, Vororte- und Wienthallinie der Stadtbahn, 115 am Sammelcanale rechts des Wienflusses beschäftigt. Außerdem standen in Verwendung beim Schleusenbau 2 Dampfmaschinen und 1 Fuhrwerk, beim Bahnbau 29, beim Sammelcanal 8 Fuhrwerke.

* * *

In der am 23. Februar d. J. abgehaltenen Vollversammlung der Commission wurden die Anträge der k. k. Generaldirection der österr. Staatsbahnen wegen Einlösung von acht Häusern in der Magdalenenstraße um den Gesammtbetrag von 481.000 fl. genehmigt. Zugleich wurde der Generaldirection ein Credit von 967.500 fl. zur Auszahlung der Einlösungsbeträge für die bis nun in der Magdalenenstraße erworbenen 16 Häuser, sowie ein Credit von 884.750 fl. für Grundeinlösungen im zweiten Baulose der Gürtellinie zur Verfügung gestellt.

Weiters wurde das Detailproject für die Verschiebung der Station „Hietzing" der Wienthallinie flussabwärts, so dass dieselbe nunmehr knapp unterhalb der Kaiser Franz Josefsbrücke zu liegen kommt, genehmigt, und wird das geänderte Project dem Handelsministerium mit dem Ersuchen um Einleitung der vorgeschriebenen Amtshandlungen vorgelegt werden.

Endlich hat die Commission der Ausschreibung der im Baulose 4 c der Gürtellinie noch auszuführenden Unterbauarbeiten mit der Maßgabe zugestimmt, dass deren Vergebung wie üblich unter Intervention eines Vertreters der Commission stattzufinden hat, und wurde für Bauleistungen im Lose 4 der k. k. Generaldirection ein weiterer Credit von 565.975 fl. gewährt.

Approvisionierung.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 17. bis 23. Februar 1895.

1. Fleischsendungen:

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . . 277.293 kg (Davon aus Niederösterreich — 180.020; aus Ober-Österreich — 823; aus Steiermark — 69; aus Tirol — —; aus Mähren — 6.299; aus Galizien — 69.399; aus Ungarn — 19.280; aus der Bukowina — 1403; aus Krain — —; aus Croatien —; aus Böhmen — — kg)

Kalbfleisch . . . 30.303 „ (Davon aus Nieder-Österreich — 1049; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — 85; aus Galizien — 29.107; aus Ungarn — 56; aus der Bukowina — 6 kg)

Schaffleisch . . . . 654 „ (Davon aus Nieder-Österreich — 44; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — 24; aus Galizien — 416; aus Ungarn — 127; aus Croatien — —; aus der Bukowina — 43 kg)

Schweinfleisch . . 71.109 „ (Davon aus Nieder-Österreich — 34.406; aus Ober-Österreich — —; aus Böhmen — 470; aus Steiermark — —; aus Mähren — 667; aus Galizien — 25.082; aus Ungarn — 10.484; aus Croatien — —; aus der Bukowina — — kg)

Kälber . . . . 2.305 Stück (Davon aus Nieder-Österreich — 296; aus Ober-Österreich — 3; aus Salzburg — —; aus Mähren 43; aus Galizien — 1.874; aus Ungarn — 60; aus der Bukowina — 21; aus Croatien — 8 St.)

Schafe . . . . 179 „ (Davon aus Nieder-Österreich — 132; aus Ober-Österreich — —; aus Kärnten — —; aus Mähren — 9; aus Galizien — —; aus der Bukowina — 7; aus Ungarn — 31; aus Croatien — — St.)

Schweine . . . . 942 „ (Davon aus Nieder-Österreich — 79; aus Mähren — 13; aus Galizien — 817; aus Böhmen — —; aus Ungarn — 33 St.)

Lämmer . . . . 174 „ (Davon aus Nieder-Österreich — 107; aus Mähren — 60; aus Galizien — 2; aus Ungarn — 5 St.)

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	Siedfleisch	von	36	bis	72	kr.	per Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„	48	„	1	fl.	„ „
Kalbfleisch		„	30	„	78	„	„ „
Schaffleisch		„	46	„	56	„	„ „
Schweinfleisch		„	46	„	74	„	„ „
Kälber		„	40	„	62	„	„ „
Schafe		„	36	„	48	„	„ „
Schweine		„	44	„	58	„	„ „
Lämmer		„	3½	„	5	fl.	per Stück.

Die Zufuhr an Fleischwaren war derjenigen in der Vorwoche nahezu gleich und wurden infolge lebhafter Nachfrage für Rindfleisch um 2 bis 4 kr. und für Schweine um 2 bis 6 kr. bessere Preise erzielt.

Schaffleisch, Schweinfleisch und Schafe fielen um 2 bis 4 kr. im Preise.

Die übrigen Artikel blieben fest.

* * *

Pferdemarkt vom 22. Februar 1895.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 396 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 160—450 fl. per Stück.
„ Schlachtpferde . . . . . 15— 70 „ „ „

Der Markt war lebhaft.

* * *

Schlachtviehmarkt vom 25. Februar 1895.

1. Auftrieb.

Mastvieh 3678, Weidevieh —, Beinlvieh 1187.

Summa . 4865.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere . . .	2057
Galizische „ . . .	877
Deutsche „ . . .	1775
Büffel „ . . .	156

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	3801
Stiere	365
Kühe	699

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht mit Percentabzug:

Ungar. Schlachtthiere	von	50	bis	64	fl.
(extrem	„	—	„	65	„)
Galiz. Schlachtthiere	„	51	„	62	„
(extrem	„	—	„	63	„)
Deutsche Schlachtthiere	„	52	„	67	„
(extrem	„	—	„	68	„)
Weidevieh	„	—	„	—	„

Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Percentabzug (auf dem heutigen Markte 36 bis 46%), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung:
a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung;
b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt ꝛc.;
c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt ꝛc., zugesteht.

b) Preis per 100 kg Lebendgewicht ohne Percentabzug:

Ochsen	von	22	bis	36½	fl.
Stiere	„	24	„	36	„
Kühe	„	22	„	32½	„
Büffel	„	20	„	26½	„
Beinlvieh	„	17	„	21	„
Weidevieh	„	—	„	—	„

c) Preis per Stück:

Beinlvieh . . . von 37 bis 85 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurden 10 Stück gehandelt.

Unverkauft blieben:

Ochsen	62 Stück
Beinlvieh	61 „

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden um 768 Stück Schlachtthiere mehr aufgetrieben. Die Kauflust war infolge des größeren Auftriebes und bei Ultimostimmung ziemlich flau, daher die Preise von Prima-Ware um 1 fl., von Mittelsorten um 1 bis 2 fl. und von minderen Sorten um 2 fl. — in Beinlvieh auch bis um 3 fl. — per 100 kg gefallen sind.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 23. Februar 1895.

a) Getreide.

Weizen	(Qualitätsgewicht per 1 hl 78—82 kg)	von	6	fl.	60	kr.	bis 7 fl. 20 kr.
Roggen	(„ „ „ „ 72—77 „)	„	5	„	45	„	„ 5 „ 85 „
Gerste		„	5	„	—	„	„ 8 „ 75 „
Mais		„	6	„	65	„	„ 7 „ 35 „
Hafer		„	6	„	10	„	„ 6 „ 95 „

b) Mahlproducte.

Grieß		von	11	fl. —	kr.	bis 13	fl. —	kr.
Weizenmehl	neue Type	„	5	„ 50	„	„ 12	„ 20	„
	alte „	„	5	„ —	„	„ 13	„ —	„
Roggenmehl		„	6	„ —	„	„ 11	„ —	„
Weizenkleie		„	3	„ 90	„	„ 4	„ 20	„
Roggenkleie		„	4	„ —	„	„ 4	„ 25	„

Städtisches Lagerhaus.

Vom 14. bis 21. Februar 1895.

Waren eingelagert . . . . . 7.046 Meter-Centner
„ ausgelagert . . . . . 18.427 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 4245 Meter-Centner.

Lagerstand vom 21. Februar 1895: 325.468 Meter-Centner, und zwar:

62.454	Meter-Centner Weizen,	80.657	Meter-Centner Roggen,
62.744	„ Gerste,	34.804	„ Hafer,
1.934	„ Mais,	29.352	„ Ölsaaten,
15.498	„ Mehl u. Kleie,	1.935	„ Wein,
2.890	„ Zucker,	—	Hektoliter à 100% Spiritus.

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 3,026.640 fl. öst. Währ.

Approvisionierungs-Angelegenheiten.

Verbot der Vieheinfuhr aus einigen verseuchten Gegenden Deutschlands.

Die k. k. n.-ö. Statthalterei hat unterm 18. Februar 1895 nachstehende Kundmachung erlassen:

Auf Grund des Artikels 5 des Viehseuchen-Übereinkommens mit dem Deutschen Reiche vom 6. December 1891 und des Punktes 5 des zugehörigen Schlussprotokolles (R.-G.-Bl. Nr. 16 ex 1892) hat das hohe k. k. Ministerium des Innern die Einfuhr von Rindvieh in die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder aus den von der Lungenseuche betroffenen nachstehenden Sperrgebieten des Deutschen Reiches bis auf weiteres unbedingt verboten, und zwar:

1. aus den Regierungsbezirken Posen, Magdeburg, Merseburg und Hildesheim im Königreiche Preußen;

2. aus den Kreishauptmannschaften Leipzig und Zwickau im Königreiche Sachsen;

3. aus dem Herzogthume Anhalt.

Diese Verbote treten an die Stelle der mit dem Erlasse des genannten hohen Ministeriums vom 11. Jänner d. J., Z. 985 (h. o. Kundmachung vom 14. Jänner 1895, Z. 3764, Amtsblatt Nr. 12, pag. 329), erlassenen Verbote.

Dieses wird in Gemäßheit des Erlasses des hohen k. k. Ministeriums des Innern vom 14. Februar 1895, Z. 4427, mit dem Beifügen verlautbart, dass Übertretungen dieser auch für das h. o. Verwaltungsgebiet giltigen Anordnung, welche am Tage ihrer Verlautbarung in der „Wiener Zeitung" in Wirksamkeit tritt, nach dem Gesetze vom 24. Mai 1882, R.-G.-Bl. Nr. 51, wobei auch die Vorschriften des § 46 des allgemeinen Thierseuchengesetzes und der dazu erlassenen Durchführungsvorschriften (R.-G.-Bl. Nr. 35 und 36 ex 1880) in Anwendung kommen, bestraft werden.

Bau-Angelegenheiten.

Summarium der Bauthätigkeit im Jahre 1894.

Bezirk	Genehmigte: Parcellierungen	Unterabtheilungen	Baulinien-Bestimmungen	Straßenniveau-Bestimmungen	Neubauten	Umbauten	Zubauten	Stockwerks-Aufsetzungen	Hievon entfallen auf Industriebauten: in tiefster Lage	in nicht tiefster Lage	Zusammen	Betriebsanlagen	Genehmigte: Adaptierungen	Planausmerkungen	Benützungsbewilligungen
I	1	1	4	.	1	9	2	.	.	.	.	15	174	31	70
II	7	4	5	.	67	13	70	2	1	15	16	66	210	73	291
III	3	11	3	.	45	18	58	4	.	9	9	21	123	76	313
IV	2	2	1	.	6	16	18	1	1	2	3	28	95	26	57
V	4	5	2	.	27	9	33	2	2	2	4	44	107	35	115
VI	.	5	1	.	7	14	23	3	.	2	2	31	108	31	79
VII	1	5	4	.	9	21	27	2	.	3	3	36	98	24	83
VIII	2	6	3	.	6	13	12	.	.	2	2	13	51	21	87
IX	.	8	1	.	21	7	17	.	.	.	.	20	70	47	192
X	2	4	2	1	39	4	81	4	2	12	14	30	128	37	142
XI	5	.	5	2	17	9	27	1	.	2	2	2	97	16	57
XII	3	2	9	2	34	6	53	6	.	.	.	23	132	29	66
XIII	3	11	18	9	32	5	55	3	.	.	.	4	249	27	132
XIV	.	6	2	.	20	5	33	2	.	1	1	11	46	15	56
XV	.	5	2	.	2	3	14	5	.	.	.	20	35	8	19
XVI	3	9	5	3	48	11	53	7	.	.	.	42	255	49	167
XVII	3	4	4	2	27	11	23	2	.	.	.	9	111	20	95
XVIII	1	2	2	1	20	9	54	5	.	.	.	39	64	17	120
XIX	.	1	5	3	35	8	67	5	.	.	.	3	114	20	83
Zusammen	40	91	78	23	463	191	726	54	6	50	56	457	2267	602	2225
Hiezu Ausstellungsbauten	.				3	.	12	.	.	.	.	.	1	.	.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 21. Februar bis 25. Februar 1895:

Für Neubauten:

VII. Bezirk: Haus, Seidengasse 3, von der I. Wiener Zeitungs-Gesellschaft, ebenda, Bauführer F. Klein (994).

VIII. Bezirk: Haus, Langegasse 14, von Louis Ruzic, V., Pilgramgasse 8, Bauführer A. Zwerina (981).

IX. Bezirk: Haus, Pfluggasse 4—6, von Pauline Epstein, VI., Webgasse 2, Bauführer Johann Dolezal (977).

X. Bezirk: Muhrengasse, Einl.-Z. 1160, von Jakob Sch. Straßberg, Bauführer Andreas Donner (7390).

Für Zubauten:

XV. Bezirk: Fünfhaus, Consc.-Nr. 726, Einl.-Z. 729, Ecke Wimberger- und Kandlgasse, von Josef und Marie Dobrowolsky, XVI., Brunnengasse 6, Bauführer Josef Reichert, Stadtbaumeister (4342).

„ „ Ebenerdiger Stall, Fünfhaus, Zinkgasse, Consc.-Nr. 646, Ecke Burggasse, von August Rast und Michael Gasser, XVII., Lobenhauerngasse 13, Bauführer Franz Bock (4343).

XVII. Bezirk: Waschküche, Hernals, Meyßengasse 35, von Leopold Fürnkranz, ebenda, Bauführer Adalbert Pachner (7058).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Gonzagagasse 13, von Friedrich Dirnberger, Maurermeister (960).

II. Bezirk: Rueppgasse 14, von Josef Rotkopf, Bauführer Nikolaus Käsemacher (983).

III. Bezirk: Heßgasse 4, von Eduard Schön, Bauführer Jos. Schobesberger (970).

IV. Bezirk: Heugasse 48, von Victor Budden, Bauführer A. Schumacher (978).
VI. Bezirk: Stumpergasse 20, von Dr. Ludwig v. Landau, Bauführer Chr. Gatty (945).
" " Mollardgasse 21, von Wenzel Zoder, Mollardgasse 18, Bauführer Ferd. Hofer (946).
VII. Bezirk: Burggasse 35, von Josef Schmalzhofer, Baumeister (941).
IX. Bezirk: Roßauerlände 5, von Anna Semlinski, Berggasse 38, Bauführer M. Trimmel (953).
XVII. Bezirk: Hernals, Rötzergasse 37, von Francisca Dalecky, Hernalsergürtel 2, Bauführer Anton Honus (7156).
" " Dornbach, Dornbachergasse 133, von der Fürst Schwarzenberg'schen Gutsverwaltung, III., Rennweg 2, Bauführer H. und F. Glaser (7269).

Für diverse (geringere) Bauten:

II. Bezirk: Hütte, Dresdnerstraße, Parc. 3170/2, von Josef Kaserna, Leystraße 127, Bauführer ? (965).
" " Schupfe, Heistergasse 6, von Karl Fischer, Bauführer A. Wenzl (987).
IX. Bezirk: Rohrcanal, Nussdorferstraße 65, von Katharina Hochstöger, Bauführer J. Kolar (991).

Gesuche um Parcellierung wurden überreicht:

VI. Bezirk: Gumpendorferstraße 33, von Katharina Kaftan, durch Dr. Moriz Wolf (968).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

VII. Bezirk: Faßziehergasse 19, Spittelberggasse 35, von Alois Hof, Lerchenfelderstraße 35 (976).
IX. Bezirk: Lazarethgasse, Grundb.-Einl. 1587, von Jakob Modern, für Pauline Epstein, VI., Webgasse 2 (972).
" " Pfluggasse 4—6, von Johann Dolezal, Baumeister, für Johann Mesner (973).

Demolierungsanzeigen wurden überreicht:

I. Bezirk: Kärnthnerstraße 19, von Karl Langer, Baumeister (985).

Gewerbeanmeldungen vom 18. Februar 1895.

(Fortsetzung.)

Keßler Arthur, Dr. — Hof- und Gerichtsadvocat — I., Kärnthnerstraße 23.
Postelberg Emil, Dr. — Hof- und Gerichtsadvocat — I., Kärnthnerstraße 26.
Reismann Max, Dr. — Hof- und Gerichtsadvocat — I., Jasomirgottstraße 5.
Salpeter Sandor Beer — Erweiterung der unterm 9. August 1894, Z. 22284, verliehenen Concession zum Ausschank von Brantwein auf die Berechtigung zur Verabreichung von warmem Thee — X., Laxenburgerstraße 11.
Zwick Franz Xav. — Erzeugung von Ölfarben — I., Himmelpfortg. 9.
Jurenda Karl — Fiaker (Lic.-Nr. 184) — VIII. Auerspergstraße.
Stachelberger Josef — Fiaker (Lic.-Nr. 646) — I., Maximilianstraße.
Walz Alois — Fiaker (Lic.-Nr. 94) — I., Freyung.
Forque Franz — Friseur — IV., Hechtengasse 8.
Szekely Ignaz Stephan — Friseur — VIII., Alserstraße 33.
Med Karl — Gas- und Wasserleitungs-Installateur — III., Ungarg. 23.
Baumann Josef — Gastwirt — XVII., Uniongasse 29.
Erfurth Friedrich — Gast- und Schankgewerbe — XII., Rosaliagasse 11.
Schindler Berthold — Gast- und Schankgewerbe — XV., Goldschlagstraße 22.
Quaißant Karl — Gelbgießer — IV., Margarethenstraße 47.
Bauernebel Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Florianig. 20.
Buresch Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Kriechbaumgasse 27.
Friedmann Ignaz — Gemischtwaren-Verschleiß — XI., Hauptstraße 46.
Kapeller Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Rainergasse 5.
Kleiß Anton — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Margarethenstraße 5.
Kohn Gustav — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Lerchenfelderstr. 74.
Ohrfandl Anton — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Rainergasse 3.
Rose Robert — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Penzingerstraße 56.
Schalhofer Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Stumpergasse 49.
Schilder Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Gersthoferstraße 61.
Seidler Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Alxingergasse 18.
Tichy Francisca — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Quellengasse 112.
Rottmann Laura — Gewerbsmäßige Wohnungsvermietung an Aftermieter gegen Kündigung und Verabreichung von Kost an die Mieter — VIII., Langegasse 5/7.
Lembeck Franz — Graveur — VIII., Lerchengasse 32.
Bock Gustav — Handel mit Gold- und Silberwaren und Uhren — I., Rothenthurmstraße 11.
Löwenberg Josef — Handelsagentie — IX., Hörlgasse 11.
Riedling Leopold — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Moniteur Antrichien des tirages financiers" sammt deutscher Übersetzung — IV., Favoritenstraße 27.
Schlimarzik Heinrich — Herausgeber der periodischen Druckschrift „Wiener Vergnügungs- und Concertanzeiger" — I., Schottengasse 3.
Fischer Betti — Damenkleidermacherin — I., Seilergasse 11.
Radosta Josef — Herrenkleidermacher — IV., Schäffergasse 11.
Schmidt Barbara — Damenkleidermacherin — VIII., Lederergasse 26.
Grosser Josefa — Kleinhandel mit Holz und Kohlen — XIV., Reindorfgasse 13.
Grünbaum Victor — Cravatten-Erzeugung — XVII., Hernalser Hauptstraße 51.
Krause Juliana — Kunstblumen-Erzeugung — IV., Luisengasse 17.
Glöckl Karoline — Marktvictualienhandel — XIV., Schwendergasse (am Markt).
Prammer Therese — Marktvictualienhandel — XIV., Schwendergasse (am Markt).
Fischer Minna — Maskenleihanstalt — VI., Gumpendorferstraße 155.
Latzelsberger Johann — Mechaniker — XIII., Hütteldorferstraße 129.
Stangelberger Leopoldine — Miedermacherin — VIII., Josefstädterstr. 34.
Fischer Heinrich — Milchhandel — VI., Hofmühlgasse 19.
Fuchs Juliana — Milch- und Gebäck-Verschleiß — IX., Seegasse 15.
Jordan Elisabeth — Milch-Verschleiß — IV., Freundgasse 5.
Sautner Anton — Milchhandel — X., Columbusgasse 51.
Scheuch Franz — Milch-Verschleiß — XV., Neubaugürtel 45.
Andrasovics Georg — Verschleiß von Obst und Grünwaren im Umherziehen — XVII., Syringgasse 13.
Swoboda Wenzel — Obsthandel — IV., Obstmarkt.
Fürst Fanni — Pfaidlerei — IV., Margarethenstraße 14.
Ungar Antonia — Pfaidlergewerbe — III., Sechskrügelgasse 8.
Fleißner Marie Theresia — Pferdefleisch-Verschleiß — X., Sonnwendg. 24.
Stach Amalie — Privatlehranstalt für Maßnehmen, Schnittzeichnen und Damenkleidermachen — XVII., Bergsteiggasse 12.
Goos Karl — Repräsentanz der norddeutschen Versicherungs-Gesellschaft in Hamburg — I., Hohenstaufengasse 10.
Leibel Aaron — Schuhwaren-Verschleiß — IV., Favoritenstraße 29.
Hübner Wenzel — Spengler — VI., Marchettigasse 1 a.
Forster Heinrich — Spirituosenhandel — X., Buchengasse 84.
Adam Anton — Stadtträger 574 — IV., Alleegasse, Ecke der Paniglg.
Karasek Matthias — Tischler — IV., Hauptstraße 19.
Rubinek Franz — Tischler — IV., Rainergasse 23.
Seidel Ludwig — Verlags- und Sortimentsbuchhandel — I., Graben 13.
Zwick Franz Xaver — Verschleiß von Lack und Farbwaren, Maler- und Anstreicher-Utensilien — I., Himmelpfortgasse 9.
Baredschneider Josefa — Victualien-Verschleiß — X., Leibnitzgasse 35.
Kappel Leopoldine — Victualien-Verschleiß — X., Eugengasse 81.
Täubl Josefa — Victualien-Verschleiß — VIII., Skodagasse 7.
Wondraczek Monika — Wagenlackierergewerbe — XII., Schönbrunnerstraße 43.
Friebel Hermann — Wirkwaren-Erzeugung — VI., Ägydigasse 13.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 19. Februar 1895.

Borger Bernhard — Commissionswaren-Verschleiß — VII., Mariahilferstraße 50.
Bollmann Barbara — Damenfriseurin — III., Salesianergasse 8.
Jokl Karoline — Fleisch-Verschleiß — XIV., Schwendergasse 14.
Krehlik Josef — Friseur und Raseur — VII., Neubaugasse 8.
Neuwirth Josefa — Friseurin — IX., Liechtenstraße 107.
Subarič Emil — Friseur und Raseur — III., Pragerstraße 14.
Hawlik Franz — Galvaniseur — VII., Schottenfeldgasse 92.
Bös Josef — Gas- und Wasserleitungs-Installateur — III., Beatrixgasse 19 a.
Gaigg Rudolf — Gastwirt — VII., Schottenfeldgasse 61.
Osterberger Josefa — Gastwirtin — XVII., Alsbachstraße 2.
Reichart Ludwig — Gastwirt (Pächter) — XVI., Schinaglgasse 7.
Vogelhuber Katharina — Gast- und Schankgewerbe — XIX., Heiligenstädterstraße 174.
August Karoline — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Burggasse 103.
Bund Adolf — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Mariahilferstraße 58.
Dworžak Ernestine — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Marianeng. 30.
Kaluba Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Jörgerstraße 39.
Ludwig Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Spittelauerlände 3 c.
Roth Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Veronikagasse 6.
Rusch Karl Johann Theodor — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Margarethenhof 12.
Sochov Francisca Juliana — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Waldgasse 26.
Srschen Aloisia — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Eichenstraße 12.
Ružička Johann — Hafnergewerbe — I., Johannesgasse 22.
Gerassy Salomon Leon, Herzfeld David — Handel mit Bürstenwaren — I., Grashofgasse 4.
Kirchner Ernst — Handel mit Holzbearbeitungsmaschinen — I., Tuchlauben 14/16.

Koritschoner Heinrich Ludwig — Handelsagentie in Modewaren — I., Himmelpfortgasse 3.
Puttinger Matthäus — Handelsagentie in Uhren — XIII., Auhofstr. 179.
Kopelent Katharina — Hufschmiedgewerbe — XI., Hauptstraße 64.
Kucera Anna — Kaffeeschank — I., Walfischgasse 4.
Hall Ägidius — Herrenkleidermacher — III., Löwenherzgasse 9.
Hönig Eleonore — Damenkleidermacherin — V., Arbeitergasse 36.
Koblas Stephan — Herrenkleidermacher — IX., Sensengasse 5.
Pöschel Thomas — Kleidermacher — X., Göthegasse 6.
Pyka Anton — Kleinfuhrwerk — XVII., Rötzergasse 27.
Truxa Marie — Kohlen- und Holz-Verschleiß — XVI., Kirchstetterngasse 39.
Lipensky Martin — Kürschner — V., Margaretenstraße 61.
Hamlisch Emanuel, Reichard Armin — Ledergalanteriewaren-Erzeuger — VII., Schottenfeldgasse 36.
Hasler Theresia — Modistin — VII., Kirchengasse 13.
Priller Anna — Modistin — VII., Kirchengasse 13.
Skrivan Emil — Modistengewerbe — I., Bauernmarkt 3.
Bursa Karoline — Obst-Verschleiß — XVI., Markt in der Thaliastraße.
Rieglhofer Rosa — Papier- und Kurzwaren-Verschleiß — VII., Breitegasse 17.
Eschenauer Wilhelm — Pfaidler — XVII., Helblinggasse 9.
Farnhammer Bertha — Pfaidlerin — VII., Mariahilferstraße 76.
Kripta Barbara — Pfaidler — XVI., Thaliastraße 90.
Tripolt Marie — Pfaidlerin — XVII., Geblergasse 84.
Echinger Karl — Pferdemäkler — V., städt. Pferdemarkt.
Weintraub Isaak — Sammeln von Pränumeranten — VII., Burgg. 64.
Huber Anton — Schuhmacher — IX., Rothe Löwengasse 5.
Peroutka Johann — Schuhmacher — XIV., Diefenbachgasse 30.
Diwald Anna — Schul-, Gebetbücher-, Kalender-, Heiligenbilder-Verschleiß — XVI., Gablenzgasse 12.
Dünkler Leopoldine — Schul-, Gebetbücher-, Kalender-, Heiligenbilder-Verschleiß — XVI., Abelegasse 32.
Reindl Katharina — Verschleiß von Schul-, Gebetbüchern, Kalendern und Heiligenbildern — VII., Burggasse 25.
Tomaschek Josefine — Verschleiß von Schul-, Gebetbüchern, Gebeten, Kalendern und Heiligenbildern — XVI., Arnethgasse 52.
Heiligtag Ignaz — Selchwaren-Verschleiß — III., Rennweg 45.
Haslinger Augustin — Tapezierergewerbe — XVI., Payergasse 5.
Erben Moriz — Trödler — III., Hetzgasse 22.
Hartl Alois — Verschleiß von Bier und Wein in handelsüblich verschlossenen Gefäßen mit Ausschluss jeden Ausschankes — III., Schimmelgasse 7.
Hungerleider Simon — Verschleiß von Eiern, Geflügel und Wildbret — III., Hetzgasse 12.
Schestorad Albert — Verschleiß von Feigenkaffee — V., Siebenbrunnengasse 7.
Lauterbach Balthasar — Verschleiß von Gebäck im Umherziehen — III., Wällischgasse 41.
Ganster Rudolfine — Verschleiß von gebrannten Getränken in handelsüblich verschlossenen Flaschen und Gebinden — IX., Währingerstraße 52.
Köck Johann — Verschleiß von gebrannten Getränken in handelsüblich verschlossenen Gefäßen — XVI., Kirchstetterngasse 24.
Kölbl Heinrich — Verschleiß von Thee in Päckchen — VII., Neustiftgasse 23.
Kölbel Betti — Verschleiß von trockenem Thee — VII., Stiftgasse 5.
Batelka Karoline — Wäscheputzerei — XIV., Schweglerstraße 8.
Rochl Ferdinand — Zeitungs-Verschleiß — XVI., Arnethgasse 73.
Rejzek Johann — Zimmermaler — IX., Rögergasse 21.
Pra Angelo — Zuckerbäcker — VII., Bernardgasse 10.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 20. Februar 1895.

Peissel Heinrich — Commissionshandel in Fahrrädern — VI., Mariahilferstraße 61.
Bosch Johann, Bosch Gustav — Fabrik für Theerproduction, Dachpappe, Asphalt und wasserdichte Stoffe — X., Laxenburgerstraße 219.
Mayer Anna — Fiaker (Lic. 827) — I., Maximilianstraße.
Bosch Franz — Fleisch-Verschleiß — III., Marokkanergasse 6.
Staßna Wenzel — Fleisch- und Selchwaren-Verschleiß — VI., Dürergasse 18.
Lorenz Wilhelmine — Fransenknüpferin — XIV., Schönbrunnerstr. 64.
Altmayer Katharina — Friseurin — III., Barichgasse 44.
Ingerle Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Wassergasse 15.
Kirner Jakob — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Goldschlagstraße 51.
Pacher Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Hofmühlgasse 1.
Staßna Wenzel — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Dürergasse 18.
Bilka Anna — Handel mit Obst und Grünwaren — VIII., Kochg. 2.
Schnabel Theresia — Handel mit Wein und gebrannten Flüssigkeiten — — XV., Thalgasse 11.
Schwarz David — Herrenkleidermacher — XVIII., Mitterberggasse 25.
Kappl Josef — Kleinhandel mit Brennmaterialien — VI., Cornelius g. 2.
Lunak Franz — Kleinhandel mit Brennmaterialien — XIX., Heiligenstädterstraße 115.
Novak Alois — Kleinhandel mit Brennholz, Kohle und Coaks — VIII., Mölkergasse 3.
Slana Marie — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVII., Helblingg. 13.
Strasser Emilie — Modistin — XII., Schönbrunner Hauptstraße 104.
Rühnessel Anna Marie — Pfaidlerin — VI., Windmühlgasse 5/7.
Schoch Marcell — Schlossergewerbe — XVII., Haslingerstraße 19.
Kaspar Marie — Schuhwaren-Verschleiß — XVII., Rosensteingasse 34.
Walmböck Karl — Sohlensparer-Erzeuger — XV., Petzgasse 699.
Kießwetter Franz — Theehandel — XIX., Billrothstraße 19.
Fichtner Gustav — Verschleiß von Mehl, Grieß und Germ — III., Schimmelgasse 7.
Hradetzky Antonia — Verschleiß von rohem russischen Thee — XIV., Reichsapfelgasse 19.
Rehor Marie — Victualien-Verschleiß — XII., Stiegergasse 2.
Zidek Marie — Wäscheputzerei — VI., Hirschengasse 25.
Lachner Johann — Wirtsgewerbe — VI., Mittelgasse 7.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 21. Februar 1895.

Ritter Adolf — Besteller auf dem Central-Viehmarkte — III., Central-Viehmarkt.
Maier Franz — Commissions-Verschleiß von Fahrrädern — XIX., Döblinger Hauptstraße 59.
Jezek Franz — Drechsler — XII., Steinhagegasse 13.
Hofmann Johann Baptist — Edelsteinschneider und Graveur — VI., Kaunitzgasse 6 b.
Pfeifer Josef — Einspänner 1481 — XI., Hauptstraße 104.
Oehler Johann — Gastwirt — VII., Richtergasse 5.
Spira Heinrich — Gast- und Schankgewerbe — XII., Dammstraße 2 h.
Bauer Gisela — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Gumpendorferstr. 78.
Blaha Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Gürtelstraße 3.
Compretti Johanna — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Mariahilferstraße 52.
Janiček Alois — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Riemergasse 2.
Krämer Ernst — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Lindengasse 4.
Schön Jenni — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Kutschkergasse 25.
Schack Samuel — Handelsagentie — VII., Kandlgasse 16.
Schmelzer Victor — Handel mit Wein und Spirituosen in handelsüblich verschlossenen Gefäßen nebst Verschleiß von Wein — XVIII., Währing, Weinhauserstraße 74.
Kral Wilhelm — Kaffeesieder — VII., Kaiserstraße 56.
Weichinger Marie — Kaffeesiederin — I., Fischmarkt 15.
Cerny Karl — Herrenkleidermacher — XIV., Diefenbachgasse 12.
Koslan Johann — Herrenkleidermacher — XIV., Moritzgasse 7.
Beinhofer Isidor — Kleinfuhrwerk — XVII., Hernalser Hauptstr. 116.
Gmeiner Karl — Kleinfuhrwerk — XIV., Reichsapfelgasse 28.
Mayer Theodor — Kleinfuhrwerk — XI., Simmeringerlände 66.
Zeillinger Johann — Kleinfuhrwerk — XI., Simmeringerlände 80.
Deutsch Gustav — Leinenwaren-Verschleiß — I., Schellinggasse 6.
Blöszl Theresia — Marktvictualienhandel — VI., Detailmarkthalle, Zelle Nr. 182/89.
Sporer Martin — Milchhändler — XIV., Denglergasse 2.
Ujetz Josefa — Milch-Verschleiß — XI., Birkenstockgasse 15.
Siegel Bertha — Modistin — VI., Gumpendorferstraße 47.
Zimmermann Marie — Modistengewerbe — VII., Mariahilferstr. 120.
Zemann Marie — Papiersack-Erzeugung — XII., Hauptstraße 75.
Sazer Marie — Pfaidlerin — XVIII., Schopenhauerstraße 20.
Trumauer Franz — Pfaidler — VII., Dreilaufergasse 20.
Schramm Josef — Schuhmacher — III., Hetzgasse 26.
Faul Anna — Tapeziererin — XIV., Rauchfangkehrergasse 8.
Keimel Alois — Tischlergewerbe — VI., Garbergasse 10.
Hiebl Heinrich — Vergolder — VII., Lindengasse 22.
Engel Moriz, Wüste Floris — Verschleiß von Austria-Accumulatoren — VII., Neubaugasse 20.
Kranz Marie — Verschleiß von rohem russischen Thee — XIV., Goldschlagstraße 76.
Müller Eduard — Verschleiß von Zugehörartikeln für Tapezierer — VII., Burggasse 48.
Kowarowics Martin — Victualienhandel — XVII., Mügländergasse 5.
Jindraček Aloisia — Weißnäherin — III., Untere Weißgärberstraße 28.
Brank Thomas — Zimmergärtner — XI., Grundparcelle Nr. 1001/1002 vis-à-vis dem Central-Friedhofe.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 22. Februar 1895.

Seitz Josef — Agent — VI., Gumpendorferstraße 63 d.
Martcinsen Friedrich — Allgemeine Handelsagentie — I., Ballplatz 4.
Heublum Mechel — Borstenzurichter — XVI., Speckbachergasse 6.
Nagel Josef — Buchbindergewerbe — V., Grüngasse 17.
Gerlach Ludwig — Fiakerpächter (Lic.-Nr. 301) — VIII., Auerspergstr.
Trimmel Anton — Fleisch-Verschleiß — IX., Lazarethgasse 1.
Peer Josef — Friseur und Raseur — VI., Sandwirtgasse 21.
Tritremmel Johann — Galvaniseur — XVI., Herbststraße 30.
Kappel Franz — Gastwirt — XVI., Schellhammergasse 8.
Mitterbauer Josef — Gast- und Schankgewerbe (Pachtbetrieb) — XVI., Schmalzgasse 7.

Strobel Johann — Gastwirt — I., Annagasse 3.
Fiedler Elisabeth — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ganglbauerg. 33.
Müllner Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Wollzeile 35.
Möller Karoline — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Rückertgasse 10.
Nehrler Eduard — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Liechtensteinstr. 16.
Schandl Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Rötzergasse 20.
Müller Ludwig — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Der Wanderer" — IX., Liechtensteinstraße 108.
Pečeny Adalbert — Herren- und Frauenkleidermacher — XIV., Sechshauserstraße 9.
Riha Adalbert — Herrenkleidermacher — III., Haidingergasse 27.
Sapik Karl — Herrenkleidermacher — XVI., Koppstraße 30.
Welich Marie — Schneidergewerbe — XVI., Weyprechtgasse 10.
Wimmer Karl — Kleidermacher — XVI., Neulerchenfelderstraße 58.
Termantingl Marie — Kleinhandel mit Brennmaterialien — IX., Strohegasse 10.
Kohn Armin, Kurz Moriz — Kurzwarenhandel — I., Salvatorgasse 6.
Trebichensky Elisabeth — Obst-Verschleiß im Umherziehen — XVI., Neumayergasse 6.
Hahn Julius — Papierhandel — IX., Peregringasse 1.
Lutz Josef — Personentransport mit dem Stadtlohnwagen — X., Kudlichg. 44.
Roth Alexander — Pfaidler — I., Franz Josefs-Quai 29.
Artner Marie — Privatkostgebung — IX., Hörlgasse 6.
Andre Josef — Sandgewinnung — XVI., Cat.-Parc. 734/I, Grundb.-Einl.-Z. 1544, Wohnort: XII., Wichtelgasse 62.
Nachtnebel Leopold — Schilder- und Schriftenmaler — XVI., Brunneng. 8.
Honzatko Felix — Tischler — XII., Hauptstraße 63.
Maschek Adalbert — Tischler — XIV., Tosgasse 10.
Lehner Karl — Trödler — XVI., Abelegasse 8.
Hörler Adolfine — Übernahme von Wäsche und Kleidungsstücken zur chemischen Reinigung — VI., Gumpendorferstraße 8.
Fuchs Franz — Uhrmacher — IX., Lichtenthalergasse 3.
Schuster Theodor — Uhrmacher — IX., Müllnergasse 12.
Kurz Elisabeth — Verabreichung von Speisen und Ausschank von Wein — XVI., Thaliastraße 8.
Aschnowitz Hermann — Verkauf von Theematerialien und Handel mit gebrannten geistigen Getränken in handelsüblich verschlossenen Gefäßen — XII., Ignazgasse 25.
Jedliczka Marie — Verschleiß von Canditen, Zucker- und Kuchenbäckereiwaren — XVI., Gablenzgasse 14.
Zimmerl Ludwig — Verschleiß von Mehl, Grieß und Preßhefe — IX., Servitengasse 13.
Penizek Josefine — Verschleiß von Schulheften, Preislisten ꝛc. und von Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten — XVII., Hormayrgasse 14.
Dirnböck Josef — Verschleiß von Schul-, Gebetbüchern, Kalendern und Heiligenbildern — XVI., Liebhartsgasse 23.
Löbl Otto, Herz Otto — Webwaren-Erzeugung — VI., Stumperg. 13.
Kandler Wilhelm — Zeitungs-Verschleiß — XVI., Wattgasse 24.
Zak Franz — Zeitungs-Verschleiß — XIV., Buchgasse 6.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 23. Februar 1895.

Kabaurek Edmund — Agentur in Kurzwaren — VI., Stumpergasse 40.
Klamper Rosalia — Ausschank von Branntwein und Thee — III., Wällischgasse 34.
Kowatsch Maximilian — Ausschank von Bier, Liqueuren und Dessertwein auf der ersten Galerie des Josefstädter Theaters auf die Dauer des Vertragsverhältnisses mit dem Theater — VIII., Josefstädterstraße 26.
Prethaller Ludwig — Bestellter auf dem Central-Viehmarkte — III., Central-Viehmarkt.
Drexler Karl — Bauunternehmung unter ausschließlicher Verwendung berechtigter Gewerbsleute — VIII., Laudongasse 46.
Mühl Therese — Damenfriseurgewerbe — IV., Frankenberggasse 5.
Pfaun Amalia — Damenfriseurin — XV., Friedrichsplatz 1.
Öhnmacht Johann — Drechsler — XV., Victoriagasse 4.
Altmann Stephan — Erzeugung von Puderpuffern, Abstäubern und Klopfern — VII., Neustiftgasse 16.
Blaskopf Max — Erzeugung von Kunstblumen- und Kunstblumenbestandtheilen — VII., Mariahilferstraße 76.
Blumka Ignaz — Fabriksmäßige Erzeugung von Leder- und Filzschuhen — VII., Breitegasse 17.
Dubs Moses — Fleischhauer — III., Großmarkthalle.
Hausmann Marie — Fleisch- und Selchwaren-Verschleiß — XVIII., Gertrudplatz 2.
Pauly Anton — Fiaker (Lic.-Nr. 510) — I., Freyung.
Prosch Josef — Gastwirtsgewerbe — IV., Hauptstraße 65.
Eder David — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Schlösselgasse 26.
Gruner Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Schrankenberggasse 6.
Hein Johanna — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Seilerstätte 4.
Hofer Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Märzstraße 63.
Kraus Veronika — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Waaggasse 17.
Lenz Aloisia — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Trappelgasse 3.
Sautner Juliana — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Columbusgasse 51.
Schönwetter Gustav — Gemischtwaren-Verschleiß — XIX., Pantzerg. 18.
Tramposch Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Burggasse 36.
Voitek Walburga — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Mohsgasse 7.
Friedl Elias — Glaser — IX., Kinderspitalgasse 1.
Ehleder Moriz — Gürtler und Bronzearbeiter — XVI., Peyerlgasse 15.
Hofmann Josef — Halletrödler (Pachtbetrieb) — IX., Wiener Trödlerhalle, Zelle 50.
Schnötzinger Johann Ev. — Handelsagentie — VII., Kirchengasse 26.
Recht Arthur — Handel mit Schuhmacherzugehör — III., Obere Weißgärberstraße 28.
Höger Karl — Herausgeber der periodischen Druckschrift „Vorwärts" — VII., Zieglergasse 25.
Eilenberger Josef — Kaffeesieder — I., Teinfaltstraße 4.
Schmohl Josef — Kaffeesieder — XII., Stiegergasse 6.
Bruna August — Damenkleidermacher — XV., Schönbrunnerstraße 59.
Dirrer Johann — Herrenkleidermacher — IX., Fuchsthalergasse 4.
Kaufmann Jakob Josef — Damenkleidermacher — I., Franciscanerpl. 5.
Hahn Leopoldine Juliana — Kleinfuhrwerk — IV., Paniglgasse 17.
Petersinn Johann — Kleinhandel mit Brennholz, Kohle und Coaks — I., Tuchlauben 12.
Smejkal Anna — Kleinhandel mit Brennmaterialien — VI., Sonnenuhrgasse 2.
Speer Aloisia — Kleinhandel mit Brennholz, Kohle und Coaks — XVIII., Martinsstraße 30.
Herring Josef — Ledergalanteriewaren-Erzeugung — XVI., Thaliastr. 115.
Bauer Karl — Mechaniker — VI., Hofmühlgasse 2.
Beck Ferdinand — Mechaniker — VI., Hofmühlgasse 2.
Scher Josef Leib — Pachtweiser Betrieb des Trödlergewerbes — VIII., Strozzigasse 38.
Beichbuchner Marie — Pfaidlerin — X., Quellengasse 59.
Seß Leopold — Photographengewerbe — VII., Mariahilferstraße 108.
Bennewitz Sidonia — Privatlehranstalt für Maßnehmen, Schnittzeichnen und Kleidermachen — XIII., Diesterweggasse 21.
Kainer Josef — Riemer — IX., Pramergasse 8.
Blach Theresia — Schuhmachergewerbe — IV., Kettenbrückengasse 14.
Kubin Vincenz — Schneider — XVIII., Schopenhauerstraße 71.
Luckner Ludwig — Selchwaren-Verschleiß — IV., Preßgasse 29.
Dworaček Ferdinand — Spirituosenhandel — X., Kinskygasse 13.
Weber Franz — Tapezierer — IV., Kleinschmiedgasse 3.
Eberseder Ignaz — Tischler — IV., Luisengasse 11.
Roth Karl — Tischler — VI., Engelgasse 1.
Piwniczka Karl — Uhren-Verschleiß — VII., Zieglergasse 41.
Schöffel Ignaz — Unterzünder-Erzeuger — XIV., Nobilegasse 5.
Mateisich Karoline — Verschleiß von Möbeln und Hausgeräthschaften — VII., Neubaugasse 52.
Gröblinger Marie — Victualien-Verschleiß — VII., Neustiftgasse 65.
Leithner Leopold — Victualienhandel im Umherziehen — XVI., Degeng. 60.
Starzengruber Julie — Victualien-Verschleiß — XVIII., Pulverthurmg. 19.
Löwi Emilie — Wäscheputzergewerbe — X., Bürgerplatz 20.
Stiasny August — Wäscheputzer — VIII., Albertgasse 13.
Greipel Anna — Weinschank — VII., Neubaugasse 43.
Chott Leopoldine — Zahntechnikergewerbe — VIII., Florianigasse 17.
Hochhaltinger Pauline — Zuckerwaren-Verschleiß — IX., Währingerstr. 29.

Inhalt:

Seite
Stadtrath:
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 19. Februar 1895 (vormittags) 465
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 19. Februar 1895 (nachmittags) 467
Allgemeine Nachrichten:
Commission für Verkehrsanlagen 471
Approvisionierung:
Täglicher Fleischmarkt vom 17. bis 23. Februar 1895 472
Pferdemarkt vom 22. Februar 1895 472
Schlachtviehmarkt vom 25. Februar 1895 472
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 23. Februar 1895 472
Städtisches Lagerhaus 473
Approvisionierungs-Angelegenheiten:
Verbot der Vieheinfuhr aus einigen verseuchten Gegenden Deutschlands 473
Bau-Angelegenheiten:
Summarium der Bauthätigkeit im Jahre 1894 473
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 21. bis 25. Februar 1895 . . . 473
Gewerbeanmeldungen 474
Kundmachungen.
Beilage:
Verordnungen und Entscheidungen, sowie Normativbestimmungen des Gemeinderathes, Stadtrathes und des Magistrates. (II.)

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Maaß), Wien, I., Walfischgasse 10.

Offert-Ausschreibungen.*)

1895.

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	Gegenstand
27. Februar 10 Uhr	Departement VII (Mag.-Rath Dr. Jaitner)	M.-Z. 16051. Vergebung der **Lieferung von gusseisernen Röhren und Façonstücken** zur Ausführung von Rohrleitungen der Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung im Kostenanschlage von 600.000 Kronen. 2—2
12. März 10 Uhr	detto	M.-Z. 15400/VII. Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen zur Herstellung der Rohrleitung** behufs Versorgung der ehemaligen Vorortegemeinden Dornbach und Neuwaldegg mit Hochquellenwasser, und zwar: der Baumeisterarbeiten im Kostenbetrage von 11.500 fl. der Maschinistenarbeiten im Kostenbetrage von . . . . 4.000 fl. zusammen also . 15.500 fl. an einen Generalunternehmer. 1—3
13. März 10 Uhr	detto	M.-Z. 33733. Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen behufs Umlegung der 950-, 525- und 370millimetrigen Rohrstränge der Hochquellen- und Kaiser Ferdinands-Wasserleitung** vom Neubaugürtel bis zur Czermakgasse im XVII. Bezirke, und zwar: der Baumeister-, Maschinisten- und Pflastererarbeiten im Gesammtkostenbetrage von 77.214 fl. 48 kr. an einen Generalunternehmer. 1—3

*) Pläne, Kostenanschläge ꝛc. können im Stadtbauamte während der Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse sind bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. erhältlich.

Offerenten haben ein Exemplar der bezüglichen Bedingnisse mit den dem Projecte beiliegenden Original-Bedingnissen genau in Übereinstimmung zu bringen, eventuell zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu übergeben.

Dem Offerte ist ein Badium von **5 Percent der Kostenanschlagssumme** anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf später einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlungen, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich die Gemeinde vor.

Ad Prot.-Nr. 149369 ex 1894.
Ref.-Nr. 3247. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **zur Herstellung eines Schöpfwerkes für die Straßenbespritzung in der Loydolt- früher Friedrichgasse an der Ecke der Zwölfergasse im XV. Bezirke erforderlichen Arbeiten und Lieferungen,** und zwar:

1. der **Herstellung der Pumpanlage** im veranschlagten Kostenbetrage von 2060 fl. 25 kr.;

2. der **Lieferung und Aufstellung der Reservoire** im veranschlagten Kostenbetrage von 1500 fl., wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 6. März d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Profile, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Offerenten haben ein mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehenes Offert versiegelt zu überreichen.

Das Badium beträgt 5 Percent der Kostenanschlagssumme; dasselbe ist dem Offerte anzuschließen oder es ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 21. Februar 1895. 1—3

Ad Prot.-Nr. 6770
Ref.-Nr. 96 ex 1895. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Lieferung von 69 Stück Sitzbänken** nach dem Muster der Ringstraßenbänke für die städtischen Gartenanlagen in den Gemeindebezirken IV, VIII, XVI und XVII wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Montag den 4. März d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

*

Unternehmungslustige können die allgemeinen und speciellen Bedingnisse im obigen Bureau während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte **ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen** oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. Februar 1895. 2—3

Prot.-Nr. 25739.
Ref.-Nr. 364 ex 1895. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Lieferung des für die städtischen Gartenanlagen im Jahre 1895 erforderlichen Bedarfes von circa 70.000 Stück Rasenziegeln** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **Montag den 11. März d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Bedingnisse im obigen Bureau während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte **ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen** oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, den 22. Februar 1895. 1—3

Ad Prot.-Nr. 83404 ex 1894.
Ref.-Nr. 1493. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Arbeiten für die Räumung des Brunnenschachtes des Schöpfbrunnens am Rudolfsheimer Centralmarkte im XIV. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 650 fl. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 7. März d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und besonderen Bedingnisse im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Offerenten haben ein mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehenes Offert versiegelt zu überreichen.

Das Vadium beträgt 5 Percent der Kostenanschlagssumme; dasselbe ist dem Offerte anzuschließen oder es ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 21. Februar 1895. 1—3

Ad Prot.-Nr. 120096 ex 1894.
Ref.-Nr. 3887. VIII.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Terrainregulierungs- und Baumeisterarbeiten für die projectierte Erweiterung des Hütteldorfer Friedhofes im XIII. Bezirke** im Kostenbetrage von 6708 fl. 1 kr. österr. Währ. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Montag den 11. März d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Lekisch, im Rathhause** (5. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, die Profile, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte **ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen** oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich die Gemeinde vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 25. Februar 1895. 1—3

Ad Prot.-Nr. 3732 ex 1895.
Ref.-Nr. 75. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Herstellung von 100 Stück Kübeln für die Unrathsabfuhr**, und zwar:

1. der **Schlosserarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage von 1800 fl.;
2. der **Tischlerarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage von 1200 fl.,

wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Donnerstag den 7. März d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Kostenanschlag und die demselben beigeschlossenen Bedingnisse im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Offerenten haben ein mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehenes Offert versiegelt zu überreichen.

Das Vadium beträgt 5 Percent der Kostenanschlagssumme; dasselbe ist dem Offerte anzuschließen oder es ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 21. Februar 1895. 1—3

Kundmachung.

(Prämien-Anlehen der Stadt Wien vom Jahre 1874.)

In Gemäßheit des Verlosungsplanes findet die 83. Ziehung der Antheilscheine des Prämien-Anlehens der Stadt Wien vom Jahre 1874 am 1. März 1895, nachmittags 6 Uhr, öffentlich im Rathhause zu Wien in Gegenwart zweier k. k. Notare statt.

Die Auszahlung der planmäßigen Gewinne erfolgt vom **1. Juni 1895** ab durch die Hauptcassa der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Wien, am 22. Februar 1895.

Der Bürgermeister:
Dr. Raimund Grübl. 1—1

Kundmachung.

(35-Millionen-Kronen-Anlehen der Stadt Wien vom Jahre 1894.)

Am 1. März 1895, vormittags 9 Uhr, findet im Rathhause die erste Verlosung des mit dem Landesgesetze vom 9. September 1893 (L.-G.-Bl. Nr. 49) genehmigten Anlehens der Stadt Wien per 35 Millionen Kronen statt.

Die bei dieser Ziehung ausgelosten acht Serien à 5000 K werden vom **1. September 1895** ab bei der städtischen Hauptcassa gegen Rückstellung der Obligationen sammt den noch nicht fälligen Coupons eingelöst werden.

Wien, am 22. Februar 1895.

Der Bürgermeister:
Dr. Raimund Grübl. 1—1

Z. 32.

Kundmachung.

(Licitation.)

Zufolge Bescheides des magistratischen Bezirksamtes für den XIV. Bezirk vom 14. d. M., Z. 4584, wird die öffentliche Versteigerung der in der **Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk, im Monate Juni 1894** verpfändeten und nicht ausgelösten **Pretiosen** von Pfand-Nr. 25462 bis inclusive Pfand-Nr. 30271 und **Effecten** von Pfand-Nr. 47994 bis inclusive Pfand-Nr. 56944 **am 14. März 1895, um 9 Uhr vormittags**, im **Pfandleihanstalts-Gebäude, XIV. Bezirk (Sechshaus), Gemeindegasse 5**, gegen gleich bare Bezahlung vorgenommen.

Im Falle die Licitation am oben angegebenen Tage nicht beendigt werden könnte, wird sie am nächstfolgenden Werktage fortgesetzt.

Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk,
am 25. Februar 1895. 1—3

Kundmachung.

(Vermietungs-Anzeige.)

In dem der Waltergasse zu gelegenen Tracte des städtischen Hauses IV., Starhemberggasse Nr. 10, sind im 2. Stocke große **Geschäftslocalitäten**, bestehend aus zwei Sälen mit 14 Fenstern Gassenfront und 16 Fenstern im Hofe, nebst einer Wohnung, bestehend aus Zimmer, Cabinet und Küche, zu vermieten und entweder **sofort oder vom Maitermine 1895** zu beziehen.

Der Gesammtjahreszins inclusive aller Nebengebüren beträgt **1377 fl.**

Vom Magistrats-Departement VI (als Hausadministration)
am 23. Februar 1895. 1—4

Statth.-Z. 15269.

Kundmachung.

(Franz Graf Codroipo'sche Stiftung.)

Aus der Franz Graf Codroipo'schen Stiftung sind vier Beträge von je 42 fl. zur einmaligen Betheilung zu vergeben.

Hierauf haben Anspruch arme, heiratsfähige Soldatenmädchen, deren Väter einem der in den ehemaligen innerösterreichischen Ländern gelegenen Regimenter angehören oder angehört haben, sowie Mädchen von Invaliden des Militär-Invalidenhauses in Wien, welche aus einer während der activen Dienstleistung des Vaters nach erster Art geschlossenen Ehe stammen.

Gesuche mit Taufschein, Armuts- und Sittenzeugnis des Mädchens, Angabe, ob der Vater nach erster Art verheiratet ist oder war, sind **bis 1. April 1895** an das vorgesetzte Regiments-, beziehungsweise Invalidenhaus-Commando oder an die zuständige Evidenzbehörde einzusenden.

Wien, am 13. Februar 1895. 2—3

Z. 18003
III.

Kundmachung.

(Eleonore Schrey'sche Stiftungsplätze.)

Aus der Eleonore Schrey'schen Stiftung sind mehrere Stiftungsplätze für arme Lehrlinge, welche wohlgesittet, im Geschäfte brav, im Schulbesuche sehr fleißig und deren Eltern gänzlich unbemittelt sind, zu besetzen.

Mit jedem dieser Stiftplätze ist der Bezug jährlicher 30 fl. zur leichteren Anschaffung der Kleider während der Lehrzeit und ein Freikleidbeitrag von 40 fl. nach beendeter Lehrzeit verbunden.

Jene, welche auf einen dieser Stiftplätze Anspruch machen wollen, haben ihre mit dem Tauf-, Impfungs-, Lehr- und Schulzeugnisse, dann dem Nachweise der Heimatsberechtigung und des Besuches einer gewerblichen Fortbildungsschule, sowie dem Mittellosigkeits- und Sittenzeugnisse belegten Gesuche **bis längstens Ende März 1895** bei dem Wiener Magistrate zu überreichen.

Auf verspätet eingelangte oder nicht gehörig instruierte Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. Februar 1895. 1—3

G.-Z. 19843.
XI.

Kundmachung.

(Eva Schierling'sche Stiftplätze.)

Bei der hohen k. k. n.-ö. Statthalterei in Wien sind vier Eva Schierling'sche Stiftplätze mit dem Genusse jährlicher 7 fl. ö. W. zu besetzen.

Berufen zu diesen Stiftplätzen sind arme, blinde oder krüppelhafte, verwaiste Kinder und andere arme, blinde oder krüppelhafte Personen im Alter unter 24 Jahren. Dieselben müssen jedoch in Wien oder in einer anderen Gemeinde Niederösterreichs heimatberechtigt sein.

Bewerber um diese Stiftung haben ihren Gesuchen

1. ihren Taufschein,
2. ihren Heimatschein,
3. den armenärztlichen Befund, in welchem die Blindheit oder die Krüppelhaftigkeit des Petenten bestätigt wird,
4. ein von der Armeninstituts-Vorstehung des Wohnortes bestätigtes Armutszeugnis anzuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 1. März 1895** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 5. Februar 1895. 3—3

Z. 25208.
XI.

Kundmachung.

(Dr. Franz Heiß'sche Stiftung.)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass demnächst die im I. Semester 1895 fällig gewordenen Interessen des Dr. Franz Heiß'schen Stiftungscapitales für arme Verwandte des Stifters im Betrage von 364 fl. 87½ kr. ö. W. zur Vertheilung gelangen werden.

Jene arme Verwandten des Stifters, welche auf den Genuss dieser Stiftung Anspruch erheben zu können glauben, haben ihre Gesuche, welche mit legalen Zeugnissen über die Armut, die mindere Erwerbsfähigkeit, das vorgerückte Alter oder die Gebrechen des Bittstellers, dann mit der Nachweisung über die Verwandtschaft mit dem Stifter belegt sein müssen, in Wien bei dem Magistrate, auf dem Lande bei den betreffenden k. k. Bezirkshauptmannschaften **bis inclusive 30. April 1895** zu überreichen.

Auf später einlangende Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 21. Februar 1895. 1—3

G.-Z. 18354.
XI.

Kundmachung.

(David Schwarz'sche Armenstiftung.)

Am 20. Mai 1895 gelangen die Interessen der David Schwarzmann'schen Zustiftung aus dem Jahre 1894 im Betrage von 37 fl. an eine arme Familie ohne Unterschied der Confession zur Vergebung, welcher im Laufe eines Jahres, also seit 20. Mai 1894, ein Unglücksfall widerfahren ist.

Dem Ansuchen sind der Tauf-, respective Geburtsschein, der Trauschein und der Heimatschein des Bittstellers, die Tauf- oder Geburtsscheine der Kinder, endlich ein legales Armutszeugnis beizulegen **und ist der besondere Nachweis zu erbringen, dass der Familie des Bittstellers im seit 20. Mai 1894 laufenden Jahre ein Unglücksfall zugestoßen ist.**

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 6. März 1895** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 6. Februar 1895. 3—3

Zur coulanten Besorgung aller im **Coursblatte** notierten **Effecten und Valuten** bestens empfohlen:

Wechselstube des Bankhauses

Schelhammer & Schattera

Gegründet 1832.

WIEN I. Bezirk, **Stephansplatz Nr. 11**